# Amtsblatt

der

# Königlichen Preußischen Regierung

zu Bromberg.

---

Jahrgang 1871.

---

# DZIENNIK URZĘDOWY

Królewskiéj Pruskiéj Regencyi

w Bydgoszczy.

---

Na rok 1871.



Druck der Grunenauer'schen Buchdruckerei (Koerner) in Bromberg.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. — Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

**№ 1.**

Bromberg, den 6. Januar 1871. — Bydgoszcz, dnia 6. Stycznia 1871.



## Bekanntmachungen höherer Behörden.

1 **Bekanntmachung.**

Adressirung der Feldpostsendungen.

In dem gegenwärtigen Feldzuge werden öfter durch Zusammenlegung verschiedener Landwehr-Bataillone combinirte Landwehr-Infanterie-Regimenter gebildet, wie z. B. die vier combinirten Brandenburgischen, die combinirten Pommerschen und Posenschen Regimenter, das combinirte Magdeburgische Landwehr-Regiment. Mitunter wird ein Bataillon — wie dies z. B. bei dem Reserve-Landwehr-Bataillon Nr. 39 (Barmen) geschehen ist — auseinandergezogen; die Compagnien treten in andere Bataillonsverbände und wechseln vollständig ihre Bezeichnung. Ebenso tritt der Fall ein, daß Ersatz-Compagnien, deren Regimenter mobil sind, Landwehr-Bataillonen anderer Provinzen zugetheilt werden. Beispielsweise führt das frühere: „Bataillon Crossen 2. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 12" jetzt die Bezeichnung: „2. combinirtes Brandenburgisches Landwehr-Regiment (Bataillon Crossen)"; die frühere: „1. Compagnie Reserve-Landwehr-Bataillons Nr. 39 (Barmen)" jetzt die Benennung: „5. Compagnie 2. Bataillons (Unna) 3. Westphälischen Landwehr-Regiments Nr. 16"; die vormalige „3. Compagnie des Ersatz-Bataillons 7. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 54" jetzt die Benennung: „6. Compagnie 1. Bataillons (Erfurt) 3. Thüringischen Landwehr-Regiments Nr. 71."

In allen solchen Fällen ist es für die pünktliche Ueberkunft der Feldpostsendungen unerläßlich, daß auf den Adressen die Bezeichnungen „**Infanterie**-Regiment, **Landwehr**-Regiment, **combinirtes Landwehr**-Regiment, **Ersatz**-Bataillon rc." in die Augen fallend angegeben werden, und daß insbesondere auch Sendungen an Militairs, welche zu den obengenannten combinirten Regimentern gehören, oder deren Compagnien zu anderen Bataillonsverbänden übergetreten sind, insofern recht genau adressirt werden, als jedesmal der **zuletzt gültige** Bataillons-, Regiments- rc. Verband auf der Adresse ersichtlich gemacht werden muß. Namentlich ist dies bei Briefen an Militairs derjenigen **Ersatz**-Compagnien erforderlich, welche einem mobilen **Landwehr**-Regiment zugetheilt sind, mit ihrem eigenen mobilen **Infanterie**-Regimente also außer aller taktischen Verbindung stehen. Wenn obige Punkte unbeachtet bleiben, entstehen vielfache für die Correspondenten wie für den Feldpostbetrieb sehr unangenehme Hin- und Hersendungen der Briefe und Packete.

Berlin, den 17. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

2 **Bekanntmachung.**

Adressirung der Correspondenz nach Orten ohne Postanstalt.

Um die richtige Spedition der Postsendungen nach solchen Orten zu sichern, woselbst sich eine Postanstalt nicht befindet, ist es zweckmäßig, daß von dem Absender außer dem eigentlichen Bestimmungsorte noch diejenige Postanstalt auf der Adresse angegeben werde, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt wird. Die unrichtige Bezeichnung der Bestellungs-Postanstalt oder das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können die rechtzeitige Ueberkunft jener Postsendungen in Frage stellen.

Es empfiehlt sich daher, daß Correspondenten, an deren Wohnsitz sich eine Postanstalt nicht befindet, diejenigen Personen, mit welchen sie im Briefwechsel stehen, auf das gedachte Erforderniß aufmerksam machen und denselben dabei angeben, durch Vermittelung welcher Postanstalt sie ihre Postsendungen empfangen.

Berlin, den 23. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

3 **Bekanntmachung.**

Correspondenzkarten im internationalen Verkehr.

Nachdem im inneren Postverkehr der meisten Staaten Europa's die Einführung der Correspondenzkarten theils stattgefunden hat, theils nahe bevorsteht, hat die Postverwaltung des Norddeutschen Bundes sich über die Zulassung der Correspondenzkarten im internationalen Postverkehr mit den Postverwaltungen folgender Länder verständigt:

Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika.

In Folge dessen können vom 1. Januar 1871 ab Correspondenzkarten zur Mittheilung brieflicher Nachrichten nach den vorbezeichneten Staaten in gleicher Weise benutzt werden, wie dies bereits im Verkehr mit den Süddeutschen Staaten, mit der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie, dem Großherzogthum Luxemburg und dem Elsaß und Deutsch-Lothringen geschieht. Die Karten sind demselben Porto unterworfen, wie Briefe nach den betreffenden Ländern und müssen stets vom Absender frankirt werden.

Dieselben können auch unter Recommandation abgesandt werden.

Unfrankirte oder unzureichend frankirte Correspondenzkarten werden nicht befördert, sondern als unbestellbar behandelt und dem Absender, sofern derselbe sich genannt hat, zurückgegeben.

Die Zulassung der Correspondenzkarten im Verkehr mit Belgien und Italien bleibt vorbehalten, bis die in nächster Zeit bevorstehende Einführung derselben im inneren Verkehr dieser Länder erfolgt sein wird. Nach Rußland dürfen Correspondenzkarten nicht versandt werden.

Berlin, den 23. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

4

### Bekanntmachung.

Beförderung von Privatpäckereien an die in Frankreich befindlichen Deutschen Civilbeamten.

Auch für die in Frankreich befindlichen Deutschen **Civil**beamten können Päckereien mit Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenständen zur Beförderung mit der Post in der Zeit vom 14. Januar bis zum Abend des 21. Januar 1871 bei sämmtlichen Postanstalten angenommen werden.

Die Annahme dieser Päckereien erfolgt unter den in der Bekanntmachung vom 11. December angegebenen, für Sendungen mit Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenständen an die in Frankreich stehenden Offiziere und Militairbeamten vorgeschriebenen Bedingungen (Gewicht bis zu 12 Pfund, Frankirungszwang, Adresse der aufgeklebte Correspondenzkarte u. s. w.).

Die Adresse muß außer der vollständigen Bezeichnung des Adressaten auch noch die Angabe des Bestimmungsortes enthalten.

Berlin, den 28. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

5

### Bekanntmachung.

Posttransporte über den großen Belt.

In Folge der Witterungsverhältnisse findet die Ueberführung der Posten über den **großen Belt** seit heute mittelst der **Eis-Postboote** statt. Aus diesem Anlaß können bis auf Weiteres nur solche Packete nach Kopenhagen und anderen Orten Seelands, sowie nach Schweden zur Postbeförderung angenommen werden, deren Gewicht 60 Pfund und deren Umfang 2½ Fuß in Länge, Breite und Höhe nicht übersteigt.

Es empfiehlt sich, die betreffenden Sendungen besonders sorgfältig zu verpacken.

Berlin, den 31. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

6

### Bekanntmachung.

Beförderung von Feldpostpäckereien an die in Frankreich befindlichen Offiziere, Militair- und Civilbeamten vom 5. Januar ab.

Es hat sich als thunlich erwiesen, die Einrichtungen für die Postbeförderung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen an die in Frankreich befindlichen Offiziere, Militair- und Civilbeamten — Bekanntmachungen vom 11. und 28. December 1870 — dergestalt zu beschleunigen, daß diese Gegenstände, mit Rücksicht auf die eingetretene Kälte, anstatt vom 14. Januar ab, bereits vom 5. Januar ab bei sämmtlichen Postanstalten zur Beförderung angenommen werden können. Der Endtermin für die Einlieferung dieser Päckereien — 21. Januar Abends — bleibt unverändert.

Berlin, den 2. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

7

Die neue Auflage der Arznei-Taxe betreffend.

Unter Berücksichtigung der in den Einkaufspreisen mehrerer Droguen eingetretenen Veränderungen und der hierdurch nothwendig gewordenen Aenderung in den Taxpreisen habe ich eine Revision der Arzneitaxe angeordnet und eine neue Auflage derselben ausarbeiten lassen, welche mit dem 1. Januar 1871 in Kraft tritt. Berlin, den 9. December 1870.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

gez. **v. Mühler.**

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Taxe bei dem Verleger, sowie in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 10 Sgr. zu beziehen ist.

Bromberg, den 28. December 1870. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

8

### Bekanntmachung.

Die von unserer Haupt-Kasse ausgefertigten, von der Königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden

### Obwieszczenie.

Nadesłane zostały właściwym urzędom rentów ekonomicznych zaświadczenia sum kupna i

verificirten Bescheinigungen über die im Laufe des II. Quartals d. J. zum Domainen-Veräußerungs-gelder-Fonds eingezahlten Kauf- und Ablösungsgelder sind, mit Ausschluß der Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelös'te Domainen-Amortisations-Renten, den betreffenden Domainen-Rentämtern mit dem Auftrage zugefertigt worden, solche den Interessenten gegen Empfangnahme der Interimsbescheinigungen auszuhändigen, oder auf den Antrag der Interessenten die Bescheinigungen an das zugehörige Gericht abzusenden.

Die Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelös'te Domainen-Amortisations-Renten sind dagegen den betreffenden Kreiskassen zugegangen, welche sie in den Fällen der theilweisen Ablösung der auf dem bezüglichen Grundstücke haftenden Rente den Betheiligten in den anderen Fällen den betreffenden Gerichten mit dem Auftrage übersenden werden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit im Hypothekenbuche kostenfrei zu löschen und demnächst die qu. Bescheinigungen den Interessenten auszuhändigen.

Das betheiligte Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Bromberg, den 20. December 1870.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

skupu, wpłaconych w II. kwartale r. b. do funduszu z alienowauych posiadłości ekonomicznych przez kasę naszę główną wygotowane a przez królewski zarząd główny długów krajowych uwierzytelnione wyjąwszy zaświadczenia na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne z tém poleceniem, aby oddawały takowe interesentom, odbierając od nich zaświadczenia na wniosek interesentów sądowi przynależnemu.

Zaświadczenia zaś na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne odesłano odnośnym kasom powiatowym, które je w razach cząstkowego skupu renty ciążącéj grunt dotyczący nadeślą interesentom, w innych razach właściwym sądom z wnioskiem o wymazanie z księgi wieczystéj bezpłatnie uwagi względem obowiązku płacenia renty a następnie o wydanie interesentom zaświadczeń qu.

Publiczność interesowaną o tém się uwiadamia.

Bydgoszcz, dnia 20. Grudnia 1870.

Królewska Rejencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden x.

9 **Aufkündigung**
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. April 1871 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 und ff. „zum 1. April 1871“ mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 10 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

═══ . . . . . Thlr. ═══
„buchstäblich . . . . . . Thaler, Valuta für b .
„zum 1. . . . . . . 18 . . gekündigten Posener
„Rentenbrief . Litt. . . No. . . . . habe ich aus
„der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar
„gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

**Wypowiedzenie**
listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Kwietnia 1871 umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie, umieszczone litery i numera, które posiedzicielom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Kwietnia 1871 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 10—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy w kasie naszéj odebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzeru:

═══ . . . . . Tal. ═══
wyraźnie . . . . . . . . . . Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. . . . . . . . . . 18 . . płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Lit. . . . . . No. . . . . na . . . . Tal. odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu
N. . . . . . . . . dnia . . . . . . . . . . . 18 . .
(podpis)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden. Posen, den 10. November 1870.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Poznań, dnia 10. Listopada 1870.

Królewska dyrekcya
banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

## Verzeichniß

der am 10. November 1870 ausgeloosten und am 1. April 1871 fälligen Posener Rentenbriefe.

## Wykaz

na dniu 10. Listopada 1870 wylosowanych, a dnia 1. Kwietnia 1871 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. zu A. (na) 1000 Thlr. (Tal.) 50 Stück (sztuk.)

No. 74, 478, 550, 789, 954, 1003, 1197, 1897, 2847, 2852, 2873, 3020, 3436, 3549, 3717, 3745, 3818, 3896, 3922, 4092, 4265, 4436, 4476, 4938, 5031, 5226, 5298, 5414, 5435, 5759, 5864, 6322, 6376, 6476, 6621, 6685, 7128, 7943, 8045, 8221, 8257, 8500, 8753, 9006, 9159, 9160, 9165, 9169, 9191, 9202.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (Tal.) 14 Stück (sztuk.)

No. 133, 144, 162, 429, 674, 742, 942, 1011, 1263, 1448, 1635, 2041, 2111, 2341.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (Tal.) 44 Stück (sztuk.)

No. 47, 256, 440, 536, 609, 759, 1179, 1217, 1253, 1326, 1512, 1546, 1859, 1909, 2185, 2322, 2452, 2500, 2638, 2931, 3236, 3648, 4848, 4864, 4916, 5288, 5727, 5741, 6039, 6349, 6686, 6762, 6925, 6946, 7261, 7534, 7546, 7569, 7577, 7646, 7780, 7898, 7885, 8023.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (Tal.) 33 Stück (sztuk.)

No. 30, 127, 138, 280, 426, 498, 510, 734, 943, 1031, 1102, 1182, 1317, 1398, 1417, 1898, 2236, 2260, 2544, 2948, 3004, 3324, 3744, 3807, 4368, 4545, 4865, 5103, 5245, 5312, 5916, 5917, 5998.

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (Tal.) 4 Stück (sztuk.)

No. 7288 bis 7291.

**Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7291 incl. sind verloost, resp. gekündigt.**

**Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7291 sa wylosowane resp. wypowiedziane.**

**10** Bekanntmachung.

Auf Grund der von Seiner Excellenz dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ertheilten Genehmigung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Eichamte zu Schneidemühl in Folge seiner Ausrüstung mit Normalen und der Qualification des Eichmeisters bis auf Weiteres die Befugniß ertheilt worden ist, die Eichung und Stempelung von:

Längenmaaßen, Hohlmaaßen, Gewichten und Waagen für den öffentlichen Verkehr mit Ausschluß der Präzisionsgegenstände, sowie von Fässern über 160 Liter Inhalt

nach den Verordnungen der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868, der Eichordnung vom 16. Juli 1869 und der Eichgebühren-Taxe vom 12. December 1869 auszuführen. Posen, den 31. December 1870.

Der Eichungs-Inspector der Provinz Posen. (gez.) **Neukranz,** Steuerrath.

**11** Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des General-Postamts vom 23. d. Mts., betreffend die ausnahmsweise Beförderung von Feldpostbriefen im Gewichte von mehr als 4 Loth, und zwar bis zum Gewichte von 8 Loth einschließlich, wird hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß zur Versendung solcher schwereren Briefe besonders geeignete **Feldpost-Leinwand-Couverts** bei den Post-Anstalten in Bentschen, Birnbaum, Bromberg, Filehne, Fraustadt, Gnesen, Grätz, Inowraclaw, Kosten, Krotoschin, Lissa, Meseritz, Ostrowo, Pleschen, Posen, Rawicz, Schneidemühl, Schrimm, Schwerin a./W., Wongrowitz und Wreschen zum Durchschnittspreise von 1½ Sgr. pro Stück bezogen werden können.

Posen, den 29. December 1870. Der Ober-Post-Director. J. V. **Bauer.**

**12** Aufforderung

an die Herren Polizei- und Forst-Polizei-Anwalte des Departements.

Nach § 76 der Instruction für die Polizei-Anwalte vom 24. November 1852 hat jeder Polizei-Anwalt in der Zeit vom 1. bis 15. December jeden Jahres dem Ober-Staats-Anwalt eine Uebersicht seiner Geschäfte einzureichen.

Diejenigen Herren Polizei- und Forst-Polizei-Anwalte, welche mit dieser Uebersicht noch im Rückstande sind, fordere ich daher auf, der vorstehenden Bestimmung der Instruction für die Polizei-Anwalte schleunigst nachzukommen und künftighin die Einreichung der Uebersicht nicht über den 15. December hinaus zu

verzögern, dabei auch meine Circular-Verfügung vom 28. April 1866 (Amtsblatt pro 1866 Seite 135) zu befolgen.

Bromberg, den 30. December 1870. Der Ober-Staatsanwalt **Laube.**

13 Bekanntmachung.

Die Bestimmungen des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen im Norddeutschen Bunde vom 10. Juni 1870 hinsichtlich der Güter-Beförderung (Abtheilung B.) finden im Ostdeutsch-Russischen, Ostdeutsch-Schlesisch-Russischen, Hamburg-Russischen und Russisch-Rheinischen Verband-Verkehre fortan auch für die Russischen Verbandbahnen mit der Maßgabe Anwendung, daß die im § 16 alinea 2 loco citato vorgesehene Berechtigung der Eisenbahn zur Weiterbeförderung der Güter durch Speditions- ꝛc. Vermittelung sich auch auf diejenigen Güter erstreckt, welche über Witebsk hinaus nach einer nicht zum Verbande gehörigen Eisenbahn-Station adressirt sind.

Bromberg, den 21. December 1870. Königl. Direction der Ostbahn.

14 Bekanntmachung.

In dem am 5. November cr. eingeführten Magdeburg-Preußischen Güter-Verkehre werden „verpackte eiserne Maschinentheile" vom 10. Januar 1871 ab wie „unverpackte" zur ermäßigten Klasse II. C. befördert.

Bromberg, den 30. December 1870. Königl. Direction der Ostbahn.

15 Bekannt  machung.

Am 16. Januar d. J. wird der Betrieb auf den Eisenbahnstrecken Schneidemühl-Flatow, Dirschau-Pr. Stargardt und Insterburg-Gerbauen nach folgendem Fahrplan provisorisch eröffnet:

**A. Schneidemühl-Flatow.**

| Richtung Schneidemühl-Flatow. | | | | Richtung Flatow-Schneidemühl. | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stationen. | | Gemischter Zug 5. U. | M. | Stationen. | | Gemischter Zug 4. U. | M. |
| | | Morgens. | | | | Vormittags. | |
| Schneidemühl | Abfahrt | 7 | 30 | Flatow | Abfahrt | 9 | 59 |
| Flatow | Ankunft | 8 | 51 | Schneidemühl | Ankunft | 11 | 15 |

**B. Dirschau-Pr. Stargardt.**

| Richtung Dirschau-Pr. Stargardt. | | | | Richtung Pr. Stargardt-Dirschau. | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stationen. | | Gemischter Zug 18. U. | M. | Stationen. | | Gemischter Zug 5. U. | M. |
| | | Morgens. | | | | Nachmittags. | |
| Dirschau | Abfahrt | 8 | 36 | Pr. Stargardt | Abfahrt | 12 | 22 |
| Pr. Stargardt | Ankunft | 9 | 42 | Dirschau | Ankunft | 1 | 21 |

**C. Insterburg-Gerdauen.**

| Richtung Insterburg-Gerdauen. | | | | Richtung Gerdauen-Insterburg. | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stationen. | | Gemischter Zug 2. U. | M. | Stationen. | | Gemischter Zug 5. U. | M. |
| | | Nachmittags. | | | | Abends. | |
| Insterburg | Abfahrt | 3 | 25 | Gerdauen | Abfahrt | 6 | 39 |
| Gerdauen | Ankunft | 5 | 10 | Insterburg | Ankunft | 8 | 30 |

Sämmtliche Züge befördern Personen in allen vier Wagenklassen. Auf den Stationen sind besondere Fahrpläne ausgehängt.

Bromberg, den 2. Januar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

**Königliche Regierung.**

16 Der Regierungs- und Baurath Wernekind ist von der Königl. Regierung zu Posen an die hiesige Regierung versetzt.

Radzca rejencyjny i budowniczy Wernekinck od królewskiéj rejencyi w Poznaniu do tutejszéj rejencyi przeniesiony.

17 Der Lehrer Timm als Lehrer bei der katholischen Schule zu Gogulkowo, im Kreise Schubin, interimistisch angestellt.

18 Der Lehrer Kreysel als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Springberg, im Kreise Wongrowitz, definitiv angestellt.

**Königl. Provinzial-Schul-Collegium.**

19 Der Kandidat des höheren Schulamts und interimistischer Lehrer an der Realschule zu Rawicz Robert Scholtze ist als ordentlicher Lehrer an derselben angestellt worden.

20 Bei dem Königl. Gymnasium zu Meseritz ist der Schulamtskandidat Richard Jonas als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 1.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 2. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 13. Januar 1871. Bydgoszcz, dnia 13. Stycznia 1871.


## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**21** Das 52. Stück der vorjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7764. Allerhöchster Erlaß vom 18. November 1870, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von St. Vith über Rodt, Regierungsbezirk Aachen, bis zur Belgischen Grenze bei Poteaux, zum Anschluß an die von dort nach der Belgischen Eisenbahnstation Vielsalm führende Kunststraße.

Nr. 7765. Privilegium für die Stadt Düren im Regierungs-Bezirk Aachen zur Ausgabe von 100,000 Thalern Stadt-Obligationen. Vom 21. November 1870.

Nr. 7766. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Barmen im Betrage von 300,000 Thalern. Vom 28. November 1870.

**22** Das 53. Stück der vorjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7767. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Birnbaumer Kreises im Betrage von 50,000 Thlrn. Vom 26. November 1870.

Nr. 7768. Allerhöchster Erlaß vom 14. December 1870, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu dem Statute des Kreditinstituts für die Ober- und Niederlausitz vom 30. October 1865.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 52. zeszłorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7764. Najwyższe rozporządzenie z 18. Listopada 1870, tyczące się nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki gminnéj ze St. Vith na Rodt, w obwodzie regencyjnym akwizgrańskim, aż do granicy belgijskiéj pod Poteaux, ku przyłączeniu do żwirówki prowadzącéj z tamtąd do belgijskiéj stacyi kolejowéj Vielsalm.

No. 7765. Przywiléj dla miasta Dueren w obwodzie regencyjnym akwizgrańskim na emisyą 100,000 tal. obligacyi miejskich. Z dnia 21. Listopada 1870.

No. 7766. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających obligacyi miasta Barmen w ilości 300,000 tal. Z dnia 28. Listopada 1870.

Oddział 53. zeszłorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7767. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu międzychodzkiego w ilości 50,000 tal. Z dnia 26. Listopada 1870.

No. 7768. Najwyższe rozporządzenie z 14. Grudnia 1870, dotyczące potwierdzenia dodatku do Statutu instytutu kredytowego dla Górnéj i Dolnéj Luzacyi z 30. Października 1865.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**23** Bekanntmachung.

Adressirung der Feldpostsendungen.

In dem gegenwärtigen Feldzuge werden öfter durch Zusammenlegung verschiedener Landwehr-Bataillone combinirte Landwehr-Infanterie-Regimenter gebildet, wie z. B. die vier combinirten Brandenburgischen, die combinirten Pommerschen und Posenschen Regimenter, das combinirte Magdeburgische Landwehr-Regiment. Mitunter wird ein Bataillon — wie dies z. B. bei dem Reserve-Landwehr-Bataillon Nr. 39 (Barmen) geschehen ist — auseinandergezogen; die Compagnien treten in andere Bataillonsverbände und wechseln vollständig ihre Bezeichnung. Ebenso tritt der Fall ein, daß Ersatz-Compagnien, deren Regimenter mobil sind, Landwehr-Bataillonen anderer Provinzen zugetheilt werden. Beispielsweise führt das frühere: „Bataillon Crossen 2. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 12" jetzt die Bezeichnung: „2. combinirtes Brandenburgisches Landwehr-Regiment (Bataillon Crossen)"; die frühere: „1. Compagnie Reserve-Landwehr-Bataillons Nr. 39 (Barmen)" jetzt die Benennung: „5. Compagnie 2. Bataillons (Unna) 3. Westphälischen Landwehr-Regiments Nr. 16"; die vormalige „3. Compagnie des Ersatz-Bataillons

7. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 54" jetzt die Benennung: „6. Compagnie 1. Bataillons (Erfurt) 3. Thüringischen Landwehr-Regiments Nr. **71**."

In allen solchen Fällen ist es für die pünktliche Ueberkunft der Feldpostsendungen unerläßlich, daß auf den Adressen die Bezeichnungen „**Infanterie**-Regiment, **Landwehr**-Regiment, **combinirtes Landwehr**-Regiment, **Ersatz**-Bataillon ꝛc." in die Augen fallend angegeben werden, und daß insbesondere auch Sendungen an Militairs, welche zu den obengenannten combinirten Regimentern gehören, oder deren Compagnien zu anderen Bataillonsverbänden übergetreten sind, insofern recht genau adressirt werden, als jedesmal der **zuletzt gültige** Bataillons-, Regiments- ꝛc. Verband auf der Adresse ersichtlich gemacht werden muß. Namentlich ist dies bei Briefen an Militairs derjenigen **Ersatz**-Compagnien erforderlich, welche einem mobilen **Landwehr**-Regiment zugetheilt sind, mit ihrem eigenen mobilen **Infanterie**-Regimente also außer aller taktischen Verbindung stehen. Wenn obige Punkte unbeachtet bleiben, entstehen vielfache für die Correspondenten wie für den Feldpostbetrieb sehr unangenehme Hin- und Hersendungen der Briefe und Packete.

Berlin, den 17. December 1870. General-Postamt. **Stephan.**

**24** Bekanntmachung.

Packete mit Civilkleidern, welche den **zur Entlassung kommenden** Reservisten und Landwehrmännern **aus der Heimath** durch die Post zugehen, werden portofrei befördert, falls dieselben an die Adresse des Truppentheils, bei welchem der Reservist oder Landwehrmann steht, gerichtet sind und auf der Adresse des Begleitbriefes der Vermerk enthalten ist:

„Inhalt: Civilkleider des Reservisten (Landwehrmannes) N. N."

Wenn die Packete wegen Mangels dieses Vermerks oder wegen Adressirung an den Empfänger der Civilkleider selbst als portopflichtig haben behandelt werden müssen, so sind die Postanstalten des Bestimmungsortes ermächtigt, auf Reclamation der Adressaten die Sendungen portofrei zu verabfolgen, beziehungsweise das erhobene Porto zu erstatten, sobald das Couvert des Begleitbriefes vorgelegt und der Nachweis geliefert wird, daß der Inhalt des Packets in Civilkleidern zur Entlassung kommender Reservisten oder Landwehrmänner besteht. Die Erstattung des Portos erfolgt auch in Betreff derjenigen Packete mit Civilkleidern, welche bereits bisher portopflichtig abgesandt worden sind.

Berlin, den 2. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**25** In Verfolg des durch unser Amtsblatt pro 1864 Nr. 35 S. 241 et seq. veröffentlichten Reglements über die Lehr- und Servirzeit, sowie über die Prüfung der Apotheker-Lehrlinge und Apotheker-gehülfen vom 11. August 1864 bringen wir die inzwischen nothwendig gewordene Abänderung des § 3 desselben hiermit zur öffentlichen Kenntniß: Berlin, den 28. December 1870.

Das Reglement über die Lehr- und Servirzeit, sowie über die Prüfung der Apotheker-Lehrlinge und Apotheker-Gehülfen vom 11. August 1864 bestimmt im § 3:

„Wer die Apothekerkunst erlernen will, muß die wissenschaftliche Befähigung eines Schülers der Secunda eines Gymnasiums oder einer Realschule I. Ordnung, oder der Prima einer Realschule II. Ordnung oder das Abgangszeugniß der Reife von einer höheren Bürgerschule besitzen und den Nachweis dieser Befähigung durch ein Zeugniß darüber, daß er **mindestens ein halbes Jahr** den Unterricht in den genannten Schulklassen mit Erfolg genossen hat, zu führen im Stande sein."

Dieser Bestimmung lag neben der Fürsorge für eine als mindestens nothwendig zu fordernde Schulbildung der Apotheker-Lehrlinge die Absicht zu Grunde, nur solche Lehrlinge zuzulassen, welche zugleich den Anspruch auf das Beneficium des einjährig freiwilligen Dienstes in der Armee erworben haben. Dazu genügte nach der Militair-Ersatz-Instruction vom 9. December 1858 der Nachweis eines **halbjährigen** Besuchs der im Reglement vom 11. August 1864 bezeichneten Klassen der daselbst genannten Lehr-Anstalten.

Nachdem nun aber durch § 154 b bis f der Militair-Ersatz-Instruktion für den Norddeutschen Bund vom 26. März 1868 ein mindestens **einjähriger** Besuch der oben gedachten Klassen als Bedingung für die Erlangung jenes Beneficiums vorgeschrieben worden ist, so erachte ich für nothwendig, hiermit die Anforderungen an die wissenschaftliche Befähigung der Apotheker-Lehrlinge wiederum in Einklang zu bringen. Demzufolge wird der § 3 des Reglements vom 11. August 1864 hiermit wie folgt abgeändert:

„Wer die Apothekerkunst erlernen will, muß die wissenschaftliche Befähigung eines Schülers der Secunda eines Gymnasiums oder einer Realschule I. Ordnung, oder der Prima einer Realschule II. Ordnung, oder das Abgangszeugniß der Reife von einer höheren Bürgerschule besitzen und den Nachweis dieser Befähigung durch ein Zeugniß darüber, daß er **mindestens ein Jahr** hindurch den Unterricht in den genannten Schulklassen mit Erfolg genossen hat, zu führen im Stande sein." Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bromberg, den 3. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

26 **Bekanntmachung**

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie II. zu der Preußischen Staats-Anleihe von 1867 C.

Die Coupons zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihe v. J. 1867 C. für die 4 Jahre vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1874 nebst Talons werden vom 9. Januar k. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrolle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrolle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der vorgenannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 24. Dezember 1870.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forst-

**Obwieszczenie,**

tyczące się wydania nowych kuponów procentowych seryą II do pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 C.

Od 9. Stycznia r. p. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony do obligów pożyczki rządowéj z r. 1867 C. na te cztery lata od 1. Stycznia 1871 do 31. Grudnia 1874 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub przez kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, a przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnionych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko w tenczas, jeśli wspomnione talony zaginęły; w tym to razie przesłać należy dokumenta właściwe kontroli papierów rządowych albo któréj z wyrażonych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 24. Grudnia 1870.

Zarząd główny długów rządowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też

kassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 3. Januar 1871.
Königliche Regierung.

przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w miejscu.

Bydgoszcz, dnia 3. Stycznia 1871.
Królewska Regencya.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

27 Bekanntmachung.

Die zu Gembic im Haupt-Zoll-Amts-Bezirk Strzalkowo, im landräthlichen Kreise Mogilno, bestehende Legitimationsschein-Ertheilung für den Waaren-Verkehr im Grenz-Bezirk, wird als entbehrlich vom 1. Februar d. J. ab aufgehoben werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Posen, den 6. Januar 1871.
Der Provinzial-Steuer-Director.

Obwieszczenie.

Udzielanie kart legitymacyjnych, istniejące dotąd w Gembicach, w obwodzie głównego urzędu celnego Strzałkowa, w powiecie Mogilnickim dla interesów towarowych w obwodzie granicznym, zostanie od 1. Lutego r. b. jako niekoniecznie potrzebne zniesionem, co się niniejszem ogłasza.

Poznań, dnia 6. Stycznia 1871.
Prowincyalny dyrektor poborów.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

28 Seine Majestät der König haben geruht, dem Geheimen Regierungs- und Baurath Gerhardt die wegen geschwächter Gesundheit nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste in Gnaden mit Pension zu ertheilen.

Jego Królewska Mość raczył tajnemu radzcy rejencyjnemu i budowniczemu Gerhardt łaskawie udzielić zażądaną dla osłabionego zdrowia dimisyą z służby rządowéj z przyznaniem mu emeryty.

29 Der Lehrer Martin Pawlowski als Lehrer bei der katholischen Schule in Wyszyn, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

Nauczyciel Marcin Pawłowski tymczasową uzyskał posadę nauczyciela przy szkole katolickiéj w Wyszynie, w powiecie Chodzieskim.

30 Der Förster Bonte ist vom 1. Februar c. von Lyzinin nach Jeziora, Oberförsterei Golombki, versetzt worden.

31 Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Ronke ist vom 1. Februar c. ab unter gleichzeitiger Ernennung zum Königl. Förster die Försterstelle zu Komratowo, der Oberförsterei Golombki, verliehen worden.

32 Der Förster Münchow ist vom 1. Februar c. ab von Jeziora nach Mierucin, Oberförsterei Golombki, versetzt worden.

33 Personal-Veränderungen
im Bezirk des Königl. Oberbergamts zu Breslau während des II. Halbjahres 1870.

Versetzt: der Bauinspector Schwarz von Gleiwitz nach Schönebeck und an seine Stelle der Bauinspector Flügel von Schönebeck nach Gleiwitz.
Ernannt: der Hütten-Eleve Zander zu Malapane zum etatsmäßigen Maschinenmeister.
Ausgeschieden: der Bergassessor Reimke behufs Uebertritt in den Privatdienst.
Gestorben: der Berg-Eleve Tabor an der in der Schlacht bei Wörth erhaltenen Wunde.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 2.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 3. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 20. Januar 1871. Bydgoszcz, dnia 20. Stycznia 1871.


Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Norddeutschen Bundes.

**34** Das 51. Stück des vorjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 597. Verfassung des Deutschen Bundes.

Nr. 598. Protokoll, betreffend die Vereinbarung zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes und Annahme der Bundesverfassung. Vom 15. November 1870.

Nr. 599. Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen einerseits und Württemberg andererseits, betreffend den Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes, nebst dazu gehörigem Protokoll. Vom 25. November 1870.

Nr. 600. Bekanntmachung, betreffend die Einführung der Wechselstempelsteuer in die Hohenzollernschen Lande. Vom 30. December 1870.

Nr. 601. Seine Majestät der König von Preußen haben im Namen des Norddeutschen Bundes den Herrn Charles Tulin de la Tunisie zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes zu Tunis zu ernennen geruht.

Treść Zbioru praw związku północno-niemieckiego.

Oddział 51. zeszłorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 597. Kostytucya Rzeszy Niemieckiéj.

No. 598. Protokół, tyczący się konwencyi pomiędzy Związkiem północno-niemieckim, Badenią i Hessyą względem utworzenia Rzeszy Niemieckiéj i przyjęcia konstytucyi Rzeszy. Z dnia 15. Listopada 1870.

No. 599. Traktat pomiędzy Związkiem północno-niemieckim, Badenią i Hessyą z jednéj a Wyrtembergią z drugiéj strony, tyczący się przystąpienia Wyrtembergii do konstytucyi Rzeszy Niemieckiéj, wraz z przynależnym protokółem. Z d. 25. Listopada 1870.

No. 600. Obwieszczenie, tyczące się wprowadzenia podatku stęplowego od wekslów do krajów hohenzollernskich. Z dnia 30. Grudnia 1870.

No. 601. Najjaśniejszy Król Pruski raczył w imieniu Związku północno-niemieckiego WPana Charles Toulin de la Tunisie mianować konsulem jeneralnym Związku północno-niemieckiego w Tunis.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**35** Bekanntmachung.

Nach den statistischen Nachweisungen der Feldpostanstalten, der Postsammelstellen und der Norddeutschen Landes-Postanstalten sind in dem Zeitraum vom 16. Juli bis 31. December 1870 an Feldpostsendungen befördert worden:

1) **Gewöhnliche Briefe und Correspondenzkarten** von der Heimath nach der Armee und umgekehrt, sowie im Verkehr der Truppentheile untereinander . . . . . . . . . . . 67,600,000 Stück,
(durchschnittlich täglich 400,000 Stück.)

2) **Zeitungen** . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 1,536,210 Exemplare,
(durchschnittlich täglich 9090 Exemplare)
und zwar:
a) im Wege des Postdebits bezogen 632,060 Exemplare,
b) direct und unter Kreuzband 2c. versandt 904,150 Exemplare.

3) **Gelder in Militair-Dienstangelegenheiten** . . . . . . . 40,424,800 Thlr.
in 27,885 Briefen, bezw. Packeten (durchschnittlich täglich 239,200 Thlr. in 165 Briefen 2c.)
und zwar:
a) nach der Armee 38,025,000 Thlr. in 4,225 Briefen 2c.,
b) von der Armee 2,399,800 Thlr. in 23,660 Briefen 2c.

4) **Gelder in Privatangelegenheiten der Militairs rc.** . . . 13,046,800 Thlr.
in 1,554,800 Briefen rc. (durchschnittlich täglich 77,200 Thlr. in 9,200 Briefen rc.)

und zwar:
a) nach der Armee 3,718,000 Thlr. in 1,030,900 Briefen rc.)
b) von der Armee 9,328,800 Thlr. in 523,900 Briefen rc.)

5) **Packete in Militair-Dienstangelegenheiten** . . . . . . . . 57,460 Stück,
(durchschnittlich täglich 340 Stück)

und zwar:
a) nach der Armee 42,250 Stück,
b) von der Armee 15,210 Stück.

6) **Packete in Privatangelegenheiten der Militairs rc.** . . . 1,219,538 Stück,
(durchschnittlich täglich 22,173 Stück.)

(Die Annahme dieser Packete begann am 15. October pr. und wurde vorläufig geschlossen am 8. December pr.; die Einrichtung hat mithin 55 Tage bestanden; zur Verpackung waren 81,922 Packetsäcke erforderlich.)

Nach Vorstehendem sind in der Zeit vom 16. Juli bis einschließlich 31. December 1870 nach und von der Armee durch die Norddeutschen Feldposten **insgesammt** befördert worden:

1) Briefpostgegenstände (gewöhnliche Briefe, Correspondenz-Karten, Zeitungen u. s. w. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 69,136,210 Stück,
2) Gelder . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 53,471,600 Thlr.
in 1,582,685 Briefen, Packeten rc.,
3) Packete ohne declarirten Werth . . . . . . . . . . . 1,276,993 Stück.

Berlin, den 7. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**36** Bekanntmachung,
Schluß der Annahme gewöhnlicher Feldpostbriefe bis zum Gewicht von 8 Loth.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme gewöhnlicher Feldpostbriefe bis zum Gewicht von 8 Loth zur Beförderung mit der Post nach Frankreich nach Maaßgabe der Bekanntmachung vom 23. December 1870 mit dem Abend des 9. Januar bis auf Weiteres aufhört und die frühere Gewichtsbeschränkung bis 4 Loth allgemein wieder eintritt.

Berlin, den 9. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**37** Bekanntmachung,
Beförderung von Privatpäckereien an die in Frankreich befindlichen Offiziere, Militair- und Civilbeamten.

Laut Bekanntmachung vom 2. d. Mts. werden Packete mit Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen an die in Frankreich befindlichen Offiziere, Militair- und Civilbeamten **bereits** seit dem **5. Januar** zur Beförderung angenommen. In Folge mehrfacher Anfragen wird auf diesen Umstand nochmals besonders aufmerksam gemacht.

Berlin, den 10. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**38** Bekanntmachung
des Königlichen Ober-Tribunals zu Berlin, den Ehrenrath der Rechtsanwälte dieses Gerichtshofes betreffend.

In Gemäßheit des § 4, Absatz 3 und 4 des Gesetzes vom 26. März 1856 hat am 7. Januar 1871 eine theilweise Neuwahl des Ehrenraths der Rechtsanwälte des Königlichen Ober-Tribunals stattgefunden, in Folge dessen derselbe für die Jahre 1871 und 1872 aus folgenden Mitgliedern:

den Justizräthen Wagner, zugleich Vorsitzenden, Dorn, Simson, Schmückert und Wolff

und den Stellvertretern, nämlich:

den Justizräthen Bussenius und Röbenbeck

besteht.

Dies wird in Berücksichtigung des § 26 der Verordnung vom 30. April 1847 hierdurch bekannt gemacht.

**39** Bekanntmachung
wegen Einlösung der am 1. Februar d. J. fällig werdenden Bundes-Schatzanweisungen der IV. Serie vom Jahre 1870.

Die auf Grund des Bundes-Gesetzes vom 21. Juli v. J. und gemäß der Bekanntmachung des Herrn Kanzlers des Norddeutschen Bundes vom 31. Juli v. J. (Bundes-Gesetz-Blatt Seite 491 bezw. S. 508) ausgegebenen, am 1. Februar d. J. fälligen Bundes-Schatzanweisungen vom 1. August

Obwieszczenie
względem wyminy asygnacyi skarbowych związkowych seryi IV. z roku 1870, płatnych dnia 1. Lutego r. b.

Płatne dnia 1. Lutego r. b. asygnacye skarbowe związkowe z dnia 1. Sierpnia r. z. serya IV., na zasadzie prawa związkowego z dnia 21. Lipca r. z. i stósownie do obwieszczenia pana kanclerza związku północno-niemieckiego z dnia 31. Lipca r. z. wydane

v. J. Serie IV. werden in Berlin von der Staatsschulden-Tilgungskasse und außerhalb Berlins von den Bundes-Ober-Postkassen vom Fälligkeitstage den 1. Februar d. J. ab in gewöhnlicher Weise eingelöst werden.

Wegen der bei der Einlösung der Schatzanweisungen zu beobachtenden Formen wird auf unsere Bekanntmachung vom 25. Mai v. J. (Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 125) Bezug genommen und nur noch besonders bemerkt, daß die für die Staatsschulden-Tilgungskasse bestimmten Einsendungen direct an diese Kasse und nicht an die Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zu richten sind.

Berlin, den 5. Januar 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

(Dz. pr. zw. strona 491 wzgl. strona 508) wymieniać będzie w Berlinie kasa umarzająca długi krajowe a poza Berlinem kasy wyższe pocztowe związku od dnia 1. Lutego r. b., w którym są płatne, w sposób zwyczajny.

Co do form winnych być zachowane przy wymianie asygnacyi skarbowych odwołuje się do obwieszczenia z dnia 25. Maja r. z., (Pr. Staatsanzeiger No. 125) nadmieniając jeszcze tylko w szczególności, że przesyłki przeznaczone dla kasy umarzającéj długi krajowe w prost do tejże kasy a nie do zarządu głównego długów państwa wystósować należy.

Berlin, dnia 5. Stycznia 1871.

Zarząd główny długów państwa.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**40** Dem Ober-Regierungs-Rath Graaf ist der Vorsitz in der Bezirks-Kommission für die klassificirte Einkommensteuer des Regierungs-Bezirks Bromberg vom Herrn Finanz-Minister übertragen worden.

Bromberg, den 7. Januar 1871.

Der Regierungs-Präsident.

**Maurach.**

Nadradzcy rejencyjnemu Graaf powierzone zostało przez pana ministra finansów miejsce prezydującego w komisyi obwodu rejencyjnego Bydgoskiego, szacującéj do podatku klasyfikowanego od dochodu.

Bydgoszcz, dnia 7. Stycznia 1871.

Prezes rejencyjny.

**Maurach.**

**41** Die mit unserer Bestätigung versehenen Klassen- und Gewerbesteuerrollen für das Jahr 1871 sind den Herren Landräthen — die Gewerbesteuerrollen der II. und III. Gewerbe-Abtheilung den Magistraten — mit dem Auftrage zugefertigt worden, wegen deren Offenlegung durch die betreffenden Gemeinde-Vorstände das Erforderliche sofort anzuordnen und die Steuer-Erhebung durch die bestellten Communal-Erheber vor sich gehen zu lassen.

Die veranlagte Klassen- und Gewerbesteuer ist in den ersten 8 Tagen eines jeden Monats im Voraus zu entrichten; es hängt jedoch von dem Steuerpflichtigen ab, seinen Betrag auch für einen längeren Zeitraum und bis zum ganzen Jahresbetrage im Voraus zu bezahlen.

Etwaige Reclamations-Gesuche, welche unmittelbar hierher eingereicht werden, werden den Antragstellern portopflichtig zurückgegeben werden, da selbige vorschriftsmäßig an den Landrath — Gewerbesteuer-Reclamationen aus Städten der II. und III. Abtheilung an den Magistrat — einzusenden sind.

Bromberg, den 12. Januar 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Odesłano listy podatku klasycznego i procederowego na rok 1871, w potwierdzenie nasze opatrzone panom radzcom ziemiańskim, listy zaś podatku procederowego II. i III. oddziału rocederowego magistratom z tem zaleceniem, aby względem ich rozłożenia przez właściwe dozory gminne, co potrzeba, natychmiast rozporządzili i ustanowionym pobórcom komunalnym wybieranie podatków nakazali.

Rozłożony podatek klasyczny i procederowy w pierwszych ośmiu dniach miesiąca każdego naprzód uiścić należy, od podatkującego przecież zależy, zapłacić go naprzód i za czas dłuższy, nawet do całkowitéj ilości rocznéj.

Wnioski reklamacyjne, któreby tutaj bezpośrednio podać miano, zwróci się proszącym na ich koszt pocztą, gdyż stósownie do przepisów odsyłać je należy do radzcy ziemiańskiego, reklamacye zaś względem podatku procederowego z miast II. i III. oddziału do magistratu.

Bydgoszcz, dnia 12. Stycznia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**42** Bekanntmachung.

Die Station Osnabrück der Hannöverschen Eisenbahn wird mit dem 15. Januar 1871 in den Russisch-Rheinischen und den Ostdeutsch-Rheinischen Verband-Güter-Verkehr als Verbandstation mit directen Sätzen, jedoch nur für die Beförderung von Flachs, Hanf, Heede und Werg in Quantitäten von 100 Ctr. und darüber, aufgenommen. Der betreffende Tarif-Nachtrag kann auf den Verbandstationen eingesehen werden. Bromberg, den 10. Januar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliches Appellations-Gericht.

43 Der Bürgermeister Obarski in Czerniejewo ist für den Bezirk Czerniejewo, Kreis Gnesen, zum Schiedsmann wieder gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dla okręgu Czerniejewskiego w powiecie Gnieźnieńskim został burmistrz Obarski w Czerniejewie na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

44 Der bisherige Schiedsmann Wolff in Uscz ist für den Bezirk Uscz, Kreis Chodziesen, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der emeritirte Lehrer Gutzmann daselbst bestellt worden.

Dla okręgu Ujskiego, w powiecie Chodzieskim został dotychczasowy rozjemca Wolff w Ujściu na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest emerytowany nauczyciel Gutzmann tamże.

45 Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directionsbezirk Posen pro December 1870.

Ausgeschieden: der Post-Expediteur Zipplitt in Schmilowo.
Gestorben: die Post-Expedienten Kersten und Münchow beim Eisenbahn-Postamte Bromberg XI.

### Provinzial-Steuer-Direction.

46 Im Geschäftsbereiche des Provinzial-Steuerdirectorats zu Posen sind im Laufe des IV. Quartals 1870 befördert:

1. der Hauptamts-Assistent Buchholz in Bromberg zum Ober-Grenz-Controleur in Kempen in der Rheinprovinz,
2. der berittene Steuer-Aufseher Wotschke in Kostrzyn zum Hauptamts-Assistenten in Bromberg,
3. der berittene Steuer-Aufseher Schmerl in Gnesen zum Steuer-Einnehmer in Rogasen,
4. der Steuer-Aufseher Stript in Posen zum Hauptamts-Assistenten in Bromberg und
5. der Hauptamts-Assistent Zühlke in Chodziesen zum Kreis-Secretair in Czarnikau.

## Vermischte Nachrichten.

47 Das dem Spinnereibeamten Ed. O. Ruppert zu Wüste-Giersdorf unter dem 15. November 1869 auf die Dauer von fünf Jahren für den ganzen Umfang des Preußischen Staates ertheilte Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung an Spinnstühlen zum Abziehen und Aufsetzen der Spulen während des Ganges der Maschine,

ist aufgehoben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 3.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 4. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 27. Januar 1871. Bydgoszcz, dnia 27. Stycznia 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

48 Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (Gesetzsammlung Nr. 549) wird hiermit bekannt gemacht, daß die zum Kirchen-Stiftungs- und Armen-Hospital-Vermögen in Fordon gehörigen Staatsschuldscheine:

| | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Litt. | F. | Nr. | 13,173 | über | 100 Thlr., | | Litt. | G. | Nr. | 8,018 | über | 50 Thlr., |
| " | " | " | 93,924 | " | 100 " | | " | " | " | 14,705 | " | 50 " |
| " | " | " | 146,281 | " | 100 " | | " | " | " | 33,872 | " | 50 " |
| " | " | " | 150,876 | " | 100 " | | " | " | " | 41,427 | " | 50 " |
| " | " | " | 176,016 | " | 100 " | | " | " | " | 42,416 | " | 50 " |

mittelst Einbruchs in die Dienstwohnung des Pfarrers Gramse daselbst angeblich gestohlen worden sind.

Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Dokumente befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrole der Staats-Papiere oder dem katholischen Pfarrkirchen- und Hospital-Collegium zu Fordon anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Amortisations-Verfahren eingeleitet werden wird.

Berlin, den 21. Januar 1871. Königl. Kontrole der Staats-Papiere.

49 Bekanntmachung.

Nach § 61 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846 (Gesetz-Sammlung Seite 435) wird die Versammlung der Meistbetheiligten durch diejenigen Bankantheils-Eigner gebildet, welche am Tage der Einberufung der Versammlung nach den Stammbüchern der Preußischen Bank die größte Anzahl von Bankantheilen besitzen.

Auch die Wählbarkeit der Mitglieder des Central-Ausschusses der Bank, sowie der Provinzial-Ausschüsse und der Beigeordneten der Provinzial-Bank-Komtoire, ist von der Eintragung in die Stammbücher der Bank abhängig (§§ 66, 105, 109 der Bankordnung).

Auf diese Bestimmungen werden hierdurch Diejenigen aufmerksam gemacht, welche Bankantheile erworben, die Eintragung in die Stammbücher der Bank aber noch nicht bewirkt haben.

Berlin, den 18. Januar 1871. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

50 Das Grundstück Nr. 7 zu Mruczyn ist mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten von dem Gutsbezirke Mruczyn abgetrennt und mit dem Gutsbezirke Trzebin vereinigt worden.

Bromberg, den 30. December 1870. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

51 Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie XVI. zu den Preußischen Staatsschuldscheinen.

Die neuen Coupons zu den Staatsschuldscheinen Serie XVI. No. 1 bis 8 über die Zinsen für die vier Jahre 1871 bis 1874 nebst Talons werden vom 15. d. Mts. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht,

Obwieszczenie

tyczące się wydania nowych kuponów procentowych seryą XVI. do obligów państwa Pruskiego.

Od 15. b. m. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica 92 na dole po prawéj ręce przed południem od godziny 9 do 1, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych nowe kupony do obligów państwowych seryą XVI. No. 1 do 8 na procenta za te cztery lata 1871 do 1874 wraz z talonami.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze,

hat die Talons vom 1. September 1865 mit einem Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der **Kontrole** persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzerem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 1. December 1870.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreis- und der Forstkasse hierselbst, zu haben sind.

Bromberg, den 5. December 1870.

Königl. Regierung.

oddać należy talony z dnia 1. Września 1865 z wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontoli a w Hamburgu na głównym urzędzie pocztowym bezpłatnie dostać można, w **kontroli** osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi śród monarchii kontrola papierów krajowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie wspomnionych kasach prowincyalnych i przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych wymienić się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomnione talony zaginęły; w tym to razie przesłać należy dokumenta dotyczące kontroli papierów krajowych, albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 1. Grudnia 1870.

Zarząd główny długów państwa.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie, wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w miejscu.

Bydgoszcz, dnia 5. Grudnia 1870.

Król. Regencya.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

52 Die Kreiswundarztstelle im Marienburger Kreise ist wiederum erledigt. Qualificirte Bewerber um diese Stelle werden daher aufgefordert, uns ihre Meldung unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen einzureichen.

Danzig, den 16. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

53 Bekanntmachung.

Die Bestimmungen des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen im Norddeutschen Bunde vom 10. Juni 1870 hinsichtlich der Güterbeförderung (Abtheilung B.) finden fortan auch in dem seit dem 18. August pr. eingeführten directen Preußisch-Polnischen Güter-Verkehre auf den Polnischen Verbandbahnen Anwendung.

In demselben Verkehre werden vom 1. Februar d. J. ab die Artikel: Bleichererde, Bleichpulver,

Kupferhammerschlag und Lauge zur vermäßigten Klasse II. A., Beinschwarz (Knochenschwarz) und Spath gemahlen zur ermäßigten Klasse II. B. und Graupen, Gries, Grütze und andere Mühlen-Fabrikate in Quantitäten von 100 Centnern und darüber zum Special-Tarife für Mehl befördert.

Bromberg, den 14. Januar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

54 **Verzeichniß**

der im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg im IV. Quartal 1870 zu Zuchthausstrafe verurtheilten Personen.

| Laufende Nr. | Name, Stand und Wohnort des Verurtheilten. | Art des Verbrechens. | Benennung des Gerichts. | Strafbestimmung. | Datum des Urtels. |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Szuminski, Johann, Knecht zu Klein Lonsk | Straßenraub | Schwurger. Bromberg | 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Polizei-Aufsicht | 3. Oct. 1870. |
| 2 | Grabowski, Johann, Arbeiter zu Strzelno-Amtsgrund | 2 schwere Diebstähle im wiederholten Rückfalle | dito | 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Polizei-Aufsicht | 6. Oct. 1870 |
| 3 | Gostemski, Johann, Arbeiter zu Strzelno | 3 schwere Diebstähle | dito | 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Polizei-Aufsicht | dito |
| 4 | Wiatrowski, Joseph, Kuhhirt zu Gora | Nothzucht | dito | 3 Jahre Zuchthaus | dito |
| 5 | Barozak, Peter, Arbeiter zu Wygoda | schw. Diebstahl im wiederholten Rückfalle | dito | 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Polizei-Aufsicht | 5. Oct. 1870 |
| 6 | Jarecki, Valentin, Dienstjunge zu Exin | versuchter einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfalle | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | 3. Oct. 1870. |
| 7 | Taczik, Franz, Arbeiter zu Inowraclaw | schwerer Diebstahl im Rückfalle | dito | 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Polizei-Aufsicht | 5. Oct. 1870. |
| 8 | Woland, Anton, Knecht zu Zolondowo | Vornahme unzücht. Handlungen an einer Person unter 14 Jahren | dito | 3 Jahre Zuchthaus | 4. Oct. 1870. |
| 9 | Kempf, Albert, Arbeiter zu Feyerland | Nothzucht | dito | 2 Jahre Zuchthaus | 7. Oct. 1870. |
| 10 | Hahn, Ludwig, Knecht zu Minutsdorf | wiederholte Nothzucht | dito | 3 Jahre Zuchthaus | dito |
| 11 | Zdzikowski, Peter, Steinhauer zu Königl. Wierzchucin | einf. Diebstahl im wiederholten Rückfalle | Kreisgericht Bromberg | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | 13. Oct. 1870. |
| 12 | Grabowski, Johann, Tagelöhner zu Strzelno-Amtsgrund | Meuterei | Schwurger. Bromberg | dito | 6. Oct. 1870. |
| 13 | Przybilski, Franz, Arbeiter zu Unia | dito. | dito | dito | dito |
| 14 | Gacek, Peter, Zuchthaussträfling zu Poln. Crone | dito. | dito | dito | 4. Oct. 1870. |
| 15 | Utczynska, Helene, unverehelichte, von hier | einf. Diebstahl im wiederholten Rückfalle und Betrug | Kreisgericht Bromberg | 2½ Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Polizei-Aufsicht | 14. Novbr. 1870. |
| 16 | Kasper, Anastasia, unverehelichte, von hier | Diebstahl im wiederholten Rückfalle | dito | 3 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Polizei-Aufsicht | 2. Mai 1870. |
| 17 | Lagowski, Stanislaus, Arbeiter zu Inowraclaw | Diebstahl im wiederholten Rückfalle und Unterschlagung | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | 14. Dec. 1870. |
| 18 | Frost, Joseph, Knecht zu Radkownia | schwerer Diebstahl im Rückfalle | Schwurger. Gnesen | 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Polizei-Aufsicht | 11. Oct. 1870. |
| 19 | Maschöfski, Friedrich, Arbeiter zu Liebemühl | schw. Diebstahl im wiederholten Rückfalle | dito | dito | dito |

| Laufende Nr. | Name, Stand und Wohnort des Verurtheilten. | Art des Verbrechens. | Benennung des Gerichts. | Strafbestimmung. | Datum des Urtels. |
|---|---|---|---|---|---|
| 20 | Will, Gottlieb, Käthner zu Cegielnia | Meineid | Schwurger. Gnesen. | 2 Jahre Zuchthaus | 12. Oct. 1870. |
| 21 | Will, Ottilie, unverehelichte, zu Cegielnia | dito | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | dito |
| 22 | Zielinska, Petronella, Wwe. zu Gnesen | einf. Diebstahl im wiederholten Rückfalle | Kreisgericht Gnesen | dito | 28. Oct. 1870. |
| 23 | Pokornowska, Catharina, unverehelichte, zu Malta | dito | dito | dito | 18. Novbr. 1870. |
| 24 | Nowaczyk, Marianna, Magd zu Witkowo | dito | dito | dito | 15. Dec. 1870. |
| 25 | Malak, Joseph, Wirthschafter zu Jorzabkowo, Kreis Gnesen | dito | Kreisgericht Inowraclaw | 3 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Polizei-Aufsicht | 31. Aug. 1870. |
| 26 | Leidinger, Martin, Arbeiter zu Gocanowko | dito | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Polizei-Aufsicht | 31. Oct. 1870. |
| 27 | Mendelewska, Anna, Büdnerfrau zu Turzany | dito | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | 21. Novbr. 1870. |
| 28 | Kijewska, Franziska, zu Wielowies | dito | dito | 4 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Polizei-Aufsicht | 28. Novbr. 1870. |
| 29 | Kawczynska, Margaretha, zu Blawaty | dito | dito | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | 19. Dec. 1870. |
| 30 | Przygoda, Johann, Knecht zu Lazyn | dito | dito | dito | dito |
| 31 | Grams, Michael, Tagelöhner zu Wongrowiec | dito | Kreisgericht Wongrowiec | dito | 11. Oct. 1870. |
| 32 | Szczepanski, Joseph, Arbeiter zu Josephinen | Diebstahl im wiederholten Rückfalle | Kreisgericht Schubin | 2 Jahre Zuchthaus | 1. Novbr. 1870. |
| 33 | Laskowski, Thomas, Tagelöhner zu Exin | einfacher Diebstahl im III. Rückfalle | dito | dito | 25. Novbr. 1870. |
| 34 | Olszewski, Michael, Knecht ohne festen Wohnsitz | einfacher Diebstahl im II. Rückfalle | dito | dito | 19. Dec. 1870. |
| 35 | Otto, Marie, geb. Wothke, Arbeiterfrau zu Valentinowo | schwerer Diebstahl | Kreisgericht Lobsens | 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Polizei-Aufsicht | fehlt. |
| 36 | Heidisch, Elisabeth, verehelichte Tagelöhner zu Nickelskowo | wiederholter Diebstahl im wiederholten Rückfalle | Kreisgericht Schneidem. | 2 Jahre Zuchthaus | 4. Oct. 1870. |
| 37 | Gropp, Christian, Schiffsknecht zu Pollychen | Nothzucht im Rückfalle | Schwurger. Schneidem. | dito | 17. Oct. 1870. |
| 38 | Nowacki, Eduard, zu Hammermühle | versuchte Nothzucht | dito | dito | 18. Oct. 1870. |
| 39 | Wisniewski, Stanislaus, Bäckergeselle zu Kozmin | 1 schwerer und 1 einfacher Diebstahl im Rückfalle | dito | dito | 20. Oct. 1870. |
| 40 | Karobasz, Joseph, Knecht zu Margonin | Raub | dito | 10 Jahre Zuchthaus | dito |
| 41 | Specyal, Lorenz, Knecht zu Margonin | dito | dito | dito | dito |
| 42 | Luczkowiak, Lorenz, Knecht zu Margonin | dito | dito | dito | dito |
| 43 | Molachowski, Mich., Knecht zu Margonin | dito | dito | dito | dito |

Bromberg, den 11. Januar 1871. Königl. Appellations-Gericht, Criminal-Senat.

55 **Polizei-Verordnung**
über das Feuer-Lösch-Wesen in der Stadt Exin.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird unter Aufhebung der Feuerordnung vom 15. April 1836 und mit Genehmigung der Königl. Regierung zu Bromberg folgende Verordnung erlassen:

**Verpflichtung zum Feuer-Lösch-Dienst.**

§ 1. Den städtischen Feuer-Lösch-Dienst ist jeder selbstständige Einwohner des Stadtbezirks Exin mit Ausnahme derjenigen Personen, denen das Recht zur Ablehnung einer Vormundschaft nach dem Allgemeinen Landrechte zusteht, entweder persönlich oder durch einen geeigneten Stellvertreter wahrzunehmen verpflichtet.

§ 2. Jeder Hauseigenthümer ist verpflichtet: a) einen leichten brauchbaren Wassereimer, b) einen Handfeuerhaken auf eigene Kosten anzuschaffen und stets in Bereitschaft zu halten. Die Verpflichtung zur Bespannung der Feuerlöschgeräthe, soweit solche nöthig ist, liegt sämmtlichen Pferdebesitzern ob.

**Befreiungen.**

§ 3. Zur Bespannung der Feuerlöschgeräthe können jedoch nicht herangezogen werden:
1) alle Königlichen Militairpferde ohne Unterschied, ob dieselben Rationen erhalten oder nicht,
2) die Pferde des Posthalters, so weit sie contractlich zu halten sind,
3) die Pferde der Königlichen Beamten, welche dieselben, ihres öffentlichen Dienstes wegen, zu halten verpflichtet sind,
4) alle Privatreitpferde, welche nie vor den Wagen gespannt worden.

§ 4. Als Stellvertreter zum Feuerlöschdienst werden nur Personen männlichen Geschlechts angenommen, die das 20. Lebensjahr erreicht und das 60. noch nicht überschritten haben, im Stadtbezirk des Verpflichteten wohnen und gegen deren Fähigkeiten zum Feuerlöschdienste keine Ausstellungen zu machen sind. Der Stellvertreter muß Seitens des Verpflichteten dem Magistrat zur Annahme gemeldet werden. Erst wenn Letzterer den Vertreter für geeignet gehalten und angenommen hat, ist der betreffende Verpflichtete seiner Verbindlichkeit zur Wahrnehmung des Feuerlöschdienstes überhoben.

**Feuerwehr-Colonnen.**

§ 5. Das feuerdienstpflichtige Personal zerfällt in folgende Mannschaften:
1) in die Spritzenleute und zwar: a) Spritzenmeister und Schlauchmeister, b) Schlauchhalter, c) Drücker (Druckmannschaften), d) Wasserträger,
2) in die Bespanner der Löschgeräthschaften,
3) in die Brunnen-Aufseher und Brunnenleute,
4) in die Küven-Aufseher,
5) in die Wasserleitungsmannschaften,
6) in die Bauhandwerker,
7) in das Rettungs-Corps,
8) in die Aufseher auf das Flugfeuer.

**Feuerzeichen des feuerdienstpflichtigen Personals.**

§ 6. Jedes Mitglied des Feuerlösch-Personals erhält auf Kosten der Kämmerei-Kasse angeschafft ein Feuerzeichen, welches den Dienst, zu welchem der Pflichtige berufen, bezeichnet.

**Verzeichniß der Löschmannschaften.**

§ 7. Das Verzeichniß des gesammten dienstpflichtigen Personals wird beim Magistrat geführt und bleibt Jeder, der ein Feuerzeichen erhalten hat, zur Dienstleistung auf so lange verpflichtet, bis ihm dasselbe abgenommen wird.

**Brandsignale.**

§ 8. Jeder, in dessen Wohnung Feuer entsteht, ist verpflichtet, augenblicklich Lärm zu machen und die Bekanntwerdung des Feuers nach Möglichkeit zu verbreiten.

§ 9. Das Signal des Feuers haben die Nachtwächter mittelst Läuten der Kirchenthurmglocken zu bewirken.

§ 10. Bei nächtlichem Feuerausbruche müssen, wenn kein Mondschein ist, die im untersten Stockwerke nach der Straße belegenen Fenster erleuchtet werden.

§ 11. Die Zugänge zum Feuer werden von den Polizeibeamten abgesperrt und es soll Niemand zugelassen werden, der nicht vermöge seines Amtes dahin gehört oder sich nicht durch das vorschriftsmäßige Feuerzeichen legitimiren kann.

**Direction der Löschanstalten.**

§ 12. Die Direction der Feuerlöschoperationen führt der Bürgermeister und in Behinderungs- oder in Abwesenheitsfällen ein Schöffe. Außerdem dürfen andere Personen nur soweit Befehle ertheilen, als sie dazu durch die Verordnung berufen sind. Die Gendarmen und Polizeibeamten haben sich zur Disposition des Bürgermeisters resp. seines Stellvertreters zu stellen.

**Functionen: a. der Spritzenleute.**

§ 13. Zu jeder Spritze gehören: ein Spritzenmeister und zwei Schlauchmeister mit je einem Stellvertreter, sechs bis zwölf Schlauchhalter, vier und zwanzig Drücker, von denen immer zwölf thätig sind, sechs Wasserträger.

§ 14. Die Spritzenmeister müssen bei entstehendem Feuerlärm mit ihren Spritzen so schnell als möglich zur Brandstelle eilen und dort die ihnen vom Bürgermeister anzuweisende Stelle einnehmen. Nur wenn Letzterer noch nicht anwesend sein sollte, haben sie nach eigener Einsicht zu handeln. Sie haben darauf zu halten, daß die Spritzen in beständigem Gange bleiben, und daß die dabei angestellten Druckleute mit voller Kraft und in gleichen Schlägen arbeiten.

§ 15. Die Spritzenmeister haben ferner darauf zu sehen, daß die ihnen anvertraute Spritze mit Zubehör sich jederzeit in fehlerfreiem Zustande befinde. Alle vorgefundenen Mängel müssen ohne Zeitverlust dem Magistrat zur Veranlassung der Reparatur angezeigt werden.

§ 16. Die Schlauchmeister stehen unter der unmittelbaren Aufsicht der Spritzenmeister. Sie haben die Sorge für die gehörige Erhaltung der Schläuche und deren Führung; auf der Brandstelle haben sie das Auseinandernehmen, Zusammensetzen und Aufziehen der Schläuche zu besorgen und darauf zu sehen, daß der erforderliche Vorrath an Schläuchen zur Stelle sei. Ein Schlauchmeister führt das Rohr, während der zweite das Aufziehen der Schläuche zu besorgen und die Aufsicht auf die Schlauchhalter zu führen hat.

§ 17. Die Druckleute haben im Allgemeinen die Verpflichtung, sich zu allen Feuerlöschgeräthschaften gebrauchen zu lassen, denen sie nur irgend überwiesen werden möchten, und dürfen sich namentlich nicht weigern, an einer andern Spritze angestellt zu werden, als welcher sie ursprünglich überwiesen worden sind. Sie haben sich sofort auf das Feuersignal nach der Brandstelle zu ihren Spritzen zu begeben.

§ 18. Die Wasserträger haben sich mit einem im § 2 vorgeschriebenen, mit dem Namen des Eigenthümers oder der Hausnummer versehenen Eimer, eiligst bei der ihnen bezeichneten Spritze auf der Brandstelle einzufinden. Sie ordnen sich nach Anweisung des Spritzenmeisters und dürfen sich nicht weigern, ihre Dienste, welche in dem Zubringen von Wasser und dem Füllen der Spritzen bestehen, auch bei einer anderen Spritze zu leisten, als bei der, welcher sie ursprünglich zugewiesen worden sind.

**b. der Bespanner.**

§ 19. Gespannbesitzer haben bei entstehendem Feuerlärm ihre Gespanne unverzüglich vor die ihnen zugewiesenen Spritzen, Küven 2c. vorzulegen, sie nach der Brandstelle oder wohin sie sonst gewiesen sind, zu bringen und daselbst so lange thätig zu sein, bis ihnen die Erlaubniß zur Entfernung ertheilt wird.

**c. der Brunnenleute.**

§ 20. Die öffentlichen Brunnen und Pumpen und andere Schöpfstellen erhalten je einen Aufseher mit drei Brunnenleuten. Diese haben bei entstehendem Feuerlärm sich sofort nach der ihnen zugewiesenen Stelle zu begeben und die ankommenden Wasserküven zu füllen. Sie dürfen diese Posten nicht eher verlassen, bis sie abgerufen werden.

**d. der Küven-Aufseher.**

§ 21. Die Küven sollen nummerirt werden. Bei jedem Küven ist ein Aufseher und ein Stellvertreter angestellt, welcher fortdauernd auf den brauchbaren Zustand des ihm anvertrauten Küvens zu sehen und die Mängel dem Magistrat anzuzeigen verpflichtet ist. Bei entstehendem Feuerlärm sorgen die Aufseher für die schleunige Bespannung der Küven und begeben sich damit an die Brandstätte. So lange die Küven in Thätigkeit sind, dürfen die Aufseher sie nicht verlassen, müssen sie vielmehr stets begleiten und darauf sehen, daß sie beim Auf- und Abfahren nicht ruinirt werden.

**e. der Wasserleitungsmannschaften.**

§ 22. Die Wasserleitungsmannschaft ist in Rotten zu 10 Mann getheilt, welche einem Vorsteher untergeordnet sind. Sie dient vorzugsweise zur Bildung einer Wasserstraße, in der die Eimer von Hand zu Hand gehen. Den Vorstehern liegt es ob, diese Mannschaften zur Wasserstraße zu formiren, wenn in der Nähe der Brandstelle sich größere Wasserbehälter befinden und die Spritzen auf diese Weise schneller, als durch die Wasserküven gespeist werden können.

**f. der Bauhandwerker.**

§ 23. Die Maurer- und Zimmermeister mit ihren Gesellen bilden ein besonders Corps. Die Ersten haben den Dirigenten darauf aufmerksam zu machen, wenn auf der Brandstelle eine Mauer im Schornstein, ein Balken oder sonst ein Theil irgend eines Gebäudes einzustürzen droht und hierdurch Gefahr entstehen könnte; sie haben ferner die Leitung beim Niederreißen der Gebäude. Die Feuerhaken und ein Theil der Feuerleitern stehen deshalb unter ihrer Aufsicht, und haben sie nöthige Reparaturen davon jederzeit sofort dem Magistrat anzuzeigen. Die Heranschaffung dieser zur Brandstelle erfolgt durch die designirten Gesellen. Die Maurergesellen müssen die Pike, die Zimmergesellen die Aexte zur Brandstelle mitbringen.

§ 24. Die Schornsteinfeger sind verpflichtet, mit ihren sämmtlichen Leuten den Feuerlöschdienst wahrzunehmen. Außerdem ist jeder Schornsteinfeger verbunden, zur Rettung von Personen aus Feuersgefahr Hilfe zu leisten.

### g. des Rettungs-Corps.

§ 25. Zur Rettung von Personen und Fortschaffung von Mobiliar aus Feuersgefahr besteht ein Rettungs-Corps von 15 Mann unter Leitung eines Vorstehers, für dem noch ein Stellvertreter bestellt wird. Sie haben sich mit den überwiesenen Feuerleitern an den Ort der Gefahr zu begeben. Außerdem werden ihnen, wenn es nöthig sein sollte, zweispännige Wagen beigegeben, mit welchen ein Theil der Mannschaften bei dem Königl. Districts-Amte, dem Magistrate, der Postexpedition u. s. w. Stellung nimmt und im Falle eintretender Gefährdung die Registraturen in Sicherheit bringt.

### h. der Aufseher auf das Flugfeuer.

§ 26. Die Aufseher auf das Flugfeuer haben dafür zu sorgen, daß die dem Flugfeuer ausgesetzten Dächer und Dachrinnen von den Hausbewohnern schleunigst besetzt und fleißig begossen, alle Oeffnungen und Fenster aber geschlossen werden.

### Maßregeln nach gedämpftem Feuer.

§ 27. Nach gedämpftem Feuer bleiben nach dem Ermessen des Polizei-Dirigenten eine oder mehrere Feuerspritzen mit der dazu gehörigen Mannschaft, sowie erforderlichen Falls eine angemessene Anzahl feuerdienstpflichtiger Personen zur Wache auf der Brandstätte, um bei dem Auflodern des Brandfeuers sogleich Hilfe zu leisten.

### Control-Commission.

§ 28. Eine Control-Commission, bestehend aus drei von der Stadtverordneten-Versammlung mit Genehmigung des Magistrats auf die Dauer von drei Jahren gewählten Stadtbürgern, tritt bei dem Ausbruche eines Feuers in einem der Brandstelle benachbarten Hause zusammen, um das zum Feuerlöschdienst verpflichtete Personal und die Bespannung nach dem § 7 zu führenden Verzeichnisse zu controliren. Die Anwesenheit dieser Commission wird durch eine, bei dem Haupteingange des Gebäudes ausgesteckte rothe Fahne, in der Nacht aber außerdem noch durch zwei Laternen bezeichnet. Bei dieser Commission hat jeder Vorsteher die ihm untergebenen Mannschaften, oder diese haben, wenn sie keinem Vorsteher untergeordnet sind, sich selbst vor Entfernung von der Brandstelle zu melden.

### Zurückschaffung und Untersuchung der Löschgeräthe.

§ 29. Wenn die Feuerlösch-Geräthschaften auf der Brandstelle nicht mehr gebraucht werden, so müssen dieselben von den betreffenden Verpflichteten und Gespannhaltern nach dem Spritzenhause und den sonstigen für ihre Aufbewahrung bestimmten Orten weggeschafft werden.

### Prämien.

§ 30. Dem Gespannbesitzer der ersten Spritze, welche auf der Brandstelle erscheint, wird aus der Kämmerei-Kasse eine Prämie von 1 Thlr., dem zweiten eine Prämie von ½ Thlr. bewilligt. Derjenige, der den Lärm durch die Glocke macht, erhält eine Prämie von 10 Sgr. und jeder der Fuhrleute der ersten bei den Wasserkuven eine solche von 15 Sgr., für den Fall, wenn von der Provinzial-Feuersocietät die Prämiirung abgelehnt werden sollte.

§ 31. Alle Diejenigen, welche sich bei der Löschung des Feuers nach dem Zeugniß des Dirigenten ganz besonders ausgezeichnet haben, sollen von der Königlichen Regierung resp. der Provinzial-Feuer-Societäts-Direction entweder mit einer Geldprämie bis zu 5 Thlr. oder, wenn sie diese nicht wollen, zur Belohnung ihres rühmlichen Verhaltens durch öffentliche Blätter belobt werden.

### Spritzen-Proben.

§ 32. Die gewöhnlichen Spritzenproben werden jährlich zweimal, im Frühjahr und Herbst, und zwar in Gegenwart:

1) des Polizei-Dirigenten und
2) zweier Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, welche dieselbe zu erwählen hat,

abgehalten. Es werden dazu bestellt die zu den Spritzen gehörigen Bedienungs-Mannschaften und sämmtliche Vorsteher der verschiedenen Feuerwehr-Colonnen. Insonderheit müssen die Wasserträger, jeder mit dem § 2 bestimmten Eimer, wie beim Feuer sich einfinden und die Spritzen füllen, so daß die Spritzenproben zugleich als eine Uebung im Feuerlöschdienst angesehen werden müssen. Zu diesen Proben muß jeder das Feuerzeichen aufstecken. Alle bei Gelegenheit der Spritzenproben vorgefundenen Fehler werden protocollarisch festgestellt und dann deren Abhülfe veranlaßt.

### Strafen.

§ 33. Feuerdienstpflichtige Personen, welche von den Spritzenproben ohne rechtfertigende Entschuldigung ausbleiben, oder zu spät oder ohne Eimer erscheinen oder das Feuerzeichen nicht aufstecken, werden ebenso bestraft, als ob sie bei einem stattgehabten Feuer diese Pflichten verabsäumt hätten.

§ 34. Wer bei ausgebrochenem Feuer ohne rechtfertigende Entschuldigung vom Feuerlöschdienste fortbleibt, oder zu spät kommt, oder die ihm obliegende Bespannung gar nicht, oder zu spät oder mangelhaft gestellt, wer das Löschgeräth mitzubringen unterläßt, ingleichen wer sich ohne ertheilte Erlaubniß vor gedämpftem Feuer von der Brandstelle entfernt, verfällt in eine Strafe bis zu 3 Thlr. oder verhältnißmäßiges Gefängniß.

§ 35. Wer sich betrunken einfindet, oder auf der Brandstelle betrinkt, so daß er zur Hilfeleistung unfähig ist, oder wer sich ungehorsam zeigt, soll sofort verhaftet und nachher mit einer Geldbuße von 1 bis 3 Thlr. oder verhältnißmäßigem Gefängniß belegt werden.

§ 36. Alle sonstigen Verstöße gegen diese Polizei-Verordnung werden, wenn nicht specielle Strafen für die einzelnen Fälle darin bereits feststehen, mit einer Geldbuße bis zu 3 Thlr. oder verhältnißmäßigem Gefängniß resp. nach § 368 ad 8 des Strafgesetzbuchs geahndet.

Exin, den 31. August 1870. Der Magistrat.

**56** **Wochenmarkts-Ordnung für die Stadt Exin.**

Es hat sich durch die bei den hier Dienstags und Freitags abgehaltenen Wochenmärkten vorgekommenen Unordnungen die Nothwendigkeit herausgestellt, folgende Wochenmarkts-Ordnung in Ausführung zu bringen, die wir auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und § 69 der Bundes-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 als Polizei-Verordnung hiermit erlassen.

§ 1. Als Richtschnur beim Beginn und Schlusse der am Dienstag und Freitag stattfindenden Wochenmärkte dient die hiesige Thurmuhr.

§ 2. Die Dauer des Wochenmarktes wird:

a) vom 1. April bis Ende September von 7 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags,

b) vom 1. October bis Ende März von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags

festgesetzt.

§ 3. Der Auf- und Verkauf der Marktgegenstände darf nur auf dem Markte selbst und nicht vor den Thoren und Vorstädten oder Straßen stattfinden.

§ 4. Den Bäckern und Fleischern, ferner allen sonstigen Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie überhaupt allen übrigen hiesigen und fremden Personen, welche mit ihrer Waare an Wochenmarktstagen auf dem Markte ausstehen, wird der betreffende Platz von dem Magistrate angewiesen.

§ 5. Die zu Markte zu bringenden Consumtibilien und andere Verkaufsgegenstände d. h. Rohproducte und ländliche Fabrikate dürfen nur nach Preußischem Maaße und Gewichte verkauft werden.

§ 6. Durch künstlichen Zusatz von Wasser oder durch starken Zusatz von Salz oder sonst auf andere Weise gefälschte Butter, ebenso mit Wasser verdünnte Milch, ingleichen unreifes Obst, wie überhaupt jede verdorbene oder verfälschte Eßwaare darf nicht feil geboten werden.

§ 7. Uebertretungen dieser Wochenmarktsordnung werden nach § 149 Nr. 6 der Gewerbeordnung vom 20. Juni 1869 bestraft.

Exin, den 25. August 1870. Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 4.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

№ 5.

Bromberg, den 3. Februar 1871.

Bydgoszcz, dnia 3. Lutego 1871.


Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Norddeutschen Bundes.

**57** Das 1. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 602. Allerhöchster Erlaß vom 28. December 1870, betreffend die Aufhebung der Ober-Post-Direction in Aachen und die Vereinigung des Geschäftskreises derselben mit demjenigen der Ober-Post-Direction in Cöln.

Nr. 603. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 10 Millionen Thaler. Vom 1. Januar 1871.

Nr. 604. Seine Majestät der König von Preußen haben im Namen des Norddeutschen Bundes den Kaufmann S. Koppel zum Konsul des Norddeutschen Bundes zu Santa Fé de Bogotá (Columbien) zu ernennen geruht.

**58** Das 2. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 605. Allerhöchster Erlaß vom 10. Januar 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 1,971,600 Thalern.

**59** Das 3. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 606. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe fünfjähriger fünfprocentiger Schatzanweisungen im ferneren Betrage von 51,000,000 Thlr. oder 7,500,000 Livres Sterling. Vom 6. Januar 1871.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**60** Das 1. Stück der diesjährigen Bundes-Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7769. Kirchengesetz, betreffend die Wahlen der Pfarrer in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 22. December 1870.

Nr. 7770. Kirchengesetz, betreffend die Verbesserung ungenügend dotirter Pfarrstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 22. December 1870.

Nr. 7771. Allerhöchster Erlaß vom 14. December 1870, betreffend den Tarif wegen anderweitiger

Treść Zbioru praw związku północno-niemieckiego.

Oddział 1. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 602. Najwyższe rozporządzenie z 28. Grudnia 1870, tyczące się zwinięcia wyższéj dyrekcyi pocztowéj w Akwizgranie a połączenia zakresu czynności tejże z zakresem czynności wyższéj dyrekcyi pocztowéj w Kolonii.

No. 603. Obwieszczenie, dotyczące wydania uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 10 milionów talarów. Z 1. Stycznia 1871.

No. 604. Najjaśniejszy Król Pruski raczył w imieniu Związku północno-niemieckiego kupca S. Koppel mianować konsulem Związku północno-niemieckiego w Santa Fé de Bogotá (Kolumbia).

Oddział 2. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 605. Najwyższe rozporządzenie z 10. Stycznia 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 1,971,600 tal.

Oddział 3. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 606. Obwieszczenie, tyczące się emisyi pięcioletnich pięcioprocentowych asygnacyi skarbowych w dalszéj ilości 51,000,000 tal. czyli 7,500,000 funtów sterlingów. Z 6. Stycznia 1871.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 1. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7769. Prawo kościelne, tyczące się wyboru plebanów (Pfarrer) w ewanielicko-luterskim kościele prowincyi hanowerskiéj. Z 22 Grudnia 1870.

No. 7770. Prawo kościelne, tyczące się polepszenia niedostatecznie uposażonych prebend w ewanielicko-luterskim kościele prowincyi hanowerskiéj. Z 22. Grudnia 1870.

No. 7771. Najwyższe rozporządzenie z 14. Grudnia 1870, tyczące się Taryfy co do ina-

Regulirung der Gebühren der Binnenlootjen in dem Hafen von Danzig und Neufahrwasser.

**61** Das 2. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7772. Bestätigungs-Urkunde, betreffend eine Aenderung des Statuts der Rheinischen Eisenbahngesellschaft. Vom 14. December 1870.

Nr. 7773. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Heiligenbeiler Kreises im Betrage von 80,000 Thalern. Vom 19. Dezember 1870.

Nr. 7774. Allerhöchster Erlaß vom 27. Dezember 1870, betreffend den Tarif wegen Erhebung der Abgaben für die Benutzung der Hafenanlagen und der Dampfschiffsbrücken zu Tönning.

Nr. 7775. Allerhöchster Erlaß vom 19. Dezember 1870, betreffend den Uebergang der Verwaltung des Königlichen Kredit-Institutes für Schlesien auf die Königliche Regierung zu Breslau.

Nr. 7776. Konzessions-Urkunde für die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft zum Betriebe der im Preußischen Staatsgebiete belegenen Theile der bisherigen Braunschweigischen Staats-Eisenbahnen. Vom 10. Januar 1871.

Nr. 7777. Bestätigungs-Urkunde, betreffend einen Statutnachtrag der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft. Vom 10. Januar 1871.

Nr. 7778. Bekanntmachung, betreffend die der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betrieb einer Zweigbahn von Hagen bis Hause und von hier einerseits nach Haßlinghausen und andererseits im Ennepethal weiter bis Altenvörde. Vom 11. Januar 1871.

kszego uregulowania należytości rotmanów śródlądowych w portach w Gdańsku i Neufahrwasser.

Oddział 2. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7772. Dokument sankcyi, tyczący się modyfikacyi Statutu Towarzystwa kolei reńskiéj. Z 14. Grudnia 1870.

No. 7773. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu ś. siekierskiego w ilości 80,000 tal. Z 19. Grudnia 1870.

No. 7774. Najwyższe rozporządzenie z 27. Grudnia 1870, tyczące się Taryfy względem pobierania podatków na korzystanie ze zakładów portowych i mostów parostatkowych w Toenning.

No. 7775. Najwyższe rozporządzenie z 19. Grudnia 1870, dotyczące przejścia zarządu królewskiego instytutu kredytowego dla Szląska na królewską regencyą wrocławską.

No. 7776. Dokument koncesyi dla Towarzystwa kolei żelaznéj brunświckiéj na administracyą położonych w Prusach części dotychczasowych kolei rządowych brunświckich. Z 10. Stycznia 1871.

No. 7777. Dokument sankcyi, tyczący się dodatku do Statutu Towarzystwa kolei żelaznéj bergijsko-marchijskiéj. Z 10. Stycznia 1871.

No. 7778. Obwieszczenie, tyczące się nadanéj Towarzystwu kolei żelaznéj bergijsko-marchijskiéj monarszéj koncesyi na budowę i administracyą kolei ubocznéj z Hagen do Haufe a ztamtąd z jednéj strony do Hasslinghausen a z drugiéj strony w dolinie Ennepethal daléj aż do Altenvoerde. Z 11. Stycznia 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

### Bekanntmachung.

**62** Postanweisungsverkehr mit Großbritannien und Irland.

Vom 1. Februar 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland zulässig. Es können Zahlungen bis 70 Thaler oder 122½ Gulden Südd. W. nach allen Orten Großbritanniens und Irlands im Wege der Postanweisung vermittelt werden.

Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist darin unter Abänderung des Vordrucks Thlr. Gr. Pf. u. s. w. in Englischer Währung anzugeben.

Die Aufgabe-Postanstalt rechnet den vom Absender in dieser Weise notirten Betrag in die Thaler- bezw. Guldenwährung um — für jetzt nach dem Verhältniß von 1 Pfund Sterling gleich 6 Thaler 24 Groschen — und nimmt danach den sich ergebenden Betrag vom Einzahler entgegen. Diese Postanstalt ist mithin auch im Stande, dem Einlieferer genau anzugeben, welchen Betrag derselbe in Englischer Währung in die Postanweisung einzurücken hat, um eine nach Deutscher Währung ausgerechnete Zahlung in England zutreffend leisten zu lassen.

Die thunlichst in Marken zu frankirende Gesammtgebühr beträgt: bei Einzahlung von Beträgen bis 25 Thaler (43¾ Gulden) 7½ Groschen bezw. 27 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 25 bis 50 Thaler (43¾ bis 87½ Gulden) 15 Groschen bezw. 53 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 50 bis 70 Thaler (87½ bis 122½ Gulden) 22½ Groschen bezw. 1 Gulden 19 Kreuzer.

Die Postanweisung muß den Zunamen und mindestens den Anfangsbuchstaben eines Vornamens des Empfängers (bezw. die Bezeichnung der Firma des Empfängers), sowie die genaue Adresse desselben enthalten. In gleicher Weise muß der Absender in dem Coupon durch Angabe des Zunamens und wenigstens des Anfangsbuchstabens eines Vornamens (bezw. der Firma), sowie durch Angabe der Adresse bezeichnet sein. Die pünktliche Auszahlung der Postanweisungen ist wesentlich von der genauen Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Zu sonstigen schriftlichen Mittheilungen darf weder die Postanweisung, noch der Coupon benutzt werden, da die Original-Formulare nicht an den Empfänger gelangen.

Bei der Absendung aus Großbritannien und Irland werden die von dem Postanweisungsamte in London in der Thalerwährung überwiesenen Beträge in Cöln auf gewöhnliche inländische Postanweisungs-Formulare übertragen und unterliegen demnächst der gleichen Behandlung wie Postanweisungen im inneren Verkehr. Die Zuführung an die Empfänger findet frankirt statt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Großbritannien und Irland Anwendung.

Berlin, den 21. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

63 Bekanntmachung.

Correspondenzverkehr mit Indien, China, Japan und Australien via Brindisi.

Der Weg über **Brindisi** kann von jetzt ab benutzt werden zur Versendung von Correspondenzen nach **Vorder-Indien, Hinter-Indien, China, Japan** und **Australien.**

Briefe u. s. w., welche der Absender auf diesem Wege befördert zu sehen wünscht, müssen mit dem Vermerk „via **Brindisi**" versehen sein.

1) **Frankirungsbedingungen.** Die gewöhnlichen Briefe nach den Englischen Besitzungen und Schutzstaaten in Vorder-Indien excl. Ceylon können entweder unfrankirt oder bis zum Bestimmungsort frankirt abgesandt werden. Dagegen besteht **Frankirungszwang** bis zu dem betreffenden Ausschiffungshafen für Briefe nach Ceylon, Hinter-Indien, China, Japan und Australien.

Recommandirte Briefe, Drucksachen und Waarenproben müssen in **allen Fällen** frankirt werden.

2) **Taxe.** Das Porto beträgt:

für **frankirte** Briefe nach den Englischen Besitzungen und Schutzstaaten in Vorder-Indien excl. Ceylon $7\frac{1}{4}$ Groschen bezw. 26 Kreuzer pro Loth incl.;

für **unfrankirte** Briefe aus diesen Gebieten $10\frac{1}{4}$ Groschen bezw. 36 Kreuzer pro 15 Grammen ($\frac{9}{10}$ Loth) incl., ferner

für **frankirte** Briefe nach Ceylon, Hinter-Indien, China, Japan und Australien $8\frac{1}{4}$ Groschen bezw. 29 Kreuzer pro Loth incl.;

für **unfrankirte** Briefe aus diesen Gebieten $10\frac{1}{4}$ Groschen bezw. 36 Kreuzer pro 15 Grammen ($\frac{9}{10}$ Loth) incl.

Das Porto für **recommandirte** Briefe setzt sich zusammen:

nach den Englischen Besitzungen und Schutzstaaten in Vorder-Indien excl. Ceylon:

a) aus einer festen Recommandationsgebühr von 2 Groschen oder 7 Kreuzern,

b) aus dem Porto pro Loth incl. von $11\frac{1}{2}$ Groschen bezw. 41 Kreuzern,

nach Ceylon, Hinter-Indien, China, Japan und Australien:

a) aus einer festen Gebühr von $4\frac{1}{2}$ Groschen bezw. 16 Kreuzern,

b) aus dem Porto pro Loth incl. von $8\frac{1}{4}$ Groschen bezw. 29 Kreuzern.

Die Taxe für **Drucksachen** und **Waarenproben** beträgt:

nach den Englischen Besitzungen und Schutzstaaten in Vorder-Indien excl. Ceylon $1\frac{1}{2}$ Groschen bezw. 6 Kreuzer pro $2\frac{1}{2}$ Loth incl.,

nach Ceylon, Hinter-Indien, China, Japan und Australien 1 Groschen bezw. 4 Kreuzer pro $2\frac{1}{2}$ Loth incl.

Die vorstehenden Bestimmungen für Correspondenzen nach und aus den Englischen Besitzungen und Schutzstaaten in Vorder-Indien excl. Ceylon finden auch auf die Correspondenzen nach und aus Aden Anwendung.

Berlin, den 17. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

64 Bekanntmachung.

Beförderung von Briefen mit Werthangabe nach Rom.

Zur Postbeförderung nach Rom können von jetzt ab Briefe mit Werthpapieren, bis 3000 Lire (860 Thaler) incl. unter Declaration des Inhalts, angenommen werden.

Die Briefe müssen vom Absender mit der Bezeichnung „via Oesterreich" versehen sein. Dieselben dürfen nur gegen Vorzeigung zahlbare Werthpapiere enthalten; gemünztes Gold oder Silber, Juwelen oder andere Gegenstände von Werth dürfen sich in den Briefen nicht befinden.

Der Werthbetrag muß auf der Adreßseite des Couverts in der linken oberen Ecke ohne Radirung

oder Correctur — selbst wenn letztere vom Absender anerkannt wäre — in Buchstaben angegeben werden, und zwar in Lire (Francs) und Centesimi in italienischer oder französischer Sprache in folgender Fassung: Valore dichiarato Lire oder Valeur déclarée Francs.

Die Briefe müssen mit einem Kreuz-Couvert versehen und mit fünf Siegeln mittelst Siegellacks verschlossen sein. Dieselben unterliegen dem Frankirungszwange bis zum Bestimmungsort und dürfen nicht über 15 Loth schwer sein.

Ueber die Taxe ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin, den 19. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**65** Bekanntmachung.

**Wiederaufnahme des Privatpäckerei-Beförderungs-Dienstes an die im Felde stehenden Truppen.**

Vom 1. Februar ab können wieder Privatpäckereien zur Postbeförderung an die Cernirungstruppen von **Paris, Belfort, Longwy** und **Bitsch,** ferner an diejenigen Besatzungs- ꝛc. Truppen angenommen werden, welche auf den Etappenstraßen der Armeen in Frankreich, sowie im Elsaß und in Deutsch-Lothringen feste Standquartiere in solchen Orten haben, die an einer im Betriebe befindlichen Eisenbahn belegen sind.

Päckereien für andere, als die vorbezeichneten Truppen ꝛc. müssen vorerst von der Beförderung unbedingt ausgeschlossen bleiben.

Eine Garantie für die richtige und pünktliche Ueberkunft der Privatpäckereien kann die Postverwaltung nicht übernehmen, zumal nach amtlichen Mittheilungen die betriebsfähigen Eisenbahnen in Frankreich durch Militairtransporte (Nachschub von Ersatzmannschaften, Geschützen, Munition, Proviant u. s. w.) derart besetzt sind, daß auf eine regelmäßige Beförderung der Päckereien vermittelst der Eisenbahnen nicht gerechnet werden kann.

Die sonstigen Bedingungen für die Annahme der Privatpäckereien sind die in der Bekanntmachung vom 10. October 1870 angegebenen: Gewicht nicht über 4 Pfd., — Größe nicht erheblich über 13 Zoll lang, 6 Zoll breit, 4 Zoll hoch, — Verpackung in recht feste Kartonbehältnisse mit Leinwandüberzug und aufgeklebter Correspondenzkarte, — Namhaftmachung des Absenders auf der Adresse, — Frankirungszwang bei der Einlieferung, — Frankirung durch Aufklebung von Freimarken im Betrage von 5 Sgr. bezw. 18 Kr. Süddeutscher Währung auf die Correspondenzkarte.

Die Adressen müssen außer der **genauen** Angabe des Truppentheils den Bestimmungsort „vor Paris", „vor Belfort" ꝛc., bezw. „in Metz", „in Straßburg", „in Mezières" u. s. w. tragen. Da die Postanstalten bei der Annahme der Päckereien die Zulässigkeit derselben in Bezug auf die Adressirung nicht prüfen können, so ergeht an die betreffenden Absender das Ersuchen, dergleichen Päckereien nur dann abzusenden, wenn sie **bestimmte** Kenntniß davon haben, daß der Adressat zu den Cernirungstruppen von Paris, Belfort, Longwy oder Bitsch gehört, oder in einem Etappenorte, welcher an einer im Betriebe befindlichen Eisenbahn belegen ist, festes Standquartier hat.

Werden Päckereien, deren Einlieferung nach Vorstehendem nicht zulässig ist, dennoch zur Post gegeben, so müssen dieselben an die Absender ohne Erstattung des Portos zurückgesandt werden.

Ausgeschlossen von der Versendung sind unbedingt: Flüssigkeiten und Sachen (Lebensmittel), die dem schnellen Verderben ausgesetzt sind; ebenso explodirende Stoffe, sowie die sonstigen, ohnehin für die Posttransporte verbotenen Sachen.

Laufzettel oder Reclamationen ersucht das General-Postamt nur in den äußersten Fällen, d. h. wenn wirklich feststeht, daß der Adressat nach Verlauf eines längeren Zeitraumes, z. B. 4 bis 6 Wochen, nicht in den Besitz der Sendung gelangt ist, zu erlassen, da erfahrungsmäßig durch vorzeitige Anbringung derartiger Reclamationen der Postbetrieb ungemeine Erschwerungen erleidet.

Der Widerruf oder die vorübergehende Außerkraftsetzung der ganzen, vorerst nur als Versuch zu betrachtenden, Maßregel bleibt jederzeit und namentlich für den Fall vorbehalten, daß größere Marschbewegungen der obenbezeichneten Belagerungs- und Besatzungs-Truppen wieder beginnen.

Berlin, den 24. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**66** Bekanntmachung.

**Beschränkung des vom 1. Februar ab wieder stattfindenden Beförderungsdienstes für Feldpostpäckereien.**

In Folge der Sprengung der Moselbrücke bei Fontenoy und der über den Armançon führenden Eisenbahnbrücke bei Brienon zwischen Joigny und St. Florentin kann, des gestörten Eisenbahntransports wegen, die Beförderung von Privatpäckereien an die jenseits der Mosel auf Französischem Gebiete stehenden Deutschen Truppen in der nächsten Zeit noch nicht erfolgen. Im Einverständnisse mit dem Königlichen Kriegs-Ministerium und dem Königlichen Ministerium für Handel ꝛc. wird daher der vom 1. Februar ab wieder stattfindende Beförderungsdienst für Feldpostpäckereien (Bekanntmachung vom 24. Januar) vorerst auf Sendungen an diejenigen **Besatzungs-** ꝛc. Truppen beschränkt, welche **im Elsaß** und **in Lothringen diesseits der Mosel feste Standquartiere** in solchen Orten haben, die an einer **im Betriebe befindlichen**

Eisenbahn belegen sind; ferner auf Päckereien an die Cernirungstruppen von Belfort und Bitsch. Sobald die Verhältnisse es irgend möglich machen, dem Päckereibeförderungsdienst wiederum eine weitere Ausdehnung zu geben, wird der Termin, von welchem ab dies geschehen kann, zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 26. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

67 Bekanntmachung.

Von der General-Direction der Königl. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt in Berlin ist unterm 29. Januar 1859 eine Zusammenstellung aller derjenigen Bestimmungen erfolgt, welche bei Anträgen auf Annahme in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu beachten sind.

Die diesfällige Bekanntmachung ist in Nr. 7 unseres Amtsblatts pro 1859 aufgenommen und werden die betheiligten Beamten, welche der Anstalt beitreten wollen, auf dieselbe resp. auf die darin enthaltenen Bestimmungen hiermit aufmerksam gemacht, um sich vor Verzögerungen und unnöthigen Kosten zu bewahren.

Bromberg, den 1. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

68 Die Verheirathung und Ansäßigmachung militairpflichtiger Individuen vor erfolgter Militairpflicht betreffend.

Durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 19. April 1824 ist festgesetzt worden, daß junge Leute, welche sich vor Erfüllung ihrer Militairpflicht verheirathen wollen, durch die betreffenden Landräthe oder Ortsbehörden ausdrücklich verwarnt werden sollen, daß sie hierdurch der Verpflichtung zum Militairdienste nicht überhoben werden. Es ist diese Allerhöchste Bestimmung durch den Abdruck der Verfügung der Königlichen Ministerien der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, sowie des Innern, vom 16. Januar 1828, in unserem Amtsblatt Nr. 9 zur Nachachtung besonders bekannt gemacht und sind dabei die Herren Geistlichen angewiesen worden, das kirchliche Aufgebot solcher militairpflichtigen Personen nicht eher vorzunehmen, als bis von denselben eine Bescheinigung des betreffenden Landraths-Amts oder der Ortsbehörde darüber, daß diese Verwarnung wirklich erfolgt, beigebracht worden ist.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 4. September 1831 zu bestimmen geruht, daß jene Verwarnung wie bisher in jedem einzelnen Falle durch die Landrathsämter oder Ortsbehörden, jetzt alljährlich durch die Amtsblätter erfolgen, dagegen aber sämmtlichen Geistlichen die Anweisung ertheilt werden soll, diese Militairpflichtigen bei Nachsuchung des kirchlichen Aufgebots an jene Allerhöchste Bestimmung zu erinnern.

Indem wir Solches in Folge der Verfügung der Königlichen Ministerien der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und der Polizei, sowie der Finanzen vom 19. October 1831, zur Nachachtung wiederholt bekannt machen, bemerken wir, daß zu der von den Herren Geistlichen in jedem einzelnen Falle deshalb aufzunehmenden Verhandlung kein Stempelbogen verwendet werden darf.

Bromberg, den 10. Januar 1871.
Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Tyczy się ożenienia lub osiedlenia obowiązanych służenia w wojsku indiwiduów przed odbyciem służby wojskowéj.

Najwyższym rozkazem gabinetowym z dnia 19. Kwietnia 1824 postanowione zostało, że ludzie młodzi, którzy przed wypełnieniem swego obowiązku wojskowego ożenić się chcą, przez właściwych radzców ziemiańskich lub władze miejscowe wyraźnie ostrzeżeni być mają, iż przez to od obowiązku służenia w wojsku uwolnieni nie będą. Postanowienie to Najwyższe jest przez wydrukowanie urządzenia Królewskiego Ministerstwa interesów duchownych i lekarskich tudzież spraw wewnętrznych z dnia 16. Stycznia 1828 w Dzienniku naszym urzędowym No. 9 do zastósowania się szczególnie obwieszczone i zalecone zostało Ichmość duchownym, aby takich do służby wojskowéj obowiązanych osób prędzéj nie zapowiadali, dopóki zaświadczenia właściwego urzędu radzco-ziemiańskiego lub władzy miejscowéj na to, że istotnie przestrzeżeni zostali, nie złożą.

Najjaśniejszy Pan raczył Najwyższym rozkazem gabinetowym z dnia 4. Września 1831 postanowić, że rzeczona przestroga jak dotychczas w każdym pojedyńczym przypadku przez urzędy radzco-ziemiańskie lub władze miejscowe corocznie przez Dzienniki urzędowe nastąpić, przeciwnie zaś wszystkim duchownym polecenie dane być ma, aby tym do służby wojskowéj obowiązanym przy poszukiwaniu zapowiedzi kościelnéj rzeczone Najwyższe postanowienie przypomnieli.

Obwieszczając to w skutek urządzenia Król. Ministerstwa interesów duchownych i lekarskich, spraw wewnętrznych i policyi, tudzież finansów z dnia 19. Października 1831 do zastósowania się nadmieniamy, że do protokółu przez Ichmość duchownych w każdym przypadku w téj mierze spisać się mającego, użyć nie potrzeba arkusza stemplowego.

Bydgoszcz, dnia 10. Stycznia 1871.
Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

69 **Bekanntmachung,**

die von den Militairpflichtigen anzubringenden Reclamations-Gesuche gegen ihre Einstellung zum Militairdienst betreffend.

Ebenso wie früher der § 55 der Militair-Ersatz-Instruction vom 9. December 1858, bestimmt auch § 78 der Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund.

Die Militairpflichtigen oder Personen, welche die Zurückstellung der ersteren oder andere Begünstigungen rücksichtlich deren Militairverhältnisse beantragen wollen, sind verpflichtet, die zur Begründung derartiger Begünstigungen bestehenden Verhältnisse einige Zeit vor Beginn der Musterung oder spätestens im Musterungstermine selbst zur Sprache zu bringen. Auf die Verheißung eines nachträglich zu führenden Beweises wird keine Rücksicht genommen.

Die hierbei etwa vorzulegenden Atteste dürfen in der Regel nur dann als Mittel zum Beweise der darin angeführten Thatsachen angenommen werden, wenn sie von in Amt und Pflicht stehenden obrigkeitlichen Personen ausgestellt oder beglaubigt sind.

Diesen Vorschriften ist von den Militairpflichtigen bisher vielseitig entgegen gehandelt worden, indem von ihnen Zurückstellungs-Gesuche bei den Kreis-Ersatz-Kommissionen nicht nur ohne die erforderlichen Beweismittel angebracht, sondern auch häufig Fälle vorgekommen sind, wo die Reclamation bei der gedachten Kommission gar nicht, sondern erst bei der Departements-Ersatz-Kommission und auch bei dieser noch mangelhaft vorgetragen, auch wohl die gedachten Kommissionen ganz übergangen und unmittelbar bei uns angebracht worden sind.

Wir fordern daher die Militairpflichtigen des Departements hierdurch auf, mit ihren etwaigen Reclamations-Anträgen sich bei Zeiten bei der Districts- und Kreisbehörde zu melden und bemerken, daß sich ein Jeder die Nachtheile selbst beizumessen haben wird, welche für ihn daraus entstehen, daß auf Reclamationen, welche bei den bezeichneten Districts- und Kreisbehörden, sowie bei den betreffenden Kreis-Ersatz-Kommissionen nicht vollständig zu gehöriger Zeit und mit den vorgeschriebenen Beweismitteln angebracht worden sind, keine Rücksicht genommen werden wird.

Bromberg, den 10. Januar 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

**Obwieszczenie,**

względem podawania przez obowiązanych do wojska wniosków reklamacyjnych o zwolnienie ich od wstąpienia do służby wojskowéj.

Jak dawniéj § 55 instrukcyi kompletowania wojska z dnia 9. Grudnia 1858, tak samo stanowi też § 78 instrukcyi kompletowania wojska dla związku północno-niemieckiego.

Obowiązani do wojska lub osoby, które o odstawienie pierwszych, albo o inne faworyzowanie co do swych stosunków wojskowych chcą uczynić wniosek, są obowiązane do uzasadnienia takich faworyzacyi istnące stósunki niejaki czas przed zaczęciem mustry, albo najpóźniéj w samym terminie mustrowania donieść. Na przyrzeczenie prowadzić się mającego późniéj dowodu nie będzie się brało żadnego względu.

Przytem przedłożyć się mające jakiekolwiek atesta zazwyczaj natenczas jako środki na dowody tamże wymienionych czynów przyjęte być mogą, jeżeli przez zwierzchników w urzędzie i w obowiązkach będących są wystawione albo uwierzytelnione.

Tym przepisom dotąd popisowi wielostronnie wbrew postępowali, podając reklamacye o swe odstawienie do komisyów powiatowych poborowych nie tylko bez potrzebnych dowodów, lecz zdarzały się nawet częstokroć przypadki, że reklamacyów wcale do rzeczonych komisyów nie podano, tylko dopiero do komisyi departamentowéj poborowéj a nawet i do niéj jeszcze nie dostatecznie, czasami nawet wyrażone komisye zupełnie pominąwszy podano je bezpośrednio do nas.

Wzywamy zatem niniejszem popisowych departamentu, aby się za wczasu z swemi wnioskami reklamacyjnemi u władzy obwodowéj i powiatowéj zgłaszali, przyczem nadmieniamy, że każdy sam winien będzie stratom, które dla niego przez to wynikną, że nie będzie się miało względu na reklamacye, które do wyrażonych władz obwodowych i powiatowych niemniéj do właściwych komisyów powiatowych poborowych podane zostały nie zupełnie, nie w właściwym czasie i nie z przepisanemi dowodami.

Bydgoszcz, dnia 10. Stycznia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

70 **Bekanntmachung.**

Der nach dem diesjährigen Kalender für die Stadt Mroczen auf den 21. März cr. anberaumte Jahrmarkt wird hierdurch auf **den 14. desselben Monats** verlegt.

Bromberg, den 20. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

71 **Bekanntmachung.**

Zur Nachachtung für die Betheiligten bringen wir hiermit folgende Bestimmungen der Militair-Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund vom 26. März 1868 in Erinnerung:

1. Die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militairdienst darf nicht vor vollendetem 17. Lebensjahre und muß bei Verlust des Anrechts spätestens bis zum 1. Februar des Kalenderjahres nachgesucht werden, in welchem das 20. Lebensjahr vollendet wird.

2. Wer die Berechtigung zum einjährigen Dienst nachsuchen will, hat sich schriftlich bei der Prüfungs-Commission für einjährige Freiwillige hierselbst zu melden.
3. der Meldung sind beizufügen:
   a) ein Geburtszeugniß (Taufschein),
   b) ein legalisirtes Einwilligungsattest des Vaters bezw. Vormundes,
   c) ein Unbescholtenheits-Zeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen vom Director, bezw. Rector der betreffenden Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute von der Polizei-Obrigkeit auszustellen ist,
   d) ein Schulzeugniß, sofern der Nachweis der wissenschaftlichen Qualification dadurch geführt und eine besondere Prüfung nicht abgelegt werden soll.

Bromberg, den 8. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**72** Der ferneren Theilnahme der Bezirks-Eingesessenen wollen wir die Förderung der von der Allgemeinen Landesstiftung als National-Dank zur Unterstützung der vaterländischen Veteranen und invaliden Krieger in Preußen verfolgten Bestrebungen recht dringend empfehlen, indem wir hiermit gleichzeitig zur Kenntniß bringen, daß den Landräthen des Bezirks der Jahresbericht pro 1868 und 1869 zugefertigt worden ist, welcher in den Bureaus derselben eingesehen werden kann.

Das Schlußresultat des Berichts ergiebt, daß für den diesseitigen Bezirk aus dem Jahre 1867 ein Bestand von 511 Thlr. 19 Sgr. 10 Pf. übernommen, im Jahre 1868 eine Einnahme von 1024 Thlr. 23 Sgr. 2 Pf., im Jahre 1869 eine desgl. von 1414 Thlr. 7 Sgr. 11 Pf. erzielt, davon die Summe von resp. 720 Thlr. 11 Sgr. und 763 Thlr. 25 Sgr. verwendet worden und nach Abrechnung der sonstigen Ausgaben am Schlusse des Jahres 1869 ein Bestand von 807 Thlr. 3 Sgr. 11 Pf. verblieben ist.

Bromberg, den 14. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**73** Wir bringen hiermit folgende Bestimmungen der Fischerei-Ordnung für die Provinz Posen vom 7. März 1845, sowie der dazu unterm 12. Februar 1848, 8. Januar 1864 und 11. September 1867 von uns erlassenen Polizei-Verordnungen in Erinnerung.

Es lauten: § 1 der Fischerei-Ordnung:

„Die Vorschriften dieser Fischerei-Ordnung finden innerhalb der Provinz Posen Anwendung auf öffentliche Gewässer und auf solche Privatgewässer, in welchen der Fischfang verschiedenen Berechtigten zusteht, oder welche mit fischhaltigen Gewässern, in denen andere zur Ausübung der Fischerei berechtigt sind, dergestalt in Verbindung stehen, daß die Fische aus dem einen in das andere frei übertreten können."

§ 18. Der Fischfang darf nur auf solche Art und mit solchen Gezeugen betrieben werden, welche die Erhaltung und Vermehrung des Fischbestandes nicht nachtheilig sind.

Die Regierungen sind befugt und verpflichtet, in dieser Beziehung nähere Bestimmungen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu treffen.

Allgemein bleibt aus dem angeführten Grunde:
1) die Fischerei bei Nachtzeit, wobei den Fischen bei Strohfackeln und brennenden Spähnen mit Stäben nachgestellt wird;
2) das sogenannte Beläuten oder Tollkeulen, wobei auf tragendem, durchsichtigem Eise der Fisch durch starke Schläge auf das Eis betäubt und dann gefangen wird;
3) das Speerstechen;
4) das Schießen der Fische;

verboten.

Ebenso unstatthaft ist der Gebrauch von Schaubern und Hamen, das Auslegen von Schnüren mit Angelhaken und die Anwendung betäubender Ingredienzen, z. B. Kockelskörner, Krähenaugen u. s. w.

§ 2 der Polizei-Verordnung vom 12. Februar 1848.

Das in einigen Gegenden noch übliche Fischen mit Leiternetzen, Leinewandsmate, wobei statt eines Netzes Leinewand vorgebracht wird, darf fortan nicht mehr in Anwendung kommen.

Der erste Absatz des § 19 der Fischereiordnung:

Die Maschen der zum Fischfange anzuwendenden Netze sollen in Zukunft und zwar im nassen Zustande wenigstens 10 Preußische Linien an jeder Seite halten. Nur bei dem Stintfange ist der Gebrauch noch enger gemaschter Säcke an den Flügeln der Netze gestattet. Dagegen sollen da, wo die sogenannte Stellfischerei mit Reusen betrieben wird, die Maschen derselben wenigstens drei Zoll lang und drei Zoll breit sein.

§ 20 desselben Gesetzes:

Die Laichzeit aller Fischgattungen ist zu beachten und während derselben die betreffende Gattung zu schonen. Den Regierungen bleibt es vorbehalten, die Schonzeit der verschiedenen Fischgattungen in bestimmten Gewässern besonders festzusetzen und den Fischereibetrieb während dieser Zeit zu untersagen, oder nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu beschränken.

Hierauf bestimmten der § 3 unserer Polizei-Verordnung vom 12. Februar 1848:
Die Schonzeit der Fischgattungen während der Laichzeit wird dahin festgesetzt:
für Hechte vom 1. März bis 15. April,
„ Barben vom 1. bis 15. April,
„ Bleie (Brassen) und Karpfen vom 15. Mai bis 1. Juni,
„ Kaulbarse vom 15. Mai bis 1. Juli,
„ Karauschen vom 1. Mai bis 1. August,
„ Schleie vom 1. Juni bis 1. Juli,
„ Zander vom 1. April bis 1. Juni,
„ Gehsen vom 15. März bis 15. April,
„ Welse vom 10. Juni bis 10. Juli,
„ Döbeln vom 15. Juni bis 1. Juli;
ferner unsere Polizei-Verordnung vom 11. September 1867:
daß Barse vom 1. April bis 30. Mai,
Plötzen vom 1. Mai bis 15. Juni,
Quappen vom 1. Januar bis 15. Februar,
Maränen vom 1. November bis 1. Dezember
geschont werden müssen.

Es lauten ferner der § 21 der Fischerei-Ordnung:

Die Fischerei auf laichende und unausgewachsene Fische ist verboten. Werden solche Fische mit anderen Fischen gefangen, so sind sie sogleich mit gehöriger Vorsicht in das Wasser zurückzuwerfen. Ebenso ist mit dem aus dem Wasser gezogenen Fischsaamen zu verfahren.

Zum Verkauf dürfen die nachfolgenden Fischarten nur gestellt werden, wenn die Fische die dabei angegebene Länge haben, nämlich:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1) Aale | 18 | Preußische | Zoll, | 6) Karpfen | 12 | Preußische | Zoll, |
| 2) Alande | 8 | „ | „ | 7) Kaulbarse | 4 | „ | „ |
| 3) Barben | 18 | „ | „ | 8) Schleie | 6 | „ | „ |
| 4) Barse | 6 | „ | „ | 9) Zährte | 8 | „ | „ |
| 5) Bleie oder Brassen | 8 | „ | „ | 10) Zander | 12 | „ | „ |

unsere Polizei-Verordnung vom 8. Januar 1864.

Der Verkauf der im § 3 der Verordnung vom 12. Februar 1848 gedachten Fischarten während der ebendaselbst angegebenen Schonzeit für jede Art ist verboten.

Die drei ersten Absätze des § 29 der Fischerei-Ordnung:

Kontraventionen gegen die Vorschriften dieser Fischerei-Ordnung oder gegen die auf Grund derselben an unsere Behörden erlassenen Bestimmungen sollen mit einer Geldbuße bis zu 50 Thalern und mit Konfiskation der etwa gebrauchten vorschriftswidrigen Netze oder Gezeuge bestraft werden, sind durch die Uebertretung Beschädigungen veranlaßt, so bleibt der Kontravenient außerdem zum Schadenersatz verpflichtet.

Geldbußen, welche wegen Unvermögens des Kontravenienten nicht beigetrieben werden können, sind nach den allgemeinen Vorschriften in Gefängnißstrafe zu verwandeln.

Wer den Vorschriften dieser Fischerei-Ordnung zum vierten Male zuwiderhandelt, hat, außer der Strafe, auch seine Fischereiberechtigung auf seine Besitzzeit verwirkt.

Hiernächst bestimmen denn auch die Polizei-Verordnungen vom 12. Februar 1848 und 11. September 1867, daß Uebertretungen der darin enthaltenen Vorschriften mit den in § 29 der Fischerei-Ordnung bestimmten Strafen geahndet werden, wogegen im § 2 der Polizei-Verordnung vom 8. Januar 1864 Zuwiderhandlungen gegen dieselbe mit Geldstrafen bis 10 Thlr. bedroht sind.

Indem wir dies veröffentlichen, fordern wir die betheiligten Eingesessenen unsers Bezirks auf, die obigen bezüglichen Vorschriften, welche bisher vielfach nicht beachtet worden sind, zur Vermeidung der sonst verwirkten Strafen strenge zu befolgen.

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch in Erinnerung gebracht.

Bromberg, den 20. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

74 Bekanntmachung.

Der Kaufmann Franz Blaschke hierselbst hat die ihm unterm 26. März 1867 ertheilte Concession zur Führung einer Haupt-Agentur für das Haus Carl Pokrantz & Comp. in Bremen zur Beförderung von Auswanderern nach Amerika niedergelegt und handelt es sich in Folge dessen um Rückgabe der für den ordnungsmäßigen Betrieb dieser Agentur bestellten Caution.

Indem wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle Diejenigen, welche mit dem ꝛc. Blaschke als Vertreter des oben genannten Hauses wegen Beförderung nach überseeischen Ländern

in Geschäfts-Verbindung gestanden haben und aus Letzteren noch Ansprüche an ihn zu besitzen vermeinen, hierdurch auf, diese Ansprüche binnen 12 Monaten bei uns anzumelden, widrigenfalls bei dem Ablaufe dieser Frist über diese Caution anderweitig verfügt werden wird.

Bromberg, den 26. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

75 Mit Bezug auf § 150 ad 4 der Ersatz-Instruction vom 26. März 1868 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der nächste Termin zur Prüfung derjenigen jungen Leute, welche sich den Berechtigungs-Schein zum einjährigen freiwilligen Militairdienst erwerben wollen, im Monate März d. J. stattfinden wird. Bromberg, den 25. Januar 1871.

Prüfungs-Kommission für einjährige Freiwillige.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

76 Bekanntmachung.

Die diesjährigen Prüfungen zur Aufnahme von Aspiranten in die katholischen Schullehrer-Seminare werden in Posen am 6. und 7. Juni dieses Jahres, in Paradies am 13. und 14. Juni d. J. und in Exin am 7. und 8. August d. J. stattfinden.

Die Aspiranten haben sich Tages zuvor bei den betreffenden Herren Seminar-Directoren persönlich zu melden und folgende Atteste beizubringen:

1. das Taufzeugniß,
2. ein Attest des Ortsgeistlichen über Führung, Befähigung und den ersten Empfang des heiligen Abendmahls,
3. ein Zeugniß des Kreis-Physikus über Körperbeschaffenheit und nochmals erfolgte Pockenimpfung,
4. die schriftliche Erlaubniß des Vaters oder Vormundes zum Eintritt in das Seminar,
5. ein Armuthsattest, im Falle Unterstützung nachgesucht wird,
6. den Lebenslauf, in deutscher und polnischer Sprache abgefaßt, nebst Zeichenproben und Proben der Handschrift in beiden Sprachen,
7. Zeugnisse über ihre Vorbereitung zur Aufnahme ins Seminar.

Die von den Präparandenbildnern zur Aufnahme ins Seminar vorbereiteten Aspiranten haben außerdem das durch den § 27 der Instruction für die Bildung katholischer Präparanden in dem Regierungsbezirk Posen vom 11. December 1869 (amtliches Schulblatt für die Provinz Posen Nr. 25 Seite 137—142) vorgeschriebene Zeugniß den Seminar-Directoren vorzulegen.

Diese Atteste sind stempelfrei.

Posen, den 17. Januar 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.
v. Königsmarck.

77 Pfandbriefs-Aufkündigung.

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Wypowiedzenie listów zastawnych.

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżéj oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj:

Serie I. à 1000 Thlr. 112, 119, 143, 216, 416, 424, 428, 723, 911, 952, 1309, 1318, 1522, 1586, 1873, 1880, 1886, 1961, 1973, 2032, 2037, 2086, 2552, 2603, 2674, 3071, 3158, 3173, 3217, 4041, 4077, 4226, 4398, 4665, 4861, 5002, 5140, 5675, 5865, 5896, 5994, 6067, 6279, 6282, 6403, 6438, 6509, 6544, 6595, 6687, 6714, 6758, 6866, 7120, 7366, 7367, 7482, 7803, 7873, 8293, 8356, 8608, 8624, 8703, 8913, 8967, 8969, 9197, 9310, 9317, 9403, 9455, 9573, 9612, 9620, 9804, 9818, 9843, 9913, 10,034, 10,143, 10,159, 10,386, 10,484, 10,506, 10,642, 10,713, 10,933, 11,147, 11,151, 11,206. 11,223, 11,364, 11,508, 11,658, 11,776, 11,923, 11,975.

Serie II. à 200 Thlr. 172, 260, 261, 302, 483, 538, 582, 792, 909, 988, 1013, 1121, 1172, 1264, 1314, 1331, 1633, 1761, 1878, 1897, 2016, 2020, 2081, 2156, 2193, 2210, 2448, 2539, 2597, 3147, 3150, 3274, 3360, 3370, 3469, 3532, 3684, 4177, 4182, 4309, 4453, 4503, 4651, 5130, 5176, 5182, 5205, 5207, 5352, 5400, 5417, 5574, 5608, 5673, 5734, 5748, 5755, 5900, 6072, 6271, 6384, 6394, 6421, 6453, 6496, 6811, 6828, 6846, 7159, 7177, 7241, 7762, 7954, 8076, 8145, 8186, 8303, 8395, 8435, 8531, 8587, 8625, 8629, 8994, 9114, 9131, 9216, 9309, 9360, 9374, 9435, 9579, 9593, 9688, 10,009, 10,037, 10,278, 10,318, 10,395, 10,421, 10,423, 10,565, 10,834, 10,870, 11,245, 11,289, 11,658, 11,903, 11,931, 12,133, 12,209, 12,440, 12,608, 12,639, 12,689, 12,908, 12,961, 13,029, 13,362, 13,374, 13,595, 13,710, 13,750, 13,962, 13,963, 14,386, 14,446, 14,564, 14,643, 14,658, 14,714, 14,953, 14,981, 15,174, 15,501, 15,819, 15,931, 16,199, 16,214, 16,434, 16,517, 16,524, 16,578, 17,251, 17,332, 17,642, 17,724, 18,012, 18,019, 18,545, 18,559, 18,590, 18,691, 18,870, 18,886, 18,935, 19,295, 19,404, 19,819, 19,893, 19,894, 19,965, 19,968.

Serie III. à 100 Thlr. 276, 367, 404, 406, 562, 612, 740, 816, 929, 944, 1009, 1020, 1127, 1184, 1244, 1452, 1568, 1627, 1748, 2152, 2280, 2325, 2728, 2762, 2844, 2881, 2889, 2918, 2946, 3124, 3147, 3155, 3165, 3287, 3483, 3638, 3833, 3910, 3984, 4010, 4193, 4236, 4253, 4368, 4403, 4449, 4563, 4710, 4738, 4794, 4814, 4831, 5132, 5159, 5242, 5563, 5651, 5851, 6463, 6857, 6901, 7059, 7168, 7276, 7308, 7494, 7533, 7809, 7954, 7972, 8084, 8088, 8105, 8126, 8157, 8238, 8253, 8283, 8325, 8419, 8423, 8425, 8567, 8692, 8765, 8894, 8901, 8925, 8926, 9037, 9165, 9395, 9575, 9725, 9926, 9951, 10,128, 10,309, 10,352, 10,776, 11,237, 11,308, 11,318, 11,441, 11,637, 11,668, 11,792, 12,455, 12,464, 12,706, 12,727, 12,751, 12,807, 12,918, 13,235, 13,268, 13,771, 13,821, 13,823, 13,824, 13,828, 13,843, 14,026, 14,496, 14,846.

Serie V. à 500 Thlr. 1, 55, 98, 198, 372, 391, 577, 754, 1010, 1020, 1059, 1062, 1113, 1135, 1151, 1251, 1283, 1374, 1419, 1428, 1544, 1900, 2070, 2221, 2338, 2687, 2859, 2982, 3147, 3298, 3671, 3677, 3846, 3962, 4092, 4377, 4378, 4733, 4824, 4859, 5025, 5102, 5410, 5538, 5673, 5795, 5797, 5938, 6042, 6185, 6188, 6247, 6259, 6437, 6661.

Serie VI. à 1000 Thlr. 500, 744, 2619, 2744, 3852, 3855, 4543, 4688, 4722, 5267, 5328, 5330, 5447, 5480, 5482, 5814, 5834, 5875, 6079, 6167, 6507, 6653, 7501, 8050, 8564, 8998, 9065.

Serie VII. à 500 Thlr. 47, 1008, 1029, 1298, 1449, 1465, 1819, 1913, 1969, 2104, 2869, 3814, 3889, 4081.

Serie VIII. à 200 Thlr. 229, 892, 896, 918, 1621, 2155, 2435, 2493, 2592, 2612, 2653, 2761, 2856, 3398, 3686, 4405, 5341, 5480, 6429, 7062, 7574, 8066, 8327, 8789, 8897, 8914, 9094.

Serie IX. à 100 Thlr. 748, 1036, 1494, 1519, 1625, 1634, 1746, 1864, 2122, 2381, 2911, 3370, 3506, 3542, 3791,

den Inhabern zum 1. Juli 1871 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst den noch nicht fälligen Kupons Nr. 9 und Nr. 10 und dem Talon in koursfähigem Zustande eingeliefert werden. Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird von der Einlösungs-Valuta in Abzug gebracht.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post unfrankirt ohne Anschreiben und unter Deklaration des vollen Werthes erfolgen soll.

Die Valuta der bis nach Ablauf der ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum 1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekündigten Pfandbriefe wird nach Abzug des Betrages der Kupons Nr. 9 und Nr. 10 an das hiesige Königliche Kreisgericht Behufs Amortisation abgeführt.

Posen, den 12. December 1870.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

ich posiadaczom na dzień 1. Lipca 1871 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitałową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinne być składane z niepłatnemi jeszcze kuponami No. 9 i No. 10 i z talonem w stanie do kursu usposobionym. Ilość możebnie brakujących kuponów potrąci się w gotowiźnie wykupnéj.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z kuponami i talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można odwrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Gotowizna za niezłożone do końca wydanego szeregu kuponów t. j. do pierwszego Lipca 1872 wypowiedziane listy zastawne odda się po potrąceniu ilości kuponów No. 9 i No. 10 tutejszemu Królewskiemu Sądowi Powiatowemu celem umorzenia ich.

Poznań, dnia 12. Grudnia 1870.

Królewska Dyrekcya
nowego Towarzystwa ziemstwa kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj.

**78.** Bekanntmachung.

Mit Bezug auf § 23 des Statuts der hiesigen städtischen Sparkasse vom 18. April 1839 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz der § 4 des gedachten Statuts unter Aufhebung der Bestimmungen des III. Nachtrages vom 7. September 1863, wonach die Verzinsung der Einlagen mit 4 resp. 3½% erfolgte, durch einen V. vom 2. August pr. datirenden Nachtrag, **welcher schon vom 1. Januar d. J. ab in Wirksamkeit getreten ist,** folgende Fassung erhalten hat:

§ 6. Die Sparkasse zahlt an jährlichen Zinsen bei Einlagen von 1 bis 49 Thlr. 4½%, bei Einlagen von 50 Thlr. und darüber 4%.

Eine Herabsetzung dieses Zinsfußes muß, falls sie durch die Geldverhältnisse geboten sein sollte, ein halbes Jahr vor Eintritt ihrer Wirksamkeit durch Einrückung in die hiesigen und in zwei auswärtige Blätter zur Kenntniß der Interessenten gebracht werden.

Bei Einlagen, welche dem Zwecke der Sparkasse nicht entsprechen und deren Annahme auf einem besonderen Abkommen beruht, bleibt der zu gewährende Zinsfuß der jedesmaligen Verständigung vorbehalten.

Die Zinsen werden nicht vom Tage der Einzahlung, sondern vom ersten Tage des nächstfolgenden Monats ab gewährt.

Groschen werden nicht verzinst.

Bromberg, den 19. Januar 1871. Der Magistrat, Sparkassen-Verwaltung. Boie.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

79 An Stelle des zum activen Militair-Dienst einberufenen Polizei-Anwalts, Districts-Kommissarius Löwe zu Kl. Bartelsee ist der kommissarische Districts-Kommissarius Kleinfeld für den Polizei-District Klein Bartelsee zum Polizei-Anwalt kommissarisch bestellt worden.

W miejsce prokuratora policyjnego i komisarza obwodowego Loewe z Małych Bartołdziei, powołanego do czynnéj służby wojskowéj, ustanowiono komisoryjnie prokuratorem policyjnym na okręg policyjny Małych Bartołdziei komisaryjnego komisarza obwodowego Kleinfeld.

80 An Stelle des Hilfspredigers Böhme in Samoczyn ist der Pfarradjunct Heinrich Wilhelm Friedrich Christian Johann Schulz aus Witkowo berufen worden.

81 Der provisorische Lehrer Franz Swat an der katholischen Schule in Wongrowitz ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

82 Der Schulamts-Candidat Joseph Casimir Dreżewski als dritter Lehrer bei der katholischen Schule zu Znin, im Kreise Schubin, interimistisch angestellt.

83 Der Schulamts-Candidat Johann Schmidt als Lehrer bei der evangelischen Schule in Czarnikau definitiv angestellt.

84 Ferdinand Teske als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Olempino, im Kreise Schubin, definitiv angestellt.

85 Der Lehrer Pawlik als Lehrer bei der katholischen Schule zu Wygodda, im Kreise Inowraclaw, interimistisch angestellt.

86 Der Lehrer Carl Gustav Fischer als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Czarnikau definitiv angestellt.

87 Der provisorische Lehrer Julius Steinhauf an der katholischen Schule in Niekosken, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt.

88 Der provisorische Lehrer Franz Pertek an der katholischen Schule in Chodziesen ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

89 Der provisorische Lehrer Peter Winke an der katholischen Schule zu Drązno, Kreis Wirsitz, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

90 Der provisorische Lehrer Stanislaus Strzępkowski an der katholischen Schule zu Cerekwica, Kreis Wongrowitz, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

91 An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Wegner zu Neuhof ist der Gutsbesitzer Reusch in Lipie für den Bezirk Buczkowo, Kreis Bromberg, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla okręgu Buczkowskiego, w powiecie Bydgoskim, został w miejsce rozjemcy Wegnera z Nowegodworu, dziedzic dóbr Reusch w Lipiu na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

92 An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Fritsche in Groß Murzynno ist der Maurer Krause in Klein Murzynno für den Bezirk Lipie, Kreis Inowraclaw, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla okręgu Lipskiego w powiecie Inowrocławskim został w miejsce rozjemcy Fritsche z Wielkiego Murzyna mularz Krause w Małym Murzynie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

93 Personal-Veränderung bei den Justizbehörden des Bromberger Departements:

A. Ernannt:

1) der Kreisgerichtsrath von Tucholka zum Direktor des Königl. Kreisgerichts zu Trzemeszno,
2) die Hülfsboten Engelage und Genseit zu etatsmäßigen Boten und Executoren bei dem Königl. Kreisgericht zu Bromberg,

3) der Appellations-Gerichts-Referendarius Dr. jur. von Komierowski ist in gleicher Eigenschaft angenommen.

B. Versetzt:

der Kreisgerichts-Secretair Tloczynski zu Czarnikau mit Pension in den Ruhestand.

C. Verstorben:

der Kreisgerichts-Secretair Stengert zu Wongrowitz.

---

94 **Druckfehler-Berichtigung.**

In der Aufkündigung von Pfandbriefen des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen vom 12. December 1870, abgedruckt im Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg vom 23. December 1870 Nr. 51, muß es heißen:

a. Fol. 357, rechte Spalte, 11. Zeile von oben bei Ser. II. à 200 Thlr.: Nr 8994 und nicht 8694,

b. ebendaselbst, linke Spalte, 23. Zeile von oben: Nr. 19,404 und nicht 10,404.

Posen, den 20. Januar 1871.

**Königliche Direction des neuen landschaftlichen Kredit-Vereins für die Provinz Posen.**

---

**Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 5.**

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 6. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 10. Februar 1871. | Bydgoszcz, dnia 10. Lutego 1871.


Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Norddeutschen Bundes.

95 Das 4. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 607. Verordnung, betreffend die Wahlen zum Reichstage und die Einberufung desselben. Vom 23. Januar 1871.

Nr. 608. Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des Deutschen Reichs. Vom 23. Januar 1871.

Nr. 609. Verordnung wegen Aufhebung der Verordnung vom 18. Juli 1870, betreffend die Aufbringung und Wegnahme Französischer Handelsschiffe. Vom 19. Januar 1871.

Treść Zbioru praw związku północno-niemieckiego.

Oddział 4. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 607. Rozporządzenie, tyczące się wyborów do parlamentu i zwołania tegoż. Z 23. Stycznia 1871.

No. 608. Rozporządzenie, dotyczące zwołania Rady Rzeszy Państwa Niemieckiego. Z 23. Stycznia 1871.

No. 609. Rozporządzenie, tyczące się uchylenia Rozporządzenia z 18. Lipca 1870 względem chwytania i zabierania francuzkich okrętów handlowych. Z 19. Stycznia 1871

## Bekanntmachungen höherer Behörden

96 **Bekanntmachung.**

Eröffnung deutscher Postanstalten im Elsaß und in Lothringen.

Im Elsaß und in Lothringen sind ferner folgende deutsche Postanstalten in Wirksamkeit getreten:

**im Elsaß** die Postanstalten in Altkirch, Dammerkirch (Dannemarie), Gebweiler, Sentheim, Sierenz, St. Amarin, St. Louis, Thann, Urbach (Foubay) und Welschen-Kappelen (Lachapelle sous Rougemont);

**in Lothringen** die Postanstalten in Rüttgen (Roussy le village) und in Maizières bei Vic.

Berlin, den 30. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

97 **Bekanntmachung.**

Briefverkehr mit Paris.

Zur Beförderung nach Paris werden von heute ab gegen die vor Ausbruch des Krieges in Kraft gewesenen Taxen angenommen: „gewöhnliche offene Briefe."

Die Versendung verschlossener Briefe ist nicht zulässig.

Berlin, den 31. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

98 Das Bundes-General-Postamt hat folgende Verfügung, die einen gewiß von vielen Brief-Empfängern bereits empfundenen Uebelstand hervorhebt, an sämmtliche Postanstalten erlassen:

Berlin, den 1. Februar 1871.

Die Postanstalten werden wiederholt veranlaßt, beim Verschlusse der dienstlichen Correspondenz die Couverts nicht ganz zuzukleben und im allgemeinen Interesse, wo irgend sich die Gelegenheit bietet, auch das Publicum auf das äußerst Lästige der ganz zugeklebten Couverts aufmerksam zu machen.

General-Postamt. **Stephan.**

99 **Bekanntmachung.**

Post-Päckerei-Beförderung an die im Felde stehenden Truppen.

Nachdem die theilweise Unterbrechung der Verbindungen auf den französischen Eisenbahnlinien im Wesentlichen gehoben ist, sollen im Einverständnisse mit dem Königl. Kriegs-Ministerium und dem Königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten während der Waffenstillstandsperiode Privatpäckereien zur Beförderung an sämmtliche in Frankreich befindliche Truppen unter den bekannten Bedingungen (Gewicht 4 Pfund, Adresse per aufgeklebte Correspondenzkarte, Frankirung mit 5 Sgr., keine verderblichen Sachen 2c.) vom 3. Februar ab bei allen Postanstalten angenommen werden. Der Schluß dieser Beförderung ist vorläufig auf den 15. Februar Abends in Aussicht genommen. Möglichst baldige Absendung wird daher empfohlen.

Berlin, den 2. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**100** Bekanntmachung.

Der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat dem Pächter der Herrschaften Wronke und Ottorowo, rc. Sasse, in Anerkennung seiner Verdienste um die Hebung der Landespferdezucht die silberne Gestüt-Medaille verliehen.

Posen, den 27. Januar 1871. Der Ober-Präsident. **v. Königsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**101** Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß das diesjährige Departements-Ersatz-Geschäft in folgender Weise stattfinden wird:

1) am 20. und 21. Februar in Czarnikau,
2) am 23., 24 und 25. Februar in Chodziesen,
3) am 27. und 28. Februar in Wongrowiec,
4) am 2., 3. und 4. März in Gnesen,
5) am 6. und 7. März in Mogilno,
6) am 9., 10. und 11. März in Inowraclaw,
7) am 13. und 14. März in Schubin,
8) am 16., 17. und 18. März in Bromberg,
9) am 20., 21. und 22. März in Wirsitz,

und zwar an jedem der genannten Orte für den Kreis gleichen Namens.

Die der Musterung unterliegenden Militairpflichtigen haben sich an dem bestimmten Orte und zur festgesetzten Zeit, wie dies durch den Civilvorsitzenden der resp. Kreis-Ersatz-Commissionen bekannt gemacht werden wird, persönlich vor die Departements-Ersatz-Commission zu gestellen, widrigenfalls sie, außer den, in den §§ 176 bis 178 der Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund angedrohten, daraus für sie entstehenden Nachtheilen, noch eine Polizeistrafe von 1 bis 10 Thaler oder im Unvermögensfalle eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu gewärtigen haben.

Bromberg, den 26. Januar 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Obwieszczenie.

Podajemy niniejszém do powszechnéj wiadomości, że tegoroczna czynność departamentowa poboru wojskowego w następujący odbędzie się sposób:

1) dnia 20. i 21. Lutego w Czarnkowie,
2) „ 23., 24. i 25. Lutego w Chodzieżu,
3) „ 27., i 28. Lutego w Wągrówcu,
4) „ 2., 3. i 4. Marca w Gnieźnie,
5) „ 6. i 7. Marca w Mogilnie,
6) „ 9., 10. i 11. Marca w Inowrocławiu,
7) „ 13. i 14. Marca w Szubinie,
8) „ 16., 17. i 18. Marca w Bydgoszczy,
9) „ 20., 21. i 22. Marca w Wyrzysku

i wprawdzie w każdem z miejsc wyrażonych dla powiatu téj samej nazwy.

Obowiązani do wojska, ulegający przeglądowi winni na przeznaczonem miejscu i o ustanowionym czasie osobiście się stawić przed komisyą departamentową poboru wojskowego, jak to przewodniczący cywilny resp. komisyi powiatowéj poboru wojskowego ogłosi, gdyż inaczéj spodziewać się mogą prócz strat w §§ 176 do 178 instrukcyi poborowéj dla związku północno-niemieckiego zagrożonych, dla nich ztąd wynikających jeszcze kary policyjnéj od 1 do 10 tal. albo w razie niemożności stósunkowego więzienia.

Bydgoszcz, dnia 26. Stycznia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**102** Aus dem diesseitigen Regierungsbezirk ist im IV. Quartal 1870 auf Grund richterlichen Erkenntnisses des Landes verwiesen worden: Joseph Blazejczak, Knecht aus Bronislaw in Polen, 23 Jahre alt, 5′ 2″ groß, Religion katholisch, Haare blond, Stirn frei, Augenbraunen blond, Augen grau, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn und Gesicht rund, Gesichtsfarbe gesund, Statur untersetzt, keine besonderen Kennzeichen, Grenzpunkt, über welchen die Ausweisung erfolgt ist: Radziejewo, wegen Diebstahls.

Bromberg, den 30. Januar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**103** An die Stelle des § 19 Nr. 4d. der Instruktion vom 9. December 1863 zur Ausführung des Feuersocietäts-Reglements der Provinz Posen enthaltenen Bestimmung:

In der Regel ist es Sache des Versicherungsnehmers selbst, die Gebäudebeschreibungen anzufertigen.

Wenn derselbe jedoch hierzu außer Stande ist, so sind auf sein diesfälliges Ansuchen die Beschreibungen durch den Bürgermeister oder Districts-Commissarius aufzunehmen,

tritt fortan folgende Bestimmung:

In der Regel ist es Sache der Versicherungsnehmer selbst, namentlich derjenigen aus der vermögenderen Klasse, für die sachgemäße An-

W miejsce postanowienia zawartego w § 19 No. 4d. instrukcyi z dnia 9. Grudnia 1863 dla wykonania regulaminu towarzystwa ogniowego prowincyi Poznańskiéj a orzekającego:

Za zwyczaj należy ułożenie opisu budynków do samego zabezpieczającego.

Nie zdolny przecież tenże do tego, w ówczas należy te opisy ułożyć na jego wniosek przez burmistrza lub komisarza obwodowego,

wstępuje postanowienie następujące:

Za zwyczaj należy do samych zabezpieczających a mianowicie do tych z klasy zamożniejszéj starać się o dorzeczne opisu

fertigung der zur Herbeiführung der Versicherung erforderlichen Gebäudebeschreibungen zu sorgen.

Eine Ausnahme findet nur dann statt, wenn kleinere unvermögende Besitzer zur sachgemäßen Anfertigung der Gebäudebeschreibungen nicht im Stande sind, in welchem Falle der Bürgermeister oder Districts-Kommissarius der Anfertigung der Beschreibung sich nicht entziehen kann.

Für die Anfertigung der Beschreibung jedes einzelnen Gebäudes in drei Exemplaren ist der Bürgermeister oder Districts-Kommissarius berechtigt, an Copialien den Betrag von zwei Silbergroschen selbst von dem Versicherungsnehmer zu erheben. Dies machen wir hierdurch bekannt.

Bromberg, den 6. Februar 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

budynków ułożenie, potrzebnego do uskutecznienia zabezpieczenia.

Wyjątek tylko wtedy zachodzi, jeżeli posiedziciele mniejsi nie zamożni nie są w stanie dorzecznego opisu budynków ułożyć, w którym to razie burmistrz lub komisarz obwodowy od ułożenia opisu takiego uchylić się nie może.

Za ułożenie opisu każdego pojedyńczego budynku w trzech egzemplarzach ma burmistrz lub komisarz obwodowy prawo brać nawet od zabezpieczającego dwa srebrniki kopiałów, co niniejszem ogłaszamy.

Bydgoszcz, dnia 6. Lutego 1871.

Królewska Regencya.
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**104** Bekanntmachung.

Die Pfarrstelle in Storchnest, Diözes Lissa, ist durch die Emeritirung des bisherigen Inhabers derselben vacant geworden. Das Einkommen derselben beträgt, so lange die Emeritalpension gezahlt werden muß, incl. Wohnungswerth circa 500 Thlr., später circa 670 Thlr. Mit der Pfarrstelle ist die Inspection über 4 Schulen verbunden.

Bewerber um diese Stelle haben ihre an den Gemeinde-Kirchenrath in Storchnest zu richtenden Anträge dem Herrn Superintendenten Grabig in Lissa binnen 4 Wochen einzusenden.

Posen, den 28. Januar 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**105** Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird hierdurch bestimmt:

Auf dem Platze vor dem Seminar an der neuen von Grostwo nach dem Kornmarkte führenden Straße darf Schutt nur an den durch Tafeln als hierzu bestimmt bezeichneten Stellen abgeladen werden.

Die Abladung von Schutt und anderen Materialien an anderen Stellen dieses Platzes wird mit einer Geldbuße bis zu 3 Thalern event. verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe bestraft.

Bromberg, den 13. Januar 1871. Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

**106** Bekanntmachung.

Da die Rinderpest in den benachbarten Theilen des Russischen Reiches eine immer größere Ausdehnung gewinnt, sehen wir uns veranlaßt, die zur Verhütung der Einschleppung der Seuche bisher getroffenen Maßregeln zu verschärfen.

Das mittelst Bekanntmachung vom 2. December pr. publicirte Einfuhrverbot wird demgemäß dahin erweitert, daß fortan auch Dünger, Rauchfutter, Stroh und andere Streumaterialien, gebrauchte Stallgeräthe, Geschirre und Lederzeuge, bearbeitete (bezw. keiner Fabrikwäsche unterworfene) Wolle, sowie desgleichen Haare und Borsten, gebrauchte Kleidungsstücke für den Handel und Lumpen aus Rußland „via **Eydtkuhnen**" mit der Ostbahn nicht eingeführt werden dürfen.

Bromberg, den 31. Januar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**107** Carl Buchholz als erster Lehrer bei der evangelischen Schule zu Labischin, im Kreise Schubin, definitiv angestellt.

Königliches Appellations-Gericht.

**108** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Arndt zu Groß Jeziory ist der Gutsbesitzer Julian von Steinborn in Wycinki für den Bezirk Rzeszynek, Kreis Inowraclaw, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla okręgu Rzeszynka, w powiecie Inowrocławskim został w miejsce rozjemcy Arndta z Wielkich Jeziór, dziedzic dóbr Julian Steinborn na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

**109** Der bisherige Schiedsmann Lehrer Trzemzalski in Ostrowo bei Strzelno ist für den Bezirk

Dla okręgu Bielskiego, w powiecie Inowrocławskim został dotychczasowy rozjemca nau-

Bielsko, Kreis Inowraclaw, zum Schiedsmann wieder gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

czciel Trzemzalski w Ostrowie pod Strzelnem na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

## Königl. General-Kommission.

110 Bei der Königlichen General-Kommission sind in dem Personale der Beamten seit der letzten Bekanntmachung folgende Veränderungen vorgekommen:

A. bei dem Kollegium:

Der Director, Ober-Regierungs-Rath Obergethmann ist von des Kaisers und Königs Majestät zum General-Kommissarius ernannt worden; der Regierungs-Rath Drolshagen ist zur hiesigen Königlichen Regierung versetzt und in seine Stelle der Regierungs-Rath Wedding als Hülfsarbeiter in das Kollegium getreten.

Der Regierungs-Rath Stryck ist verstorben.

B. bei den Spezial-Kommissionen:

Der Oeconomie-Kommissarius Hancke zu Rogasen ist pensionirt und der Feldmesser Grapow zu Krotoschin ist nach Ostrowo versetzt.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 6.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

**№ 7.**

Bromberg, den 17. Februar 1871. | Bydgoszcz, dnia 17. Lutego 1871.


**111** **Verordnung,**
betreffend die Wahlen zum Reichstage und die Einberufung desselben. Vom 23. Januar 1871.

**Wir Wilhelm,** von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen auf Grund der Bestimmungen im § 14 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und im Artikel 12 der Verfassung des Deutschen Reichs, im Namen des Reichs, was folgt:

§ 1. Die Wahlen zum Reichstage sind im ganzen Reiche am 3. März d. J. vorzunehmen.

§ 2. Der Reichstag wird berufen, am 9. März d. J. in Berlin zusammenzutreten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 23. Januar 1871.

(L. S.) **Wilhelm.**

(gegz.) Graf von Bismarck-Schönhausen.

Die vorstehende, im Bundesgesetzblatt S. 7 veröffentlichte Kaiserliche Verordnung vom 23. Januar d. J. wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Regierungsbezirk Bromberg in fünf Wahlkreise eingetheilt worden ist.

Auf Grund des § 24 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 haben wir zu Wahlkommissarien ernannt:

a) für den ersten Wahlkreis, bestehend aus den Kreisen Czarnikau und Chodziesen, den Königlichen Landrath von Joung in Czarnikau,

b) für den zweiten Wahlkreis, bestehend aus den Kreisen Wirsitz und Schubin, den Königlichen Landrath Freymark zu Wirsitz,

c) für den dritten Wahlkreis, bestehend aus dem Kreise Bromberg, den Königlichen Landrath von Oertzen hier,

d) für den vierten Wahlkreis, bestehend aus den Kreisen Inowraclaw und Mogilno, den Königlichen Landrath von Elsner zu Mogilno und

**Rozporządzenie,**
tyczące się wyborów do parlamentu i zwołania tegoż. Z dnia 23. Stycznia 1871.

**My Wilhelm,** z Bożéj łaski, Cesarz Niemiecki, Król Pruski i t. d.

rozporządzamy na podstawie postanowień w § 14 prawa wyborczego z dnia 31. Maja 1869 i w artykule 12 ustawy konstytucyjnéj państwa Niemieckiego, w imieniu państwa, co następuje:

§ 1. Wybory do parlamentu przedsięwziąść należy w całem państwie dnia 3. Marca r. b.

§ 2. Wzywa się parlament, aby się dnia 9. Marca r. b. zebrał w Berlinie.

W dowód czego Nasz Najwyższy własnoręczny podpis i pieczęć Cesarska.

Dan w główném kwaterze w Wersalu dnia 23. Stycznia 1871.

(L. S.) **Wilhelm.**

Hrabia Bismarck-Schoenhausen.

Powyższe Cesarskie rozporządzenie, w dzienniku praw związkowych na stronie 7 ogłoszone z dnia 23. Stycznia r. b. podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tém nadmienieniem, że departament Bydgoski na 5 okręgów wyborczych podzielony został.

Na zasadzie § 24 regulaminu wyborczego z dnia 28. Maja 1870 mianowaliśmy komisarzami wyborczymi:

a) na pierwszy okręg wyborczy, składający się z powiatów Czarnkowskiego i Chodzieskiego, Królewskiego radzcę ziemiańskiego Wiel. Joung w Czarnkowie,

b) na drugi okręg wyborczy, składający się z powiatów Wyrzyskiego i Szubińskiego, Królewskiego radzcę ziemiańskiego Freymark w Wyrzysku,

c) na trzeci okręg wyborczy, składający się z powiatu Bydgoskiego, Królewskiego radzcę ziemiańskiego Wiel. Oertzen w miejscu,

d) na czwarty okręg wyborczy, kładający się z powiatów Inowrocławskiego i Mogilnickiego, Królewskiego radzcę ziemiańskiego Wiel. Elsner w Mogilnie i

e) für den fünften Wahlkreis, bestehend aus den Kreisen Gnesen und Wongrowitz, den Königlichen Landrath von Suchodolski zu Wongrowitz.

Bromberg, den 5. Februar 1871.

**Königliche Regierung,**
Abtheilung des Innern.

e) na piąty okręg wyborczy, składający się z powiatów Gnieznieńskiego i Wągrowieckiego, Królewskiego radzcę ziemiańskiego Wiel. Suchodolskiego w Wągrówcu.

Bydgoszcz, dnia 5. Lutego 1871.

**Królewska Rejencya,**
wydział spraw wewnętrznych.

**112** Gemeinschaftliche Verfügung des Ministers des Innern und des Justiz-Ministers vom 21. Januar 1871, betreffend die Ausführung der §§ 23 bis 26 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund.

Zur Ausführung der §§ 23 bis 26 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 wird in Bezug auf die vorläufige Entlassung von Strafgefangenen, sowie auf deren Beaufsichtigung ꝛc. das Nachfolgende bestimmt:

§ 1. Hinsichtlich der Zulässigkeit der vorläufigen Entlassung macht es keinen Unterschied, ob die Strafe vor oder nach dem 1. Januar 1871 erkannt worden ist.

§ 2. Die vorläufige Entlassung kann von dem Gefangenen niemals als ein Recht in Anspruch genommen werden.

Sie hat vielmehr den Character einer Vergünstigung, welche von den betreffenden Gefängnißvorständen nur dann zu beantragen ist, wenn bei ihnen die Ueberzeugung besteht, daß der Gefangene sich gebessert habe und die ihm durch die vorläufige Entlassung gebotene Gelegenheit zum Wiederbeginn eines ehrenhaften und gesetzmäßigen Lebenswandels nicht mißbrauchen werde.

§ 3. Der Gefangene, welchem hiernach die vorläufige Entlassung zu Theil werden soll, muß sich während der vorangegangenen Haft der Anstaltsordnung entsprechend betragen und zugleich in seinem Gesammtverhalten denjenigen Ernst an den Tag gelegt haben, welcher als eine Gewähr dafür angesehen werden kann, daß er den bei der Entlassung gehegten Erwartungen entsprechen werde.

Auf den Umstand allein, daß der Gefangene zu disciplinarischen Rügen keinen Anlaß gegeben hat, darf der Entlassungsantrag niemals gegründet werden. Andererseits werden vereinzelte leichtere Verstöße gegen die Hausordnung, falls dieselben nicht auf üblen Willen zurückzuführen sind, bei sonst zufriedenstellendem Gesammtverhalten den Antrag nicht unbedingt ausschließen dürfen.

§ 4. Außer der Führung des Gefangenen während der Dauer der Haft sind die Lebensverhältnisse in Betracht zu ziehen, denen derselbe nach der Entlassung entgegen geht.

Insbesondere ist zu prüfen, ob und in welcher Art derselbe an dem Orte, nach welchem die Entlassung erfolgen soll (Entlassungsort), Unterkommen und Gelegenheit zum ehrlichen Erwerbe zu finden Aussicht hat.

Die Gefängnißvorstände sind verpflichtet, in dieser Beziehung eine specielle Erörterung resp. so weit erforderlich, ihre Vermittelung eintreten zu lassen und sich zu diesem Zwecke mit den betreffenden Polizei- und Gemeinde-Behörden, sowie nach Ermessen mit achtbaren Privatpersonen an dem Entlassungsorte oder in der Nähe desselben resp. mit den Gefängnißvereinen in Verbindung zu setzen.

Die Entlassung ist nicht in Antrag zu bringen, wenn die Verhältnisse, in welche der Gefangene an dem Entlassungsorte eintreten würde, zu der Besorgniß Anlaß geben, daß derselbe dadurch in ein ungeordnetes oder verbrecherisches Leben werde zurückgeführt werden.

§ 5. Der Antrag des Gefängnißvorstandes auf vorläufige Entlassung eines Strafgefangenen ist an das Appellationsgericht, in dessen Bezirk das Strafurtheil ergangen ist, zu richten und nach Maßgabe der §§ 2 bis 4 dieser Verfügung eingehend zu motiviren.

Dem Antrage sind die Personal-Acten des Sträflings und eine motivirte Erklärung der Konferenz der Anstalts-Oberbeamten oder, wo eine derartige Einrichtung nicht besteht, des Hausgeistlichen der betreffenden Konfession beizufügen.

§ 6. Das Appellationsgericht hat über den Antrag des Gefängnißvorstandes unter Beifügung einer kurzen gutachtlichen Aeußerung die Entscheidung des Justiz-Ministers einzuholen, welche letztere hiernächst durch Vermittelung des Appellationsgerichts dem Gefängnißvorstande zugefertigt wird.

Die Ueberreichung der Untersuchungsacten oder eines Auszuges aus denselben mit dem Berichte des Appellationsgerichts ist in der Regel nicht erforderlich.

§ 7. Ist die vorläufige Entlassung von dem Justiz-Minister genehmigt worden, so ist dieselbe von dem Gefängnißvorstande unverzüglich zur Ausführung zu bringen, insofern diesem nicht etwa in der Zwischenzeit Umstände bekannt geworden sind, welche dem Antrage auf Entlassung entgegen gestanden haben würden.

In diesem letzteren Falle hat der Gefängnißvorstand dem Appellationsgerichte zur weiteren Veranlassung sofort Anzeige zu machen.

§ 8. In den Provinzen, in welchen die Vollstreckung der Strafen der Staatsanwaltschaft obliegt, werden die in der gegenwärtigen Verfügung vorgesehenen Functionen der Appellationsgerichte von den betreffenden Behörden der Staatsanwaltschaft (Ober-Staatsanwalt, Kronanwaltschaft, Ober-Procurator)

wahrgenommen, und sind daher die in den §§ 5 und 7 gedachten Anträge und Anzeigen an diese Behörden zu richten.

§ 9. Gesuche der Strafgefangenen oder der Angehörigen derselben um Bewilligung der vorläufigen Entlassung unterliegen zunächst der Prüfung des Gefängnißvorstandes und sind von diesem, wenn sie zur Befürwortung nicht geeignet erscheinen, durch ablehnende Bescheidung zu erledigen, sofern nicht bei Zufertigung des Gesuches an den Gefängnißvorstand durch eine vorgesetzte Verwaltungs-Instanz oder durch eine der in den §§ 5 und 8 dieser Verfügung genannten Behörden seine Aeußerung ausdrücklich gefordert worden ist.

§ 10. Bei Ausführung der Entlassung kommen die nachfolgenden Bestimmungen zur Anwendung:

1. Dem Gefangenen wird zu Protokoll eröffnet, daß er in Gemäßheit der §§ 23 u. f. des Strafgesetzbuches nur mit Vorbehalt des Widerrufs entlassen werde und daß er die Wiedereinlieferung zur Abbüßung des bei der Entlassung unvollstreckt gebliebenen Theils der urtheilsmäßigen Strafzeit zu gewärtigen habe, falls er bis zum Ablaufe der letzteren sich einer schlechten Führung schuldig machen oder den ihm nach § 2 dieses § ertheilten Verwaltungsvorschriften zuwiderhandeln sollte.

2. Zu seiner Legitimation wird dem Gefangenen ein Entlassungs-Ausweis mit Reiseroute nach dem Entlassungsorte in Form des beiliegenden Formulars behändigt, auf dessen Rückseite die Vorschriften für sein Verhalten abgedruckt sind.

   Das Duplicat des Entlassungsausweises wird mit der Entlassungs-Verhandlung (Nr. 1) den bei der Anstalts-Registratur verbleibenden Personal-Acten des Gefangenen einverleibt.

3. In Bezug auf die Abrechnungen mit den Gefangenen wegen des für ihn asservirten Arbeitsverdienstes resp. sonstigen Privateigenthums, sowie wegen etwaiger Gewährung von Reiseunterstützung an denselben kommen die für die Entlassung des Gefangenen nach verbüßter Strafe bestehenden Vorschriften mit der Maßgabe zur Anwendung, daß dem vorläufig Entlassenen von dem für ihn asservirten Gelde niemals ein höherer als derjenige Betrag baar ausgezahlt werden darf, dessen derselbe zu der Reise nach dem Entlassungsorte auf der vorgeschriebenen Route unumgänglich bedarf. Der Rest des asservirten Geldes wird auf Kosten des Gefangenen an die Polizeibehörde des Entlassungsortes abgesandt, welche zu weiteren Zahlungen an denselben nur in soweit ermächtigt ist, als sie die Ueberzeugung von der Angemessenheit der beabsichtigten Verwendung gewinnen kann.

4. Von der erfolgten Entlassung wird Seitens des Anstaltsvorstandes zu den Untersuchungsacten Nachricht gegeben, außerdem aber unter Zufertigung einer Abschrift des Entlassungsausweises der Polizeibehörde des Entlassungsortes und, falls dieser der Aufsicht des Landraths unterliegt, auch dem Letzteren Mittheilung gemacht.

   Trifft der Gefangene innerhalb der vorgeschriebenen Frist an dem Entlassungsorte nicht ein, so ist seitens der Orts-Polizeibehörde des letzteren nach Maßgabe des § 14 dieser Verfügung zu verfahren.

§ 11. Der vorläufig entlassene Gefangene tritt mit dem Tage der Entlassung und bis zum Ablaufe der in dem Straferkenntnisse festgesetzten Strafzeit unter specielle polizeiliche Kontrole, welche den Zweck hat, ihn fortdauernd und in wirksamer Weise an dem Mißbrauche der ihm durch die Entlassung zu Theil gewordenen Vergünstigung abzuhalten, welche aber nicht in der Weise ausgeübt werden soll, daß der Entlassene dadurch in seinem Fortkommen behindert oder der öffentlichen Verachtung ausgesetzt wird.

§ 12. Die Kontrole wird durch die Ortspolizeibehörde des Entlassungs- resp. jedesmaligen Aufenthaltsortes (§ 13) unter Aufsicht der derselben vorgesetzten Polizeibehörden ausgeübt.

Die Polizeibehörden haben dabei die im § 11 aufgestellten allgemeinen Grundsätze zu beobachten, übrigens aber nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen zu verfahren. Sie sind namentlich befugt, dem Entlassenen, soweit dies erforderlich erscheint, vorübergehend noch andere Beschränkungen als diejenigen aufzuerlegen, welche in Gemäßheit des § 39 Nr. 1 und 3 des Strafgesetzbuches hinsichtlich der nach verbüßter Strafe unter Polizei-Aufsicht gestellten Personen zuläßig sind.

Die Auferlegung derartiger besonderer Beschränkungen erfolgt mittelst protokollarischer Eröffnung an den Entlassenen.

§ 13. Kraft der gegenwärtigen Verfügung unterliegt der Entlassene der besonderen Beschränkung, daß er ohne ortspolizeiliche Erlaubniß den Entlassnngs- und späteren Aufenthaltsort auf länger als 48 Stunden nicht verlassen und an einem anderen Orte nicht ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde dieses letzteren auf länger als 48 Stunden Aufenthalt nehmen darf. Die eine wie die andere Erlaubniß ist unter persönlicher Gestellung vor die Ortspolizeibehörde und Vorzeigung des Entlassungsausweises (§ 10 Nr. 2) nachzusuchen. Die Erlaubniß ist zu versagen, wenn Grund zu der Annahme vorliegt, daß der Entlassene dieselbe zur Verübung neuer Rechtsverletzungen mißbrauchen oder dadurch einem ungeordneten Leben werde zugeführt werden. Von dem Abgange eines Entlassenen an einen neuen Aufenthaltsort ist der

Polizeibehörde daselbst durch die Polizeibehörde des bisherigen Aufenthaltsortes Nachricht zu geben. Die erstgedachte Behörde hat der letzteren von dem Eintreffen des Entlassenen Mittheilung zu machen.

§ 14. Vorläufig entlassene Strafgefangene, welche sich ohne ortspolizeiliche Erlaubniß von dem Entlassungs- oder späteren Aufenthaltsorte auf länger als 48 Stunden entfernen, oder von der erhaltenen Erlaubniß, sich an einen anderen Ort begeben zu dürfen, nicht in der vorgeschriebenen Weise Gebrauch machen, sind durch die Ortspolizeibehörde steckbrieflich zu verfolgen. Auch ist in diesem Falle wegen des etwaigen Widerrufs der Entlassung sogleich nach § 15 dieser Verfügung zu verfahren.

§ 15. Zeigt ein vorläufig entlassener Strafgefangener sich arbeitsscheu oder trunksüchtig oder giebt derselbe in anderer Weise durch ungeordnetes Verhalten Anlaß, so ist, falls eine sogleich zu erlassene erste Verwarnung erfolglos bleibt, Seitens der Ortspolizeibehörde gemäß dem § 24 des Strafgesetzbuches der Widerruf der Entlassung bei den im § 5 bezw. § 8 dieser Verfügung bezeichneten Justizbehörden in Antrag zu bringen, welche letztere hierüber an den Justiz-Minister zu berichten haben.

Dasselbe findet statt, wenn der Entlassene mit übelberüchtigten Personen Umgang pflegt, oder bei denselben Wohnung nimmt, oder wenn er einen bestimmten Lebenserwerb nicht nachzuweisen vermag.

Erachtet in den vorstehend bezeichneten Fällen die Ortspolizeibehörde aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohles die einstweilige Festnahme des Entlassenen gemäß dem § 25 Absatz 2 des Strafgesetzbuches für erforderlich, so hat sich dieselbe unter gleichzeitiger Anzeige an die vorstehend bezeichnete Justizbehörde zu veranlassen und bis zur entgültigen Entscheidung über den Widerruf aufrecht zu erhalten.

§ 16. Gefangene, deren Entlassung widerrufen worden ist, werden vermittelst Transports in die Gefängnißanstalt, aus welcher ihre vorläufige Entlassung erfolgt ist, zurückgesandt.

Ist die Entlassung aus einer entfernten Anstalt erfolgt, so kann mit Genehmigung der der nächstgelegenen Anstalt derselben Gattung vorgesetzten Provinzialbehörde die Wiedereinlieferung des Gefangenen in diese letztere stattfinden.

Bei Berechnung der noch zu verbüßenden Strafzeit sind der zweite Absatz des § 24 und der dritte Absatz des § 25 des Strafgesetzbuches zu beachten. Die Transporttage sind in allen Fällen auf die Strafzeit in Anrechnung zu bringen.

§ 17. Die durch die steckbriefliche Verfolgung sowie durch die einstweilige Festnahme eines Entlassenen resp. im Falle des Widerrufs der Entlassung durch den Rücktransport desselben in die Gefängniß-Anstalt entstehenden Kosten sind als Kosten der Strafvollstreckung zu behandeln und demgemäß event. (unter Vorbehalt der Rückforderung aus dem Vermögen des Gefangenen) aus der Anstalts-Kasse zu erstatten.

§ 18. Ueber den An- und Abzug vorläufig entlassener Strafgefangenen, über die denselben auferlegten besonderen Beschränkungen, sowie über deren Führung und den etwaigen Widerruf der Entlassung sind von den Ortspolizeibehörden fortlaufende Nachweisungen zu führen, welche im December jeden Jahres dem Landrathe oder wenn die Ortspolizeibehörde der Regierung (Landdrostei) unmittelbar untergeordnet ist, dieser letzteren eingereicht werden.

Von den Landräthen werden die Nachweisungen kreisweise zusammengestellt und demnächst ebenfalls der Regierung vorgelegt.

Die Regierungen (Landdrosteien) haben auf Grund der Nachweisungen im Laufe des Januars jeden Jahres dem Ministerium des Innern über die Zahl der in ihren Bezirken vorhandenen vorläufig entlassenen Strafgefangenen, wie über die Erfahrungen Bericht zu erstatten, welche in Bezug auf dieselben im Laufe des verflossenen Jahres gemacht worden sind.

Berlin, den 21. Januar 1871.

Der Minister des Innern.
gez. **Graf zu Eulenburg.**

Der Justiz-Minister.
gez. Dr. **Leonhardt.**

Signalement.

**Entlassungs-Ausweis.**

Vorzeiger . . . dieses, d . . . nebenstehend signalisirte . . . . . . . . . . . . . . . . . . . aus . . . . . . von dem Königlichen Gerichte zu . . . . . . . . wegen . . . . . . . . . . zu einer . . . . . . . . Strafe von . . . . Jahren verurtheilt und am . . . . . . . . . . . . 18 . . . zur Strafverbüßung eingeliefert, ist auf Grund Beschlusses des Königlichen Justiz-Ministeriums in Gemäßheit des § 23 des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 unter dem heutigen Tage der Haft vorläufig entlassen worden.

D . . selbe hat sich über . . . . . nach . . . . . . Kreis . . . . . . . . . zu begeben, woselbst . . . . . . . binnen . . . Tagen einzutreffen und nach vorgängiger Meldung bei der Ortspolizeibehörde . . . . . . . Aufenthalt zu nehmen hat.

Die gegen d . . . . . . . . . . festgesetzte Strafzeit läuft, falls ein Widerruf der Entlassung nicht erfolgt, am . . . . . . . . . . 18 . . . ab.

. . . . . . . . . . den . . . . . . . . . . 18 . . .

(L. S.)

Unterschrift. Königliche . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

## Verhaltungsvorschriften
für vorläufig entlassene Strafgefangene.

1. Der vorläufig entlassene Strafgefangene steht unter specieller polizeilicher Kontrole und hat sich allen Maßregeln, welche die Ortspolizeibehörde zur Ausübung der Letzteren vorzuschreiben für angemessen erachtet, unweigerlich zu fügen.

2. Der Entlassene darf ohne ortspolizeiliche Erlaubniß den Entlassungs- oder späteren Aufenthaltsort auf länger als 48 Stunden nicht verlassen und an einem andern Orte nicht ohne Erlaubniß der Orts-Polizeibehörde dieses Letzteren auf länger als 48 Stunden Aufenthalt nehmen.

Die ortspolizeiliche Erlaubniß zum Verlassen des Entlassungs- oder späteren Aufenthaltsorts, sowie zu jedem neuen Aufenthalte ist unter persönlicher Gestellung vor die Ortspolizeibehörde und Vorzeigung des Entlassungs-Ausweises nachzusuchen.

3. Entlassene Strafgefangene, welche an dem Entlassungsorte innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht eintreffen, oder sich demnächst ohne ortspolizeiliche Erlaubniß auf länger als 48 Stunden von demselben oder von dem späteren Aufenthaltsorte entfernen, oder von der erhaltenen Erlaubniß, sich an einen andern Ort begeben zu dürfen, nicht in der vorgeschriebenen Weise Gebrauch machen, haben sofortige steckbriefliche Verfolgung, resp. nach Lage der Umstände den Widerruf der Entlassung zu gewärtigen. Der letztere kann auch erfolgen, wenn der Entlassene ohne ortspolizeiliche Erlaubniß einen neuen Aufenthalt nimmt.

4. Der Widerruf ist außer in den vorstehend bezeichneten Fällen zu gewärtigen, wenn der Entlassene:

a) sich arbeitsscheu oder trunkfällig zeigt, oder durch sonstiges ungeordnetes Verhalten Anstoß giebt,
b) mit übelberüchtigten Personen Umgang pflegt oder bei denselben Wohnung nimmt, oder
c) einen bestimmten Lebenserwerb nicht nachzuweisen vermag.

Vorstehende Verfügung wird hierdurch publicirt.

Bromberg, den 4. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachungen höherer Behörden

**113** Bekanntmachung.

Nachdem seit dem 1. Januar d. J. das Gesetz, betreffend die Wechselstempelsteuer im Norddeutschen Bunde vom 10. Juni 1869 (B.-G.-B. S. 193) auch in den Hohenzollernschen Landen, im Königreich Württemberg, Großherzogthum Baden und im Großherzogthum Hessen, südlich des Mains in Geltung getreten ist, treffen die über die Bedeutung der Ausdrücke „Inland" und „Ausland" nach dem Sprachgebrauche des gedachten Gesetzes in der Anweisung, betreffend das Strafverfahren wegen Wechselstempelhinterziehung, unter Nr. 2 gegebene Erläuterungen nicht mehr zu.

Unter „Inland" ist nunmehr das ganze Geltungsgebiet des Gesetzes, also mit Einschluß der Hohenzollernschen Lande und der übrigen vorbezeichneten Länder und Gebiete zu verstehen. Im Gegensatze hierzu sind alle Orte außerhalb des nunmehrigen Geltungsgebiets als „Ausland" anzusehen. Es ist

Obwieszczenie.

Gdy od 1. Stycznia r. b. prawo tyczące się podatku stęplowego od weksli w Związku północno-niemieckim z dnia 10. Czerwca 1869 (Z. pr. str. 193) również i w państwach hohenzollerenskich, w królestwie Würtemberskiem, w wielkiem księstwie Badeńskiem i w wielkiem księstwie Heskiem z południa rzeki Menu do skutku przyszło, nie zgadzając się już o znaczeniu wyrazów „kraj" i „zagranica" wedle wyrazu prawa wspomnionego w przepisie tyczącym się postępowania karnego za defraudacyą podatku stęplowego od weksli pod No. 2 dane wyjaśnienia.

Pod wyrazem „kraj" rozumieć należy całki zakres ważności prawa, a więc w połączeniu państw hohenzollerenskich i innych wyż opisanych państw i krajów. W przeciwnym zaś razie miejsca po za obecnym zakresem ważności leżące, uważane być mają jako „zagranica."

mithin fortan z. B. auch ein aus Stuttgart, Carlsruhe oder Darmstadt auf Hamburg, Leipzig oder Bremen gezogener Wechsel im ganzen Geltungsbereich des Gesetzes als ein inländischer zu behandeln und die etwa hinsichtlich desselben entdeckte Wechselstempel-hinterziehung eintretenden Falles von den dazu berufenen Preußischen Behörden ebenso zu verfolgen, als wenn dieselbe bei einem Wechsel vorgekommen wäre, der von einem Preußischen Orte auf einen Preußischen Ort gezogen ist.

Berlin, den 17. Januar 1871.

Der Finanz-Minister.

**Camphausen.**

Dla tego weksel n. p. w Stuttgardzie, Carlsruhe lub Darmstadzie, na Hamburg, Lipsk albo Bremen wystawiony, w całkim zakresie wartości prawa ma być uważanym jako krajowy, i defraudacya stęplu wekslowego w tym względzie zachodzącego przypadku ma przez władze pruskie do tego upoważnione tak być ściganą jakoby przy wekslu zaszła, który z miejsca pruskiego na miejsce pruskie ciągniony.

Berlin, dnia 17. Stycznia 1871.

Minister skarbu.

**Camphausen.**

**114** Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Staatskommissarius des neuen landschaftlichen Creditvereins für die Provinz Posen hat heut die im § 8 des Statuts vom 13. Mai 1857 vorgeschriebene jährliche Geschäfts-Revision bewirkt und durch Prüfung der Kredit-Register, Hypotheken-Dokumente und Acten constatirt:

1) daß der Gesammtbetrag der bisher ausgefertigten neuen vierprocentigen Posener Pfandbriefe den Gesammtbetrag der dem Kreditvereine zustehenden hypothekarischen Kapitalforderungen nicht übersteigt,

2) daß der Beweis hierfür auch bereits bei jeder im Laufe des Jahres 1870 stattgehaten monatlichen Kassenrevision erbracht worden ist.

Posen, den 8. Februar 1871.

Der Ober-Präsident.

**Graf v. Königsmarck.**

Obwieszczenie.

Podpisany komisarz rządowy nowego towarzystwa ziemsko-kredytowego dla prowincyi poznańskiej odbył dziś przepisaną w § 8 statutu z dnia 13. Maja 1857 roczną rewizyą czynności i po przejrzeniu rejestrów kredytowych, dokumentów hypotecznych i akt zakonstatował:

1) że ogólna suma wygotowanych dotąd nowych cztero-procentowych poznańskich listów zastawnych nie przewyższa ogólnéj sumy zahypotekowanych należytości kapitałowych należących się temu towarzystwu kredytowemu,

2) że dowód tego również przy każdéj w przeciągu roku 1870 odbytéj miesięcznéj rewizyi kasy złożonym został.

Poznań, dnia 8. Lutego 1871.

Prezes naczelny.

**Hr. Koenigsmarck.**

**115** Bekanntmachung.

Von den Postanstalten können von jetzt ab auch Formulare zu **gewöhnlichen** Correspondenzkarten in Quantitäten von je 5 Stück zum Preise von ½ Groschen bezogen werden.

Berlin, den 3. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**116** Bekanntmachung.

Angabe der Bestimmungsorte bei den Feldpostpäckereien.

Ein beträchtlicher Theil der Truppen in den occupirten Französischen Gebieten befindet sich in festen Standquartieren, z. B. bei den Etappen, im Besatzungs- ꝛc. Dienste oder bei den stehenden Feldlazarethen, Administrationen ꝛc.; ebenso haben die operirenden Truppenkörper für die Zeit der Waffenruhe zum Theil feste Standorte eingenommen.

In Fällen dieser Art wird die richtige Leitung der Feldpostpäckereien erleichtert, wenn der Standort des Adressaten bereits vom Absender auf der Sendung vermerkt ist. Das General-Postamt ersucht deshalb die Absender von Feldpostpäckereien, neben den sonst erforderlichen näheren Angaben auf den Correspondenzkarten jedesmal auch die Bezeichnung des Standorts hinzuzufügen, sofern zuverlässig bekannt ist, daß der Adressat mit dem Truppentheil sich für die Zeit der Waffenruhe an dem betreffenden Standorte befindet.

Berlin, den 5. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**117** Bekanntmachung.

Briefverkehr mit Paris.

Nach Artikel 15 des Vertrages über den Waffenstillstand vom 28. Januar dürfen nach Paris nur **offene**, nicht recommandirte Briefe befördert werden.

Obwohl diese Bestimmung durch wiederholte Bekanntmachungen zur Kenntniß des Publikums gebracht worden ist, so sind in den letzten Tagen doch noch häufig **verschlossene** Briefe nach Paris geliefert worden.

Da die Beförderung dieser Briefe nach dem Bestimmungsorte nicht zulässig ist, so werden die Absender aufgefordert, dieselben bei derjenigen Postanstalt, woselbst die Einlieferung stattgefunden hat, zurückzunehmen.

Briefe, welche der Absender nicht innerhalb 8 Tagen reclamirt hat, werden als unbestellbar behandelt werden.

Berlin, den 6. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**118** Bekanntmachung.

Erweiterung der Annahme von Postsendungen an Adressaten im Ortsbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt.

Mit höherer Genehmigung ist vom **1. Februar d. J.** ab bei den sämmtlichen Postanstalten im Ober-Postdirectionsbezirk Posen die Annahme von Postanweisungen, von Packeten ohne Werthangabe, von Sendungen mit Werthangabe und von Postvorschußsendungen an Adressaten im Ortsbestellbezirke der **Aufgabe**-Post-Anstalt in gleichem Umfange gestattet, wie dies für Sendungen an Adressaten nach anderen Postorten besteht.

Die Gebühren für Besorgung dieser Gegenstände an Adressaten im eigenen Ortsbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt sind folgende:

1. für Postanweisungen bis zum Betrage von 50 Thlr. oder 87½ Gulden 2 Sgr. oder 7 Xr., Postanweisungen müssen stets frankirt werden,
2. für Packete ohne Werthangabe,
3. für Sendungen mit Werthangabe,
4. für Postvorschußsendungen.

Diejenigen Sätze, welche für dergleichen Sendungen zwischen Postanstalten bei einer Entfernung bis 5 Meilen zu erheben sind (siehe §§ 2 und 3 des Gesetzes über das Posttarwesen im Gebiete des Norddeutschen Bundes vom 4. November 1867, sowie § VI. der Anlage des Reglements vom 11. December 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes). Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Abtragung nur den Begleitbrief bezw. den Schein, oder auch die dazu gehörige Sendung selbst umfaßt. Posen, den 6. Februar 1871. Der Ober-Post-Director. J. V. **Bauer.**

**119** Bekanntmachung.

Die Pfarrstelle in Kosten, Diözes Lissa, ist durch die Emeritirung des bisherigen Inhabers derselben vacant geworden. Das Einkommen derselben beträgt, so lange die Emeritalpension gezahlt werden muß, einschließlich der Wohnungsmiethe und der Remuneration für die Seelsorge an der Corrections-Anstalt daselbst ca. 580 Thlr., später ca. 830 Thlr. Mit der Pfarrstelle ist die Inspection über 3 Schulen verbunden.

Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 3 Wochen bei uns zu melden. Die Wahl des Pfarrers erfolgt durch die Gemeinde aus den von uns zu präsentirenden 3 Kandidaten.

Posen, den 6. Februar 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**120** Bekanntmachung.

Die Pfarrstelle in Zaborowo, Diözes Lissa, mit der Inspection über die Stadtschule und einem Einkommen von cira 530 Thlr. einschließlich des Wohnungswerths ist durch das Ableben des früheren Inhabers derselben vacant geworden.

Bewerber um diese Stelle, welche von uns zu besetzen ist, haben sich binnen 6 Wochen bei uns zu melden. Posen, den 5. Februar 1871. Königl. Konsistorium der Proviz Posen.

**121** Qualificirte Medizinal-Personen fordern wir hiermit auf, ihre Bewerbungen um die vacante Kreis-Wundarzt-Stelle Schwetzer Kreises bei uns innerhalb 6 Wochen einzureichen.

Marienwerder, den 9. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**122** Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 wird nach erfolgter Berathung mit dem Gemeindevorstande und mit Genehmigung der Königlichen Regierung zu Bromberg verordnet, was folgt:

§ 1. Von jetzt ab dürfen in hiesiger Stadt Reparaturen an Dächern in der Regel nur mit feuersicherem Materiale ausgeführt werden.

§ 2. Ausnahmsweise kann die Ortspolizeibehörde auf den Nachweis besonderer, zur Berücksichtigung geeigneter Umstände Reparaturen mit nicht feuersicherem Material in einem bestimmt vorgeschriebenen Umfange gestatten. Der Konsens hierzu wird schriftlich ausgefertigt.

§ 3. Bis zum Schluße des Jahres 1875 müssen sämmtliche Schindel-, Bretter- und Strohdächer von den Gebäuden entfernt werden. Die Eigenthümer sind gehalten, diese Gebäude mit einer Bedachung aus feuersicherem Material zu versehen.

§ 4. Wer gegen diese Verordnung handelt, verfällt in eine Geldbuße bis 5 Thlr. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe. Außerdem wird die vorschriftswidrige Reparatur resp. Umänderung auf Kosten des Schuldigen beseitigt.

Gnesen, den 4. Januar 1871. Der Magistrat. P.-V.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

123 Der Rector Ulrich aus Czarnikau als erster Lehrer und Dirigent an der höheren Töchterschule zu Schneidemühl definitiv angestellt.

124 August v. Warczynski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Zerniki, im Kreise Inowraclaw, definitiv angestellt.

125 Der Lehrer August Specht als Lehrer und Organist bei der evangelischen Schule resp. Kirche zu Stöwen, im Kreise Chodziesen, definitiv angestellt.

126 Lehrer Pardun als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Klewitz Dorf, im Kreise Mogilno, interimistisch angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

127 Der Schulamtskandidat Wilhelm Ronke ist als ordentlicher Lehrer an dem Königl. katholischen Gymnasium zu Ostrowo angestellt worden.

128 Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro Januar 1871.

Angestellt: 1) der Lehrer Reichelt in Wodzek und
2) der ehemalige Lehrer Tomaszewski in Rogowo als Post-Expediteure.

Versetzt: 1) der Post-Expedient Waldbrenner von Samoczyn nach Exin.
2) der Beyer von Schönlanke nach Posen.
3) der Bronski von Exin zum Eisenbahn-Post-Amt Nr. XI. nach Bromberg.
4) der Gimmler von Chodziesen nach Bromberg.
5) der Paul von Bialoslime nach Strzelno.
6) der Post-Expediteur Waike von Wodzek nach Barcin.
7) der Meyer von Barcin nach Bialoslime.
8) der Medrow von Kurnik nach Samoczyn.
9) der Klein von Kreuz nach Lissa.

Gestorben: der Post-Expedient Chudzinski in Bialoslime.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 7.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

№ 8.

Bromberg, den 24. Februar 1871.

Bydgoszcz, dnia 24. Lutego 1871.


## Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**129** Das 5. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 610. Vertrag, betreffend den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes. Vom 23. November 1870; nebst Schlußprotokoll von demselben Tage.

Nr. 611. Bekanntmachung, betreffend die Ausstellung von Legitimationsscheinen zum Gewerbebetrieb im Umherziehen für Ausländer und Angehörige solcher Bundesstaaten, in welchen die Bundes-Gewerbeordnung Gesetzkraft noch nicht erlangt hat. Vom 17. Januar 1871.

**130** Das 6. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 612. Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1871, betreffend die Erhöhung des auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 durch eine Anleihe zu beschaffenden Betrages von 80 auf 105 Millionen Thaler.

Nr. 613. Allerhöchster Erlaß vom 29. Januar 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 2,020,900 Thalern.

## Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 5. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 610. Traktat, tyczący się przystąpienia Bawaryi do konstytucyi Rzeszy niemieckiéj. Z 23. Listopada 1870, wraz z protokólem końcowym z dnia tegoż.

No. 611. Obwieszczenie, tyczące się wystawiania kart legitymacyjnych do sprawowania procederu sposobem krobniczym dla cudzoziemców i poddanych takich państw Rzeszy, w których związkowa Ordynacya procederowa nie nabrała jeszcze mocy obowiązującéj. Z 17. Stycznia 1871.

Oddział 6. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 612. Najwyższe rozporządzenie z 27. Stycznia 1871, dotyczące zwyższenia mającéj się na mocy prawa z 21. Lipca 1870 za pomocą pożyczki obmyślić sumy z 80 na 105 milionów talarów.

No. 613. Najwyższe rozporządzenie z 29. Stycznia 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 2,020,900 talarów.

## Bekanntmachungen höherer Behörden

**131** **Abänderungen**

des Reglements vom 11. December 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes.

Das unterm 11. December 1867 erlassene Reglement zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes vom 2. November 1867 erfährt einzelne Abänderungen, welche auf Grund der Vorschrift im § 57 des angeführten Gesetzes nachstehend zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Im § 4, betreffend die Begleitbriefe bei Packeten, tritt als letzter Satz im Absatz I. hinzu:

Auch die Correspondenzkarten können als Begleitbriefe verwendet werden.

Im § 5, betreffend die Erfordernisse eines Begleitbriefes, erhalten die Absätze II. und III. folgende Fassung:

II. Die Begleitbriefe zu Packeten mit Werthangabe müssen mit einem Abdruck desjenigen Petschafts in Siegellack versehen werden, welches zur Versiegelung des Packets benutzt ist.

III. Die Begleitbriefe zu Packeten ohne Werthangabe brauchen mit einem Siegel- oder Stempelabdruck nicht versehen zu werden.

Im § 10, betreffend den Verschluß, treten in Stelle der Absätze III. bis V. die folgenden Absätze III. bis VII.:

III. Bei Packeten mit Werthangabe hat die Befestigung der Schlüsse stets durch Siegellack mit Abdruck eines ordentlichen Petschafts stattzufinden.

IV. Bei Packeten ohne Werthangabe kann von einem Verschluß mittelst Siegel oder Plomben abgesehen werden, wenn durch den sonstigen Verschluß oder durch die Untheilbarkeit des Inhalts

selbst die Sendung hinreichend gesichert erscheint. Bei Sendungen, deren Umhüllung aus Packpapier besteht, kann der Verschluß mittelst eines guten Klebestoffs oder mittelst Siegelmarken aus Papier oder einem ähnlichen festeren Material hergestellt werden. Auch bei anderen Packeten können Siegelmarken in Anwendung kommen, sofern diese mit Rücksicht auf das zur Verpackung benutzte Material so beschaffen sind, daß dadurch ein haltbarer Verschluß erzielt wird.

V. Bei Reisetaschen, Koffern und Kisten, welche mit Schlössern versehen sind, sowie bei gut bereiften und fest verspundeten Fässern, auch fest vernagelten Kisten bedarf es ebenfalls keines weiteren Verschlusses durch Siegel oder Plomben.

VI. Imgleichen können gut emballirte Maschinentheile, größere Waffen und Instrumente, Kartenkasten, Stücke Wildpret, z. B. Hasen, Rehe 2c., ohne Siegel- oder Plombenverschluß angenommen werden.

VII. In den Fällen hingegen, in welchen bei Packeten ohne Werthangabe die obigen Voraussetzungen nicht zutreffen, und ein hinreichend sicherer Verschluß anderweitig nicht hergestellt ist, muß ein Siegel- oder Plombenverschluß stattfinden.

Als § 13 a., betreffend die Correspondenzkarten, tritt hinzu:

§ 13 a. Correspondenzkarten.

I. Die Vorderseite der Correspondenzkarte enthält einen zur Einrückung der Adresse bestimmten Vordruck. Die Rückseite kann in ihrer ganzen Ausdehnung zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden. Die Adresse und die Mittheilung können mit Tinte, Bleistift, Rothstift oder sonstigen färbenden Material geschrieben werden, nur muß die Schrift haften und deutlich sein. Die Mittheilungen auf der Rückseite können auch durch Druck, Lithographie u. s. w. hergestellt werden, wobei alsdann auch schriftliche Einschaltungen zulässig sind. Der Absender braucht sich nicht zu nennen.

II. Formulare zu den Correspondenzkarten können bei allen Postanstalten, sowie bei den Briefträgern und Landbriefträgern bezogen werden. Diese Formulare sind bereits mit der die Gebühr für die Beförderung der Correspondenzkarten darstellenden Freimarke beklebt. Für den Stadtpostverkehr und für den Verkehr aus dem Orte nach dem Landbestellbezirke und umgekehrt werden Formulare mit den entsprechenden Marken beklebt zum Verkauf an das Publicum bereit gehalten.

III. Bei Entnahme der Formulare zu Correspondenzkarten ist nur der Betrag der aufgeklebten Marken zu entrichten; das Formular selbst wird unentgeltlich geliefert. Auf Wunsch sollen den Correspondenten aber auch unbeklebte Formulare in Partien von wenigstens 5 Stück verabfolgt werden; in diesen Fällen wird der durchschnittliche Selbstkostenpreis berechnet.

IV. Das Verfahren der Recommandation und der Expreßbestellung ist auf die Correspondenzkarten anwendbar.

V. Wenn ein mit der Marke beklebtes Formular zur Correspondenzkarte vor der Einlieferung zur Post beschädigt oder sonst unbrauchbar werden sollte, so wird die Post den Umtausch desselben gegen ein unverletztes mit der entsprechenden Marke beklebtes Exemplar unentgeltlich bewirken.

VI. Die Correspondenzkarten unterliegen dem Frankirungszwange.

Im § 14, betreffend die Drucksachen, erhält der Absatz II. folgende Fassung:

II. Die Sendungen müssen offen, und zwar entweder unter Streif- oder Kreuzband, oder umschnürt, oder aber in einfacher Art zusammengefaltet eingeliefert werden. Das Band (Verschnürung) muß dergestalt angelegt sein, daß dasselbe abgestreift, und die Beschränkung des Inhalts der Sendung auf Gegenstände, deren Versendung unter Band (Verschnürung) gestattet ist, erkannt werden kann.

Im § 17, betreffend die Postanweisungen, erhält der Absatz III. folgende Fassung:

III. Formulare zu den Postanweisungen können bei allen Postanstalten, sowie bei den Briefträgern und Landbriefträgern bezogen werden. Diese Formulare sind bereits mit der die Postanweisungsgebühr darstellenden Freimarke beklebt. Bei Entnahme der Formulare zu Postanweisungen ist nur der Betrag der aufgeklebten Marken zu entrichten; das Formular selbst wird unentgeltlich geliefert. Auf Wunsch sollen den Correspondenten auch unbeklebte Formulare in Partien von wenigstens 100 Stück verabfolgt werden; in diesen Fällen wird für jedes Hundert der durchschnittliche Selbstkostenpreis berechnet.

Der Absatz XV. kommt in Wegfall.

Im § 19, betreffend die Postvorschußsendungen, kommt der dritte Satz in dem Absatz IV., welcher mit dem Worte „Postvorschußsendungen" beginnt und mit dem Worte „behalten" endigt, in Wegfall.

Im § 30 erhalten die Absätze III. bis VI., betreffend den Umfang der Annahme von Gegenständen nach dem Bestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt, folgende Fassung:

III. An Einwohner im Orts- oder Landbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt werden Postsendungen in gleichem Umfange wie an Adressaten im Bereiche anderer Postorte angenommen.

Im § 33, betreffend die Berechtigung des Adressaten zur Abholung der Briefe u. s. w., kommt im Absatz IV. der Passus unter 4 in Wegfall.

In der Anlage des Reglements treten hinzu:

§ I. a. Correspondenzkarten.

Die Gebühr für Correspondenzkarten beträgt ohne Unterschied der Entfernung pro Stück 1 Sgr. bezw. 3 Kr.

Unzureichend frankirte Correspondenzkarten, deren sofortige Rückgabe an den Einlieferer nicht möglich ist, werden wie unzureichend frankirte gewöhnliche Briefe behandelt.

§ XI. a. Nebengebühr für die von den Landbriefträgern eingesammelten, zur Weitersendung bestimmten Gegenstände.

Für die von den Landbriefträgern auf ihren Bestellungsgängen eingesammelten recommandirten Sendungen, Postanweisungen und Sendungen mit Werthangabe kommt, wenn diese Gegenstände zur Weitersendung durch die Postanstalt des Stationsorts des Landbriefträgers nach einer anderen Postanstalt bestimmt sind, außer den tarifmäßigen Porto- und sonstigen Gebühren, eine Nebengebühr von ½ Sgr. bezw. 2 Kr., welche im Voraus entrichtet werden muß, zur Erhebung.

Der zweite Absatz des § IV. der Anlage des Reglements erhält folgende Fassung:

Für die bei der Abgabe- (Distributions-) Postanstalt eingelieferten Postanweisungen wird sowohl im Falle der Bestellung durch die Orts- oder Landbriefträger, als auch im Falle der Abholung, ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages, der Satz von 2 Sgr. oder 7 Kr. in Anwendung gebracht.

Der § VIII. erhält folgende Fassung:

Verfügungen oder Schreiben mit Behändigungsscheinen.

Für die bei anderen Postanstalten eingelieferten Verfügungen oder Schreiben mit Behändigungsscheinen (Insinuations-Documenten) werden erhoben:

1) das tarifmäßige Porto für den Hinweg der Verfügung,
2) eine Insinuations-Gebühr von 1 Sgr. bezw. 4 Kr.,
3) das tarifmäßige Porto für die Rücksendung des Behändigungsscheins,
4) von einem Adressaten im Landbestellbezirke bei der Bestellung durch den Landbriefträger außerdem ein Landbriefbestellgeld von ½ Sgr. bezw. 2 Kr.

Für die an Adressaten im Orts- oder Landbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt gerichteten Briefe mit Behändigungsscheinen (Insinuations-Documenten) kommen in Ansatz:

A. Nach dem Ortsbestellbezirke.

1) die tarifmäßige Bestellgebühr für Briefe im Ortsbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt,
2) eine Insinuations-Gebühr von 1 Sgr. bezw. 4 Kr.;

B. Nach dem Landbestellbezirke.

1) ein Landbriefbestellgeld von ½ Sgr. bezw. 2 Kr.,
2) eine Insinuations-Gebühr von 1 Sgr. bezw. 4 Kr.

Die Porto- bezw. sonstigen Beträge für einen Brief mit Behändigungsschein müssen sämmtlich entweder von dem Absender oder von dem Adressaten entrichtet werden.

Berlin, den 3. Februar 1871. Der Bundeskanzler. J. V. **Delbrück.**

**132** **Liste**

der aufgerufenen und der Königl. Kontrole der Staats-Papiere im Rechnungjahre 1870 als gerichtlich amortisirt nachgewiesenen Staatspapiere.

I. Staatsschuldscheine.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | F. | Nr. | 39,654 | über | 100 | Thlr. |
| " | F. | " | 131,299 | " | 100 | " |
| " | F. | " | 170,718 | " | 100 | " |
| " | F. | " | 189,572 | " | 100 | " |
| " | G. | " | 40,801 | " | 50 | " |
| " | H. | " | 8,949 | " | 25 | " |

II. Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1850.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | B. | Nr. | 8,825 | über | 500 | Thlr. |
| " | B. | " | 9,918 | " | 500 | " |
| " | B. | " | 11,020 | " | 500 | " |

**Spis**

papierów rządowych wywołanych i przez Królewską kontrolę papierów rządowych w roku rachunkowym 1870 wykazanych jako sądownie umorzone.

I. Obligi rządowe.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | F. | No. | 39654 | na | 100 | tal., |
| „ | F. | „ | 131,299 | „ | 100 | „ |
| „ | F. | „ | 170,718 | „ | 100 | „ |
| „ | F. | „ | 189,572 | „ | 100 | „ |
| „ | G. | „ | 40,801 | „ | 50 | „ |
| „ | H. | „ | 8,949 | „ | 25 | „ |

II. Obligi pożyczki rządowéj z roku 1850.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | B. | No. | 8,825 | na | 500 | tal., |
| „ | B. | „ | 9,918 | „ | 500 | „ |
| „ | B. | „ | 11,020 | „ | 500 | „ |

III. Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1853.
Lit. B. Nr. 2,738 über 500 Thlr.

IV. Schuldverschreibungen der Staats-Prämien-Anleihe von 1855.
Ser. 273 Nr. 27,247 über 100 Thlr.

V. Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1855 A.
Lit. A. Nr. 1,660 über 1000 Thlr.
= D. = 8,005 = 100 =

VI. Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1856.
Lit. C. Nr. 7,497 über 200 Thlr.
= C. = 12,742 = 200 =

VII. Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1857.
Lit. C. Nr. 3,990 über 200 Thlr.
= C. = 4,155 = 200 =
= C. = 4,156 = 200 =
= C. = 4,157 = 200 =
= C. = 4,158 = 200 =
= C. = 4,159 = 200 =
= C. = 4,160 = 200 =
= C. = 4,161 = 200 =
= C. = 4,162 = 200 =
= C. = 4,163 = 200 =
= C. = 4,164 = 200 =
= C. = 4,165 = 200 =
= C. = 4,166 = 200 =
= C. = 4,167 = 200 =
= C. = 4,168 = 200 =
= C. = 4,169 = 200 =
= C. = 4,215 = 200 =
= C. = 4,216 = 200 =
= C. = 4,217 = 200 =
= C. = 4,218 = 200 =
= C. = 4,500 = 200 =
= C. = 4,867 = 200 =
= C. = 4,868 = 200 =
= C. = 4,869 = 200 =
= C. = 4,870 = 200 =
= C. = 4,871 = 200 =
= D. = 9,396 = 100 =
= D. = 9,397 = 100 =
= D. = 9,398 = 100 =

VIII. 5procentige Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1859.
Lit. D. Nr. 10,604 über 100 Thlr.
= D. = 24,315 = 100 =
= E. = 10,075 = 50 =

IX. 4½procentige Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1859.
Lit. D. Nr. 314 über 100 Thlr.
= D. = 5,032 = 100 =
= D. = 5,260 = 100 =
= D. = 16,622 = 100 =

X. Schuldverschreibungen der Staatsanleihe von 1864.
Lit. A. Nr. 5,787 über 1000 Thlr.

III. Obligi pożyczki rządowéj z roku 1853.
Lit. B. No. 2,738 na 500 tal.

IV. Obligi pożyczki rządowéj upremiowanéj z roku 1855.
Ser. 273 No. 27,247 na 100 tal.

V. Obligi pożyczki rządowéj z r. 1855 A.
Lit. A. No. 1,660 na 1000 tal.,
„ D. „ 8,005 „ 100 „

VI. Obligi pożyczki rządowéj z r. 1856.
Lit. C. No. 7,497 na 200 tal.,
„ C. „ 12,742 „ 200 „

VII. Obligi pożyczki rządowéj z r. 1857.
Lit. C. No. 3,990 na 200 tal.,
„ C. „ 4,155 „ 200 „
„ C. „ 4,156 „ 200 „
„ C. „ 4,157 „ 200 „
„ C. „ 4,158 „ 200 „
„ C. „ 4,159 „ 200 „
„ C. „ 4,160 „ 200 „
„ C. „ 4,161 „ 200 „
„ C. „ 4,162 „ 200 „
„ C. „ 4,163 „ 200 „
„ C. „ 4,164 „ 200 „
„ C. „ 4,165 „ 200 „
„ C. „ 4,166 „ 200 „
„ C. „ 4,167 „ 200 „
„ C. „ 4,168 „ 200 „
„ C. „ 4,169 „ 200 „
„ C. „ 4,215 „ 200 „
„ C. „ 4,216 „ 200 „
„ C. „ 4,217 „ 200 „
„ C. „ 4,218 „ 200 „
„ C. „ 4,500 „ 200 „
„ C. „ 4,867 „ 200 „
„ C. „ 4,868 „ 200 „
„ C. „ 4,869 „ 200 „
„ C. „ 4,870 „ 200 „
„ C. „ 4,871 „ 200 „
„ D. „ 9,396 „ 100 „
„ D. „ 9,397 „ 100 „
„ D. „ 9,398 „ 100 „

VIII. Obligi 5procentowe pożyczki rządowéj z roku 1859.
Lit. D. No. 10,604 na 100 tal.,
„ D. „ 24,315 „ 100 „
„ E. „ 10,075 „ 50 „

IX. Obligi 4½procentowe pożyczki rządowéj z roku 1859.
Lit. D. No. 314 na 100 tal.,
„ D. „ 5,032 „ 100 „
„ D. „ 5,260 „ 100 „
„ D. „ 16,622 „ 100 „

X. Obligi pożyczki rządowéj z roku 1864.
Lit. A. No. 5,787 na 1000 tal.,

XI. Prioritäts-Actien der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Ser. I. Nr. 16,928 über 100 Thlr.

XII. Vormals Hannoversche Landesschuld-Obligationen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | F.I. | Nr. 10,323 | über 100 | Thlr. | Courant. |
| „ | F.I. | „ 11,855 | „ 100 | „ | „ |
| „ | G.I. | „ 17,425 | „ 100 | „ | in Pistolen à 5 Thlr. |
| „ | G.I. | „ 17,718 | „ 100 | „ | Courant. |
| „ | J.I. | „ 4,895 | „ 500 | „ | „ |
| „ | N. | „ 359 | „ 100 | „ | „ |

Berlin, den 24. Januar 1871.

Königl. Kontrole der Staatspapiere.

**Dehnicke. Erbrich. Loose.**

XI. Akcye upierwszone kolei żelaznéj Dolnoszląsko-Marchijskiéj.

Ser. 1 No. 16,928 na 100 tal.

XII. Obligi niegdyś Hanowerskie długu krajowego.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Lit. | F. I. | No. 10,323 | na 100 | tal. | kurantu, |
| „ | F. I. | „ 11,855 | „ 100 | „ | „ |
| „ | G. I. | „ 17,425 | „ 100 | „ | w pocztach po 5 tal. |
| „ | G. I. | „ 17,718 | „ 100 | „ | kurantu, |
| „ | J. I. | „ 4,895 | „ 500 | „ | „ |
| „ | N. | „ 359 | „ 100 | „ | „ |

Berlin, dnia 24. Stycznia 1871.

Król. kontrola papierów rządowych.

**Dehnicke. Erbrich. Loose.**

**133** Bekanntmachung.

Postanweisungsverkehr mit Großbritannien und Irland.

Vom 1. Februar 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland zulässig. Es können Zahlungen bis 70 Thaler oder $122^{1}/_{2}$ Gulden Südd. W. nach allen Orten Großbritanniens und Irlands im Wege der Postanweisung vermittelt werden.

Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist darin unter Abänderung des Vordrucks Thlr. Gr. Pf. u. s. w. in Englischer Währung anzugeben.

Die Aufgabe-Postanstalt rechnet den vom Absender in dieser Weise notirten Betrag in die Thaler- bezw. Guldenwährung um — für jetzt nach dem Verhältniß von 1 Pfund Sterling gleich 6 Thaler 24 Groschen — und nimmt danach den sich ergebenden Betrag vom Einzahler entgegen. Diese Postanstalt ist mithin auch im Stande, dem Einlieferer genau anzugeben, welchen Betrag derselbe in Englischer Währung in die Postanweisung einzurücken hat, um eine nach Deutscher Währung ausgerechnete Zahlung in England zutreffend leisten zu lassen.

Die, thunlichst in Marken zu frankirende, Gesammtgebühr beträgt: bei Einzahlung von Beträgen bis 25 Thaler ($43^{3}/_{4}$ Gulden) $7^{1}/_{2}$ Groschen bezw. 27 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 25 bis 50 Thaler ($43^{3}/_{4}$ bis $87^{1}/_{2}$ Gulden) 15 Groschen bezw. 53 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 50 bis 70 Thaler ($87^{1}/_{2}$ bis $122^{1}/_{2}$ Gulden) $22^{1}/_{2}$ Groschen bezw. 1 Gulden 19 Kreuzer.

Die Postanweisung muß den Zunamen und mindestens den Anfangsbuchstaben eines Vornamens des Empfängers (bezw. die Bezeichnung der Firma des Empfängers), sowie die genaue Adresse desselben enthalten. In gleicher Weise muß der Absender in dem Coupon durch Angabe des Zunamens und wenigstens des Anfangsbuchstabens eines Vornamens (bezw. der Firma), sowie durch Angabe der Adresse bezeichnet sein. Die pünktliche Auszahlung der Postanweisungen ist wesentlich von der genauen Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Zu sonstigen schriftlichen Mittheilungen darf weder die Postanweisung, noch der Coupon benutzt werden, da die Original-Formulare nicht an den Empfänger gelangen.

Bei der Absendung aus Großbritannien und Irland werden die von dem Postanweisungsamte in London in der Thalerwährung überwiesenen Beträge in Cöln auf gewöhnliche inländische Postanweisungs-Formulare übertragen und unterliegen demnächst der gleichen Behandlung wie Postanweisungen im inneren Verkehr. Die Zuführung an die Empfänger findet frankirt statt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Großbritannien und Irland Anwendung.

Berlin, den 21. Januar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**134** Bekanntmachung.

Einführung des Depeschen-Anweisungsverfahrens im Verkehr mit den Postanstalten im Elsaß und Deutsch-Lothringen.

Vom 1. März 1871 ab wird das bestehende Verfahren der Vermittelung von Postanweisungen durch den Telegraphen auf den Verkehr mit solchen Orten im Elsaß und in Deutsch-Lothringen ausgedehnt, wo für den Privatverkehr eröffnete Telegraphen-Stationen vorhanden sind. In der Richtung **nach** dem Elsaß und Deutsch-Lothringen werden Zahlungsvermittelungen für Beträge bis zu 50 Thalern oder $87\frac{1}{2}$ Gulden Süddeutscher Währung, in der Richtung **vom** Elsaß und Deutsch-Lothringen für Beträge bis zu 200 Franken ($53\frac{1}{3}$ Thaler) übernommen.

Berlin, den 9. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**135** Bekanntmachung,
betreffend die Correspondenz nach Orten ohne Postanstalt.

Vom 1. März c. ab ist den Correspondenten, welche ihren Wohnsitz in Orten ohne Postanstalt haben, allgemein gestattet, ihre Postsendungen auch von solchen Postanstalten abholen zu lassen, deren Landbestell-bezirk den betreffenden ländlichen Ort nicht einschließt.

In Folge dieser aus den Kreisen des betheiligten Publikums wiederholt beantragten Verkehrs-erleichterung, muß die Spedition der Postsendungen nach Orten, an welchen Postanstalten sich nicht befinden, nach Maaßgabe der von dem Absender auf der Adresse bezeichneten Distributions-Postanstalt bewirkt werden. Durch die unrichtige Bezeichnung dieser Postanstalt oder das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können leicht Verzögerungen in der Ueberkunft der Postsendungen herbeigeführt werden.

Es ist daher im eigenen Interesse der Correspondenten nothwendig, daß die Absender von Postsendungen, welche nach Ortschaften ohne Postanstalt gerichtet sind, auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungs-orte thunlichst noch diejenige Postanstalt angeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt wird, bezw. die Abholung erfolgt.

Zur Förderung dieses Zweckes wird es beitragen, wenn Correspondenten, an deren Wohnsitz sich eine Postanstalt nicht befindet, diejenigen Personen, mit welchen sie im Briefwechsel stehen, auf das gedachte Erforderniß aufmerksam machen und denselben mittheilen, durch Vermittelung welcher Postanstalt sie ihre Postsachen beziehen.

Insbesondere wird es sich auch empfehlen, wenn die auf dem Lande wohnenden Correspondenten möglichst allgemein dem theilweise bereits bestehenden Gebrauche folgen, in den von ihnen abzusendenden Briefen bei der Orts- und Datumsangabe den Namen des Postorts hinzuzufügen, durch welchen sie ihre Postsachen empfangen.

Berlin, den 8. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**136** Bekanntmachung.
Briefverkehr mit Paris.

Es wird hiermit, zufolge so eben eingetroffener telegraphischer Ermächtigung Sr. Excellenz des Herrn Bundeskanzlers, zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von jetzt ab auch **verschlossene** gewöhnliche Briefe nach Paris gegen die vor Ausbruch des Krieges in Kraft gewesenen Taxen befördert werden können. Die Versendung **recommandirter** Briefe ist vorläufig noch nicht zulässig.

Berlin, den 14. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**137** Bekanntmachung.
Beförderung von recommandirten Briefen und von Briefen mit Werthangabe nach Paris.

Von jetzt ab können auch **recommandirte Briefe** und **Briefe** mit **Werthangabe** nach Paris gegen die vor Ausbruch des Krieges in Kraft gewesenen Taxen befördert werden.

Berlin, den 15. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**138** Bekanntmachung
wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie II. zu der Preußischen Staats-Anleihe von 1867 C.

Die Coupons zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihe v. J. 1867 C. für die 4 Jahre vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1874 nebst Talons werden vom 9. Januar k. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrolle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrolle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Obwieszczenie,
tyczace się wydania nowych kuponów procentowych serya II do pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 C.

Od 9. Stycznia r. p. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony do obligów pożyczki rządowéj z r. 1867 C. na te cztery lata od 1. Stycznia 1871 do 31. Grudnia 1874 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub przez kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 24. Dezember 1870.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 3. Januar 1871.

Königliche Regierung.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, a przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko w tenczas, jeśli wspomnione talony zaginęły; w tym to razie przesłać należy dokumenta właściwe kontroli papierów rządowych albo któréj z wyrażonych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 24. Grudnia 1870.

Zarząd główny długów rządowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w miejscu.

Bydgoszcz, dnia 3. Stycznia 1871.

Królewska Regencya.

**139** Tilgung der Rinderpest im Kreise Inowraclaw.

Die Rinderpest im Kreise Inowraclaw ist erloschen und wird daher, nachdem in sämmtlichen Seuchenorten die gebotenen Reinigungs-Maßnahmen ausgeführt worden sind, der Kreis Inowraclaw hierdurch für seuchenfrei erklärt.

Unsere, bezüglich der Landesgrenze unseres Departements gegen das Königreich Polen erlassene Sperr-Maßnahmen werden durch diese Verordnung nicht berührt, bleiben vielmehr bis auf Weiteres aufrecht erhalten.

Bromberg, den 8. Februar 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Względem wykorzenienia zarazy bydła w powiecie Inowrocławskim.

Zaraza bydła w powiecie Inowrocławskim ustała, w skutek czego powiat Inowrocławski po użyciu potrzebnych środków oczyszczenia we wszystkich miejscach zarazą dotkniętych ogłasza się niniejszem za wolny od zarazy.

Urządzeń naszych kordonowych, wydanych co do granicy krajowéj departamentu naszego od strony królestwa Polskiego rozporządzenie obecne nie narusza, zostają owe raczéj aż do dalszego obowiązującemi.

Bydgoszcz, dnia 8. Lutego 1871.

Królewska Regencya.
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**140** Die Kreisthierarztstelle Graudenzer Kreises, mit welcher außer dem Gehalt eine von den Ständen bewilligte jährliche Remuneration von 100 Thlr. verbunden, ist durch den Tod des bisherigen Inhabers zur Erledigung gekommen. Qualificirte Bewerber fordern wir auf, innerhalb 6 Wochen sich bei uns zu melden.

Marienwerder, den 14. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**141** Bekanntmachung.

Die Prüfung für Lehrerinnen wird in diesem Jahre in dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Bromberg **am 3. und 4. April c.** stattfinden.

Die Meldungen hierzu sind bis spätestens zum **15. März c.** an uns einzureichen, und in denselben anzugeben, ob die Aspirantin die Elementarlehrerin-Prüfung oder die Prüfung für die höheren Töchterschulen abzulegen wünscht. Diesen Meldungen sind beizufügen:

1) ein kurzer Lebenslauf, welcher namentlich über die Vorbildung für das Schulfach Auskunft giebt,
2) ein Taufzeugniß, aus welchem ersichtlich sein muß, daß die Aspirantin zur Zeit der Prüfung das 18. Lebensjahr vollendet hat,
3) die Genehmigung der Eltern resp. Vormundes zur Ablegung der Prüfung.

Posen, den 15. Februar 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**142** Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Bestimmungen des § 2 der Verordnung vom 30. Juni 1834, den Geschäftsbetrieb in den Angelegenheiten der Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und Regulirungen gutsherrlich-bäuerlicher Verhältnisse betreffend, ist von den Kreisständen in Stelle des aus dem Kreise Krotoschin verzogenen Parzellenbesitzers Stapelfeldt zu Ladenberg der Grundbesitzer Schreiberowski zu Wykow-Parzellen als Kreisverordneter für den Krotoschiner Kreis gewählt und von uns bestätigt worden, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Posen, den 10. Februar 1871.
Königl. General-Commission für die Provinz Posen.

Obwieszczenie.

Stósownie do postanowień § 2 rozporządzenia z dnia 30. Czerwca 1834, tyczącego się postępowania w sprawach podziałów wspólności, abluicyów i regulacyów stósunków dominialnych a włościańskich, został w miejsce posiedziciela parcel Stapelfeldta z Ladenbergu, który się z powiatu Krotoszyńskiego wyprowadził, posiedziciel gruntów Szreiberowski z Wykowskich parcel na deputowanego w powiecie Krotoszyńskim przez stany obrany a przez podpisaną Komisyą potwierdzony, co się niniejszem do powszechnéj wiadomości podaje.

Poznań, dnia 10. Lutego 1871.
Królewska Komisya Jeneralna dla prowincyi Poznańskiéj.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**143** Der provisorische Lehrer Johann Chrzan an der katholischen Schule in Lajiska, Kreis Wongrowitz, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**144** Robert Labiszewski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Trzeciewnica, im Kreise Wirsitz, interimistisch angestellt.

### Königliches Appellations-Gericht.

**145** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Kolwitz ist der Kaufmann Maladinski für den ersten Bromberger Stadtbezirk zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla I. okręgu miasta Bydgoszczy został w miejsce rozjemcy Kolwitza kupiec Maladinski w Bydgoszczy na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

**146** Die bisherigen Schiedsmänner Budzynski und Warszawski zu Inowraclaw sind, und zwar Ersterer für den I. Bezirk und Letzterer für den II. Bezirk der Stadt Inowraclaw, wiederum zu Schiedsmännern gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dotychczasowi rozjemcy Budziński i Warszawski w Inowrocławiu zostali i to: pierwszy dla I. a ostatni dla II. okręgu miasta Inowrocławia na rozjemców obrani, potwierdzeni i zobowiązani.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 8.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 9. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 3. März 1871. Bydgoszcz, dnia 3. Marca 1871.


Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**147** Das 3. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7779. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1871. Vom 29. Januar 1871.

Nr. 7780. Gesetz, betreffend die Bewilligung von Darlehnen an die Kreisverbände im Regierungsbezirk Trier. Vom 29. Januar 1871.

Nr. 7781. Bekanntmachung, betreffend die Seitens beider Häuser des Landtages ertheilte nachträgliche Genehmigung der Verordnung vom 17. August 1870 für die Hohenzollernschen Lande zur Ausführung der Gesetze über die Kriegsleistungen und die Unterstützung hülfsbedürftiger Familien der zum Dienste einberufenen Mannschaften der Reserve, Landwehr und Ersatzreserve. Vom 12. Januar 1871.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 3. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7779. Prawo, tyczące się ustanowienia Etatu państwa na rok 1871. Z dnia 29. Stycznia 1871.

No. 7780. Prawo dotyczące dawania pożyczek związkom powiatowym wobwodzie regencyjnym Trewirskim. Z 29. Stycznia 1871.

No. 7781. Obwieszczenie, dotyczące udzielonego przez obie izby sejmowe ex post przyzwolenia na rozporządzenie z 17. Sierpnia 1870 dla krajów Hohenzollernskich ku wykonaniu praw o dostawach wojennych i wspieraniu ubogich familii powołanych do służby rezerwistów, landwerzystów i rezerwistów kompletowych. Z 12. Stycznia 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden

**148** Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Meistbetheiligten der Preußischen Bank ist von mir auf **Mittwoch, den 29. März d. J.,** Nachmittags 5½ Uhr, einberufen, um für das Jahr 1870 den Verwaltungsbericht und den Jahresabschluß nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen, die für den Central-Ausschuß erforderlichen Wahlen vorzunehmen, und über die von der Königl. Staatsregierung angeordnete Aufhebung der nach § 116 der Bankordnung der Preußischen Bank zustehenden Stempel-, Sportel- und Portofreiheit Beschluß zu fassen.

Die Versammlung findet im hiesigen Bankgebäude statt. Die Meistbetheiligten werden zu derselben durch besondere der Post zu übergebende Anschreiben vorgeladen werden.

Berlin, den 20. Februar 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Chef der Preußischen Bank. Graf **v. Itzenplitz.**

**149** Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich, die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete **per Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr während des gegenwärtigen Krieges herausgestellt, wo ohne das Hülfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte &c.

niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberen Theile, zugleich der Name, die Firma 2c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, den 24. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**150** Auffündigung von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. April 1871 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 und ff. „zum 1. April 1871" mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 10 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

. . . . . Thlr.

„buchstäblich . . . . . . Thaler, Valuta für d .
„zum 1. . . . . . . . 18 . . gekündigten Posener
„Rentenbrief . Litt. . . No. . . . . habe ich aus
„der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar
„gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden. Posen, den 10. November 1870.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

Wypowiedzenie listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Kwietnia 1871 umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie, umieszczone litery i numera, które posiedzicielom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Kwietnia 1871 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 10—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy w kasie naszéj obebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzoru:

. . . . . Tal.

wyraźnie . . . . . . . . . . . Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. . . . . . . . . . 18. . . płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Lit. . . . . . No. . . . . na . . . . Tal. odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu N. . . . . . . . . dnia . . . . . . . . . . . 18 . .

(podpis)

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Poznań, dnia 10. Listopada 1870.

Królewska dyrekcya
banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

### Verzeichniß

der am 10. November 1870 ausgeloosten und am 1. April 1871 fälligen Posener Rentenbriefe.

### Wykaz

na dniu 10. Listopada 1870 wylosowanych, a dnia 1. Kwietnia 1871 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. zu A. (na) 1000 Thlr. (Tal.) 50 Stück (sztuk.)

No. 74, 478, 550, 789, 954, 1003, 1197, 1897, 2847, 2852, 2873, 3020, 3436, 3549, 3717, 3745, 3818, 3896, 3922, 4092, 4205, 4436, 4476, 4938, 5031, 5226, 5288, 5414, 5435, 5759, 5864, 6322, 6376, 6476, 6621, 6685, 7128, 7943, 8045, 8221, 8257, 8500, 8753, 9006, 9159, 9160, 9165, 9169 9191, 9202.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (Tal.) 14 Stück (sztuk.)

No. 133, 144, 162, 429, 674, 742, 942, 1011, 1263, 1448, 1635, 2041, 2111, 2341.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (Tal.) 44 Stück (sztuk.)

No. 47, 256, 440, 536, 609, 759, 1179, 1217, 1253, 1326, 1512, 1546, 1859, 1909, 2185, 2322, 2452, 2500, 2638, 2931, 3236, 3648, 4848, 4864, 4916, 5288, 5727, 5741, 6039, 6349, 6686, 6762, 6925, 6946, 7261, 7534, 7546, 7569, 7577, 7646, 7780, 7808, 7885, 8023.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (Tal.) 33 Stück (sztuk.)

No. 30, 127, 138, 280, 426, 498, 510, 734, 943, 1031, 1102, 1182, 1317, 1398, 1417, 1898, 2236, 2260, 2544, 2948, 3004, 3324, 3744, 3807, 4368, 4545, 4865, 5103, 5245, 5312, 5916, 5917, 5998.

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (Tal.) 4 Stück (sztuk.)

No. 7288 bis 7291.

| | |
|---|---|
| **Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7291 incl. sind verloost, resp. gekündigt.** | **Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7291 sa wylosowane resp. wypowiedziane.** |

**151** Bekanntmachung.

Die diesjährige Prüfung zur Aufnahme von Aspiranten in die evangelischen Schullehrer-Seminare der Provinz Posen wird:

a) in Bromberg am 31. Juli und 1. Agust 1871,
b) in Kozmin am 29. und 30. Juni 1871

stattfinden, und der Cursus im Bromberg am 2. August und in Kozmin am 15. August 1871 beginnen.

Die Aspiranten für Bromberg haben sich daher so einzurichten, das sie, falls sie die Aufnahmeprüfung bestehen, in das Seminar zu Bromberg sofort eintreten können.

Die Aspiranten haben sich 4 Wochen vorher bei den Herren Seminar-Direktoren Giebe zu Bromberg oder Stoll zu Kozmin schriftlich, entweder selbst anzumelden oder durch die Lehrer, die sie für das Seminar vorbereitet haben, anmelden zu lassen.

Am Tage vor der Prüfung haben sich die Aspiranten persönlich bei den Herren Seminar-Direktoren zu melden und die nachbenannten Atteste beizubringen:

1) das Taufzeugniß,
2) das Confirmations-Zeugniß,
3) ein Zeugniß ihres Seelsorgers über ihre Führung und ihre Befähigung,
4) ein Zeugniß des Kreis-Physikus über ihren Gesundheitszustand und über wiederholte Pockenimpfung,
5) die schriftliche Erlaubniß des Vaters resp. des Vormundes zum Eintritt in das Seminar,
6) ein Armenattest, falls sie Unterstützung nachsuchen,
7) einen selbstverfaßten Lebenslauf, in welchem über die Art der Vorbildung zum Seminar Auskunft zu geben ist.

Die von Präparandenbildnern zur Aufnahme in ein Seminar vorbereiteten Aspiranten haben außerdem ein Zeugniß des Präparanden-Bildners vorzulegen.

Sämmtliche Atteste sind stempelfrei.

Posen, den 15. Februar 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**152** Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung der Normal-Eichungs-Commission des Norddeutschen Bundes vom 23. Februar v. J., betreffend die vom 1. Januar 1872 ab innerhalb des Norddeutschen Bundes unzulässigen älteren Gewichte, wird Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1) Unzulässig im öffentlichen Verkehr werden nach dem 31. December 1871 von den im Königreich Preußen durch das Gesetz vom 17. Mai 1856 seit dem 1. Juli 1858 eingeführten Gewichtsstücken des Allgemeinen Landesgewichts folgende:

a. 1/4 Centner, 3 Pfund, 10 Loth,
1/4 „ 5 „ 5 Quentchen, 5 Cent, 5 Korn,
2 „ 2 „ 2 „ 2 „
1 „ 1 „ 1 „ 1 „

b) Die Einsatzgewichte, sowohl im Ganzen, als in einzelnen Stücken.

2) Zulässig im öffentlichen Verkehr dagegen bleiben auch nach dem 31. December 1871, wenn sie den nachfolgend unter Nr. 3 angegebenen Bedingungen genügen, folgende Gewichtsstücke:

1 Centner = 100 Pfund . . . . . = 50 Kilogramm,
0,5 oder 1/2 „ = 50 „
20 „ . . . . . . . = 10 Kilogramm,
10 „ . . . . . . . = 5 Kilogramm,
5 „
2 „ . . . . . . . = 1 Kilogramm,
1 „ . . . . . . . = 0,5 Kilogramm = 500 Gramm,
0,5 oder 1/2 Pfund,
0,2 Pfund . . . . . . . . . . . . = 100 Gramm = 10 Neulth.,

| | | | |
|---|---|---|---|
| 0,1 Pfund = 3 Loth | . . . . . . . | = | 50 Gramm = 5 Neulth., |
| 0,3 Loth = 3 Quentchen | . | = | 5 Gramm = 0,5 Neulth., |
| 3 Cent | . . | = | 5 Decigramm, |
| 3 Korn | . . | = | 5 Centigramm. |

3) Die Bedingungen der Zulässigkeit für die unter Nr. 2 aufgeführten Gewichtsstücke sind folgende:

a. Alle Gewichtsstücke müssen noch denjenigen Grad der Genauigkeit besitzen, der von bereits im Verkehr befindlichen Gewichten nach dem neuen System gefordert wird. (Vergleiche die Bekanntmachung des Bundes-Kanzlers, betreffend die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldenden Abweichungen der Maße, Gewichte und Waagen von der absoluten Richtigkeit, vom 6. December 1869, Bundes-Ges.-Bl. 1869 Nr. 40 S. 697).

b. Die Gewichtsstücke 1 Centner und ½ Centner dürfen ihre bisherige Bezeichnung 1 Centner und ½ Centner beibehalten, die Hinzufügung einer Bezeichnung des ersteren nach Kilogrammen oder Pfunden, des letzteren nach Pfunden wird nicht verlangt, ist jedoch erlaubt.

c. Für die Gewichtsstücke 20, 10, 2, 1 Pfund ist die Bezeichnung nach Pfunden hinreichend, indeß können die neuen Bezeichnungen 10 K., 5 K., 1 K., 0,5 K. zugleich vorhanden sein.

d. Die Gewichtsstücke 5 Pfund und ½ Pfund dürfen nur die Bezeichnung 5 Pfd. und ½ Pfd. führen; alle anderen Bezeichnungen sind darauf zu tilgen.

e. Die kleineren Gewichtsstücke von 0,2 Pfund (6 Loth) bis 3 Korn müssen statt der alten Bezeichnung, welche unkenntlich zu machen ist, die neue nach Grammen erhalten; dagegen kann eine Bezeichnung nach Neulothen, nämlich 10 N.-L., 5 N.-L., 0,5 N.-L. auf ihnen hinzugefügt werden.

4) Die in Nr. 2 genannten und den Bedingungen in Nr. 3 genügenden Gewichtsstücke können für den Verkehr innerhalb des Königreichs Preußen mit ihrem bisherigen Stempel so lange beibehalten werden, bis eine neue Berichtigung und Stempelung erforderlich werden würde.

Um sie jedoch für den Verkehr innerhalb des ganzen Bundesgebietes zulässig zu machen, müssen sie vor dem 1. Januar 1872 revidirt und mit dem Bundes-Eichungs-Stempel beglaubigt werden.

Nach diesem Termin werden überhaupt nur noch Gewichtsstücke mit dem Bundes-Stempel geeicht, welche allen Anforderungen der Eichordnung vom 16. Juli 1869 genügen.

Posen, den 23. Februar 1871. Königl. Eichungs-Inspection für die Provinz Posen.

**153** Bekanntmachung.

In Berücksichtigung der in der Rhein-Provinz, ausgenommen den Regierungs-Bezirk Düsseldorf, so wie in dem Großherzoglich Oldenburgischen Fürstenthume Birkenfeld ungünstig ausgefallenen vorjährigen Ernte an Getreide- und Hülsenfrüchten wird für die dorthin bestimmten mit directen Frachtbriefen zur Beförderung aufgelieferten derartigen Sendungen in Quantitäten von mindestens 100 Centnern auf einen Frachtbrief, wenn dieselben im Frachtbriefe ausdrücklich als Saatgut für die genannten Nothstands-Districte declarirt sind und von dem Central-Bezugs-Comité, beziehungsweise im Auftrage desselben unter der Adresse von Genossenschaften zum gemeinschaftlichen Bezuge von Saatgut, Kreis-, Bürgermeisterei- und Gemeinde-Verbänden, oder an den landwirthschaftlichen Verein für Rheinpreußen und seine Local-Abtheilungs-Directionen zur Versendung gelangen, auf der Ostbahn bis zum 1. Juli d. J. eine ermäßigte Fracht von 1 Pf. pro Centner und Meile erhoben. Erfolgt die Auflieferung auf einer Ostbahn-Station, so kommt außer dieser Fracht noch eine Expeditionsgebühr von 1,8 Pf. pro Centner zur Einziehung.

Bromberg, den 16. Februar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**154** Bekanntmachung.

In dem 2 Meilen südwestlich von Schubin gelegenen Orte Retkowo tritt vom 1. März cr. ab eine Postexpedition II. Klasse in Wirksamkeit.

Dieselbe wird durch eine Botenpost für Brief- und unbeschränkte Fahrpostbeförderung mit der Postanstalt in Schubin verbunden.

Die Post wird aus Retkowo 7½ Uhr Morgens, aus Schubin 12½ Uhr Nachmittags abgelassen und in 3 Stunden befördert.

Posen, den 27. Februar 1871. Der Ober Postdirector.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 9.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 10.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 10. März 1871.

Bydgoszcz, dnia 10. Marca 1871.


## Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**155** Das 7. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 614. Verordnung, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über die Abgaben von der Flößerei. Vom 19. Februar 1871.

Nr. 615. Bekanntmachung, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Vom 20. Februar 1871.

## Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 7. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:

No. 614. Rozporządzenie, tyczące się wykonania prawa z 1. Czerwca 1870 o podatkach od flisarstwa. Z 19. Lutego 1871.

No. 615. Obwieszczenie, tyczące się nominacyi pełnomocników do Rady Rzeszy. Z 20. Lutego 1870.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**156** **Bekanntmachung**

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie XVI. zu den Preußischen Staatsschuldscheinen.

Die neuen Coupons zu den Staatsschuldscheinen Serie XVI. No. 1 bis 8 über die Zinsen für die vier Jahre 1871 bis 1874 nebst Talons werden vom 15. d. Mts. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die Talons vom 1. September 1865 mit einem Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrole persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

**Obwieszczenie**

tyczące się wydania nowych kuponów procentowych seryą XVI. do obligów państwa Pruskiego.

Od 15. b. m. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica 92 na dole po prawéj ręce przed południem od godziny 9 do 1, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych nowe kupony do obligów państwowych seryą XVI. No. 1 do 8 na procenta za te cztery lata 1871 do 1874 wraz z talonami.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy talony z dnia 1. Września 1865 z wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na głównym urzędzie pocztowym bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi śród monarchii kontrola papierów krajowych wdawać się nie może.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat denselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 1. December 1870.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreis- und der Forstkasse hierselbst, zu haben sind.

Bromberg, den 5. December 1870.

Königl. Regierung.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie wspomnionych kasach prowincyalnych i przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych wymienić się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomnione talony zaginęły; w tym to razie przesłać należy dokumenta dotyczące kontroli papierów krajowych, albo którćj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 1. Grudnia 1870.

Zarząd główny długów państwa.

Powyższe obwleszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie, wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w miejscu.

Bydgoszcz, dnia 5. Grudnia 1870.

Król. Regencya.

**157** Die Frau Gutsbesitzer Bettcher zu Olesin hat der evangelischen Kirche zu Klecko eine werthvolle Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung und die Frau Hauptmann Sellentin auf Komorowo derselben Kirche zwei Altarleuchter zum Geschenke gemacht.

Der hierdurch an den Tag gelegte kirchliche Sinn wird belobend anerkannt.

Bromberg, den 21. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**158** Bekanntmachung.

Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 23. Januar c. ist der Name des im Kreise Gnesen belegenen Ritterguts Chwalkowo in **„Weissenburg“** und des zu demselben gehörigen Vorwerks Chwalkowko in **„Wörth“** umgewandelt worden.

Bromberg, den 23. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**159** Bekanntmachung.

Die Commissionsprüfung der nicht auf einem Seminar gebildeten Schul-Amtsbewerber im hiesigen Königlichen Schullehrer-Seminar findet vom **16. bis 20. Juni d. J.** statt.

Diejenigen ungeprüften Schulhalter an evangelischen Schulen, welchen die Verwaltung einer Schule versuchsweise gestattet worden ist und welche von uns nicht ausdrücklich von der Theilnahme an der diesjährigen Prüfung durch besondere Verfügung entbunden sind, haben sich bis zum **1. Juni c.** bei dem Herrn Seminar-Director Giebe schriftlich anzumelden und ihrer Meldung folgende Ausweise beizulegen:

a. das Taufzeugniß, aus welchem hervorgehen muß, daß sie das 19. Lebensjahr vollendet haben,
b. die Zeugnisse über ihre Vorbildung zum Schulfache,
c. ein Führungs-Attest von ihrem Schul-Inspector,
d. einen kurz gefaßten Lebenslauf.

Die persönliche Meldung der Examinanden bei dem Seminar-Director Giebe findet am ersten Prüfungstage, also am **16. Juni c.,** Morgens um 8 Uhr, statt.

Verspätete Meldungen werden mit einer Ordnungsstrafe, willkürliches Wegbleiben von der Prüfung mit Entlassung aus dem interimistischen Amte geahndet werden.

Die Herren Superintendenten und Schul-Inspectoren werden hiermit beauftragt, die betreffenden Schulhalter ihres Aufsichtskreises auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen und zur pünktlichen Meldung anzuhalten, soweit dieselben nicht durch frühere Verfügungen, z. B. wegen vorgerückten Alters, von der Ableistung der Prüfung ausdrücklich entbunden sind.

Bromberg, den 1. März 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**160** Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die durch unsere Bekanntmachung vom 16. d. Mts. für Sendungen von Saatgut nach der Rheinprovinz (excl. des Regierungs-Bezirks Düsseldorf) und dem Fürstenthum Birkenfeld bewilligte Fracht-Ermäßigung auch auf die Bezüge dieser Districte an Erbsen, Bohnen, Erbsen, und Wicken zu Futterzwecken ausgedehnt worden ist, und daß zur Erlangung der in Rede stehenden Vergünstigung sowohl für Saatgetreide wie für Futtersendungen auch ein Auftrag des Kreis-Landraths des Bestimmungsorts resp. der Regierung zu Birkenfeld genügt.

Bromberg, den 28. Februar 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**161** Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Vorschriften des § 27 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß nach der heute hierselbst stattgehabten Ermittelung des Ergebnisses der Wahlen eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage vom 3. März c. in dem 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks Bromberg:

| | | |
|---|---|---|
| 1) der Rittergutsbesitzer v. Dziembowski in Roszkowo | 10,543 | Stimmen, |
| 2) „ Landrath Nollau in Gnesen | 2,898 | „ |
| 3) „ Pfarrer Wolinski in Oporowo | 343 | „ |
| 4) „ Landrath v. Suchodolski in Wongrowiec | 1 | „ |
| 5) „ Bürgermeister Machatius in Gnesen | 1 | „ |
| 6) „ Rittergutsbesitzer v. Sänger in Grabowo | 1 | „ |
| 7) „ Wladislaus Taczanowski in Szyplewo | 5 | „ |
| 8) „ Dr. Kosch in Königsberg | 8 | „ |
| 9) „ Schafmeister Wilhelm Schmidt in Zdziechowo | 1 | „ |

erhalten haben.

Wongrowiec, den 7. März 1871. Der Wahl-Kommissarius, Landrath **v. Suchodolski.**

**162** Ergebniß der am 3. März d. J. im 4. Wahlkreise (Inowraclaw-Mogilno) des Regierungsbezirks Bromberg abgehaltenen Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage.

| | |
|---|---|
| Zahl der abgegebenen Stimmen | 14,495. |
| davon ungültig | 13. |
| mithin gültig | 14,482. |
| Die absolute Majorität beträgt also | 7,242. |

Es haben Stimmen erhalten:

| | |
|---|---|
| 1) Rittergutsbesitzer v. Turno auf Obiezierze | 10,710 |
| 2) Rittergutsbesitzer v. Tschepe auf Broniewice | 3,519 |
| 3) Rechtsanwalt Höniger zu Inowraclaw | 246 |
| 4) Bürgermeister Neubert zu Inowraclaw | 1 |
| 5) Alexander Woydich zu Kruschwitz Dorf | 1 |
| 6) Rechtsanwalt Makower zu Berlin | 1 |
| 7) Landschafts-Direktor v. Roy auf Wierzbyczany | 1 |
| 8) Kreisrichter Dr. Ryk zu Trzemeszno | 1 |
| 9) Gutsbesitzer v. Garczinski zu Goscieszyn | 1 |
| 10) Landrath v. Elsner zu Mogilno | 1 |
| zusammen | 14,482. |

Hiernach ist gewählt Rittergutsbesitzer v. Turno auf Obiezierze.

Mogilno, den 7. März 1871. Der Wahl-Kommissarius, Königl. Landrath **v. Elsner.**

**163** Bei der am 3. d. Mts. vollzogenen Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage für den 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Bromberg, welcher die landräthlichen Kreise Czarnikau und Chodziesen mit 19,362 Wählern umfaßt, sind im Ganzen 13,132 Stimmen abgegeben, von denen 36 für ungültig erachtet worden.

Von den gültigen Stimmen, deren Zahl sich auf 13,096 feststellt, haben erhalten:

| | |
|---|---|
| 1) der Königliche Kammerherr Graf von der Schulenburg auf Schloß Filehne | 7147 |
| 2) der adeliche Gutsbesitzer Dr. Szuman-Althutte | 2130 |
| 3) der Rittergutsbesitzer von Leipziger-Pietrunke | 2324 |
| 4) der Propst Gajowiecki in Chodziesen | 1476 |
| 5) Fünf andere Kandidaten | 19 |
| Summa wie vor: | 13096 |

Die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen beträgt 6549. Der Graf v. d. Schulenburg auf Schloß Filehne ist demnach mit einer Majorität von 598 Stimmen zum Abgeordneten gewählt und als solcher im heutigen Termine zur Feststellung des Wahl-Resultats proclamirt worden.

Czarnikau, den 7. März 1871. Der Wahlkommissar, Landrath **v. Young.**

**164** Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 27 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 bringe ich hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß sich bei der Wahl eines Abgeordneten für den zweiten Wahlbezirk des hiesigen Regierungsbezirks, bestehend aus den Kreisen Wirsitz und Schubin, im Ganzen 14,838 Wähler betheiligt haben, von welchen

| | | |
|---|---|---|
| für den Rittergutsb. v. Sänger auf Grabowo | | 7538, |
| „ „ | Grafen Leon v. Skorzewski auf Lubostron | 7297, |
| „ „ | Landschafts-Director v. Roy auf Wierzbyczany | 2, |
| „ „ | Dr. Krätzig in Berlin | 1 |

gestimmt haben, so daß der Rittergutsbesitzer v. Sänger auf Grabowo mit absoluter Majorität zum Abgeordneten gewählt worden ist.

Wirsitz, den 7. März 1871.

Königl. Landrath und Wahlkommissarius.

**Freymark.**

Obwieszczenie.

Stósownie do § 27 regulaminu z dnia 28. Maja 1870 do wykonania prawa wyborczego na sejm rzeszy północno-niemieckiéj z dnia 31. Maja 1869, podaje się do powszechnéj wiadomości, że przy oborze posła na drugi okręg oborczy tutejszego obwodu regencyjnego, składający się z powiatu Wyrzyskiego i Szubińskiego w ogóle 14838 oborców udział wzięło, z których

| | | |
|---|---|---|
| dla dziedzica v. Saenger z Grabowa | | 7538, |
| „ | Hr. Leona Skorzewskiego z Lubostronia | 7297, |
| „ | dyrektora Ziemstwa von Roy z Wierzbyczany | 2 i |
| „ | Dr. Kraetzig z Berlina | 1 |

głosowało, tak, że dziedzic v. Saenger z Grabowa absolutną większością na posła obrany został.

Wyrzysk, dnia 7. Marca 1871.

Król. radzca ziemiański i kom. oborczy.

**Freymark.**

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**165** Der zum Bürgermeister der Stadt Mroczen gewählte Kanzleigehülfe Golitz ist als solcher bestätigt und in sein Amt eingeführt worden.

**166** Der Lehrer Siegfried Graaf als zweiter Lehrer bei der jüdischen Schule zu Schneidemühl, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

**167** Peter Smolarz als Lehrer bei der katholischen Schule zu Rynarzewo, im Kreise Schubin, definitiv angestellt.

### Königliches Appellations-Gericht.

**168** Der bisherige Schiedsmann, Kaufmann Ignatz v. Kąsinowski in Schokken ist für den Bezirk Schokken, Kreis Wongrowiec, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dla okręgu Skockiego, w powiecie Wągrowieckim, został dotychczasowy rozjemca kupiec Ignacy Kąsinowski w Skokach na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

**169** Die Lehrer Häsen in Dombrowo und Bohlmann in Trlong sind wiederum und zwar Ersterer für den Bezirk Dombrowo und Letzterer für den Bezirk Trlong, Kreis Mogilno, zu Schiedsmännern gewählt, bestätigt und verpflichtet worden. Stellvertreter des ꝛc. Häsen ist der Schiedsmann Jankowski in Szczepanowo und für den ꝛc. Bohlmann der Schiedsmann Tomaszewski in Pakość.

Nauczycielowie Haesen w Dąbrowie i Bohlmanu w Trlągu zostali ponownie i to: pierwszy dla okręgu Dąbrowskiego a ostatni dla okręgu Trlągskiego, w powiecie Mogilnickim, na rozjemców obrani, potwierdzeni i zobowiązani. Zastępcą Haesena jest rozjemca Jankowski w Szczepanowie, a Bohlmana, rozjemca Tomaszewski w Pakości.

**170** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Kietzmann ist der Gutspächter Roman Kowalski in Cienskowo für den Bezirk Dombrowke, Kreis Schubin, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Affeld in Wonsosz bestellt worden, während ꝛc. Kowalski die Vertretung des ꝛc. Affeld zu übernehmen hat.

Dla okręgu Dąbrówki, w powiecie Szubińskim, został w miejsce rozjemcy Kietzmana, dzierżawca dóbr Romau Kowalski w Ciężkowie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest rozjemca Affeld w Wonsoszu, Kowalski zaś będzie zastępować Affelda.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 10.

**Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.** **№ 11.** **Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.**

Bromberg, den 17. März 1871. Bydgoszcz, dnia 17. Marca 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

171 **Bekanntmachung.**

Die nach unserer Bekanntmachung vom 15. December 1869 dem Regierungs-Secretair Herrn Dacke in Bromberg angeblich gestohlenen Staatsschuldscheine:

Littr. F. Nr. 27,837 über 100 Thlr.
Littr. F. Nr. 36,041 über 100 Thlr.

sind wieder zum Vorschein gekommen.

Berlin, den 9. März 1871. Königliche Kontrole der Staatspapiere.

172 **Bekanntmachung.**

Postanweisungsverkehr mit Großbritannien und Irland.

Vom 1. Februar 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland zulässig. Es können Zahlungen bis 70 Thaler oder 122½ Gulden Südd. W. nach allen Orten Großbritanniens und Irlands im Wege der Postanweisung vermittelt werden.

Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist darin unter Abänderung des Vordrucks Thlr. Gr. Pf. u. s. w. in Englischer Währung anzugeben.

Die Aufgabe-Postanstalt rechnet den vom Absender in dieser Weise notirten Betrag in die Thaler- bezw. Guldenwährung um — für jetzt nach dem Verhältniß von 1 Pfund Sterling gleich 6 Thaler 24 Groschen — und nimmt danach den sich ergebenden Betrag vom Einzahler entgegen. Diese Postanstalt ist mithin auch im Stande, dem Einlieferer genau anzugeben, welchen Betrag derselbe in Englischer Währung in die Postanweisung einzurücken hat, um eine nach Deutscher Währung ausgerechnete Zahlung in England zutreffend leisten zu lassen.

Die, thunlichst in Marken zu frankirende, Gesammtgebühr beträgt: bei Einzahlung von Beträgen bis 25 Thaler (43¾ Gulden) 7½ Groschen bezw. 27 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 25 bis 50 Thaler (43¾ bis 87½ Gulden) 15 Groschen bezw. 53 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 50 bis 70 Thaler (87½ bis 122½ Gulden) 22½ Groschen bezw. 1 Gulden 19 Kreuzer.

Die Postanweisung muß den Zunamen und mindestens den Anfangsbuchstaben eines Vornamens des Empfängers (bezw. die Bezeichnung der Firma des Empfängers), sowie die genaue Adresse desselben enthalten. In gleicher Weise muß der Absender in dem Coupon durch Angabe des Zunamens und wenigstens des Anfangsbuchstabens eines Vornamens (bezw. der Firma), sowie durch Angabe der Adresse bezeichnet sein. Die pünktliche Auszahlung der Postanweisungen ist wesentlich von der genauen Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Zu sonstigen schriftlichen Mittheilungen darf weder die Postanweisung, noch der Coupon benutzt werden, da die Original-Formulare nicht an den Empfänger gelangen.

Bei der Absendung aus Großbritannien und Irland werden die von dem Postanweisungsamte in London in der Thalerwährung überwiesenen Beträge in Cöln auf gewöhnliche inländische Postanweisungs-Formulare übertragen und unterliegen demnächst der gleichen Behandlung wie Postanweisungen im inneren Verkehr. Die Zuführung an die Empfänger findet frankirt statt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Großbritannien und Irland Anwendung.

Berlin, den 21. Januar 1871. General-Postamt. Stephan.

173 **Bekanntmachung,**

betreffend die Correspondenz der Landbewohner.

Vom 1. März c. ab ist den Correspondenten auf dem Lande, welche ihren Wohnsitz in Orten ohne Postanstalt haben, allgemein gestattet, ihre Postsendungen auch von solchen Postanstalten abholen zu lassen, deren Landbestellbezirk den Wohnort des Correspondenten nicht einschließt.

In Folge dieser aus den Kreisen des betheiligten Publikums wiederholt beantragten Verkehrs-Erleichterung, muß die Spedition der Postsendungen nach Orten, an welchen Postanstalten sich nicht befinden, nach Maaßgabe der von dem Absender auf der Adresse bezeichneten Distributions-Postanstalt bewirkt werden. Durch die unrichtige Bezeichnung dieser Postanstalt oder das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können leicht Verzögerungen in der Ueberkunft der Postsendungen herbeigeführt werden.

Es ist daher im eigenen Interesse der Correspondenten nothwendig, daß die Absender von Postsendungen, welche nach Ortschaften ohne Postanstalt gerichtet sind, auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungsorte thunlichst noch diejenige Postanstalt angeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt wird, bezw. die Abholung erfolgt.

Zur Förderung dieses Zweckes wird es beitragen, wenn Correspondenten, an deren Wohnsitz sich eine Postanstalt nicht befindet, diejenigen Personen, mit welchen sie im Briefwechsel stehen, auf das gedachte Erforderniß aufmerksam machen und denselben mittheilen, durch Vermittelung welcher Postanstalt sie ihre Postsachen beziehen.

Insbesondere wird es sich auch empfehlen, wenn die auf dem Lande wohnenden Correspondenten möglichst allgemein dem theilweise bereits bestehenden Gebrauche folgen, in den von ihnen abzusendenden Briefen bei der Orts- und Datumsangabe den Namen des Postorts hinzuzufügen, durch welchen sie ihre Postsachen empfangen.

Berlin, den 8. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**174** Bekanntmachung.

Vermittelung des Zeitungs-Abonnements für Landbewohner.

Nachdem die Landbriefbestell-Anstalt allgemein eine Erweiterung dahin erfahren hat, daß es dem Publikum gestattet ist, den Landbriefträgern Geldbriefe bis zu 50 Thalern und Postanweisungen Behufs der Einlieferung bei der Postanstalt mitzugeben, soll es fortan auch zulässig sein, die Abonnementsbeträge für solche Zeitungen, welche die Interessenten sich durch die Landbriefträger bringen zu lassen wünschen, nebst dem Betrage der Bestellgebühren, den Landbriefträgern zur kostenfreien Besorgung an die Postanstalt zu übergeben. Den Interessenten bleibt die Eintragung der übergebenen Beträge in die Annahmebücher der Landbriefträger überlassen. Letztere sind verpflichtet, die Quittung der Postanstalt beim nächsten Bestellungsgange zu überbringen.

Berlin, den 21. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**175** Bekanntmachung.

Im Interesse der Erleichterung des Verkehrs kann von jetzt ab auf Verlangen der Absender die expresse Bestellung von Postsendungen, welche einer Postanstalt von weiterher zugehen und nach einem anderen **Postorte** gerichtet sind, gegen das reglementsmäßige Expreßbotenlohn stattfinden, wenn die Entfernung zwischen den beiden Postanstalten nicht über 2 Meilen beträgt.

Die Adressen derartiger Sendungen müssen unter der Angabe des Bestimmungsorts die Bezeichnung des Ortsnamens der Postanstalt, von welcher aus die Expreßbestellung erfolgen soll, sowie den Zusatz „Durch Expressen zu bestellen" enthalten, z. B. „Güntersberg, Reg. Bez. Frankfurt a./O. (von Crossen a./O. aus durch Expressen zu bestellen)."

Die Annahme von Briefen und sonstigen Sendungen zur expressen Bestellung an Adressaten, die im Orts- oder im Landbestellbezirke der **Aufgabe**-Postanstalt wohnen, ist auch ferner nicht gestattet.

Berlin, den 25. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**176** Bekanntmachung.

Postdampfschiff-Verbindung mit den vereinigten Staaten von Amerika via Bremen und Hamburg.

Mit den Dampfschiffen, welche von jetzt ab wieder regelmäßig: von Bremen jeden Sonnabend, von Hamburg jeden Mittwoch nach New-York abgefertigt werden, können Briefe, Drucksachen und Waarenproben nach den Vereinigten Staaten von Amerika zur Beförderung gelangen. Die auf dem Wege über Bremen oder Hamburg zu befördernden Sendungen müssen auf der Adresse mit einem, das Verlangen der Benutzung dieses Weges ausdrückenden Vermerke versehen sein.

Das Porto für den einfachen Brief bis 1 Loth, einschließlich beträgt bei der Beförderung über Bremen oder Hamburg frankirt nach den Vereinigten Staaten 3 Groschen bezw. 10 Kreuzer, unfrankirt aus den Vereinigten Staaten 6 Groschen oder 21 Kreuzer.

Für Drucksachen und Waarenproben nach den Vereinigten Staaten ist an Porto zu entrichten: 1 Sgr. bezw. 4 Kreuzer für je 2½ Loth.

Berlin, den 1. März 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**177** Bekanntmachung.

Post-Dampfschiffverbindung zwischen Dänemark, den Faröer-Inseln und Island.

Nach einer Mittheilung der Königlich Dänischen Postverwaltung werden zwischen Kopenhagen einerseits, sowie den Faröer-Inseln und Island andererseits, auch in diesem Jahre bei eisfreier See regel-

mäßige Post-Dampfschiffahrten unterhalten werden. Die Abfahrt von Kopenhagen soll planmäßig am 16. April, 28. Mai, 5. Juli, 12. August, 22. September und 7. November d. J. stattfinden. Das auf der Linie eingestellte Postdampfschiff legt die Fahrt nach Island unter gewöhnlichen Witterungs-Verhältnissen in 11 bis 12 Tagen zurück. Der Fahrpreis stellt sich für einen Platz in der ersten Kajüte auf 33⅓ Thlr., in der zweiten Kajüte auf 27 Thlr. Für einen Platz in einer Separatkajüte ist zum Passagegelde ein Zuschlag von 11⅓ Thlr. zu entrichten. Tour- und Retourbillets für die erste Kajüte werden zum Preise von 60 Thlrn. ausgegeben. Das Postdampfschiff legt auf der Hin- und Rückfahrt außer in Thorshavn (Faröer-Inseln) auch in Lerwick und Leith an.

Berlin, den 2. März 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**178** Die Wahrnehmung, daß in unserem Bezirke mehrfach neue Ansiedelungen ohne die gesetzlich erforderliche Genehmigung entstanden sind, veranlaßt uns, darauf aufmerksam zu machen:

1) daß, wenn auf einem unbewohnten Grundstücke, welches nicht zu einem anderen bereits bewohnten Grundstücke gehört, Wohngebäude errichtet werden sollen, zu dieser neuen Ansiedelung die Genehmigung des Kreis-Landraths erforderlich ist,
2) daß der Aushändigung des Consenses zum Bau der Wohngebäude eine Regulirung derjenigen Verhältnisse vorausgehen muß, welche aus der Gründung der neuen Ansiedelung in Beziehung auf die Polizei-Obrigkeit, den Gemeinde-, Kirchen- oder Schulverband oder andere dergleichen Verbände entspringen,
3) daß, wer ohne Consens in der zu 1 bezeichneten Weise baut und eine neue Ansiedelung gründet, mit einer Geldbuße bis zu zwanzig Thaler bestraft wird, und Wegschaffung der Anlage zu gewärtigen hat.

Wir haben die Landräthe und Polizeibehörden unseres Verwaltungsbezirkes verpflichtet, streng auf Beachtung der Bestimmungen hinsichtlich der Gründung neuer Ansiedelungen zu halten, und haben die Contravenienten es sich selbst beizumessen, wenn aus der Nichtberücksichtigung der vorgedachten Bestimmungen ihnen Nachtheile erwachsen, insbesondere die Beseitigung der Gebäude unnachsichtlich herbeigeführt wird.

Bromberg, den 20. Februar 1866.

Königliche Regierung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß die Polizei-Behörden angewiesen worden sind, mit größter Strenge die durch das Gesetz angedrohten Strafen gegen die Contravenienten in Vollzug zu bringen und die Beseitigung der auf nicht genehmigten Ansiedelungen errichteten Gebäude durchzuführen.

Bromberg, den 2. März 1871.

Königliche Regierung.

Spostrzegłszy w obwodzie naszym częstokroć nowe osady, które bez wymaganego prawem pozwolenia powstały, widzimy się spowodowani zwrócić na to uwagę:

1) że gdyby na niezamieszkałéj posiadłości, nienależącéj do innéj posiadłości już zamieszkałéj miano stawiać budynki mieszkalne, jest potrzebne do téj nowéj osady zezwolenie radzcy ziemiańskiego powiatowego,
2) że nim wydany będzie konsens do budowy budynków mieszkalnych, uregulowane być powinny wprzód stosunki, które z założenia nowéj osady ze względu na zwierzchność policyjną, związek gminny, kościelny lub szkólny lub na inne tym podobne związki wynikają,
3) że ktoby w sposób pod 1. wymieniony budował bez konsensu i zakładał nową osadę, będzie karanym pieniędzmi do dwudziestu talarów, mogąc się zarazem spodziewać usunięcia wystawionego budynku.

Zobowiązaliśmy radzców ziemiańskich i władze policyjne obwodu naszego administracyjnego, aby ściśle uważali na zastósowanie się do postanowień, tyczących się zakładania nowych osad, kontrawenienci więc sami sobie przypiszą winę, jeśli z niezastósowania się do powyższych postanowień wynikną dla nich straty, w szczególności zaś usunięcie budynków bez najmniejszego względu uskutecznione będzie.

Bydgoszcz, dnia 20. Lutego 1866.

Królewska Regencya.

Powyższe obwieszczenie przypomina się niniejszem z tem nadmienieniem, że władze policyjne odebrały rozkaz, aby kary prawem zagrożone jak najsurowiéj na kontrawenientach wymierzały i usuwanie budynków postawionych na osadach nie przyjętych przedsiębrały.

Bydgoszcz, dnia 2. Marca 1871.

Królewska Rejencya.

**179** Das Abraupen der Obstbäume betreffend.

Den Polizeibehörden wird mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 4. März 1827 (Amtsbl. pro 1827 Seite 160) in Erinnerung gebracht, daß gegenwärtig der Zeitpunkt zum Abraupen der Bäume eintritt, und werden dieselben hierdurch angewiesen, nach Inhalt der vorberegten Verordnung dieserhalb das Erforderliche sofort zu veranlassen.

Bromberg, den 26. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**180** Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird Folgendes bestimmt:

Die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh der Steppenrace (auch podolisches oder gallizisches Vieh genannt) wird hierdurch für unseren Verwaltungs-Bezirk verboten.

Wer dieses Verbot wissentlich verletzt, wird in Gemäßheit des § 328 des Strafgesetzbuches des Norddeutschen Bundes mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Ist in Folge dieser Verletzung Vieh von der Seuche ergriffen worden, so tritt Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren ein.

Bromberg, den 6. März 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Ustawa policyjna.

Na zasadzie § 11 prawa o zarządzie policyi z dnia 11. Marca 1850 postanawia się, co następuje:

Zakazuje się niniejszem na obwód nasz administracyjny, aby bydła rogatego rasy stepowéj (zwanego też bydłem podolskiem czyli galicyjskiem) nie wprowadzono, ani przeprowadzono.

Kto rozkazowi temu uchybi, znając go, będzie karanym stósownie do § 328 kodeksu karnego dla związku północno-niemieckiego więzieniem aż do roku jednego.

Gdyby w skutek tego uchybienia wkraść się miała pomiędzy bydło zaraza, wówczas nastąpi kara więzienia od miesiąca jednego do lat dwóch dochodząca.

Bydgoszcz, dnia 6. Marca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**181** Bekanntmachung.

Die zu Powidz, im Haupt-Zoll-Amts-Bezirk Strzalkowo, im landräthlichen Kreise Gnesen bestehende Legitimationsschein-Expedition für den Waaren-Verkehr im Grenz-Bezirk wird als entbehrlich vom 1. April d. J. ab aufgehoben werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Posen, den 6. März 1871.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Obwieszczenie.

Udzielanie kart legitymacyjnych, istniejące w Powidzu, w obwodzie głównego urzędu celnego Strzałkowa, w powiecie Gnieźnieńskim, dla interesów towarowych w obwodzie granicznym, zostanie od 1. Kwietnia r. b. jako niekoniecznie potrzebne zniesionem, co się niniejszem ogłasza.

Poznań, dnia 6. Marca 1871.

Prowincyalny dyrektor poborów.

**182** Bekanntmachung.

In dem am 5. November pr. eingeführten Magdeburg-Preußischen Güter-Verkehre werden „Cichorienwurzeln, gedörrte und getrocknete," vom 10. März cr. ab zur ermäßigten Klasse II. C. befördert.

Bromberg, den 4. März 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**183** Bekanntmachung.

Vom 20. d. Mts. ab werden im Ostdeutsch-Russischen Verband-Güterverkehre die folgenden Artikel, als: Alizarin und Alizarinwurzeln, Benzin in Fässern, Bienenraß, Bleichererde, Bleichpulver, Blumenzwiebeln, Colophonium, Zuckercouleur, Coriander, Eisendraht verkupferter, auch Eisendrahtseile, Kali, Kirschblätter fabrizirte, Kobalt, Kunstkorn (Seifenkorn), Natron, Nickel, Nickelspeise, Nickelerz, Putzkalk, Rothstein, Waldwolle, Wermuth, Zuckerschnur in festen Ballen und Zinknägel, Zinkkugeln aus der Normalklasse in die ermäßigte Klasse II. A. sowie die Artikel: Catechu, Dividivi, Eisenbeize, Farbehölzer gemahlen, Farbewurzeln, Galläpfel und Gambir (Cutch), aus dem Specialtarif I. in die ermäßigte Klasse II. A. versetzt.

Bromberg, den 8. März 1870. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**184** Ignatz Brzezinski als Lehrer bei der katholischen Schule in Goray, im Kreise Czarnikau interimistisch angestellt.

**185** Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro Februar 1871.

Angestellt: der frühere Magistrats-Registrator Kleiner in Schmilowo als Post-Expediteur.

Versetzt: der Post-Expediteur Rietzmann von Orchowo nach Mönch.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 11.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 12. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 24. März 1871. Bydgoszcz, dnia 24. Marca 1871.


Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

186 Das 4. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7782. Gesetz, betreffend den Umlauf der auf Grund des Gesetzes vom 23. December 1867 ausgegebenen Darlehnskassenscheine. Vom 1. Februar 1871.

Nr. 7783. Gesetz, betreffend die landschaftlichen Brandkassen in der Provinz Hannover. Vom 6. Februar 1871.

Nr. 7784. Allerhöchster Erlaß vom 19. October 1870, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung mehrerer Kreis-Chausseen im Kreise Marienburg, Regierungsbezirk Danzig.

Nr. 7785. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Marienburger Kreises im Betrage von 400,000 Thalern. Vom 19. October 1870.

Nr. 7786. Bekanntmachung, betreffend die der Rheinischen Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Anschlußbahn von dem Bahnhofe Ehrang der Call-Trierer Eisenbahn nach dem Hüttenwerke Quint. Vom 6. Februar 1871.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 4. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7782. Prawo, tyczące się obiegu biletów kas pożyczkowych, na mocy prawa z 23. Grudnia 1867 wydanych. Z 1. Lutego 1871.

No. 7783. Prawo, tyczące się ziemskich kas ogniowych w prowincyi Hanowerskiéj. Z 6. Lutego 1871.

No. 7784. Najwyższe rozporządzenie z 19. Października 1870, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie kilku żwirówek powiatowych w powiecie Malborskim, obwodzie regencyjnym Gdańskim.

No. 7785. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Malborskiego w ilości 400,000 tal. Z 19. Października 1870.

No. 7786. Obwieszczenie, dotyczące udzielonego Towarzystwu kolei żelaznéj Reńskiéj monarszego przyzwolenia na budowę i administracyą kolei łącznéj od dworca Ehrang kolei żelaznéj Call-Trewir do huty Quint. Z 6. Lutego 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

187 **Bekanntmachung,**

die Aufnahme in das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Droyssig betreffend.

Zu Anfang August d. J. findet bei dem evangelischen Lehrerinnen-Seminar zu Droyssig bei Zeitz, im Regierungsbezirk Merseburg, eine neue Aufnahme von Jungfrauen statt, welche sich für den Lehrerinnen-Beruf ausbilden wollen.

Das genannte Seminar nimmt Zöglinge aus allen Provinzen der Monarchie auf. Der Cursus ist zweijährig.

Das Seminar hat den Zweck, auf dem Grund des evangelischen Bekenntnisses, christliche Lehrerinnen für den Dienst an Elementar- und Bürgerschulen auszubilden, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß die in ihm vorgebildeten Lehrerinnen nach ihrem Austritt Gelegenheit erhalten, in Privatverhältnissen für christliche Erziehung und für Unterricht thätig zu werden.

Der Unterricht des Seminars und die Uebung in der mit demselben verbundenen Töchterschule erstrecken sich auf alle für diesen Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, den Unterricht in der französischen Sprache und im Handarbeiten mit eingeschlossen.

Die Zöglinge des Seminars wohnen in dem, für diesen Zweck vollständig eingerichteten Anstaltsgebäude. Das Leben in der Anstalt ruht auf dem Grund des Wortes Gottes und christlicher Gemeinschaft.

Für den Unterricht, volle Beköstigung, Wohnung, Bett und Bettwäsche, Heizung und Beleuchtung,

sowie für ärztliche Pflege und Medicin wird eine in monatlichen Raten voraus zu zahlende Pension von 65 Thalern jährlich entrichtet. Zeitweise Abwesenheit aus der Anstalt entbindet nicht von der Fortzahlung der Pension.

Es sind Fonds vorhanden zur Unterstützung für würdige und bedürftige Zöglinge; eine solche kann jedoch in der Regel erst vom zweiten Jahr des Aufenthalts ab gewährt werden.

Die Zulassung zu dem Seminar erfolgt auf Vorschlag der betreffenden Königlichen Regierung, resp. für Berlin und für die Provinz Hannover der Königlichen Provinzial-Schul-Collegien in Berlin und in Hannover, durch mich unter Vorbehalt einer vierteljährigen Probezeit.

Zöglingen, welche im Laufe des ersten Jahres nicht dauernd den an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen, wird die Wahl gelassen, in der unteren Klasse noch ein zweites Jahr zu bleiben oder die Anstalt zu verlassen, und solchen Zoglingen, welche bei Ablauf des Cursus der oberen Klasse von dem Lehrer-Collegium zur Ablegung der Abgangsprüfung nicht für befähigt gehalten werden, kann der Aufenthalt in der Anstalt noch auf ein Jahr gestattet werden.

Die Zulassung zu der diesjährigen Aufnahme ist bis spätestens zum 1. Mai d. J. bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Verwaltungsbezirk die Bewerberin wohnt, resp. bei den Königlichen Provinzial-Schul-Collegien zu Berlin und Hannover unter Einreichung folgender Schriftstücke und Zeugnisse nachzusuchen:

1. Geburts- und Taufschein, wobei bemerkt wird, daß die Bewerberin am 1. October c. das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben muß.
2. Ein Zeugniß eines Königl. Kreis-Physikus über normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Brustschwäche, Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, sowie an anderen, die Ausübung des Lehramts behindernden Gebrechen leidet, auch in ihrer körperlichen Entwickelung soweit vorgeschritten ist, um den Aufenthalt im Seminar ohne Gefährdung ihrer Gesundheit übernehmen zu können. Zugleich ist ein Zeugniß über stattgefundene Impfung vorzulegen.
3. Ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über die sittliche Führung der Aspirantin, ein eben solches von ihrem Seelsorger über ihr Leben in der Kirche und in der christlichen Gemeinschaft.
4. Ein von der Bewerberin selbst verfaßter Lebenslauf, aus welchem ihr bisheriger Lebensgang zu ersehen und auf die Entwickelung ihrer Neigung zum Lehrberuf zu schließen ist. Dieses Schriftstück gilt zugleich als Probe der Handschrift.
5. Eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, daß dieselben das Pensionsgeld von 65 Thlr. jährlich auf zwei Jahre zu zahlen sich verpflichten.
6. Außerdem hat sich die Bewerberin einer Vorprüfung zu unterwerfen, wegen deren Abhaltung die Behörde, an welche die Meldung zu richten ist, das Nähere anordnen wird.

Im Fall von der Bewerberin auf Unterstützung Anspruch gemacht wird, ist ein von der Ortsbehörde ausgestelltes Armuthszeugniß beizubringen, aus welchem die Vermögensverhältnisse der Bewerberin und ihrer Angehörigen genau zu ersehen sind.

Zur Aufnahme in das Seminar sind, mit Ausnahme der Ausbildung in der Musik, diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich, wie sie in dem Regulativ vom 2. October 1854 für die Vorbildung der Seminar-Präparanden bezeichnet sind; außerdem Fertigkeit in weiblichen Handarbeiten. Ein Anfang im Verständniß der französischen Sprache, sowie im Klavierspiel, Gesang und Zeichnen sind erwünscht.

Berlin, den 13. März 1871.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
In Vertretung. (gez.) **Lehnert.**

**188** Bekanntmachung,
die diesjährige Aufnahme in das evangelische Gouvernanten-Institut und Töchter-Pensionat zu Droyssig betreffend.

In der unter der unmittelbaren Leitung des Ministers der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten stehenden Bildungsanstalt für evangelische Gouvernanten und Lehrerinnen an höheren Töchterschulen zu Droyssig bei Zeitz im Regierungsbezirk Merseburg beginnt im August d. J. ein neuer Cursus, zu welchem der Zutritt einer Anzahl junger Damen offen steht.

Der Cursus dauert drei Jahre. Die Entlassung der Zöglinge erfolgt nach einer vor einer Königl. Commission bestandenen Prüfung und mit einem von der ersteren ausgestellten Qualificationszeugniß für den Beruf als Erzieherinnen und Lehrerinnen in Familien und in höheren Töchterschulen.

Die Hauptaufgabe der Anstalt ist, für den höheren Lehrerinnenberuf geeignete evangelische Jungfrauen zunächst in christlicher Wahrheit und im christlichen Leben selbst so zu begründen, daß sie befähigt und geneigt werden, die ihnen später anzuvertrauenden Kinder im christlichen Glauben und in der christlichen Liebe zu erziehen.

Sodann sollen sie theoretisch und practisch mit einer guten und einfachen Unterrichts- und Erziehungs-

Methode bekannt gemacht werden, in welcher letzteren Beziehung sie in dem mit dem Gouvernanten-Institut verbundenen Töchter-Pensionat lehrend und erziehend beschäftigt werden.

Ein besonderes Gewicht wird auf die Ausbildung in der französischen und englischen Sprache, sowie in der Musik gelegt.

Der Unterricht in Geschichte, in Literatur und in sonstigen zur allgemeinen Bildung gehörigen Gegenständen findet seine volle Vertretung unter vorzugsweiser Berücksichtigung der Zwecke weiblicher Bildung, weshalb jede Verflachung zu vermeiden und die nothwendige Vertiefung des Gemüthslebens zu erzielen gesucht wird.

Zöglingen, welche den an sie zu stellenden Anforderungen nicht dauernd entsprechen, wird am Schluß des Jahrescursus der unteren und der mittleren Klassen die Wahl gelassen, in derselben Klasse noch ein zweites Jahr zu bleiben oder die Anstalt zu verlassen, und ebenso kann den Zöglingen, welche am Schluß des Cursus der obersten Klasse von dem Lehrercollegium zur Ablegung der Abgangsprüfung nicht für befähigt gehalten werden, der Aufenthalt in der Anstalt noch auf ein Jahr gestattet werden.

Die Einrichtung der Anstalt bietet zur Betheiligung an häuslichen Arbeiten, soweit diese das Gebiet auch der körperlichen Pflege und Erziehung angehen, geordnete Gelegenheit.

Die Zöglinge zahlen eine in monatlichen Raten voraus zu entrichtende Pension von 105 Thalern jährlich, wofür sie den gesammten Unterricht, volle Beköstigung, Bett und Bettwäsche, Heizung und Beleuchtung, sowie ärztliche Pflege und Medicin für vorübergehendes Unwohlsein frei haben. Für die Anstalten ist ein besonderer Arzt angenommen. Zeitweise Abwesenheit aus der Anstalt befreit nicht von der Fortzahlung der Pension.

Die Meldungen zur diesjährigen Aufnahme sind spätestens bis zum 1. Juni d. J. unmittelbar an mich einzureichen. Denselben ist beizufügen:

1. Der Geburts- und Taufschein, wobei bemerkt wird, daß die Aufzunehmenden am 1. October d. J. das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben müssen.
2. Ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über die sittliche Führung; ein eben solches von dem Orts-Geistlichen und Seelsorger über das Leben der Aspirantin in der Kirche und christlichen Gemeinschaft. In demselben ist zugleich ein Urtheil über die Kenntnisse der Aspirantin in den christlichen Religionswahrheiten und in der biblischen Geschichte nach Maßgabe des Regulativs vom 2. October 1854 auszusprechen.
3. Ein Zeugniß des betreffenden Königlichen Kreis-Physikus über den normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Gebrechen leidet, welche sie an der Ausübung des Erziehungs- und Lehrberufs hindern werden, und daß sie in ihrer körperlichen Entwickelung genügend vorgeschritten ist, um einen dreijährigen Aufenthalt in dem Institut ohne Gefährdung für ihre Gesundheit übernehmen zu können.
4. Eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, oder sonst glaubhaft geführter Nachweis, daß das Pensionsgeld von 105 Thlr. jährlich auf drei Jahre gezahlt werden soll.
5. Ein selbstgeschriebener Lebenslauf, aus welchem der bisherige Bildungsgang der Aspirantin zu ersehen und auf die Entwickelung ihrer Neigung zu dem erwählten Beruf zu schließen ist.
6. Die aus den zuletzt besuchten Schulen und Bildungsanstalten erhaltenen Zeugnisse.
7. Außerdem hat sich die Bewerberin bei einem von ihr zu wählenden Director oder Lehrer einer höheren öffentlichen Unterrichts-Anstalt oder bei einem Königl. Schulrath einer Prüfung zu unterwerfen und ein Zeugniß desselben über ihre Kenntnisse in der deutschen, englischen und französischen Sprache und Literatur, sowie in den Realgegenständen beizubringen. Diesem Zeugniß sind die schriftlich angefertigten und censirten Prüfungsarbeiten beizufügen. Hinsichtlich der erlangten musikalischen Ausbildung genügt, wenn nicht das Zeugniß eines Musikverständigen beigebracht werden kann, die eigene Angabe über die seither betriebenen Studien.

Fertigkeit in den gewöhnlichen weiblichen Handarbeiten wird vorausgesetzt.

Jungfrauen, welchen es Ernst ist, in einer wohlgeordneten christlichen Gemeinschaft sich zu einem würdigen Lebensberuf vorzubereiten, werden dazu in der Bildungs-Anstalt zu Droyssig eine Gelegenheit finden, die auch weniger Wohlhabenden einen lohnenden Beruf sichert.

In dem mit dem Gouvernanten-Institut verbundenen Pensionat für evangelische Töchter höherer Stände können ebenfalls noch Zöglinge vom 10. bis 16. Lebensjahre Aufnahme finden. Dieselben sind bei dem Königl. Seminar-Director Kritzinger in Droyssig anzumelden, von welchem auch ausführliche Programme über das Pensionat bezogen werden können.

Das Programm lautet:

In Verbindung mit dem zu Droyssig von des verewigten Herrn Fürsten v. Schönburg-Waldenburg Durchlaucht gestifteten evangelischen Lehrerinnen-Seminar und der Bildungs-Anstalt für Gouvernanten besteht eine Erziehungs-Anstalt für evangelische Töchter höherer Stände.

Die vereinigten Schul- und Erziehungs-Anstalten stehen unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht des Königl. Preußischen Ministers der geistlichen, Unterrichts und Medicinal-Angelegenheiten in Berlin.

Die Erziehungs-Anstalt für Töchter ist auf höchstens 50 Stellen berechnet.

Aufgenommen können werden evangelische Kinder vom 10. bis 16. Lebensjahre.

Die Aufnahme findet in der Regel zu Ostern und Anfang September jeden Jahres statt. Ausnahmen sind in dazu geeigneten Fällen zuläßig. Der Abgang eines Zöglings ist ein Vierteljahr vorher der Seminar-Direction anzuzeigen.

Bei der Anmeldung ist ein ärztliches Zeugniß über den Gesundheitszustand des Kindes beizubringen, in welchem namentlich bescheinigt wird, daß das Kind nicht an Krämpfen leidet, sowie die natürlichen Blattern überstanden hat, oder mit Schutzblattern geimpft ist.

Das Pensionsgeld beträgt, ärztliche Behandlung und Medizin in Krankheitsfällen eingeschlossen, jährlich 205 Thlr. Preuß. Courant, die in vierteljährlichen Raten pränumerando zu zahlen sind. Zeitweise Abwesenheit aus der Anstalt entbindet nicht von der Zahlung der Pension. Besonders berechnet wird nur die Besorgung der Leibwäsche; Bett und Bettwäsche wird von der Anstalt geliefert.

Die Kinder wohnen, in Familiengruppen vertheilt, unter steter Aufsicht des Lehrerpersonals und der Gouvernanten in dem zweckmäßig eingerichteten, frei gelegenen Anstaltsgebäude.

Der Flecken Droyssig, Residenz des Prinzen v. Schönburg-Waldenburg Durchlaucht, liegt im Kreise Weißenfels, Regierungsbezirk Merseburg, Provinz Sachsen, nahe bei Zeitz. Der Ort ist von den Eisenbahnstationen Naumburg, Weißenfels und Zeitz leicht zu erreichen.

Die Hügelkette, welche hier beginnt und sich weiterhin zum Thüringer Wald erhebt, ist mit fruchtbaren Feldern und reichem Laubwald bedeckt und von dem nahen, lieblichen Elsterthale durchschnitten. Die Luft ist rein und stärkend, die Gesundheitsverhältnisse des Orts sind überhaupt günstig.

Der Garten der Anstalt, der fürstliche Schloßpark, sowie die unmittelbar an die Anstalt sich anschließenden Waldpartien, eine stundenlange Linden-Allee, ein für das Institut eingerichtetes Flußbad, Turnübungen, verbunden mit der ländlichen Stille, bieten der körperlichen Entwickelung jede wünschenswerthe Unterstützung. Aerztliche Hülfe wird von dem im Orte wohnenden Anstalts-Arzt geleistet.

Die Bespeisung in der Anstalt ist überall einfach und reichlich. Das Pensionat, wie die übrigen Erziehungs- und Schul-Anstalten in Droyssig verfolgen, dem Willen ihres verewigten Stifters entsprechend, eine entschieden evangelisch-christliche Richtung.

Die in demselben durch Erziehung und Unterricht angestrebte Bildung soll die eigenthümlichen Bedürfnisse des weiblichen Gemüths- und Geistes-Lebens mit aller Umsicht berücksichtigen und darum und zugleich in die reiche Sphäre des weiblichen Berufs für das Reich Gottes einführen. Nicht der Schein der Wissenschaft, noch die glänzende inhaltlose Form, nicht ein abstractes oder weichliches, den heiligen Ordnungen Gottes entfremdendes Leben soll angestrebt werden, sondern eine bei aller Berücksichtigung der Schranken der weiblichen Natur gründliche Bildung und ein Leben, welches in einer aus innerer Wahrheit hervorblühenden edlen Formen lebenskräftig und opferfähig an Familie, Vaterland und Kirche mit klarer Erkenntniß, mit warmer dankbarer Liebe sich anschließt und in deren Arbeit und Förderung mit freudiger Hingabe eingeht. So wird diese Bildung, wie hoch sie auch das Gute in dem Fremden achtet und sich aneignet, in ihrem innersten Wesen eine deutsche bleiben und die Tradition des edlen deutschen Frauencharacters in seiner Tiefe, Einfachheit und Thatkraft bewahren.

Die Erziehung, auf dem Wort Gottes sicher ruhend, soll das ganze Leben des Kindes in den Kreis der Heiligung ziehen, ihm eine Gehülfin zur Erlangung eines kindlichen, freudigen und frommen Geistes werden.

Dieses Bestreben findet seine Unterlage und Pflege in den gemeinsamen Morgen- und Abend-Andachten, in der Unterweisung im Worte Gottes, in der Beaufsichtigung und Leitung, die in demselben Sinn von den Lehrerinnen und Gouvernanten geübt wird, endlich in den Gottesdiensten, an denen die Anstalten Theil nehmen.

Dazu tritt die reiche und fruchtbare Uebung gegenseitiger Hülfe und Liebe, welche das gemeinsame Leben der Zöglinge fördert und mit sich bringt.

Der Unterricht wird so ertheilt, daß er zugleich die Zucht des Geistes an dem ganzen Menschen üben kann. In äußerlicher Beziehung wird bemerkt, daß für fähige Zöglinge von der Selecta des Pensionats aus der Eintritt in das Gouvernanten-Institut ohne besondere Prüfung gestattet wird.

Die kleine Zahl der Zöglinge, wie die Fülle der erziehenden Kräfte gestatten es, etwaigen Verirrungen und Einseitigkeiten vorzubeugen, wie sie wohl sonst bei einer Anstalts-Erziehung hervortreten. Es soll hier die einzelne Persönlichkeit in ihrer eigenthümlichen Entwickelung volle Aufmerksamkeit und Berücksichtigung finden, wie das elterliche Haus sie übt; zugleich aber auch das Bewußtsein der Gemeinschaft geweckt und gestärkt werden.

Die äußere Gestaltung des Lebens soll wahr und einfach sein und die Sitte derjenigen gleichen, die von der edlen deutschen Familie dargestellt wird.

Die Kleidung ist möglichst einfach zu halten. Die Turnübungen machen auch einen Turn-Anzug nöthig, der indeß am Ort leicht beschafft werden kann. Sämmtliche Wäsche ꝛc. muß gezeichnet sein. An Servietten ist ½ Dutzend, an Handtüchern ebensoviel mitzubringen.

Was den Unterricht betrifft, so soll sich derselbe von den Elementarstufen bis zu dem Ziel einer wohl eingerichteten höheren Töchterschule erstrecken. Daß in Auswahl und Behandlung des Unterrichtsstoffes wissenschaftliches Scheinwesen ebenso ausgeschlossen ist, wie der christlichen Unterweisung überall eine maßgebende Stellung eingeräumt wird, erhellt aus dem früher Gesagten.

Die herzliche klare Aneignung des Heils in Christo Jesu, wie sie dem Kinde in der heiligen Taufe versiegelt ist, bleibt der oberste Zweck des Religionsunterrichts.

In das kirchliche Bekenntniß wird durch den Unterricht nach dem Lutherischen Katechismus eingeführt; der Konfirmanden-Unterricht und die Einsegnung kann seitens des Ortsgeistlichen erfolgen.

Die Beziehungen zur äußeren und inneren Mission fehlen nicht, so daß nach allen Seiten hin ein lebendig christlich-kirchliches Bewußtsein und Gemeindeleben angebahnt wird.

Der Unterricht, besonders in der vaterländischen Geschichte und Literatur, soll in die lebendige Gemeinschaft mit Fürst und Volk, mit dem Vaterlande und seinen Gütern, mit seiner Vergangenheit und Gegenwart einführen. Vorzugsweise sollen die Schätze der Literatur, in dem Licht des Evangeliums betrachtet und nach dem Bedürfniß der weiblichen Eigenthümlichkeit ausgewählt und behandelt, den Töchtern ein reicher Quell von Erquickung, Läuterung und Kräftigung für Geist, Gemüth und Geschmack werden.

In ähnlicher Weise soll dem weiblichen Wesen der Unterricht im Gesang und Klavierspiel dienen. Derselbe bildet einen integrirenden Theil des Gesammt-Unterrichts.

In der englischen und französischen Sprache und Literatur soll fehlerfreier schriftlicher Ausdruck und Verständniß der prosaischen, sowie der leichteren poetischen Stücke unter allen Umständen erreicht werden. Dazu kommt die Conversation in beiden Sprachen. Der Unterricht wird durch National-Lehrerinnen mit besorgt.

Alle übrigen Unterrichts-Fächer finden ihre angemessene Vertretung. An dem Pensionat arbeiten vier Lehrer und sechs Lehrerinnen; die häuslichen Arbeiten der Pensionaire werden von den älteren Zöglingen des Gouvernanten-Instituts überwacht und geleitet.

Die Anmeldungen zur Aufnahme von Töchtern in die Erziehungs-Anstalt zu Droyssig sind portofrei an die Seminar-Direction zu richten; von Seiten derselben wird auch die Correspondenz über die Zöglinge mit den Angehörigen unterhalten werden.

Berlin, den 13. März 1871.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
In Vertretung. (gez.) **Lehnert.**

**189** Bekanntmachung.

Die am 1. April d. J. fälligen Zinsen der Preußischen Anleihen und der Anleihe des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1870 können bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94 unten links, schon vom 20. d. Mts. ab täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags gegen Ablieferung der Coupons in Empfang genommen werden.

Von den Regierungs-Hauptkassen, den Bezirks-Hauptkassen der Provinz Hannover und der Kreiskasse in Frankfurt a./M. werden diese Coupons ebenfalls vom 20. d. Mts. ab, mit Ausnahme der oben bezeichneten Tage, eingelöst werden.

Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen und Appoints geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgerechnetes, unterschriebenes und mit Wohnungsangabe versehenes Verzeichniß beigefügt sein.

Berlin, den 11. März 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Obwieszczenie.

Płatne dnia 1. Kwietnia r. b. procenta od pożyczek Pruskich i od pożyczki związku północno-niemieckiego z roku 1870 można, oddając kupony, odbierać przy kasie umarzającéj długi rządowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94, na dole po lewéj ręce wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych już od 20. b. m. co dzień od godziny 9téj przed połud. do godziny 1 z południa.

Kupony te wymieniać będą również od 20. b. m. kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w prowincyi Hanowerskiéj i kasa powiatowa w Frankfurcie n. M. z wyjątkiem dni powyższych.

Kupony powinny według pojedyńczych gatunków długu i oddziałów być uporządkowane i dołączony im być powinien spis zrachowany, i z wyrażeniem miejsca zamieszkania podpisany, liczbę sztuk i ilość rozmaitych tych oddziałów zawierający.

Berlin, dnia 11. Marca 1871.

Zarząd główny długów państwa.

**190** Bekanntmachung.

Die Einlieferung von Geldbriefen an die in Frankreich stehenden Landwehr- und Reserve-Truppen.

Da die Heimkehr der auf französischem Gebiete und in den neu erworbenen Deutschen Landestheilen stehenden Landwehrbataillone, Reserve-Jägerbataillone, Reserve-Cavallerie-Regimenter, Reservebatterien und der Ersatzbataillone derjenigen Regimenter, welche nicht zur Besetzung der neuen Provinzen bestimmt sind, nahe bevorsteht, und, während die Truppen sich auf dem Marsche befinden, die Möglichkeit regelmäßiger Auslieferung von Postsendungen an dieselben sehr beschränkt ist, so empfiehlt es sich, die Absendung, besonders von Geldbriefen, an Offiziere und Mannschaften der gedachten Truppentheile solange auszusetzen, bis dieselben wieder nach ihren Friedensorten zurückgekehrt sind. Das Publikum wird ersucht, bis dahin von der Einlieferung von Geldbriefen Abstand zu nehmen.

Berlin, den 8. März 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**191** Das Grundstück Lindenwerder Nr. 65 A., im Kreise Chodziesen, ist mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten von dem Bezirke der Dorfgemeinde Lindenwerder abgetrennt und mit dem Bezirke des Ritterguts Jaktorowo vereinigt worden.

Bromberg, den 9. März 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**192** Der bei der am 3. d. Mts. stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage als solcher im zweiten Wahlkreise, bestehend aus den Kreisen Wirsitz und Schubin, gewählte Rittergutsbesitzer Carl v. Sänger auf Grabowo ist am 7. d. Mts. am Gehirnschlage gestorben.

Es ist deshalb für ihn eine Neuwahl erforderlich und wird der Tag derselben auf Grund des § 34 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 hierdurch von uns auf **den 27. März d. J.** festgesetzt.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 10. März 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Dnia 7. b. m. umarł na apoplexyą Karól ur. Saenger, dziedzic dóbr rycerskich Grabowa, zostawszy dnia 3. b. m. obranym w drugim powiecie wyborczym, składającym się z powiatu Wyrzyskiego i Szubińskiego, na posła do parlamentu niemieckiego.

Potrzebny więc w to miejsce nowy wybór i dla tego ustanawiamy niniejszem na zasadzie § 34 regulaminu do wykonania prawa wyborczego z dnia 28. Maja 1870 do tego wyboru dzień **27. Marca r. b.**

Podaje się to niniejszem do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 10. Marca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**193** Die Kreis-Thierarzt-Stellen der Kreise Goldapp und Ragnit, letztere mit dem Wohnsitze des Inhabers in dem mit einer Apotheke versehenen Kirchorte Kraupischken, sind vakant. Mit beiden Stellen sind etatsmäßige Gehälter von je 200 Thlr. verbunden.

Qualifizirte Bewerber werden aufgefordert, sich unter Einreichung ihrer Fähigkeits-Zeugnisse innerhalb 8 Wochen bei uns zu melden.

Gumbinnen, den 22. Februar 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**194** Bekanntmachung.

Im directen Preußisch-Polnischen Güter-Verkehre werden „gereinigte Pferdehaare (ausschließlich Mähnenhaare und Roßschweife)" vom 10. März c. ab zur ermäßigten Klasse II.A. befördert.

Bromberg, den 10. März 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**195** Bekanntmachung,

die Beschädigung der Telegraphen-Anlagen betreffend.

Die längs der Chausseen und andern Landstraßen angelegten Bundes-Telegraphen-Linien sind häufig vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen, namentlich durch Zertrümmerung der Isolatoren mittelst Steinwürfe ꝛc. ausgesetzt. Da durch diesen Unfug die Benutzung der Telegraphen-Anstalten verhindert oder gestört wird, so wird hierdurch auf die durch das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund festgesetzten Strafen wegen dergleichen Beschädigungen aufmerksam gemacht.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß demjenigen, welcher die Thäter vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigungen der Telegraphen-Anlagen der Art ermittelt und zur Anzeige bringt, daß dieselben zum Ersatze und zur Strafe gezogen werden können, Belohnungen bis zur Höhe von 5 Thlr. in jedem einzelnen Falle aus dem Fonds der Bundes-Telegraphen-Verwaltung werden gezahlt werden. Diese Belohnungen werden auch dann bewilligt werden, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder wegen sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ersatze herangezogen werden können; desgleichen,

wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Person verhindert worden ist, der gegen die Telegraphen-Anlage verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung des Schuldigen erfolgen kann.

Die Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche für den Norddeutschen Bund lauten:

§ 317. Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt vorsätzlich Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§ 318. Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt fahrlässiger Weise Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

Stettin, den 3. Januar 1871. Telegraphen-Direction. gez. **v. Schrötter.**

**196** Bekanntmachung,

betreffend die vom 1. Januar 1872 ab innerhalb des Norddeutschen Bundes unzulässigen älteren Gewichte.

In Gemäßheit des § 90 der Eichordnung vom 16. Juli 1869 werden im Nachfolgenden diejenigen Gewichtsstücke der in den einzelnen Bundesländern bis zum Ende des Jahres 1871 geltenden Gewichtssysteme bezeichnet, welche nach ihrer Größe und Größenbezeichnung den Vorschriften der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 17. August 1868 nicht entsprechen und deshalb vom 1. Januar 1872 im öffentlichen Verkehr nicht mehr zugelassen werden können.

I. Unzulässig werden vom 1. Januar 1872 ab alle diejenigen Gewichts-Stücke, deren Gewichts-Größe in der Reihe der folgenden Größen nicht vorkommt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 50 Kilogramm = 100 Pfund = 1 Centner, | | 200 Gramm, | |
| 50 " = ½ " | | 100 " | |
| 20 " = 40 " | | 50 " | |
| 10 " = 20 " | | 20 " | |
| 5 " = 10 " | | 10 " | |
| 5 " | | 5 " | |
| 2 " = 4 " | | 2 " | |
| 1 " = 2 " | | 1 " | |
| 500 Gramm = 1 " | | | 5, 2, 1 Decigramm. |
| ½ " | | | 5, 2, 1 Centigramm. |
| | | | 5, 2, 1 Milligramm. |

Danach werden im besonderen unzulässig alle ¼ Centner-Stücke, alle 3 Pfundstücke, und in den verschiedenen Arten der Eintheilung des Pfundes:

a. in der Decimal-Eintheilung die Stücke von

| | | |
|---|---|---|
| 0,05 Pfund | oder | 5 Quint. |
| 0,005 " | " | 5 Halbgramm oder Oertgen. |
| 0,0005 " | " | 0,5 " " " |
| 0,00005 " | " | 0,05 " " " |

b. In der 30 Loth-Eintheilung alle Stücke, mit Ausnahme des ½ Pfund- oder 15 Loth-Stückes so wie der 3 Loth-, 3 Quentchen-, 3 Cent- und 3 Korn-Stücke.

c. In der 32 Loth-Eintheilung alle Stücke mit Ausnahme des ½ Pfund- oder 16 Loth-Stückes.

II. Unzulässig werden ferner vom 1. Januar 1872 ab diejenigen Gewichts-Stücke, welche, obwohl nach ihrer Größe zu Folge der Bestimmungen unter I. zulässig, doch der Größen-Bezeichnung nach entweder den Bestimmungen der Maaß- und Gewichts-Ordnung direct zuwider laufen, oder doch gegenüber den Vorschriften derselben zu technischen Bedenken Veranlassung geben, nämlich:

A. Alle diejenigen Stücke, welche Namen oder abgekürzte Bezeichnungen von Namen enthalten, die in der Maaß- und Gewichts-Ordnung entweder gar nicht, oder nicht in dem bisherigen Sinne gebraucht werden, also alle nach Lothen, Neulothen, Quinten, Halbgrammen, Oertgen, Quentchen, Cent, Korn oder Richtpfennigen bezeichneten Stücke.

Bei der Mehrzahl der Gewichtsstücke, welche durch diese Bestimmung getroffen werden, sonst aber nach der Bestimmung unter I. zulässig bleiben würden, wird sich die alte Bezeichnung tilgen und die neue aufschlagen lassen, ohne daß das Gewicht der Stücke dadurch eine Veränderung erleidet. Bei den ½ Pfund-Stücken und den nach der Bestimmung unter I. zulässig bleibenden anderen Stücken der bisherigen Decimal-Unterabtheilungen des Pfundes ist auch die neben der zu duldenden Bezeichnung nach Bruchtheilen des Pfundes etwa noch vorhandene Bezeichnung nach Lothen, Neu-Lothen, Halbgrammen ꝛc. unkenntlich zu machen, wenn diese Stücke künftig zulässig bleiben sollen.

B. Alle diejenigen Stücke, welche nur mit Zahlen ohne Angabe des Einheits-Namens bezeichnet sind, mit Ausnahme der gußeisernen Stücke dieser Beschaffenheit von ½ Pfund an aufwärts. Die letzteren,

sofern sie von den Bestimmungen unter I. nicht getroffen werden, bleiben in ihrer bisherigen Beschaffenheit innerhalb der Grenzen des Landes, dessen bisherigen Stempel sie tragen, oder in welchem ihre Stempelung bisher anerkannt war, bis dahin zulässig, daß eine neue Berichtigung und Stempelung erforderlich wird. Die Stempelung mit dem Bundes-Eichungs-Stempel, welche die Zulässigkeit innerhalb des gesammten Bundesgebietes bedingt, darf bei Gewichtsstücken von der hier in Rede stehenden Beschaffenheit ausnahmlos nur dann stattfinden, nachdem auf denselben mindestens eine Andeutung des zugehörigen Einheits-Namens z. B. auf den Pfundstücken irgend eine von dem Kilogramm-Zeichen K. abweichende und auf dasselbe nicht zu beziehende, dagegen auf Pfund oder Centner hinweisende Bezeichnung hinzugefügt worden ist, was bei gußeisernen Gewichten etwa mittelst einer eingelassenen Messingplatte ausgeführt werden kann.

Alle durch die Vorschriften unter I. nicht ausgeschlossenen Stücke der Pfundreihe, welche außer der Zahl irgend eine auf Pfund, Zoll-Pfund, Centner, Zoll-Centner, zu beziehende, überhaupt von K abweichende Bezeichnung enthalten, bleiben, auch wenn die Bezeichnung den Vorschriften der Eichordnung vom 16. Juli 1869 nicht entspricht, ohne Beschränkung zulässig und können, nachdem ihre genügende Richtigkeit konstatirt worden ist, den Bundes-Eichungsstempel vor dem 1. Januar 1872 unbedingt und nach dem 1. Januar 1872 unter der Bedingung empfangen, daß sie auch den anderweitigen Vorschriften der Eichordnung genügen.

III. Die Einsatzgewichte, deren bisherige Zusammensetzung zufolge der durch die Bestimmungen unter I. bedingten Unzulässigkeit einzelner ihrer Theilstücke nicht zulässig bleiben kann, sind nach dem 1. Januar 1872 im öffentlichen Verkehr nicht mehr zu dulden, da gegen die Gestattung eines Fortgebrauches einzelner ihrer durch die Bestimmung unter I. nicht getroffenen Theilstücke oder unvollständiger Zusammensetzungen derselben entscheidende Bedenken obwalten.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen haben zwar nach Artikel 8 der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 17. August 1868 keine Geltung bezüglich der Münzgewichts-Stücke, welche sich nach Artikel 1 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 im Gebrauche der Münzstätten befinden, dagegen finden sie Anwendung auf diejenigen Münzgewichts-Stücke, welche zum Zuwägen von Münzmetallen im öffentlichen Verkehr dienen.

Berlin, den 23. Februar 1870.

Die Normal-Eichungs-Kommission des Norddeutschen Bundes. **Foerster.**

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**197** Der Regierungs-Assessor Schweder ist von der Königl. Regierung zu Cöslin hierher versetzt und in das Regierungs-Kollegium eingeführt worden.

Asesor rejencyjny Schweder został od królewskiéj rejencyi w Koeslinie tu dotąd przeniesiony i do kolegium rejencyjnego wprowadzony.

**198** Der provisorische Lehrer Reinhold Schochow an der evangelischen Schule in Jacubowo, Kreis Inowraclaw, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

**199** Der bisherige Schiedsmann Lehrer Michael Smudzinski in Kaminiec ist für den Bezirk Kiszkowo, Kreis Gnesen, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dla okręgu Kiszkowskiego w powiecie Gnieźnieńskim, dotychczasowy rozjemca nauczyciel Michał Smudziński w Kamieńcu, na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**200** Der ordentliche Lehrer Dr. August Laves von dem Gymnasium zu Lyck ist in gleicher Eigenschaft an das Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen berufen worden.

**201** Der Schulamtskandidat Dr. Walther Gebhardi ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und bei dem Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen angestellt worden.

**202** Der Lehrer Julius Hermann Ritter aus Scharley bei Beuten a./O. ist als Uebungslehrer am Schullehrer-Seminar zu Kozmin angestellt worden.

**203** Die Schulamtskandidaten Emil Lierse und Adolph Frölich sind zu ordentlichen Lehrern ernannt und bei dem Königl. Gymnasium zu Bromberg angestellt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 12.

**Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.** **№ 13.** **Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.**

Bromberg, den 31. März 1871. — Bydgoszcz, dnia 31. Marca 1871.

Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

204 Das 8. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:
Nr. 616. Bekanntmachung der Nachträge zum Wahlreglement vom 28. Mai 1870. (Bundesgesetzbl. Seite 455.) Vom 27. Februar 1871.

205 Das 9. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:
Nr. 617. Verordnung, betreffend die anderweite Bestimmung des Tages für die Einberufung des Reichstages. Vom 26. Februar 1871.

206 Das 10. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:
Nr. 618. Verordnung, betreffend die Aufhebung der Ausfuhr- und Durchfuhr-Verbote. Vom 4. März 1871.

Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 8. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:
No. 616. Obwieszczenie dodatków do Regulaminu wyborczego z 28. Maja 1870. (Zb. Pr. zw. str. 455). Z 27. Lutego 1871.

Oddział 9. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:
No. 617. Rozporządzenie, dotyczące naznaczenia innego dnia ku zwołaniu Parlamentu. Z 26. Lutego 1871.

Oddział 10. tegorocznego Zbioru praw związku północno-niemieckiego zawiera pod:
No. 618. Rozporządzenie, tyczące się uchylenia zakazów wywozu i przewozu. Z 4. Marca 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

207 Indem Ich von Meinen tapferen und siegreichen Truppen, welche noch auf fremdem Boden zurückbleiben, Abschied nehme, drängt es Mich, Eurer Majestät auszusprechen, wie tief und freudig Mein Herz die liebreiche Fürsorge und Unterstützung bewegt hat, welche der Armee unter dem Vorgange und dem Schutze Eurer Majestät aus der Heimath, aus dem ganzen Deutschen Vaterlande während des ganzen Feldzuges zu Theil geworden ist. Die Deutsche Einheit ist durch das Central-Comité der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger auf dem Gebiete der Humanität vollzogen, als die politische Einheit unseres Vaterlandes sich noch im Kreise der Wünsche bewegte. Dasselbe hat sich bei Beginn der Feindseligkeiten zu einem fest organisirten Körper gestaltet, in welchem die Landes-Vereine sämmtlicher deutscher Staaten vertreten sind, und dem selbst über den Ocean herüber die Hülfsvereine Amerca's die Hand gereicht haben. Mit Freude habe Ich erkannt, wie gerade durch diese Zusammenfassung aller deutschen Kräfte, getragen von der allgemeinen Opferwilligkeit und von der hingebenden und unermüdlichen Thätigkeit der Männer, welche der schwierigen Leitung dieses Werkes ihre Kraft und Zeit widmeten, Leistungen möglich geworden sind, die jede Erwartung überstiegen und wesentlich dazu beigetragen haben, der Armee unter den schweren Mühsalen des Krieges Freudigkeit und Kraft zu erhalten. Die dankbare Erinnerung daran wird in der Armee und der Nation unauslöschlich fortleben; Meinen Dank und Meine Anerkennung kann Ich nicht besser bezeugen, als indem Ich Eure Majestät Selbst bitte, sie dem Central-Comité der Vereine in Meinem Namen auszudrücken.

Nancy, den 14. März 1871. (gez.) **Wilhelm.**

An Ihre Majestät die Kaiserin und Königin.

Das vorstehende, durch Ihre Majestät die Kaiserin und Königin uns Allergnädigst mitgetheilte huldreiche Handschreiben Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 14. d. Mts., eilen wir dankerfüllt zur Kenntniß aller mit uns verbundenen Vereine und ihrer Mitglieder, so wie aller Derer zu bringen, welche uns hülfreich ihre Hand geboten haben. Sie alle werden darin mit uns einen herzbewegenden Antrieb finden, nicht nur unermüdet fortzufahren, in der Lösung unserer jetzigen Aufgabe bis zu ihrem völligen Abschlusse, sondern auch in treuer Friedensarbeit mit erhöhter Anstrengung danach

zu trachten, daß wir eng mit einander verbunden immer geschickter und bereiter für die Erfüllung unserer Pflicht in einem künftigen, will's Gott, fernen Kriege werden.

Berlin, den 17. März 1871.

Das Central-Comité der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger. **R. von Sydow.**

**208** Bekanntmachung.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 19. Juni 1857 am 30. September 1870 vorschriftsmäßig erfolgten Ausloosung der im Jahre 1871 planmäßig zu amortisirenden 5procentigen Posener Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Littr. A. über 500 Thaler.

9, 80, 96, 230, 287, 337, 366, 428, 455, 469, 499, 501, 529, 577, 596, 631, 669, 671, 693, 761, 793, 799, 862, 898, 922, 932, 983, 998.

Acht und zwanzig Stück zusammen 14,000 Thaler.

Littr. B. über 200 Thaler.

15. 65, 89, 118, 262, 357, 358, 377, 378, 409, 464, 473, 524, 526, 535, 595, 652, 682, 722, 723, 730, 823, 824, 865, 891, 900, 907, 960, 997, 1018, 1067, 1070, 1092, 1136, 1192, 1221.

Sechs und dreißig Stück zusammen 7,200 Thaler.

Littr. C. über 100 Thaler.

26, 29, 58, 110, 156, 212, 215, 262, 268, 285, 302, 359, 370, 404, 409, 424, 437, 444, 553, 781, 783, 832, 931, 1045, 1060, 1095, 1146, 1169, 1180, 1184, 1245, 1248, 1357, 1423, 1428, 1461, 1462, 1496, 1611, 1630, 1671, 1694, 1700, 1732, 1790, 1807, 1834, 1872, 1943, 1969, 2018, 2021, 2085, 2088, 2113, 2264, 2320, 2342, 2359, 2360, 2431, 2510, 2579, 2643, 2675, 2738, 2775, 2805, 2839, 2850, 2898, 2950, 3001, 3074, 3077, 3083, 3129, 3168, 3169, 3279, 3304, 3314, 3336, 3411.

Vier und achtzig Stück zusammen 8,400 Thlr.

Die mit vorstehenden Nummern bezeichneten Provinzial-Obligationen werden hiermit gekündigt und die Inhaber derselben aufgefordert, den Nennwerth gegen Rückgabe der Obligationen in koursfähigem Zustande bei der Provinzial-Institutenkasse hierselbst, bei dem Schlesischen Bankverein zu Breslau, oder bei dem Bankhause Hirschfeld und Wolff in Berlin vom 1. Juli 1871 ab, bei Letzterem jedoch nur bis zum 31. Dezember 1871 in Empfang zu nehmen.

Von den bereits früher verloos'ten Provinzial-Obligationen, deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1869 resp. 1. Juli 1870 aufgehört hat, sind die nachstehenden Nummern bis jetzt nicht eingeliefert.

a) zum 1. Juli 1869 einzuliefern gewesen:

Litt. A. Nr. 555. Litt. B. Nr. 213, 963. Litt. C. Nr. 616, 2934.

b) zum 1. Juli 1870 einzuliefern gewesen:

Littr. A. Nr. 179, 248. Littr. B. Nr. 138, 144. Littr. C. Nr. 318, 380, 575, 812, 1348, 2933, 2952.

Posen, den 8. December 1870. Der Ober-Präsident. **v. Koenigsmarck.**

**209** Bekanntmachung.

Correspondenzverkehr nach und aus den occupirten Französischen Gebietstheilen.

In Folge eines mit der Postverwaltung von Frankreich getroffenen Uebereinkommens wird der **Landes**-postdienst, soweit derselbe auf französischem Gebiete bisher von der Deutschen Postverwaltung ausgeübt wurde, nunmehr wieder an die Französische Postverwaltung zurückgegeben, selbstverständlich mit Ausnahme des bereits definitiv auf Deutschem Fuß eingerichteten Postwesens im Elsaß und in Deutsch Lothringen.

Auf die Correspondenzen nach und aus den vorgedachten Französischen Gebietstheilen kommen daher vom 24. März ab **die vor Ausbruch des Krieges in Kraft gewesenen, auf den Postverträgen mit Frankreich beruhenden Taxen und Versendungsbedingungen** vorläufig wieder in Anwendung.

Danach kostet von jetzt ab beispielsweise ein einfacher (bis $^{6}/_{10}$ Loth schwerer) frankirter Brief
aus Cöln nach Reims $3^{1}/_{2}$ Groschen,
„ Berlin „ Nancy $4^{1}/_{2}$ Groschen.

In Bezug auf den Correspondenzverkehr mit dem Elsaß und Deutsch Lothringen behält es dagegen bei den bestehenden **Deutschen** Bestimmungen sein Bewenden.

Es beträgt mithin beispielsweise das Porto für einen einfachen (bis 1 Loth schweren) frankirten Brief aus Berlin nach Metz 1 Groschen.

Berlin, den 21. März 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**210** Bekanntmachung.

Postverkehr für die Deutschen Occupationstruppen in Frankreich.

Gleichzeitig mit der Zurückgabe der Verwaltung des **Landes**-Postdienstes an die Französischen Post-

behörden ist zur Vermittelung des Postverkehrs für die in den occupirten Gebietstheilen Frankreichs verbliebenen Deutschen Truppen ein besonderer Deutscher **Feldpostdienst** organisirt worden.

Demzufolge werden **nach** und **aus** den obengenannten Gebietstheilen **ohne Portoansatz** befördert:

1) **in Militairdienst-Angelegenheiten:**
gewöhnliche und recommandirte Briefe, Zeitungen, Drucksachen und Geldsendungen;

2) **in Privat-Angelegenheiten der Militairs und Militairbeamten:**
gewöhnliche Briefe bis zum Gewichte von 4 Loth einschließlich, Zeitungen und Geldbriefe mit einem declarirten Werthinhalte unter und bis zu 50 Thalern einschließlich.

Packete in Militairdienst-Angelegenheiten werden zwar ebenfalls portofrei befördert, jedoch nur nach und aus solchen Orten, an denen eine Deutsche Feld-Postanstalt sich befindet.

Die Beförderung von **Privatpäckereien** ist vorläufig ausgeschlossen; weitere Bestimmung bleibt vorbehalten.

Die etwaige Correspondenz zwischen den Militairs ꝛc. und den Französischen Landesbewohnern unterliegt der internen Französischen Portotaxe.

Berlin, den 22. März 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**211** Nach dem Abgange des Landraths Rochlitz ist der Kreissecretair Friederich zu Schubin mit der interimistischen Wahrnehmung der Geschäfte des Directors der Bromberg-Labischiner Netzwiesen-Meliorations-genossenschaft beauftragt worden.

**212** Der bisherige interimistische Polizei-Districts-Commissarius Janke zu Gniewkowo, Kreis Inowraclaw, zur Zeit als Kantonal-Polizei-Commissar im Arrondissement Saargemünd, Mosel-Departement, beschäftigt, ist definitiv zum Polizei-Districts-Commissarius ernannt worden.

**213** Der Förster Kröger ist vom 1. April c. von Dombrowo, Oberförsterei Monkowarsk, nach Kirschgrund, Oberförsterei gleichen Namens versetzt, und demselben gleichzeitig die Verwaltung der Revierförster-Funktionen übertragen worden.

**214** Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Timpf ist vom 1. April c. ab, unter gleichzeitiger Ernennung zum Königlichen Förster, die Försterstelle zu Cierpitz der Oberförsterei gleichen Namens verliehen worden.

**215** Dem ehmaligen Unteroffizier Friedrich Schroeder ist die Kreisbotenstelle bei dem Königl. Landraths-Amte zu Inowraclaw definitiv verliehen worden.

**216** Julius Balde als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Groß Dombrowo, im Kreise Bromberg, definitiv angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**217** Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den bisherigen Religionslehrer am Gymnasium zu Ostrowo, Dr. Theodor Warminski, zum Director des Königlichen katholischen Schullehrer-Seminars in Paradies zu ernennen.

### Königliches Appellations-Gericht.

**218** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns v. Krasicki in Karsewo ist der Lehrer Lucian Tomaszewski in Niechanowo für den Bezirk Niechanowo, im Kreise Gnesen, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Rittergutsbesitzer v. Ulatowski in Malachowo-wierzbiczany bestellt worden.

Dla okręgu Niechanowskiego, w powiecie Gnieźnińskim, został w miejsce rozjemcy Krasickiego, nauczyciel Łucyan Tomaszewski w Niechanowie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest rozjemca, dziedzic dóbr rycerskich Ulatowski w Małachowie wierzbiczańskim.

**219** Der Lehrer Andreas Kaminski in Zon ist für den Bezirk Prochnowo, Kreis Chodziesen, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Domke in Margonin bestellt worden.

Dla okręgu Prochnowskiego, w powiecie Chodzieskim, został nauczyciel Andrzéj Kamiński w Zoniu na rozjemcę obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego mianowany jest rozjemca Domke w Margoninie.

**220** Personal-Veränderungen
bei den Justizbehörden des Bromberger Departaments.

A. Ernannt:

1) der Kreisgerichtsrath Nieberstetter in Oppeln,
2) der Staatsanwalt Eitelbinger in Bromberg und

3) der Kreisgerichts-Director Witholz in Schrimm zu Räthen bei dem Königlichen Appellations-Gericht zu Bromberg,
4) der Appellationsgerichts-Referendarius Reichau zum Gerichts-Assessor,
5) der Civilsupernumerar Hoppe zum Bureauassistenten bei dem Kreisgericht zu Lobsens mit der Function als Sportelkassenverwalter bei der Gerichts-Commission in Nakel,
6) der Hülfsbote Piost zum etatsmäßigen Boten und Executor bei dem Kreisgericht zu Inowraclaw.

B. Versetzt:

1) der Kreisrichter Dr. Bleich zu Schneidemühl in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Schubin unter Uebertragung der Function des Abtheilungs-Dirigenten,
2) der Staatsanwalt Dr. Ploch zu Beuthen O/S. in gleicher Eigenschaft an das Königl. Kreis-Gericht zu Bromberg.

C. Verstorben:

der Kreisgerichts-Secretair Hollatz in Trzemeszno.

D. Entlassen:

der Executor und Bote Pankowski zu Inowraclaw auf Antrag.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 13.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 14. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 7. April 1871. Bydgoszcz, dnia 7. Kwietnia 1871.


## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

221 Das 5. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7787. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Lötzen im Betrage von 25,000 Thalern, IV. Emission. Vom 13. Februar 1871.

Nr. 7788. Reglement für die öffentlich anzustellenden Feldmesser. Vom 2. März 1871.

222 Das 6. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7789. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Iserlohn im Betrage von 350,000 Thalern. Vom 28. Januar 1871.

Nr. 7790. Allerhöchster Erlaß vom 1. Februar 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee im Fürstenthumer Kreise, Regierungsbezirk Cöslin, und im Schlochauer Kreise, Regierungsbezirk Marienwerder, von Brückenkrug an der Cöslin-Bublitzer Straße über Gerfin, Hohenborn, Drawehn und Gr.-Carzenburg nach Baldenburg.

Nr. 7791. Allerhöchster Erlaß vom 13. Februar 1871, betreffend den Tarif, nach welchem die Hafenabgaben in Flensburg, Regierungsbezirk Schleswig, vom 1. März 1871 an gerechnet, bis auf Weiteres zu erheben sind.

Nr. 7792. Privilegium wegen Emission von 400,000 Thalern Prioritäts-Obligationen der Nordhausen-Erfurter Eisenbahngesellschaft. Vom 20. Februar 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 5. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7787. Przywiléj względem wydania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Leckiego w ilości 25,000 tal. IV. emisyi. Z 13. Lutego 1871.

No. 7788. Regulamin dla konduktorów publicznie ustanawiać się mających. Z 2. Marca 1871.

Oddział 6. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7789. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających obligacyi miasta Iserlohn w ilości 350,000 tal. Z 28. Stycznia 1871.

No. 7790. Najwyższe rozporządzenie z 1. Lutego 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki w powiecie Fürstenthum, obwodzie regencyjnym Koślińskim i w powiecie Człuchowskim, obwodzie regencyjnym Kwidzyńskim, z Brueckenkrug nad traktem Koślińsko-Bublickim na Gerfin, Hohenborn, Drawehn i Gross-Carzenburg do Baldenburg.

No. 7791. Najwyższe rozporządzenie z 13. Lutego 1871, tyczące się Taryfy, na mocy któréj pobierać się mają tymczasowo podatki portowe we Flensburgu, w obwodzie regencyjnym Schleswickim, od 1. Marca 1871 począwszy.

No. 7792. Przywiléj względem emisyi 400,000 tal. obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei żelaznéj Nordhausen-Erfurt. Z 20. Lutego 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

223 **Bekanntmachung.**

Briefverkehr mit Rußland.

Bei Briefen nach Rußland ist es zur Sicherung der richtigen Spedition von Wichtigkeit, daß, wenn auf denselben der Bestimmungsort in Russischer Schrift ausgedrückt wird, die betreffende Angabe außerdem in Deutscher, Französischer oder Englischer Schreibweise erfolge, weil die Russischen Schriftzüge den Postanstalten nicht überall hinlänglich bekannt sind.

Auch muß bei Briefen nach weniger bekannten Orten Rußlands die Lage des Bestimmungsorts durch zusätzliche Angabe des Gouvernements ꝛc. außer Zweifel gestellt werden.

Berlin, den 26. März 1871.

General-Postamt. Stephan.

**224** Bekanntmachung.

Postanweisungs-Verkehr mit Constantinopel.

Vom 1. April 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen mit Constantinopel zulässig. Es können Zahlungen bis 50 Thaler oder 87½ Gulden Südd. W. im Wege der Postanweisung vermittelt werden. Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist darin, unter Abänderung des Vordrucks Thlr... Gr... Pf... rc., in Türkischer Goldwährung (Lire und Piaster) anzugeben. Die Aufgabe-Postanstalt rechnet den vom Absender in dieser Weise notirten Betrag in die Thaler- bezw. Guldenwährung und — für jetzt nach dem Verhältniß von 16 Piaster Gold gleich 1 Thaler — und nimmt danach den sich ergebenden Betrag vom Einzahler entgegen. Diese Postanstalt ist mithin auch im Stande, dem Einlieferer genau anzugeben, welchen Betrag derselbe in Türkischer Goldwährung in die Postanweisung einzurücken hat, um eine nach Deutscher Währung ausgerechnete Zahlung in Constantinopel zutreffend leisten zu lassen.

Die thunlichst mit Marken zu frankirende Gebühr beträgt: bei Einzahlung von Beträgen bis 25 Thlr. (43¾ Gulden) 4 Groschen oder 14 Kreuzer, bei Einzahlung von Beträgen über 25 bis 50 Thaler (43¾ bis 87½ Gulden) 8 Groschen oder 28 Kreuzer.

Der Coupon der Postanweisung kann zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden.

Bei der Absendung aus Constantinopel findet die Einzahlung gleichfalls auf gewöhnliche inländische Postanweisungs-Formulare statt, in welchen der Betrag in Deutscher Währung angegeben wird. Die Postanweisungen unterliegen demnächst der gleichen Behandlung, wie Postanweisungen im innern Verkehr. Die Zuführung an die Empfänger geschieht frankirt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Constantinopel Anwendung.

Berlin, den 27. März 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**225** Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie II. zu der Preußischen Staats-Anleihe von 1867 C.

Die Coupons zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihe v. J. 1867 C. für die 4 Jahre vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1874 nebst Talons werden vom 9. Januar k. J. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrole persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Obwieszczenie,

tyczące się wydania nowych kuponów procentowych seryi II do pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 C.

Od 9. Stycznia r. p. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony do obligów pożyczki rządowéj z r. 1867 C. na te cztery lata od 1. Stycznia 1871 do 31. Grudnia 1874 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub przez kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrole der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 24. December 1870.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 3. Januar 1871.

Königliche Regierung.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, a przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko w tenczas, jeśli wspomnione talony zaginęły; w tym to razie przesłać należy dokumenta właściwe kontroli papierów rządowych albo którćj z wyrażonych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 24. Grudnia 1870.

Zarząd główny długów rządowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w miejscu.

Bydgoszcz, dnia 3. Stycznia 1871.

Królewska Regencya.

**226** Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie III. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 und Serie II. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Anleihe v. J. 1867 A.

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 für die acht Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1879 und zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe v. J. 1867A. für die vier Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1875 nebst Talons werden vom 3. April d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Anleihen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß

Obwieszczenie,

względem wydania nowych kuponów procentowych seryi III. do obligów pożyczki upremiowanéj państwa Pruskiego z r. 1855 i seryi II. do obligów pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 A.

Od 3. Kwietnia r. b. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów upremiowanéj pożyczki państwowéj z r. 1855, za te ośm lat od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1879 i do obligów pożyczki państwowéj z r. 1867 A. za te cztery lata od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed poł., wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdéj z wyrażonych obu pożyczek z osobnym wykazem, do czego formularzy w spomnionéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas po-

nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Controle der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben gedachten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Anleihe einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. der Königlichen Finanz-Direction in Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. März 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 24. März 1871.

Königliche Regierung.

**227** Die Kreis-Chaussee von Bromberg nach Schubin bis zur Bromberg-Schubiner Kreisgrenze ist vom 1. Juli 1870 ab in das Eigenthum der Provinz übergegangen und hat dadurch die Eigenschaft einer Provinzialstraße erhalten.

Bromberg, den 20. März 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

trzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi śród monarchii kontrola papierów krajowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdéj pożyczki. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie rejencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły; w tym to razie presłać należy dokumenta dotyczące kontroli papierów krajowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 20. Marca 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do powszechnéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 24. Marca 1871.

Królewska Regencya.

Od 1. Lipca 1870 przeszła żwirówka powiatowa z Bydgoszczy do Szubina, aż do granicy powiatowéj Bydgosko-Szubińskiéj na własność prowincyi, przez co nabyła przymiot traktu prowincyalnego.

Bydgoszcz, dnia 20. Marca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**228** **Ansprache an die evangelischen Gemeinden.**

Seine Majestät der Kaiser und König haben auf Veranlassung des Evangelischen Ober-Kirchenraths zu genehmigen geruht, daß in der bevorstehenden Osterzeit resp. in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten wiederum eine allgemeine Kirchen- und Haus-Kollecte für die dringendsten Nothstände der evangelischen Landeskirche abgehalten werde.

Die Sammlung in den Häusern soll durch kirchliche Organe geschehen und wird den einzelnen evangelischen Gemeinden über die Personen, welche sich der Einsammlung unterziehen werden, zu ihrer Beglaubigung von den Kanzeln aus die erforderliche Mittheilung gemacht werden.

Im Namen des evangelischen Ober-Kirchenraths richten wir abermals an die evangelischen Gemeinden der Provinz Posen die Bitte, auch jetzt durch liebreiche Beisteuer zu dieser Sammlung dazu zu helfen, daß unsere theure evangelische Kirche, die besonders auch in unserer Provinz noch mannigfacher Unterstützung bedarf, mehr und mehr gestärkt und befestigt werde.

Posen, den 18. März 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**229** Die Kreis-Wundarztstelle des Kreises Culm ist erledigt. Qualifizirte Bewerber haben sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse innerhalb sechs Wochen bei uns zu melden.

Marienwerder, den 27. März 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**230** Bekanntmachung.

I. Auf Grund der von Seiner Excellenz dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ertheilten Genehmigung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Eichamte zu Bromberg in Folge seiner Ausrüstung mit Normalen und der Qualification des Eichmeisters bis auf Weiteres die Befugniß ertheilt worden ist, die Eichung und Stempelung von:

Längenmaaßen, Hohlmaaßen, Gewichten und Waagen für den öffentlichen Verkehr mit Ausschluß der Präcisionsgegenstände

nach der Verordnung der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund von 17. August 1868, der Eichordnung vom 16. Juli 1869 und der Eichgebühren-Taxe vom 12. November 1869 auszuführen.

II. Auf Grund der von Seiner Excellenz dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ertheilten Genehmigung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Eichamte zu Birnbaum in Folge seiner Ausrüstung mit Normalen und der Qualification des Eichmeisters bis auf Weiteres die Befugniß ertheilt worden ist, die Eichung und Stempelung von:

Längenmaaßen, Hohlmaaßen und Gewichten für den öffentlichen Verkehr mit Ausschluß der Präcisionsgegenstände

nach der Verordnung der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868, der Eichordnung vom 16. Juli 1869 und der Eichgebühren-Taxe vom 12. November 1869 auszuführen.

Posen, den 28. März 1871. Königl. Eichungs-Inspection für die Provinz Posen.

**231** Pfandbriefs-Aufkündigung.

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Wypowiedzenie listów zastawnych.

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżéj oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj:

**Serie I. à 1000 Thlr.** 112, 119, 143, 216, 416, 424, 428, 723, 911, 952, 1309, 1318, 1522, 1586, 1873, 1880, 1886, 1961, 1973, 2032, 2037, 2086, 2552, 2603, 2674, 3071, 3158, 3173, 3217, 4041, 4077, 4226, 4398, 4665, 4861, 5002, 5140, 5675, 5865, 5896, 5994, 6067, 6279, 6282, 6403, 6438, 6509, 6544, 6595, 6687, 6714, 6758, 6866, 7120, 7366, 7367, 7482, 7803, 7873, 8293, 8356, 8608, 8624, 8703, 8913, 8967, 8969, 9197, 9310, 9317, 9403, 9455, 9573, 9612, 9620, 9804, 9818, 9843, 9913, 10,034, 10,143, 10,159, 10,386, 10,484, 10,506, 10,642, 10,713, 10,933, 11,147, 11,151, 11,206, 11,223, 11,364, 11,508, 11,658, 11,776, 11,923, 11,975.

**Serie II. à 200 Thlr.** 172, 260, 261, 302, 483, 538, 582, 792, 909, 988, 1013, 1121, 1172, 1264, 1314, 1331, 1633, 1761, 1878, 1897, 2016, 2020, 2081, 2156, 2193, 2210, 2448, 2539, 2597, 3147, 3150, 3274, 3360, 3370, 3469, 3532, 3684, 4177, 4182, 4309, 4453, 4503, 4651, 5130, 5176, 5182, 5205, 5207, 5352, 5400, 5417, 5574, 5608, 5673, 5734, 5748, 5755, 5900, 6072, 6271, 6384, 6394, 6421, 6453, 6496, 6811, 6828, 6846, 7159, 7177, 7241, 7762, 7954, 8076, 8145, 8186, 8303, 8395, 8435, 8531, 8587, 8625, 8629, 8994, 9114, 9131, 9216, 9309, 9360, 9374, 9435, 9579, 9593, 9688, 10,009, 10,037, 10,278, 10,318, 10,395, 10,421, 10,423, 10,565, 10,834, 10,870, 11,245, 11,289, 11,658, 11,903, 11,931, 12,133, 12,209, 12,440, 12,608, 12,639, 12,689, 12,908, 12,961, 13,029, 13,362, 13,374, 13,595, 13,710, 13,750, 13,962, 13,963, 14,386, 14,446, 14,564, 14,643, 14,658, 14,714, 14,953, 14,981, 15,174, 15,501, 15,819, 15,931, 16,199, 16,214, 16,434, 16,517, 16,524, 16,578, 17,251, 17,332, 17,642, 17,724, 18,012, 18,019, 18,545, 18,559, 18,590, 18,691, 18,870, 18,886, 18,935, 19,295, 19,404, 19,819, 19,893, 19,894, 19,965, 19,968.

**Serie III. à 100 Thlr.** 276, 367, 404, 406, 562, 612, 740, 816, 929, 944, 1009, 1020, 1127, 1184, 1244, 1452, 1568, 1627, 1748, 2152, 2280, 2325, 2728, 2762, 2844, 2881, 2889, 2918, 2946, 3124, 3147, 3155, 3165, 3287, 3483, 3638, 3833, 3910, 3984, 4010, 4193, 4236, 4253, 4368, 4403, 4449, 4563, 4710, 4738, 4794, 4814, 4831, 5132, 5159, 5242, 5563, 5651, 5851, 6463, 6857, 6901, 7059, 7168, 7276, 7308, 7494, 7533, 7809, 7954, 7972, 8084, 8088, 8105, 8126, 8157, 8238, 8253, 8283, 8325, 8419, 8423, 8425, 8567, 8692, 8765, 8894, 8901, 8925, 8926, 9037, 9165, 9395, 9575, 9725, 9926, 9951, 10,128, 10,[illegible], 10,352, 10,776, 11,237, 11,308, 11,318, 11,441, 11,637, 11,668,

11,792, 12,455, 12,464, 12,706, 12,727, 12,751, 12,807, 12,918, 13,235, 13,268, 13,771, 13,821, 13,823, 13,824, 13,828, 13,843, 14,026, 14,496, 14,846.

Serie V. à 500 Thlr. 1, 55, 98, 198, 372, 391, 577, 754, 1010, 1020, 1059, 1062, 1113, 1135, 1151, 1251, 1283, 1374, 1419, 1428, 1544, 1900, 2070, 2221, 2338, 2687, 2859, 2982, 3147, 3298, 3671, 3677, 3846, 3962, 4092, 4377, 4378, 4733, 4824, 4859, 5025, 5102, 5410, 5538, 5673, 5795, 5797, 5938, 6042, 6185, 6188, 6247, 6259, 6437, 6661.

Serie VI. à 1000 Thlr. 500, 744, 2619, 2744, 3852, 3855, 4543, 4688, 4722, 5267, 5328, 5330, 5447, 5480, 5482, 5814, 5834, 5875, 6079, 6167, 6507, 6653, 7501, 8050, 8564, 8998, 9065.

Serie VII. à 500 Thlr. 47, 1008, 1029, 1298, 1449, 1465, 1819, 1913, 1969, 2104, 2869, 3814, 3889, 4081.

Serie VIII. à 200 Thlr. 229, 892, 896, 918, 1621, 2155, 2435, 2493, 2592, 2612, 2653, 2761, 2856, 3398, 3686, 4405, 5341, 5480, 6429, 7062, 7574, 8066, 8327, 8789, 8897, 8914, 9094.

Serie IX. à 100 Thlr. 748, 1036, 1494, 1519, 1625, 1634, 1746, 1864, 2122, 2381, 2911, 3370, 3506, 3542, 3791,

den Inhabern zum 1. Juli 1871 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst den noch nicht fälligen Kupons Nr. 9 und Nr. 10 und dem Talon in coursfähigem Zustande eingeliefert werden. Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird von der Einlösungs-Valuta in Abzug gebracht.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post unfrankirt ohne Anschreiben und unter Deklaration des vollen Werthes erfolgen soll.

Die Valuta der bis nach Ablauf der ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum 1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekündigten Pfandbriefe wird nach Abzug des Betrages der Kupons Nr. 9 und Nr. 10 an das hiesige Königliche Kreisgericht Behufs Amortisation abgeführt.

Posen, den 12. December 1870.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

ich posiadaczom na dzień 1. Lipca 1871 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitałową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinne być składane z niepłatnemi jeszcze kuponami No. 9 i No. 10 i z talonem w stanie do kursu usposobionym. Ilość możebnie brakujących kuponów potrąci się w gotowiźnie wykupnéj.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z kuponami i talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można odwrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Gotowizna za niezłożone do końca wydanego szeregu kuponów t. j. do pierwszego Lipca 1872 wypowiedziane listy zastawne odda się po potrąceniu ilości kuponów No. 9 i No. 10 tutejszemu Królewskiemu Sądowi Powiatowemu celem umorzenia ich.

Poznań, dnia 12. Grudnia 1870.

Królewska Dyrekcya
nowego Towarzystwa ziemstwa kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj.

**232** Bergwerksverleihung.

**Im Namen des Königs.**

Auf die am 14. Juli 1870 präsentirte Muthung wird dem Kaufmann Michael Lewy in Inowraclaw unter dem Namen

**Eliefer II.**

das Bergwerks-Eigenthum in dem Felde, welches auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben A. B. C. D. E. F. G. A. bezeichnet ist, einen Flächeninhalt von 500,000 Quadratlachtern hat und in den Gemeinden Inowraclaw und Grostwo, im Kreise Inowraclaw, Regierungsbezirk Bromberg, Oberbergamtsbezirk Breslau liegt, zur Gewinnung der in diesem Felde vorkommenden Eisenerze und Schwefelkiese hierdurch verliehen.

Breslau, den 18. März 1871. Königliches Oberbergamt.

Vorstehende Verleihungsurkunde wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der im § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslocale des Königlichen Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz, zur Einsicht offen liegt.

Breslau, den 18. März 1871. Königliches Oberbergamt.

**233** Edictal-Citation.

Etwaige Inhaber der angeblich am 21. Mai 1867 in Klein Lonsk bei Poln. Crone verbrannten Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Serie II. No. 1375 und 7779, über je 200 Thlr., werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 2. Januar 1872 bei uns zu melden oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewärtigen.

Posen, den 14. März 1871.

Königliche Direction des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Zapozew edyktalny.

Listy zastawne Ser. II. No. 1375 i 7779 nowego Towarzystwa Ziemstwa kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj, które jakoby przez pożar w dniu 21. Maja 1867 w Małym Łonsku pod Koronowem zniszczone zameldowano, zostaną całkiem umorzone, jeżeli nikt się z prawnemi pretensyami do tychże listów zastawnych aż najpóźniéj do dnia 2. Stycznia 1872 nie zgłosi. Wzywają się zatem niniejszem wszyscy możliwi posiadacze tychże listów zastawnych do zgłoszenia się do niżéj podpisanéj dyrekcyi aż najpóźniéj do wzwyż oznaczonego terminu, z swemi mniemanemi pretensyami, gdyż inaczéj całkowite umorzenie tychże listów zastawnych nastąpi.

Poznań, dnia 14. Marca 1871.

Król. Dyrekcya nowego Towarzystwa Ziemstwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj.

**234** In Gemäßheit des § 27 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 bringe ich hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß sich bei der Wahl eines Abgeordneten für den zweiten Wahlbezirk des hiesigen Regierungsbezirks, bestehend aus den Kreisen Wirsitz und Schubin, im Ganzen 15520 Wähler betheiligt haben, von welchen für den

1) Rittergutsbesitzer Grafen Leo Skorzewski auf Labischin . . . . . . 7800
2) Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg auf Runowo . . . . . . . 7707
3) Rittergutsbesitzer, Landschafts-Rath v. Leipziger auf Pietrunke (Chodziesen) 10
4) Herr v. Born auf Neu-Jasiniec . . 1
5) Rittergutsbesitzer v. Sänger-Grabowo 1
6) Prediger Lindenblatt in Mroczen . 1

gestimmt haben, so daß der Rittergutsbesitzer Graf Leo Skorzewski auf Labischin mit absoluter Majorität zum Abgeordneten gewählt worden ist.

Wirsitz, den 31. März 1871.

Der Landrath und Wahl-Commissarius.
**Freymark.**

Stósownie do § 27 regulaminu z dnia 28. Maja 1870 do wykonania prawa wyborczego na sejm rzeszy północno-niemieckiéj z dnia 31. Maja 1869 podaje się do powszechnéj wiadomości, że przy oborze posła na drugi okręg obórczy tutejszego obwodu regencyjnego, składając się z powiatów: Wyrzyskiego i Szubińskiego w ogóle 15,520 oborców udział wzięło, z których dla

1) dziedzica hrabiego Skorzewskiego z Łabiszyna . . . . . . . . . . 7800
2) dla dziedzica v. Bethmann Hollweg z Runowa . . . . . . . 7707
3) dla dziedzica v. Leipziger z Pietrunki pow. Chodzieża . . . . 10
4) dla pana v. Born z nowego Jasinca 1
5) dla dziedzica v. Saenger z Grabowa 1
6) dla plebana Lindenblatt z Mroczy 1

głosowało, tak że dziedzic hrabia Leon Skorzewski z Łabiszyna z absolutną większością na posła obrany został.

Wyrzysk, dnia 31. Marca 1871.

Król. radzca ziemiański i kom. oborczy.
**Freymark.**

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**235** Der Guts-Administrator Adolph Wentscher zu Wonwelno ist von uns zum Kreistaxator für den Kreis Wirsitz ernannt und in dieser Eigenschaft gerichtlich vereidigt worden.

**236** Johann Slowig als Lehrer bei der katholischen Schule zu Brudnia im Kreise Inowraclaw interimistisch angestellt.

**237** Martin Haladuba als Lehrer bei der katholischen Schule zu Lososnik im Kreise Mogilno interimistisch angestellt.

### Königliches Appellations-Gericht.

**238** In der Stadt Gnesen sind zu Schiedsmännern gewählt, resp. wiedergewählt, bestätigt und verpflichtet resp. vereidigt worden:

a) für den I. Bezirk der bisherige Schiedsmann Rentier Carl Bornstein,

W mieście Gnieźnie zostali na rozjemców obrani resp. ponownie obrani, potwierdzeni i zobowiązani resp. zaprzysiężeni:

a) dla pierwszego okręgu: dotychczasowy rozjemca, kapitalista Karól Bornstein,

b) für den II. Bezirk der bisherige Schiedsmann Rentier Johann v. Kozlowski und
c) für den III. Bezirk der Lehrer Ambrosius Nagel.

**239** Der bisherige Schiedsmann Johann Schulz in Zydowo ist für den Bezirk Czerniejewo, Kreis Gnesen wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Kelm in Czlopy beibehalten worden.

**240** Der Lehrer Schumann in Kiszkowo ist für den Bezirk Turostowo, Kreis Gnesen, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

b) dla drugiego okręgu: dotychczasowy rozjemca kapitalista Jan Kozłowski i
c) dla trzeciego okręgu: nauczyciel Ambroży Nagel.

Dla okręgu Czerniejewskiego, w powiecie Gnieźnieńskim został dotychczasowy rozjemca Jan Schulz w Zydowie na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego pozostanie nadal rozjemca Kelm w Człopach.

Dla okręgu Turostowskiego, w powiecie Gnieźnieńskim został nauczyciel Schumann w Kiszkowie na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

**Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 14.**

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 15. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 14. April 1871. Bydgoszcz, dnia 14. Kwietnia 1871.


## Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**241** Das 11. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:
Nr. 619. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 4,247,500 Thalern. Vom 28. Januar 1871.

**242** Eine besondere Beilage zu Nr. 11 des Bundesgesetzblattes des Deutschen Bundes enthält:
Bekanntmachung der Vorschriften über die Eichung und Stempelung von Maaßen und Meßwerkzeugen für Brennmaterialien, sowie für Kalk und andere Mineralproducte. Vom 15. Februar 1871.

## Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 11. tegorocznego zbioru praw Związku niemieckiego zawiera pod:
No. 619. Obwieszczenie, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 4,247,500 tal. Z 28. Stycznia 1871.

Osobny Dodatek do No. 11. Zbioru praw dla Związku niemieckiego zawiera:
Obwieszczenie przepisów co do sprawdzania i stęplowania miar i narzędzi wymierczych dla materyałów opałowych, jako też dla wapna i innych produktów mineralnych. Z 15. Lutego 1871.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**243** Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre d. d. H.-Q. Versailles, den 28. Februar 1871 der Stadtgemeinde Wilatowo, im Kreise Mogilno, unbeschadet der bestehenden kirchlichen und Patronats-Verhältnisse, die Annahme der Landgemeinde-Verfassung zu gestatten geruht, womit dieselbe zugleich in kreis- und provinzialständischer Beziehung in den Stand der Landgemeinden übergeht.

Dieses bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 2. April 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Obwieszczenie.

Jego Cesarsko-Królewska Mość raczył Najwyższym rozkazem gabinetowym d. d. Gł. kw. Wersal, dnia 28. Lutego 1871 pozwolić gminie miasta Wilatowa, w powiecie Mogilnickim, na przyjęcie ustawy dla gmin wiejskich bez naruszenia istniejących stósunków kościelnych i patronatu, przez co zarazem w stósunku do stanów powiatowych i prowincyalnych wstępuje w stanowisko gmin wiejskich.

Podaje się to niniejszem do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 2. Kwietnia 1871.

Królewska Regencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**244** Seitens der Kaiserlich Russischen Staatsregierung ist uns mitgetheilt worden, daß nach den gegenwärtig in Rußland bestehenden Gesetzen Russische Unterthanen beiderlei Geschlechts das Recht haben, sich mit Ausländern zu verheirathen, ohne verpflichtet zu sein, hierzu die specielle Genehmigung der Kaiserlichen Regierung einzuholen, sowie, daß die Russische Unterthanenschaft mit zu denjenigen Rechten und Prärogativen gehört, welche ein Russischer Unterthan auf seine ausländische Ehefrau überträgt.

Bei dieser Lage der Russischen Gesetzgebung unterliegt es keinem Bedenken, die Vornahme von Trauungen Kaiserlich Russischer Staatsangehöriger innerhalb Preußens auch ohne Beibringung des im § 1 des Gesetzes vom 13. März 1854 für Ausländer vorgeschriebenen Trauerlaubnißscheines der Heimathsbehörde zu gestatten.

Uwiadomił nas rząd cesarsko-rossyjski, iż stósownie do istniejących obecnie praw w Rossyi służy poddanym rossyjskim płci obojga prawo zawierania związków małżeńskich z cudzoziemcami bez obowiązku czynienia wniosków o szczegółowe ku temu pozwolenie rządu cesarskiego, nie mniéj że poddaństwo rossyjskie do tych praw i prerogatyw należy, które poddany rossyjski na swą za granicą pojętą małżonkę zlewa.

Przy takim składzie prawodawstwa rossyjskiego nie ulega żadnéj wątpliwości, aby pozwalać na dawanie w Prusach ślubów poddanym cesarstwa rossyjskiego nawet bez złożenia konsensu ślubnego władzy miejsca rodzinnego, jaki w § 1 prawa z dnia 13. Marca 1854 dla cudzoziemców jest przepisanym.

Indem wir demzufolge in Gemäßheit des § 2 des gedachten Gesetzes bezüglich der Kaiserlich Russischen Staatsangehörigen die Beibringung des im § 1 l. c. bezeichneten Attestes der Heimathsobrigkeit hierdurch allgemein erlassen, veranlassen wir die Königliche Regierung, in etwa vorkommenden Fällen von Beibringung des fraglichen Attestes Seitens Kaiserlich Russischer Staatsangehöriger Abstand zu nehmen.

Berlin, den 2. März 1871.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
(gez.) **Dr. v. Mühler.**
Der Minister des Innern.
In Vertretung. (gez.) **Bitter.**
Der Justiz-Minister.
In dessen Vertretung. (gez.) **de Rége.**

Der vorstehende Erlaß wird hiermit zur Kenntniß der Herren Geistlichen und des Publikums gebracht.

Bromberg, den 31. März 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Uwalniając więc niniejszem w skutek tego stósownie do § 2 rzeczonego prawa, tyczącego się poddanych cesarstwa rossyjskiego, ogólnie od składania wyrażonego w § 1 l. c. świadectwa władzy rodzinnéj, zalecamy Królewskiéj Regencyi, aby w przypadkach wydarzać się mogących nie żądała od poddanych cesarstwa rossyjskiego złożenia świadectwa w mowie będącego.

Berlin, dnia 2. Marca 1871.

Minister spraw duchownych, oświecenia i spraw lekarskich.
(podp.) **Dr. von Mühler.**
Minister spraw wewnętrznych.
W zastępstwie (podp.) **Bitter.**
Minister sprawiedliwości.
W tegoż zastępstwie (podp.) **de Rége.**

Powyższe postanowienie podaje się do wiadomości JJ. XX. Duchownych i publiczności.

Bydgoszcz, dnia 31. Marca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**245** Bekanntmachung.

Nachstehender Erlaß:

Der Erlaß der Königlichen Ministerien der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern vom 26. März 1836, durch welchen den Geistlichen der altländischen Provinzen untersagt worden ist, an Personen, welche sich im Auslande aufhalten, und als ausgetretene Militairpflichtige oder Deserteure angesehen sind, Geburtsscheine zu ertheilen oder deren Aufgebot zu bewirken, wird, da ein Bedürfniß zur ferneren Aufrechthaltung des qu. Verbotes nicht besteht, hierdurch aufgehoben.

Das Königliche Ober-Präsidium ersuchen wir ergebenst, das weiter Erforderliche hiernach gefälligst zu veranlassen. Berlin, den 6. Juli 1870.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage (gez.) **Lehnert.**
Der Minister des Innern. Im Auftrage (gez.) **v. Klützow.**

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 1. April 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**246** **Taxpreis eines Blutegels.**

Der Taxpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. April bis ultimo September d. J. auf 1 Sgr. 8 Pf. festgesetzt.

Bromberg, den 31. März 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**247** Bekanntmachung.

Für die Stadt Gollancz ist ausnahmsweise ein außerordentlicher Jahrmarkt **am 28. April c.** bewilligt worden.

Bromberg, den 4. April 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**248** Bekanntmachung.

Die diesjährigen Prüfungen zur Aufnahme von Aspiranten in die katholischen Schullehrer-Seminare werden in Posen am 6. und 7. Juni dieses Jahres, in Paradies am 13. und 14. Juni d. J. und in Exin am 7. und 8. August d. J. stattfinden.

Die Aspiranten haben sich Tages zuvor bei den betreffenden Herren Seminar-Directoren persönlich zu melden und folgende Atteste beizubringen:

1. das Taufzeugniß,
2. ein Attest des Ortsgeistlichen über Führung, Befähigung und den ersten Empfang des heiligen Abendmahls,
3. ein Zeugniß des Kreis-Physikus über Körperbeschaffenheit und nochmals erfolgte Pockenimpfung
4. die schriftliche Erlaubniß des Vaters oder Vormundes zum Eintritt in das Seminar,

5. ein Armuthsattest, im Falle Unterstützung nachgesucht wird,
6. den Lebenslauf, in deutscher und polnischer Sprache abgefaßt, nebst Zeichenproben und Proben der Handschrift in beiden Sprachen,
7. Zeugnisse über ihre Vorbereitung zur Aufnahme ins Seminar.

Die von den Präparandenbildern zur Aufnahme ins Seminar vorbereiteten Aspiranten haben außerdem das durch den § 27 der Instruction für die Bildung katholischer Präparanden in dem Regierungsbezirk Posen vom 11. December 1869 (amtliches Schulblatt für die Provinz Posen Nr. 25 Seite 137—142) vorgeschriebene Zeugniß den Seminar-Directoren vorzulegen.

Diese Atteste sind stempelfrei.

Posen, den 17. Januar 1871 Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**v. Königsmarck.**

**249** Bekanntmachung.

Im Ostbahn-Lokalverkehre wird der Frachtberechnung für „Schweißwolle" fortan die Tragkraft der zum Transport verwendeten Wagen zu Grunde gelegt. Bei Wagen von mindestens 200 Ctr. Tragfähigkeit kommen die Tarifsätze der Klasse B. Wagenladung, bei Wagen von geringerer Tragkraft dagegen ein auf unseren sämmtlichen Güter-Expeditionen einzusehender Specialtarif zur Anwendung, sofern sich nicht die Tarifirung nach der Normalklasse und dem wirklichen Gewichte für den Versender vortheilhafter stellt.

Bromberg, en 24. März 1871. Königliche Direction der Ostbahn.

**250** **Feuer-Ordnung für die Stadt Schulitz.**

**I. Vorschriften wegen Abwendung der Feuersgefahr.**

§ 1. Die allgemeinen Bau-Polizei-Vorschriften werden in Erinnerung gebracht, wonach weder Neubauten noch Reparaturen ohne vorherige Untersuchung durch Bauverständige und hiernächst zu ertheilende polizeiliche Erlaubniß bei namhafter Strafe unternommen werden dürfen.

§ 2. Sollen von Zeit zu Zeit allgemeine Feuer-Visitationen gehalten werden, alle feuergefährlichen Anlagen angezeigt und die Eigenthümer angehalten werden, die vorgefundenen Mängel spätestens binnen vier Wochen bei Vermeidung der Execution abzuhelfen.

§ 3. Jeder Hausvater hat die dringendste Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle feuerfangenden Sachen nicht an feuergefährlichen Stellen aufbewahrt werden, auch daß seine Hausgenossen mit Feuer und Licht vorsichtig umgehen, damit allen möglichen Unglücksfällen vorgebeugt werde.

§ 4. Flachs, Hanf, Hobelspäne, Sägespäne, Speck, Schmeer, Talg, Theer, Pech 2c. dürfen nur im Keller und feuerfesten Gemächern aufbewahrt werden. Diese Gegenstände dürfen auch nicht in solchen Quantitäten vorhanden sein, welche nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Besitzer und der zur Revision berechtigten Behörden und Personen eine erhebliche Vermehrung der allgemeinen Gefahr bei etwa entstehenden Bränden befürchten lassen.

§ 5. Frische Asche und Kohlen dürfen nicht auf den Böden oder an sonst gefährliche Stellen in hölzerne Gefäße geschüttet, sondern müssen unten im Hause oder in gewölbte Keller aufbewahrt werden.

§ 6. Kaufleute, welche mit Pulver handeln, sollen nicht mehr als höchstens 5 Pfd., wenn keine Pulvermagazine vorhanden, halten und diese an solchen Stellen aufbewahren, wo Niemand mit Licht hinkommen kann. Ohne polizeiliche Erlaubniß darf Niemand mit Pulver handeln, und wer solche nachzusuchen unterläßt, verfällt, wenn auch kein Schaden entstanden, in 5 Thlr. Strafe.

§ 7. Heu und Stroh darf auf den Böden der Wohnhäuser nicht untergebracht, sondern es müssen dazu besondere Geläße auf den Höfen benutzt werden.

§ 8. Niemand soll mit bloßem brennenden Lichte in Ställe, Scheunen und auf den Boden gehen, ebensowenig darf Jemand bei Licht futtern noch Häcksel schneiden, sondern wenn sie ja Licht in den Ställen haben müssen, solches in blechernen oder in Glas eingefaßten Glaslaternen halten, keineswegs aber an Balken, Wände, Tische 2c. kleben. Auch dürfen nicht glühende Kohlen 2c. in Scherbeln 2c. über die Straße getragen werden.

Es bleiben für die Befolgung dieser Vorschriften zunächst verantwortlich: die Eltern für ihre Kinder, die Dienstherrschaften für ihr Gesinde, die Handwerksmeister für ihre Lehrlinge und Gehülfen, die Gastwirthe für die bei ihnen einkehrenden Fremden.

§ 9. Auf Back- und Kachelöfen muß kein Holz zum Austrocknen gelegt, auch keine feuerfangenden Sachen, als Kleider, Flachs, Hanf und dergl. mehr daran aufgehangen werden.

§ 10. In der Regel darf auf den Gehöften der Wohnhäuser nicht mehr Brennholz asservirt werden, als zu einem 4- bis 8wöchentlichen Gebrauch der Hausbewohner nothwendig ist. Es gilt bei Bestimmung der Quantität dieselbe Rücksicht, welche im § 4 wegen der dort benannten Gegenstände vorgeschrieben ist.

§ 11. Die Ankaufung größerer Quantitäten Brennholz zum Handel oder sonstigem gewerblichen Behufe ist jedesmal von polizeilicher Genehmigung abhängig.

§ 12. Tischler, Böttcher, Rademacher, auch alle übrigen Handwerker, welche in Holz arbeiten, sind

verpflichtet, ihre Späne täglich aus der Werkstätte zu schaffen, aber nicht auf Böden, sondern in Kellern oder anderen feuersichern Orten aufbewahren.

§ 13. Gedachte Handwerker dürfen nicht mehr Nutzholz, als zu ihrer viertel- oder halbjährigen Arbeit erforderlich ist, in ihrer Behausung oder auf den Hofräumen halten.

§ 14. Den Böttchern ist es untersagt, auf den Gehöften Bier- und Weinfässer auszubrennen, dies muß in feuersicheren Räumen im Hause oder außerhalb der Stadt geschehen.

§ 15. Reifschläger und Seiler dürfen nur so viel Hanf, Pech, Theer 2c. in ihrer Behausung an feuersicheren Stellen halten, als sie zur 8—14tägigen Arbeit gebrauchen. Die übrigen Vorräthe müssen in feuersicheren Räumen, wohin mit Licht niemals gegangen werden darf, aufbewahrt werden.

§ 16. Seifensieder, Fleischer, Lichtzieher 2c. müssen nächst den Bäckern und Brauern, insbesondere zu ihren Gewerben feste Feuer-Anlagen haben und unter keinen Umständen in der Nacht Talg, Wachs 2c. schmelzen, sondern dies muß stets am Tage unter Beachtung der gehörigen Vorschrift geschehen.

§ 17. Firniß darf nur da gekocht werden, wo die Feuerungen ganz feuersicher angelegt sind. Wenn dergleichen mangeln, muß das Kochen des Firnisses auf dem Felde geschehen.

§ 18. Flachs zu trocknen, rein zu machen und zu schwingen gehört garnicht in die Stadt, sondern muß außerhalb geschehen. Das Hecheln darf nicht bei Licht geschehen.

§ 19. Ungelöschter Kalk darf nicht in der Nähe von Gebäuden, auch nicht offen, sondern muß in bedeckten Verhältnissen aufbewahrt werden. Das Löschen muß mit gehöriger Vorsicht und darf niemals innerhalb der Gebäude geschehen.

§ 20. Wenn Pfannen und Töpfe mit Kohlen in den Fleischer- und Bäckerbuden gehalten werden, so müssen sie aus Metall feuersicher gefertigt und mit einem Deckel feuersicher verschlossen werden.

§ 21. Weder auf öffentlichen Straßen noch Plätzen, noch weniger in Stallungen und Gehöften oder an Holzniederlagen, darf Tabak geraucht werden.

§ 22. Alles Schießen, Granatschwärmen und Raketenwerfen in Gärten, Gehöften und anderen bewohnten Orten wird nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts Theil II. Titel 20 § 35 mit 5 bis 50 Thlr. Geld- oder verhältnißmäßiger Leibesstrafe geahndet.

§ 23. Jeder Hauswirth ist verpflichtet, die Polizei-Verordnungen über den Gewerbebetrieb der Schornsteinfeger vom 31. Juli 1835 und die Bestimmungen des § 1544 und 45 des Allgemeinen Landrechts Titel 20 Theil II. gehörig zu beachten und dafür zu sorgen, daß seine Schornsteine im Sommer vom 1. April bis 1. October vierteljährig, wo aber doppelte Feuerungen existiren, alle zwei Monate und in den Wintermonaten ohne Unterschied alle 4 Wochen wenigstens gekehrt werden. Schornsteine der Brau- und Bäckerhäuser, Färbereien oder zu ähnlichem Gebrauch bestimmte Gebäude müssen ununterbrochen das ganze Jahr hindurch mindestens von 14 zu 14 Tagen gereinigt werden.

§ 24. Ein jeder Hauswirth ist gehalten, dafür Sorge zu tragen, daß die Schornsteine in den gehörigen Zeiträumen gekehrt werden, und da er diese Arbeiten gesetzlicher Bestimmungen gemäß nicht allein vornehmen darf, so muß er mit einem approbirten Schornsteinfeger wegen Reinigung der Schornsteine contrahiren; hier gilt bezüglich die im vorigen § angeführte Verordnung.

§ 25. Die Pflichten der Schornsteinfeger sind nach den zuvor gedachten Verordnungen und namentlich der Verordnung vom 31. Juni 1835 zu beurtheilen. Da dieselben auch die Verpflichtung haben, für die Reinigung der Schornsteine (§ 23) in den angegebenen Zeiträumen zu sorgen, so haben sie der Polizei-Behörde sofort Anzeige davon zu machen, wenn ein Hauswirth sich weigert, das Kehren der Schornsteine in diesem Zeitraume zuzulassen, damit Zwangsmaßregeln angewendet werden können.

## II. Privat-Löschgeräthe.

§ 26. Jeder Grundeigenthümer ist verpflichtet, dasjenige Löschgeräth auf seine Kosten anzuschaffen, welches nach dem Umfange und Beschaffenheit der Gebäude erfordert wird, um den ersten Angriff auf ein entstandenes Feuer zu machen, damit dieses wo möglich gelöscht, oder der Ausbreitung desselben wenigstens bis zur Ankunft der öffentlichen Löschungsgeräthe vorgebeugt werde.

§ 27. Zu den gewöhnlichen Löschungsgeräthen gehören durchschnittlich in jedem Hause:

1. ein bis zwei lederne Wassereimer,
2. eine Leiter von mindestens 12 Fuß Länge oder nach Beschaffenheit der Wohnhäuser bis an das Dach reichend,
3. eine mit Wasser gefüllte Tonne, wenigstens 4 Eimer enthaltend, im Sommer vor der Thüre und im Winter im Hause stehend,
4. einen Feuerhaken,
5. zwei bis vier Feuerpatschen.

§ 28. Alle diejenigen Gewerbsleute, deren Geschäfte starke Feuerungen mit sich führen, als Brauer, Bäcker, Seifensieder, Lichtgießer, Färber 2c., sollen das gewöhnliche Hausgeräth mit 4 bis 6 Feuerpatschen und 2 ledernen Eimern verstärken.

§ 29. Auf den Darluften der Brauer muß außerdem ein Kessel, oder ein mit eisernen Bänden vermehrtes und im Sommer mit Wasser angefülltes Gefäß beständig vorräthig sein, auch sowohl die Patschen als die ledernen Eimer neben denselben aufbewahrt werden.

### III. Verhalten bei einem ausgebrochenen Feuer.

§ 30. Jeder, in dessen Wohnung ein Feuer entsteht, ist verpflichtet, augenblicklich Lärm zu machen und die Bekanntmachung des Feuers so geschwind als möglich zu verbreiten.

§ 31. Auch diejenigen Brandfeuer, welche durch Privathülfe gelöscht worden sind, ehe noch ein Feuerlärm entstanden ist, müssen der Polizeibehörde gemeldet werden, damit die Ursache der Entstehung untersucht und die Abstellung oder Beahndung der Verstöße gegen die Bauvorschriften und gegen die Feuer-Verordnung veranlaßt werden kann.

§ 32. Die Nachtwächter sind verpflichtet, sobald sie in einem Hause ein Brandfeuer oder einen ungewöhnlichen Rauch bemerken, anzupochen, die Nachbaren, sowie die Polizei-Officianten zu wecken und das Publicum sowohl durch die Schnarren als durch mündliche Kundmachung auf die möglichst geschwindeste Art von dem Vorhandensein eines Brandfeuers zu unterrichten.

§ 33. Eben so wird die Entstehung des Feuers durch Anschlagen der Sturmglocken bekannt gemacht.

§ 34. Alle zum Feuerdienst verpflichteten Personen müssen auf die erste Nachricht eines ausgebrochenen Feuers augenblicklich an den Ort ihrer Bestimmung eilen.

§ 35. Die ausgetheilten Feuerzeichen ergeben, zu welchem Geschäfte jeder Feuerdienstpflichtige bestimmt ist.

§ 36. Eben so schleunig müssen alle zum Feuerdienst bestimmten Pferde an das Löschungsgeräth zur Bespannung hingeschafft werden.

Die Feuerzeichen bestimmen das Nähere wegen der zur Fortschaffung der Archive des Magistrats rc. bestimmten Fuhren und wird hiermit angeordnet, daß bei jedem entstandenen Feuerlärm, das Feuer möge nah oder fern sein, dieselben an den durch die Feuerzeichen bestimmten Orte sich einfinden müssen.

§ 37. Bis die öffentlichen Löschungsgeräthe ankommen, sind die angrenzenden Bewohner sowohl in derselben Straße, wo das Feuer ausgebrochen ist, als in dem zunächst anstoßenden Gebäude verbunden, mit gefülltem Wassereimern zu Hülfe zu eilen.

§ 38. Während die ersten Anstalten zur Dämpfung des Feuers durch die zusammen gekommenen Nachbaren getroffen werden, müssen die unmittelbar angrenzenden Bewohner auf den obersten Böden ihrer Häuser Wasser und Feuerpatschen hinschaffen, das Flugfeuer gehörig beobachten, auch besonders die Dachrinnen dagegen zu sichern, und die Dachfenster und Speicherluken wohl zu verwahren bemüht sein, so wie die benachbarten Gewerbspersonen, welche zu ihrem Gewerbsbetriebe eine große Feuerung bedürfen, z. B. Bäcker, Brauer rc., bei starkem Frost das nöthige heiße Wasser in Bereitschaft setzen lassen, um das Zufrieren der Spritzen möglichst zu verhindern.

§ 39. Bei nächtlichem Feuer müssen in allen Häusern sogleich die Fenstern der unteren Etagen mit gehöriger Vorsicht geöffnet und erleuchtet werden.

§ 40. Alle Diejenigen, welche sich beim Feuer einfinden, ohne daselbst Geschäfte zu haben, und daher nur den müßigen Zuschauer machen, besonders Frauenzimmer und Kinder, werden von der Wache zurückgewiesen.

§ 41. Auf dem Brandplatz darf sich Niemand erlauben Befehle auszutheilen, als der hierzu durch das ihm anvertraute Dienstverhältniß berechtigt und verpflichtet ist, weil sonst Unordnungen und Verwirrungen unvermeidlich sind.

§ 42. Die obere Leitung des Geschäfts bei der Feuerlöschung führt der Bürgermeister, da derselbe aber die Löschungs-Anstalten auf allen Punkten und allen hinter der Brandstätte nicht dirigiren kann, so wird derselbe hierbei von den Magistrats-Mitgliedern und den Stadträthen unterstützt, welche nach seiner Bestimmung für die Ausführung der getroffenen Anordnungen auf den ihnen zugewiesenen Punkten sorgen. Der erste Lawnik vertritt im Falle der Abwesenheit oder Krankheit des Bürgermeisters dessen Stelle.

§ 43. Die einzelnen Zweige der Feuerlöschung sind in Abtheilungen eingetheilt, deren Leitung besonderen Vorstehern übertragen ist.

#### Erste Abtheilung.

Niederreißung und eigentliche Feuerlöschung.

a) der Spritzenmeister als Vorsteher, b) ein Stadtrath als Stellvertreter, c) der zweite Spritzenmeister, d) der Schornsteinfeger mit Gehülfen, e) die vorhandenen Zimmer- und Maurer-Gesellen mit ihren Gehülfen.

#### Zweite Abtheilung.

Herbeischaffung des Wassers, Bildung der Wasserstraßen rc.

Dazu gehören: zwei Stadträthe.

### Dritte Abtheilung.

Ordnungs- und Sicherheits-Polizei.

Die Sorge für die Erleuchtung der Fenster in der Stadt bei nächtlichem Feuer, die Erhaltung der freien Passage, so wie der Zugänge zu den Brunnen, zu An- und Auffahren der Spritzen und Küven, die Sorge für die Fortschaffung und Arretirung verdächtiger Betrunkener oder renitirender Personen während der Feuerlöschung ist der Gegenstand dieser Geschäfts-Abtheilung. Dazu gehören: ein Stadtrath als Vorsteher, der Verwaltungs-Beamten-Vorsteher der jüdischen Corporation, so wie dessen Stellvertreter und die übrigen Mitglieder.

### Vierte Abtheilung.

Beobachtung des Flugfeuers und die dagegen zu treffenden Maßregeln.

Dazu gehören: zwei christliche Gemeinde-Mitglieder als Vorsteher, welche dafür sorgen, daß die dem Flugfeuer als dem gefährlichsten Feinde ausgesetzten Dächer und Dachrinnen von den Hausbewohnern schleunigst besetzt und fleißig begossen, alle Oeffnungen und Fenster aber geschlossen werden.

### Fünfte Abtheilung.

Die Aufsicht bei der Rettung der vom Feuer bedrohten Menschen und Sachen.

Dazu gehören:

a. zwei christliche Gemeinde-Mitglieder.

§ 44. Die äußeren Erkennungszeichen aller derer, denen hiernach zur Löschung des Feuers die Leitung übertragen ist, besteht in einem weißen Bande oder Tuche am linken Arme. Das unbefugte Tragen dieser Abzeichen wird mit 5 Thlr. Strafe geahndet, im geeigneten Falle aber gegen denjenigen, der durch unbefugtes Tragen dieses Abzeichens eine Autorität sich angemaßt hat, die fiscalische Untersuchung eingeleitet.

§ 45. In einem benachbarten Hause der Brandstätte soll eine Controlirungs-Commission etablirt werden, welche aus einem Büreau-Beamten des Magistrats und zwei ihm zugeordneten Assistenten bestehen soll.

§ 46. Das gesammte Feuerdienstpersonal, welches auf der Brandstelle zu erscheinen verpflichtet ist, muß sich bei Verlassung derselben bei dieser Kommission zur Aufschreibung melden, und zugleich die Feuerzeichen dort vorzeigen, widrigenfalls jeder, der dies unterläßt, als ausgeblieben angesehen und bestraft werden wird.

## IV. Feuerlöschungs-Prämien.

§ 47. Dem Pferdebesitzer, welcher zuerst mit seinen Pferden bei der Spritze erscheint, wird eine Prämie von 1 Thlr., der zuerst den Feuerküven an die Brandstelle heranbringt 15 Sgr., ebenso dmejenigen, der den ersten Feuerlärm, sei es durch Glocke 2c., macht, 10 Sgr. aus der städtischen Kasse bewilligt. Eben so werden die Taxen derjenigen, welche sich bei der Löschung des Feuers, bei der Herbeischaffung des Wassers, oder bei der Niederreißung des Gebäudes, nach dem Zeugniß der Dirigenten ganz vorzüglich ausgezeichnet haben, mit Bemerkung ihres rühmlichen Verhaltens dem Publikum durch öffentliche Blätter bekannt gemacht werden.

## V. Pflichten des Feuerlöschungs-Personals.

§ 48. Verpflichtet zum Feuerdienst ist jeder Bürger und sonstige männliche Bewohner von Schulitz, der nicht etwa ein Ausnahmerecht durch besondere Gesetze, Verordnungen und Rechtstitel erworben hat. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Gestellung des Angespanns zum Transport der Spritzen, Küven, oder Rettung öffentlicher Acten, Archive 2c., ferner auf sämmtliche Gewerbsgehülfen und Lehrlinge, letztere jedoch nur, wenn sie 16 Jahre und darüber alt sind.

b. Bezirks-Vorsteher.

§ 49. Jeder Feuerdienstpflichtige erhält durch die damit beauftragten Magistrats-Personen ein Feuerzeichen, welches ihn darüber instruirt, welches Geschäft oder welche Arbeiten er beim Entstehen eines Feuers zu besorgen hat.

§ 50. Die betreffenden Stadträthe erhalten die auszutheilenden Feuerzeichen vom Magistrat und führen auf Grund derselben ein genaues Verzeichniß von sämmtlichen feuerdienstpflichtigen Einwohnern ihres ihnen zugetheilten Bezirks.

§ 51. Zu diesem Zweck ist überhaupt jeder Einwohner verpflichtet, sich sofort bei dem betreffenden Stadtrathe zu melden, wenn er seine Wohnung in einen andern Bezirk verlegt.

§ 52. Die als Bezirksvorsteher ernannten Stadträthe wirken mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß dahin, daß sämmtliche Feuerdienstpflichtige aus denen ihnen untergeordneten Stadttheilen die ihnen übertragenen Geschäfte mit Ordnung und Anstrengung verrichten, auch daß sich keiner auch nur kurze Zeit entferne. Sie werden dies, wenn gleich ihnen nach der Ordnung die Aufsicht auf das Flugfeuer übertragen ist, dennoch können, wenn sie sich nur in steter Kenntniß von allen Bewohnern ihres Stadttheils halten.

§ 53. Wenn indeß Ungehorsam oder gar Widersetzlichkeit eintreten sollte, machen sie sofort dem Bürgermeister davon Anzeige, damit der Widerspenstige augenblicklich arretirt und zur gebührenden Strafe gezogen werde.

c. Spritzenmeister.

§ 54. Dem Spritzenmeister ist die Aufsicht über alles Löschgeräth anvertraut, und ist er für die zweckmäßige Erhaltung verantwortlich.

§ 55. Er hat darauf zu sehen, daß alle zu den Spritzen gehörigen Geräthschaften vollständig und in gehörigem Zustande bei denselben anzutreffen sind. Alle vorgefundenen Mängel aber müssen ohne Zeitverlust dem Magistrat zur Veranlassung der Reparatur angezeigt werden.

§ 56. Bei entstandenem Feuerlärm müssen die Spritzenmeister mit denen zur Bedienung der Spritze detinirten Personen augenblicklich zur Spritze und mit solchen zur Brandstätte eilen, sodann wird denselben aber zur Pflicht gemacht, bei aufsteigenden Gewittern am Spritzenhause sich zu versammeln und so lange das Gewitter währt, dort zu bleiben; bei der Brandstätte angelangt müssen sie die Spritze nach Anordnung ihres Dirigenten oder, wenn solcher noch nicht da sein sollte, nach eigener Einsicht zweckmäßig in Thätigkeit setzen.

§ 57. Sie halten darauf, daß die Spritzen im beständigen Gange bleiben und daß die dabei angestellten Druckleute mit voller Kraft arbeiten.

§ 58. Nach der Löschung des Feuers muß der Spritzenmeister die Spritze sorgfältig nachsehen, die Schläuche einschmieren, die Spritzenröhre reinigen und trocknen lassen, das Schadhafte sofort repariren, das Fehlende aber ergänzen.

§ 59. Eben so hat er auf den brauchbaren Zustand der Feuerküven und auf die Anfüllung derselben mit Wasser zu sehen.

§ 60. Bei entstehendem Feuerlärm begeben sich die damit beauftragten Stadträthe sogleich an die Küven, sorgen für die schleunige Bespannung derselben und begeben sich augenblicklich an die Brandstelle. So lange solche in Thätigkeit sind, dürfen gedachte Vorsteher sie nicht verlassen, vielmehr darauf sehen, daß solche beim Auf- und Abfahren nicht ruinirt werden.

Eben so haben sie die Pflicht für den brauchbaren Zustand der Brunnen zu sorgen und alle entdeckten Mängel der Polizeibehörde sofort zu melden.

§ 61. Bei ausgebrochenem Feuer zeigen sie die Herbeischaffung des Wassers aus der Weichsel der Lage des Brandfeuers nach, wo sie am leichtesten ist, dem zur Herbeischaffung des Wassers beauftragten Feuer-Dienst-Personal und die wenigen vorhandenen Privatbrunnen an, und sorgen dafür, daß die dabei angestellte Mannschaft mit Ordnung und Thätigkeit arbeite.

VI. Maaßregeln nach gedämpftem Feuer.

§ 62. Nach gedämpftem Feuer soll die erforderliche Mannschaft auf der Brandstätte verbleiben, um sie zu bewachen und das Begießen mit Wasser immer so lange fortzusetzen, bis alles glimmende Feuer gänzlich ausgelöscht und keine Gefahr mehr zu besorgen ist und bleibt es Sache der Vorsteher diese Mannschaften zu wählen.

§ 63. Eben so müssen die Spritzen und Wasserküven auf der Brandstätte verbleiben, und dürfen sie nicht eher weggeschafft werden, bis keine Gefahr mehr vorhanden, und zum Abgang polizeiliche Erlaubniß ertheilt worden ist.

VII. Feuer-Visitationen.

§ 64. Die öffentlichen Spritzen müssen mindestens jährlich zweimal unter Leitung des Bürgermeisters und Stadtraths probirt und alle öffentlichen Feuerlöschungs-Geräthschaften, als Eimer, Leiter, Haken, Wasserküven 2c. revidirt werden, über die abgehaltene Revision der Befund in einem besonderen Protokolle aufgezeichnet werden.

§ 65. Die Feuervisitation in den Häusern wird von Zeit zu Zeit, wenigstens aber jährlich zweimal vom Bürgermeister oder den dazu bestimmten Stadträthen mit Zuziehung der Sachverständigen, Maurer, Zimmermann und Schornsteinfeger abgehalten und ist dabei dahin zu sehen, ob nicht allein die Privatfeuerlöschgeräthschaften in gutem Stande vorhanden sind, sondern ob nicht vorschriftswidrige Feuerungs-Anlagen stattgefunden, feuergefährliche Gegenstände an unstatthaften Orten aufbewahrt werden, und überhaupt, ob überall, insbesondere bei den in dieser Ordnung als feuergefährlich bezeichneten Gewerben, die vorgeschriebenen Vorsichtsmaaßregeln befolgt und die gegebenen Vorschriften beobachtet werden, über das Resultat aber ein von sämmtlichen Revisoren unterzeichnetes Protokoll, welches zu den Acten kommen muß, gefertigt werden.

VIII. Bestrafung des pflichtvergessenen Dienstpersonals.

§ 66. Von dem Magistrat werden alle Diejenigen zur Verantwortung gezogen, die ihren Pflichten bei dem Feuerdienst nicht nachkommen.

§ 67. Nachtwächter, welche die in den §§. 36, 37 und 40 erwähnten Obliegenheiten verabsäumt haben, sollen das erste Mal in eine Geldbuße von 5 Thlr. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe genommen

werden, bei wiederholter desfallsiger Vernachlässigung nach Bewandniß der Umstände ihres Dienstes entsetzt und außerdem noch mit Gefängniß belegt werden.

§ 68. Die Verspätung oder gar das geflissentliche Ausbleiben beim Feuerdienst nach allgemein gewordenem Feuerlärm wird mit 1 bis 5 Thlr. Strafe geahndet.

§ 69. Wer feuerdienstpflichtige Pferde aus Nachläßigkeit und ohne gesetzliche Entschuldigungsgründe nachweisen zu können, zu spät oder gar nicht gestellt, hat für jedes Pferd und für jede versäumte halbe Stunde 1 Thlr. Strafe verwirkt.

§ 70. Feuerdienstpflichtige, die vor beendeter Löscharbeit ohne Erlaubniß ihres Vorstehers ihren Posten verlassen, werden mit 1 bis 5 Thlr. Geldstrafe geahndet und den Gerichten zur Untersuchung übergeben, falls sie sich gegen ihre Vorgesetzte widerspenstig zeigen, und findet sodann ihre augenblickliche Verhaftung statt.

§ 71. Wer junge, zur Arbeit zu schwache Burschen oder gar Frauenzimmer als Feuerdienstpflichtige in seine Stelle abschickt, wird so angesehen, als ob er keine gestellt habe.

§ 72. Wer ein Brandfeuer, das durch Privathülfe gelöscht ist, der Polizeibehörde nicht anzeigt, verfällt in 1 bis 10 Thlr. Strafe.

§ 73. Wer den Feuervisitationen Hindernisse in den Weg legt, das erhaltene Feuerzeichen nicht vorzeigt, zu den Spritzen- und sonstigen Revisionen der Feuerlösch-Instrumente auf ergangene Bestellung sich nicht einfindet, verfällt in 1 bis 10 Thlr. Strafe.

§ 74. Gleiche Strafe trifft überhaupt alle Diejenigen, welche die in dieser Ordnung wegen Abwendung der Feuersgefahr gegebenen Vorschriften nicht befolgen, insofern nicht schon auf die Uebertretung derselben besondere Strafen im Gesetz oder in dieser Ordnung angedrohet sind.

Schulitz, den 22. October 1836. Der Magistrat. **Kusmalski.**

Vorstehende Feuer-Ordnung für die Stadt Schulitz wird hierdurch bestätigt.

Bromberg, den 17. December 1836. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Schleinitz.**

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**251** Der mit der interimistischen Verwaltung der Kreissecretairstelle beim Landraths-Amte zu Czarnikau betraute ehemalige Haupt-Steuer-Amts-Assistent Johann Friedrich Zühlke ist nunmehr definitiv zum Kreissecretair daselbst ernannt worden.

**252** Der Förster Machuth ist vom 1. April c. von Lugi, Oberförsterei Cierpitz, nach Dombrowo, Oberförsterei Monkowarsk, versetzt worden.

**253** Der Förster Jakobi ist vom 1. April c. von Krossen, Oberförsterei Kirschgrund, nach Lugi, Oberförsterei Cierpitz, versetzt worden.

**254** Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Lewandowski ist vom 1. April c. ab, unter gleichzeitiger Ernennung zum Königlichen Förster, die Försterstelle zu Krossen der Oberförsterei Kirschgrund verliehen worden.

**255** Der Schulamts-Candidat Johann Gorski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Bonbecz im Kreise Wirsitz interimistisch angestellt.

**256** Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directionsbezirk Posen pro März 1871.

Angestellt: der vormalige Gutsbesitzer Cramer in Retkowo als Post-Expediteur.
Versetzt: der Ober-Post-Secretair Sothen von Osnabrück nach Bromberg.
Gestorben: der Post-Expediteur Bergis in Schubin.

## Vermischte Nachrichten.

**257** Das der Firma A. Münnich & Comp. zu Chemnitz unter dem 26. Januar v. J. ertheilte Patent auf eine Steuerung für Dampfpumpen innerhalb des Preußischen Staates ist aufgehoben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 15.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 16. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 21. April 1871. Bydgoszcz, dnia 21. Kwietnia 1871.


Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**258** Das 12. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 620. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 5,000,000 Thalern. Vom 18. März 1871.

Nr. 621. Bekanntmachung, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Vom 20. März 1871.

Nr. 622. Dem Kaufmann Heinrich August Adolph Albrecht Scheele in Stettin ist das Exequatur als Konsul der Republik San Salvador daselbst ertheilt worden.

**259** Das 13. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 623. Allerhöchster Erlaß vom 20. März 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 6,500,000 Thalern.

**260** Das 14. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 624. Verordnung, betreffend die Aufhebung des Kriegszustandes in den Bezirken des achten, eilften, zehnten, neunten, zweiten und ersten Armeekorps. Vom 27. März 1871.

Nr. 625. Dem Kaufmann Alfred Scharffenorth zu Memel ist das Exequatur als Königlich Portugiesischer Vizekonsul daselbst ertheilt worden.

Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 12. tegorocznego zbioru praw Związku niemieckiego zawiera pod:

No. 620. Obwieszczenie, dotyczące wydania uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 5,000,000 tal. Z 18. Marca 1871.

No. 621. Obwieszczenie, tyczące się nominacyi pełnomocnika do Rady Rzeszy. Z 20. Marca 1871.

No. 622. Kupcowi Henrykowi Augustowi Adolfowi Wojciechowi Scheele w Szczecinie udzielono Exequatur na konsula rzeczpospolitéj San Salvador tamże.

Oddział 13. tegorocznego Zbioru praw związku niemieckiego zawiera pod:

No. 623. Najwyższe rozporządzenie z 20. Marca 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 6,500,000 tal.

Oddział 14. tegorocznego Zbioru praw związku niemieckiego zawiera pod:

No. 624. Rozporządzenie, tyczące się uchylenia stanu wojennego w okręgach ósmego, jedenastego, dziesiątego, dziewiątego, drugiego i pierwszego korpusu armii. Z 27. Marca 1871.

No. 625. Kupcowi Alfredowi Scharffenorth w Klajpedzie udzielono Exequatur na Królewsko-Portugalskiego wicekonsula tamże.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**261** Bekanntmachung,

betreffend die Correspondenz nach Orten ohne Postanstalt.

Vom 1. März c. ab ist den Correspondenten, welche ihren Wohnsitz in Orten ohne Postanstalt haben, allgemein gestattet, ihre Postsendungen auch von solchen Postanstalten abholen zu lassen, deren Landbestellbezirk den betreffenden ländlichen Ort nicht einschließt.

In Folge dieser aus den Kreisen des betheiligten Publicums wiederholt beantragten Verkehrserleichterung muß die Spedition der Postsendungen nach Orten, an welchen Postanstalten sich nicht befinden, nach Maaßgabe der von dem Absender auf der Adresse bezeichneten Distributions-Postanstalt bewirkt werden. Durch die unrichtige Bezeichnung dieser Post-Anstalt oder das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können leicht Verzögerungen in der Ueberkunft der Postsendungen herbeigeführt werden.

Es ist daher im eigenen Interesse der Correspondenten nothwendig, daß die Absender von Postsendungen, welche nach Orten ohne Postanstalt gerichtet sind, auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungsorte thunlichst noch diejenige Postanstalt angeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt wird, bezw. die Abholung erfolgt.

Zur Förderung dieses Zweckes wird es beitragen, wenn Correspondenten, an deren Wohnsitz sich eine Post-Anstalt nicht befindet, diejenigen Personen, mit welchen sie im Briefwechsel stehen, auf das gedacht

Erforderniß aufmerksam machen und denselben mittheilen, durch Vermittelung welcher Post-Anstalt sie ihre Postsachen beziehen.

Insbesondere wird es sich auch empfehlen, wenn die auf dem Lande wohnenden Correspondenten möglichst allgemein dem theilweise bereits bestehenden Gebrauche folgen, in den von ihnen abzusendenden Briefen bei der Orts- und Datumsangabe den Namen des Postorts hinzuzufügen, durch welchen sie ihre Postsachen empfangen.

Berlin, den 8. Februar 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**262** Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich, die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete **per Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr herausgestellt, wo ohne das Hülfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte &c. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma &c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwandeinlage, oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, April 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**263** Bekanntmachung.

Seepostverbindung mit Dänemark auf der Route Kiel-Korsoer.

Auf der Route Kiel-Korsoer finden von jetzt ab wieder regelmäßige tägliche Postdampfschiffahrten statt. Die Abfahrt der Schiffe erfolgt vorläufig und bis auf Weiteres: aus Kiel mit Tagesanbruch zum Anschluß an den Mittags um 12 Uhr aus Korsoer abgehenden Eisenbahnzug nach Kopenhagen, aus Korsoer Abends, nach Ankunft des letzten Zuges aus Kopenhagen, Ankunft in Kiel Morgens zum Anschluß an den ersten, um 7¹⁵ Uhr früh nach Altona abgehenden Eisenbahnzug. Die Abfahrt des ersten Schiffes findet statt: aus Korsoer am 3. April Abends, aus Kiel am 5. April früh.

Berlin, den 1. April 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden &c.

**264** Bekanntmachung.

Der concessionirte Markscheider, Königl. Bergeleve und Feldmesser Johannes Sabarth hat am 1. d. Mts. seinen Wohnsitz von Zabrze nach Königshütte, im Regierungsbezirk Oppeln, verlegt, was im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 17. October 1865 hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 8. April 1871. Königl. Oberbergamt.

**265** Bekanntmachung.

Fortdauernd günstige Nachrichten über den Stand der Rinderpest in den benachbarten Theilen des Russischen Reiches gestatten die Aufhebung des mittelst Bekanntmachung vom 29. v. Mts. publicirten beschränkten Einfuhrverbots.

Es bleiben fortan nur noch Rindvieh und alle vom Rinde stammenden thierischen Theile mit Ausnahme von Milch, Butter und Käse von der Einfuhr aus Rußland via Eydtkuhnen ausgeschlossen.

Bromberg, den 11. April 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**266** Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Verordnung für die Schiedsmänner der Provinz Posen vom 7. Juni 1841 haben wir die Resultate der Thätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1870 in der Anlage zusammen-

Obwieszczenie.

Stósownie do ustawy rozjemców prowincyi Poznańskiej z dnia 7. Czerwca 1841, kazaliśmy rezultaty czynności rozjemców z roku 1870 w załączonym spisie zestawić. Takowe podają się

stellen lassen. Dieselben werden hierdurch zu Kenntniß der Gerichtseingesessenen gebracht.

Bromberg, den 12. April 1871.

Königl. Appellations-Gericht.

niniejszem mieszkańcom obwodu naszego do wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 12. Kwietnia 1871.

Król. sąd apelacyjny.

267 **Zusammenstellung**

der Resultate des Instituts der Schiedsmänner im Jahre 1870.

| Nr. | Kreis. | Zahl der Schiedsmänner. | Zahl der anhängig gewesenen Sachen. | | | Davon sind beendigt | | | Am Schlusse des Jahres sind noch anhängig geblieben | Zusammen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | überjährige. | diesjährige. | zusammen. | durch Vergleich. | durch Zurücktreten der Parteien. | durch Ueberweisung an den Richter. | | |
| 1. | Bromberg | 26 | — | 1119 | 1119 | 349 | 242 | 524 | 4 | 1119 |
| 2. | Chodziesen | 19 | 10 | 604 | 614 | 238 | 125 | 245 | 6 | 614 |
| 3. | Czarnikau | 17 | — | 861 | 861 | 349 | 138 | 374 | — | 861 |
| 4. | Gnesen | 25 | 4 | 920 | 924 | 386 | 117 | 421 | — | 924 |
| 5. | Inowraclaw | 27 | 6 | 1662 | 1668 | 591 | 416 | 658 | 3 | 1668 |
| 6. | Mogilno | 16 | 12 | 761 | 773 | 242 | 108 | 421 | 2 | 773 |
| 7. | Schubin | 20 | 7 | 1146 | 1153 | 561 | 228 | 336 | 28 | 1153 |
| 8. | Wirsitz | 20 | 4 | 592 | 596 | 265 | 109 | 216 | 6 | 596 |
| 9. | Wongrowiec | 25 | 5 | 992 | 997 | 386 | 103 | 507 | 1 | 997 |
| | Summa | 195 | 48 | 8657 | 8705 | 3367 | 1586 | 3702 | 50 | 8705 |

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

268 Franz Ogurkowski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Lagiewnik, im Kreise Gnesen, interimistisch angestellt.

269 Der provisorische Lehrer Felix Hüttner an der katholischen Schule in Rzadkowo, Kreis Chodziesen, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

270 Alexander Sliwinski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Poln. Briesen, im Kreise Wongrowitz, interimistisch angestellt.

271 Julius Beyer als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Schönlanke im Kreise Czarnikau definitiv angestellt.

272 Michael Rybak als Lehrer bei der katholischen Schule zu Dt. Briesen, im Kreise Wongrowiec, interimistisch angestellt.

273 Albert Lange I. als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Putzig, im Kreise Czarnikau, interimistisch angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

274 Der Schulamtskandidat Eduard Belling ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und bei dem Königl. Gymnasium in Lissa angestellt worden.

275 Der Lehrer an der Realschule zu Eschwege Dr. Theodor Bindseil ist als Oberlehrer an das Königl. Gymnasium zu Schneidemühl berufen worden.

### Personal-Veränderung
bei den Justizbehörden des Bromberger Departements.

A. Ernannt:
1) der Kreisrichter Dr. jur. Bleich in Schubin Allerhöchst zum Kreisgerichtsrath,
2) der Büreauassistent, Referendarius Neumann zum Secretair und
3) der Büreaudiätar Paarmann zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Wongrowitz,
4) der Hülfsbote Graf zum Executor und Boten bei den zum Kreisgericht in Schneidemühl gehörigen Gerichts-Commissionen in Margonin.

B. Versetzt:
der Kreisrichter Schwittay zu Schubin in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Schneidemühl.

C. Verstorben:
1) der Kreisgerichts-Secretair Gonski in Lobsens,
2) der Kreisgerichts-Secretair Krämer in Wongrowitz,
3) der Appellations-Gerichtsrath Leue in Bromberg,
4) der erste Gerichtsdiener Schröder in Gnesen.

D. Ausgeschieden:
1) der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Drosdatius zu Wongrowitz mit Pension,
2) der Executor und Bote Nowicki zu Inowraclaw auf Antrag.

Provinzial-Steuer-Direction.

**276** Im Geschäftsbereiche des Provinzial-Steuer-Directorats zu Posen sind im Laufe des I. Quartals 1871:

A. Befördert:
der Büreau-Assistent Weber bei der Provinzial-Steuer-Direction zu Posen zum Hauptamts-Kontroleur in Groß Glogau;

B. Gestorben:
die Steuer-Einnehmer Graustein in Schönlanke und Möbbeck in Schneidemühl.

Ferner ist dem Büreau-Vorsteher Geisler bei der Provinzial-Steuer-Direction in Posen das Patent als Rechnungsrath Allerhöchst verliehen worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 16.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 16 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Reglement
für
die öffentlich anzustellenden Feldmesser.
Vom 2. März 1871.

Um das Allgemeine Feldmesser-Reglement vom 1. Dezember 1857 (Gesetz-Samml. 1858 S. 376) mit der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 (Bundesgesetzbl. S. 375) und der Maaß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (Bundesgesetzbl. S. 727) in Einklang zu bringen, und um die Verhältnisse der öffentlich angestellten Feldmesser in der ganzen Monarchie gleichmäßigen Anordnungen zu unterwerfen, wird mit Bezug auf § 36 der Bundes-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Verwaltungsvorschriften, insbesondere des Allgemeinen Feldmesser-Reglements vom 1. Dezember 1857, für den ganzen Umfang des Staatsgebiets verordnet, was folgt:

### I. Bestellung der Feldmesser.

Vereidigung und Anstellung.

§ 1. Die Vereidigung und öffentliche Anstellung der Feldmesser (§ 36 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869) erfolgt nach vorschriftsmäßig bestandener Prüfung durch die Regierungen beziehungsweise Landdrosteien.

§ 2. Die Regierungen (Landdrosteien) dürfen nur solche Personen als Feldmesser vereidigen und öffentlich anstellen, von deren Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit sie sich überzeugt haben.

Disciplinarbehörden.

§ 3. Die öffentlich angestellten Feldmesser sind mit Ausnahme

a) der bei den Auseinandersetzungsbehörden beschäftigten und
b) der bei der Veranlagung und Verwaltung der Grundsteuer angestellten, beziehungsweise beschäftigten Feldmesser

der Disziplin der Regierungen (Landdrosteien) und des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unterworfen. Dagegen unterliegen die zu a. gedachten Feldmesser der Disciplin der Auseinandersetzungsbehörden und des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, die zu b. bezeichneten aber der Disciplin der Regierungen (beziehungsweise der Finanzdirection zu Hannover), des Generaldirektors des Rheinisch-Westphälischen Grundsteuerkatasters oder der Bezirkskommissare für die anderweite Regelung der Grundsteuer und des Finanzministers.

## Regulamin
dla
konduktorów publicznie ustawiać się mających.
Z 2. Marca 1871.

Aby powszechny Regulamin mierniczy z 1. Grudnia 1857 (Zb. Pr. 1858 str. 376) pogodzić z Ordynacyą procederową dla związku północno-niemieckiego z 21. Czerwca 1869 (Zb. Pr. zw. str. 375) oraz Regulaminem miar i wag z 17. Sierpnia 1868 (Zb. Pr. zw. str. 727), i aby stosunki ustanowionych publicznie konduktorów w całéj monarchii jednakowym poddać dyspozycyom, rozporządza się ze względu na § 36 związkowéj Ordynacyi procederowéj z 21. Czerwca 1869, za uchyleniem wszelkich przeciwnych przepisów administracyjnych, w szczególe powszechnego Regulaminu mierniczego z 1. Grudnia 1857, na cały obszar państwa, co następuje:

### I. Postanowienia konduktorów.

Zaprzysięganie i ustanawianie.

§ 1. Zaprzysięganie i publiczne ustanawianie konduktorów (§ 36 Ordynacyi procederowéj dla Zw. północno-niemieckiego z 21. Czerwca 1869) ma miejsce, po złożonym stósownie do przepisów egzaminie, przez regencyi odnośnie starostwa.

§ 2. Regencye (starostwa) mogą li takie jako konduktorów zaprzysięgać i publicznie ustanawiać osoby, o prawości i niezawodności których się przekonały.

Władze dyscyplinarne.

§ 3. Konduktorzy, publicznie ustanowieni — z wyjątkiem

a) konduktorów zatrudnionych u władz separacyjnych i
b) konduktorów ustanowionych resp. zatrudnionych przy rozkładaniu i zarządzie podatku gruntowego —

ulegają karności regencyi (starostw) oraz Ministra handlu, przemysłu i robót publicznych. Konduktorzy pod a. wymienieni natomiast ulegają karności władz separacyjnych i Ministra spraw agronomicznych, zaś konduktorzy, wymienieni pod b. karności regencyi (odnośnie dyrekcyi skarbowéj w Hanowerze), dyrektora generalnego Rensko-Westfalskiego katastru podatku gruntowego lub komisarzy obwodowych co do inakszego uregulowania podatku gruntowego oraz Ministra skarbu.

Zurücknahme der Bestallungen.

§ 4. Die nach §§ 1, 2 ertheilten Bestallungen können nach Vorschrift der §§ 53, 54 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 zurückgenommen werden. Wird die Zurücknahme der Bestallung gegen solche Feldmesser ausgesprochen, welchen im Ressort des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Pensionsberechtigung verliehen ist, so erfolgt gegen diese das weitere Verfahren bezüglich der definitiven Entfernung aus dem Staatsdienst durch das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten im Disciplinarwege.

II. Ausführung der Feldmesserarbeiten.

Instrumente.

§ 5. Der Feldmesser muß sich richtiger Instrumente bedienen und ist für die stete Richtigerhaltung derselben verantwortlich.

Anzuwendende Maaße.

§ 6. Als Einheit des Längenmaaßes muß nach Vorschrift der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 das Meter in Anwendung gebracht werden.

§ 7. Alles Flächenmaaß muß nach Hektaren, Aren und Quadratmetern und, wo es nöthig, nach Decimalbrüchen der letzteren angegeben werden.

§ 8. Wenn Längen- oder Flächen-Abmessungen in anderem Maaße bezeichnet werden sollen, so muß die Messung doch jederzeit nach dem Metermaaß ausgeführt und das andere Maaß durch Rechnung ermittelt werden.

Angabe der Winkel.

§ 9. Die Winkel müssen bei allen Vermessungen in der Regel nach Graden, deren dreihundert und sechszig auf den Kreis gehen, und nach deren sechszigtheiligen Unterabtheilungen angegeben werden. Nur in denjenigen Landestheilen, in welchen die Eintheilung des Quadranten in Einhundert Grade bisher schon üblich gewesen, ist die fernere Anwendung dieser Eintheilungsmethode zulässig; jedoch müssen die betreffenden Karten und Berechnungen stets den ausdrücklichen Vermerk enthalten, daß solches geschehen ist.

Verpflichtungen der Feldmesser in Bezug auf die von ihnen auszuführenden Arbeiten.

§ 10. Der Feldmesser ist für die Richtigkeit aller von ihm ausgeführten Arbeiten verantwortlich.

Derselbe ist verpflichtet, in jedem Spezialfalle die geeignetste und beste Methode zur Ausführung aller Längen-, Flächen- und Höhenmessungen zu wählen, auch die Zeichnungen und Ausarbeitungen deutlich, korrekt, vollständig, kunstgerecht und tadelfrei zu bewirken.

§ 11. Jeder Behörde bleibt vorbehalten, über die Ausführung der unter ihrer Aufsicht zu bewirkenden Feldmesserarbeiten besondere Instruktionen zu

Cofnięcie instalacyi.

§ 4. Udzielone według §§ 1, 2 instalacye mogą stósownie do przepisu §§ 53, 54 Ordynacyi procederowéj dla Związku północno-niemieckiego z 21. Czerwca 1869 zostać cofnięte. Jeżeli orzeczono cofnięcie instalacyi względem takich konduktorów, którzy w resorcie Ministerstwa spraw agronomicznych uzyskali prawo do emerytury, wówczas dalsza przeciw nimż względem ostatecznego z urzędu złożenia procedura ma miejsce przez Ministerstwo spraw agronomicznych w drodze dyscyplinarnéj.

II. Wykonywanie robót mierniczych.

Instrumenta.

§ 5. Konduktór winien rzetelnymi posługiwać się intrumentami i odpowiada za to, aby takowe każdego czasu w rzetelnym utrzymywane były stanie.

Miary, zastósowywać się mające.

§ 6. Jako jednostka miary długości zastósowuje się metr wedle przepisu Regulaminu miar i wag dla Związku północno-niemieckiego z 17. Sierpnia 1868.

§ 7. Wszelka miara przestrzeni (miara kwadratowa) wyraża się według hektarów, arów i metrów kwadratowych resp., gdzie tego potrzeba, według ułamków dziesiętnych tychże.

§ 8. Jeżeli wymiary długości lub przestrzeni mają w innych wyrażone być miarach, wymiar winien jednakowóż każdą razą wedle metrowéj wykonać się miary a druga miara za pomocą obrachunku się wyśledzić.

Wyrażanie kątów.

§ 9. Kąty winny przy wszelkich pomiarach za zwyczaj podług stopni — których trzysta sześćdziesiąt idzie na koło — oraz wedle sześćdziesięcioczęściowych poddziałów tychże się wyrażać. Li w tych dzielnicach, w których był już dotąd w używaniu podział kwadrantu na sto stopni, dozwala się dalszego téjż metody podziałowéj zastósowania; jednakowóż winny odnośne mapy i obrachunku zawierać każdą razą wyraźny przypisek, iż to nastąpiło.

Powinności konduktorów we względzie wykonywanych przez nichż robót.

§ 10. Konduktor odpowiada za rzetelność wszelkich robót przezeń wykonanych.

Obowiązanym on jest, w każdym szczególowym przypadku najlepszą i najstósowniejszą ku wykonaniu wszelkich pomiarów długości, przestrzeni i wysokości obrać metodę, niemniéj rysunku i wypracowania wyraźnie, poprawnie, kompletnie, odpowiednio technicze i beznagannie sporządzać.

§ 11. Władzy każdéj zastrzega się wydanie szczególnych instrukcyi co do wykonywania mających się pod jéjż dozorem uskuteczniać

erlassen und eine besondere technische Kontrole der Feldmesserarbeiten anzuordnen.

Werden nur generelle Aufnahmen, Zusammenstellungen von Uebersichtsplänen nach alten Karten und andere dergleichen Arbeiten gefordert, bei welchen der im § 30 vorgeschriebene Grad der Genauigkeit nicht zu erreichen ist, so muß der Feldmesser die Art der Ausführung, sowie die benutzten älteren Pläne und den Grad der Genauigkeit der gelieferten Darstellung auf derselben bezeichnen.

§ 12. Die Ermittelung aller der Thatsachen und Angaben, welche durch die Natur des Auftrags bedingt werden, wie z. B. Ermittelung von Grenzen, Namen der Besitzer von Grundstücken, Hochwasserständen und dergleichen mehr, müssen mit der größten Sorgfalt bewirkt und es muß dies durch ausführliche Verhandlungen und Erläuterungen dargethan werden. Der Feldmesser ist für die Vollständigkeit solcher Ermittelungen und für die richtige Aufnahme und Darstellung der ihm gemachten Angaben in gleicher Weise verantwortlich, wie für alle seine übrigen Arbeiten.

§ 13. Der Feldmesser ist verpflichtet, die auf dem Felde zu führenden Vermessungs-Manuale (Feldbücher) in geordneten zusammenhängenden Heften von gutem, festem Papier so deutlich, korrekt und übersichtlich zu führen, daß auch jeder andere Feldmesser im Stande ist, die Auftragung danach zu bewirken. Das Datum, an welchem die Aufnahme geschehen ist, muß ebenfalls deutlich im Feldbuche bezeichnet werden. Haben bei der Aufnahme Versehen stattgefunden, welche bei einem richtigen Verfahren bei der Auftragung unbedingt sichtbar werden müssen, so dürfen Rektifikationen niemals durch Abänderung des im Feldbuche bereits Verzeichneten bewirkt werden, sondern es sind dann besondere deutliche Bemerkungen oder Nachträge zuzufügen.

§ 14. Dasselbe (§ 13) gilt auch von den Nivellements- und Peilungs-Manualen und von allen durch den Feldmesser auf dem Felde geführten Arbeitsbüchern, Heften, Meßtischblättern u. s. w.

§ 15. Die sämmtlichen Arbeitshefte und Tabellen müssen jederzeit auch während der Arbeit vollständig geordnet und übersichtlich gehalten werden.

§ 16. Auf den Brouillonplänen müssen die Stationslinien, sowie sie aus dem Feldbuche aufgetragen sind, mit feinen (in der Regel mit rothen) Linien ausgezogen und, übereinstimmend mit dem Feldbuche, durch Nummern oder Buchstaben bezeichnet werden.

§ 17. Bei den für jede größere Vermessung unentbehrlichen Hauptlinien oder trigonometrisch berechneten Hauptdreiecken sind die Längen der wirklich gemessenen Linien, desgleichen die trigonometrisch berechneten Längen, sowie die Winkel einzuschreiben.

robót mierniczych, jak niemniéj zarządzenie osobnéj technicznéj nad robotami mierniczemi kontroli.

Jeżeli li tylko generalne zdjęcia, zestawienia planów poględnych według starych map lub inne tym podobne żądane bywają roboty, u których przepisany w § 30 nie da się osiągnąć stopień dokładności, konduktór obowiązany jest sposób wykonania, jak niemniéj użyte starsze plany oraz stopień dokladności sporządzonego przedstawienia na témże oznaczyć.

§ 12. Wyśledzenie wszystkich tych faktów i podań, które z natury zlecenia winikają, jak np. wyśledzenie granic, nazwisk posiedzicieli gruntów, stanu wezbranych wód i tym podobnych, musi z jak największą wykonane być troskliwością, co obszernemi winno wykazaném być czynnościami i objaśnieniami. Konduktór za kompletność wyśledzeń takich, jak i za rzetelne przyjęcie i przedstawienie uczynionych mu podań odpowiada w rówien sposób, co za wszelkie inne swe roboty.

§ 13. Konduktór obowiązany jest, mające się na polu utrzymywać mannały rozmiercze (księgi polowe) utrzymywać w porządnych w związku z sobą będących zeszytach z dobrego, trwałego papieru — wyraźnie, poprawnie i poględnie, iżby i każdy inny konduktór był w stanie przeniesienie według tego uskutecznić. Data, pod którą przyjęcie nastąpiło, winna być również wyraźnie w księdze polowéj oznaczoną. Jeżeli przy przyjęciu zaszły pomyłki, które przy należytéj przy przeniesieniu procedurze muszą niechybnie stać się widocznemi, wówczas poprawki nie powinny nigdy uskutecznione być za pomocą zmiany uczynionych już w księdze polowéj zamieszczeń, ale raczéj winny w takim razie osobne wyraźne dodane być przypiski resp. dodatki.

§ 14. Toż (§ 13) rozumie się i o manuałach co do niwelaminów i zgłębień jako też o wszelkich przez konduktora na polu utrzymywanych księgach, zeszytach, stolikach mierniczych i t. d.

§ 15. Wszelkie zeszyty i tabele winny każdego czasu także i podczas pracy być w zupełnym porządku oraz poględnie utrzymywane.

§ 16. Na placach w brulionie winny linie stacyjne, tak jak je z księgi polowéj przyjęto, zostać cienkiemi (po zwyczaj czerwonemi) liniami wyciągnięte i, zgodnie z księgą polową, numerami lub literami oznaczone.

§ 17. U niezbędnych co do każdego większego rozmiaru linii głównych lub obliczonych trygonometrycznie trójkątów głównych winny długości wymierzonych rzeczywiście linii, jako też obliczone trygonometrycznie długości, niemniéj i kąty zostać zapisane.

Die Linien sind in Unter-Abtheilungen von 200 Meter Länge sorgfältig sichtbar einzutheilen.

§ 18. Die wahre Nordlinie und, bei Aufnahme mit der Boussole, die Abweichung der Magnetnadel von derselben muß auf dem Plane möglichst genau bezeichnet werden.

§ 19. Außer den durch Pfähle sorgfältig zu bezeichnenden Stationspunkten müssen in den Hauptlinien und in den Winkelpunkten der trigonometrischen Dreiecke noch besonders möglichst unverrückbare feste Punkte gebildet und es muß die Lage dieser Punkte und Linien durch geschriebene Maaßangaben mit anderen unverrückbaren Gegenständen in Beziehung gebracht werden. Ebenso sind die Nivellements an zahlreiche unverrückbare Punkte anzuschließen.

§ 20. Ueberhaupt ist der Feldmesser verpflichtet, in jedem einzelnen Falle die geeignetsten Maßregeln in Anwendung zu bringen, um die allgemeinste Anwendbarkeit, Deutlichkeit und dauernde Brauchbarkeit seiner Arbeit zu sichern.

§ 21. Wenn nicht durch besondere Anweisungen oder Vereinbarungen ein Anderes festgesetzt ist, muß zur Auftragung der Flächenmessungen jederzeit der Maaßstab von $^1/_{2500}$ der wirklichen Länge gewählt werden.

§ 22. Die Auftragung der Nivellements erfolgt, sofern nicht abweichende Vorschriften ertheilt sind, in den Längen nach dem Maaßstabe von $^1/_{5000}$ der wirklichen Länge, und in den Höhen nach dem fünfundzwanzigfachen Maaßstabe oder $^1/_{200}$ der wirklichen Größe, bei welchem fünf Millimeter Ein Meter darstellen.

### III. Revision der Feldmesserarbeiten.

#### Befugniß der Interessenten zum Antrage auf Revision.

§ 23. Mit Ausschluß der den Grundsteuer-Katastern und Büchern zum Grunde liegenden Vermessungen, hinsichtlich deren Revision besondere Vorschriften bestehen, kann Jeder, der bei der Richtigkeit einer von einem öffentlich angestellten Feldmesser gefertigten Feldmesserarbeit erweislich ein Interesse hat, eine Revision derselben verlangen.

#### Revisoren.

§ 24. Von den Regierungen (Landdrosteien) werden, im Einverständniß mit den Auseinandersetzungsbehörden, besondere Revisoren aus der Zahl der im Regierungsbezirke arbeitenden Feldmesser ernannt.

Nur die von diesen Revisoren ausgeführten Revisionen haben öffentlichen Glauben.

§ 25. Die Revisoren sind für die zweckmäßige Ausführung und für die Richtigkeit der von ihnen vorgenommenen Revisionen verantwortlich.

#### Anbringung der Anträge auf Revision.

§ 26. Anträge auf Revision von Vermessungen sind in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten bei der Auseinandersetzungsbehörde, in allen anderen Fällen

Linie muszą na poddziały 200 metrów długości zostać troskliwie i widzialnie podzielone.

§ 18. Prawdziwa linia północna a, przy przyjęciu busolą, zboczenie igły magnesowéj od téjże, winny być na planie jak najdokładniéj oznaczone.

§ 19. Oprócz punktów stacyjnych, palami troskliwie oznaczyć się mających, winny na liniach głównych i w punktach kątnych trygonometrycznych trójkątów zostać osobno jeszcze ile możności nieruszalne z miejsca stałe punkta utworzone a położenie tychż punktów i linii za pomocą pisanych podań miary z innymi nieruszalnymi z miejsca przedmiotami w styczność wprowadzone. Tak samo winny niwelaminy zostać do licznych nieruszalnych punktów przyłączone.

§ 20. W ogóle konduktór obowiązany jest, w każdym pojedynczym przypadku nastósowniejszych użyć środków, aby jak najpowszechniejszą zastósowalność, wyraźność i trwałą użyteczność swéj pracy zabezpieczyć.

§ 21. Gdyby szczególne instrukcye lub umowy nie ustanawiały czego innego, winna przy pryjmowaniu rozmiarów przestrzeni każdego czasu pomiarka $^1/_{2500}$ rzeczywistéj obraną być długości.

§ 22. Zamieszczenie niwelaminu, gdyby odmienne nie były udzielone przepisy, ma miejsce w długościach według pomiarki $^1/_{5000}$ rzeczywistéj długości, a we wysokościach według dwudziestopięciokrotnéj pomiarki czyli $^1/_{200}$ rzeczywistéj wielkości, przy czém pięć milimetrów przedstawia jeden metr.

### III. Rewizya robót mierniczych.

#### Prawo interesentów wnoszenia o rewizyą.

§ 23. Z wyjątkiem rozmiarów służących za podstawę katastrom i księgom podatku gruntowego, pod względem rewizyi których osobne istnieją przepisy, wolno każdemu, który w rzetelności pracy mierniczéj, przez ustanowionego publicznie konduktora sporządzonéj, ma dowodnie interes, żądać rewizyi téjże.

#### Rewizorowie.

§ 24. Regencye (starostwa) w porozumieniu z władzami separacyjnemi mianują osobnych rewizorów z liczby konduktorów, w obwodzie regencyjnym pracujących.

Li rewizye, przez tych rewizorów wykonane, mają wiarę publiczną.

§ 25. Rewizorowie odpowiadają za stósowne wykonanie oraz za rzetelność przedsięwziętych przez nichż rewizyi.

#### Podawanie wniosków o rewizyą.

§ 26. Wnioski o rewizyą rozmiarów w sprawach separacyjnych winny wystósowywane być do władzy separacyjnéj, we wszystkich innych

bei der Regierung (Landdrostei) anzubringen. Ueber das Ergebniß der Revision ist demnächst von der hiernach kompetenten Behörde mittelst Bescheides nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften (§§ 27 bis 33) zu befinden.

Zuziehung des Feldmessers.

§ 27. Der Feldmesser, welcher die Arbeit ausgeführt hat, muß von der bevorstehenden Revision rechtzeitig in Kenntniß gesetzt und eingeladen werden, derselben beizuwohnen. Es steht ihm frei, bei der Revision persönlich zu erscheinen oder einen anderen Feldmesser zu seiner Vertretung zu bestellen. Im Falle des Ausbleibens wird mit der Revision dennoch vorgegangen.

Prüfung der Feldbücher ꝛc.

§ 28. Bei der Revision sind vom Revisor zunächst auch die Feldbücher, Berechnungen u. s. w. einzusehen und einer Prüfung zu unterwerfen.

Revisionsverhandlung.

§ 29. Die Resultate der Revision und die gefundenen Maaße sind in einer Verhandlung ausführlich darzulegen. Diese Verhandlung ist, wenn der Feldmesser, dessen Arbeit revidirt wird, oder ein Vertreter desselben anwesend ist (§ 27), von dem Feldmesser oder seinem Vertreter mit zu unterzeichnen.

Bei den auf der Karte aufzutragenden Revisionslinien sind die bei der Nachmessung gefundenen Maaße genau einzuschreiben. Wo der Raum dies nicht gestattet, oder wo durch die Einschreibung Undeutlichkeiten herbeigeführt werden können, sind die Revisionslinien besonders aufzuzeichnen und darin die gegen die früheren Messungen gefundenen Differenzen einzutragen.

Fehlergrenzen.

§ 30. Die Messung wird als richtig angesehen, wenn bei der Revision die Differenzen nicht größer gefunden werden als:

a) bei Längenmessungen
   auf ebenem und wenig kupirtem Terrain $^2/_{1000}$ der wirklichen Länge, auf bergigem, sehr unebenem und kupirtem Terrain $^3/_{1000}$ der wirklichen Länge;

b) bei Flächenmessungen
   unter und bis einschließlich 1 Hektar pro Ar . . . . . . . . 1,4 □Meter,
   von mehr als 1 bis einschließlich 10 Hektaren pro Ar . . . . . 0,8 „
   über 10 Hektaren pro Ar . . . . 0,7 „

c) bei Höhenmessungen
   auf Längen
   bis zu 20 Meter einschließlich im Ganzen 4 Millimeter,

| | bis einschließlich Meter | | | |
|---|---|---|---|---|
| über 20 | 45 | im Ganzen | 6 | „ |
| „ 45 | 100 | „ „ | 9 | „ |
| „ 100 | 250 | „ „ | 14 | „ |
| „ 250 | 500 | „ „ | 20 | „ |

przypadkach zaś do regencyi (starostw). Co do wypadku rewizyi stanowi następnie kompetentna według tego władza mocą rezolucyi, w miarę następujących poniżéj przepisów (§ 27 do 33).

Przybranie konduktora.

§ 27. Konduktór, który robotę wykonał, winien o mającéj nastąpić rewizyi zostać wcześnie zawiadomionym i zaproszonym, aby jéj był przytomnym. Wolno mu jest na rewizyą osobiście przybywać lub innego konduktora do swego zastąpienia upoważnić. W razie nie przybycia konduktora ma bez niego rewizya się odbyć.

Rozpatrywanie ksiąg polowych i t. d.

§ 28. Przy rewizyi rewizór przegląda najpierw księgi polowe, obrachunki i t. d. i poddaje je rozpatrzeniu.

Czynność rewizyjna.

§ 29. Rezultaty rewizyi i wyśledzone miary przedstawiają się obszernie w protokóle. Protokół ten, jeżeli konduktór, którego robota bywa rewidowaną, lub zastępca jego jest obecnym (§ 27), winien przez konduktora resp. jego zastępcę zostać wespół podpisanym.

Obok mających się na mapie zamieścić linii rewizyjnych powinny miary, przy przemierzaniu wyśledzone, zostać dokładnie wpisane. Gdzieby do tego nie było miejsca, albo gdzieby przez wpisanie mogły zostać spowodowane niejasności, muszą linie rewizyjne zostać osobno zanotowane i przy tem wyśledzone w obec dawniejszych wymiarów dyferencye wciągnięte.

Granice dyferencyi.

§ 30. Rozmiar uważa się za rzetelny, gdyby przy rewizyi nie wyśledzono większych dyferencyi jak:

a) u rozmiarów długości
   na równym i mało przeciętym areale $^2/_{1000}$ rzeczywistéj długości, na górzystym, bardzo nierównym i przeciętym areale $^3/_{1000}$ długości;

b) u rozmiarów przestrzeni
   niżéj i aż włącznie do
   1 hektaru na ar . . . . . . 1,4 □metra,
   nad 1 aż włącznie do
   10 hektarów na ar . . . . 0,8 „
   nad 10 hektarów na ar . . . 0,7 „

c) u rozmiarów wyżyn
   na długości
   aż do 20 metrów włącznie
   w ogóle . . . . . . 4 milimetry,

| | aż do włącznie metrów | | |
|---|---|---|---|
| nad 20 | 45 | w ogóle . . | 6 milimetrów, |
| „ 45 | 100 | „ „ | 9 „ |
| „ 100 | 250 | „ „ | 14 „ |
| „ 250 | 500 | „ „ | 20 „ |

| | bis einschließlich Meter | | | |
|---|---|---|---|---|
| über | 500 | 1000 | im Ganzen | 28 Millimeter, |
| „ | 1000 | 2000 | „ „ | 40 „ |
| „ | 2000 | 3000 | „ „ | 49 „ |
| „ | 3000 | 4000 | „ „ | 56 „ |
| „ | 4000 | 5000 | „ „ | 63 „ |
| „ | 5000 | 6000 | „ „ | 69 „ |
| „ | 6000 | 7500 | „ „ | 77 „ |

Zur Revision eines Nivellements sind ganz besonders zuverlässige und zweckentsprechende Instrumente anzuwenden.

#### Revisionskosten.

§ 31. Ergiebt die Revision nicht größere als die vorbezeichneten Differenzen, so ist der Extrahent die Kosten zu tragen verpflichtet.

§ 32. Finden sich dagegen größere Differenzen, so fallen dem Feldmesser, der die ungenaue Arbeit ausgeführt hat, die Revisionskosten zur Last; überdies ist derselbe zur unentgeltlichen Vervollständigung der Arbeit verpflichtet.

#### Unbrauchbarkeit von Feldmesserarbeiten.

§ 33. Uebersteigen die Differenzen das Doppelte der nach § 30 zulässigen, so ist die Arbeit entweder ganz oder theilweise unbrauchbar. Der Revisor hat sich in seinem Gutachten ausführlich und motivirt darüber zu äußern, wiefern die Arbeit überhaupt noch für brauchbar zu erachten sei, und es ist demnächst von der Behörde, welche die Revision veranlaßt hat (§ 26), hierüber Entscheidung zu treffen. Auch bleibt es deren Bestimmung überlassen, ob die Rektifikation der Arbeit durch den Feldmesser, welcher die Arbeit ausgeführt hat, oder für seine Rechnung durch einen anderen bewirkt werden soll.

#### Rekurs gegen den Revisionsbescheid.

§ 34. Der Rekurs gegen den in Folge des Revisionsverfahrens ergehenden Bescheid (§ 26) ist bei solchen Arbeiten, welche im Auftrage einer Auseinandersetzungsbehörde ausgeführt sind, bei dem Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, in allen anderen Fällen aber bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten anzubringen.

Dem Ministerium bleibt es überlassen, auf Grund der vorhandenen Vorlagen Entscheidung zu treffen oder Behufs derselben eine neue Revision durch einen zweiten Revisor, unter Zuziehung des ersten Revisors und des Feldmessers, welcher die Arbeit ausgeführt hat, zu veranlassen.

Durch den Rekursbescheid des Ministeriums wird nicht nur über die Beschaffenheit der Arbeit, über die gegen die Richtigkeit der Revision erhobenen Einwendungen und über die etwa nöthig werdende Rektifikation, Vervollständigung oder Neufertigung der Arbeit schließlich entschieden, sondern auch in Betreff der sämmtlichen Kosten darüber Festsetzung getroffen, wem dieselben zur Last zu legen, resp. wie sie zu repartiren sind.

| | aż do włącznie metrów | | | |
|---|---|---|---|---|
| nad | 500 | 1000 | w ogóle . . | 28 milimetrów, |
| „ | 1000 | 2000 | „ „ | 40 „ |
| „ | 2000 | 3000 | „ „ | 49 „ |
| „ | 3000 | 4000 | „ „ | 56 „ |
| „ | 4000 | 5000 | „ „ | 63 „ |
| „ | 5000 | 6000 | „ „ | 69 „ |
| „ | 6000 | 7500 | „ „ | 77 „ |

Do rewizyi niwelaminów należy szczególniéj dokładnych i celowi odpowiednich używać instrumentów.

#### Koszta rewizyi.

§ 31. Jeżeli rewizya nie wykazuje większych aniżeli powyż wyrażonych dyferencyi, koszta onejże ponosi extrahent.

§ 32. Jeżeli natomiast większe wykryto dyferencye, wówczas koszta rewizyi ciążą konduktorowi, który niedokładną pracę wykonał; nadto obowiązanym on jest pracę bezpłatnie uzupełnić.

#### Niezdatność robót mierniczych.

§ 33. Jeżeli dyferencye przewyższają drugie tyle dyferencyi wedle § 30 dozwolonych, wówczas robota uważa się całkiem lub częściowo za niezdatną. Rewizor w opinii swéj winien obszernie i w umotywowany sposób oświadczyć się co do tego, o ile praca może w ogóle jeszcze uważać się za przydatną, zaczem władza, która rewizyą spowodowała (§ 26), wyda co do tego decyzyą. Pozostawia się też jéj postanowieniu, czyli sprostowanie pracy ma uskutecznić sam konduktór, który pracę wykonał, lub inny na jego koszta.

#### Rekurs od decyzyi rewizyjnéj.

§ 34. Rekurs od decyzyi, w skutek postępowania rewizyjnego zapadającéj (§ 26), u prac takich, które z polecenia władzy separacyjnéj wykonano, idzie do Ministra spraw agronomicznych, we wszystkich innych przypadkach zaś do Ministra handlu, przemysłu i robót publicznych.

Minister mocen jest, na zasadzie istniejących akt decyzyą wydać lub celem tejże nową rewizyą przez drugiego rewizora — za przybraniem pierwszego oraz konduktora, który pracę wykonał — spowodować.

Decyzya rekursowa Ministerstwa rozstrzyga ostatecznie nie tylko co do jakości pracy, co do reklamacyi przeciwko rzetelności rewizyi oraz co do wymaganéj na przypadek rektifikacyi, uzupełnienia lub nowego sporządzenia pracy, lecz także stanowi i o wszelkich kosztach, komu takowe ciążą, resp. jak mają być rozdzielone.

**Gegen diese Entscheidung findet keine weitere Berufung statt.**

Verfahren im Fall von Zweifeln über die Zuverlässigkeit oder Befähigung von Feldmessern.

§ 35. Werden bei der Revision Differenzen gefunden, welche das Doppelte der nach § 30 zulässigen übersteigen, und werden sonst die Arbeiten eines öffentlich angestellten Feldmessers so unrichtig und mangelhaft befunden, daß in Betreff der Zuverlässigkeit oder der Befähigung desselben Zweifel entstehen, so sind die Arbeiten und die darüber gepflogenen Verhandlungen durch die betreffende Regierung (Landdrostei) dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zur Beschlußnahme vorzulegen, ob das Verfahren wegen Zurücknahme der Bestallung (§ 4) einzuleiten sei.

IV. Bezahlung der Feldmesserarbeiten.

Anzuwendende Bestimmungen.

§ 36. Hinsichtlich der bei den Auseinandersetzungssachen und den Wasserstau-, Ent- und Bewässerungsangelegenheiten in der Provinz Hannover beschäftigten Feldmesser verbleibt es mit Bezug auf die Bezahlung ihrer Arbeiten bei den Vorschriften des Gemeinheitstheilungsgesetzes vom 30. Juni 1842 (Hann. Gesetz-Samml. 1842 Abth. I. S. 145) und des Gesetzes über Entwässerung ꝛc. vom 22. August 1847 (Hann. Gesetz-Samml. 1847 Abth. I. S. 263), hinsichtlich der Gebühren des Landgeometers in Frankfurt a. M. bei der Verordnung, betreffend die Bildung der Feldgerichte ꝛc., vom 10. März 1825 (Frankfurter Gesetz- und Statuten-Sammlung Bd. IV. S. 7—27) und hinsichtlich der Gebühren ꝛc. für die bei der Veranlagung der Grundsteuer vorkommenden geometrischen Arbeiten bei der Verordnung vom 4. Juli 1863 (Preuß. Ges.-Samml. 1863 S. 724) und bei den auf Grund dieser Verordnung erlassenen ergänzenden Bestimmungen.

Im Uebrigen gelten für die Bezahlung der nach der Publikation dieses Reglements im Auftrage von Staatsbehörden angefertigten Feldmesserarbeiten, sofern nicht besondere Entschädigungssätze vorher vereinbart sind, nachstehende Bestimmungen (§§ 37 bis 54).

Art der Bezahlung.

§ 37. Die Feldmesserarbeiten werden entweder nach Gebührensätzen oder nach Diätensätzen bezahlt.

Gebührensätze.

§ 38. Bei Vermessungen, welche den Bedingungen entsprechen, die an eine für eine Auseinandersetzungs-Angelegenheit bestimmte Aufnahme gestellt werden müssen, wird bei ebenem Terrain 5 Sgr. pro Hektar gezahlt; in kupirtem oder bergigem Terrain kann der Gebührensatz bis zu 6 Sgr. pro Hektar erhöht werden.

§ 39. Wenn in einer Haupt-Feldabtheilung die Zahl der Parzellen, deren Aufnahme und Berechnung nothwendig war, das Doppelte der Zahl der Hektaren erreicht, so wird eine Zulage von 8 Pfennigen pro Hektar gewährt.

**Od decyzyi téj nie ma miejsca dalszy rekurs.**

Procedura w razie wątpliwości co do uzdolnienia lub niezawodności konduktorów.

§ 35. Jeżeliby przy rewizyi wykryto dyferencye, przewyższające drugie tyle dyferencyi wedle § 30 dozwolonych, lub gdyby zkąd innąd prace ustanowionego publicznie konduktora wykazały się tak mylnemi i wadliwemi, iżby co do niezawodności lub uzdolnienia konduktora powstała wątpliwość, w takim przypadku prace oraz przyjęte co do nich czynności winny przez odnośną regencyą (starostwo) przedłożyć się Ministerstwu handlu, przemysłu i robót publicznych w celu postanowienia uchwały, czyby miano zaprowadzić procedurę względem cofnięcia instalacyi (§ 4).

IV. Płaca za roboty miernicze.

Postanowienia, zastósowywać się mające.

§ 36. Co się tyczy konduktorów zatrudnionych w sprawach separacyjnych i sprawach co do przy- resp. odpływu wody (Wasserstau), w sprawach co do osuszenia i irygacyi w prowincyi Hanowerskiéj, pozostaje we względzie płacy za ichż roboty przy przepisach prawa co do podziału wspólności z 30. Czerwca 1842 (Hanowerski Zbiór Praw 1842. Rozdz. I. str. 145) i prawa o osuszaniu i t. d. z 22. Sierpnia 1847 (Hanowerski Zbiór Praw 1847. Rozdz. I. str. 263), co się tyczy należytości konduktora we Frankfurcie n. M. — przy rozporządzeniu, tyczącem się utworzenia sądów polowych i t. d., z 10. Marca 1825 (Frankfurtski Zbiór Praw i Statutów Tom IV. str. 7—27), a co się tyczy należytości i t. d. za prace geometryczne, przy rozkładaniu podatku gruntowego zachodzące, przy rozporządzeniu z 4. Lipca 1863 (Pruski Zbiór Praw 1863 str. 724) i przy wydanych na mocy rozporządzenia tegoż postanowieniach uzupełniających.

Zresztą co do zapłaty za roboty miernicze, po publikacyi obecnego Regulaminu z polecenia władz rządowych sporządzone, o ileby szczególne nie były zostały umówione wpierw indemnizacye, dają miarę postanowienia następujące (§§ 37 do 54).

Sposób zapłaty.

§ 37. Za prace miernicze płaci się już to sposobem należytości już sposobem dyet.

Należytości.

§ 38. Przy pomiarach odpowiadających warunkom, jakie kłaść się muszą co do pracy przeznaczonéj dla sprawy separacyjnéj, płaci się na równym areale 5 sgr. za hektar; na przeciętym lub górzystym areale może należytość być do 6 sgr. za hektar zwyższoną.

§ 39. Jeżeli w głównym dziale pola liczba płós, przyjęcie i obliczenie których było potrzebnem, przechodzi drugie tyle liczby hektarów, przyzwala się dopłata 8 fenygów za hektar.

§ 40. Kommen in einer Feldmark einzelne, über 15 Hektaren große Flächen vor, bei welchen nur der Umfang und die etwa die Fläche durchschneidenden Hauptlinien gemessen werden durften, so werden nach Maßgabe der Terrainbeschaffenheit (§ 38) nur 3 Sgr. 4 Pf. resp. 4 Sgr. pro Hektar gezahlt.

§ 41. Für die vorstehend bezeichneten Sätze hat der Feldmesser folgende Gegenstände, gehörig geordnet, abzuliefern:

a) die nach § 12 aufgenommenen Verhandlungen und Erläuterungen, sowie die bei Ausführung des Geschäfts geführten Akten;
b) die sämmtlichen, in § 13 bezeichneten Vermessungs-Manuale (Feldbücher), ebenso die etwaigen Berechnungen, trigonometrischen Sätze, sowie die speziellen Flächenberechnungen, dieselben mögen nach Original- oder Zirkelmaaßen oder mit besonderen, zur Flächenberechnung geeigneten Instrumenten bewirkt sein;
c) das Brouillon des Vermessungsregisters in der für die Auseinandersetzungsarbeiten erforderlichen Form und eine Reinschrift desselben;
d) einen nach § 16 vorschriftsmäßig aufgetragenen und deutlich, ohne Färbung zu großer Flächen, gezeichneten Brouillonplan;
e) eine Kopie der Brouillonkarte, als Reinkarte gezeichnet, ohne Eintragung der Stationslinien, jedoch mit Angabe und Eintheilung der gemessenen oder trigonometrisch berechneten Hauptlinien und Dreiecke.

Sowohl zum Brouillonplane als zur Reinkarte muß Velinpapier guter Qualität genommen werden, welches auf feiner Leinewand oder Kattun so lange Zeit vor dem Gebrauch sorgfältig aufgezogen sein muß, daß ein nachtheiliges Verziehen nicht mehr stattfinden kann.

§ 42. Für Anfertigung von Vermessungsregistern nach fertigen Karten wird, ohne Preiserhöhung für kupirtes oder bergiges Terrain, ein Drittheil der in den §§ 38 bis 40 festgestellten Gebührensätze gezahlt.

§ 43. Das Kopiren von Karten wird nach folgenden Sätzen bezahlt:

für den zehnten Theil eines Quadratmeters des bezeichneten Raumes, wobei die Schrift in mäßiger und der Deutlichkeit entsprechenden Größe mitgerechnet wird, bei einem Maaßstabe

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| von 1/2500 der natürlichen Größe . . . | 1 | 2 | 6 |
| „ 1/3000 „ „ „ . . . . | 1 | 5 | — |
| „ 1/4000 „ „ „ . . . . | 1 | 12 | 6 |
| „ 1/5000 „ „ „ . . . . | 1 | 22 | 6 |

Kopien nach anderen Maaßstäben sind gegen Diätensätze zu bewirken.

§ 40. Jeżeli w jakim odrębie polowym zdarzają się pojedyncze przestrzeni nad 15 hektarów wielkości, u których li rozmiar oraz przerzynające na przypadek przestrzeń linie główne potrzebowały być mierzone, w takim razie płaci się li 3 sgr. 4 fen. resp. 4 sgr. za hektar, stósownie do jakości areału (§ 38).

§ 41. Za wyż wzmienione opłaty konduktorów obowiązany jest następujące przedmioty należycie uporządkowane oddać:

a) przyjęte według § 12 czynności i objaśnienia, jako też utrzymywane przy wykonywaniu pracy akta;
b) wszelkie, w § 13 oznaczone manuały rozmiercze (księgi polowe), tak samo jakowe obrachunki, tezy trygonometryczne, niemniéj szczegółowe obliczenia przestrzeni, bez różnicy czyby takowe były uskutecznione wedle miar oryginalnych resp. cyrklowych lub osobnymi instrumentami, do obliczania przestrzeni stósownymi;
c) brulion regestru rozmierczego we formie wymaganéj dla prac separacyjnych, oraz mundum tegoż;
d) przyjęty według przepisu § 16 i wyraźnie, bez kolorowania za wielkich przestrzeni, narysowany plan brulionowy;
e) kopią mapy brulionowéj, na czysto narysowanéj bez wciągania linii stacyjnych, jednakże z podaniem i podziałem rozmierzonych lub trygonometrycznie obliczonych linii głównych i trójkątów.

Tak do planu brulionowego jak i do karty na czysto musi użytym być dobry papier welinowy, który na piękne płótno lub dobry kartun winien tak długo przed użyciem zostać trosklliwie wciągniętym, iżby szkodliwe nie mogło już nastąpić rozwleczenie.

§ 42. Za sporządzenie regestrów rozmierczych podług gotowych map płaci się jedna trzecia ustanowionych w § §§ 30 do 40 należytości, bez zwyższenia ceny za areał przecięty lub górzysty.

§ 43. Za kopiowanie map płacą się następujące pozycye:

za dziesiątą część metru kwadratowego oznaczonéj przestrzeni — przy czem policza się pismo wyraźne i pomiernéj wielkości — u pomiarki

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| 1/2500 wielkości naturalnéj . . . . . | 1 | 2 | 6 |
| 1/3000 „ „ . . . . . | 1 | 5 | — |
| 1/4000 „ „ . . . . . | 1 | 12 | 6 |
| 1/5000 „ „ . . . . . | 1 | 22 | 6 |

Kopie wedle innych pomiarek uskuteczniają się za dyetami.

**Bezahlung nach Diätensätzen.**

§ 44. Alle Flächenvermessungen anderer als der im § 38 bezeichneten Art, z. B. die Aufnahme von städtischen Grundstücken, Dorflagen, Gärten und Worthen, desgleichen die Eintheilung von Feldmarken, ferner Fluß- und Stromvermessungen, die Aufnahme von Wegen, einzelnen Linien u. s. w., sowie alle Nivellements werden, wenn nicht etwas anderes ver
einbart ist, nach Diätensätzen bezahlt.

§ 45. Bei Beschäftigung gegen Diäten muß jeder Feldmesser täglich mindestens 8 Stunden arbeiten.

§ 46. Das Tagebuch, welches von dem Feldmesser zu führen und jeden Abend pflichtmäßig zu vervollständigen ist, und die Feldbücher, Nivellementstabellen, trigonometrische Flächen- und Eintheilungs-Berechnungen müssen am Schluß jedes Tages das Geleistete vollständig nachweisen.

Das Tagebuch ist den einzelnen Diätenliquidationen stets beizufügen.

§ 47. Der Feldmesser ist für die Richtigkeit der Angaben im Tagebuch, im Feldbuche und in den Berechnungen verantwortlich.

Bei absichtlich unrichtigen Angaben ist jederzeit das Verfahren wegen Zurücknahme der Bestallung (§ 4) einzuleiten.

§ 48. Mit den Zeichnungen der Aufnahmen und den vollendeten Arbeiten sind auch die Vermessungs- und Nivellements-Manuale (Feldbücher), desgleichen die Meßtischblätter, überhaupt alle Arbeiten, die zur Auftragung gedient haben, sowie die trigonometrischen Flächen- und sonstigen Berechnungen, vollständig geordnet und übersichtlich, abzuliefern.

§ 49. Wenn bei der Ertheilung des Auftrags nicht besondere Bestimmungen stattgefunden haben, so kommt dem Feldmesser sowohl für den Arbeits- als für den Reisetag, ohne Unterschied, ob an dem letzteren auch gearbeitet worden oder nicht, ein Diätensatz von 2 Thlrn. und 15 Sgr. zu.

Diese Diäten können bei Arbeiten außerhalb des Wohnorts des Feldmessers auch

1) für solche Tage, an denen die Witterung das Arbeiten im Felde verhindert,
2) für die zwischen den Arbeitstagen liegenden Sonn- und Festtage mit Ausschluß derjenigen Fälle, in denen ein Sonn- und ein Festtag oder mehrere Festtage unmittelbar auf einander folgen,

liquidirt werden, insoweit diese Tage von dem Feldmesser außerhalb seines Wohnorts haben zugebracht werden müssen.

Dagegen darf neben den Diäten (für die volle Zahl der Kalendertage) niemals eine Bezahlung für Ueberstunden gefordert werden, soweit solche nicht in einzelnen Fällen auf Grund des § 36 dieses Reglements zugesichert ist.

**Zapłata wedle dyet.**

§ 44. Za wszelkie rozmiary przestrzeni innego aniżeli w § 38 oznaczonego rodzaju, n. p. przyjęcie gruntów miejskich, sytuacyi wsi, ogrodów i wysepek, tak samo za podział obrębów polnych, daléj za pomiary rzek i rzeczek, przyjęcie dróg, pojedyńczych linii i t. d., niemniéj za wszelkie niwelaminy, płaci się wedle dyet chybaby co innego było umówionem.

§ 45. Przy zatrudnieniu za dyetami konduktór każdy obowiązany jest przynajmniéj 8 godzin pracować.

§ 46. Żurnal, który przez konduktora winien być utrzymywanym i każdego wieczora należycie uzupełnianym, oraz księgi polowe, tabele niwelacyjne, trygonometryczne obliczenia przestrzeni i podziałów, powinny na końcu każdego dnia wykonaną pracę zupełnie wykazywać.

Żurnal powinien do pojedyńczych likwidacyi dyet być każdą razą dołączonym.

§ 47. Konduktór odpowiada za rzetelność podań w żurnalu, w księdze polowéj i w obrachunkach.

W razie podań umyślnie mylnych należy każdą razą zaprowadzić procedurę względem cofnięcia instalacyi (§ 4).

§ 48. Z rysunkami przyjęć i ukończonemi pracami winny oddane być i manuały rozmiercze resp. niwelaminacyjne (księgi polowe), tak samo stoliki rozmiercze, zgoła wszelkie prace, które służyły do wciągnienia, niemniéj trygonometryczne obliczenia przestrzeni oraz inne obliczenia, i to kompletnie uporządkowane i poględnie zestawione.

§ 49. Jeżeli przy udzielaniu polecenia szczególne nie nastąpiły postanowienia, konduktorowi tak za dzień pracy jak i za dzień podróży — bez różnicy, czyby w tymż ostatnim był zarazem pracował lub nie — należy się dyet 2 tal. i 15 sgr.

Dyety te u prac po za miejscem zamieszkania konduktora mogą likwidowane być i

1) za takie dni, w których powietrze pracowaniu w polu przeszkadzało,
2) za położone pomiędzy dniami roboczemi dni niedzielne i świąteczne, z wyjątkiem tych przypadków, w którychby dzień niedzielny i dzień świąteczny lub kilka dni świątecznych bezpośrednio po sobie nastąpowały,

skoro dni te konduktór musiał był po za miejscem zamieszkania swego przepędzić.

Natomiast obok dyet (za zupełną liczbę kalendarzowych) nie wolno żądać nigdy zapłaty za godziny nadkompletowe (Ueberstunden), chybaby zapłata taka w pojedyńczych przypadkach była na mocy § 36 obecnego Regulaminu zapewnioną.

Diäten der Vermessungsrevisoren.

§ 50. Vermessungsrevisoren beziehen bei den Geschäften und Reisen, welche ihnen Behufs Feststellung der Richtigkeit der von anderen Feldmessern ausgeführten Messungen und Berechnungen übertragen werden, drei Thaler Diäten.

Wird den Vermessungsrevisoren die Rektifikation der als unrichtig erkannten Arbeiten übertragen, so erhalten dieselben dafür nur den nach § 49 zu gewährenden Diätensatz.

Dyety rewizorów rozmierczych.

§ 50. Rewizorowie rozmierczy za czynności i podróże, które im poruczone bywają celem sprawdzenia rzetelności rozmiarów i obrachunków, przez innych konduktorów wykonanych, pobierają trzy talary tyet.

W razie poruczenia rewizorom rozmierczym rektyfikacyi prac, za fałszywe uznanych, otrzymują oni za to li dyety wedle § 49.

Feldzulage.

§ 51. Außer den Diäten erhält der Felmesser wie der Revisor für jeden Kalendertag, welchen er im Interesse der Arbeiten ganz oder theilweise, und zwar in mehr als 1/4 Meile Entfernung, außerhalb seines Wohnorts nothwendig hat zubringen müssen, eine Feldzulage von funfzehn Silbergroschen.

Für Tage aber, welche lediglich auf solche Stubenarbeiten verwendet worden sind, die der Feldmesser oder Revisor eben so gut an seinem Wohnorte hätte erledigen können, kann die Feldzulage nicht liquidirt werden.

Denjenigen in Auseinandersetzungssachen beschäftigten Feldmessern, welche nach § 5 des Kostenregulativs vom 25. April 1836. (Preuß. Gesetz-Sammlung S. 277) die Gewährung freier Wohnung nebst Heizung und Erleuchtung von den Interessenten zu fordern haben, steht hierneben ein Anspruch auf Feldzulage nicht zu.

Dodatek polowy.

§ 51. Oprócz dyet konduktór jak i rewizor za każdy dzień kalendarzowy, który w interesie prac był musiał całkiem lub w części przepędzić koniecznie po za miejscem zamieszkania swego — i to w oddaleniu nad 1/4 mili — otrzymuje dodatek polowy w ilości piętnastu srebrnych groszy.

Za dni zaś, które jedynie na takie spędzono prace domowe, które konduktór lub rewizor mógł tam samo w swem miejscu zamieszkania był załatwić, nie wolno likwidować dodatku polowego.

Tym konduktorom, w sprawach separacyjnych zatrudnionym, którzy według § 5 Regulaminu kosztów z 25. Kwietnia 1836. (Pr. Zb. Pr. str. 277) mają prawo żądać od interesentów dostarczania wolnego pomieszkania, ogrzania i oświetlenia, nie przysługuje obok tego pretensya do dodatku polowego.

Auslagen.

§ 52. Wenn den Feldmessern und Revisoren die zu den Arbeiten auf dem Felde erforderlichen brauchbaren und geübten Handarbeiter nicht gestellt werden, so können sie dieselben für Rechnung der Interessenten in der nothwendigen Zahl annehmen und denselben, wegen der schwierigeren und mehr Geschicklichkeit erfordernden Arbeit, ein, das ortsübliche bis zu 25 Prozent übersteigendes, Tagelohn bewilligen. Auch werden den Feldmessern und Revisoren die Anschaffungskosten der zu den Vermessungen und Nivellements erforderlichen Pfähle, sowie die sonstigen baaren Auslagen für Kahnmiethe, Botengänge u. s. w., insofern die Betheiligten die Natural-Lieferungen und Leistungen ablehnen, gegen quittirte Beläge vergütigt.

Wyłogi.

§ 52. Gdyby konduktorom i rewizorom nie dostawiono potrzebnych do prac w polu — zdatnych i wprawnych robotników ręcznych, wolno im takowych na rachunek interesentów we wymaganej liczbie przyjąć i im, dla trudniejszéj i więcéj zręczności wymagającéj pracy, płacę dzienną, zwyczajną w miejscu aż do dwudziestu pięciu procent przewyższającą, przyzwolić. Niemniéj wynagradzają się konduktorom i rewizorom za kwitem koszta sprawienia wymaganych do rozmiarów i niwelaminów pali, jako też inne gotowe wyłogi za najęcie łodzi, płacę posłom i t. d., gdyby interesenci dostarczenie posług takichż in natura odmówili.

Reisekosten.

§ 53. Feldmesser und Revisoren erhalten, um sich von ihrem Wohnsitze oder von ihrem derzeitigen Aufenthaltsorte an den Ort der Vermessung und zurück zu begeben, incl. der Fortschaffung der Karten und Instrumente:

a) bei Reisen auf Eisenbahnen oder auf Dampfschiffen auf die Meile 7 Sgr. 6 Pf. und außer-

Koszta podróży.

§ 53. Konduktorzy i rewizorowie celem udania się z miejsca zamieszkania lub miejsca czasowego pobytu swego na miejsce rozmiaru resp. powrócenia tam ztąd napowrót, włącznie z wysłaniem map i instrumentów — otrzymują:

a) u podróży kolejami żelaznemi lub statkami parowymi na milę 7 sgr. 6 fen., a nadto

dem für jeden Zu- und Abgang nach und von der Eisenbahn zusammen 15 Sgr.;

b) bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden, auf die Meile Einen Thaler.

Vergütung für Zeichenpapier.

§ 54. Für das zu den Karten und Zeichnungen zu verwendende Zeichenpapier bester Qualität werden für 0,1 Quadratmeter 3 Sgr. 9 Pf., wenn dasselbe aber auf Kattun oder Leinewand aufgezogen ist, sieben Sgr. sechs Pf. vergütet. Andere Auslagen für Schreib- und Zeichenmaterialien können nicht liquidirt werden.

Festsetzung von zweifelerregenden Liquidationen.

§ 55. Entstehen Zweifel über die Richtigkeit der von dem Feldmesser für die Ausführung von Aufträgen der Staatsbehörden aufgestellten Liquidationen seiner Gebühren, Diäten oder Auslagen, sei es, weil die angesetzten Sätze bestritten oder weil die ungenügende Beschaffenheit der abzuliefernden Gegenstände oder ungenügende Leistungen in der verwendeten Zeit behauptet werden, so erfolgt die Festsetzung der Liquidation durch die Regierung (Landdrostei) resp. die betreffende Auseinandersetzungsbehörde auf Grund des Gutachtens eines von ihr zu bestimmenden Beamten, welcher die Feldmesserprüfung bestanden hat. Dieser Beamte ist verpflichtet, die Arbeiten des Feldmessers mit den Feldbüchern, Tagebüchern und Berechnungen genau zu vergleichen und dann die etwa für nöthig erachteten Reduktionen gehörig zu begründen.

Die Kosten dieser Revision trägt jedesmal der Extrahent, vorbehaltlich des Regresses an den Feldmesser. Die Kosten für die von Amtswegen veranlaßten Prüfungen der Liquidationen der bei den Auseinandersetzungsbehörden beschäftigten Feldmesser werden auf allgemeine Staatsfonds übernommen.

§ 56. Gegen diese Festsetzung (§ 55) steht bei Arbeiten, welche im Auftrage einer Auseinandersetzungsbehörde ausgeführt sind, der Rekurs an das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, in allen anderen Fällen an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten binnen 6 Wochen nach Empfang der Mittheilung über die erfolgte Festsetzung offen.

Gegen die Entscheidung des Ministeriums findet keine Berufung statt.

§ 57. Die obigen Bestimmungen über das Verfahren bei Prüfung und Festsetzung der Feldmesser-Liquidationen (§§ 55, 56) finden in allen Fällen und auch dann statt, wenn andere als die im gegenwärtigen Reglement festgesetzten Gebühren- oder Diätensätze zwischen der Behörde und dem Feldmesser vereinbart sein sollten, es sei denn, daß durch die

za każde udanie się na dworzec kolei resp. z dworca do domu (Zu- und Abgang) razem 15 sgr.;

b) u podróży nie odbywanych kolejami żelaznemi lub statkami parowymi, na milę jeden talar.

Wynagrodzenie za papier do rysunków.

§ 54. Za mający się do map i rysunków użyć papier rysunkowy najlepszéj jakości wynagradza się za 0,1 metru kwadratowego 3 sgr. 9 fen., jeżeli takowy zaś wciągnięty jest na kartun lub płótno, 7 sgr. 6 fen. Innych wyłogów za materyały do pisania i rysowania nie wolno likwidować.

Ustanawianie likwidacyi wątpliwych.

§ 55. Gdyby powstała wątpliwość co do rzetelności ustawionych przez konduktora za wykonanie poleceń władz rządowych — należytości, dyet lub wyłogów jego, już to, ponieważ zamieszczone pozycye bywają zakwestyonowane, już ponieważ interesent twierdzi, iż jakość mających się oddać przedmiotów jest niedostateczną lub iż prace nie odpowiadają czasowi na nie spędzonemu, wówczas ustanowienie likwidacyi ma miejsce przez regencyą (starostwo) resp. odnośną władzę separacyjną, na zasadzie opinii mającego się przez nię naznaczyć urzędnika, który złożył popis na konduktora. Urzędnik ten obowiązany jest, roboty konduktora porównać ściśle z księgami polowemi, żurnalami i obrachunkami a następnie redukcye, któreby na przypadek uznał za potrzebne, należycie uzasadnić.

Koszta rewizyi tejże ponosi każdą razą extrahent, z zastrzeżeniem regresu do konduktora. Koszta za spowodowane z urzędu rewizye likwidacyi konduktorów zatrudnionych przy władzach separacyjnych przejmują się na powszechne fundusze państwa.

§ 56. Od ustanowienia tego (§ 55) u robót, które wykonano z polecenia władzy separacyjnéj, służy rekurs do Ministerstwa spraw agronomicznych, we wszystkich innych przypadkach do Ministerstwa handlu, przemysłu i robót publicznych — w przeciągu sześciu tygodni po odbiorze komunikacyi o uskutecznionem ustanowieniu.

Od decyzyi Ministerstwa nie ma miejsca rekurs.

§ 57. Powyższe postanowienia co do procedury przy rewizyi i ustanawianiu likwidacyi konduktorów (§§ 55, 56) zastosowują się we wszystkich przypadkach i wtenczas, gdyby inne aniżeli w obecnym Regulaminie ustanowione należytości lub dyety były pomiędzy władzą a konduktorem umówione, wyjąwszy, żeby intere-

betheiligte Behörde ein Sachverständiger, welcher die Feldmesserprüfung bestanden hat, zur endgültigen Festsetzung der Liquidationen ausdrücklich bestimmt ist und der Feldmesser der Festsetzung seiner Liquidationen durch diesen Sachverständigen mit gänzlichem Ausschlusse der Reglements-Bestimmungen sich rechtsgültig unterworfen hat.

Berlin, den 2. März 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Gr. v. Itzenplitz.

Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.
v. Selchow.

Der Finanzminister.
Camphausen.

sowana władza była wyraźnie biegłego, który złożył popis na konduktora, przeznaczyła do stanowczego ustanowienia likwidacyi, a konduktór ustanowieniu swych likwidacyi przez owegóż biegłego, z zupełnem postanowieniem Regulaminu pominięciem, był się prawoważnie poddał.

Berlin, dnia 2. Marca 1871.

Minister handlu, przemysłu i robót publicznych.
Hr. Itzenplitz.

Minister spraw agronomicznych.
Selchow.

Minister skarbu.
Camphausen.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

№ 17.

Bromberg, den 28. April 1871.


## Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**277** Das 15. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 626. Bekanntmachung des fünften Verzeichnisses derjenigen höheren Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualification zum einjährig freiwilligen Militairdienst berechtigt sind. Vom 28. März 1871.

Nr. 627. Bekanntmachung, betreffend diejenigen Gymnasien, welche hinsichtlich ihrer vom Unterrichte in der Griechischen Sprache dispensirten Schüler zu den im § 154 Nr. 2 c. der Militair-Ersatzinstruction vom 26. März 1868 bezeichneten Lehranstalten gehören. Vom 28. März 1871.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**278** Das 7. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7793. Gesetz, betreffend die Indemnitäts-Ertheilung in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes vom 9. März 1867 und die Festistellung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 19. März 1870 zu deckenden Ausgaben aus dem Jahre 1868. Vom 2. März 1871.

Nr. 7794. Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Vom 8. März 1871.

Nr. 7795. Allerhöchster Erlaß vom 10. Februar 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Oels, Regierungsbezirk Breslau, für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Bernstadt über Wabnitz bis zur Wartenberger Kreisgrenze bei Reesewitz und einer Kreis-Chaussee von Juliusburg über Stampen bis zum Bahnhofe Bohrau der Rechten-Oder-Ufer Eisenbahn und von dort bis zum Dominialhofe Raake, im Kreise Oels.

**279** Das 8. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7796. Gesetz, betreffend einige Abänderungen der Wegegesetzgebung in der Provinz Hannover. Vom 5. März 1871.


# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 28. Kwietnia 1871.


## Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 15. tegorocznego Zbioru praw związku niemieckiego zawiera pod:

No. 626. Obwieszczenie piątego wykazu tych wyższych zakładów naukowych, które uprawnione są do wystawiania ważnych zaświadczeń co do naukowéj kwalifikacyi do jednorocznéj dobrowolnéj służby wojskowéj. Z 28. Marca 1871.

No. 627. Obwieszczenie, tyczące się tych gimnazyów, które we względzie uczniów swych od nauki w języku greckim uwolnionych, należą do zakładów naukowych w § 154 No. 2 c. Instrukcyi co do poboru do wojska z 26. Marca 1868 oznaczonych. Z 28. Marca 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 7. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7793. Prawo, tyczące się udzielenia indemnizacyi we względzie wykonania prawa z 9. Marca 1867, jako też ustanowienia mających się w miarę prawa z 19. Marca 1870 pokryć rozchodów z roku 1868. Z 2. Marca 1871.

No. 7794. Prawo, tyczące się wykonania prawa związkowego o siedzibie uprawniającéj do pobierania wsparcia. Z 8. Marca 1871.

No. 7795. Najwyższe rozporządzenie z 10. Lutego 1871, dotyczące nadania powiatowi Oleśnickiemu, w obwodzie regencyjnym Wrocławskim, przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki powiatowéj z Bernstadt na Wabnitz aż do Sycowskiéj granicy powiatowéj pod Reesewitz oraz żwirówki powiatowéj z Juliusburg na Stampen aż do dworca Bohrau kolei żelaznéj po prawym brzegu Odry a ztamtąd aż do dworu dominialnego Raake, w powiecie Oleśnickim.

Oddział 8. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7796. Prawo. tyczące się niektórych zmian ustawodawstwa drogowego w prowincyi Hanowerskiéj. Z 5. Marca 1871.

Nr. 7797. Gesetz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Hanau nach Offenbach, die Herstellung einer Verbindungskurve zwischen der Frankfurt-Offenbacher und Main-Neckar Bahn, die Anlage eines zweiten Geleises auf einer Strecke der Frankfurt-Offenbacher Eisenbahn und den Ankauf des Großherzoglich Hessischen Theils dieser Bahn, sowie die Vermehrung des Betriebsmaterials der Staatsbahnen. Vom 8. März 1871.

Nr. 7798. Gesetz, betreffend das Expropriationsverfahren in der Provinz Hannover und im Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt a. M. Vom 12. März 1871.

Nr. 7799. Gesetz, betreffend die Aufhebung des § 643 des zweiten Titels, zweiten Theiles des Allgemeinen Landrechts. Vom 14. März 1871.

Nr. 7800. Allerhöchster Erlaß vom 22. März 1871, betreffend die Stiftung eines Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen.

Nr. 7801. Urkunde über die Stiftung des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen. Vom 22. März 1871.

Nr. 7802. Allerhöchster Erlaß vom 23. Februar 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Waltrop, im Kreise Recklinghausen, Regierungsbezirks Münster, bis zur Gemeindegrenze in der Richtung auf Mengede, im Kreise Dortmund, Regierungsbezirk Arnsberg.

No. 7797. Prawo, tyczące się zbudowania kolei żelaznéj z Hanau do Offenbach, zaprowadzenia linii komunikacyjnéj pomiędzy koleją żelazną Frankfurtsko-Offenbachską a Meńsko-Neckarską, położenia drugiéj pary szyn na części przestrzeni kolei żelaznéj Frankfurtsko-Offenbachskiéj i zakupienia Wielko-Księsko-Heskiéj części kolei tejże, jako też pomnożenia materyału obrotowego kolei żelaznych rządowych. Z 8. Marca 1871.

No. 7798. Prawo, tyczące się procedury ekspropryacyjnéj w prowincyi Hanowerskiéj i w obrębie byłego wolnego miasta Frankfurtu n. M. Z 12. Marca 1871.

No. 7799. Prawo, tyczące się uchylenia § 643. Tytułu drugiego, Części drugiéj Powszechnego Prawa Krajowego. Z 14. Marca 1871.

No. 7800. Najwyższe rozporządzenie z 22. Marca 1871, tyczące się ustanowienia krzyża zasługi dla niewiast i dziewic.

No. 7801. Dokument co do ustanowienia krzyża zasługi dla niewiast i dziewic. Z 22. Marca 1871.

No. 7802. Najwyższe rozporządzenie z 23. Lutego 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki komunalnéj z Waltrop, w powiecie Recklinghausen, obwodzie regencyjnym Monasterskim, aż do granicy komunalnéj w kierunku na Mengede, w powiecie Dortmund, obwodzie regencyjnym Arnsberskim.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**280** Bekanntmachung.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 19. Juni 1857 am 30. September 1870 vorschriftsmäßig erfolgten Ausloosung der im Jahre 1871 planmäßig zu amortisirenden 5procentigen Posener Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Littr. A. über 500 Thaler.

9, 80, 96, 230, 287, 337, 366, 428, 455, 469, 499, 501, 529, 577, 596, 631, 669, 671, 693, 761, 793, 799, 862, 898, 922, 932, 983, 998.

Acht und zwanzig Stück zusammen 14,000 Thaler.

Littr. B. über 200 Thaler.

15. 65, 89, 118, 262, 357, 358, 377, 378, 409, 464, 473, 524, 526, 535, 595, 652, 682, 722, 723, 730, 823, 824, 865, 891, 900, 907, 960, 997, 1018, 1067, 1070, 1092, 1136, 1192, 1221.

Sechs und dreißig Stück zusammen 7,200 Thaler.

Littr. C. über 100 Thaler.

26, 29, 58, 110, 156, 212, 215, 262, 268, 285, 302, 359, 370, 404, 409, 424, 437, 444, 553, 781, 783, 832, 931, 1045, 1060, 1095, 1146, 1169, 1180, 1184, 1245, 1248, 1357, 1423, 1428, 1461, 1462, 1496, 1611, 1630, 1671, 1694, 1700, 1732, 1790, 1807, 1834, 1872, 1943, 1969, 2018, 2021, 2085, 2088, 2113, 2264, 2320, 2342, 2359, 2360, 2431, 2510, 2579, 2643, 2675, 2738, 2775, 2805, 2839, 2850, 2898, 2950, 3001, 3074, 3077, 3083, 3129, 3168, 3169, 3279, 3304, 3314, 3336, 3411.

Vier und achtzig Stück zusammen 8,400 Thlr.

Die mit vorstehenden Nummern bezeichneten Provinzial-Obligationen werden hiermit gekündigt, und die Inhaber derselben aufgefordert, den Nennwerth gegen Rückgabe der Obligationen in koursfähigem Zustande bei der Provinzial-Institutenkasse hierselbst, bei dem Schlesischen Bankverein zu Breslau, oder bei dem Bankhause Hirschfeld und Wolff in Berlin vom 1. Juli 1871 ab, bei Letzterem jedoch nur bis zum 31. Dezember 1871 in Empfang zu nehmen.

Von den bereits früher verloos'ten Provinzial-Obligationen, deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1869 resp. 1. Juli 1870 aufgehört hat, sind die nachstehenden Nummern bis jetzt nicht eingeliefert.

a) zum 1. Juli 1869 einzuliefern gewesen:

Litt. A. Nr. 555. Litt. B. Nr. 213, 963. Litt. C. Nr. 616, 2934.

b) zum 1. Juli 1870 einzuliefern gewesen:

Littr. A. Nr. 179, 248. Littr. B. Nr. 138, 144. Littr. C. Nr. 318, 380, 575, 812, 1348, 2933, 2952.

Posen, den 8. December 1870. Der Ober-Präsident. **v. Koenigsmarck.**

**281** Bekanntmachung.

Die am 1. Mai d. J. fälligen Zinsen der fünfjährigen Schatzanweisungen des Norddeutschen Bundes können innerhalb des Bundesgebiets bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94 unten links, bei sämmtlichen Preußischen Regierungs- und Bezirks-Hauptkassen, bei der Königl. Sächsischen Finanz-Hauptkasse zu Dresden, sowie bei den Bundes-Oberpostkassen zu Leipzig, Frankfurt a/M., Cöln, Hamburg und Bremen von dem genannten Tage ab täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, in den Vormittagsdienststunden (bei der erstgenannten Kasse von 9 bis 1 Uhr), gegen Ablieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden.

Die Coupons müssen nach den einzelnen Appoints geordnet und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes aufgerechnetes, unterschriebenes und mit Wohnungsangabe versehenes Verzeichniß beigefügt sein.

Bei den sämmtlichen vorgenannten Kassen und nach den vorbezeichneten Bestimmungen findet bis auf Weiteres auch die Einlösung der später fällig werdenden Zinscoupons der fünfjährigen Bundesschatzanweisungen regelmäßig von den Fälligkeitstagen, 1. Mai und 1. November jedes Jahres ab statt.

Berlin den 14. April 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Obwieszczenie.

Oddając właściwe kupony odbierać można płatne dnia 1. Maja r. b. procenta od pięcioletnich asygnat skarbowych związku północno-niemieckiego, śród granic związku przy kasie umarzającéj długi krajowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94 na dole po lewej ręce, przy wszystkich Pruskich kasach głównych rejencyjnych i okręgowych, przy królewsko-Saskiéj kasie głównéj finansowéj w Dreźnie, nie mniéj przy kasach poczty wyższéj związkowéj w Lipsku, Frankfurcie n. M., Kolonii, Hamburgu i Bremie, począwszy od dnia powyższego co dzień wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych w godzinach służbowych przed południem (przy kasie na wstępie wyrażonéj od godziny 9téj do 1széj).

Kupony te powinny według pojedyńczych oddziałów być ułożone i powinien im być dołączony spis zrachowany i z wyrażeniem miejsca zamieszkania podpisany, liczbę sztuk i kwotę rozmaitych tych oddziałów zawierający.

Aż do dalszego postanowienia nastąpi także przy wszystkich kasach przerzeczonych i według pomienionych postanowień wymiana późniéj płatnych kuponów procentowych od pięcioletnich asygnat skarbowych związkowych regularnie od dni wypłacalności: 1. Maja i 1. Listopada każdego roku.

Berlin, dnia 14. Kwietnia 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

**282** Bekanntmachung.

Wiederaufnahme des Privatpäckerei-Beförderungsdienstes an die im Felde stehenden Truppen.

**Vom 25. April ab** können wieder Privatpäckereien zur Postbeförderung an die im Elsaß und in Deutsch-Lothringen, sowie in den occupirten Französischen Gebieten stehenden Deutschen Truppen, Militair- und Civilbeamten angenommen werden.

Eine Garantie für die richtige und pünktliche Ueberkunft der Privatpäckereien kann die Postverwaltung nach Lage der Verhältnisse nicht übernehmen.

Das Gewicht des einzelnen Stückes darf über **5 Pfund** nicht hinausgehen, im Uebrigen sind die Bedingungen für die Annahme der Privatpäckereien die in der Bekanntmachung vom 10. October 1870 angegebenen: Größe nicht erheblich über 13 Zoll lang, 6 Zoll breit, 4 Zoll hoch, — Verpackung in recht feste Cartonbehältnisse mit Leinwandüberzug und aufgeklebter Correspondenzkarte, — Namhaftmachung des Absenders auf der Adresse, — Frankirungszwang bei der Einlieferung — Frankirung durch Aufklebung von Freimarken im Betrage von 5 Sgr. bezw. 18 Kr. Süddeutscher Währung auf die Correspondenzkarte.

Es empfiehlt sich, auf der Adresse außer dem Truppentheil des Adressaten auch dessen Standquartier anzugeben, insofern der Absender genaue Kenntniß davon hat.

Ausgeschlossen von der Versendung sind unbedingt: Flüssigkeiten und Sachen, die dem schnellen Verderben ausgesetzt sind; ebenso explodirende Stoffe, sowie die sonstigen, ohnehin für die Posttransporte verbotenen Sachen.

Laufzettel oder Reclamationen ersucht das General-Postamt nur in den äußersten Fällen, d. h. wenn wirklich feststeht, daß der Adressat nach Verlauf eines längeren Zeitraumes, z. B. 4 bis 6 Wochen, nicht in den Besitz der Sendung gelangt ist, zu erlassen, da erfahrungsmäßig durch vorzeitige Anbringung derartiger Reclamationen der Postbetrieb ungemeine Erschwerungen erleidet.

Der Widerruf oder die vorübergehende Außerkraftsetzung der Maßregel bleibt jederzeit und namentlich für den Fall vorbehalten, daß größere Marschbewegungen der Truppen wieder beginnen.

Berlin, den 23. April 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**283** Nachstehende von uns erlassene Wegepolizei-Ordnung:

„Wege-Polizei-Ordnung für den Regierungsbezirk Bromberg.

Auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung § 11 (Gesetz-Samlung 1850 Seite 265) wird in Ansehung der öffentlichen Wege mit Ausschluß der Chausseen folgende Polizei-Verordnung erlassen.

Verfahren in Wegebausachen.

Organisation der Wegepolizei.

§ 1. Die Wegepolizei im ganzen Umfang jedes Kreises steht unter Leitung des Landraths.

§ 2. Der Kreis wird vom Landrath nach Anhörung des Kreistages in Wegebezirke getheilt.

§ 3. Jedem Wegebezirke steht ein Wegekommissar vor, welcher auf Vorschlag des Landraths von den Kreisständen auf 3 Jahre gewählt wird.

Derselbe verwaltet seine Geschäfte als Ehrenamt unentgeltlich. Die erforderlichen Stellvertreter ernennt der Landrath.

Die Namen der Wegekommissarien bezüglich ihrer Vertreter sind durch das Kreisblatt bekannt zu machen, desgleichen die Eintheilung des Kreises in Wegebezirke.

Aufgabe des Wegekommissars.

§ 4. Der Wegekommissar bereist im Frühjahr, nach Bedürfniß auch sonst, unter Zuziehung eines, ihm vom Landrathe zu bezeichnenden Gendarms die öffentlichen Wege seines Bezirks.

Die zur Unterhaltung der Wege verpflichteten Gutsbesitzer persönlich oder durch schriftlich bevollmächtigte Wirthschaftsbeamten und die Gemeindevorsteher haben sich auf erhaltene Aufforderung Seitens des Wegekommissars an Ort und Stelle einzufinden, Auskunft zu ertheilen und den Anordnungen des Wegekommissars Folge zu leisten.

Hand- und Spanndienste.

§ 5. In den nicht zum Netzdistrikte gehörigen Theilen des Regierungsbezirks regelt der Landrath die Vertheilung der Hand- und Spanndienste zu den vom Fiskus zu unterhaltenden Landstraßen und soweit es sonst erforderlich ist.

Er macht dem Wegekommissar die geeignete Mittheilung über die in seinem Bezirk zu verwendenden Hand- und Spanndienste.

Następująca, przez nas wydana ordynacya policyi dróg:

„Ordynacya policyi dróg dla departamentu Bydgoskiego.

Na zasadzie prawa z dnia 11. Marca 1850 o zarządzie policyi § 11 (zbiór praw 1850 str. 265) wydaje się we względzie dróg publicznych z wyjątkiem zwirowych następującą ustawę policyjną.

Postępowanie w sprawach budowy dróg.

Organizacya policyi dróg.

§ 1. W całym okresie każdego powiatu stoi policya dróg pod przewodnictwem radzcy ziemiańskiego.

§ 2. Powiat podzielony będzie przez radzcę ziemiańskiego po posłuchaniu sejmiku powiatowego na okręgi drogowe.

§ 3. Każdy okręg drogowy ma jednego komisarza dróg za przełożonego, którego na przedstawienie radzcy ziemiańskiego obierają stany powiatowe na 3 lata.

Tenże sprawuje swe czynności jako urząd honorowy bezpłatnie. Potrzebnych zastępców mianuje radzca ziemiański.

Nazwiska komisarzy dróg względnie ich zastępców należy przez pisma powiatowe ogłosić, tak samo podział powiatów na okręgi drogowe.

Zadanie komisarza dróg.

§ 4. Komisarz dróg objeżdża na wiosnę, a w razie potrzeby i w innym czasie, drogi publiczne okręgu swego, przybierając sobie żandarma, którego mu radzca ziemiański naznaczyć winien.

Odebrawszy od komisarza dróg wezwanie winni posiedziciele dóbr, którzy do utrzymywania dróg są obowiązani, przybyć na miejsce osobiście albo zastąpieni przez urzędników gospodarczych piśmiennie upoważnionych, tak samo przełożeni gmin, udzielić bliższą wiadomość i dyspozycye komisarza dróg wykonać.

Posługi ręczne i sprzężajne.

§ 5. W częściach obwodu rejencyjnego, nie należących do okręgu Noteckiego, ureguluje podział posług ręcznych i sprzężajnych przy traktach, które fiskus utrzymywać winien i co z resztą potrzeba będzie, radzca ziemiański. Udzieli on komisarzowi stósowne uwiadomienie co do posług ręcznych i sprzężajnych, w okręgu jego użyć się mających.

Kreiswegefonds.

Wo die Kreisstände zu Wegezwecken ꝛc. Geldmittel bewilligen (Kreiswegefonds), ist deren Verwaltung durch Kreistagsbeschluß zu regeln und der Wegekommissar auch über die ihm zur Disposition stehenden Kreismittel rechtzeitig zu informiren.

Controle und Leitung der Wegearbeiten.

§ 6. Der Wegekommissar ordnet an Ort und Stelle die erforderlichen Wegearbeiten unter Bestimmung der Frist zu deren Ausführung an. Der betreffende Gendarm notirt die getroffenen Anordnungen und controlirt deren Ausführung. Ist noch eine andere Controle und Leitung der Arbeiten nöthig, so bestimmt solche der Landrath bezw. der Wegekommissar.

Untervertheilung derselben.

§ 7. Die Untervertheilung der Leistungen, welche nöthig sind, sowohl um die Anordnungen des Wegekommissars auszuführen, als auch außerdem für die ordnungsmäßige Beschaffenheit der Wege zu sorgen, liegt innerhalb der einzelnen Gemeinden dem Gemeindevorsteher und bei gemeinsamer Verpflichtung mehrerer Ortsverbände der vorgesetzten Polizei-Behörde bezw. dem Polizei-Distrikts-Commissar, auf Antrag des Wegekommissars bezw. der Ortsvorstände oder Interessenten ob.

Polizei-, Straf- und Executivverfahren.

§ 8. Werden die Anordnungen des Wegekommissars in der gesetzten Frist nicht gehörig befolgt, so ist dem Landrath darüber von dem Gendarm behufs weiterer Veranlassung eine schriftliche Anzeige zu erstatten, welche jedoch dem Wegekommissar von dem Gendarmen vorher vorzulegen und sodann, mit dem vidi beziehungsweise mit den Bemerkungen des Wegekommissars versehen, dem Landrathe einzureichen ist.

§ 9. Wer zur Leistung von Wegebaudiensten verpflichtet, auf gehörige Bestellung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, zu spät erscheint, zu früh sich entfernt, verwirkt eine Geldstrafe von 10 Sgr. bis 3 Thlr., an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Gefängnißstrafe tritt.

§ 10. Die versäumten Arbeiten und Leistungen läßt der Landrath im Wege des gesetzlichen Executivverfahrens ausführen, sofern nicht Nachleistung von ihm zugelassen wird.

In der Regel ist ein Kostenvorschuß hierzu einzuziehen.

Verfahren in Streitfällen.

§ 11. Wenn Streit darüber entsteht, wer zur Unterhaltung von Wegeanlagen verpflichtit ist, oder wenn auf die Aufforderung der Polizeibehörden eingewendet wird, daß der Weg ein Privatweg sei, dessen Einräumung für den öffentlichen Verkehr nicht gefordert werden dürfe, oder daß die geforderte Leistung das Maaß des Bedürfnisses bezw. der gesetz-

Fundusze powiatowe na drogi.

Tam, gdzie stany powiatowe na cele dróg i t. d. udzielą środków pieniężnych (fundusze powiatowe na drogi) powinien ich zarząd uchwałą sejmik upowiatowego być uregulowanym a komisarz także co do pieniędzy powiatawych, jakiemi ma do dysponowania, zawczasu zainformowanym.

Kontrola i kierownictwo robót około dróg.

§ 6. Komisarz dróg zarządzi na miejscu potrzebne przy drogach roboty, naznaczając czas do ich wykonania. Właściwy żandarm zakonotuje sobie dane rozkazy i kontroluje wykonanie tychże. Jeśli potrzebną będzie jeszcze inna kontrola i pokierowanie robót, wówczas postanawia je radzca ziemiański, względnie komisarz dróg.

Subrepartycya tychże.

§ 7. Subrepartycya prac, których potrzeba, już to aby dyspozycye komisarza dróg wykonane były, już to żeby prócz tego starano się o porządkiem przepisany stan dróg, należy śród pojedyńczych gmin do przełożonego gminy a przy zobopólnym obowiązku kilku związków miejscowych do przełożonéj władzy policyjnéj, względnie do komisarza policyjno-obwodowego na wniosek komisarza dróg względnie dozorów miejscowych lub interesentów.

Postępowanie policyjne, karne i egzekucyjne.

§ 8. Gdyby dyspozycya komisarza dróg w naznaczonym czasie nie miały być należycie wykonane, wówczas winien żandarm radzcy ziemiańskiemu dla dalszego rozrządzenia piśmiennie uczynić o tem doniesienie, które wszelako poprzednio komisarzowi dróg winien przedłożyć a następnie opatrzone w vidi komisarza względnie z uwagami jego doręczyć radzcy ziemiańskiemu.

§ 9. Ktoby mimo obowiązku pełnienia przy budowli dróg posług na należyte zamówienie, bez dostatecznego wytłomaczenia się, nie przybył, się opóźnił, za rychło się oddalił, ulega karze pieniężnéj od 10 sgr. do 3 tal., w których to miejsce w razie niemożności zapłacenia stósónkowa kara więzienia nastąpi.

§ 10. Opóźnione roboty i posługi każe radzca ziemiański, jeśli nie pozwoli na to, aby je jeszcze później uskuteczniono, w drodze prawnego postępowania egzekutywnego wykonać.

Za zwyczaj należy ściągnąć na to zaliczkę kosztów.

Postępowanie w przypadkach spornych.

§ 11. Jeśli powstanie spór o to, kto do utrzymywania założonych dróg jest obowiązanym albo jeśli na wezwanie władz policyjnych się oświadczy, że droga jest drogą prywatną, któréj ustąpienia nie powinno się żądać dla powszechnego użytku, lub że żądane posługi przechodzą miarę potrzeby względnie obowiązku prawnego, wów-

lichen Verpflichtung übersteige, so tritt das geordnete Verfahren Behufs resolutorischer Entscheidung der Regierung ein.

Gefährliche Wege und Brückenmängel.

§ 12. Die unerläßlichen Anordnungen zur Abwendung gefährlicher Störung oder erheblicher Erschwerung des Verkehrs hat der Landrath jedoch zu treffen und die nach seinem Ermessen Verpflichteten zur Ausführung sogleich aufzuforden event. das Erforderliche auf Kosten derselben vorbehaltlich der resolutorischen Entscheidung sofort ausführen zu lassen.

Liegt eine unmittelbare Gefahr für die Passirenden vor, wenn Schäden an Brücken und dergl. nicht sofort abgeholfen wird, so wird von Jedem, der sie zunächst wahrnimmt, erwartet, daß er solche sofort nach Möglichkeit abwende.

Polizeibeamte, Gemeinde- und Ortsvorsteher sind dazu insbesondere verpflichtet und für jede schuldbare Unterlassung in dieser Hinsicht verantwortlich.

Bromberg, den 4. April 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern."

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 4. April 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

**284** Die Verhältnisse hinsichtlich der durch Hagelwetter herbeigeführten Schäden haben sich gegen früher insoweit wesentlich geändert, als inzwischen zahlreiche Versicherungsgesellschaften entstanden sind, welche den Grundbesitzern Gelegenheit darbieten, dergleichen Verluste von sich abzuwenden, dergestalt, daß diejenigen unter denselben, welche es verabsäumt haben, von der ihnen gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen, sich die ihnen daraus erwachsenden nachtheiligen Folgen lediglich selbst zuzuschreiben haben.

Indem wir auf die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Versicherung gegen Hagelschaden hinweisen und darauf besonders aufmerksam machen, daß die Grundbesitzer ganzer Landstriche in den letzten Jahren hinter einander und selbst wiederholt vom Hagelschaden betroffen worden sind, empfehlen wir ihnen die Benutzung dieser Versicherungsgelegenheiten recht dringend und bemerken dabei, daß künftig bei Hagelschäden nur noch ganz ausnahmsweise Remissionen an Klassensteuer werden gewährt werden.

In Betreff der Brandschäden walten dieselben Verhältnisse ob, und wird in Bezug auf diese bei Klassensteuer-Erlaß-Anträgen in Zukunft in derselben Weise verfahren werden.

Bromberg, den 12. April 1871.

Königliche Regierung,
Abth. für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**285** Sperre-Aufhebung.

Die Tollwuth unter dem Rindvieh in Gr. Dombrowo ist erloschen und die Reinigungsmaßnahmen

czas ma miejsce przepisane postępowanie w celu decyzyi Rejencyi przez rezolut.

Drogi niebezpieczne i mosty uszkodzone.

§ 12. Niezbędne wszelako dyspozycye dla zapobieżenia niebezpiecznéj przeszkody lub znacznego utrudnienia cyrkulacyi winien radzca ziemiański wydać i tych, których obowiązanymi być sądzi, zaraz do uskutecznienia wezwać, ev. kazać, co potrzeba, na koszt tychże wykonać z zastrzeżeniem decyzyi przez rezolut.

Jeśli przechodniom bezpośrednie grozi niebezpieczeństwo przez to, gdyby uszkodzenia przy mostach i tym podobnych nie były natychmiast naprawione, to oczekuje się od każdego, co je najprzód spostrzeże, iż je natychmiast ile możności odwróci.

W szczególności są do tego obowiązani urzędnicy policyjni, gminy i przełożeni miejscowi i za każde z ich winy pochodzące w tym względzie zaniedbanie odpowiedzialni.

Bydgoszcz, dnia 4. Kwietnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych."

podaje się niniejszém do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 4. Kwietnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

Stósunki co do szkód zrządzanych przez gradobicie o tyle znacznie się zmieniły, iż powstały liczne towarzystwa ubezpieczeń, podające włościanom sposobność uchronienia się od tym podobnych strat tak dalece, że wynikające ztąd szkodliwe skutki mają sobie li sami do przypisania ci, którzy zaniedbali korzystać z podającéj im się sposobności.

Wskazując korzystność i konieczność ubezpieczenia się od gradobicia i zwracając przytem szczególnie na to uwagę, że w ostatnich latach rok po roku a nawet ponownie włościanie całych ziem ponieśli przez grad klęskę, polecamy im jaknajusilniéj, aby z sposobności ubezpieczeń korzystali, nadmieniając przytem, że remisyi w podatku klasycznym z powodu gradobicia udzielać się będzie nadal jeszcze tylko zupełnie wyjątkowo.

Pod względem klęsk z pożaru wynikłych te same zachodzą stósunki, i postąpi się na przyszłość co do nich tak samo z wnioskami o zwolnienie od podatku klasycznego.

Bydgoszcz, dnia 12. Kwietnia 1871.

Królewska Regencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

Uchylenie kordonu.

Szalenizna pomiędzy rogatem bydłem w Wielkiéj Dąbrowie ustała i zostały tam środki oczy-

daselbst sind ausgeführt worden, weshalb die am 1. October v. J. verfügte Sperre dieses Orts und seiner Feldmark hierdurch aufgehoben wird.

Bromberg, den 24. April 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

**286** Bekanntmachung,
Auswanderungen betreffend.

Nach einer Mittheilung des Generalkonsulats in Bremen sind daselbst in neuerer Zeit mehrfach Auswandererfamilien aus der Provinz Posen eingetroffen, welche mit Freischeinen, theils für die Imnan-Linie (von Liverpool) theils von Handyside & Henderson in Glasgow ausgestellt, versehen waren. Diese Auswanderer hätten jedoch, da die genannten Firmen in Bremen keine Vertretung haben und da sie von Geldmiteln entblößt waren, in die von ihnen verlassene Heimath zurückgesendet werden müssen, wenn nicht ihre Weiterbeförderung durch das Dazwischentreten einer nicht verpflichteten dritten Firma möglich gemacht worden wäre.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, warnen wir die betreffenden Auswanderer des diesseitigen Bezirks vor dieser Art ihrer Beförderung ins Ausland und machen sie hierdurch auf die Gefahren und Nachtheile aufmerksam, welchen sie sich aussetzen, wenn sie auf Grund solcher Freischeine, welche von in Bremen nicht vertretenenen Englischen Firmen ausgestellt sind, auf ihre Weiterbeförderung rechnend, nach Bremen gehen, letztere ihnen aber von dort aus nicht gewährt werden kann.

Bromberg, den 18. April 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

szczenia użyte, w skutek czego zamknięcie miejsca tego i jego pól, pod dniem 1. Października z. r. rozporządzone niniejszem się znosi.

Bydgoszcz, dnia 24. Kwietnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

Obwieszczenie,
tyczące się wychodźtwa.

Jak konsulat jeneralny w Bremie doniósł, przybyły tam w nowszym czasie kilkukrotnie familie wychodźców z prowincyi Poznańskiéj, które opatrzone były w bilety wystawione do bezpłatnéj podróży już to linią Imnan (z Liwerpolu), już to przez Handyside & Henderson w Glasgow. Ponieważ zaś te wyrażone firmy w Bremie nie są zastąpione a wychodźcy byli bez funduszów, więc było by ich trzeba znów cofnąć do siedlisk, które byli opuścili, gdyby nie inna firma, nie mająca żadnego zobowiązania, wmięszawszy się w to, umożebniła była dalszą ich wyprawę.

Podając to do wiadomości ogółu, ostrzegamy właściwych wychodźców obwodu tutejszego, aby w ten sposób za granicę się nie puszczali, zwracając niniejszem ich uwagę na niebezpieczeństwa i straty, na które się narażają, gdy za takiemi biletami, które przez firmy Angielskie, nie będące w Bremie zastąpione, są wystawione, udają się do Bremy, licząc na dalszą swą ztamtąd wysyłkę, która jednakże nastąpić nie może.

Bydgoszcz, dnia 18. Kwietnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**287** Bekanntmachung.

Die Provinzial-Hülfskasse hierselbst ist nach §§ 4 und 5 des Statuts vom 11. October 1852 verpflichtet, beziehungsweise berechtigt, aus öffentlichen Sparkassen oder anderen öffentlichen Instituten-, Provinzial- und Gemeinde- (Kirchen- und Schul-) Kassen Gelder zur Verzinsung anzunehmen. Die Annahme solcher Gelder Seitens der Hülfskasse geschieht unter folgenden Bedingungen:

1. der für die Depositen in der Regel zu gewährende Zinssatz beträgt $3^1/_2$ Procent. Für größere Summen, von 2000 Thlr. und darüber, können nach besonderer Vereinbarung ausnahmsweise 4 Procent Zinsen bewilligt werden, wenn eine mehrmonatliche Kündigungsfrist vorbehalten wird,
2. die Zinszahlung erfolgt vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Rückzahlung,
3. Einlagen unter 10 Thlr. werden nicht verzinst; Einlagen über 10 Thlr. kommen nur in soweit zur Zinsberechnung, als sie durch die Zahl 10 ohne Rest theilbar sind,
4. die Zinsen werden, falls sie nicht schon im Laufe des Jahres bei der Zurückziehung der Einlage zu entrichten sind, am Schlusse jedes Jahres zur Abhebung fällig. Soweit sie bis zum Jahresschlusse nicht abgehoben sind, werden sie ohne weiteren Antrag dem Kapitalskonto des betreffenden Fonds zugeschrieben und vom 1. Januar des folgenden Jahres ab, unter Berücksichtigung der Bestimmung ad 3, zugleich mit dem Kapitale verzinst,
5. die Provinzial-Hülfskasse ist die Einlagen nur nach vorgängiger Aufkündigung von Seiten der Einleger zurückzuzahlen verpflichtet. Die Kündigungsfristen werden hierdurch — unter Vorbehalt einer anderweitigen Vereinbarung in besonderen Fällen — wie folgt, bestimmt, bei Einlagen
   a) bis 600 Thlr. auf 8 Tage,
   b) über 600 Thlr. bis 2000 Thlr. auf 14 Tage,
   c) über 2000 Thlr. bis 5000 Thlr., zu $3^1/_2$ % verzinslich, auf 4 Wochen,

d) über 2000 Thlr. bis 5000 Thlr., zu 4 % verzinslich, auf 2 Monate,
e) über 5000 Thlr. bis 10,000 Thlr., zu $3\frac{1}{2}$ % verzinslich, auf 2 Monate,
f) über 5000 Thlr. bis 10,000 Thlr., zu 4 % verzinslich, auf 4 Monate,
g) über 10,000 Thlr., zu $3\frac{1}{2}$ % verzinslich, auf 3 Monate,
h) über 10,000 Thlr., zu 4 % verzinslich, auf 4 Monate.

Indessen wird die Provinzial-Hülfskasse von dem Vorbehalte der Kündigung der Einlagen keinen Gebrauch machen, solche vielmehr auf Verlangen jederzeit zurückzahlen, wenn und in soweit dies die jeweiligen disponiblen Mittel gestatten.

Posen, den 15. April 1871. Die Direction der Provinzial-Hülfskasse.

**288** Bekanntmachung.

Vom 1. Mai d. J. ab tritt für die Beförderung von Braunkohlen in Wagenladungen von mindestens 100 Ctr. oder $33\frac{1}{3}$ Tonnen (à 3 Ctr.) im Verkehr zwischen den Stationen Erkner, Fürstenwalde und Briesen der Königl. Niederschlesisch-Märkischen Bahn einerseits und der Station Lebus und sämmtlichen östlich davon belegenen Stationen der Königl. Ostbahn andererseits, sowie im Verkehr zwischen den Stationen Berlin resp. Cöpenick der erstgenannten Bahn und den Stationen Lebus resp. Lebus und Podelzig der Königl. Ostbahn via Frankfurt a./O. ein Verbands-Special-Tarif in Kraft, welchem der Einheitssatz von $1\frac{1}{4}$ Pf. pro Centner und Meile nebst einer Expeditionsgebühr von 1,8 Pf. pro Ctr. für jede Bahn zu Grunde liegt.

Tarifexemplare sind auf allen Verbandstationen einzusehen.

Bromberg, den 14. April 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**289** Der Schulamts-Candidat Joseph Drzadzynski als fünfter Lehrer bei der katholischen Schule zu Trzemeszno, im Kreise Mogilno, interimistisch angestellt.

**290** Dem Privatlehrer Julius Alexander Müller ist zur Unterhaltung und Leitung einer Privatknabenschule in Poln. Crone, Kreises Bromberg, die Concession ertheilt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

**291** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Peche in Dembnica ist der Lehrer Stanislaus Nozewnik in Slawno, für den Bezirk Dembnica, Kreis Gnesen, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla okręgu Dębnickiego, w powiecie Gnieznieńskim został w miejsce rozjemcy Peche w Dębnicy nauczyciel Stanisław Nożewnik w Sławnie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

## Vermischte Nachrichten.

**292** Das dem Ingenieur Th. Henning zu Bruchsal unter dem 10. October 1869 ertheilte Patent auf eine Einrichtung zum Verstellen der Weichen und Signal-Vorrichtungen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammensetzung,

ist aufgehoben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 17.

Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 18. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 5. Mai 1871. Bydgoszcz, dnia 5. Maja 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**293** Bekanntmachung.

Einführung der Fahrpostbeförderung für den Verkehr mit dem Elsaß und Deutsch-Lothringen.

Zufolge Verordnung Seiner Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers vom 25. April c., betreffend die Einführung der Fahrpostbeförderung im Elsaß und Deutsch-Lothringen können vom **10. Mai c.** ab auch bei allen Postanstalten Norddeutschlands Packete ohne Werthangabe und Packete mit Werthangabe (Geld- und Werthsendungen) bis zu dem im internen Deutschen Postverkehr zulässigen Maximalgewicht von 100 Pfund vorerst nach folgenden Orten im Elsaß und in Deutsch-Lothringen zu Postbeförderung angenommen werden:

Altkirch, Ars a. d. Mosel, Avricourt, Barr, Benfeld, Beunweier, Bischweiler, Bitsch, Bitschweiler bei Thann, Bollweiler, Brumat, Colmar, Dammerkirch, Diedenhofen, Dieuze, Egisheim, Erstein, Falkenberg, Forbach, Gebweiler, Geispoldsheim, Habsheim, Hagenau i/E., Hayingen, Heilig-Kreuz im Leberthal (Sainte-Croix-aux-Mines), Hemmingen in Lothringen (Heming), Hochfelden, Homburg a. d. Rossel, Hückingen i/Lothr. (Ucange), Illkirch-Grafenstaden, Kestenholz (Chatenois), Leberau (Liepore), Lemburg i/Lothr., Lützelburg, Lutterbach, Maizières bei Metz, Maizières bei Vic, Mariakirch (Sainte-Marie-aux-Mines), Marlenheim, Metz, Molsheim, Moyeuvre la grande, Mühlhausen i/E., Münster i/E., Mutzig, Niederbronn, Ober-Ehnheim, Ober-Sulz, Rapoltsweiler, Reichshofen i/E., Remilly, Rixingen (Réchicourt le château), Rohrbach i/Lothr., Rosheim, Rufach, Saarburg i/Lothr. (Sarrebourg), Saargemünd (Sarreguemines), St. Avolt, St. Amarin, St. Louis, Schlettstadt, Sennheim (Cernay), Sentheim, Sierenz, Straßburg i/E., Sulz unterm Wald, Thann, Türkheim, Wallburg, Wasselnheim, Weißenburg i/E., Zabern i/E.

Die Ausdehnung auf alle übrigen Postorte im Elsaß und in Deutsch-Lothringen bleibt vorbehalten. Ueber die Taxen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Neben dieser für den Landespostdienst eintretenden Fahrpostbeförderung bleibt die Beförderung von Privat-Päckereien an die Deutschen Truppen, Militair- und Civilbeamten im Elsaß und in Deutsch-Lothringen unter den besonders bekannt gemachten Bedingungen — Maximal-Gewicht 5 Pfund, Frankirung mit 5 Sgr. u. s. w. — bestehen.

Berlin, den 27. April 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden &c.

**294** Bekanntmachung.

## Königliche Ostbahn.

Am 1. Mai d. J. tritt auf den Eisenbahnstrecken Schneidemühl-Flatow, Dirschau-Pr. Stargardt und Insterburg-Gerdauen an Stelle des gegenwärtigen Fahrplans folgender Fahrplan in Kraft:

### A. Schneidemühl-Flatow.

| Richtung Schneidemühl-Flatow. Stationen: | Gemischter Zug 5. U. | M. | Gemischter Zug 3. U. | M. | Richtung Flatow-Schneidemühl. Stationen: | Gemischter Zug 4. U. | M. | Gemischter Zug 6. U. | M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Morgens | | Nachmitt. | | | Vormittags | | Abends | |
| Schneidemühl .... Abfahrt | 6 | 45 | 5 | 7 | Flatow ........ Abfahrt | 10 | 8 | 8 | 53 |
| Flatow ........ Ankunft | 7 | 57 | 6 | 19 | Schneidemühl .... Ankunft | 11 | 15 | 9 | 40 |

## B. Dirschau-Pr. Stargardt.

| Richtung Dirschau-Pr. Stargardt. Stationen: | Gemischter Zug 18. U. M. | Gemischter Zug 6. U. M. | Gemischter Zug 2. U. M. | Richtung Pr. Stargardt-Dirschau. Stationen: | Gemischter Zug 1. U. M. | Gemischter Zug 5. U. M. | Gemischter Zug 3. U. M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Morgens. | Nachmitt. | Abends. | | Morgens. | Nachmitt. | Abends. |
| Dirschau . . . Abf. | 8 36 | 2 33 | 9 10 | Pr. Stargardt Abf. | 7 3 | 12 29 | 7 13 |
| Pr. Stargardt Ank. | 9 35 | 3 32 | 10 9 | Dirschau . . . Ank. | 7 53 | 1 21 | 8 5 |

## C. Insterburg-Gerdauen.

| Richtung Insterburg-Gerdauen. Stationen: | Gemischter Zug 10. U. M. | Gemischter Zug 2. U. M. | Richtung Gerdauen-Insterburg. Stationen: | Gemischter Zug 1. U. M. | Gemischter Zug 5. U. M. |
|---|---|---|---|---|---|
| | Vormitt. | Nachmitt. | | Mittags. | Abends. |
| Insterburg . . . . . . Abfahrt | 9 24 | 3 25 | Gerdauen . . . . . . Abfahrt | 12 8 | 6 53 |
| Gerdauen . . . . . . Ankunft | 10 57 | 4 58 | Insterburg . . . . . . Ankunft | 1 45 | 8 30 |

Sämmtliche Züge befördern Personen in allen 4 Wagenklassen. — Auf den Stationen sind besondere Fahrpläne ausgehängt.

Bromberg, den 22. April 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**295** Bekanntmachung.

Durch die Versetzung des Oberpfarrers Anderson in Schwerin a./W. wird die Oberpredigerstelle daselbst, mit welcher ein Einkommen von circa 900 Thlr. und freie Wohnung so wie die Inspection über die beiden städtischen Schulen verbunden ist, in Kurzem vacant.

Bewerber um diese Stelle haben ihre an den Gemeinde-Kirchenrath zu Schwerin a./W. zu richtenden Anträge dem Herrn Superintendenten Vater in Meseritz einzusenden.

Posen, den 21. April 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**296** Bekanntmachung.

Bei der vom 21. bis 24. d. Mts. abgehaltenen theologischen Prüfung hat der Kandidat der Theologie Herr Friedrich Wilhelm Bernhard Karl Oloff, gebürtig aus Thorn, das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte erhalten, und die Theologie-Beflissenen Herr Friedrich Adolph Gustav Mosel, gebürtig aus Glötze, Herr Oswald Wilhelm Leopold Wirsing, gebürtig aus Krotoschin, haben die Erlaubniß zum Predigen mit dem Kandidaten-Prädicat erhalten.

Posen, den 25. April 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**297** Der Militair-Supernumerarius Alwin Graustein ist zum Regierungs-Secretariats-Assistenten ernannt worden.

**298** Der Regierungs-Kanzlist Ebeling ist zum Regierungs-Secretariats-Assistenten ernannt worden.

**299** Der Kanzlei-Diätarius Adolph Goetsch ist zum Regierungs-Kanzlisten befördert worden.

## Vermischte Nachrichten.

**300** Wie mangelhaft vom Publicum immer noch die Briefe adressirt werden, dafür liefert die Thatsache von Neuem einen schlagenden Beweis, daß bei dem Postamte in Danzig in einem einzigen Monate in 837 Fällen von der Post die Mitwirkung der Polizeibehörde zur Ermittelung der Wohnung des Adressaten hat in Anspruch genommen werden müssen. Ein Polizeibeamter hatte im Durchschnitt 2 bis 3 Stunden auf diese Thätigkeit zu verwenden. Trotz aller Bemühungen muß aber im Deutschen Postbezirk noch immer eine beträchtliche Zahl von Briefen lediglich wegen der mangelhaften Adressirung als unbestellbar zurückgeschickt werden, im Jahre 1870 z. B. 431,254 Stück. Eine recht sorgfältige und genaue Adressirung der Postsendungen kann daher nicht genug anempfohlen werden. In verschiedenen Schulen geben die Lehrer den Schülern Unterweisung im Anfertigen guter Adressen. Dies sollte verallgemeinert werden, und auch bei der häuslichen Erziehung wäre der nicht unwichtige Gegenstand mehr zu beachten. In England geschieht das schon längst.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 18.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 18 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Vorschriften

über

die Prüfung der öffentlich anzustellenden Feldmesser.

Wer in Gemäßheit des § 36 der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 als Feldmesser öffentlich angestellt werden will, hat sich einer Prüfung zu unterwerfen, für welche vom 1. April 1871 ab an Stelle der hierüber seither in Kraft gewesenen Bestimmungen die nachstehenden Vorschriften zur Anwendung kommen.

### Prüfungs-Commissionen.

§ 1. Die Prüfung der Candidaten der Feldmeßkunst erfolgt:

a) in der Provinz Hannover durch eine von dem Ober-Präsidenten derselben zu bestellende Prüfungs-Commission, bestehend aus einem den Vorsitz führenden Mitgliede der Königlichen General-Commission zu Hannover und vier Examinatoren, nämlich je einem der in Hannover wohnhaften höheren Bau- und Forstbeamten, einem der daselbst fungirenden Kataster-Inspectoren und einem geeigneten Lehrer an der polytechnischen Schule,

b) in den übrigen Provinzen durch die bei jeder Königl. Regierung durch den Präsidenten derselben zu bestellende Prüfungs-Commission.

Dieselbe soll bestehen:

aus einem Vorsitzenden, in der Regel dem Abtheilungs-Dirigenten und vier Examinatoren, wozu zwei bautechnische Mitglieder des Regierungs-Collegiums (Bauräthe beziehungsweise Ober-Bau-Inspectoren), der Schulrath oder ein Forstmeister oder Ober-Forstmeister und der am Orte fungirende Kataster-Inspector zu wählen sind.

Bei denjenigen Regierungen, deren Collegium nur ein bautechnisches Mitglied zählt, wird neben diesem ein anderer geeigneter Sachverständiger der Prüfungs-Commission vom Präsidenten beigeordnet. Dabei ist es auch gestattet, den mathematischen Theil der Prüfung einem Lehrer der Mathematik zu übertragen.

Den Prüfungs-Commissionen ist eine im Range der Regierungs-Secretaire stehender Beamter als Protokollführer und zur Beaufsichtigung der Candidaten während der schriftlichen Prüfung beizugeben.

### Bedingungen der Zulassung zur Prüfung.

§ 2. Diejenigen, welche die Prüfung zum Feldmesser ablegen wollen, haben sich bei der Königl. Regierung, in deren Bezirk sie ihren Wohnsitz haben, in der Provinz Hannover bei dem Ober-Präsidenten derselbeu zu melden und folgende nicht stempelpflichtige Zeugnisse einzureichen:

1) Ein Attest ihrer Ortspolizeibehörde über ihre Unbescholtenheit.

2) Als Nachweis der erforderlichen Schulbildung, ein Zeugniß über die erlangte Reife zur Versetzung in die erste Klasse eines Gymnasiums, die erste Klasse einer Realschule erster Ordnung, oder die erste Klasse (Fachklasse) einer der reorganisirten, dreiklassigen Gewerbeschulen, oder das Abgangszeugniß der Reife einer Realschule zweiter Ordnung oder einer zu Entlassungsprüfungen berechtigten höheren Bürgerschule.

Offiziere des stehenden Heeres und die in das reitende Feldjäger-Corps aufgenommenen Aspiranten des Forstfaches sind von der Beibringung eines Zeugnisses über den erlangten Grad der schulwissenschaftlichen Bildung entbunden und haben nur durch Einreichung des ihnen ertheilten Offizier-Patents, resp. des Aufnahme-Zeugnisses des Commandeurs des reitenden Feldjäger-Corps über ihre persönlichen Verhältnisse sich auszuweisen.

Candidaten der Feldmeßkunst aus den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, welche vor dem 1. April 1871 ihre practische Vorbereitung bereits begonnen haben, brauchen, wenn sie sich bis zum 1. April 1873 zur Prüfung melden, ausnahmsweise nur dasjenige Maß von Schulbildung nachzuweisen, welches in den genannten Provinzen nach den bisherigen Bestimmungen für die Zulassung zur Feldmesser-Prüfung erfordert worden ist.

3) Bezüglich der ausreichenden practischen Vorbereitung und Befähigung, das Zeugniß eines oder mehrerer geprüfter Feldmesser über eine mindestens zweijährige Beschäftigung bei Vermessungs- und Nivellements-Arbeiten.

Auf dieses Biennium wird den Aspiranten des Forstverwaltungsdienstes, welche die Forsteleven-Prüfung bestanden haben, die forstliche Lehrzeit mit einem Jahre, die Zeit des zweijährigen Besuchs einer Preußischen Forstacademie aber mit sechs Monaten angerechnet, wenn sie durch Atteste nachweisen, daß sie während der forstlichen Lehrzeit auch mit Vermessungsarbeiten sich beschäftigt beziehungsweise während des Besuchs der Forstacademie an dem geodätischen Unterrichte und den practischen Uebungen regelmäßig Theil genommen haben.

Hinsichtlich derjenigen Candidaten der Feldmeßkunst, welche ihre practische Vorbereitung gegenwärtig bereits begonnen haben, wird, wenn sie sich bis zum 1. October 1871 zur Prüfung melden, nachgelassen, daß sie nur eine mindestens einjährige Beschäftigung bei Vermessungs- und Nivellements-Arbeiten durch das Zeugniß eines oder mehrerer geprüfter Feldmesser nachzuweisen haben.

Diejenigen Arbeiten, welche der Candidat unter Aufsicht, jedoch selbstständig ausgeführt hat, müssen in dem Attest speziell namhaft gemacht, nach ihrem Umfange, die Vermessungen in Hektaren, die Nivellements in Metern angegeben und in der Art der Ausführung unter Angabe der dabei gebrauchten Instrumente näher bezeichnet, auch in Beziehung auf die Richtigkeit der Ausführung bescheinigt sein.

Der Gesammt-Umfang des mit allen Specialien vermessenen, chartirten und berechneten Areals muß mindestens 100 Hectare und die Länge der in Stationen von nicht über 50 Metern nivellirten, unter Aufzeichnung des Terraindurchschnitts aufgetragenen Strecke wenigstens 4 Kilometer betragen. Es ist aber nicht erforderlich, daß das vermessene Areal gerade einen Complex von 100 Hektaren bildet, vielmehr für ausreichend zu halten, wenn die Vermessung aus zwei Theilen, von welchen der kleinere nicht unter 20 Hektaren umfassen darf, besteht. Die nivellirte Strecke von 4 Kilometern darf aber nicht in kleine Nivellements getheilt sein.

In Bezug auf die von den Candidaten aus der Rheinprovinz, der Provinz Westphalen und der Provinz Hessen-Nassau ausgeführten practischen Arbeiten ist es wegen der besonderen Agrar-Verhältnisse dieser Provinzen, in welchen sich selten Gelegenheit zum Vermessen größerer Land-Complexe findet, ausnahmsweise für ausreichend zu halten, wenn die Vermessungen aus drei in sich geschlossenen Theilen, jeder jedoch nicht unter 20 Hektaren Inhalt, bestanden habeu,

4) Eine von dem Candidaten selbst verfaßte Beschreibung seines Lebenslaufs.

## Probearbeit.

§ 3. Die Commission prüft diese Zeugnisse und Nachweise und ertheilt, wenn sie dieselben ausreichend findet, dem Candidaten spätestens sechs Wochen nach seiner Meldung eine Probearbeit, welche im Copiren oder Reduciren einer ihm zuzustellenden Karte besteht.

Bei der Auswahl derselben ist auf keine zu große Ausdehnung, jedoch darauf zu sehen, daß der Candidat Gelegenheit erhält, seine Fertigkeit im Planzeichnen, und zwar sowohl in der richtigen Darstellung der Berge, Thäler, Flüsse und Seen, als der übrigen auf öconomischen Situationsplänen vorkommenden Gegenstände, als Wälder, Aecker, Wiesen, Gärten, Gebäude u. s. w. und in dem vorgeschriebenen Colorit derselben an den Tag zu legen. Für die Ablieferung der Probekarte, welche der Candidat auf Velinpapier, daß vorher auf Leinwand aufgezogen worden, zu zeichnen hat, ist ein Zeitraum von vier Monaten festzusetzen, der ohne die specielle Genehmigung der Commission nicht überschritten werden darf.

## Vorläufige Prüfung der Probearbeit.

§ 4. Nachdem der Candidat die mit seiner vollen Namensunterschrift zu bezeichnende Probearbeit nebst dem Original der Commission eingereicht hat, prüft diese zuvörderst die Richtigkeit und Vollständigkeit der Karte, sowie die Sauberkeit und Güte der Zeichnung und registrirt den Befund.

Bei etwaiger Zurückweisung der Probearbeit ist dem Candidaten bekannt zu machen, welche Ausstellungen sich gegen seine Arbeit gefunden haben und weshalb dieselbe nicht als probemäßig anerkannt worden sei.

## Prüfungs-Termine.

§ 5. Die Prüfungen der Feldmesser werden regelmäßig vierteljährlich in der ersten Woche der Monate Januar, April, Juli und October im Geschäftshause der Regierung bezw. in dem von dem Ober-Präsidenten der Provinz Hannover dazu bezeichneten Local vorgenommen.

Wenn die Probearbeit spätestens vier Wochen vor einem solchen Termine eingegangen und zur Zufriedenheit ausgefallen ist, so wird der Candidat zur Prüfung in demselben vorgeladen.

## Gang der Prüfung.

§ 6. Bei der Prüfung ist folgendes Verfahren zu beobachten:

Zuvörderst hat der Kandidat eine nicht große, aber zweckmäßig gewählte Abtheilung aus einer Karte unter Aufsicht zu kopiren und durch Zeichnungsart und Schrift zu beweisen, daß die Probekarte von ihm allein gezeichnet worden sein könne. Daß dies auch wirklich geschehen sei, darüber wird seine Versicherung an Eidesstatt nur in dem Falle gefordert und angenommen, daß aus Vergleichung beider Arbeiten kein Zweifel über die Richtigkeit einer solchen Versicherung hervorgeht.

Demnächst wird der Candidat geprüft:

a. in der **Arithmetik**, sowohl in der Rechnung mit abstracten Zahlen, als auch mit Maaß-, Münz- und Gewichtssorten und Brüchen, in der Decimal-Rechnung, Ausziehung der Wurzeln, Lehre von den Verhältnissen, Proportionen und Progressionen, nebst ihrer Anwendung in der Regel de trie und den damit zusammenhängenden Rechnungen;

b. in der **Algebra**, einschließlich der Auflösung unreiner quadratischer Gleichungen, der Theorie und Anwendung sowie Uebung im Gebrauche der Logarithmen;

c. in der ebenen **Geometrie** bei Anwendung der darin enthaltenen Sätze, sowohl hinsichtlich ihrer Beweise, als auch der verschiedenen daraus entspringenden Aufgaben;

d. in der **Trigonometrie**, mit Einschluß der Anfangsgründe in der sphärischen Trigonometrie. Die Prüfung in dieser Disciplin erstreckt sich nicht nur auf die Gründe, sondern auch auf ihre Anwendung, um mit Hülfe der trigonometrischen Tafeln die Auflösung derjenigen Aufgaben, welche bei Berechnung der Figuren, der Bestimmung unbekannter Entfernungen ausgegebenen Seiten und Winkeln 2c. vorkommen, zu bewirken;

e. in der **Stereometrie** bis einschließlich elementarer Berechnung der Oberflächen und des Inhalts von Körpern;

f. in der **Feldertheilungslehre** sowohl nach bestimmten Verhältnissen, als auch nach der Bonität der Grundstücke, sowie in Verwandlung der Figuren;

g. in der **Feldmeßkunst**. Es wird erfordert, hinlängliche Bekanntschaft mit den beim Feldmessen vorkommenden Maaßen und die Fertigkeit, solche aus einem in das andere zu verwandeln; gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem Gebrauche der verschiedenen, zum Messen und zur Inhaltsberechnung nöthigen Instrumente, mit Einschluß des Theodoliten und des Polarplanimeters, sowie die Kenntniß von den am häufigsten vorkommenden Mängeln und der Untersuchung der Richtigkeit der Instrumente; ferner genaue Kenntniß des Verfahrens bei dem Vermessen, dem Auftragen und der Berechnung der Figuren auch in den bei der Ausführung vorkommenden schwierigen Fällen, nebst der Kenntniß, den dabei am leichtesten eintretenden Irrthümern durch die besten Methoden der Controle der eigenen Arbeiten vorzubeugen; ferner die Kenntniß von der Anfertigung des Vermessungs- und Bonitirungs-Registers, von der Anwendung der vorstehenden allgemeinen Lehren auf die Ausführung größerer Aufnahmen, mit Einschluß des Verfahrens, ein Dreiecksnetz zu legen und die Lage der Winkelpunkte durch rechtwinklige Coordinaten zu berechnen (jedoch innerhalb der Grenzen einiger Quadratmeilen); endlich auch die Kenntniß von den Vermessungen zu verschiedenen Zwecken, als: Straßen-, Strom-, Forst- und öconomischen Vermessungen, von dem zum Auftragen von Vermessungen und Nivellements überhaupt zu verwendenden Kartenmaterials und dessen Behandlung, sowie von den verschiedenen Methoden des Kartencopirens;

h. in der **Nivellirkunst**. Gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem Gebrauche der Nivellir-Instrumente und genaue Bekanntschaft mit den Lehren des Nivellirens, mit dem practischen Verfahren bei demselben, Führung des Journals und Auftragen des nivellirten Terrains 2c.

Die Fertigkeit im Nivelliren ist nicht blos auf einzelne Linien auf der trockenen Oberfläche der Erde zu beschränken, sondern auch auf das Gefälle des Wassers in Strömen, Canälen und Gräben und auf die in solchen gewöhnlich befindlichen Stauungsanlagen, sowie darauf auszudehnen wie und nach welchem Maßstabe die Nivellements nach den darüber geltenden Bestimmungen aufgetragen werden müssen. Außerdem allgemeine Kenntniß der Refraction der Lichtstrahlen, des wahren und des scheinbaren Horizonts und Kenntniß des Verfahres bei Peilung der Gewässer.

§ 7. Der Candidat hat unter Aufsicht eines Beamten die ihm zu ertheilenden Aufgaben aus den vorgedachten Wissenschaften schriftlich dergestalt zu beantworten, daß seine Antworten neben den von dem Aufsichtsbeamten niedergeschriebenen Fragen zu stehen kommen.

Der Aufsichtsbeamte hat immer nur eine Aufgabe dem Candidaten zu ertheilen, zur Lösung eine angemessene Frist festzusetzen und nach Ablauf derselben eine andere Aufgabe folgen zu lassen, wenn die vorhergegangene auch nicht oder nicht vollständig gelöst worden sein sollte.

Die Zeit der Aufgabe der Frage und der geschehenen Ablieferung der Arbeit ist von dem Aufsichts-Beamten zur Seite zu vermerken. Es wird nicht erforderlich sein, die schriftliche Prüfung, welche der

mündlichen vorangeht, zu weit auszudehnen, und es werden daher in der Regel etwa zwanzig Fragen und Aufgaben bei der schriftlichen Prüfung ausreichen, die der Candidat in 3 Tagen beantworten muß.

Zur mündlichen Prüfung ist ein Tag bestimmt; die Prüfung eines Feldmessers muß also längstens in vier Tagen geschehen.

Die Mitglieder der Commission sind verpflichtet, während der schriftlichen Prüfung sich öfter davon zu überzeugen, daß vorschriftsmäßig verfahren werde und darauf zu sehen, daß der Candidat sich keiner Hülfsmittel an Büchern, Heften und dergl., jedoch mit Ausnahme der Logarithmen- und der trigonometrischen Tafeln, zur Beantwortung der Fragen bediene.

### Urtheil über den Ausfall der Prüfung.

§ 8. Die Commission prüft die schriftlichen Arbeiten des Candidaten und fällt ihr Urtheil nach vorheriger Berathung über den Ausfall des Examens überhaupt in jeder Wissenschaft.

Damit nun aber auch bei der Angabe der Resultate der Prüfung, sowohl über die Kenntnisse in den einzelnen Zweigen, als über die Qualification des Candidaten überhaupt überall eine gleichmäßige Abstufung beobachtet werde, ist der Grad der Zuläßigkeit als das Minimum anzunehmen und das Urtheil in folgender Art zu steigern:

1) Ueber die bei der schriftlichen und mündlichen Prüfung entwickelten Kenntnisse in jedem einzelnen Zweige:
   a. zulänglich,
   b. ziemlich gut,
   c. gut,
   d. sehr gut.

2) Ueber die Qualification der Candidaten zum Feldmesser im Allgemeinen:
   a. zulänglich,
   b. ziemlich gut,
   c. gut und
   d. sehr gut.

3) Bei Beurtheilung der Probekarte aber wird bemerkt, ob sie richtig und dabei wenigstens
   a. zulänglich,
   b. ziemlich gut,
   c. gut,
   d. sehr gut

gezeichnet worden sei.

### Unterschrift und Bescheinigung der schriftlichen Ausarbeitungen.

§ 9. Die schriftlichen Ausarbeitungen muß der Candidat mit seinem Vor- und Zunamen unterschreiben und das Datum bemerken.

Außerdem wird von dem Aufsichtsbeamten bescheinigt, daß die Beantwortung in seiner Gegenwart und ohne Hülfsmittel geschehen sei.

### Prüfungsgebühr.

§ 10. Vor der Zulassung zur schriftlichen Prüfung hat der Candidat eine Gebühr von 5 Thlr. an den Rendanten der Commission einzuzahlen.

Candidaten, welche in der Prüfung überhaupt nicht bestanden haben, wenn sie später zu einer Wiederholung derselben zugelassen werden, alsdann die Prüfungsgebühr noch einmal zu entrichten.

### Superrevision durch die Königliche technische Bau-Deputation.

§ 11. Die Commission legt die geschlossenen Prüfungsprotocolle nebst den zugehörigen Documenten und Probekarten mit ihrem Gutachten der Königlichen Regierung, beziehungsweise dem Ober-Präsidenten der Provinz Hannover vor, welche sämmtliche Verhandlungen für jeden Candidaten mit einem besonderen Schreiben an die Königliche technische Bau-Deputation zur Superrevision einsenden. Vom Tage der Prüfung an gerechnet bis zur Einsendung der Probearbeiten an die oben bezeichneten Behörden darf nur eine Zeit von sechs Wochen verlaufen und diese ohne Angabe der Behinderungsgründe nicht überschritten werden.

Der technischen Bau-Deputation liegt es ob, die Angemessenheit der über die Probearbeiten und über das Hauptergebniß der Prüfung von der Commission ertheilten Prädikate zu beurtheilen resp. abzuändern und nach diesem ihrem Gutachten für den Candidaten das Qualifications-Zeugniß zum Feldmesser auszufertigen.

Bezüglich derjenigen Candidaten, deren Kenntnisse in einer oder mehreren Disciplinen für ungenügend befunden worden, hat die Königliche technische Bau-Deputation zu entscheiden, ob die Wiederholung der Prüfung nach sechs Monaten oder erst nach einem Jahre stattfinden darf.

## Modificationen in Bezug auf Baumeister und Bauführer.

§ 12. Baumeister und Bauführer, welche auf Grund der von ihnen bereits im architectonischen Examen abgelegten theoretischen Prüfung in der Geodäsie nachträglich auch die practische Befähigung zur Ausübung der Feldmeßkunst erwerben wollen, haben die Bescheinigung eines Feldmessers beizubringen, daß sie mindestens sechs Monate hindurch ununterbrochen nach abgelegter Bauführerprüfung ausschließlich mit speciell namhaft zu machenden Vermessungs- und Nivellements-Arbeiten in dem im § 2 ad 2 vorgeschriebenen Umfange der dort angegebenen Art der Ausführung beschäftigt gewesen sind und dabei bewiesen haben, daß sie selbstständig richtige Vermessungen, Kartirungen und Berechnungen auszuführen vermögen.

§ 13. Unter Einreichung der erlangten Patente als Baumeister oder Bauführer und der in § 12 vorgeschriebenen Nachweise hat Candidat die Ertheilung einer Probearbeit im Planzeichnen bei der Königl. Regierung, in deren Bezirk er zur Zeit verweilt, in der Provinz Hannover bei dem Ober-Präsidenten derselben, nachzusuchen, und ist dem Gesuche zu willfahren, sobald die eingereichten Nachweise als vorschriftsmäßig anerkannt worden sind.

Bei Ertheilung, Anfertigung und Ablieferung der Probekarte ist § 3 maßgebend.

§ 14. Nachdem Candidat die mit seiner Namensunterschrift und der Versicherung an Eidesstatt, daß er dieselbe allein gezeichnet, zu versehende Probekarte nebst dem zum Vorbilde benutzten Original der Königlichen Regierung, bezw. dem Ober-Präsidenten der Provinz Hannover eingereicht hat, wird solche von der Feldmesser-Prüfungs-Commission nach Maßgabe des § 4 geprüft und unter Angabe eines der in § 8 ad 3 sub a bis d bezeichneten Prädikate censirt.

§ 15. Ist die Probekarte von der Prüfungs-Commission für annehmbar erachtet, so legt die Königliche Regierung beziehungsweise der Ober-Präsident der Provinz Hannover dieselbe mit dem im § 12 bezeichneten Nachweise innerhalb eines Zeitraums von längstens sechs Wochen vom Tage der Einreichung an gerechnet der Königlich technischen Bau-Deputation vor.

§ 16. Die Königlich technische Bau-Deputation entscheidet danach, ob der Candidat zum Feldmesser befähigt ist, stellt nach dem Befunde das Qualificationszeugniß unter Angabe der Censur der Probekarte nach den im § 8 ad 3 bezeichneten Prädicaten aus, und sendet dasselbe an die Königliche Regierung, beziehungsweise den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover zur Aushändigung.

Berlin, den 2. März 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Itzenplitz.

Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.
v. Selchow.

Der Finanz-Minister.
Camphausen.

**Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.** **№ 19.** **Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.**

Bromberg, den 12. Mai 1871. Bydgoszcz, dnia 12. Maja 1871.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

301

### Instruction

zur Ausführung der §§ 38 und 39 des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870, die Stellung unter Polizei-Aufsicht betreffend.

Zur Ausführung der §§ 38 und 39 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 wird in Betreff der Stellung unter Polizei-Aufsicht bestimmt, was folgt:

§ 1. Die gegenwärtige Instruction findet bezüglich aller, nach dem 1. Januar 1871 verurtheilten Personen, gegen welche auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt worden ist, mit der Maaßgabe Anwendung, daß in Betreff der nur vorläufig entlassenen Verurtheilten (§§ 23 ff. des Strafgesetzbuches) die Vorschriften der allgemeinen Verfügung vom 21. Januar 1871 in Kraft bleiben.

Personen, deren Verurtheilung vor dem 1. Januar 1871 erfolgt ist, sind, soweit im Nachfolgenden nichts Anderes bestimmt ist (§ 11), der in dem Erkenntnisse angeordneten Polizei-Aufsicht in der bisherigen Weise zu unterwerfen.

§ 2. Die Stellung unter Polizei-Aufsicht soll nur stattfinden, wenn begründete Besorgniß besteht, daß der Verurtheilte die wieder erlangte Freiheit in gemeingefährlicher Weise mißbrauchen werde.

Neben dem der Verurtheilung zu Grunde liegenden Verbrechen und dem sonstigen bisherigen Verhalten des Verurtheilten ist dessen Führung während der Strafverbüßung in Betracht zu ziehen und auf die Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, in welche derselbe nach der Haftentlassung eintritt.

Verurtheilte, welche nach stattgefundener vorläufiger Haftentlassung sich bis zum Ablaufe der in dem Erkenntnisse festgesetzten Strafzeit ordnungsmäßig geführt haben, sind der Polizei-Aufsicht in der Regel nicht zu unterwerfen.

Ebenso sollen von derselben andere Verurtheilte, welche sich während der Strafverbüßung gut geführt haben, und deren Unterkommen in der Freiheit ein gesichertes ist, in der Regel befreit bleiben.

§ 3. Die Stellung unter Polizei-Aufsicht wird von derjenigen Landespolizei-Behörde (Regierung, Landdrostei) angeordnet, zu deren Bezirke der Ort gehört, nach welchem der Verurtheilte aus der Strafhaft entlassen wird (Entlassungsort), oder an welchem derselbe später Aufenthalt nimmt.

In Ansehung von Ausländern (§ 8), welche einen festen Wohnsitz innerhalb des Preußischen Staatsgebietes bisher nicht gehabt haben, steht die Anordnung der Maaßregel der Landespolizeibehörde des Bezirks zu, in welchem die Freiheitsstrafe verbüßt ist.

Die Stellung unter Polizei-Aufsicht kann nur bis zum Ablaufe von fünf Jahren, von dem Tage der Beendigung der Freiheitsstrafe gerechnet, angeordnet oder aufrecht erhalten werden.

Bei vorläufig zur Entlassung gekommenen Verurtheilten wird die Freiheitsstrafe erst mit dem Tage als beendigt angesehen, an welchem die in dem Erkenntnisse festgesetzte Strafzeit abgelaufen ist.

§ 4. Behufs Vorbereitung der Beschlußnahme über die nach § 3 dieser Instruction zu treffende Anordnung hat der Gefängnißvorstand 14 Tage vor der Entlassung eines Verurtheilten, gegen welchen auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt worden ist, der Ortspolizeibehörde des Entlassungsortes ein Zeugniß über die Führung des Verurtheilten während der Strafverbüßung nebst einem Gutachten der Conferenz der Gefängniß-Oberbeamten über die Angemessenheit der Polizeiaufsicht zu übersenden.

Besteht bei der betreffenden Anstalt eine Beamtenconferenz nicht, so ist das Gutachten von dem Vorstande in Gemeinschaft mit dem Anstaltsgeistlichen abzugeben.

Ist der Verurtheilte ein Ausländer, welcher einen festen Wohnsitz innerhalb des Preußischen Staatsgebiets bisher nicht gehabt hat, so werden die vorbezeichneten Schriftstücke der Landespolizeibehörde, in deren Bezirk die Anstalt belegen ist, und zwar mindestens 4 Wochen vor Beendigung der Strafzeit, unmittelbar übersandt.

§ 5. Unter Berücksichtigung des Gutachtens der Gefängnißbehörde (§ 4) und der sonst in Betracht kommenden Umstände (§ 2) hat die Polizeibehörde des Entlassungsortes alsbald nach dem Eintreffen des Verurtheilten über dessen weitere Behandlung Beschluß zu fassen, und, falls sie die Stellung unter Polizeiaufsicht für nothwendig erachtet, die Anordnung derselben bei der Landespolizeibehörde **sofort** in Antrag zu bringen.

Die Stellung des Antrages bleibt, falls Seitens der Ortspolizeibehörde zunächst davon Abstand genommen worden sein sollte, innerhalb der im § 3 dieser Instruction bezeichneten Zeitdauer auch nachträglich zulässig.

Die Zulässigkeit zur Stellung des Antrages geht, falls der Verurtheilte verzieht, auf die Polizeibehörde des jedesmaligen neuen Aufenthaltsortes desselben über.

In dem Antrage ist die Zeit, für welche die Stellung unter Polizeiaufsicht für nothwendig erachtet wird, zu bezeichnen.

Demselben werden die im § 4 bezeichneten Schriftstücke, sowie, falls der Verurtheilte den Aufenthalt gewechselt hat, die Führungsatteste der betreffenden Ortspolizeibehörden beigefügt.

Bezieht sich der Antrag auf einen Verurtheilten, welcher bis zum Ablaufe der Strafzeit vorläufig entlassen gewesen ist, so genügt die Beifügung der Führungsatteste der Ortspolizeibehörden. Das Gutachten der Gefängnißbehörde wird in diesem Falle von der Landespolizeibehörde unmittelbar erfordert.

Die Anträge derjenigen Ortspolizeibehörden, welche der Aufsicht des Landraths unterliegen, sind der Landespolizeibehörde durch Vermittelung des Letzteren vorzulegen.

§ 6. Ueber den Antrag der Ortspolizeibehörde resp. in dem Falle des letzten Absatzes des § 4 dieser Instruction, über den Bericht der Gefängnißbehörde ist von der Landespolizeibehörde unter Berücksichtigung der Bestimmungen im § 2 übrigens aber nach freiem Ermessen schleunige Entscheidung zu treffen.

Gegen diese Entscheidung findet eine Berufung nicht statt.

Die Landespolizeibehörde ist indeß berechtigt, ihre Entscheidung nach Befinden der Umstände durch spätere Anordnungen selbst abzuändern, insbesondere die für die Stellung unter Polizeiaufsicht festgesetzte Zeitdauer abzukürzen oder unter Innehaltung der gesetzlichen Frist (§ 3) zu verlängern.

Die gleiche Befugniß steht im Falle des Verziehens einer unter Polizei-Aufsicht stehenden Person in einen anderen Regierungs- (Landdrostei-) Bezirk der Landespolizeibehörde des neuen Aufenthaltsortes zu.

Vor Abänderung einer einmal getroffenen Entscheidung muß die Ortspolizeibehörde des jeweiligen Aufenthaltsortes des Verurtheilten gehört werden.

§ 7. Die Stellung unter Polizeiaufsicht ist, soweit die Bestimmungen im § 3 dieser Instruction nicht entgegenstehen, mindestens auf die Dauer von sechs Monaten anzuordnen.

Eine Abkürzung dieser Frist durch spätere Anordnung der Landes-Polizeibehörde (§ 6) ist nicht zulässig.

Die Entscheidung der Landespolizeibehörde, welche die Stellung unter Polizeiaufsicht anordnet, ist dem Verurtheilten zu Protokoll zu eröffnen.

Die in der Entscheidung festgesetzte Zeit wird vom Tage dieser Eröffnung an berechnet.

§ 8. Die Entscheidung der Landespolizeibehörde kann zugleich die Bestimmung darüber enthalten:

1) ob und an welchen einzelnen Orten dem Verurtheilten der Aufenthalt untersagt,
2) ob ein verurtheilter Ausländer aus dem Bundesgebiete verwiesen werden soll.

Ist eine Bestimmung dieser Art in der Entscheidung selbst nicht erfolgt, so kann dieselbe während der Dauer der Polizeiaufsicht jederzeit nachgeholt werden.

Angehörige der Staaten des Deutschen Reiches werden als Ausländer nicht angesehen.

Als Bundesgebiet gilt das Gebiet sämmtlicher zum Deutschen Reiche vereinigten Staaten.

§ 9. Die Ausführung der von der Landespolizeibehörde angeordneten Polizeiaufsicht liegt der Ortspolizeibehörde des jeweiligen Aufenthaltsortes des Verurtheilten ob, welche hierbei von den vorgesetzten Polizeibehörden zu überwachen ist.

Die Ortspolizeibehörde ist nicht befugt, dem unter Polizeiaufsicht Stehenden Beschränkungen aufzuerlegen, welche in dem Strafgesetzbuche nicht vorgesehen sind.

Insbesondere dürfen periodische persönliche Meldungen bei der Polizeibehörde oder sonstige, außergewöhnliche Controllmaßregeln, welche mit Beschränkungen der persönlichen Freiheit verbunden sind, von demselben nicht gefordert werden.

Zuwiderhandlungen des Verurtheilten gegen die ihm in Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht auferlegten Beschränkungen sind in Gemäßheit des § 361 des Strafgesetzbuchs zu verfolgen.

Die Anordnung von Executivstrafen deshalb ist nicht zulässig.

§ 10. Ueber die Art und Weise, in welcher die in Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht gegen einen Ausländer angeordnete Verweisung aus dem Bundesgebiete zur Ausführung zu bringen ist, hat die Landespolizeibehörde in jedem Falle besondere Bestimmung zu treffen.

Die durch die Ausführung der Maßregel entstehenden Kosten, insbesondere die etwaigen Kosten des Transports und der zum Zwecke derselben erforderlichen Detention, werden auf den allgemeinen Polizei-Fonds übernommen.

§ 11. Die Bestimmung des § 28 des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851, nach welcher gegen die wegen Diebstahls 2c. verurtheilten und unter Polizeiaufsicht gestellten Personen die Aufsicht durch orts-

polizeiliche Anordnung dahin erweitert werden kann, daß dieselben während der Nachtzeit ihren Wohnort und selbst ihre Wohnung ohne Erlaubniß nicht verlassen dürfen, findet auch in Ansehung der vor dem 1. Januar 1871 verurtheilten Personen nicht mehr Anwendung. Die durch den Erlaß vom 22. Mai 1866 angeordnete Eintheilung der unter Polizeiaufsicht stehenden Personen in zwei Klassen kommt in Folge dessen allgemein in Wegfall.

Berlin, den 12. April 1871.

Der Minister des Innern.
(gez.) Graf **Eulenburg.**

Vorstehende Instruction wird hiermit publicirt.

Bromberg, den 24. April 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**302** Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 8. d. Mts. dem König-Wilhelm-Verein zu Berlin die Erlaubniß zu ertheilen geruht, Behufs Beschaffung der für die Zwecke des Vereins — Unterstützung der zurückgebliebenen Familien der eingezogenen Soldaten und der Wittwen und Waisen der gefallenen Krieger — weiter erforderlichen Geldmittel eine neue Geldlotterie nach Maßgabe des früher genehmigten Ausspielungs-Plans in zwei Abtheilungen mit je 100,000 Loosen zu 2 Thlr. und mit Geldgewinnen im Gesammtbetrage von 90,000 Thlr. für jede Abtheilung zu veranstalten.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Bromberg, den 25. April 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Jego Cesarsko-Królewska Mość raczył Najwyższym rozkazem z dnia 8. b. m. udzielić towarzystwu Króla Wilhelma w Berlinie pozwolenie do urządzenia według dawniéj uchwalonego planu nowéj loteryi pieniężnéj w dwóch oddziałach po 100,000 losów 2 talarowych i z wygraną pieniężną w ogólnéj sumie 90000 na każdy oddział, mającéj za zadanie postarania się na cele tego towarzystwa — wspierającego pozostałe po żołnierzach wziętych do wojska rodziny, nie mniéj wdowy i sieroty po poległych wojownikach — o potrzebne dalsze zasiłki pieniężne.

Podaje się to niniejszem do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 25. Kwietnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**303** Bekanntmachung.

Der erste der für die Stadt Gollancz in diesem Jahre bewilligten Viehmärkte findet **am 31. Mai c.** statt. Bromberg, den 26. April 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**304** Bekanntmachung.

Der nach dem diesjährigen Kalender für die Stadt Chodziesen auf den 25. d. Mts. anberaumte Jahrmarkt wird hierdurch auf **den 24. d. Mts.** verlegt.

Bromberg, den 5. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**305** Der heutigen Amtsblattsnummer ist ein Erlaß des Königlichen Eichungs-Inspectors für die Provinz Posen vom 24. April 1871, die Ausführung der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 betreffend, angelegt, auf welchen wir wegen der großen Wichtigkeit des Gegenstandes für das ganze Publicum besonders aufmerksam machen.

Bromberg, den 2. Mai 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Do dzisiajszego numeru dziennika urzędowego dołączone zostało rozrządzenie Królewskiego inspektora sprawdzającego miary i wagi dla prowincyi Poznańskiéj z dnia 24. Kwietnia 1871, tyczące się wykonania ordynacyi co do miar i wag dla związku północno-niemieckiego z dnia 17. Sierpnia 1868, na które dla wielkiéj wagi, jakiéj jest ten przedmiot dla całego ogółu, szczególnie zwracamy uwagę.

Bydgoszcz, dnia 2. Sierpnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**306** Bekanntmachung.

Die diesjährige Prüfung zur Aufnahme von Aspiranten in die evangelischen Schullehrer-Seminare der Provinz Posen wird:

a) in Bromberg am 31. Juli und 1. Agust 1871,
b) in Kozmin am 29. und 30. Juni 1871

stattfinden, und der Cursus im Bromberg am 2. August und in Kozmin am 15. August 1871 beginnen.

Die Aspiranten für Bromberg haben sich daher so einzurichten, das sie, falls sie die Aufnahmeprüfung bestehen, in das Seminar zu Bromberg sofort eintreten können.

Die Aspiranten haben sich 4 Wochen vorher bei den Herren Seminar-Direktoren Giebe zu Bromberg oder Stoll zu Kozmin schriftlich, entweder selbst anzumelden oder durch die Lehrer, die sie für das Seminar vorbereitet haben, anmelden zu lassen.

Am Tage vor der Prüfung haben sich die Aspiranten persönlich bei den Herren Seminar-Direktoren zu melden und die nachbenannten Atteste beizubringen:

1) das Taufzeugniß,
2) das Confirmations-Zeugniß,
3) ein Zeugniß ihres Seelsorgers über ihre Führung und ihre Befähigung,
4) ein Zeugniß des Kreis-Physikus über ihren Gesundheitszustand und über wiederholte Pockenimpfung,
5) die schriftliche Erlaubniß des Vaters resp. des Vormundes zum Eintritt in das Seminar,
6) ein Armenattest, falls sie Unterstützung nachsuchen,
7) einen selbstverfaßten Lebenslauf, in welchem über die Art der Vorbildung zum Seminar Auskunft zu geben ist.

Die von Präparandenbildnern zur Aufnahme in ein Seminar vorbereiteten Aspiranten haben außerdem ein Zeugniß des Präparanden-Bildners vorzulegen.

Sämmtliche Atteste sind stempelfrei.

Posen, den 15. Februar 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**307** Bekanntmachung.

Der gegenwärtig im Ostbahn-Localverkehre bestehende Unterschied in der Tarifirung von Locomotiven und Tendern, welche auf ihren eigenen Rädern laufen, und solchen, welche auf untergelegten Achsen (Nothachsen) oder auf Trucks laufen, wird mit dem 15. Juni d. J. aufgehoben und damit zugleich die für den Transport von Locomotiven rc. bisher gültigen Achs-, Gewichts- und Stücktarife.

An Stelle der diesfälligen Tarifsätze wird von dem gedachten Tage ab im Binnenverkehre der Ostbahn für den Transport von Locomotiven und Tendern, sofern sie auf eigenen Rädern, Nothachsen oder auf Trucks laufen, welche von den Versendern gestellt werden, ein Frachtsatz von 1¼ Pf. pro Centner und Meile nebst 3 Pf. pro Centner Expeditionsgebühr je für die Versand- und Empfang-Station erhoben, während für nicht auf eigenen Rädern laufende Locomotiven und Tender, für welche die zum Transport erforderlichen Trucks Seitens der Versender nicht gestellt werden, die Fracht nach den Tarifsätzen der ermäßigten Klasse B. (Wagenladung) berechnet wird.

Die zum Transport benutzten Trucks, sowie die auf solchen verladenen Nothachsen werden frachtfrei zurückbefördert.

Den Locomotivbegleitern wird auf der Hintour freie Fahrt nach ihrer Wahl, entweder auf der Maschine oder in der III. Wagenklasse, in keinem Falle aber freie Rückfahrt gewährt.

Bromberg, den 21. April 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**308** Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch wiederholt zur öffentlichen Kenntniß, daß für die Beförderung von Flachs, Hanf, Heede und Werg in Wagenladungen im Verkehr zwischen Ostbahn- und Russischen Stationen einerseits und Schlesischen und Böhmischen Stationen andererseits via Frankfurt a. O. ermäßigte Sommer-Tarifsätze für die Zeit vom 15. März bis ultimo October jeden Jahres eingeführt sind.

Bromberg, den 26. April 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**309** Dem Kreisdeputirten, Rittmeister a. D. Kleffel auf Brzyskorzystew ist die interimistische Verwaltung des Königlichen Landrath-Amts zu Schubin übertragen worden.

**310** Die Strom-Aufseherstelle an der Netze, für die Strecke von Czarnikau bis zur Drage, ist vom 1. April cr. ab dem ehemaligen Bootsmannsmaaten Bestvater zu Czarnikau verliehen worden.

**311** Eduard Landgraf als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Runowo-Hauland, im Kreise Wongrowitz, interimistisch angestellt.

**312** H. J. Ebert als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Wudzynnek, im Kreise Bromberg, interimistisch angestellt.

**313** Joseph Kußner als Lehrer bei der kathol. Schule zu Bialoslíwe, im Kreise Wirsitz, definitiv angestellt.

**314** Reinhold Jaehn als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule in Uscz, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

**315** Der provisorische Lehrer Stanislaus Kowalewski an der katholischen Schule in Strzelce, Kreis Mogilno, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**316** Der provisorische Lehrer Joseph Lach an der katholischen Schule in Smilowo, Kreis Chodziesen, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 19.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 19 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Zur Ausführung der Maaß- und Gewichts-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868.

Mit dem 1. Januar 1872 tritt die Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund in volle Wirksamkeit. Von jenem Tage ab dürfen mithin zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehr nur solche Maaße, Gewichte und Waagen angewendet werden, welche in Gemäßheit der neuen Maaß- und Gewichtsordnung gestempelt sind. Der Gebrauch von Maaßen und Gewichten der bisherigen Systeme, so weit sie nicht ausnahmsweise durch die zur Ausführung der Maaß- und Gewichtsordnung ergangenen Bestimmungen auch ferner für zulässig erklärt sind, ist von diesem Termine ab verboten und wird nach § 369 Nr. 2 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund bestraft.

Die Tragweite der hier hervorgehobenen Bestimmungen, welche, in Verbindung mit den sonstigen Vorschriften der Maaß- und Gewichtsordnung in sehr großem Umfange eine völlige Erneuerung oder doch Umänderung der gegenwärtig im Verkehr befindlichen Maaße, Gewichte und Meßwerkzeuge, sowie vielfache Umrechnungen darauf beruhender Preise ꝛc. bedingt, wird, den bisherigen Wahrnehmungen nach, von dem betheiligten Publikum noch nicht in vollem Umfange gewürdigt. Es steht demnach zu befürchten, daß weder die Gewerbtreibenden den nöthigen Vorrath an Maaßen herstellen, noch die Eichämter im Stande sein werden, den plötzlichen Andrang zur Prüfung und Stempelung der Maaße zu befriedigen, wenn das Publikum bis zum letzten Augenblick wartet und nicht das Jahr 1871, das letzte der Uebergangsperiode vollständig benutzt, um die nothwendigen Meßgeräthe anzuschaffen.

Der Unterzeichnete nimmt deshalb Veranlassung, das Publikum auf die rechtzeitigen Vorbereitungen aufmerksam zu machen und benutzt gleichzeitig diese Gelegenheit, die wichtigsten Veränderungen, welche in den verschiedenen Zweigen der Maaß- und Gewichtssysteme in Folge der neuen Vorschriften eintreten, in Folgendem hervorzuheben.

### I. Die Längenmaaße.

Die Längenmaaße müssen durchweg neu beschafft werden, da eine Umänderung der alten Maaße nicht thunlich ist. Vorzugsweise wird auf die baldige Beschaffung des Maaßes für Langwaaren Bedacht zu nehmen sein, da, bei dem außerordentlich großen Bedarf dieses Maaßes, dasselbe sonst nicht rechtzeitig in hinreichender Anzahl hergestellt werden kann.

Die Einheit des Längenmaaßes bildet in Zukunft das Meter, ungefähr $1\frac{1}{2}$ Elle lang; an Stelle der alten Elle wird entweder das Meter oder $\frac{1}{2}$ Meter Anwendung finden.

Bezüglich der Anschaffung der Maaßstäbe ist nicht unberücksichtigt zu lassen, daß dieselben mit dem vollen Namen einer der vorgeschriebenen Bezeichnungen versehen sein müssen und daß es vom 1. Januar k. J. nicht mehr gestattet ist, Maaßstäbe zu eichen und zu stempeln, deren Gesammtlänge zwischen ihren Endmarken nach den jetzt landesüblichen Maaßen bestimmt ist und welche gleichzeitig eine Eintheilung nach dem metrischen Systeme enthalten.

### II. Die Flüssigkeitsmaaße.

Diese Maaße sind gleichfalls neu zu beschaffen, da auch hier eine Umarbeitung der alten Maaße nicht thunlich ist.

Die Einheit der Flüssigkeitsmaaße ist das Liter, ungefähr $^{9}/_{10}$ des alten Quarts. Die Reihenfolge der gestatteten Maaßgrößen ist folgende:

20 Liter, 10 L., 5 L., 2 L., 1 L., $^{1}/_{2}$ L., $^{1}/_{4}$ L., $^{1}/_{8}$ L., $^{1}/_{16}$ L., $^{1}/_{32}$ L. und 0,5 L., 0,2 L., 0,05 L. und 0,02 L.

Das Publikum wird sich recht bald darüber klar werden müssen, welche von diesen Stücken besonders geeignet sind, die bisher üblichen am angemessensten zu ersetzen, und auf deren Bestellung dann sofort Bedacht zu nehmen haben, da der Bedarf dieser Maaße ein sehr bedeutender ist.

Was die Herstellung dieser Maaße betrifft, so sind die Vorschriften über das Material, die Form und die Verfertigung viel schärfer als früher und es müssen dieselben deshalb auch viel sorgfältiger gearbeitet werden.

Den Gewerbtreibenden, welche sich mit der Anfertigung dieser Maaße befassen wollen, kann deshalb nur bringend empfohlen werden, sich eingehend mit den ergangenen Bestimmungen bekannt zu machen und sich bei den einzelnen Eichämtern, die genaue Auskunft über die vorschriftsmäßige Ausführung ertheilen werden, Rath zu holen.

Die Eichung der Fässer betreffend, so wird hierzu bemerkt, daß diese nur für diejenigen Fässer vorgeschrieben ist, in welchen Wein zum Verkauf kommt.

Es liegt aber im Interesse des Publikums, bei den Kaufgeschäften, welche in Fässern erfolgen, ein genau ermitteltes Maaß zu verwenden. Die neue Eichordnung hat deshalb auch ganz allgemeine Vorschriften für die Eichung aller Arten von Fässern gegeben.

Für die hiesige Provinz ist in Folge des bedeutenden Spiritusexports die Eichung der Spiritusfässer von besonderer Wichtigkeit. Der Inhalt dieser Fässer wird gegenwärtig hier größtentheils durch Privat-Vermessungsanstalten und zwar mittelst Wägung des Wasserinhalts unter Benutzung von Hilfstabellen, durch welche aus dem gefundenen Gewichte der Wasserfüllung der Rauminhalt bestimmt wird, ermittelt. Die häufig mangelhaften Einrichtungen dieser Anstalten und die Unvollständigkeit und Ungenauigkeit der benutzten Hilfsapparate machen eine genauere Ermittelung des Inhalts unmöglich und gestatten nur in seltenen Fällen, die durch die neue Eichordnung vorgeschriebene Fehlergrenze, $^1/_{300}$ des Fassungsraumes, innezuhalten.

Um für die Zukunft derartigen Uebelständen zu begegnen, ist bei der Einrichtung der Eichämter darauf Bedacht genommen, dieselben vorschriftsmäßig einzurichten und mit zuverlässigen Hilfsapparaten für die Faßeichung zu versehen.

Dem Publikum kann hiernach nur empfohlen werden, die Eichung von Fässern, wo eine größere Genauigkeit verlangt wird, durch die Eichämter ausführen zu lassen.

## III. Die Hohlmaaße für trockene Körper.

**Diese Maaße müssen gleichfalls durchweg neu beschafft werden und über die Anfertigung derselben ist das unter III. Erwähnte auf das Genaueste zu beachten.**

**Die Einheit ist auch hier das Liter. Für den öffentlichen Verkehr bestimmte Maaße sind nur in folgenden Größen zulässig:**

**1 Hektoliter oder Faß (100 Liter), $^1/_2$ H., $^1/_4$ H., 20 L., 10 L., 5 L., 2 L., 1 L., $^1/_2$ L., $^1/_4$ L., $^1/_8$ L., $^1/_{16}$ L., 0,5 L., 0,2 L., 0,1 L., 0,05 L.**

**Zum Abmessen des Getreides wird wohl als größtes Maaß $^1/_2$ H., welches ungefähr um $^1/_{20}$ kleiner ist, als der alte Scheffel, und für den Marktverkehr werden an Stelle der Metze mit ihren Unterabtheilungen die Maaße von 10 Liter abwärts zweckmäßig zur Anwendung kommen.**

**Nach den Bestimmungen können diese Maaße sowohl aus Schwarz- und Kupferblech, als aus Holz gefertigt werden.**

**Wegen der geringen Dauer und der großen Veränderungen, welchen die Holzmaaße unterworfen sind, verdienen die Blechmaaße den Vorzug und da die Differenz der Preise zwischen beiden nur unbedeutend ist, so empfiehlt es sich, nur Blechmaaße anzuschaffen.**

**Zum Messen von Kohlen, Torf, Kalk und anderen Mineralprodukten, wozu sich die vorstehenden Maaße wegen ihres geringen Inhalts nicht gut eignen, ist eine besondere Gattung von Maaßen zum Eichen und Stempeln zugelassen.**

**Dieselben bestehen aus Holzkasten, deren Dimensionen genau vorgeschrieben und deren Inhalt sich vom Kubikmeter abwärts abstuft.**

**Auch zum Messen des Brennholzes ist ein bestimmtes Maaß vorgeschrieben, welches im Allgemeinen dieselbe Einrichtung der früheren Klafterrahme hat.**

## IV. Die Gewichte.

**1) Unzulässig im öffentlichen Verkehr werden nach dem 31. Dezember 1871 von den bisher zulässigen Gewichtsstücken folgende:**

**a. $^1/_4$ Centner, 3 Pfund 10 Loth,**
**$^1/_4$ „ 5 „ 5 Quentchen, 5 Cent, 5 Korn,**
**2 „ 2 „ 2 „ 2 „**
**1 „ 1 „ 1 „ 1 „**

**b. die Einsatzgewichte, sowohl im Ganzen, als in einzelnen Stücken.**

**2) Zulässig im öffentlichen Verkehr bleiben auch nach dem 31. Dezember 1871, wenn sie den nachfolgend unter Nr. 3 angegebenen Bedingungen genügen, folgende Gewichtsstücke:**

**1 Centner = 100 Pfund, = 50 Kilogr.,**
**0,50 od. $^1/_2$ = 50 „**
**20 „ = 10 „**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 10 Pfund | | = 5 Kilogr., | | |
| 5 〃 | | | | |
| 2 〃 | | = 1 〃 | | |
| 1 〃 | | = 0,5 〃 | = 500 Gramm., | |
| 0,5 od. ½ Pfd. | | | | |
| 0,2 Pfd. | . . . . . . . . . | | = 100 〃 | = 10 Neulth., |
| 0,1 〃 | = 3 Loth . . . | | = 50 〃 | = 5 〃 |
| 0,3 〃 | 3 Qntch. | | = 5 〃 | = 0,5 〃 |
| | 3 Cent | | = 5 Decigramm, | |
| | 3 Korn | | = 5 Centigramm. | |

3) Die Bedingungen der Zuläſſigkeit für die unter Nr. 2 aufgeführten Gewichtsſtücke ſind folgende:

a. Alle Gewichtsſtücke müſſen noch denjenigen Grad der Genauigkeit beſitzen, der von bereits im Verkehr befindlichen Gewichten, nach dem neuen Syſtem gefordert wird. (Vergleiche die Bekanntmachung des Bundeskanzlers, betreffend die äußerſten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldenden Abweichungen der Maaße, Gewichte und Waagen von der abſoluten Richtigkeit, vom 6. Dezember 1869, Bund.-Geſ.-Bl. 1869 Nr. 40 S. 697.)

b. Die Gewichtſtücke 1 Centner und ½ Centner dürfen ihre bisherige Bezeichnung 1 Centner und ½ Centner beibehalten; die Hinzufügung einer Bezeichnung des erſteren nach Kilogrammen oder Pfunden, des letzteren nach Pfunden wird nicht verlangt, iſt jedoch erlaubt.

c. Für die Gewichtsſtücke 20, 10, 2, 1 Pfund iſt die Bezeichnung nach Pfunden hinreichend; indeß können die neuen Bezeichnungen 10 K., 5 K., 1 K., 0,5 K. zugleich vorhanden ſein.

d. Die Gewichtsſtücke 5 Pfund und ½ Pfund dürfen nur die Bezeichnung 5 Pfund und ½ Pfund führen; alle anderen Bezeichnungen ſind darauf zu tilgen.

e. Die kleineren Gewichtsſtücke von 0,2 Pfund (6 Loth) bis 3 Korn müſſen ſtatt der alten Bezeichnung, welche unkenntlich zu machen iſt, die neue nach Grammen erhalten; dagegen kann eine Bezeichnung nach Neulothen, nämlich 10 NL., 5 NL., 0,5 NL., auf ihnen hinzugefügt werden.

4) Die in Nr. 2 genannten und den Bedingungen in Nr. 3 genügenden Gewichtsſtücke können für den Verkehr innerhalb des Königreichs Preußen mit ihrem bisherigen Stempel ſo lange beibehalten werden, bis eine neue Berichtigung und Stempelung erforderlich werden würde.

Um ſie jedoch für den Verkehr innerhalb des ganzen Bundesgebiets zuläſſig zu machen, müſſen ſie vor dem 1. Januar 1872 revidirt und mit dem Bundes-Eichungs-Stempel beglaubigt werden.

Nach dieſem Termin werden überhaupt nur noch Gewichtsſtücke mit dem Bundes-Stempel geeicht, welche allen Anforderungen der Eichordnung vom 16. Juli 1869 genügen.

Von den alten Gewichtsſätzen können hiernach die Stücke von 100 Pfd., 50 Pfd., 20 Pfd., 10 Pfd., 4 Pfd., 2 Pfd. 1 Pfd., 0,5 Pfd., 0,2 Pfd., 0,4 Pfd., welches gleich iſt den neuen Stücken 50 K., 10 K., 5 K., 2 K., 1 K., 500 G., 50 G., nachdem dieſelben, ſoweit es erforderlich, geprüft und geſtempelt ſind, beibehalten werden; und es fehlen dann zur Vervollſtändigung eines ganzen Gewichtsſatzes nach den neuen Vorſchriften, wie er im gewöhnlichen Verkehr gebraucht wird, die Stücke 20 K., 200 G., 20 G., 10 G., 5 G., 2 G., 1 G., 5 D.

Da der Bedarf an dieſen 8 Stücken ſehr bedeutend ſein wird, ſo wird es gerathen ſein, auf die Anſchaffung derſelben bei Zeiten bedacht zu ſein.

Die kleineren Gewichte von 0,2 Pfd. bis 3 Korn, welche ſtatt der alten Bezeichnung die neue nach Grammen erhalten müſſen, werden kaum beibehalten werden können, da die nothwendigen Abänderungen nicht ausführbar ſein werden.

## V. Die Waagen.

Nach der neuen Maaß- und Gewichtsordnung ſind nur folgende Conſtructionen im öffentlichen Verkehr zuläſſig.

1) Gleicharmige Balkenwaagen, 2) ungleicharmige Balkenwaagen, 3) Brückenwaagen und 4) oberſchalige oder Tafelwaagen.

1) Die gleicharmigen Balkenwaagen, welche auch bisher geeicht werden mußten, ſind in Zukunft mit einer Bezeichnung ihrer größten Tragfähigkeit und die großen Laſtwaagen außerdem noch mit der Bezeichnung ihrer geringſten zuläſſigen Belaſtung zu verſehen. Bei den bis jetzt im Gebrauch befindlichen Waagen wird dieſe Bezeichnung, ſofern dieſelben zur Prüfung und Stempelung vorgelegt werden, von den Eichämtern unentgeltlich aufgeſchlagen werden.

Nach den gemachten Wahrnehmungen entſprechen die im öffentlichen Verkehr befindlichen Waagen ſelten den neuen Anforderungen in Bezug auf Empfindlichkeit und es wird ſich deshalb empfehlen, die Prüfung und Vervollſtändigung derſelben recht bald ausführen zu laſſen. Für

die Apothekerwaagen ist eine größere Empfindlichkeit vorgeschrieben als für die gewöhnlichen Waagen. Zur Prüfung dieser Waagen ist innerhalb der Provinz Posen nur das Eichamt in Posen berechtigt.

2) Die ungleicharmigen Balkenwaagen sind im Verkehr nur zulässig, wenn das Verhältniß der Hebelarme 1 : 10 ist und die Theilstriche der Skalen keinen geringeren Abstand als 3 Millimeter haben.

Die alten Waagen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind deshalb umzuarbeiten und neu zu stempeln.

3) Bei den Brückenwaagen oder Dezimal-, beziehungsweise Centesimalwaagen ändert sich Nichts. — Werden dieselben zur Prüfung vorgelegt, so müssen dieselben mit der Bezeichnung der größten Tragfähigkeit und einem Pendelzeiger zur Sicherung der horizontalen Aufstellung versehen sein.

4) Von den oberschaligen oder Tafelwaagen sind nur die sogenannte Schickert'sche Tafelwaage und die Pfitzer'sche oberschalige Waage stempelfähig. Die meisten der jetzt im Verkehr befindlichen Waagen entsprechen nicht den neuen Vorschriften. Die Besitzer von oberschaligen Waagen haben demnach bei Zeiten auf die Beschaffung vorschriftsmäßig konstruirter Waagen Bedacht zu nehmen.

## VI. Die Alkoholometer.

Die bereits vor dem 1. Januar 1872 gestempelten Alkoholometer bleiben auch nach dem 1. Januar 1872 innerhalb des Landes, dessen Stempel sie tragen, im Verkehr zulässig.

## VII. Die Gasmesser.

Die Gasmesser sollen in Zukunft den Gasverbrauch in Kubikmetern ergeben. Die jedoch bereits vor dem 1. Januar 1872 geprüften und gestempelten Gasmesser bleiben auch nach dem 1. Januar 1872 innerhalb des Landes, dessen Stempel sie tragen, im öffentlichen Verkehr zulässig. — Kommen jedoch wesentliche Reparaturen bei solchen Gasmessern vor, so müssen dieselben auf metrische Registrirung eingerichtet werden, bevor sie eine neue Stempelung erhalten können.

## VIII. Die Eichämter.

In der Provinz Posen sind in folgenden Städten Eichämter eingerichtet:

Posen, Bromberg, Birnbaum, Rawicz, Fraustadt, Lissa, Krotoschin, Pleschen und Schneidemühl.

Diese sämmtlichen Aemter, mit Ausnahme von Lissa, sind zum Eichen von Maaßen, Gewichten und Waagen, mit Ausschluß der Präzisionsgegenstände, nach den Bestimmungen der neuen Eichordnung ermächtigt. Das Eichamt in Lissa ist nur für die Längen- und Hohlmaaße, für trockene Körper und für Flüssigkeits-Maaße eingerichtet.

Das Eichamt in Posen kann außer den im gewöhnlichen Verkehr vorkommenden Gegenständen auch Präzisions-Maaße, Gewichte und Waagen eichen. Ebenso ist demselben das Eichen von Alkoholometern vorbehalten.

Zum Eichen der Fässer jeder Größe ist das Eichamt in Posen eingerichtet und die Eichämter zu Krotoschin, Pleschen und Schneidemühl sind mit den Apparaten zum Eichen von Fässern über 160 Liter Inhalt ausgerüstet.

Bemerkt wird noch, daß die Eichämter auch berechtigt sind, außerhalb der Amtsstelle, jedoch nur innerhalb der Provinz, Eichgeschäfte vorzunehmen. In derartigen Fällen sind dieselben berechtigt, neben den tarifmäßigen Gebühren Diäten, Reisekosten und Auslagen für den Transport der zum Geschäft erforderlichen Utensilien zu berechnen.

Für diejenigen Städte, in welchen der Umfang der vorzunehmenden Eichungsarbeiten, namentlich die Prüfung und Stempelung derjenigen alten Gewichte, welche auch nach dem 1. Januar k. J. im öffentlichen Verkehr zulässig sind, so wie der alten Waagen, welche in den meisten Fällen den neuen Anforderungen nicht genügen, von Bedeutung ist, dürfte es sich zur Ersparniß von Kosten und Vermeidung der großen Umstände, welche durch die Versendung dieser Gegenstände entstehen, empfehlen, diese Arbeiten nicht in den Eichämtern, sondern in der betreffenden Stadt selbst, und zwar an einem bestimmten, mit dem zunächst belegenen Eichamte vereinbarten Termin auszuführen.

Wird dies beabsichtigt, so sind jedenfalls schon die nächsten Monate zu benutzen, da in den letzten Monaten dieses Jahres die Thätigkeit der einzelnen Eichämter so in Anspruch genommen sein wird, daß dieselben keine Arbeiten außerhalb der Amtsstelle vornehmen können.

Posen, den 24. April 1871.

**Der Königliche Eichungs-Inspektor für die Provinz Posen.**
Steuerrath Neukranz.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 20. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 19. Mai 1871. Bydgoszcz, dnia 19. Maja 1871.

## Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**317** Das 16. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 628. Gesetz, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs. Vom 16. April 1871.

Nr. 629. Allerhöchster Erlaß vom 14. März 1871, betreffend die Abzweigung der Post-Verwaltungsgeschäfte für einige Gebietstheile der Provinz Hannover von dem Geschäftsbereiche der Ober-Postdirection in Hannover und Zulegung derselben zum Geschäftsbereiche der Ober-Postdirektion in Braunschweig.

Nr. 630. Dem zum Generalkonsul der Republik Uruguay, mit der Residenz in Hamburg, ernannten Herrn George Kohlstedt und dem zum Konsul der gedachten Republik daselbst ernannten Herrn Cesar Gayen ist das Exequatur zu dieser Ernennung ertheilt worden.

Nr. 631. Dem Kaufmann B. Brons zu Emden ist das Exequatur als Königlich Niederländischer Konsul daselbst ertheilt worden.

**318** Das 17. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 632. Gesetz, betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern. Vom 22. April 1871.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**319** Das 9. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7803. Gesetz, betreffend die Eheschließung von Militairpersonen. Vom 3. April 1871.

Nr. 7804. Allerhöchster Erlaß vom 10. März 1871, betreffend die Genehmigung der Uebernahme der Kommunal-Chaussee von Bünde nach Südlengern im Kreise Herford in die Unterhaltung des Kreises und die Verleihung des Rechtes zur Chausseegeld-Erhebung nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen geltenden Chausseegeld-Tarifs.

Nr. 7805. Allerhöchster Erlaß vom 29. März 1871, betreffend die Genehmigung des Statuts wegen

## Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 16. tegorocznego Zbioru praw związku niemieckiego zawiera pod:

No. 628. Prawo, tyczące się Konstytucyi Państwa Niemieckiego. Z 16. Kwietnia 1871.

No. 629. Najwyższe rozporządzenie z 14. Marca 1871, tyczące się odgałęzienia funkcyi administracyjnych pocztowych co do niektórych dzielnic prowincyi Hanowerskiéj od zakresu czynności wyższéj dyrekcyi pocztowéj w Hanowerze a przydzielenia ich zakresowi czynności wyższéj dyrekcyi pocztowéj w Brunświku.

No. 630. Mianowanemu konsulem generalnym rzeczpospolitéj Uruguay, z rezydencyą w Hamburgu, panu George Kohlstedt oraz mianowanemu konsulem pomienionéj rzeczpospolitéj tamże panu Cesar Gayen udzielono Exequatur na tęż nominacyą.

No. 631. Kupcowi B. Brons w Emden udzielono Exequatur na Królewsko-Niederlandzkiego konsula tamże.

Oddział 17. tegorocznego zbioru praw Związku niemieckiego zawiera pod:

No. 632. Prawo, tyczące się wprowadzenia ustaw Związku północno-niemieckiego do Bawaryi. Z 22. Kwietnia 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 9. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7803. Prawo, tyczące się zawierania małżeństw osób wojskowych. Z 3. Kwietnia 1871.

No. 7804. Najwyższe rozporządzenie z 10. Marca 1871, tyczące się zezwolenia na przejęcie utrzymywania żwirówki komunalnéj z Bünde do Suedlengern w powiecie Herford przez powiat i nadania prawa pobierania szosowego wedle postanowień Taryfy szosowego obowiązującéj dla żwirówek rządowych.

No. 7805. Najwyższe rozporządzenie z 29. Marca 1871, tyczące się potwierdzenia Statutu

Versicherung von Mobilien bei der landschaftlichen Feuer-Versicherungsgesellschaft für Westpreußen.

Nr. 7806. Allerhöchster Erlaß vom 3. April 1871, betreffend den Tarif wegen Erhebung des Bohlwerks- und Hafengeldes in der Stadt Loitz, im Kreise Grimmen, Regierungsbezirks Stralsund.

Nr. 7807. Allerhöchster Erlaß vom 3. April 1871, betreffend die Anwendung des Expropriationsverfahrens auf die nach dem Gesetze vom 8. März 1871 (Gesetz-Samml. S. 276) im Preußischen Staatsgebiete auszuführenden Bahnbauten.

względem ubezpieczania ruchomości u Towarzystwa ogniowego ziemskiego dla Prus Zachodnich.

No. 7806. Najwyższe rozporządzenie z 3. Kwietnia 1871, tyczące się Taryfy względem pobierania bolwarkowego i portowego w mieście Loitz, powiecie Grimmen, obwodzie regencyjnym Stralsundzkim.

No. 7807. Najwyższe rozporządzenie z 3. Kwietnia 1871, tyczące się zastósowania procedury ekspropryacyjnej do mających się wedle prawa z 8. Marca 1871. (Zb. Pr. str. 276) w państwie Pruskiem zbudować kolei żelaznych.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**320** Bekanntmachung.

Nach § 15 der Telegraphen-Ordnung für die Correspondenz auf den Linien des Telegraphen-Vereins rc. von 1868 hat der Aufgeber einer Depesche das Recht, dieselbe zu recommandiren. In diesem Falle wird die Depesche von allen Stationen, welche bei der telegraphischen Beförderung, beziehungsweise Aufnahme, mitwirken, vollständig collationirt und die Bestimmungsstation sendet dem Aufgeber telegraphisch, unmittelbar nach der Bestellung an den Adressaten oder nach der Abgabe an die Weiterbeförderungs-Anstalt, eine Rückmeldung mit genauer Angabe der Zeit, zu welcher die Depesche dem Adressaten, beziehungsweise der Weiterbeförderungs-Anstalt, zugestellt worden ist.

Die Einführung der recommandirten Depeschen hatte den Zweck, dem correspondirenden Publikum ein Mittel zu bieten, die Wahrscheinlichkeit einer correcten Uebermittelung seiner Depeschen an den Adressaten, soweit dies bei der Natur der telegraphischen Betriebs-Mittel überhaupt zu erreichen ist, zu vermehren. Erfahrungsmäßig werden recommandirte Depeschen jedoch nur in sehr geringer Zahl aufgegeben, muthmaßlich weil die Taxe für die Recommandation gleich derjenigen für die eigentliche Depesche ist.

Um nun dem correspondirenden Publikum ein ferneres Hilfsmittel zu bieten, sich eine correcte Uebermittelung seiner Depesche, — soweit es thunlich und nöthig ist, — zu sichern, soll vom 1. Juli cr. an versuchsweise im internen Verkehr das Recht der Recommandirung, wie solches durch § 15 der Telegraphen-Ordnung gewährt ist und auch noch fernerhin in Geltung bleiben wird, dahin erweitert werden, daß der Aufgeber einer Depesche, welche nach einem Orte innerhalb des Norddeutschen Telegraphen-Gebiets gerichtet ist, die Vortheile der Recommandation auf einzelne Theile seiner Depesche beschränken kann, ohne verpflichtet zu sein, gleich das Doppelte der Gesammt-Taxe zu bezahlen.

Zu diesem Zweck hat der Aufgeber diejenigen Worte, Zahlen, einzeln stehenden Buchstaben oder Buchstabengruppen (cfr. § 14, 6 der Telegraphen-Ordnung), deren correcte Uebermittelung er vorzugsweise für nothwendig hält, damit die Depesche ihren Zweck erfüllen könne, zu unterstreichen. Jedes unterstrichene Wort rc. wird bei der Ermittelung der Wortzahl, abweichend von den allgemeinen Bestimmungen des § 14, 7 der Telegraphen-Ordnung, doppelt gezählt, dafür jedoch von allen bei der Beförderung resp. Aufnahme der Depesche betheiligten Stationen kollationirt werden.

Gelangt trotzdem ein solches unterstrichenes Wort rc. entstellt in die Hände des Adressaten, so daß die Depesche nachweislich ihren Zweck nicht hat erfüllen können, so werden dem Aufgeber auf desfallsige rechtzeitige Reclamation die für die Depesche gezahlten Gebühren zurückgezahlt werden.

Im Falle der Verstümmelung nicht unterstrichener Worte rc. bei unrecommandirten Depeschen werden fortan die Gebühren nicht zurückerstattet.

Berlin, den 13. Juni 1869.

Der Bundeskanzler.
Im Auftrage (gez.) **Delbrück.**

**321** Bekanntmachung,

Packetbeförderungsdienst im Bereiche der zweiten Armee betreffend.

Wegen des Eintritts von Truppendislocirungen im Bereiche der zweiten Armee muß die Zuführung von Privatpäckereien an die auf dem Marsche befindlichen Truppentheile für die nächsten 8 Tage eingestellt, und es müssen die vorkommenden Päckereien bis zur Beendigung der Marschbewegungen bei den Packetsammelstellen im Inlande zurückgehalten werden.

Größere Marschbewegungen finden namentlich statt bei dem **3.** und dem **9.** Armee-Corps, sowie bei der **6.** Cavallerie-Division.

Mit Rücksicht hierauf ersucht das General-Postamt, von der Absendung von Privatpäckereien an die obenbezeichneten Truppen während der nächsten sechs Tage Abstand zu nehmen.

Außerdem wird bemerkt, daß die Zuführung von Päckereien für das 2., 5., 10. Armee-Corps und für die 1. Cavallerie-Division, welche ebenfalls veränderte Aufstellung erhalten, für kurze Zeit eine etwas längere Frist, als gewöhnlich in Anspruch nehmen wird.

Berlin, den 7. Mai 1871. General-Postamt. Stephan.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**322** Bekanntmachung wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie III. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 und Serie II. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Anleihe v. J. 1867 A.

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 für die acht Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1879 und zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe v. J. 1867A. für die vier Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1875 nebst Talons werden vom 3. April d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Anleihen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Controle der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben gedachten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Anleihe einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. der Königlichen Finanz-Direction in Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

**Obwieszczenie,** względem wydania nowych kuponów procentowych seryi III. do obligów pożyczki upremiowanéj państwa Pruskiego z r. 1855 i seryi II. do obligów pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 A.

Od 3. Kwietnia r. b. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów upremiowanéj pożyczki państwowéj z r. 1855, za te ośm lat od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1879 i do obligów pożyczki państwowéj z r. 1867 A. za te cztery lata od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed poł., wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdéj z wyrażonych obu pożyczek z osobnym wykazem, do czego formularzy w wspomnionéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi śród monarchii kontrola papierów krajowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien téjże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdéj pożyczki. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie Regencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. März 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind. Bromberg, den 24. März 1871.

Königliche Regierung.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły; w tym to razie presłać należy dokumenta dotyczące kon roli papierów krajowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 20. Marca 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do powszechnéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 24. Marca 1871.

Królewska Regencya.

**323** Unter Bezugnahme auf unsere Amtsblattsbekanntmachung vom 21. October pr. Nr. 939 B. I. wird hierdurch wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentlichen Arbeiten mittelst Erlasses vom 13. October pr. bestimmt hat, wie zu allen gewöhnlichen Staatsbauten, die nach dem 1. Januar 1872 zur Ausführung kommen, in der Regel nur Mauersteine, welche in gebranntem Zustande 25 Centimeter lang, 12 Centimeter breit und 6½ Centimeter dick sind, angekauft und verwendet werden sollen, sofern die Verhältnisse der betreffenden Bauten nicht ein anderes Format bedingen. Die Baubeamten unseres Bezirks sind hiernach mit entsprechender Anweisung versehen worden. Bromberg, den 2. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**324** Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 15. April d. J. zu genehmigen geruht, daß der Vertrieb von Loosen zu derjenigen Ausspielung von Kunstwerken, welche die Münchener Künstlergenossenschaft zum Besten der zu errichtenden allgemeinen deutschen Invalidenstiftung zu veranstalten beabsichtigt, innerhalb der Preußischen Monarchie zugelassen werde.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 6. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**325** Die Kreis-Thierarztstelle des Carthauser Kreises ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt. Qualifizirte Bewerber um diese Stelle, mit welcher ein Einkommen von 100 Thlrn. aus Staatsfonds und ein Zuschuß von 100 Thalern aus Kreis-Kommunal-Mitteln verbunden ist, fordern wir auf, uns ihre Meldungen nebst den für ihre Befähigung sprechenden Zeugnissen binnen 4 Wochen einzureichen.

Danzig, den 4. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**326** Die Kreis-Thierarzt-Stelle des Schlochauer Kreises ist durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigt. Qualifizirte Thierärzte fordern wir hiermit auf, unter Einreichung der betreffenden Zeugnisse innerhalb 6 Wochen sich bei uns zu melden.

Marienwerder, den 5. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**327** Die Kreis-Thierarztstelle des Kreises Löbau ist durch Versetzung ihres bisherigen Inhabers vacant geworden. Qualifizirte Thierärzte fordern wir hiermit auf, sich unter Einreichung der erforderlichen Zeugnisse bei uns innerhalb 6 Wochen zu melden.

Marienwerder, den 5. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**228** Bekanntmachung.

Es ist die Neuwahl von Mitgliedern des Ehrenraths der Rechtsanwälte und Notare des Bromberger Departements und von Stellvertretern nothwendig geworden und dazu sind in dem am 25. April 1871 angestandenen Termine für die Zeit bis zum 1. April 1877 gewählt worden:

1. als Mitglieder:

a) der Justizrath Geßler,
b) der Justizrath Schasler,
c) der Rechtsanwalt Giessing

hierselbst,

Obwieszczenie.

Wybory nowych członków do rady honorowéj rzeczników i notaryuszów w departamencie Bydgoskim, jako też zastępców stały się koniecznе, a w terminie dnia 25. Kwietnia 1871 obrano na takowych aż do 1. Kwietnia 1877:

1. jako członków:

a) radcę sprawiedliwości Gesslera,
b) „ „ Schasler,
c) rzecznika Giessinga,

tu w miejscu zamieszkałych,

2. als Stellvertreter:
a) der Justizrath Rosky zu Schubin,
b) der Justizrath Wollheim zu Schönlanke.

Sodann ist der Justizrath Schulz hierselbst wiederum zum Vorsitzenden für die Zeit bis zum 1. April 1874 gewählt worden.

Der Ehrenrath der Rechtsanwälte und Notare des Departements besteht nunmehr für die Zeit bis zum letzten März 1874 aus:

1) dem Justizrath Schulz hier als Vorsitzenden, den Justizräthen Geßler, Schaßler, v. Grodbek, und den Rechtsanwälten Giessing und Haenschke hier als Mitgliedern,
2) den Justizräthen Rosky zu Schubin und Wollheim zu Schönlanke und den Rechtsanwälten Fröhner zu Bromberg und Dr. Gabbler zu Schubin als Stellvertretern.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 1. Mai 1871.

Der Erste Präsident
des Königlichen Appellations-Gerichts.
**v. Schroetter.**

**329** Aufkündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. October 1871 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse a. aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 u. ff. „zum 1. October 1871" mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 11 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

...... Thlr.

„buchstäblich ...... Thaler, Valuta für d. „zum 1. ....... 18.. gekündigten Posener „Rentenbrief. Litt. . No. .... habe ich aus „der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar „gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch

2. jako zastępców:
a) radcę sprawiedliwości Koskiego z Szubina,
b) „ „ Wollheima z Trzcianki.

Zarazem obrano ponownie radcę sprawiedliwości Schultza tu w miejscu zamieszkałego na przewodniczącego aż do 1. Kwietnia 1874.

Rada honorowa rzeczników i notaryuszów departamentu tutejszego składa się zatem, odtąd aż do 1. Kwietnia 1874:

1) z radcy sprawiedliwości Schultz w miejscu, jako przewodniczącego, z radców sprawiedliwości Gesslera, Schaslera, Grodka i Haenschkiego w miejscu, jako członków,
2) z radców sprawiedliwości Koskiego z Szubina, Wollheima z Trzcianki, i rzeczników: Fröhnera z Bydgoszczy i Dr. Gahblera z Szubina jako zastępców,

co się niniejszem do publicznéj wiadomości podaje.

Bydgoszcz, dnia 1. Maja 1871.

Pierwszy Prezes
Król. sądu Apelacyjnego,
**v. Schroetter.**

Wypowiedzenie
listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Października 1871 umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie a., umieszczone litery i numera, które posiedzicielom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Październik a 1871 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 11—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy **w kasie naszéj** obebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzoru:

...... Tal.

wyraźnie ........... Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. ........ 18 .. płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Lit. .... No. .... na .... Tal. odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu N. ........ dnia ........ 18 . .

(podpis)

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Zarazem wywołują się powtórnie dawniéj już wylosowane, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch

rückständigen, in dem nachfolgenden Verzeichnisse b. aufgeführten Rentenbriefe der Provinz Posen hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Rentenbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verjährung unverweilt in Empfang zu nehmen.

Ebenso werden die im Verzeichnisse c. aufgeführ- Rentenbriefe, deren Verjährung am Schlusse des verflossenen Jahres eingetreten ist, hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Posen, den 11. Mai 1871.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Posen.

lat jeszcze zaległe, w następującym wykazie b., umieszczone listy rentowe prowincyi Poznańskiéj i posiedziciele tychże wzywają się niniejszem do niebawnego odebrania kapitału listów rentowych pod uniknieniem dalszéj straty procentu i przyszłego ich przedawnienia.

Również podaje się w wykazie c. wzmiankowane listy rentowe, których przedawnienie w końcu zeszłego roku nastąpiło, niniejszem do publicznéj wiadomości.

Poznań, dnia 11. Maja 1871.

Królewska dyrekcya banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

## a. Verzeichniß

der am 11. Mai 1871 ausgeloosten und am 1. October 1871 fälligen Posener Rentenbriefe.

## a. Wykaz

na dniu 11. Maja 1871 wylosowanych, a dnia 1. Października 1871 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. A. zu (na) 1000 Thlr. (tal.) 51 Stück (sztuk.)

No. 89, 170, 459, 551, 792, 989, 1299, 1341, 1470, 1485, 1621, 1887, 1946, 2455, 2540, 2707, 2928, 2965, 3525, 3533, 3839, 4039, 4180, 4360, 4651, 4921, 5135, 5232, 5376, 5528, 5940, 6014, 6119, 6360, 6410, 6554, 6600, 6828, 7007, 7625, 7904, 7984, 8532, 8557, 8687, 8691, 8725, 8887, 8912, 9214, 9258.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (tal.) 14 Stück (sztuk.)

No. 41, 490, 530, 576, 592, 667, 670, 989, 1446, 1715, 1779, 1932, 1966, 2525.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (tal.) 44 Stück (sztuk.)

No. 249, 276, 312, 319, 321, 356, 485, 643, 775, 861, 1074, 1127, 1274, 1694, 1744, 2339, 2353, 2385, 2649, 2908, 2941, 3036, 3090, 3126, 4109, 4111, 4375, 4934, 5108, 5440, 5464, 6223, 6301, 6402, 6483, 6691, 6860, 7358, 7360, 7799, 8030, 8179, 8339, 8448.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (tal.) 33 Stück (sztuk.)

No. 96, 260, 319, 478, 494, 665, 817, 906, 1052, 1244, 1294, 1765, 1777, 1795, 1797, 2412, 2477, 2677, 3228, 3365, 3502, 3820, 4127, 4335, 4360, 4421, 4562, 4608, 4836, 5056, 5442, 5628, 5870.

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (tal.)

**Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7291 incl. sind verloost, resp. gekündigt.**

**Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7291 są wylosowane resp. wypowiedziane.**

## b. Verzeichniß

der bereits früher ausgeloosten, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch rückständigen Posener Rentenbriefe und zwar aus den Fälligkeitsterminen:

## b. Wykaz

dawniéj już wylosowanych, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch lat, jeszcze zaległych listów rentowych Poznańskich a mianowicie z zapadłych terminów.

vom 1. October 1861, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 265, 3015;
vom 1. April 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1716, 3012, 4262, 6832;
vom 1. October 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1662, 5709, 5911, 6720, 6833;
vom 1. April 1863, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 3074, 3236, 3405, 5241, 5894, 6841;
vom 1. October 1863, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2195; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1661, 2646, 5487, 6624, 6831;
vom 1. April 1864, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 5242, 6589, 6655, 6834;
vom 1. April 1866, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 794;
vom 1. October 1866, Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 832;
vom 1. April 1867, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 908; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1374, 2767;
vom 1. October 1867, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 326, 579, 2303, 6310, 7235, 8019, 8836; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2804; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 310, 598, 1021, 2085, 4823, 5358, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7217, 7220, 7222;
vom 1. April 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 842, 2371; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 1738, 1857; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 244, 959, 1392, 2558, 2601, 4163; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1712, 1874, 1968, 2303, 3056, 3939, 4019, 4630; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7243;
vom 1. October 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 860, 1272, 1804, 3118, 8069; Litt. B. à 500 Thlr.:

Nr. 76, 1164, 2175, 2176, 2200; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1339, 3601, 3640, 6247; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 177, 533, 788, 1127, 1400, 1876, 1879, 2070, 2227, 5111; vom 1. April 1869, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 1678, 3943, 8895, 9222; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 2469; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1973, 1991, 2227, 2594, 4598, 5766, 8025, 8389; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 229, 247, 875, 1267, 2523, 2790, 3947, 4479, 5005, 5478, 5503, 6008; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7277, 7278.

**c. Verzeichniß**

der ausgelooften und im Jahre 1860 fällig gewesenen, bis zum Schlusse des Jahres 1870 zur Zahlund aber nicht präsentirten und deshalb nach § 44 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 verjährten Rentenbriefe.

**c. Wykaz**

wylosowanych i w roku 1860 płatnych, aż do końca roku 1870 do wypłaty nie złożonych i dla tego według § 44 prawa banków rentowych z 2. Marca 1850 przedawnionych listów rentowych.

Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 50, 1362, 3700, 5708.

**330** **Bekanntmachung,**

betreffend die Vernichtung der eingelösten Rentenbriefe der Provinz Posen.

Verhandelt im Amtslokale der Königlichen Rentenbank zu Posen am 11. Mai 1871.

Nach Vorschrift der §§ 46 und 47 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 sollen die auf Grund planmäßiger Ausloosung gekündigten und der Rentenbank gegen Baarzahlung zurückgegebenen Rentenbriefe vernichtet werden. Dazu gelangen heute diejenigen Rentenbriefe, welche seit der letzten Vernichtung bis zum 5. d. Mts. präsentirt worden und mit den nicht fällig gewordenen Zins-Coupons resp. Talons in dem bei den Acten befindlichen speziellen Verzeichnisse vom 8. d. Mts. nach Littern, Nummern und Beträgen angegeben sind. Dieselben bestehen aus:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Litt. A. | zu 1000 Thlr. | . . . . . . . . | 46 Stück, |
| „ B. | „ 500 „ | . . . . . . . . | 9 „ |
| „ C. | „ 100 „ | . . . . . . . . | 34 „ |
| „ D. | „ 25 „ | . . . . . . . . | 30 „ |
| „ E. | „ 10 „ | . . . . . . . . | 7 „ |

Dasselbe Verzeichniß ergiebt demnächst auch diejenigen Coupons, welche bei der früheren Vernichtung der betreffenden Rentenbriefe gefehlt haben, soweit solche nachträglich eingeliefert worden sind.

Zur Vernichtung dieser Papiere war auf heute Termin anberaumt und der Termin unterm 20. April c. öffentlich bekannt gemacht worden. Es sind erschienen:

a. als Abgeordnete der Provinzial-Vertretung: Herr Rittergutsbesitzer v. Kurnatowski, Herr Stadtrath Major v. Treskow.

b. als Notar: Herr Rechts-Anwalt Mützel.

Die oben bezeichneten Dokumente an Rentenbriefen und Coupons nebst Talons, welche aus dem verschlossenen Behältnisse herausgegeben worden wären, wurden speziell nachgezählt, mit dem gedachten Verzeichnisse derselben verglichen, damit übereinstimmend befunden und hierauf im Beisein sämmtlicher unterzeichneten Kommissarien durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

**v. Kurnatowski.** **Mützel.** **v. Treskow.**

a. u. s.

**Wegner.** **Selligo.** **Hochberger.** **Beier.**

Vorstehendes Protokoll wird auf Grund des § 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Posen, den 11. Mai 1871.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Posen.

**331** **Bekanntmachung.**

Die zweite Predigerstelle in Bojanowo, mit welcher ein Einkommen von ca. 500 Thlr. nebst freier Wohnung verbunden ist, soll besetzt werden. Die Besetzung der Stelle steht dem Patron, Sr. Durchlaucht dem Fürsten Hatzfeld in Trachenberg und der Kirchengemeinde in Bojanowo gemeinsam zu.

Der Herr Superintendent Altmann in Rawicz wird die eingehenden Bewerbungsgesuche an den Herrn Patron und an den Gemeinde-Kirchenrath in Bojanowo befördern.

Posen, den 8. Mai 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**332** **Bekanntmachung.**

Zwischen den Stationen Leipzig, Halle, Cöthen, Dresden, Chemnitz, Hof und Eger einerseits und den Stationen Kreuz, Bromberg, Danzig, Elbing, Braunsberg (nur für Flachs) und Königsberg andererseits findet vom 20. d. Mts. ab eine directe Beförderung von Gütern statt. Exemplare des für diesen „Ostdeutsch-Sächsischen" Verbands-Verkehr geltenden Tarifes sind von allen Verband-Stationen käuflich zu beziehen. Bromberg, den 5. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

333 **Bekanntmachung.**

In den für die Beförderung von Flachs, Hanf, Heede und Werg im Verkehr zwischen Ostbahn- und Russischen Stationen einerseits und Schlesischen und Böhmischen Stationen andererseits via Frankfurt a. O. für die Zeit vom 15. März bis ultimo October jeden Jahres eingeführten Verbands-Spezialtarifen treten folgende Aenderungen ein:

1. die bisherige Station Trautenau (der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn) führt fortan die Bezeichnung „Parschnitz",
2. als Verbandsstation neu aufgenommen wird mit dem 15. Mai 1871 die Station Trautenau der österreichischen Nordwestbahn.
   Die im Verkehr mit dieser Station geltenden Tarifsätze sind auf sämmtlichen Verbandsstationen einzusehen.
3. Die Station Falgendorf scheidet als Verbandsstation mit dem 1. Juli dieses Jahres aus beiden Tarifen aus.

Bromberg, den 9. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

334 Der Bürgermeister Hoppenrath ist wiederum zum Bürgermeister der Stadt Wissek gewählt und als solcher von uns bestätigt und in sein Amt eingeführt worden.

335 Dem Fräulein Elvira Trogisch ist zur Unterhaltung und Leitung einer Privattöchterschule in Schubin die Concession ertheilt worden.

336 Der provisorische Lehrer Anton Preßler an der katholischen Schule in Pakosc, Kreis Mogilno, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

337 Der Lehrer Wenclewski in Chelmce ist für den Bezirk Chelmce, Kreis Inowraclaw, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dla okręgu Chełmieckiego, w powiecie Inowrocławskim został nauczyciel Węclewski w Chełmcach na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

338 Der Lehrer Volkmann in Ostrowo ist für den Bezirk Tarnowko, Kreis Inowraclaw, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden.

Dla okręgu Tarnowskiego, w powiecie Inowrocławskim, został nauczyciel Volkmann w Ostrowie na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany.

339 An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Wentzki in Bacharcie ist der Lehrer August Wroblewski in Wola wapowska für den Bezirk Skotniki, Kreis Inowraclaw, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Dla okręgu Skotnickiego, w powiecie Inowrocławskim, w miejsce rozjemcy Wentzkiego w Bacharciu, nauczyciel Augustyn Wróblewski we Woli wapowskiej na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

340 Der Schulamtskandidat Georg Kunke ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und bei dem Königl. Gymnasium zu Schneidemühl angestellt worden.

341 Der Schulamts-Kandidat Dr. Ballas aus Flensburg ist als ordentlicher Lehrer an das Königl. Progymnasium zu Trzemeszno berufen worden.

### Telegraphen-Direction.

342 Der Ober-Telegraphist Dirk ist von Nakel nach Straßburg im Elsaß versetzt worden.

343 **Personal-Veränderungen**
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro April 1871.

Angestellt: der pens. Förster Jaenicke als Post-Expediteur in Orchowo.
Versetzt: 1. der Briefträger Biernacki von Strzelno nach Gnesen.
2. „ „ Herrmann von Czarnikau nach Bromberg.
3. „ „ Matzke von Chodziesen nach Bromberg.
Pensionirt: der Eisenbahn-Post-Conducteur Bergau beim Eisenbahn-Post-Amte Bromberg XI.

## Vermischte Nachrichten.

344 Dem Spinnmeister Pascal Maßion zu Aachen ist unter dem 18. April d. J. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung an Vorspinnkrempeln zum Zerlegen des Fließes in schmale Bänder,
auf drei Jahre, von jenem Tage angerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 20.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

№ 21.

Bromberg, den 26. Mai 1871.

### Inhalt des Bundes-Gesetzblattes des Deutschen Bundes.

**345** Das 18. Stück des diesjährigen Bundes-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 633. Gesetz, betreffend die Beschaffung weiterer Geldmittel zur Bestreitung der durch den Krieg veranlaßten außerordentlichen Ausgaben. Vom 26. April 1871.

Nr. 634. Auf Grund der Bestimmung im Artikel 36 der Verfassung des Deutschen Reichs sind, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, folgenden Directiv-Behörden und Hauptämtern die nachbenannten Beamten als Vereinsbeamte beigeordnet worden und zwar:

I. als Vereinsbevollmächtigter:

der Königl. Preußischen Provinzialsteuerdirection zu Hannover, der Großherzoglich Oldenburgischen Kammer, Zolldepartement zu Oldenburg und der Herzoglich Braunschweigischen Zoll- und Steuerdirection zu Braunschweig an Stelle des aus dem Vereinsdienst geschiedenen Großherzoglich Hessischen Obersteuerrathes Fabricius der Großherzoglich Hessische Obersteuerrath Giller mit dem Wohnsitz in Hannover;

II. als Vereinskontroleure:

A. im Königreich Preußen:

1) den Hauptämtern zu Berlin und Frankfurt a. O. an Stelle des in den Landesdienst zurückberufenen Königl. Sächsischen Zollinspectors Tröger der Königl. Sächsische Zollinspector Kerstan mit dem Wohnsitz in Berlin,

2) den Hauptämtern zu Halle, Halberstadt und Nordhausen der dem Hauptamte zu Magdeburg als Vereinskontroleur beigeordnete Königl. Sächsische Zollinspector v. Wachsmann unter Beibehaltung seines Wohnsitzes in Magdeburg,

3) den Hauptämtern zu Kiel, Rendsburg, Heide und Tönning an Stelle des als Vereinskontroleur nach Mannheim versetzten Königl. Württembergischen Zollinspectors Hegelmaier der Königl.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 26. Maja 1871.

### Treść Zbioru praw związku niemieckiego.

Oddział 18. tegorocznego Zbioru praw związku niemieckiego zawiera pod:

No. 633. Prawo, tyczące się obmyślenia dalszych środków pieniężnych na opędzenie spowodowanych przez wojnę nadzwyczajnych rozchodów. Z 26. Kwietnia 1871.

No. 634. Na mocy postanowień w Art. 36 Konstytucyi Państwa Niemieckiego, po wysłuchaniu wydziału Rady związkowéj dla spraw celnych i poborowych, przydzielono następującym władzom dyrektywnym i komorom głównym oznaczonych poniż urzędników w charakterze urzędników związkowych, i to:

I. w charakterze pełnomocnika związkowego:

Królewsko-Pruskiéj prowincyalnéj dyrekcyi poborów w Hanowerze, Wielko-Księsko-Oldenburskiéj izbie, departament celny w Oldenburgu, oraz księsko-Brunświckiéj dyrekcyi ceł i poborów w Brunświku w miejsce Wielko-Księsko-Heskiego nadradcę poborów Fabricius, który ze służby związkowéj wystąpił, Wielko-Księsko-Heskiego nadradcę poborów Giller ze siedzibą w Hanowerze;

II. w charakterze kontrolerów związkowych:

A. w Królestwie Pruskiem:

1) komorom głównym w Berlinie i Francfurcie n. O., w miejsce odwołanego napowrót do służby krajowéj Królewsko-Saskiego inspektora ceł Troeger Królewsko-Saskiego inspektora ceł Kerstan ze siedzibą w Berlinie,

2) komorom głównym w Halle, Halberstadt i Nordhausen i przydzielonego komorze głównéj w Magdeburgu w charakterze kontrolera związkowego Królewsko-Saskiego inspektora ceł Wachsmann z zatrzymaniem siedziby w Magdeburgu,

3) komorom głównym w Kilonii, Rendsburgu, Heide i Toenning w miejsce przeniesionego w charakterze kontrolera związkowego do Mannheim Królewsko-Wyr-

Württembergische Zollinspector Kirn mit dem Wohnsitz in Kiel;

B. Im Großherzogthum Baden:
den Hauptämtern zu Mannheim und Heidelberg an Stelle des verstorbenen Königl. Württembergischen Ober-Zollinspectors Schmidlin der bisherige Vereinskontroleur in Kiel, Königl. Württembergische Zollinspector Hegelmaier mit dem Wohnsitz in Mannheim;

C. im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin:

den Hauptämtern zu Schwerin und Rostock an Stelle des in den Landesdienst zurückberufenen Königl. Preußischen Ober-Revisors Großjohann der den Hauptämtern zu Güstrow und Neubrandenburg als Vereinskontroleur beigeordnete Königl. Preußische Steuerinspector Souchon unter Verlegung seines Wohnsitzes von Güstrow nach Rostock.

Der Wohnsitz des, den im Königreich Bayern belegenen Hauptämtern zu Mittenwald, Pfronten, Kempten und Lindau als Vereinskontroleur beigeordneten Königl. Preußischen Steuerinspektors Lehmann ist von Kempten nach Lindau verlegt worden.

Nr. 635. Dem Geschäftsträger und Generalkonsul für die Republik Venezuela, Legationsrath von Gülich zu Caracas, ist auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 975) für seinen Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige Eheschließungen von Deutschen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Deutschen zu beurkunden.

Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**346** Das 19. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 636. Allerhöchster Erlaß vom 29. April 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 3,700,000 Thalern.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**347** Das 10. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7808. Privilegium wegen Ausgabe von 1,750,000 Gulden oder 1,000,000 Thaler fünfprozentiger Prioritäts-Obligationen der Frankfurt-Hanauer Eisenbahngesellschaft. Vom 3. April 1871.

Nr. 7809. Allerhöchster Erlaß vom 3. April 1871, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhe-

temberskiego inspektora ceł Hegelmaier Królewsko-Wyrtemberskiego inspektora ceł Kirn ze siedzibą w Kilonii;

B. we Wielkiem Księstwie Badeńskiem:
komorom głównym w Mannheim i Heidelberg w miejsce zmarłego Królewsko-Wyrtemberskiego nadinspektora ceł Schmidlin dotychczasowego kontrolera związkowego w Kilonii, Królewsko-Wyrtemberskiego inspektora ceł Hegelmaier ze siedzibą w Mannheim;

C. we Wielkiem Księstwie Mecklenburg-Schwerin:

komorom głównym w Schwerin i Rostock w miejsce odwołanego napowrót do służby krajowéj Królewsko-Pruskiego nadrewizora Grossjohann przydzielonego komorom głównym w Guestrow i Neubrandenburg w charakterze kontrolera związkowego, Królewsko-Pruskiego nadinspektora poborów Souchon z przeniesieniem siedziby jego z Guestrow do Rostock.

Siedzibę przydzielonego położonym w Królestwie Bawarskiem komorom głównym w Mittenwald, Pfronten, Kempten i Lidau w charakterze kontrolera związkowego, Królewsko-Pruskiego inspektora poborów Lehmann przeniesiono z Kempten do Lindau.

No. 635. Sprawnikowi i konsulowi generalnemu na rzeczpospolitą Venezuela, radcy legacyjnemu Guelich w Caràcas, udzielono w moc § 1 prawa z 4. Maja 1870. (Zb. Pr. zw. str. 975) za jegoż obwód urzędowy powszechne upoważnienie do zawierania ważnych cywilnie małżeństw pomiędzy Niemcami i do stwierdzania porodów, ślubów i przypadków śmierci Niemców.

Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 18. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 636. Najwyższe rozporządzenie z 29. Kwietnia 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 3,700,000 talarów.

**Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.**

Oddział 10. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7808. Przywiléj względem wydania 1,750,000 guldenów czyli 1,000,000 tal. pięcioprocentowych obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei żelaznéj Frankfurt-Hanau. Z 3. Kwietnia 1871.

No. 7809. Najwyższe rozporządzenie z 3. Kwietnia 1871, tyczące się nadania prawa pobie-

bung von Chausseegeld auf der Chaussee von Ampfurth nach Schermke im Kreise Wanzleben, Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 7810. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Dortmund zum Betrage von 500,000 Thalern. Vom 17. April 1871.

Nr. 7811. Allerhöchster Erlaß vom 17. April 1871, betreffend die Abänderung des Statuts des Verbandes zur Regulirung der Notte vom 14. April 1856.

Nr. 7812. Bekanntmachung, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts für die Anlage einer Verbindungsbahn von dem Bahnhofe zu Buckau nach dem neuen Centralbahnhofe bei Magdeburg an die Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahngesellschaft. Vom 17. April 1871.

rania szosowego na żwirowce z Ampfurth do Schermke, w powiecie Wanzleben, obwodzie regencyjnym magdeburskim.

No. 7810. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających obligacyi miasta Dortmund w ilości 500,000 talarów. Z 17. Kwietnia 1871.

No. 7811. Najwyższe rozporządzenie z 17. Kwietnia 1871, tyczące się zmiany Statutu Towarzystwa ku regulacyi rzeczki Notte z 14. Kwietnia 1856.

No. 7812. Obwieszczenie, tyczące się nadania Towarzystwu kolei żelaznéj Magdeburg-Koethen-Halle-Lipsk prawa ekspropryacyi na założenie kolei komunikacyjnéj od dworca w Buckau ku nowemu dworcowi centralnemu pod Magdeburgiem. Z 17. Kwietnia 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**348** Bekanntmachung.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 19. Juni 1857 am 30. September 1870 vorschriftsmäßig erfolgten Ausloosung der im Jahre 1871 planmäßig zu amortisirenden 5procentigen Posener Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Littr. A. über 500 Thaler.

9, 80, 96, 230, 287, 337, 366, 428, 455, 469, 499, 501, 529, 577, 596, 631, 669, 671, 693, 761, 793, 799, 862, 898, 922, 932, 983, 998.

Acht und zwanzig Stück zusammen 14,000 Thaler.

Littr. B. über 200 Thaler.

15. 65, 89, 118, 262, 357, 358, 377, 378, 409, 464, 473, 524, 526, 535, 595, 652, 682, 722, 723, 730, 823, 824, 865, 891, 900, 907, 960, 997, 1018, 1067, 1070, 1092, 1136, 1192, 1221.

Sechs und dreißig Stück zusammen 7,200 Thaler.

Littr. C. über 100 Thaler.

26, 29, 58, 110, 156, 212, 215, 262, 268, 285, 302, 359, 370, 404, 409, 424, 437, 444, 553 781, 783, 832, 931, 1045, 1060, 1095, 1146, 1169, 1180, 1184, 1245, 1248, 1357, 1423, 1428, 1461, 1462, 1496, 1611, 1630, 1671, 1694, 1700, 1732, 1790, 1807, 1834, 1872, 1943, 1969, 2018, 2021, 2085, 2088, 2115, 2264, 2320, 2342, 2359, 2360, 2431, 2510, 2579, 2643, 2675, 2738, 2775, 2805, 2839, 2850, 2898, 2950, 3001, 3074, 3077, 3083, 3129, 3168, 3169, 3279, 3304, 3314, 3336, 3411.

Vier und achtzig Stück zusammen 8,400 Thlr.

Die mit vorstehenden Nummern bezeichneten Provinzial-Obligationen werden hiermit gekündigt und die Inhaber derselben aufgefordert, den Nennwerth gegen Rückgabe der Obligationen in koursfähigem Zustande bei der Provinzial-Institutenkasse hierselbst, bei dem Schlesischen Bankverein zu Breslau, oder bei dem Bankhause Hirschfeld und Wolff in Berlin vom 1. Juli 1871 ab, bei Letzterem jedoch nur bis zum 31. Dezember 1871 in Empfang zu nehmen.

Von den bereits früher verloos'ten Provinzial-Obligationen, deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1869 resp. 1. Juli 1870 aufgehört hat, sind die nachstehenden Nummern bis jetzt nicht eingeliefert.

a) zum 1. Juli 1869 einzuliefern gewesen:

Litt. A. Nr. 555. Litt. B. Nr. 213, 963. Litt. C. Nr. 616, 2934.

b) zum 1. Juli 1870 einzuliefern gewesen:

Littr. A. Nr. 179, 248. Littr. B. Nr. 138, 144. Littr. C. Nr. 318, 380, 575, 812, 1348, 2933, 2952.

Posen, den 8. December 1870. Der Ober-Präsident. **v. Koenigsmarck.**

**349** Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich, die vollständig Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben

also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete **per Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr herausgestellt, wo ohne das Hülfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte rc. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma rc. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwandeinlage, oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**350** **Bekanntmachung.**

Packetbeförderungsdienst für die Armee.

Die Verhältnisse machen es nothwendig, daß Privatpäckereien für das **Garde-Corps** und das **5. Armee-Corps** bis auf Weiteres zur Postbeförderung nicht zugelassen werden.

Dagegen findet, nachdem die in der Bekanntmachung vom 7. Mai erwähnten Marschbewegungen beendigt sind, die Beförderung von Privatpäckereien für das 3. und 9. Armee-Corps, sowie für die 6. Cavallerie-Division wiederum statt.

Berlin, den 15. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**351** Der Commissionsrath, Stadtrath **Joseph Heilbronn** zu Gnesen, hat dem Regierungs-Bezirks-Commissariat des National-Danks für Veteranen hierselbst ein Geschenk von Einhundert Thalern zugewendet. Ich bringe diese patriotische Opferwilligkeit des Herrn Heilbronn mit dem Ausdruck des Danks hiermit zur öffentlichen Kenntniß. Bromberg, den 12. Mai 1871.

**Der Regierungs-Präsident,** in Vertretung: **von Seltzer.**

**352** **Anweisung**

zur Bereitung der Glycerinlymphe.

Man öffne die normalen und kräftig entwickelten Pocken eines gesunden Impflings so, daß die Lymphe reichlich ausfließt. Am besten geschieht dies in der Weise, daß man mit einer scharfen und feinen Impfnadel vielfach in die Basis der Pocken flach einsticht. Die nach einigen Minuten ausfließende Lymphe nimmt man wiederholt mit einer breiten Lanzette auf, wobei man durch Streichen der Lanzette über die Pocken den Ausfluß der Lymphe befördert. Durch Abstreifen der Lanzette bringt man die Lymphe alsdann auf ein Uhrglas und fügt derselben chemisch reines Glycerin und destillirtes Wasser in dem Verhältniß hinzu, daß auf 1 Theil Lymphe 2 Theile Glycerin und 2 Theile Wasser kommen. Man mischt hierauf die Lymphe mit dem Glycerin und Wasser mittelst eines neuen Tuschpinsels stark zusammen und armirt mit letzterem auch, wenn sofort geimpft werden soll, die Impflanzette oder Impfnadel reichlich.

Soll die Lymphe aufbewahrt werden, so läßt man sie aus dem Uhrglase in starke Haarröhrchen ziehen, oder man bereitet die ganze Mischung sogleich in einem neuen Arzneigläschen (etwa von 2,0—3,0 Grm. Inhalt), oder man drückt die Lymphe aus dem Uhrglase mittelst des Pinsels in das Gläschen.

Die aufbewahrte Glycerinlymphe muß vor jedesmaligem Gebrauch von Neuem durcheinander gerührt werden. Will man große lymphreiche Pusteln erzielen, so impfe man nicht mit der Impfnadel, sondern mit einer reich armirten Lanzette durch seichte Einschnitte, in welche man die Lymphe durch wiederholtes Hinüberstreichen mit der Lanzette stark eindringen läßt.

Berlin, den 10. Mai 1871.

Vorstehende Anweisung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 14. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**353** **Bienenzucht-Lehr-Cursus**

des Bienenzucht-Schutz-Vereins für den Niederrhein pro 1871.

[illegible] Bienenzucht-Lehr-Cursus findet zu Hünxe bei Gartrop in der Zeit vom [illegible] am letztgedachten Tage mit einer öffentlichen Prüfung daselbst. [illegible] werden vorzugsweise deutsche Invaliden aus dem letzten Kriege [illegible] Bienenzüchter oder Bienenwärter sich ausbilden wollen. [illegible] unterrichtet und empfangen zur Bestreitung der Ausgaben

für Kost und Logis während des 14tägigen Aufenthalts zu Hünxe eine Vergütung von 15 Thlr. aus der Vereinskasse, die Invaliden außerdem angemessene Reisekosten.

Frankirte Anmeldungen sind vor dem 10. Mai an das Königliche Regierungs-Präsidium zu Düsseldorf zu richten.

Gartrop, den 6. April 1871.

**Der Vorstand des Bienenzucht-Schutz-Vereins für den Niederrhein.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 8. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**354** **Schulden-Tilgungs-Plan**
der Synagogen-Gemeinde zu Inowraclaw.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | Aus dem Legat von Abraham Hirsch | 2000 | Thlr. |
| 2. | " " " Hirsch Abraham | 300 | Thlr. |
| 3. | " " " Hirsch Samuel | 300 | Thlr. |
| 4. | " " " Meyer Samuel | 150 | Thlr. |
| 5. | Das von dem Mansiarium-Collegium in Gnesen beanspruchte, und demselben noch bestrittene Capital resp. Zinsen von | 200 | Thlr. |
| | Summa | 2950 | Thlr. |

| Position. | Höhe der Schuld | | | | Davon werden jährlich getilgt: | | | | | | | | | Mithin bleibt Schuld. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | am | | | | an 5% Zinsen. | | | an Kapital. | | | überhaupt. | | | | | |
| | | Rℓ. | Sg | ₰ | Rℓ. | Sg | ₰ | Rℓ. | Sg | ₰ | Rℓ. | Sg | ₰ | Rℓ. | Sg | ₰ |
| 1. | 1/1 1871 | 2950 | — | — | 147 | 15 | — | 252 | 15 | — | 400 | — | — | 2697 | 15 | — |
| 2. | 1/1 1872 | 2697 | 15 | — | 134 | 26 | 3 | 265 | 3 | 9 | 400 | — | — | 2432 | 11 | 3 |
| 3. | 1/1 1873 | 2432 | 11 | 3 | 121 | 18 | 6 | 278 | 11 | 6 | 400 | — | — | 2153 | 29 | 9 |
| 4. | 1/1 1874 | 2153 | 29 | 9 | 107 | 20 | 11 | 292 | 9 | 1 | 400 | — | — | 1861 | 20 | 8 |
| 5. | 1/1 1875 | 1861 | 20 | 8 | 93 | 2 | 6 | 306 | 27 | 6 | 400 | — | — | 1554 | 23 | 2 |
| 6. | 1/1 1876 | 1554 | 23 | 2 | 77 | 22 | 2 | 322 | 7 | 10 | 400 | — | — | 1232 | 15 | 4 |
| 7. | 1/1 1877 | 1232 | 15 | 4 | 61 | 18 | 9 | 338 | 11 | 3 | 400 | — | — | 894 | 4 | 1 |
| 8. | 1/1 1878 | 894 | 4 | 1 | 44 | 21 | 2 | 355 | 8 | 10 | 400 | — | — | 538 | 25 | 3 |
| 9. | 1/1 1879 | 538 | 25 | 3 | 26 | 28 | 3 | 373 | 1 | 9 | 400 | — | — | 165 | 23 | 6 |
| 10. | 1/1 1880 | 165 | 23 | 6 | 8 | 8 | 8 | 165 | 23 | 6 | 174 | 2 | 2 | — | — | — |
| | | | | Summa | 824 | 2 | 2 | 2950 | — | — | 3774 | 2 | 2 | | | |

Inowraclaw, den 19. October 1870.

Der Vostand der hiesigen Synagogen-Gemeinde.
**Raphael Schlesinger. J. Oppenheim. A. Freudenthal. Adolph Sprinz. Abraham Lewy. Pineus Wolff.**

Die Repräsentanten-Versammlung.
**Abraham Sprinz. J. Feibusch. Joseph Löwensohn. Baer Kaufmann. Salomon Meyer. D. Michel Wreschner. Salomon Jacobsohn. Szkolny. R. Kuczynski. Louis Sandler. Heymann Seelig.**

Nach § 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, betreffend die Abänderung des § 20 Litt. D. der vorläufigen Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogthum Posen vom 1. Juni 1833 und der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 24. Juni 1844, wird für die Tilgung der zur Zeit vorhandenen, oben aufgeführten Capitalschulden der Synagogen-Gemeinde zu Inowraclaw der vorstehende Schulden-Tilgungs-Plan mit zehnjähriger Frist de 1871/1880 hierdurch festgesetzt.

Bromberg, den 4. April 1871. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(L. S.) **Maurach. v. Seltzer. Alsen.**

**355** Aus dem diesseitigen Regierungsbezirke sind im I. Quartal d. J. auf Grund richterlicher Erkenntnisse oder in Folge polizeilicher Anordnungen des Landes verwiesen worden:

A. Gerichtlich erkannte Landesverweisungen.

1) Joseph Popielski, Arbeiter, Aufenthaltsort Suszczewo in Polen, Alter 34 Jahre, Größe 5 Fuß

2 Zoll, Haare schwarz, Stirn schmal, Augenbrauen dunkel, Augen bräunlich, Nase stumpf, Mund klein, Bart dunkelblond, Kinn rund, Gesicht länglich, Gesichtsfarbe gesund, Statur mittel, Grenzpunkt der Ausweisung Skulsk, wegen Diebstahl.

2) Marianna Chlebanska, Einliegerfrau, Aufenthaltsort Budzislaw in Polen, Alter 24 Jahre, Größe 4 Fuß 10 Zoll, Haare blond, Stirn frei, Augenbrauen blond, Augen blau, Statur klein, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, wegen Diebstahl.

3) Theophil Bielefeld, Arbeiter, hat vagabondirt, Geburtsort Grabiniec in Polen, Alter 25 Jahre, Größe 5 Fuß 3 Zoll, Haare dunkel, Stirn frei, Augenbraunen dunkel, Augen grau, Bart rasirt, Kinn und Gesicht rund, besondere Kennzeichen: auf dem rechten Auge blind, Grenzpunkt der Ausweisung Wilczyn, wegen Diebstahl.

B. Polizeilich angeordnete Landesverweisungen.

1) Josepha Lorenz, Einliegerfrau, hat vagabondirt, Geburtsort Oehle in Polen, Alter 33 Jahre, Größe 4 Fuß 10 Zoll, Haare blond, Stirn frei, Augenbrauen blond, Augen grau, Gesicht oval, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, wegen verbotener Rückkehr.

2) Anton Sikorski, Arbeiter, hat vagabondirt, Geburtsort Oehle in Polen, Alter 21 Jahre, Größe 5 Fuß 7 Zoll, Haare blond, Stirn frei, Augenbraunen blond, Augen blau, Bart blond, Gesicht oval, Statur schlank, Grenzpunkt der Ausweisung Wilczyn, wegen verbotener Rückkehr.

3) Katharina Ciazynska, Arbeiterfrau, hat vagabondirt, Geburtort Grodowo in Polen, Alter 32 Jahre, Größe 5 Fuß, Haare blond, Stirn frei, Augenbraunen blond, Augen graublau, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn und Gesicht oval, Statur mittel, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, wegen verbotener Rückkehr.

4) Johann Stemmrich, Tuchmacher, Aufenthaltsort Inowraclaw, Geburtsort Ozorkowo in Polen, Alter 42 Jahre, Größe 5 Fuß 2 Zoll, Haare dunkelblond, Stirn bedeckt, Augenbraunen dunkelblond, Augen blau, Bart blond, Gesichtsfarbe gesund, Statur mittel, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

5) Marcus Pincus, Glaser, hat vagabondirt, Geburtsort Naschelz in Polen, Alter 25 Jahre, Größe 5 Fuß 3 Zoll, Haare schwarz, Stirn bedeckt, Augenbraunen schwarz, Augen grau, Nase und Mund gewöhnlich, Bart schwarz, Kinn und Gesicht oval, Gesichtsfarbe gesund, Statur schlank, Grenzpunkt der Ausweisung Thorn, weil er lästig war.

Bromberg, den 6. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**356** Edictal-Citation.

Etwaige Inhaber der angeblich am 21. Mai 1867 in Klein Lonsk bei Poln. Crone verbrannten Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Serie II. No. 1375 und 7779, über je 200 Thlr., werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 2. Januar 1872 bei uns zu melden oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewärtigen.

Posen, den 14. März 1871.

Königliche Direction des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Zapozew edyktalny.

Listy zastawne Ser. II. No. 1375 i 7779 nowego Towarzystwa Ziemstwa kredytowego dla prowincyi Poznańskiej, które jakoby przez pożar w dniu 21. Maja 1867 w Małym Łońsku pod Koronowem zniszczone zameldowano, zostaną całkiem umorzone, jeżeli nikt się z prawnemi pretensyami do tychże listów zastawnych aż najpóźniéj do dnia 2. Stycznia 1872 nie zgłosi. Wzywają się zatem niniejszem wszyscy możliwi posiadacze tychże listów zastawnych do zgłoszenia się do niżéj podpisanej dyrekcyi aż najpóźniéj do wzwyż oznaczonego terminu, z swemi mniemanemi pretensyami, gdyż inaczéj całkowite umorzenie tychże listów zastawnych nastąpi.

Poznań, dnia 14. Marca 1871.

Król. Dyrekcya nowego Towarzystwa Ziemstwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj.

**357** Die Kreisthierarzt-Stelle des Elbinger Kreises wird durch Versetzung ihres bisherigen Inhabers zum 1. Juli d. J. erledigt. Qualifizirte Bewerber um diese Stelle, mit welcher ein Einkommen von 100 Thlrn. aus Staatsfonds und ein Zuschuß von 100 Thlrn. aus Kreis-Communal-Mitteln verbunden ist, fordern wir auf, uns ihre Meldungen nebst den für ihre Befähigung sprechenden Zeugnissen binnen 4 Wochen einzureichen.

Danzig, den 10. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

358 **Bekanntmachung.**

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird unsere Bekanntmachung vom 30. Dezember 1869 dahin erläutert, daß die Tarifirung von Steingut, Töpferwaaren und Porcellan zur ermäßigten Klasse II. A. nur bei Aufgabe von ganzen Wagenladungen, d. h. von Quantitäten von 100 Centnern und darüber, stattfindet. Bromberg, den 8. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

359 **Bekanntmachung.**

Im Berlin-Posener-Verband-Verkehre wird vom 1. Juli d. J. ab der Artikel „Korkholz und Korkrinde" zu den Frachtsätzen der sperrigen bezw. Normal-Klasse befördert.

Unter dem, in dem bezüglichen Tarife in der ermäßigten Klasse B. aufgeführten Artikel „Baumrinde aller Art" sind fortan nur inländische Rinden begriffen.

Bromberg, den 11. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

360 **Bekanntmachung.**

Der concessionirte Markscheider und Feldmesser Carl Gäbler hat seinen Wohnsitz von Tarnowitz nach Myslowitz verlegt, was der Vorschrift gemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Breslau, den 17. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

361 Eduard Heunig als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Radsitz, im Kreise Wirsitz, definitiv angestellt.

362 Ernst Mittelstädt als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Brodden, im Kreise Chodziesen, definitiv angestellt.

363 Eduard Klauß als Lehrer bei der katholischen Schule zu Ober-Lesnitz, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

364 Der provisorische Lehrer Friedrich Laubitz an der katholischen Schule in Toniszewo, Kreis Wongrowitz, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

365 Anton Alberti als Lehrer bei der katholischen Schule zu Biskupin, im Kreise Schubin, interimistisch angestellt.

366 Der Hebamme Mathilde Knopf ist der Hebammenbezirk Siebenschlößchen, Kreises Chodziesen, übertragen worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

| | |
|---|---|
| 367 Der Lehrer Nicodem v. Malczewski in Ulanowo ist für den Bezirk Ulanowo, Kreis Gnesen, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet worden. | Dla okręgu Ułanowskiego, w powiecie Gnieznieńskim został nauczyciel Nikodem Malczewski z Ułanowa na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany. |

368 **Personal-Veränderungen**
bei den Justizbehörden des Bromberger Departements.

I. Ernannt:

1. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent und Dollmetscher Dubiski zum Sekretair bei dem Kreisgericht zu Trzemeszno,
2. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Habel zum Secretair bei dem Kreisgericht zu Lobsens,
3. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Krentz zum Secretair bei dem Kreisgericht zu Schönlanke mit der Function bei den Gerichtscommissionen zu Czarnikau,
4. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Thur zum Secretair bei dem Kreisgericht zu Schubin,
5. Der Büreau-Diätar Räschke zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Bromberg,
6. Der Büreau-Diätar Stangenwald zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Gnesen,
7. Der Büreau-Diätar Glowacki zum Büreau-Assistenten und Dollmetscher bei dem Kreisgericht zu Trzemeszno,
8. Der Büreau-Diätar Voß zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Schubin,
9. Der Hilfsbote Schröder zum etatsmäßigen Executor und Boten bei dem Kreisgericht zu Wongrowitz,
10. Der Bote und Executor Schlender zum ersten Gerichtsdiener bei dem Kreisgericht zu Gnesen.

II. Versetzt:

Der Secretair Sommer in Schubin in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Wongrowitz.

III. Verstorben:

1. Der Staatsanwalt Schmiedel in Schneidemühl,
2. Der vom 1. Mai d. J. ab in den Ruhestand versetzte Kreisgerichts-Secretair Tloczynski in Czarnikau,
3. Der Executor und Bote Groß zu Bromberg.

369 **Personal-Veränderungen**
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1. Der Eisenbahnbau-Inspector Blumenthal in Bromberg ist aus dem Staats-Eisenbahn-Dienste geschieden.
2. Der Eisenbahn-Baumeister Göring in Schneidemühl ist zum Königlichen Eisenbahnbau-Inspector ernannt und demselben die von ihm seither commissarisch verwaltete Betriebs-Inspector-Stelle daselbst nunmehr definitiv übertragen worden.
3. Versetzt sind:
   a. Der Eisenbahn-Baumeister Ostermeyer von Insterburg nach Bromberg und demselben unter Ernennung zum Königlichen Eisenbahn-Bau-Inspector die Verwaltung der II. Abtheilung der Ober-Betriebs-Inspection der Ostbahn übertragen,
   b. Der Eisenbahn-Bau-Inspector Bormann von Bromberg nach Münster,
   c. Der Stations-Aufseher Schäffer von Schulitz nach Hohenstein,
   d. Der Stations-Aufseher Brostowski von Hohenstein nach Schulitz.

**Vermischte Nachrichten.**

370 Wie mangelhaft vom Publikum immer noch die Briefe adressirt werden, dafür liefert die Thatsache von Neuem einen schlagenden Beweis, daß bei dem Postamte in Danzig in einem einzigen Monate in 837 Fällen von der Post die Mitwirkung der Polizeibehörde zur Ermittelung der Wohnung des Adressaten hat in Anspruch genommen werden müssen. Ein Polizeibeamter hatte im Durchschnitt 2 bis 3 Stunden auf diese Thätigkeit zu verwenden. Trotz aller Bemühungen muß aber im Deutschen Postbezirk noch immer eine beträchtliche Zahl von Briefen lediglich wegen der mangelhaften Adressirung als unbestellbar zurückgeschickt werden, im Jahre 1870 z. B. 431,254 Stück. Eine recht sorgfältige und genaue Adressirung der Postsendungen kann daher nicht genug anempfohlen werden. In verschiedenen Schulen geben die Lehrer den Schülern Unterweisung im Anfertigen guter Adressen. Dies sollte verallgemeinert werden und und auch bei der häuslichen Erziehung wäre der nicht unwichtige Gegenstand mehr zu beachten. In England geschieht das schon längst.

371 An die Postanstalten ist, in Betreff der bereits früher hervorgehobenen Uebelstände bei der Verwendung ganz zugeklebter Briefcouverts, Seitens des Bundes-General-Postamts neuerdings folgende erneute Anmahnung ergangen:

Das Verbot der Verwendung ganz zugeklebter Couverts beim Verschlusse der dienstlichen Correspondenz wird den Postanstalten in Erinnerung gebracht. Zugleich werden die Postanstalten im allgemeinen Interesse wiederholt veranlaßt, auch das Publikum bei jeder geeigneten Gelegenheit auf die Mißstände, welche mit der Verwendung ganz zugeklebter Couverts verbunden sind, fortgesetzt aufmerksam zu machen, und die Beseitigung dieses für den Empfänger äußerst lästigen Briefverschlusses thunlichst zu empfehlen.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 21.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 22. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 2. Juni 1871. Bydgoszcz, dnia 2. Czerwca 1871.



## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**372** Bekanntmachung.

Packetbeförderungsdienst für die Armee.

Die Verhältnisse machen es nothwendig, daß Privatpäckereien für die 17. Infanterie-Division für jetzt von der Postbeförderung ausgeschlossen werden. Außerdem muß die Zuführung von Päckereien an das 7. Armee-Corps für die nächste Zeit eingestellt werden.

Berlin, den 20. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**373** Bekanntmachung.

Päckereibeförderungsdienst für die Armee.

Die Verhältnisse machen es nothwendig, daß Privatpäckereien für
die 4. Cavallerie-Division,
die 5. Cavallerie-Division,
und für das 7. Armee-Corps (einschließlich der demselben neuerdings zugetheilten Infanterie-Regimenter Nr. 16, 56 und 57, sowie des Husaren-Regiments Nr. 11)
bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Berlin, den 24. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**374** Bekanntmachung.

Packetbeförderungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für die dritte Cavallerie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Berlin, den 25. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**375** Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 30. März v. J. (Amtsblatt pro 1870 Nr. 14) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Schleusenmeister Henke auch in diesem Jahre als Strompolizei-Beamter und Flößerei-Kontroleur fungirt mit denselben Befugnissen und Obliegenheiten, welche ihm nach obiger Bekanntmachung für das vorige Jahr übertragen waren.

Den Aufsichtsdienst an der Weichsel und an der Brahemündung versehen die Flößerei-Aufseher Zabel und Dettmann.

Bromberg, den 20. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**376** Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 3. d. Mts. zu gestatten geruht, daß zu der in Pforzheim im Großherzogthum Baden zum Besten der deutschen Invalidenstiftung nach Maßgabe des eingereichten Prospectus veranstalteten Ausspielung von Pforzheimer Goldwaaren innerhalb des diesseitigen Staatsgebietes Loose verkauft werden dürfen.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 22. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**377** Der Herr Ober-Präsident der Provinz hat die Abhaltung einer Hauscollecte unter den jüdischen Einwohnern der Provinz Posen zur Bestreitung der Kosten des Neubaues eines Synagogengebäudes in Mroczen unter nachstehenden Bedingungen genehmigt:

1. Die Sammlung darf nur bis zum Ende des laufenden Jahres stattfinden und an keinem Orte über 8 Tage ausgedehnt werden.
2. Die Sammelnden müssen sich durch eine Legitimation der betreffenden Ortspolizeibehörde ausweisen.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß die Herren Landräthe veranlaßt worden sind, das Weitere wegen Abhaltung der Kollecte und Abführung der Gelder zu verfügen.

Bromberg, den 22. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**378** Die Kreis-Thierarzt-Stelle Conitzer Kreises ist erledigt. Wir fordern qualifizirte Bewerber hiermit auf, innerhalb 6 Wochen sich bei uns unter Einreichung ihrer Zeugnisse zu melden.

Marienwerder, den 19. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**379** Bekanntmachung.

Die vacante Hülfspredigerstelle zu Nakel, deren Einkommen 525 Thlr. beträgt, soll alsbald besetzt werden. Bewerber um diese Stelle haben ihre an den Gemeinde-Kirchenrath zu Nakel zu richtenden Gesuche dem Superintendentur-Vertreter Pfarrer Heinrich in Lobsens einzureichen.

Posen, den 24. Mai 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**380** Bekanntmachung.

Der schwer erkrankte evangelische Pfarrer Herr Wenzel in Poln.-Crone wird während dreier Monate und nöthigen Falls noch länger durch den ordinirten Predigtamts-Candidaten Herrn Friedrich Wilhelm Carl Bernhard Oloff in der Pfarrverwaltung vertreten.

Posen, den 16. Mai 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**381** Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf Art. 21 der Maaß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (Bundesgesetzblatt für den Norddeutschen Bund für 1868 S. 477) bringen wir im Auftrage des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten nachstehende Umrechnung der in dem allgemeinen Berggesetze für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 festgesetzten Entfernungs- und Flächen-Bestimmungen, bei welcher die in der Gesetzsammlung für die Königlich Preußischen Staaten für 1869 Seite 747 veröffentlichten Tabellen zu Grunde gelegt sind, zur öffentlichen Kenntniß.

Das Fuß- und Lachter-Maaß kommt an folgenden Stellen des allgemeinen Berggesetzes vor:

1) im § 4 Absatz 3: Unter Gebäuden und in einem Umkreise um dieselben bis zu 200 Fuß darf nicht geschürft werden.
2) im § 17, Absatz 1: Der Muther hat die Größe des begehrten Feldes nach Quadratlachtern anzugeben.
3) im § 26, Absatz 2: Der Flächeninhalt der Felder ist nach der horizontalen Projection in Quadratlachtern festzustellen.
4) im § 27, Absatz 1: Der Muther hat das Recht:
   1. in den Kreisen Siegen und Olpe des Regierungsbezirks Arnsberg und in den Kreisen Altenkirchen und Neuwied des Regierungsbezirks Coblenz ein Feld bis zu 25,000 Quadratlachtern,
   2. in allen übrigen Landestheilen ein Feld bis zu 500,000 Quadratlachtern
   zu verlangen.
5) im § 27, Absatz 2: Zwei Punkte der Begrenzung dürfen bei 25,000 Quadratlachtern nicht über 500 Lachter und bei 500,000 Quadratlachtern nicht über 2000 Lachter von einander entfernt liegen.

Nach den obenerwähnten Tabellen ist nun:

ein Fuß = 0,313,85 Meter,
ein Lachter = 2,0924 Meter,
ein Quadratlachter = 4,378 Quadratmeter.

Hiernach sind:

zu 1: 200 Fuß = 62,77 Meter,
zu 4: 25,000 Quadratlachter = 109,450 Quadratmeter,
500,000 Quadratlachter = 2,189,000 Quadratmeter,
zu 5: 500 Lachter = 1046,2 Meter,
2000 Lachter = 4184,8 Meter.

Diese Entfernungs- und Flächenbestimmungen sind vom 1. Januar 1872 ab zur Anwendung zu bringen. Nach Art. 22 der erwähnten Maaß- und Gewichts-Ordnung ist es übrigens den Interessenten gestattet, in den bezeichneten Fällen schon jetzt das Metermaaß in Anwendung zu bringen.

Breslau, den 23. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

**382** Bekanntmachung.

Vom 1. Juli d. J. ab werden die für den Transport Oberschlesischer Steinkohlen nach den Stationen der Ostbahn via Kreuz und via Frankfurt a./O. bestehenden Tonnen-Tarife aufgehoben und es treten an Stelle derselben neue Centner-Tarife in Kraft.

Die Verfrachtung von Steinkohlen erfolgt von diesem Zeitpunkte ab nur nach Gewicht, und es wird, so lange auf den Gruben die erforderlichen Vorrichtungen zur Verwiegung der Kohlen noch nicht hergestellt sind, bei der Gewichtsermittelung die Tonne zu $3^2/_3$ Ctr. angenommen.

Bromberg, den 19. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

383 **Verwaltungs-Resultate der Posen'schen Provinzial-Feuer-Societät für das Jahr 1870.**

Die Ergebnisse der Verwaltung der Feuer-Societät für die Provinz Posen im Jahre 1870 waren nachstehende:

A. **Die Veranlagung der Beiträge** für das gedachte Jahr erfolgte am Anfang des Jahres von folgenden Versicherungssummen:

| | | Thlr. |
|---|---|---|
| i. d. I. Kl. | (Wände, Giebel und Dach massiv isolirt = 1 Ruth. Entfernung oder vorschriftsmäßige massive Brandgiebel) | 26,701,275 |
| „ II. „ | (desgl. nicht isolirt) . . . | 28,346,275 |
| „ III. „ | (Fachwerks- und Holzwände, Dach massiv; isolirt = 5 Ruth. Entfernung) . . . | 2,396,275 |
| „ IV. „ | (desgl. nicht isolirt) . . . | 23,265,500 |
| „ V. „ | (nicht massiv Bedachung isolirt = 15 Ruth. Entfernung) | 5,414,525 |
| „ VI. „ | (nicht isolirt) . . . . . . | 32,120,350 |
| „ VII. „ | (Windmühlen) . . . . . . . | 1,593,850 |
| „ VIII. „ | (Lohmühlen und Schmieden mit Stein- oder Metallbedachung) . . . . . . . . . | 244,425 |
| | Zusammen . . | 120,082,225 |
| Für das Jahr 1869 hatten die Versicherungssummen bei der Veranlagung betragen . . . . . . . . . . . . . | | 112,722,175 |
| | mithin Zugang . . | 7,360,050 |

Der Stand der Versicherungssummen am Schlusse des Jahres 1870 war 125,979,775 Thlr.

An Beiträgen wurden im Jahre 1870 für je 100 Thlr. Versicherungssumme entrichtet: in Klasse I. 3 Sgr., Kl. II. 4 Sgr., Kl. III. 10 Sgr., Kl. IV. 12 Sgr., Kl. V. 20 Sgr., Kl. VI. 22 Sgr., Kl. VII. 30 Sgr., Kl. VIII. 22 Sgr. — Außerdem zahlen nach § 6 und 29 des Reglements feuergefährliche Fabrik- und andere Anlagen von größerem Umfange, sowie Gebäude, deren Feuergefährlichkeit durch ihre Bestimmung, ihre Lage, des in ihnen oder in der Nachbarschaft betreibenden Gewerbes, die Aufbewahrung größerer Quantitäten leicht brennbarer Stoffe u. s. w erheblich gesteigert wird, neben den Beiträgen ihrer Klasse noch besondere Beiträge, deren Höhe nach der Größe des Risikos in jedem einzelnen Falle besonders bestimmt wird.

B. **Die Einnahmen der Societät** betrugen im Jahre 1870 bei dem Hauptfonds:

| | Rt. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| 1. ordentliche Beiträge f. d. J. 1870 | 468,866 | 2 | 5 |
| 2. Rückerstattungen von Brandentschädigungen und Prozeßkosten . | 38 | — | — |
| 3. Zinsen von Kapitalien . . . . . | 15,253 | 16 | — |
| 4. Insgemein . . . . . . . . . . | 20 | 18 | 9 |
| Zusammen . . | 484,178 | 7 | 2 |

5. Durchlaufende Posten im Geld-

**Rezultaty zarządu poznańskiego prowincyalnego towarzystwa ogniowego z roku 1870.**

Rezultaty zarządu towarzystwa prowincyi poznańskiéj z roku 1870 były następujące:

A. **Rozkład składek** na rok 1870 uskuteczniono na początku roku od następujących sum asekuracyjnych;

| | | Tal. |
|---|---|---|
| w I. kl. | (ściany, szczyty i dach z cegły odosobnione = 1 pręt odległości albo szczyty odpowiednio przepisom murowane) . . . | 26,701,275 |
| w II. kl. | to samo, nieodosobnione | 28,346,275 |
| w III. kl. | (ściany w ryglówkę i z drzewa, pokrycie dachówka, odosobnienie = 5 prętów odległości) . . | 2,396,025 |
| w IV. kl. | to samo nie odosobnione | 23,265,500 |
| w V. kl. | (pokrycie nie z dachówki, odosobnione = 15 prętów odległości . . . . . | 5,414,525 |
| w VI. kl. | (nie odosobnione) . . | 32,120,350 |
| w VII. kl. | (wiatraki) . . . . . | 1,593,850 |
| w VIII. kl. | (młyny garbarskie i kuźnie z pokryciem z dachówki lub cynku) . . | 244,425 |
| | ogółem . . | 120,082,225 |
| W roku 1869 wynosiły sumy asekuracyjne przy rozkładzie . . . . | | 112,722,175 |
| | zatem przybyło . . | 7,360,050 |

Przy końcu roku 1870 wynosiła suma asekuracyjna 125,979,775 tal.

Składek opłacano w roku 1870 od 100 tal. sumy asekuracyjnéj: w klasie I. 3 sgr., II. 4 sgr., III. 10 sgr., IV. 12 sgr., V. 20 sgr., VI. 22 sgr., VII. 30 sgr., VIII. 22 sgr. Oprócz tego opłaca się, podług § 6 i 29 regulaminu od niebezpiecznych od ognia fabryk i innych zakładów większego rozmiaru, jako też od budynków, których niebezpieczność ogniowa w skutek ich przeznaczenia ich położenia, prowadzonego w nich lub w ich sąsiedztwie procederu, przechowania większych ilości łatwo zapalających się materyi i t.d., znacznie się zwiększa, obok składek ich klasy jeszcze osobne składki, których wysokość w każdym przypadku osobno się postanawia stósownie do wielkości ryzyka.

B. **Dochody towarzystwa** wynosiły w r. 1870 w głównym funduszu:

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| 1) z składek zwycz. za rok 1870 | 468,866 | 2 | 5 |
| 2) z zwróconych wynagrodzeń ogniowych i kosztów procesowych | 38 | — | — |
| 3) z prowizyi od kapitałów . . | 15,253 | 16 | — |
| 4) z dochodów nadzwyczajnych . | 20 | 18 | 9 |
| ogółem . . | 484,178 | 7 | 2 |

5) przechodzące pozycye w obrocie

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Verkehre, welche bei der Ausgabe wieder erscheinen und Valuta für verlooste Papiere ........ | 221,560 | — | — |
| Zusammen .. | 705,738 | 7 | 2 |
| Dazu tritt der ult. 1869 verbliebene Bestand mit ........... | 368,628 | 16 | — |
| Zusammen .. | 1,074,366 | 23 | 2 |
| und in Abzug kommt der im Jahre 1869 erzielte Ueberschuß, welcher im Jahre 1870 dem Reservefonds zugeführt ist, mit ........ | 10,981 | 12 | 4 |
| mithin verbleibt Gesammtbetrag der rechnungsmäßigen Einnahme ult. 1870 .............. | 1,063,385 | 10 | 10 |
| An Einnahme-Resten standen zu Ende des Jahres 1870 noch aus: | | | |
| ordentliche Beiträge .... | 6 | 7 | 4 |
| zu erstattende Brandentschädigungen, Prozeß- und andere Kosten ..... | 621 | — | 9 |
| Zusammen .. | 627 | 8 | 1 |
| C. Die Ausgaben der Societät betrugen im Jahre 1870 bei dem Hauptfonds: | | | |
| 1. Brandentschädigungen u. Nebenkosten für 1869 und zurück . | 153,092 | 29 | 10 |
| für 1870 ........ | 225,608 | 14 | 10 |
| 2. Verzugszinsen ......... | — | — | — |
| 3. Beihülfen zur Anschaffung von Feuerlöschgeräthen ....... | 1934 | 22 | — |
| 4. Prozeßkosten u. Kosten in schiedsrichterlichen Angelegenheiten .. | 196 | 3 | — |
| 5. Prämien für die Ermittelung von Brandstiftern .......... | 168 | — | — |
| 6. Kosten f. Drucksachen (Gebäudebeschreibungen, Kataster) ... | 329 | 22 | 6 |
| 7. Kosten f. Erneuerung v. Katastern | 226 | 21 | 10 |
| 8. Zinsen von Kapitalien ..... | 115 | — | — |
| 9. Rückversicherungsprämie .... | — | — | — |
| 10. Insgemein ........... | 218 | 14 | 6 |
| Zusammen 1 bis 10 .. | 381,890 | 8 | 6 |
| 11. Verwaltungskosten: | | | |
| a) Provinzial-Direction (Besoldungen, Reisekosten, Utensilien, Büreau-Bedürfnisse) .......... | 7021 | 21 | 1 |
| b. Diäten und Reisekosten der ständischen Kommission ....... | 68 | 7 | 6 |
| c) Kreis- und Stadt-Feuer-Societäts-Directionen, Remunerationen, Amtsunkosten, Reisekosten ..... | 4330 | 6 | 11 |
| d) Polizei-Districtscommissarien an Reisekosten für die Revision der Versicherungssummen ........ | 2361 | 25 | — |
| e) Kreisständische Abschätzungs- | | | |

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| pieniężnym, które znów do rozchodu zapisane wartości za wylosowane papiery ..... | 221,560 | — | — |
| ogółem | 705,738 | 7 | 2 |
| Do tego przychodzi remanent z roku 1869 ........ | 368,628 | 16 | — |
| ogółem | 1,074,366 | 23 | 2 |
| a odtrąca się przewyżka z roku 1869, która w r. 1870 do funduszu rezerwowego przekazaną została ........... | 10,981 | 12 | 4 |
| Zatem wynosi ogólny dochód wedle rachunku za rok 1870 | 1,063,385 | 10 | 10 |
| Zaległości dochodowych było na końcu roku 1870 | | | |
| składek zwyczajnych ... | 6 | 7 | 4 |
| zwrócić się mające wynagrodzenia ogniowe, koszta procesowe i inne ....... | 621 | — | 9 |
| ogółem | 629 | 8 | 1 |
| C. Rozchód towarzystwa wynosił w roku 1870 w głównym funduszu: | | | |
| 1) wynagrodzenia ogniowe i koszta uboczne | | | |
| za r. 1869 i dawniéj ... | 153,092 | 29 | 10 |
| za r. 1870 ....... | 225,608 | 14 | 10 |
| 2) procenta za zwłokę ... | — | — | — |
| 3) zapomogi do zakupna sprzętów do gaszenia ognia .. | 1934 | 22 | — |
| 4) koszta procesowe i koszta w sprawach rozjemczych ... | 196 | 3 | — |
| 5) premie za wyśledzenie podpalaczy ......... | 168 | — | — |
| 6) koszta za druki (formularze do opisów budynków, katastrów) | 329 | 22 | 6 |
| 7) koszta za odnowienie katastr. | 226 | 21 | 10 |
| 8) prowizye od kapitałów .. | 115 | — | — |
| 9) premie za odwrotne zabezpieczenie ....... | — | — | — |
| 10) rozchód zwyczajny ... | 218 | 14 | 6 |
| Suma Nr. 1—10 . | 381,890 | 8 | 6 |
| 11) koszta zarządu: | | | |
| a) dyrekcya prowincyalna (pensye, koszta podróży, utensylia, potrzeby biórowe ...... | 7021 | 21 | 1 |
| b) dyety i koszta podróży komisyi stanowéj ...... | 68 | 7 | 6 |
| c) powiatowe i miéjskie dyrekcye towarzystwa ogniowego (remuneracye, koszta biórowe, koszta podróży) ....... | 4330 | 6 | 11 |
| d) komisarzom obwodowym koszta podróży za rewizyą sum asekuracyjnych ...... | 2361 | 25 | — |
| e) powiatowo-stanowym komi- | | | |

| | Rt. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Kommissionen u. Baubeamte (Reisekosten und Gebühren für Gutachten u. Revision der Versicherungssummen) | 145 | 20 | — |
| f) Bürgermeister, Districtskommissarien und Ortserheber an Remunerationen | 13,724 | 26 | 5 |
| g) Kassenverwaltungskosten der Provinzial-Institutenkasse als Provinzial-Feuer-Societätskasse | 2427 | 5 | 10 |
| h) Stadt- und Kreis-Feuersocietäts-Rendanten an Tantième | 9612 | 26 | 3 |
| i) Porto für Brief-, Geld- und Packetsendungen | 611 | 26 | 9 |
| k) Pensionen an vormalige Beamte der Societät | — | — | — |
| Zusammen 11 Nr. a. bis k. | 40,304 | 15 | 9 |
| Hierzu Nr. 1 bis 10 | 381,890 | 8 | 6 |
| 12. Durchlaufende Posten im Geldverkehr, verlooste Papiere | 258,400 | — | — |
| Gesammtbetrag der rechnungsmäßigen Ausgabe | 680,594 | 24 | 3 |
| An Ausgaben waren am Schlusse des Jahres 1870 noch zu leisten verblieben: | | | |
| Brandentschädigungen u. Nebenkosten aus dem Jahre 1869 und zurück | 154,841 | 16 | 2 |
| „ „ „ 1870 „ „ | 152,040 | 8 | 2 |
| für verschiedene Posten (Tantième) | 8 | — | 8 |
| Zusammen | 306,889 | 25 | — |

## D. Balance des Hauptfonds.

| | Rt. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Die rechnungsmäßige Gesammt-Einnahme des Hauptfonds für das Jahr 1870 betrug | 1,063,385 | 10 | 10 |
| Die gesammte Ausgabe betrug | 680,594 | 24 | 3 |
| Mithin blieb bei dem Hauptfonds am Schlusse des Jahres 1870 ein Bestand von | 382,790 | 16 | 7 |
| Dieser Bestand ist mit Hinzurechnung der Einnahme-Reste von | 627 | 8 | 1 |
| Zusammen | 383,417 | 24 | 8 |
| zur Deckung der noch zu leistenden Ausgaben in Höhe von | 306,889 | 25 | — |
| vollständig ausreichend und es verbleibt ein Ueberschuß von | 76,527 | 29 | 8 |
| wovon wegen der zu diesem Fonds gehörigen Pfand- u. Rentenbriefe noch die Coursdifferenz in Abzug gebracht wird mit | 16,175 | — | — |
| so daß ein Ueberschuß von | 60,352 | 29 | 8 |

sich ergiebt, welcher in der Rechnung des Jahres 1871 bei dem Reservefonds in Einnahme nachgewiesen werden wird.

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| syom taksacyjnym i urzędnikom budowniczym (koszta podróży i należytości za opinie i rewizyą sum asekuracyjnych) | 145 | 20 | — |
| f) burmistrzom, komisarzom obwodowym i pobórcom miéjscowym remuneracye | 13,724 | 26 | 5 |
| g) koszta zarządu kasowego prowincyalnego kasie instytutów jako kasie prowincyalnego towarzystwa ogniowego | 2427 | 5 | 10 |
| h) miéjskim i powiatowym rendantom towarzystwa ogniowego tantyemy | 9612 | 26 | 3 |
| i) portoryum za przesyłki listów, pieniędzy i pakiet | 611 | 26 | 9 |
| k) pensye byłym urzędnikom towarzystwa | — | — | — |
| Suma 11 Nr. a—k | 40304 | 15 | 9 |
| do tego Nr. 1—10 | 381,890 | 8 | 6 |
| 12) przechodzące pozycye w obrocie pieniężnym, wylosowane papiery i t. d. | 258,400 | — | — |
| Ogólna suma rozchodu podług rachunku | 680,594 | 24 | 3 |
| Na końcu roku 1870 pozostało jeszcze do wypłacenia wynagrodzeń | | | |
| z roku 1869 i dawniej | 154,841 | 16 | 2 |
| z roku 1870 | 152,040 | 8 | 2 |
| różne pozycye (tantyemy) | 8 | — | 8 |
| ogółem | 306,889 | 25 | — |

## D. Porównanie funduszu głównego.

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| Dochód ogólny w głównym funduszu wynosił w roku 1870 | 1,063,385 | 10 | 10 |
| Rozchód ogólny wynosił | 680,594 | 24 | 3 |
| Zatem wynosił remanent w funduszu głównym na końcu roku 1870 | 382,790 | 16 | 7 |
| Powyższy remanent z doliczeniem zaległości dochodowych | 627 | 8 | 1 |
| ogółem | 383,417 | 24 | 8 |
| jest zupełnie wystarczającym na pokrycie wydatków, które jeszcze są do zapłacenia | 306,889 | 25 | — |
| i pozostaje przewyżka | 76,527 | 29 | 8 |
| od któréj to sumy odtrąca się jeszcze dyferencya kursowa od należących do tegoż funduszu listów zastawnych i rentowych, w ilości | 16,175 | — | — |
| tak, że pozostaje przewyżka | 60,352 | 29 | 8 |

która w rachunku za rok 1871 w funduszu rezerwowym do dochodu zapisaną zostanie.

**E. Bei dem Reservefonds betrug im Jahre 1870:**

**I. Die Einnahme:**

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| 1. Ueberschüsse aus dem Hauptfonds ex 1869 | 10,981 | 12 | 4 |
| 2. Zuschüsse zur Verstärkung des Fonds von den Versicherten | 24,943 | 10 | 2 |
| 3. Zinsen von Kapitalien u. Werthpapieren | 11,252 | 24 | 3 |
| 4. Zur Anlegung von Kapitalien (durchlaufende Posten im Geldverkehr) | 86,740 | — | 6 |
| Zusammen | 133,917 | 17 | 3 |
| Dazu der Bestand aus dem Jahre 1869 mit | 53,912 | 12 | 6 |
| Die Gesammteinnahme des Reservefonds im Jahre 1870 betrug also | 187,829 | 29 | 9 |

**II. Die Ausgabe.**

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| 1. Zuschuß an den Hauptfonds zur Deckung des Ausfalles im Vorjahre | — | — | — |
| 2. Zwischenzinsen | 202 | 5 | 10 |
| 3. Zur Anlegung von Kapitalien (durchlaufende Posten im Geldverkehr 2c.) | 73,466 | 20 | — |
| Zusammen | 73,668 | 25 | 10 |

**Balance des Reservefonds.**

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Die rechnungsmäßige Gesammteinnahme des Reservefonds für das Jahr 1870 betrug | 187,829 | 29 | 9 |
| Die Ausgabe | 73,668 | 25 | 10 |
| mithin Bestand ult. 1870 | 114,161 | 3 | 11 |
| Hierzu treten: Resteinnahme an Zinsen die Hypothekenkapitalien | 134,400 | — | — |
| Das Vermögen des Reservefonds betrug also Ende 1870 | 248,561 | 3 | 11 |

Im Laufe des Jahres 1871 wird dieses Vermögen nach Vereinnahmung des obigen Ueberschusses und der sonstigen eigenen Einnahmen auf circa 348,000 Thlr. gebracht werden.

F. Es gehörten demnach am Schlusse des Rechnungsjahres 1870 dem Feuersocietätsfonds rechnungsmäßig an:

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| a) dem Hauptfonds | 382,790 | 16 | 7 |
| b) Reservefonds | 248,561 | 3 | 11 |
| mithin überhaupt | 631,351 | 20 | 6 |

An Verwaltungskosten sind 7,58 Prozent der laufenden Einnahme verausgabt worden. Für jede 1000 Thlr. Versicherungssumme beträgt die durchschnittliche Einnahme an Beiträgen 3,72 Thlr., die Soll-Ausgabe für festgesetzte Brandschäden und Nebenkosten dagegen 3 Thlr. Die Differenz von 0,72 Thlr. vertheilt sich mit 0,32 Thlr. auf die Verwaltungskosten und mit 0,40 Thlr. auf die übrigen Kosten und den erzielten Ueberschuß.

G. Das Jahr 1870 war für die Societät, wie

**E. W funduszu rezerwowym wynosił w roku 1870:**

**I. Dochód:**

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| 1) przewyżki z głównego funduszu z roku 1869 | 10,981 | 12 | 4 |
| 2) dodatki od zabezpieczonych do zwiększenia funduszu | 24,943 | 10 | 2 |
| 3) prowizye od kapitałów i papierów publicznych | 11,252 | 24 | 3 |
| 4) na utworzenie kapitałów (pozycye przechodzące w obrocie pieniężnym) | 86,740 | — | 6 |
| ogółem | 133,917 | 17 | 3 |
| Do tego remanent z r. 1869 | 53,912 | 12 | 6 |
| zatem wynosił ogólny dochód funduszu rezerwowego w roku 1870 | 187,829 | 29 | 9 |

**II. Rozchód:**

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| 1) dodatek do funduszu głównego celem pokrycia ubytku w roku zeszłym | — | — | — |
| 2) prowizye pośrednie | 202 | 5 | 10 |
| 3) na utworzenie kapitałów (pozycye przechodzące w obrocie pieniężnym) | 73,466 | 20 | — |
| ogółem | 73,668 | 25 | 10 |

**Porównanie funduszu rezerwowego:**

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| Dochód ogólny funduszu rezerwowego w r. 1870 wynosił | 187,829 | 29 | 9 |
| Rozchód | 73,668 | 25 | 10 |
| remament na końcu r. 1870 | 114,161 | 3 | 11 |
| Do tego przychodzą zaległości dochodowe z prowizyi od kapitałów hypotecznych | 134,400 | — | — |
| Majątek funduszu rezerwowego wynosił więc w końcu r. 1870 | 248,561 | 3 | 11 |

W przeciągu roku 1871 majątek ten po przyliczeniu powyższéj przewyżki i innych dochodów będzie doprowadzonym do około 348,000 tal.

F. Majątek funduszu towarzystwa ogniowego składał się więc na końcu roku obrachunkowego 1870:

a) z funduszu głównego 382,790 tal. 16 sgr. 7 fen.
b) z funduszu rezerw. 248,561 — 3 — 11 —
Zatem w ogóle 631,351 tal. 20 sgr. 6 fen.

Na koszta zarządu wydano 7,58 % od dochodu bieżącego. Od każdego 1000 tal. sumy asekuracyjnéj wynoszą składki, jakie wpłynęły, w przecięciu 3,72 tal., suma zaś mająca być wydaną za ustanowione szkody ogniowe i koszta uboczne 3 tal. Z przewyżki 0,72 tal. przypadają 0,32 tal. na koszta zarządu i 0,40 tal. na inne koszta i na wykazaną przewyżkę.

G. Rok 1870 był dla towarzystwa, jak się z po-

die obige Darstellung zeigt, ein günstiges und die Lage der Societät ist eine gute. Das Vertrauen des Publicums zu diesem Institute ist fortwährend im Wachsen begriffen, wie aus der Zunahme des Versicherungskapitals ersichtlich ist, welches seit dem 1. Januar 1864, mit welchem Zeitpunkte der Zwang zur Versicherung aufhörte, bis ult. 1870, also in 7 Jahren, um rund 42 Millionen gestiegen ist.

Die Mitglieder der Societät haben in dem Provinzial-Landtage und dessen Commission eine die Rechte der Versicherten wahrnehmende Vertretung und gleichzeitig in dem Königl. Ober-Präsidio eine die Verwaltung der Societät controlirende Ober-Aufsichtsbehörde, so daß die Interessen der Societätsmitglieder vollständig sicher gestellt sind.

Die Societät hat ihrer Bestimmung: jedes Gebäude zu erträglichen Prämien zur Versicherung anzunehmen und dadurch auch den kleinen Besitzern, deren Gebäude aus Holz und Lehm unter Stroh- und Schindeldach als sehr bedenkliche Risiken anderwärts von der Versicherung ausgeschlossen sein würden, eine Gelegenheit zur Versicherung zu gewähren, auch im Jahre 1870 in vollem Maaße genügt.

Die Anzahl der Brände, von welchen die Societät im Jahre 1870 betroffen wurde, belief sich auf 638, (gegen 673 im Jahre 1869). Durch dieselben sind 839 Gebäude gänzlich und 419 Gebäude theilweise, also überhaupt 1258 Gebäude zerstört worden. Der Gattung nach vertheilen sich dieselben auf 494 Wohngebäude, 411 Stallungen und Schuppen, 295 Scheunen u. Speicher, 26 Windmühlen, 15 Fabriken, 4 Schmieden, 5 Ziegelei-Gebäude, 8 andere Gebäude.

Diese 1258 Gebäude gehörten folgenden Klassen an: I. Klasse 30; II. Kl. 69; III. Kl. 15; IV. Kl. 195; V. Kl. 71; VI. Kl. 850; VII. Kl. 21; VIII. Kl. 7.

Von obigen 638 Bränden sind der Ursache nach entstanden: durch Fahrlässigkeit erwiesene 15, muthmaßlich 63, durch böswillige Anlegung erwiesen 7, muthmaßlich 364, durch den Blitz 50, durch Kinder unter 7 Jahren 8, durch andere Zufälle 38, unermittelt 93.

Für die durch diese 638 Brände vernichteten resp. beschädigten 1258 Gebäude sind als Entschädigung 364,376 Thlr. 9 Sgr. 3 Pf. festgesetzt worden; außerdem wurden noch bewilligt:

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Für nicht versicherte Gebäude und Gegenstände, welche zum Zwecke der Löschung der vom Brande betroffenen versicherten Gebäude beschädigt werden mußten .... | 749 | 16 | — |
| An Prämien für Spritzen und Wasserkufen ........... | 9,701 | 5 | — |
| An Prämien für ausgezeichnete Handlungen beim Löschen rc. .... | 668 | — | — |
| An Reparaturkosten für beschädigte Löschgeräthe ........... | 277 | 4 | — |
| An Reisekosten und Gebühren für die | | | |

wyższego sprawozdania pokazuje, pomyślnym położenie towarzystwa dobre. Zaufanie publiczności do tegoż instytutu wzrasta ciągle, co się pokazuje z kapitału asekuracyjnego, który od 1. Stycznia 1864, od którego czasu ustał przymus do zabezpieczenia się, aż do końca r. 1870, więc w przeciągu 7 lat zwiększył się o 42 miliony talarów.

Członkowie towarzystwa posiadają w sejmie prowincyalnym i tegoż komisyi reprezentacyą dopilnującą praw zabezpieczonych i równocześnie w królewskiem prezydyum naczelnem władzę nadzorczą kontrolującą zarząd towarzystwa tak, że interesy członków towarzystwa zupełnie są zabezpieczone.

Towarzystwo także w roku 1870 odpowiedziało jak najzupełniéj swemu przeznaczeniu przyjąć każdy budynek do zabezpieczenia za miernemi premiami i tem samem dać sposobność i mniejszym właścicielom do zabezpieczenia swych budynków, które z drzewa i gliny pod pokryciem słomianem lub szkudlanem jako niebezpieczne ryzyka od innych towarzystw asekuracyjnych wykluczone by zostały.

Ilość pożarów, jakie towarzystwo w roku 1870 spotkały, wynosiła 638 (w roku 1869 = 673). Przez te pożary zgorzało 839 budynków do szczętu a 419 budynków częściowo, ogółem 1258 budynków. Co do rodzaju składały się takowe: z 494 domów mieszkalnych, 411 chlewów i remiz, 295 stodół i spichrzów, 26 wiatraków, 15 fabryk, 4 kuźni, 5 budynków przy cegielniach, 8 innych budynków. Te 1258 budynków należały do następujących klas do I. 30, II. 69, III. 15, IV. 195, V. 71, VI. 850, VII. 21, VIII. 7.

Z powyższych 638 pożarów powstało co do przyczyny: z niedbalstwa, udowodniono 15, domniemalnie 63, w skutek złośliwego podpalenia, udowodniono 7, domniemalnie 364, od piorunu 50, przez dzieci niżéj 7 lat 8, z innych przyczyn 38, niewyśledzonych 93.

Za te 1258 budynków zgorzałych przez powyższe 638 pożarów ustanowiono sumę wynagrodzenia 364,376 tal. 9 sgr. 3 fen., prócz tego udzielono:

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| za niezabezpieczone budynki i przedmioty, które celem gaszenia palących się zabezpieczonych budynków uszkodzeniu uledz musiały ........ | 749 | 16 | — |
| premie sikawkom i kufom ogn. | 9701 | 5 | — |
| premie za odznaczające się czyny przy gaszeniu i t. d. .... | 668 | — | — |
| koszta reparacyi uszkodzonych sprzętów do gaszenia .... | 277 | 4 | — |
| koszta podróży i należytości urzę- | | | |

| | | | |
|---|---|---|---|
| mit der Abschätzung der Brandschäden beauftragten Beamten u. Kommissionen .......... | 1876 | 18 | 9 |
| zusammen .. | 13,272 | 13 | 9 |
| hierzu obige Brandentschädigungen | 364,376 | 9 | 3 |
| Es betragen mithin die für das Jahr 1870 festgesetzten Brandentschädigungen und Nebenkosten zusammen .............. | 377,648 | 23 | — |
| Hierauf sind im Jahre 1870 bereits gezahlt .............. | 225,608 | 14 | 10 |
| und zu zahlen sind ult. 1870 noch verblieben die bereits oben erwähnten .......... | 152,040 | 8 | 2 |

Die Societät besteht seit dem Jahre 1803 und erhielt im Jahre 1836 ein neues Reglement, durch welches die bis dahin für die Städte und das platte Land gesondert bestehenden Societäten in eine gemeinschaftliche Provinzial-Feuer-Societät verschmolzen wurden, welche ihre Geschäfte mit dem 1. Januar 1837 begann.

Seit dem letzteren Zeitpunkte sind bis ult. 1870 in 18,971 Brandfällen für 57,881 Gebäude an Brandentschädigungen und Nebenkosten 10,519,119 Thlr. 13 Sgr. 5 Pf. bewilligt worden.

Posen, den 8. Mai 1871.

Provinzial-Feuer-Societäts-Direction.

| | tal. | sgr. | fen. |
|---|---|---|---|
| dnikom i komisyom upoważnionym do otaksowania szkód ogn. | 1876 | 18 | 9 |
| ogółem .. | 13,272 | 13 | 9 |
| do tego powyższe wynagodzenia ogniowe .......... | 364,376 | 9 | 3 |
| zatem ustanowione wynagrodzenia ogniowe i koszta uboczne wynosiły w r. 1870 ogółem .. | 377,648 | 23 | — |
| na to wypłacono już w r. 1870 | 225,608 | 14 | 10 |
| i pozostało przy końcu r. 1870 jeszcze do wypłacenia wyżéj wspomniona suma ...... | 152,040 | 8 | 2 |

Towarzystwo istnieje od roku 1803 i otrzymało w roku 1836 nowy regulamin, którym istniejące aż do tego czasu osobne towarzystwo dla miast i wsi w jedno wspólne prowincyalne towarzystwo ogniowe połączone zostały, które swe czynności od 1. Stycznia 1837 rozpoczęło.

Od pomienionego czasu wypłacono aż do końca r. 1870 w 18,971 przypadkach ogniowych za 57,881 budynków 10,519,119 tal. 13 sgr. 5 fen. wynagrodzeń ogniowych i kosztów ubocznych.

Poznań, dnia 8. Maja 1871.

Prowincyalna dyrekcya towarzystwa ogniowego.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**384** Der bisherige Landbaumeister Garbe hierselbst ist von dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zum Königlichen Wasserbau-Inspektor ernannt und ihm die durch die Pensionirung des Bauraths Orthmann zum 1. Juli c. vacant werdende Wasserbau-Inspektor-Stelle hierselbst verliehen worden.

**385** Der Apotheker Ernst Ludwig Eduard Wilm hat die Webel'sche Apotheke in Schneidemühl durch Kauf erworben.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**386** Die seither an der hiesigen städtischen Realschule provisorisch beschäftigten Lehrer Dr. Hermann Warschauer und Dr. Andreas Meyer sind als ordentliche Lehrer an derselben angestellt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

**387** An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns, Gutspächters Brauer ist der Lehrer Johann Etter in Juncewo für den Bezirk Parys, Kreis Wongrowitz, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Reetz in Damaslaw bestellt worden.

Dla okręgu Paryskiego, w powiecie Wągrowieckim, został w miejsce rozjemcy, dzierżawcy dóbr Brauera nauczyciel Jan Etter z Juncewa na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest rozjemca Retz w Damasławiu.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 22.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 23. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 9. Juni 1871. Bydgoszcz, dnia 9. Czerwca 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

388 Das 20. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 637. Gesetz, betreffend eine anderweitige Feststellung der Matrikularbeiträge zur Deckung der Gesammtausgaben für das Jahr 1869. Vom 5. Mai 1871.

Nr. 638. Dem Kaufmann August Eckmann zu Kiel ist das Exequatur als Königlich Niederländischer Consul daselbst ertheilt worden.

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 20. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 637. Prawo, tyczące się inakszego ustanowienia składek matrykularnych ku pokryciu ogólnych rozchodów za rok 1869. Z 5. Maja 1871.

No. 638. Kupcowi Augustowi Eckmann w Kilonii udzielono Exeqnatur na Królewsko-Niederlandzkiego konsula tamże.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

389 Mit Bezug auf unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 11. Juni v. J. (abgedruckt in Nr. 25 des Amtsblatts pro 1870 pag. 188 sub Nr. 444), deren Bestimmungen genau zu beachten sind, machen wir hiermit bekannt, daß in der **Königl. Central-Turn-Anstalt zu Berlin** zu Anfang October d. J. wiederum **ein sechsmonatlicher Cursus für Civil-Eleven** beginnen wird.

Für die Aufnahme behält es bei den früheren Bestimmungen mit der Maßgabe sein Bewenden, daß für den Unterhalt eines Eleven in Berlin von jetzt ab mindestens 35 Thlr. monatlich als erforderlich anzusehen sind. Auch erinnern wir noch besonders an die Bestimmung des Ministerial-Erlasses vom 30. Mai 1870, wonach der Körperzustand und die Gesundheit des Bewerbers durch ein gehörig motivirtes ärztliches Zeugniß nachzuweisen sind.

Diejenigen Lehrer unseres Departements, welche an dem nächsten Turn-Cursus in Berlin theilzunehmen wünschen, haben sich durch Vermittelung der Herren Kreis-Schulinspectoren **bis zum 15. Juli c.** spätestens bei uns zu melden. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Der Meldung sind die vorgeschriebenen Atteste und Nachweisungen beizufügen und zugleich durch Attest des betreffenden Schul-Inspectors nachzuweisen, in welcher Weise die Vertretung des Lehrers während des sechsmonatlichen Cursus vom 1. October c. bis Ostern fut. bewirkt werden wird.

Bromberg, den 24. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

390 **Bekanntmachung.**

In einigen Orten des diesseitigen Regierungsbezirks sind die Pocken in einer zur Vorsicht mahnenden Weise aufgetreten.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die Bestimmungen des § 44 und folgende der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 8. August 1835 und diejenigen unserer Amtsblatts-Bekanntmachung vom 8. Mai 1833 (Beilage zu Nr. 21 des Amtsblatts pro 1833) auszugsweise in Erinnerung zu bringen.

Hiernach ist:

1) jeder Fall von Erkrankungen an den Pocken Seitens der betreffenden Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, sowie Medizinal-Personen der zuständigen Polizei-Behörde ungesäumt schriftlich oder mündlich anzuzeigen,
2) der einzelne Pockenkranke in seiner Wohnung möglichst zu isoliren und die betreffende Woh-

**Obwieszczenie.**

W niektórych miejscach departamentu tutejszego pokazała się ospa w sposób, zalecający ostrożność.

Widzimy się dla tego spowodowani przypomnieć w wyciągu postanowienia § 44 i następ. Najwyższego rozkazu gabinetowego z dnia 8. Sierpnia 1835, nie mniéj i te naszego obwieszczenia, w dzienniku urzędowym umieszczonego z dnia 8. Maja 1833 (dodatek do No. 21 dziennik urzędowy za rok 1833).

Stósownie więc do tego:

1) winni właściwi ojcowie rodzin, gospodarze domów i oberzyści, jako też medycy niezwłocznie donieść przynależnéj władzy policyjnéj piśmiennie lub ustnie o każdym przypadku choroby na ospę,
2) należy pojedyńczego chorego na ospę w swem mieszkaniu ile możności odosobnić

nung mittelst einer Tafel zu bezeichnen event. in der von der Pockenkrankheit befallenen Ortschaft ein Pockenhaus zu errichten,

3) die Wohnung und Bekleidung im Falle der Genesung des von den Pocken befallen gewesenen resp. im Todesfalle desselben zu desinficiren,

4) jede unnöthige Berührung der Leiche 2c. zu vermeiden, dieselbe daher mit den Kleidern, in welchem der Kranke gestorben ist, in einen Sarg mit verpichten Fugen zu legen, nicht zur Schau auszustellen, im Sterbezimmer zu belassen, in der Zeit zwischen 7 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens ohne fremde Begleitung zum Grabe zu bringen und womöglich zu fahren, der betreffende Sarg nicht in Gewölben beizusetzen, vielmehr mindestens sechs Fuß tief zu vergraben und

5) den Kindern aus dem Pockenhause der Schulbesuch untersagt.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, insofern in den beiden obengedachten Verordnungen nicht speziell Strafen angedroht sind, nach § 327 des Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 (Bundes-Gesetz-Blatt pro 1870 Seite 327), nach welchem derjenige, der die Absperrungs- oder Aufsichts-Maaßregeln, welche von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Einfahrens oder Vertreibens einer ansteckenden Krankheit angeordnet worden sind, wissentlich verletzt, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren und wenn in Folge dieser Verletzung ein Mensch von der ansteckenden Krankheit ergriffen worden, mit Gefängniß von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft wird, geahndet werden.

Bromberg, den 30. Mai 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

i takowe mieszkanie oznaczyć tablicą, ev. wystawić w miejscu, w którem ospa panuje, dom dla chorujących na ospę,

3) przedsięwziąść desinfekcyą mieszkania i odzieży gdy złożony chorobą na ospę powrócił do zdrowia lub umarł,

4) chronić się niepotrzebnego dotykania trupa i t. d., włożyć go zatem z odzieżą, w któréj chory umarł, do trumny, któréj fugi zalane są pakiem, nie wystawiać ciała dla oglądania, pozostawić je w pokoju śmiertelnym, pochować w czasie pomiędzy godziną 7 wieczorem a 6 rano bez obcego konduktu, najlepiéj wywiózłszy je, nie wstawiać takiéj trumny do grobowca, zakopać ją raczéj przynajmniéj sześć stóp głęboko, i

5) zakazuje się dzieciom z domu, gdzie panuje ospa, chodzić do szkoły.

Za przestąpienie tych postanowień karać się będzie, gdyby w obu powyższych rozporządzeniach nie były szczegółowo zagrożone kary, według § 327 kodexu karnego dla związku północno-niemieckiego z dnia 31. Maja 1870 (dziennik praw związkowych za rok 1870, strona 327), w myśl którego karanym będzie ten, co środki odosobnienia lub nadzoru, rozporządzone przez właściwą władzę dla zapobieżenia sprowadzenia i rozszerzenia choroby zaraźliwéj z wiedzą pogwałca, więzieniem do dwóch lat a jeśli w skutek tego pogwałcenia człowiek zapadł na chorobę zaraźliwą, więzieniem do trzech lat.

Bydgoszcz, dnia 30. Maja 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**391** Nachdem des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 20. Februar d. J. den sechsten Nachtrag zu dem Verzeichniß derjenigen Straßen, auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838 wegen der Communikations-Abgaben Anwendung findet, genehmigt haben, wird derselbe in Gemäßheit des § 1 der gedachten Verordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 2. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Sechster Nachtrag

zu dem Verzeichnisse derjenigen Straßen, auf welche die Verordnung vom 16. Januar 1838 wegen der Communications-Abgaben Anwendung findet.

4f. von Gollnow über Wollin, Ostwine bis an den Swinestrom,
4g. „ Carthaus über Sierakowitz, an Damerkow vorbei, über Lupow bis zur Stolp-Danziger Straße bei Neu-Damerow,
16b. „ Lyck über Prostken bis zur polnischen Grenze,
16c. „ Marggrabowa über Gr. Czymochen bis zur polnischen Grenze,
24c. „ Gorzyn über Birnbaum und Zirke nach Wronke,
24d. „ der Fraustadter Kreisgrenze über Wollstein, Bentschen, Dürrlettel, Meseritz und Schwerin nach Landsberg,
24e. „ Meseritz über Paradies nach Schwiebus,
24f. „ Pinne über Neustadt, Tirschtiegel, Braetz bis zur Bezirksgrenze auf Schwiebus,
24g. „ Rogasen über Obornik bis zur Kreisgrenze auf Samter,
24h. „ Posen nach Obornik,

24i. von Wreschen über Miloslaw bis zur Neustadt-Schrobaer Straße bei Murzynowo borowe,
30k. „ Kozmin über Dobrzyce und Pleschen bis zur polnischen Grenze bei Boguslaw,
30l. „ dem Bahnhofe Czempin über Schrimm, Xions, Neustadt bis zur Kreisgrenze auf Jerkow,
30m. „ Pleschen über Marszew, Czermin, Pieruszyce, Grab, Robakow bis zur polnischen Grenze,
30n. „ Kozmin über Potarzyce, Roskow, Parzenczew, Zalesie, Panienka, Skoraczew und Chromiec nach Xions,
30o. „ Schildberg über Kempen bis zur Bezirksgrenze bei Kostau,
30p. „ Dolzig über Gostyn und Kröben nach Sarne,
30q. „ Schrimm über Santomysl nach Schroda,
31d. „ Trachenberg über Militsch, Sulmierczyce und Adelnau nach Ostrowo,
32b. „ Stenszewo über Grätz, Rackwitz, Wollstein und Unruhstadt nach Züllichau,
32c. „ Lissa über Storchnest und Kriewen nach Jerka zum Anschluß an die Kosten-Dolziger Straße,
32d. „ Kempen über Podzamcze bis zur polnischen Grenze,
158d. Broelstraße. Von Warth über Allner durch das Broelthal über Ruppichteroth nach Waldbroel,
160b. Zeithstraße. Von Siegburg über Hochhausen, Zeith, Much und Drabenderhöhe nach Hardt an der Cöln-Olper Straße.

**392** Bekanntmachung.

Wiederbesetzung des Kreis-Physikats in Gnesen.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 200 Thlr. verbundene Physikatsstelle des Kreises Gnesen ist erledigt. Qualifizirte Bewerber um die Vakanz haben sich unter Beibringung ihrer Zeugnisse bei uns in 6 Wochen zu melden.

Bromberg, den 22. Mai 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**393** Bekanntmachung.

Auf Grund des § 18 des Gesetzes vom 21. Juli v. J. hat der Herr Reichskanzler die Auflösung der hiesigen Darlehnskasse verfügt. Neue Darlehne werden daher nicht mehr bewilligt und Prolongationen nur in ganz ausnahmsweisen Fällen zugelassen.

Diejenigen Darlehnsgeschäfte, welche bis zum 15. Juli c. in dem bisherigen Amtslokale nicht zur Abwickelung gelangen, werden demnächst von dem Königl. Bank-Comtoir hierselbst zur vollständigen Regelung übernommen.

Posen, den 5. Juni 1871. Die Darlehns-Kasse des Norddeutschen Bundes.

**394** Bekanntmachung,

betreffend die Correspondenz nach Orten ohne Postanstalt.

Vom 1. März c. ab ist den Correspondenten, welche ihren Wohnsitz in Orten ohne Postanstalt haben, allgemein gestattet, ihre Postsendungen auch von solchen Postanstalten abholen zu lassen, deren Landbestellbezirk den betreffenden ländlichen Ort nicht einschließt.

In Folge dieser, aus den Kreisen des betheiligten Publikums wiederholt beantragten Verkehrserleichterung muß die Spedition der Postsendungen nach Orten, an welchen Postanstalten sich nicht befinden, nach Maßgabe der von dem Absender auf der Adresse bezeichneten Distributions-Postanstalt bewirkt werden. Durch die unrichtige Bezeichnung dieser Postanstalt oder das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können leicht Verzögerungen in der Ueberkunft der Postsendungen herbeigeführt werden.

Es ist daher im eigenen Interesse der Correspondenten nothwendig, daß die Absender von Postsendungen, welche nach Ortschaften ohne Postanstalt gerichtet sind, auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungsorte thunlichst noch diejenige Postanstalt angeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt wird, beziehungsweise die Abholung erfolgt.

Zur Förderung dieses Zweckes wird es beitragen, wenn Correspondenten, an deren Wohnort sich eine Postanstalt nicht befindet, diejenigen Personen, mit welchen sie im Briefwechsel stehen, auf das gedachte Erforderniß aufmerksam machen und denselben mittheilen, durch Vermittelung welcher Postanstalt sie ihre Postsachen beziehen.

Insbesondere wird es sich auch empfehlen, wenn die auf dem Lande wohnenden Correspondenten möglichst allgemein dem theilweise bereits bestehenden Gebrauche folgen, in den von ihnen abzusendenden Briefen bei der Orts- und Datumsangabe den Namen des Postorts hinzuzufügen, durch welchen sie ihre Postsachen empfangen.

Berlin, den 8. Februar 1871. General-Postamt. Stephan.

**395** Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buch-

staben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich, die vollständig Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete **per Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr herausgestellt, wo ohne das Hülfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte ꝛc. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma ꝛc. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwandeinlage, oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**396** Bekanntmachung.

Brandunfall in St. Denis.

In der Nacht vom 12. zum 13. Mai ist in dem Dienstlocale einer Feldpostanstalt zu St. Denis eine Postladung, bestehend aus mehreren Packeten und Briefsäcken, welche Correspondenz und Geldsendungen von den Postsammelstellen zu Berlin, Cassel, Cöln, Frankfurt a./M., Leipzig und Saarbrücken für die in St. Denis und Umgegend cantonnirenden Deutschen Truppen, insbesondere für die Erste Garde-Infanterie-Division, für die Achte Infanterie-Division, für das Garde-Husaren-Regiment und für die Erste Fuß-Abtheilung des Garde-Feld-Artillerie-Regiments, enthalten haben, auf bisher nicht ermittelte Weise — wahrscheinlich in Folge von Selbstentzündung — in Brand gerathen. Es ist dabei ein Theil der Sendungen, sowie der Geldbeträge beschädigt worden oder verbrannt. Das Publicum wird hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die Ober-Postdirection in Berlin beauftragt worden ist, Reclamationen wegen der beschädigten Sendungen entgegenzunehmen und erforderlichenfalls für den Verlust den gesetzlichen Schadenersatz zu gewähren.

Berlin, den 19. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**397** Bekanntmachung.

Postpäckereidienst für die Armee.

Nach Lage der Verhältnisse können gegenwärtig Privatpäckereien für nachbezeichnete Truppenkörper zur Postbeförderung zugelassen werden:

für das 1., 2., 3., 4., 6., 8., 9., 10., 11., 12. und 15. Armee-Corps, für die 25. (Großherzoglich Hessische) Infanterie-Division, sowie für die 1., 2., 6. und 12. Cavallerie-Division.

Dagegen ist die Absendung von Privatpäckereien nicht statthaft für

das Garde-Corps, das 5. und 7. Armee-Corps, für die 17. Infanterie-Division, sowie für die 3., 4. und 5. Cavallerie-Division.

Berlin, den 26. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**398** Bekanntmachung,

Einlieferung von Geldsendungen an die aus Frankreich zurückkehrenden Truppen betreffend.

Da die Heimkehr des Garde-Corps, des 5. und 7. Armee-Corps, der 17. Infanterie-Division, der 3., 4. und 5. Cavallerie-Division bevorsteht, und die Möglichkeit regelmäßiger Auslieferung von Postsendungen an die Truppen, während dieselben sich auf dem Marsche befinden, sehr beschränkt ist, so empfiehlt es sich, die Absendung, besonders von Geldbriefen, an Offiziere und Mannschaften der vorerwähnten Truppenverbände so lange auszusetzen, bis dieselben wieder nach ihren Friedensorten zurückgekehrt sind. Das Publikum wird ersucht, bis dahin von der Einlieferung von Geldbriefen Abstand zu nehmen.

Berlin, den 28. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**399** Bekanntmachung.

Postpäckereidienst für die Armee.

Privatpäckereien für die 1., die 2. und die 6. Cavallerie-Division, sowie für das 9. Armee-Corps, (einschließlich der 25. [Großherzoglich Hessischen] Infanterie-Division, des 1. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 31 und des Schleswig-Holsteinschen Füsilier-Regiments Nr. 86) müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 2., 3., 4., 6., 8., 10., 11., 12. und 15. Armee-Corps, sowie für die 12. Cavallerie-Division.

Die Beförderung von Privatpäckereien für die Truppen des 2. und 10. Armee-Corps, welche andere Quartiere beziehen, wird voraussichtlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage eine längere Zeit, als gewöhnlich in Anspruch nehmen.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt, von der Versendung solcher Gegenstände, welche leicht dem Verderben ausgesetzt sind, z. B. Butter, Fleisch und dergleichen, in Feldpostpacketen möglichst Abstand zu nehmen, da dergleichen Sachen bei der jetzigen Jahreszeit meistens unbrauchbar werden, bevor sie ihren Bestimmungsort erreichen.

Berlin, den 30. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**400** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für die 23. Infanterie-Division, die Corps-Artillerie des 12. Armee-Corps und die 12. Cavallerie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 2., 3., 4., 6., 8., 10., 11. und 15. Armee-Corps, sowie für die 24. Infanterie-Division.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 28. Mai, von der Absendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den vorbezeichneten Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonort zurückgekehrt sind.

Berlin, den 31. Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**401** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für das 3. Armee-Corps (mit Ausnahme der 6. Infanterie-Division), für das 8. Armee-Corps und für das 11. Armee-Corps (mit Ausnahme der 22. Infanterie-Division) müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 2., 4., 6., 10., und 15. Armee-Corps, für die 6., 22. und 24. Infanterie-Division.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 28. und 31. Mai, von der Absendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den zuletzt bezeichneten Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonort zurückgekehrt sind.

Berlin, den 2. Juni 1871. General-Postamt. J. V.: **Wiebe.**

**402** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für das 6. Armee-Corps (mit Ausnahme der 11. Infanterie-Division) müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 2., 4., 10. und 15. Armee-Corps, für die 6., 11., 22. und 24. Infanterie-Division.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 28., 31. Mai und 2. Juni, auch von der Absendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den zuletzt bezeichneten Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonort zurückgekehrt sind.

Berlin, den 3. Juni 1871. General-Postamt. J. V.: **Wiebe.**

**403** Bekanntmachung.

In Folge Einrichtung vermehrter Züge auf der neuen Eisenbahnstrecke zwischen Schneidemühl und Flatow sind vom 1. Mai cr. ab

a. aufgehoben:

die Personenpost zwischen Schneidemühl und Neustettin, die Personenpost zwischen Bialosliwe und Flatow, die Personenpost zwischen Flatow und Jastrow und die Botenpost von Krojanke nach Wissek;

b. neu eingerichtet:

1) eine tägliche Personenpost zwischen Flatow und Neustettin, welche im Anschluß an den ersten Zug

aus und den zweiten Zug nach Schneidemühl (Anschluß an Personenzüge der Ostbahn in der Richtung nach und von Berlin) aus Flatow $9_{40}$ Vorm., aus Neustettin $1_{10}$ Nachm. abgefertigt wird;

2) eine tägliche Kariolpost zwischen Bialoslime und Wissek, aus Bialoslime 11½ Uhr Vorm., aus Wissek 7 Uhr Abends;

c. im Gange verändert:

1) die Flatow-Vandsburger Personenpost, mit den Anschlüssen in Flatow wie ad b 1, in Vandsburg an die (Tages-) Personenpost Conitz-Nakel, aus Flatow 9 Uhr Vorm., aus Vandsburg 3½ Uhr Nachm.;

2) die Kujan-Pr.-Friedlander Personenpost, im Zusammenhange mit der Post ad c. 1, aus Kujan $10_{20}$ Vorm., aus Pr.-Friedland $3_{5}$ Nachm.;

3) die Bialoslime-Wisseker Botenpost, aus Bialoslime $5_{5}$ früh, aus Wissek $1_{15}$ Nachm.

Vom 1. Juni c. ab werden, gegen Aufhebung der Flatow-Osieker Personenpost, getrennte Personenposten zwischen Lobsens einer-, Flatow und Osiek andererseits eingerichtet.

Die neuen Posten werden coursiren

a. Flatow-Lobsens:

Aus Flatow 10 Uhr Vorm., in Lobsens $12_{55}$ Nachm.; aus Lobsens $4_{20}$ Nachm., in Flatow $7_{25}$ Abends,

b. Lobsens-Osiek (II. Post):

Aus Lobsens $1_{15}$ Nachm., in Osiek $3_{25}$ Nachm., aus Osiek $9_{30}$ Abends, in Lobsens $11_{40}$ Abends.

Posen, den 25. Mai 1871. Ober-Post-Direction.

**404** Bekanntmachung.

Vom 1. Juni c. ab werden im Preußisch-Polnischen Verband-Güter-Verkehre die Artikel: „Mehl, Graupe, Gries, Grütze und andere Mühlenfabrikate" zu den Frachtsätzen der ermäßigten Klasse II. B. befördert. Der bisherige Specialtarif II. für diese Frachtgegenstände wird von diesem Tage an aufgehoben.

Bromberg, den 30. Mai 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**405** Bekanntmachung.

Vom 15. Juli d. J. ab tritt für den Transport von Salz aller Art bei Auflieferung in Quantitäten von je 200 Ctr. oder in größeren durch 200 theilbaren Quantitäten, so wie in Quantitäten von mindestens 100 Centnern auf einen Frachtbrief im Verkehr von den Stationen Schönebeck und Staßfurt nach den Stationen der Ostbahn ein neuer Tarif mit directen Frachtsätzen in Kraft. Von diesem Tage ab wird der bisherige gemeinschaftliche Salztarif vom 1. August 1869 aufgehoben.

Bromberg, den 3. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**406** Bekanntmachung.

Es ist uns die Nummernliste der polnischen Pfandbriefe zugegangen:

a) welche am 20. und 22. März, (1. und 3. April) 1871 in öffentlicher Sitzung verloost worden sind und welche im ersten Semester 1871 ausgelöst werden,

b) derjenigen Pfandbriefe und Coupons, an deren Statt bis zum 20. März (1. April) 1871 Duplicate ausgestellt worden sind,

c) der Pfandbriefe und Coupons, welche bis zum 20. März (1. April 1871) quästionirt worden und an deren Statt Duplikate gefordert worden sind.

Diese Liste kann von den dabei Betheiligten während der Dienststunden in unserem ersten Bureau eingesehen werden.

Bromberg, den 30. Mai 1871.

Königl. Appellations-Gericht.

Obwieszczenie.

Nadesłany nam wykaz numerów Polskich Listów Zastawnych:

a) w dniu 20. i 22. Marca (1. i 3. Kwietnia) 1871, na publicznem posiedzeniu wylosowanych, a które w pierwszem półroczu 1871 zapłacone być mają,

b) tych Listów Zastawnych i kuponów w miejsce których do 20. Marca (1. Kwietnia) 1871 duplikaty wydane zostały,

c) Listów Zastawnych i kuponów zakwestjonowanych, do dnia 20. Marca (1. Kwietnia) r. b., w miejsce których duplikaty są żądane,

przejrzeć może publiczność w tem interesowana, w godzinach służbowych w pierwszem biórze naszem.

Bydgoszcz, dnia 30. Maja 1871.

Królewski sąd apelacyjny.

**407** Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei dem hiesigen Königlichen Appellations-Gericht und den demselben untergeordneten Kreis-Gerichten und Gerichts-Commissionen während der Erntezeit auf sechs Wochen vom **21. Juli** bis zum **1. September d. J.** Ferien Statt finden.

Während der Ferien ruhet der Betrieb aller nicht

Obwieszczenie.

Podaje się niniejszem do wiadomości publicznéj, że ferye sądowe przy tutejszym sądzie apelacyjnym i przy zostających pod jego zwierzchnictwem sądach powiatowych i komisyach sądowych, z dniem **21. Lipca r. b.** się rozpoczynają a kończą się **1. Września r. b.**

Podczas feryi wszelkie działania urzędowe tak co do odbywania terminów jako też co do

schleunigen Rechtssachen sowohl in Betreff der Verhandlung, als der Aburtelung.

Die Parteien und Rechts-Anwälte haben sich daher während der Ferien in dergleichen Sachen aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Schleunige Gesuche müssen als solche begründet und als

„Ferien-Sachen"

bezeichnet werden.

Das Publicum wird aufgefordert, etwaige Anträge auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfen.

Bromberg, den 3. Juni 1871.

Königl. Appellations-Gericht.

wydania wyroków, wyjąwszy w sprawach pospiechu wymagających, są w zawieszeniu.

Strony i rzecznicy prawni powinni się zatem podczas feryi wstrzymać od czynienia wniosków i podań w podobnych sprawach.

Podania pospiechu wymagające powinne być należycie uzasadnione kładąc na ich czele oznaczenie

„sprawa feryalna."

Wzywamy publiczność aby się ze swemi wnioskami na sprawach pospiechu wymagających ograniczała.

Bydgoszcz, dnia 3. Czerwca 1871.

Król. sąd apelacyjny.

408 Ortspolizeiliche Verordnung.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-Samml. pro 1850 Nr. 3256) werden hierdurch die §§ 139, 140, 142, 143 und 144 Thl. I. Tit. 8 des Allgemeinen Landrechts, betreffend die Ausführung neuer Bauten an nachbarlicher Grenze, für die Stadt Gnesen dergestalt außer Kraft gesetzt, daß, insofern durch den einen Nachbar wider den andern aus speziellen Rechtstiteln besondere Berechtigungen nicht erworben sind (§ 145 Thl. I. Tit. 8 des A. L.-R.), der § 141 Thl. I. Tit. 8 des A. L.-R. für die Stadt Gnesen auch in dem Falle der §§ 139, 140, 142, 143 und 144 Thl. I. Tit 8 des A. L.-R. fortan maßgebend sein soll. Auch dürfen in einer unmittelbar an des Nachbars Hof oder Garten stoßenden Wand oder Mauer Oeffnungen und Fenster nicht angebracht werden.

Gnesen, den 20. Mai 1871. Der Magistrat.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

409 Dem kommissarischen Distrikts-Commissarius Klose in Bromberg ist für den seiner Verwaltung anvertrauten Polizei-Distrikt Bromberg auch die Funktion eines Polizei-Anwalts kommissarisch übertragen worden.

Komisaryjnemu komisarzowi obwodowemu Klose w Bydgoszczy powierzoną została komisaryjnie także funkcya prokuratora policyjnego w zawiadywanym przez niego obwodzie policyjnym Bydgoskim.

410 Der Förster Denecke ist vom 1. Juli c. von Uscz-Neudorf, Oberförsterei Podanin, nach Jasiniec, Oberförsterei Jagdschütz, versetzt worden.

411 Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Ristow ist vom 1. Juli c. ab, unter gleichzeitiger Ernennung zum Königlichen Förster, die Försterstelle zu Uscz-Neudorf der Oberförsterei Podanin verliehen worden.

412 Rudolph Hüller als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Theerofen im Kreise Czarnikau interimistisch angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

413 Der Lehrer Ehrig der Seminar-Uebungsschule zu Eisleben ist als ordentlicher Lehrer am Schullehrer-Seminar zu Bromberg angestellt.

414 Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro Mai 1871.

Ernannt: Der Post-Eleve Frauendienst beim Eisenbahn-Post-Amte Nr. XI. in Bromberg zum Post-Assistenten.

Bestätigt: Der ehemalige Lehrer Tomaszewski als Post-Expediteur in Rogowo.

Ausgeschieden: Der Post-Expedient Otto in Bromberg.

## Vermischte Nachrichten.

415 Wie mangelhaft vom Publikum immer noch die Briefe adressirt werden, dafür liefert die Thatsache von Neuem einen schlagenden Beweis, daß bei dem Postamte in Danzig in einem einzigen Monate in 837 Fällen von der Post die Mitwirkung der Polizeibehörde zur Ermittelung der Wohnung des Adressaten hat in Anspruch genommen werden müssen. Ein Polizeibeamter hatte im Durchschnitt 2 bis 3 Stunden auf diese Thätigkeit zu verwenden. Trotz aller Bemühungen muß aber im Deutschen Postbezirk noch immer eine beträchtliche Zahl von Briefen lediglich wegen der mangelhaften Adressirung als unbestellbar zurückgeschickt werden, im Jahre 1870 z. B. 431,254 Stück. Eine recht sorgfältige und genaue

Adressirung der Postsendungen kann daher nicht genug anempfohlen werden. In verschiedenen Schulen geben die Lehrer den Schülern Unterweisung im Anfertigen guter Adressen. Dies sollte verallgemeinert werden und auch bei der häuslichen Erziehung wäre der nicht unwichtige Gegenstand mehr zu beachten. In England geschieht das schon längst.

416 Dem Civil-Ingenieur Robert Gottheil zu Berlin ist unter dem 30. Mai d. J. ein Patent
auf eine Patrone zum Sprengen von Gestein in der durch Zeichnung und Modell nachgewiesenen Einrichtung
auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

417 Dem Civil-Ingenieur Joh. Carl Reinhard Jähns ist unter dem 27. Mai 1871 ein Patent
auf einen Flüssigkeitsmesser, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden ist,
auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 23.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 24.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 16. Juni 1871. — Bydgoszcz, dnia 16. Czerwca 1871.

### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**418** Das 21. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 639. Gesetz, betreffend die Deklaration des § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868 (Bundesgesetzbl. des Norddeutschen Bundes Seite 633). Vom 19. Mai 1871.

Nr. 640. Allerhöchster Erlaß vom 12. Mai 1871, betreffend die Abänderung der bisherigen Bezeichnung „Bundeskanzler-Amt" in „Reichskanzler-Amt."

Nr. 641. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 30,000,000 Thalern. Vom 22. Mai 1871.

### Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 21. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 639. Prawo, tyczące się deklaracyi § 1 prawa z 4. Lipca 1868. (Zbiór Praw dla Związku północno-niemieckiego str. 633). Z 19. Maja 1871.

No. 640. Najwyższe rozporządzenie z 12. Maja 1871, tyczące się zmiany dotychczasowego oznaczenia „Urząd Kanclerza związkowego" na „Urząd Kanclerza Państwa."

No. 641. Obwieszczenie, tyczące się wydania uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 30,000,000 tal. Z 22. Maja 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**419** Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben geruht, die Einberufung des Landtages der Provinz Posen auf den 20. d. M. zu befehlen und den unterzeichneten Ober-Präsidenten zu Allerhöchst Ihrem Kommissarius für den Landtag zu ernennen.

Die Eröffnung des Landtages wird hiernach an dem vorbezeichneten Tage, Vormittags 12 Uhr, in dem ständischen Sitzungssaale hierselbst stattfinden, nachdem an demselben Tage um 10 Uhr Vormittags ein Gottesdienst und zwar für die evangelischen Mitglieder in der Kirche St. Pauli, für die katholischen Mitglieder in der Pfarrkirche ad St. Mariam Magdalenam vorangegangen.

Dies bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Seine Majestät der König für den zusammentretenden Landtag den Königlichen Kammerherrn und Rittergutsbesitzer Herrn Grafen von der Schulenburg auf Schloß Filehne zum Provinzial-Landtags-Marschall und den Rittergutsbesitzer Herrn Grafen Poninski auf Schloß Wreschen zum Stellvertreter des Marschalls ernannt haben. Posen, den 10. Juni 1871.

Der Landtags-Kommissarius, Ober-Präsident.
(gez.) **Graf von Königsmarck.**

Obwieszczenie.

Jego Królewska Mość raczył rozkazać zwołanie sejmu prowincyi Poznańskiéj na dzień 20. b. m. i mianować podpisanego naczelnego prezesa Jegomości komisarzem sejmu.

Stósownie więc do tego nastąpi dnia powyższego o godzinie 12téj przed południem zagajenie sejmu w tutejszéj sali posiedzeń stanowych, po odbytem dnia tego samego nabożeństwie o godzinie 10téj przed południem i w prawdzie dla członków ewangielickich w kościele św. Pawła, dla katolickich zaś w kościele farnym św. Maryi Magdaleny.

Podając to niniejszem do powszechnéj wiadomości, nadmieniam, iż Jego Królewska Mość raczył na ten zbierający się sejm zamianować królewskiego szambelana i dziedzica dóbr rycerskich pana hrabiego von der Schulenburg na zamku Wielińskim, marszałkiem sejmu prowincyalnego a dziedzica dóbr rycerskich pana hrabiego Ponińskiego na zamku Wrzesińskim, marszałka zastępcą.

Poznań, dnia 10. Czerwca 1871.

Komisarz sejmu, Naczelny Prezes.
(podp.) **Hrabia Königsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**420** Bekanntmachung.

Die von unserer Hauptkasse ausgefertigten, von der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden

Obwieszczenie.

Nadesłane zostały właściwym urzędom rentów ekonomicznych zaświadczenia nam kupna

verificirten Bescheinigungen über die im Laufe des vierten Quartals 1870 zum Domainen-Veräußerungs-gelder-Fonds eingezahlten Kauf- und Ablösungsgelder sind, mit Ausschluß der Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen-Amortisations-Renten, den betreffenden Domainen-Rentämtern mit dem Auftrage zugefertigt worden, solche den Interessenten gegen Empfangnahme der Interimsbescheinigungen auszuhändigen oder auf den Antrag der Interessenten die Bescheinigungen an das zugehörige Gericht abzusenden.

Die Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen-Amortisations-Renten sind dagegen den betreffenden Kreiskassen zugegangen, welche sie in den Fällen der theilweisen Ablösung der auf dem bezüglichen Grundstücke haftenden Rente den Betheiligten, in den andern Fällen den betreffenden Gerichten mit dem Antrage übersenden werden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit im Hypothekenbuche kostenfrei zu löschen und demnächst die qu. Bescheinigungen den Interessenten auszuhändigen.

Das betheiligte Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Bromberg, den 2. Juni 1871.

Königl. Regierung,
Abth. für directe Steuern, Domainen und Forsten.

i skupu, wpłaconych w czwartym kwartale 1870 do funduszu z alienowanych posiadłości ekonomicznych przez kasę naszę główną wygotowane a przez królewski zarząd główny długów krajowych uwierzytelnione, wyjąwszy zaświadczenia na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne z tem poleceniem, aby oddawały takowe interesentom, odbierając od nich zaświadczenia tymczasowe, albo odsyłały na wniosek interesentów zaświadczenia sądowi przynależnemu.

Zaświadczenia zaś na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne odesłano odnośnym kasom powiatowym, które je w razach cząstkowego skupu renty ciążącej grunt dotyczący nadeślą interesentom, w innych razach właściwym sądom z wnioskiem o wymazanie z księgi wieczystej bezpłatnie uwagi względem obowiązku płacenia renty a następnie o wydanie interesentom zaświadczeń qu.

Publiczność interesowaną o tem się uwiadamia.

Bydgoszcz, dnia 2. Czerwca 1871.

Królewska Regencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

**421** Die Kreis-Wundarztstelle des Pr. Stargardter Kreises ist durch die Versetzung ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.

Geeignete Bewerber um diese Stelle fordern wir auf, ihre Meldungen unter Beifügung ihre Qualifications-Atteste binnen 6 Wochen bei uns einzureichen.

Danzig, den 5. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**422** Die Kreis-Thierarztstellen der Kreise Goldap und Ragnit, letztere mit dem Wohnsitze des Inhabers in dem, mit einer Apotheke versehenen Kirchorte Kraupischken, sind vacant. Mit beiden Stellen sind etatsmäßige Gehälter von je 200 Thlr. verbunden.

Qualificirte Bewerber werden aufgefordert, sich unter Einreichung ihrer Fähigkeitszeugnisse innerhalb 8 Wochen bei uns zu melden.

Gumbinnen, den 2. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**423** Bekanntmachung.

Die nach unserer Bekanntmachung vom 14. December 1866 dem Herrn Gerson Salomon Gerson in Chodziesen gestohlene Schuldverschreibung der Staatsprämien-Anleihe vom Jahre 1855, „Ser. 427 Nr. 42,627 über 100 Thlr." ist wieder zum Vorschein gekommen.

Berlin, den 7. Juni 1871. Königliche Kontrole der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme-Prüfung in dem Königlichen Seminar für Erzieherinnen und Lehrerinnen hierselbst findet am **Donnerstag den 3. August d. J.** statt.

Junge Mädchen, welche sich Behufs ihres Eintritts in die Anstalt dieser Prüfung unterziehen wollen, haben sich unter Einreichung:

1) eines Zeugnisses über sittliche Unbescholtenheit,
2) eines Schul-Abgangs-Zeugnisses,
3) eines Tauf- und Konfirmationsscheins,
4) eines Gesundheitsattestes, welches von dem betreffenden Kreisphysikus nach unserem Erlasse vom 7. Juli 1840 ausgestellt sein muß und,
5) eines in der Muttersprache abgefaßten Lebenslaufes,

persönlich oder schriftlich bei dem Director der Anstalt, Herrn Dr. Barth vorher zu melden.

Zur Aufnahme wird der Regel nach das zurückgelegte 17. Lebensjahr verlangt; junge Mädchen, denen

mehr als sechs Monate an diesem Alter fehlen, werden nicht angenommen. An Vorkenntnissen werden im Allgemeinen die Leistungen einer guten höheren Töchterschule gefordert, namentlich, in Religion: Kenntniß der biblischen Geschichte und des Katechismus; in der Deutschen Sprache: gefälliger und sprachrichtiger schriftlicher Gedankenausdruck; im Französischen: Kenntniß der Grammatik, besonders der unregelmäßigen Zeitwörter und fließendes Uebersetzen eines nicht gar zu schwierigen Französischen Autors; im Englischen: Uebung im Lesen und in den regelmäßigen Flexionen; im Rechnen: Kenntniß und Uebung in den vier Grundrechnungsarten mit ganzen und gebrochenen Zahlen: in der Geschichte: Bekanntschaft mit den bedeutendsten Personen, Ereignissen und Jahreszahlen; in der Geographie: Uebersicht der gesammten Erde und specielle Kenntniß der politischen Geographie von Deutschland. Mangel an Uebung im Klavierspiel schließt zwar nicht von der Aufnahme in das Seminar, wohl aber von der Theilnahme an dem Unterrichte im Klavierspiel der Anstalt aus. Für Wohnung und Beköstigung während ihres Aufenthalts in der Anstalt haben die Zöglinge, mit Ausnahme der in das Alumnat aufgenommenen, selbst zu sorgen.

Das Honorar für den Unterricht, welches für die Zeit des zweijährigen Cursus 96 Thlr. beträgt, kann denjenigen Zöglingen, welche ein Dürftigkeits-Attest beibringen, auf 60 Thlr. ermäßigt und unter der Bedingung auch gestundet werden, daß sie sich verpflichten, in den ersten beiden Jahren ihrer Entlassung jede von uns für annehmbar erachtete und ihnen überwiesene Stelle in der hiesigen Provinz anzunehmen und jenes Honorar in den ersten drei Jahren nach ihrer Entlassung in jährlichen Raten zu 20 Thlr. an die Kasse der Anstalt zu zahlen.

Posen, den 7. Juni 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**424** Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei dem hiesigen Königlichen Appellations-Gericht und den demselben untergeordneten Kreis-Gerichten und Gerichts-Commissionen während der Erntezeit auf sechs Wochen vom **21. Juli** bis zum **1. September d. J.** Ferien Statt finden.

Während der Ferien ruhet der Betrieb aller nicht schleunigen Rechtssachen sowohl in Betreff der Verhandlung, als der Aburtelung.

Die Parteien und Rechts-Anwälte haben sich daher während der Ferien in dergleichen Sachen aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Schleunige Gesuche müssen als solche begründet und als

**„Ferien-Sachen"**

bezeichnet werden.

Das Publicum wird aufgefordert, etwaige Anträge auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfen.

Bromberg, den 3. Juni 1871.

Königl. Appellations-Gericht.

Obwieszczenie.

Podaje się niniejszem do wiadomości publicznéj, że ferye sądowe przy tutejszym sądzie apelacyjnym i przy zostających pod jego zwierzchnictwem sądach powiatowych i komisyach sądowych, z dniem **21. Lipca r. b.** się rozpoczynają a kończą się **1. Września r. b.**

Podczas feryi wszelkie działania urzędowe tak co do odbywania terminów jako też co do wydania wyroków, wyjąwszy w sprawach pospiechu wymagających, są w zawieszeniu.

Strony i rzecznicy prawni powinni się zatem podczas feryi wstrzymać od czynienia wniosków i podań w podobnych sprawach.

Podania pospiechu wymagające powinne być należycie uzasadnione kładąc na ich czele oznaczenie

**„sprawa feryalna."**

Wzywamy publiczność aby się ze swemi wnioskami na sprawach pospiechu wymagających ograniczała.

Bydgoszcz, dnia 3. Czerwca 1871.

Król. sąd apelacyjny.

**425** Bergwerks-Verleihung.

**Im Namen des Königs!**

**Auf die am 8. Juli 1870 präsentirte Muthung wird dem Berginspector Hugo Brieger zu Marie-Grube bei Poln. Crone unter dem Namen**

**„Adelheid"**

**das Bergwerkseigenthum in dem Felde, welches auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a., b., c., d. und a. bezeichnet ist, einen Flächeninhalt von 499,620 Quadratlachtern hat und in den Gemeinden Poln. Crone, Althof, Stopka und Goscieradz, im Kreise Bromberg, Regierungsbezirk Bromberg, Oberbergamtsbezirk Breslau liegt, zur Gewinnung der in diesem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.**

**Breslau, den 20. Mai 1871.** Königl. Oberbergamt.

**Vorstehende Verleihungsurkunde wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der im § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslokale des Königlichen Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz zur Einsicht offen liegt.**

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Obrbergamt.

426 Bergwerks-Verleihung.

Im Namen des Königs!

Auf die am 6. Juli 1870 präsentirte Muthung wird dem Berginspector Hugo Brieger zu Marie-Grube bei Poln. Crone unter dem Namen

„Bertha"

das Bergwerkseigenthum in dem Felde, welches auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a., b., c., d. und a. bezeichnet ist, einen Flächeninhalt von 499,716 Quadratlachtern hat und in den Gemeinden Althof, Stopka und Goscieradz, im Kreise Bromberg, Regierungsbezirk Bromberg, Oberbergamtsbezirk Breslau, liegt, zur Gewinnung der in diesem Felde vorkommenden **Braunkohlen** hierdurch verliehen.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

Vorstehende Verleihungsurkunde wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der in § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslokale des Königlichen Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz, zur Einsicht offen liegt.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

427 Bergwerksverleihung.

Im Namen des Königs!

Auf die am 6. Juli 1870 präsentirte Muthung wird dem Berg-Inspector Hugo Brieger zu Marie-Grube bei Polnisch Crone unter dem Namen

„Helene"

das Bergwerkseigenthum in dem Felde, welches auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstagen a., b., c., d, und a, bezeichnet ist, einen Flächeninhalt von 500,000 Quadratlachtern hat und in den Gemeinden Althof, Polnisch Crone, Wiensowno und Neuhof, im Kreise Bromberg, Regierungsbezirke Bromberg, Oberbergamtsbezirke Breslau liegt, zur Gewinnung der in diesem Felde vorkommenden **Braunkohlen** hierdurch verliehen.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

Vorstehende Verleihungsurkunde wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der in § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslokale des Königl. Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz, zur Einsicht offen liegt.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

428 Bergwerksverleihung.

Im Namen des Königs!

Auf die am 6. Juli 1870 präsentirte Muthung wird dem Berginspector Hugo Brieger zu Marie-Grube bei Poln. Crone unter dem Namen

„Editha"

das Bergwerkseigenthum in dem Felde, welches auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a., b., c., d., e., f. und a. bezeichnet ist, einen Flächeninhalt von 499,684 Quadratlachtern hat und in der Gemeinde Althof, im Kreise Bromberg, Regierungsbezirk Bromberg, Oberbergamtsbezirk Breslau liegt, zur Gewinnung der in diesem Felde vorkommenden **Braunkohlen** hierdurch verliehen.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

Vorstehende Verleihungsurkunde wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der im in § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslocale des Königlichen Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz, zur Einsicht offen liegt.

Breslau, den 20. Mai 1871. Königl. Oberbergamt.

429 Bekanntmachung.

Der Artikel „Kienruß" wird im Ostbahn-Localverkehre fortan zur ermäßigten Klasse II. A. befördert.

Bromberg, den 2. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

430. Seine Majestät der Kaiser und König haben geruht, dem Landrentmeister, Amtsrath Rhenius, bei seinem Dienstaustritt, den Charakter als Geheimer Rechnungsrath allergnädigst zu verleihen.

Jego Cesarsko-Królewska Mość raczył landrentmaistrowi, amtsratowi Rhenius, przy tegoż wystąpieniu ze służby najmiłościwiéj nadać tytuł tajnego radzcy rachunkowości.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 24.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 25.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 23. Juni 1871.

Bydgoszcz, dnia 23. Czerwca 1871.


Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

431. Das 11. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7813. Allerhöchster Erlaß vom 12. April 1871, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes an den Kreis Lübbecke, Regierungsbezirk Minden, für die Kreischausseen von Oldendorf durch Getmold nach Destel und von Levern über Westrup nach Wehdem.

Nr. 7814. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Warendorfer Kreises im Betrage von 80,000 Thalern. Vom 17. April 1871.

Nr. 7815. Nachtrag zum Statut des Alt-Cöln-Peisterwitzer Deichverbandes vom 17. Mai 1856. Vom 24. April 1871.

Nr. 7816. Bestätigungs-Urkunde, betreffend eine Aenderung der Statuten der Cöln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Vom 8. Mai 1871.

Nr. 7817. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des revidirten Statuts der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin vom 14. März 1871. Vom 2. Mai 1871.

432. Das 12. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7818. Allerhöchster Erlaß vom 15. Mai 1871, betreffend die Allerhöchste Genehmigung 1. eines Nachtrages zu dem Statute des Neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen, 2. des ersten Nachtrages zu dem zweiten Regulative vom 5. November 1866 und 3. der revidirten Taxordnung, welche in die Stelle der Taxordnung vom 5. November 1866 (Gesetz-Samml. von 1866. S. 1141 ff.) tritt.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 11. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7813. Najwyższe rozporządzenie z 12. Kwietnia 1871, dotyczące nadania powiatowi Luebecke, w obwodzie regencyjnym Mindeńskim, prawa pobierania szosowego co do żwirówek powiatowych z Oldendorf na Getmold do Destel i z Levern na Westrup do Wehdem.

No. 7814. Przywiléj względem wygotowania na dzierżyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Warendorf w ilości 80,000 tal. Z 17. Kwietnia 1871.

No. 7815. Dodatek do Statutu Towarzystwa grobelnego Alt-Coeln-Peisterwitz z 17. Maja 1856. Z 24. Kwietnia 1871.

No. 7816. Dokument potwierdzenia, dotyczący modyfikacyi Statutów Towarzystwa kolei żelaznéj Kolońsko-Mindeńskiéj. Z 8. Maja 1871.

No. 7817. Obwieszczenie, tyczące się Najwyższego potwierdzenia przejrzanego Statutu korporacyi kupiectwa w Szczecinie z 14. Marca 1871. Z 2. Maja 1871.

Oddział 12. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7818. Najwyższe rozporządzenie z 15. Maja 1871, tyczące się najwyższéj sankcyi 1) Dodatku do Statutu Nowego Towarzystwa kredytowego ziemskiego dla Prowincyi Poznańskiéj, 2) pierwszego Dodatku do drugiego Regulaminu z 5. Listopada 1866 i 3) przejrzanego Regulaminu taksacyjnego, wstępującego w miejsce Regulaminu taksacyjnego z 5. Listopada 1866. (Zb. Pr. z r. 1866 str. 1141 i nast.).

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

433. Bekanntmachung.

Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der Staatsschuldscheine, der Staatsanleihen von 1856, 1859, 1867 (C.) und 1868 (A.) sowie der Neumärkischen Schuldverschreibungen können bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße 94 unten links, schon vom 20. d. Mts. ab täglich, mit Ausnahme

Obwieszczenie.

Oddając właściwe kupony odbierać można przy kasie umarzającéj długi krajowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94 na dole po lewéj ręce procenta płatne dnia 1. Lipca r. b. od obligów rządowych, pożyczek krajowych z r. 1856, 1859, 1867 (C.) i 1868 (A.), jako też od obli-

der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags gegen Ablieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden.

Von den Regierungs-Hauptkassen, den Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg und der Kreiskasse zu Frankfurt a. M. werden diese Coupons vom 20. d. Mts. ab, mit Ausnahme der obenbezeichneten Tage, eingelöst werden.

Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen und Appoints geordnet und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgerechnetes, unterschriebenes und mit Wohnungsangabe versehenes Verzeichniß beigefügt sein.

Gleichzeitig findet bei der Staatsschulden-Tilgungskasse die Einlösung der durch unsere Bekanntmachung vom 10. Dezember v. J. zum 1. Juli d. J. gekündigten Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Staats-Anleihe von 1859 statt.

Die Schuldverschreibungen der Art können ebenfalls bei den übrigen oben genannten Kassen vom 20. d. Mts. ab eingereicht werden, von denen sie vorschriftsmäßig vor der Auszahlung zunächst der Staatsschuldentilgungskasse zur Feststellung übersandt werden müssen.

Berlin, den 9. Juni 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

gów Nowomarchijskich już od 20. b. m. co dzień od godziny 9tej przed południem do 1széj z południa, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu i kasa powiatowa w Frankfurcie n./M. zamieniać będą te kupony od 20. b. m. z wyjątkiem dni powyższych.

Kupony podług pojedyńczych gatunków długu i oddziałów powinny być ułożone i powinien im być dołączony wykaz zrachowany i z wyłuszczeniem mieszkania podpisany, liczbę sztuk i kwotę rozmaitych tych oddziałów zawierający.

Jednocześnie zamieniać się będzie przy kasie umarzającéj długi krajowe obligi pożyczki krajowéj pięcioprocentowéj z roku 1859 obwieszczeniem naszem z dnia 10. Grudnia r. z. na 1. Lipca r. b. spowiedziane.

Tego rodzaju obligi wręczać można także u reszty kas powyż wyrażonych od 20. b. m., które stósownie do przepisów przesłać je muszą przed wypłatą najprzód kasie umarzającéj długi krajowe dla ustanowienia.

Berlin, dnia 9. Czerwca 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

434 **Bekanntmachung.**

Die von unserer Hauptkasse ausgefertigten, von der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden verificirten Bescheinigungen über die im Laufe des ersten Quartals 1871 zum Domainen-Veräußerungsgelder-Fonds eingezahlten Kauf- und Ablösungsgelder sind, mit Ausschluß der Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen-Amortisations-Renten, den betreffenden Domainen-Rentämtern mit dem Auftrage zugefertigt worden, solche den Interessenten gegen Empfangnahme der Interimsbescheinigungen auszuhändigen, oder auf den Antrag der Interessenten die Bescheinigungen an das zugehörige Gericht abzusenden.

Die Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen-Amortisations-Renten sind dagegen den betreffenden Kreiskassen zugegangen, welche sie in den Fällen der theilweisen Ablösung der auf dem bezüglichen Grundstücke haftenden Rente den Betheiligten, in den andern Fällen den betreffenden Gerichten mit dem Antrage übersenden werden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit im Hypothekenbuche kostenfrei zu löschen und demnächst die qu. Bescheinigungen den Interessenten auszuhändigen.

Das betheiligte Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Bromberg, den 9. Juni 1871.

Königl. Regierung,
Abth. für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**Obwieszczenie.**

Nadesłane zostały właściwym urzędom rentów ekonomicznych zaświadczenia sum kupna i skupu, wpłaconych w 1szym kwartale 1871 do funduszu z alienowanych posiadłości ekonomicznych przez kasę naszę główną wygotowane a przez królewski zarząd główny długów krajowych uwierzytelnione, wyjąwszy zaświadczenia na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne z tem poleceniem, aby oddawały takowe interesentom, odbierając od nich zaświadczenia tymczasowe, albo odsyłały na wniosek interesentów zaświadczenia sądowi przynależnemu.

Zaświadczenia zaś na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne odesłano odnośnym kasom powiatowym, które je w razach cząstkowego skupu renty ciążącéj grunt dotyczący nadeślą interesentom, w innych razach właściwym sądom z wnioskiem o wymazanie z księgi wieczystéj bezpłatnie uwagi względem obowiązku płacenia renty a następnie o wydanie interesentom zaświadczeń qu.

Publiczność interesowana o tem się uwiadamia.

Bydgoszcz, dnia 9. Czerwca 1871.

Królewska Regencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

425. **Bekanntmachung**

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie IV. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen fünfprozentigen Staatsanleihe vom Jahre 1859 und Serie IX. zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen.

Die Zins-Coupons zu den Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Staatsanleihe v. J. 1859 und zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen für die vier Jahre vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1875 nebst Talons werden vom 19. d. M. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 93 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrole persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

**In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.**

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen resp. der Königl. Finanzdirection zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrole der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 3. Juni 1871.

**Hauptverwaltung der Staatsschulden.**

**Obwieszczenie,**

względem wydania nowych kuponów procentowych seryi IV. do obligów pożyczki pięcio-procentowéj państwa Pruskiego z roku 1859 i seryi IX. do obligów Nowomarchijskich.

Od 19. b. m. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 93 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj pięcioprocentowéj z roku 1859 i do obligów Nowomarchijskich za te cztery lata od 1. Lipca 1871 do 30. Czerwca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych obu gatunków długu z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójnie zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz, w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

**W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.**

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku długu. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye resp. przez Królewską dyrekcyą finansów w Hanowerze, w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły. W tym to razie należy przesłać dokumenta właściwe kontroli papierów krajowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 3. Czerwca 1871.

**Zarząd główny długów rządowych.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 12. Juni 1871.

Königliche Regierung.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 12. Czerwca 1871.

Królewska Regencya.

**436** In Gemäßheit des § 11 des Statuts vom 11. April 1859 für die Genossenschaft zur Melioration der Pakosc-Labischiner Netzewiesen ist der Landrath Herr Elsner von Gronow zu Mogilno nach Ablauf der 6jährigen Amtsperiode von uns wiederum zum Director der gedachten Genossenschaft für die nächsten 6 Jahre ernannt worden.

Bromberg, den 9. Juni 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Stósownie do § 11 statutu z dnia 11. Kwietnia 1859 dla towarzystwa melioracyjnego łąk Noteckich Pakosko-Łabiskich został radzca ziemiański pan Elsner von Gronow w Mogilnie po upływie 6letniego urzędowania przez nas znów mianowany na dyrektora pomienionego towarzystwa na przyszłe sześć lat.

Bydgoszcz, dnia 9. Czerwca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**437** Bekanntmachung.

Zu Kuratoren der Wittwen- und Waisen-Kasse für die Elementarlehrer im hiesigen Regierungsbezirke sind die Lehrer Röschen, Völker und Minarski dahier gewählt worden.

Bromberg, den 9. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**438** Die Kreis-Physikus-Stelle Schwetzer Kreises ist, nachdem der bisherige Inhaber derselben auf sein Ansuchen aus dem Staatsdienste entlassen, zur Erledigung gekommen. Qualifizirte Medizinal-Personen, welche sich um die Stelle bewerben wollen, fordern wir auf, innerhalb 6 Wochen ihre Meldungen mit den erforderlichen Zeugnissen bei uns einzureichen.

Marienwerder, den 5. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**439** Bekanntmachung.

Postvorschußsendungen nach dem Elsaß und Deutsch-Lothringen.

Von jetzt ab können **Postvorschüsse auf Packetsendungen** mit und ohne Werthangabe nach allen an der Eisenbahn belegenen Postorten des Elsaß und Deutsch-Lothringens in gleicher Weise, wie im innern Verkehr des übrigen Deutschen Reichs, entnommen werden. Hinsichtlich der Privatpäckereien an die Deutschen Truppen im Elsaß und in Deutsch-Lothringen verbleibt es bei den besonders bekannt gemachten Bedingungen. Danach sind bei derartigen Sendungen Postvorschüsse nicht zulässig.

Berlin, den 5. Juni 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**440** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für das 4. Armee-Corps müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden. Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 2., 10., und 15. Armee-Corps, für die 6., 11., 22. und 24. Infanterie-Division.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt unter Bezugnahme auf die früheren Bekanntmachungen auch von der Absendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den zuletzt bezeichneten Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonort zurückgekehrt sind.

Berlin, den 8. Juni 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**441** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für das 2. Armee-Corps (mit Ausnahme der 4. Infanterie-Division) müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privatpäckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1., 10. und 15. Armee-Corps, für die 4., 6., 11., 22. und 24. Infanterie-Division.

Die Beförderung von Privatpäckereien für die Truppen der 4. Infanterie-Division, welche andere Quartiere beziehen, wird innerhalb der nächsten vierzehn Tage voraussichtlich eine längere Zeit, als gewöhnlich, in Anspruch nehmen.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt, auch von der Absendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht zum 1., 10. und 15. Armee-Corps, oder zur 4., 6., 11., 22. und 24. Infanterie-Division gehören, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonort zurückgekehrt sind.

Berlin, den 9. Juni 1871. General-Postamt. J. V. Wiebe.

**442** **Bekanntmachung.**

**Postversendungs-Verkehr für die Armee.**

Privatpäckereien für das 10. Armee-Corps (mit Ausnahme der 19. Infanterie-Division) müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden. Es ist demnach gegenwärtig die Absendung von Privat-Päckereien nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 1. und 15. Armee-Corps, für die 4., 6., 11., 19., 22. und 24. Infanterie-Division.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt, auch von der Versendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den zuletzt bezeichneten Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonorte zurückgekehrt sind.

Berlin, den 12. Juni 1871. General-Postamt. J. V. Wiebe.

**443** **Pfandbriefs-Aufkündigung.** / **Wypowiedzenie listów zastawnych.**

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżej oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiej:

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 191. 295. 401. 688. 699. 775. 1363. 1438. 1521. 1526. 1700. 1962. 2033. 2249. 2321. 2332. 2427. 2430. 2431. 2604. 2725. 2733. 2887. 3204. 3410. 3547. 3559. 3641. 3654. 3699. 3732. 3765. 3913. 3924. 4225. 4255. 4351. 4529. 4612. 4876. 4960. 5024. 5177. 5210. 5284. 5335. 5363. 6011. 6194. 6304. 6404. 6486. 6602. 6820. 6843. 6853. 6911. 7038. 7071. 7496. 7500. 7606. 7738. 7843. 7894. 7949. 7981. 7993. 8055. 8073. 8145. 8180. 8203. 8241. 8409. 8925. 8951. 9088. 9401. 9762. 9985 10,082. 10,086. 10,171. 10,408. 10,445. 10,547. 10,640. 10,657. 10,720. 10,812. 10,878. 11,007. 11,121. 11,194. 11,408. 11,509. 11,617. 11,636. 11,646. 11,677. 11,802. 11,816. 11,865.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 8. 18. 91. 124. 143. 208. 294. 297. 430. 500. 611. 687. 706. 722. 947. 954. 1341. 1404. 1451. 1464. 1517. 1572. 1625. 1627. 1709. 1737. 1900. 2044. 2112. 2147. 2376. 2399. 2518. 2604. 2628. 2710. 2792. 2877. 3110. 3135. 3199. 3203. 3215. 3361. 3413. 3471. 3493. 3761. 3807. 3827. 3860. 3910. 3931. 3954. 4095. 4116. 4127. 4167. 4312. 4334. 4349. 4355. 4564. 4605. 4628. 4685. 4969. 5031. 5035. 5095. 5096. 5128. 5295. 5347. 5383. 5497. 5527. 5672. 5686. 5717. 5991. 6270. 6318. 6376. 6554. 6575. 6740. 6959. 7017. 7051. 7155. 7310. 7311. 7331. 7476. 7549. 7844. 7948. 7996. 8029. 8066. 8329. 8356. 8405. 8593. 8997. 9027. 9034. 9042. 9090. 9126. 9208. 9342. 9543. 9591. 9673. 9700. 9883. 10,241. 10,370. 10,474. 10,525. 10,552. 10,606. 11,270, 11,302. 11,724. 11,734. 11,946. 12,140. 12,367. 12,644. 12,860. 12,969. 13,032. 13,426. 13,461. 13,702. 13,853. 13,955. 14,029. 14,333. 14,846. 15,242. 15,395. 15,441. 15,576. 15,735. 16,279. 16,285. 16,289. 16,435. 16,554. 16,625. 17,129. 17,217. 17,342. 17,868. 17,883. 18,354. 18,420. 18,435. 18,472. 18,712. 18,961. 19,042. 19,097. 19,104. 19,171. 19,249. 19,320. 19,481. 19,638. 19,721.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 40. 48. 106. 259. 290. 420. 540. 685. 783. 897. 1000. 1129. 1153. 1201. 1426. 1437. 1442. 1553. 1593. 1626. 1673. 1755. 1765. 1772. 1881. 2005. 2007. 2057. 2199. 2228. 2415. 2437. 2579. 2847. 2903. 3237. 3820. 4046. 4124. 4339. 4502. 4528. 4539. 5043. 5116. 5268. 5283. 5333. 5360. 5365. 5444. 5665. 5794. 6220. 6353. 6464. 6523. 6592. 6650. 7302. 7367. 7394. 7772. 7992. 8005. 8108. 8183. 8300. 8491. 8523. 8615. 8769. 8903. 8935. 9005. 9311. 9337. 9435. 9553. 9574. 9604. 9666. 9789. 10,205. 10,227. 10,487. 10,628. 10,635. 11,218. 11,288. 11,344. 11,354. 11,358. 11,394. 11,400. 11,404. 11,469. 11,556. 11,745. 11,802. 11,812. 11,926 12,019. 12,351. 12,403. 12,536. 12,705. 12,748. 12,763. 12,765. 12,767. 12,833. 13,061. 13,109 13,364. 13,371. 13,388. 13,593. 13,714. 13,790. 13,858. 14,008. 14,045. 14,073. 14,316. 14,345 14,358. 14,588. 14,683. 14,886. 14,902.

Ser. IV. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 70. 155. 207. 249. 268. 345. 433. 496. 524. 632. 690. 868. 939. 1047. 1311. 1392. 1528. 1639. 1659. 1660. 2185. 2208. 2375. 2527. 2740. 2798. 2858. 2952. 3002. 3049. 3533. 3627. 3688. 3731. 3865. 4058. 4296. 4312. 4341. 4539. 4598. 4689. 4772. 4785. 5122. 5179. 5197. 5276. 5316. 5349. 5628. 5828. 5883. 6023. 6085. 6395. 6624. 6662. 6698.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 176. 188. 563. 690. 725. 769. 770. 958. 1019. 1070. 1089. 1521. 2847. 3645. 4209. 4564. 5354. 6510. 6522. 6590. 7710. 7751. 7945. 8038. 8440. 8810.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1. 170. 724. 869. 1172. 1879. 2073. 2118. 2132. 2525. 2746. 3586. 3965. 4011.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 43. 206. 442. 626. 645. 655. 727. 758. 977. 1023. 1052. 1561. 1572. 1576. 2028. 3071. 3864. 5446. 5515. 6401. 7068. 7373. 7426. 8139. 8171. 8784.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 885. 893. 968. 1276. 1500. 1643. 1893. 2154. 2691. 3242. 3558. 3608. 3984.

den Inhabern zum 2. Januar 1872 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst dem noch nicht fälligen Kupon Nr. 10 und dem Talon in kourśfähigem Zustande eingeliefert werden. Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird von der Einlösungs-Valuta in Abzug gebracht.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post unfrankirt ohne Anschreiben und unter Deklaration des vollen Werthes erfolgen soll.

Die Valuta der bis nach Ablauf der ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum 1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekündigten Pfandbriefe wird nach Abzug des Betrages des Kupons Nr. 10 an das hiesige Königliche Kreisgericht Behufs Amortisation abgeführt.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber noch rückständigen Pfandbriefe und zwar aus dem Kündigungstermine

ich posiadaczom na dzień 2. Stycznia 1872 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitałową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinne być składane z niepłatnemi jeszcze kuponem No. 10 i z talonem w stanie do kursu usposobionym. Ilość możebnie brakujących kuponów potrąci się w gotowiźnie wykupnéj.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z kuponami i talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można odwrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Gotowizna za niezłożone do końca wydanego szeregu kuponów t. j. do pierwszego Lipca 1872 wypowiedziane listy zastawne odda się po potrąceniu ilości kuponu No. 10 tutejszemu Królewskiemu Sądowi Powiatowemu celem umorzenia ich.

Zarazem wypowiadają się dawniéj już wylosowane, lecz dotąd niezrealizowane listy zastawne, a mianowicie z terminów już wypowiedzianych.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 2 bis (do) 10.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 15,846.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 4460.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 3 bis (do) 10.
Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 4954.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1674. 2699. 4613. 4775. 8067. 9453. 19,568.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 3448. 4314. 5733. 6041. 11,768. 12,708.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3935. 5130.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 551.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 937. 1908.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 10.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 4 bis (do) 10.
Ser. I. à 1000 Thlr (tal.) Nr. 4063.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 3034. 4423. 5229. 7102. 15,458. 17,867. 18,584.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 5320. 10,068. 10,891. 13,575.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 580. 1004.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1513. 3119.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 79. 657.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 5 bis (do) 10.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 70. 335. 1928. 2945. 3144. 3522. 4245. 5692. 5731. 7902. 8271. 9434. 10,736. 14,119. 14,259. 15,845. 16,284.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1056. 1365. 1873. 3999. 5390. 5475. 6863. 8961. 12,229. 12,293. 13,866.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 3629. 3675. 4721.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 519. 2028.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1828. 2327. 2338. 2706. 4838. 4912.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 955.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 6 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 113. 4445. 7748. 8946. 9734.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 90. 1983. 2394. 2467. 2602, 2671. 4856. 5524. 5752. 8043. 8199. 8365. 9074. 9255. 12,777. 14,347. 15,033. 17,146. 17,599. 17,685. 18,394. 18,425. 18,954.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 541. 967. 1095. 1299. 1303. 1308. 2110. 3629. 3986. 5270. 5280. 5642. 6103. 6677. 6851. 6893. 7089. 8028. 8651. 9777. 13,110. 13,317. 14,036.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3337. 3559. 4853. 6126. 6224.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 5036.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 448. 2126.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2974. 4993.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1159. 1620.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 7 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 741. 821. 3077. 3095. 3978. 5879. 6811. 9432. 10,634.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 188. 1145. 1226. 1639. 3285. 3337. 5051. 6369. 7061. 7217. 7515. 7527. 7671. 8111. 9720. 10,579. 10,669. 11,761. 12,806. 13,336. 14,020. 15,386. 17,548. 17,950. 18,038. 19,112. 19,284.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1440. 1631. 1786. 1993. 2624. 2809. 5381. 5648. 6193. 6203. 7233. 7800. 7883. 8417. 8512. 8858. 10,103. 10,147. 11,317. 11,991. 12,166. 12,272. 13,001. 13,027. 13,309. 13,967. 14,028. 14,509. 14,732.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1213. 1242. 1423. 3019, 3270.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 2213. 2653. 4051. 4056.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1012. 2600. 2792.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2046. 4099.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1558. 2144.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1871. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 8 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 715. 1430. 3299. 3936. 4670. 5505. 5552. 6726. 7061. 7324. 10,326. 10,993.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 210. 263. 1336. 2416. 2516. 2785. 3311. 3659. 3892. 4214. 4647. 5614. 7113. 7471. 7826. 8832. 8843. 9355. 9920. 12,425. 12,816. 14,691. 15,994. 16,575. 18,447. 19,398. 19,637. 19,710. 19,712.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 103. 340. 396. 958. 1093. 1122. 1540. 1643. 1684. 1998. 2276. 3481. 3886. 4002. 4008. 4372. 4393. 4551. 4626. 4692. 4882. 5443. 5620. 6367. 7062. 9236. 9268. 9529. 9911. 10,018. 11,956. 12,512. 13,465. 13,491. 13,874. 14,327.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3669. 3776. 4535. 4739. 4900.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 1373. 3168. 5933. 6967.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 2017. 2161.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1705. 4287. 6705. 7940.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 2085. 2098. 2105. 4187.

hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Pfandbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger gerichtlicher Amortisation unverweilt in Empfang zu nehmen.

Posen, den 12. Juni 1871.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

i wzywają się powtórnie właściciele tychże, ażeby walutę powyższych listów zastawnych, bez narażenia się na stratę prowizyi i przyszłéj amortyzacyi sądowéj niebawem w kasie naszej odebrali.

Poznań, dnia 12. Czerwca 1871.

Królewska Dyrekcya
nowego Towarzystwa ziemskiego kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj.

444 **Bekanntmachung.**

Der bisherige Pfarrverweser für die evangelische Kirchengemeinde Barcin, Diöces Schubin, Herr Hugo Hermann Jeske in Barcin, ist zum Pfarrer der gedachten Gemeinde berufen worden.

Posen, den 3. Juni 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

445 **Bekanntmachung.**

Die von uns nach § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ertheilten Löschungs-Quittungen über die zum 31. März 1871 gekündigten und eingezahlten Ablösungskapitalien für Bankrenten sind

heute den zuständigen Hypotheken-Behörden mit dem Ersuchen übersandt worden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit in den Hypothekenbüchern der betreffenden Grundstücke kostenfrei zu löschen und demnächst die Quittungen den Interessenten auszuhändigen; wovon diejenigen der letzteren, welche die Quittungen nicht etwa zu eigenen Händen erbeten und erhalten haben, hierdurch in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 16. Juni 1871. Königl. Direction der Rentenbank f. d. Provinz Posen.

**446** Bekanntmachung.

1. Im Preußisch-Polnischen Verband-Güterverkehre wird vom 15. Juni c. ab der Artikel „Wolle" ungewaschene (Schweißwolle) bei Berechnung der Fracht nach der vollen Tragfähigkeit der Wagen, sofern sich nicht die Tarifirung nach der Normalklasse und dem wirklichen Gewicht billiger stellt, bei Verwendung von Wagen von 200 Ctr. Tragfähigkeit und darüber zu den Tarifsätzen der ermäßigten Klasse II. B. und bei Verwendung von Wagen unter 200 Ctr. Tragfähigkeit zu einem besonderen auf Grund des Einheitssatzes von 2½ Pf. pro Ctr. und Meile gebildeten Specialtarif befördert.

2. Vom 1. Juli d. J. ab erfolgt die Aufhebung der für den Transport Oberschlesischer Steinkohlen nach den Stationen der Ostbahn via Sosnowice-Alexandrowo bestehenden **Tonnen-Tarife**, und es treten an deren Stelle neue **Centner-Tarife** in Kraft.

Die Verfrachtung von Steinkohlen erfolgt von diesem Zeitpunkte ab nur nach Gewicht, und es wird, so lange auf den Gruben die erforderlichen Vorrichtungen zur Verwiegung der Kohlen noch nicht hergestellt sind, bei der Gewichtsermittelung die Tonne zu 3½ Ctr. angenommen.

Bromberg, den 1. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**447** Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die auf den Strecken Schneidemühl-Flatow, Dirschau-Pr.-Stargardt und Insterburg-Gerdauen coursirenden Personenzüge bis auf Weiteres die Erste Wagen-Klasse **nicht** führen werden.

Bromberg, den 12. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**448** Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 21. April c. und unter Aufhebung der in derselben getroffenen entgegenstehenden Bestimmungen bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß bei Beförderung von Locomotiven und Tendern im Ostbahn-Local-Verkehre auf von den Versendern gestellten Trucs auch das wirkliche Gewicht der letzteren zur Frachtberechnung nach dem für Locomotiven ꝛc. festgesetzten Tarifsätze mit herangezogen wird, und für die leer zurückkehrenden Trucs 5 Sgr. pro Achse und angefangene Meile zur Erhebung gelangen.

Bromberg, den 13. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**449** Bekanntmachung.

Zur Vermeidung von Verwechselungen und irrthümlichen Verladungen, welche bei der großen Zahl der im Local- wie im Verband-Güterverkehr zur Beförderung gelangenden Gegenstände ungeachtet der größten Aufmerksamkeit nicht immer zu vermeiden sind, empfehlen wir den Versendern von Gütern, solche — ähnlich wie dies seit Kurzem bei der Packetbeförderung durch die Post eingeführt — stets mit dem **Bestimmungsorte** deutlich zu bezeichnen.

Bromberg, den 13. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**450** Dem practischen Arzte Dr. Buttlewski in Kruschwitz ist die kommissarische Verwaltung der Kreiswundarztstelle des Kreises Inowraclaw übertragen worden.

**451** Franz Reinholz als vierter Lehrer bei der katholischen Schule zu Schneidemühl, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

**452** Blachowski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Turzany, im Kreise Inowraclaw, interimistisch angestellt.

**453** Der Hebamme Henriette Eschmann, geb. Höft, ist der Hebammenbezirk Grünfier, Kreises Czarnikau, verliehen worden.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**454** Dem Prediger Schönwälder zu Bojanowo ist die erste Lehrerstelle am Seminar zu Koźmin verliehen worden.

**455** Der Hülfslehrer Franz Böhm ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und vom 1. October c. ab bei dem Königlichen Gymnasium zu Schrimm angestellt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 25.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 26.

Bromberg, den 30. Juni 1871.


Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**456** Das 22. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 642. Gesetz, betreffend die Kriegs-Denkmünze für die bewaffnete Macht des Reichs. Vom 24. Mai 1871.

Nr. 643. Allerhöchster Erlaß vom 1. April 1871, betreffend das Rangverhältniß der Posträthe und Ober-Posträthe.

Nr. 644. (Uebersetzung.) Vertrag zwischen Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland u. d. Türkei. Vom 13. März 1871.

**457** Das 23. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 645. Allerhöchster Erlaß vom 20. Mai 1871, betreffend die Stiftung einer Kriegsdenkmünze für die Feldzüge 1870 und 1871.

Nr. 646. Allerhöchster Erlaß vom 22. Mai 1871, betreffend die Verleihung des Anspruchs auf die Kriegsdenkmünze für Nichtkombattanten an die nach dem Statut nicht berechtigten Offiziere, Aerzte, Beamten und Mannschaften der Deutschen Armeen und der Marine.

Nr. 647. Allerhöchster Erlaß vom 22. Mai 1871, betreffend die Verleihung des Anspruchs auf die Kriegsdenkmünze für Nichtkombattanten an Hof- und Civil-Staatsbeamte, an Angestellte der Privat-Eisenbahngesellschaften, an die Johanniter- und Maltheser-Ritter 2c.

Nr. 648. Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des Deutschen Reichs für das Jahr 1871. Vom 31. Mai 1871.

Nr. 649. Bekanntmachung, betreffend allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln. Vom 29. Mai 1871.

Nr. 650. Bekanntmachung, betreffend die Reichs-Hauptkasse. Vom 1. Juni 1871.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**458** Das 13. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7819. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Coblenz im Betrage von 230,000 Thalern. Vom 6. Mai 1871.


# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 30. Czerwca 1871.


Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 22. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 642. Prawo, tyczące się wojennego medalu pamiątkowego dla siły zbrojnéj Państwa. Z 24. Maja 1871.

No. 643. Najwyższe rozporządzenie z 1. Kwietnia 1871, tyczące się stosunku rangi radców pocztowych i nadradców pocztowych.

No. 644. (Przykład.) Traktat pomiędzy Niemcami, Austryą, Francyą, Wielką Brytanią, Włochami, Rosyą i Turcyą. Z 13. Marca 1871.

Oddział 23. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 645. Najwyższe rozporządzenie z 20. Maja 1871, tyczące się ustanowienia wojennego medalu pamiątkowego dla kampanii 1870 i 1871 r.

No. 646. Najwyższe rozporządzenie z 22. Maja 1871, tyczące się nadania pretensyi do wojennego medalu pamiątkowego dla niekombatantów nieuprawnionym wedle Statutu oficerom, lekarzom, urzędnikom i żołnierzom Niemieckich armii oraz marynarki.

No. 647. Najwyższe rozporządzenie z 22. Maja 1871, tyczące się nadania pretensyi do wojennego medalu pamiątkowego dla niekombatantów dworskim i cywilnym urzędnikom rządowym, urzędnikom prywatnych Towarzystw kolejowych, Kawalerom Św. Jana i Kawalerom Maltańskim i t. d.

No. 648. Prawo, tyczące się ustanowienia Etatu dla Państwa Niemieckiego na rok 1871. Z 31. Maja 1871.

No. 649. Obwieszczenie, tyczące się powszechnych postanowień policyjnych co do zakładania kotłów parowych. Z 29. Maja 1871.

No. 650. Obwieszczenie, tyczące się kasy główněj Państwa. Z 1. Czerwca 1871.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 13. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7819. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających obligacyi miasta Koblencyi w ilości 230,000 tal. Z 6. Maja 1871.

Nr. 7820. Allerhöchster Erlaß vom 17. Mai 1871, betreffend den Tarif für die Erhebung des allgemeinen Kaufhausgeldes, des Waage-, des Lager-, des Strom- und Hafengeldes, sowie der Ladegebühren zu Lüneburg vom 1. Juni 1871 ab.

No. 7820. Najwyższe rozporządzenie z 17. Maja 1871, tyczące się Taryfy ku pobieraniu powszechnego kupnego, wagowego, składowego, porzeczonego i portowego, jako też należytości ładunkowych w Lueneburgu od 1. Czerwca 1871 począwszy.

**459** Das 14. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7821. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Schuldverschreibungen der Stadt Hanau im Betrage von 100,000 Thalern. Vom 15. Mai 1871.

Oddział 14. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7821. Przywiléj względem wydania na dzierzyciela opiewających obligów miasta Hanau w ilości 100,000 tal. Z 15. Maja 1871.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**460** Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie III. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 und Serie II. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen Staats-Anleihe v. J. 1867 A.

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Prämien-Anleihe v. J. 1855 für die acht Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1879 und zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe v. J. 1867A. für die vier Jahre vom 1. April 1871 bis 31. März 1875 nebst Talons werden vom 3. April d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Anleihen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Controle der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben gedachten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Anleihe einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit

Obwieszczenie,

względem wydania nowych kuponów procentowych seryi III. do obligów pożyczki upremiowanéj państwa Pruskiego z r. 1855 i seryi II. do obligów pożyczki państwa Pruskiego z roku 1867 A.

Od 3. Kwietnia r. b. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów upremiowanéj pożyczki państwowéj z r. 1855, za te ośm lat od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1879 i do obligów pożyczki państwowéj z r. 1867 A. za te cztery lata od 1. Kwietnia 1871 do 31. Marca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed poł., wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdéj z wyrażonych obu pożyczek z osobnym wykazem, do czego formularzy w wspomnionéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi śród monarchii kontrola papierów krajowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien téjże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdéj pożyczki. Ten

einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. der Königlichen Finanz-Direction in Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. März 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind. Bromberg, den 24. März 1871.

Königliche Regierung.

**461** Bekanntmachung,

betreffend die 17. Verloosung der fünfprozentigen Staats-Anleihe vom Jahre 1859.

In der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten Verloosung von Schuldverschreibungen der 5prozentigen Preußischen Staats-Anleihe vom Jahre 1859 sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit dem Bemerken gekündigt, daß die in den ausgelooften Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 2. Januar 1872 ab täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der zu den Kassen-Revisionen nöthigen Zeit, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen, erst nach dem 2. Januar 1872 fälligen Zinscoupons, Serie IV. Nr. 2 bis 8, nebst Talons baar in Empfang zu nehmen sind.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei den Königlichen Regierungs-Hauptkassen, sowie bei der Kreiskasse in Frankfurt a. M. und den Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg bewirkt werden.

Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst Coupons und Talons einer dieser Kassen einzureichen, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen, und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung zu besorgen hat.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Kapitale zurück behalten.

jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie rejencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły; w tym to razie presłać należy dokumenta dotyczące kon roli papierów krajowych albo której zwymienitonych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 20. Marca 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do powszechnéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 24. Marca 1871.

Królewska Regencya.

Obwieszczenie,

tyczące się 17. losowania pożyczki krajowéj pięcioprocentowéj z roku 1859.

W wylosowaniu obligów pożyczki 5procentowéj państwa Pruskiego z roku 1859, w przytomności notaryusza dnia dzisiajszego publicznie odbytém, zostały wyciągnięte numera w dodatku wyszczególnione. Spowiada się takowe posiadaczom z tém nadmienieniem, że zapisane w wylosowanych numerach ilości kapitałowe odbierać należy gotówką od 2. Stycznia 1872 co dzień, wyjąwszy niedziele i święta oraz czas potrzebny do rewizyi kasowych od godziny 9téj przed południem do 1széj z południa przy kasie umarzającéj długi krajowe, tu w miejscu, Oranien ulica No. 94, kwitując i zwracając obligi z należącemi doń kuponami procentowemi seryą IV. No. 2 do 8 i talonami, płatnemi dopiero po 2. Styczniu 1872.

Zamianę obligów przedsięwziąść także można przy królewskich kasach głównych regencyjnych, jako też przy kasie powiatowéj w Frankfurcie n./M. i przy kasach głównych okręgowych w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu. W tym celu podać należy obligi wraz z kupenami i talonami jednéj z tych kas, która je dla sprawdzenia przedłożyć winna kasie umarzającéj długi krajowe a po ustanowieniu postarać się o wypłatę.

Gdyby kuponów procentowych, mających się bezpłatnie oddać, miało braknąć, wówczas wartość ich pieniężna z kapitału płacić się mającego się nie wyda.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabreicht.

„Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in „einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuld-„verschreibungen über die Zahlungsleistung nicht „einlassen."

Zugleich werden die Inhaber der in der Anlage bezeichneten, nicht mehr verzinslichen Schuldverschreibungen der vorbezeichneten Anleihe, welche in den früheren Verloosungen (mit Ausschluß der am 10. Dezember v. J. stattgehabten) gezogen, aber bis jetzt noch nicht realisirt sind, an die Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

In Betreff der am 10. Dezember v. J. ausgelooſten und zum 1. Juli d. J. gekündigten Schuldverschreibungen wird auf das an dem ersteren Tage bekannt gemachte Verzeichniß Bezug genommen, welches bei den Regierungs-Hauptkassen, den Kreis-, den Steuer- und den Forstkassen, den Kämmerei- und anderen größeren Kommunalkassen, sowie auf den Bureaus der Landräthe und Magiſträte zur Einsicht offen liegt. Berlin, den 10. Juni 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird unter Beifügung des Verzeichnisses von den bei der Verloosung am 10. d. Mts. gezogenen Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Preußischen Staats-Anleihe vom Jahre 1859 hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß unsere Haupt-Kasse angewiesen ist, die Schuldverschreibungen nebst den betreffenden Zinscoupons und Talons in Empfang zu nehmen und an die Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung und Ueberweisung der Zahlungsmittel zu übersenden.

Die Formulare zu den Quittungen der befriedigten Gläubiger können während der Dienststunden bei unserer Haupt-Kasse in Empfang genommen werden, und ist von Einsendung der Schuldverschreibungen an die letztere der unterzeichneten Königl. Regierung gleichzeitig Anzeige zu machen.

Die Verwalter Königlicher Kassen und anderer Anstalten haben die Vergleichung der bei ihnen vorhandenen Bestände in Staatspapieren mit dem erwähnten Verzeichnisse vorzunehmen und für die rechtzeitige Einlösung der gezogenen Schuldverschreibungen zu sorgen, da sie andernfalls für den etwaigen Schaden verantwortlich bleiben.

Das Verzeichniß der gekündigten Schuldverschreibungen wird übrigens auch bei allen Königlichen und Kämmerei-Kassen, so wie in den Bureaus der Landräthe, Magiſträte, Domainen-Rentämter und Districts-Kommissarien zur Einsicht offen liegen.

Die Nachtheile, welche aus der Nichtbeachtung dieser Bekanntmachung entstehen, namentlich die Erstattung überhobener Zinsen, haben die Betheiligten sich selbst beizumessen.

Bromberg, den 26. Juni 1871.

Königliche Regierung.

Formularzy do kwitów rzeczone kasy bezpłatnie udzielą.

„W korespondencyą z posiadaczami obligów „względem ich wypłaty kasa umarzająca długi „krajowe wdawać się nie może."

Przypomina się zarazem posiadaczom wyszczególnionych w dodatku obligów, już się nie procentujących pożyczki powyż wyrażonéj, które to obligi w dawniejszych losowaniach (wyjąwszy to, co się dnia 10. Grudnia r. b. odbyło) wyciągnięte, lecz dotąd jeszcze z realizowane nie zostały, aby swe kapitały podnosili.

Co się tycze obligów dnia 10. Grudnia r. z. losowanych a na 1. Lipca r. b. spowiedzianych, to odnosi się do wykazu w dniu pierwszym z rzeczonych ogłoszonego, który to dla przejrzenia wyłożony jest po kasach głównych regencyjnych, powiatowych, poborowych i leśnych, po kasach kamelaryjnych i innych większych komunalnych, nie mniéj po biórach radzców ziemiańskich i magistratów. Berlin, dnia 10. Czerwca 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniéjszém przy dołączeniu wykazu obligów pożyczki 5cio-procentowéj państwa Pruskiego z roku 1859, wyciągniętych w losowaniu dnia 10. b. m. odbytem do publicznéj wiadomości z tém nadmienieniem, że kasa nasza główna odebrała polecenie odbierać obligi z właściwemi kuponami i talonami i dla sprawdzenia i przekazania środków zapłaty odsyłać je kasie umorzenia długów krajowych.

Formularze do kwitów zaspokojonych wierzycieli odbierać można przy kasie naszéj głównéj pod czas godzin służbowych; odsyłając zaś tejże obligi, donieść o tém należy równocześnie podpisanéj królewskiéj Regencyi.

Zawiadowcy kas królewskich i innych zakładów porównanie znajdujących się u siebie remantów w papierach krajowych z pomienionym wykazem przedsięwziąść i o rychłą zamianę wyciągniętych obligów starać się powinni, bo by za każdą zajść mogącą szkodę byli odpowiedzialni.

Z resztą leżeć będzie wykaz spowiedzianych obligów także po wszystkich kasach królewskich i kamelaryjnych, nie mniéj po biórach radzców ziemiańskich, magistratów, urzędów rentów ekonomicznych i komisarzy obwodowych.

Straty powstające z niezastósowania się do niniéjszego obwieszczenia, mianowicie zwrot nadebranych procentów interesenci sami sobie przypiszą.

Bydgoszcz, dnia 26. Czerwca 1871.

Królewska Regencya.

**462** Die Kreis-Chaussee von Mieścisko bis zur Gnesener Kreisgrenze bei Imielinko ist vom 1. Januar c. ab in das Eigenthum der Provinz übergegangen und hat dadurch die Eigenschaft einer Provinzialstraße erhalten.

Bromberg, den 16. Juni 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Od 1. Stycznia r. b. przeszła zwirówka powiatowa z Mieściska do granicy powiatu Gnieźnieńskiego pod Imielinkiem, na własność prowincyi, przybrawszy przez to przymiot traktu prowincyalnego.

Bydgoszcz, dnia 16. Czerwca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**463** Die Chausseegeld-Hebestelle Miłosławice ist vom 1. Juli c. ab aufgehoben, und dafür ist der bisherigen einmeilgen Hebestelle Charbowo von gedachtem Zeitpunkte eine zweimeilige Hebebefugniß zugetheilt worden, was hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Bromberg, den 22. Juni 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Rogatkę przy żwirówce w Miłosławicach od 1. Lipca r. b. się znosi a natomiast nadaje się od powyższego czasu dotychczasowéj jednomilowéj rogatce Charbowo władzę pobierania pomilnego za dwie mile, co się niniejszem do powszechnéj podaje wiadomości

Bydgoszcz, dnia 22. Czerwca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**464** Der vorliegenden Nummer ist die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preußischen Staaten für die zu Zürich unter der Firma „Schweiz" domicilirte Aktien-Gesellschaft für Transportversicherung zu Land und zu Wasser beigefügt. Die Haupt-Niederlassung für Preußen mit dem Geschäftslokale ist in Berlin begründet und der Kaufmann Hermann Friedrich Wilhelm Jacobi-Scherbening daselbst, Kupfergraben Nr. 5 wohnhaft, zum Generalbevollmächtigten ernannt worden.

Bromberg, den 22. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**465** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Privatpäckereien für die Corps-Artillerie des 1. Armee-Corps müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Die Absendung von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf einstweilen nur für nachbezeichnete Truppenkörper gestattet:

für das 15. Armee-Corps, das General-Commando des 1. Armee-Corps, für die 1., 2., 4., 6., 11., 19., 22. und 24. Infanterie-Division, ferner für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Regimenter rc.), welche zur deutschen Besatzung der Forts vor Paris gehören.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt, auch von der Versendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den vorläufig in Frankreich zurückbleibenden Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihrem Friedensgarnisonorte zurückgekehrt sind. Berlin, den 21. Juni 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**466** Auffündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. October 1871 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse a. aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 u. ff. „zum 1. October 1871" mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 11 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

Wypowiedzenie
listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Października 1871 umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie a., umieszczone litery i numera, które posiedzicielom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Października 1871 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 11—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy w kasie naszéj obebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzoru:

═══ . . . . . Thlr. ═══

„buchstäblich . . . . . . Thaler, Valuta für d . „zum 1. . . . . . . . 18 . . gekündigten Posener „Rentenbrief . Litt. . . No. . . . . habe ich aus „der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar „gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

═══ . . . . . Tal. ═══

wyraźnie . . . . . . . . . . Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. . . . . . . . . . 18 . . płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Lit. . . . . . No. . . . . . na . . . . Tal. odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu N. . . . . . . . . . dnia . . . . . . . . . . . . 18 . .

(podpis)

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Zugleich werden die bereits früher ausgelooften, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch rückständigen, in dem nachfolgenden Verzeichnisse b. aufgeführten Rentenbriefe der Provinz Posen hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Rentenbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verjährung unverweilt in Empfang zu nehmen.

Ebenso werden die im Verzeichnisse c. aufgeführ- Rentenbriefe, deren Verjährung am Schlusse des verflossenen Jahres eingetreten ist, hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Posen, den 11. Mai 1871.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

Zarazem wywołują się powtórnie dawniéj już wylosowane, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch lat jeszcze zaległe, w następującym wykazie b., umieszczone listy rentowe prowincyi Poznańskiéj i posiedziciele tychże wzywają się niniejszem do niebawnego odebrania kapitału listów rentowych pod uniknieniem dalszéj straty procentu i przyszłego ich przedawnienia.

Również podaje się w wykazie c. wzmiankowane listy rentowe, których przedawnienie w końcu zeszłego roku nastąpiło, niniejszem do publicznéj wiadomości.

Poznań, dnia 11. Maja 1871.

Królewska dyrekcya
banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

## a. Verzeichniß

der am 11. Mai 1871 ausgelooften und am 1. October 1871 fälligen Posener Rentenbriefe.

## a. Wykaz

na dniu 11. Maja 1871 wylosowanych, a dnia 1. Października 1871 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. A. zu (na) 1000 Thlr. (tal.) 51 Stück (sztuk.)

No. 89, 170, 459, 551, 792, 989, 1299, 1341, 1470, 1485, 1621, 1887, 1946, 2455, 2540, 2707, 2928, 2965, 3525, 3533, 3839, 4039, 4180, 4360, 4651, 4921, 5135, 5232, 5376, 5528, 5940, 6014, 6119, 6360, 6410, 6554, 6600, 6828, 7007, 7625, 7904, 7984, 8532, 8557, 8687, 8691, 8725, 8887, 8912, 9214, 9258.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (tal.) 14 Stück (sztuk.)

No. 41, 490, 530, 576, 592, 667, 670, 989, 1446, 1715, 1779, 1932, 1966, 2525.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (tal.) 44 Stück (sztuk.)

No. 249, 276, 312, 319, 321, 356, 485, 643, 775, 861, 1074, 1127, 1274, 1694, 1744, 2339, 2353, 2385, 2649, 2908, 2941, 3036, 3090, 3126, 4109, 4111, 4375, 4934, 5108, 5440, 5464, 6223, 6301, 6402, 6483, 6691, 6860, 7358, 7360, 7799, 8030, 8179, 8339, 8448.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (tal.) 33 Stück (sztuk.)

No. 96, 260, 319, 478, 494, 665, 817, 906, 1052, 1244, 1294, 1765, 1777, 1795, 1797, 2412 2477, 2677, 3228, 3365, 3502, 3820, 4127, 4335, 4360, 4421, 4562, 4608, 4836, 5056, 5442, 5628, 5870

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (tal.)

**Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7291 incl. sind verlooft, resp. gekündigt.**

**Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7291 są wylosowane resp. wypowiedziane.**

## b. Verzeichniß

der bereits früher ausgelooften, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch rückständigen Posener Rentenbriefe und zwar aus den Fälligkeitsterminen:

## b. Wykaz

dawniéj już wylosowanych, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch lat, jeszcze zaległych listów rentowych Poznańskich a mianowicie z zapadłych terminów.

vom 1. October 1861, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 265, 3015;
vom 1. April 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1716, 3012, 4262, 6832;
vom 1. October 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1662, 5709, 5911, 6720, 6833;

vom 1. April 1863, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 3074, 3236, 3405, 5241, 5894, 6841;
vom 1. October 1863, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2195; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1661, 2646, 5487, 6624, 6831;
vom 1. April 1864, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 5242, 6589, 6655, 6834;
vom 1. April 1866, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 794;
vom 1. October 1866, Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 832;
vom 1. April 1867, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 908; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1374, 2767;
vom 1. October 1867, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 326, 579, 2303, 6910, 7235, 8019, 8836; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2804; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 310, 598, 1021, 2085, 4823, 5358, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7217, 7220, 7222;
vom 1. April 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 842, 2371; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 1738, 1857; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 244, 959, 1392, 2558, 2601, 4163; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1712, 1874, 1968, 2303, 3056, 3939, 4019, 4630; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7243;
vom 1. October 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 860, 1272, 1804, 3118, 8069; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 76, 1164, 2175, 2176, 2200; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1339, 3601, 3640, 6247; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 177, 533, 788, 1127, 1400, 1876, 1879, 2070, 2227, 5111;
vom 1. April 1869, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 1678, 3943, 8895, 9222; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 2469; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1973, 1991, 2227, 2594, 4598, 5766, 8025, 8389; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 229, 247, 875, 1267, 2523, 2790, 3947, 4479, 5005, 5478, 5503, 6008; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7277, 7278.

**c. Verzeichniß**

der ausgelooften und im Jahre 1860 fällig gewesenen, bis zum Schlusse des Jahres 1870 zur Zahlund aber nicht präsentirten und deshalb nach § 44 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 verjährten Rentenbriefe.

**c. Wykaz**

wylosowanych i w roku 1860 płatnych, aż do końca roku 1870 do wypłaty nie złożonych i dla tego według § 44 prawa banków rentowych z 2. Marca 1850 przedawnionych listów rentowych.

Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 50, 1362, 3700, 5708.

**467** **Bekanntmachung.**

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 13. d. Mts. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß alle bei der Beförderung von Locomotiven und Tendern im Ostbahn-Localverkehre verwendeten Nothachsen auf dem Rücktransporte den Tarifsätzen der ermäßigten Klasse B. unterliegen.

Bromberg, den 22. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**468** Dem kommissarischen Verwalter der Haupt-Steuer-Amts- und Kreiskassen-Assistenten-Stelle in Chodziesen, bisherigen Regierungs-Supernumerar Gohlke, ist diese Stelle definitiv verliehen worden.

Dotychczasowemu supernumerariuszowi rejencyjnemu Gohlke, zawiadującemu komisaryjnie posadą asystenta głównego urzędu poborowego i kasy pewiatowéj w Chodzieżu zostala ta posada stale nadaną.

**469** Robert Sauerbrey als Lehrer bei der Elementarschule zu Bromberg interimistisch angestellt.

**470** Strzelecki als Lehrer bei der kath. Schule zu Samsieczno im Kreise Bromberg provisorisch angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**471** Der Lehrer Franz Iverling ist als ordentlicher Lehrer an dem Progymnasium zu Rogasen angestellt worden.

**472** **Personal-Veränderungen**

bei den Justizbehörden des Bromberger Departements.

A. 1. Der Civilsupernumerar Mengert ist zum Büreauassistenten bei dem Königlichen Kreisgericht zu Wongrowitz und
2. der Hülfsbote Wolff zum etatsmäßigen Boten und Executor bei dem Königlichen Kreisgericht zu Inowraclaw ernannt worden.

B. 1. Dem Hülfsboten und Executor Loock ist die interimistische Verwaltung einer etatsmäßigen Boten- und Executorstelle bei dem Königlichen Kreisgericht zu Wongrowitz,
2. dem Hülfsboten und Executor Schütz die interimistische Verwaltung einer etatsmäßigen Boten- und Executorstelle bei dem Königlichen Kreisgericht zu Inowraclaw,
3. dem Hülfsgefangenwärter Huth die interimistische Verwaltung einer etatsmäßigen Gefangenwärterstelle bei dem Königlichen Kreisgericht zu Bromberg und
4. den Hülfsboten und Executoren Ebert und Schmidt die interimistische Verwaltung von etatsmäßigen Boten- und Executorstellen bei dem Königl. Kreisgericht zu Lobsens übertragen worden.

473 Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1. Es sind versetzt:
   a) der Regierungsassessor Rummel von Bromberg nach Münster und demselben die Stelle eines Mitgliedes der Königlichen Direction der Westphälischen Eisenbahn verliehen worden,
   b) der Eisenbahnbauinspector Wollanke von Saarbrücken nach Bromberg und demselben die Stelle als Vorsteher des betriebstechnischen Central-Büreaus der Ostbahn übertragen.
2. Ernannt sind:
   a) die Bahnmeister Roell in Bromberg und Keiper in Miasteczko zu Königlichen Bahnmeistern,
   b) der Telegraphen-Aufseher Wirtz in Bromberg zum Königlichen Eisenbahn-Telegraphen-Aufseher.
3. Dem Regierungsassessor Lübicke ist die Stelle eines Mitgliedes der Königlichen Direction der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau verliehen worden, derselbe verbleibt indeß bis auf Weiteres in der bisherigen Stellung bei der Königlichen Direction der Ostbahn in Bromberg.
4. Der Eisenbahnbauinspector Giese in Bromberg ist mit den Functionen als Vorsteher des Central-Bau-Büreaus der Ostbahn betraut.

## Vermischte Nachrichten.

474 Dem Fabrikanten Heinrich Bertrams zu Kaltenherberg im Kreise Solingen ist unter dem 3. Juni 1871 ein Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, für neu und eigenthümlich erachtetete mechanische Vorrichtung zur Anfertigung von Knieblechröhren und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

475 Dem Herrn A. Lismann zu München ist unterm 4. Juni 1871 ein Patent

auf ein, durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesenes Walzwerk, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich erachtet ist,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

476 Dem Mechaniker und Schlossermeister Heinrich Engelmann zu Berlin ist unter dem 11. Juni 1871 ein Patent

auf eine durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Sicherheitsvorrichtung an Bramah-Eingerichten

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staates ertheilt worden.

477 Dem Director der Königl. Sternwarte, Professor Dr. Klinkerfüs zu Göttingen, ist unter dem 20. Juni d. J. ein Patent

auf einen Distanzmesser, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden ist,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staates ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 26.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 26 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Konzession

zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preußischen Staaten für die zu Zürich unter der Firma „Schweiz" domizilirte Aktiengesellschaft für Transportversicherung zu Land und zu Wasser.

Der zu Zürich unter der Firma „Schweiz" domizilirten Aktiengesellschaft für Transportversicherung zu Land und zu Wasser wird auf Grund des vorgelegten, durch den Regierungsrath zu Zürich unter dem 9. October 1869 genehmigten Statuts die Konzession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preußischen Staaten unter nachfolgenden Bedingungen hiermit ertheilt:

1) Jede Veränderung der Gesellschaftsstatuten ist anzuzeigen und bei Verlust der ertheilten Konzession der Genehmigung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu unterbreiten.

2) Die Konzession, die Statuten und etwaige Aenderungen derselben sind in den Amtsblättern resp. amtlichen Publikationsorganen derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft Geschäfte betreiben will, auf Kosten der Gesellschaft zu veröffentlichen.

3) Die Gesellschaft hat wenigstens in einem der Preußischen Orte, in welchem sie Geschäfte betreibt, einen dort domizilirenden, zur Haltung eines Geschäftslokals verpflichteten Generalbevollmächtigten zu bestellen und wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach der Wahl der Versicherten, entweder bei dem Gerichte jenes Orts oder im Gerichtsstande des die Versicherung vermittelnden Agenten Recht zu nehmen. Die bezügliche Verpflichtung ist in jede für Inländer auszustellende Police aufzunehmen. Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren mit Einschluß des Obmanns Inländer sein.

4) Alle Verträge mit Inländern sind von dem inländischen Wohnorte des in Preußen bestellten Generalbevollmächtigten oder des Preußischen Unteragenten aus abzuschließen.

5) Der Königl. Landespolizeibehörde, in deren Bezirke die Geschäftsniederlassung sich befindet, ist in den drei ersten Monaten jedes Geschäftsjahres von dem Generalbevollmächtigten außer der Generalbilanz eine Specialbilanz der bezüglichen Geschäftsniederlassung für das verflossene Jahr einzureichen und ist in dieser Bilanz das in Preußen befindliche Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert aufzuführen. Der betreffenden Behörde bleibt es überlassen, über Aufstellung dieser Bilanz besondere Bestimmung zu treffen. Die Generalbilanz muß eine Gegenüberstellung sämmtlicher Aktiva und sämmtlicher Passiva, letzterer einschließlich des Grundkapitals enthalten; unter den Aktivis dürfen die vorhandenen Effecten höchstens zu dem Tageskourse erscheinen, welchen dieselben zur Zeit der Bilanzaufstellung haben; bloße Gründungs- oder Verwaltungskosten dürfen nicht als Aktiva aufgenommen werden.

6) Der Generalbevollmächtigte hat sich zum Vortheil sämmtlicher inländischer Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung hinlänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Bilanz einzustehen.

7) Der Generalbevollmächtigte ist verpflichtet, die von der Gesellschaft ausgehenden oder bereits ausgegangenenen, auf den Geschäftsbetrieb sich beziehenden Schriftstücke, namentlich Instruktionen, Tarife, Geschäfsanweisungen auf Erfordern des ad 1 genannten Ministeriums oder der Landespolizeibehörden vorzulegen, auch alle in Bezug auf die Gesellschaft und die Niederlassung zu gebende sonstige Auskunft zu beschaffen und resp. die betreffenden Papiere vorzulegen. Die vorliegende Konzession kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preußischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden. Uebrigens ist durch diese Conzession die Befugniß zum Erwerbe von Grundstücken in den Preußischen Staaten nicht gegeben, vielmehr bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der besonders nachzusuchenden landesherrlichen Erlaubniß. Berlin, den 6. Dezember 1869.

(L. S.)

**Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.**

ad IV. 14346.

Im Auftrage. (gez.) **Moser.**

## Statuten

der „Schweiz", Transport-Versicherungs-Gesellschaft in Zürich.

### Name, Zweck und Sitz der Gesellschaft.

§ 1. Die „Schweiz" ist eine Aktiengesellschaft für Transportversicherung zu Land und zu Wasser in der Regel nur von Waaren.

§ 2. Die Gesellschaft kann jeden Versicherungsantrag ohne Angabe von Gründen ablehnen.

§ 3. Der Verwaltungssitz und Gerichtsstand der Gesellschaft ist in Zürich.

§ 4. Die Dauer der Gesellschaft ist auf fünfzig Jahre festgesetzt. Zwei Jahre vor Ablauf dieses Zeitraumes hat die Generalversammlung über Fortsetzung oder Aufhebung der Gesellschaft zu entscheiden.

## Gesellschafts-Kapital.

§ 5. Das Aktienkapital der Gesellschaft, im Betrage von 5 Millionen Franken, besteht aus 2000 Aktien von je 2500 Franken.

§ 6. Der Aktionär haftet für den Nominal-Betrag seiner Aktien, nicht weiter. Der Besitz von Aktien schließt die Anerkennung der Statuten in sich.

§ 7. Auf jede Aktie sind 20% oder 500 Frkn. in baar einzuzahlen. Für den Rest von 80% oder 2000 Frkn. hat der Aktionär für jede Aktie eine auf ihn lautende Wechselobligation mit Domizil an der Gesellschaftskasse in Zürich auszustellen, welche im Archiv der Gesellschaft deponirt wird, und welche von der Gesellschaft weder an Dritte veräußert noch in irgend einer Weise belastet werden darf. Weitere allfällig nothwendige Einzahlungen über die ersten 20% hinaus werden von der Generalversammlung beschlossen und es wird ihr Betrag von der Obligation abgeschrieben.

§ 8. Die Aktien lauten auf den Namen des Eigenthümers. Die erste Zutheilung der Aktien geschieht durch das Gründungs-Comitee.

§ 9. Die Aktien können zedirt werden mit Genehmigung des Verwaltungsrathes und gegen eine Gebühr von 5 Frkn. per Aktie. Die Genehmigung kann nicht verweigert werden, wenn für den Obligationsbetrag genügende Realkaution geleistet wird. In der Regel kann ein Aktionär nicht mehr als 40 Aktien erwerben. Nach Genehmigung der Zession und erfolgter Depouirung der neuen Obligation des Zessionaren wird die alte Obligation dem Zedenten aushingegeben.

§ 10. Die Aktien sind nicht theilbar, und es erkennt die Gesellschaft für jede Aktie nur einen Eigenthümer an.

§ 11. Die Aktionäre sind zu allen Einzahlungen schriftlich aufzufordern. Erfolgt die Zahlung nicht in der angesetzten Frist, so ist der Verwaltungsrath berechtigt, entweder den säumigen Aktionär auf dem Execusionswege zur Zahlung anzuhalten oder die betreffenden Aktien als entkräftet auszuschreiben und an deren Stelle neue Titel auszugeben. Für den Mindererlös bleibt der alte Actionär, auch nach Annullirung der Aktien, auf Grund seiner Obligation gegenüber der Gesellschaft haftbar; ein Ueberschuß hingegen wird ihm zurückvergütet.

§ 12. Stirbt ein Aktionär, so haben die Erben oder Rechtsnachfolger dem Verwaltungsrathe Kenntniß davon zu geben und binnen drei Monaten vom Todestage an einen Uebernehmer zu bezeichnen. Wird kein Uebernehmer bezeichnet oder derselbe vom Verwaltungsrathe nicht angenommen, so findet nach Ablauf jener Frist der Verkauf der Aktie statt. Der Erlös wird zur Tilgung der Kosten verwendet und der Rest den Erben aushingegeben.

§ 13. Geräth der Aktionär in Konkurs oder bestehen sonstwie Zweifel über dessen Solvenz, so ist der Verwaltungsrath befugt, zu verlangen, daß innerhalb einer Präclusivfrist entweder Realkaution für den Obligationsbetrag geleistet werde, oder daß der Uebertrag der Aktien an einen vom Verwaltungsrathe zu genehmigenden Zessionaren erfolge, widrigenfalls die Aktien vom Verwaltungsrathe als entkräftet ausgeschrieben und an deren Stelle neue Titel ausgegeben werden. Der Erlös wird nach Abzug der Kosten aushingegeben.

## Organisation.

§ 14. Die Organe der Gesellschaft sind: a. Die Generalversammlung. b. Der Verwaltungsrath. c. Der Ausschuß. d. Die Direction.

### A. Generalversammlung.

§ 15. Die Generalversammlung der Aktionäre vertritt die Gesellschaft; ihre statutengemäßen Beschlüsse haben für alle Aktien rechtsverbindliche Kraft. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich im April in Zürich statt; zum ersten Mal im April 1871. Außerordentlich wird dieselbe einberufen durch Beschluß des Verwaltungsrathes oder auf schriftliches motivirtes Begehren von wenigstens 25 Aktionären, die zusammen mindestens 400 Aktien vertreten, in welch' letzterem Falle die Generalversammlung innerhalb 6 Wochen einzuberufen ist.

§ 16. Die Einladungen zu den Generalversammlungen haben schriftlich durch den Verwaltungsrath zu geschehen, spätestens drei Wochen vor dem Versammlungstage und unter Bezeichnung der Verhandlungsgegenstände.

§ 17. Stimmberechtigt in der Generalversammlung sind die im Register der Gesellschaft eingetragenen Eigenthümer der Aktien. Das Stimmrecht wird vom Aktionär persönlich ausgeübt oder durch Uebertrag mitelst schriftlicher Vollmacht an einen andern Aktionär. Jede Aktie berechtigt zu 1 Stimme; Niemand soll jedoch mehr als 50 Stimmen geltend machen können.

§ 18. Zur Beschlußfähigkeit der Generalversammlung ist die Anwesenheit von wenigstens 25 Aktionären erforderlich, die zusammen mindestens 400 Aktien repräsentiren. Die Beschlüsse und Wahlen erfolgen mit Stimmenmehrheit, bei gleichen Stimmen entscheidet der Präsident.

§ 19. Kommt keine Generalversammlung in beschlußfähiger Zahl zu Stande, so ist unter Angabe dieses Grundes innert vier Wochen eine neue Generalversammlung einberufen, welche an die Beschränkungen des § 18 nicht mehr gebunden ist und ihre Beschlüsse rechtsgültig mit einfacher Mehrheit der vertretenen Stimmen faßt.

§ 20. Der Präsident des Verwaltungsrathes (in dessen Verhinderung ein Vizepräsident) führt den Vorsitz in der Generalversammlung. Das Protokoll führt

in der Regel ein Subdirektor. Die Stimmenzähler wählt die Versammlung durch offenes Handmehr. Das Protokoll wird von allen diesen Funktionären unterzeichnet.

§ 21. Der Generalversammlung kommt zu: a. Prüfung des Geschäftsberichtes und Abnahme der Jahresrechnung, auf Grundlage eines schriftlichen Berichtes von zwei Rechnungsrevisoren, die fürs erste Jahr vom Verwaltungsrath, in den folgenden Jahren jeweilen von der Generalversammlung gewählt werden. b. Festsetzung der Dividende. c. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes. d. Schlußnahme über Anträge des Verwaltungsrathes. e. Dekretirung von weitern Einzahlungen auf den Aktien. f. Ankauf von Geschäftslokalen. g. Abänderung der Statuten und Auflösung der Gesellschaft. Anträge, welche von mindestens 10 Aktionären und spätestens vier Wochen vor dem Tage der Generalversammlung schriftlich eingereicht werden, müssen der Generalversammlung mit dem Gutachten des Verwaltungsrathes vorgelegt werden. In der Generalversammlung können Anträge über neue Gegenstände wohl sofort in Diskussion gezogen werden; die Entscheidung darüber kann aber erst in der nächsten Versammlung, nach Begutachtung durch den Verwaltungsrath, erfolgen.

## B. Verwaltungsrath.

§ 22. Die oberste Leitung der Gesellschaft wird einem Verwaltungsrath von 9 Mitgliedern übertragen, welche nebst 3 Suppleanten die Generalversammlung auf die Dauer von 3 Jahren wählt. — Bei Erledigungen in der Zwischenzeit ergänzt sich der Verwaltungsrath aus der Zahl der Suppleanten. Die so Gewählten treten hinsichtlich der Amtsdauer ganz an die Stelle ihrer Vorgänger. Für die erste Amtsdauer von 3 Jahren wählt das Gründungskomitee den Verwaltungsrath, sammt Suppleanten. Nachher treten, durch's Loos bestimmt, alljährlich ein Drittheil der Mitglieder aus; sie können aber sofort wiedergewählt werden.

§ 23. Jedes Mitglied resp. Suppleant des Verwaltungsrathes hat 10 Aktien ins Archiv der Gesellschaft niederzulegen und darf über dieselben während seiner Amtsdauer nicht verfügen.

§ 24. Der Verwaltungsrath wählt den Präsidenten und zwei Vizepräsidenten aus seiner Mitte, je auf ein Jahr. Das Protokoll führt ein Subdirector und es ist dasselbe vom Ausschusse zu genehmigen.

§ 25. Der Verwaltungsrath versammelt sich auf die Einladung seines Präsidenten alle 3 Monate; außerordentlich, so oft die Geschäfte es erfordern, oder auf Verlangen dreier Mitglieder oder des Direktors. Für gültige Schlußnahmen ist die Anwesenheit von mindestens 7 Mitgliedern resp. Suppleanten erforderlich; bei gleichen Stimmen entscheidet der Präsident.

§ 26. Dem Verwaltungsrathe kommen in der obersten Geschäftsleitung folgende Befugnisse und Pflichten zu: a. Bestimmung der Termine für die Aktieneinzahlungen (§§ 7 und 11). b. Genehmigung von Aktienübertragungen. c. Wahl der Mitglieder und Suppleanten in den Ausschuß. d. Wahl und Entlassung des Directors sowie der beiden Subdirectoren. e. Die Festsetzung ihrer Gehalte und Cautionen, der Sitzungs- und Reisegelder, die Vertheilung der Tantieme. f. Die Aufstellung des Geschäftsreglements für den Ausschuß. g. Bestimmung der Grundsätze für die Gelderanlage. h. Bestimmung der allgemeinen Grundsätze für Versicherungen und Rückversicherungen und Festsetzung des Maximums des eigenen Risikos auf Einem Fahrzeug. i. Entgegennahme der regelmäßigen Berichte des Ausschusses über den Geschäftsgang und Entscheidung diesfälliger Anträge. k. Vorlage des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung an die General-Versammlung, mit Antrag über die Höhe des Jahresgewinnes und der Dividende.

## C. Ausschuß.

§ 27. Der Ausschuß besteht aus dem Präsidenten und den zwei Vicepräsidenten des Verwaltungsrathes, welch' letztere nebst Suppleanten vom Verwaltungsrathe jeweilen auf ein Jahr gewählt werden. Das Protokoll führt ein Subdirektor.

§ 28. Der Ausschuß hat die Oberleitung und übt im Allgemeinen die nächste Aufsicht über die Geschäftsführung der Direction; speziell kommt ihm zu: a. Die Aufstellung des Reglements für die Direktion. b. Die Genehmigung der Gelderanlagen. c. Die Wahl und Entlassung der Angestellten, auf den Vorschlag des Direktors. d. Die Aufstellung des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung. e. Die Genehmigung von Anträgen der Direktion über Erwerb von Konzessionen, sowie über Bestellung und Aufhebung von Agenturen. f. Die Kontrasignatur aller Aktenstücke der Direktion im Sinne von § 33. g. Die Begutachtung aller ihm vom Verwaltungsrathe zugewiesenen Fragen, sowie der von der Direction zu Händen des Verwaltungsrathes vorgelegten Anträge. h. Die Miethe von Geschäftslokalen. i. Die Verifikation der Bücher, Kassen und des Archivs.

§ 29. Die Schlußnahmen des Ausschusses müssen einstimmig erfolgen; bei getheilten Stimmen hat der Ausschuß die Sache dem Verwaltungsrathe zur Entscheidung vorzulegen.

## D. Direktion.

§ 30. Die Direktion besteht aus einem Direktor und zwei Subdirektoren. Sie werden vom Verwaltungsrathe gewählt und ihre Gehalte, Kautionen und Amtsdauer durch Vertrag regulirt.

§ 31. Die Direktion besorgt auf Grundlage des Reglements und unter der Oberleitung und Aufsicht des Ausschusses, resp. des Verwaltungsrathes, die eigentliche Geschäftsführung nach den Anordnungen des Direktors.

§ 32. Der Direktor oder in dessen Verhinderung sein Stellvertreter wohnt in der Regel den Sitzungen des Ausschusses und des Verwaltungsrathes bei, mit berathender Stimme.

§ 33. Alle von der Direktion ausgehenden und für die Gesellschaft verbindlichen Urkunden (mit Ausnahme der Policen) bedürfen der Unterschrift des Direktors resp. seines Stellvertreters sowie der Kontrasignatur eines Mitgliedes des Ausschusses. — Die Policen tragen die Unterschrift des Direktors oder seines Stellvertreters.

### Jahresrechnung und Gewinn.

§ 34. Die Jahresrechnung wird auf den 31. Dezember abgeschlossen. In der Bilanz sollen: a. Die Prämien, deren Risiko noch nicht abgelaufen ist, ins folgende Jahr übertragen werden. b. Die am 31. Dezember noch nicht regulirten Schäden im vollen angemeldeten Betrage als Passivum aufgenommen werden.

§ 35. Aus dem Reingewinn der Jahresrechnung wird zunächst der eingezahlte Betrag der Aktien mit 5% verzinset. Von dem noch bleibenden Reste des Jahrgewinnes kommen 20% als Tantième dem Verwaltungsrath, Ausschuß und der Direktion zu. 40 % als Dividende den Aktien. 40 % dem Reservefonds.

§ 36. Den Versicherten kann mit dem Anwachsen des Reservefonds ein Gewinnesantheil eingeräumt werden. Die Generalversammlung bezeichnet den Zeitpunkt hierfür und der Verwaltungsrath trifft dannzumal die näheren Bestimmungen.

### Auflösung der Gesellschaft.

§ 37. Die Auflösung der Gesellschaft kann von der Generalversammlung jederzeit beschlossen werden. Die Auflösung muß erfolgen, wenn der Reservefond und 40 % des Aktienkapitals verloren sind. Im Falle der Auflösung wählt die Generalversammlung eine Liquidationskommission. Es dürfen keine neuen Versicherungen mehr abgeschlossen werden, und eine Vertheilung von allfälligen Aktiven sowie die Rückgabe der Obligationen an die Aktionäre kann erst erfolgen, nachdem die sämmtlichen Risikos ausgetragen sind.

### Verfahren bei Streitigkeiten.

§ 38. Alle Gesellschaftsstreitigkeiten zwischen den Aktionären und der Gesellschaft, resp. ihren Organen, ferner zwischen dem Verwaltungsrathe und dem Ausschusse oder der Direktion, oder zwischen Mitgliedern dieser Kollegien sollen durch das Zürich'sche Handelsgericht oder in Ermangelung durch ein Schiedsgericht am Sitze der Gesellschaft erledigt werden.

§ 39. Im letztern Fall wählt jede Partei zwei Schiedsrichter und diese den Obmann. Können sie sich darüber nicht verständigen, so ist der Obmann durch das Präsidium des Zürich'schen Obergerichts zu bezeichnen. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig.

Zürich, den 15. Herbstmonat 1869.

**J. C. Eschmer-Bodmer** in Zürich, **H. Hürlimann-Zürcher** vom Hause H. von Johannes Hürlimann in Richtersweil, **Ch. Ringwald-Bölger** in Basel, **J. Fierz** vom Hause Suremann und Comp. in Meilen, **Raschle-Ritter** vom Hause J. Rud. Raschle und Comp. in Wattwyl, **Abegg-Arter** vom Hause Rübel und Abegg in Zürich, **Streuli-Hüni** vom Hause Baumann und Streuli in Horgen, **Rob. Schwarzenbach** vom Hause J. Schwarzenbach-Landis in Thalweil, **Friedrich Duden** in Zürich, **Daniel Jenny** vom Hause Barth. Jenny und Comp. in Glarus, **Adolf Guyer-Zeller** in Neuthal bei Bauma, **Jenny-Zwicky** vom Hause Jenny und Comp. in Glarus, **Jean Heer** vom Hause Johannes Heer in Glarus, **Johs. Wild-Sieber** in Zürich, **Bertschinger-Amsler** in Lenzburg, **Syz-Landis** in Zürich, **J. J. Trümpler-Vogel** in Zürich, **H. Bebie** in Ruppersweil, **Julius Stapfer** vom Hause Joh. Stapfer Söhne in Horgen, **Julius Weber** in Zürich, **Schweizerische Kredit-Anstalt** in Zürich.

### Der Regierungsrath

hat, nach Einsicht eines Antrages der Direktion der Finanzen und der Handelskammer, in Anwendung des § 22 des privatrechtlichen Gesetzbuches, beschlossen:

I. Den Statuten der Aktien-Gesellschaft „Schweiz", Transportversicherungs-Gesellschaft in Zürich, wird die Genehmigung ertheilt.

II. Von den Statuten sind zwei Exemplare auf Stempelpapier anzufertigen und mit den Originalunterschriften zu versehen; das eine Exemplar ist im Archiv der Handelskammer aufzubewahren, das andere der Gesellschaft zuzustellen.

III. Gegenwärtiger Beschluß soll sämmtlichen Abschriften oder Abdrücken der Statuten beigesetzt und nebst den letzteren in das Amtsblatt eingerückt werden.

Zürich, den 9. Weinmonat 1869.

Vor dem Regierungsrathe:
Der erste Staatsschreiber:
**Keller.**

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. **26** des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

Nachdem ich Seitens der Königl. Preußischen Regierung in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 14. Juni c. zum Commissarius für die Regelung der Entschädigungsverhältnisse der aus Frankreich vertriebenen Preußischen Unterthanen ernannt worden, fordere ich alle diejenigen ausgewiesenen Preußen, welche ihre eventuellen Entschädigungsansprüche noch nicht bei dem Reichskanzler-Amte, bei Preußischen Behörden oder bei dem hierselbst zur Wahrung der Rechte der Ausgewiesenen gebildeten Comitee angemeldet haben, auf, bei Vermeidung des Verlustes ihrer Ansprüche mir diese Meldungen bis **incl. 12. Juli c.** direkt zugehen zu lassen. In den Anmeldungen ist, falls dies noch nicht geschehen sein sollte, die Kopfzahl der Familie des Anmeldenden anzugeben, da hiernach die Entschädigungsgelder auf die einzelnen Staaten vertheilt werden sollen. Die geehrten Behörden, bei denen Anmeldungen erfolgt sind, ersuche ich ergebenst, mir dieselben innerhalb obiger Frist ebenfalls zu übersenden.

Da viele Ausgewiesene sich bereits in der Lage befinden werden, zu übersehen, inwieweit der von ihnen angemeldete Schaden sich verringert, so wird es die ganze Regulirung wesentlich erleichtern, wenn mir die Mittheilungen über die Reduction der angemeldeten Ansprüche so bald als möglich zugehen.

Berlin, den 25. Juni 1871.

**(gez.) von Wurmb,**
Polizei-Präsident.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 27. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 7. Juli 1871. Bydgoszcz, dnia 7. Lipca 1871.


Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

478 Das 24. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 651. Gesetz, betreffend die Redaction des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund als Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Vom 15. Mai 1871.

Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 24. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 651. Prawo, dotyczące redakcyi Kodeksu Karnego dla Związku północno-niemieckiego jako Kodeksu Karnego dla Państwa Niemieckiego. Z 15. Maja 1871.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

479 Bekanntmachung,

betreffend die Ersatzleistung für die präkludirten Kassenanweisungen von 1835 und Darlehnskassenscheine.

Durch unsere wiederholt veröffentlichten Bekanntmachungen sind die Besitzer von Kassenanweisungen von 1835 und von Darlehnskassenscheinen von 1848 aufgefordert, solche Behufs der Ersatzleistung an die Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße Nr. 92, oder an eine der Königlichen Regierungs-Hauptkassen einzureichen.

Da dessenungeachtet ein großer Theil dieser Papiere nicht eingegangen ist, so werden die Besitzer derselben nochmals an deren Einreichung erinnert.

Zugleich werden diejenigen Personen, welche dergleichen Papiere nach dem Ablaufe des auf den 1. Juni 1855 festgesetzt gewesenen, durch das Gesetz vom 15. April 1857 unwirksam gemachten Präklusivtermins an uns, die Controle der Staatspapiere oder die Provinzial-, Kreis- oder Lokal-Kassen abgeliefert und den Ersatz dafür noch nicht empfangen haben, wiederholt veranlaßt, solchen bei der Controle der Staatspapiere oder bei einer der Regierungs-Hauptkassen gegen Rückgabe der ihnen ertheilten Empfangsscheine oder Bescheide in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 9. Juni 1868.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 16. Juni 1868.

Königl. Regierung.

Obwieszczenie,

tyczące się wynagrodzenia za przedawnione asygnacye kasowe z roku 1835 i za bilety kasy pożyczkowéj.

Obwieszczeniami naszemi powtórnie ogłoszonemi wezwano posiadaczy asygnacyów kasowych z roku 1835 i biletów kasy pożyczki z roku 1848, aby dla wynagrodzenia takowe wręczali kontroli papierów rządowych tu w miejscu (Oranien ulica 92) albo któréj Królewskiéj kasie głównéj regencyjnéj.

Ponieważ wielka część tych papierów mimo to nie nadeszła, przypomina się więc posiadaczom tychże raz jeszcze, aby je nadesłali.

Również zaleca się powtórnie osobom, którym podobne papiery odesłały do nas, do kontroli papierów rządowych lub do kas prowincyalnych, powiatowych lub miejscowych po upłynieniu terminu przedawniającego, na dzień 1. Czerwca 1855 ustanowionego, prawem z dnia 15. Kwietnia 1857 unieważnionego a wynagrodzenia za nie jeszcze nie odebrały, aby takowe wynagrodzenie odbierały z kontroli papierów rządowych albo z któréj kasy głównéj regencyjnéj zwracając dane im certyfikaty lub rezolucye.

Berlin, dnia 9. Czerwca 1868.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomomości.

Bydgoszcz, dnia 16. Czerwca 1868.

Królewska Rejencya.

480 Aufforderung

zur Bewerbung um die Stipendien der „Jacob Saling'schen Stiftung."

Aus der unter dem Namen „Jacob Saling'sche Stiftung" für Studirende der Königlichen Gewerbe-Akademie in Berlin begründeten Stipendien-Stiftung sind vom 1. October d. J. ab zwei Stipendien — jedes in Höhe von 200 Thlr. — zu vergeben. Nach dem durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam vom 9. Dezember 1864 veröffentlichten Statute sind diese Stipendien von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an bedürftige, fähige und fleißige, dem Preußischen Staatsverbande angehörige Studirende der genannten Anstalt auf die Dauer von drei Jahren unter denselben Bedingungen zu verleihen, unter welchen die Staatsstipendien an Studirende dieser Anstalt bewilligt werden

Es können daher nur solche Bewerber zugelassen werden, welchen, wenn sie die Abgangsprüfung auf einer Gewerbeschule abgelegt haben, das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ zu Theil geworden ist, oder wenn sie von einer Realschule oder einem Gymnasium mit dem Zeugniß der Reife versehen sind, zugleich nachzuweisen vermögen, daß sie sich durch vorzügliche Leistungen und hervorragende Fähigkeiten ausgezeichnet haben.

Bewerber um die vom 1. October d. J. an zu vergebenden zwei Stipendien werden aufgefordert, ihre desfallsigen Gesuche bis zum 1. August d. J. an die unterzeichnete Königliche Regierung zu richten.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1) der Geburtsschein,
2) ein Gesundheitsattest, in welchem ausgedrückt sein muß, daß der Bewerber die körperliche Tüchtigkeit für die praktische Ausbildung des von ihm gewählten Gewerbes und für die Anstrengungen des Unterrichts in der Anstalt besitze,
3) ein Zeugniß der Reife von einer zu Entlassungsprüfungen berechtigten Gewerbe- oder Realschule oder von einem Gymnasium,
4) die über die etwaige praktische Ausbildung des Bewerbers sprechenden Zeugnisse,
5) ein Führungs-Attest,
6) ein Zeugniß der Ortsbehörde resp. des Vormundschafts-Gerichts über die Bedürftigkeit, mit spezieller Angabe der Vermögens-Verhältnisse des Bewerbers,
7) die über die militairischen Verhältnisse des Bewerbers sprechenden Papiere, aus welchen hervorgehen muß, daß die Ableistung seiner Militairpflicht keine Unterbrechung des Unterrichtes herbeiführen werde,
8) falls der Bewerber bereits Studirender der Gewerbe-Akademie ist, ein von dem Direktor der Anstalt auszustellendes Attest über Fleiß, Fortschritte und Fähigkeiten des Bewerbers.

Bromberg, den 23. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**481** Bekanntmachung.

Von den betreffenden Herren Ministern ist, unter Aufhebung der entgegenstehenden Vorschrift, bestimmt worden, daß auch die Anträge auf Ertheilung von Gewerbescheinen zum Ankauf roher Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, des Garten- und Obstbaues (§ 55 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869) in den drei ersten Gewerbesteuer-Abtheilungen künftig nicht mehr an die Gemeindebehörden, sondern ebenfalls an die Polizeibehörden zu richten und von diesen weiter zu befördern sind.

Dies bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 27. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**482** Bekanntmachung.

Alle Aerzte, Seelsorger, Krankenträger, Krankenwärter, Frauen und Jungfrauen, welche im ordnungsmäßigen Dienst der freiwilligen Krankenpflege während des Krieges 1870/71 auf den Gefechtsfeldern oder in den in Feindesland etablirten Kriegs-Lazarethen bis zum 2. März d. J. thätig gewesen sind, und denen durch Allerhöchsten Erlaß vom 22. Mai d. J. ad Nr. 2 (Deutscher Reichs- und Königl. Preuß. Staats-Anzeiger Nr. 28 S. 517, 518) der Anspruch auf die Kriegsdenkmünze für Nichtkombattanten verliehen worden ist, werden, sofern sie nicht durch Art. 4 des Statuts vom 20. Mai, betreffend die Stiftung einer Kriegsdenkmünze für die Feldzüge 1870/71, von der Verleihung ausgeschlossen sind, hierdurch aufgefordert, ihren Anspruch unter Einreichung der denselben begründenden Zeugnisse bei demjenigen Landes-, Provinzial- und Bezirks-Delegirten, in dessen Delegationsbezirk ihr Wohnort liegt und bei dem Bureau des unterzeichneten Königl. Kommissars (Leipziger Straße Nr. 3), wenn sie ihren ständigen Aufenthalt in Berlin haben, baldmöglichst anzumelden.

Die Johanniter- und Malteser-Ritter werden ersucht, ihre Anmeldungen durch den Kanzler des Johanniter-Ordens beziehentlich durch die Präsidenten der Johanniter-Malteser-Ritter des Rheinlandes und Westfalens und der Genossenschaft der Schlesischen Malteser an mich gelangen zu lassen.

Berlin, den 18. Juni 1871.

Der Königl. Kommissar und Militair-Inspecteur der freiwilligen Krankenpflege.

**Fürst von Pleß.**

**483** Bekanntmachung.

Ausdehnung der Fahrpostbeförderung auf alle Postorte des Elsaß und Lothringens.

Vom 1. Juli d. J. ab können Packete ohne Werthangabe und Packete mit Werthangabe (Geld- und Werthsendungen) bis zu dem üblichen Maximalgewicht von 100 Pfund auch nach solchen Orten des Elsaß und Lothringens zur Postbeförderung angenommen werden, welche nicht an der Eisenbahn belegen sind.

Die Taxen sind den bisherigen Taxen für Sendungen nach Orten an der Eisenbahn gleich.

Berlin, den 25. Juni 1871. General-Postamt. J. V.: **Wiebe.**

**484** Bekanntmachung.

Postverkehr der im Elsaß und in Lothringen in Garnison stehenden Truppen.

Nachdem die im Elsaß und in Lothringen stehenden Norddeutschen Truppen des 15. Armee-Corps demobil gemacht sind, hat die denselben für ihre Postsendungen auf Grund der Dienst-Ordnung für die Feldpost-Anstalten bisher gewährte Portofreiheit aufgehört. Dagegen werden in analoger Anwendung der für Norddeutschland bestehenden Vorschriften über die Portovergünstigungen der Truppen in Friedenszeiten befördert, und zwar **an** die in Reih' und Glied stehenden Soldaten bis zum Feldwebel oder Wachtmeister einschließlich aufwärts:

a) gewöhnliche Briefe bis zum Gewichte von 4 Loth einschließlich portofrei,
b) Postanweisungen über Beträge bis 5 Thlr. einschließlich gegen ein bei der Einlieferung zu entrichtendes Porto von 1 Sgr. bezw. 3 Kr. oder 10 Cts., und
c) Packete ohne Werthangabe bis zum Gewichte von 6 Pfd. einschließlich, sofern dieselben bei einer Postanstalt im Elsaß oder in Lothringen zur Post geliefert sind, gegen ein ermäßigtes Porto von 25 Cts. für jedes Stück.

Zur Erlangung dieser Portovergünstigungen müssen die Briefe, bezw. die Postanweisungen oder Begleitbriefe mit dem Vermerke: „Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers" versehen sein.

Alle Sendungen **von** Soldaten ꝛc., sowie diejenigen an Soldaten gerichteten Sendungen, welche nicht zu einer der unter a. bis c. vorstehend aufgeführten Kategorien gehören, unterliegen der vollen Portozahlung. Auch kommen die Portovergünstigungen zu a., b. und c. nicht in Anwendung, wenn die Sendungen an beurlaubte Militairs oder an einjährig Freiwillige gerichtet sind.

Zu weiterer Erleichterung des Verkehrs mit den im Elsaß und in Lothringen stehenden nicht mobilen Truppen wird nachgegeben, daß, so lange ein besonderer Beförderungsdienst für Feldpost-Privatpäckereien an die in Frankreich zurückbleibenden, zur Occupations-Armee gehörigen Deutschen Truppen besteht, mit diesen Transporten auch Privatpäckereien aus Norddeutschland für die ersterwähnten immobilen Truppen unter den für die Feldpost-Privatpäckereien vorgeschriebenen Bedingungen befördert werden können.

Da die demobil gemachten Truppen des 15. Armee-Corps im Elsaß und in Lothringen feste Friedensgarnisonen bezogen haben, die betreffenden Postsendungen daher nicht mehr auf die Postsammelstellen, sondern Behufs größerer Beschleunigung direkt nach jenen Garnisonorten zu leiten sind, so ist es erforderlich, **daß von jetzt ab auf den Adressen aller, an immobile Truppen im Elsaß und in Lothringen gerichteten Postsendungen der Bestimmungsort genau bezeichnet werde.**

Berlin, den 28. Juni 1871. General-Postamt. J. V.: **Wiebe.**

**485** Bekanntmachung.

Der Pfarrer Herr Schulz aus Revier, Diöces Gnesen, ist zum evangelischen Pfarrer der Gemeinde Sadke-Debenke-Radsitz in Sadke, Diöces Lobsens, berufen und am 11. d. M. in sein neues Pfarramt feierlich eingeführt worden.

Posen, den 20. Juni 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**486** Bekanntmachung.

In Bezug auf die Art und Weise der Verwendung der Bundesstempelmarken zu Wechseln und den dem Wechselstempel unterworfenen Papieren ist vorgeschrieben Nr. II. unter 1 und 2 der Bekanntmachung vom 13. December 1869 — Bundesgesetzbl. pro 1869 Seite 692, — daß die Marken nicht auf die Vorderseite der Urkunde, sondern auf deren Rückseite, und zwar wenn letztere noch unbeschrieben ist, am oberen Rande, anderenfalls unmittelbar unter dem letzten Vermerk (Indossament) dergestalt aufzukleben sind, daß oberhalb der Marke kein zur Niederschreibung eines Vermerks (Indossaments, Blankoindossaments ꝛc.) hinreichender Raum übrig bleibt, oder wenn die Breite der Rückseite durch die aufgeklebten Marken nicht ausgefüllt wird, der zur Seite oder zu beiden Seiten der Marke bleibende leere Raum in der Höhe der Marke dergestalt zu durchkreuzen ist, daß zu einem Indossament oder sonstigen Vermerken neben der Marke kein Raum bleibt, sowie daß in jeder einzelnen der aufgeklebten Marken mindestens die Anfangsbuchstaben des Wohnorts und des Namens, bezw. der

Obwieszczenie.

Względem sposobu używania marek związkowo-stemplowych do weksli i papierów stemplowi wekslowemu ulegających, przepisanem jest w No. II. pod 1 i 2 ustempem obwieszczenia z dnia 13. Grudnia 1869 (Zbiór praw związkowych z roku 1869 Str. 692) że marki mają być nie na przedniéj stronie dokumentu, lecz na jego odwrotnéj stronie, i to, jeżeli takowa jeszcze nie jest zapisaną, na górnym marginesie, w przeciwnym zaś razie tuż pod ostatnim przypiskiem (indosament) tak przylepione, iżby ponad marką nie pozostało żadnego do umieszczenia jakiegokolwiek przypisku (indosament, blanko-indosament i t. d.) wystarczającego miejsca, albo jeżeli szerokość strony odwrotnéj nie będzie zapełnioną przylepionemi markami, wtedy pozostałe po jednéj lub obu stronach marki wolne miejsce powinno być w ten sposób przekreślonem, iżby się ani indosament ani też inny jaki przypisek obok marki nie dał umieścić, jako też, że na każdéj kolwiek przylepionéj marce muszą być

Firma desjenigen, der die Marke verwendet und das Datum der Verwendung (in Ziffern) mittelst deutlicher Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern) ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschrift niedergeschrieben sein müssen.

Werden diese Vorschriften nicht in allen einzelnen Punkten streng beobachtet, so gelten die Marken nicht nur als nicht verwendet, sondern es ist außerdem die Stempelstrafe verwirkt, welche in dem 50fachen Betrage des Stempels besteht.

Da gegen die obengedachten Vorschriften noch vielfach gefehlt wird, so werden dieselben, um das betheiligte Publikum vor Nachtheilen zu bewahren, hiermit wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 27. Juni 1871.

Der Provinzial-Steuer-Director.

przynajmniéj litery początkowe miejsca zamieszkania i nazwiska, a w danym razie i firmy tego, który marki używa, okok daty użycia jéj (cyframi) i to jaknajwyraźniéj (literami i cyframi) bez wszelkiego wyskrobywania, przekreślenia lub nadpisu, wypisane.

Jeżeli przepisy te we wszystkich wyżéj podanych punktach ściśle nie będą zachowane, wtedy nie tylko, że marki uważać się będą za nie użyte, ale prócz tego i kara stemplowa w kwocie piećdziesięcio-razowego stempla, spotyka niestósujących się do powyższego przepisu.

Ponieważ przeciw wzwyż wzmiankowanym przepisom jeszcze wielokrotnie uchybianem bywa, przeto aby zainteresowaną publiczność zachować od straty, podają się takowe powtórnie do wiadomości powszechnéj.

Poznań, dnia 27. Czerwca 1871.

Prowincyalny dyrektor poborów.

**487** Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wegen der gegenwärtigen größeren Truppenbeförderungen die für den Gütertransport auf der Ostbahn geltenden Lieferfristen bis auf Weiteres für den Frachtgutverkehr um 6 Tage sowohl im Lokal- als Verband-Verkehre verlänget werden.

Bromberg, den 28. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

Bekanntmachung.

**488** Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 1. Mai c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß hinsichtlich der nach Stationen jenseits Berlin bestimmten Frachtgüter die reglementsmäßigen Lieferfristen für den Transport auf der Ostbahn bis incl. 10. Juli c. verdoppelt worden sind.

Bromberg, den 30. Juni 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**489** Der provisorische Lehrer Gregor Stürmer an der katholischen Schule in Michalinowo, Kreis Inowraclaw, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**490** Der Hebamme Emilie Steinke ist der Hebammenbezirk Starenzynek, Kreises Wongrowitz, mit dem Wohnorte Turza, verliehen, und die Hebamme Cäcilie Bernstein hat sich in Janowiec niedergelassen.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**491** Der Schulamtskandibat Berthold Gutzeit ist als ordentlicher Lehrer und der Schulamtskandidat Rudolph Buchholz ist als wissenschaftlicher Hülfslehrer an der Realschule zu Bromberg angestellt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 27.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 28. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 14. Juli 1871. Bydgoszcz, dnia 14. Lipca 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**492** Das 25. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 652. Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken ꝛc. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen. Vom 7. Juni 1871.

Nr. 653. Gesetz, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien. Vom 8. Juni 1871.

Nr. 654. Gesetz, betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche. Vom 9. Juni 1871.

Nr. 655. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Konsul des Norddeutschen Bundes L. Hoyack in Amsterdam, sowie den Konsul des Norddeutschen Bundes und Hessischen Konsul J. W. Bunge in Rotterdam zu Konsuln des Deutschen Reichs; ferner den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes J. H. van Loon in Harlingen, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes W. H. Bruno Bok in Texel und den Verweser des Vizekonsulats des Norddeutschen Bundes, Kaufmann E. Berghuys im Helder, zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 25. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 652. Prawo, tyczące się obowiązku do wynagradzania szkody za spowodowaną przy procederze kolei żelaznych, kopalni i t. d. śmierć i uszkodzenia cielesne. Z 7. Czerwca 1871.

No. 653. Prawo, tyczące się papierów na dzierżyciela z premiami. Z 8. Czerwca 1871.

No. 654. Prawo, tyczące się połączenia Alzacyi i Lotaryngii z Państwem Niemieckiem. Z 9. Czerwca 1871.

No. 655. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula Związku północno-niemieckiego L. Hoyack w Amsterdamie, jako też konsula Związku północno-niemieckiego i konsula Heskiego J. W. Bunge w Rotterdamie mianować konsulami Państwa Niemieckiego; daléj wicekonsula Związku północno-niemieckiego J. H. van Loon w Harlingen, wicekonsula Związku północno-niemieckiego W. H. Bruno Bok w Texel, i administratora wicekonsula Związku północno-niemieckiego, kupca E. Berghuys w Helder, wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**493** Das 15. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7822. Verordnung, betreffend die Errichtung von Bank-Komtoiren, Kommanditen und Agenturen im Elsaß und in Lothringen durch die Preußische Bank. Vom 10. Juni 1871.

Nr. 7823. Allerhöchster Erlaß vom 17. April 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreischaussee von Hundsfeld über Erlekretscham nach Kapitz.

Nr. 7824. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Trebnitzer Kreises im Betrage von 40,000 Thalern. Vom 17. April 1871.

Nr. 7825. Allerhöchster Erlaß vom 3. Juni 1871, betreffend die Allerhöchste Genehmigung eines

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 15. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7822. Rozporządzenie, tyczące się ustanowienia kantorów, komandyt i agentur bankowych w Alzacyi i Lotaryngii przez bank Pruski. Z 10. Czerwca 1871.

No. 7823. Najwyższe rozporządzenie z 17. Kwietnia 1871, tyczące się nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki powiatowéj z Hundsfeld na Erlekretscham do Kapitz.

No. 7824. Przywiléj względem wygotowania na dzierżyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Trzebnickiego w ilości 40,000 tal. Z 17. Kwietnia 1871.

No. 7825. Najwyższe rozporządzenie z 3. Czerwca 1871, tyczące się Najwyższego po-

Nachtrags zu den Statuten für die vereinigte landschaftliche Brandkasse in Hannover.

twierdzenia Dodatku do Statutów dla zjednoczonej kasy ogniowéj ziemskiéj w Hanowerze.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**494** Bekanntmachung.

Die Abänderungen des Statuts der **Liverpol & London & Globe Versicherungs-Gesellschaft,** deren Concession rc. in der Nr. 50 des diesseitigen Amtsblatts pro 1863 und deren Veränderungen in der Firma in den Nummern 17 und 31 des Amtsblatts pro 1866 abgedruckt sind, bringen wir in einer außerordentlichen Beilage zu dem vorliegenden Stücke unseres Amtsblatts hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 30. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**495** Bekanntmachung.

Die Abänderungen des Statuts der **North British and Mercantile Versicherungs-Gesellschaft,** deren Concession rc. in einer Beilage zur Nr. 6 des diesseitigen Amtsblatts pro 1864 abgedruckt ist, bringen wir in einer außerordentlichen Beilage zu dem vorliegenden Stücke unseres Amtsblatts hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 30. Juni 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**496** Von der General-Direction der Königlichen Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt in Berlin ist unterm 29. Januar 1859 eine Zusammenstellung aller derjenigen Bestimmungen erfolgt, welche bei Anträgen auf Aufnahme in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu beachten sind.

Die diesfällige Bekanntmachung ist in Nr. 7 unseres Amtsblatts pro 1859 aufgenommen und werden die betheiligten Beamten, welche der Anstalt beitreten wollen, auf dieselbe resp. auf die darin enthaltenen Bestimmungen hiermit aufmerksam gemacht, um sich vor Verzögerungen und unnöthigen Kosten zu bewahren.

Bromberg, den 1. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**497** Milzbrand.

Unter dem Rindvieh in Milcz-Hauland, Kreises Chodziesen, ist der Milzbrand ausgebrochen und deshalb dieser Ort und seine Feldmark für den Verkehr mit Rindvieh, Rauchfutter und Dünger gesperrt worden.

Bromberg, den 1. Juli 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Zapalenie śledziony.

W Milczu olędrach, w powiecie Chodzieskim, wybuchło pomiędzy rogatem bydłem zapalenie śledziony, w skutek czego miejsce to i jego pola dla rogatego bydła, ostréj paszy i nawozu stały się nieprzystępne.

Bydgoszcz, dnia 1. Lipca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**498** **Allerhöchster Landtags-Abschied** vom 8. Juni 1871.

**Wir Wilhelm,** von Gottes Gnaden König von Preußen rc. entbieten Unseren getreuen Ständen des Großherzogthums Posen Unseren gnädigsten Gruß und ertheilen hiermit auf die Uns vorgelegten Gutachten und Anträge des im Jahre 1868 versammelt gewesenen Provinzial-Landtages den nachstehenden Bescheid:

### I. Auf die gutachtlichen Erklärungen über die Propositionen:

**1. Grundsteuer-Unterstützungs-Fonds.**

Da Unsere getreuen Stände die ihnen zur Berathung vorgelegte Frage, ob für die Provinz Posen die Bildung eines oder mehrerer Grundsteuer-Unterstützungs-Fonds erfolgen solle, verneinend beantwortet und sich dafür entschieden haben, von der Bildung eines derartigen provinziellen Fonds Abstand zu nehmen, so ist dieser Gegenstand in Bezug auf die Provinz Posen als erledigt anzusehen.

**2. Korporations-Verpflichtungen der Juden im Großherzogthum Posen.**

Das von Unseren getreuen Ständen über den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 20 lit. d.

**Najwyższa odprawa sejmowa** z dnia 8. Czerwca 1871.

**My Wilhelm** z Bożéj łaski Król pruski i t. d. zasyłamy Naszym wiernym Stanom Wielkiego Księstwa Poznańskiego najłaskawsze pozdrowienie Nasze i udzielamy niniejszem na przedłożone Nam opinie i wnioski zebranego w roku 1868 Sejmu prowincyalnego następującą decyzyą:

### I. Na opinie o propozycyach:

**1. Względem funduszu dla remisyi podatku gruntowego i wsparć.**

Ponieważ Nasze wierne Stany na przedłożone im pod obradę zapytanie, czy dla prowincyi poznańskiéj ma być utworzony fundusz dla remisyi podatku gruntowego i wsparć, przecząco odpowiedziały i oświadczyły się za odstąpieniem od utworzenia takowego funduszu prowincyalnego, przeto ten przedmiot co do prowincyi poznańskiéj uważa się za załatwiony.

**2. Obowiązki korporacyjne żydów w Wielkiem Księstwie Poznańskiem.**

Opinia jaką Nasze wierne Stany zdały o projekcie do prawa względem odmiany § 20 lit. d.

der Verordnung über das Judenwesen im Großherzogthum Posen vom 1. Juni 1833 und der Allerhöchsten Ordre vom 24. Juni 1844, Behufs Beschränkung resp. Aufhebung der Ablösungspflicht der Juden im Großherzogthum von den Korporations-Verpflichtungen, abgegebene Gutachten hat durch die inzwischen unter dem 24. Mai 1869 (Gesetzsammlung Seite 838) erfolgte Publikation des Gesetzes seine Erledigung gefunden.

3. Annahme der Landgemeinde-Verfassung Seitens der Stadt Zydowo.

Dem Gutachten Unserer getreuen Stände entsprechend haben Wir mittelst Erlasses vom 5. April 1869 der Stadtgemeinde Zydowo, im Kreise Gnesen, die Annahme der Landgemeinde-Verfassung gestattet.

## II. Auf die ständischen Petitionen:

1. Verstärkung des Provinzial-Hülfskassen-Fonds durch Ueberweisung der dem älteren landschaftlichen Kredit-Vereine des Großherzogthums Posen als zinsfreier Vorschuß bewilligten Summe von 200,000 Thalern.

Dem von Unseren getreuen Ständen in der Petition vom 16. October 1868 gestellten Antrage, um Ueberweisung des dem Kredit-Vereine der Provinz Posen durch die Ordre vom 15. Dezember 1821 aus der Staatskasse gewährten Vorschusses von 200,000 Thalern an die Provinzial-Hülfskasse,

haben Wir, abgesehen davon daß nach der in dem Prozesse der Verwaltung des Staatsschatzes wider den alten landschaftlichen Kredit-Verein der Provinz Posen unter dem 22. October 1868 ergangenen Entscheidung dritter Instanz das Kapital erst zu Ende des Jahres 1877 disponibel wird, schon um deswillen nicht statt zu geben vermocht, weil es hierzu eines Gesetzes bedürfen würde, zur Herbeiführung eines solchen aber kein Anlaß vorliegt.

2. Provinzial-Hülfs-Kasse.

Die von Unseren getreuen Ständen
a) wegen Abänderung des Statuts der Provinzial-Hülfs-Kasse,
b) wegen Erwirkung eines Privilegii zur Kontrahirung einer Provinzial-Anleihe Behufs Verstärkung der Fonds der Provinzial-Hülfs-Kasse,

unter dem 16. und 21. Oktober 1868 gefaßten Beschlüsse resp. gestellten Anträge haben ihre Erledigung gefunden und zwar

ad a) durch den unter dem 11. April 1870 genehmigten, durch die Regierungs-Amtsblätter der Provinz publizirten Nachtrag zum Statute der Provinzial-Hülfs-Kasse vom 11. October 1852,

ad b) durch das unter dem 10. September 1869 (Gesetz-Sammlung Seite 1097) ertheilte Privilegium zur Ausfertigung auf den In-

rozporządzenia tyczącego się stósunków żydów w Wielkiem Księstwie Poznańskiem z dnia 1. Czerwca 1833 i Najwyższego rozkazu gabinetowego z dnia 24. Czerwca 1844 w celu ograniczenia resp. zniesienia obowiązku żydów w Wielkiem Księstwie Poznańskiem do wykupienia się od zobowiązań korporacyjnych, znalazła tymczasem swe załatwienie przez publikowanie prawa z dnia 24. Maja 1869 (w zbiorze praw na str. 838).

3. Przyjęcie ordynacyi gminy wiejskiéj przez miasto Żydowo.

Przychylając się do opinii Naszych wiernych Stanów udzieliliśmy rozporządzeniem z dnia 5. Kwietnia 1869 gminie miejskiéj Żydowo pozwolenie do przyjęcia ordynacyi gminy wiejskiéj.

## II. Na petycye stanów:

1. Względem powiększenia zasobów prowincyalnéj kasy zasiłkowéj przez przekazanie jéj sumy 200,000 tal., która jako pożyczka bezprocentowa starszemu towarzystwu ziemsko-kredytowemu Wielkiego Księstwa Poznańskiego udzieloną została.

Do postanowionego przez Nasze wierne stany w petycyi z dnia 16. Października 1868 wniosku o przekazanie prowincyalnéj kasie zasiłkowéj sumy 200,000 tal., która towarzystwu ziemsko-kredytowemu prowincyi poznańskiéj mocą rozporządzenia z dnia 15. Grudnia 1821 z kasy rządowéj jako pożyczka udzieloną została,

nie mogliśmy się przychylić; bo pominąwszy, że podług wyroku trzeciéj instancyi zapadłego pod dniem 22. Października 1868 w procesie zarządu skarbu państwa przeciw starszemu towarzystwu ziemsko kredytowemu prowincyi poznańskiéj rzeczony kapitał dopiero na końcu roku 1877 rozporządzalnym będzie, to i z téj przyczyny, że do tego potrzebnem byłoby wydanie prawa, do którego tu niemasz żadnego powodu.

2. Prowincyalna kasa zasiłkowa.

Ustanowione przez Nasze wierne stany dnia 16. i 21. Października 1868 uchwały resp. wnioski:
a) względem odmienienia statutu prowincyalnéj kasy zasiłkowéj,
b) względem uzyskania przywileju na zaciągnienie pożyczki prowincyalnéj w celu powiększenia funduszów prowincyalnéj kasy zasiłkowéj

znalazły swe załatwienie, a mianowicie:

ad a. przez zatwierdzony pod dniem 11. Kwietnia 1870 i w dziennikach urzędowych prowincyi poznańskiéj ogłoszony dodatek do statutu prowincyalnéj kasy zasiłkowéj z dnia 11. Października 1852,

ad b. przez udzielony pod dniem 10. Września 1869 (w zbiorze praw na str. 1097) przywiléj na wygotowanie na imię dzi-

haber lautender Obligationen der Provinz Posen Serie II. im Betrage von Einer Million Thaler.

Zu Urkund dieser Unserer gnädigsten Bescheidung haben wir den gegenwärtigen Landtagsabschied Höchsteigenhändig vollzogen und verbleiben Unseren getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben Berlin, den 8. Juni 1871.

gez. **Wilhelm.**

ggez. v. Bismarck. v. Roon. v. Mühler.
v. Selchow,
zugleich für den abwesenden Minister für Handel 2c.
Gr. Eulenburg. Camphausen.

Landtags-Abschied
für die im Jahre 1868 versammelt gewesenen Provinzial-Stände des Großherzogthums Posen.

## Allerhöchstes Propositions-Dekret
vom 8. Juni 1871.

**Wir Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. 2c. entbieten Unseren zum Provinzial-Landtage versammelten getreuen Ständen des Großherzogthums Posen Unseren gnädigsten Gruß und lassen ihnen folgende Propositionen zur Berathung und Erledigung zugehen:

1) Nach § 28 des Gesetzes vom 8. März d. J., betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz, bedarf die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in der Provinz Posen einer anderweiten Regelung. Wir lassen Unseren getreuen Ständen einen zu diesem Behufe aufgestellten Verordnungs-Entwurf nebst Motiven zugehen und sehen der Aeußerung Unserer getreuen Stände über diesen Entwurf entgegen.

2) In Gemäßheit des § 5 desselben Gesetzes ist ein für den Betrag der Erstattungsforderungen der Armenverbände maßgebender Tarif von Unserem Minister des Innern nach Anhörung der Provinzial-Vertretung aufzustellen. Der Entwurf eines solchen Tarifs wird Unseren getreuen Ständen durch den Landtags-Kommissarius zur Begutachtung vorgelegt werden.

3) Nach § 41 desselben Gesetzes werde Unseren getreuen Stände die Wahlen von drei Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern zu der für die Provinz Posen mit dem Sitze in der Stadt Posen zu errichtenden Deputation für das Heimathwesen zu vollziehen haben und werden Unseren getreuen Ständen die näheren Mittheilungen hierüber von Unserem Kommissarius gemacht werden.

4) Zu den der Provinz angehörigen Bezirks-Kommissionen für die klassificirte Einkommensteuer

rzyciela obligacyi prowincyi poznańskiéj seryi II. w ilości miliona talarów.

W dowód tych Naszych najłaskawszych decyzyi podpisaliśmy własnoręcznie niniejszą odprawę sejmową i zostajemy Naszym wiernym stanom w łasce przychylni.

Dan w Berlinie, dnia 8. Czerwca 1871.

podp. **Wilhelm.**

kontrasyg. v. Bismarck. v. Roon. v. Mühler,
v. Selchow,
zarazem za nieobecnego ministra handlu.
Hrabia Eulenburg, Camphausen.

Odprawa sejmowa
dla stanów prowincyalnych wielkiego księstwa poznańskiego zebranych w r. 1868 na Sejm prowincyalny.

## Najwyższy dekret propozycyjny
z dnia 8. Czerwca 1871.

**My Wilhelm** z Bożéj łaski Król pruski i t. d. zasyłamy Naszym na Sejm prowincyalny zebranym Stanom Wielkiego Księstwa poznańskiego Nasze najłaskawsze pozdrowienie i następujące przedłożyć im kazaliśmy propozycye pod obrady i celem ich załatwienia:

1) Podług § 28 prawa z dnia 8. Marca r. b. tyczącego się wykonania ustawy związkowéj względem wspomagania ubogich przez gminy, wymaga urządzenie i zarząd interesów ubóstwa krajowego i korygendów w prowincyi poznańskiéj innego uregulowania. Przesyłamy wiernym Stanom Naszym ułożony w tym celu projekt do rozporządzenia wraz z motywami i oczekujemy zdania Naszych wiernych Stanów o rzeczonym projekcie.

2) Stósownie do § 5 tego samego prawa ma nasz minister spraw wewnętrznych po wysłuchaniu reprezentacyi prowincyalnéj ułożyć taryfę normującą wysokość kosztów na wspomaganie ubogich, których zwrotu związki gminne domagać się mogą. Projekt do tejże taryfy przedłoży Naszym wiernym Stanom Nasz komisarz sejmowy celem zdania o nim opinii.

3) Podług § 41 tego samego prawa wybiorą Nasze wierne Stany trzech członków i tyluż zastępców do ustanowić się mającéj dla prowincyi poznańskiéj z siedliskiem w mieście Poznaniu deputacyi sprawdzającéj przynależność do gminy; bliższych wiadomości udzieli Naszym wiernym Stanom nasz komisarz sejmowy.

4) Do należących do prowincyi komisyi obwodowych względem oszacowania do ukla-

haben Unsere getreuen Stände neue Mitglieder und Stellvertreter in Gemäßheit des § 24 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 zu wählen.

Hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Bezirks-Kommissionen zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter, sowie hinsichtlich der übrigen bei den Wahlen zu beobachtenden Momente bewendet es bei den Vorschriften, nach welchen die früheren diesfälligen Wahlen stattgefunden haben und werden Unseren getreuen Ständen die Nachweisungen der einkommensteuerpflichtigen Einwohner der einzelnen Bezirke durch Unseren Kommissarius mitgetheilt werden.

5) Unsere getreuen Stände werden ferner, soweit nöthig, die Wahl des Ausschusses in Gemäßheit des § 5 Nr. 2 des Gesetzes wegen der Kriegsleistungen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 unter angemessener Betheiligung der einzelnen Stände zu bewirken haben.

6) Unsere getreuen Stände haben endlich mit Rücksicht auf die durch §§ 5 und 47 des Gesetzes vom 2. März 1850 in den Angelegenheiten der Rentenbank ihnen zugewiesene Mitwirkung und Kontrole, nach den näheren Mittheilungen, welche Unser Kommissarius machen wird, die Wahl von Abgeordneten und Stellvertretern vorzunehmen.

In Betreff der laufenden ständischen Verwaltung werden Unseren getreuen Ständen die nöthigen Mittheilungen durch Unseren Kommissarius zugehen.

Die Dauer des Provinzial-Landtages haben Wir auf drei Wochen bestimmt.

Wir verbleiben Unseren getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben Berlin, den 8. Juni 1871.

gez. **Wilhelm.**

ggez. v. Bismarck. v. Roon. v. Mühler.
v. Selchow,
zugleich für den abwesenden Minister für Handel rc.
Graf Eulenburg. Camphausen.

An
die zum Provinzial-Landtage versammelten Stände des Großherzogthums Posen.

Vorstehender Allerhöchster Landtags-Abschied und Allerhöchstes Propositions-Dekret werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 4. Juli 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

syfikowanego podatku dochodowego obiorą Nasze wierne Stany stósownie do § 24 ustawy z dnia 1. Maja 1851 r. nowych członków i zastępców.

Co do liczby członków i zastępców być obranymi do pojedyńczych kamisyi obwodowych, niemniéj pod względem innych jeszcze punktów, jakich przestrzegać przy wyborze należy, pozostaje przy przepisach, podług których dawniejsze odnośne odbywano wybory, a spisy mieszkańców w pojedyńczych obwodach do podatku dochodowego obowiązanych, udzieli Naszym wiernym Stanom Nasz komisarz.

5) Następnie wiernym Naszym Stanom przystąpić wypadnie, o ile potrzeba tego wymaga, do obrania Wydziału w myśl § 5 No. 2 ustawy z dnia 11. Maja 1851 r., tyczącéj się prestacyi wojennych i wynagrodzenia za takowe, a to przy stósownym współudziale pojedyńczych stanów.

6) Nasze wierne Stany, ze względu na współudział i kontrolę, jakie na mocy §§ 5 i 47 prawa z dnia 2. Marca 1850 r. w sprawach banku rentowego przekazane im zostały, uskutecznią podług bliższych uwiadomień, jakie Nasz komisarz im zrobi, wybór deputowanych i zastępców,

Co się tyczy bieżącego zarządu stanowego udzieli Naszym wiernym Stanom Nasz komisarz potrzebnych wiadomości.

Czas trwania Sejmu prowincyalnego ustanowiliśmy na trzy tygodnie.

Wiernym Naszym Stanom zostajemy w łasce Naszéj przychylni.

Dan w Berlinie, dnia 8. Czerwca 1871.

podp. **Wilhelm.**

kontrasyg. v. Bismarck. v. Roon. v. Mühler.
v. Selchow,
równocześnie za nieobecnego ministra handlu.
Hrabia Eulenburg. Camphausen.

Do
Stanów zebranych na Sejm prowincyalny Wielkiego Księstwa Poznańskiego.

Powyższą Najwyższą odprawę sejmową i Najwyższy dekret propozycyjny podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 4. Lipca 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**499** Bekanntmachung.

Die der Forstschaden-Versicherungs-Gesellschaft zu Landsberg a. W. unterm 16. Mai 1868 entheilte Concession zum Geschäftsbetriebe im ganzen Umfange des Preußischen Staats ist durch rechtskräftig gewordenen Plenar-Beschluß der Königlichen Regierung zu Frankfurt a. O. vom 1. April c. zurückgenommen und die Auflösung der Gesellschaft angeordnet worden.

Dies bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 8. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

500 **Bekanntmachung.**

Unter Bezugnahme auf unsere in den Nummern 33, 35 und 38 unseres Amtsblatts pro 1868 und in Nr. 9 und 37 desselben pro 1869 abgedruckte Bekanntmachung bringen wir hiermit in Erinnerung, daß am 1. October 1868 das auf Staatskosten neubegründete pomologische Institut zu Proskau bei Oppeln in Schlesien eröffnet worden ist. Diese Anstalt, welche ebensowohl wissenschaftliche wie practische Zwecke verfolgt, enthält einen ausgedehnten Obstmustergarten (Pflanzung von Stammbäumen in zahlreichen empfehlungswerthen Obstarten behufs der Sicherung richtiger Obstbenennungen und der Vertheilung richtig benannter Edelreiser) eine reiche Zahl von Formbäumen behufs Darstellung der verschiedensten neueren Kulturmethoden, eine Baumschule, eine Lehranstalt mit verschiedenen, sowohl für den rationellen Unterricht, als auch für die practische Unterweisung berechneten Lehrkursus, endlich eine wissenschaftlich begründete Versuchsstation.

Da eine andere Anstalt dieser Art, welche geeignet ist, zur Förderung der eben so nützlichen, als dem ästheriſchen Sinne zusagenden, bisher aber vielfach vernachlässigten und in ihrem hohen volkswirthschaftlichen Werthe nicht genügend erkannten Obstkultur erheblich beizutragen, bis jetzt in Norddeutschland nicht vorhanden ist, auch in diesem Umfange und mit so reicher Ausstattung nirgends in Deutschland besteht, so wird das Königliche pomologische Institut zu Proskau dem gärtnerischen und landwirthschaftlichen Publikum zur möglichst ausgedehnten Benutzung hierdurch wiederholt bestens empfohlen.

Die Statuten der Anstalt können bei den Königl. Landraths-Aemtern und bei den landwirthschaftlichen und Gartenbauvereinen eingesehen werden.

Das von den Zöglingen der vorzugsweise in Betracht kommenden Gartenschule (Lehranstalt für Nutzgärtnerei) zu entrichtende Unterrichtshonorar und die Wohnungsmiethe sind so niedrig gestellt, daß die Ausbildung an der gedachten Anstalt verhältnißmäßig nur geringe Opfer seitens der Eltern oder sonstigen Angehörigen der Eleven erheischt, zumal die Beköstigung von der Anstalt unentgeltlich gewährt wird.

Die Aufnahme der Schüler 2c. erfolgt zu Ostern und Michaeli. Anmeldungen sind an den Vorstand der Anstalt, Gartendirector Stoll zu richten.

Bromberg, den 8. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

501 **Bekanntmachung.**

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich, die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete **per Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr herausgestellt, wo ohne das Hülfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte 2c. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma 2c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwandeinlage, oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, Mai 1871. General-Postamt. **Stephan.**

502 **Bekanntmachung.**

Briefverkehr mit Rußland.

Bei Briefen nach Rußland ist es zur Sicherung der richtigen Spedition von Wichtigkeit, daß, wenn auf denselben der Bestimmungsort in Russischer Schrift ausgedrückt wird, die betreffende Angabe außerdem in Deutscher, Französischer oder Englischer Schreibweise erfolge, weil die Russischen Schriftzüge den Postanstalten nicht überall hinlänglich bekannt sind.

Auch muß bei Briefen nach weniger bekannten Orten Rußlands die Lage des Bestimmungsorts durch zusätzliche Angabe des Gouvernements 2c. außer Zweifel gestellt werden.

Berlin, den 3. Juli 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

503 **Bekanntmachung.**

Der 16. Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen hat in seiner Plenar-Sitzung vom

26. Juni 1871 auf Grund der bezüglichen Vorlage wegen des Etats für die Provinzial-Irren-Anstalt in Owinsk beschlossen, vom Jahre 1872 ab die Erhöhung der Verpflegungssätze für die Pflegebefohlenen der Anstalt und zwar:

der 1. Klasse, von seither ausschließlich der Bekleidung . . . 300 Thlr., auf 360 Thlr.,
der 2. Klasse, von seither ausschließlich der Bekleidung . . 165 Thlr., auf 200 Thlr.,
der 3. Klasse, von seither incl. Bekleidung . . . 86 Thlr. 16 Sgr., auf 100 Thlr.

eintreten zu lassen.

Posen, den 5. Juli 1871. Die Ständische Verwaltungs-Kommission.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

504 Die Vertretung des zum Gebrauch einer Badekur auf 6 Wochen beurlaubten Bauraths Köbke zu Bialosliwe ist dem Baumeister Heyder von hier übertragen worden.

505 Der bisherige interimistische Director der Strafanstalt in Polnisch Crone, Hauptmann a. D. von Boemken, ist zum Königlichen Strafanstalts-Director ernannt und demselben die Direction der Strafanstalt in Polnisch Crone definitiv übertragen worden.

506 Dem Apotheker Albin August Carl Beyer ist die Verwaltung der Groth'schen Apotheke in Inowraclaw übertragen worden.

507 Johannes Seyda als Lehrer bei der kathol. Schule zu Gollsawa, Kreis Schubin, definitiv angestellt.

508 Hermann Kandziora als Lehrer bei der katholischen Schule zu Rogowo, im Kreise Mogilno, interimistisch angestellt.

509 Personal-Veränderungen
bei den Justizbehörden des Bromberger Departements.

A. Ernannt: 1) der Kreisgerichtsrath John Allerhöchst zum Appellationsgerichtsrath in Bromberg,
2) der Kreisgerichtsrath Beer Allerhöchst zum Appellationsgerichtsrath in Ratibor,
3) der Gerichtsassessor Perrin zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Schubin.

B. Versetzt: 1) der Staatsanwalt Graßhoff zu Schubin in gleicher Eigenschaft an das Königl. Kreisgericht zu Schneidemühl,
2) der Rechtsanwalt und Notar Roer zu Wongrowitz in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Coesfeld.

C. Gestorben: der Kreisgerichts-Gefangenwärter Rahr zu Lobsens.

510 Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Der Maschinen-Ingenieur Mohn in Bromberg ist zum Königlichen Maschinenmeister ernannt worden.
2) Versetzt sind: a) der Eisenbahn-Baumeister Büding von Bromberg nach Fulda,
b) der Eisenbahn-Baumeister Tasch von Fulda nach Bromberg.

511 Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro Juni 1871.

Ernannt: 1) der Postmeister Schmidt in Nakel zum Post-Director,
2) „ Post-Expedient Aschbrenner in Exin
3) „ „ „ Frieske in Schönlanke
4) „ „ Verwalter Grahl in Filehne
5) „ „ Expedient Hillmer in Wongrowiec
6) „ „ „ Kutzner in Trzemeszno
7) „ „ „ Paul in Strzelno
8) „ „ „ Roclawski in Czarnikau
(2–8) zu Post-Secretairen.

Angenommen: der Abiturient Ammon aus Bromberg zum Post-Eleven.
Angestellt: der Eisenbahn-Stations-Vorsteher Brostowski in Schulitz als Post Expediteur.
Versetzt: der Post-Expediteur Appelt von Neustadt b./P. nach Schubin.

### Provinzial-Steuer-Direction.

512 Im Bereiche des Provinzial-Steuer-Directorats zu Posen sind im Laufe des II. Quartals 1871:

a. befördert: 1) der Bureau-Assistent Jüterbock in Posen zum Provinzial-Steuer-Secretair,
2) der Steuer-Aufseher Käbsch in Posen zum Bureau-Assistenten,
3) der berittene Grenz-Aufseher Jaworski in Podzamcze zum Bureau-Assistenten,
4) der berittene Steuer-Aufseher Maczewski in Schocken zum Steuer-Einnehmer in Schönlanke und
5) der Thor-Kontroleur Schaefer in Posen zum Steuer-Einnehmer in Schneidemühl.,

b. pensionirt: der Provinzial-Steuer-Secretair Franke in Posen.

513 **Personal-Veränderungen**

im Bezirk des Königl. Oberbergamts zu Breslau während des I. Halbjahres 1871.

**Gestorben:** der Rendant der Oberbergamtskasse, Secretair Reiche zu Breslau und der Hüttenwerks-Director, Bergrath Stentz zu Gleiwitz.

**Ernannt:** der Factor v. Marbach zu Königshütte zum Oberbergamts-Secretair und Rendanten der Oberbergamtskasse in Breslau, der Bergamts-Assistent H. Langner in Breslau zum Oberbergamts-Assistenten,

der Hüttenmeister Wiebmer und Productenverwalter Jaeckel auf der Eisengießerei bei Gleiwitz zu Factoren,

der Oberbergamts-Assistent Labes in Breslau zum Schichtmeister bei der Berginspection zu Königshütte,

der Civilanwärter Puschmann zum Schichtmeister-Assistenten bei der Berginspection zu Zabrze.

**Versetzt:** der Schichtmeister-Assistent Wilking von Zabrze an die Berginspection zu Königshütte.

**Uebertragen:** dem Hütteninspector Jüngst, bisher zu Rothehütte in der Provinz Hannover, commissarisch die Geschäfte des Directors der Eisengießerei bei Gleiwitz.

**Verliehen:** dem Bergrath Paul zu Malapane bei seinem 50jährigen Dienstjubiläum der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife.

## Vermischte Nachrichten.

514 Dem Director der Königl. Sternwarte, Professor Dr. Klinkerfues zu Göttingen ist unter dem 20. Juni c. ein Patent

auf einen Distancemesser, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden ist,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

515 Dem Ingenieur Hermann Petzold zu Berlin ist unter dem 27. Juni c. ein Patent

auf ein Fräsrad mit nachschleifbaren Schneiden in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

516 Dem Civil-Ingenieur Herrn F. H. Reitz in Hamburg ist unter dem 6. Juli 1871 ein Paten

auf einen Heliotropen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 28.

# Genehmigungs-Urkunde.

Den Abänderungen des Statuts der

**Nordbritischen und mercantilen Versicherungs-Gesellschaft**
**(North British and Mercantile Insurance Company)**
**in London und Edinburg,**

welche durch die in deutscher Uebersetzung hier angeheftete Parlaments-Acte vom Jahre 1870 festgestellt worden sind, wird die in der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 4. Dezember 1863 vorbehaltene Genehmigung hierdurch ertheilt. Die Bedingungen dieser Concession bleiben in Kraft.

Berlin, den 3. November 1870.

**(L. S.)**

Der Minister des Innern.
In Vertretung:
(gez.) Bitter.

---

33 Vict. Cap. XXI.

## Acte der North British & Mercantile Versicherungs-Compagnie de 1870.

**Cap. XXI.**

A. D. 1870. **Eine Acte bezüglich der Abänderung und Erweiterung einiger der Befugnisse der North British & Mercantile Versicherungs-Gesellschaft.** (12. Mai 1870.)

So mögen Ihre Majestät geruhen:

Daß durch Ihre Majestät, unter dem Beirath und der Genehmigung der geistlichen und weltlichen Lords, sowie der Gemeinen, versammelt im gegenwärtigen Parlamente und auf Grund der Autorität derselben, verordnet werde, wie folgt:

**Kurzer Titel.**

1. daß die gegenwärtige Acte für alle Zwecke aufgeführt werde als „die North British & Mercantile Versicherungs-Gesellschafts-Acte vom Jahre Achtzehnhundert und siebenzig".

**Interpretation der Ausdrücke.**

2. Worte und Ausdrücke, denen eine Bedeutung in der Acte von Achtzehnhundert und zwei und sechszig beigelegt ist, oder welche darin eine besondere Bedeutung haben, sollen in der gegenwärtigen Acte dieselbe Auslegung erfahren und sollen die Worte „Lebens-Departement" bedeuten und in sich begreifen, das Departement der Geschäfte der Corporation, bezüglich der Lebens-Versicherung, sowie der Gewährung und des Kaufes von Annuitäten und Heimfalls- und andern contingenten Interessen und sollen die Worte „Feuer-Departement" bedeuten, das Departement der Geschäfte der Corporation mit Bezug auf Feuer-Versicherung.

**Bezeichnung und Trennung der Fonds der Lebens-Versicherung von der Feuer-Versicherung.**

3. Die aufgesammelten Fonds des Lebens-Versicherungs-Departements, einschließlich der Annuitäten, die sich am ein und dreißigsten Dezember Achtzehnhundert und acht und sechszig beliefen auf die

Summe von Zwei Millionen Einhundert und zwölf Tausend Vierhundert und fünfzig Pfund, dreizehn Schilling, sowie einschließlich aller Versicherungs-Prämien für Lebens-Policen und des Preises aller Seitens der Corporation gewährten Annuitäten, alle andern Gelder, die seit dem ein und dreißigsten Dezember Achtzehnhundert und acht und sechszig eingegangen, für das Lebens-Departement und aller Zuwachs und Investirungen desselben und des Einkommens und jährlichen Ertrages daraus, soweit dieselben bei Erlaß dieser Acte nicht anderweitig verausgabt sind, sowie einschließlich aller Gelder, welche später vereinnahmt werden für das Lebens-Departement, sollen dem Lebens-Departement zugehören und frei sein von jedweder Verbindlichkeit bezüglich der Verpflichtungen der Corporation, welchen dieselbe sich unterzogen mit Bezug auf das Feuer-Departement.

**Bezeichnung der Fonds der Feuer-Versicherungs-Branche.**

4. Alle Versicherungs-Prämien für Feuer-Policen, sowie alle andere Gelder, die seit dem ein und dreißigsten Dezember Achtzehnhundert und acht und sechszig der Corporation vereinnahmt sind oder vereinnahmt werden für das Feuer-Departement, desgleichen alle Bestände und Investirungen derselben, sowie das Einkommen und der jährliche Ertrag daraus, sollen, soweit dieselben bei Erlaß dieser gegenwärtigen Acte keine anderweite Verwendung erfahren haben, dem Feuer-Departement zugehören und frei sein von aller Verbindlichkeit bezüglich der Verpflichtungen der Corporation mit Bezug auf das Lebens-Departement.

**Wahrnehmung der Rechte auf Grund bestehender Policen.**

5. Vorausgesetzt, daß nichts, was in dieser Acte enthalten ist, benehmen, mindern oder benachtheiligen soll die Rechte und Interessen, welche die Inhaber von Lebens- oder Feuer-Policen der Corporation haben, die bei Erlaß der gegenwärtigen Acte in Kraft sind an den Beständen und Investirungen beider Departements betreffs solcher Policen.

**Wahrnehmung der Rechte und Verbindlichkeiten der Actionaire.**

6. Vorausgesetzt, daß nichts was in dieser Acte enthalten ist, alteriren oder berühren soll irgend welche der Befugnisse, Rechte, Interessen, oder Verbindlichkeiten der Directoren oder Actionaire der Corporation betreffs der Fonds, des Einkommens und der aus dem Lebens- und Feuer-Departement erwachsenden Verbindlichkeiten.

**Bezüglich der Befugniß zur Investirung in Regierungs- und anderen Sicherheiten fremder Staaten.**

7. Die Befugnisse zur zinstragenden Anlage der Fonds der Corporation, welche den Directoren übertragen ist auf Grund der Acte von Achtzehnhundert und sechszig, werden auf Grund der gegenwärtigen Acte erklärt, daß dieselben sich erstrecken und in sich begreifen die Investirung in öffentlichen, Regierungs- oder Municipal-Staatspapieren und Fonds oder in Sicherheiten von oder in auswärtigen Ländern oder Staaten, in deren Bereiche die Agenturen oder Zweiggeschäfte der Corporation jetzt oder späterhin betrieben werden in solcher Ausdehnung, wie es nach dem Dafürhalten der Directoren nothwendig oder angemessen erscheint, die Gesellschaft zum Geschäftsbetriebe in auswärtigen Ländern oder Staaten, sowie auf den Ankauf und Erwerb von Ansprüchen an Ländereien oder andern Lokal-Besitz in solchen auswärtigen Ländern oder Staaten zu bevollmächtigen, und daß die Directoren von Zeit zu Zeit solche Investirungen und Sicherheiten ändern und darüber disponiren dürfen.

**Art der Ausfertigung von Versicherungs-Policen.**

8. Alle Versicherungs-Policen, welche hiernach von der Corporation ausgegeben werden, sind rechtsverbindlich und wirksam in jeder Hinsicht und Beziehung, wenn sie von Einem der Directoren und dem geschäftsführenden Director oder Secretair unterzeichnet sind.

**Vollziehung von Policen, welche ausgegeben werden von den Lokal-Directionen und Agenten.**

9. Alle Versicherungs-Policen, welche hiernach von einer der Lokal-Directionen oder den in Gemäßheit von Abschnitt zwei und zwanzig der Acte von Achtzehnhundert und sechszig ernannten und innerhalb der Grenzen der ihnen von den Directoren übertragenen Befugnissen handelnden Agenten der Corporation ausgegeben werden, sind rechtsverbindlich und wirksam in jeder Hinsicht und Beziehung, wenn sie von einem Mitgliede der Lokal-Direction und dem geschäftsführenden Director oder Secretair derselben, oder wie es der Fall sein mag, von einem dazu von den Directoren bevollmächtigten Agenten unterzeichnet sind unter Beidrückung des Geschäftssiegels der Corporation.

**Anzahl der Directoren.**

10. Die Anzahl der Directoren der Corporation kann auf die hierin später vorgesehene Weise vermehrt werden aus außerordentlichen Mitgliedern, entweder der Directionen zu Edinburg oder London, in der Art jedoch, daß die Zahl der aus den Directionen zu Edinburg oder London gewählten Mitglie-

der fünfzehn, und die Gesammtzahl der Directoren niemals dreißig übersteigt. Die Gesammtzahl der derzeitigen Directoren sollen das General-Directorium bilden.

**Befugniß der Directionen zu Edinburg und London.**

11. Die Directionen zu London und Edinburg, und das General-Directorium, wie solche auf Grund der gegenwärtigen Acte constituirt worden, haben dieselben Befugnisse und Pflichten und sind gehalten, dieselben Bestimmungen und Regulative zu beobachten mit Bezug auf den beschlußfähigen Ausschuß, die Verhandlungen, das Ausscheiden mittelst Rotation, Wiederwählbarkeit und Ergänzung zufälliger Vacanzen, sowie in jeder andern Beziehung (ausgenommen, wo durch die gegenwärtige Acte es anders bestimmt) wie die Directionen zu London und Edinburg und die General-Direction wie solche auf Grund der Acte von Achtzehnhundert und zwei und sechszig constituirt und verpflichtet sind Kraft jener Acte.

**Wahl der außerordentlichen Directoren.**

12. Die Directionen zu London und Edinburg, wie solche derzeitig constituirt sind auf Grund der Acte von Achtzehnhundert und zwei und sechszig, oder der gegenwärtigen Acte respective, können jederzeit und von Zeit zu Zeit drei oder weniger vorschriftsmäßig qualificirte Actionaire zu außerordentlichen Directoren wählen, so daß die Anzahl eines jeden Directoriums zu keiner Zeit fünfzehn übersteigt, und sollen die Namen der von dem Edinburg-Directorium gewählten Personen der Reihenfolge ihrer Wahl nach an der Spitze der Liste jenes Directoriums eingetragen werden, sowie die Namen der von dem Londoner Directorium gewählten Personen der Reihenfolge ihrer Wahl nach ebenfalls an der Spitze der Liste jenes Directoriums eingetragen werden sollen und sollen die dergestalt gewählten (wenn überhaupt welche) außerordentlichen Directoren die ersten sein, welche demgemäß aus dem Amte scheiden.

**Die Verhandlungen der Directionen zu Edinburg und London sowie der General-Direction sind rechtsgültig trotz möglichen Vacanzen im Directorium.**

13. Die Verhandlungen der Directionen zu Edinburg und London, oder des General-Directoriums sollen nicht invalidirt werden können aus dem Grunde, weil vielleicht die außerordentlichen Directoren nicht in der vorbeschriebenen Weise gewählt worden, oder weil eine zufällige Vacanz in einer der besagten Directionen nicht ergänzt worden, trotzdem die Anzahl der Directoren einer der besagten Directionen oder der General-Direction dadurch zeitweise unter die durch die Acte von Achtzehnhundert und zwei und sechszig vorgeschriebene oder unter die auf Grund der gegenwärtigen Acte fixirte Anzahl herabsinken sollte, sondern die Verhandlungen der verbleibenden Directoren sollen in jeder Hinsicht rechtsverbindlich sein, vorausgesetzt, daß eine beschlußfähige Anzahl gegenwärtig ist.

**Remuneration der Directoren.**

14. Abschnitt Vier und dreißig der Acte von Achtzehnhundert und zwei und sechszig wird hiermit aufgehoben und soll die Remuneration der Directoren in Zukunft die Summe von Sieben Tausend fünfhundert Pfund jährlich nicht übersteigen und an sie so vertheilt werden, wie es die General-Direction von Zeit zu Zeit bestimmen wird.

**Wahl des Vorsitzenden der General-Direction.**

15. Die erste Sitzung der General-Direction, welche abgehalten wird nach Genehmigung der gegenwärtigen Acte, und so oft eine Vacanz sich ereignet im Amte des Vorsitzenden der General-Direction, soll die nächste General-Direction, welche abgehalten wird nach Eintritt einer derartigen Vacanz, einen Director, der nicht Vorsitzender der Edinburg- oder London-Direction sein darf, zum Vorsitzenden der General-Direction wählen und kann dieselbe beschließen, daß der so gewählte Vorsitzende sein Amt für eine solche Zeit inne haben soll, wie es die General-Direction zur Zeit der Wahl beschließt (vorausgesetzt, daß ein solcher so lange Director bleibt) und daß, wenn keine Zeit bestimmt ist, dann soll derselbe sein Amt auf ein Jahr vom Tage der Wahl an, inne haben. Und der so gewählte Vorsitzende soll eine berathende sowohl wie entscheidende Stimme haben. Vorbehalten stets, daß, wenn der derzeitige Vorsitzende der General-Direction der Vorsitzende, entweder der Edinburg- oder London-Direction wird, er unmittelbar darauf aufhören soll Vorsitzender der General-Direction zu sein, und vorbehalten, daß in Abwesenheit des Vorsitzenden der General-Direction in einer der Versammlungen jener Körperschaft die in einer solchen Versammlung anwesenden Directoren einen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden wählen sollen und daß der so Erwählte sowohl eine berathende, wie entscheidende Stimme haben soll.

**Befugniß zur Aenderung des Datums der jährlichen Versammlung.**

16. Die jährliche General-Versammlung der Actionaire der Corporation, welche nach Abschnitt dreizehn der Acte von Achtzehnhundert und sechszig in Edinburg abgehalten werden soll am ersten Mon-

tag des März eines jeden Jahres, soll abgehalten werden an einem solchen Tage des März oder April eines jeden Jahres und zu einer solchen Stunde, wie die General-Direction es von Zeit zu Zeit bestimmen wird.

**Versammlungen der General-Directionen.**

17. Die General-Direction bestimmt Zeit und Ort der Versammlungen (einschließlich der halbjährlichen Versammlungen), welche bisher in den Monaten Februar und Juli abgehalten wurden und zu solcher Stunde, wie sie es von Zeit zu Zeit beschließen wird.

**Die Gesellschafts-Verträge Königlicher Privilegien und Erlasse bleiben in Kraft.**

18. Die allegirten Gesellschafts-Verträge, die Königliche Concession, desgleichen die Acte von Achtzehnhundert und sechszig und Achtzehnhundert und zwei und sechszig, soweit dieselben in Kraft waren, unmittelbar vor Erlaß der gegenwärtigen Acte und nur in so weit ausgenommen, wie irgend welche der Artikel, Klauseln oder Bestimmungen derselben abgeändert, entgegen oder unverträglich sind mit irgend welchen der Bestimmungen der gegenwärtigen Acte, sollen dieselben in voller Kraft und Wirksamkeit bleiben.

**Die Corporation ist nicht befreit von den Bestimmungen zukünftiger Erlasse.**

19. Nichts, was in der gegenwärtigen Acte enthalten ist, soll die Corporation befreien von den Bestimmungen irgend einer General-Acte, welche während der gegenwärtigen oder irgend einer zukünftigen Session des Parlaments mit Bezug auf Versicherungs-Gesellschaften, die vor Erlaß derselben sich gebildet haben, erlassen wird.

**Kosten des gegenwärtigen Gesetzes.**

20. Die gesammten Kosten, Lasten und Ausgaben, welche entstanden sind durch Erlaß der gegenwärtigen Acte, werden von der Corporation gezahlt.

---

Druck von F. W. Nietack in Berlin, Neue Friedrichsstraße 34.

# Beilage zum Amtsblatt.

Stempel
15 Sgr.

Den in dem beifolgenden Nachtrage zusammengestellten Aenderungen des Statuts der

**Liverpool & London & Globe Versicherungs-Gesellschaft**

wird die in der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 19. September 1863 vorbehaltene Genehmigung hierdurch ertheilt.

Die Bedingungen dieser Concession bleiben in Kraft.

Berlin, den 30. April 1871.

(L. S.)
Der Minister des Innern.
In Vertretung:
(gez.) Bitter.

Genehmigungs-Urkunde
I. A. 3372.

## Nachtrag.

In der am 24. Februar 1871 in dem Geschäftslocal der Gesellschaft zu Liverpool abgehaltenen jährlichen General-Versammlung der Inhaber der Liverpool & London & Globe Versicherungs-Gesellschaft wurde beschlossen:

Daß die §§ 35 und 103 der vom 21. Mai 1836 datirten Statuten der Gesellschaft aufgehoben werden sollen und hierdurch aufgehoben sind, und Folgendes an deren Stelle substituirt werden solle:

Daß die Directoren rechtskräftig ermächtigt sein sollen, von Zeit zu Zeit nach ihrem Ermessen für irgendwelche Theile des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland für die von ihnen zu bezeichnenden Zwecke und mit den von ihnen zu verleihenden Vollmachten Agenten zu ernennen und zu beschäftigen, **sowie auch Agenten in überseeischen Ländern anzustellen und zu beschäftigen behufs Aufnahme von Feuer- und Lebens-Versicherungen, und zur Betreibung der sonstigen Geschäfte der Gesellschaft**, und diesen oder irgend welchen dieser Agenten in überseeischen Ländern durch Vollmacht diese Befugnisse zu ertheilen oder von Zeit zu Zeit nach dem Ermessen der Directoren alle oder irgendwelche dieser Befugnisse zurückzunehmen oder zu verändern.

Und soll das Directions-Comité hiermit rechtskräftig ermächtigt sein, behufs besserer Betreibung der Geschäfte und Angelegenheiten der Gesellschaft in irgend welchen überseeischen Ländern, in welchen die Ernennung eines aus Inhabern bestehenden localen Verwaltungsrathes nicht zweckmäßig oder ausführbar sein sollte, durch Vollmacht und nicht anders, eine oder mehrere in dem Lande, Bezirk oder Stadt, für welches oder welche Befugnisse ertheilt werden sollen, ansässige und nicht im Besitze von Actien der Gesellschaft befindliche Personen zu ernennen und anzustellen, behufs Ueberwachung der Angelegenheiten und der Agenten der Gesellschaft innerhalb der in solcher Vollmacht bezeichneten Grenzen, und ihnen als Bevollmächtigte der Gesellschaft solche Befugnisse zu ertheilen und solche Remuneration zu bewilligen, als sie für angemessen erachten und von Zeit zu Zeit nach ihrem Ermessen solche Befugnisse zurückzunehmen, abzuändern oder zu erweitern, und daß solche auf diese Weise ernannten und ermächtigten Personen zusammentreten und, wie in jedem einzelnen Falle am besten erscheinen sollte, den Namen eines „**Aufsichtsrathes**" oder „**Verwaltungsrathes**" führen sollen, unter dem Vorbehalt, daß nie Jemand zum Mitglied solchen Aufsichts- oder Verwaltungsrathes gewählt werden darf, der Director, Verwalter, Beamter, Rechnungsführer oder Agent irgend einer anderen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft ist.

Und in einer am 14. März 1871 in dem Geschäftslocal der Gesellschaft zu Liverpool besonders zu dem Zwecke zusammenberufenen und abgehaltenen Special-General-Versammlung der Inhaber der Liverpool & London & Globe Versicherungs-Gesellschaft wurde beschlossen:

Daß der besagte Beschluß hierdurch bestätigt werden soll, und bestätigt ist.

Franz Duncker's Buchdruckerei in Berlin.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

№ 29.

Bromberg, den 21. Juli 1871.

Bydgoszcz, dnia 21. Lipca 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**517** Das 26. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 656. (Uebersetzung.) Friedens-Präliminarien zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 26. Februar 1871.

Nr. 657. (Uebersetzung.) Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 10. Mai 1871.

Nr. 658. Additional-Artikel zu dem am 21. October 1867 zwischen der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes und der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Vertrage für die Verbesserung des Postdienstes zwischen den beiden Ländern, sowie zu dem Additional-Vertrage vom 7./23. April 1870. Vom 14. Mai resp. 31. März 1871.

Nr. 659. Dem Kaufmann Eduard Mitzlaff zu Elbing ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Königl. Schwedischer und Norwegischer Vize-Konsul daselbst ertheilt worden.

**518** Das 27. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 660. Gesetz, betreffend den Ersatz von Kriegsschäden und Kriegsleistungen. Vom 14. Juni 1871.

Nr. 661. Gesetz, betreffend die Entschädigung der Deutschen Rhederei. Vom 14. Juni 1871.

Nr. 662. Gesetz, betreffend die Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen im Elsaß und Lothringen. Vom 14. Juni 1871.

Nr. 663. Gesetz, betreffend die Gewährung von Beihülfen an die aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen. Vom 14. Juni 1871.

Nr. 664. Gesetz, betreffend den Erweiterungsbau für das Dienstgebäude des Reichskanzler-Amtes. Vom 14. Juni 1871.

**519** Das 28. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 665. Bekanntmachung, betreffend die Vorschriften zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 über die Inhaberpapiere mit Prämien.

Nr. 666. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Konsul des Norddeutschen Bundes Kommerzien-

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 26. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 656. (Przekład.) Preliminarya pokojowe pomiędzy Państwem Niemieckiem a Francyą. Z 26. Lutego 1871.

No. 657. (Przekład.) Traktat pokoju pomiędzy Państwem Niemieckiem a Francyą. Z 10. Maja 1871.

No. 658. Artykuł dodatkowy do zawartego na dniu 21. Października 1867 pomiędzy administracyą pocztową związku północno-niemieckiego a administracyą pocztową Stanów Zjednoczonych Ameryki traktatu ku ulepszeniu służby pocztowéj pomiędzy obu krajami, jako też do traktatu dodatkowego z 7./23. Kwietnia 1870. Z dnia 14. Maja i 31. Marca 1871.

No. 659. Kupcowi Edwardowi Mitzlaff w Elblągu udzielonó w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na Królewsko-Szweckiego i Norwegskiego wicekonsula tamże.

Oddział 27. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 660. Prawo, tyczące się wynagradzania szkód wojennych i prestacyi wojennych. Z 14. Czerwca 1871.

No. 661. Prawo, tyczące się indemnizacyi dla Niemieckiego redarstwa. Z 14. Czerwca 1871.

No. 662. Prawo, tyczące się obmyślenia środków obrotowych dla dróg żelaznych w Alzacyi i Lotaryngii. Z 14. Czerwca 1871.

No. 663. Prawo, tyczące się udzielenia zapomóg Niemcom z Francyi wydalonym. Z 14. Czerwca 1871.

No. 664. Prawo, tyczące się rozprzestrzenienia budynku służbowego urzędu Kanclerza Państwa. Z 14. Czerwca 1871.

Oddział 28. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 665. Obwieszczenie, tyczące się przepisów ku wykonaniu ustawy Państwa z 8. Czerwca 1871 co do papierów premiowych na dzierzyciela.

No. 666. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula Związku północno-niemieckiego radcę ko-

rath R. Kind zu Antwerpen, den Konsul des Norddeutschen Bundes W. E. Neuhaus zu Brüssel, den Konsul des Norddeutschen Bundes A. Prayon de Pauw zu Gent, den Konsul des Norddeutschen Bundes H. Werlemann zu Lüttich, den Konsul des Norddeutschen Bundes W. A. Bach zu Ostende zu Konsuln des Deutschen Reichs und den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes J. Rautenstrauch zu Antwerpen zum Vizekonsul des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

mercyjnego R. Kind w Antwerpii, kosula Związku północno-niemieckiego W. E. Neuhaus w Brukseli, konsula Związku północno-niemieckiego A. Prayon de Pauw w Gent, konsula Związku północno-niemieckiego H. Werlemann w Leodyum, konsula Związku północno-niemieckiego W. A. Bach w Ostende mianować konsulami Państwa Niemieckiego, a wicekonsula Związku północno-niemieckiego J. Rautenstrauch w Antwerpii wicekonsulem Państwa Niemieckiego.

Nr. 667. Dem zum Konsul der Argentinischen Republik, mit der Residenz in Hamburg, ernannten Dr. Albert Finck ist das Exequatur zu dieser Ernennung im Namen des Deutschen Reichs ertheilt worden.

No. 667. Mianowanemu konsulem Rzeczpospolitéj Argentyńskiéj, z rezydencyą w Hamburgu, W. Dr. Albert Finck udzielono Exequatur na nominacyą tęż w imieniu Państwa Niemieckiego.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**520** Unter Hinweisung auf die Verordnung vom 15. Februar 1858 (Gesetzsamml. pro 1858 pag. 42) wird hierdurch wiederholt zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die hiesige Regierungs-Haupt-Kasse und die sämmtlichen Kreiskassen des Regierungsbezirks verpflichtet sind, die inländischen Scheidemünzen aller Art nach ihrem vollen Nennwerthe auf Verlangen jederzeit gegen grobe Silbermünze Courant umzuwechseln, daß aber die zum Austausche bestimmte Summe bei der Silberscheidemünze nicht unter fünf Thaler, bei der Kupferscheidemünze nicht unter zwei Thaler betragen darf.

Bromberg, den 4. Juli 1871.

Königl. Regierung,
Kassen-Verwaltung.

W odniesieniu się do ustawy z dnia 15. Lutego 1858 (zbiór praw za rok 1858 str. 42) podaje się niniejszem ponownie do powszechnéj wiadomości, że tutejsza kasa główna rejencyjna, nie mniéj wszystkie kasy powiatowe w obwodzie rejencyjnym są obowiązane zamieniać na żądanie każdego czasu krajowe monety zdawkowe każdego gatunku na grubą monetę srebrną kurant po zupełnéj ich wartości nominalnéj, lecz że suma do zamiany przeznaczona przy monecie zdawkowéj srebrnéj mniéj jak pięć talarów, przy monecie zaś zdawkowéj miedzianéj mniéj jak dwa talary wynosić nie powinna.

Bydgoszcz, dnia 4. Lipca 1871.

Królewska Rejencya, Zarząd kasy.

**521** Nach einer Mittheilung des Großherzoglich Sächsischen Staatsministeriums zu Weimar ist von demselben unterm 26. April d. J. eine Bekanntmachung erlassen, wonach

1. die auf Grund des Gesetzes vom 20. April 1859 emittirten Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen, nämlich:

   Ser. A. 360,000 Stück à 1 Thlr. = 360,000 Thlr.,
   Ser. B. 48,000 Stück à 5 Thlr. = 240,000 Thlr.,

   durch die in gleicher Anzahl und in gleichen Werthsabschnitten neu angefertigten Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen in der Weise ersetzt werden sollen, daß die Ausgabe der letzteren allmählich und nur in dem Betrage erfolgt, bis zu welchem bereits ältere Kassenanweisungen aus dem Verkehr gezogen sind;
2. wegen gänzlicher Einziehung der älteren Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen und über deren definitive Entwerthung seiner Zeit die entsprechende Bekanntmachung erlassen werden wird;
3. übrigens es dabei bewendet, daß die Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen nicht nur in allen Kassen der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft, sondern auch bis auf Weiteres und soweit andere Zahlungsmittel vertragsmäßig nicht bestimmt sind, in den Kassen auch der übrigen Thüringischen Staaten ebenso wie klingende Münze zum vollen Nennwerthe angenommen und daß dieselben, außer bei der Großherzoglichen Haupt-Kasse in Weimar, bis auf Weiteres auch durch das Großherzogliche Rechnungsamt zu Eisenach, soweit dessen Baarvorräthe zureichen, gegen klingendes Courant ohne Aufgeld, während der Expeditionszeit umgetauscht werden.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage der Königlichen Ministerien der Finanzen und für Handel, Gewerbe ꝛc. bringen wir dieses mit dem Bemerken hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Zulassung der neuen Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen ebenso, wie der älteren auf Grund des Gesetzes vom 20. April 1859 ausgegebenen Kassenanweisungen, in Preußen bis auf Weiteres gestattet ist.

Bromberg, den 6. Juli 1871. Königl. Regierung, Kassen-Verwaltung.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

522 **Bekanntmachung.**

In Gemäßheit der Bekanntmachung des Herrn Chefs der Preußischen Bank vom 11. Juli c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bank-Commandite in Frankfurt a/M. ihre Wirksamkeit am 18. Juli c. beginnen soll.

Dieselbe wird folgende Geschäfte betreiben:

1. die Diskontirung von Wechseln auf Frankfurt a/M., Berlin und alle anderen Plätze, an welchen sich Comtoire, Commanditen und Agenturen der Preußischen Bank mit Kassen-Einrichtung befinden;
2. den Ankauf von Wechseln auf München, Augsburg und andere Bairische Bankplätze, Hamburg, Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zittau, von fremden Börsenplätzen auf London, Amsterdam, Brüssel und andere Belgische Bankplätze;
3. die Ertheilung von Darlehnen gegen Unterpfand von edlen Metallen, inländischen Staats-, Communal-, ständischen und anderen öffentlichen, auf jeden Inhaber lautenden Papieren ꝛc. und im Inlande lagernden, dazu geeigneten Kaufmannswaaren;
4. die Annahme von Geldsummen zur Auszahlung bei der Haupt-Bank und deren Filial-Anstalten, sowie der Auszahlung anderwärts zur Erhebung in Frankfurt a/M. eingezahlter Beträge;
5. die Besorgung des An- und Verkaufs von öffentlichen Papieren für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten;
6. die Annahme von Wechseln und sonstigen zahlbaren Effekten zur Einziehung.

Der Geschäftsbezirk der Bank-Commandite umfaßt den Stadtkreis Frankfurt a/M., den Obertaunuskreis, bestehend aus den Aemtern Usingen, Königsstein und dem vormals landgräflich hessischen Amte Homburg, sowie den Kreis Hanau.

Die Verwaltung der Bank-Commandite ist dem Königlichen Bank-Director Faellingen als ersten und dem Buchhalterei-Assistenten v. Kloeden als zweiten Vorstandsbeamten gemeinschaftlich übertragen und sind die Unterschriften dieser beiden Beamten bei allen rechtsverbindlichen Erklärungen und Ausfertigungen der Bank-Commandite erforderlich.

Berlin, den 8. Juli 1871. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

523 **Bekanntmachung.**

Die nachstehend aufgeführten Zöglinge des Königl. Seminars für Erzieherinnen und Lehrerinnen haben die Entlassungsprüfung bestanden, und es ist ihnen die Qualification als Erzieherinnen und Lehrerinnen ertheilt worden und zwar:

Agnes Duszynska, Gertrud Hansmann, Hildegard Hensel, Joanna Kinowska, Helene Laue, Emma Lirse, Klara Sattler, Pauline Springer, Louise Stryck, Margaretha Thiem, Marie Barnick, Henriette Bauer, Boleslawa von Ciesielska, Anna Damm, Bertha Erdmann, Karoline Geisler, Josepha Grecka, Julianna Kolewe, Helene Lüer, Nepomucena Lüer, Veronika Molkow, Agnes Sobecka, Wanda Latz, Wanda Molinska, Helene von Wojciechowska.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß Familien, welche für ihre Kinder Erzieherinnen aus diesem Institut wünschen, sich dieserhalb an den Seminar-Director Herrn Dr. Barth zu wenden und demselben anzugeben haben:

1. wie viel Kinder, bezw. von welchem Alter und Geschlecht zu unterrichten sind,
2. von welcher Confession die Erzieherin sein soll,
3. ob Unterricht im Polnischen gefordert wird, oder ob sämmtlicher Unterricht in polnischer Sprache ertheilt werden muß,
4. ob Fertigkeit im Klavierspiel gewünscht wird, oder ob es genügt, wenn die Erzieherin im Stande ist, den Unterricht im Klavierspiel zu ertheilen,
5. welches Gehalt sie der Erzieherin zu zahlen geneigt sind,
6. zu welchem Termin die Erzieherin ihr Amt anzutreten hat.

Posen, den 10. Juli 1871. Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

524 **Bekanntmachung.**

Mit dem 17. Juli d. J., dem Tage der Eröffnung des Betriebes auf der neuen Berliner Verbindungsbahn, wird es den Frachtauflieferern auf der Ostbahn gestattet sein, Güter in Wagenladungen nach Berlin zum Zwecke der Entladung auf einen der dortigen Verbindungsbahnhöfe (Bahnhof Rixdorf, Tempelhof, Schöneberg, Moabit, Gesundbrunnen) zu adressiren, bezw. dort zum Transport nach Ostbahnstationen aufzuliefern.

Die Tarife über die hierfür, sowie für die Ueberführung von Fracht- und Eilgütern, Vieh ꝛc. über die Verbindungsbahn von dem gedachten Zeitpunkte ab zur Erhebung gelangenden Gebühren sind auf sämmtlichen Ostbahnstationen einzusehen.

Bromberg, den 11. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

525 Bekanntmachung.

## Königl. Ostbahn.

Am 1. August resp. 31. Juli d. J. wird der gegenwärtige Fahrplan theilweise geändert. Die Abgangszeit der veränderten Züge von den Anfangsstationen ist alsdann folgende:

**A. Richtung Berlin-Eydtkuhnen.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Güterzug 9, mit Personenbeförderung, von Dirschau . . | Morgens | 6 | Uhr | 21 | Minuten, |
| Personenzug 5 von Berlin, bereits vom 31. d. Mts. ab, | Abends | 9 | " | 35 | " |
| Courierzug 1 von Berlin, bereits vom 31. d Mts. ab,. | Abends | 11 | " | 5 | " |

**B. Richtung Eydtkuhnen-Berlin.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Güterzug 10, mit Personenbeförderung, von Elbing . . | Nachmitt. | 4 | " | 6 | " |
| Güterzug 8, mit Personenbeförderung, von Kreuz . . | Morgens | 3 | " | 20 | " |
| Local-Personenzug 16 von Königsberg . . . . . . | Abends | 6 | " | 28 | " |
| Personenzug 4, von Eydtkuhnen wie bisher, von Insterburg bereits vom 31. d. Mts. ab, . . . . | Abends | 11 | " | 48 | " |
| Güterzug 8, mit Personenbeförderung, von Dirschau . | Morgens | 6 | " | 46 | " |

**C. Richtung Cüstrin-Frankfurt a./O.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Personenzug 6 von Cüstrin . . . . . . . . . . . | Morgens | 4 | " | 39 | " |

**D. Richtung Frankfurt a./O.-Cüstrin.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Personenzug 5 von Frankfurt, vom 31. d. Mts ab, . . | Abends | 11 | " | 5 | " |

**E. Richtung Schneidemühl-Flatow.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Gemischter Zug 5 von Schneidemühl . . . . . . . . | Morgens | 6 | " | 52 | " |

**F. Richtung Flatow-Schneidemühl.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Gemischter Zug 4 von Flatow . . . . . . . . . | Vormittags | 10 | " | 12 | " |
| Gemischter Zug 6 von Flatow . . . . . . . . . . | Abends | 8 | " | 28 | " |

**G. Richtung Bromberg-Alexandrowo.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Personenzug 5 von Bromberg . . . . . . . . . | Vormittags | 9 | " | 57 | " |

**H. Richtung Dirschau-Pr. Stargardt.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Gemischter Zug 18 von Dirschau . . . . . . . . . | Morgens | 8 | " | 39 | " |

Das Weitere, namentlich die Abgangszeiten der vorstehenden Züge und die der übrigen Züge von den Zwischenstationen, welche sich zum Theil auch ändern, sind aus den auf den Stationen rechtzeitig auszuhängenden und daselbst auch käuflich zu habenden neuen Fahrplänen zu ersehen.

Bromberg, den 14. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

526 Bekanntmachung.

Der konzessionirte Markscheider Oskar Würzner hat seinen Wohnsitz von Hohenlohhütte nach **Kattowitz** verlegt, was der Vorschrift gemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Breslau, den 7. Juli 1871. Königl. Oberbergamt.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

527 Der Lehrer Martin Seyda als erster Lehrer bei der katholischen Schule zu Lobsens, im Kreise Wirsitz, definitiv angestellt.

## Vermischte Nachrichten.

528 Dem Maschinenfabrikanten Friedrich Bernhardt zu Fischendorff bei Leisnig im Königreich Sachsen ist unter dem 8. Juli 1871 ein Patent

auf eine Feilen-Hau-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf 3 Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

529 Das dem Herrn Heinrich Rätke unter dem 17. Mai 1870 ertheilte Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Vorrichtung zum Trennen von Holzblöcken, in der nachgewiesenen Ausführung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

ist aufgehoben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 29.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 30. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 28. Juli 1871. Bydgoszcz, dnia 28. Lipca 1871.


Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**530** Das 29. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 668. Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer. Vom 23. Juni 1871.

**531** Das 30. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 669. Gesetz, betreffend die Gewährung von Beihülfen an Angehörige der Reserve und Landwehr. Vom 22. Juni 1871.

Nr. 670. Allerhöchster Erlaß vom 15. Juni 1871, betreffend die Geschäftsführung der oberen Marinebehörde.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**532** Das 16. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7826. Allerhöchster Erlaß vom 8. Mai 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Rosenberg, Regierungsbezirk Marienwerder, für den Bau und die Unterhaltung einer Kreischaussee von Sobiewolla Mühle, unweit Albrechtsthal an der Graudenz-Altfelder Chaussee über Limbsee und Ludwigsdorf bis zur Marienwerder Kreisgrenze.

Nr. 7827. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Rosenberger Kreises, Regierungsbezirk Marienwerder, im Betrage von 26,000 Thlrn., fünfte Emission. Vom 8. Mai 1871.

Nr. 7828. Allerhöchster Erlaß vom 15. Mai 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Guts- und Gemeinde-Chaussee im Kreise Neu-Haldensleben, Regierungsbezirk Magdeburg, von Schakensleben an der Neu-Haldensleben-Eichenbarlebener Chaussee über Groß-Santersleben bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Hermsdorf.

Nr. 7829. Allerhöchster Erlaß vom 5. Juni 1871, betreffend den Tarif, nach welchem das Bohlwerksgeld in der Stadt Wollin zu erheben ist.

Nr. 7830. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des von der Korporation

Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 29. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

Nr. 668. Obwieszczenie ku wykonaniu prawa, tyczącego się podatku stęplowego od weksli. Z 23. Czerwca 1871.

Oddział 30. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

Nr. 669. Prawo, tyczące się przyzwalania zasiłków landwerzystom i rezerwistom. Z d. 22. Czerwca 1871.

Nr. 670. Najwyższe rozporządzenie z 15. Czerwca 1871, tyczące się toku czynności naczelnéj władzy marynarskiéj.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 16. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7826. Najwyższe rozporządzenie z 8. Maja 1871, tyczące się nadania przywilejów fiskalnych powiatowi suszyckiemu, w obwodzie regencyjnym kwidzyńskim, na budowę i utrzymywanie żwirówki powiatowéj od młyna Sobiewola, nieopodal Albrechtsthal nad żwirówką Grudziądz-Altfelde na Limbsee i Ludwigsdorf aż do granicy powiatowéj kwidzyńskiéj.

No. 7827. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu suszyckiego, w obwodzie regencyjnym kwidzyńskim, w ilości 26000 talarów, piąta emisya. Z 8. Maja 1871.

No. 7828. Najwyższe rozporządzenie z 15. Maja 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirwirówki dominialnéj i gminnéj w powiecie Neu-Haldensleben, obwodzie regencyjnym Magdeburskim, ze Schakensleben nad żwirówką Neu-Haldensleben-Eichenbarleben na Gross-Santersleben aż do granicy powiatowéj w kierunku Hermsdorf.

No. 7829. Najwyższe rozporządzenie z 5. Czerwca 1871, tyczące się Taryfy, według któréj pobierać się ma bolwarkowe w mieście Wollin.

No. 7830. Obwieszczenie, dotyczące Najwyższego potwierdzenia uchwalonego przez kor-

der Kaufmannschaft zu Königsberg i./Pr. am 14. April 1871 beschlossenen revidirten Statuts dieser Korporation. Vom 12. Juni 1871.

poracyą kupiectwa w Królewcu w Pr. na dniu 14. Kwietnia 1871 przejrzanego Statutu korporacyi téjże. Z 12. Czerwca 1871.

**533** Das 17. Stück der diesjährigen Gesetzsammlung enthält unter:

Nr. 7831. Verordnung wegen Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hülfeleistung bei Räumung des Schnees von den Chausseen in der Provinz Schleswig-Holstein. Vom 7. Juni 1871.

Nr. 7832. Allerhöchster Erlaß vom 3. Februar 1871, betreffend die Genehmigung zur Erhebung der in dem Tarife vom 14. Mai 1866 festgestellten Schifffahrts-Abgabe für die Benutzung der öffentlichen Wasserstraße in der Emster-Niederung.

Nr. 7833. Allerhöchster Erlaß vom 3. Juni 1871, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts an die Aktiengesellschaft der Frankfurter Quellwasserleitung im Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt a. M. Behufs Erwerbung von Grundstücken zu diesem Unternehmen.

Nr. 7834. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Kreises Westhavelland im Betrage von 272,000 Thalern. Vom 27. Mai 1871.

Nr. 7835. Konzessions- und Bestätigungsurkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Magdeburg nach Neuhaldensleben und darüber hinaus bis zum Anschlusse an die Berlin-Hannoverschen Bahnen durch die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, und einen Nachtrag zum Statut der Letzteren. Vom 7. Juni 1871.

Oddział 17. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7831. Rozporządzenie, tyczące się zniesienia obowiązku do bezpłatnego pomagania przy uprzątaniu śniegu ze żwirówek w prowincyi Schleswik-Holstyn. Z 7. Czerwca 1871.

No. 7832. Najwyższe rozporządzenie z 3. Lutego 1871, tyczące się dozwolenia poboru ustanowionego w Taryfie z 14. Maja 1866 żeglużnego za korzystanie z publicznéj drogi wodnéj w Emster Niederung.

No. 7833. Najwyższe rozporządzenie z 3. Czerwca 1871, tyczące się nadania prawa ekspropryacyi Towarzystwu akcyjnemu Frankfurtskiego źródłociągu w obrębie byłego wolnego miasta Frankfurtu n. M. celem akwizycyi gruntów na pomienione przedsiębiorstwo.

No. 7834. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Westhavelland w ilości 272,000 tal. Z 27. Maja 1871.

No. 7835. Dokument koncesyi i sankcyi, tyczący się budowy i procederu kolei żelaznéj z Magdeburga do Neuhaldensleben i daléj, aż do przyłączenia do kolei żelaznych Berlińsko-Hanowerskich — przez Towarzystwo kolei żelaznéj Magdeburg-Halberstadt, oraz dokumentu do Statutu tegoż ostatniego. Z 7. Czerwca 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

### 534 Statut der Kaiser Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden.

Protektor: Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen.

Stellvertretender Protektor: Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und Kronprinz von Preußen.

§ 1. Die Kaiser Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden bezweckt:

1) den im Kampfe gegen Frankreich oder in Folge desselben durch Verwundung oder Krankheit ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen Kriegern der deutschen Land- und Seemacht, 2) den Angehörigen der in diesem Kampfe gefallenen oder in Folge desselben gestorbenen oder ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen Krieger nach Bedürfniß Hülfe und Unterstützung zu gewähren.

Den Kriegern sind gleich zu achten diejenigen Beamten, Aerzte und anderen Personen, welche bei Ausübung ihres Berufs im Kampfe, im Krankendienste oder sonst im Felde erwerbsunfähig geworden, beziehungsweise bei oder in Folge solcher Berufsausübung gestorben sind.

Ausnahmsweise kann auch Solchen, welche noch nicht erwerbsunfähig geworden sind, Unterstützung zu dem Zwecke gewährt werden, um sie vor dem Eintritte der Erwerbsunfähigkeit zu bewahren.

§ 2. Bei den Unterstützungen, die sowohl einmalige wie fortlaufende unmittelbare als mittelbare sein, für bedürftige Kinder auch in Vermittelung unentgeltlicher Verpflegung, Erziehung oder Unterrichtsertheilunng bestehen können, ist einerseits die bürgerliche Stellung der zu Unterstützenden zu berücksichtigen, andererseits der Grad der Erwerbsunfähigkeit und Bedürftigkeit, namentlich auch mit Beziehung auf die denselben etwa anderweitig, insbesondere aus Staats- oder Gemeindemitteln gewährten Unterstützungen.

Die Unterstützungen sollen namentlich in solchen Lebenslagen gewährt werden, in denen die Staatshülfe gesetzlich ausgeschlossen oder eng beschränkt ist, wie bei Aushülfen zu Badekuren, dem Besuch von

klimatischen Kurorten, der Benutzung von Heil- und Pflegeorten, sowie bei Unterstützungen Behufs der Gründung eines neuen Lebensberufes und bei Beihülfen an Personen, deren Ernährer erst nach erfolgter Demobilmachung gestorben sind.

Behufs zweckmäßiger Bemessung und Verabfolgung der Unterstützungen ist eine stetige Verbindung mit den betreffenden militärischen Central-Organen zu suchen.

§ 3. Die Stiftung erhält ihre Mittel durch die ihr zugewendeten einmaligen Gaben und fortlaufenden Beiträge.

§ 4. Die gemeinsamen Angelegenheiten der Stiftung werden durch einen Gesammtvorstand und einen Verwaltungs-Ausschuß wahrgenommen, welche ihren Sitz in Berlin haben.

§ 5. Dem Gesammt-Vorstande steht die obere Leitung der Stiftung zu.

Die obere Leitung umfaßt: 1) die Wahl der Mitglieder des Verwaltungs-Ausschusses (§ 9); 2) die Entgegennahme des Jahresberichts und der Jahresrechnung, so wie die Entlastung des Verwaltungs-Ausschusses (§ 18); 3) die Beschlußnahme über die von dem Verwaltungs-Ausschusse vorgeschlagenen Abänderungen des Statuts (§ 19) und 4) auf Antrag des Verwaltungs-Ausschusses die Beschlußnahme über Zweifel, welche über die Auslegung prinzipiell wichtiger Bestimmungen des Statuts entstehen. Die in dieser Beziehung gefaßten Beschlüsse des Gesammt-Vorstandes bedürfen indeß zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Allerhöchsten Protektors.

§ 6. Der Gesammtvorstand besteht unter dem Vorsitze Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen oder eines von Demselben ernannten Stellvertreters aus 68 Mitgliedern, von welchem, 1) 17 durch das mittelst der Uebereinkunft der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger vom 20. April 1869 gegründete Central-Komitee dieser Vereine aus seinen dem preußischen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger angehörenden Mitgliedern, 2) 17 durch den auf Grund des Statuts der Victoria-National-Invaliden-Stiftung vom 10. September 1866 bestehenden geschäftsführenden Ausschuß dieser Stiftung aus seiner Mitte und 3) 34 durch die der Kaiser Wilhelms-Stiftung angehörenden außerpreußischen Vereine gewählt werden.

Den außerpreußischen Vereinen bleibt es überlassen, über die Ausübung dieses Wahlrechts sich zu einigen. Bis solches geschehen, sind die außerpreußischen Mitglieder des Gesammt-Vorstandes zur Hälfte von dem unter 1 genannten Central-Comité, zur Hälfte von dem geschäftsführenden Ausschusse der Victoria-National-Invaliden-Stiftung zu wählen.

§ 7. Der Gesammt-Vorstand tritt alljährlich mindestens einmal zur Entgegennahme des Jahresberichts und der Jahresrechnung (§ 18) in öffentlicher Sitzung und außerdem so oft erforderlich, zusammen.

Zu den Sitzungen sind sämmtliche Mitglieder mindestens 14 Tage vorher unter Mittheilung der Tagesordnung einzuladen.

§ 8. Der Verwaltungs-Ausschuß führt die Geschäfte der Stiftung und vertritt dieselbe nach Außen.

Er ist befugt, im Namen der Stiftung Verträge jeder Art, insbesondere auch Vergleiche abzuschließen Prozesse zu führen und alle Rechtshandlungen, auch solche, zu denen die Gesetze eine Spezial-Vollmacht erfordern, mit voller rechtlicher Wirkung für die Stiftung zu vollziehen.

Seine Legitimation vor Gerichten und anderen Behörden führt der Verwaltungs-Ausschuß durch ein von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter auszustellendes Attest.

Die Insinuation gerichtlicher Verfügungen und Vorladungen erfolgt mit verbindlicher Kraft für die Stiftung an den Vorsitzenden des Verwaltungs-Ausschusses oder dessen Stellvertreter.

Die Urkunden der Stiftung müssen von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem Schriftführer vollzogen sein.

Für die laufende Korrespondenz genügt die Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters.

§ 9. Der Verwaltungs-Ausschuß besteht aus einem Vorsitzenden, welchen das erste Mal der Protektor ernennt, und mindestens 24 von dem Gesammt-Vorstande zu wählenden Mitgliedern, welche zu einem Drittel den preußischen Mitgliedern des Central-Comités der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, zu einem Drittel dem geschäftsführenden Ausschusse der Victoria-National-Invaliden-Stiftung und zu einem Drittel den außerpreußischen Vereinen der Kaiser Wilhelms-Stiftung angehören sollen, und sämmtlich der Bestätigung des Protektors bedürfen.

Bei späteren statutenmäßigen Aenderungen des Personals des Verwaltungs-Ausschusses erfolgt die Bestätigung durch den stellvertretenden Protektor, nachdem die desfallsige Anzeige an den Protektor gelangt ist.

Aus den rite gewählten und bestätigten Mitgliedern werden zwei Stellvertreter des Vorsitzenden, ein Schatzmeister und vier Schriftführer von dem stellvertretenden Protektor ernannt.

Alle drei Jahre scheidet ein Drittheil der Mitglieder aus. Die beiden ersten Male werden die Ausscheidenden durch das Loos bezeichnet. Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar.

Für die Zeit bis zum 1. Juli 1872 werden die Mitglieder des Verwaltungs-Ausschusses in der

Weise bestimmt, daß das Central-Comité der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger und der geschäftsführende Ausschuß der Victoria-National-Invaliden-Stiftung je 12 Mitglieder wählen und zur Bestätigung in Vorschlag bringen, von welchen je 4 den nichtpreußischen Theilen des Deutschen Reiches angehören sollen. — Die so bestellten Mitglieder sind bei der für die Zeit nach dem 1. Juli 1872 stattfindenden Wahl des Verwaltungs-Ausschusses durch den Gesammtvorstand wieder wählbar.

§ 10. Zur laufenden Verwaltung einzelner Geschäftszweige, sowie zur Erledigung vorübergehender Aufträge können besondere Kommissionen oder einzelne Kommissarien erwählt werden.

§ 11. Die Beschlußfassung erfolgt sowohl im Gesammt-Vorstande, wie im Verwaltungs-Ausschusse, abgesehen von Statuten-Aenderungen (§ 19), durch die einfache Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 12. Die Aemter der Stiftung sind Ehren-Aemter und werden ohne Entgelt verwaltet. Es bleibt jedoch vorbehalten, die erforderlichen Bureaubeamten anzunehmen, deren Bezüge sowie den sonstigen Verwaltungsaufwand der Verwaltungs-Ausschuß festsetzt.

§ 13. Die Wirksamkeit der Stiftung erstreckt sich über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches.

Behufs Erreichung des Stiftungszweckes in den einzelnen Theilen dieses Gebietes werden Vereine, welche der Stiftung für bestimmt abgegrenzte örtliche Bezirke auf Grund des gegenwärtigen Statuts sich anschließen wollen, durch Beschluß des Verwaltungs-Ausschusses in die Stiftung aufgenommen.

Für einen und denselben Bezirk kann nur ein Verein in die Stiftung aufgenommen werden.

Dies schließt nicht aus, daß neben Landes-, Provinzial- und sonstigen einen größeren Bezirk umfassenden Vereinen einzelne im Bereiche derselben bestehende oder sich bildende Vereine für ihre engeren Bezirke als selbstständige Glieder der Stiftung unmittelbar in dieselbe aufgenommen werden. Eine solche Aufnahme soll jedoch nur da stattfinden, wo es mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des betreffenden Bezirks, dem Stiftungszwecke förderlich erscheint, und in den außerpreußischen Gebieten nur nach Verständigung mit dem betreffenden Landesvereine.

Wenn für einen und denselben Bezirk mehrere Vereine die Aufnahme in die Stiftung wünschen, so haben dieselben Behufs dieser Aufnahme zu gemeinsamer Thätigkeit für die Sache der Stiftung unter einem gemeinschaftlichen Vorstande zusammenzutreten. Die Feststellung der Bedingungen dieser Vereinigung bleibt der Verständigung der betreffenden Vereine überlassen. Erfolgt eine solche Verständigung nicht, und läßt dieselbe auch durch Vermittelung des Verwaltungs-Ausschusses sich nicht herbeiführen, so entscheidet auf Vortrag des Verwaltungs-Ausschusses der stellvertretende Protektor darüber, welcher Verein und unter welchen Bedingungen derselbe in die Stiftung aufgenommen ist.

Werden Vereine, welche bereits für andere Zwecke gegründet sind, wie namentlich Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, oder Zweigvereine der Victoria-National-Invaliden-Stiftung in die Kaiser Wilhelms-Stiftung aufgenommen, so ist ihre Thätigkeit als Verein der Kaiser Wilhelms-Stiftung von ihrer sonstigen Aufgabe getrennt zu halten.

§ 14. Die Vereine haben innerhalb ihres Bezirks für die Erfüllung des Stiftungszweckes zu sorgen und die dazu erforderlichen Mittel durch Sammlung von Beiträgen aufzubringen.

Die Vereine werden dem Verwaltungs-Ausschusse auf Erfordern Auskunft ertheilen, dessen Aufträge als seine Organe ausführen und sich mit ihm in laufender Verbindung erhalten.

Dem Verwaltungs-Ausschusse ist alljährlich von den Vereinen über ihre Thätigkeit, Mittel und Fonds, sowie über deren Verwendung Bericht zu erstatten, wogegen diesem die Verpflichtung obliegt, ihnen mit Rath und Beistand an die Hand zu gehen.

Im Uebrigen sind die Vereine ohne Rücksicht auf ihre größere oder geringere Ausdehnung in ihrer Selbstständigkeit und in ihrer Wirksamkeit unbeschränkt. Sie disponiren über ihre Mittel und bestimmen die aus denselben zunächst zu bestreitenden Unterstützungen in ihren Bezirken. Ihre innere Einrichtung ist ihrem freien Ermessen überlassen.

§ 15. Alle Beisteuern, Vermächtnisse und Geschenke, welche für die Zwecke der Stiftung bei den Central-Organen (§ 4), sowie bei dem Central-Comité der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger und bei der Victoria-National-Invaliden-Stiftung eingehen oder eingegangen sind, fallen, wenn von den Gebern nicht ausdrücklich eine andere Bestimmung getroffen ist, einem von dem Verwaltungs-Ausschusse zu verwaltenden Central-Fonds zu.

§ 16. Mittelst des Central-Fonds soll die Stiftung in den Stand gesetzt werden, jedem Einzelnen, welcher in dem Kampfe zur Sicherheit der ganzen Nation Leben und Gesundheit eingesetzt hat, in möglichst gleicher Berücksichtigung des Bedürfnisses die Fürsorge Aller zuzuwenden.

Demgemäß sind a) bei den Unterstützungen, welche der Verwaltungs-Ausschuß unmittelbar aus dem Central-Fonds an einzelne Personen bewilligt, vorzugsweise solche Hülfsbedürftige zu berücksichtigen, welche der Fürsorge eines besonderen Vereins entbehren, b) denjenigen Vereinen, welche nicht genügend eigene

Mittel besitzen, um die erforderlichen Unterstützungen in ihren Bezirken gewähren zu können, nach Verhältniß des Bestandes und des gesammten Bedarfs, Zuschüsse aus dem Central-Fonds zur selbstständigen stiftungsmäßigen Verwendung zu überweisen.

Behufs der weitern Ausgleichung hat jeder Verein, dessen Einnahmen seine Ausgaben übersteigen, einen entsprechenden Theil der ersteren zu reserviren. Am Schlusse eines jeden Jahres wird der Betrag dieser Reserve dem Verwaltungs-Ausschusse angezeigt, welcher darüber nach Bedürfniß zu verfügen berechtigt ist, um die vorstehend unter b erwähnten Zuschüsse zu gewähren.

§ 17. Die Mittel der Stiftung, sowohl Kapital wie Zinsen, sind während des Bestehens der Stiftung dem Bedürfnisse gemäß zu verausgaben.

§ 18. Der Verwaltungs-Ausschuß hat alljährlich dem Gesammt-Vorstande Bericht über seine Wirksamkeit zu erstatten und demselben Rechnung zu legen.

Die Resultate des Jahresberichts und der Jahresrechnung sind nach erfolgter Entlastung zu veröffentlichen.

§ 19. Zu Abänderungen dieses Statuts bedarf es übereinstimmender Beschlüsse des Verwaltungs-Ausschusses und des Gesammt-Vorstandes. Diese Beschlüsse sind mit zwei Drittel Mehrheit der vertretenen Stimmen zu fassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Protektors.

---

Indem Ich die anliegenden von Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit Mir unterm 30. April d. J. im Entwurfe vorgelegten Statuten der gemeinsamen Deutschen Invalidenstiftung, der Ich, Ihrem Vorschlage gemäß, den Namen „Kaiser Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden" beilege, mit den von Mir für erforderlich erachteten Modifikationen hiermit bestätige, verfüge Ich, daß diese Statuten an Stelle der von Mir mittelst Ordre vom 3. September 1870 vorläufig genehmigten Deutschen Wilhelms-Stiftung treten sollen. — Zugleich spreche Ich, in Anerkennung der stattgefundenen Einigung der beiden für die Zwecke der Stiftung thätig gewesenen Vereine, die Erwartung aus, daß nunmehr jede weitere, jenen Zwecken widersprechende Verzögerung der Wirksamkeit der gemeinsamen Stiftung unbedingt vermieden werde. Denn es ist Mein herzlichster Wunsch, die Stiftung in segensreicher Thätigkeit zu sehen, damit das Loos der Deutschen Invaliden und der Hinterbliebenen der für das Vaterland Gefallenen auch in solchen Fällen möglichst erleichtert werde, in denen die für Alle nach gleichem Maße zu gewährende Staatshülfe den verschiedenen Lebensverhältnissen und Bedürfnissen nicht ausreichend oder nicht angemessen zu entsprechen vermag. Bei Meinem lebhaften Interesse für diese Angelegenheit werde Ich eingehende Mittheilungen über die Wirksamkeit der Stiftung gern entgegennehmen. Abgesehen davon aber halte Ich es für erforderlich, daß nach Verlauf von drei Jahren, auf Grund der dann gesammelten Erfahrungen, eine allgemeine Revision der Statuten erfolge.

Berlin, den 1. Juni 1871. (gez.) **Wilhelm.**

An
Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen des Deutschen Reiches, Kronprinzen von Preußen.

**535** **Bekanntmachung.**

In Gemäßheit der Bekanntmachung des Herrn Chefs der Preußischen Bank vom 11. Juli c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bank-Commanditen in Straßburg und Mühlhausen ihre Wirksamkeit am 26. Juli d. J. beginnen sollen.

Dieselben werden folgende Geschäfte betreiben:

1. die Diskontirung von Wechseln auf Straßburg, Mühlhausen, Berlin und alle anderen Plätze, an welchen sich Comtoire, Commanditen und Agenturen der Preußischen Bank mit Kassen-Einrichtung befinden;
2. den Ankauf von Wechseln auf München, Augsburg und andere Bairische Bankplätze, Hamburg, Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zittau, von fremden Börsenplätzen auf London, Amsterdam, Brüssel und andere Belgische Bankplätze;
3. die Ertheilung von Darlehnen gegen Unterpfand von edlen Metallen, sowie von Staats-, Communal-ständischen und anderen öffentlichen auf jeden Inhaber lautenden Papieren;
4. die Annahme von Geldsummen zur Auszahlung bei der Haupt-Bank und deren Filial-Anstalten, sowie der Auszahlung anderwärts zur Erhebung in Straßburg resp. Mühlhausen eingezahlter Beträge;
5. die Besorgung des An- und Verkaufs von öffentlichen Papieren für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten;
6. die Annahme von Wechseln und sonstigen zahlbaren Effekten zur Einziehung.

Der Geschäftsbezirk der Bank-Commandite in Straßburg umfaßt das Gebiet des Departements Unter-Elsaß, derjenige der Bank-Commandite in Mühlhausen das Gebiet des Departements Ober-Elsaß.

Die Verwaltung der Bank-Commandite in Straßburg ist dem Königlichen Bank-Director Heller als ersten und dem Buchhalterei-Assistenten Stage als zweiten Vorstandsbeamten, die Verwaltung der Bank-Commandite in Mühlhausen dagegen dem Königlichen Bank-Director Simon als ersten und dem Buchhalterei-Assistenten Krohn als zweiten Vorstandsbeamten gemeinschaftlich übertragen und sind die Unterschriften dieser beiden Beamten bei allen rechtsverbindlichen Erklärungen und Ausfertigungen der Bank-Commanditen erforderlich.

Berlin, den 19. Juli 1871. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

**536** Bekanntmachung.

Postanweisungsverkehr mit Italien.

Vom 1. August 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen zwischen Deutschland und Italien zulässig. Es können Zahlungen bis 200 Francs nach allen Orten Italiens, sowie nach Alexandrien in Aegypten und nach Tunis, in welchen Orten sich Italienische Postanstalten befinden, im Wege der Postanweisung vermittelt werden. Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist, unter entsprechender Abänderung des auf die Thaler- 2c. Währung lautenden Vordrucks des Formulars, in der Franken-Währung anzugeben, dagegen in der Thaler- bezw. Gulden-Währung einzuzahlen, wobei für jetzt das Reductions-Verhältniß von 1 Franc = 8⅙ Gr. Anwendung findet.

Die thunlichst in Marken zu frankirende Gesammtgebühr beträgt: bei Beträgen bis 100 Francs 4 Gr. oder 14 Kr., bei Beträgen über 100 bis 200 Frans 8 Gr. oder 28 Kr.

Der Coupon darf bei Postanweisungen nach Italien zur Angabe des Geldbetrages, sowie des Namens und Wohnorts des Absenders, nicht aber zu weiteren Mittheilungen benutzt werden, da die Original-Formulare nicht an die Adressaten gelangen.

Bei der Absendung aus Italien werden die von den Italienischen Postanstalten überwiesenen Beträge in München auf gewöhnliche interne Formulare, welche jedoch mit dem Vordruck „Postanweisung aus Italien" versehen sind, übertragen werden und unterliegen demnächst der gleichen Behandlung wie Postanweisungen im inneren Deutschen Verkehr.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Italien.

Berlin, den 14. Juli 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**537** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Armee.

Feldpost-Privatpäckereien für das 1. Armee-Corps, mit Ausnahme der 2. Infanterie-Division, müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf einstweilen nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:

für das 15. Armee-Corps, für die 2., 4., 6., 11., 19., 22. und 24. Infanterie-Division, ferner für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Abtheilungen 2c.), welche zur Deutschen Besatzung der Forts vor Paris gehören.

Bei dieser Gelegenheit ersucht das General-Postamt, auch von der Versendung von Geldbriefen an Offiziere und Mannschaften, welche nicht bei den vorläufig in Frankreich zurückbleibenden mobilen Truppentheilen stehen, so lange Abstand zu nehmen, bis die betreffenden Adressaten nach ihren Friedensgarnisonorten zurückgekehrt sind.

Berlin, den 21. Juli 1871. General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**538** In Gemäßheit des § 3 des Statuts der evangelischen Prediger-Wittwen-Kasse für die Provinz Posen bringen wir nachstehende Uebersicht von der Verwaltung der gedachten Kasse pro 1870 zur öffentlichen Kenntniß:

A. Einnahme:

| | Thlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| 1) Bestand ex 1869 | 243 | 8 | 9 |
| 2) Zinsen von Kapitalien | 900 | — | — |
| 3) An Antrittsgeldern | 16 | 20 | — |
| 4) An Beiträgen | 77 | 4 | 3 |
| 5) An Staatszuschuß | 166 | 20 | — |
| 6) An zurückgezahlten Kapitalien | 1955 | 15 | — |
| 7) Insgemein | 4 | 17 | 8 |
| Summa aller Einnahmen | 3363 | 26 | 1 |

B. Ausgabe:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1) An Pensionen . . . . . . | 459 Thlr. | — Sgr. | — Pf. |
| 2) An Verwaltungskosten . . . . | 6 „ | 19 „ | 8 „ |
| 3) An zinsbar belegten Kapitalien | 2292 „ | 23 „ | 4 „ |
| 4) Insgemein . . . . . . . | — „ | — „ | — „ |

Summa aller Ausgaben 2758 Thlr. 13 Sgr. - Pf.

Also Bestand ult. 1870 605 Thlr. 13 Sgr. 1 Pf.

C. Das Kapitalvermögen beträgt:

a. in Hypotheken-Capitalien . . . 17033 Thlr. 10 Sgr.,
b. in zinstragenden Papieren . . . 190 „ — „.

Zusammen 17223 Thlr. 10 Sgr.

D. Die Zahl der Wittwen betrug:

im Jahre 1870 „Sechs", von denen jede 133 Thlr. 10 Sgr. an Pension erhielt.

Posen, den 18. Juli 1871. Königl. Regierung, Abth. für Kirchen und Schulwesen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**539** Edictal-Citation.

Etwaige Inhaber der angeblich am 21. Mai 1867 in Klein Lonsk bei Poln. Crone verbrannten Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Serie II. No. 1375 und 7779, über je 200 Thlr., werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 2. Januar 1872 bei uns zu melden oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewärtigen.

Posen, den 14. März 1871.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Zapozew edyktalny.

Listy zastawne Ser. II. No. 1375 i 7779 nowego Towarzystwa Ziemstwa kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj, które jakoby przez pożar w dniu 21. Maja 1867 w Małym Łonsku pod Koronowem zniszczone zameldowano, zostaną całkiem umorzone, jeżeli nikt się z prawnemi pretensyami do tychże listów zastawnych aż najpóźniéj do dnia 2. Stycznia 1872 nie zgłosi. Wzywają się zatem niniejszem wszyscy możliwi posiadacze tychże listów zastawnych do zgłoszenia się do niżéj podpisanéj dyrekcyi aż najpóźniéj do wzwyż oznaczonego terminu, z swemi mniemanemi pretensyami, gdyż inaczéj całkowite umorzenie tychże listów zastawnych nastąpi.

Poznań, dnia 14. Marca 1871.

Król. Dyrekcya nowego
Towarzystwa Ziemstwa Kredytowego
dla prowincyi Poznańskiéj.

**540** Bergwerksverleihung.

Nachstehende Verleihungsurkunde:

Auf die am 22. März d. J. präsentirte Muthung wird dem Königlichen Preußischen Bergfiscus das in den Gemeinden Inowraclaw, Grostwo und Neusorge, Kreis Inowraclaw, Regierungsbezirk Bromberg, Oberbergamtsbezirk Breslau, belegene Bergwerk **Ost**, dessen Feld 499,000 Quadratlachter enthält, und dessen Grenzen auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben A., B., C., D., E. und F. bezeichnet sind, zur Gewinnung des in diesem Felde vorkommenden **Steinsalzes** hierdurch verliehen.

Breslau, den 8. Juli 1871. Königl. Oberbergamt.

wird unter Verweisung auf §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Situationsriß während der im § 37 des Berggesetzes vorgeschriebenen Frist in dem Amtslocale des Königlichen Revierbeamten, Bergmeisters Schmidt zu Görlitz, zur Einsicht offen liegt. Breslau, den 8. Juli 1871. Königl. Oberbergamt.

**541** Bekanntmachung.

In der Zeit vom 12. bis 14. September d. J. findet in Kiel die mit einer Ausstellung verbundene XVII. Wanderversammlung deutscher Bienenwirthe statt.

Für die Gegenstände, welche zu dieser Ausstellung gelangen, werden auf der Ostbahn Transport-Erleichterungen in der Art gewährt, daß nur für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht zu entrichten ist, der Rücktransport dagegen an den Aussteller auf derselben Route frachtfrei erfolgt, wenn die Aufgabe der Gegenstände bis spätestens zum 1. October d. J. bewirkt und durch Vorlage des Frachtbriefes für den Hintransport, sowie durch ein Attest der Ausstellungs-Commission nachgewiesen wird, daß dieselben auf der Ausstellung gewesen und unverkauft geblieben sind.

Bromberg, den 10. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

542 **Bekanntmachung.**

Vom 25. d. M. ab treten im Magdeburg-Preußischen Verband-Güter-Verkehre folgende Declassificationen ein:

1) aus der Normalklasse in die ermäßigte Klasse II. A.: Fleisch (frisches), Rum, Zuckerschnur in festen Bündeln,
2) aus der Normalklasse in die ermäßigte Klasse II. B.: Bienenraß oder Drost, Benzin in Fässern. Erdwachs, Glasballons, leere, gebrauchte, in Körben (nur in Francofracht), Holzkalk, Kirschblätter (fabricirte), Kobalt, Kunstkorn (Seifenkorn), Natron, Nickel, Nickelerz, Nickelspeise, Putzkalk, Steine vollständig bearbeitet, polirte Marmor- und andere Steine, auch Grabsteine, Steinwaaren, wozu auch polirte Marmorplatten, Marmoraufsätze und Marmorconsolen gezählt werden, gehören zur Normalklasse, Waldwolle, Waldhaare in festen Bündeln, Wermuth und Wermuthmehl,
3) aus der Normalklasse in die ermäßigte Klasse II. C.: Chamottspeise, Chamottmehl, Dreschmaschinen, Locomobilen, Mühlsteine, französische, Holzfaserstoff, comprimirt, Kesselsteinsalz, Thon präparirter, zum Anstrich des Lederzeuges 2c.

Bromberg, den 11. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

543 **Bekanntmachung.**

Die Stationen Barmen-Rittershausen, Hoerde, Iserlohn, Lennep und Neuß der Bergisch-Märkischen Eisenbahn werden vom 1. August c. ab in den Russisch-Rheinischen und Ostdeutsch-Rheinischen Verband-Güterverkehr als Verbandstationen mit direkten Sätzen aufgenommen.

Die betreffenden Tarifnachträge sind von den Verbandstationen käuflich zu beziehen.

Bromberg, den 13. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

544 Der provisorische Lehrer Otto Ehrlich an der evangelischen Schule in Gornitz, Kreis Czarnikau ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

545 Der bisherige Schiedsmann, Lehrer Patrzykowski in Lopienno, ist für den Bezirk Lopienno, Kreis Wongrowiec, wiederum zum Schiedsmann gewählt bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Kranz in Poslugowo bestellt worden.

Dla okręgu Łopieńskiego, powiecie Wągrowieckim, dotychczasowy rozjemca nauczyciel Patrzykowski w Łopiennie na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym rozjemca Kranz w Posługowie.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 30.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 31.

Bromberg, den 4. August 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**546** Das 31. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 671. Gesetz, betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, sowie die Bewilligungen für die Hinterbliebenen solcher Personen. Vom 27 Juni 1871.

**547** Das 32. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 672. Verordnung, betreffend den Diensteid der unmittelbaren Reichsbeamten. Vom 29. Juni 1871.

Nr. 673. Bekanntmachung, betreffend die Ergänzung der unterm 19. Juni d. J. erlassenen Vorschriften zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Juni d. J. über die Inhaberpapiere mit Prämien (Reichsgesetzbl. S. 381). Vom 1. Juli 1871.

Nr. 674. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Konsul des Norddeutschen Bundes Adelgaxpt Quehl zu Kopenhagen zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Dänemark, den Konsul des Norddeutschen Bundes Jörgen Basse Feerch zu Aalborg, den Konsul des Norddeutschen Bundes Jens Ulrich Gerdes zu Aarhuus, den Konsul des Norddeutschen Bundes Jens Korsholm Bork zu Fano, den Konsul des Norddeutschen Bundes Peter Julius Kall zu Frederikshafen, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Wilhelm Loehr zu Fridericia, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Prytz zu Helsingör, den Konsul des Norddeutschen Bundes Christian Henrik Nielsen zu Hjöring, den Konsul des Norddeutschen Bundes Friedrich Philipp Crome zu Horsens, den Konsul des Norddeutschen Bundes Andreas Jörgensen zu Korsör, den Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Steenberg zu Randers, den Konsul des Norddeutschen Bundes Andreas Christian Husted zu Ringkiöbing, den Konsul des Norddeutschen Bundes Paul Frederik Michelsen zu Rönne, den Konsul des Norddeutschen Bundes Jens Andersen zu Svaneke, den Konsul des Norddeutschen Bundes Jens Nyeborg zu Thisted, den Konsul des Norddeutschen Bundes


# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 4. Sierpnia 1871.


## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 31. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 671. Prawo, tyczące się emerytowania i zaopatrywania osób wojskowych armii Państwa i Cesarskiéj marynarki, jako też użyczeń dla pozostałych rodzin po osobach takich. Z 27. Czerwca 1871.

Oddział 32. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 672. Rozporządzenie, dotyczące przysięgi służbowéj bezpośrednich urzędników Państwa. Z 29. Czerwca 1871.

No. 673. Obwieszczenie, dotyczące uzupełnienia wydanych pod dniem 19. Czerwca r. b. przepisów ku wykonaniu ustawy Państwa z 8. Czerwca r. b. o papierach premiowych na dzierzyciela (Zb. Pr. Pań. str. 381). Z 1. Lipca 1871.

No. 674. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula Związku północno-niemieckiego Adelhaupt Quehl w Kopenhadze mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Danią; konsula Związku północno-niemieckiego Joergen Basse Feerch w Aalborg, konsula Związku północno-niemieckiego Jens Ulrich Gerdes w Aaarhuus, konsula Związku północno-niemieckiego Jens Korsholm Bork we Fano, konsula Związku północno-niemieckiego Piotra Juliusza Kall we Frederikshafen, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Wilhelma Loehr we Fridericia, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Prytz w Helsingoer, konsula Związku północno-niemieckiego Krystyana Henryka Nielsen w Hjöring, konsula Związku północno-niemieckiego Fryderyka Filippa Crome w Horsens, konsula Związku północno-niemieckiego Andrzeja Jörgensen w Korsör, konsula związku północno-niemieckiego Jana Steenberg w Randers, konsula Związku północno-niemieckiego Andrzeja Krystyana Husted w Ringkiöbing, konsula Związku północno-niemieckiego Pawla Fryderyka Michelsen w Roenne, konsula Związku północno-nie-

Harald Feddersen zu St. Thomas zu Konsuln des Deutschen Reichs, und den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Julius Kall zu Frederikshafen zum Vizekonsul des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Nr. 675. Dem Herrn H. Seckel in Frankfurt a/M. ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Konsul der Republik Chile daselbst ertheilt worden.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

548 Das 18. Stück der diesjährigen Gesetzsammlung enthält unter:

Nr. 7836. Allerhöchster Erlaß vom 15. Mai 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Mühlhausen-Wanfrieder Staatsstraße bei der güldenen Holzecke im Kreise Mühlhausen, Regierungsbezirk Erfurt, über Diedorf, Wendehausen und Klein-Töpfer bis zur Wanfried-Treffurter Staatsstraße bei der Heldraer Feldmühle, an die Bauunternehmer, die Stadtgemeinde Treffurt und die ländliche Gemeinde Diedorf.

Nr. 7837. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen der Provinz Hannover im Betrage von 2,500,000 Thalern. Vom 24. Mai 1871.

Nr. 7838. Allerhöchster Erlaß vom 14. Juni 1871, betreffend die Genehmigung des Revidirten Reglements für die Hoya-Diepholzsche Brandkasse.

miecкiego Jens Andersen w Svaneke, konsula Związku północno-niemieckiego Jens Nyeborg w Thisted, konsula Związku północno-niemieckiego Harald Feddersen w St. Thomas konsulami Państwa Nieckiego, a wicekonsula Związku północno-niemieckiego Juliusza Kall we Frederikshafen wicekonsulem Państwa Niemieckiego.

No. 675. W. H. Seckel we Frankfurcie n. M. udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na konsula Rzeczpospolitéj Chile tamże.

### Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 18. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7836. Najwyższe rozporządzenie z 15. Maja 1871, tyczące się nadania entreprenerom budowy, gminie miejskiéj Treffurt i gminie ziemskiéj Diedorf przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki gminnéj od traktu rządowego Muehlhausen-Wanfried koło „Gueldene Holzecke" w powiecie Muehlhausen, obwodzie regencyjnym Erfurtskim, na Diedorf, Wendehausen i Klein-Töpfer aż do traktu rządowego Wanfried-Treffurt koło „Heldraer Feldmuehle."

No. 7837. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi prowincyi Hanowerskiéj w ilości 2,500,000 tal. Z 24. Maja 1871.

No. 7838. Najwyższe rozporządzenie z 14. Czerwca 1871, tyczące się potwierdzenia Przejrzanego Regulaminu dla kasy ogniowéj Hoya-Diepholz.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

549 **Bekanntmachung.**

Postanweisungsverkehr mit Italien.

Vom 1. August 1871 ab ist der Austausch von Postanweisungen zwischen Deutschland und Italien zulässig. Es können Zahlungen bis 200 Francs nach allen Orten Italiens, sowie nach Alexandrien in Aegypten und nach Tunis, in welchen Orten sich Italienische Postanstalten befinden, im Wege der Postanweisung vermittelt werden. Die Einzahlung erfolgt bei den diesseitigen Postanstalten auf ein gewöhnliches Postanweisungs-Formular. Der Betrag ist, unter entsprechender Abänderung des auf die Thaler- rc. Währung lautenden Vordrucks des Formulars, in der Franken-Währung anzugeben, dagegen in der Thaler- bezw. Gulden-Währung einzuzahlen, wobei für jetzt das Reductions-Verhältniß von 1 Franc = 8⅙ Gr. Anwendung findet.

Die thunlichst in Marken zu frankirende Gesammtgebühr beträgt: bei Beträgen bis 100 Francs 4 Gr. oder 14 Kr., bei Beträgen über 100 bis 200 Frans 8 Gr. oder 28 Kr.

Der Coupon darf bei Postanweisungen nach Italien zur Angabe des Geldbetrages, sowie des Namens und Wohnorts des Absenders, nicht aber zu weiteren Mittheilungen benutzt werden, da die Original-Formulare nicht an die Adressaten gelangen.

Bei der Absendung aus Italien werden die von den Italienischen Postanstalten überwiesenen Beträge in München auf gewöhnliche interne Formulare, welche jedoch mit dem Vordruck „Postanweisung aus Italien" versehen sind, übertragen werden und unterliegen demnächst der gleichen Behandlung wie Postanweisungen im inneren Deutschen Verkehr.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung auf den Verkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Italien.

Berlin, den 14. Juli 1871.

General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

550 **Bekanntmachung**
wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie IV. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen fünfprozentigen Staatsanleihe vom Jahre 1859 und Serie IX. zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen.

Die Zins-Coupons zu den Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Staatsanleihe v. J. 1859 und zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen für die vier Jahre vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1875 nebst Talons werden vom 19. d. M. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 93 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrole persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen resp. der Königl. Finanzdirection zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrole der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 3. Juni 1871.

**Hauptverwaltung der Staatsschulden.**

**Obwieszczenie,**
względem wydania nowych kuponów procentowych seryi IV. do obligów pożyczki pięcio-procentowéj państwa Pruskiego z roku 1859 i seryi IX. do obligów Nowomarchijskich.

Od 19. b. m. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 93 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj pięcioprocentowéj z roku 1859 i do obligów Nowomarchijskich za te cztery lata od 1. Lipca 1871 do 30. Czerwca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych obu gatunków długu z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójnie zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz, w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku długu. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye resp. przez Królewską dyrekcyą finansów w Hanowerze, w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły W tym to razie należy przesłać dokumenta właściwe kontroli papierów krajowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 3. Czerwca 1871.

**Zarząd główny długów rządowych.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 12. Juni 1871.
Königliche Regierung.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 12. Czerwca 1871.
Królewska Regencya.

**551** Die Rectorats-Prüfung vor der hiesigen Departements-Prüfungs-Commission ist auf **Mittwoch den 11. October c.** anberaumt.

Diejenigen Candidaten der Theologie oder des Schulamts, welche an dieser Prüfung theilnehmen wollen, resp. diejenigen, welchen unter Vorbehalt der Ablegung der Rectorats-Prüfung die Verwaltung eines Rectorats, resp. die Leitung einer Privatschule gestattet worden ist, haben sich im Laufe des Vormittags des 10. October c. bei unserem Departements-Schul-Rath, dem Herrn Regierungs-Rath Jungklaaß, persönlich zu melden und folgende Ausweise vorzulegen:

a. das Universitäts-Entlassungs-Zeugniß resp. das Zeugniß der absolvirten theologischen Prüfung — oder die sonstigen Zeugnisse über ihre Vorbildung,
b. ein von der Ortsbehörde resp. von dem Orts-Schulinspector auszustellendes Zeugniß über ihre sittliche Führung,
c. einen kurz gefaßten Lebenslauf.

Bromberg, den 17. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**552** Die durch den Tod des Kreis-Baumeisters Schulemann in Inowraclaw erledigte Kreis-Baumeisterstelle dortselbst ist dem Baumeister Küntzel von hier vom 1. August c. zur kommissarischen Verwaltung übertragen worden.

Bromberg, den 20. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**553** Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 21. Juni c. ist dem, im Kreise Wirsitz belegenen Rittergute Liszkowo und den dazu gehörenden Vorwerken Liszkowke und Massowo an Stelle der jetzigen polnischen Bezeichnungen deutsche Namen beigelegt worden, und zwar dem Haupt- (Ritter-) Gute Liszkowo der Name **„Witzleben"**, dem Vorwerk Liszkowke der Name **„Jobshöhe"** und dem Vorwerk Massowo der Name **„Ericfelde"**.

Bromberg, den 21. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**554** Bekanntmachung.

Mit Bezug auf § 150 ad 4 der Ersatz-Instruction vom 26. März 1868 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der nächste Termin zur Prüfung derjenigen Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum einjährigen freiwilligen Militairdienst erwerben wollen, im Monate September d. J. stattfinden wird.

Bromberg, den 21. Juli 1871.
Prüfungs-Commission für einjährig Freiwillige.

**555** An Stelle des zum Pfarrer in Gorenzen, Provinz Sachsen, berufenen Pfarrers Böttcher zu Kischkowo ist der Pfarrverweser Kruska aus Groß Mierkowitz zunächst in der Eigenschaft als Verweser der evangelischen Parochie Kischkowo berufen worden.

Bromberg, den 22. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**556** Bekanntmachung.

Auf Grund des § 34 des Reglements vom 28. December 1775, wonach das Receptionsgeschäft der Königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt auf die Monate März und September beschränkt sein soll, ist durch unsere Geschäfts-Instructionen und Bekanntmachungen, zuletzt durch die Bekanntmachung vom 29. Januar 1859 zu III., angeordnet worden, daß die Receptions-Anträge spätestens bis zum 1. April oder 1. October an uns einzusenden sind.

Wir bringen diese Anordnung wiederholt in Erinnerung, mit dem Bemerken, daß vom nächsten, mit dem 1. September c. beginnenden Receptionstermine ab nur solche Aufnahme-Anträge Berücksichtigung finden werden, welche, mit den vorschriftsmäßigen Attesten versehen, im Laufe der Monate September und März bei uns eingehen.

Berlin, den 11. Juli 1871.
General-Direction der Königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.
In Vertretung: **von Moeller.**

557 Die Kreis-Wundarzt-Stelle des Kreises Thorn ist noch immer nicht definitiv besetzt. Wir fordern qualifizirte Medizinal-Personen auf, unter Einreichung ihrer betreffenden Zeugnisse sich innerhalb sechs Wochen bei uns um die Stelle zu bewerben.

Marienwerder, den 21. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

558 **Verfügung**

an die Herren Polizei-Anwalte des Departements Bromberg.

In Folge der Anfragen und resp. Anträge mehrerer Herren Polizei-Anwalte meines Amtsbezirks und in Veranlassung des von mir erstatteten Berichts, hat sich der Herr Justiz-Minister in dem an mich erlassenen Rescripte vom 24. Juli c. damit einverstanden erklärt,

„daß die Polizei-Anwalte zu Anträgen auf öffentliche Vorladung ausgewanderter beurlaubter Reservisten oder Wehrmänner meiner Genehmigung nicht bedürfen."

Indem ich diese Ermächtigung als Declarirung des § 35 der Polizei-Anwalts-Instruction vom 24. November 1852 für Straf-Anträge aus dem § 360 Nr. 3 des Deutschen Strafgesetzbuches den Herren Polizei-Anwalten meines Amtsbezirks hierdurch bekannt mache, veranlasse ich dieselben, sich von jetzt ab bei ihren Anträgen an die Königlichen Kreis-Gerichte danach zu achten.

Im Uebrigen bewendet es bei der Vorschrift des § 35 der Polizei-Anwalts-Instruction.

Die Herren Polizei-Anwalte haben von dieser durch das Königliche Regierungs-Amtsblatt publicirten Verfügung Abschrift zu ihren General-Acten zu nehmen.

Bromberg, den 26. Juli 1871.

Der Königliche Ober-Staats-Anwalt des Departements Bromberg. **Laube.**

559 **Bekanntmachung.**

Die mittelst Bekanntmachung vom 28. v. Mts. für den Gütertransport auf der Ostbahn publicirten Zuschlags-Lieferfristen werden hiermit aufgehoben; es treten fortan wieder die reglementsmäßigen Lieferfristen sowohl im Local- als Verband-Verkehr in Kraft.

Bromberg, den 18. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

560 Pfandbriefs-Aufkündigung.

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Wypowiedzenie listów zastawnych.

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżéj oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj:

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 191. 295. 401. 688. 699. 775. 1363. 1438. 1521. 1526. 1700. 1962. 2033. 2249. 2321. 2332. 2427. 2430. 2431. 2604. 2725. 2733. 2887. 3204. 3410. 3547. 3559. 3641. 3654. 3699. 3732. 3765. 3913. 3924. 4225. 4255. 4351. 4529. 4612. 4876. 4960. 5024. 5177. 5210. 5284. 5335. 5363. 6011. 6194. 6304. 6404. 6486. 6602. 6820. 6843. 6853. 6911. 7038. 7071. 7496. 7500. 7606. 7738. 7843. 7894. 7949. 7981. 7993. 8055. 8073. 8145. 8180. 8203. 8241. 8409. 8925. 8951. 9088. 9401. 9762. 9985 10,082. 10,086. 10,171. 10,408. 10,445. 10,547. 10,640. 10,657, 10,720. 10,812. 10,878. 11,007. 11,121. 11,194. 11,408. 11,509. 11,617. 11,636. 11,646. 11,677. 11,802. 11,816. 11,865.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 8. 18. 91. 124. 143. 208. 294. 297. 430. 500. 611. 687. 706. 722. 947. 954. 1341. 1404. 1451. 1464. 1517. 1572. 1625. 1627. 1709. 1737. 1900. 2044. 2112. 2147. 2376. 2399. 2518. 2604. 2628. 2710. 2792. 2877. 3110. 3135. 3199. 3203. 3215. 3361. 3413. 3471. 3493. 3761. 3807. 3827. 3860. 3910. 3931. 3954. 4095. 4116. 4127. 4167. 4312. 4334. 4349. 4355. 4564. 4605. 4628. 4685. 4969. 5031. 5035. 5095. 5096. 5128. 5295. 5347. 5383. 5497. 5527. 5672. 5686. 5717. 5991. 6270. 6318. 6376. 6554. 6575. 6740. 6959. 7017. 7051. 7155. 7310. 7311. 7331. 7476. 7549. 7844. 7948. 7996. 8029. 8066. 8329. 8356. 8405. 8593. 8997. 9027. 9034. 9042. 9090. 9126. 9208. 9342. 9543. 9591. 9673. 9700. 9883. 10,241. 10,370. 10,474. 10,525. 10,552. 10,606. 11,270, 11,302. 11,724. 11,734. 11,946. 12,140. 12,367. 12,644. 12,860. 12,969. 13,032. 13,426. 13,461. 13,702. 13,853. 13,955. 14,029. 14,333. 14,846. 15,242. 15,395. 15,441. 15,576. 15,735. 16,279. 16,285. 16,289. 16,435. 16,554. 16,625. 17,129. 17,217. 17,342. 17,868. 17,883. 18,354. 18,420. 18,435. 18,472. 18,712. 18,961. 19,042. 19,097. 19,104. 19,171. 19,249. 19,320. 19,481. 19,638. 19,721.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 40. 48. 106. 259. 290. 420. 540. 685. 783. 897. 1000. 1129. 1153. 1201. 1426. 1437. 1442. 1553. 1593. 1626. 1673. 1755. 1765. 1772. 1881. 2005. 2007. 2057. 2199. 2228. 2415. 2437. 2579. 2847. 2903. 3237. 3820. 4046. 4124. 4339. 4502. 4523. 4539. 5043. 5116. 5268. 5283. 5333. 5360. 5365. 5444. 5665. 5794. 6220. 6353. 6464. 6523. 6592. 6650. 7302. 7367. 7394. 7772. 7992. 8005. 8108. 8183. 8300. 8491. 8523. 8615. 8769. 8903. 8935. 9005. 9311. 9337. 9435. 9553. 9574. 9604. 9666. 9789. 10,205. 10,227. 10,487. 10,628. 10,635. 11,218. 11,288. 11,344. 11,354. 11,358. 11,394. 11,400. 11,404. 11,469. 11,556. 11,745. 11,802. 11,812. 11,926.

12,019. 12,351. 12,403. 12,536. 12,705. 12,748. 12,763. 12,765. 12,767. 12,833. 13,061. 13,109. 13,364. 13,371. 13,388. 13,593. 13,714. 13,790. 13,858. 14,008. 14,045. 14,073. 14,316. 14,345. 14,358. 14,588. 14,683. 14,886. 14,902.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 70. 155. 207. 249. 268. 345. 433. 496. 524. 632. 690. 868. 939. 1047. 1311. 1392. 1528. 1639. 1659. 1660. 2185. 2208. 2375. 2527. 2740. 2798. 2858. 2952. 3002. 3049. 3533. 3627. 3688. 3731. 3865. 4058. 4296. 4312. 4341. 4539. 4598. 4689. 4772. 4785. 5122. 5179. 5197. 5276. 5316. 5349. 5628. 5828. 5883. 6023. 6085. 6395. 6624. 6662. 6698.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 176. 188. 563. 690. 725. 769. 770. 958. 1019. 1070. 1089. 1521. 2847. 3645. 4209. 4564. 5354. 6510. 6522. 6590. 7710. 7751. 7945. 8038. 8440. 8810.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1. 170. 724. 869. 1172. 1879. 2073. 2118. 2132. 2525. 2746. 3586. 3965. 4011.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 43. 206. 442. 626. 645. 655. 727. 758. 977. 1023. 1052. 1561. 1572. 1576. 2028. 3071. 3864. 5446. 5515. 6401. 7068. 7373. 7426. 8139. 8171. 8784.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 885. 893. 968. 1276. 1500. 1643. 1893. 2154. 2691. 3242. 3558. 3608. 3984.

den Inhabern zum 2. Januar 1872 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst dem noch nicht fälligen Kupon Nr. 10 und dem Talon in coursfähigem Zustande eingeliefert werden. Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird von der Einlösungs-Valuta in Abzug gebracht.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post unfrankirt ohne Anschreiben und unter Deklaration des vollen Werthes erfolgen soll.

Die Valuta der bis nach Ablauf der ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum 1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekündigten Pfandbriefe wird nach Abzug des Betrages des Kupons Nr. 10 an das hiesige Königliche Kreisgericht Behufs Amortisation abgeführt.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber noch rückständigen Pfandbriefe und zwar aus dem Kündigungstermine

ich posiadaczom na dzień 2. Stycznia 1872 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitalową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinne być składane z niepłatnemi jeszcze kuponem No. 10 i z talonem w stanie do kursu usposobionym. Ilość możebnie brakujących kuponów potrąci się w gotowiźnie wykupnéj.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z kuponami i talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można odwrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Gotowizna za niezłożone do końca wydanego szeregu kuponów t. j. do pierwszego Lipca 1872 wypowiedziane listy zastawne odda się po potrąceniu ilości kuponu No. 10 tutejszemu Królewskiemu Sądowi Powiatowemu celem umorzenia ich.

Zarazem wypowiadają się dawniéj już wylosowane, lecz dotąd niezrealizowane listy zastawne, a mianowicie z terminów już wypowiedzianych.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 2 bis (do) 10.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 15,846.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 4460.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 3 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 4954.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1674. 2699. 4613. 4775. 8067. 9453. 19,568.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 3448. 4314. 5733. 6041. 11,768. 12,708.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3935. 5130.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 551.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 937. 1908.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 10.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 4 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr (tal.) Nr. 4063.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 3034. 4423. 5229. 7102. 15,458. 17,867. 18,584.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 5320. 10,068, 10,891. 13,575.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 580. 1004.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1513. 3119.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 79. 657.
vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 5 bis (do) 10.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 70. 335. 1928. 2945. 3144. 3522. 4245. 5692. 5731. 7902. 8271. 9434. 10,736. 14,119. 14,259. 15,845. 16,284.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1056. 1355. 1873. 3999. 5390. 5475. 6863. 8961. 12,229. 12,293. 13,866.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 3629. 3675. 4721.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 519. 2028.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1828. 2327. 2338. 2706. 4838. 4912.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 955.
vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 6 bis (do) 10.
Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 113. 4445. 7748. 8946. 9734.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 90. 1983. 2394. 2467. 2602, 2671. 4856. 5524. 5752. 8043. 8199. 8365. 9074. 9255. 12,777. 14,347. 15,033. 17,146. 17,599. 17,685. 18,394. 18,425. 18,954.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 541. 967. 1095. 1299. 1303. 1308. 2110. 3629. 3986. 5270. 5280. 5642. 6103. 6677. 6851. 6893. 7089. 8028. 8651. 9777. 13,110. 13,317. 14,036.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3337. 3559. 4853. 6126. 6224.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 5036.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 448. 2126.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2974. 4993.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1159. 1620.
vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 7 bis (do) 10.
Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 741. 821. 3077. 3095. 3978. 5879. 6811. 9432. 10,634.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 188. 1145. 1226. 1639. 3285. 3337. 5051. 6369. 7061. 7217. 7515. 7527. 7671. 8111. 9720. 10,579. 10,669. 11,761. 12,806. 13,336. 14,020. 15,386. 17,548. 17,950. 18,038. 19,112. 19,284.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1440. 1631. 1786. 1993. 2624. 2809. 5381. 5648. 6193. 6203. 7233. 7800. 7883. 8417. 8512. 8858. 10,103. 10,147. 11,317. 11,991. 12,166. 12,272. 13,001. 13,027. 13,309. 13,967. 14,028. 14,509. 14,732.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1213. 1242. 1423. 3019, 3270.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 2213. 2653. 4051. 4056.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1012. 2600. 2792.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2046. 4099.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1558. 2144.
vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1871. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 8 bis (do) 10.
Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 715. 1430. 3299. 3936. 4670. 5505. 5552. 6726. 7061. 7324. 10,326. 10,993.
Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 210. 263. 1336. 2416. 2516. 2785. 3311. 3659. 3892. 4214. 4647. 5614. 7113. 7471. 7826. 8832. 8843. 9355. 9920. 12,425. 12,816. 14,691. 15,994. 16,575. 18,447. 19,398. 19,637. 19,710. 19,712.
Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 103. 340. 396. 958. 1093. 1122. 1540. 1643. 1684. 1998. 2276. 3481. 3886. 4002. 4008. 4372. 4393. 4551. 4626. 4692. 4882. 5443. 5620. 6367. 7662. 9236. 9268. 9529. 9911. 10,018. 11,956. 12,512. 13,465. 13,491. 13,874. 14,327.
Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3669. 3776. 4535. 4739. 4900.
Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 1373. 3168. 5933. 6967.
Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 2017. 2161.
Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1705. 4287. 6705. 7940.
Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 2085. 2098. 2105. 4187.

hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Pfandbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger gerichtlicher Amortisation unverweilt in Empfang zu nehmen.

Posen, den 12. Juni 1871.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

i wzywają się powtórnie właściciele tychże, ażeby walutę powyższych listów zastawnych, bez narażenia się na stratę prowizyi i przyszłéj amortyzacyi sądowéj niebawem w kasie naszej odebrali.

Poznań, dnia 12. Czerwca 1871.

Królewska Dyrekcya
nowego Towarzystwa ziemskiego kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

561 Gustav Weidemann als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Alt-Sorge, im Kreise Czarnikau, definitiv angestellt.

562 Dorszewski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Gora, im Kreise Inowraclaw, definitiv angestellt.

563 Hermann Jänsch als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Schocken, im Kreise Wongrowiec, interimistisch angestellt.

564 Gottlieb Schrank als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Groß Slonawy, im Kreise Schubin, definitiv angestellt.

Königliches Appellations-Gericht.

565 An Stelle des verstorbenen Schiedsmanns Ernst Schrader ist der Lehrer Amandus Jänsch in Josephowo für den Bezirk IV., Polizei-District Mogilno, Palendzie koscielne, Kreis Mogilno, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Madalkiewicz in Mogilno bestellt worden.

Dla IV. okręgu policyjnego Mogilnickiego (Palędzie kościelne), w powiecie Mogilnickim, został w miejsce zmarłego rozjemcy Ernesta Schradera, nauczyciel Amandus Jaensch w Józefowie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Na zastępcę jego ustanowiono rozjemcą Madalkiewicza w Mogilnie.

## Vermischte Nachrichten.

566 Dem Herrn Reinhold Stahl in Suhl ist unter dem 21. Juli 1871 ein Patent
auf ein Hinterladungsgewehr in der durch Zeichnung, Modell und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammensetzung und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu beschränken,
auf 3 Jahre, von jenem Tage angerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

567 Das dem Fabrikanten F. Angerstein zu Berlin unter dem 5. Januar 1870 auf die Dauer von drei Jahren für den ganzen Umfang des Preuß. Staates ertheilte Patent
auf ein durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesenes Sicherheitsschloß, soweit dasselbe für neu und eigenthümlich erkannt worden ist,
ist bis zum 5. Januar 1874 verlängert worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 31.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 32. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 11. August 1871. Bydgoszcz, dnia 11. Sierpnia 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**568** Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das Dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete per **Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr während des letzten Krieges herausgestellt, wo ohne das Hilfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte u. s. w. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma 2c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keinesweges. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwand-Einlage oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, August 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**569** Aus dem diesseitigen Regierungsbezirke sind im II. Quartal d. J. in Folge polizeilicher Anordnungen des Landes verwiesen worden:

1) Heymann Bernhard, Einwohner, vagirt, Geburtsort Plock in Russisch-Polen, Alter 31 Jahr, Religion jüdisch, Größe 5 Fuß 2 Zoll, Haare dunkelblond, Stirn niedrig, Augenbraunen blond, Augen braun, Nase und Mund gewöhnlich, Bart blond, Kinn und Gesicht rund, Gesichtsfarbe gesund, Statur mittel, besondere Kennzeichen: blind, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

2) Lewin Bienefeld, Einwohner, vagirt, Geburtsort Ozorkowo in Russisch-Polen, Alter 21 Jahr, Religion jüdisch, Größe 5 Fuß 5 Zoll, Haare blond, Stirn frei, Augenbraunen blond, Augen braun, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn und Gesicht rund, Gesichtsfarbe gesund, Statur mittel, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

3) Joseph Golebiewski, Dienstjunge, vagirt, Geburtsort Ozorkowo in Russisch-Polen, Alter 16 Jahr, Religion katholisch, Größe 4 Fuß 10 Zoll, Haare blond, Stirn frei, Augenbraunen hellblond, Augen grau, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn rund, Gesicht oval, Gesichtsfarbe gesund, Statur klein, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

4) Jacob Tober, Tagelöhner, vagirt, Geburtsort Ulley in Russisch-Polen, Alter 50 Jahr, Religion evangelisch, Größe 5 Fuß 8 Zoll, Haare dunkel, Stirn frei, Augenbraunen dunkel, Augen blau, Nase und Mund gewöhnlich, Bart blond, Kinn rund, Gesicht länglich, Gesichtsfarbe gesund, Statur schlank, besondere Kennzeichen: der Ringfinger rechter Hand fehlerhaft, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

5) Stanislaus Kwiatkowski, Knecht aus Wola wapowska, Geburtsort Jarantowice in Russisch-Polen, Alter 22 Jahr, Religion katholisch, Größe 5 Fuß 2 Zoll, Haare blond, Stirn hoch, Augenbraunen blond, Augen blau, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn und Gesicht oval, Gesichtsfarbe gesund, Statur untersetzt, besondere Kennzeichen: Narben auf der Brust, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

6) Raffel Rozicki, Schuhmachergeselle aus Kruschwitz, Geburtsort Izbica in Russisch-Polen, Alter 18 Jahr, Religion evangelisch, Größe 4 Fuß 10 Zoll, Haare schwarz, Stirn frei, Augenbraunen dunkel, Augen blau, Nase groß und breit, Mund gewöhnlich, Kinn und Gesicht oval, Gesichtsfarbe gesund, Statur untersetzt, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

7) Mortche Lube, Tagelöhner, vagirt, Geburtsort Kraszniece in Russisch-Polen, Alter 59 Jahr, Religion evangelisch, Größe 5 Fuß 4 Zoll, Haare dunkel, Stirn hoch, Augenbraunen blond, Augen blau, Nase lang, Mund gewöhnlich, Bart graumelirt, Kinn und Gesicht oval, Gesichtsfarbe gesund, Statur mittel, Grenzpunkt der Ausweisung Radziejewo, weil er lästig war.

Bromberg, den 28. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**570** Die nachstehend aufgeführten Schul-Amts-Candidaten: 1) Franz Kaudziora in Strzyszewo kosc., 2) Alexander v. Kotarski in Rogowo, 3) Franz Regowski in Posen, 4) Stanislaus Ogurkowski in Lagiewnik, 5) Wladislaus Anders in Prittisch, 6) Willibald Baron in Wroniawy, 7) Michael Kozlowski in Poln. Wilke, 8) Joseph Lausch in Josephowo, werden auf Grund der mit ihnen abgehaltenen Prüfung hierdurch für wahlfähig zum Amt eines Elementarlehrers erklärt.

Bromberg, den 28. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**571** Bekanntmachung.

Die Schulamts-Candidaten:

1) Franz Czechowski in Borek, 2) Ignatz Dux in Znin, 3) Carl Fischbach hier, Fischerei Nr. 19/20, 4) Telesphor Kleber in Glowno bei Posen, 5) Leo Kocialkowski in Chludowo, Kreis Posen, 6) Theophil Lysinski in Jutroschin, 7) Stanislaus Niklewicz in Krotoschin, 8) Johann Passini hier, Schloßberg Nr. 6, 9) Theophil Przybylski in Kröben, 10) Michael Reszelski in Witaszyce bei Jarocin, 11) Leopold Simon in Richeln bei Fraustadt, 12) Michael Tomaszewski in Saake bei Fraustadt, 13) Stanislaus Tyrakowski in Boguszyn bei Xions, 14) Stanislaus Wlodarski in Goluchowo bei Boguslaw, 15) Joseph Zenker in Kielczyn Hauland bei Xions,

welche im Schullehrer-Seminar zu Posen die Prüfung für das Lehrer-Amt bestanden haben, sind zu dem Amte eines Elementarlehrers für wahlfähig erklärt worden.

Posen, den 20. Juli 1871. Königliche Regierung.

**572** Die evangelischen Schulamts-Candidaten:

1) Julius Heinrich zu Zodyn bei Wollstein, 2) Gottfried Samuel Huwe zu Kopanke bei Grätz, 3) Wilhelm Karg zu Weißensee bei Meseritz, 4) Robert August Kube zu Obelzanki bei Wronke, 5) Hermann Major zu Berlin, 6) Wilhelm Ludwig Patschan zu Gräben bei Reppen, 7) Emil Petersdorf zu Eichquast bei Obornik, 8) Theodor Schmitt zu Kurnik,

welche die Prüfung für das Lehrfach bestanden haben, sind zum Amte eines Elementarlehrers für befähigt erklärt worden.

Posen, den 1. August 1871. Königliche Regierung.

**573** Domainen-Verpachtung.

Die Königl. Domaine Fischhausen im Kreise und Domainen-Polizei-Amts-Bezirke gleichen Namens soll auf den Zeitraum von Johanni 1872 bis dahin 1890, also auf 18 Jahre, im Wege der öffentlichen Lizitation meistbietend verpachtet werden.

Dieselbe besteht aus dem Königlichen Schlosse Fischhausen nebst Pertinenzien und den Vorwerken Fischhausen, Schäferhof und den Neben-Vorwerken Milchbude und Neuendorf, enthält im Ganzen an

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hofstellen | 34,31 | Morgen | oder | 8,761 | Hektare, |
| Gärten | 17,34 | „ | „ | 4,426 | „ |
| Acker | 2888,75 | „ | „ | 737,560 | „ |
| Wiesen | 575,68 | „ | „ | 146,984 | „ |
| Hütung | 565,17 | „ | „ | 144,301 | „ |
| Holzung | 1,88 | „ | „ | 0,480 | „ |
| Unland | 64,92 | „ | „ | 16,578 | „ |
| zusammen | 4148,05 | Morgen | oder | 1059,090 | Hektare |

und liegt unmittelbar am frischen Haffe, sowie an der Stadt Fischhausen mit dem Bahnhofe gleichen Namens, ist durch die Königsberg-Pillauer Eisenbahn in einer Entfernung von $4^{1}/_{10}$ Meilen mit der Stadt Königsberg und in einer Entfernung von $1^{7}/_{10}$ Meilen mit der Seehafenstadt Pillau, außerdem aber noch durch die Chaussee mit diesen beiden Städten verbunden.

Neben diesen günstigen Verkehrsverhältnissen zeichnet sich diese Domaine auch durch die hohe Kultur und Ertragsfähigkeit der Ackerländereien aus.

Das Minimum des Pachtgeldes ist auf 8500 Thlr. jährlich und die Pachtcaution auf 3000 Thlr. festgestellt.

Die Kaution muß in dem Lizitationstermine in zur Bestellung von Amtscautionen geeigneten Werthpapieren zum Nennwerthe deponirt und außerdem von jedem Bieter ein ihm als Eigenthum gehöriges und disponibles Vermögen von 54,000 Thlr. nachgewiesen werden.

Ueber den Besitz dieses Vermögens, sowie über die Qualifikation als Landwirthe und ihre Solidität haben sich die Pachtbewerber, wenn angänglich vor Beginn der Lizitation, auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist ein Termin auf **Freitag den 22. September d. J.,** Vormittags 10 Uhr, im Conferenzzimmer der hiesigen Königlichen Regierung vor dem Herrn Regierungs-Rath Wedthoff anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Ausbietung nach Verlauf einer Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten geschlossen werden kann.

Die Verpachtungsbedingungen, Regeln der Lizitation und Karten können sowohl in unserer Domainen-Registratur als auch auf der Domaine Fischhausen eingesehen werden.

Königsberg, den 1. August 1871.

Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**574** Die Schifffahrtsschleuse bei Magdeburg wird wegen der Reparatur der Zugbrücke vom 8. bis 31. August d. J. gesperrt, wonach das Schifffahrt treibende Publicum sich einzurichten hat.

Magdeburg, den 31. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden &c.

**575** Bekanntmachung.

Das Studienjahr 1871/72 auf der Königlichen Bau-Akademie zu Berlin beginnt am 2. October c., von welchem Tage an die Immatriculation erfolgt.

Die Meldungen zur Aufnahme in diese Anstalt müssen unter Beifügung der Nachweise, welche über die Befähigung zur Aufnahme nach den §§ 7 bis 9 der Vorschriften für die Königliche Bau-Akademie vom 3. September 1868 gefordert werden, bis spätestens zum 30. September c. schriftlich bei dem unterzeichneten Director erfolgen.

Die Vorlesungen werden am 16. October c. beginnen.

Die Vorschriften sind in der Kasse der Bau-Akademie käuflich zu haben und werden auch gegen Einsendung von 2 Sgr. 10 Pf. in Briefmarken übersandt.

Berlin, den 1. August 1871. Der Director der Königlichen Bau-Akademie, Geheimer Ober-Bau-Rath **Grund.**

**576** Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 18. Juni c., betreffend die Verleihung der Kriegs-Denkmünze für Nicht-Kombattanten, mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß die Betreffenden ihren Anspruch bei demjenigen Landes-Provinzial- oder Bezirks-Delegirten anzumelden haben, in dessen Delegationsbezirk ihr Wohnort belegen.

Nur Ausländer und solche Personen, deren ständiger Wohnort Berlin ist, haben ihre Ansprüche bei meinem Büreau (Leipzigerstraße Nr. 3) anzumelden.

Berlin, den 27. Juli 1871.

Der Königl. Kommissar und Militair-Inspecteur der freiwilligen Krankenpflege.
Fürst **von Pleß.**

**577** Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 21. Juni c. die bisherigen Superintendentur-Verweser:

1) Pfarrer Dr. Altmann in Adelnau zum Superintendenten der Diöces Schildberg,
2) Pfarrer Schober in Tirschtiegel zum Superintendenten der Diöces Karge,
3) Pfarrer Subau in Groß-Kotten zum Superintendenten der Diöces Filehne,
4) Pfarrer Grützmacher in Schneidemühl zum Superintendenten der Diöces Chodziesen und
5) Oberprediger Klette in Posen zum Superintendenten der Diöces Posen I.

zu ernennen geruht.

Posen, den 26. Juli 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**578** Bekanntmachung.

Die zweite Predigerstelle in Bojanowo, mit welcher ein Einkommen von circa 500 Thlr. nebst freier Wohnung verbunden ist, soll besetzt werden. Die Besetzung der Stelle steht dem Patron Sr. Durchlaucht dem Fürsten Hatzfeld in Trachenberg und der Kirchengemeinde Bojanowo gemeinsam zu.

Herr Superintendent Altmann in Rawicz wird die eingehenden Bewerbungs-Gesuche an den Herrn Patron und Gemeinde-Kirchenrath in Bojanowo befördern.

Posen, den 3. August 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

579 **Bekanntmachung.**

Unsere Bekanntmachung vom 13. Juni c., nach welcher wir zur Vermeidung von Verwechselungen und irrthümlichen Verladungen, welche bei der großen Zahl der im Local- wie im Verband-Güterverkehr zur Beförderung gelangenden Gegenstände ungeachtet der größten Aufmerksamkeit nicht immer zu vermeiden sind, den Versendern von Gütern empfohlen haben, die einzelnen Colli — ähnlich, wie dies bei der Packet-Beförderung durch die Post eingeführt — stets mit dem **Bestimmungsorte** deutlich zu bezeichnen, bringen wir hierdurch in Erinnerung.

Bromberg, den 31. Juli 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

580 Der Regierungs-Assessor Krossa ist der hiesigen Königlichen Regierung überwiesen und in das Kollegium eingeführt worden.

Asesora rejencyjnego Krossę przeznaczono do tutejszéj Królewskiéj Rejencyi i wprowadzono do kolegium.

581 Dem Königlichen Landbaumeister Herrmann ist die technische Hülfsarbeiter-Stelle bei der hiesigen Königlichen Regierung verliehen worden.

Królewskiemu budowniczemu budowli lądowych Herrmann udzielono posadę pomocnika techniczego przy tutejszéj Królewskiéj Rejencyi.

582 Dem practischen Arzte Dr. v. Daszkiewicz in Trzemeszno ist die commissarische Verwaltung der Kreis-Wundarztstelle des Kreises Mogilno übertragen worden.

583 Der Besitzer Richard Bähr zu Orchol, Kreis Gnesen, ist für denselben von uns zum Kreistaxator ernannt und in dieser Eigenschaft gerichtlich vereidigt worden.

584 Michael Kölm als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Güntergost, im Kreise Wirsitz, interimistisch angestellt.

585 Der provisorische Lehrer Bruno Priewer an der katholischen Schule in Dratzig, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

586 Der provisorische Lehrer Peter Nowak an der katholischen Schule in Rosko, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

### Königliches Appellations-Gericht.

587 Der bisherige Schiedsmann, Lehrer Stephan Janicki in Pieranie ist für den Bezirk Bonkowo, Kreis Inowraclaw, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Januszewski in Osniszewko bestellt worden.

Dla okręgu Bąkowskiego, w powiecie Inowrocławskim, został dotychczasowy rozjemca, nauczyciel Szczepan Janicki w Pieraniu ponownie na rozjemcę obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest rozjemca Januszewski w Ośniszczewku.

588 **Personal-Veränderungen**
im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg.

A. Ernannt: 1) der Gerichtsassessor Reichau zum Kreisrichter bei dem Königl. Kreisgericht zu Schubin,
2) Seine Majestät der König haben geruht, die Kreisrichter Hempel und Ellerbeck in Bromberg, sowie Sobeski in Schubin zu Kreis-Gerichts-Räthen zu ernennen und den Rechtsanwälten und Notaren Hertzler in Gnesen und Gießing in Bromberg den Charakter als Justizrath zu verleihen,
3) der Kreis-Gerichtsbote und Executor Obieglow in Wongrowiec zum ersten Gefangenwärter bei dem Königl. Kreis-Gericht zu Lobsens.

B. Dem Gerichtsassessor Dr. Fliegel aus Steinau ist die interimistische Verwaltung der Staatsanwaltsstelle zu Schubin übertragen.

C. Versetzt: 1) der Kreisrichter Koschella in Schubin an das Königl. Kreis-Gericht zu Cosel,
2) der Rechtsanwalt und Notar Walter zu Czarnikau, unter Verleihung des Notariats im Departement des Königl. Appellationsgerichts zu Posen, als Rechtsanwalt an das Königl. Kreisgericht zu Birnbaum mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schwerin,

D. Entlassen: 1) der Kreisrichter Vorwerk zu Lobsens,
2) der Kreisgerichtsbureauassistent Bohlan zu Filehne,
3) der Kreisgerichtsbote und Executor Teichert zu Inowraclaw,
ad 1 bis 3 in Folge rechtskräftiger Erkenntnisse.

E. Gestorben: 1) der Kreisgerichts-Kanzlist Arnim zu Trzemeszno,
2) der Kreisgerichtsbote und Executor Pirk zu Schubin.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 32.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

## № 33.

Bromberg, den 18. August 1871. — Bydgoszcz, dnia 18. Sierpnia 1871.


### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**589** Das 33. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 676. Gesetz, betreffend die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste. Vom 22. Juni 1871.

Nr. 677. Verordnung, betreffend die Kautionen der bei der Militair- und der Marineverwaltung angestellten Beamten. Vom 5. Juli 1871.

Nr. 678. Bekanntmachung, betreffend die zweite Ergänzung der unterm 19. Juni c. erlassenen Vorschriften zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Juni c. über die Inhaberpapiere mit Prämien (Reichsgesetzblatt S. 381). Vom 10. Juli 1871.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**590** Das 19. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7839. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Schlochauer Kreises im Betrage von 50,000 Thalern, II. Emission. Vom 3. Juni 1871.

Nr. 7840. Statut der Wiesengenossenschaft des Vinxthales unterhalb der Ortschaft Gönnersdorf im Kreise Ahrweiler. Vom 5. Juni 1871.

Nr. 7841. Allerhöchster Erlaß vom 5. Juni 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung von fünf Kreis-Chausseen im Kreise Wanzleben, Regierungsbezirks Magdeburg.

Nr. 7842. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Wanzlebener Kreises im Betrage von 58,000 Thalern, IV. Emission. Vom 5. Juni 1871.

Nr. 7843. Allerhöchster Erlaß vom 15. Juni 1871, betreffend die Geschäfts-Führung der oberen Marinebehörde.

**591** Das 20. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7844. Allerhöchster Erlaß vom 8. Juli 1871, betreffend die Aufhebung der im Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten jetzt bestehenden gesonderten Abtheilungen für die evange-

### Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 33. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 676. Prawo, tyczące się udzielenia dotacyi w uznaniu celujących zasług, w ostatniéj wojnie położonych. Z 22. Czerwca 1871.

No. 677. Rozporządzenie, dotyczące kaucyi urzędników w administracyi wojskowéj i marynarskiéj ustanowionych. Z 5. Lipca 1871.

No. 678. Obwieszczenie, tyczące się drugiego uzupełnienia wydanych pod dniem 19. Czerwca r. b. przepisów ku wykonaniu ustawy Państwa z 8. Czerwca r. b. o papierach premiowych na dzierzyciela (Zb. Pr. Pań. str. 381). Z 10. Lipca 1871.

### Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 19. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7839. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Człuchowskiego w ilości 50,000 tal., II. emisya. Z 3. Czerwca 1871.

No. 7840. Statut stowarzyszenia łąk doliny „Vinxthal" późniéj osady Goennersdorf w powiecie Ahrweiler. Z 5. Czerwca 1871.

No. 7841. Najwyższe rozporządzenie z 5. Czerwca 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na zbudowanie i utrzymywanie pięciu żwirówek powiatowych w powiecie Wanzleben, obwodzie regencyjnym Magdeburskim.

No. 7842. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligaci powiatowych powiatu Wanzleben w ilości 58,000 tal., IV. emisyi. Z 5. Czerwca 1871.

No. 7843. Najwyższe rozporządzenie z 15. Czerwca 1871, tyczące się toku czynności naczelnéj władzy marynarskiéj.

Oddział 20. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7844. Najwyższe rozporządzenie z 8. Lipca 1871, dotyczące zwinięcia istniejących obecnie w ministerstwie spraw duchownych i t. d. oddzielnych wydziałów dla spraw

lischen Kirchen-Angelegenheiten und für die katholischen Kirchen-Angelegenheiten.

Nr. 7845. Allerhöchster Erlaß vom 5. Juni 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Niederndodeleben bis zur Klein-Rodenslebener Feldmarksgrenze.

Nr. 7846. Allerhöchster Erlaß vom 5. Juni 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Kurnik nach Schroda, im Kreise Schroda.

Nr. 7847. Allerhöchster Erlaß vom 21. Juni 1871, betreffend die Aenderung der revidirten Statuten des Calenberg-Grubenhagen-Hildesheimschen ritterschaftlichen Kreditvereins.

Nr. 7848. Allerhöchster Erlaß vom 21. Juni 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Neurode, Regierungsbezirk Breslau, für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Mittelsteine im Neuroder Kreise bis zur Glatz-Neuroder Kreis-Chaussee bei Möhlten im Glatzer Kreise.

Nr. 7849. Allerhöchster Erlaß vom 10. Juli 1871, betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts Gartow und die Vereinigung des Bezirks desselben mit dem des Amtsgerichts Lüchow im Departement des Appellationsgerichts zu Celle.

**592** Das 21. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7850. Allerhöchster Erlaß vom 24. Juni 1871, betreffend den Tarif, nach welchem das Hafengeld für die Benutzung des Winterhafens zu Graudenz zu entrichten ist.

Nr. 7851. Allerhöchster Erlaß vom 17. Juli 1871, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des kommunalständischen Vermögens und der kommunalständischen Anstalten in dem kommunalständischen Verbande des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Nr. 7852. Bekanntmachung, betreffend die der Uetersener Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Pferde-Eisenbahn von Uetersen nach Tornesch. Vom 19. Juli 1871.

**593** Das 22. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7853. Privilegium wegen Emission von fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen II. Emission der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zum Betrage von 5,000,000 Thaler. Vom 19. Juli 1871.

kościelnych ewanielickich i dla spraw kościelnych katolickich.

No. 7845. Najwyższe rozporządzenie z 5. Czerwca 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki gminnéj z Niederndodeleben aż do granicy terytoryum Klein-Rodensleben.

No. 7846. Najwyższe rozporządzenie z 5. Czerwca 1871, tyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki z Kurnika do Środy, w powiecie Średzkim.

No. 7847. Najwyższe rozporządzenie z 21. Czerwca 1871, tyczące się zmiany przejrzanych Statutów rycerskiego Towarzystwa kredytowego Calenberg-Grubenhagen-Hildesheim.

No. 7848. Najwyższe rozporządzenie z 21. Czerwca 1871, dotyczące nadania powiatowi Neurode, w obwodzie regencyjnym Wrocławskim, przywilejów fiskalnych na zbudowanie i utrzymywanie żwirówki powiatowéj z Mittelsteine w powiecie Neurode aż do żwirówki powiatowéj Kłodzko-Neurode pod Moehlten, w powiecie Kłodzkim.

No. 7849. Najwyższe rozporządzenie z 10. Lipca 1871, dotyczące zwinięcia sądu amtowego Gartów i dołączenia okręgu jego z okręgiem sądu amtowego Luechow, w obwodzie sądu apelacyjnego w Celle.

Oddział 21. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7850. Najwyższe rozporządzenie z 24. Czerwca 1871, tyczące się taryfy, wedle któréj opłacać się ma portowe za korzystanie z portu zimowego w Grudziądzu.

No. 7851. Najwyższe rozporządzenie z 17. Lipca 1871, dotyczące Najwyższego potwierdzenia Regulaminu co do organizacyi zarządu majątkiem stanów komunalnych i zakładami stanów komunalnych w związku stanów komunalnych obwodu regencyjnego Wisbadeńskiego.

No. 7852. Obwieszczenie, tyczące się udzielenia Towarzystwu kolejowemu Uetersen koncesyi monarszéj na budowę i proceder kolei żelaznéj konnéj z Uetersen do Tornesch. Z 19. Lipca 1871.

Oddział 22. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7853. Przywiléj względem emisyi pięcioprocentowych obligacyi upierwszonych II. emisyi Towarzystwa kolei Reńskiéj w ilości 5,000,000 tal. Z 19. Lipca 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**594**

### Bekanntmachung.

Nach der Maaß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 dürfen Beginne des nächsten Jahres an beim Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehre nur in Ge-

mäßheit der neuen Maaß- und Gewichtsordnung gestempelte Maaße, Gewichte und Waagen angewendet werden. Zur Ausführung dieser Vorschrift, in Beziehung auf die Erhebung und Kontrolirung der Branntweinsteuer und die Gewährung der Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein, werden folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die in den Brennereien vorhandenen, bereits vermessenen oder noch vor dem 1. Januar k. J. zur Vermessung gelangenden Brennereigeräthe und Gefäße sollen von den Brennereibesitzern nach näherer Bestimmung der Steuerbehörde mit der Bezeichnung des Raum-Inhalts nach Preußischen Quarten und nach Litern und Literzehnteln versehen werden.
2. Der Rauminhalt der nach dem 1. Januar k. J. vermessenen Brennereigeräthe und Gefäße ist ausschließlich nach Litermaaß zu ermitteln und in vollen Litern anzugeben.
3. Vom 1. Januar 1872 ab sind sämmtliche Anmeldungen, welche den Steuerbehörden Behufs Erhebung und Kontrolirung der Branntweinsteuer oder Behufs Gewährung der Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein zu machen sind, nur unter Anwendung der in der Maaß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 zugelassenen Maaßbezeichnungen abzugeben. Diese Vorschrift findet auch auf diejenigen Betriebsdeklarationen Anwendung, welche vor dem 1. Januar k. J. abgegeben werden, sich aber auf den Betrieb vom 1. Januar k. J. ab beziehen.
4. Mit dem 1. Januar k. J. tritt an die Stelle des für die Anmeldung über Branntweinausfuhr, für welche die Steuervergütung beansprucht wird, vorgeschriebenen Musters, das aus der Anlage ersichtliche Formular.

Berlin, den 8. Juni 1871. Der Finanz-Minister. gez. **Camphausen.**

(Muster zu einer Branntwein-Ausfuhr-Anmeldung.)

## Anmeldung

über Branntwein-Ausfuhr, für welche die Steuervergütung beansprucht wird.

Die Anmeldung ist vorgelegt am . . . . . . . . . (Uni)kat und unter Nr. . . des Anmelde-Registers eingetragen.

(Cöpnick), den . . ten . . . . . . . .
Königliches (Unter-) Steuer-Amt.

(Stempel.) (Unterschrift.)

Die Anmeldung ist abgegeben in (Berlin) am . . . . . . . . . . . . laut Abfertigungs-Register Nr. . .
(Unterschrift.)

Die Revision übernehmen (R. und N.)
(Unterschrift.)

Hierzu ist ein Uebergangsschein Nr. . . auf das . . . . . . . . . . . . Amt zu . . . . . . . . ertheilt.

(Die) unterzeichnete(n) (Kaufleute Gebrüder N.) meld(en) hiermit dem Königl. (Unter-Steuer-) Amte in (Cöpnick), im Bezirke des Königlichen Haupt- (Steuer-) Amtes in (Potsdam), daß (sie) beabsichtige(n), den umseitig näher deklarirten inländischen Branntwein innerhalb der nächsten (drei Tage) dem Königlichen (Haupt-Steuer-) Amte (für ausl. Geg. in Berlin) zur Abfertigung zu gestellen, demnächst (mittelst der Eisenbahn) über das (vereinsländische Haupt-Zoll-) Amt in (Hamburg) nach (England) auszuführen und trage(n) darauf an, ih(nen) nach erfolgter Ausfuhr und auf Grund der diesfälligen Bescheinigungen die angeordnete Steuervergütung zu gewähren.

(Cöpnick), den . . ten . . . . . . . . . . (Unterschrift der Versender.)

| Angabe des Versenders. | | | | | | | | Revisions-Befund | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Der einzelnen Gebinde | | | | | | Des in jedem Gebinde befindlichen Branntweins | | | | |
| Laufende Nr. | Bezeichnung. Marke. | Bezeichnung. Nummer. | Zahl der Rollbänder. | eingebrannte Tara. Ctr. | eingebrannte Tara. ℔ | Menge in Litern. | wahrer Alkoholgehalt in Prozenten nach Tralles. | Brutto-Gewicht der einzelnen Gebinde, insoweit diese mit Rollbändern, welche nicht abgenommen werden, versehen sind. Ctr. | ℔ | Für die Rollbänder kommt in Abzug. ℔ |
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 | 7 | | 8 |
| | | | | | | | | | | |
| | | | Zusammen . . | | | | | | | |

**Revisions-Befund.**

| Brutto-Gewicht der Gebinde ohne Rollbänder (eventuell nach Abnahme der Rollbänder oder nach Abzug des in Spalte 8 angegebenen Gewichts derselben.) Ctr. \| Pfd. | Eingebrannte Tara jedes Gebindes. Ctr. \| Pfd. | Netto-Gewicht nach Abrechnung der eingebrannten Tara. Ctr. \| Pfd. | Des Branntweins: scheinbare Alkoholstärke in Prozenten nach Tralles. | Des Branntweins: Temperaturgrade nach Reaumur über oder unter Null. | Des Branntweins: wahre Alkoholstärke in Prozenten nach Tralles | Des Branntweins: Menge in Litern. | Bemerkungen, namentlich über Kolli-Verschluß, über Abnahme der Rollbänder, über Anwendung des Längen- und Höhenmessers, ferner wegen Nichtberücksichtigung der angemeldeten Tara, sowie wegen Mehrbefund gegen die deklarirten Mengen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |
| | | | | | | | |
| | | | Zusammen . . | | | | (Litermenge in Buchstaben zu wiederholen.) |

Die Richtigkeit vorstehender Ermittelungen bescheinigen

N., den . . ten . . . . . . . . Die Revisions-Beamten.

## Ausgangs-Bescheinigungen.

Die Ausbegleitung über die Grenze bescheinigen

N., den . . ten . . . . . . . . . . . (Unterschriften.)

Daß d(ie) vorseitig bezeichnete(n) (vier) Gebinde Branntwein, welche unter Nr. (23) des Ausgangs-Registers nachgewiesen w(erden), über die Grenze ausgeführt worden (sind), wird hiermit bescheinigt.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

Oder:

Vorseitig bezeichnete . . . . Gebinde Branntwein (sind) heut . . . . mittag . . . Uhr unter Kollo-Verschluß von hier abgelassen und binnen . . . Tagen dem . . . . . . . . . Amte zu . . . . . . . Behufs Kontrolirung des Ausganges zu gestellen.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

Die Ausbegleitung über die Grenze bescheinigen

N., den . . ten . . . . . . . . . . . (Unterschriften.)

Daß d(ie) vorseitig bezeichnete(n) . . . . Gebinde, welche unter Nr. . . . . des Ausgangs-Registers nachgewiesen werden (nach Abnahme) (unter Belassung) des unverletzt befundenen Verschlusses über die Grenze ausgegangen sind, wird hiermit bescheinigt.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

Oder:

Vorseitig bezeichnete . . . Gebinde Branntwein sind in den Güterwagen Nr. . . . der . . . . . . . . Eisenbahn verladen, welche heut . . . mittag . . Uhr mit . . . . Schlössern (Serie . . . ) verschlossen der Eisenbahn-Verwaltung zur Vorführung binnen . . . . . . . bei dem . . . . . . . Amte zu . . . . . . übergeben worden ist.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

Der bezeichnete Güterwagen ist am . . ten . . . . . . . . . . . . . mittags . . Uhr hier eingetroffen und nach Abnahme des unverletzten Verschlusses sofort über die Grenze ausgegangen. Die Ausfuhr vorgedachter . . . . Gebinde ist demnach erfolgt und im Ausgangs-Register Nr. . . . . angeschrieben.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

(Diese beispielsweise angegebenen Ausfuhrbescheinigungen können den betreffenden Verkehrsverhältnissen entsprechend geändert werden.)

**Eingangsbescheinigung**

für Sendungen nach den betreffenden Vereinsländern.

Vorbezeichnete . . . . Gebinde Branntwein sind (mit unverletztem Verschluß) hier eingegangen.

N., den . . ten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Amt.

(Stempel.) (Unterschriften.)

---

O b w i e s z c z e n i e.

Według regulaminu miar i wag dla Północno-niemieckiego Związku z dnia 17. Sierpnia 1868 mogą być z początkiem nadchodzącego roku, stósownie do regulaminu nowych miar i wag, tylko stemplowane miary, wagi i ciężary do mierzenia i ważenia w obiegu publicznym używane.

Do wykonania takowego przepisu ze względu na pobieranie i kontrolowanie podatku od wódek i osiągnienie wynagrodzenia podatku za wywóz krajowych wódek, zaprowadzają się następujące rozporządzenia:

1. Znajdujące się w gorzelniach statki i naczynia gorzelnicze, które albo już są wymierzone albo też jeszcze przed 1. Styczniem nadchodzącego roku wymierzone będą, powinny być przez właścicieli gorzelni według bliższego rozporządzenia władzy poborowéj, zaopat zone oznaczeniem objętości w kwartach pruskich, litrach i dziesiątkach litra.
2. Objętość wymierzonych po 1. Styczniu nadchodzącego roku statków i naczyń gorzelniczych, powinna być podług miary litra wymierzoną i w całych litrach wyrażoną.
3. Wszystkie zameldowania, które władzom poborowym celem pobierania lub kontrolowania podatku od wódek, albo też powodem uzyskania dozwolenia wynagrodzenia podatku przy wywozie krajowych wódek, przedłożone będą, trzeba wykazać z zastósowaniem oznaczeń miarowych, w regulaminie miar i wag z dnia 17. Sierpnia 1868 dopuszczonych. Przepis ten winien być i przy tych deklaracyach przemysłowych zastósowanym, które mimo tego, że jeszcze przed 1. Styczniem nadchodzącego roku podane będą, jednakowoż ściągają się do czynności, które dopiero po pierwszym Styczniu nadchodzącego roku wykonane zostaną.
4. W miejsce szematu przepisanego do zameldowania mającéj się wywieść wódki, za którą wynagrodzenie podatku zażądanem będzie, potrzeba od 1. Styoznia przyszłego roku użyć formularza jaki się w dodatku zamieszcza.

Berlin, dnia 8. Czerwca 1871. Minister finansów, **Camphausen.**

---

(Szemat do zameldowania wywozu wódki.)

**Zameldowanie**

wywozu wódki z pretensyą bonifikacyi podatku.

---

Zameldowanie jest przedłożonem dnia . . . . . . . . . . . . . . . . i pod No. . . . do rejestru zameldowań wciągniętem.

(Coepnick), dnia . . go. . . . . . . . . . .

Król. (Niższy) Urząd poborowy.

(Stempel.) (Podpis.)

Zameldowonie jest oddalonem w (Berlinie), dnia . . . . . . . . . . . . . (Uni) kat. podług rejestru ekspedycyjnego No. . . .

(Podpis.)

Rewizyą odbierają (N. i N.)

(Podpis.)

Do tego tu udzielono świadectwo przechodowe. No. . . na . . . . . . . . . urząd w . . . . . .

---

Podpisani (y) (kupcy bracia N.) melduj (ą) niniejszem Królewskiemu (niższemu poborowemu) Urzędowi w (Coepnick), w obwodzie Król. głównego (poborowego) Urzędu w (Poczdamie), że zamierza (ją) drugostronnie bliżéj zadeklarowaną krajową wódkę w przeciągu najbliższych (trzech dni) Królewskiemu (głównemu poborowemu) Urzędowi (dla zagran. przedm. w Berlinie) do ekspedycyi dostawić a potem (koleją żelazną) przez (Związkowo-krajowy główny celny) Urząd w (Hamburgu) do (Anglii) wyprowadzić i wnoszą (si) aby im (mu) po odbytem wywozie, na fundamencie dotyczących się świadectw, zadysponowana bonifikacya podatku była zawarowaną.

(Coepnick), dnia . . go. . . . . . . . . . . (Podpis przesyłających.)

## Oświadczenie wysyłającego.

| Każdéj beczki | | | | | W każdéj beczce znajdującéj się wódki | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| No. bieżący. | Oznaczenie. Marka. | Oznaczenie. Numer. | Liczba obręczy posiłkowych. | wypalone Tara. Ct. ℔ | Ilość w litrach. | prawdziwa tęgość alkoholu w procentach według Tralesa. |
| 1 | 2 | | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | | | | | | |
| | | | | Razem | | |

## Wykaz rewizyjny.

| Brutto, waga pojedyńczych beczek jak dalece takowe obręczami posiłkowemi, których nie zdjęto są zaopatrzone. Ct. ℔ | Za obręcze posiłkowe odciąga się. ℔ | Brutto, waga beczek bez obręczy posiłkowych (event. po zdjęciu obręczy posiłkowych lub po odciągnięciu ich wagi w rubr. 8 wymienionéj.) Ct. ℔ | Wypalone tara na każdéj beczce. Ct. ℔ | Netto waga po odrachowaniu wypalonego tara. Ct. ℔ | Wódek: pozorna tęgość alkoholu w procentach podług Tralesa. | Wódek: stopnie stemperatury podług Reamura wyżéj lub niżéj zera. | Wódek: prawdziwa tęgość alkoholu w procentach podług Tralesa. | Wódek: ilość w litrach. | Uwagi szczególnie o zamknięciu koli, zdjęciu obręczy posiłkowych, użyciu miernika długości i wysokości, daléj, co się tyczy nieuwzględnieniu zameldowanego Tara jako też wynalezienia większych aniżeli zadeklarowanych ilości. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | Razem | | (Ilość litrów słowami powtórzyć.) |

Rzetelność powyższego wypośrodkowania poświadczają.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . Urzędnicy rewizyjni.

## Poświadczenie wychodowe.

Konwojowanie za granicę poświadczają.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . (Podpisy)

Że wymienione (a) na poprzedniéj stronie a pod No. (23) w rejestrze wychodowym wykazane (a) (cztery) beczki (a) wódki za granicę wyprowadzone (a) są (jest) poświadcza się niniejszem.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd

(Stempel.) (Podpisy.)

Albo:

Oznaczone na poprzedniéj stronie . . . . beczki wódki (są) dzisiaj . . . . południem o godzinie . . . pod urzędowem zamknięciem wyexpedyowane i mają być w przeciągu . . dni urzędowi . . . . . . . w . . . . . . celem kontrolowania wychodu dostawione.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd.

(Stempel.) (Podpisy.)

Konwojowanie za granicę poświadczają.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . (Podpisy.)

Że wymienione (a) na poprzedniéj stronie . . . beczki, (a) które (a) w rejestrze wychodowem pod No. . . wykazane (a) będą (będzie) (po odjęciu) (po zostawieniu) nieuszkodzonego zamknięcia za granicę wyszły, poświadcza się niniejszem.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd.
(Stempel.) (Podpisy.)

Albo:

Wymienione na poprzedniéj stronie . . . beczki wódki są władowane do towarowego wagonu No. . . . kolei żelaznéj, który dziś przed południem (po południu) o godzinie . . zamkami (serją) zaopatrzony, celem zaprowadzenia go w przeciągu . . . do Urzędu w . . . . zarządowi kolei żelaznéj oddalonem został.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd.
(Stempel.) (Podpisy.)

Wymieniony wagon towarowy przybył tutaj dnia . . go. . . . . . . . . przed południem (po południu) o godzinie . . a po odjęciu nieuszkodzonego zamknięcia natychmiast za granicę wyszedł. Wywóz wzwyż wymienionych . . . . beczek jest więc uskuteczniony i w rejestrze wychodowym No. . . . zapisany.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd.
(Stempel.) (Podpisy.)

(Podane dla przykładu świadectwa wywozowe, mogą być stósownie do obiegu handlowego odpowiednio zmienione).

## Zaświadczenie wchodowe
dla przesyłek do tyczących się krajów związkowych.

Poprzednie opisane . . . . beczki wódki (z nienaruszonem zamknięciem) tu dotąd nadeszły.

N., dnia . . go. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . Urząd.
(Stempel.) (Podpisy.)

**595** Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Bekanntmachung des Herrn Chefs der Preußischen Bank vom 11. Juli c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bank-Commandite in Metz ihre Wirksamkeit am 21. August d. J. beginnen und dieselben Geschäfte betreiben wird, zu welchen die Bank-Commanditen in Straßburg und Mühlhausen zufolge unserer Bekanntmachung vom 19. Juli d. J. ermächtigt sind.

Der Geschäftsbezirk der Bank-Commandite umfaßt das Gebiet des Departements Deutsch-Lothringen und den Regierungsbezirk Trier, mit Ausnahme der Kreise Berncastel, Wittlich und Dann.

Die Verwaltung der Bank-Commandite ist dem Königlichen Bank-Director Hibeau als ersten und dem Buchhalterei-Assistenten Friedhof als zweiten Vorstandsbeamten gemeinschaftlich übertragen und sind die Unterschriften dieser beiden Beamten bei allen rechtsverbindlichen Erklärungen und Ausfertigungen der Bank-Commanditen erforderlich.

Berlin, den 14. August 1871. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**596** Bekanntmachung.

Von dem Königlichen Finanz-Ministerio ist angeordnet, daß die Kaufgelder für veräußerte Domainen- und Forstgrundstücke ꝛc. nicht an die Spezial-Kassen gezahlt, sondern von den Zahlungspflichtigen unmittelbar an die Regierungs-Haupt-Kasse zum Domainen-Veräußerungsgelder-Fonds abgeführt werden sollen.

Mit Erhebung der vorbezeichneten Gelder dürfen die Rendanten der Domainen- und Forst-Kassen nur dann ausnahmsweise sich befassen, wenn sie für einzelne Fälle auf den Antrag der Zahlungspflichtigen von uns dazu besonders ermächtigt worden sind.

Vorstehendes wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 2. August 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domainen u. Forsten.

Obwieszczenie.

Królewskie Ministeryum finansów rozporządziło, aby sum kupna za sprzedane posiadłości ekonomiczne i leśne nie płacono do kas specyalnych, tylko aby obowiązani je płacić przesyłali takowe bezpośrednio kasie głównéj rejencyjnéj do funduszu ze sprzedanych posiadłości.

Pobieraniem powyższych pieniędzy trudnić się wolno rendantom kas ekonomicznych i leśnych wyjątkowo tylko wtenczas, kiedy na pojedyncze przypadki w skutek wniosku obowiązanych do płacenia od nas zostali osobno do tego upoważnieni.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do publicznéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 2. Sierpnia 1871.

Królewska Regencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

**597** Wiederbesetzung der Kreiswundarztstelle des Kreises Wirsitz.

Die mit einem Gehalte von jährlich 100 Thlr. dotirte Kreiswundarztstelle des Kreises Wirsitz ist vakant.

Qualificirte Bewerber um diese Stelle wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse innerhalb 6 Wochen bei uns melden.

Bromberg, den 9. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**598** Bekanntmachung.

Für die Stadt Barcin ist ein außerordentlicher Kram-, Vieh- und Pferdemarkt am **21. September d. J.** bewilligt worden.

Bromberg, den 10. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**599** Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Mai c. gestiftete Kriegs-Denkmünze für die Feldzüge 1870/71 unterm 22. Mai c. auch denjenigen Offizieren, Aerzten und Mannschaften der Deutschen Armee und der Marine zu verleihen geruht, welche innerhalb der Zeit vom 16. Juli v. J. bis zum 2. März d. J. mindestens 14 Tage im activen Dienst in der Heimath oder an Bord eines in Dienst gestellten Kriegsfahrzeuges thätig gewesen sind.

Die Berechtigten vorstehender Kategorien, im Falle dieselben nicht mehr in der Controle des unterzeichneten Commandos stehen, sowie Offiziere, Aerzte und Mannschaften, welche bereits vor dem 1. August c. in das Inaktivitäts-Verhältniß über- resp. zurückgetreten sind, haben ihre Ansprüche, und zwar die Offiziere und im Offizierrange stehende Aerzte bei dem Bezirks-Commando, Unteroffiziere und Mannschaften bei der betreffenden Bezirks-Compagnie bis spätestens zum 20. August c. anzumelden.

Desgleichen haben alle im diesseitigen Bezirk domizilirenden, zur Verleihung der Kriegs-Denkmünze Berechtigten, welche durch Verziehen, Beurlaubung 2c. z. Z. nicht in Controle stehen, bis zu obigem Termine ihre Ansprüche anzumelden. Nach dem 20. August d. J. wird mit der Aufstellung der Nachweisungen von den zur Kriegs-Denkmünze Berechtigten ungesäumt vorgegangen werden, und hat Jeder, welcher durch verspätete Anmeldung nicht Aufnahme in den bezüglichen Listen findet, sich selbst die Schuld beizumessen, wenn die Kriegs-Denkmünze für ihn nicht beantragt wird.

Alle Diejenigen, welche bereits die Kriegs-Denkmünze bei dem Einzuge in Berlin, oder anderweitig ausgehändigt worden ist, haben solches an der betreffenden Stelle anzumelden.

Bromberg, den 10. August 1871. Königl. Landwehr-Bezirks-Kommando.

**600** Bekanntmachung.

Vom 10. d. Mts. ab werden im Ostbahn-Localverkehr die folgenden Artikel aus der Normalklasse in die ermäßigte Klasse II. A. versetzt:

Ammoniak, Arrak, Cognac, Liqueur und Rum in Fässern, Felle, rohe, getrocknete in verschnürten Ballen, Glasmasse, Gußwaaren, grobe, andere als eiserne und bleierne unverpackt, Häute, rohe, getrocknete, in verschnürten Ballen, Holzwaaren, grobe, mit Ausnahme der leeren Fässer, Kisten u. s. w., Leinen unverpackt, Messing unverarbeitet, Messingblech und Messingplatten, Metalle und Metallcompositionen, mit Ausnahme der besonders genannten und der edlen Metalle, Retorten, thönerne, Röhren von Metall und Segeltuch.

Bromberg, den 4. August 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**601** Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird bei der drohenden Gefahr der Verbreitung der Cholera Folgendes hiermit bestimmt:

1) Die Latrinengruben und sonstigen Ablagerungsorte faulender Stoffe sind binnen 3 Tagen zu räumen und zu desinficiren. Die Desinfection ist täglich zu wiederholen, sobald neue Auswurfstoffe den Latrinengruben zugeführt werden.

2) Nach dem sogenannten städtischen Abzugsgraben, welcher die Stadt durchschneidet, darf in keinem Falle der Abfluß aus den Latrinen oder Dunggruben geleitet werden.

Nichtbefolgung dieser Bestimmungen wird mit Geldbuße bis zu 3 Thlr., an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Haftstrafe tritt, geahndet werden.

Strzelno, den 14. August 1871. Die Polizei-Verwaltung.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 33.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 34. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 25. August 1871. Bydgoszcz, dnia 25. Sierpnia 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

602 **Bekanntmachung.**

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das Dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also, nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete per **Adresse zu signiren.** Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr während des letzten Krieges herausgestellt, wo ohne das Hilfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte u. s. w. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma 2c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwand-Einlage oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, August 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

603 **Polizei-Verordnung,**

betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage.

Auf Grund der Allerh. Kabinets-Ordre vom 7. Februar 1837 (Ges.-Samml. pro 1837 S. 19) und des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 erlassen wir hiermit zur Abwehr aller Störungen der Feier und der äußern Heilighaltung der Sonn- und Festtage unter Aufhebung sämmtlicher über diesen Gegenstand zur Zeit bestehenden Polizeiverordnungen, insbesondere der Verordnungen vom 19. September 1838 (Amtsblatt pro 1838 S. 819), vom 18. Januar 1846 (Amtsbl. pro 1846 S. 160) vom 15. September 1853 (Amtsbl. pro 1853 S. 323), vom 20. Juni 1855 (Amtsbl. pro 1855 S. 265) für den Umfang unseres Verwaltungsbezirks folgende polizeiliche Vorschriften:

§ 1. An den Sonntagen und an den in unserm Bezirke bestehenden gesetzlichen Festtagen, nämlich dem ersten und zweiten Weihnachtsfeiertage, dem Neujahrstage, dem Ostermontage, dem Himmelfahrtstage, dem Pfingstmontage und außerdem im Netzdistrikte am Bußtage sind alle öffentlichen und öffentlich bemerkbaren Arbeiten sowohl, als alle geräuschvollen gewerblichen Arbeiten innerhalb der Häuser und Betriebs-Werkstätten verboten.

Zu den hiernach verbotenen Arbeiten gehören insbesondere:

1) die gewöhlichen Arbeiten der Feldbestellung, Saat, Ernte, des Ausdreschens und Düngerfahrens,
2) alle sonstigen Erd- und Kulturarbeiten in Feldern, Wiesen und Forsten,
3) das Auf- und Abladen der Frachtfuhrwerke auf öffentlichen Straßen und Plätzen, desgleichen in geschlossenen Höfen, wenn es dort nicht ohne öffentlich bemerkbares Geräusch vorgenommen werden kann, — wogegen der Transport von Lasten und Frachtgütern in den dazu bestimmten Last- und Frachtfuhrwerken mit der unter Nr. 7 bemerkten Ausnahme auch ferner an Sonn- und Festtagen gestattet ist,
4) der Betrieb solcher Handwerksarbeiten, welche, wie z. B. die der Klempner, Schmiede, Schlosser, Stellmacher, Maurer, Zimmerer, Steinsetzer 2c., mit besonderem Geräusch verbunden ist,

5) Arbeiten an Bauausführungen aller Art,
6) Arbeiten in den Fabriken,
7) ungewöhnlich geräuschvoller Straßenverkehr in Städten durch den Transport von Bier und Rollwagen, Wagen mit leeren Fässern, Eisenstangen u. s. w.

Der Netzdistrikt umfaßt in kirchlicher Beziehung:

1) die Kreise Bromberg, Wirsitz, Schubin (mit Ausnahme der Dörfer Drewno und Osiniec) und Inowraclaw ganz,
2) vom Kreise Mogilno die katholischen Kirchspiele Gembic, Wilatowo, Mogilno, Parlin und was von diesen nördlich liegt, auch den Theil des Kreises der zum kath. Kirchspiel Gonzawa gehört,
3) vom Kreise Wongrowitz die katholischen Kirchspiele Gollancz und Chopna und die Ortschaften Konary und Glogowiniec,
4) den Kreis Chodziesen mit Ausnahme der Herrschaft Wyszyn, soweit sie nicht zum katholischen Kirchspiel Chodziesen gehört,
5) den Kreis Czarnikau mit Ausnahme des katholischen Kirchspiels Lubasz.

§ 2. Machen Nothfälle, z. B. anhaltend ungünstige Witterung während der Ernte- oder Saatzeit die Vornahme von Arbeiten auch an Sonn- und Festtagen dringend erforderlich, so kann die Ortspolizeibehörde die Erlaubniß dazu ertheilen. Diese Erlaubniß kann nach Befinden der Umstände auf die Zeit nach beendigtem Vormittags-Haupt-Gottesdienst beschränkt oder für den ganzen Tag ertheilt werden.

Auch ohne vorherige Erlaubniß der Ortspolizeibehörde dürfen die nöthigen Arbeiten vorgenommen, wenn es sich wie bei Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen rc. um die Abwehr einer bevorstehenden oder um die Bewältigung einer bereits eingetretenen gemeinen Gefahr oder um einen solchen Nothstand handelt, welcher unverzügliche Abhülfe erfordert.

§ 3. Erscheint die Fortsetzung des Betriebes in einzelnen Fabriken oder sonstigen gewerblichen Anlagen aus technischen Rücksichten oder aus andern Gründen von überwiegender Wichtigkeit auch an Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen geboten, so kann die Ortspolizeibehörde nach pflichtmäßiger Prüfung der Verhältnisse die Erlaubniß dazu ertheilen, nach Befinden der Umstände unter geeigneten von ihr zu bestimmenden Einschränkungen.

§ 4. Es bleibt der Ortspolizeibehörde überlassen, nach Rücksprache mit den betreffenden Pfarrern die Dauer des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes an Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen innerhalb der einzelnen Ortschaften durch die von uns zur Publikation der kreis- und lokalpolizeilichen Verordnungen bestimmten Blätter (Kreisblätter) öffentlich bekannt zu machen.

Wo eine solche Bekanntmachung erfolgt, gelten die durch dieselbe veröffentlichten Stunden als die Dauer des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes im Sinne dieser Verordnung. Wo eine solche Bekanntmachung nicht erfolgt, gelten dafür die Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 4 Uhr Nachmittags.

§ 5. Während der Dauer des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes (§ 4) an Sonntagen und im § 1 bezeichneten Festtagen ist der öffentliche gewerbliche Verkehr untersagt.

Alle Verkaufsläden, Waarenlager, Gewölbe, Magazine und Buden müssen während dieser Zeit geschlossen sein. Imgleichen ist während dieser Zeit das Aushängen oder Ausstellen von Waaren vor den Ladenthüren oder in den Schaufenstern, sowie das Aufstellen von Verkaufstischen verboten. Schankwirthschaften, Restaurationen und Konditoreien müssen während dieser Zeit äußerlich geschlossen sein und der Gewerbebetrieb und Verkehr innerhalb der gedachten Lokale darf nur insoweit stattfinden, als er äußerlich nicht wahrnehmbar und geräuschlos ist. Apothekern ist der Verkauf von Arzeneimitteln zu jeder Zeit gestattet.

§ 6. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen, insbesondere der Hausirhandel, ist an Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen während des ganzen Tages untersagt, jedoch das Austragen von Milch und anderen nothwendigen Lebensmitteln innerhalb der Städte an den vorbezeichneten Tagen bis neun Uhr Morgens und das Umherziehen von Musikanten, Orgelspielern, Puppenspielern, Thierführern und dergleichen vom Schlusse des nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes ab gestattet.

§ 7. Jede Art von Marktverkehr an Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen ist während des ganzen Tages untersagt, jedoch der Verkauf von Lebensmitteln in festen Verkaufsstellen (Scharren oder Buden) auf den Straßen und öffentlichen Plätzen außerhalb des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes insoweit erlaubt, als nicht die Ortspolizeibehörde diesen Verkauf durch Lokalpolizeiverordnungen einzuschränken für nöthig findet.

In denjenigen Städten, in welchen sogenannte Weihnachtsmärkte stattfinden, erstreckt sich das Verbot des Marktverkehrs an Sonn- und Festtagen während der Dauer des Weihnachtsmarktes nur auf die Zeit des vor- und nachmittägigen Hauptgottesdienstes.

§ 8. An den Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen sind alle geräuschvollen gesellschaftlichen Vereinigungen und Vergnügungen an öffentlichen Orten, insbesondere das Kegelspiel und Scheiben-

oder Vogelschießen, sowie Schaustellungen aller Arten Buden, Kabinetten 2c. während der Dauer des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes untersagt.

Konzerte dürfen an diesen Tagen erst von 4 Uhr Nachmittags ab beginnen, Früh-Konzerte, welche um 8 Uhr Morgens aufhören müssen, und Mittags-Konzerte nur mit besonderer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde stattfinden.

§ 9. Die Abhaltung von Hetz- und Treibjagden an Sonntagen und den im § 1 bezeichneten Festtagen ist überhaupt, die Abhaltung von sonstigen Jagden an diesen Tagen während des vor- und nachmittägigen Haupt-Gottesdienstes verboten.

§ 10. An den folgenden kirchlichen Festtagen und zwar:

1) der evangelischen Kirche:

a. dem Charfreitage, b. dem Buß- und Bettage in denjenigen Theilen des Verwaltungsbezirks, welcher nicht zum Netzdistricte (§ 1) gehört,

2) der katholischen Kirche:

a. Heilige drei Könige, b. Mariä Lichtmeß, c. Mariä Verkündigung, d. Frohnleichnam, e. Peter und Paul, f. Mariä Himmelfahrt, g. Mariä Geburt, h. Aller Heiligen, i. Mariä Empfängniß, k. dem St. Stanislaus-Tage in den zur Erz-Diöcese Posen gehörenden Theilen unseres Bezirks, l. dem St. Josephs- und dem St. Adalberts-Tage in dem zur Erz-Diöcese Gnesen gehörenden Theile unseres Bezirks, m. dem Patronatsfeste in jeder Parochie

sind alle dem Gottesdienst der einen oder der anderen der beiden christlichen Religionsgesellschaften störenden Handlungen untersagt.

Es dürfen daher während des Gottesdienstes in der Nähe der Kirchen oder auf den Straßen und Plätzen, auf welchen eine gottesdienstliche Feier stattfindet, während der Dauer derselben öffentlich bemerkbare, insbesondere aber geräuschvolle Arbeiten nicht verrichtet werden, auch sind der Marktverkehr und Hausirhandel, Schaustellungen, Musikmachen, schnelles Fahren, Schreien, Lärmen 2c. während dieser Zeit in der Nähe der Kirchen und gottesdienstlichen Versammlungsorte verboten.

§ 11. Am Vorabende des ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertages, des Charfreitags, des Buß- und Bettages, und der dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten evangelischen und katholischen Jahrestage, sowie an den Abenden dieser drei letzten Tage selbst, nämlich des Charfreitags, des Buß- und Bettages und des evangelischen Todtenfestes beziehungsweise des Allerseelentages, sowie am Aschermittwoch, desgleichen während der ganzen Charwoche dürfen Bälle und ähnliche Lustbarkeiten nicht stattfinden.

§ 12. Schauspiel-Vorstellungen dürfen am Charfreitag sowie am Buß- und Bettage gar nicht und am Gedächtnißtage der Verstorbenen nur alsdann stattfinden, wenn sie ernsten Inhalts sind.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 bis 9 dieser Verordnung werden in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 7. Februar 1837 und des § 366 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 (B. G. Bl. S. 197) mit Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen, Zuwiderhandlungen gegen die übrigen Vorschriften dieser Verordnung aber, insofern nicht sonstige Strafvorschriften in Anwendung zu bringen, mit Geldbuße bis zu zehn Thalern oder im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Haft bestraft.

Bromberg, den 23. August 1871. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**604** Domainen-Verpachtung.

Die Königl. Domaine Fischhausen im Kreise und Domainen-Polizei-Amts-Bezirke gleichen Namens soll auf den Zeitraum von Johanni 1872 bis dahin 1890, also auf 18 Jahre, im Wege der öffentlichen Lizitation meistbietend verpachtet werden.

Dieselbe besteht aus dem Königlichen Schlosse Fischhausen nebst Pertinenzien und den Vorwerken Fischhausen, Schäferhof und den Neben-Vorwerken Milchbude und Neuendorf, enthält im Ganzen an

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hofstellen | 34,31 | Morgen | oder | 8,761 | Hektare, |
| Gärten | 17,34 | „ | „ | 4,426 | „ |
| Acker | 2888,75 | „ | „ | 737,560 | „ |
| Wiesen | 575,68 | „ | „ | 146,984 | „ |
| Hütung | 565,17 | „ | „ | 144,301 | „ |
| Holzung | 1,88 | „ | „ | 0,480 | „ |
| Unland | 64,92 | „ | „ | 16,578 | „ |
| zusammen | 4148,05 | Morgen | oder | 1059,090 | Hektare |

und liegt unmittelbar am frischen Haffe, sowie an der Stadt Fischhausen mit dem Bahnhofe gleichen Namens, ist durch die Königsberg-Pillauer Eisenbahn in einer Entfernung von $4^4/_{10}$ Meilen mit der Stadt Königsberg und in einer Entfernung von $1^7/_{10}$ Meilen mit der Seehafenstadt Pillau, außerdem aber noch durch die Chaussee mit diesen beiden Städten verbunden.

Neben diesen günstigen Verkehrsverhältnissen zeichnet sich diese Domaine auch durch die hohe Kultur und Ertragsfähigkeit der Ackerländereien aus.

Das Minimum des Pachtgeldes ist auf 8500 Thlr. jährlich und die Pachtcaution auf 3000 Thlr. festgestellt.

Die Kaution muß in dem Lizitationstermine in zur Bestellung von Amtscautionen geeigneten Werthpapieren zum Nennwerthe deponirt und außerdem von jedem Bieter ein ihm als Eigenthum gehöriges und disponibles Vermögen von 54,000 Thlr. nachgewiesen werden.

Ueber den Besitz dieses Vermögens, sowie über die Qualifikation als Landwirthe und ihre Solidität haben sich die Pachtbewerber, wenn angänglich vor Beginn der Lizitation, auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist ein Termin auf **Freitag den 22. September d. J.,** Vormittags 10 Uhr, im Conferenzzimmer der hiesigen Königlichen Regierung vor dem Herrn Regierungs-Rath Wedthoff anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Ausbietung nach Verlauf einer Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten geschlossen werden kann.

Die Verpachtungsbedingungen, Regeln der Lizitation und Karten können sowohl in unserer Domainen-Registratur als auch auf der Domaine Fischhausen eingesehen werden.

Königsberg, den 1. August 1871.

Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**605** Domainen-Verpachtung.

Die Königl. Domaine Taplacken im Kreise Wehlau, bestehend aus dem Hauptvorwerke Taplacken und dem Vorwerke Petersdorf, soll auf den Zeitraum von Johannis 1872 bis dahin 1890, also auf 18 Jahre, im Wege der öffentlichen Lizitation meistbietend verpachtet werden und zwar dergestalt, daß die genannten beiden Vorwerke alternativ sowohl jedes einzeln, also Taplacken separat und Petersdorf separat als zusammen, also Taplacken mit Petersdorf als ein Pachtstück zur Ausbietung gelangen werden.

Das Königl. Domainen-Vorwerk Taplacken liegt am schiffbaren Pregelstrome an der Chaussee, von Königsberg 8 Meilen und von dem Bahnhofe der an der Königsberg-Eydtkuhner Eisenbahn, sowie am Pregelstrome gelegenen Handelsstadt Wehlau 1¼ Meile entfernt.

Das Vorwerk Petersdorf liegt an derselben Chaussee ½ Meile von Taplacken und von Wehlau ¾ Meilen entfernt.

Die Verkehrsverhältnisse sind daher äußerst günstig für den Absatz der Produkte.

Der Flächen-Inhalt der zur Ausbietung kommenden Pachtstücke beträgt bei:

| | Taplacken und Petersdorf zusammen. | | | Taplacken für sich allein. | | | Petersdorf für sich allein. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Morg. | □Rth. | Hektare. | Morg. | □Rth. | Hektare. | Morg. | □Rth. | Hektare. |
| Hof- und Baustelle | 19 | 14 | 4,871 | 12 | 48 | 3,132 | 6 | 146 | 1,739 |
| Gärten ....... | 26 | 176 | 6,888 | 20 | 178 | 5,359 | 5 | 178 | 1,529 |
| Acker ......... | 1669 | 157 | 426,356 | 710 | 112 | 181,438 | 959 | 45 | 244,918 |
| Wiesen ....... | 718 | 109 | 183,476 | 353 | 56 | 90,208 | 365 | 53 | 93,268 |
| Hütungen ..... | 402 | 160 | 102,866 | 285 | 171 | 73,010 | 116 | 169 | 29,857 |
| Unland ....... | 104 | 9 | 26,566 | 69 | 110 | 17,773 | 34 | 79 | 8,793 |
| Summa | 2941 | 85 | 751,023 | 1452 | 135 | 370,920 | 1488 | 130 | 380,104 |

Das Minimum des Pachtgeldes ist für Taplacken und Petersdorf zusammen auf 4500 Thlr., für Taplacken allein auf 2600 Thlr. und für Petersdorf allein auf 2000 Thlr. jährlich und die Pacht-Kaution für Taplacken und Petersdorf zusammen auf 1500 Thlr., für Taplacken allein auf 900 Thlr. und für Petersdorf allein auf 700 Thlr. festgesetzt.

Die Kaution muß in dem Lizitationstermin in geeigneten Werthpapieren zum Nennwerthe deponirt und außerdem von jedem Bieter ein ihm als Eigenthum gehöriges und disponibles Vermögen von 35,000 Thlr. für Taplacken und Petersdorf zusammen, von 20,000 Thlr. für Taplacken allein und von gleichfalls 20,000 Thlr. für Petersdorf nachgewiesen werden.

Ueber den Besitz dieses Vermögens sowie über die Qualifikation haben sich die Pachtbewerber, wenn angänglich, schon vor Beginn der Lizitation auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist ein Termin auf **Freitag den 29. September d. J.,** Vormittags 10 Uhr, im Conferenzzimmer der hiesigen Königl. Regierung vor dem Herrn Regierungs-Rath Wedthoff anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Ausbietung nach Verlauf einer Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten geschlossen werden kann.

Die Verpachtungs-Bedingungen, Regeln der Lizitation und Karten können sowohl in unserer Registratur als auch auf der Domaine Tapladen eingesehen werden.

Königsberg, den 3. August 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**606** Bekanntmachung.

Die Pfarrstelle in Birnbaum mit der Inspektion über 14 Landschulen nebst jüdischer Ortsschule und einem Einkommen von circa 900 Thlr. einschließlich des Wohnungswerths ist durch das Ableben des früheren Inhabers derselben vacant geworden.

Bewerber um diese Stelle, welche von uns zu besetzen ist, haben sich binnen 4 Wochen bei uns zu melden. Posen, den 12. August 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**607** Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß im Monat September d. J. an nachstehenden Tagen in nachgenannten Städten resp. Ortschaften des diesseitigen Bezirks Remontemärkte abgehalten werden:

1) am 6. September in Filehne,
2) am 18. September in Czarnikau,
3) am 19. September in Chodziesen,
4) am 20. September in Bialosliwe und
5) am 21. September in Wirsitz.

Bromberg, den 18. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**608** Bekanntmachung.

Der zweite der für die Stadt Gollancz in diesem Jahre bewilligten Viehmärkte findet **am 6. September d. J.** statt.

Bromberg, den 19. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**609** Bekanntmachung.

Die Schulamtskandidaten:

1) Karl Barthel aus Paradies, 2) Anton Czerwinski aus Wielichowo, 3) August Droszcz aus Olszowa, 4) Wladislaus Göbel aus Morka, 5) August Hellwig aus Kutschlau, 6) Stephan Jakubowski aus Schrimm, 7) Anton Krysinski aus Borzencice, 8) Joseph Makowski aus Smolice, 9) Michael Wlokosciewicz aus Kozmin, 10) Adolf Pachaly aus Schmiegel, 11) Franz Päch aus Scharzig, 12) Franz Pietrakowski aus Ottorowo, 13) Albert Prumbs aus Kalzig, 14) Theodor Scholl aus Olobock, 15) Albin Stankiewicz aus Wyrzeka, 16) Valentin Stenzel aus Skrzebowa, 17) Viktor Szostak aus Alt-Zattum, 18) Joseph Tumidajski aus Kubowo,

welche im Schullehrer-Seminar zu Paradies die Prüfung für das Lehreramt bestanden haben, sind zu dem Amte eines Elementarlehrers für wahlfähig erklärt worden.

Posen, den 20. Juli 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**610** Die Kreis-Wundarztstelle des Pr. Stargardter Kreises, mit welcher ein Gehalt von 100 Thlr. verbunden ist, ist erledigt.

Aerzte und Wundärzte 1. Klasse werden aufgefordert, ihre Bewerbungsgesuche unter Beifügung ihrer Qualifikations-Atteste bis zum 10. September c. bei uns einzureichen.

Danzig, den 15. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**611** Bekanntmachung wegen Domainen-Verpachtung.

Das Königliche Domainen-Vorwerk Kl. Bertung nebst dem Abbau Neu-Bertung soll auf 18 Jahre, nämlich auf den Zeitraum von Johanni 1872 bis Johanni 1890, meistbietend verpachtet werden.

Dasselbe ist im Kreise Allenstein, eine Meile von der Kreisstadt gleichen Namens, 16 Meilen von Königsberg, 11½ Meilen von Braunsberg, 10 Meilen von Pr. Eylau und unweit der von Allenstein nach Hohenstein führenden Chaussee belegen.

Nach Vollendung der im Bau begriffenen Thorn-Insterburger Eisenbahn, welche die Stadt Allenstein berührt, wird Kl. Bertung vom nächsten Bahnhofe eine Meile entfernt sein und durch die Südbahn eine Schienenverbindung mit der Provinzial-Hauptstadt erhalten.

Der Flächeninhalt besteht in:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hof- und Baustellen | 12,88 | Morgen | oder | 3,289 | Hektare, |
| Gärten | 6,01 | " | " | 1,534 | " |
| Acker | 2141,71 | " | " | 546,827 | " |
| Wiesen | 244,17 | " | " | 62,342 | " |
| Hütungen | 163,31 | " | " | 41,697 | " |
| Seen u. sonstige Wasserstücke | 328,78 | " | " | 83,945 | " |
| Unland | 38,39 | " | " | 9,802 | " |
| zusammen | 2935,25 | Morgen | oder | 749,436 | Hektare. |

Das Minimum des Pachtzinses ist auf 3300 Thlr. jährlich und die Pacht-Caution auf 1100 Thlr. festgesetzt. Die Kaution muß im Lizitationstermine in zur Bestellung von Amts-Cautionen geeigneten Werthpapieren deponirt und zur Uebernahme der Pacht ein disponibles eigenthümliches Vermögen von 28,000 Thlr. nachgewiesen werden. Auch haben die Pachtbewerber sich über ihre Qualifikation als Landwirthe, und über ihre Solidität vor Beginn der Lizitation auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtzins-Gebote haben wir einen Termin **auf Montag den 2. Oktober c.**, Vormittags 10 Uhr, im Conferenz-Zimmer der hiesigen Königl. Regierung vor dem Herrn Regierungs-Rath Webthoff anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Ausbietung nach Verlauf einer Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten geschlossen werden kann.

Die Verpachtungs-Bedingungen, Regeln der Lizitation, Karten und Vermessungs-Register 2c. können sowohl in unserer Registratur, als auch auf der Domaine Klein Bertung eingesehen werden.

Königsberg, den 4. August 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**612** Die Verwaltung der durch den Abgang des Pfarrers Schulz nach Sadke vacant gewordenen Pfarrstelle zu Revier, Dioces Gnesen, ist dem Pfarrverweser Kepp in Sadke zur einstweiligen Verwaltung übertragen worden.

Bromberg, den 7. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**613** Wiederbesetzung des Physikats Czarnikauer Kreises.

Das Physikat des Czarnikauer Kreises, mit einem Jahrgehalt von 200 Thlr., ist durch Versetzung vacant geworden.

Bewerber um diese Stelle wollen sich unter Einreichung ihrer Qualifikations-Ausweise in 6 Wochen bei uns melden.

Bromberg, den 17. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**614** Die **Lebens- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft Impèriale in Paris**, deren Concession und Statut in Nr. 36 des diesseitigen Amtsblatts pro 1861 S. 250 bekannt gemacht, führt seit dem vorigen Jahre den Namen **„Credit viager"** und hat ihr Geschäftslocal in Paris rue Louis le Grand No. 19.

Sie ist bereit, allen ihren Verpflichtungen gegenüber Deutschen Versicherten nachzukommen. Namentlich sollen diejenigen Rechtsnachtheile, welche an die Unterlassung gewisser Handlungen geknüpft sind, die während der Zeit des Krieges hätten vorgenommen werden müssen, wegen der kriegerischen Ereignisse aber nicht haben vorgenommen werden können, als nicht eingetreten angesehen werden, falls die Erfüllung der betreffenden Bedingungen noch nachträglich erfolgt. Ferner sollen alle an sich begründeten Ansprüche, welche vor dem Kriege fällig geworden, aber nicht mehr erledigt sind, sowie die während des Krieges entstandenen begründeten Ansprüchen befriedigt werden.

Die Gesellschaft wünscht, daß die betreffenden Berechtigten sich mit ihren Anträgen in recommandirten Briefen unmittelbar an die Direction nach Paris wenden und in gleicher Weise auch direct dorthin die Prämienzahlungen leisten. Eine Vermittelung durch die früheren Agenten in Deutschland hat sie unbedingt abgelehnt. Indem wir Vorstehendes hierdurch zur Kenntniß des Publicums bringen, nehmen wir noch in Betreff des Ausscheidens des früheren Generalbevollmächtigten der Gesellschaft Dr. Eikerling in Paderborn auf die diesseitige Amtsblatts-Bekanntmachung vom 17. November v. J. in Nr. 47 des Amtsblatts S. 329 Bezug.

Bromberg, den 22. Agust 1871. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**615** Bekanntmachung.

In dem wir hierdurch auf unsere unterm 6. März d. J. erlassene Polizei-Verordnung: das Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rindvieh der Steppenrace betreffend, Amtblatt Nr. 11 Seite 68, hinweisen und dieselbe erneuern, bestimmen wir, daß als Rindvieh der Stepperace ohne Ausnahme alles Vieh der grauen Race ohne Rücksicht auf die verschiedenen Unterabtheilungen nach der Körpergröße, nach der Größe und Form des Gehörns, nach den verschiedenen Schattirungen in der grauen Farbe und nach dem Vorkommen in den verschiedenen Ländern (Oesterreich, Ungarn, Rußland, Donau-Fürstenthümer 2c.) zu gelten hat und daß

Obwieszczenie.

Odnosząc się niniejszem do naszéj ustawy policyjnéj, dnia 6. Marca r. b. wydanéj, tyczącéj się zakazu wprowadzania i wyprowadzania bydła rogatego rasy stepowéj, dziennik urzędowy No. 11 strona 68, stanowimy, ponawiając takową, iż za bydło rogate rasy stepowéj bez wyjątku uważać należy wszystkie bydło rasy buréj, bez względu na rozmaite jéj klasyfikacye co do rosłości, wielkości i kształtu poroża, rozmaitych odcieni w maści buréj i jaka się zdaza w różnych krajach (Austryi, Węgrach, Rossyi, Księstwach naddunajskich i t. d.) i że w

in Zweifelsfällen stets für die Nicht-Zulassung zu entscheiden ist.

razach wątpliwych zawsze na niedopuszczenie decydować należy.

Bromberg, den 18. August 1871.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bydgoszcz, dnia 18. Sierpnia 1871.
Królewska Rejencya, wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

### Polizei-Verordnung.

**616** Die bedrohliche Annäherung der Cholera an die diesseitige Provinz und die Erfahrung, daß die Verbreitung dieser Krankheit durch eine unreine Atmosphäre besonders begünstigt wird, macht es erforderlich, daß schon jetzt auf die Beseitigung und Fernhaltung von Unreinlichkeiten jeder Art hingewirkt wird. Demgemäß wird auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 hiermit bis auf Weiteres verordnet, wie folgt:

1) die Rinnsteine und Gehöfte in hiesiger Stadt sind von jetzt ab täglich zu reinigen und die ersteren dabei mit reinem Wasser auszuspülen;
2) die Kloaken und Düngergruben müssen sofort geräumt und desinficirt und diese Desinfection täglich wiederholt werden;
3) Hauseigenthümer, auf deren Gehöften sich Appartements noch nicht befinden, haben für die zweckdienliche Herstellung derselben sofort Sorge zu tragen;
4) diejenigen Gewerbetreibenden, deren Gewerbebetrieb üble Gerüche erzeugt, haben
   a. ihre Betriebslocale und Utensilien zum Gewerbebetriebe täglich zu reinigen,
   b. die entstehenden schädlichen Miasmen und deren weitere Verbreitung durch entsprechende chemische Mittel sofort zu beseitigen.

Hauseigenthümer und Gewerbetreibende, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht nachkommen, haben nicht nur eine Geldbuße bis zu 3 Thlr. oder entsprechende Haft verwirkt, sondern auch die sofortige Ausführung der erforderlichen Reinigung und Desinfektion auf ihre Kosten zu gewärtigen.

Nakel, den 17. August 1871. Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**617** In Folge des Gesetzes vom 28. October 1835 ist die Sanitäts-Commision für die Stadt Bromberg gebildet und sind zu deren Mitgliedern:

der Bürgermeister Schlingmann, der Möbelhändler Hege, der Goldarbeiter Pauli, der Fabrikant Boelke, der Sanitätsrath Dr. Salbach, der praktische Arzt Dr. Jocoby,

sowie die Vertreter der Militairbehörde:

der Premier-Lieutenant Schlesier und der Stabsarzt Dr. Jocobs

bestätigt worden.

**618** Der Königliche Kreis-Physikus Dr. Fuchs in Schönlanke ist nach Gnesen versetzt.

**619** Robert Stellert als Lehrer bei der katholischen Schule zu Obora im Kreise Gnesen definitiv angestellt.

**620** Der provisorische Lehrer Lorenz Zalachowski an der katholischen Schule in Morzewo, Kreis Chodziesen, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**621** Personal-Veränderungen
im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg.

A. Ernannt: 1) der Staatsanwaltsgehülfe Bartsch Allerhöchst zum Staatsanwalt in Schubin, für die Bezirke der Königl. Kreisgerichte zu Schubin und Wongrowitz,
2) der Rechtskandidat Matthes zu Lobsens zum Referendarius,
3) der Hülfsgefangenwärter Seydel zum etatsmäßigen 2. Gefangenwärter,
4) der Hülfsbote Mielke zum etatsmäßigen Boten und Exekutor und
5) der Hülfsbote Mau zum etatsmäßigen Boten und Exekutor, ad 3 bis 5 bei dem Königl. Kreisgericht zu Schubin.

B. Versetzt: der Staatsanwalt Ruffmann in der Eigenschaft als Kreisrichter unter Verleihung des Titels als Kreisgerichtsrath an das Königl. Kreisgericht zu Bromberg.

C. Verstorben: der Kreisgerichts-Secretair, Kanzleirath Hoffmann zu Schneidemühl.

**622** Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Es sind ernannt:
   a. der Telegraphen-Aufseher Jaster in Bromberg zum Königl. Eisenbahn-Telegraphen-Aufseher,
   b. der Bahnmeister Will in Bromberg zum Königlichen Eisenbahn-Bahnmeister,

c. der Stations-Assistent Welz in Nakel zum Königlichen Eisenbahn-Stations-Assistenten.

2) Der Eisenbahn-Stations-Vorsteher Matthie in Osiek ist vom 1. August c. ab in den Ruhestand versetzt worden.

623 **Personal-Veränderungen**
**im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro Juli 1871.**

Versetzt: 1) der Post-Direktor Schmidt von Nakel nach Wittstock,
2) der commiss. Post-Amts-Vorsteher, Hauptmann a. D. v. Poser von Wittstock nach Nakel,
3) der Postexpediteur Kietzmann von Mönch nach Gora,
4) der Conducteur Lange von Posen nach Schneidemühl.

Ausgeschieden: der Wagenmeister Matzke in Bromberg.

## Verschiedenes.

624 Dem Ingenieur Stanislaus Janicki in St. Petersburg ist unter dem 29. Juni 1871 ein Patent auf eine Vorrichtung an schwimmenden Docks zur Erhöhung der Stabilität derselben, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,
auf 3 Jahre, von jenem Tage angerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

625 Dem Secretair Cäsar Grosch zu Breslau ist unter dem 31. Juli 1871 ein Patent auf einen durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesenen Apparat zum Fälteln von Zeugstreifen,
auf 3 Jahre, von jenem Tage angerechnet und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 34.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 35. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 1. September 1871. Bydgoszcz, dnia 1. Września 1871.


## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**626** An Stelle des nach Kischkowo versetzten Pfarrverwesers Kruska zu Groß Mirkowitz ist der Hilfsprediger Otto Karl Julius Müller aus Rakwitz berufen worden.

Bromberg, den 19. August 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**627** Die Kreischaussee von Czarnikau über Althütte bis zur Obornifer Kreisgrenze ist vom 15. Mai d. J. ab in das Eigenthum der Provinz übergegangen, und hat dadurch die Eigenschaft einer Provinzialstraße erhalten.

Bromberg, den 18. August 1871.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern

Od 15. Maja r. b. przeszła zwirówka powiatowa z Czarnkowa na Władysławowo aż do garnicy powiatu Obornickiego na własność prowincyi i uzyskała przez to własność traktu prowincyalcego.

Bydgoszcz, dnia 18. Sierpnia 1871.
Królewska Rejencya, wydział spraw wewnętrznych.

**628** Bekanntmachung wegen Domainen-Verpachtung.

Das Königliche Domainen-Vorwerk Kl. Bertung nebst dem Abbau Neu-Bertung soll auf 18 Jahre, nämlich auf den Zeitraum von Johanni 1872 bis Johanni 1890, meistbietend verpachtet werden.

Dasselbe ist im Kreise Allenstein, eine Meile von der Kreisstadt gleichen Namens, 16 Meilen von Königsberg, 11½ Meilen von Braunsberg, 10 Meilen von Pr. Eylau und unweit der von Allenstein nach Hohenstein führenden Chaussee belegen.

Nach Vollendung der im Bau begriffenen Thorn-Insterburger Eisenbahn, welche die Stadt Allenstein berührt, wird Kl. Bertung vom nächsten Bahnhofe eine Meile entfernt sein und durch die Südbahn eine Schienenverbindung mit der Provinzial-Hauptstadt erhalten.

Der Flächeninhalt besteht in:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hof- und Baustellen | 12,88 | Morgen | oder | 3,289 | Hektare, |
| Gärten | 6,01 | „ | „ | 1,534 | „ |
| Acker | 2141,71 | „ | „ | 546,827 | „ |
| Wiesen | 244,17 | „ | „ | 62,342 | „ |
| Hütungen | 163,31 | „ | „ | 41,697 | „ |
| Seen u. sonstige Wasserstücke | 328,78 | „ | „ | 83,945 | „ |
| Unland | 38,39 | „ | „ | 9,802 | „ |
| zusammen | 2935,$\frac{25}{100}$ | Morgen | oder | 749,$\frac{436}{1000}$ | Hektare. |

Das Minimum des Pachtzinses ist auf 3300 Thlr. jährlich und die Pacht-Caution auf 1100 Thlr. festgesetzt. Die Caution muß im Lizitationstermine in zur Bestellung von Amts-Cautionen geeigneten Werthpapieren deponirt und zur Uebernahme der Pacht ein disponibles eigenthümliches Vermögen von 28,000 Thlr. nachgewiesen werden. Auch haben die Pachtbewerber sich über ihre Qualification als Landwirthe, und über ihre Solidität vor Beginn der Lizitation auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtzins-Gebote haben wir einen Termin auf **Montag den 2. October c.**, Vormittags 10 Uhr, im Conferenz-Zimmer der hiesigen Königl. Regierung vor dem Herrn Regierungs-Rath Wedthoff anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Ausbietung nach Verlauf einer Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten geschlossen werden kann.

Die Verpachtungs-Bedingungen, Regeln der Licitation, Karten und Vermessungs-Register 2c. können sowohl in unserer Registratur, als auch auf der Domaine Kl. Bertung eingesehen werden.

Königsberg, den 4. August 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**629** Edictal-Citation.

Etwaige Inhaber der angeblich am 21. Mai 1867 in Klein Lonsk bei Poln. Crone verbrannten Pfand-

Zapozew edyktalny.

Listy zastawne Ser. II. No. 1375 i 7779 nowego Towarzystwa Ziemstwa kredytowego dla

briefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Serie II. No. 1375 und 7779, über je 200 Thlr., werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 2. Januar 1872 bei uns zu melden oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewärtigen.

Posen, den 14. März 1871.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

**630** Aufkündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. October 1871 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse a. aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 u. ff. „zum 1. October 1871" mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 11 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

═══ . . . . . Thlr. ═══
„buchstäblich . . . . . . Thaler, Valuta für d .
„zum 1. . . . . . . . 18 . . gekündigten Posener
„Rentenbrief . Litt. . . No. . . . . habe ich aus
„der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar
„gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch rückständigen, in dem nachfolgenden Verzeichnisse b. aufgeführten Rentenbriefe der Provinz Posen hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Rentenbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verjährung unverweilt in Empfang zu nehmen.

Ebenso werden die im Verzeichnisse c. aufgeführ-

prowincyi Poznańskiéj, które jakoby przez pożar w dniu 21. Maja 1867 w Małym Łońsku pod Koronowem zniszczone zameldowano, zostaną całkiem umorzone, jeżeli nikt się z prawnemi pretensyami do tychże listów zastawnych aż najpóźniéj do dnia 2. Stycznia 1872 nie zgłosi. Wzywają się zatem niniejszem wszyscy możliwi posiadacze tychże listów zastawnych do zgłoszenia się do niżéj podpisanéj dyrekcyi aż najpóźniéj do wzwyż oznaczonego terminu, z swemi mniemanemi pretensyami, gdyż inaczéj całkowite umorzenie tychże listów zastawnych nastąpi.

Poznań, dnia 14. Marca 1871.

Król. Dyrekcya nowego
Towarzystwa Ziemstwa Kredytowego
dla prowincyi Poznańskiéj.

Wypowiedzenie
listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Października 1871 umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie a., umieszczone litery i numera, które posiedzicielom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Października 1871 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 11—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy w kasie naszéj odebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzoru:

═══ . . . . . Tal. ═══
wyraźnie . . . . . . . . . . Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. . . . . . . . . . 18 . . płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Lit. . . . . . No. . . . . na . . . . Tal. odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu N. . . . . dnia . . . . . . . . . . . . . . . . 18 . .

(podpis)

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Zarazem wywołują się powtórnie dawniéj już wylosowane, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch lat jeszcze zaległe, w następującym wykazie b., umieszczone listy rentowe prowincyi Poznańskiéj i posiedziciele tychże wzywają się niniejszem do niebawnego odebrania kapitału listów rentowych pod uniknieniem dalszéj straty procentu i przyszłego ich przedawnienia.

Również podaje się w wykazie c. wzmianko-

Rentenbriefe, deren Verjährung am Schlusse des verflossenen Jahres eingetreten ist, hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Posen, den 11. Mai 1871.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

wane listy rentowe, których przedawnienie w końcu zeszłego roku nastąpiło, niniejszem do publicznéj wiadomości.

Poznań, dnia 11. Maja 1871.

Królewska dyrekcya
banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

**a. Verzeichniß**
der am 11. Mai 1871 ausgelooßten und am 1. October 1871 fälligen Posener Rentenbriefe.

**a. Wykaz**
na dniu 11. Maja 1871 wylosowanych, a dnia 1. Października 1871 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. A. zu (na) 1000 Thlr. (tal.) 51 Stück (sztuk.)

No. 89, 170, 459, 551, 792, 989, 1299, 1341, 1470, 1485, 1621, 1887, 1946, 2455, 2540, 2707, 2928, 2965, 3525, 3533, 3839, 4039, 4180, 4360, 4651, 4921, 5135, 5232, 5376, 5528, 5940, 6014, 6119, 6360, 6410, 6554, 6600, 6828, 7007, 7625, 7904, 7984, 8532, 8557, 8687, 8691, 8725, 8887, 8912, 9214, 9258.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (tal.) 14 Stück (sztuk.)

No. 41, 490, 530, 576, 592, 667, 670, 989, 1446, 1715, 1779, 1932, 1966, 2525.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (tal.) 44 Stück (sztuk.)

No. 249, 276, 312, 319, 321, 356, 485, 643, 775, 861, 1074, 1127, 1274, 1694, 1744, 2339, 2353, 2385, 2649, 2908, 2941, 3036, 3090, 3126, 4109, 4111, 4375, 4934, 5108, 5440, 5464, 6223, 6301, 6402, 6483, 6691, 6860, 7358, 7360, 7799, 8030, 8179, 8339, 8448.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (tal.) 33 Stück (sztuk.)

No. 96, 260, 319, 478, 494, 665, 817, 906, 1052, 1244, 1294, 1765, 1777, 1795, 1797, 2412, 2477, 2677, 3228, 3365, 3502, 3820, 4127, 4335, 4360, 4421, 4562, 4608, 4836, 5056, 5442, 5628, 5870,

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (tal.)

**Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7291 incl. sind verlooßt, resp. gekündigt.**

**Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7291 są wylosowane resp. wypowiedziane.**

**b. Verzeichniß**
der bereits früher ausgelooßten, aber seit länger als den letzten zwei Jahren noch rückständigen Posener Rentenbriefe und zwar aus den Fälligkeitsterminen:

**b. Wykaz**
dawniéj już wylosowanych, lecz dłużéj jak od ostatnich dwóch lat, jeszcze zaległych listów rentowych Poznańskich a mianowicie z zapadłych terminów.

vom 1. October 1861, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 265, 3015;
vom 1. April 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1716, 3012, 4262, 6832;
vom 1. October 1862, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1662, 5709, 5911, 6720, 6833;
vom 1. April 1863, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 3074, 3236, 3405, 5241, 5894, 6841;
vom 1. October 1863, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2195; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 1661, 2646, 5487, 6624, 6831;
vom 1. April 1864, Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 5242, 6589, 6655, 6834;
vom 1. April 1866, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 794;
vom 1. October 1866, Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 832;
vom 1. April 1867, Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 908; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1374, 2767;
vom 1. October 1867, Littr. A. à 1000 Thlr.: Nr. 326, 579, 2303, 6910, 7235, 8019, 8836; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 2804; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 310, 598, 1021, 2085, 4823, 5358; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7217, 7220, 7222;
vom 1. April 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 842, 2371; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 1738, 1857; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 244, 959, 1392, 2558, 2601, 4163; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 1712, 1874, 1968, 2303, 3056, 3939, 4019, 4630; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7243;
vom 1. October 1868, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 860, 1272, 1804, 3118, 8069; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 76, 1164, 2175, 2176, 2200; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1339, 3601, 3640, 6247; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 177, 533, 788, 1127, 1400, 1876, 1879, 2070, 2227, 5111;
vom 1. April 1869, Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 1678, 3943, 8895, 9222; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 2469; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 1973, 1991, 2227, 2594, 4598, 5766, 8025, 8389; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 229, 247, 875, 1267, 2523, 2790, 3947, 4479, 5005, 5478, 5503, 6008; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 7277, 7278.

**c. Verzeichniß**

der ausgelooſten und im Jahre 1860 fällig geweſenen, bis zum Schluſſe des Jahres 1870 zur Zahlund aber nicht präſentirten und deshalb nach § 44 des Rentenbank-Geſetzes vom 2. März 1850 verjährten Rentenbriefe.

**c. Wykaz**

wylosowanych i w roku 1860 płatnych, aż do końca roku 1870 do wypłaty nie złożonych i dla tego według § 44 prawa banków rentowych z 2. Marca 1850 przedawnionych listów rentowych.

Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 50, 1362, 3700, 5708.

**631** Bekanntmachung.

Vom 20. d. Mts. ab finden die gemeinſchaftlichen Tarife für Niederſchleſiſche Steinkohlen nach den Stationen der Königlichen Oſtbahn und zwar:

1) von Waldenburg und Altwaſſer via Lauban und via Liegnitz vom 1. Auguſt 1869,

2) von Gottesberg via Lauban vom 20. Januar 1870 und von Dittersbach via Lauban vom 20. April 1870 auch auf **Kokus** Anwendung, wenn die Tragfähigkeit der zum Transport verwendeten Wagen oder der Laderaum vollſtändig ausgenutzt wird.

Unſere Bekanntmachung vom 28. Juli 1869 wird demgemäß, inſoweit dieſelbe die Tarifirung der Coakstransporte betrifft, hierdurch aufgehoben.

Bromberg, im Auguſt 1871. Königl. Direction der Oſtbahn.

**632** Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 5 des Geſetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird bei der drohenden Gefahr der Verbreitung der Cholera Folgendes beſtimmt:

§ 1. Die Latrinengruben und ſonſtigen Ablagerungsorte faulender Stoffe, ſowie die mit Unreinlichkeiten oder Dung belegten Gehöfte müſſen die Grundbeſitzer reſp. Miether in der von der Polizeibehörde beſtimmten Friſt räumen und desinficiren laſſen.

Die Friſtbeſtimmung hierzu wird durch öffentlichen Ausruf erfolgen.

§ 2. Nach erfolgtem Ausruf muß in ſpäteſtens 3 Tagen die Reinigung der Latrinengruben, der Dungkaulen und der Gehöfte 2c., ſowie die Desinfection dieſer Stellen erfolgen.

§ 3. Dieſe Desinfection, zu der am beſten Eiſen-Vitriol zu verwenden iſt, muß täglich wiederholt werden, ſobald neue Auswurfſtoffe den qu. Gruben 2c. zugeführt werden.

§ 4. Derjenige, der dieſer Verordnung nicht pünktlich nachkommt, wird bis zu 3 Thlr. Geld event. verhältnißmäßiger Haft beſtraft.

Poln. Crone, den 14. Auguſt 1871. Der Magiſtrat, Polizei-Verwaltung.

## Perſonal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**633** Der bisherige Hülfslehrer Dr. Gottfried Görres iſt zum ordentlichen Lehrer ernannt und vom 1. Oktober d. J. bei dem Königlichen Gymnaſium zu Inowraclaw angeſtellt worden.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 35.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

## № 36.

Bromberg, den 8. September 1871. | Bydgoszcz, dnia 8. Września 1871.


### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**634** Das 34. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 679. Gesetz, betreffend die Bestellung des Bundes-Oberhandelsgerichts zum obersten Gerichtshofe für Elsaß und Lothringen. Vom 14. Juni 1871.

Nr. 680. Verordnung, betreffend die Aenderung einiger in der Verordnung vom 29. Juni 1869 (Bundesgesetzbl. S. 439) über die Kautionen der Postbeamten enthaltenen Bestimmungen. Vom 14. Juli 1871.

Nr. 681. Allerhöchster Erlaß vom 3. August 1871, betreffend die Bezeichnung der Behörden und Beamten des Deutschen Reichs, sowie die Feststellung des Kaiserlichen Wappens und der Kaiserlichen Standarte.

Nr. 682. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs, auf Vorschlag des Bundesrathes, zu Räthen des durch das Bundesgesetz vom 12. Juni 1869 (Bundesgesetzbl. S. 297) begründeten obersten Gerichtshofes für Handelssachen in Leipzig zu ernennen geruht: 1) den Königlich Bayerischen Rath am obersten Gerichtshofe Johann Wernz zu München, 2) den Königlich Bayerischen Advokaten Dr. Marquard Barth zu München, 3) den Königlich Württembergischen Professor der Rechte Dr. Robert Römer zu Tübingen, 4) den Großherzoglich Badischen Kreis- und Hof-Gerichts-Direktor Dr. Ernst Sigismund Puchelt zu Karlsruhe.

Nr. 683. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs, auf den Vorschlag des Bundesrathes, zu Mitgliedern des durch das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Bundesgesetzblatt Seite 607) begründeten Bundesamts für das Heimathswesen in Berlin zu ernennen geruht, und zwar:

zum Vorsitzenden:

den Königlich Preußischen Geheimen Legationsrath und vortragenden Rath im Auswärtigen Amte König zu Berlin;

zu Mitgliedern:

1) den Königlich Preußischen Ober-Tribunals-

### Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 34. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 679. Prawo, tyczące się postanowienia Wyższego sądu handlowego związkowego naczelnym trybunałem sądowym na Alzacyą i Lotaryngią. Z 14. Czerwca 1871.

No. 680. Rozporządzenie, dotyczące zmiany niektórych postanowień zawartych w rozporządzeniu z 29. Czerwca 1869. (Zb. Pr. zw. str. 439) co do kaucyi urzędników pocztowych. Z 14. Lipca 1871.

No. 681. Najwyższe rozporządzenie z 3. Sierpnia 1871, tyczące się oznaczenia władz i urzędników Państwa Niemieckiego, jako też ustanowienia Cesarskiego herbu i Cesarskiego sztandaru.

No. 682. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego, na propozycyą Rady związkowéj, mianować radcami ustanowionego prawem związkowem z 12. Czerwca 1869. (Zb. Pr. zw. str. 297) naczelnego trybunału sądowego dla spraw handlowych w Lipsku: 1) Królewsko-Bawarskiego radcę przy naczelnym trybunale sądowym Jana Wernz w Monachium, 2) Królewsko-Bawarskiego adwokata Dr. Marquard Barth w Monachium, 3) Królewsko-Wyrtemberskiego profesora prawa Dr. Roberta Roemer w Tybindze, 4) Wielko-Księsko-Badeńskiego dyrektora sądu powiatowego i nadwornego Dr. Ernesta Sygmunta Puchelt w Karlsruhe.

No. 683. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego, na propozycyą Rady związkowéj, mianować członkami ustanowionego prawem o siedzibie wsparcia z 6. Czerwca 1870. (Zb. Pr. zw. str. 607) urzędu związkowego dla spraw domicylijnych w Berlinie, i to:

przewodniczącym:

Królewsko-Pruskiego tajnego radcę legacyjnego i radcę referującego w Ministerstwie spraw zagranicznych Koenig w Berlinie;

członkami:

1) Królewsko-Pruskiego radcę Trybunału Wyższego Thuemmel w Berlinie, 2) Kró-

rath Thümmel zu Berlin, 2) den Königlich Preußischen Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium des Innern Wohlers zu Berlin, 3) den Königlich Preußischen Kammer-Gerichts-Rath Drenkmann zu Berlin, 4) den Großherzoglich Sächsischen Staatsanwalt Göpel in Eisenach.

Nr. 684. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, Legationsrath Hermann Carl Wilke zu London, zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Großbritannien und Irland, ferner zu Konsuln des Deutschen Reichs: den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Ludwig zu Aberdeen für Aberdeen, Newburgh und Stonehaven, den Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Heinrich Runge zu Belfast, den Konsul des Norddeutschen Bundes Maximilian Krieger zu Cardiff für Cardiff und Penarth Dock, den Konsul des Norddeutschen Bundes Richard Martin zu Dublin für Dublin und Wicklow, den Konsul des Norddeutschen Bundes Hermann Quosbarth zu Dundee, den Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Otto Lietke zu Glasgow für Glasgow, Greenock, Troon u. Ardrossan, den Konsul des Norddeutschen Bundes Adolph Robinow zu Leith für Leith und Edinburgh, den Konsul des Norddeutschen Bundes Otto Burchardt zu Liverpool für Liverpool, Birkenhead und Garston, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Ferdinand Heinrich Bolckow zu Middlesborough für Middlesborough u. Whitby, den Konsul des Norddeutschen Bundes Gustav Schmalz zu Newcastle on Tyne, den Konsul des Norddeutschen Bundes George Fawcus zu Shields für Shields, Creeks of Blyth, Amblé und Warkworth, den Konsul des Norddeutschen Bundes Martin Wiener zu Sunderland für Sunderland und Seaham Harbour, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Francis Keller zu Southampton, endlich zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs: den Vizekonsul bei dem Generalkonsulat des Norddeutschen Bundes zu London Gustav Travers für den Hafen von London bis zum Ausfluß der Themse in das Meer, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes James Weir zu Arbroath, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes John Selmons Benson zu Birmingham, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes N. H. Heydemann zu Bradford, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Thomas Roberts zu Milford für Milford Haven, Pembroke, Pembroke Dock, Tenby und Saundersport, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Richard William Stonehouse zu Newport (Monmouthshire) für Newport und Chepstow, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes

lewsko-Pruskiego tajnego radcę regencyjnego i radcę referującego w Ministerstwie spraw wewnętrznych Wohlers w Berlinie, 3) Królewsko-Pruskiego radzcę sądu kameralnego Drenkmann w Berlinie, 4) Wielko-Księsko-Saskiego prokuratora Goepel w Eisenach.

No. 684. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego, radcę legacyjnego, Hermana Karóla Wilke w Londynie, mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Wielką Brytanią i Irlandyą, daléj konsulami Państwa Niemieckiego: konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Ludwika w Aberdeen na Aberdeen, Newburgh i Stonehaven, konsula Związku północno-niemieckiego Jana Henryka Runge w Belfast, konsula Związku północno-niemieckiego Maxymiliana Krieger w Cardiff na Cardiff i Penarth Dock, konsula Związku północno-niemieckiego Ryszarda Martin w Dublinie na Dublin i Wicklow, konsula Związku północno-niemieckiego Hermana Quosbarth w Dundee, konsula Związku północno-niemieckiego Jana Otona Lietke w Glasgow na Glasgow, Greenock, Troon i Ardrossan, konsula Związku północno-niemieckiego Adolfa Robinow w Leith na Leith i Edinburgh, konsula Związku północno-niemieckiego Otona Burchardt w Liwerpolu na Liwerpol, Birkenhead i Garston, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Ferdynanda Henryka Bolckow w Middlesborough na Middlesborough i Whitby, konsula Związku północno-niemieckiego Gustawa Schmalz w Newcastle on Tyne, konsula Związku północno-niemieckiego George Fawcus w Shields na Shields, Creeks of Blyth, Amblé i Warkworth, konsula Związku północno-niemieckiego Marcina Wiener w Sunderland na Sunderland i Seaham Harbour, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Francis Keller w Southampton, wreszcie wicekonsulami Państwa Niemieckiego: wicekonsula przy konsulacie generalnym Związku północno-niemieckiego w Londynie, Gustawa Travers, na port Lodyński aż do ujścia Tamizy w morze, wicekonsula Związku północno-niemieckiego James Weir w Arbroath, wicekonsula Związku północno-niemieckiego John Selmons Benson w Birmingham, wicekonsula Związku północno-niemieckiego N. H. Heydemann w Bradford, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Tomasza Roberts w Milford na Milford Haven, Pem-

Bernhard Gustav Herrmann zu Swansea für Swansea und Clanelly, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes William Watson Harvey zu Cork für Cork, Queenstown, Youghal, Kinsale und Crookhaven, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Frank Hammond zu Deal für Deal und Sandwich, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Samuel Metcalf Latham zu Dover für Dover, Folkestone, Romney und Lydd, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Robert Fox zu Falmouth für Falmouth, Penryn und Truro, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Andrew Mackay zu Grangemouth für Grangemouth, Alloa, Clackmannan, Kennetpans und Boneß, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Oliver John Williams zu Harwich für Harwich, Ipswich, Colchester und Mistley, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Hugh Charles Godfray zu Jersey für Jersey und Guernsey, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes John Mackintosh zu Inverneß für Inverneß, Nairn, Findhorn, Lossiemouth, Burghead, Portmahomack, Invergordon, Fort William und Island of Skye, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Arthur Byram Gowan zu Berwick on Tweed für Berwick, Eyemouth, North Sunderland und Holy Island, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes James Spaight zu Limerick, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Abraham Harvey Stewart zu Londonderry, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes John Rounce zu Lowestoft, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes W. H. Garland zu Lynn für Lynn, Wisbeach, Boston und Wells, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Emil Liebert zu Manchester für Manchester und Leeds, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Edward Millar zu Montrose für Montrose und Inverbervee, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Ludwig Liepmann zu Nottingham, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Robert Langford zu Padstow für Padstow und Bude, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Robert Lowe zu Perth für Perth und Newbury, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Alexander Robertson zu Peterhead für Peterhead u. Fraserburgh, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Wanhill zu Poole, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Henry Morris zu Portsmouth für Porthsmouth und Gosport, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Henry Blyth Hammond zu Ramsgate für Ramsgate und Margate, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Thomas Henry Bentham zu Rochester für Rochester, Sheerneß und Faversham, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Christopher Martin zu Stockton on Thees, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Norman Mac Iver

broke, Pembroke Dock, Tenby i Saunders-port, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Richard William Stonehouse w Newport (Monmouthshire) na Newport i Chepstow, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Bernharda Gustawa Hermana w Swansea na Swansea i Cłanelly, wicekonsula Związku północno-niemieckiego William Watson Harvey w Cork na Cork, Queenstown, Youghal, Kinsale i Crookhaven, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Frank Hammond w Deal na Deal i Sandwich, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Samuel Metcalf Latham w Dover na Dover, Folkestone, Romney i Lydd, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Roberta Fox w Falmouth na Falmouth, Penryn i Truro, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Andrew Mackay w Grangemouth na Grangemouth, Alloa, Clackmanann, Kennetpans i Boness, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Oliver John Williams w Harwich na Harwich, Ipswich, Colchester i Mistley, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Hugh Charles Godfray w Jersey na Jersey i Guernsey, wicekonsula Związku północno-niemieckiego John Mackintosh w Inverness na Inverness, Nairn, Findhorn, Lossiemouth, Burghead, Portmahomack, Invergordon, Fort William i Island of Skye, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Arthur Byram Gowan we Berwick on Tweed na Berwick, Eyemonth, North Sunderland i Holy Island, wicekonsula Związku północno-niemieckiego James Spaight w Limerick, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Abraham Harvey Stewart w Londonderry, wicekonsula Związku północno-niemieckiego John Rounce w Lowestoft, wicekonsula Związku północno-niemieckiego W. H. Garland w Lynn, na Lynn, Wisbeach, Boston i Wells, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Emila Liebert w Manchester na Manchester i Leeds, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Edwarda Millar w Motrose na Motrose i Inverbervee, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Ludwika Liepmann w Nottinghamm, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Roberta Langford w Padstow na Padstow i Bude, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Roberta Lowe w Perth na Perth i Newbury, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Alexandra Robertson w Peterhead na Peterhead i Fraserburgh, wicekonsula Związku północno-niemieckiego G. F. Wanhill w Poole, wi-

zu Stornoway, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes William Roberts zu Weymouth für Weymouth, Portland und Bridport, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes David Coghill zu Wick für Wick, Thurso, Lybster und Helmsdale, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Matthew Butcher zu Great Yarmouth für Great Yarmouth und Blakeney zu ernennen geruht.

cekonsula Związku północno-niemieckiego Henry Morris w Portsmouth na Portsmouth i Gosport, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Henry Blyth Hammond w Ramsgate i Margate, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Thomas Henry Bentham w Rochester, Sheerness i Faversham, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Christopher Martin w Stockton on Tees, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Norman Mac Iver w Stornoway, wicekonsula Związku północno-niemieckiego William Roberts we Weymouth na Weymouth, Portland i Bridport, wicekonsula Związku północno-niemieckiego David Coghill we Wick na Wick, Thurso, Lybster i Helmsdale, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Matthew Butcher w Great Yarmouth na Great Yarmouth i Blakeny.

Nr. 685. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Charles Tulin de la Tunisie zu Tunis zum Generalkonsul des Deutschen Reichs in Tunis zu ernennen geruht.

No. 685. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Charles Tulin de la Tunisie w Tunis mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego w Tunis tamże.

Nr. 686. Dem bisherigen Generalkonsul der Argentinischen Republik für den Norddeutschen Bund Heinrich Cammann zu Altona ist das Exequatur als Generalkonsul der Argentinischen Republik für das Deutsche Reich, Namens des letzteren, ertheilt worden.

No. 686. Dotychczasowemu konsulowi generalnemu Rzeczpospolitéj Argentyńskiéj na Związek północno-niemiecki, Henrykowi Cammann w Altonie, udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na konsula generalnego Rzeczpospolitéj Argentyńskiéj na Państwo Niemieckie.

Nr. 687. Dem Herrn Alfred V. Dockery zu Stettin ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika daselbst ertheilt worden.

No. 687. W. Alfredowi V. Dockery w Szczecinie udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na konsula Stanów Zjednoczonych Ameryki tamże.

**635** Das 35. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Oddział 35. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

Nr. 688. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe von Reichsstempelmarken und gestempelten Blankets zur Entrichtung der Wechselstempelsteuer. Vom 11. August 1871.

No. 688. Obwieszczenie, tyczące się wydania marek stęplowych Państwa i stęplowanych blankietów ku opłacie podatku stęplowego od weksli. Z 11. Sierpnia 1871.

Nr. 689. Dem Bergrath Heinrich von Uttenhoven ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika für den Bezirk des Amerikanischen Konsulats in Sonneberg (Herzogthum Sachsen-Meiningen) ertheilt worden.

No. 689. Radcy górniczemu Henrykowi Uttenhoven udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na wicekonsula Stanów Zjednoczonych Ameryki na obręb Amerykańskiego konsulatu w Sonneberg (Księstwo Sachsen-Meiningen).

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

**636** Das 23. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Oddział 23. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

Nr. 7854. Verordnung, betreffend die im Gesetze vom 8. März 1871 vorbehaltene Regelung der Zuständigkeit der Behörden für das Jadegebiet. Vom 12. Juli 1871.

No. 7854. Rozporządzenie, tyczące się zastrzeżonego w prawie z 8. Marca 1871 uregulowania kompetencyi władz na obwód Jady. Z 12. Lipca 1871.

Nr. 7855. Allerhöchster Erlaß vom 10. Juli 1871, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts und des Rechts zur Erhebung eines Schleusengeldes in Bezug auf den als öffentliche Schiffahrtsstraße auszubauenden und zu unterhaltenden Theil des sogenannten schwarzen Grabens im Rhinluche von dem Fehrbelliner Fährdamm an abwärts bis zur Stauarche Nr. 9.

Nr. 7856. Allerhöchster Erlaß vom 23. Juli 1871, betreffend die Genehmigung der von dem Generallandtage der Pommerschen Landschaft beschlossenen Zusätze zu dem revidirten Reglement der Pommerschen Landschaft vom 26. Oktober 1857.

Nr. 7857. Allerhöchster Erlaß vom 1. August 1871, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu den Statuten für die beiden Ostfriesischen Feuer-Versicherungsgesellschaften.

637 Das 24. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7858. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in Altpommern. Vom 29. Juli 1871.

Nr. 7859. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in dem kommunalständischen Verbande des Regierungsbezirks Kassel. Vom 29. Juli 1871.

Nr. 7860. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in dem Stadtkreise Frankfurt a. M. Vom 29. Juli 1871.

Nr. 7861. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in der Provinz Hannover. Vom 1. August 1871.

Nr. 7862. Konzessions-Urkunde, betreffend den Bau einer festen Rheinbrücke bei Rheinhausen. Vom 29. Juli 1871.

Nr. 7863. Allerhöchster Erlaß vom 29. Juli 1871, betreffend die Aenderung des Reglements für die Feuersozietät der Ostpreußischen Landschaft.

638 Das 25. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7864. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in der Provinz Posen. Vom 29. Juli 1871.

Nr. 7865. Allerhöchster Erlaß vom 9. August 1871, betreffend die Kreis-Synodalordnung für die evangelischen Gemeinden im Bezirk des Konsistoriums zu Wiesbaden, sowie die Berufung der Kreissynoden für diesen Bezirk.

No. 7855. Najwyższe rozporządzenie z 10. Lipca 1871, tyczące się nadania prawa ekspropryacyi i prawa pobierania śluzowego we względzie mającéj się na publiczny trakt żeglużny wybudować i utrzymywać części tak zwanego czarnego rowu w Rhinluch począwszy od Fehrbelińskiego przewozu w dół aż do arfy No. 9.

No. 7856. Najwyższe rozporządzenie z 23. Lipca 1871, dotyczące potwierdzenia uchwalonych przez generalny sejm ziemstwa Pomorskiego dodatków do przejrzanego regulaminu ziemstwa Pomorskiego z 26. Października 1857.

No. 7857. Najwyższe rozporządzenie z 1. Sierpnia 1871, tyczące się potwierdzenia Dodatku do Statutów dla obu Wschodniofryzyjskich Towarzystw asekuracyjnych ogniowych.

Oddział 24. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7858. Rozporządzenie względem urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w Starem Pomorzu. Z 29. Lipca 1871.

No. 7859. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w związku stanów komunalnych obwodu regencyjnego Kasselskiego. Z 29. Lipca 1871.

No. 7860. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w okręgu miejskim miasta Frankfurtu n. M. Z 29. Lipca 1871.

No. 7861. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w Prowincyi Hanowerskiéj. Z 1. Sierpnia 1871.

No. 7862. Dokument koncesyi dotyczący zbudowania stałego mostu na Renie pod Rheinhausen. Z 29. Lipca 1871.

No. 7863. Najwyższe rozporządzenie z 29. Lipca 1871, dotyczące zmiany Regulaminu dla Towarzystwa ogniowego Wschodniopruskiego Ziemstwa.

Oddział 25. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7864. Rozporządzenie względem urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych i korygendów w Prowincyi Poznańskiéj. Z 29. Lipca 1871.

No. 7865. Najwyższe rozporządzenie z 9. Sierpnia 1871, tyczące się Ordynacyi synodalnéj powiatowéj dla gmin ewanielickich w okręgu konsystorza Wiesbadeńskiego, jako też zwołania synodów powiatowych na okręg tenże.

Nr. 7866. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des revidirten Statuts der Korporation der Kaufmannschaft zu Danzig vom 24. Mai 1871. Vom 16. August 1871.

No. 7866. Obwieszczenie, tyczące się Najwyższego potwierdzenia przejrzanego Statutu kupiectwa w Gdańsku z 24. Maja 1871. Z 16. Sierpnia 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**639** Bekanntmachung.

Packetverkehr mit Paris.

Packetsendungen nach Paris können vom 1. September ab bei den Postanstalten wieder unter den früheren Bedingungen zur Beförderung auf dem Wege durch Belgien angenommen werden.

Berlin, den 28. August 1871. Kaiserliches General-Postamt.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**640** Milzbrand.

Unter dem Rindvieh in Getau, Kreises Inowraclaw, ist der Milzbrand ausgebrochen, weshalb dieser Ort und seine Feldmark für den Verkehr mit Rindvieh, Rauchfutter und Dünger gesperrt worden ist.

Bromberg, den 30. August 1871.
Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Zapalenie śledziony.

Pomiędzy rogatem bydłem w Jaytawach, w powiecie Inowrocławskim, wybuchło zapalenie śledziony, w skutek czego miejsce to i jego pola dla rogatego bydła, ostréj paszy i nawozu stały się nie przystępne.

Bydgoszcz, dnia 30. Sierpnia 1871.
Królewska Regencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**641** Sperre-Aufhebung.

Der Milzbrand unter dem Rindvieh in Milczhauland, Kreises Chodziesen, ist erloschen und die Reinigungs-Maaßnahmen daselbst sind ausgeführt worden, weshalb die unterm 1. Juli d. J. verfügte Sperre dieses Orts und seiner Feldmark hierdurch aufgehoben wird.

Bromberg, den 25. August 1871.
Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Uchylenie kordonu.

Zapalenie śledziony pomiędzy rogatem bydłem w Milczu olędrach, w powiecie Chodzieskim, ustało i środki oczyszczenia zostały tam użyte, w skutek czego zamknięcie miejsca tego i jego pól, pod dniem 1. Lipca r. b. rozporządzone, niniejszem się znosi.

Bydgoszcz, dnia 25. Sierpnia 1871.
Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**642** **Polizei-Verordnung,**

betreffend den Verkehr mit Schießpulver.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 haben wir unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen unserer Verordnung vom 9. August 1854 (außerordentliche Beilage zum Amtsblatt pro 1854 Nr. 33) und der Abänderungen vom 27. Juni 1855 (Amtsblatt Nr. 28 S. 274) sowie vom 19. Januar 1859 (Amtsblatt Nr. 5 S. 39) festgesetzt, was folgt:

### I. Verkauf und Aufbewahrung von Schießpulver.

§ 1. Wer Schießpulver feil zu halten beabsichtigt, hat davon vor dem Beginn dieses Geschäftsbetriebes der Orts-Polizei-Behörde Anzeige zu machen.

§ 2. Verkäufer von Schießpulver dürfen davon:

1) in ihren Kaufläden nicht mehr als 1 Kilogramm,
2) im Hause außerdem nicht mehr als 5 Kilogramm vorräthig halten.

Auf Nachweis eines besonderen Bedürfnisses kann durch die Ortspolizei-Behörden die Erhöhung des Vorraths unter 2 zeitweilig bis auf 10 Kilogramm gestattet werden. Die Aufbewahrung desselben darf nur in einem auf dem Dachboden (Speicher) belegenen, mit keinem Schornsteinrohre in Verbindung stehenden abgesonderten Raume, der beständig unter Verschluß zu halten ist und mit Licht nicht betreten werden darf, erfolgen.

§ 3. Größere als die im § 2 bezeichneten Mengen sind außerhalb der Ortschaften in besonderen Magazinen aufzubewahren, von deren Sicherheit die betreffende Polizei- resp. Militairbehörde, soweit die letztere nach den bestehenden Vorschriften concurrirt, sich überzeugt hat. Die Schlüssel zu diesem Lokale bleiben in den Händen der Behörde, welche darüber zu wachen hat, daß bei der Behandlung des Pulvers mit der gehörigen Vorsicht verfahren werde.

§ 4. Die Abgabe von Schießpulver an Personen unter 16 Jahren ist verboten.

§ 5. Personen, welche nicht unter die Bestimmung des § 2 fallen, bedürfen behufs der Aufbewahrung von mehr als 1 Kilogramm der Erlaubniß der Ortspolizei-Behörde. Sie haben in diesem Falle

die in § 2 enthaltenen Vorschriften resp. die ihnen von der Polizei-Behörde etwa besonders vorgeschriebenen Bedingungen zu beobachten.

§ 6. Auf die mit Pulver-Fabriken verbundenen Lager finden die vorstehenden Vorschriften keine Anwendung.

II. Transport von Schießpulver.

A. Allgemeine Vorschriften.

§ 7. Bei der Verpackung der Ein- und Ausladung von Schießpulver, sowie auf oder in der Nähe von zum Transport von Schießpulver dienenden Fahrzeugen darf weder Feuer angemacht noch Tabak geraucht werden.

Das zu versendende Schießpulver muß in hölzernen, solide gearbeiteten Tonnen oder Kisten verpackt sein, deren Fugen derart gedichtet sind, daß ein Ausstreuen von Pulver nicht stattfinden kann.

§ 8. Wer Schießpulver in größerer Menge als 25 Kilogramm auf einmal versendet, muß der Ortspolizei-Behörde des Absende-Orts davon Anzeige machen und den die Reiseroute enthaltenden Frachtschein derselben zur Visirung vorlegen.

§ 9. Während der Nacht, d. i. von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, darf Pulver nicht verfahren werden.

Es bleibt vorbehalten, aus besonderen Zweckmäßigkeitsgründen für bestimmte Straßenzüge Ausnahmen hiervon zu gestatten und die alsdann zu beobachtenden besonderen Sicherungsmaßregeln vorzuschreiben.

B. Besondere Vorschriften für den Landtransport.

§ 10. Die Versendung von Schießpulver vermittelst der Post und der Eisenbahn ist verboten.

§ 11. Die das Schießpulver enthaltenden Tonnen oder Kisten müssen auf den zum Transport bestimmten Wagen mit Stroh fest verpackt werden.

Wagen, auf welchen Schießpulver verladen ist, sind mit einem Plantuche zu überspannen, welches auf beiden Seiten mit einem kenntlichen P von mindestens 1/2 Meter Höhe zu bezeichnen ist. Jeder Wagen ist außerdem mit einer schwarzen Flagge von mindestens 1/2 Meter Höhe und Breite zu versehen.

Der Gebrauch eiserner Hemmschuhe, sowie das Hemmen der Räder mit Ketten ist untersagt.

§ 12. Schießpulver darf auf demselben Wagen mit anderen Gütern nur in Mengen bis zu fünf Centnern und auch dann nur mit solchen Gütern verladen werden, welche nicht leicht entzündlich sind.

§ 13. Wagen, auf welchen Schießpulver verladen ist, dürfen nur im Schritt fahren. Andere Wagen und Reiter müssen in einer Entfernung von mindestens 10 Meter von denselben in Schritt fallen und dürfen sich bei ihnen nur im Schritt vorüberbewegen. Innerhalb einer Entfernung von 15 Meter hat ein Jeder des Rauchens und des Feuermachens sich zu enthalten.

§ 14. Steigt während der Fahrt ein Gewitter auf, so muß der Pulverwagen die Nähe hervorragender Gegenstände, Gebäude, Bäume 2c. thunlichst vermeiden und darf unter keinen Umständen in eine Ortschaft oder einen Wald einfahren.

§ 15. Der Transport von Pulver durch zusammenhängend gebaute Ortschaften ist zu vermeiden, wenn sie auf gut gebahnten Wagen umfahren werden können. Kann dies nicht geschehen, so muß der Transportführer die Ankunft der Ortspolizei-Behörde resp. wenn diese nicht im Orte ihren Sitz hat, der Gemeindebehörde vorher melden und von derselben weitere Bestimmungen erwarten. Die gedachte Behörde hat den Transport des Pulvers durch die Ortschaft zu überwachen und dafür zu sorgen, daß derselbe ohne Aufenthalt und ohne Gefahren von Statten gehe.

§ 16. Mit Schießpulver beladene Wagen müssen von Eisenbahnzügen und geheizten Lokomotiven mindestens 300 Meter entfernt bleiben und dürfen Eisenbahnlinien nicht überschreiten, wenn von der nächsten Station ein Zug signalisirt ist.

Sind Wegestrecken zu passiren, auf welchen wegen der gleichlaufenden Richtung der Eisenbahn und des Weges oder wegen der Frequenz der Bahn obigen Vorschriften nicht genügt werden kann, so ist der Eisenbahn-Betriebsbehörde, welcher die unmittelbare Betriebsleitung auf der fraglichen Strecke obliegt, von dem beabsichtigteu Transport rechtzeitig Anzeige zu machen und hat diese alsdann die zur Beseitigung von Gefahr geeigneten Anordnungen zu treffen.

§ 17. Mit Schießpulver beladene Wagen dürfen vor bewohnten Gebäuden oder Werkstätten, in denen mit Feuer gearbeitet wird, nicht halten, und müssen, wenn eine Unterbrechung der Fahrt unvermeidlich ist, mindestens 200 Meter von denselben entfernt bleiben.

Ist ein längerer Aufenthalt in Ortschaften, insbesondere zum Nachtquartier, erforderlich, so darf die Aufstellung des Wagens nur an einer von der Ortspolizei-Behörde resp. wenn dieselbe ihren Sitz nicht am Orte hat, von der Gemeindebehörde dazu anzuweisenden Stelle erfolgen, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mindestens 200 Meter entfernt ist.

§ 18. Der Transportführer hat, so lange der Aufenthalt (§ 17) dauert, entweder selbst bei dem

Wagen zu verbleiben oder eine andere geeignete Person als Wächter zu bestellen, welche den Wagen nicht verlassen darf.

C. Besondere Vorschriften für den Wassertransport.

§ 19. Auf Dampfschiffen darf, außer dem Bedarf zum Abfeuern von Signalschüssen, kein Pulver transportirt werden.

§ 20. Ob Schießpulver mit anderen Gütern verladen werden darf, hat die Polizei- oder Hafen-Behörde des Einladeortes mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der mitzuladenden Güter zu bestimmen.

Gestattet sie die Beiladung, so hat sie zugleich die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln anzuordnen, denen sich der Schiffer unterwerfen muß. Ueber die von ihr getroffenen Anordnungen ertheilt sie dem Schiffer eine besondere Bescheinigung, welche diese auf Erfordern den Polizei- und Hafen-Beamten vorzeigen muß.

§ 21. Beim Verladen im Schiffe ist den Pulverbehältern durch Unter- und Widerlager eine feste Lage zu geben.

§ 22. Auf jedem mit Pulver beladenen Fahrzeuge ist eine mit einem weißen, ½ Meter hohen P versehene schwarze Flagge von 1½ Meter Länge und 1 Meter Höhe aufzustecken, welche so angebracht werden muß, daß sie schon in der Ferne erkannt werden kann. Die Flagge ist stets ausgespannt zu erhalten.

§ 23. Mit Pulver beladene Fahrzeuge müssen bei Annäherung eines Gewitters anlegen und wenn es ohne Gefahr ausführbar ist, die Masten niederlassen resp. die Stangen streichen. Das Anlegen darf weder in der Nähe von bewohnten Orten, noch von hohen Bäumen geschehen. Erst, wenn das Gewitter verzogen ist, darf die Fahrt fortgesetzt werden.

§ 24. Schiffe und Holzflöße, welche an einem mit Pulver beladenen Fahrzeuge vorbeifahren, müssen das letztere unter dem Winde, d. h. an der Seite, welche der Richtung des Windes entgegengesetzt ist, passiren, es sei denn, daß das Schiff über dem Winde getreidelt oder daß das Ausweichen windabwärts durch andere Umstände unmöglich gemacht wird.

§ 25. Sind Schiffbrücken oder Schleusen zu passiren, so ist dem Brücken- bezw. Schleusenwärter durch einen vorausgesandten Boten von der bevorstehenden Ankunft des Fahrzeuges und seiner ohngefähren Größe Anzeige zu machen. Es ist alsdann dafür zu sorgen, daß die Passage von anderen Schiffen frei gemacht werde und das Pulverschiff mit Vermeidung jedes unnöthigen Aufenthalts durchfahren könne.

§ 26. Kommen mit Pulver beladene Fahrzeuge in die Nähe von Städten oder anderen geschlossenen Ortschaften, so müssen sie mindestens 200 Meter von dem ersten Hause Halt machen, der Ortspolizei-Behörde oder, wenn dieselbe ihren Sitz nicht am Orte hat, der Gemeindebehörde die Ankunft melden und von derselben weitere Bestimmung einholen.

§ 27. Mit Pulver beladene Fahrzeuge haben sich von Eisenbahnen möglichst entfernt zu halten und dürfen unter Eisenbahnbrücken nicht durchfahren, während ein Eisenbahnzug oder eine Locomotive dieselbe passirt.

Das Anlegen am Ufer darf nur in einer Entfernung von mindestens 200 Meter von bewohnten Gebäuden und Anlagen, in denen mit Feuer und Licht verkehrt wird, stattfinden.

Die Schiffsmannschaft darf sich nicht entfernen, ohne eine geeignete Person als Wächter zu bestellen, welche auf dem Schiffe stets anwesend bleiben muß. Die Schiffsmannschaft hat sich des Feuermachens in der dem Winde zugekehrten Richtung, sowie überhaupt in größerer Nähe als 150 Meter vom Schiffe zu enthalten.

III. Schlußbestimmungen.

§ 28. Die Bestimmungen dieser Polizei-Verordnung finden auch auf Feuerwerkskörper, sowie auf Sprengpulver aller Art, mit Ausnahme derjenigen Stoffe, welche den für Sprengöl (Nitroglycerin) und seine Zusammensetzungen erlassenen Vorschriften unterliegen, gleichmäßige Anwendung.

§ 29. Die Vorschriften über militairische Pulversendungen, sowie die besonderen Vorschriften über die Behandlung von Pulverschiffen in den Häfen werden durch die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung nicht geändert.

§ 30. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizei-Verordnung, sofern sie nicht nach § 367 des Strafgesetzbuchs einer höheren Strafe unterliegen, werden mit einer Geldstrafe bis zu 10 Thlr. oder verhältnißmäßiger Haft bestraft.

Bromberg, den 4. September 1854. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 36.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

№ 37.

Bromberg, den 15. September 1871.

Bydgoszcz, dnia 15. Września 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**643** Das 36. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 690. Gesetz, betreffend die Einführung des Artikels 33 der Reichs-Verfassung in Elsaß-Lothringen. Vom 17. Juli 1871.

Nr. 691. Verordnung, betreffend die Einführung des Artikels 33 der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen. Vom 19. August 1871.

Nr. 692. Bekanntmachung, betreffend die bei Maaßen und Meßwerkzeugen für Brennmaterialien ꝛc. und bei Hökerwaagen im öffentlichen Verkehr noch zu duldenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit. Vom 16. August 1871.

**644** Das 37. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 693. Verordnung, betreffend die Einführung des Artikels 33 der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen. Vom 30. August 1871.

Nr. 694. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes und Königlich Baierischen General-Konsul Carl v. Heinemann zu Stockholm, den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich Badischen Konsul Hermann Lutteroth zu Triest zu Generalkonsuln des Deutschen Reichs, den Konsul des Norddeutschen Bundes Paul Ritter v. Scarpa zu Fiume für Fiume und die Häfen Buccarri und Portore, den Konsul des Norddeutschen Bundes Friedrich August Freiherrn von Lichtenberg zu Ragusa, den Königlich Bayerischen Konsul Johann Putzer Edler von Reibegg zu Botzen, den Ritter J. v. Mallmann zu Wien, den Konsul des Norddeutschen Bundes Hans Herlofson zu Arendal, den Konsul des Norddeutschen Bundes Peter Jebsen zu Bergen, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Hasselquist zu Calmar, den Konsul des Norddeutschen Bundes Alfred Ferdinand Beyer zu Carlshamn, den Konsul des Norddeutschen Bundes Franz Hermann Wolff zu Carlskrona, den Konsul des Norddeutschen Bundes Otto Carl Reinhardt zu Christiansand, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Bernt Christopher Lange zu Drammen, den Konsul des Nord-

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 36. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 690. Prawo, tyczące się prowadzenia Artykułu 33 Konstytucyi Państwa w Alzacyi i Lotaryngii. Z 17. Lipca 1871.

No. 691. Rozporządzenie, tyczące się wprowadzenia Artykułu 33 Konstytucyi Państwa w Alzacyi i Lotaryngii. Z 19. Sierpnia 1871.

No. 692. Obwieszczenie, dotyczące zboczeń od bezwarunkowéj rzetelności, które u miar i narzędzi mierniczych do materyałów opałowych i t. d. jako też u wag przekupczych mogą w publicznym handlu być jeszcze cierpiane. Z 16. Sierpnia 1871.

Oddział 37. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 693. Rozporządzenie, dotyczące zaprowadzenia Artykułu 33 Konstytucyi Państwa w Alzacyi Lotaryngii. Z 30. Sierpnia 1871.

No. 694. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego i konsula generalnego Królewsko-Bawarskiego Karóla Heinemann w Sztokholmie, konsula generalnego Związku północno-niemieckiego oraz Wielko-Księsko-Badeńskiego konsula Hermana Lutteroth w Terszcie, mianować konsulami generalnymi Państwa Niemieckiego, konsula Związku północno-niemieckiego Pawła kawalera v. Scarpa we Fiume na Fiume i porty Buccari i Portore, konsula Związku północno-niemieckiego Fryderyka Augusta Barona v. Lichtenberg w Raguzie, Królewsko-Bawarskiego konsula Jana Putzer Edler v. Reibegg w Botzen, kawalera J. v. Mallmann we Wiedniu, konsula Związku północno-niemieckiego Jana Herlofson w Arendal, konsula Związku północno-niemieckiego Piotra Jebsen w Bergen, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Hasselquist w Calmar, konsula Związku północno-niemieckiego Alfreda Ferdynanda Beyer w Carlshamm, konsula Związku północno-niemieckiego Franciszka Hermana Wolff w Carlskrona, konsula Związku pół-

deutschen Bundes Arild Huitfeld zu Drontheim, den Konsul des Norddeutschen Bundes Franz Oskar Flensburg zu Gefle, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Wilhelm Christian Röhß zu Gothenburg, den Konsul des Norddeutschen Bundes Peter Olsson zu Helsingborg, den Konsul des Norddeutschen Bundes Olof Bernhard Kempe zu Hernösand, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Magnus Hallbäck zu Malmö, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl David Philipsohn zu Norrköping, den Konsul des Norddeutschen Bundes Lars Wilhelm Olde zu Nyköping, den Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Frithiof Göthe Schöning zu Söderhamn, den Konsul des Norddeutschen Bundes Thomas Scheen Falck zu Stavanger, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes August Edström zu Sundswall, den Konsul des Norddeutschen Bundes Adam Gottlob Ludwig Christian von Krogh zu Tromsoe, den Kaufmann Johann Jentoft zu Vadsoe, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Gustav Mächel zu Westerwick, den Verweser des Konsulats des Norddeutschen Bundes Kaufmann C. A. Engbom zu Wisby, den Konsul des Norddeutschen Bundes Nils Pehrsson zu Ystad, den Kaufmann G. Bircher zu Aden, den Konsul des Norddeutschen Bundes Friedrich Gerlach zu Akyab, den Konsul des Norddeutschen Bundes Bernard Cramer zu Belize (Br. Honduras), den Konsul des Norddeutschen Bundes August Carl Gumpert zu Bombay, den Konsul des Norddeutschen Bundes Frederic Augustus Clairmonte zu Bridgetown (Barbados), den Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Schmidt zu Calcutta, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Simon Poppe zu Capstadt, den Kaufmann F. W. Abel zu Cocanada (Ostindien), den Konsul des Norddeutschen Bundes Arthur Weber zu Gorgetown für die Kolonie Britis Guiana, den Konsul des Nordd. Bundes Ferdinaud Schott zu Gibraltar, den Konsul des Norddeutschen Bundes C. A. Creighton zu Halifax (Neu-Schottland), den Konsul des Norddeutschen Bundes Adolf Theodor Eimbcke zu Hongkong, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Louis Heldbeck zu Lagos (Guinea), den Konsul des Norddeutschen Bundes Heinrich Carl Ferro zu La Valette (Malta), den Konsul des Nordd. Bundes Franzis Machell Cartwright zu Madras, den Kaufm. H. Hollmann zu Maulmain (British Hinter Indien), den Konsul des Norddeutschen Bundes Thomas Williams zu Nassau auf New-Providence, den Konsul des Norddeutschen Bundes Alfred Hasche zu Penang, den Konsul des Norddeutschen Bundes John Louis Vanderspar zu Point de Galle (Ceylon), deu Konsul des Norddeutschen Bundes Wilhelm

nocno-niemieckiego Otona Karóla Reinhardt w Christiansand, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Bernt Christopher Lange w Drammen, konsula Związku północno-niemieckiego Arild Huitfeldt w Drontheim, konsula Związku północno-niemieckiego Franciszka Oskara Flensburg w Gefle, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Wilhelma Krystyana Roehss w Gothenburg, konsula Związku północno-niemieckiego Piotra Olsson w Helsingborg, konsula Związku północno-niemieckiego Olof Bernhard Kempe w Hernoesand, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Magnus Hallbaeck w Malmoe, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Dawida Philipsohn w Norrkoeping, konsula Związku północno-niemieckiego Lars Wilhelm Olde w Nykoeping, konsula Związku północno-niemieckiego Jana Frithiof Goethe Schoening w Soederhamm, konsula Związku północno-niemieckiego Tomasza Scheen Falck w Stavanger, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Augusta Edstroem w Sundswall, konsula Związku północno-niemieckiego Adama Boguchwała Ludwika Krystyana Krogh w Tromsoe, kupca Jana Jentoft we Vadsoe, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Gustawa Maechel we Westerwick, administratora konsulatu Związku północno-niemieckiego kupca C. A. Engbom we Wisby, konsula Związku północno-niemieckiego Nils Pehrsson w Ystad, kupca G. Bircher w Aden, konsula Związku północno-niemieckiego Fryderyka Gerlach w Akyab, konsula Związku północno-niemieckiego Bernarda Cramer w Belize (Br. Honduras), konsula Związku północno-niemieckiego Augusta Karóla Gumpert w Bombay, konsula Związku północno-niemieckiego Frederic Augustus Clairmonte w Bridgetown (Barbados), konsula Związku północno-niemieckiego Jana Schmidt w Calcutta, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Szymona Poppe w Capstadt, kupca F. W. Abel w Cocanada (Indye Wschodnie), konsula Związku północno-niemieckiego Artura Weber w Gorgetown na kolonią British Guiana, konsula Związku północno-niemieckiego Ferdynanda Schott w Gibraltarze, konsula Związku północno-niemieckiego C. A. Creighton w Halifax (Nowa Szkocya), konsula Związku północno-niemieckiego Adolfa Teodora Eimbcke w Hongkong, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Ludwika Heldbeck w Lagos (Guinea), konsula

Heinrich Johann Schabbel zu Port Elizabeth (Cape of Good Hope), den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Friedrich Feez zu Port of Spain (Triuidad), den Consul des Norddeutschen Bundes C. Pitl zu Quebec, den Kaufmann B. A. Diekmann zu Rangoon, den Konsul des Norddeutschen Bundes Alexander C. O. Trentowsky zu St. John (Neu-Braunschweig), den Konsul des Norddeutschen Bundes Robert H. Prowse zu St. Johns (New-Foundland), den Verweser des Konsulats des Norddeutschen Bundes Saul Solomon zu St. Helena, zu Konsuln des Deutschen Reichs, sowie den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Adolph Theodor Lyche zu Frederikshald, den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Hans Gutzeit zu Fredrikstadt, den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Hans Friedrich Crawfurd zu Grimstadt, den Fabriktheilhaber Kaufm. Eduard Rasch zu Hudiksvall, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Anton Nadvig zu Kragerö, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Peter Wesenberg zu Laurvig, den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Hans Jakob Hammer zu Lillesand, den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Paul Govenius zu Lulea, den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Carl Ewald Gerner zu Moß, den Konsular-Agenten des Norddeutschen Bundes Thorwald Apenes zu Sannesund (Sarpsborg), den Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Henrik Cantzler zu Stockholm zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Związku północno-niemieckiego Henryka Karóla Ferro w La Valette (Malta), konsula Związku północno-niemieckiego Francis Machell Cartwright w Madras, kupca H. Hollmann w Maulmain (Brytyjskie Indye Tylne), konsula Związku północno-niemieckiego Tomasza Williams w Nassau na New-Providence, konsula Związku północno-niemieckiego Alfreda Hasche w Penang, konsula Związku północno-niemieckiego John Louis Vanderspar w Point de Galle (Ceylon), konsula Związku północno-niemieckiego Wilhelma Henryka Jana Schabbel w Port Elizabeth (Cape of Good Hope), konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Fryderyka Feez w Port of Spain (Triniadad), konsula Związku północno-niemieckiego C. Pitl w Quebec, kupca B. A. Diekmann w Rangoon, konsula Związku północno-niemieckiego Alexandra C. O. Trentowskiego w St. John (Nowy Brunświk), konsula Związku północno-niemieckiego Roberta H. Prowse w St. Johns (Nowa Fundlandya), administratora konsulatu Związku północno-niemieckiego Saula Solomona w St. Helena, konsulami Państwa Niemieckiego, jako też wicekonsula Związku północno-niemieckiego Adolfa Teodora Lyche we Frederikshald, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Jana Gutzeit we Fredrikstadt, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Jana Fryderyka Crawfurd w Grimstadt, cząstkobiercę fabryki kupca Edwarda Rasch w Hudiksvall, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Antoniego Natvig w Krageroe, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Piotra Wesenberg w Laurvig, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Jana Jakóba Hammer w Lillesand, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Pawła Govenius w Lulea, wicekonsula Związku północno-niemieckiego Karóla Ewalda Gerner w Moss, agenta konsularnego Związku północno-niemieckiego Thorwald Apenes w Sannesund (Sarpsborg), wicekonsula Związku północno-niemieckiego Henryka Cantzler w Stokholmie wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

Nr. 695. Dem zum Generalkonsul der Republik Peru mit der Residenz in Hamburg ernannten Don Benjamin Alvarez ist das Exequatur zu dieser Ernennung im Namen des Deutschen Reichs ertheilt worden.

No. 695. Mianowanemu konsulem generalnym rzeczpospolitéj Peru z rezydencyą w Hamburgu — Don Benjamin Alvarez udzielono Exequatur na nominacyą tę w imieniu Państwa Niemieckiego.

Nr. 696. Dem Konsul Wilhelms zu La Guayra in Venezuela ist auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 (Bundesgesetzbl. S. 975) für seinen Amtsbezirk die allgemeine Ermächti-

No. 696. Konsulowi Wilhelms w La Guayra we Venezuela udzielono na mocy § 1 prawa z 4. Maja 1870 (Zb. Pr. zw. str. 975) na jegoż obwód urzędowy powszechne upowa-

gung ertheilt worden, bürgerlich gültige Eheschließungen von Deutschen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Deutschen zu beurkunden.

Nr. 697. Dem Dr. med. Francisco Fonck ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Vizekonsul der Republik Chile in Berlin ertheilt worden.

żnienie do zawierania ważnych cywilnie małżeństw pomiędzy Niemcami i do stwierdzania porodów, ślubów i przypadków śmierci pomiędzy Niemcami.

No. 697. Dr. med. Francisco Fonck udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na wicekonsula rzeczpospolitéj Chile w Berlinie.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**645** Das 26. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7867. Allerhöchster Erlaß vom 9. August 1871, betreffend die Berufung einer außerordentlichen Synode für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden in der Provinz Schleswig-Holstein.

Nr. 7868. Verordnung, betreffend die Zusammensetzung und Zuständigkeit der für die evangelisch-lutherischen Gemeinden der Provinz Schleswig-Holstein zu berufenden außerordentlichen Synode. Vom 9. August 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 26. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7867. Najwyższe rozporządzenie z 9. Sierpnia 1871, dotyczące zwołania nadzwyczajnego synodu dla ewanielicko-luterskich gmin kościelnych w Prowincyi Schleswik-Holstyn.

No. 7868. Rozporządzenie, dotyczące składu i kommpetencyi mającego się dla ewanielicko-luterskich gmin Prowincyi Schleswik-Holstyn zwołać nadzwyczajnego synodu. Z 9. Sierpnia 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**646** Bekanntmachung.

Nach § 15 der Telegraphen-Ordnung für die Correspondenz auf den Linien des Telegraphen-Vereines ꝛc. von 1868 hat der Aufgeber einer Depesche das Recht, dieselbe zu recommandiren. In diesem Falle wird die Depesche von allen Stationen, welche bei der telegraphischen Beförderung, beziehungsweise Aufnahme mitwirken, vollständig collationirt und die Bestimmungsstation sendet dem Aufgeber telegraphisch, unmittelbar nach der Bestellung an den Adressaten oder nach der Abgabe an die Weiterbeförderungs-Anstalt, eine Rückmeldung mit genauer Angabe der Zeit, zu welcher die Depesche dem Adressaten, beziehungsweise der Weiterbeförderungs-Anstalt zugestellt worden ist.

Die Einführung der recommandirten Depeschen hatte den Zweck, dem correspondirenden Publikum ein Mittel zu bieten, die Wahrscheinlichkeit einer correcten Uebermittelung seiner Depeschen an den Adressaten, soweit dies bei der Natur der telegraphischen Betriebs-Mittel überhaupt zu erreichen ist, zu vermehren. Erfahrungsmäßig werden recommandirte Depeschen jedoch nur in sehr geringer Zahl aufgegeben, muthmaßlich weil die Taxe für die Recommandation gleich derjenigen für die eigentliche Depesche ist.

Um nun dem correspondirenden Publikum ein ferneres Hilfsmittel zu bieten, sich eine correcte Uebermittelung seiner Depesche, — soweit es thunlich und nöthig ist, — zu sichern, soll vom 1. Juli c. an versuchsweise im internen Verkehr das Recht der Recommandirung, wie solches durch § 15 der Telegraphen-Ordnung gewährt ist, und auch noch fernerhin in Geltung bleiben wird, dahin erweitert werden, daß der Aufgeber einer Depesche, welche nach einem Orte innerhalb des Norddeutschen Telegraphen-Gebietes gerichtet ist, die Vortheile der Recommandation auf einzelne Theile seiner Depesche beschränken kann, ohne verpflichtet zu sein, gleich das Doppelte der Gesammt-Taxe zu bezahlen.

Zu diesem Zweck hat der Aufgeber diejenigen Worte, Zahlen, einzeln stehenden Buchstaben oder Buchstaben-Gruppen (cfr. § 14, 6 der Telegraphen-Ordnung), deren correcte Uebermittelung er vorzugsweise für nothwendig hält, damit die Depesche ihren Zweck erfüllen könne, zu *unterstreichen*. Jedes unterstrichene Wort ꝛc. wird bei der Ermittelung der Wortzahl, abweichend von den allgemeinen Bestimmungen des § 14, 7 der Telegraphen-Ordnung, doppelt gezählt, dafür jedoch von allen bei der Beförderung resp. Aufnahme der Depesche betheiligten Stationen kollationirt werden.

Gelangt trotzdem ein solches unterstrichenes Wort ꝛc. entstellt in die Hände des Adressaten, so daß die Depesche nachweislich ihren Zweck nicht hat erfüllen können, so werden dem Aufgeber auf desfallsige rechtzeitige Reklamation die für die Depesche gezahlten Gebühren zurückgezahlt werden.

Im Falle der Verstümmelung nicht unterstrichener Worte ꝛc. bei unrecommandirten Depeschen werden fortan die Gebühren nicht zurückerstattet.

Berlin, den 13. Juni 1869.

Der Bundeskanzler.
Im Auftrage: (gez.) **Delbrück.**

**647** Auf den Bericht vom 15. April d. J. genehmige Ich hierdurch die Einsetzung folgender Deputationen für das Heimathwesen:

1) einer Ostpreußischen Deputation mit dem Sitze zu Königsberg,
2) einer Westpreußischen Deputation mit dem Sitze zu Marienwerder,
3) einer Brandenburgischen Deputation mit dem Sitze zu Berlin,
4) einer Pommerschen Deputation mit dem Sitze zu Stettin,
5) einer Posenschen Deputation mit dem Sitze zu Posen,
6) einer Schlesischen Deputation mit dem Sitze zu Breslau,
7) einer Sächsischen Deputation mit dem Sitze zu Merseburg,
8) einer Schleswig-Holsteinschen Deputation mit dem Sitze zu Schleswig,
9) einer Hannoverschen Deputation mit dem Sitze zu Hannover,
10) einer Westphälischen Deputation mit dem Sitze zu Münster,
11) einer Hessischen Deputation mit dem Sitze zu Cassel,
12) einer Nassauischen Deputation mit dem Sitze zu Wiesbaden,
13) einer Rheinischen Deputation mit dem Sitze zu Cöln,
14) einer Hohenzollernschen Deputation mit dem Sitze zu Sigmaringen.

Ebenso genehmige Ich, daß die Provinzial-Vertretungen bei ihrem nächsten Zusammentreten zur Vornahme der ihnen nach § 41 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 (Gesetz-Sammlung Seite 130) zustehenden Wahl von Mitgliedern bezw. stellvertretenden Mitgliedern dieser Deputation aufgefordert werden.

Berlin, den 22. April 1871. (gez.) **Wilhelm.**

An den Minister des Innern. (ggz.) Gr. **Eulenburg.**

In Gemäßheit vorstehender Allerhöchster Ordre vom 22. April 1871 ist die Posensche Deputation für das Heimathwesen mit dem Sitze zu Posen am gestrigen Tage constituirt worden und hat ihre amtliche Wirksamkeit begonnen.

Die Geschäftsräume derselben befinden sich im Dienstgebäude der Königlichen Regierung hierselbst.

Posen, den 7. September 1871. Der Ober-Präsident **v. Koenigsmarck.**

### Bekanntmachung.

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das Dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also, nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete per **Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr während des letzten Krieges herausgestellt, wo ohne das Hilfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte u. s. w. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren oberem Theile, zugleich der Name, die Firma 2c. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwand-Einlage oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, August 1871. General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**648** **Bekanntmachung**
wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie IV. zu den Schuldverschreibungen der Preußischen fünfprozentigen Staatsanleihe vom Jahre 1859 und Serie IX. zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen.

Die Zins-Coupons zu den Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Staatsanleihe v. J. 1859 und zu den Neumärkischen Schuldverschreibungen für die vier Jahre vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1875

**Obwieszczenie,**
względem wydania nowych kuponów procentowych seryi IV. do obligów pożyczki pięcio-procentowéj państwa Pruskiego z roku 1859 i seryi IX. do obligów Nowomarchijskich.

Od 19. b. m. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 93 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj pięcio-

nebst Talons werden vom 19. d. M. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 93 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-Kassen, die Bezirks-Haupt-Kassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a/M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten beiden Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Kontrole persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit den innerhalb der Monarchie wohnenden Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen resp. der Königl. Finanzdirection zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die alten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Kontrole der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 3. Juni 1871.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 12. Juni 1871.

Königliche Regierung.

procentowéj z roku 1859 i do obligów Nowomarchijskich za te cztery lata od 1. Lipca 1871 do 30. Czerwca 1875 wraz z talonami od godziny 9téj do 1széj przed południem, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych obu gatunków długu z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na urzędzie poczty wyższéj bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Gdyby oddawcy wystarczyć miała marka numerowana za dowód wręczenia, w tenczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą poświadczenia oddanych talonów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcy jeden egzemplarz, w poświadczenie odebrania opatrzony. Przy wydawaniu nowych kuponów oddać należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą z posiadaczami talonów, mieszkającymi w granicach monarchii kontrola papierów rządowych wdawać się nie może.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku długu. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tych wykazów dostać można bezpłatnie w wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye resp. przez Królewską dyrekcyą finansów w Hanowerze, w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy stare talony zaginęły. W tym to razie należy przesłać dokumenta właściwe kontroli papierów krajowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 3. Czerwca 1871.

Zarząd główny długów rządowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, że formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną tu w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 12. Czerwca 1871.

Królewska Regencya.

649 Auf dem Territorium des Dominium Craschnitz, unweit der Stadt Militsch, in der Provinz Schlesien, ist durch den **Grafen Adalbert von der Recke-Volmerstein ein deutsches Samariter-Ordens-Stift als Heil- und Pflegeanstalt für Blöd- und Schwachsinnige** gegründet und im Jahre 1862 eröffnet worden.

Aufgenommen in die Anstalt werden solche blödsinnige Kinder, bei denen gedeihliche Erziehung, Unterricht und Pflege in ihren bisherigen Verhältnissen nicht zu ermöglichen waren, und zwar:

1) solche, die bildungsfähig sind und nur einer vorübergehenden Einwirkung bedürfen, und
2) solche, die nicht bildungsfähig sind, in der menschlichen Gesellschaft keine selbstständige Stellung einzunehmen vermögen, aber doch nicht der Vernachlässigung, Verwahrlosung und Mißhandlung preisgegeben werden dürfen.

Zweck des Stiftes ist also die Erziehung, Bildung resp. Verpflegung von:

a. Idioten, d. i. solcher Individuen, bei denen von Geburt oder früher Jugend an geistige Schwäche besteht, wodurch die geistige Entwickelung gehemmt wird, und von
b. Cretinen, d. i. einer besondern Art von Idioten, welche eine erhebliche körperliche Mißbildung zeigen.

So verschieden auch die Grade der Idioten sind, da dieselbe hauptsächlich von dem Zeitpunkte abhängt, in welchem die weitere geistige Entwickelung gehemmt wird — Alle bedürfen sie in größerem oder geringerem Maße einer besonderen, aufmerksamen und hingebenden Pflege, sei es, um eine wirkliche Besserung zu erzielen, oder sei es nur, um die ganz Besserungsunfähigen vor dem Untergange zu schützen.

Diese Aufgaben zu lösen, kann kaum oder nie in der Privatpflege erreicht werden; sie werden immer den zweckmäßig eingerichteten Idiotenanstalten zufallen. Und obwohl es sich hier nur um Besserungen handelt, so können diese doch von dem äußersten Werthe für die betreffenden Individuen selbst und deren Angehörigen sein.

Indem wir die Eingesessenen unseres Bezirks auf das Bestehen dieser Anstalt, welche sehr edle und löbliche Zwecke verfolgt, hierdurch wiederholt aufmerksam machen, empfehlen wir dieselbe zur geneigten Unterstützung.

Bromberg, den 5. September 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Na terytoryum dominium Krasznic opodal miasta Milicza, w prowincyi Szląskiéj, założył **hrabia Wojciech von der Recke-Volmerstein zakon niemiecki reguły Samarytańskiéj jako dom leczenia i pielęgnowania dla obłąkanych i umysłowo osłabionych** i otworzył go w roku 1862.

Do zakładu tego przyjmować się będzie takie obłąkane dzieci, którym w ich dotychczasowych stósunkach nie było podobnem dobre dać wychowanie, naukę i opiekę, jako to:

1) takie, co mają zdolności kształcenia się i potrzeba im tylko wpływu przemijającego i
2) takie, którym zbywa na zdolnościach kształcenia się, które w społeczyństwie ludzkiem nie potrafią zająć stanowiska samodzielnego a które wszelako nie można zaniedbać i puścić w poniewierkę.

Celem więc zakładu tego jest wychowanie, kształcenie resp. pielęgnowanie:

a. idiotów t. j. takich indywiduów, u których od urodzenia lub dzieciństwa umysł jest osłabiony, co przeszkadza rozwojowi umysłowemu i
b. kretynów t. j. szczególnego rodzaju idiotów, którzy znacznie na ciele są upośledzeni.

Jakkolwiek rozmaite są stopnie idiotyzmu, gdyż on głównie od czasu zawisł, w którym dalsze rozwinięcie się rozumu wstrzymanem zostanie, potrzebują przecież wszyscy w większym lub mniejszym stopniu szczególnéj, bacznéj i pełnéj poświęcenia opieki, bądź to dla tego, aby istotnego dopiąć polepszenia, bądź też tylko, aby pozbawionych zupełnie nadziei polepszenia od zguby uchronić.

Te zadania rozwiązać z ledwością lub nigdy się nie uda na drodze prywatnego pielęgnowania, zawsze one przypadną zakładom idiotów, praktycznie urządzonym. A chociaż tu tylko chodzi o polepszenie, to mogą one jednakże być jak największéj wagi dla samych idiotów właściwych i tychże pokrewnych.

Zwracając niniejszem ponownie uwagę mieszkańców obwodu naszego na istnienie zakładu tego, którego zadaniem są bardzo szlachetne i chwalebne cele, polecamy go łaskawemu popieraniu.

Bydgoszcz, dnia 5. Września 1871.

Królewska Regencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

650

### Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober d. J. ab tritt für die Beförderung von **gebranntem Kalk in Wagenladungen** unter der Bedingung der vollständigen Ausnutzung der Tragfähigkeit oder des Rauminhaltes der Eisenbahnwagen von den Stationen Gogolin, Leschnitz, Oppeln, Neiße und Nikolai der Oberschlesischen

Eisenbahn nach der Station Vietz und sämmtlichen östlich davon belegenen Stationen der Königlichen Ostbahn ein ermäßigter Verbands-Centnertarif in Kraft.

Durch denselben wird der bisherige gemeinschaftliche Tonnen-Kalktarif mit der Oberschlesischen Eisenbahn vom 15. Oktober 1861 aufgehoben.

Tarifexemplare sind von allen Verbandstationen käuflich zu beziehen.

Bromberg, den 26. August 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**651** Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober d. J. ab wird der für den Transport von Kalk von Polnischen Kalkstationen nach der Ostbahn bestehende **Tonnentarif** vom 15. Mai resp. 20. November 1864 (Spezialtarif IX. im Tarife für den direkten Preußisch-Polnischen Güter-Verkehr) aufgehoben und es tritt an dessen Stelle mit demselben Tage ein neuer **Centnertarif** in Kraft.

Bromberg, den 26. August 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**652** Bekanntmachung.

Der bisherige durch den ersten und zweiten Nachtrag, Abschnitt II., zum Tarife für den Hamburg-Preußischen Verband-Güterverkehr eingeführte Specialtarif für Locomotiv- und Tendertransporte zwischen Hamburg einerseits und den Stationen Kreuz, Bromberg, Königsberg, Insterburg, Wirballen und Posen andererseits, wird mit dem 15. September c. aufgehoben und es tritt von diesem Tage ab an dessen Stelle ein neuer Specialtatif, welcher von den genannten Verbandstationen käuflich zu beziehen ist.

Bromberg, den 1. September 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**653** Bekanntmachung.

Vom 20. d. Mts. ab werden im Magdeburg-Preußischen sowie im Südost-Preußischen Verband-Güterverkehre die Artikel:

Ammoniak, Arrac, Cognac, Rum und Liqueur in Fässern, Felle, rohe, trockne, in verschnürten Ballen, Glasmasse, Gußwaaren, grobe, andere als eiserne und bleierne, unverpackt, Häute, rohe, getrocknete, in verschnürten Ballen, Holzwaaren, grobe, mit Ausnahme der leeren Fässer, Kisten 2c., Leinen unverpackt, Messing unverarbeitet, Messingblech und Messingplatten, Metalle und Metallcompositionen, mit Ausschluß der besonders genannten und der edlen Metalle, Retorten, thönerne, Röhren von Metall und Segeltuch

aus der ermäßigten Klasse II.A. in die ermäßigte Klasse II.B. versetzt.

Bromberg, den 5. September 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**654** Dem Königlichen Domainenpächter Jakobs zu Trzeciewnica ist der Character „Königlicher Ober-Amtmann" verliehen.

**655** Der Feldmesser und Kataster-Assistent Boschan hierselbst ist von uns heute zum Vermessungs-Revisor ernannt worden.

**656** Der provisorische Lehrer Joseph Czechowski an der katholischen Schule in Dorf Ciechrz, Kreis Inowraclaw, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**657** Dem Fräulein Elise Brünning ist zur Unterhaltung und Leitung einer Privattöchterschule in Wirsitz, in welcher auch Knaben bis zum vollendeten 10. Lebensjahre aufgenommen werden können, die Concession ertheilt worden.

**658** August Kühl als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Skorzewo im Kreise Schubin interimistisch angestellt.

### Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**659** Der Schulamtskandidat Otto Heinrich Viktor Schramm ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und bei dem Königl. Gymnasium zu Bromberg angestellt worden.

## Vermischte Nachrichten.

**660** Dem Fabrik-Besitzer M. Webers zu Berlin ist unter dem 29. August 1871 ein Patent

auf einen Regulator für Dampfmaschinen in der durch Zeichnung und Beschreibung angegebenen Zusammensetzung

auf drei Jahre, von jenem Tage angerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 37.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 38. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 22. September 1871. Bydgoszcz, dnia 22. Września 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

661 **Tarif**

der von den Preußischen Armen-Verbänden zu erstattenden Armenpflegekosten.

Auf Grund des § 30 des Bundes-Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Bundes-Gesetzblatt Seite 360 ff.) und des § 35 des Ausführungs-Gesetzes vom 8. März 1871 (Gesetz-Sammlung Seite 130 ff.) wird hierdurch nach Anhörung der Provinzialvertretungen (Kommunal-Landtage) Folgendes bestimmt:

1) Der Tarifsatz, mit welchem die für die Verpflegung eines erkrankten oder arbeitsunfähigen Hülfsbedürftigen im Alter von vierzehn und mehr Jahren entstandenen Kosten einem Preußischen Armenverbande von einem anderen Preußischen Armenverbande zu erstatten sind, beträgt für jeden Tag der Verpflegung:
   a. für die im Servis-Tarif, Beilage Litt. B. des Gesetzes vom 25. Juni 1868, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes (Bundes-Gesetzblatt Seite 544 ff.) in der dritten bis fünften Klasse aufgeführten Ortschaften 5 Sgr.,
   b. für alle übrigen Ortschaften (erste und zweite Servisklasse) . . . . . 6 Sgr. 6 Pf.

   Hierin sind jedoch nicht begriffen und besonders zu berechnen die Kosten für gelieferte Kleidungsstücke, sowie die Kosten der ärztlichen oder wundärztlichen Behandlung, soweit diese letztere nach § 30 des Bundesgesetzes überhaupt zur Erstattung kommen.

2) Der Tarifsatz der für die nothwendig gewordene ärztliche oder wundärztliche Behandlung der zu 1 gedachten Personen einem Preußischen Armenverbande und einem anderen Preußischen Armenverbande zu erstattenden Kosten beträgt für den Tag und für alle Ortschaften gleichmäßig 1 Sgr., vorbehaltlich gleichwohl einer besonderen Berechnung und Liquidirung erheblicher außerordentlicher Mehraufwendung, welche in Verwundungsfällen oder bei schweren oder ansteckenden Krankheiten nothwendig geworden sind.

**Taryfa**

kosztów, jakie związki gminne w Prusach za wspieranie ubogich zwracać powinny.

Na mocy § 30 prawa związkowego z dnia 6. Czerwca 1870, tyczącego się siedliska uprawniającego do pobierania wsparcia (dziennik praw związkowych str. 360 i nastp.) i § 35 prawa z dnia 8. Marca 1871, tyczącego się wykonania tejże ustawy (zbiór pr. str. 130 i następ.) postanawia się niniejszem po wysłuchaniu reprezentacyi prowincyalnych (sejmów komunalnych), co następuje:

1) Kwota taryfowa, w jakiéj koszta wynikłe za opatrzenie chorego lub do pracy nie zdatnego ubogiego, liczącego lat 14 lub więcéj, jednemu związkowi gminnemu w Prusach przez drugi związek gminny w Prusach zwrócone być powinny, wynosi za każdy dzień opatrzenia:
   a. w miejscowościach oznaczonych pod trzecią aż do piątéj klasy w taryfie serwisowéj dodatek pod litterą B. prawa z dnia 25. Czerwca 1868, tyczącego się dawania kwater sile zbrojnéj w czasie pokoju (dz. pr. z. str. 544 i następ. . . . 5 sgr.,
   b. w wszystkich innych miejscowościach klasa serwisowa pierwsza i druga 6 sgr. 6 fen.

   W téj kwocie jednakże się nie mieszczą i powinny osobno być obliczone koszta za dostarczony przyodziewek, nie mniéj koszta leczenia przez lekarza lub cyrulika, o ile takowe według § 30 prawa związkowego w ogóle zwrócone być mają.

2) Kwota taryfowa kosztów, jakie jeden związek gminny w Prusach drugiemu związkowi gminnemu w Prusach winien zwrócić za potrzebne przez lekarza lub cyrulika leczenia osób pod 1 wyrażonych, wynosi za dzień i w wszystkich miejscowościach równo . . . . . . . . . . 1 sgr. z zastrzeżeniem przecież osobnego obliczenia i likwidowania znacznie większych wydatków nadzwyczajnych, jakich wymagały przypadkiem pokaleczenia albo ciężkie lub zaraźliwe choroby.

3) Der Tag, an welchem die Verpflegung begonnen hat, wird mit dem Tage, an welchem dieselbe beendigt worden ist, zusammen als ein Tag berechnet.

4) Die obigen Tarifsätze kommen gleichmäßig zur Anwendung, die Verpflegung mag innerhalb oder außerhalb eines Kranken- oder Armenhauses bewirkt worden sein.

5) Alle unter die Bestimmungen zu 1 und 2 nicht zu begreifenden Verwendungen sind besonders zu berechnen; dies gilt namentlich auch rücksichtlich der Kosten der Verpflegung solcher Personen, welche das Alter von vierzehn Jahren noch nicht erreicht haben oder nicht vollständig arbeitsunfähig sind.

6) Die gegenwärtigen Bestimmungen, deren Revision vorbehalten bleibt, treten mit dem 1. October c. in Kraft; mit demselben Tage treten alle bisher in Geltung stehenden Tarife, bezüglich der einem Armenverbande von einem anderen Armenverbande zu erstattenden Verpflegungskosten Hilfsbedürftiger, außer Anwendung.

Berlin, den 21. August 1871.

Der Minister des Innern.

Graf **Eulenburg.**

3) Dzień, którego zaopatrywanie się zaczęło, i dzień, w którym się skończyło, liczy się razem za jeden dzień.

4) Powyższe kwoty taryfowe doznają równego zastósowania bez różnicy, czy opatrywanie nastąpiło w domu, lub po za domem chorych lub ubogich.

5) Wszelkie potrzeby, nie mogące przez postanowienia pod 1 i 2 być zrozumiane osobno obliczać należy, rozumie się to mianowicie także o kosztach opatrywania osób takich, które lat 14 jeszcze nie ukończyły albo zupełnie do pracy nie są zdatne.

6) Obecne postanowienia, których rewizyą się zastrzega, staną się z dniem 1. Października r. b. obowięzującemi, natomiast nie będą od dnia tegoż samego już miały zastósowania wszelkie dotąd ważne taryfy co do zwrotu kosztów za opatrywanie osób wsparcia potrzebujących jednemu związkowi gminnemu przez drugi związek gminny.

Berlin, dnia 21. Sierpnia 1871.

Minister spraw wewnętrznych.

Hr. **Eulenburg.**

**662** Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die diesseitige Bekanntmachung vom 1. Juli 1869 wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Herzoglich Anhaltischen Steuer-Amte zu Cöthen die Befugniß zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Spiritus der Fabrikanten Gebrüder Behr daselbst ertheilt worden ist.

Berlin, den 29. August 1871.

Der Finanz-Minister.

**Camphausen.**

Obwieszczenie.

Odwołując się na tutejsze obwieszczenie z dnia 1. Lipca 1869, podajemy do publicznéj wiadomości, iż Książęco-Anhaltskiemu urzędowi poborowemu w Cöthen danem jest upoważnienie do odprawiania okowity krajowéj tamtejszych fabrykantów braci Behr, wychodzącéj z pretensyą wynagrodzenia akcyzy.

Berlin, dnia 29. Sierpnia 1871.

Minister skarbu.

**Camphausen.**

**663** Bekanntmachung.

Die am 1. Oktober d. J. fälligen Zinsen der Preußischen Anleihen können bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94 unten links, schon vom 20. d. Mts. ab täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags gegen Ablieferung der Coupons in Empfang genommen werden.

Von den Regierungs-Hauptkassen, den Bezirks-Hauptkassen der Provinz Hannover und der Kreiskasse in Frankfurt a/M. werden diese Coupons ebenfalls vom 20. d. Mts. ab, mit Ausnahme der oben bezeichneten Tage, eingelöst werden.

Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen und Appoints geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgerechnetes, unterschriebenes und mit Wohnungsangabe versehenes Verzeichniß beigefügt sein.

Berlin, den 11. September 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Obwieszczenie.

Oddając kupony, można płatne dnia 1. Października r. b. procenta od pożyczek Pruskich odbierać tu przy kasie umarzającéj długi państwowe, ulica Oranienstrasse No. 94, na dole po lewéj ręce, już od 20. b. m. co dzień od godziny 9téj przed poł. do godz. 1széj z poł., wyjąwszy niedziele i święta i dni rewizyi kasowych.

Kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w prowincyi Hanowerskiéj i kasa powiatowa w Frankfurcie n. M. wymieniać będą te kupony również od 20. b. m., wyjąwszy dni powyższe.

Kupony powinny według pojedyńczych gatunków długu i oddziałów być uporządkowane i dołączony im być powinien spis zrachowany i z wyrażeniem miejsca zamieszkania podpisany, liczbę sztuk i ilość rozmaitych tych oddziałów zawierający.

Berlin, dnia 11. Września 1871.

Zarząd główny długów państwowych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**664** Aus Anlaß der Mißstände, welche daraus erwachsen, daß durch Hochwasser oder Eisgang der Weichsel, Stücke des im Winterlager befindlichen Bauholzes, sowie andere Gegenstände fortgetrieben werden und schwer wieder zu erlangen sind, sind die betreffenden Polizeibehörden schon früher und jetzt erneuert angewiesen worden, den Interessenten zur Wiedererlangung ihres Eigenthums behülflich zu sein, dieselben gegen widerrechtliche Zueignung seitens der Uferbewohner zu schützen und eintretenden Falls womöglich eine Einigung der Eigenthums-Interessenten und der Uferbewohner über einen etwaigen Bergelohn oder über den Ersatz für Beschädigungen der Ufergrundstücke zu vermitteln. Für diejenigen Fälle, in denen sich die polizeilichen Exekutivkräfte zum Schutze des gefährdeten Eigenthums als unzureichend ergeben sollten, wird durch die betreffenden Behörden die Zusammenziehung von Gensdarmen nach den bedrohten Gegenden zufolge höherer Ermächtigung stattfinden. Trotz dessen vorkommende Uebertretungen der Strafgesetze sollen ungesäumt zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft behufs energischen und schleunigen Einschreitens gebracht werden.

Wenn die Interessenten auch ihrerseits die erforderlichen Schritte zur Sicherung ihres Eigenthums thun, und durch rechtzeitige Anzeige bei den zuständigen Behörden diesen Gelegenheit geben, ihnen den gebührenden Schutz angedeihen zu lassen, so wird am Einfachsten und Zweckmäßigsten diejenige Fürsorge getroffen, welche derartigen Verhältnissen gegenüber möglich ist und welche sich der Regel nach in der Hauptsache als ausreichend erweisen wird.

Bromberg, den 31. August 1871. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**665** Bekanntmachung.

Behufs Ausführung verschiedener Reparaturen an den Schleusen des Bromberger Schifffahrtskanals und des Umbaues der zweiten Schleuse, wird derselbe einschließlich der hiesigen Stadtschleuse und der Bilawyer Netzeschleuse für die Zeit vom 15. Dezember d. J. bis zum 31. März k. J. für den Schifffahrts- und Flössereiverkehr vollständig gesperrt.

Bromberg, den 11. September 1871.

Königliche Regierung I.

Obwieszczenie.

Dla uskutecznienia rozmaitych reparacyi około śluz Bydgoskiego kanału spławnego, nie mniéj przebudowania drugiéj śluzy, zawiesza się zupełnie komunikacyą dla żeglugi i spławu na takowym, oraz przez tutejszą śluzę miejską i Notecką pod Bielawami, na czas od 15. Grudnia r. b. do 31. Marca r. p.

Bydgoszcz, dnia 11. Września 1871.

Królewska Rejencya I.

**666** Das Amts-Lokal des Königl. Distrikts-Kommissarius in Tarkowo-Hauland, Kreis Inowraclaw, wird vom 1. Oktober d. J. ab nach Gniewkowice Zlotnik verlegt.

Bromberg, den 15. September 1871.

Königl. Regierung I.

Lokal urzędowy Królewskiego komisoryatu obwodowego w Tarkowskich olędrach, w powiecie Inowrocławskim, przenosi się od 1. Października r. b. do Gniewkowic pod Złotnikami.

Bydgoszcz, dnia 15. Września 1871.

Królewska Rejencya I.

**667** Bekanntmachung.

Die durch Verfügung vom 17. Juli c. auf Mittwoch den 11. October c. anberaumte Rectorats-Prüfung (confr. Amtsblatt Nr. 31 pag. 194 sub 551) wird hiermit **auf den 18. October d. J.** verschoben. Die Candidaten haben sich am 17. October beim Herrn Regierungs- und Schulrath Jungklaß persönlich zu melden.

Bromberg, den 2. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**668** Es soll in der Stadt Czerniejewo, Gnesener Kreises, eine Apotheke errichtet werden.

Qualificirte Bewerber um die zu ertheilende Concession haben sich unter Einreichung ihres Curriculum vitae, ihrer Lehrlings- und Gehülfen-Zeugnisse und der Approbation, sowie unter beglaubter Darlegung des Nachweises über den Besitz der zur Ausführung des Unternehmens erforderlichen Mittel bei uns spätestens in 6 Wochen zu melden mit der gleichzeitigen Versicherung, daß der Bewerber bisher eine Apotheke noch nicht besessen hat, oder wofern dies der Fall gewesen ist, unter Angabe derjenigen Gründe, aus denen derselbe seinen Anspruch auf Erlangung der Conzession herleiten zu können glaubt.

Bromberg, den 9. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**669** Die Kreiswundarztstelle des Kreises Lyck, mit dem Wohnsitze des Inhabers im Kirchdorfe Borszymmen und mit einem jährlichen fixirten Gehalt von 200 Thlr., wird zum 1. November d. J. vacant.

Qualificirte Bewerber werden aufgefordert, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse in 6 Wochen bei uns zu melden. Gumbinnen, den 5. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**670** Bekanntmachung.

Die Pfarrstelle in Murowana Goslin, Diözes Obornik, wird zum 1. Januar k. J. vakant. Das Einkommen derselben beträgt, so lange die Emeritalpension gezahlt werden muß, einschließlich des Woh-

nungswerths 434 Thlr., wozu voraussichtlich noch wie bisher eine Renumeration von 70 Thlr., für die Abhaltung von Gottesdiensten in der Irrenheilanstalt zu Owinsk tritt; später 651 Thlr.

Mit der Pfarrstelle ist die Inspektion über 10 Schulen verbunden.

Bewerber um diese Stelle haben ihre an den Gemeinde-Kirchenrath in Murowana Goslin zu richtenden Anträge binnen 6 Wochen dem Herrn Superintendenten Warnitz in Obornik einzusenden.

Posen, den 30. August 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**671** Bekanntmachung.

Das bisher mit der Parochie Mogilno unter einem gemeinsamen Pfarrer vereinigt gewesene Kirchensystem **Dombrowo** im Kreise Mogilno (Diözes Inowraclaw) ist mit höherer Genehmigung und unter Zuschlagung der Ortschaften Slaboszewo und Obudno aus der Parochie Barcin zu einem selbstständigen evangelischen Pfarrsysteme constituirt und vom 1. Juli d. J. an durch Berufung eines besonderen Pfarrverwesers für dasselbe, in der Person des Hülfspredigers **Schmidt** aus Rogasen, in's Leben getreten und ist letzterer am 9. Juli c. in sein neues Amt zu Dombrowo eingeführt worden. Diese Parochie umfaßt hiernach die Ortschaften: Dombrowo, Neu-Broniewice, Szubinek, Parlinek, Gonsawka Mühle, Chomionza, Grzmionza, Folusz Forsthaus und Kolonie (Piastowo und Popielewo), Laski, Obudno, Slaboszewko, Slaboszewo, Krzekatowo, Mierucin Dorf, Kolonie und Forsthaus, sowie alle innerhalb des durch die genannten Orte gebildeten Umkreises bereits vorhandenen oder noch entstehenden Ortschaften und Etablissements.

Posen, den 24. August 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**672** Mittelst Erlasses Seiner Kaiserlich Königlichen Hoheit des Kronprinzen vom 7. d. Mts., sind wir von der Allerhöchsten Bestätigung des Verwaltungs-Ausschusses der Kaiser Wilhelms-Stiftung für Deutsche Invaliden, unter dem Vorsitze des Herrn Generals der Infanterie v. Holleben, unterrichtet worden. Es hört deshalb mit dem heutigen Tage unsere einstweilige Verwaltung der uns zugekommenen Stiftungsmittel auf. Alle bisher an uns gerichteten Anträge in Angelegenheiten der Invaliden des letzten Krieges und der Wittwen und Waisen Gefallener sind fortan an den Verwaltungs-Ausschuß (hier Linden-Straße 4) zu richten.

Berlin, den 8. September 1871.

**Das Central-Comité der Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger.**
R. v. Sydow.

**673** Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirk Posen pro August 1871.

Ernannt: 1) der Hauptmann a. D. v. Wulffen in Schneidemühl und
2) der Ober-Post-Commissarius Gramsch in Gnesen zu Post Directoren;
Angestellt: der Post-Gehilfe Kraja in Kotomierz als Post-Expediteur;
Bestätigt: 1) der Postgehilfe Günther in Bromberg und
2) der Postanwärter Dietrich in Bromberg zu Postamts-Assistenten;
Versetzt: 1) der Post-Director Höne von Bromberg nach Bochum,
2) der Ober-Post-Commissarius Kalau vom Hofe von Berlin nach Bromberg,
3) der Wagenmeister Ponicki von Gnesen nach Bromberg.

## Vermischte Nachrichten.

**674** Das dem Maschinenbauer Hermann Hahn zu Schönberg in Mekklenburg unter dem 26. Juli 1870 ertheilte Patent

auf eine Dampfmaschine, soweit solche nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist,

ist aufgehoben.

**Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 38.**

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

№ 39.

Bromberg, den 29. September 1871. | Bydgoszcz, dnia 29. Września 1871.


### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

675 Das 38. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 698. Bekanntmachung des sechsten Verzeichnisses derjenigen höheren Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualification zum einjährig freiwilligen Militairdienst berechtigt sind. Vom 14. September 1871.

Nr. 699. Bekanntmachung, betreffend diejenigen Gymnasien, welche hinsichtlich ihrer vom Unterrichte in der griechischen Sprache dispensirten Schüler zu den im § 154, Nr. 2 c. der Militair-Ersatz-Instruktion vom 26. März 1868 bezeichneten Lehranstalten gehören. Vom 14. September 1871.

Nr. 700. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, Legationsrath Friedrich Wilhelm Ludwig Joseph Maria v. Radowitz zu Bukarest zum Generalkonsul des Deutschen Reichs daselbst, den Konsul des Norddeutschen Bundes Ludwig Adolph Theodor Blücher zu Galatz zum Konsul des Deutschen Reichs daselbst und den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Heinrich Friedrich Willibald Richard Bartels zu Jassy, sowie den Kaufmann und Agenten Steiner zu Giurgewo zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Nr. 701. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Konsul des Norddeutschen Bundes Martin Fels zu Corfu, den Konsul des Norddeutschen Bundes Viktor Zahn zu Calamata, den Konsul des Norddeutschen Bundes Theodor Carl Ludwig Hamburger zu Patras, den Konsul des Norddeutschen Bundes Leonidas Varoucha zu Piraeus, den Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Julius Alexander Kloebe zu Syra zu Konsuln des Deutschen Reichs und den Vicekonsul des Norddeutschen Bundes Ernest Augustus Toole zu Cephalonia zum Vicekonsul des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

### Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 38. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 698. Obwieszczenie szóstego wykazu tych wyższych zakładów naukowych, które uprawnione są do wystawiania ważnych zaświadczeń co do naukowéj kwalifikacyi do jednorocznéj dobrowolnéj służby wojskowéj. Z 14. Września 1871.

No. 699. Obwieszczenie, tyczące się tych gimnazyów, które we względzie uczniów swych od nauki w języku greckim uwolnionych, należą do zakładów naukowych w § 154 No. 2 c. Instrukcyi co do poboru do wojska z 26. Marca 1868 oznaczonych. Z 14. Września 1871.

No. 700. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego, radcę legacyjnego Fryderyka Wilhelma Ludwika Joseph Marya v. Radowitz w Bukareszcie mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego tamże, konsula Związku północno-niemieckiego Ludwika Adolfa Teodora Bluecher w Galaczu konsulem Państwa Niemieckiego tamże, a wicekonsula Związku północno-niemieckiego Henryka Fryderyka Willibalda Ryszarda Bartels w Jassach, jako też kupca i agenta Steiner w Giurdzewie wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

No. 701. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego konsula Związku północno-niemieckiego Marcina Fels w Corfu, konsula Związku północno-niemieckiego Wiktora Zahn w Calamata, konsula Związku północno-niemieckiego Teodora Karóla Ludwika Hamburger w Patras, konsula Związku północno-niemieckiego Leonidas Varoucha w Piraeus, konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Juliusza Aleksandra Kloebe w Syra mianować konsulami Państwa Niemieckiego, a wicekonsula Związku północno-niemieckiego Ernesta Augusta Toole w Cephalonia wicekonsulem Państwa Niemieckiego.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**676** Das 27. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7869. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in dem Herzogthum Schlesien und der Grafschaft Glatz. Vom 16. August 1871.

Nr. 7870. Allerhöchster Erlaß vom 31. Juli 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee vom sogenannten Hülsbach bei Lengerich im Kreise Tecklenburg, Regierungsbezirk Münster, bis zur Gemeinde resp. Kreisgrenze in der Richtung auf Lienen im Kreise Warendorf.

Nr. 7871. Allerhöchster Erlaß vom 25. August 1871, betreffend die Genehmigung des Ersten Nachtrages zu den Abschätzungsgrundsätzen der Schlesischen Landschaft vom 14. März 1859. (Gesetz-Samml. S. 217 ff.)

**677** Das 28. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7872. Allerhöchster Erlaß vom 9. August 1871, betr. die Genehmigung des von dem General-Landtage der Pommerschen Landschaft beschlossenen Statuts für den neu zu errichtenden Pommerschen Landkreditverband.

Nr. 7873. Allerhöchster Erlaß vom 14. August 1871, betr. die Genehmigung des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Provinz Schleswig-Holstein.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 27. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7869. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych i korygendów w księstwie Szląskiem i Hrabstwie Kłodzkiem. Z 16. Sierpnia 1871.

No. 7870. Najwyższe rozporządzenie z 31. Lipca 1871, dotyczące nadania przywilejów fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki gminnéj od tak zwanego Huelsbach pod Lengerich, w powiecie Tecklenburg, obwodzie regencyjnym Monasterskim, aż do granicy gminnéj resp. powiatowéj w kierunku na Lienen, w powiecie Warendorf.

No. 7871. Najwyższe rozporządzenie z 25. Sierpnia 1871, dotyczące potwierdzenia Pierwszego Dodatku do zasad taksacyjnych ziemstwa Szląskiego z 14. Marca 1859 (Zbiór Praw str. 217 i nast.).

Oddział 28. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7872. Najwyższe rozporządzenie z 9. Sierpnia 1871, tyczące się potwierdzenia uchwalonego przez sejm generalny ziemstwa Pomorskiego — Statutu dla mającego się nowo utworzyć Pomorskiego Towarzystwa kredytowego ziemskiego.

No. 7873. Najwyższe rozporządzenie z 14. Sierpnia 1871, tyczące się potwierdzenia Regulaminu co do organizacyi zarządu majątku stanów prowincyalnych i zakładów stanów prowincyalnych w prowincyi Schleswik-Holstyn.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

### 678 Bekanntmachung.

In Betreff der Anwendung der Vorschriften der Maaß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (B. G. Bl. S. 473) auf die Erhebung, Kontrolirung und Vergütung der **Braumalzsteuer** wird Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1) Die in den Brauereien vorhandenen, bereits vermessenen, oder noch vor dem 1. Januar k. J. zur Vermessung gelangenden Brauereigefäße sollen von den Brauerei-Inhabern nach näherer Bestimmung der Steuerbehörde neben der Bezeichnung des Rauminhalts nach Preußischen Quarten auch mit der Inhaltsangabe nach Litern versehen werden.

2) Der Rauminhalt der nach dem 1. Januar k. J. zu vermessenden Brauereigeräthe und Gefäße ist ausschließlich nach Litern zu ermitteln und anzugeben.

### Obwieszczenie.

Względem zastósowania się do przepisów Regulaminu miar i wag z dnia 17. Sierpnia 1868 (Zbiór praw str. 473) przy pobieraniu, kontrolowaniu i wynagradzaniu podatku od słodu piwnego, podaje się do publicznéj wiadomości co następuje:

1) Znajdujące się po browarach naczynia browarowe, które albo już są wymierzone albo też jeszcze przed 1. Styczniem przyszłego roku wymierzone być mają, powinny być przez właścicieli browarów według bliższego rozporządzenia władzy poborowéj zaopatrzone, oznaczeniem objętości tak w pruskich kwartach jako i podaniem tejże objętości w litrach.

2) Objętość wymierzonych po 1. Styczniu przyszłego roku naczyń i statków browarowych, powinna być jedynie podlug litra dochodzoną i podaną.

3) Vom nächsten Jahre ab wird die Gewährung der Steuervergütung für die Ausfuhr von inländischem Bier unter den im Uebrigen unverändert bleibenden Bestimmungen davon abhängig gemacht,
daß mindestens 50 Pfd. (25 Kilog.) Braumalzschrot auf je 114½ Liter Bier verwendet sein müssen und daß bei der Ausfuhr von Bier in Flaschen wenigstens 247³/₁₀ Liter Bier auf einmal ausgeführt werden.

Sämmtliche Anmeldungen der Brauerei-Inhaber, welche die Braumalzsteuer-Erhebung, Kontrolirung oder Vergütung betreffen, sind vom 1. Januar 1872 ab nur nach dem neuen Maaßsystem zulässig, und zwar ist überall, wo bisher die Declaration nach Preußischen Quarten und Scheffeln zu geschehen hatte, dieselbe nach Litern abzugeben, der Bierzug aber nach Hectolitern anzumelden und festzustellen.

Berlin, den 31. August 1871.

Der Finanz-Minister.
gez. **Camphausen.**

3) Dozwolenie wynagrodzenia podatku od wywozu krajowego piwa zależeć będzie w następnym roku oprócz dotychczasowych przepisów, które zmienionemi nie zostały, jeszcze od tego:
iż przynajmniéj 50 funtów (25 kilog.) szrótu słodowego na każde 114½ litrów piwa spotrzebowane być muszą i że się przy wywozie piwa we flaszkach, przynajmniéj 247 litrów piwa na jeden raz wyprowadzi.

Wszystkie zameldowania właścicieli browarów, które się tak pobierania podatku od słodu piwnego jak i kontrolowania albo wynagrodzenia dotyczą, dozwolonemi są od 1. Stycznia 1872 począwszy, tylko według nowego miar systemu tak, iż wszędzie gdzie się dotychczas podług pruskich kwart i szefli deklaracya odbywała, takowa w litrach podaną a zlewka podług hektolitrów zameldowaną i ustanowioną być ma.

Berlin, dnia 31. Sierpnia 1871.

Minister skarbu.
**Camphausen.**

**679** Bekanntmachung.

Bei der heute öffentlich bewirkten 17. Serien-Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind die 24 Serien:
111, 227, 336, 523, 664, 665, 745, 778, 795, 808, 887, 933, 1009, 1016, 1070, 1163, 1282, 1321, 1392, 1407, 1433, 1438, 1449, 1468,
gezogen worden.

Die zu diesen Serien gehörigen 2400 Schuldverschreibungen und die für dieselben am 1. April k. J. zu zahlenden Prämien werden am 15. und 16. Januar k. J. ausgelooft werden.

Berlin, den 15. September 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Obwieszczenie.

Przy odbytem dziś publicznie 17tem losowaniu seryi upremiowanéj pożyczki państwowéj z roku 1855 wyciągnięte zostały te 24 seryi:
111, 227, 336, 523, 664, 665, 745, 778, 795, 808, 887, 933, 1009, 1016, 1070, 1163, 1282, 1321, 1392, 1407, 1433, 1438, 1449, 1468.

Należące do tych seryi 2400 obligów i mające się za nie płacić dnia 1. Kwietnia r. p. premie będą dnia 15. i 16. Stycznia r. p. losowane

Berlin, dnia 15. Września 1871.

Zarząd główny długów państwowych.

**680** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Occupations-Armee in Frankreich.

Feldpost-Privatpäckereien für die **22.** Infanterie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen bleiben.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf gegenwärtig nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:
für das **15.** Armee-Corps, für die **2., 4., 6., 19.** und **24.** Infanterie-Division, ferner für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Abtheilungen 2c.), welche zur Deutschen Besatzung der Forts vor Paris gehören.

Berlin, den 11. September 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**681** Bekanntmachung.

Postversendungsdienst für die Occupations-Armee in Frankreich.

Feldpost-Privatpäckereien für die **11.** Infanterie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen bleiben.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf gegenwärtig nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:
für das **15.** Armee-Corps, für die **2., 4., 6., 19., 22.** und **24.** Infanterie-Division, ferner für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Abtheilungen 2c.), welche zur Deutschen Besatzung der Forts vor Paris gehören.

Berlin, den 9. September 1871. Kaiserliches General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

682 **Bekanntmachung.**

Postversendungsdienst für die Occupations-Armee in Frankreich.

Feldpost-Privatpäckereien für die **2.** Infanterie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen bleiben.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf gegenwärtig nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:

für das **15.** Armee-Corps, für die **4.**, **6.**, **19.** und **24.** Infanterie-Division, ferner für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Abtheilungen), welche zur Deutschen Besatzung der Forts vor Paris gehören.

Berlin, den 12. September 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

683 **Bekanntmachung.**

Postversendungsdienst für die Occupations-Armee in Frankreich.

Feldpost-Privatpäckereien für diejenigen Truppentheile (Festungs-Artillerie-Abtheilungen ꝛc.), aus welchen die Deutsche Besatzung der Forts vor Paris bisher bestanden hat, müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen bleiben.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf gegenwärtig nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:

für das **15.** Armee-Corps, für die **4.**, **6.**, **19.** und **24.** Infanterie-Division.

Berlin, den 14. September 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

684 Der Herr Regierungs-Assessor Höpker hierselbst ist von uns in Stelle des nach Frankfurt a/O. versetzten Regierungsraths Fischer auf Grund des § 20 des Statuts der Genossenschaft für die Melioration der Gembic-Kwieciszewoer Netzbruchwiesen vom 12. Oktober 1851 zu unserm ständigen Kommissarius für diese Angelegenheit ernannt worden.

Bromberg, den 5. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

685 In Stelle des nach Frankfurt a/O. versetzten Regierungsraths Fischer ist auf Grund des § 23 des Statuts für die Entwässerungs-Genossenschaft zur Melioration der Ländereien am Goplo-See im Bachorze-Bruche und im Montry-Thale vom 24. Oktober 1856 der Herr Regierungs-Assessor Höpker hierselbst zum ständigen Kommissarius für diese Angelegenheit ernannt worden, was hierdurch mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 9. März 1864 Nr. 130 V. I. veröffentlicht wird.

Bromberg, den 5. September 1871 Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

686 Auf Grund des § 25 des Statuts für die Pakosc-Labischiner Meliorations-Genossenschaft vom 11. April 1859 ist in Stelle des nach Frankfurt a/O. versetzten Regierungsraths Fischer zum ständigen Kommissarius für diese Sache der Herr Regierungs-Assessor Höpker hierselbst ernannt worden, was hierdurch mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 9. März 1864 zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Bromberg, den 5. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

687 Zu unserm ständigen Kommissarius in der Meliorationssache des Parchanie-Bruches ist in Stelle des nach Frankfurt a/O. versetzten Regierungsraths Fischer gemäß § 19 des betreffenden Genossenschafts-Statuts vom 31. August 1852 der Herr Regierungs-Assessor Höpker ernannt worden, was wir mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. März 1867 Nr. 110 V. I. zur Kenntniß der Betheiligten bringen.

Bromberg, den 5. September 1871 Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

688 Gemäß § 19 des Statuts für die Labischin-Bromberger Meliorations-Genossenschaft vom 6. April 1858 ist in Stelle des nach Frankfurt a. O. versetzten Regierungs-Raths Fischer zum ständigen Kommissarius für diese Meliorationssache der Herr Regierungs-Assessor Höpker ernannt worden, was wir mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 14. März 1867 Nr. 125 V. I. hierdurch veröffentlichen.

Bromberg, den 5. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

689 Die mit einem Gehalte von jährlich 100 Thlr. dotirte Kreiswundarztstelle des Kreises Wirsitz mit dem Wohnsitz in der Stadt Mroczen soll wieder besetzt werden.

Qualificirte Bewerber um diese Stelle haben sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bei uns innerhalb 6 Wochen zu melden.

Bromberg, den 19. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

690 Die bäuerlichen Grundstücke Nikelskowo, Kreis Chodziesen Nr. 9 A., 12, 21. 26, 27 und 27 E. sind mit der durch Erlaß vom 15. September pr. erfolgten Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Posen von dem Gemeindeverbande Nikelskowo abgetrennt und dem Gutsbezirke Nikelskowo einverleibt worden.

Bromberg, den 18. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

691 Taxpreis eines Blutegels.

Der Taxpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. October c. bis ult. März k. J. auf „einen Silbergroschen sechs Pfennigen" festgesetzt.

Bromberg, den 19. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

692 Die Seminaristen:

Ladislaus Dalkowski in Posen, Stanislaus Dymek in Mlynkowo, Theodor Gluth in Poln. Crone, Franz Kubacki in Czarnikau, Theodor v. Sawilski in Strzelewo, Felix Sporni in Znin, Martian Swialkowski in Grocholin, Joseph Tyllia in Barcin, Felix Winke in Uscz,

werden auf Grund der mit ihnen abgehaltenen Prüfung hierdurch als wahlfähig zum Amte eines Elementarlehrers erklärt.

Bromberg, den 6. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

693 Die Kreisthierarzt-Stelle des Carthauser Kreises ist durch Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt. Qualificirte Bewerber um diese Stelle, mit welcher ein Einkommen von 100 Thalern aus Staatsfonds und ein Zuschuß von 100 Thalern aus Kreis-Kommunalmitteln verbunden ist, fordern wir auf, ihre Meldungen nebst der für ihre Befähigung sprechenden Zeugnissen binnen 4 Wochen uns einzureichen.

Danzig, den 20. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

694 Pfandbriefs-Aufkündigung.

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Wypowiedzenie listów zastawnych.

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżéj oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla prowincyi Poznańskiéj:

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 191. 295. 401. 688. 699. 775. 1363. 1438. 1521. 1526. 1700. 1962. 2033. 2249. 2321. 2332. 2427. 2430. 2431. 2604. 2725. 2733. 2887. 3204. 3410. 3547. 3559. 3641. 3654. 3699. 3732. 3765. 3913. 3924. 4225. 4255. 4351. 4529. 4612. 4876. 4960. 5024. 5177. 5210. 5284. 5335. 5363. 6011. 6194. 6304. 6404. 6486. 6602. 6820. 6843. 6853. 6911. 7038. 7071. 7496. 7500. 7606. 7738. 7843. 7894. 7949. 7981. 7993. 8055. 8073. 8145. 8180. 8203. 8241. 8409. 8925. 8951. 9088. 9401. 9762. 9985 10,082. 10,086. 10,171. 10,408. 10,445. 10,547. 10,640. 10,657, 10,720. 10,812. 10,878. 11,007. 11,121. 11,194. 11,408. 11,509. 11,617. 11,636. 11,646. 11,677. 11,802. 11,816. 11,865.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 8. 18. 91. 124. 143. 208. 294. 297. 430. 500. 611. 687. 706. 722. 947. 954. 1341. 1404. 1451. 1464. 1517. 1572. 1625. 1627. 1709. 1737. 1900. 2044. 2112. 2147. 2376. 2399. 2518. 2604. 2628. 2710. 2792. 2877. 3110. 3135. 3199. 3203. 3215. 3361. 3413. 3471. 3493. 3761. 3807. 3827. 3860. 3910. 3931. 3954. 4095. 4116. 4127. 4167. 4312. 4334. 4349. 4355. 4564. 4605. 4628. 4685. 4969. 5031. 5035. 5095. 5096. 5128. 5295. 5347. 5383. 5497. 5527. 5672. 5686. 5717. 5991. 6270. 6318. 6376. 6554. 6575. 6740. 6959. 7017. 7051. 7155. 7310. 7311. 7331. 7476. 7549. 7844. 7948. 7996. 8029. 8066. 8329. 8356. 8405. 8593. 8997. 9027. 9034. 9042. 9090. 9126. 9208. 9342. 9543. 9591. 9673. 9700. 9883. 10,241. 10,370. 10,474. 10,525. 10,552. 10,606. 11,270, 11,302. 11,724. 11,734. 11,946. 12,140. 12,367. 12,644. 12,860. 12,969. 13,032. 13,426. 13,461. 13,702. 13,853. 13,955. 14,029. 14,333. 14,846. 15,242. 15,395. 15,441. 15,576. 15,735. 16,279. 16,285. 16,289. 16,435. 16,554. 16,625. 17,129. 17,217. 17,342. 17,868. 17,883. 18,354. 18,420. 18,435. 18,472. 18,712. 18,961. 19,042. 19,097. 19,104. 19,171. 19,249. 19,320. 19,481. 19,638. 19,721.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 40. 48. 106. 259. 290. 420. 540. 685. 783. 897. 1000. 1129. 1153. 1201. 1426. 1437. 1442. 1553. 1593. 1626. 1673. 1755. 1765. 1772. 1881. 2005. 2007. 2057. 2199. 2228. 2415. 2437. 2579. 2847. 2903. 3237. 3820. 4046. 4124. 4339. 4502. 4523. 4539. 5043. 5116. 5268. 5283. 5333. 5360. 5365. 5444. 5665. 5794. 6220. 6353. 6464. 6523. 6592. 6650. 7302. 7367. 7394. 7772. 7992. 8005. 8108. 8183. 8300. 8491. 8523. 8615. 8769. 8903. 8935. 9005. 9311. 9337. 9435. 9553. 9574. 9604. 9666. 9789. 10,205. 10,227. 10,487. 10,628. 10,635. 11,218. 11,288. 11,344. 11,354. 11,358. 11,394. 11,400. 11,404. 11,469. 11,556. 11,745. 11,802. 11,812. 11,926. 12,019. 12,351. 12,403. 12,536. 12,705. 12,748. 12,763. 12,765. 12,767. 12,833. 13,061. 13,109. 13,364. 13,371. 13,388. 13,593. 13,714. 13,790. 13,858. 14,008. 14,045. 14,073. 14,316. 14,345. 14,358. 14,588. 14,683. 14,886. 14,902.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 70. 155. 207. 249. 268. 345. 432. 496. 524. 632. 690. 868. 939. 1047. 1311. 1392. 1528. 1639. 1659. 1660. 2185. 2208. 2375. 2527. 2740. 2798. 2858. 2952.

3002. 3049. 3533. 3627. 3688. 3731. 3865. 4058. 4296. 4312. 4341. 4539. 4598. 4689. 4772. 4785. 5122. 5179. 5197. 5276. 5316. 5349. 5628. 5828. 5883. 6023. 6085. 6395. 6624. 6662. 6698.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 176. 188. 563. 690. 725. 769. 770. 958. 1019. 1070. 1089. 1521. 2847. 3645. 4209. 4564. 5354. 6510. 6522. 6590. 7710. 7751. 7945. 8038. 8440. 8810.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1. 170. 724. 869. 1172. 1879. 2073. 2118. 2132. 2525. 2746. 3586. 3965. 4011.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 43. 206. 442. 626. 645. 655. 727. 758. 977. 1023. 1052. 1561. 1572. 1576. 2028. 3071. 3864. 5446. 5515. 6401. 7068. 7373. 7426. 8139. 8171. 8784.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 885. 893. 968. 1276. 1500. 1643. 1893. 2154. 2691. 3242. 3558. 3608. 3984.

den Inhabern zum 2. Januar 1872 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst dem noch nicht fälligen Kupon Nr. 10 und dem Talon in koursfähigem Zustande eingeliefert werden. Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird von der Einlösungs-Valuta in Abzug gebracht.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post unfrankirt ohne Anschreiben und unter Deklaration des vollen Werthes erfolgen soll.

Die Valuta der bis nach Ablauf der ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum 1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekündigten Pfandbriefe wird nach Abzug des Betrages des Kupons Nr. 10 an das hiesige Königliche Kreisgericht Behufs Amortisation abgeführt.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber noch rückständigen Pfandbriefe und zwar aus dem Kündigungstermine

ich posiadaczom na dzień 2. Stycznia 1872 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitałową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinne być składane z niepłatnemi jeszcze kuponem No. 10 i z talonem w stanie do kursu usposobionym. Ilość możebnie brakujących kuponów potrąci się w gotowiźnie wykupnéj.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z kuponami i talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można odwrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Gotowizna za niezłożone do końca wydanego szeregu kuponów t. j. do pierwszego Lipca 1872 wypowiedziane listy zastawne odda się po potrąceniu ilości kuponu No. 10 tutejszemu Królewskiemu Sądowi Powiatowemu celem umorzenia ich.

Zarazem wypowiadają się dawniéj już wylosowane, lecz dotąd niezrealizowane listy zastawne, a mianowicie z terminów już wypowiedzianych.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 2 bis (do) 10.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 15,846.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 4460.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1868. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 3 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 4954.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1674. 2699. 4613. 4775. 8067. 9453. 19,568.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 3448. 4314. 5733. 6041. 11,768. 12,708.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3935. 5130.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 551.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 937. 1908.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 10.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 4 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr (tal.) Nr. 4063.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 3034. 4423. 5229. 7102. 15,458. 17,867. 18,584.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 5320. 10,068. 10,891. 13,575.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 580. 1004.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1513. 3119.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 79. 657.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1869. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 5 bis (do) 10.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 70. 335. 1928. 2945. 3144. 3522. 4245. 5692. 5731. 7902. 8271. 9434. 10,736. 14,119. 14,259. 15,845. 16,284.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1056. 1355. 1873. 3999. 5390. 5475. 6863. 8961. 12,229. 12,293. 13,866.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 3629. 3675. 4721.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 519. 2028.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1828. 2327. 2338. 2706. 4838. 4912.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 955.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 6 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 113. 4445. 7748. 8946. 9734.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 90. 1983. 2394. 2467. 2602. 2671. 4856. 5524. 5752. 8043. 8199. 8365. 9074. 9255. 12,777. 14,347. 15,033. 17,146. 17,599. 17,685. 18,394. 18,425. 18,954.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 541. 967. 1095. 1299. 1303. 1308. 2110. 3629. 3986. 5270. 5280. 5642. 6103. 6677. 6851. 6893. 7089. 8028. 8651. 9777. 13,110. 13,317. 14,036.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3337. 3559. 4853. 6126. 6224.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 5036.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 448. 2126.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2974. 4993.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1159. 1620.

vom (z dnia) 1. Juli (Lipca) 1870. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 7 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 741. 821. 3077. 3095. 3978. 5879. 6811. 9432. 10,634.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 188. 1145. 1226. 1639. 3285. 3337. 5051. 6369. 7061. 7217. 7515. 7527. 7671. 8111. 9720. 10,579. 10,669. 11,761. 12,806. 13,336. 14,020. 15,386. 17,548. 17,950. 18,038. 19,112. 19,284.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1440. 1631. 1786. 1993. 2624. 2809. 5381. 5648. 6193. 6203. 7233. 7800. 7883. 8417. 8512. 8858. 10,103. 10,147. 11,317. 11,991. 12,166. 12,272. 13,001. 13,027. 13,309. 13,967. 14,028. 14,509. 14,732.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1213. 1242. 1423. 3019. 3270.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 2213. 2653. 4051. 4056.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 1012. 2600. 2792.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 2046. 4099.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 1558. 2144.

vom (z dnia) 2. Januar (Stycznia) 1871. Mit Kupons (z kuponami) Nr. 8 bis (do) 10.

Ser. I. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 715. 1430. 3299. 3936. 4670. 5505. 5552. 6726. 7061. 7824. 10,326. 10,993.

Ser. II. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 210. 263. 1336. 2416. 2516. 2785. 3311. 3659. 3892. 4214. 4647. 5614. 7113. 7471. 7826. 8832. 8843. 9355. 9920. 12,425. 12,816. 14,691. 15,994. 16,575. 18,447. 19,398. 19,637. 19,710. 19,712.

Ser. III. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 103. 340. 396. 958. 1093. 1122. 1540. 1643. 1684. 1998. 2276. 3481. 3886. 4002. 4008. 4372. 4393. 4551. 4626. 4692. 4882. 5443. 5620. 6367. 7662. 9236. 9268. 9529. 9911. 10,018. 11,956. 12,512. 13,465. 13,491. 13,874. 14,327.

Ser. V. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 3669. 3776. 4535. 4739. 4900.

Ser. VI. à 1000 Thlr. (tal.) Nr. 1373. 3168. 5933. 6967.

Ser. VII. à 500 Thlr. (tal.) Nr. 2017. 2161.

Ser. VIII. à 200 Thlr. (tal.) Nr. 1705. 4287. 6705. 7940.

Ser. IX. à 100 Thlr. (tal.) Nr. 2085. 2098. 2105. 4187.

hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Pfandbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger gerichtlicher Amortisation unverweilt in Empfang zu nehmen.

Posen, den 12. Juni 1871.

Königliche Direction des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

i wzywają się powtórnie właściciele tychże, ażeby walutę powyższych listów zastawnych, bez narażenia się na stratę prowizyi i przyszłéj amortyzacyi sądowéj niebawem w kasie naszej odebrali.

Poznań, dnia 12. Czerwca 1871.

Królewska Dyrekcya nowego Towarzystwa ziemskiego kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj.

**695** Bekanntmachung.

Der 16. Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen hat in seiner Plenar-Sitzung vom 26. Juni 1871 auf Grund der bezüglichen Vorlage wegen des Etats für die Provinzial-Irrenanstalt in Owinsk beschlossen, vom Jahre 1872 ab die Erhöhung der Verpflegungssätze für die Pflegebefohlenen der Anstalt, und zwar:

der 1. Klasse, von seither ausschließlich der Bekleidung . . 300 Thlr., auf 360 Thlr.,
der 2. Klasse, von seither ausschließlich der Bekleidung . . 165 Thlr., auf 200 Thlr.,
der 3. Klasse, von seither incl. Bekleidung . . . 86 Thlr. 16 Sgr., auf 100 Thlr.
eintreten zu lassen.

Posen, den 5. Juli 1871. Die Ständische Verwaltungs-Kommission.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

696 Dem kommissarischen Polizei-Distrikts-Kommissarius Strohschein zu Louisenfelde, Kreis Inowraclaw, sind zugleich die Geschäfte des Polizei-Anwalts für den Polizei-Distrikt Louisenfelde kommissarisch übertragen worden.

Komisaryjnemu komisarzowi policyjno-obwodowemu Strohschein w Dąbrowie, w powiecie Inowrocławskim, powierzone zostały komisaryjnie zarazem czynności prokuratora policyjnego na obwód policyjny Dąbrowy.

697 Der Feldmesser und Kataster-Sekretair Breme hierselbst ist von uns heute zum Vermessungsrevisor ernannt worden.

698 Franz Wawronski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Klein Bartelsee, im Kreise Bromberg, provisorisch angestellt.

Franciszek Wawroński jako nauczyciel przy szkole katolickiéj w Małych Bartodziejach, w powiecie Bydgoskim, prowizoryjnie ustanowiony.

699 Alexander von Kotarski als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Samoczyn, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

700 Der provisorische Lehrer Julius Krüger an der evangelischen Schule in Rynarzewo, Kreis Schubin, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

701 Ludwig Sabatke als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Groß Lubs, im Kreise Czarnikau, interimistisch angestellt.

702 Der provisorische Lehrer Rudolph Hüller an der evangelischen Schule in Theerofen, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

703 Michael Lukowski als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Mogilno definitiv angestellt.

704 Wilhelm Gustav Schnell als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Dzibno, im Kreise Bromberg, interimistisch angestellt.

705 Czarnecki als Lehrer bei der katholischen Schule zu Kobylec, im Kreise Wongrowitz, definitiv angestellt.

706 Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Es sind ernannt:
   a. der Werkmeister Sorge in Bromberg zum Königl. Eisenbahn-Werkmeister,
   b. der Stations-Assistent Colleck in Kreuz zum Königl. Eisenbahn-Stations-Assistenten.
2) Der Königl. Obergüter-Verwalter Perrin in Bromberg ist verstorben.

## Vermischte Nachrichten.

707 Das Amtsblatt der Deutschen Reichs-Postverwaltung enthält folgende Verfügung des Kaiserlichen General-Postamts, welche einen gewiß von vielen Brief-Empfängern schon oft empfundenen Uebelstand hervorhebt:

„Den Postanstalten wird in Erinnerung gebracht, daß die zum Verschlusse der amtlichen Correspondenz in Verwendung kommenden Couverts nicht ganz zugeklebt werden dürfen.

Im allgemeinen Interesse ist auch dem Publicum bei geeigneter Gelegenheit wiederholt zu empfehlen, den Gebrauch der ganz zugeklebten Couverts wegen der für die Empfänger damit verbundenen lästigen Mißstände zu vermeiden."

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 39.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 40.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 6. October 1871.

Bydgoszcz, dnia 6. Października 1871.


## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**708** Das 29. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7874. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in der Provinz Schleswig-Holstein. Vom 1. September 1871.

Nr. 7875. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in dem kommunalständischen Verbande des Regierungsbezirks Wiesbaden, sowie über die Verwaltung des für das ehemalige Herzogthum Nassau vorhandenen Central-Waisenfonds. Vom 4. September 1871.

Nr. 7876. Privilegium wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Halle, Regierungsbezirk Merseburg, zum Betrage von 300,000 Thlr. Vom 19. Juli 1871.

Nr. 7877. Allerhöchster Erlaß vom 16. August 1871, betreffend die Genehmigung des Regulativs für die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen in der Provinz Posen.

Nr. 7878. Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen der Märkisch-Posener Eisenbahngesellschaft im Betrage von Einer Million Thaler. Vom 21. August 1871.

Nr. 7879. Privilegium wegen Emission von fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen der Crefeld-Kreis Kempener Industrie-Eisenbahngesellschaft zum Betrage von 250,000 Thalern. Vom 28. August 1871.

Nr. 7880 Bekanntmachung, betreffend die der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Eisenbahn von Leobschütz in der Richtung auf Jägerndorf. Vom 7. September 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 29. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7874. Rozporządzenie tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w prowincyi Schleswik-Holstyn. Z 1. Września 1871.

No. 7875. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w związku stanów komunalnych obwodu regencyjnego Wisbadeńskiego, jako też administracyi istniejącego dla byłego Księstwa Nasawskiego centralnego funduszu sierót. Z 4. Września 1871.

No. 7876. Przywiléj względem wydania na każdego dzierzyciela opiewających obligacyi miasta Halli, w obwodzie regencyjnym Merseburskim, w ilości 300,000 tal. Z 19. Lipca 1871.

No. 7877. Najwyższe rozporządzenie z 16. Sierpnia 1871, tyczące się potwierdzenia Regulaminu co do administracyi instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąkanych, głuchoniemych i niewidomych, jako też ku wspieraniu aplikujących się guwernantek w Prowincyi Poznańskiéj.

No. 7878. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei żelaznéj Marchijsko-Poznańskiéj w ilości jednego miliona talarów. Z 21. Sierpnia 1871.

No. 7879. Przywiléj względem emisyi pięcioprocentowych Obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei przemysłowéj Crefeld-Kreis Kempen w ilości 250,000 tal. Z 28. Sierpnia 1871.

No. 7880. Obwieszczenie, tyczące się udzielonéj Towarzystwu kolei górnośląskiéj — monarszéj koncesyi na budowę i proceder kolei żelaznéj z Łupczyc w kierunku na Jaegerndorf. Z 7. Września 1871.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**709** Die Schifffahrtsschleuse bei Magdeburg wird wegen des Einhängens der Oberthore vom 2. bis 21. Oktober c. gesperrt, wonach das schifffahrttreibende Publikum sich einzurichten hat.

Magdeburg, den 28. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**710** **Bekanntmachung**

**wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie V. bzw. IV. und II. zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihen vom Jahre 1855 A., 1859 II. und 1867 D.**

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1855 A., der zweiten ($4^1/_2$ prozentigen) Staatsanleihe vom Jahre 1859 und der Staatsanleihe vom Jahre 1867 D. für die vier Jahre vom 1. Oktober 1871 bis 30. September 1875 nebst Talons werden vom 1. Oktober d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße Nr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

**In Schriftwechsel wegen der in Rede stehenden Coupons-Ausreichung kann sich weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung noch die Controle der Staatspapiere einlassen.**

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. von der Königlichen Finanz-Direction zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Do-

**Obwieszczenie,**

**względem wydania nowych kuponów procentowych seryi V. odnośnie IV. i II. do obligów pożyczki państwowych z lat 1855 A., 1859 II. i 1867 D.**

Od 1. Października r. b. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj z r. 1855 A., drugiéj ($4^1/_2$ procentowéj) pożyczki państwowéj z r. 1859 i pożyczki państwowéj z r. 1867 D. na te cztery lata od 1. Października 1871 do 30. Września 1875 wraz z talonami, przed południem od godziny 9téj do 1széj, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych gatunków obligów z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na wyższym urzędzie pocztowym bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wóczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

**W korespondencyą względem wydania w mowie będących kuponów nie może się wdawać ani podpisany zarząd główny, ani kontrola papierów rządowych.**

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien téjże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku obligów. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzony zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie przy wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie rejencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomniane talony zaginęły; w tym razie przesłać należy dokumenta odnośne kontroli papierów rządowych

kumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 18. September 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

**Löwe. Meinecke.**

albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 18. Września 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

**Loewe. Meinecke.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind. Bromberg, den 22. September 1871.

Königliche Regierung.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do publicznéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 22. Września 1871.

Królewska Regencya.

**711** Qualifizirte Medizinal-Personen fordern wir wiederholt auf, zu der noch unbesetzten Kreis-Wund-Arzt-Stelle Thorner Kreises ihre Meldungen unter Beifügung der betreffenden Zeugnisse innerhalb 6 Wochen bei uns einzureichen.

Marienwerder, den 25. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**712** Gepäck-Beförderung ohne Billet.

Vom 1. Oktober c. ab können auf Verlangen im ganzen Bereich der Ostbahn, sowie nach den, mit den Ostbahn-Stationen im direkten Gepäck-Verkehr stehenden Stationen der Oberschlesischen und Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, unter den Bedingungen der §§ 24 bis 32 des Bundes-Betriebs-Reglements d. d. 10. Juni 1870, Reisegepäck und Güter auch ohne Lösung von Fahrbillets unter Zugrundelegung des ganzen Gewichts zu dem Tarifsatze für Gepäcküberfracht auf Gepäckscheine expedirt werden. Als Minimal-Satz wird der Frachtbetrag für 50 Pfund in Ansatz gebracht. Die Expedirung erfolgt zu allen Zügen, mit welchen eine direkte Personen- und Gepäck-Beförderung stattfindet.

Bromberg, den 26. September 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**713** Dem Ersten Bürgermeister Boie in Bromberg ist die Funktion als Polizei-Anwalt für den Stadtbezirk Bromberg kommissarisch übertragen worden.

Pierwszemu burmistrzowi Boie w Bydgoszczy powierzoną została komisarycznie funkcya prokuratora policyjnego na okrąg miasta Bydgoszczy.

**714** Der kommissarische Polizei-Distrikts-Kommissarius Karst zu Filehne ist für den Polizei-Distrikt Stadt Filehne-Wreschin als Polizei-Anwalt kommissarisch bestellt worden.

Komisaryczny komisarz policyjno-obwodowy Karst w Wieleniu ustanowiony został komisarycznie prokuratorem policyjnym na okrąg policyjny miasta Wielenia-Wrzyszczyny.

**715** Der provisorische Lehrer Vincent Weimann an der katholischen Schule in Salno, Kreis Bromberg, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

**716** Willibald Baron als vierter Lehrer bei der katholischen Schule zu Wongrowiec interimistisch angestellt.

### Königliches Appellations-Gericht.

**717** Zu Schiedsmänner sind:

1) für den Bezirk Margoninsdorf der Eigenthümer Wilhelm Zimmer in Lipinhauland,
2) für den Landbezirk Samoczyn der Eigenthümer Johann Kühn in Josephsruh,
3) für den Bezirk Jaktorowo der Eigenthümer Christian Lange in Lindenwerder

gewählt, resp. wiedergewählt, bestätigt und verpflichtet und zu deren Stellvertretern:

1) für den Eigenthümer Wilhelm Zimmer der Schiedsmann Domke in Margonin,
2) für den Eigenthümer Johann Kühn und den Eigenthümer Christian Lange der Schiedsmann Hanisch in Samoczyn

bestellt worden.

Na rozjemców zostali obrani, resp. ponownie obrani, potwierdzeni i zobowiązani:

1) dla okręgu Margoninskiéj wsi, właściciel Wilhelm Zimmer na Lipinskich Olendrach,
2) dla okręgu wiejskiego Samoczyńskiego, właściciel Jan Kühn w Josephsruh,
3) dla okręgu Jaktorowskiego, właściciel Krystyan Lange w Lindenwerder,

zamieszkali, a na ich zastępców mianowano:

1) dla właściciela Wilhelma Zimmer, rozjemcę Domke w Margoninie,
2) dla właściciela Jana Kühn i właściciela Krystyana Lange, rozjemcę Hanisch w Samoczynie.

718 An Stelle des verstorbenen Schiedsmanns Bielecki ist der Lehrer Lipowicz zu Niezychowo für den Bezirk Niezychowo, Kreis Wirsitz, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Giese in Bialosliwe bestellt worden.

Dla okręgu Nieżychowskiego, w powiecie Wyrzyskim, został w miejsce zmarłego rozjemcy Bieleckiego nauczyciel Lipowicz w Nieżychowie zamieszkały, na rozjemcę obrany potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowany jest rozjemca Giese w Białośliwiu.

719 Der Lehrer Julian Wieczorowski in Mamlitz ist für den Bezirk Mamlitz, Kreis Schubin, wiederum zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Tyllia in Barcin bestellt worden.

Dla okręgu Mamlickiego, w powiecie Szubińskim, został nauczyciel Julian Wieczorowski z Mamlicza na rozjemcę ponownie obrany, potwierdzony i zobowiązany. Zastępcą jego mianowany został rozjemca Tyllia w Barcinie.

720 Personal-Veränderungen

im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg.

A. Ernannt:

1) der Gerichtsassessor Kellermann in Lobsens zum Staats-Anwalts-Gehülfen bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Inowraclaw,
2) der Staatsanwaltsgehülfe Galli in Lobsens Allerhöchst zum Staatsanwalt. Demselben ist die Stelle des Staatsanwalts bei den Königlichen Kreisgerichten zu Gnesen und Trzemeszno, sowie bei dem Schwur-Gerichte zu Gnesen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gnesen, übertragen,
3) der Kreisgerichtsbüreauassistent Abraham zum Sekretär bei dem Königl. Kreisgerichte zu Schneidemühl,
4) der Appellations-Gerichts-Kanzlei-Diätar Grassunder zum Kanzlisten bei dem Königl. Kreis-Gerichte zu Trzemeszno,
5) der Militairanwärter Lemke zum Büreauassistenten bei den zum Königlichen Kreisgerichte in Schönlanke gehörigen Gerichtskommissionen zu Filehne,
6) der Civilsupernumerar Noack zum Büreauassistenten bei dem Königl. Kreisgerichte zu Schneidemühl,
7) der Hülfsbote Loock zum Boten und Executor bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Wongrowiec.

B. Versetzt:

1) der Rechtsanwalt und Notar Jäger von Margonin in gleicher Eigenschaft an das Königliche Kreisgericht zu Wongrowiec,
2) der Büreauassistent Hoppe von Nakel in gleicher Eigenschaft an das Königl. Kreisgericht zu Bromberg,
3) der Büreauassistent Baldowski von Bromberg in gleicher Eigenschaft und als Sportelkassenverwalter an die zum Königl. Kreisgerichte in Lobsens gehörige Gerichtskommission zu Nakel,
4) der Wohnsitz des Staatsanwaltsgehülfen bei dem Königlichen Kreis-Gerichte zu Lobsens ist vom 1. Oktober c. ab nach Schneidemühl verlegt worden.

C. Ausgeschieden:

Dem Kreisrichter Reichau zu Schubin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt worden.

D. Verstorben:

der Appellations-Gerichts-Botenmeister Nitsche zu Bromberg.

## Vermischte Nachrichten.

721 Den Herren H. und E. Albrecht in Biebrich ist unter dem 14. September d. J. ein Patent

auf ein Verfahren zur Verarbeitung von Phosphaten, insoweit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden ist,

auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

722 Das dem Ingenieur Johann Carl Gräbner zu Essen an der Ruhr unter dem 20. Juli v. J. ertheilte Patent

auf eine Vorrichtung an Dampfkesseln zur Verhütung von Kesselstein-Ablagerungen, soweit solche nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,

ist aufgehoben.

723 Berichtigung.

Die in Nr. 36 abgedruckte Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Schießpulver, datirt vom 4. September 1871 (nicht 1854).

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 40.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 40 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Regulativ

der Maßregeln bei drohendem, sowie nach erfolgtem Ausbruche der Cholera.

Die Cholera ist eine epidemische Krankheit, welche sich in der überwiegendsten Mehrzahl der Fälle mit Durchfall einleitet, welchem in der Regel Erbrechen bald nachfolgt.

Diese Krankheit ist, sobald ihre Anfänge nicht vernachläßigt, sondern sorgfältig behandelt werden, in der entschiedenen Mehrzahl der Fälle heilbar und deswegen eine zu ängstliche Furcht vor derselben unbegründet.

Die Krankheit breitet sich nur ausnahmsweise in größerer Entfernung durch die Luft fort, hauptsächlich aber durch den Verkehr mit Menschen, sie gehört mithin weniger zu den sogenannten miasmatischen, als contagiösen Krankheiten.

Die Träger des Ansteckungsstoffs sind vorzugsweise die in der Krankheit erfolgenden Ausleerungen und zwar in sehr geringem, noch zweifelhaftem Grade, so lange jene sich noch in frischem Zustande befinden, in viel stärkerem und zweifellosem Grade aber, je mehr dieselben zersetzt sind.

Diese Eigenschaft verlieren sie auch nicht durch Verdünnung, weshalb auch eine Ansteckung durch verunreinigtes Wasser möglich ist.

Choleraleichen bewahren gleichfalls den Ansteckungsstoff.

Die Gefahr der Ansteckung wird erheblich gesteigert durch Einathmung verdorbener mit stinkenden Gasen erfüllter Luft, durch Aufenthalt auf einem mit zurücktretendem Grundwasser durchtränkten und organische Zersetzungsstoffe enthaltendem Boden und durch alle den Einzelnen schwächende Einflüsse, namentlich, sofern dieselben Durchfall erzeugen.

Hiernach erscheinen nothwendig:

**A. Als Maßregeln zum Zwecke der Verhütung des drohenden Ausbruchs der Cholera.**

Da eine Hemmung des allgemeinen Menschenverkehrs unstatthaft ist und nur in so weit zulässig erscheint, als für Schiffe, welche aus mit Cholera inficirten Gegenden kommen, Quarantainen in Seehäfen oder beim Eintritt von Wasserstraßen angeordnet werden, ist die hauptsächlichste Sorge darauf zu richten, die möglichen schädlichen Folgen des Menschenverkehrs nach Kräften zu verhüten.

Zu diesem Zwecke sind die im Regulativ vom 8. August 1855 angeordneten Sanitäts-Commissionen zu organisiren, welche im Verein und als Stütze der Polizeibehörde und unter Betheiligung der gesammten

## Regulamin

tyczący się środków użyć się mających w razie grożącéj cholery, oraz po wybuchnięciu tejże epidemii.

Cholera jest chorobą epidemiczną, która w największéj części przypadków zaczyna z biegunką, po któréj zazwyczaj womity następują.

Choroba ta, jeżeli jéj na samym początku nie zaniedbano, lecz troskliwie środków przeciw niéj użyto, jest po największéj części do wyleczenia, dla tego zbyteczna obawa przed nią jest nieuzasadniona.

Choroba ta tylko w wyjątkowych przypadkach rozszerza się na większe odległości powietrzem, głównie przez ludzi, zatem ona nie należy tyle do chorób miasmatycznych jak do zaraźliwych.

Przyczyną szerzenia się materyi zarażającéj są głównie ekskrementa w czasie choroby odchodzące a to w małym, jeszcze wątpliwym stopniu, póki one znajdują się jeszcze w stanie świeżym, lecz w tem większym i niewątpliwym stopniu, im bardziéj są rozczynione.

Własności téj nie utracają nawet po rozcieńczeniu, dla czego zaraza także nastąpić może od wody zanieczyszczonéj.

Ciała po zmarłych na cholerę również zachowują materyą zarażającą.

Niebezpieczeństwo zarażenia się, znacznie powiększa się przez wdychanie zepsutego, śmierdzącemi gazami napełnionego powietrza, przez przebywanie na miejscu, gdzie ziemia opadającą wodą spodnią napełniona i organiczne materye roztwarzające zawiera, oraz przez wszelkie wpływy człowieka osłabiające, zwłaszcza jeżeli dyaryą sprawiają.

Podług tego wydaje się być potrzebne:

**A. następujące środki zapobiegające grożącemu wybuchnięciu cholery.**

Ponieważ ogólna komunikacya między ludźmi nie może być tamowaną i tylko tak dalece ograniczoną być może, że dla okrętów przybywających z okolic, w których cholera panuje, w portach morskich albo przy wstępie w komunikacye wodne karanteny rozporządzane zostają, przeto głównie o to należy mieć staranie, ażeby ile możności zaradzono możliwym szkodliwym skutkom komunikacyi z ludźmi.

W tym celu należy uorganizować rozporządzone w regulaminie z dnia 8. Sierpnia 1855 komisye sanitarne, które wspólnie z władzą policyjną i jako podpora tychże oraz przy współ-

Einwohnerschaft eines Orts zunächst folgende Maßregeln zu treffen und zu überwachen haben:

1) gründliche Räumung und Reinigung der Aborte, der Dungstätten, der mit Küchenabfällen, sowie mit thierischen und menschlichen Abgängen verunreinigten Höfe und Rinnsteine und Entfernung ihres Inhalts aus der Nähe der menschlichen Wohnungen auf die Aecker zu baldiger Unterpflügung und
2) hierauf folgende, andauernd fortgesetzte Desinficirung des Abortes;
3) Untersuchung der Trinkbrunnen und Schließung solcher, deren Wasser mit organischen Zersetzungsstoffen verunreinigt ist;
4) Revision der Wohnungen, Verbesserung der Luft in denselben, durch Kalken der Wände, anhaltendes Offenhalten der Fenster und Ofenthüren, sowie Entfernung solcher Dinge aus denselben, welche durch üble Ausdünstungen die Luft verderben;
5) Ueberwachen der Verkaufsstellen für Speisen und Getränke und Vernichtung unreifen Obstes, anrüchigen Fleisches, stinkender Fische, fauliger Käse, sowie vergohrender Getränke; dabei bessere Verpflegung der armen Volksklasse durch Errichtung von Volksküchen;
6) vorläufige Bereitstellung und Ausstattung von Lazarethen an Orten, deren Größe dieselben nothwendig machen und zwar womöglich auf trockenem, luftigem, etwas erhöhtem Terrain; an kleinern Orten wenigstens Designirung und vorläufige Ausbildung von Krankenwärtern, Beschaffung der nöthigen Desinfections- und Arzneimittel, der erforderlichen Utensilien, wie Leibbinden und Steckbecken;
7) desgleichen vorläufige Bereitstellung isolirt liegender Räume zur Aufnahme von Choleraleichen, sowie von Kirchhöfen, welche vom Menschenverkehr entfernt liegen;
8) Belehrung des Publikums über zweckmäßiges Verhalten beim Eintritt der Seuche nach Anlage a.

**B. Als Maßregeln nach erfolgtem Ausbruche der Cholera.**

1) Jeder Cholerafall ist sofort dem Ortsvorstande resp. der vorgesetzten Polizeibehörde zur weiteren Anzeige zu bringen.
2) Die Wachsamkeit über die prompte Ausführung der vorher bezeichneten Verhütungsmaßregeln ist jetzt noch zu verschärfen.
3) Die ersten Cholerafälle bedürfen der strengsten Aufsicht und des energischsten Einschreitens, um die Seuche auf den möglich kleinsten Raum zu beschränken.

Zu diesem Zwecke sind die Kranken so strenge wie möglich abzusondern, oder, wo dies nicht ausführbar ist, in den Choleralazarethen unterzubringen.

udziale ogólnéj ludności miejscowéj najprzód następujące zarządzić powinny środki zaradcze i czuwać nad niemi:

1) gruntowne wyprzątnienie i czyszczenie wychodków, gnojowni, podwórz i rynsztoków zanieczyszczonych odchodami kuchennemi, oraz odchodami zwierzęcemi i ludzkiemi i odwiezienie tych nieczystości z pobliża mieszkań ludzkich na rolę w celu ich spiesznego podorania i
2) następnie ciągła desinfekcya wychodków,
3) rewizya studni i zamknięcie takich, których woda zanieczyszczoną jest organicznemi materyami roztwarzającemi,
4) rewizya mieszkań, polepszenie powietrza w takowych pobieleniem ścian, ciągłem otwieraniem okien i drzwiczek od pieców i wyprzątnieniem z nich takich przedmiotów, które szkodliwemi wyziewami powietrze psują,
5) czuwanie nad miejscami, gdzie jadło i napoje sprzedawają i zniszczenie niedojrzałego owocu, cuchnącego mięsiwa, śmierdzących ryb, zgniłego sera i skisiałych napojów, przytem podawanie lepszéj żywności klasie robotników urządzeniem kuchni ludowych,
6) tymczasowe urządzenie i wyposażenie lazaretów w miejscach, których obszerność takowych wymaga, a to ile możności na miejscach suchych, powietrzu przystępnych i nieco wysoko położonych; w mniejszych miejscowościach przynajmniéj przeznaczenie i tymczasowe wykształcenie dozórców dla chorych, przysposobienie potrzebnych środków desinfekcyjnych i lekarstw i potrzebnych utensyliów, jako to: flanelowych podwiązek i podsuwaczek dla chorych,
7) tak samo tymczasowe przysposobienie na odosobnieniu położonych lokalów do przyjęcia ciał po zmarłych na cholerę, i cmentarzy położonych w oddaleniu od mieszkań ludzkich,
8) pouczanie publiczności o stósownem zachowywaniu się w razie wybuchnięcia epidemii podług dodatku a.

**B. Środki użyć się mające po wybuchnięciu cholery.**

1) O każdym przypadku cholery należy natychmiast donieść dozorowi gminnemu, resp. przełożonéj władzy policyjnéj w celu dalszego doniesienia.
2) Czujność nad ścisłem wykonaniem powyżéj oznaczonych środków zaradczych powinna teraz jeszcze być zaostrzoną.
3) Pierwsze przypadki zapadnięcia na cholerę wymagają najściślejszego dozoru, i przedsięwzięcia najenergiczniejszych środków, w celu ograniczenia epidemii na ile możności najmniejszą przestrzeń.

Die Ueberführung von Cholerakranken nach anderen Privatwohnungen ist ohne ausdrückliche polizeiliche Bewilligung, welche nur aus erheblichen sachlichen Gründen ertheilt werden kann, nicht zu gestatten; keinenfalls aber die Verschleppung der von solchen Kranken benutzten Kleider, Betten und Wäsche, bevor dieselben nicht gründlich desinficirt sind.

Zu den Cholerakranken sind überhaupt nur diejenigen Personen zuzulassen, welche zu ihrer Pflege nothwendig sind oder welche ihr Beruf hinführt. Dieselben haben sich durch andauerndes Lüften des Krankenzimmers, sowie namentlich durch sorgfältige nachherige Reinigung, vor der Einwirkung der Krankheit zu schützen.

4) Die größte Sorgfalt erfordert die Entgiftung sämmtlicher Ausleerungen des Kranken, als der Träger des Ansteckungsstoffs, wozu Anleitung in Anlage b. ertheilt wird.

Es ist zweckmäßig, dieselben unmittelbar im Gefäße zu entleeren, welche bereits das Desinfectionsmittel enthalten, andernfalls ist ihnen dasselbe sobald als möglich zuzusetzen.

5) Außer allen Geschirren, welche zur Sammlung und Aufhebung der Choleraabgänge gedient haben, sind auch die benutzte Leib- und Bettwäsche, die Kleider und Betten, wie auch die Bettstellen und Zimmerböden, falls dieselben von Abgängen besudelt sind, zu desinficiren.

6) Choleraabgänge dürfen, selbst wenn sie desinficirt sind, niemals in gemeinsame Abtritte, auf den Höfen oder in Rinnsteine entleert werden, sondern sind dieselben in ein abgelegenes, tief ausgegrabenes Loch zu schütten und mit Erde reichlich zu bedecken.

7) Die Leichname der an der Cholera Gestorbenen sind in besondere, möglichst isolirte und von Menschen nicht bewohnte Räume zu bringen, am besten in Leichenhäuser, im Nothfalle in Ställe oder Scheunen.

Das Schaustellen derselben, sowie Zusammenkünfte des Leichengefolges in den Sterbewohnungen sind nicht zu gestatten.

Die Beerdigung hat so schnell als gesetzlich zulässig und auf Kirchhöfen, welche vom Menschenverkehr entfernt liegen und womöglich ohne Berührung anderer Ortschaften zu erreichen sind, zu erfolgen.

8) Ungewöhnliche Anhäufungen von Menschen auf einem engen Raume sind soviel als möglich zu verhüten.

Schulen, Fabriken, Gefängnisse, überhaupt Orte, welche zur Versammlung und zum Aufenthalte einer für den gegebenen Raum zahlreichen Menschenmenge dienen, sind besonders häufig und recht anhaltend zu lüften.

Kinder aus Familien, in welchen eine Choleraerkrankung vorgekommen ist, sind von der Schule

W tym celu należy chorych jaknajściślej odosobnić albo gdzie to się nie da wykonać, umieścić w lazaretach dla chorych na cholerę.

Przeprowadzenie chorych cholerycznych do innych mieszkań prywatnych bez wyraźnego pozwolenia policyjnego, które tylko z ważnych przyczyn udzielone być może, nie jest dozwolone; pod żadnym warunkiem nie wolno roznosić używanych przez zapadłych na taką chorobę sukni, pościeli i bielizny, póki te przedmioty nie zostały gruntownie desinfektowane.

Do chorych na cholerę w ogólności wolno tylko takie osoby przypuścić, które potrzebne są do ich pielęgnowania, albo które ich powołanie tam prowadzi.

Takowe powinny ciągłem wywietrzeniem pokóju dla chorych, a mianowicie następnie staraniem czyszczeniem chronić się od wpływu choroby.

4) Największéj troskliwości wymaga desinfektowanie wszelkich odchodów chorego, które rozpowszechniają materyą zarażającą; wskazówką do tego znajduje się w dodatku pod b.

Zaleca się desinfektowanie ekskrementów bezpośrednio w naczyniu, w którem środek desinfekcyjny już się mieści, w innym przypadku należy takowy jaknajprędzéj dodać.

5) Oprócz wszystkich naczyń, które służyły do nazbierania i przechowania odchodów cholerycznych, należy także desinfektować użytą bieliznę, tak od ludzi jak od pościeli, suknie, pościel, jako też łóżka i podłogi, jeżeli takowe odchodami pobrudzone zostały.

6) Odchodów cholerycznych, nawet jeżeli są desinfektowane, nie wolno nigdy wylewać we wspólne wychodki, na podwórza lub rynsztoki, lecz należy takowe wylać w odległy, głęboko wykopany dół i wysoko je pokryć ziemią.

7) Ciała po zmarłych na cholerę należy przenieść do osobnych, ile możności odosobnionych i przez ludzi nie zamieszkałych lokalów, najlepiéj do trupialni, a w braku tychże do chlewów lub stodół.

Wystawienie ciał w trumnach, zebrania żałobnych w pomieszkaniach umarłych nie są dozwolone.

Pochowanie powinno odbyć się tak rychło, jak tylko prawo dozwala i na cmentarzach, które od mieszkań ludzkich odległe i jeśli być może, osiągnięte być mogą bez zbliżenia się innym miejscowościom.

8) Niezwykłym nagromadzeniom się ludzi na szczupłem miejscu należy ile możności zapobiegać.

Szkoły, fabryki, więzienia, w ogólności miejsca służące do zebrania się i pobytu

auszuschließen; die Schulen sind aber nur dann zu schließen, wenn in dem Schulgebäude selbst eine Cholera-Erkrankung konstatirt ist.

9) Schließlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß nach § 327 des Strafgesetzbuches derjenige, welcher Absperrungs- oder Aufsichts-Maaßregeln oder Einfuhr-Verbote, welche zur Verhütung des Einführens oder der Verbreitung einer ansteckenden Krankheit angeordnet worden sind, wissentlich verletzt, Gefängnißstrafe bis zu drei Jahren zu gewärtigen hat.

## Anlage A.

### Wodurch kann sich der Einzelne am besten vor der Cholera schützen?

a) Als sicherstes Schutzmittel steht das rechtzeitige Verlassen des inficirten und Auswandern nach einem hoch gelegenen, in weiterem Umkreise seuchenfreien Orte obenan.

b) Das Zimmer, in welchem eine Cholera-Erkrankung ausgebrochen ist, werde womöglich von den übrigen Familienmitgliedern nicht ferner zum bleibenden Aufenthalt, am wenigsten zum Schlafen benutzt. Hierdurch erzeigt man dem Kranken selbst eine große Hülfe.

c) Jeder führe eine regelmäßige Lebensweise fort, welche von dem gewohnten Verhalten so wenig als möglich abweicht und vermeide strenge alles, wovon er aus Erfahrung weiß, daß es ihm leicht **Durchfall** verursacht.

In Betreff der **Nahrung** vermeide er also vorzugsweise den Genuß verdorbener, stark blähender und sehr schwer verdaulicher Speisen, unreinen oder zu reichlichen Wassers, sowie nicht ausgegohrener oder sauer gewordener Getränke.

In Betreff der **Kleidung** schütze er sich vor Erkältung, ohne durch Uebermaaß hierin die Haut-Ausdünstung zu erschweren; besonders nachtheilig ist die Erkältung der Füße und des Unterleibes, wollene Strümpfe und Flanellbinden sind deshalb zu empfehlen.

Ebenso wird die Hautthätigkeit unterstützt durch laue Seifenbäder, häufige Waschungen und öfterer Wechsel der Leib- und Bettwäsche.

Man hüte sich vor dem Gebrauch alter Kleidungsstücke, Betten und anderer Gegenstände, deren frühere Besitzer nicht bekannt sind.

In Betreff der **Wohnung** kann die darin enthaltene Luft nur durch Luftwechsel, welcher eine Verdünnung aller fremden Stoffe in derselben bewirkt, verbessert werden. Niemand darf glauben, daß die eingeschlossene Luft des Hauses so besser wäre, als die Luft auf der Straße, denn das Haus kann keine Luft nicht aus sich, sondern nur

stosunkowo wielkiéj ilości ludzi, należy szczególnie często i przez długi czas przewietrzać.

Dzieci z familii, w których się zdarzył przypadek cholery, należy wyłączyć od uczęszczania do szkoły; szkoły same tylko wtenczas powinny być zamknięte, jeżeli w samym budynku szkólnym wydarzył się przypadek choleryczny.

9) Na końcu należy na to zwrócić uwagę, że podług § 327 kodeksu karnego ten, który samowolnie przekracza przepisy tyczące się zamknięcia miejscowości lub dozorowania, albo zakazanego wprowadzania towarów, wydane celem zapobieżenia wprowadzeniu lub rozszerzeniu choroby zaraźliwéj, ulegnie karze więzienia aż do lat trzech.

## Dodatek A.

### Czem człowiek pojedyńczy może się najlepiéj ochronić od cholery?

a) Najpewniejszym środkiem zaradczym jest wczesne wyprowadzenie się z miejsca infektowanego do innego miejsca wysoko położonego i naokół wolnego od epidemii.

b) Pokój, w którym się wydarzył przypadek cholery, nie powinien być od reszty członków familii użytym do przebywania, tem mniéj do spania. Tym sposobem okazuje się choremu samemu wielką pomoc.

c) Każdy niech prowadzi życie regularne, które ile być może nie jest odmienne od zwykłego sposobu, i niech ściśle unika tego wszystkiego, co podług jego własnego doświadczenia łatwo rozwolnienie mu sprawia.

**Co do pokarmu,** niech głównie unika użycia potraw zepsutych, nieczystéj albo zbytecznéj ilości wody, jako też nie wyfermentowanych albo skisiałych napojów.

**Co do odzieży** należy się chronić od zaziębienia, lecz nie trzeba zbyteczną odzieżą utrudniać transpirowania; szczególnie szkodliwe jest zaziębienie nóg i brzucha, dla tego zaleca się noszenie wełnianych pończoch i podwiązek flanelowych.

Transpiracya ułatwia cię przez kąpiele w letniéj wodzie mydlanéj, częste umywania i częstą odmianę bielizny i powłók na pościel.

Należy strzedz się od noszenia staréj odzieży, pościeli i innych przedmiotów, których dawniejsi właściciele nie są znani.

Co się tyczy **pomieszkania,** to mieszczące się w niem powietrzo może tylko być polepszone odmianą powietrza, która sprawia rozcieńczenie wszelkich mieszczących się w niem cudzych przedmiotów. Niech nikt nie myśli, że zamknięte powietrze domowe lepsze jest od powietrza na dworze, bo dom nie może swego powietrza czerpać z siebie

aus seiner unmittelbaren Umgebung schöpfen. Je überfüllter oder kleiner eine Wohnung ist, um so nothwendiger ist der Luftwechsel.

Alle Dinge, welche durch üble Ausdünstungen die Luft verderben, müssen aus der Wohnung und ihrer Umgebung so bald als möglich entfernt werden.

In Betreff der **Beschäftigung** wirken übergroße Anstrengungen eben so schädlich, wie Ausschweifungen und Excesse jeder andern Art, wie Uebermaaß im Essen und Trinken, wie heftige Gemüthsbewegungen.

Wer seine tägliche Beschäftigung wesentlich im Zimmer verrichtet, soll sich täglich auf einige Zeit Bewegung in freier Luft machen.

d) **Jeder Durchfall während des Herrschens der Cholera kann der Vorläufer dieser Krankheit sein** und ist sorgfältig zu beachten.

Es ist hierbei gleichgültig, ob Leibschmerz oder sonstiges Unbehagen damit verbunden ist; im Gegentheil pflegt der Choleradurchfall in seinem Beginne dieser Erscheinungen zu ermangeln.

Jeder Durchfallkranke lege sich sofort in das Bett, bedecke sich mäßig warm, suche sich durch mäßigen Genuß von Kamillen- oder Pfeffermünzthee in Schweiß zu versetzen und nehme von der für solche Fälle von seinem Arzte in Vorrath verordneten Arznei. Tritt in wenigen Stunden keine Besserung ein, so rufe man **sofort** den Arzt.

## Anlage B.

### Anleitung zur desinfection.

Als Mittel zur Desinfection sind zu empfehlen:

a) **Für bewohnte Räume:** anhaltendes Lüften durch Oeffnen der Fenster und Ofenthüren; häufiges Sprengen und Räuchern mit starkem Essig oder Holzessig, Scheuern der Fußböden, welche vorher mit Carbolsäurepulver aus einem Gemenge von 50 Theilen Sand, 50 Theilen Sägemehl und 1 Theil reiner, mit Wasser angerührter Carbolsäure oder 4 bis 5 Theilen roher Carbolsäure bestehend, bestreut sind.

b) **Für Abtritte und Nachtstühle:** zunächst Einschütten einer Lösung von 10 Theilen Eisenvitriol, 3 Theilen roher Carbolsäure auf 100 Theile Wasser bis zu erreichter Geruchlosigkeit, demnächst regelmäßig fortgesetzte Anwendung dieser Lösung zu einem Weinglase nach jedesmaligem Gebrauch, oder Einstreuen einer Hand voll Carbolsäurepulver wie vor.

Rinnsteine müssen häufig mit Wasser gespült werden, Pissoirs mit Chlorkalklösung (1 Theil auf 100 Theile Wasser).

samego, tylko z swego bezpośredniego otoczenia. Im bardziéj napełnione, lub im szczuplejsze jest pomieszkanie, tem potrzebniejszą jest zmiana powietrza.

Wszelkie przedmioty, które swemi szkodliwemi wyziewami powietrze psują, powinny być jaknajprędzéj z pomieszkania i jego otoczenia wydalone.

Co się tyczy **zatrudnienia**, to zbyteczne natężenia skutkują również szkodliwie, jak zbytki i wykroczenia wszelkiego rodzaju, jak zbytek w jedzeniu i piciu i jak silne afektacye.

Ten, którego zwykłe zatrudnienie w pokoju się odbywa, powinien codziennie przez niejaki czas na wolnem powietrzu przechadzać się.

d) **Każda biegunka w czasie panowania cholery, może być początkiem téj choroby i nie należy jéj zaniedbać.**

W takim razie porówno znaczy, czy połączone są boleści brzucha, albo inne dolegliwości; przeciwnie na początku biegunki cholerycznéj takowe dolegliwości nie pokazują się.

Każdy cierpiący na biegunkę niech natychmiast położy się w łóżko, przykryje się dosyć ciepło i niech miernie użyje herbaty z rumianku albo mięty aż do nastania potów i niech zażyje lekarstwa, jakie lekarz mu na takie przypadki zapisał. Jeżeli po kilku godzinach nie nastąpiło polepszenie, należy natychmiast przywołać lekarza.

## Dodatek B.

### Wskazówka do desinfekcyi.

Jako środek do desinfekcyi zaleca się:

a) **Lokalów zamieszkałych:** ciągłe wietrzenie otwieraniem okien i drzwiczek od pieca; częste pokrapianie i kadzenie tęgim octem lub octem z drzewa, myciem podłóg, które wprzody posypano proszkiem z kwasu karbolowego składającego się z mięszaniny 50 części piasku, 50 części trocin i 1 części czystego przód z wodą pomięszanego kwasu karbolowego, albo 4 do 5 części surowego kwasu karbolowego.

b) **Wychodków i stolców:** najprzód wsypanie 10 części siarczanu żelaza, 3 części surowego kwasu karbolowego na 100 części wody, póki nie zostaną wolne od zapachu, następnie spotrzebuje się regularnie z téj masy w ilości kieliszka od wina po każdym użyciu wychodka lub stolca, albo wsypuje się garść proszku z kwasu karbolowego, jak powyżéj wskazano.

Rynsztoki powinny być często wodą wypłukane, pissoary rozpuszczonem klorkiem (1 część na 100 części wody).

c) **Für Nachtgeschirre, Steckbecken, Spucknäpfe:** Ausspülung mit obiger Eisenvitriollösung oder noch zweckmäßiger mit Carbolsäurewasser (einer Lösung von 1 Theile reiner krystallisirter Carbolsäure, welche durch Einstellen des Gefäßes in warmes Wasser flüssig gemacht wird, mit 100 Theilen Wasser, oder 3 Theilen roher Carbolsäure auf 100 Theilen Wasser. Nach dem Ausspülen ist von der genannten Lösung etwas in dem Gefäße zu belassen).

d) **Für Leib- und Bettwäsche:** Besprengen mit Carbolsäurewasser (hier ist nur die reine Säure verwendbar) dann Einbringen in **kochendes** Wasser und längeres Liegenlassen in demselben.

Betten und Matratzen werden mit Carbolsäurewasser befeuchtet und dann in Backöfen auf 80—95° Reaumur erhitzt. Lagerstroh und alle werthlosen Sachen sind zu verbrennen.

e) **Leichen** sind mit Carbolsäurewasser zu besprengen und in Tücher zu wickeln, welche mit koncentrirter Chlorkalklösung (1 Theil auf 20 Theile Wasser) getränkt sind.

f) **Für leere inficirte Räume:** Scheuern der Fußböden mit Chlorkalklösung, Tünchen der Wände und Decken mit Kalk, dem ein geringer Zusatz von Carbolsäurewasser beigemischt ist, oder wo dies nicht angänglich ist, wenigstens gründliche Durchräucherung bei geschlossenen Thüren und Fenstern mit Chlorkalk, auf welchen Salzsäure zu gießen ist, nebst folgender längerer Auslüftung.

g) **Krankenpfleger** haben sich mit Lösungen von übermangansaurem Kali (1 Theil auf 100 Theile Wasser) oder mit Carbolsäurewasser oder mit einer kräftigen Carbolseife zu waschen.

h) **Trinkwasser** wird am sichersten unschädlich gemacht durch vorheriges Abkochen oder durch einen geringen Zusatz von übermangansaurem Kali, so daß das Wasser **kaum** gefärbt erscheint.

**Königliches Medizinal-Kollegium.**

Der Herr Ober-Präsident der Provinz hat uns ein von dem Medizinal-Collegium der Provinz ausgearbeitetes Regulativ der Maßregeln bei drohendem, sowie nach erfolgtem Ausbruch der Cholera zum Zwecke der Veröffentlichung übersandt.

Wir bringen dasselbe vorstehend zur öffentlichen Kenntniß.

Bromberg, den 19. September 1871.

**Königliche Regierung,**
Abtheilung des Innern.

c) **Urynałów, podsuwaczek dla chorych, spluwaczek:** wypłukanie powyżéj oznaczonem rozpuszczeniem siarczanu żelaza, albo jeszcze lepiéj wodą z kwasem karbolowem (1 część czystego krystalizowanego kwasu karbolowego, który się rozpuszcza wstawieniem naczynia w ciepłą wodę, na 100 części wody, albo 3 części surowego kwasu karbowego na 100 części wody). Po wypłukaniu należy z rzeczonéj masy cokolwiek w naczyniu zostawić.

d) **Bielizny i powłok na pościel:** pokrapiać wodą z kwasem karbolowym (tu tylko można użyć czystego kwasu) potem włożyć we wrzącą wodę i pozostawić tam przez dłuższy czas.

Pościel i materace należy pokropić wodą z kwasem karbolowym a potem rozgrzać je w piecach mających 80 do 90 stopni ciepła podług Reaumura. Słomę z łóżek i wszelkie przedmioty nie mające wartości należy spalić.

e) **Trupy** należy pokropić wodą z kwasem karbolowym i owinąć w chusty napojone skoncentrowanem rozpuszczonem klorkiem (1 część na części wody).

f) **Próżnych infektowanych lokalów:** mycie podłóg rozpuszczanem klorkiem, pobielenie ścian i sufitów wapnem, do którego przymięszano małą ilość wody z kwasem karbolowym, albo gdzie to być nie może, przynajmniéj gruntowne kadzenie przy zamkniętych drzwiach i oknach klorkiem, do którego przymięsza się kwasu solnego a potem wywietrzenie przez czas dłuższy.

g) **Dozórcy chorych** powinni umywać się rozpuszczonem kali hypermanganicum (1 część na 100 części wody) albo wodą z kwasem karbolowym albo tęgiem mydłem karbolowym.

h) **Woda do picia** najbezpieczniéj czyni się nieszkodliwą przez poprzednie odgotowanie albo dodanie małéj części kali hypermanganicum, także woda ledwie farbowaną być się wydaje.

**Król. kolegium medecynalne.**

Pan naczelny prezes prowincyi nadesłał nam wypracowany przez kolegium medycynalne prowincyi regulamin, tyczący się środków mających się użyć wrazie grożącéj cholery oraz po wybuchnięciu tejże epidemii końcem ogłoszenia tegoż regulaminu.

Podajemy takowy powyż do wiadomości powszechnéj.

Bydgoszcz, dnia 19. Września 1871.

**Król. Rejencya,**
wydział spraw wewnętrznych.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 41. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 13. October 1871. Bydgoszcz, dnia 13. Października 1871.


## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**724** Das 30. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7881. Allerhöchster Erlaß vom 22. Juli 1871, betreffend die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen an diejenigen Männer, welche sich während des Krieges von 1870/71 durch patriotische Handlungen außerhalb des Kriegsschauplatzes besonders ausgezeichnet haben.

Nr. 7882. Allerhöchster Erlaß vom 14. August 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Guts- und Gemeinde-Chaussee im Kreise Neuhaldensleben, des Regierungsbezirks Magdeburg, von Sommerschenburg im Anschlusse an die Belsdorf-Warslebener Chaussee über Sommersdorf bis zur Braunschweigischen Landesgrenze bei Honsleben.

Nr. 7883. Privilegium wegen Emission von 4,000,000 Thalern Prioritäts-Obligationen der Rechte-Oderufer Eisenbahngesellschaft. Vom 4. September 1871.

Nr. 7884. Bekanntmachung, betreffend die der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Zweigbahn von Zehlendorf nach Kohlhaasenbrück. Vom 12. September 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 30. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7881. Najwyższe rozporządzenie z 22. Lipca 1871, tyczące się nadania orderów i oznak honorowych takim mężom, którzy się podczas wojny z r. 1870/1871 patryotycznymi czynami po za teatrem wojny szczególnie odznaczyli.

No. 7882. Najwyższe rozporządzenie z 14. Sierpnia 1871, dotyczące nadania praw fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki dominialnéj i gminnéj w powiecie Neuhaldensleben, obwodzie regencyjnym Magdeburskim, ze Sommerschenburg w styczności ze żwirówką Belsdorf-Warsleben na Sommersdorf aż do granicy krajowéj Brunświckiéj pod Honsleben.

No. 7883. Przywiléj względem emisyi 4,000,000 talarów Obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei żelaznéj po prawym brzegu Odry (Rechte-Oder-Ufer). Z 4. Września 1871.

No. 7884. Obwieszczenie, tyczące się udzielonéj Towarzystwu kolei żelaznéj Berlińsko-Poczdamsko-Magdeburskiéj — monarszéj koncesyi na budowę i proceder kolei ubocznéj z Zehlendorf do Kohlhaasenbrueck. Z 12. Września 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**725**

### Verordnung

betreffend die Einführung von Postmandaten.

Auf Grund des § 57 des Gesetzes über das Postwesen vom 2. November 1867 wird Folgendes bestimmt:

Behufs Erleichterung des Geldverkehrs kann vom 15. October 1871 ab die Einziehung von Geldern bis zu 50 Thalern oder 87½ Gulden einschl. durch Postmandat erfolgen. Formulare zu den Postmandaten können bei allen Postanstalten zum Preise von ¼ Silbergroschen für 5 Stück bezogen werden. Dem Mandate ist das einzulösende Papier (die quittirte Rechnung, der quittirte Wechsel, der Coupon 2c.) zur Aushändigung an denjenigen, welcher Zahlung leisten soll, beizufügen. Das Mandat ist vom Absender durch Angabe seines Namens und Wohnorts, des Namens und Wohnorts des Schuldners, sowie des einzuziehenden Betrages auszufüllen. Die Thaler- oder Guldensumme muß in Zahlen und in Buchstaben ausgedrückt sein. Zu schriftlichen Mittheilungen an den Schuldner ist das Postmandat, welches in den Händen der Post verbleibt, nicht zu benutzen. Bei Benennung mehrerer Personen erfolgt die Vorzeigung nur an den zuerst genannten Adressaten. Einem Postmandate können mehrere Quittungen, Wechsel, Coupons 2c. zur gleichzeitigen Einziehung von demselben Schuldner beigefügt werden, die Gesammtsumme

des einzuziehenden Betrages darf jedoch den oben bezeichneten Betrag nicht übersteigen. Die Vereinigung mehrerer Postmandate zu einer Sendung ist nicht statthaft. Der Auftraggeber hat das Postmandat nebst dessen Anlage unter verschlossenem Couvert an die Adresse der Postanstalt, welche die Einziehung bewirken soll, recommandirt abzusenden. Der Brief ist mit der Aufschrift „Postmandat" zu versehen.

Die Gebühr beträgt, einschließlich des Portos und der Recommandationsgebühr, ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages 5 Silbergroschen bezw. 18 Kreuzer. Diese Gebühr ist vom Auftraggeber vor Absendung des Briefes, möglichst durch Verwendung von Postwerthzeichen, zu entrichten. Die Uebermittelung des eingezogenen Betrages an den Auftraggeber erfolgt durch Postanweisung; die Postanweisungsgebühr wird von dem eingezogenen Betrage in Abzug gebracht. Wird der Betrag nicht eingezogen, so kommt, außer der bei der Aufgabe entrichteten Gebühr, eine weitere Gebühr nicht in Anwendung.

Ueber den Postmandat-Brief wird dem Absender ein Einlieferungsschein ertheilt. Die Postverwaltung haftet für die Beförderung des Postmandat-Briefes wie für einen recommandirten Brief, für den eingezogenen Betrag aber in demselben Umfange wie für die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge. Eine weitergehende Garantie, insbesondere für rechtzeitige Vorzeigung oder rechtzeitige Rücksendung des Postmandats nebst Anlage, wird nicht geleistet; auch übernehmen die Postanstalten weder die Protesterhebung, noch die Erfüllung anderer im Wechselrechte vorgeschriebener Formen bezüglich der ihnen zur Einziehung übergebenen Wechsel.

Die Einziehung des Betrages erfolgt gegen Vorzeigung des Postmandats und Aushändigung der quittirten Rechnung (des quittirten Wechsels 2c.). Die Zahlung ist entweder sofort an den Postboten oder, wenn der Auftraggeber nicht die sofortige Rücksendung verlangt hat, binnen sieben Tagen nach der Vorzeigung des Postmandats bei der einziehenden Postanstalt zu leisten. Erfolgt die Zahlung innerhalb dieser Frist nicht, so wird das Postmandat vor der Rücksendung dem Adressaten nochmals zur Zahlung vorgezeigt. Verlangt der Auftraggeber die sofortige Rücksendung nach einmaliger vergeblicher Vorzeigung, so ist solches durch den Vermerk „Sofort zurück" auf der Rückseite zu bezeichnen. Theilzahlungen werden nicht angenommen. Wird der Adressat nicht ermittelt, oder leistet er, auch bei der zweiten Vorzeigung des Postmandats, nicht Zahlung, so wird das Postmandat mit der Quittung (Wechsel) dem Auftraggeber mittelst recommandirten Briefes kostenfrei zurückgesandt.

An Einwohner im Orts- oder Landbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt werden Postmandate unter denselben Bedingungen wie an Adressaten im Bereiche anderer Postorte angenommen.

Berlin, den 22. September 1871.

Der Reichskanzler. In Vertretung: **Delbrück.**

**726** Verordnung,

betreffend die Besorgung von Schreiben mit Behändigungsscheinen durch die Postanstalten.

Auf Grund des § 57 des Gesetzes über das Postwesen vom 2. November 1867 wird Folgendes bestimmt:

Vom 15. October d. J. ab werden die Postanstalten auch von Privatpersonen Schreiben mit Behändigungsscheinen zur postamtlichen Insinuation annehmen.

In Betreff der Bestellung dieser Schreiben gelten die Bestimmungen im § 38 Nr. I. und II. des Reglements vom 11. Dezember 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen vom 2. November 1867, jedoch mit der Maßgabe, daß die Briefträger nicht befugt sind, die von Privatpersonen ausgehenden Schreiben mit Behändigungsschein an die Stuben- oder Hausthür des Adressaten zu befestigen.

Die gegen Behändigungsschein zu insinuirenden Schreiben müssen in Briefform zur Post geliefert werden. Gelder oder Gegenstände von Werth dürfen solchen Schreiben nicht beigefügt sein; ebensowenig darf Postvorschuß auf dergleichen Sendungen entnommen werden.

Jedem Schreiben muß ein gehörig ausgefülltes Formular zum Behändigungsschein offen beigefügt sein. Solche Formulare zu Behändigungsscheinen können bei allen Postanstalten bezogen werden, und zwar zum Preise von 1/4 Sgr. für 5 Stück.

Die Adresse des Schreibens ist mit dem Zusatze „mit Behändigungsschein" zu versehen. Auf die Außenseite des zusammengefalteten Formulars zum Behändigungsschein ist vom Absender des Schreibens die für die Rücksendung erforderliche Adresse zu setzen.

An Gebühren kommen in Ansatz:

1) das tarifmäßige Porto für die Beförderung des Schreibens nach dem Bestimmungsorte und bezw. für die Rücksendung des Behändigungsscheins, und
2) eine Insinuationsgebühr von 2 Gr. bezw. 7 Kr.

Diese Beträge können entweder vom Absender oder vom Adressaten entrichtet werden. Will der Absender die Gebühren tragen, so zahlt er bei der Einlieferung des Schreibens zunächst nur das tarifmäßige Porto für die Beförderung des Schreibens nach dem Bestimmungsorte, die anderen Beträge werden erst auf Grund des vollzogen zurückkommenden Behändigungsscheins von dem Absender eingezogen.

Falls die Insinuation nicht ausgeführt werden kann, kommt nur das tarifmäßige Porto für die Beförderung des Schreibens nach dem Bestimmungsorte zum Ansatz.

An Einwohner im Orts- oder Landbestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt werden Schreiben mit Behändigungsschein unter denselben Bedingungen wie an Adressaten im Bereiche anderer Postorte angenommen.

Berlin, den 22. September 1871.

Der Reichskanzler. In Vertretung **Delbrück.**

727 **Verordnung,**

betreffend die Versendung extraordinairer Zeitungs-Beilagen durch die Post.

Auf Grund des § 57 des Gesetzes über das Postwesen vom 2. November 1867 wird Folgendes bestimmt:

Vom 15. October 1871 ab können Drucksachen, deren Versendung nach § 15 des zu diesem Gesetze erlassenen Reglements bei ihrer Einlieferung unter der Adresse bestimmter Empfänger gegen ermäßigtes Porto stattfinden würde, unter den nachbezeichneten Bedingungen als extraordinaire Zeitungs-Beilagen mit der Post verschickt werden.

Die betreffenden Drucksachen dürfen nach Formart, Papier, Druck, oder sonst, nicht Bestandtheile derjenigen Zeitung oder Zeitschrift bilden, bei welcher die Versendung erfolgen soll.

Dieselben dürfen nicht mit der Zeitung oder Zeitschrift in einem und demselben Verlage gedruckt sein; der Verleger darf für deren Inhalt Insertions-Gebühren nicht erhoben haben.

Die Versendung extraordinairer Beilagen mit Zeitungen und Zeitschriften, welche durch die Post debitirt werden, geschieht nur auf jedesmaligen Antrag des Verlegers. Derselbe hat die beizufügenden Exemplare vor Einlieferung der Zeitung oder Zeitschrift, mit welcher die Versendung geschehen soll, der Postanstalt des Aufgabeorts vorzulegen und erhält solche nach Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr mit dem Aufgabestempel der Postanstalt bedruckt zurück, wodurch er die Befugniß erlangt, die Einfügung in die mit der Post zu versendenden Exemplare der Zeitung oder Zeitschrift zu bewirken. Die Einlieferung der gestempelten Beilagen muß innerhalb der ersten drei Tage nach der Abstempelung, den Tag der Abstempelung mitgerechnet, erfolgen, widrigenfalls die Frankirung als nicht mehr gültig angesehen, und die Versendung nur gegen neue Frankirung und Abstempelung nachgelassen wird.

Die als extraordinaire Zeitungs-Beilagen zu versendenden Drucksachen dürfen einzeln nicht über einen Bogen stark, auch nicht geheftet, brochirt oder gebunden sein. Die Postanstalten sind zur Zurückweisung solcher Beilagen befugt, welche nach Größe und Stärke des Papiers oder nach ihrer sonstigen Beschaffenheit zur Beförderung in den Zeitungspacketen nicht geeignet erscheinen.

In der Zeitung, mit welcher die Versendung erfolgen soll, muß an einer in die Augen fallenden Stelle angegeben sein, daß bei der betreffenden Nummer eine extraordinaire Zeitungs-Beilage, welche zugleich kurz zu bezeichnen ist, mit zur Versendung gelange.

Das Porto für extraordinaire Zeitungs-Beilagen beträgt für jedes Beilage-Exemplar $1/12$ Silbergroschen bezw. $7/24$ Kreuzer mit der Maßgabe, daß, wenn bei Berechnung des Gesammtbetrages dieser mit kleineren Bruchgroschen als $1/3$ abschließt, dafür $1/3$ Silbergroschen und wenn bei Berechnung des Gesammtbetrages dieser mit Bruchkreuzern abschließt, dafür 1 Kreuzer erhoben wird.

Berlin, den 30. September 1871.

Der Reichskanzler. In Vertretung **Delbrück.**

728 **Bekanntmachung.**

Beschaffenheit der durch die Post zu versendenden Packete.

Es besteht noch vielfach die Gewohnheit, die mit der Post zu versendenden Packete nur durch Buchstaben oder Zeichen zu signiren. Bei der starken Zunahme des Post-Packetverkehrs ist es aber zur Vermeidung von Verwechselungen auf das Dringendste zu empfehlen, wenn irgend möglich die vollständige Adresse des Empfängers, übereinstimmend mit dem Begleitbriefe, auf dem Packete anzugeben, also, nach dem üblichen technischen Ausdruck, die Packete per **Adresse** zu signiren. Dadurch wird eine erhöhte Sicherheit für die richtige Ueberkunft der Sendungen erreicht. Dies hat sich in überzeugendster Weise bei dem Feldpostverkehr während des letzten Krieges herausgestellt, wo ohne das Hilfsmittel der Signirung per Adresse der Päckereidienst nicht ausführbar gewesen wäre. Um die gemachten Erfahrungen auch für den Friedensverkehr zu verwerthen, richtet das General-Postamt daher an die Absender das Ersuchen, die Signirung der Packete per Adresse als Regel anzunehmen. In den Fällen, wo die Adresse wegen der Beschaffenheit des Verpackungsmaterials sich unmittelbar auf das Packet selbst nicht gut schreiben läßt, empfiehlt es sich, dieselbe auf ein Stück festen Papiers, eine Correspondenzkarte u. s. w. niederzuschreiben und diese auf der Sendung mittelst Klebestoffes, Aufnähens u. s. w. haltbar zu befestigen. Es ist nicht allein zulässig, sondern auch zweckmäßig, wenn auf diesen Signatur-Adressen, und zwar auf deren

oberem Theile, zugleich der Name, die Firma ꝛc. des Absenders angegeben ist; eine Verpflichtung dazu besteht jedoch keineswegs. Bei Beuteln, Körben, Wild u. s. w. kann die Signatur-Adresse auf sogenannten Fahnen, am Besten von Pergamentpapier, Hanfpapier mit Leinwand-Einlage oder auch von Leder, papierbeklebtem Holz u. s. w. angebracht werden.

Berlin, August 1871. General-Postamt. **Stephan.**

**729** Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben geruht, den Königl. Regierungsrath Schück hierselbst zum Vorsitzenden und den Königl. Appellationsgerichtsrath Lohmann hierselbst zum stellvertretenden Vorsitzenden der Posener Deputation für das Heimathswesen zu ernennen.

Im Verfolg meiner Amtsblatts-Bekanntmachung vom 7. September d. J. wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 2. Oktober 1871. Der Ober-Präsident. **v. Königsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**730** Auf Grund des § 28 des Regulativs über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes, in Verbindung mit dem Militairdienste im Jäger-Corps vom 1. Dezember 1864 werden wegen Ueberfüllung der Anwärterlisten bei den Königl. Regierungen zu Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg, Stettin, Cöslin, Stralsund, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Potsdam, Frankfurt a/O., Magdeburg, Merseburg, Schleswig und Cöln, sowie bei der Königl. Hof-Kammer bis auf Weiteres neue Notirungen forstversorgungsberechtigter Jäger der Klasse A. I. insoweit ausgeschlossen, daß bei den genannten Regierungen sowie bei der Königl. Hof-Kammer nur die Meldungen solcher im laufenden Kalenderjahre den Forstversorgungsschein erhaltender Jäger angenommen werden dürfen, welche in dem Bezirke derjenigen der vorgenannten Behörden, bei welchen sie sich melden, zur Zeit des Empfanges des Forstversorgungsscheins im Königlichen Forstdienste bereits beschäftigt sind.

Im Uebrigen können daher neue Notirungen forstversorgungsberechtigter Jäger nur bei den vorstehend nicht genannten Königl. Regierungen zu Königsberg, Erfurt, Münster, Minden, Arnsberg, Coblenz, Düsseldorf, Trier, Aachen, Cassel, Wiesbaden und bei der Königl. Finanz-Direktion zu Hannover, sowie bei dem Ober-Präsidio für Elsaß-Lothringen zu Straßburg angenommen werden.

Bromberg, den 3. Oktober 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**731** Bekanntmachung.

Nachdem das Gesetz vom 4. Mai 1861 über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung (B.-G.-Bl. S. 149) in Folge der mit Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Verträge vom 25. resp. 15. November v. J. in den genannten Staaten ebenfalls eingeführt ist, sind den letzteren gegenüber die Vorschriften des Gesetzes vom 13. März 1854, betreffend die Zulassung von Ausländern zur Eingehung einer Ehe in den Königl. Preußischen Staaten (G.-S. S. 123), für aufgehoben und fortfallend zu erachten.

Was dagegen das Königreich Bayern anbelangt, in welchem das Gesetz vom 4. Mai 1868 nicht zur Einführung gelangt ist, so bedarf es für die Angehörigen dieses Staats — mit der weiterhin bezeichneten Ausnahme, — falls sie in Preußen eine Ehe schließen wollen, nach wie vor der Beibringung der im § 1 des Gesetzes vom 13. Mai vorgeschriebenen Bescheinigung, da eine ohne solche abgeschlossene Ehe nach den Bayerischen Gesetzen ungültig sein würde. Es bezieht sich dies jedoch nicht auf die Angehörigen der Königlich Bayerischen Pfalz, weil für Letztere nach Lage der Bayerischen Gesetzgebung volle Verehelichungsfreiheit besteht; daher die Angehörigen derselben zum Zweck ihrer Verehelichung in Preußen eines Trauerlaubnißscheines ihrer Heimaths-Behörden nicht bedürfen. Solche sind hiernach von ihnen auch in Preußen nicht zu fordern.

Vorstehendes wird hiermit zur Kenntniß der Geistlichen und des Publikums gebracht.

Bromberg, den 2. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**732** Bekanntmachung.

Von der Kaiserlichen Normal-Eichungs-Kommission in Berlin ist ein Verzeichniß der Aufsichts-Behörden und Eichungsstellen im Deutschen Reiche, welches den Stand der Organisation bis zum Tage der Ausgabe den 5. September d. J. erkennen läßt, herausgegeben worden.

Indem wir bemerken, daß mit dem ferneren Fortschreiten der Organisation weitere Ausgaben des Verzeichnisses folgen werden, machen wir das Publikum auf obiges Verzeichniß hierdurch mit dem Hinzufügen aufmerksam, daß Exemplare aus der Verlagshandlung von W. Möser in Berlin, Stallschreiberstraße Nr. 34/35, zum Preise von 6 Sgr. für das Stück bezogen werden können.

Bromberg, den 7. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**733** Bekanntmachung.

Nach einer K. K. Oesterreichischen Ministerial-Verordnung vom 10. Mai 1867 muß jeder Ausländer, der sich nach Oesterreich begiebt, mit einem ordnungsmäßigen Passe, oder mindestens mit einer solchen Urkunde versehen sein, welcher über den Vor- und Zunamen, den Character oder die Beschäftigung und den „Zuständigkeitsort" des Reisenden vollen Aufschluß gewährt.

Es ist daher Seitens der Oesterreichischen Gesandtschaft zu Berlin auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden, daß die Preußischen Arbeiter und Gesellen bei Reisen nach Oesterreich zur Vermeidung polizeilicher Beanstandungen von den diesseitigen Behörden mit einer entsprechenden Reiselegitimation, in der insbesondere die Angabe des Zuständigkeitsortes enthalten sein muß, versehen werden.

Das betheiligte reisende Publikum machen wir auf die vorstehenden Bestimmungen aufmerksam.

Bromberg, den 29. September 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**734** Die beiden Kreis-Thierarzt-Stellen der Kreise **Löbau** und **Rosenberg** sind noch immer unbesetzt.

Wir fordern qualifizirte Thierärzte wiederholt auf, unter Einreichung der erforderlichen Zeugnisse sich bei uns innerhalb 6 Wochen zu melden.

Marienwerder, den 2. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**735** Bekanntmachung.

Die beiden Domainen-Vorwerke Caymen nebst Schloß Caymen und Legehnen nebst dem Abbau Zatten, Kreises Labiau, sollen auf 18 Jahre von Johannis 1872 bis Johannis 1890 meistbietend neu verpachtet werden.

Dieselben liegen von der nächsten Handelsstadt Königsberg circa 4¼ Meilen, von der Kreisstadt Labiau circa 3 resp. 2¾ Meilen und unter sich von einander ⅝ Meilen entfernt. Mit beiden Städten ist Caymen durchweg, Legehnen bis auf eine Strecke von ⅛ Meile durch Chaussee-Straßen verbunden. Auch der Weg zwischen beiden Vorwerken ist bis auf ⅛ Meile chaussirt.

Die Vorwerke enthalten und zwar

1) Caymen nebst Schloß:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Acker | 274,464 | Hektare | oder | 1074 | Morgen | 175 | □Ruthen, |
| Wiesen | 46,957 | „ | „ | 183 | „ | 164 | „ |
| Weiden | 12,769 | „ | „ | 50 | „ | 2 | „ |
| Gärten | 4,427 | „ | „ | 17 | „ | 61 | „ |
| Hof- und Baustellen | 2,966 | „ | „ | 11 | „ | 111 | „ |
| Teiche | 6,384 | „ | „ | 25 | „ | 1 | „ |
| Gräben | 9,460 | „ | „ | 37 | „ | 9 | „ |
| Wege | 11,773 | „ | „ | 46 | „ | 20 | „ |
| zusammen | 369,200 | Hektare | oder | 1446 | Morgen | 3 | □Ruthen. |

2) Legehnen nebst Abbau Zatten:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Acker | 118,396 | Hektare | oder | 463 | Morgen | 128 | □Ruthen, |
| Wiesen | 80,313 | „ | „ | 314 | „ | 100 | „ |
| Weiden | 57,007 | „ | „ | 223 | „ | 49 | „ |
| Gärten | 1,986 | „ | „ | 7 | „ | 140 | „ |
| Hof- und Baustellen | 2,194 | „ | „ | 8 | „ | 107 | „ |
| Teiche | 0,465 | „ | „ | 1 | „ | 148 | „ |
| Gräben | 7,421 | „ | „ | 29 | „ | 12 | „ |
| Wege | 4,420 | „ | „ | 17 | „ | 56 | „ |
| zusammen | 272,202 | Hektare | oder | 1066 | Morgen | 20 | □Ruthen, |
| beide Vorwerke zusammen also | 641,402 | Hektare | oder | 2512 | Morgen | 23 | □Ruthen. |

Das Minimum des Pachtgeldes ist auf jährlich 4900 Thlr. und die Pacht-Caution, welche im Licitations-Termine von den drei Bestbietenden zu deponiren ist, auf 1800 Thlr. festgesetzt.

Das von den Pachtbewerbern in oder vor dem Licitations-Termine zur Uebernahme der Pacht nachzuweisende eigenthümliche und disponible Vermögen beträgt 36,000 Thlr. Beim Nachweise dieses Vermögens haben sich die Bietungslustigen auch über ihre Solidität und Qualification als Landwirthe auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist ein Termin **auf Freitag den 24. November 1871,** Vormittags 11 Uhr, im Geschäftslokale der hiesigen Regierung vor dem Herrn Geheimen-Regierungs-Rath Burchard anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Bietungstermin unter Umständen schon nach einstündiger Dauer geschlossen werden kann.

Die Verpachtungsbedingungen, Regeln der Lizitation, Karten und Vermessungs-Register können sowohl in unserer Registratur als auch auf der Domaine Caymen eingesehen werden.

Königsberg, den 26. September 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**736** Bekanntmachung.

Das Invaliden-Gesetz vom 27. Juni c. hat gemäß § 112 desselben rückwirkende Kraft auf die bereits anerkannten Invaliden des Feldzuges von **1870—71.** Denselben stehen, von dem Zeitpunkte ihrer Anerkennung ab, die nach obigem Gesetze höher normirten Pensionssätze zu, welche ihnen für die verflossene Zeit nachzuzahlen sind.

Die Anerkennung hierzu ist bei dem allergrößten Theile der Invaliden bezeichneter Kategorie Seitens der Königlichen General-Kommandos bereits erfolgt.

Alle diejenigen, nach dem frühern Invaliden-Gesetz vom Jahre 1865 anerkannten Invaliden **des Feldzuges 1870—71**, bei denen die Anerkennung zu den höher normirten Pensionssätzen des Gesetzes vom 27. Juni c. noch nicht erfolgt sein sollte, haben sich bis zum 25. d. Mts. bei dem unterzeichneten Kommando unter Einreichung ihrer bezüglichen Militairpapiere, Behufs Anerkennung nach dem neuen Gesetze, zu melden, widrigenfalls später angebrachte Ansprüche erst im Januar nächsten Jahres zur Vorlage kommen würden.

Bromberg, den 4. Oktober 1871. Königl. Landwehr-Bezirks-Kommando.

**737** Ab 1. November d. J. wird die **Belgische** Station **Hastières** in den **Norddeutsch-Rheinisch-Belgischen** Güterverkehr vom 1. Oktober 1869, in welchem für die Ostbahnstationen Bromberg, Danzig, Elbing, Braunsberg und Königsberg nur der Spezial-Tarif 3 für Flachs, Hanf, Heede und Werg besteht, als Verbandstation mit den für die Station Marchiennes bestehenden Tarifsätzen aufgenommen.

Von demselben Tage ab kommen für derartige Sendungen nach den Belgischen Stationen Jambes, Dave, Lustin, Godinne, Yvoir, Dinant und Heer-Agimont nicht mehr die Tarifsätze der Station Givet, sondern diejenigen der Station Hastières zur Anwendung.

Bromberg, den 30. September 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**738** Bekanntmachung.

Die Interessenten der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse werden benachrichtigt, daß zum Ersatze der reglementsmäßig ausscheidenden Mitglieder des Kuratoriums und ihrer Stellvertreter zum 1. Januar 1872, nach § 23 Littr. d. bis g. des Reglements vom 3. September 1836, die Neuwahl dreier Kuratoren und dreier Stellvertreter zu vollziehen ist.

Zu diesem Behufe werden wir die erforderlichen Wahlzettel den Interessenten bei Ausreichung der Beitragsquittungen in dem mit dem 1. Dezember d. J. beginnenden Zahlungs-Termine zugehen lassen.

Berlin, den 26. August 1871.

Direktion der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**739** Der Regierungsrath Bredow ist von der Königlichen Regierung zu Cöslin an die hiesige Königliche Regierung versetzt und in das Regierungs-Kollegium eingeführt worden.

Radzca rejencyjny Bredo został od królewskiéj rejencyi w Koźlinie do tutejszéj królewskiéj rejencyi przeniesiony i do kolegium rejencyjnego wprowadzony.

**740** Der Regierungs-Sekretariats-Assistent von Rechenberg ist zum Regierungs-Sekretair befördert worden.

Asystent sekretariatu rejencyjnego ur. Rechenberg został posunięty na sekretarza rejencyjnego.

**741** Gustav Fitting als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Wirsitz interimistisch angestellt.

**742** An Stelle des Hilfspredigers Schid zu Inowraclaw ist der Predigtamts-Kandidat Johann Friedrich Otto Naatz aus Berlin vom 1. Oktober d. J. ab berufen worden.

**743** Dem bisherigen Landrentmeister und Regierungs-Haupt-Kassen-Rendanten Ulrich zu Gumbinnen ist höheren Orts die erledigte Stelle des Landrentmeisters und Rendanten der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse übertragen und ist derselbe in dies Amt eingeführt worden.

Dotychczasowemu landrentmaistrowi i rendantowi kasy głównéj rejencyjnéj Ulrich z Gąbina została z wyższego ramienia powierzona opróżniona posada landrentmaistra i rendanta przy tutejszéj kasie głównéj rejencyjnéj, w który to urząd wprowadzony został.

744 Dem Polizei-Anwalt, Bürgermeister Priebe zu Trzemeszno ist die Verwaltung der Geschäfte des Polizei-Anwalts für den gesammten ländlichen Polizei-Distrikt Trzemeszno kommissarisch übertragen worden.

Prokuratorowi policyjnemu i burmistrzowi Priebe w Trzemesznie powierzonem zostało komisaryjnie sprawowanie czynności prokuratora policyjnego na cały wiejski okręg policyjny Trzemeszna.

745 Der Distrikts-Kommissarius Grunwald zu Gniewkowo ist für den seiner Verwaltung anvertrauten Polizei-Distrikt Gniewkowo, einschließlich des Stadtbezirks Gniewkowo, zum Polizei-Anwalt kommissarisch bestellt worden.

Komisarz obwodowy Grunwald w Gniewkowie został komisarycznie ustanowiony prokuratorem policyjnym na okręg policyjny Gniewkowa wraz z okręgiem miasta Gniewkowa, którego zarząd ma sobie powierzony.

746 Florian Trzemzalski als Lehrer bei der katholischen Schule zu Ostrowo bei Strzelno, im Kreise Inowraclaw, definitiv angestellt.

747 Der Distrikts-Kommissarius Janke in Bromberg ist für den Polizei-Distrikt Bromberg zum kommissarischen Polizei-Anwalt bestellt worden.

Komisarz obwodowy Janke w Bydgoszczy został ustanowiony komisarycznym prokuratorem policyjnym na okręg policyjny Bydgoszczy.

748 Der Militair-Supernumerarius Rudolph Constanz ist zum Regierungs-Sekretariats-Assistenten befördert worden.

Supernumerariusz wojskowy Rudolf Constanz został posunięty na asystenta sekretariatu rejencyjnego.

## Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

749 Der Schulamts-Kandidat Dr. Gottfried Kühn ist als ordentlicher Lehrer an der Realschule zu Bromberg angestellt worden.

## Königliches Appellations-Gericht.

750 An Stelle des verstorbenen Schiedsmanns Wojciechowski ist der Lehrer Hermann Kandziora in Rogowo für den Bezirk Königlich Grochowiska Nr. 1, Kreis Mogilno, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Weidemann in Miencierzyn bestellt worden.

Dla okręgu Grochowisk królewskich, w powiecie Mogilnickim, został w miejsce zmarłego rozjemcy Wojciechowskiego nauczyciel Hermann Kandziora z Rogowa na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowany jest rozjemca Weidemann w Męcierzynie.

751 An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Krantz in Poslugowko ist der Lehrer Joseph Janowski in Sarbinowo für den Bezirk Bielawy, Kreis Wongrowiec, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt, und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Patrzykowski in Lopienno bestellt worden.

Dla okręgu Bielawskiego, w powiecie Wągrowieckim, został w miejsce rozjemcy Krantza z Posługówka nauczyciel Józef Janowski w Sarbinowie zamieszkały na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Na zastępcę jego mianowano rozjemcę Patrzykowskiego w Łopiennie.

## Telegraphen-Direction.

752 Dem Ober-Telegraphisten Timm aus Stettin ist die Verwaltung der Kaiserlichen Telegraphen-Station in Samter übertragen worden.

753

## Personal-Veränderungen

im Ober-Post-Directions-Bezirke Posen pro September 1871.

Angenommen: der Abiturient Riediger aus Czyskowko bei Bromberg zum Posteleven.
Angestellt: der Lehrer Zellmann in Wlostowo als Postagent.
Bestätigt: 1) der Post-Anwärter Jahr in Schneidemühl und
2) " " " Walke in Kreuz als Post-Amts-Assistenten.
Versetzt: 1) der Wagenmeister Garski und
2) der Bureaudiener Sonnenberg von Exin nach Bromberg.
Entlassen: der Post-Amts-Assistent Burath in Schönlanke.

754

## Personal-Veränderungen

im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Der Regierungs-Assessor Lüdicke in Bromberg ist aus dem Staatsdienste geschieden und als Mitglied des Directoriums zur Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft übergetreten.
2) Die Bureau-Assistenten Müller, Rosenfeldt und Buchholz in Bromberg sind zu Königlichen Eisenbahn-Secretairen ernannt.

3) Versetzt sind: a. der Baumeister Hassenkamp in Bromberg unter gleichzeitiger Ernennung zum Königlichen Eisenbahn-Baumeister nach Cassel,
b. der comm. Stations-Vorsteher Vonhoff in Grunau als Stations-Vorsteher nach Oletzko,
c. der Stations-Aufseher Nelke in Miasteczko als Stations-Vorsteher nach Trakehnen.

755 Personal-Veränderungen
im Bezirk des Königl. Oberbergamts zu Breslau während des III. Quartals 1871.

Ertheilt: dem Oberbergrath Lindig in Breslau der Character als Geheimer Bergrath.
Ernannt: der Hütteninspektor Jüngst auf der Königl. Eisengießerei bei Gleiwitz zum Hüttenwerks-Direktor daselbst, der Bergreferendar Dondorf zum technischen Secretär bei der Königl. Berginspektion zu Zabrze.
Gestorben: der Bergmeister Richard Schmidt in Waldenburg.
Beurlaubt: der technische Secretär Drescher in Zabrze auf ein Jahr unter Verzichtleistung auf seine Stelle.
Verliehen: das eiserne Kreuz II. Klasse am schwarzen Bande:
dem Hütteninspektor Schnackenberg zu Malapane, dem technischen Secretär Kreuschner zu Königshütte, den Berg-Assessoren C. Junghann, Hoffmann und Weißleder, den Berg-Referendarien Schubert und Ganzel;
das eiserne Kreuz II. Klasse am weißen Bande:
dem Oberbergrath Gedike in Breslau;
das Ritterkreuz II. Klasse des Großherzoglich-Sächsischen Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken:
dem Bergassessor Hoffmann und Berg-Referendar Ganzel.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 41.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 42. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 20. October 1871. Bydgoszcz, dnia 20. Października 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**756** Das 39. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 702. Allerhöchster Erlaß vom 1. Oktober 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Gesammtbetrage von 4,971,600 Thalern zum Zwecke der Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und der Herstellung der Küstenvertheidigung.

Nr. 703. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Johann Georg Poppe zu Lissabon zum Generalkonsul des Deutschen Reichs daselbst, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Eduard Katzenstein zu Porto, John Pomeroy Dabney zu Fayal (Azoren) für den Distrikt von Horta, Nikolaus Krohn zu Funchal (Madeira), Luiz Antonio Cardozo auf Ilha do Maio (Kap Verdische Inseln), Heinrich Scholtz auf St. Miguel (Azoren), T. Macaulay Miller auf St. Vincent (Kap Verdische Inseln), Joao Carlos da Silva auf Terceira (Azoren) und den bisherigen Vizekonsul des Norddeutschen Bundes José Antonio Martins auf Ilha do Sal (Kap Verdische Inseln) zu Konsuln, sowie die bisherigen Vizekonsuln des Norddeutschen Bundes Francisco José Tavares zu Faro, J. A. Pinto Cabral zu Lagos, Dr. jur. Adolph Jerosch zu Lissabon, Charles Torlades O'Neill zu Setubal, José Joaquim Serpa zu Villa Nova de Portimao zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Nr. 704. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, Legations-Rath Julius Freiherrn v. Rechenberg zu Warschau zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Polen, den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Christian Heinrich von Wöhrmann zu Riga zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Kur- und Liefland, den bisherigen Königlichen Baierischen Konsul Josaphat Ellinger zu Odessa

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 39. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 702. Najwyższe rozporządzenie z 1. Października 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ogólnéj ilości 4,971,600 tal. w celu rozszerzenia związkowéj marynarki wojennéj i urządzenia obrony pobrzeżnéj.

No. 703. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Jana Jerzego Poppe w Lizbonie mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego tamże, dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Edwarda Katzenstein w Porto, John Pemeroy Dabney we Fayal (Azory) na obwód Horta, Mikołaja Krohn we Funchal (Madeira), Luiz Antonio Cardozo na Ilha do Mairo (wyspy Kap Werdzkie), Henryka Scholtz na St. Miguel (Azory), T. Maucolay Miller na St. Vincent (wyspy Kap Werdzkie), Joao Carlos da Silva na Terceira (Azory) oraz dotychczasowego wicekonsula Związku północno-niemieckiego José Antonio Martins na Ilha do Sal (wyspy Kap Werdzkie) konsulami, jako też dotychczasowych wicekonsulów Związku północno-niemieckiego Francisco José Tavares we Faro, J. A. Pinto Cabral w Lagos, Dr. jur. Adolfa Jerosch w Lizbonie, Charles Torlades O'Neill w Setubal, José Joaquim Serpa we Villa Nova de Portimao wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

No. 704. Najjaśniejszy Cesasz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego, radcę legacyjnego Juliusza Barona v. Rechenberg w Warszawie mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Polskę, dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Krystyana Henryka v. Woehrmann w Rydze konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Kurlan-

zum Generalkonsul des Deutschen Reichs daselbst, den Legationssekretair bei der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft zu St. Petersburg und bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Legationsrath Dr. jur. Viktor Ernst Richard v. Bojanowski zu St. Petersburg, sowie die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Christian Friedrich Voß zu Abo, Alexander Rigler zu Akkiermann (Chotin), Johannes Gernet zu Archangel, Johann Haemmerlé zu Berdiansk, Georg Wentzel zu Björneborg, Karl Emil Carlström zu Christinestad, Frithiof Hultman zu Ekenäs, Karl Friedrich Ulrich Schneider zu Libau, Eduard Alexander Sutthoff zu Narva, Karl Grundfeldt zu Ny Karleby, Nicolai Michael Bremer zu Pernau, Andreas Christian Koch zu Reval, Jean Emmanuel Scaramanga zu Rostoff, Alexander Haemmerlé zu Taganrog, Dr. Georg Otto Siemens zu Tiflis, Frans Johan Franzén zu Uleaborg, Johann Friedrich Hackman zu Wiborg und Karl Ernst Mahler zu Windau zu Konsuln, ferner die bisherigen Vizekonsuln des Norddeutschen Bundes, Wilhelm Lüders zu Kronstadt, Jean Despot zu Mariupol und Paul Robert Christian Koch zu Reval zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

dyą i Liflandyą, dotychczasowego Królewsko-Bawarskiego konsula Josaphat Etlinger w Odessie konsulem generalnym Państwa Niemieckiego tamże, sekretarza legacyjnego przy Cesarsko - Niemieckiem poselstwie w Petersburgu i dotychczasowego konsula Związku północno - niemieckiego, radcę legacyjnego Dr. jur. Wiktora Ernesta Ryszarda Bojanowskiego w Petersburgu, tudzież dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Krystyana Fryderyka Voss w Abo, Aleksandra Rigler w Akiermanie (Chotin), Jana Gernet w Archangielu, Jana Haemmerlé w Berdiansk, Jerzego Wentzel w Bjoerneborg, Karóla Emila Carlstroem w Christinestad, Frithiof Hultman w Ekenaes, Karóla Fryderyka Ulryka Schneider w Libau, Edwarda Aleksandra Sutthoff w Narwie, Karóla Grundfeldt w Ny Karleby, Nicolai Michael Bremer w Pernau, Andrzeja Krystyana Koch w Rewalu, Jean Emanuel Scaramanga w Rostoff, Aleksandra Haemmerlé w Taganrogu, Dr. Jerzego Otona Siemens w Tiflis, Frans Johan Franzén w Uleaborg, Jana Fryderyka Hackman we Wiborg i Karóla Ernesta Mahler we Windau konsulami, dalej dotychczasowych wicekonsulów Związku północno - niemieckiego Wilhelma Lueders w Kronstadzie, Jean Despot w Mariupolu i Pawła Roberta Krystyana Koch w Rewalu wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

Nr. 705. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Kaufmann Joseph Adolph Simmers zu Toronto (Canada) zum Konsul des Deutschen Reichs daselbst zu ernennen geruht.

No. 705. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego Józefa Adolfa Simmers kupca w Toronto (Kanada) mianować konsulem Państwa Niemieckiego tamże.

Nr. 706. Dem Kaufmann Fritz Ludwig Peter Ivers zu Stettin ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Königlich Schwedischer und Norwegischer Generalkonsul daselbst ertheilt worden.

No. 706. Fryderykowi Ludwikowi Piotrowi Ivers kupcowi w Szczecinie udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na Królewsko-Szwecko i Norwegskiego konsula generalnego tamże.

Nr. 707. Dem Kaufmann Hugo Poensgen in Cöln ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Konsul der Republik Chili ertheilt worden.

No. 707. Hugonowi Poensgen kupcowi w Kolonii udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na kosula Rzeczpospolitéj Chili.

**757** Das 40. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes enthält unter:

Nr. 708. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages. Vom 5. Oktober 1871.

Oddział 40. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 708. Rozporządzenie, tyczące się zwołania Parlamentu. Z 5. Października 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**758** Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Einlösung der am 1. November d. J. fälligen Coupons der fünfjährigen fünfprozentigen Schatzanweisungen des Norddeutschen Bundes inner-

Obwieszczenie.

Podaje się niniejszém do powszechnéj wiadomości, że wymiana płatnych dnia 1. Listopada r. b. kuponów od pięcioletnich pięcioprocentowych asygnat skarbowych związku

halb des Deutschen Reichs bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94 unten links, bei sämmtlichen Preußischen Regierungs- und Bezirks-Hauptkassen, bei der Königl. Sächsischen Finanz-Hauptkasse zu Dresden, sowie bei den Ober-Postkassen zu Leipzig, Frankfurt a/M., Köln, Hamburg und Bremen von dem genannten Tage ab erfolgen wird.

Wegen der bei der Einlösung dieser Coupons zu beobachtenden Formen wird auf unsere Bekanntmachung vom 14. April d. J. (Preuß. Staats-Anzeiger Nr. 106) Bezug genommen.

Berlin, den 10. Oktober 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.
**von Wedell. Löwe. Meinecke.**

nocno-niemieckiego nastąpi śród całego państwa niemieckiego od dnia wyrażonego przy kasie umarzającéj długi rządowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94, na dole po lewéj ręce, przy wszystkich Pruskich kasach głównych rejencyjnych i okręgowych, przy Królewsko-Saskiéj głównéj kasie finansowéj w Dreźnie, jako też przy kasach wyższych pocztowych w Lipsku, Frankfurcie n. M., Kolonii, Hamburgu i Bremie.

Co do form, mających się przy wymianie tych kuponów zachować, odnosi się do obwieszczenia naszego z dnia 14. Kwietnia r. b. (Pruski Staatsanzeiger No 106).

Berlin, dnia 10. Października 1871.

Zarząd główny długów państwowych.
**von Wedell. Löwe. Meinecke.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**759** Bekanntmachung.

Die beiden Domainen-Vorwerke Caymen nebst Schloß Caymen und Legehnen nebst dem Abbau Zatten, Kreises Labiau, sollen auf 18 Jahre von Johannis 1872 bis Johannis 1890 meistbietend neu verpachtet werden.

Dieselben liegen von der nächsten Handelsstadt Königsberg circa 4¼ Meilen, von der Kreisstadt Labiau circa 3 resp. 2¾ Meilen und unter sich von einander ⅝ Meilen entfernt. Mit beiden Städten ist Caymen durchweg, Legehnen bis auf eine Strecke von ⅛ Meile durch Chaussee-Straßen verbunden. Auch der Weg zwischen beiden Vorwerken ist bis auf ⅙ Meile chaussirt.

Die Vorwerke enthalten und zwar

1) Caymen nebst Schloß:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Acker | 274,464 | Hektare | oder | 1074 | Morgen | 175 | □Ruthen, |
| Wiesen | 46,957 | „ | „ | 183 | „ | 164 | „ |
| Weiden | 12,769 | „ | „ | 50 | „ | 2 | „ |
| Gärten | 4,427 | „ | „ | 17 | „ | 61 | „ |
| Hof- und Baustellen | 2,966 | „ | „ | 11 | „ | 111 | „ |
| Teiche | 6,384 | „ | „ | 25 | „ | 1 | „ |
| Gräben | 9,460 | „ | „ | 37 | „ | 9 | „ |
| Wege | 11,773 | „ | „ | 46 | „ | 20 | „ |
| zusammen | 369,200 | Hektare | oder | 1446 | Morgen | 3 | □Ruthen. |

2) Legehnen nebst Abbau Zatten:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Acker | 118,396 | Hektare | oder | 463 | Morgen | 128 | □Ruthen, |
| Wiesen | 80,313 | „ | „ | 314 | „ | 100 | „ |
| Weiden | 57,007 | „ | „ | 223 | „ | 49 | „ |
| Gärten | 1,986 | „ | „ | 7 | „ | 140 | „ |
| Hof- und Baustellen | 2,194 | „ | „ | 8 | „ | 107 | „ |
| Teiche | 0,465 | „ | „ | 1 | „ | 148 | „ |
| Gräben | 7,421 | „ | „ | 29 | „ | 12 | „ |
| Wege | 4,420 | „ | „ | 17 | „ | 56 | „ |
| zusammen | 272,202 | Hektare | oder | 1066 | Morgen | 20 | □Ruthen, |
| beide Vorwerke zusammen also | 641,402 | Hektare | oder | 2512 | Morgen | 23 | □Ruthen. |

Das Minimum des Pachtgeldes ist auf jährlich 4900 Thlr. und die Pacht-Caution, welche im Licitations-Termine von den drei Bestbietenden zu deponiren ist, auf 1800 Thlr. festgesetzt.

Das von den Pachtbewerbern in oder vor dem Licitations-Termine zur Uebernahme der Pacht nachzuweisende eigenthümliche und disponible Vermögen beträgt 36,000 Thlr. Beim Nachweise dieses Vermögens haben sich die Bietungslustigen auch über ihre Solidität und Qualification als Landwirthe auszuweisen.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist ein Termin **auf Freitag den 24. November 1871,** Vormittags 11 Uhr, im Geschäftslokale der hiesigen Regierung vor dem Herrn Geheimen-Regierungs-

Rath Burchard anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Bietungstermin unter Umständen schon nach einstündiger Dauer geschlossen werden kann.

Die Verpachtungsbedingungen, Regeln der Lizitation, Karten und Vermessungs-Register können sowohl in unserer Registratur als auch auf der Domaine Caymen eingesehen werden.

Königsberg, den 26. September 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

**760** Katholische Präparanden-Anstalt in Exin.

Mit dem 6. November d. J. wird in Exin eine katholische Präparanden-Anstalt eröffnet werden. Dieselbe gewährt unentgeldlichen Unterricht und eine Unterstützung bis zu drei Thlr. monatlich.

Katholische Knaben, welche sich zum Eintritt in das Schullehrer-Seminar vorbereiten, das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben und Willens sind, von genannter Anstalt Gebrauch zu machen, haben sich beim Herrn Seminar-Direktor Kubowicz in Exin unter Vorlegung ihres Taufzeugnisses, eines ärztlichen Zeugnisses über ihre körperliche Gesundheit, ihres Entlassungs-Zeugnisses aus der Schule und eines Führungs-Zeugnisses von ihrem Seelsorger am 6. November c., Vormittags 8 Uhr, zu melden und einer Prüfung über ihre Schulkenntnisse zu unterwerfen. Von dem Resultat dieser Prüfung hängt ihre Aufnahme in die Präparanden-Anstalt ab.

Bromberg, den 16. Oktober 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

**Instytut katolicki dla preparandów w Keyni.**

Dnia 6. Listopada r. b. otworzony będzie w Keyni instytut katolicki dla preparandów. Udziela się w nim bezpłatnie lekcye i wsparcie do 3 tal. miesięcznie.

Chłopcy, katolicy, którzy się do seminaryum nauczycielskiego sposobią, piętnasty rok życia ukończyli i z powyższego instytutu chcą korzystać, winni się dnia 6. Listopada r. b. o godz. 8méj przed południem u dyrektora seminaryum księdza Kubowicza w Keyni zgłosić, swe metryki, zaświadczenie lekarza co do ich zdrowia, swe zaświadczenia szkólne przy wystąpieniu z szkoły odebrane i świadectwo swego pasterza co do ich prowadzenia złożyć i zdać egzamin ze swych wiadomości szkólnych. Od rezultatu tego egzaminu zawisło ich przyjęcie do tego instytutu preparandów.

Bydgoszcz, dnia 16. Października 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**761** Bekanntmachung.

Zur möglichsten Vermeidung von Verwechselungen und irrthümlichen Verladungen, welche bei der großen Zahl der im Local- wie im Verband-Güter-Verkehr zur Beförderung gelangenden Gegenstände ungeachtet der größten Aufmerksamkeit leicht eintreten, empfehlen wir mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 13. Juni c. den Versendern von Gütern wiederholt dringend, solche stets **mit der deutlichen Bezeichnung des Bestimmungsortes zu versehen.**

Bromberg, den 14. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**762** Des Königs Majestät haben dem Polizei-Distrikts-Kommissarius Kopitzke zu Poln.-Crone den rothen Adler-Orden 4. Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Jego Królewska Mość raczył komisarzowi policyjno-obwodowemu Kopitzke w Koronowie najmiłościwiéj nadać order orła czerwonego 4téj klasy.

**763** Der mit der Verwaltung des Polizeidistrikts Labischin betraute Regierungs-Civil-Supernumerar, Mylo II. in Labischin, ist für diesen Distrikt zugleich als Polizei-Anwalt kommissarisch bestellt worden.

Cywilny supernumerariusz rejencyjny Mylo II. w Łabiszynie, mający sobie powierzony zarząd okręgu policyjnego Łabiszyna, został dla tego okręgu komisarycznie ustanowiony również jako prokurator policyjny.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**764** Der Gymnasiallehrer Dr. Prosper Wesener aus Inowraclaw ist als ordentlicher Lehrer an das Königl. Progymnasium zu Trzemeszno berufen worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 42.

**Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.** № 43. **Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.**

Bromberg, den 27. October 1871. Bydgoszcz, dnia 27. Października 1871.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

765 Das 31. Stück des diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7885. Allerhöchster Erlaß vom 18. September 1871, betreffend die Genehmigung des Revidirten Reglements für die Städte-Feuersozietät der Kur- und Neumark, der Niederlausitz und der Aemter Senftenberg und Finsterwalde von 1871.

Nr. 7886. Allerhöchster Erlaß vom 18. September 1871, betreffend die Genehmigung der Beschlüsse der Generalversammlung des landschaftlichen Kreditvereins in der Provinz Posen vom 29. März 1871.

Nr. 7887. Allerhöchster Erlaß vom 20. September 1871, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu dem Reglement für die Feuersozietät des platten Landes des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Oberlausitz vom 28. Dezember 1864.

Nr. 7888. Allerhöchster Erlaß vom 20. September 1871, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu dem Reglement für die Feuersozietät der sämmtlichen Städte des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Oberlausitz, mit Ausschluß der Stadt Breslau, vom 1. September 1852.

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 31. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7885. Najwyższe rozporządzenie z 18. Września 1871, tyczące się potwierdzenia Przejrzanego Regulaminu dla Towarzystwa ogniowego miast Marchii Elektoralnéj i Nowéj Marchii, Dolnéj Luzacyi i amtów Senftenberg i Finsterwalde z r. 1871.

No. 7886. Najwyższe rozporządzenie z 18. Września 1871, tyczące się potwierdzenia uchwał walnego zebrania Towarzystwa kredytowego ziemskiego w Prowincyi Poznańskiéj z 29. Marca 1871.

No. 7887. Najwyższe rozporządzenie z 20. Września 1871, tyczące się potwierdzenia dodatku do Regulaminu dla Towarzystwa ogniowego wsi Księstwa Szląskiego, Hrabstwa Kłodzkiego i Margrabstwa Górnéj Luzacyi z 28. Grudnia 1864.

No. 7888. Najwyższe rozporządzenie z 20. Września 1871, tyczące się potwierdzenia dodatku do Reguleminu dla Towarzystwa ogniowego wszystkich miast Księstwa Szląskiego, Hrabstwa Kłodzkiego i Margrabstwa Górnéj Luzacyi, z wyjątkiem miasta Wrocławia, z 1. Września 1852.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

766

### Verordnung,
betreffend die Bücher-Bestellzettel.

Auf Grund des § 57 des Gesetzes über das Postwesen vom 2. November 1867 wird Folgendes bestimmt:

Der Absatz XI. des § 14 des Reglements vom 11. Dezember 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen, welcher lautet:

Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt, auch kann denselben das Manuscript beigelegt werden. Die bei Correcturbogen erlaubten Zusätze können in Ermangelung des Raumes auch auf besonderen, den Correcturbogen beigefügten Zetteln angebracht sein.

erhält den Zusatz:

In den Bücher-Bestellzetteln nach der von der Postverwaltung vorgeschriebenen Form kann die Bezeichnung der bestellten Bücher, Zeitschriften, Bilder und Musikalien handschriftlich erfolgen.

Berlin, den 14. Oktober 1871. Der Reichskanzler. J. V.: **Delbrück.**

767

### Bekanntmachung.
Postversendungsdienst für die Occupations-Armee in Frankreich.

Feldpost-Privatpäckereien für die **24.** Infanterie-Division müssen bis auf Weiteres von der Postbeförderung ausgeschlossen bleiben.

Die Annahme von Feldpost-Privatpäckereien ist mit Rücksicht hierauf gegenwärtig nur für nachbezeichnete Truppenkörper statthaft:

für das **15.** Armee-Corps, sowie für die **4.**, **6.** und **19.** Infanterie-Division.

Berlin, den 17. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**768** Bekanntmachung,

die Postfreimarken betreffend.

Der Verkauf der neuen zum 1. Januar 1872 in Gültigkeit tretenden Postfreimarken wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichs-Postanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franko-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Post-Annahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werths umgetauscht werden.

Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Marken nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebietes statt, in welchem die Ausgabe der Marken erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember hinaus zu bemessen.

Berlin, den 16. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**769** Bekanntmachung.

Brief-Verkehr mit Rußland.

**Bei Briefen nach Rußland ist es zur Sicherung der richtigen Spedition von Wichtigkeit, daß, wenn auf denselben der Bestimmungsort in Russischer Schrift ausgedrückt wird, die betreffende Angabe außerdem in Deutscher, Französischer oder Englischer Schreibweise erfolge, weil die Russischen Schriftzüge den Postanstalten nicht überall hinlänglich bekannt sind. Auch muß bei Briefen nach weniger bekannten Orten Rußlands die Lage des Bestimmungsorts durch zusätzliche Angabe des Gouvernements ꝛc. außer Zweifel gestellt werden.**

Berlin, den 17. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**770** Die von unserer Haupt-Kasse ausgefertigten, von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden verificirten Bescheinigungen über die im Laufe des II. Quartals 1871 zum Domainen-Veräußerungsgelder-Fonds eingezahlten Kauf- und Ablösungsgelder sind, mit Ausschluß der Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen-Amortisations-Renten, den betreffenden Domainen-Rent-Aemtern mit dem Auftrage zugefertigt worden, solche den Interessenten gegen Empfangnahme der Interimsbescheinigungen auszuhändigen, oder auf den Antrag der Interessenten die Bescheinigungen an das zugehörige Gericht abzusenden.

Die Bescheinigungen über eingezahlte Kapitalien für abgelöste Domainen Amortisations-Renten sind dagegen den betreffenden Kreiskassen zugegangen, welche sie in den Fällen der theilweisen Ablösung der auf dem bezüglichen Grundstücke haftenden Rente den Betheiligten, in den andern Fällen den betreffenden Gerichten mit dem Antrage übersenden werden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit im Hypothekenbuche kostenfrei zu löschen und demnächst die qu. Bescheinigungen den Interessenten auszuhändigen.

Das betheiligte Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Bromberg, den 17. Oktober 1871.

Königliche Regierung,
Abth. für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Nadesłane zostały właściwym urzędom rentów ekonomicznych zaświadczenia sum kupna i skupu, wpłaconych w II. kwartale 1871 do funduszu z alienowanych posiadłości ekonomicznych przez kasę naszę główną wygotowane a przez królewski zarząd główny długów krajowych uwierzytelnione, wyjąwszy zaświadczenia na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne z tém poleceniem, aby oddawały takowe interesentom, odbierając od nich zaświadczenia tymczasowe, albo odsyłały na wniosek interesentów zaświadczenia sądowi przynależnemu.

Zaświadczenia zaś na wpłacone kapitały za skupione renty amortyzacyjne ekonomiczne odesłano odnośnym kasom powiatowym, które je w razach cząstkowego skupu renty ciążącéj grunt dotyczący nadeślą interesentom, w innych razach właściwym sądom z wnioskiem o wymazanie z księgi wieczystéj bezpłatnie uwagi względem obowiązku płacenia renty a następnie o wydanie interesentom zaświadczeń qu.

Publiczność interesowaną o tém się uwiadamia.

Bydgoszcz, dnia 17. Października 1871.

Królewska Rejencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

**771** Das Grundstück Neumühle, im Kreise Wongrowitz, ist mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Posen dem Gutsbezirke Glinno zugeschlagen worden.

Bromberg, den 18. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden 2c.

**772** Bekanntmachung.

Für den Verkehr zwischen den Stationen Berlin, Görlitz, Liebau, Frankfurt a. O., Kreuz, Danzig, Elbing, Königsberg, Insterburg, Pillau, sowie nur für Flachs zwischen Hirschberg, Greiffenberg, Radisbau, Ruhbank, Landeshut, Königshain, Parschnitz, Trautenau, Böhmisch-Skalitz, Josephstadt, Königinhof, Mastig, Eisenbrod, Turnau, Pardubitz, Pilnikau, Arnau, Pelsdorf, Hohenelbe und Starkenbach einerseits und St. Petersburg, Pskow, Ostrow, Dünaburg, Wilna, Kowno, Grodno, Bialystock, Riga, Polotzk und Witebsk andererseits tritt mit dem **15. November d. J.** ein neuer Tarif unter der Bezeichnung: „Tarif für den Ostdeutsch-Russischen Eisenbahn-Verband" in Kraft.

Durch denselben wird der Tarif für den directen Ostdeutsch-Russischen Güter-Verkehr vom 15. September 1869 nebst den beiden dazu ergangenen Nachträgen vom 1. Februar und 10. Oktober 1870 aufgehoben. Tarif-Exemplare sind von allen Verbandstationen käuflich zu beziehen.

Bromberg, den 14. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**773** Bekanntmachung,
die Beschädigung der Telegraphen-Anlagen betreffend.

Die längs der Chausseen und anderen Landstraßen angelegten Bundes-Telegraphen-Linien sind häufig vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen, namentlich durch Zertrümmerung der Isolatoren mittelst Steinwürfe 2c. ausgesetzt. Da durch diesen Unfug die Benutzung der Telegraphen-Anstalten verhindert oder gestört wird, so wird hierdurch auf die durch das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund festgesetzten Strafen wegen dergleichen Beschädigungen aufmerksam gemacht.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß demjenigen, welcher die Thäter vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigungen der Telegraphen-Anlagen der Art ermittelt und zur Anzeige bringt, daß dieselben zum Ersatze und zur Strafe gezogen werden können, Belohnungen bis zur Höhe von 5 Thlr. in jedem einzelnen Falle aus dem Fonds der Bundes-Telegraphen-Verwaltung werden gezahlt werden. Diese Belohnungen werden auch dann bewilligt werden, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder wegen sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ersatze herangezogen werden können; desgleichen, wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Person verhindert worden ist, der gegen die Telegraphen-Anlage verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung des Schuldigen erfolgen kann.

Die Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche für den Norddeutschen Bund lauten:

§ 317. Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt vorsätzlich Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§ 318. Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt fahrlässiger Weise Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

Stettin, den 3. Januar 1871. Telegraphen-Direktion. gez. **v. Schrötter.**

**774** Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 4. November 1869 Nr. 3338/69 P. S. C. (Bromberger-Amtsblatt von 1869 pag. 340) bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß die nachstehend genannten Lehrer, welche an dem in diesem Jahre in der hiesigen Taubstummen-Anstalt abgehaltenen methodologischen Cursus theilgenommen haben, für befähigt erklärt worden sind, den ersten Unterricht an taubstumme Kinder zu ertheilen:

1) Prendke aus Szczepankowo, Kreis Samter,
2) Mendelak aus Opalenitz, Kreis Buk,
3) Zerbe aus Rensko, Kreis Kosten.

Posen, den 19. Oktober 1871. Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**775** Dem Fräulein Auguste Räder ist zur Unterhaltung und Leitung der Privattöchterschule in Chodziesen die Conzession ertheilt worden.

**776** Peter Krawulski als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Mroczen, im Kreise Wirsitz, interimistisch angestellt.

777 Heinrich Rast als dritter Lehrer bei der Simultanschule in Fordon im Kreise Bromberg interimistisch angestellt.

778 Der provisorische Lehrer Andreas Kubel an der evangelischen Schule zu Gr. Drensen, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

779 Der provisorische Lehrer Theodor Wiedebusch an der evangelischen Schule in Ludwigsdorf, Kreis Czarnikau, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

780 Der provisorische Lehrer Heinrich Heß an der evangelischen Schule in Trzemeszno, Kreis Mogilno, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

781 Dem mit der dienstlichen Vertretung des Distrikts-Kommissarius Profe zu Klecko betrauten Kreis-Translateur Wendland sind die Geschäfte des Polizei-Anwalts für den ländlichen Polizei-Distrikt und den Stadtbezirk Klecko ebenfalls kommissarisch übertragen worden.

Tłómaczowi powiatowemu Wendland, mającemu sobie poruczone zastępstwo służbowe komisarza obwodowego Profe w Klecku, zostały powierzone także komisarycznie czynności prokuratora policyjnego na policyjny okręg wiejski i miasta Klecka.

## Königliche General-Kommission.

782 Bei der Königl. General-Kommission zu Posen sind in dem Personale der Beamten seit der letzten Bekanntmachung folgende Veränderungen vorgekommen:

a) bei dem Kollegium: der Regierungsrath Zimmermann ist als Hülfsarbeiter in das Kollegium getreten;

b) bei den Büreaubeamten: der Büreau-Diätar Kindler ist zur Militair-Verwaltung übergegangen;

c) bei den Spezial-Kommissionen: der Oeconomie-Kommissions-Rath Kinze zu Bromberg ist pensionirt, der Oeconomie-Kommissarius Simon ist von Lissa nach Bromberg, und der Oeconomie-Kommissarius Solger von Krotoschin nach Rawicz versetzt.

Der Feldmesser Felix Grapow zu Ostrowo ist ausgeschieden.

## Vermischte Nachrichten.

783 Dem Herrn August Wilke zu Braunschweig ist unter dem 7. d. Mts. ein Patent

auf eine Zugbarrière in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf drei Jahre, von jenem Tage angerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

784 Das dem C. F. Constroem zu Berlin unter dem 15. August 1870 ertheilte Patent

auf eine Vorrichtung zum Entkorken von Flaschen, soweit solche nach dem vorgelegten Modell, Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, und ohne Jemand in Anwendung einzelner bekannter Theile zu beschränken,

ist aufgehoben.

785 Bisher konnten nur denjenigen **Zeitungs-Exemplaren**, welche im Orte des Erscheinens durch besondere Boten, nicht per Post, besorgt wurden, **extraordinäre Beilagen** hinzugefügt werden. Vom 15. Oktober ab ist dies **allgemein** auch bezüglich aller, nach auswärts gehenden und durch die **Post** besorgten Exemplare gestattet. **Die Geschäftshäuser** &c., welche ihre **Circulare, Prospekte,** Preiscourante, Probebogen, Zeichnungen, Empfehlungen u. s. w. auf diese Weise versenden wollen, haben sich mit dem Verleger der betreffenden Zeitung zu verständigen. Die Post erhebt 1 Pfennig pro Exemplar. Außer diesem billigen Satze ergiebt sich auch insofern ein Vortheil für die Geschäftswelt, als die Verpackung unter Band und die Adressirung der einzelnen Sendungen erspart wird, und man überdies, wenn man sich an die richtige Zeitung — je nach den verschiedenen Leserkreisen — wendet, mit ziemlicher Gewißheit annehmen kann, daß die Offerten, Preiscourante, Empfehlungen u. s. w. an das entsprechende Publikum gelangen. Bei intelligenter Benutzung dieses Mittels können den Geschäftstreibenden aus dem neuen Verfahren große Vortheile erwachsen.

786 Der vorliegenden Nummer ist ein Anhang, welcher einen dritten Nachtrag zu dem Statut der Provinzial-Hülfs-Kasse für die Provinz Posen vom 11. Oktober 1852 enthält, beigefügt.

Bromberg, den 25. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 43.

# Anhang

zum

## Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

Auf den Bericht vom 12. August cr. will Ich den anliegenden, in Folge der Beschlüsse des 16. Provinzial-Landtages der Provinz Posen vom 28. Juni d. J. aufgestellten, dritten Nachtrag zu dem wieder angeschlossenen Statute der Provinzial-Hülfskasse für die Provinz Posen vom 11. Oktober 1852 hierdurch genehmigen.

Dieser Erlaß ist nebst dem Nachtrage durch die Amtsblätter der genannten Provinz zu veröffentlichen.

Bad Gastein, den 16. August 1871.

gez. **Wilhelm.**

Zugleich für den Finanz-Minister
gegengez. **Gr. Eulenburg.**

An
den Minister des Innern und an den Finanz-Minister.

## Dritter Nachtrag

zu dem Statut der Provinzial-Hülfskasse für die Provinz Posen vom 11. Oktober 1852.

**Artikel I.** Der Provinzial-Hülfskasse für die Provinz Posen werden zur Verstärkung ihrer Fonds, außer dem nach Artikel I. des Statut-Nachtrages vom 11. April 1870 ihr bereits überwiesenen Theile der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 10. September 1869 (Ges.-S. de 1869. S. 1097) emittirten Obligationen der Provinz Posen im Betrage von 300,000 Thalern, noch fernerweite 300,000 Thaler derselben Obligationen überwiesen, welche die Provinzial-Hülfskasse ebenfalls an Stelle der Provinz Posen, unbeschadet der Garantie der letzteren, nach dem erwähnten Privilegium zu verzinsen und zu amortisiren übernimmt. Die Provinzial-Hülfskasse realisirt diese fernerweit ihr überwiesenen Provinzial-Obligationen ebenfalls nach Bedarf für ihre Rechnung.

**Artikel II.** Die Artikel IV. und VII. des Statuts-Nachtrages vom 11. April 1870 werden aufgehoben. An Stelle derselben treten folgende Bestimmungen:

A. An Stelle des Artikels IV.

Der §. 13. des Statuts wird dahin ergänzt und abgeändert:

1. daß Darlehne aus der Hülfskasse stattfinden können,

a) außer an die daselbst unter litr. a. b. und c. aufgeführten, auch an andere Korporationen und vom Staate genehmigte Anstalten und Vereine, welche wohlthätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, nachdem ihre Zahlungsfähigkeit nachgewiesen, und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Provinzial-Hülfskasse unter der gesetz-

# Dodatek

do

## Dziennika urzędowego król. Regencyi w Bydgoszczy.

Na raport z dnia 12. Sierpnia r. b. zatwierdzam niniejsém ustawiony w skutek uchwał 16. Sejmu prowincyalnego prowincyi Poznańskiéj z dnia 28. Czerwca r. b. trzeci dodatek do załączonego tu statutu prowincyalnéj kasy zasiłkowéj prowincyi Poznańskiéj z dnia 11. Października 1852.

Niniéjsze rozporządzenie wraz z dodatkiem należy ogłosić przez dzienniki urzędowe prowincyi.

w Gasteinie, dnia 16. Sierpnia 1871.

podp. **Wilhelm.**

Zarazem za ministra skarbu.
kontrasygn. **Hrabia Eulenburg.**

Do
ministra spraw wewnętrznych i ministra skarbu.

## Trzeci dodatek

do statutu prowincyalnéj kasy zasiłkowéj dla prowincyi Poznańskiéj z dnia 11. Października 1852.

**Artykuł I.** Prowincyalnéj kasie zasiłkowéj prowincyi Poznańskiéj przekazuje się celem zwiększenia jéj funduszów, oprócz przekazanéj jéj już podług artykułu I. dodatku do statutu z dnia 11. Kwietnia 1870 części emitowanych mocą Najwyższego przywileju z dnia 10. Września 1869 (w zbiorze praw za 1869 str. 1097) obligacyi prowincyi Poznańskiéj w ilości 300,000 Tal., jeszcze dalsze 300,000 Tal. takich samych obligacyi, a prowincyalna kasa zasiłkowa przyjmuje w miéjsce prowincyi, która jednakże gwarancyą zatrzymuje, obowiązek do ich umarzania i oprocentowania w myśl rzeczonego przywileju. Prowincyalna kasa zasiłkowa zrealizuje przekazane jéj obligacye prowincyalne także podług potrzeby na swój rachunek.

**Artykuł II.** Artykuły IV. i VII. dodatku do statutu z dnia 11. Kwietnia 1870 znoszą się. W ich miéjsce wstępują następujące przepisy:

A. W miéjsce artykułu IV.

Paragraf 13. statutu uzupełnia i odmienia się w ten sposób:

1. że pożyczki z kasy zasiłkowéj udzielone być mogą,

a) prócz oznaczonych tamże pod lit. a. b. i c także i innym korporacyom i przez rząd zatwierdzonym zakładom i towarzystwom mającym na oku cele dobroczynne i dla ogółu pożyteczne, po wykazaniu swéj możności płacenia i po zupełnem uregulowaniu dopełnienia swych obowiązków w obec prowincyalnéj kasy zasiłkowéj przy po-

lich erforderlichen Mitwirkung der Aufsichtsbehörde vollständig geregelt worden ist,

b) außer an die daselbst unter litr. d. und e. aufgeführten Privatpersonen auch noch an solche als tüchtig und solide bewährte kleinere Grundbesitzer und Gewerbetreibende, welche ohne eigenes Verschulden in Nothstand gerathen sind, zur augenblicklichen Aushülfe, an kleinere Gewerbetreibende aber nur gegen Wechsel und zugleich gegen sonstige statutenmäßige Sicherheit;

2) daß für Darlehne an Privatpersonen das Minimum auf 50 Thlr. ermäßigt, und das Maximum, abgesehen von der unter 3. folgenden Bestimmung, auf 5000 Thlr. erhöht wird;

3) daß bei Darlehen an kleinere Grundbesitzer und Gewerbetreibende die Darlehnsschuld des Einzelnen in der Regel nicht den Betrag von 500 Thlr. überschreiten, auch zu derartigen Darlehen im Ganzen nicht mehr, als die Summe von 100,000 Thalern verwendet werden darf;

4) daß ausnahmsweise Darlehen der lezt gedachten Art (sub 3) bis zum Betrage von 1000 Thlr. bewilligt werden dürfen, jedoch nur, wenn die Direktion der Provinzial-Hülfskasse dies mit Stimmeneinheit beschließt.

B. An Stelle des Artikel VII.

Die Darlehen der kleineren Grundbesitzer und Gewerbetreibenden müssen in der Regel schon binnen fünf Jahren, ausnahmsweise spätestens binnen zehn Jahren, alle übrigen Darlehen aber, welche die Provinzial-Hülfskasse fernerhin gewähren wird, von Privatpersonen stets, von anderen Darlehnsnehmern der Regel nach in längstens fünfzehn Jahren zurückgezahlt resp. amortisirt werden.

---

Vorstehende Allerhöchste Ordre d. d. Bad Gastein den 16. August 1871 und der durch dieselbe genehmigte dritte Nachtrag zu dem Statute der Provinzial-Hülfs-Kasse für die Provinz Posen vom 11. Oktober 1852 werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 9. September 1871.

Der Ober-Präsident.

**Graf v. Königsmarck.**

trzebnem prawnem współdziałaniu władzy nadzorczéj,

b) prócz oznaczonych tamże pod lit. d. i e. osób prywatnych, także i takim ze swéj zdatności i stateczności znanym mniéjszym właścicielom ziemskim i przemysłowcom, którzy bez własnéj winy podupadli, w celu ich momentalnego wspomożenia, lecz mniéjszym przemysłowcom tylko na weksle i zarazem za innem statutem przepisanem bezpieczeństwem;

2. że minimum dla pożyczek osobom prywatnym na 50 Tal. zmniéjszonem, a maximum, pominąwszy przepis poniżéj pod Nr. 3. oznaczony, na 5,000 Tal. zwyższonem zostało

3. że przy udzielaniu pożyczek mniéjszym właścicielom ziemskim i przemysłowcom dług pożyczką zaciągniety u każdego pojedyńczego nie powinien zazwyczaj być większy nad 500 Tal. i że na takowe pożyczki w ogólności nie więcej jak suma 100,000 Tal. wydaną być może

4. że wyjątkowo pożyczki na ostatku oznaczonego rodzaju (pod Nr. 3.) aż do wysokości 1,000 Tal. udzielone być mogą, jednakże tylko, jeżeli dyrekcya prowincyalnej kasy zasiłkowéj większością głosów to uchwaliła.

B. W miejsce artykułu VII.

Pożyczki mniéjszym właścicielom gruntu i przemysłowcom udzielone powinny być zazwyczaj już w przeciągu pięciu lat, wyjątkowo najpóźniej w przeciągu dziesięciu lat, wszelkie zaś inne pożyczki, które prowincyalna kasa zasiłkowa na przyszłość udzielać będzie, od osób prywatnych zawsze, od innych osób pożyczki biorących zazwyczaj najpóźniej w przeciągu piętnastu lat zwrócone resp. umorzone.

---

Niniejszy Najwyższy rozkaz gabinetowy d. d. Gastein dnia 16. Sierpnia 1871 i zatwierdzony nim trzeci dodatek do statutu prowincyalnej kasy zasiłkowej dla prowincyi pozańskiej z dnia 11. Października 1852 podaję niniejszem do wiadomości publicznej. Poznań, dnia 9. Września 1871.

Prezes naczelny

podp. **Hrabia Koenigsmarck.**

Exemplare vorstehenden Nachtrages sind vorräthig in der Merzbach'schen Druckerei à 1 Sgr.

Egzemplarzy powyższego dodatku są do nabycia w drukarni L. Merzbacha w Poznaniu po 1 sgr.

Posen, gedruckt bei Louis Merzbach.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 44. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 3. November 1871. Bydgoszcz, dnia 3. Listopada 1871.

Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

787. Das 32. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7889. Allerhöchster Erlaß vom 15. September 1871, betreffend die Genehmigung des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des Provinzialvermögens und der Provinzial-Anstalten in der Provinz Westphalen.

Nr. 7890. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Corrigendenwesens in der Provinz Westphalen. Vom 15. September 1871.

Nr. 7891. Statut für die Genossenschaft zur Melioration des Haasethals von Wersche bis Stockum im Amtsbezirke Osnabrück. Vom 25. September 1871.

Nr. 7892. Allerhöchster Erlaß vom 27. September 1871, betreffend die Genehmigung des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz.

788. Das 33. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7893. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in der Provinz Sachsen. Vom 2. Oktober 1871.

Nr. 7894. Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in der Rheinprovinz. Vom 2. Oktober 1871.

Nr. 7895. Allerhöchster Erlaß vom 20. September 1871, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Neisse, im Regierungsbezirk Oppeln, über Bielau nach dem Steinberge und von da bis zur Landesgrenze bei Groß-Kunzendorf im Anschluß an die Oesterreichische Bezirksstraße nach Freiwaldau.

Nr. 7896. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Neisser Kreises im Betrage von 68,000 Thlrn., II. Emission. Vom 20. September 1871.

Nr. 7897. Bekanntmachung, betr. die der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft ertheilte landesherrliche Concession zum Bau und Betrieb

Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 32. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7889. Najwyższe rozporządzenie z 15. Września 1871, tyczące się potwierdzenia Regulaminu co do organizacyi zarządu majątkiem prowincyalnym i zakładami prowincyalnymi w prowincyi Westfalskiéj.

No. 7890. Rozporządzenie względem urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych i korygendów w prowincyi Westfalskiéj. Z 15. Września 1871.

No. 7891. Statut dla stowarzyszenia ku melioracyi doliny „Haasethal" od Wersche aż do Stockum w okręgu amtowym Osnabrück. Z 25. Września 1871.

No. 7892. Najwyższe rozporządzenie z 27. Września 1871, tyczące się potwierdzenia Regulaminu co do organizacyi zarządu majątkiem stanów prowincyalnych i zakładami stanów prowincyalnych dla prowincyi Nadreńskiéj.

Oddział 33. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7893. Rozporządzenie o urządzeniu i administracyi spraw co do ubogich krajowych w Prowincyi Saskiéj. Z 2. Października 1871.

No. 7894. Rozporządzenie, tyczące się urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych w Prowincyi Nadreńskiéj. Z 2. Października 1871.

No. 7895. Najwyższe rozporządzenie z 20. Września 1871, dotyczące nadania praw fiskalnych na budowę i utrzymywanie żwirówki powiatowéj z Nissy, w obwodzie regencyjnym Opolskim, na Bielau do Steinberg a ztamtąd aż do granicy krajowéj pod Gross-Kunzendorf w styczności z Austryacką drogą okręgową do Freiwaldau.

No. 7896. Przywiléj względem wygotowania na dzierzyciela opiewających obligacyi powiatowych powiatu Nisskiego w ilości 68,000 tal., II. emisya. Z 20. Września 1871.

No. 7897. Obwieszczenie, tyczące się udzielonéj Towarzystwu kolei żelaznéj Berlinsko-Zgorzelickiéj koncesyi na budowę i prowa-

einer Eisenbahn von Görlitz nach Reichenberg (Landesgrenze) und Zittau, von Weißwasser nach Muskau und von Lübenau bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Camenz zur Verbindung mit Dresden und Pirna. Vom 16. Oktober 1871.

dzenie kolei żelaznéj ze Zgorzelic do Reichenberg (granica krajowa) i Żytawy, z Weisswasser do Muskau i z Luebbenau aż do granicy krajowéj w kierunku na Camenz ku połączeniu z Dreznem i Pirną. Z 16. Października 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

### 789 Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie IX. zu den Kurmärkischen Schuldverschreibungen.

Die neuen Coupons Serie IX. Nr. 1 bis 8 über die Zinsen der Kurmärkischen Schuldverschreibungen für die vier Jahre vom 1 November 1871 bis dahin 1875 nebst Talons werden vom 1. November d. J. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 93 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons mit einem Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole unentgeltlich zu haben sind, bei der Letzteren persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzerem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel wegen der in Rede stehenden Coupons-Ausreichung kann sich weder die unterzeichnete Hauptverwaltung noch die Kontrole der Staatspapiere einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 14. October 1871.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

### Obwieszczenie

względem wydania nowych kuponów procentowych seryi IX. do obligów Marchii elektoralnéj.

Od 1. Listopada r. b. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica 93 na dole po prawéj ręce przed południem od godziny 9 do 1, tę nową seryą kuponów IX. No. 1 do 8 na procent od obligów Marchii elektoralnéj za te cztery lata od 1. Listopada 1871 do tego czasu 1875 wraz z talonami, wyjąwszy niedziele i święta oraz i dnie rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne. Życząc sobie pierwsze, należy oddać stare talony z wykazem, do czego przy rzeczonéj kontroli dostać można bezpłatnie formularzy, tejże osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą odebrać poświadczenie oddanych talononów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą względem wydania w mowie będących kuponów, nie może się wdawać ani podpisany zarząd główny, ani kontrola papierów krajowych.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie przy wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomnione talony zaginęły; w tym razie przesłać należy dokumenta odnośne kontroli papierów krajowych, albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 14. Października 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 23. October 1871.

Königl. Regierung.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie, wyjąwszy kasę powiatową i kasę leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 23. Października 1871.

Król. Regencya.

**790** Bekanntmachung.

Einrichtung eines Beförderungsdienstes für Privatpäckereien von der Deutschen Occupations-Armee in der Richtung nach der Heimath.

Vom 1. November ab wird ein besonderer Dienst zur Beförderung von Privatpäckereien von der Deutschen Occupations-Armee in Frankreich in der Richtung nach der Heimath eingerichtet. Die Bedingungen, unter welchen die Päckereien von den Deutschen Truppen, Militair- und Civilbeamten abgesandt, bezw. bei den Feldpostanstalten eingeliefert werden können, sind den betreffenden Truppen-Commandos mitgetheilt.

Berlin, den 24. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**791** Bekanntmachung.

Postschluß für Packete.

Die gewöhnliche Schlußzeit für die Annahme von Packeten ohne Werthangabe ist bei allen Reichs-Postanstalten von zwei Stunden auf **eine** Stunde vor Abgang der betreffenden Post abgekürzt worden. Bei Eisenbahn-Posten tritt, wie bisher, noch so viel Zeit hinzu, als zum Transport vom Posthause nach dem Bahnhofe erforderlich ist.

Berlin, den 26. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**792** Bekanntmachung,

Postversendungsdienst für Privatpäckereien an die Occupations-Armee in Frankreich und an die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen.

Vom 1. November ab werden Feldpost-Privatpäckereien, für welche gegenwärtig die Gewichtsbeschränkung von 5 Pfund besteht, versuchsweise bis zum Gewichte von 15 Pfund zur Postbeförderung zugelassen.

Die Annahme erstreckt sich auf Sendungen an die zur 4., 6. und 19. Infanterie-Division, sowie die zum 15. Armee-Corps gehörigen Militairs und Militairbeamten, ingleichen auch auf Päckereien an Deutsche Civilbeamte, die aus dienstlicher Veranlassung innerhalb des occupirten Französischen Gebiets sich aufhalten.

Das Porto beträgt für Packete:

im Gewicht bis 5 Pfd. einschließlich . . . . . . . . 5 Sgr.,
„ „ über 5 Pfd. bis 10 Pfd. einschließlich . . . 10 „
„ „ über 10 Pfd. bis 15 Pfd. einschließlich . . . 15 „

Im Uebrigen gelten dieselben Annahmebedingungen, welche bisher für die bis 5 Pfd. schweren Feldpost-Privatpäckereien vorgeschrieben waren.

Berlin, den 24. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**793** Bekanntmachung.

Um bei der Ausführung der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung vollständige und zuverlässige Resultate zu erhalten, ist es nöthig, für das Amt der Zähler gehörig qualificirte Personen auszuwählen, welche einige Bekanntschaft mit dem Listenwesen erlangt haben und daneben die Fähigkeit besitzen, sich schnell und leicht mit den Zählungsvorschriften vertraut zu machen.

Bei der Wichtigkeit der statistischen Aufnahme richten wir daher an Personen, welche die oben bezeichneten Eigenschaften zu besitzen vermeinen, namentlich an Lehrer und sonstige im öffentlichen Dienste stehenden Personen die Aufforderung, sich der Uebernahme der Functionen eines Zählers auf den Antrag der Ortsbehörden resp. der Orts-Zählungs-Commissionen sie thunlichst zu unterstützen.

Bromberg, den 30. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**794** Die Königliche Landesbaumschule zu Sans-Souci hat wieder ein Verzeichniß aller derjenigen in- und ausländischen Wald-, Obst- und Schmuck-Bäume, sowie Zier- und Obststräucher herausgegeben, welche im Jahre 1871/72 bei derselben käuflich zu haben sind.

Das Publikum machen wir auf diese Anstalt

Królewska szkółka krajowa drzew w Sans-Souci wydała znowu spis wszystkich tych drzew leśnych, owocowych i strojnych, nie mniéj tych krzewów zdobnych i owocowych, krajowych i zagranicznych, które w roku 1871/72 u niéj kupić można.

Zwracając uwagę publiczności na ten zakład

aufmerksam, und bemerken, daß bei jedem Landraths-Amte unseres Bezirks ein Exemlar des Verzeichnisses vorhanden ist und dort eingesehen werden kann. Auch sind daraus die Preise verschiedener Gehölze ꝛc. und die Bedingungen für den Beitritt als Aktionair der Anstalt zu ersehen.

Bromberg, den 18. October 1871.

Königl. Regierung.
Abtheilung des Innern.

nadmieniamy, że na każdym urzędzie radzcy ziemiańskiego obwodu naszego jest egzemplarz tego spisu i przejrzany tam być może. Także można z niego się przekonać o cenach rozmaitych tych drzew i t. d. i o warunkach przystąpienia na akcyonaryusza zakładu tego.

Bydgoszcz, dnia 18. Października 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

795 **Bekanntmachung.**

Nach einer von dem Königl. Sächsischen Finanz-Ministerium unter dem 30. August d. J. erlassenen Verordnung bleibt der Umtausch der älteren, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 6. September 1855 kreirten Königl. Sächsischen Kassenbillets, für deren Umtausch gegen neue Kassenbillets der Kreation vom Jahre 1867 durch die Verordnung vom 12. Juli 1870 bereits eine mit dem 31. August gegenwärtigen Jahres abgelaufenen Frist nachgelassen worden ist, nach Ablauf jener Frist lediglich noch bis mit dem 30. Dezember 1871 bei der Finanz-Haupt-Kasse zu Dresden und der Lotterie-Darlehns-Kasse zu Leipzig gestattet, so daß von diesem Zeitpunkte ab alle bis dahin nicht umgetauschten derartigen Kassenbillets als gänzlich werthlos zu betrachten sind und weder eine nachträgliche Umtauschung derselben, noch die Berufung auf die Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand dagegen stattfinden kann.

Dies wird hiermit zur Kenntniß des betheiligten Publikums gebracht.

Bromberg, den 23. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

796 Die Kreis-Wundarztstelle des Kreises Czarnikau, mit dem Wohnsitze in Czarnikau und einem Jahresgehalt von 100 Thlrn., ist vacant.

Bewerber um diese Stelle wollen sich unter Einreichung ihrer Qualifications-Ausweise in 6 Wochen bei uns melden.

Bromberg, den 26. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

797 Die Kreis-Wundarztstelle des Kreises Gumbinnen mit dem etatsmäßigen Gehalt von jährlich 100 Thlrn., mit welcher die zweite Lehrerstelle am hiesigen Hebammen-Lehr-Institut mit dem etatsmäßigen Gehalt von jährlich 150 Thlr. verbunden ist, sind durch Todesfall erledigt.

Bewerber werden aufgefordert, sich unter Einreichung ihrer Qualifications-Zeugnisse in 6 Wochen bei uns zu melden, wobei bemerkt wird, daß bei Verleihung der Stellen auf die am besten bestandene Prüfung als Geburtshelfer resp. Befähigung als Hebammenlehrer Rücksicht genommen wird.

Gumbinnen, den 19. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

798 **Bekanntmachung.**

Bei der vom 20. bis 23. d. Mts. abgehaltenen theologischen Prüfung haben die Kandibaten der Theologie:

Herr Karl Alexander Paul von Ciechanski aus Gr. Tworsewitz bei Reisen,
Herr Franz Heinrich Coloman Strelow aus Neuenhagen in Pommern

das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte erhalten, und die Theologie-Beflissenen:

Herr Julius Heinrich Eckert aus Rawicz und
Herr Hugo Karl Theodor Meibauer aus Stojentin, Kreis Stolpe,

die Erlaubniß zum Predigen mit dem Kandibaten-Prädikat erhalten.

Posen, den 24. Oktober 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

899 **Bekanntmachung.**

Mit Genehmigung des evangelischen Ober-Kirchenraths unter Einverständniß des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten ist dem Pfarrer Brunow in Waitze die provisorische Verwaltung der Superintendentur Birnbaum, deren Geschäfte derselbe bereits seit dem 15. Juli c. besorgt hat, übertragen worden.

Posen, den 27. Oktober 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

800 **Bekanntmachung.**

Vom 25. d. Mts. ab und bis zum 14. Dezember d. J. wird im Magdeburg-Preußischen Verband-Verkehr für Kartoffel-Transporte in Quantitäten von 200 Ctrn. und durch 200 theilbar ein ermäßigter Frachtsatz von 1 Pf. pro Ctr. und Meile nebst einer Expeditionsgebühr von 3 Thlr. pro 200 Ctr. erhoben.

Die Aufgabe der Sendungen zum Transport muß frankirt erfolgen.

Bromberg, den 21. October 1871. Königl. Directinn der Ostbahn.

**801** Bekanntmachung.

Der concessionirte Markscheider Mebert wird am 1. Januar 1872 seinen Wohnsitz von Petrzkowitz nach Ratibor verlegen, was der Vorschrift gemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Breslau, den 20. Oktober 1871. Königl. Oberbergamt.

**802** Bekanntmachung.

Vom 27. d. Mts. ab und bis zum 14. Dezember d. J. werden Kartoffeltransporte in Quantitäten von 200 Ctrn. und durch 200 theilbar im Ostdeutsch-Rheinischen Verband-Verkehre, mit Ausschluß des Verkehrs nach den Niederländischen Stationen, zu einem ermäßigten Frachtsatze von 1 Pf. pro Ctr. und Meile nebst 2 Thlr. Expeditionsgebühr pro 200 Ctr. befördert.

Die Absendung muß frankirt erfolgen.

Bromberg, den 24. October 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**803** Bekanntmachung.

Im Ostbahn-Localverkehr werden die Artikel Weißblech und Bleiglanz (Töpferglasur), bisher der ermäßigten Klasse A. angehörend, fortan zur ermäßigten Klasse B. tarifirt.

Bromberg, den 15. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**804** Bekanntmachung.

Vom 15. d. M. ab und zunächst auf die Dauer von zwei Monaten werden im Ostbahn-Localverkehre Kartoffeltransporte in Wagenladungen zum Satze von 1 Pf. pro Centner und Meile nebst 3,6 Pf. pro Centner Expeditionsgebühr befördert. Im Uebergangsverkehr mit anderen Bahnen wird neben dem Einheitssatz von 1 Pf. für die Ostbahn nur eine Expeditionsgebühr von 1,8 Pf. pro Centner und sofern die Sendungen die diesseitige Bahn nur transitiren, keine Expeditionsgebühr erhoben.

Bromberg, den 20. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**805** Bekanntmachung.

Vom 25. d. Mts. ab und bis zum 14. December d. J. werden im Berlin-Posener Verbandverkehre Kartoffel-Transporte in Quantitäten von 100 Ctr. und darüber zum Satze von 1 Pf. pro Centner und Meile nebst einer Expeditionsgebühr von 3,6 Pf. pro Centner befördert.

Die Fracht muß bei der Aufgabe der Sendungen zum Transport entrichtet werden.

Bromberg, den 21. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**806** Bekanntmachung.

Die am directen Norddeutsch-Rheinisch-Französischen Güterverkehr via Deutz-Cöln-Herbesthal und am Deutsch-Französischen Eisenbahn-Verbande via Düsseldorf-Mastricht betheiligten Französischen Eisenbahnen haben die ihnen in diesen Verband-Verkehre für Eilgut zufallenden Antheilsätze vom 15. d. Mts. ab im Verkehr von und nach allen ihren Stationen mit Ausnahme von Soissons und Laon erhöht.

Die von diesem Zeitpunkte ab gültigen erhöhten Verbandsätze sind auf unsern Verband-Stationen Bromberg, Danzig, Elbing und Königsberg einzusehen resp. zu erfragen.

Bromberg, den 20. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**807** **Feuerlösch-Ordnung für die Stadt Nakel.**

Unter Aufhebung der Feuerlösch-Ordnung für die Stadt Nakel vom 30. Juli 1820 wird auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 Folgendes verordnet:

Verpflichtung zum Feuerlöschdienst.

§ 1. Den städtischen Feuerlöschdienst ist, unter den im § 3 enthaltenen Ausnahmen jeder selbstständige Einwohner der Stadt, der das 18. Lebensjahr erreicht und das 60. noch nicht überschritten hat, persönlich wahrzunehmen verpflichtet. Personen weiblichen Geschlechts trifft diese Verpflichtung jedoch nur in dem Falle, wenn sie Grundstücke besitzen oder ein Gewerbe betreiben. In solchem Falle müssen dieselben ihre Verpflichtung durch einen Stellvertreter erfüllen, der die im § 8 erwähnten Eigenschaften hat.

§ 2. Außerdem unterliegen dieser Verpflichtung:

a. moralische Personen und Societäten, die städtische Grundstücke besitzen, jedoch mit Ausnahme der milden Stiftungen;

b. die Eigenthümer städtischer Grundstücke, die sich nicht in der Stadt aufhalten;

c. die Massen solcher Grundstücke, die unter gerichtlicher Subhastation oder Sequestration stehen.

Befreiungen.

§ 3. Ausgenommen vom Feuerlöschdienst sind:

a. sämmtliche Königl. und Civilbeamte;

b. alle Königl. Militairpersonen;

c. sämmtliche Kirchen- und Schulbediente;

d. sämmtliche Königl. und Magistrats-Pensionäre.

Diese Ausnahmen finden jedoch nur dann statt, wenn die betreffenden Individuen nicht städtische Grundstücke besitzen, oder sonst nicht aus irgend welchen Ursachen das städtische Bürgerrecht erworben haben.

§ 4. Körperlich Untüchtige, oder wegen ihres Berufes oder sonstiger Verhältnisse Verhinderte können durch den Magistrat von dem Feuerlöschdienste entbunden werden.

§ 5. Die aus solchen Ursachen vom Feuerlöschdienste Befreiten haben einen jährlichen Beitrag bis zu 1 Thlr. zum Feuerlösch-Fonds zu entrichten.

Verpflichtung zur Hergabe der Bespannung.

§ 6. Die Verpflichtung zur Bespannung der Feuerlöschgeräthe, soweit solche nöthig ist, liegt sämmtlichen Pferdebesitzern ob.

Befreiungen.

§ 7. Zur Bespannung der Feuerlöschgeräthe können nicht herangezogen werden:

a. alle Königl. Militairpferde;
b. die Pferde des Posthalters, soweit sie kontraktlich zu halten sind;
c. die Pferde der Königl. Beamten, welche dieselben ihres öffentlichen Dienstes wegen zu halten haben;
d. alle Privatpferde, welche nie vor den Wagen gespannt werden.

Stellvertretung.

§ 8. Zum Feuerlöschdienst werden nur Personen männlichen Geschlechts als Stellvertreter angenommen, die bereits das 18. Lebensjahr erreicht und das 60. noch nicht überschritten haben, im Stadtbezirk des Verpflichteten wohnen und gegen deren Fähigkeit zum Feuerlösch-Dienste keine Ausstellungen zu machen sind. Der Stellvertreter muß Seitens des Verpflichteten dem Magistrat zur Annahme gemeldet werden. Erst wenn Letzterer den Stellvertreter zum Feuerlöschdienste für geeignet erachtet und angenommen hat, ist der betreffende Verpflichtete seiner Verbindlichkeit zur persönlichen Wahrnehmung des Feuerlöschdienstes überhoben, er bleibt jedoch für die prompte Erfüllung derselben Seitens seines Stellvertreters verantwortlich.

Verbindlichkeit zum Halten von Privat-Feuerlöschgeräthen.

§ 9. Jeder Hauseigenthümer ist verpflichtet, einen hanfenen oder ledernen Wassereimer, welcher mit dem Namen des Eigenthümers oder mit der Nummer des Hauses in Oelfarbe oder in sonst deutlicher dauerhafter Schrift versehen sein muß, nach dem beim Magistrat befindlichen Probeeimer und außerdem eine Leiter von 15—20 Fuß Länge und einen Feuerhaken anzuschaffen und zu unterhalten.

§ 10. Die Pferdebesitzer sind ferner verpflichtet, einen Kufen oder einen ähnlichen Wasserbehälter zur event. Herbeischaffung des Wassers zum Löschen des Feuers auf ihre Kosten zu unterhalten.

§ 11. Alle öffentlichen Gebäude, mit Ausnahme der Kirchen und Schulhäuser, müssen mit den im § 9 bezeichneten Privat-Feuerlöschgeräthen ebenfalls versehen sein.

Bestrafung.

§ 12. Wer sich nicht im Besitze der vorgeschriebenen Privat-Feuerlöschgeräthe befindet, oder dieselben nicht im brauchbaren Zustande hält, verfällt in eine Strafe bis zu 3 Thlrn. Geld, oder verhältnißmäßige Haft event. wird gegen ihn nach den Bestimmungen des § 368 ad 8 des Strafgesetzbuchs vorgegangen. Außerdem wird die Anschaffung oder Instandsetzung der Löschgeräthschaften auf Kosten des Säumigen im Wege der administrativen Exekution polizeilich bewirkt.

Revision.

§ 13. Alljährlich werden Revisionen abgehalten, um nicht nur nach dem Vorhandensein der in Rede stehenden Privat-Löschgeräthschaften, sondern auch danach zu recherchiren, daß keine feuergefährlichen Anlagen errichtet, oder überhaupt Verstöße gegen die gesetzlichen oder Lokal-Polizei-Vorschriften gemacht werden. Die Personen zu dieser Revision werden vom Magistrat bestimmt.

Feuerzeichen.

§ 14. Jedes Mitglied des Feuerlöschpersonals erhält ein Feuerzeichen, auf welchem vermerkt ist, welches Geschäft oder welche Arbei en ein Jeder zu besorgen, oder welche Feuerlöschgeräthe der Pferdebesitzer zu bespannen, und wohin er dieselben fahren zu lassen hat, ob zur Brandstelle oder vor die Gebäude der öffentlichen Behörden und Kassen ꝛc. Geht das Feuerzeichen verloren, so muß die betreffende feuerdienstpflichtige Person die Ausfertigung eines Duplikats beantragen.

§ 15. Diese Feuerzeichen haben die Löschmannschaften zum Beweis darüber, daß sie beim stattgehabten Brande erschienen sind, dem betreffenden Vorsteher ihrer Feuerlösch-Abtheilung oder dessen Stellvertreter beim Feuer abzugeben, welche diese Zeichen sofort nach gelöschtem Brande auf dem Polizei-Bureau, sobald dasselbe geöffnet ist, abgiebt. Nur wenn wieder Erwarten weder der Vorsteher einer Abtheilung noch dessen Stellvertreter anwesend sein sollte, sind die Zeichen ꝛc. den auf der Brandstelle anwesenden Polizei-Beamten zu übergeben.

Niemand darf sich ohne Erlaubniß des Vorstehers seiner Abtheilung resp. dessen Stellvertreters von der Brandstelle entfernen.

Die Vorsteher resp. Stellvertreter müssen die Listen der unter ihrer Aufsicht stehenden Mannschaften bei sich führen, um deren Anwesenheit in jedem Augenblicke controliren zu können.

Feuer-Abtheilungen und äußere Kennzeichen des Feuerlösch-Personals.

§ 16. Das Feuerlöschpersonal wird in verschiedene Abtheilungen gelegt, und wird zu diesem Behufe bei dem Magistrat eine besondere Controle geführt; dort sind die betreffenden Vorsteher und sämmtliche Mannschaften nach den verschiedenen Abtheilungen verzeichnet und auf Grund dieser Controle werden die Feuerzeichen (§ 14) ausgefertigt.

Die Vorsteher tragen beim Feuer als äußeres Zeichen eine weiße Binde am Arme, mit der Nummer der betreffenden Abtheilung versehen, und dürfen sich von ihren Mannschaften nicht ohne Erlaubniß des Bürgermeisters oder dessen Stellvertreters entfernen; sie müssen die qu. Mannschaften während der Beschäftigung beim Feuer zur Ordnung und Arbeit anhalten.

Dauer des Feuerlöschdienstes.

§ 17. Das Verzeichniß des gesammten dienstpflichtigen Personals (§ 16) befindet sich im Polizei-Bureau und bleibt ein Jeder, der ein Feuerzeichen erhalten hat, zur Dienstleistung auf so lange verpflichtet, bis ihm dasselbe polizeilich abgenommen worden ist.

Kundmachung des Feuers.

§ 18. Jeder, in dessen Wohnung ein Feuer entsteht, ist verpflichtet, augenblicklich Lärm zu machen und das Bekanntwerden der Feuersgefahr soviel als möglich zu verbreiten.

Brand-Signal.

§ 19. Der Ausbruch des Feuers in der Stadt wird signalisirt:
1) durch die Nachtwächter mittelst der Schnarre;
2) durch das Läuten der Sturmglocken Seitens der Glöckner.

Noth-Zeichen.

§ 20. Nimmt das Feuer, ungeachtet der angewandten Löschungsmittel so überhand, daß die gewöhnliche Anzahl der Löschenden nicht hinreicht, die Gefahr zu bekämpfen, so soll mit allen Glocken der Stadt Sturm geläutet und durch wiederholten Alarm das Nothzeichen gegeben werden. Dies darf jedoch nicht eher geschehen, als bis es von dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter durch einen Polizei-Beamten oder den Gensd'armen ausdrücklich angeordnet worden ist.

Pflicht zum Feuerlöschdienst bei genieiner Gefahr.

§ 21. Auf dies Nothzeichen muß alsdann jeder erwachsene männliche Einwohner der Stadt, auch wenn derselbe nicht zum feuerlöschpflichtigen Personal gehört, zur Hülfe eilen, bei Vermeidung der im § 360 ad 10 des Strafgesetzbuches angedrohten Strafe bis zu 50 Thlrn. event. verhältnißmäßiger Haft.

Maßregeln beim Ausbruch eines Feuers und beim Herannahen eines Gewitters.

§ 22. Bei nächtlichem Feuer müssen von den hiesigen Einwohnern die nach den Straßen und dem Markte führenden Fenster erleuchtet und auch die öffentlichen Laternen, wenn sie schon erloschen sind, wieder angezündet werden.

§ 23. Bei eingetretener strenger Kälte zur Zeit eines ausgebrochenen Feuers sind die in der Nähe der Brandstelle wohnenden Hauswirthe, besonders aber die Bierbrauer, Destillateure, Bäcker und überhaupt alle, welche zu ihrem Gewerbebetriebe einer großen Feuerung bedürfen, des allgemeinen Besten wegen verpflichtet, unverzüglich heißes Wasser zu besorgen und solches auf Erfordern an die Brandstelle bringen zu lassen, damit die Anlassung der Spritzen möglich gemacht und dem Einfrieren derselben vorgebeugt werden kann.

Besetzung und Absperrung der Brandstelle.

§ 24. Durch die Zugänge zum Feuer, welche von den Polizei-Beamten besetzt sind, soll Niemand gelassen werden, der nicht vermöge seines Amtes dahin gehört, und sich nicht durch das vorschriftsmäßige Feuerzeichen legitimiren kann. Vielmehr soll die nächste Umgebung der Brandstelle gegen den Andrang unnützer Zuschauer vollständig abgesperrt und resp. von dergleichen Individuen, die keinen Beruf auf der Brandstelle haben und nur die Thätigkeit der Löschmannschaften hemmen, gesäubert werden.

Theilnahme des Militairs.

§ 25. Wegen der Theilnahme des Militairs am Feuer-Wach- und Löschdienste wird auf die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 29. August 1818 — Gesetzsammlung pro 1818 Nr. 6 S. 227 — hingewiesen. Es beschränkt sich darnach die Einwirkung des Militairs auf Bewachung der Zugänge und Erhaltung der Ordnung. Am Löschen nimmt das Militair in der Regel nicht Theil, oder nur dann, wenn es durchaus nothwendig erscheint und der Polizei-Dirigent oder dessen Stellvertreter die Beihülfe nachsucht.

Anmaßung von Anordnungen.

§ 26. Auf der Brandstelle darf sich Niemand erlauben, Befehle zu ertheilen, der hierzu nicht durch diese Verordnung berufen ist.

Direction der Löschanstalten.

§ 27. Die Direction der Feuerlöschoperationen führt der Bürgermeister als Polizei-Dirigent und in die Anordnungen desselben hat sich Jeder, welcher zum Feuerlöschpersonal gehört, unbedingt zu fügen.

In Abwesenheit oder Behinderungsfällen wird der Bürgermeister durch den Beigeordneten oder ein anderes Mitglied des Magistrats vertreten. Die Gensd'armen und die Polizeibeamten haben sich zur Disposition des Bürgermeisters resp. seines Stellvertreters zu stellen.

Functionen des Löschpersonals. Bespannungs-Verpflichtung.

§ 28. Wenn ein Zeichen zur Bespannung einer Spritze, eines Kufens oder der sonstigen Löschgeräthschaften zugetheilt ist, hat die ihm zugewiesenen Gegenstände auf das Allerschleunigste zu bespannen und an den Ort der Bestimmung und falls dies die Brandstelle ist und ihm die Bespannung eines Kufens und die Zufuhr des Wassers überhaupt obliegt, daselbst so lange thätig zu bleiben, bis ihm die ausdrückliche Erlaubniß zur Entfernung von dem Bürgermeister, dessen Stellvertreter oder von dem betreffenden Vorsteher ertheilt worden ist.

Bei den Spritzen.

§ 29. Zu jeder Spritze gehören 1 Vorsteher, 1 Spritzen- und 1 Schlauchmeister mit je einem Stellvertreter, eine bestimmte Zahl Druckmannschaften und Schlauchhalter.

§ 30. Die Vorsteher und Spritzenmeister resp. deren Stellvertreter müssen bei entstehendem Feuerlärm mit ihren Spritzen so schnell als nur irgend möglich ist zur Brandstelle eilen und dort die ihnen von dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter anzuweisende Stelle einnehmen. Sollte der Bürgermeister oder sein Stellvertreter noch nicht da sein, so versteht es sich von selbst, daß der Vorsteher nach seiner eigenen Einsicht handelt. Die Vorsteher und die Spritzenmeister resp. deren Stellvertreter müssen darauf sehen, daß bei dem Transporte, besonders durch schnelles Fahren, den Spritzen keine Beschädigungen zugefügt werden. Sie haben ferner darauf mit Strenge zu halten, daß die Spritzen in beständigem Gange bleiben, daß die Schlauchmannschaften in gehöriger Ordnung angestellt werden und daß die Druckleute mit voller Kraft in gleichen Schlägen arbeiten.

§ 31. Sie haben endlich darauf zu sehen, daß die ihnen anvertrauten Spritzen mit Zubehör sich jederzeit in fehlerfreiem Zustande befinden. Alle dabei vorgefundenen Mängel müssen ohne Zeitverlust dem Magistrat angezeigt werden.

§ 32. Die Spritzen- und Schlauchmeister haben für die gehörige Erhaltung der Schläuche und deren Führung zu sorgen, auf der Brandstelle haben sie das Auseinandernehmen, Zusammensetzen und Aufziehen der Schläuche zu bewirken und darauf zu sehen, daß der erforderliche Vorrath an Schläuchen zur Stelle sei. Wenn der Spritzenmeister das Rohr führt, so hat der Stellvertreter das Aufziehen der Schläuche zu besorgen. Die Spritzen- und Schlauchmeister stehen unter der Aufsicht der Vorsteher.

Druckmannschaften.

§ 33. Die Druckmannschaften haben im Allgemeinen die Verpflichtung, sich zu allen Feuerlösch-Geräthen gebrauchen zu lassen, denen sie nur irgend überwiesen werden möchten und dürfen sich namentlich auch nicht weigern, an einer andern Spritze angestellt zu werden, als welcher sie ursprünglich zur Bedienung überwiesen worden sind. Sie haben sich sofort auf das Feuersignal nach dem Spritzenhause zu ihren Spritzen zu begeben. Sind die Spritzen bereits zur Brandstelle gebracht, so haben sie sich ohne Verzug nach dorthin zu verfügen.

Wasserträger.

§ 34. Die Wasserträger haben sich mit einem eigenen Eimer eiligst bei der ihnen bezeichneten Spritze auf der Brandstelle einzufinden. Sie ordnen sich nach der Anweisung ihrer Vorsteher. Sie dürfen sich nicht weigern, ihre Dienste, welche in dem Zubringen von Wasser und dem Füllen der Spritzen bestehen, auch bei einer andern Spritze zu leisten, als bei der, welcher sie laut der Feuerzeichen ursprünglich zugewiesen worden sind.

Brunnen-Vorsteher und deren Leute.

§ 35. Zur Zeit eines Brandfeuers sollen alle öffentlichen und Privatbrunnen und Wasserbehälter ohne Ausnahme und Rücksicht zur Benutzung für die Löschanstalten verstattet werden. Zum Wasserpumpen und Schöpfen sind Brunnenleute designirt, welche durch Vorsteher beaufsichtigt werden. Die Vorsteher müssen mit ihren Leuten die ihnen angewiesenen Brunnen und Wasserzugänge 2c. besetzen. Die Mannschaften haben die Verpflichtung, die ankommenden Wasserkufen und Behälter zu füllen und dürfen den Posten nicht eher verlassen, bis sie abgerufen werden. Die Brunnenleute müssen ebenso wie die Wasserträger (§ 34) mit eigenen Eimern versehen sein.

Wasserkufen.

§ 36. Die öffentlichen Wasserkufen sollen numerirt werden. Bei jedem Kufen ist ein Vorsteher und Stellvertreter, sowie eine Anzahl von Mannschaften zum Füllen der Kufen mit Wasser angestellt. Die Vorsteher haben auf den brauchbaren Zustand der ihnen anvertrauten Kufen und auf die Anfüllung derselben mit Wasser stets zu sehen.

Bei entstehendem Feuerlärm sorgen dieselben für schleunige Bespannung der Kufen und begeben sich damit augenblicklich an die Brandstelle.

§ 37. Die Kufenfüller haben sich bei ihren betreffenden Kufen zu versammeln, dieselben zu füllen,

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 44 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

# Revidirtes Statut

der Wittwen- und Waisen-Kasse für die Elementarlehrer im Regierungs-Bezirk Bromberg.

## I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Dies revidirte Statut tritt an die Stelle des Reglements für die Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungsanstalt in dem Bezirke der Königl. Regierung zu Bromberg vom 22. Januar 1827 nebst dessen durch die Rescripte des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 11. März 1851 und 14. Juli 1864 genehmigten Abänderungen.

§. 2. Zweck der Anstalt ist, die Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen verstorbener Elementarlehrer im Regierungs-Bezirke Bromberg durch Gewährung von Jahrgeldern. Dieselbe domicilirt in Bromberg.

## II. Mitgliedschaft der Kasse.

§ 3. Mitglieder der Kasse sind alle im Regierungs-Bezirke Bromberg an einer öffentlichen Elementarschule provisorisch oder definitiv angestellten Lehrer ohne Unterschied der Religion und Confession. Provisorisch angestellte Lehrer, welche Mitglieder der Kasse sind, erwerben dieselben Pensions-Ansprüche für ihre dereinstigen Hinterbliebenen, wie die definitiv angestellten Lehrer.

§ 4. Desgleichen sind Mitglieder der Kasse diejenigen Elementarlehrer, welche an gehobenen Elementarschulen, zum Beispiel Rektorats- oder Bürgerschulen angestellt sind, insofern diese Anstalten nicht zu den höheren Unterrichts-Anstalten im technischen Sinne des Wortes gehören.

§ 5. Ausgeschlossen von der Mitgliedschaft sind diejenigen Elementarlehrer, welche der Königl. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu Berlin beigetreten oder beizutreten berechtigt sind, ferner Lehrerinnen und katholische Geistliche, welche solche Lehrerstellen bekleiden, die fundationsmäßig mit katholischen Geistlichen besetzt werden müssen.

§ 6. Freiwillig können der Kasse zutreten:

1. die an höheren Lehranstalten, insbesondere an Gymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen in Stellen, welche als Elementarstellen fundirt sind, fungirenden Lehrer,
2. diejenigen Elementarlehrer, welche an Elementarschulen angestellt sind, die mit öffentlichen Anstalten, Stiftungen u. s. w., namentlich Strafanstalten, ständischen Arbeitsanstalten, Taubstummen- und Blinden-Instituten u. s. w. verbunden sind,
3. die an den mit Schullehrer-Seminarien verbundenen Uebungsschulen fungirenden Lehrer mit Ausnahme der technischen.

§ 7. Die in den §§ 3 und 4 aufgeführten und *definitiv* bestellten Lehrer sind Mitglieder der Kasse von dem Tage ihrer Ernennung durch die zuständige Behörde ab, bei den *provisorisch* bestellten Lehrern dieser Kategorien tritt dasselbe ein, sofern sie durch ein Prüfungszeugniß zu einer Anstellung befähigt sind und vereidigt worden.

§ 8. Die in § 6 bezeichneten Lehrer bedürfen einer besonderen Aufnahme, welche von der Regierung nach Anhörung des Kreisvorstandes, innerhalb dessen Bezirkes der betreffende Lehrer seinen Wohnsitz hat, erfolgt.

Bei sämmtlichen Lehrern dieser Kategorie ist Bedingung des Eintritts, daß

1. sie nicht Zutritt zur Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt in Berlin oder keine Gelegenheit haben, durch eine etwa mit der betreffenden Lehranstalt verbundene besondere Pensionskasse für ihre dereinstigen Hinterbliebenen ausreichend zu sorgen,
2. für sie alle nach den Bestimmungen dieses Statuts für die zum Beitritte verpflichteten Mitglieder zu leistenden Beiträge gleichfalls entrichtet werden,
3. die bereits zur Zeit angestellten Lehrer das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und ein ärztliches Attest über ihren Gesundheitszustand beibringen, auch für jedes, das 21. übersteigende und im Amte zurückgelegte Lebensjahr eine außerordentliche Einzahlung von 3 Thlr. entrichten, jedoch unter Begrenzung dieser Zeit auf ein Maximum von 6 Jahren.

Die Aufnahme künftig angestellt werdender Lehrer dieser Kategorie richtet sich lediglich nach den überhaupt für die Kassenmitglieder statutenmäßig gestellten Bedingungen, sofern die Beitritts-Erklärung innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten vom Antritt des Amts an erfolgt. Wird derselbe erst später im Laufe der Dienstzeit beabsichtet, so finden die unter pos. 3 für die bereits zur Zeit angestellten Lehrer geltenden Bestimmungen Anwendung.

In jedem einzelnen Falle der Zuweisung einer solchen Lehrerstelle ist mit demjenigen oder denjenigen, welchen die Unterhaltung derselben obliegt, das zur Sicherheit der Einzahlung der Beiträge wie der sonstigen statutenmäßigen Leistungen des Lehrers selbst erforderliche vorerst festzustellen.

§ 9. Verloren wird die Mitgliedschaft durch Versetzung des Lehrers außerhalb des Regierungs-Bezirks Bromberg und Aufnahme in die für den neuen Aufenthaltsort bestehende Kasse.

§ 10. Legt ein Lehrer sein Amt nieder, ohne durch körperliche oder Geisteskrankheit dazu genöthigt zu sein, so kann ihm die Mitgliedschaft erhalten werden, so lange er als Beitrag jährlich eine Summe entrichtet, welche dem Gesammtbeitrage der Lehrerstelle und der Gemeinde für diese Lehrerstelle gleichkommt.

§ 11. Emeritirte Lehrer haben denjenigen Theil der Beiträge — jedoch ohne Anrechnung des Beitrags der Gemeinde für die Lehrerstelle — fortzuzahlen, welcher verhältnißmäßig auf ihr Emeritengehalt fällt, haben aber Anspruch auf Pension für ihre Hinterbliebenen gleich den übrigen Kassenmitgliedern.

Die am 1. Januar 1871 bereits emeritirten Lehrer, welche nach den bisher gültigen Bestimmungen geringere Beiträge als die vorstehend bezeichneten zu zahlen haben, behalten den Anspruch auf die ihren Hinterbliebenen bisher zustehenden Pensionen. Die Ansprüche auf die höheren Pensionen erwerben sie durch Zahlung der den Emeriten in diesen neuen Statuten auferlegten Beiträge, falls sie bis zum 1. Januar 1873 sich zu letzteren bereit erklären.

§ 12. Emeritirte, die weder Frau noch Kinder haben, welche möglicherweise pensionsberechtigt werden könnten, haben das Recht, auszuscheiden.

§ 13. Den in ein höheres Amt, zum Beispiel in ein geistliches oder in ein höheres Schulamt versetzten Elementarlehrern ist die Mitgliedschaft an der Kasse nur zu erhalten, wenn sie eine Summe jährlich fortentrichten, welche dem Beitrage der Lehrerstelle und der Gemeinde für diese Lehrerstelle gleichkommt.

§ 14. Den Familien der ihres Amtes entsetzten Lehrer kann der Kreisvorstand im Einvernehmen mit den Kassenkuratoren und unter Zustimmung der Regierung den Anspruch auf Pension erhalten, wenn sie eine Summe jährlich fortentrichten, welche dem Beitrage der Lehrerstelle und der Gemeinde für diese Lehrerstelle gleichkommt.

§ 15. Rückzahlungen irgend einer Art finden, außer etwa bei indebito erfolgten Zahlungen, nicht statt.

## III. Einnahmen der Kasse.

§ 16. Das Eintrittsgeld eines jeden Mitgliedes beträgt 6 Thaler und wird von definitiv bestallten Lehrern bei ihrer ersten Anstellung, von provisorisch bestallten im Fall ihrer Verheirathung entrichtet.

Ein außerordentlicher Beitrag von 6 Thalern wird entrichtet, wenn ein Mitglied zu einer zweiten und weiter folgenden Ehe schreitet.

Die Kuratoren sind — vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung — befugt, wenn besondere Veranlassung vorliegt, Zahlung des Eintrittsgeldes, sowie die vorbestimmten außerordentlichen Beiträge in Terminen, unter Verzinsung der Rückstände zu 5 Prozent, jedoch längstens für einen Zeitraum von zwei Jahren nachzulassen.

Die Eintrittsgelder, sowie obige außerordentlichen und die in § 8 pos. 3 aufgeführten Beiträge werden zum Kapitale der Kasse geschlagen.

§ 17. Von jeder provisorisch oder definitiv besetzten Lehrerstelle werden 5 Thaler jährlich, in halbjährigen Raten, am 1. Januar und 1. Juli voraus zur Kasse eingezahlt und von den Gehaltszahlungen an die Lehrer zurückbehalten. Ausgenommen sind diejenigen Stellen, welche fundationsmäßig mit Lehrern oder Lehrerinnen, wie sie in § 5 bezeichnet sind, besetzt werden müssen.

§ 18. Kassenmitglieder, welche dem Lehrerstande nicht mehr angehören, zahlen ihre Beiträge voraus in halbjährigen Raten am 1. Januar und 1. Juli.

§ 19. Die Gemeinden und selbstständigen Guts- und Domanialbezirke, sowie diejenigen Institute Kassen u. s. w., welchen die Unterhaltung einer Lehrerstelle obliegt, sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von 4 Thalern für jede ihrer Lehrerstellen zu der Lehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse des Bezirks zu zahlen.

Sind mehrere Gemeinden, selbstständige Guts- oder Domanialbezirke zu einem Schulverbande vereinigt oder einer Schule zugewiesen, so ist der zu leistende Beitrag nach Maßgabe des gesammten, in den einzelnen Gemeinden, Guts- oder Domanialbezirken aufkommenden Betrages der Einkommen-, Klassen-, Grund- und Gebäudesteuer auf die Betreffenden zu vertheilen.

Diese Beiträge der Gemeinden werden jährlich am 1. Januar voraus zur Kasse eingezahlt. Ausgenommen sind die am Schlusse des § 17 erwähnten Stellen.

§ 20. Geschenke und Vermächtnisse, insofern die Bedingungen, unter welchen dieselben erfolgen, dieses zulassen, ebenso Kollekten, wachsen dem Kapitale zu.

## IV. Ausgaben der Kasse.

§ 21. Jede zur Pension berechtigte Lehrerwittwe bezüglich Lehrer-Waisenfamilie erhält vom 1. Januar 1871 ab eine jährliche Pension von 50 Thalern.

Eine Ausnahme tritt nur bei den im § 11 erwähnten Emeriten ein, welche die seitherigen Beiträge fortentrichten wollen und daher auch nur Anspruch auf die seitherigen Pensionssätze von jährlich 25 Thaler für ihre Hinterbliebenen haben.

Die Zahlung der Waisenpension erfolgt entweder an die Mutter als gesetzliche Vormündin der Kinder oder, falls die Mutter die Vormundschaft nicht führt, an den für dieselben bestellten Vormund.

Gestatten die Verhältnisse der Kasse künftig, ohne Zuschuß aus Staatsmitteln, eine Erhöhung der Pension, so kann die Erhöhung durch den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten angeordnet werden.

§ 22. Die Pensionen werden in halbjährigen Raten am 1. Juni pro erstes Semester und am 1. Dezember pro zweites Semester des Kalenderjahres gegen Quittung ausgezahlt. Unter der Quittung muß amtlich bescheinigt werden, daß der Pensionsberechtigte noch am Leben und hinsichtlich der Wittwe, daß diese noch nicht wieder verheirathet ist, event. muß die Erben-Qualität nachgewiesen werden.

Bezüglich der Auszahlung der Pensionen an den Vorzeiger oder Einsender der Quittung gelten die für die Königlichen Kassen des Regierungsbezirks erlassenen oder noch zu erlassenden Vorschriften.

§ 24. Zur Erhebung der Pension sind berechtigt:

die Wittwe eines jeden Kassenmitgliedes, so lange sie sich nicht wieder verheirathet hat und
die ehelichen Kinder eines jeden Kassen-Mitgliedes bis zur Vollendung ihres 15. Lebensjahres.

Eine Berücksichtigung der Waisen bis zu ihrem vollendeten 17. Lebensjahre kann mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten eintreten, wenn der Zustand der Kasse es gestattet. Diejenigen Personen, welche bis zum 1. Juni oder bis zum 1. December eines Jahres Wittwen oder Waisen geworden sind, erhalten die volle Pensionsrate, welche an diesem Termine fällig wird (§ 22) ausgezahlt und es wird damit fortgefahren bis einschließlich zum ersten Zahlungstermin nach dem durch Todesfall &c. eingetretenen Wegfall des Pensionsanspruchs.

Im Falle eines im zurechnungsfähigen Zustande begangenen Selbstmordes eines Kassenmitgliedes haben die Hinterbliebenen keinen Rechtsanspruch auf Pension aus der Kasse. Es kann jedoch zur Vermeidung von Härten von den Kassenkuratoren in einzelnen Fällen unter Genehmigung der Regierung denselben die halbe oder ganze Pension gewährt werden.

§ 24. Ist nach dem Tode eines Mitgliedes blos die Wittwe vorhanden, so erhält sie die ganze Pensionsrate, sind außer der Wittwe aber eheliche Kinder vorhanden, welche das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, so wird die Pensionsrate zwischen der Wittwe und den Kindern zur Hälfte getheilt. Hat das jüngste Kind das 15. Lebensjahr vollendet, so fällt die den Kindern bestimmte Hälfte wieder der noch im Pensionsbezuge befindlichen Wittwe zu.

Kinder eines Mitgliedes, dessen Wittwe sich wieder verheirathet, behalten die ihnen zustehende Hälfte der Pension, bis das jüngste Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat.

Ist keine Wittwe, sind aber Kinder des Verstorbenen vorhanden, welche das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, so fällt die ganze Pensionsrate den Kindern nach Köpfen in der Art zu, daß der Antheil desjenigen Kindes, welches das 15. Lebensjahr überschritten hat, oder welches vor dem vollendeten 15. Lebensjahr stirbt, den übrigen Kindern ausgezahlt wird.

Stirbt die Wittwe, ehe die Kinder das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben, so fällt der Antheil der Wittwe den Kindern zu.

§ 25. Eine von ihrem Manne geschiedene Ehefrau erhält nach dessen Tode nur alsdann die Pension, wenn das Gericht sie für den unschuldigen Theil erklärt hat. In diesem Falle erhält die nachfolgende Ehefrau des geschiedenen und später sich wieder verheirathenden Mannes keinen Anspruch auf Wittwen-Pension.

Ist aber die geschiedene Ehefrau von dem Gericht für den schuldigen Theil erklärt, so erhält die nachfolgende Ehefrau des Mannes den Anspruch auf die Wittwen-Pension.

Sämmtliche ehelichen Kinder des Mannes haben sowohl untereinander, als auch gegenüber den Ehefrauen ihres Vaters gleiche Rechte, ohne Unterschied, ob die Kinder von einer geschiedenen oder ob sie von einer nachfolgenden Ehefrau stammen.

Durch den Tod eines Kassenmitgliedes kann nie ein weiterer Anspruch aller Hinterbliebenen an die Kasse, als auf die Höhe einer Wittwen-Pension entstehen.

§ 26. Das Anrecht auf die Wittwen-Pension geht verloren durch den Tod und durch Wiederverheirathung der Wittwe beziehungsweise geschiedenen Ehefrau, durch ihre Auswanderung aus dem Gebiete des Deutschen Reiches, durch ein rechtskräftiges Urtheil, welches die Wittwe beziehungsweise geschiedene Ehefrau der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt.

Ausnahmsweise kann durch die Kuratoren unter Genehmigung der Regierung einer ausgewanderten Wittwe beziehungsweise geschiedenen Ehefrau die Pension belassen werden.

Desgleichen kann ausnahmsweise durch die Kuratoren unter Genehmigung der Regierung einer der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärten Wittwe beziehungsweise geschiedenen Ehefrau oder ihrer im versorgungsberechtigten Alter befindlichen Kinder der Fortbezug der verwirkten Pension zugestanden werden.

Wandert die Wittwe beziehungsweise geschiedene Ehefrau demnächst wieder in das Gebiet des Deutschen Reiches ein, so tritt ihr Recht auf Bezug der Pension auch wieder in Kraft.

Die bereits auf Grund des Reglements vom 22. Januar 1827 erworbenen Ansprüche auf Wittwen-Pension bleiben trotz etwaiger Auswanderung erhalten.

§ 27. Das Anrecht auf die Waisen-Pension geht verloren durch den Tod, durch Vollendung des 15. Lebensjahres und durch Auswanderung aus dem Gebiete des Deutschen Reichs.

Ausnahmsweise kann ausgewanderten Waisen durch die Kuratoren unter Genehmigung der Regierung die Pension belassen werden.

Die bereits auf Grund des Reglements vom 22. Januar 1827 erworbenen Ansprüche auf Waisen-Pension bleiben trotz etwaiger Auswanderung erhalten.

§ 28. Ob und welche Vergütung für die Buchführung, Vereinnahmung und Verausgabung der Wittwen-Kasse gegeben werden soll, wird von der Regierung nach Benehmen mit den Kuratoren bestimmt. Außerdem dürfen nur baare Auslagen, zum Beispiel Druckkosten, Schreibmaterial, Porto, vergütet werden. Insbesondere werden in der Regel den Kreisvorstands-Mitgliedern und den Kassen-Kuratoren weder Reisekosten noch Tagegelder gezahlt.

## V. Verwaltung der Kasse.

§ 29. Die Verwaltung der Kasse ist der Regierung in Bromberg überwiesen, welche dieselbe auch in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften cum facultate substituendi zu vertreten hat. Die Aufsichtsbehörde über die Regierung in diesen Kassenangelegenheiten ist der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Die Regierung leitet die Einziehung und Auszahlung der Gelder durch die Regierungs-Haupt-Kasse unter Vermittelung der sonstigen Königlichen oder Kommunalkassen des Bezirkes.

Die Einziehung sämmtlicher statutenmäßigen Leistungen zur Wittwen- und Waisenkasse kann durch administrative Execution geschehen.

Die Mitwirkung der Kassen-Mitglieder erfolgt in den Kreis-Vorständen und durch die Kassen-Kuratoren.

§ 30. In jedem landräthlichen Kreise fungirt ein Kassen-Vorstand. Derselbe besteht aus:

dem Landrath als Vorsitzenden,
Vertretern der Schulinspection, welche die Regierung ernennt,
zwei gewählten Mitgliedern der Kreis-Versammlung,
drei von den Kassenmitgliedern des Kreises aus ihrer Mitte gewählten Lehrern.

Die Kreisvorstände haben die gesammte Verwaltung der Kasse nach jeder Beziehung zu fördern und zu unterstützen, namentlich auch außer den ihnen besonders aufgetragenen Geschäften für Anlegung und Fortführung genauer Verzeichnisse der Kassen-Mitglieder und der Pensions-Berechtigten innerhalb des Kreises zu sorgen.

Zu diesem Zwecke versammelt sich der Vorstand auf Einladung des Kreis-Landrathes mindestens zweimal im Jahre und zwar im Januar und Juli.

Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung der Kreisvorstände werden von der Regierung ausgehen.

Die Wahl der aus den Kassen-Mitgliedern gewählten Mitglieder des Kreisvorstandes geschieht auf fünf Jahre wie folgt:

der Landrath fertigt jedem im Kassenbezirke wohnenden Kassen-Mitgliede die Einladung zu, zu einem bestimmten Termine Wahlzettel einzureichen, welche den Vorschlag von drei Kassen-Mitgliedern zu Mitgliedern des Kreisvorstandes enthalten.

Die Eröffnung der Wahlzettel geschieht durch den Landrath in einer Sitzung des Kreisvorstandes oder unter Zuziehung einiger Kassen-Mitglieder. Diejenigen drei Mitglieder, welche die meisten Stimmen erhalten haben, sind gewählt. Es genügt relative Stimmenmehrheit und bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Scheidet im Laufe der Wahlperiode ein Mitglied aus, so tritt derjenige dafür ein, welcher bei der Wahl die nächste Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

Ueber die Ablehnung der Annahme einer Wahl zum Vorstands-Mitgliede hat der Kreisvorstand zu befinden.

Bei einer als unbegründet anerkannten Ablehnung wird eine Geldstrafe von 1 bis 5 Thaler zur Anstaltskasse eintreten.

Das Ergebniß der Wahl wird im Kreisblatte bekannt gemacht.

§ 31. Als Kuratoren der Kasse fungiren drei von den Kassenmitgliedern aus ihrer Mitte gewählten Mitglieder. Dieselben haben das Recht, von allen auf die Kassen-Verwaltung bezüglichen Geschäften Kenntniß zu nehmen.

Die Wahl geschieht auf fünf Jahre wie folgt:

Die drei Mitglieder aus dem Lehrerstande in jedem Kreisvorstande übergeben dem Vorsitzenden schriftlich die Namen von drei von ihnen als Kassen-Kuratoren vorgeschlagenen Kassenmitgliedern. Der Vorsitzende sendet die Stimmzettel an die Regierung ein. Diejenigen Kassenmitglieder, welche die meisten Stimmen erhalten haben, sind gewählt. Die relative Stimmenmehrheit genügt und bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Die Wahl erfolgt im Regierungsbezirke zu einem und demselben von der Regierung zu bestimmenden Termine. Binnen 14 Tagen nach diesem Termine müssen die Stimmzettel jedes Kreisvorstandes an die Regierung gesandt werden. Wird diese Frist nicht inne gehalten, so fällt das Wahlrecht des Kreisvorstandes für die vorliegende Wahl aus.

Das Ergebniß der Wahl wird im Amtsblatt bekannt gemacht. Scheidet im Laufe der Wahlperiode einer der Kassen-Kuratoren aus, so tritt derjenige für ihn ein, welcher bei der Wahl die nächste Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

Die Gewählten dürfen die Wahl nur dann ablehnen, wenn die fungirenden Kuratoren unter Genehmigung der Regierung die Gründe der Ablehnung für genügend erachten.

Bei einer als unbegründet erkannten Ablehnung wird eine Geldstrafe von 1 bis 5 Thaler zur Anstaltskasse eintreten.

§ 32. Ueber die Kassenmitglieder und die im Pensionsbezuge befindlichen Hinterbliebenen solcher sind Verzeichnisse anzulegen, je eines bei jedem Kreisvorstande über die Mitglieder des Kreises und eines bei der Regierung über die Mitglieder des Kassenbezirkes.

Die Nachrichten über Neuanstellungen, Bestätigungen, Versetzungen, Amtsniederlegungen Todesfälle der Lehrer erhalten die Kreisvorstände durch die Regierung. Die Führung dieser Verzeichnisse bei den Kreisvorständen kann den Vorstandsmitgliedern und zwar einem jeden von ihnen bis zur Dauer eines Zeitraums von zwei Jahren durch den Vorsitzenden übertragen werden.

§ 33. Die Führung der Kassenbücher geschieht nach Anordnung der Regierung.

Die Anlegung der Kassen-Kapitalien erfolgt durch die Regierung nach Anhörung der Kassen-Kuratoren in pupillarisch sicheren Hypotheken, in depositalmäßigen Papieren und in Sparkassenbüchern.

§ 34. In jedem Jahre wird durch die Regierung ein Etat der Kasse für das nächstfolgende Jahr aufgestellt, aus welchem der muthmaßliche Bedarf an Zuschüssen aus Staatsmitteln hervorgehen muß.

§ 35. Die Rechnungslegung erfolgt alljährlich durch die Regierungs-Haupt-Kasse. Die Rechnungen werden durch die Regierung revidirt und darauf nebst den Belägen und dem Revisions-Protokoll den Kuratoren vorgelegt.

Sobald die erhobenen Erinnerungen erledigt sind, ertheilt die Regierung die Entlastung. Die mit dem Entlastungsvermerk versehene Rechnung wird in ihren Hauptergebnissen durch das Amtsblatt und die Kreisblätter des Kassenbezirks publizirt. Die Kassenmitglieder können die Ertheilung von Abschriften der dechargirten Rechnung gegen Zahlung der Kopialien beanspruchen.

## VI. Schlußbemerkungen.

§ 36. Insofern die Kasse nicht fähig sein sollte, ihre statutenmäßigen Verpflichtungen aus eigenen Mitteln zu erfüllen, sind die erforderlichen Zuschüsse aus Staatsfonds in geeigneter Weise bei dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten zu beantragen.

§ 37. Zu Anträgen auf Abänderung des Statuts sind außer den Kuratoren auch die Kreisvorstände berechtigt. Ueber solche Anträge sind jedenfalls die Kuratoren und sämmtliche Kreisvorstände zu hören.

Die Genehmigung von Abänderungen des Statuts bleibt dem Herrn Minister der Unterrichts-Angelegenheiten vorbehalten.

Bromberg, den 17. August 1871.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**
**Mayer.**

**Die Kassen-Kuratoren.**
**W. Voelker. Roeschen. Minarski.**

---

Auf Grund der Allerhöchsten Ordre vom 7. v. M., welche wörtlich lautet:

„Auf Ihren Bericht vom 2. d. M. ermächtige Ich Sie zur Bestätigung des zurückfolgenden „revidirten Statuts für die Elementarlehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse des Regierungsbezirks „Bromberg vom 17. August d. J. Dieser Mein Erlaß ist durch das Amtsblatt der Regierung „zu Bromberg zu veröffentlichen,

„Salzburg, den 7. September 1871.

**(gez.) Wilhelm.**

Für den Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten.
(ggez.) **Graf zu Eulenburg.**

An den Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten."

wird das vorstehende revidirte Statut vom 17. August d. J. hiermit bestätigt.

Berlin, den 2. Oktober 1871.

**(L. S.)**

**Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.**
In Vertretung. **Lehnert.**

---

Vorstehendes revidirtes Statut der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse für den Regierungs-Bezirk Bromberg wird hiermit veröffentlicht.

Bromberg, den 9. Oktober 1871.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**
**v. Seltzer.**

zu welchem Behufe auch sie mit Eimern (§§ 9 und 34) versehen sein müssen und sie zu begleiten, damit so die Spritzen fortdauernd mit Wasser versorgt werden.

So lange als die Kufen in Thätigkeit sind, dürfen die Vorsteher solche nicht verlassen, müssen sie vielmehr stets begleiten und darauf halten, daß solche beim Auf- und Abfahren nicht ruinirt werden.

§ 38. Wenn die Bespannung eines Kufens ausbleiben sollte, begeben sich die Vorsteher mit den betreffenden Mannschaften zur Brandstelle, melden sich dort beim Bürgermeister oder dessen Stellvertreter und warten die weiteren Bestimmungen ab.

Bau-Handwerker.

§ 39. Die Maurer- und Zimmermeister mit ihren Gesellen bilden ein besonderes Corps. Die Ersteren haben den Bürgermeister darauf aufmerksam zu machen, wenn auf der Brandstelle eine Mauer, ein Schornstein, ein Balken oder sonst ein Theil irgend eines Gebäudes einzustürzen droht und hierdurch Gefahr entstehen könnte; sie haben ferner die Leitung beim Niederreißen von Gebäuden. Die Feuerleitern und ein Theil der Feuerhaken stehen deshalb unter ihrer speciellen Aufsicht und haben sie die nöthigen Reparaturen daran jederzeit sofort dem Magistrat anzuzeigen. Die Heranschaffung dieser Geräthe zur Brandstelle erfolgt durch ihre Gesellen resp. Arbeiter. Die Maurergesellen resp. Arbeiter müssen die Pike, die Zimmerleute die Axt sich selbst beschaffen und zur Brandstelle mitbringen.

Brunnenmeister.

§ 40. Die in der Stadt etablirten Brunnen- und Röhrenmeister müssen sich ebenfalls auf der Brandstelle mit ihren Arbeitern einfinden, um bei entstehenden Mängeln an den Pumpen die nöthige Abhilfe sofort zu treffen.

Schornsteinfeger.

§ 41. Die Schornsteinfeger sind verpflichtet, mit ihren sämmtlichen Leuten den Feuerlöschdienst wahrzunehmen und haben sich zu diesem Behufe bei entstehendem Feuerlärm sofort nach der Brandstelle zu begeben. Außerdem ist jeder Schornsteinfeger verbunden, zur Rettung von Personen aus Feuersgefahr Hülfe zu leisten.

Rettungs- und Sicherheits-Corps.

§ 42. Zur Bewachung, Rettung und event. zum Transport der Gefangenen aus dem städtischen Gefängnißgebäude, sowie zur Fortschaffung der Utensilien, ferner zur Rettung und Sicherstellung der Akten, Archive und Kassen der öffentlichen Behörden besteht ein Rettungs-Corps (Sicherheits-Ausschuß für die Bureaus und Kassen) unter Leitung von Vorstehern.

Aufseher auf das Flugfeuer.

§ 43. Die Aufseher auf das Flugfeuer haben dafür zu sorgen, daß die dem Flugfeuer ausgesetzten Dächer und Dachrinnen von den betreffenden Hausbewohnern schleunigst besetzt und fleißig begossen, alle Oeffnungen und Fenster aber geschlossen werden.

Wachmannschaften.

§ 44. Nach gedämpfter Feuersbrunst muß die Wachmannschaft mit Löschgeräthen, bestehend in einem Eimer und Spaten, gleichviel ob bei Tage oder des Nachts, auf der Brandstelle zurückbleiben, um Wache zu halten, das etwa noch wieder auflodernde Feuer sogleich zu löschen und die noch glimmenden oder schwelenden brennbaren Gegenstände mit Wasser zu begießen oder mit Erde zu bewerfen. Dies ist so lange fortzusetzen und die dabei angestellte Mannschaft ist alle 6—8 Stunden so oft abzulösen und durch andere zu ersetzen, bis keine Gefahr mehr zu befürchten ist.

§ 45. Insofern aus dem Schutte noch Sachen von Werth zu retten sind, soll die Brandstelle binnen der ersten 24 Stunden gegen Diebstahl bewacht werden. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf die bereits geretteten und ausgestellten Gegenstände, die in der Nähe der Brandstelle sich befinden.

Maßregeln nach gedämpftem Feuer.

§ 46. Nach gedämpftem Feuer bleiben nach dem Ermessen des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters eine oder mehrere Feuerspritzen, 1—2 Wasserkufen mit den dazu gehörigen Mannschaften und Gespannen, sowie erforderlichen Falls eine angemessene Anzahl feuerdienstpflichtigen Personals auf der Brandstelle, um bei dem möglichen Wiederauflodern des Feuers sogleich Hülfe zu leisten.

§ 47. Die Eigenthümer der Brandstelle sind schuldig, binnen einer von der Polizei-Behörde angemessen zu bestimmenden Frist den Schutt ꝛc. fortzuräumen zu lassen.

Zurückschaffung und Untersuchung der Löschgeräthe nach gedämpftem Feuer.

§ 48. Wenn die Feuerlöschgeräthschaften auf der Brandstelle nicht mehr gebraucht werden, so müssen dieselben nach dem Spritzenhause zurückgeschafft und von den betreffenden Vorstehern genau untersucht, vorgefundene Mängel aber sogleich und spätestens in 24 Stunden zur Vermeidung einer Strafe bis zu 3 Thlrn. schriftlich angezeigt werden.

Prämien.

§ 49. Wer sich bei Feuersbrünsten rühmlich auszeichnet, der soll belobend öffentlich bekannt gemacht oder mit einer Geldprämie aus der Kämmerei-Kasse belohnt werden.

Spritzenproben.

§ 50. Die gewöhnlichen Spritzenproben werden jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbst, und zwar unter Zuziehung:

1) des Bürgermeisters,
2) der Spritzenmeister und der Spritzenvorsteher

abgehalten. Außerdem werden zu den Spritzenproben bestellt:

a. die Druckmannschaften,
b. die Schlauchhalter,
c. eine bestimmte Anzahl der Wasserträger mit Eimern,
d. die Vorsteher der Wasserträger.

Bei diesen Spritzenproben kann auch eine Uebung im Feuerlöschdienst vorgenommen werden. Zu den Proben müssen die betreffenden Vorsteher ihre Abzeichen anlegen und die Mannschaften die Feuerzeichen mitbringen.

Alle bei Gelegenheit der Spritzenproben vorgefundenen Fehler und Mängel werden von den betreffenden Vorstehern sofort dem Magistrat zu deren Abhilfe schriftlich angezeigt.

Strafen.

§ 51. Feuerdienstpflichtige Personen, welche zu den Spritzenproben ohne rechtfertigende Entschuldigung ausbleiben oder sich zu spät einfinden, ohne Eimer oder Feuerzeichen erscheinen, sich zu früh entfernen und die ihnen übertragene Arbeit nicht verrichten, werden so bestraft, als ob sie bei einem stattgehabten Feuer ausgeblieben wären.

§ 52. Wer bei ausgebrochenem Feuer ohne rechtfertigende Entschuldigung fortbleibt oder zu spät kommt, wer ohne das vorgeschriebene Abzeichen, Feuerzeichen erscheint oder das Feuer- und Löschgeräth nicht mitbringt, verfällt in eine Strafe bis zu 3 Thlrn. oder verhältnißmäßige Haft.

Ausbleiben oder Verspätung der Bespannung.

§ 53. Wer eine ihm obliegende Bespannung unterläßt oder wessen Bespannung verspätet oder unbrauchbar ist, unterliegt ebenfalls der Strafe des ausgebliebenen Personals.

Trunkenheit oder Widersetzlichkeit.

§ 54. Wer sich im betrunkenen Zustande auf der Brandstelle einfindet oder betrinkt oder wer sich ungehorsam zeigt, soll sofort arretirt und nachher mit einer Geldbuße bis zu 3 Thlrn. oder entsprechender Haft belegt werden.

Entfernung und Trägheit.

§ 55. Die Entfernung von der Brandstelle oder auch nur von dem angewiesenen Posten vor ertheilter Erlaubniß, wird wie das Ausbleiben vom Feuerlöschdienst bestraft.

Dieselbe Strafe trifft Denjenigen, der die ihm übertragene Arbeit, der geschehenen Aufforderung ungeachtet, nicht verrichtet.

Controle.

§ 56. Wenn die Vorsteher resp. Stellvertreter die Feuerzeichen (§ 15) abgenommen, müssen dieselben nach der in Händen habenden Liste darüber Recherche anstellen, ob und event. welche Personen beim Feuer gefehlt haben. Die Fehlenden sind dem Magistrat binnen 48 Stunden zur Bestrafung schriftlich bei Strafe bis zu 3 Thlrn. anzuzeigen.

Im Allgemeinen.

§ 57. Alle sonstigen Verstöße gegen die Feuerlösch-Ordnung werden, wenn nicht specielle Strafen für die einzelnen Fälle darin bereits feststehen, mit einer Geldbuße bis zu 3 Thalern oder verhältnißmäßiger Haft geahndet.

§ 58. Die Strafen fließen zur hiesigen Kämmerei-Kasse.

Nakel, den 12. Oktober 1871.

**Der Magistrat.**

Münzer. E. Borkowski. Gustav Reinke. E. Kallmann.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**809** Der bisherige Kreis-Wundarzt Dr. Maß ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Schönlanke zum Kreis-Physikus des Kreises Czarnikau ernannt.

**810** Casimir Rynski als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Lobsens im Kreise Wirsitz interimistisch angestellt.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 44.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regency w Bydgoszczy.

№ 45.

Bromberg, den 10. November 1871. Bydgoszcz, dnia 10. Listopada 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**811** **Bekanntmachung,**
die Postfreimarken betreffend.

Der Verkauf der neuen zum 1. Januar 1872 in Gültigkeit tretenden Postfreimarken wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichs-Postanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franko-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Post-Annahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werths umgetauscht werden.

Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Marken nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebietes statt, in welchem die Ausgabe der Marken erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember hinaus zu bemessen.

Berlin, den 16. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**812** Der Königlichen Regierung theilen wir behufs Ausführung des in dem Reichs-Gesetzblatte Nr. 31 veröffentlichten Gesetzes vom 27. Juni d. J.,

„betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, sowie die Bewilligungen für die Hinterbliebenen solcher Personen,“

in Abänderung und Ergänzung der Erlasse vom 14. September 1866 und 30. März 1867 zur Nachachtung und weiteren Veranlassung mit, was folgt:

I. **Bewilligungen für Wittwen:**

1. Der Nachweis der Hülfsbedürftigkeit in Ansehung der Hinterbliebenen von Militair-Personen der Unterklassen, welche im Kriege geblieben resp. gestorben sind, ist nicht erforderlich.

In den Quittungen derselben bedarf es daher des hierauf bezüglichen Vermerks künftig nicht mehr.

Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung, welche wegen mangelnden Nachweises der Hülfsbedürftigkeit bisher haben zurückgewiesen werden müssen, werden jetzt die entsprechende Berücksichtigung finden können; es sind dieselben daher der Abtheilung für das Invaliden-Wesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen.

In Ansehung der Hinterbliebenen von Theilnehmern der vor dem Jahre 1870 geführten Kriege finden die vorstehenden Bestimmungen gemäß § 112 des Gesetzes vom 27. Juni d. J. keine Anwendung.

2. Nach den bisherigen Bestimmungen fand ein

Królewskiéj Rejencyi komunikujemy dla wykonania prawa w zbiorze praw państwa Niemieckiego No. 31, ogłoszonego z dnia 27. Czerwca r. b.,

„tyczącego się emerytowania i zaopatrywania osób wojskowych armii państwa i cesarskiéj marynarki, jako też użyczeń dla pozostałych rodzin po osobach takich,“

zmieniając i uzupełniając ustawy z dnia 14. Września 1866 i 30. Marca 1867 dla zastósowania się i dalszego rozporządzenia, co następuje:

I. **Użyczenia dla wdów:**

1. Potrzeby wspomożenia we względzie pozostałych rodzin po osobach wojskowych klas niższych, które na wojnie poległy resp. umarły, nie potrzeba udawadniać.

Nie potrzeba więc już nadal w kwitach tychże odnośnéj w tym względzie wzmianki.

Wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń, które dotąd dla niedostatecznego udowodnienia potrzeby wspomożenia, oddalać było trzeba, będzie można teraz odpowiednio uwzględnić, należy je więc przedłożyć wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny.

Co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach prowadzonych przed rokiem 1870 nie zostaną powyższe postanowienia stósownie do § 112 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zastósowane.

2. Według dotychczasowych postanowień

Anspruch der Wittwen nur dann statt, wenn der Tod ihrer Ehegatten, sofern nicht Verwundung vor dem Feinde die Veranlassung desselben war, bis zum Tage der Demobilmachung erfolgte. Gemäß § 94 des Gesetzes vom 27. Juni c. ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß den Wittwen aller derjenigen Militairpersonen der Feld-Armee 2c., welche im Laufe des Krieges erkrankt oder beschädigt sind, der Anspruch auf die gesetzliche Bewilligung zugesichert ist, wenn der Tod ihres Ehegatten aus den beregten Ursachen vor Ablauf eines Jahres nach dem Friedensschlusse eintritt.

Der Friede mit Frankreich ist am 20. Mai 1871 geschlossen; das dem Friedensschlusse folgende Jahr läuft daher mit dem 20. Mai 1872 ab.

Sollten Anträge Hinterbliebener von Theilnehmern des Krieges von 1870/71 auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung bisher zurückgewiesen sein, weil der Tod der betreffenden Militairpersonen erst nach der Demobilmachung, bezw. Auflösung der Kriegs-Formation, oder nach der Entlassung aus dem Militairdienst eingetreten ist, so können diese Anträge nunmehr die entsprechende nachträgliche Berücksichtigung finden. Dieselben sind daher der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen; bezüglich der Hinterbliebenen von Theilnehmern früherer Kriege bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

3. Die bisherigen Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Feld-Armee (§ 45 des Gesetzes vom 27. Juni c. und § 5 des Gesetzes vom 9. Juni 1867) sind in der Hauptsache unverändert geblieben.

Es bewendet daher auch fernerhin bei den bisherigen Vorschriften, wonach in allen hierher gehörigen Fällen die Todesursache als eine aus den Einwirkungen des Militairdienstes entstandene, nach den näheren Bestimmungen des § 5 des Gesetzes vom 9. Februar 1867, jetzt des § 45 des Gesetzes vom 27. Juni c., nachgewiesen sein muß. Der diesfällige Nachweis ist von den Königl. Landrathsämtern bezw. Polizei-Verwaltungen (passus 3 des Erlasses vom 30. März 1867), denen die Vorbereitung und Einsendung der Anträge an die Königlichen Regierungen (beziehungsweise die Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegsministerium) obliegt, durch Correspondenz mit den Militair-Verwaltungs-Behörden zu erbringen.

4. Zu § 97 des Gesetzes vom 27. Juni c.

Werden Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligungen für die Frauen vermißter Militair-Personen gestellt, so muß von dem Truppentheil resp. der Militair-Verwaltungs-Behörde eine Erklärung darüber gefordert werden,

a. seit wann die betreffende Militair-Person vermißt wird,

b. welche Schritte zu ihrer Ermittelung geschehen und

służyło wdowom wtedy tylko prawo, jeśli mężowie ich do dnia demobilizacyi umarli, chyba że poranienie przed nieprzyjacielem śmierci ich było przyczyną. Stósownie do § 94 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zostało to postanowienia tak dalece rozprzestrzenione, iż zapewnione jest wdowom po wszystkich tych osobach wojskowych armii polnéj etc., które wciągu wojny zachorowały albo skaleczone zostały, prawo do prawnego użyczenia, jeśli mężowie ich z wspomnianych powodów przed upływem roku po zawarciu pokoju umrą.

Pokój z Francyą dnia 20. Maja 1871 został zawarty, rok więc po zawarciu pokoju następujący, ubiega dnia 20. Maja 1872.

Gdyby wnioski pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnie 1870/71 o zaasygnowanie prawnego użyczenia miały dotąd być odrzucone, ponieważ śmierć dotyczących osób wojskowych dopiero nastąpiła po demobilizacyi, odnośnie rozwiązaniu formacyi wojennéj, albo po uwolnieniu od służby wojskowéj, to mogą owe wnioski teraz odpowiedniego późniejszego doznać uwzględnienia. Powinny zatem wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny być przedłożone; co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach dawniejszych obowiązują dotychczasowe postanowienia.

3. Dotychczasowe postanowienia co do przynależności do armii polowéj (§ 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. i § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867) pozostały w głównych punktach niezmienione.

Obowiązywać więc będą i nadal dotychczasowe przepisy, według których we wszystkich tu należących przypadkach, przyczyna śmierci jako wynikła przez wpływy służby wojskowéj, stósownie do bliższych postanowień § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867, teraz § 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. udowodnioną być musi. O dowód ten winny królewskie urzędy radzców ziemiańskich, odnośnie zarządy policyjne (ustęp 3 ustawy z dnia 30. Marca 1867), do których przysposabianie i odsyłanie wniosków do królewskich rejencyi (odnośnie do wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny) należy, postarać się drogą korespondencyi z władzami administracyi wojskowéj.

4. do § 97 prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Jeśli stawiane będą wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń dla żon po osobach wojskowych, które znikły, wówczas trzeba od oddziału wojskowego resp. władzy administracyi wojskowéj zażądać na to oświadczenia,

a) od kiedy właściwéj osoby wojskowéj brakuje,

b) jakie uczyniono kroki do jéj wyśledzenia i

c. ob und welche Thatsachen für die Annahme des erfolgten Ablebens sprechen.

Sollten den heimathlichen Behörden Thatsachen bekannt sein, welche auf ein Latitiren des Vermißten schließen lassen, so müssen dieselben zur Sprache gebracht werden.

5. Die Militairbehörden sind angewiesen, in den Fällen ad 3 und 4, sowie überhaupt allen zur Begründung der Anträge für Wittwen der gebliebenen ꝛc. Militairpersonen nothwendigen an sie gelangenden Requisitionen ungesäumt Folge zu geben.

6. Die Bestimmungen sub 5 und 6 des Erlasses vom 14. September 1866 werden dahin abgeändert, daß die Quittungen der Wittwen über die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen angewiesenen Beträge bei denjenigen Wittwen, welche sich nicht wieder verheirathet haben, mit der entsprechenden Bescheinigung, bei denen, welche sich wieder verheirathet haben, mit der Bescheinigung des Datums der Wiederverheirathung zu versehen sind. In den Fällen letzterer Art haben die Königlichen Regierungen den terminus ad quem der Zahlung nach dem Datum der Wiederverheirathung festzusetzen. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung findet in dergleichen Fällen vom Beginn des auf die Wiederverheirathung folgenden Monats ab für zwölf Monate statt.

7. Die Inabgangstellung der Wittwen, welche sich wieder verheirathet haben, erfolgt erst nach Ablauf der obenerwähnten zwölfmonatlichen Frist.

8. Alle Wittwen von Militair-Personen der Unterklassen aus dem Kriege von 1870/71, denen Unterstützungen bisher nach dem Gesetz vom 9. Februar 1867 bereits angewiesen worden sind, haben Anspruch auf die Nachzahlung der höheren Beträge nach dem Gesetz vom 27. Juni d. J.

Demgemäß sind vom 1. desjenigen Monats ab, welcher auf den Todestag ihres Ehegatten folgte (§ 99 des Gesetzes), den Wittwen

der Feldwebel pro Monat 20 Sgr. — Pf.
„ Unteroffiziere „ „ 22 „ 6 „
„ Gemeinen „ „ 25 „ — „

nachzuzahlen.

Die Königlichen Regierungen haben diese Nachzahlungen nach den ihnen von der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium zugegangenen Nachweisungen zu veranlassen. Wo inzwischen eine Verlegung des Wohnsitzes der betreffenden Wittwen stattgefunden hat, haben die Königlichen Regierungen sich, soweit dies erforderlich, die entsprechenden Mittheilungen über den Termin, von welchem ab die Nachzahlung zu leisten ist, zu machen.

9. Die im Auslande lebenden Wittwen haben im Inlande Bevollmächtigte zu bestellen, gegen deren Quittung die Zahlung der gesetzlichen Competenz zu erfolgen hat. Die Gültigkeit der Vollmacht zu prüfen, ist Sache der zahlenden Kasse. Die Zahlung kann nur erfolgen, wenn der Bevollmächtigte in glaub-

c) czyli i jakie fakta domyślać się każą śmierci.

Gdyby władzom miejsca rodzinnego miały być znane fakta, z których wnosić trzeba na wałęsanie się brakującego wtedy należy o nich wspomnieć.

5. Władze wojskowe odebrały rozkaz, aby w przypadkach pod 3 i 4, jako też w ogóle bezzwłocznie zadosyć czyniły wszystkim nadchodzącym do nich rekwizycyom, potrzebnym do uzasadnienia wniesków za wdowami po poległych osobach wojskowych.

6. Postanowienia pod 5 i 6 ustawy z dnia 14. Września 1866 zmieniają się tak dalece, iż opatrzyć trzeba kwity wdów na zaasygnowane im stósownie do prawnych postanowień kwoty u tych wdów, które nie popochodziły znów za mąż, w odpowiednie temu świadectwo, u tych zaś, które poszły znów za mąż, w poświadczenie daty powtórnego zamąż pójścia. W przypadkach ostatniego rodzaju winny królewskie rejencye ustanowić termin ad quem zapłaty według daty zamąż pójścia. Wypłata prawnego użyczenia nastąpi w tym podobnych przypadkach od początku miesiąca, następującego po za mąż pójściu, za dwanaście miesięcy.

7. Wdowy, które znów za mąż popochodziły, umieści się dopiero po upływie powyż wyrażonego czasu 12 miesięcy jako ubyłe.

8. Wszystkim wdowom po osobach wojskowych klas niższych z wojny 1870/71, którym tuż wsparcia dotąd podług prawa z dnia 9. Lujego 1867 zaasygnowane zostały, służy prawo do dopłaty wyższych kwot podług prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Stósownie więc do tego dopłacić należy od 1. tego miesiąca, który nastąpił po dniu śmierci ich mężów (§ 99 prawa), wdowom po

feldfebrach za miesiąc 20 sgr.,
podoficerach „ „ 22 „ 6 fen.,
szeregowych „ „ 25 „

Królewskie rejencye rozporządzą te dopłaty na podstawie nadesłanych im spisów od wydziału spraw inwalidów w ministerynm wojny. Tam, gdzie tymczasem nastąpiło odnośnych wdów przesiedlenie, winny królewskie, o ile będzie potrzeba, czynić sobie odpowiednie doniesienia co do terminu, od którego dopłata uskuteczniona być ma.

9. Wdowy żyjące za granicą, winny obrać sobie pełnomocnika, za którego kwitem wypłata prawnej kompetencyi nastąpić ma. Sprawdzanie ważności plenipotencyi jest rzeczą wypłacającej kasy. Wypłata nastąpić tylko może, gdy pełnomocnik w sposób wiarogodny udowodni, że

Anspruch der Wittwen nur dann statt, wenn der Tod ihrer Ehegatten, sofern nicht Verwundung vor dem Feinde die Veranlassung desselben war, bis zum Tage der Demobilmachung erfolgte. Gemäß § 94 des Gesetzes vom 27. Juni c. ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß den Wittwen aller derjenigen Militairpersonen der Feld-Armee 2c., welche im Laufe des Krieges erkrankt oder beschädigt sind, der Anspruch auf die gesetzliche Bewilligung zugesichert ist, wenn der Tod ihres Ehegatten aus den beregten Ursachen vor Ablauf eines Jahres nach dem Friedensschlusse eintritt.

Der Friede mit Frankreich ist am 20. Mai 1871 geschlossen; das dem Friedensschlusse folgende Jahr läuft daher mit dem 20. Mai 1872 ab.

Sollten Anträge Hinterbliebener von Theilnehmern des Krieges von 1870/71 auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung bisher zurückgewiesen sein, weil der Tod der betreffenden Militairpersonen erst nach der Demobilmachung, bezw. Auflösung der Kriegs-Formation, oder nach der Entlassung aus dem Militairdienst eingetreten ist, so können diese Anträge nunmehr die entsprechende nachträgliche Berücksichtigung finden. Dieselben sind daher der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen; bezüglich der Hinterbliebenen von Theilnehmern früherer Kriege bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

3. Die bisherigen Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Feld-Armee (§ 45 des Gesetzes vom 27. Juni c. und § 5 des Gesetzes vom 9. Juni 1867) sind in der Hauptsache unverändert geblieben.

Es bewendet daher auch fernerhin bei den bisherigen Vorschriften, wonach in allen hierher gehörigen Fällen die Todesursache als eine aus den Einwirkungen des Militairdienstes entstandene, nach den näheren Bestimmungen des § 5 des Gesetzes vom 9. Februar 1867, jetzt des § 45 des Gesetzes vom 27. Juni c., nachgewiesen sein muß. Der diesfällige Nachweis ist von den Königl. Landrathsämtern bezw. Polizei-Verwaltungen (passus 3 des Erlasses vom 30. März 1867), denen die Vorbereitung und Einsendung der Anträge an die Königlichen Regierungen (beziehungsweise die Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegsministerium) obliegt, durch Correspondenz mit den Militair-Verwaltungs-Behörden zu erbringen.

4. Zu § 97 des Gesetzes vom 27. Juni c.

Werden Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligungen für die Frauen vermißter Militair-Personen gestellt, so muß von dem Truppentheil resp. der Militair-Verwaltungs-Behörde eine Erklärung darüber gefordert werden,

a. seit wann die betreffende Militair-Person vermißt wird,

b. welche Schritte zu ihrer Ermittelung geschehen und

służyło wdowom wtedy tylko prawo, jeśli mężowie ich do dnia demobilizacyi umarli, chyba że poranienie przed nieprzyjacielem śmierci ich było przyczyną. Stósownie do § 94 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zostało to postanowienia tak dalece rozprzestrzenione, iż zapewnione jest wdowom po wszystkich tych osobach wojskowych armii polnéj etc., które wciągu wojny zachorowały albo skaleczone zostały, prawo do prawnego użyczenia, jeśli mężowie ich z wspomnianych powodów przed upływem roku po zawarciu pokoju umrą.

Pokój z Francyą dnia 20. Maja 1871 został zawarty, rok więc po zawarciu pokoju następujący, ubiega dnia 20. Maja 1872.

Gdyby wnioski pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnie 1870/71 o zaasygnowanie prawnego użyczenia miały dotąd być odrzucone, ponieważ śmierć dotyczących osób wojskowych dopiero nastąpiła po demobilizacyi, odnośnie rozwiązaniu formacyi wojennéj, albo po uwolnieniu od służby wojskowéj, to mogą owe wnioski teraz odpowiedniego późniejszego doznać uwzględnienia. Powinny zatem wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny być przedłożone; co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach dawniejszych obowięzują dotychczasowe postanowienia.

3. Dotychczasowe postanowienia co do przynależności do armii polowéj (§ 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. i § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867) pozostały w głównych punktach niezmienione.

Obowięzywać więc będą i nadal dotychczasowe przepisy, według których we wszystkich tu należących przypadkach, przyczyna śmierci jako wynikła przez wpływy służby wojskowéj, stósownie do bliższych postanowień § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867, teraz § 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. udowodnioną być musi. O dowód ten winny królewskie urzędy radzców ziemiańskich, odnośnie zarządy policyjne (ustęp 3 ustawy z dnia 30. Marca 1867), do których przysposabianie i odsyłanie wniosków do królewskich rejencyi (odnośnie do wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny) należy, postarać się drogą korespondencyi z władzami administracyi wojskowéj.

4. do § 97 prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Jeśli stawiane będą wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń dla żon po osobach wojskowych, które znikły, wówczas trzeba od oddziału wojskowego resp. władzy administracyi wojskowéj zażądać na to oświadczenia,

a) od kiedy właściwéj osoby wojskowéj brakuje,

b) jakie uczyniono kroki do jéj wyśledzenia i

c. ob und welche Thatsachen für die Annahme des erfolgten Ablebens sprechen.

Sollten den heimathlichen Behörden Thatsachen bekannt sein, welche auf ein Latitiren des Vermißten schließen lassen, so müssen dieselben zur Sprache gebracht werden.

5. Die Militairbehörden sind angewiesen, in den Fällen ad 3 und 4, sowie überhaupt allen zur Begründung der Anträge für Wittwen der gebliebenen ꝛc. Militairpersonen nothwendigen an sie gelangenden Requisitionen ungesäumt Folge zu geben.

6. Die Bestimmungen sub 5 und 6 des Erlasses vom 14. September 1866 werden dahin abgeändert, daß die Quittungen der Wittwen über die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen angewiesenen Beträge bei denjenigen Wittwen, welche sich nicht wieder verheirathet haben, mit der entsprechenden Bescheinigung, bei denen, welche sich wieder verheirathet haben, mit der Bescheinigung des Datums der Wiederverheirathung zu versehen sind. In den Fällen letzterer Art haben die Königlichen Regierungen den terminus ad quem der Zahlung nach dem Datum der Wiederverheirathung festzusetzen. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung findet in dergleichen Fällen vom Beginn des auf die Wiederverheirathung folgenden Monats ab für zwölf Monate statt.

7. Die Inabgangstellung der Wittwen, welche sich wieder verheirathet haben, erfolgt erst nach Ablauf der obenerwähnten zwölfmonatlichen Frist.

8. Alle Wittwen von Militair-Personen der Unterklassen aus dem Kriege von 1870/71, denen Unterstützungen bisher nach dem Gesetz vom 9. Februar 1867 bereits angewiesen worden sind, haben Anspruch auf die Nachzahlung der höheren Beträge nach dem Gesetz vom 27. Juni d. J.

Demgemäß sind vom 1. desjenigen Monats ab, welcher auf den Todestag ihres Ehegatten folgte (§ 99 des Gesetzes), den Wittwen

der Feldwebel pro Monat 20 Sgr. — Pf.
„ Unteroffizire „ „ 22 „ 6 „
„ Gemeinen „ „ 25 „ — „

nachzuzahlen.

Die Königlichen Regierungen haben diese Nachzahlungen nach den ihnen von der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium zugegangenen Nachweisungen zu veranlassen. Wo inzwischen eine Verlegung des Wohnsitzes der betreffenden Wittwen stattgefunden hat, haben die Königlichen Regierungen sich, soweit dies erforderlich, die entsprechenden Mittheilungen über den Termin, von welchem ab die Nachzahlung zu leisten ist, zu machen.

9. Die im Auslande lebenden Wittwen haben im Inlande Bevollmächtigte zu bestellen, gegen deren Quittung die Zahlung der gesetzlichen Competenz zu erfolgen hat. Die Gültigkeit der Vollmacht zu prüfen, ist Sache der zahlenden Kasse. Die Zahlung kann nur erfolgen, wenn der Bevollmächtigte in glaub-

c) czyli i jakie fakta domyślać się każą śmierci.

Gdyby władzom miejsca rodzinnego miały być znane fakta, z których wnosić trzeba na wałęsanie się brakującego wtedy należy o nich wspomnieć.

5. Władze wojskowe odebrały rozkaz, aby w przypadkach pod 3 i 4, jako też w ogóle bezzwłocznie zadosyć czyniły wszystkim nadchodzącym do nich rekwizycyom, potrzebnym do uzasadnienia wniesków za wdowami po poległych osobach wojskowych.

6. Postanowienia pod 5 i 6 ustawy z dnia 14. Września 1866 zmieniają się tak dalece, iż opatrzyć trzeba kwity wdów na zaasygnowane im stósownie do prawnych postanowień kwoty u tych wdów, które nie popochodziły znów za mąż, w odpowiednie temu świadectwo, u tych zaś, które poszły znów za mąż, w poświadczenie daty powtórnego zamąż pójścia. W przypadkach ostatniego rodzaju winny królewskie rejencye ustanowić termin ad quem zapłaty według daty zamąż pójścia. Wypłata prawnego użyczenia nastąpi w tym podobnych przypadkach od początku miesiąca, następującego po za mąż pójściu, za dwanaście miesięcy.

7. Wdowy, które znów za mąż popochodziły, umieści się dopiero po upływie powyż wyrażonego czasu 12 miesięcy jako ubyłe.

8. Wszystkim wdowom po osobach wojskowych klas niższych z wojny 1870/71, którym tuż wsparcia dotąd podług prawa z dnia 9. Lutego 1867 zaasygnowane zostały, służy prawo do dopłaty wyższych kwot podług prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Stósownie więc do tego dopłacić należy od 1. tego miesiąca, który nastąpił po dniu śmierci ich mężów (§ 99 prawa), wdowom po

feldfebrach za miesiąc 20 sgr.,
podoficerach „ „ 22 „ 6 fen.,
szeregowych „ „ 25 „

Królewskie rejencye rozporządzą te dopłaty na podstawie nadesłanych im spisów od wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny. Tam, gdzie tymczasem nastąpiło odnośnych wdów przesiedlenie, winny królewskie, o ile będzie potrzeba, czynić sobie odpowiednie doniesienia co do terminu, od którego dopłata uskutecznioną być ma.

9. Wdowy żyjące za granicą, winny obrać sobie pełnomocnika, za którego kwitem wypłata prawnej kompetencyi nastąpić ma. Sprawdzanie ważności plenipotencyi jest rzeczą wypłacającej kasy. Wypłata nastąpić tylko może, gdy pełnomocnik w sposób wiarogodny udowodni, że

Anspruch der Wittwen nur dann statt, wenn der Tod ihrer Ehegatten, sofern nicht Verwundung vor dem Feinde die Veranlassung desselben war, bis zum Tage der Demobilmachung erfolgte. Gemäß § 94 des Gesetzes vom 27. Juni c. ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß den Wittwen aller derjenigen Militairpersonen der Feld-Armee 2c., welche im Laufe des Krieges erkrankt oder beschädigt sind, der Anspruch auf die gesetzliche Bewilligung zugesichert ist, wenn der Tod ihres Ehegatten aus den beregten Ursachen vor Ablauf eines Jahres nach dem Friedensschlusse eintritt.

Der Friede mit Frankreich ist am 20. Mai 1871 geschlossen; das dem Friedensschlusse folgende Jahr läuft daher mit dem 20. Mai 1872 ab.

Sollten Anträge Hinterbliebener von Theilnehmern des Krieges von 1870/71 auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung bisher zurückgewiesen sein, weil der Tod der betreffenden Militairpersonen erst nach der Demobilmachung, bezw. Auflösung der Kriegs-Formation, oder nach der Entlassung aus dem Militairdienst eingetreten ist, so können diese Anträge nunmehr die entsprechende nachträgliche Berücksichtigung finden. Dieselben sind daher der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen; bezüglich der Hinterbliebenen von Theilnehmern früherer Kriege bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

3. Die bisherigen Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Feld-Armee (§ 45 des Gesetzes vom 27. Juni c. und § 5 des Gesetzes vom 9. Juni 1867) sind in der Hauptsache unverändert geblieben.

Es bewendet daher auch fernerhin bei den bisherigen Vorschriften, wonach in allen hierher gehörigen Fällen die Todesursache als eine aus den Einwirkungen des Militairdienstes entstandene, nach den näheren Bestimmungen des § 5 des Gesetzes vom 9. Februar 1867, jetzt des § 45 des Gesetzes vom 27. Juni c., nachgewiesen sein muß. Der diesfällige Nachweis ist von den Königl. Landrathsämtern bezw. Polizei-Verwaltungen (passus 3 des Erlasses vom 30. März 1867), denen die Vorbereitung und Einsendung der Anträge an die Königlichen Regierungen (beziehungsweise die Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegsministerium) obliegt, durch Correspondenz mit den Militair-Verwaltungs-Behörden zu erbringen.

4. Zu § 97 des Gesetzes vom 27. Juni c.

Werden Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligungen für die Frauen vermißter Militair-Personen gestellt, so muß von dem Truppentheil resp. der Militair-Verwaltungs-Behörde eine Erklärung darüber gefordert werden,

a. seit wann die betreffende Militair-Person vermißt wird,

b. welche Schritte zu ihrer Ermittelung geschehen und

służyło wdowom wtedy tylko prawo, jeśli mężowie ich do dnia demobilizacyi umarli, chyba że poranienie przed nieprzyjacielem śmierci ich było przyczyną. Stósownie do § 94 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zostało to postanowienia tak dalece rozprzestrzenione, iż zapewnione jest wdowom po wszystkich tych osobach wojskowych armii polnéj etc., które wciągu wojny zachorowały albo skaleczone zostały, prawo do prawnego użyczenia, jeśli mężowie ich z wspomnianych powodów przed upływem roku po zawarciu pokoju umrą.

Pokój z Francyą dnia 20. Maja 1871 został zawarty, rok więc po zawarciu pokoju następujący, ubiega dnia 20. Maja 1872.

Gdyby wnioski pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnie 1870/71 o zaasygnowanie prawnego użyczenia miały dotąd być odrzucone, ponieważ śmierć dotyczących osób wojskowych dopiero nastąpiła po demobilizacyi, odnośnie rozwiązaniu formacyi wojennéj, albo po uwolnieniu od służby wojskowéj, to mogą owe wnioski teraz odpowiedniego późniejszego doznać uwzględnienia. Powinny zatem wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny być przedłożone; co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach dawniejszych obowiązują dotychczasowe postanowienia.

3. Dotychczasowe postanowienia co do przynależności do armii polowéj (§ 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. i § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867) pozostały w głównych punktach niezmienione.

Obowięzywać więc będą i nadal dotychczasowe przepisy, według których we wszystkich tu należących przypadkach, przyczyna śmierci jako wynikła przez wpływy służby wojskowéj, stósownie do bliższych postanowień § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867, teraz § 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. udowodnioną być musi. O dowód ten winny królewskie urzędy radzców ziemiańskich, odnośnie zarządy policyjne (ustęp 3 ustawy z dnia 30. Marca 1867), do których przysposabianie i odsyłanie wniosków do królewskich rejencyi (odnośnie do wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny) należy, postarać się drogą korespondencyi z władzami administracyi wojskowéj.

4. do § 97 prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Jeśli stawiane będą wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń dla żon po osobach wojskowych, które znikły, wówczas trzeba od oddziału wojskowego resp. władzy administracyi wojskowéj zażądać na to oświadczenia,

a) od kiedy właściwéj osoby wojskowéj brakuje,

b) jakie uczyniono kroki do jéj wyśledzenia i

c. ob und welche Thatsachen für die Annahme des erfolgten Ablebens sprechen.

Sollten den heimathlichen Behörden Thatsachen bekannt sein, welche auf ein Latitiren des Vermißten schließen lassen, so müssen dieselben zur Sprache gebracht werden.

5. Die Militairbehörden sind angewiesen, in den Fällen ad 3 und 4, sowie überhaupt allen zur Begründung der Anträge für Wittwen der gebliebenen 2c. Militairpersonen nothwendigen an sie gelangenden Requisitionen ungesäumt Folge zu geben.

6. Die Bestimmungen sub 5 und 6 des Erlasses vom 14. September 1866 werden dahin abgeändert, daß die Quittungen der Wittwen über die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen angewiesenen Beträge bei denjenigen Wittwen, welche sich nicht wieder verheirathet haben, mit der entsprechenden Bescheinigung, bei denen, welche sich wieder verheirathet haben, mit der Bescheinigung des Datums der Wiederverheirathung zu versehen sind. In den Fällen letzterer Art haben die Königlichen Regierungen den terminus ad quem der Zahlung nach dem Datum der Wiederverheirathung festzusetzen. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung findet in dergleichen Fällen vom Beginn des auf die Wiederverheirathung folgenden Monats ab für zwölf Monate statt.

7. Die Inabgangstellung der Wittwen, welche sich wieder verheirathet haben, erfolgt erst nach Ablauf der obenerwähnten zwölfmonatlichen Frist.

8. Alle Wittwen von Militair-Personen der Unterklassen aus dem Kriege von 1870/71, denen Unterstützungen bisher nach dem Gesetz vom 9. Februar 1867 bereits angewiesen worden sind, haben Anspruch auf die Nachzahlung der höheren Beträge nach dem Gesetz vom 27. Juni d. J.

Demgemäß sind vom 1. desjenigen Monats ab, welcher auf den Todestag ihres Ehegatten folgte (§ 99 des Gesetzes), den Wittwen

der Feldwebel pro Monat 20 Sgr. — Pf.
„ Unteroffizire „ „ 22 „ 6 „
„ Gemeinen „ „ 25 „ — „

nachzuzahlen.

Die Königlichen Regierungen haben diese Nachzahlungen nach den ihnen von der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium zugegangenen Nachweisungen zu veranlassen. Wo inzwischen eine Verlegung des Wohnsitzes der betreffenden Wittwen stattgefunden hat, haben die Königlichen Regierungen sich, soweit dies erforderlich, die entsprechenden Mittheilungen über den Termin, von welchem ab die Nachzahlung zu leisten ist, zu machen.

9. Die im Auslande lebenden Wittwen haben im Inlande Bevollmächtigte zu bestellen, gegen deren Quittung die Zahlung der gesetzlichen Competenz zu erfolgen hat. Die Gültigkeit der Vollmacht zu prüfen, ist Sache der zahlenden Kasse. Die Zahlung kann nur erfolgen, wenn der Bevollmächtigte in glaub-

c) czyli i jakie fakta domyślać się każą śmierci.

Gdyby władzom miejsca rodzinnego miały być znane fakta, z których wnosić trzeba na wałęsanie się brakującego wtedy należy o nich wspomnieć.

5. Władze wojskowe odebrały rozkaz, aby w przypadkach pod 3 i 4, jako też w ogóle bezzwłocznie zadosyć czyniły wszystkim nadchodzącym do nich rekwizycyom, potrzebnym do uzasadnienia wniesków za wdowami po poległych osobach wojskowych.

6. Postanowienia pod 5 i 6 ustawy z dnia 14. Września 1866 zmieniają się tak dalece, iż opatrzyć trzeba kwity wdów na zaasygnowane im stósownie do prawnych postanowień kwoty u tych wdów, które nie popochodziły znów za mąż, w odpowiednie temu świadectwo, u tych zaś, które poszły znów za mąż, w poświadczenie daty powtórnego zamąż pójścia. W przypadkach ostatniego rodzaju winny królewskie rejencye ustanowić termin ad quem zapłaty według daty zamąż pójścia. Wypłata prawnego użyczenia nastąpi w tym podobnych przypadkach od początku miesiąca, następującego po za mąż pójściu, za dwanaście miesięcy.

7. Wdowy, które znów za mąż popochodziły, umieści się dopiero po upływie powyż wyrażonego czasu 12 miesięcy jako ubyłe.

8. Wszystkim wdowom po osobach wojskowych klas niższych z wojny 1870/71, którym tuż wsparcia dotąd podług prawa z dnia 9. Lutego 1867 zaasygnowane zostały, służy prawo do dopłaty wyższych kwot podług prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Stósownie więc do tego dopłacić należy od 1. tego miesiąca, który nastąpił po dniu śmierci ich mężów (§ 99 prawa), wdowom po

feldfebrach za miesiąc 20 sgr.,
podoficerach „ „ 22 „ 6 fen.,
szeregowych „ „ 25 „

Królewskie rejencye rozporządzą te dopłaty na podstawie nadesłanych im spisów od wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny. Tam, gdzie tymczasem nastąpiło odnośnych wdów przesiedlenie, winny królewskie, o ile będzie potrzeba, czynić sobie odpowiednie doniesienia co do terminu, od którego dopłata uskuteczniona być ma.

9. Wdowy żyjące za granicą, winny obrać sobie pełnomocnika, za którego kwitem wypłata prawnej kompetencyi nastąpić ma. Sprawdzanie ważności plenipotencyi jest rzeczą wypłacającej kasy. Wypłata nastąpić tylko może, gdy pełnomocnik w sposób wiarogodny udowodni, że

Spritzenproben.

§ 50. Die gewöhnlichen Spritzenproben werden jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbst, und zwar unter Zuziehung:

1) des Bürgermeisters,
2) der Spritzenmeister und der Spritzenvorsteher

abgehalten. Außerdem werden zu den Spritzenproben bestellt:

a. die Druckmannschaften,
b. die Schlauchhalter,
c. eine bestimmte Anzahl der Wasserträger mit Eimern,
d. die Vorsteher der Wasserträger.

Bei diesen Spritzenproben kann auch eine Uebung im Feuerlöschdienst vorgenommen werden. Zu den Proben müssen die betreffenden Vorsteher ihre Abzeichen anlegen und die Mannschaften die Feuerzeichen mitbringen.

Alle bei Gelegenheit der Spritzenproben vorgefundenen Fehler und Mängel werden von den betreffenden Vorstehern sofort dem Magistrat zu deren Abhilfe schriftlich angezeigt.

Strafen.

§ 51. Feuerdienstpflichtige Personen, welche zu den Spritzenproben ohne rechtfertigende Entschuldigung ausbleiben oder sich zu spät einfinden, ohne Eimer oder Feuerzeichen erscheinen, sich zu früh entfernen und die ihnen übertragene Arbeit nicht verrichten, werden so bestraft, als ob sie bei einem stattgehabten Feuer ausgeblieben wären.

§ 52. Wer bei ausgebrochenem Feuer ohne rechtfertigende Entschuldigung fortbleibt oder zu spät kommt, wer ohne das vorgeschriebene Abzeichen, Feuerzeichen erscheint oder das Feuer- und Löschgeräth nicht mitbringt, verfällt in eine Strafe bis zu 3 Thlrn. oder verhältnißmäßige Haft.

Ausbleiben oder Verspätung der Bespannung.

§ 53. Wer eine ihm obliegende Bespannung unterläßt oder wessen Bespannung verspätet oder unbrauchbar ist, unterliegt ebenfalls der Strafe des ausgebliebenen Personals.

Trunkenheit oder Widersetzlichkeit.

§ 54. Wer sich im betrunkenen Zustande auf der Brandstelle einfindet oder betrinkt oder wer sich ungehorsam zeigt, soll sofort arretirt und nachher mit einer Geldbuße bis zu 3 Thlrn. oder entsprechender Haft belegt werden.

Entfernung und Trägheit.

§ 55. Die Entfernung von der Brandstelle oder auch nur von dem angewiesenen Posten vor ertheilter Erlaubniß, wird wie das Ausbleiben vom Feuerlöschdienst bestraft.

Dieselbe Strafe trifft Denjenigen, der die ihm übertragene Arbeit, der geschehenen Aufforderung ungeachtet, nicht verrichtet.

Controle.

§ 56. Wenn die Vorsteher resp. Stellvertreter die Feuerzeichen (§ 15) abgenommen, müssen dieselben nach der in Händen habenden Liste darüber Recherche anstellen, ob und event. welche Personen beim Feuer gefehlt haben. Die Fehlenden sind dem Magistrat binnen 48 Stunden zur Bestrafung schriftlich bei Strafe bis zu 3 Thlrn. anzuzeigen.

Im Allgemeinen.

§ 57. Alle sonstigen Verstöße gegen die Feuerlösch-Ordnung werden, wenn nicht specielle Strafen für die einzelnen Fälle darin bereits feststehen, mit einer Geldbuße bis zu 3 Thalern oder verhältnißmäßiger Haft geahndet.

§ 58. Die Strafen fließen zur hiesigen Kämmerei-Kasse.

Nakel, den 12. Oktober 1871.

**Der Magistrat.**

Münzer. E. Borkowski. Gustav Reinke. E. Kallmann.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**809** Der bisherige Kreis-Wundarzt Dr. Maß ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Schönlanke zum Kreis-Physikus des Kreises Czarnikau ernannt.

**810** Casimir Rynski als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Lobsens im Kreise Wirsitz interimistisch angestellt.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 44.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 45.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 10. November 1871. Bydgoszcz, dnia 10. Listopada 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**811** Bekanntmachung, die Postfreimarken betreffend.

Der Verkauf der neuen zum 1. Januar 1872 in Gültigkeit tretenden Postfreimarken wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichs-Postanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franko-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Post-Annahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werths umgetauscht werden.

Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Marken nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebietes statt, in welchem die Ausgabe der Marken erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember hinaus zu bemessen.

Berlin, den 16. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**812** Der Königlichen Regierung theilen wir behufs Ausführung des in dem Reichs-Gesetzblatte Nr. 31 veröffentlichten Gesetzes vom 27. Juni d. J.,

„betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, sowie die Bewilligungen für die Hinterbliebenen solcher Personen,"

in Abänderung und Ergänzung der Erlasse vom 14. September 1866 und 30. März 1867 zur Nachachtung und weiteren Veranlassung mit, was folgt:

I. Bewilligungen für Wittwen:

1. Der Nachweis der Hülfsbedürftigkeit in Ansehung der Hinterbliebenen von Militair-Personen der Unterklassen, welche im Kriege geblieben resp. gestorben sind, ist nicht erforderlich.

In den Quittungen derselben bedarf es daher des hierauf bezüglichen Vermerks künftig nicht mehr.

Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung, welche wegen mangelnden Nachweises der Hülfsbedürftigkeit bisher haben zurückgewiesen werden müssen, werden jetzt die entsprechende Berücksichtigung finden können; es sind dieselben daher der Abtheilung für das Invaliden-Wesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen.

In Ansehung der Hinterbliebenen von Theilnehmern der vor dem Jahre 1870 geführten Kriege finden die vorstehenden Bestimmungen gemäß § 112 des Gesetzes vom 27. Juni d. J. keine Anwendung.

2. Nach den bisherigen Bestimmungen fand ein

Królewskiéj Rejencyi komunikujemy dla wykonania prawa w zbiorze praw państwa Niemieckiego No. 31, ogłoszonego z dnia 27. Czerwca r. b.,

„tyczącego się emerytowania i zaopatrywania osób wojskowych armii państwa i cesarskiéj marynarki, jako też użyczeń dla pozostałych rodzin po osobach takich,"

zmieniając i uzupełniając ustawy z dnia 14. Września 1866 i 30. Marca 1867 dla zastósowania się i dalszego rozporządzenia, co następuje:

I. Użyczenia dla wdów:

1. Potrzeby wspomożenia we względzie pozostałych rodzin po osobach wojskowych klas niższych, które na wojnie poległy resp. umarły, nie potrzeba udawadniać.

Nie potrzeba więc już nadal w kwitach tychże odnośnéj w tym względzie wzmianki.

Wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń, które dotąd dla niedostatecznego udowodnienia potrzeby wspomożenia, oddalać było trzeba, będzie można teraz odpowiednio uwzględnić, należy je więc przedłożyć wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny.

Co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach prowadzonych przed rokiem 1870 nie zostaną powyższe postanowienia stósownie do § 112 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zastósowane.

2. Według dotychczasowych postanowień

Anspruch der Wittwen nur dann statt, wenn der Tod ihrer Ehegatten, sofern nicht Verwundung vor dem Feinde die Veranlassung desselben war, bis zum Tage der Demobilmachung erfolgte. Gemäß § 94 des Gesetzes vom 27. Juni c. ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß den Wittwen aller derjenigen Militairpersonen der Feld-Armee ꝛc., welche im Laufe des Krieges erkrankt oder beschädigt sind, der Anspruch auf die gesetzliche Bewilligung zugesichert ist, wenn der Tod ihres Ehegatten aus den beregten Ursachen vor Ablauf eines Jahres nach dem Friedensschlusse eintritt.

Der Friede mit Frankreich ist am 20. Mai 1871 geschlossen; das dem Friedensschlusse folgende Jahr läuft daher mit dem 20. Mai 1872 ab.

Sollten Anträge Hinterbliebener von Theilnehmern des Krieges von 1870/71 auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligung bisher zurückgewiesen sein, weil der Tod der betreffenden Militairpersonen erst nach der Demobilmachung, bezw. Auflösung der Kriegs-Formation, oder nach der Entlassung aus dem Militairdienst eingetreten ist, so können diese Anträge nunmehr die entsprechende nachträgliche Berücksichtigung finden. Dieselben sind daher der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium vorzulegen; bezüglich der Hinterbliebenen von Theilnehmern früherer Kriege bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

3. Die bisherigen Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Feld-Armee (§ 45 des Gesetzes vom 27. Juni c. und § 5 des Gesetzes vom 9. Juni 1867) sind in der Hauptsache unverändert geblieben.

Es bewendet daher auch fernerhin bei den bisherigen Vorschriften, wonach in allen hierher gehörigen Fällen die Todesursache als eine aus den Einwirkungen des Militairdienstes entstandene, nach den näheren Bestimmungen des § 5 des Gesetzes vom 9. Februar 1867, jetzt des § 45 des Gesetzes vom 27. Juni c., nachgewiesen sein muß. Der diesfällige Nachweis ist von den Königl. Landrathsämtern bezw. Polizei-Verwaltungen (passus 3 des Erlasses vom 30. März 1867), denen die Vorbereitung und Einsendung der Anträge an die Königlichen Regierungen (beziehungsweise die Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegsministerium) obliegt, durch Correspondenz mit den Militair-Verwaltungs-Behörden zu erbringen.

4. Zu § 97 des Gesetzes vom 27. Juni c.

Werden Anträge auf Anweisung der gesetzlichen Bewilligungen für die Frauen vermißter Militair-Personen gestellt, so muß von dem Truppentheil resp. der Militair-Verwaltungs-Behörde eine Erklärung darüber gefordert werden,

a. seit wann die betreffende Militair-Person vermißt wird,

b. welche Schritte zu ihrer Ermittelung geschehen und

służyło wdowom wtedy tylko prawo, jeśli mężowie ich do dnia demobilizacyi umarli, chyba że poranienie przed nieprzyjacielem śmierci ich było przyczyną. Stósownie do § 94 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. zostało to postanowienia tak dalece rozprzestrzenione, iż zapewnione jest wdowom po wszystkich tych osobach wojskowych armii polnéj etc., które wciągu wojny zachorowały albo skaleczone zostały, prawo do prawnego użyczenia, jeśli mężowie ich z wspomnianych powodów przed upływem roku po zawarciu pokoju umrą.

Pokój z Francyą dnia 20. Maja 1871 został zawarty, rok więc po zawarciu pokoju następujący, ubiega dnia 20. Maja 1872.

Gdyby wnioski pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnie 1870/71 o zaasygnowanie prawnego użyczenia miały dotąd być odrzucone, ponieważ śmierć dotyczących osób wojskowych dopiero nastąpiła po demobilizacyi, odnośnie rozwiązaniu formacyi wojennéj, albo po uwolnieniu od służby wojskowéj, to mogą owe wnioski teraz odpowiedniego późniejszego doznać uwzględnienia. Powinny zatem wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny być przedłożone; co do pozostałych rodzin po uczestnikach w wojnach dawniejszych obowięzują dotychczasowe postanowienia.

3. Dotychczasowe postanowienia co do przynależności do armii polowéj (§ 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. i § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867) pozostały w głównych punktach niezmienione.

Obowięzywać więc będą i nadal dotychczasowe przepisy, według których we wszystkich tu należących przypadkach, przyczyna śmierci jako wynikła przez wpływy służby wojskowéj, stósownie do bliższych postanowień § 5 prawa z dnia 9. Lutego 1867, teraz § 45 prawa z dnia 27. Czerwca r. b. udowodnioną być musi. O dowód ten winny królewskie urzędy radzców ziemiańskich, odnośnie zarządy policyjne (ustęp 3 ustawy z dnia 30. Marca 1867), do których przysposabianie i odsyłanie wniosków do królewskich rejencyi (odnośnie do wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny) należy, postarać się drogą korespondencyi z władzami administracyi wojskowéj.

4. do § 97 prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Jeśli stawiane będą wnioski o zaasygnowanie prawnych użyczeń dla żon po osobach wojskowych, które znikły, wówczas trzeba od oddziału wojskowego resp. władzy administracyi wojskowéj zażądać na to oświadczenia,

a) od kiedy właściwéj osoby wojskowéj brakuje,

b) jakie uczyniono kroki do jéj wyśledzenia i

c. ob und welche Thatsachen für die Annahme des erfolgten Ablebens sprechen.

Sollten den heimathlichen Behörden Thatsachen bekannt sein, welche auf ein Latitiren des Vermißten schließen lassen, so müssen dieselben zur Sprache gebracht werden.

5. Die Militairbehörden sind angewiesen, in den Fällen ad 3 und 4, sowie überhaupt allen zur Begründung der Anträge für Wittwen der gebliebenen 2c. Militairpersonen nothwendigen an sie gelangenden Requisitionen ungesäumt Folge zu geben.

6. Die Bestimmungen sub 5 und 6 des Erlasses vom 14. September 1866 werden dahin abgeändert, daß die Quittungen der Wittwen über die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen angewiesenen Beträge bei denjenigen Wittwen, welche sich nicht wieder verheirathet haben, mit der entsprechenden Bescheinigung, bei denen, welche sich wieder verheirathet haben, mit der Bescheinigung des Datums der Wiederverheirathung zu versehen sind. In den Fällen letzterer Art haben die Königlichen Regierungen den terminus ad quem der Zahlung nach dem Datum der Wiederverheirathung festzusetzen. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung findet in dergleichen Fällen vom Beginn des auf die Wiederverheirathung folgenden Monats ab für zwölf Monate statt.

7. Die Inabgangstellung der Wittwen, welche sich wieder verheirathet haben, erfolgt erst nach Ablauf der obenerwähnten zwölfmonatlichen Frist.

8. Alle Wittwen von Militair-Personen der Unterklassen aus dem Kriege von 1870/71, denen Unterstützungen bisher nach dem Gesetz vom 9. Februar 1867 bereits angewiesen worden sind, haben Anspruch auf die Nachzahlung der höheren Beträge nach dem Gesetz vom 27. Juni d. J.

Demgemäß sind vom 1. desjenigen Monats ab, welcher auf den Todestag ihres Ehegatten folgte (§ 99 des Gesetzes), den Wittwen

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| der Feldwebel | pro Monat | 20 Sgr. | — Pf. | |
| „ Unteroffiziere | „ | „ | 22 „ | 6 „ |
| „ Gemeinen | „ | „ | 25 „ | — „ |

nachzuzahlen.

Die Königlichen Regierungen haben diese Nachzahlungen nach den ihnen von der Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegs-Ministerium zugegangenen Nachweisungen zu veranlassen. Wo inzwischen eine Verlegung des Wohnsitzes der betreffenden Wittwen stattgefunden hat, haben die Königlichen Regierungen sich, soweit dies erforderlich, die entsprechenden Mittheilungen über den Termin, von welchem ab die Nachzahlung zu leisten ist, zu machen.

9. Die im Auslande lebenden Wittwen haben im Inlande Bevollmächtigte zu bestellen, gegen deren Quittung die Zahlung der gesetzlichen Competenz zu erfolgen hat. Die Gültigkeit der Vollmacht zu prüfen, ist Sache der zahlenden Kasse. Die Zahlung kann nur erfolgen, wenn der Bevollmächtigte in glaub-

c) czyli i jakie fakta domyślać się każą śmierci.

Gdyby władzom miejsca rodzinnego miały być znane fakta, z których wnosić trzeba na wałęsanie się brakującego wtedy należy o nich wspomnieć.

5. Władze wojskowe odebrały rozkaz, aby w przypadkach pod 3 i 4, jako też w ogóle bezzwłocznie zadosyć czyniły wszystkim nadchodzącym do nich rekwizycyom, potrzebnym do uzasadnienia wniesków za wdowami po poległych osobach wojskowych.

6. Postanowienia pod 5 i 6 ustawy z dnia 14. Września 1866 zmieniają się tak dalece, iż opatrzyć trzeba kwity wdów na zaasygnowane im stósownie do prawnych postanowień kwoty u tych wdów, które nie popochodziły znów za mąż, w odpowiednie temu świadectwo, u tych zaś, które poszły znów za mąż, w poświadczenie daty powtórnego zamąż pójścia. W przypadkach ostatniego rodzaju winny królewskie rejencye ustanowić termin ad quem zapłaty według daty zamąż pójścia. Wypłata prawnego użyczenia nastąpi w tym podobnych przypadkach od początku miesiąca, następującego po za mąż pójściu, za dwanaście miesięcy.

7. Wdowy, które znów za mąż popochodziły, umieści się dopiero po upływie powyż wyrażonego czasu 12 miesięcy jako ubyłe.

8. Wszystkim wdowom po osobach wojskowych klas niższych z wojny 1870/71, którym tuż wsparcia dotąd podług prawa z dnia 9. Lujego 1867 zaasygnowane zostały, służy prawo do doplaty wyższych kwot podług prawa z dnia 27. Czerwca r. b.

Stósownie więc do tego dopłacić należy od 1. tego miesiąca, który nastąpił po dniu śmierci ich mężów (§ 99 prawa), wdowom po

| | | | |
|---|---|---|---|
| feldfebrach | za miesiąc | 20 sgr., | |
| podoficerach | „ „ | 22 „ | 6 fen., |
| szeregowych | „ „ | 25 „ | |

Królewskie rejencye rozporządzą te dopłaty na podstawie nadesłanych im spisów od wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny. Tam, gdzie tymczasem nastąpiło odnośnych wdów przesiedlenie, winny królewskie, o ile będzie potrzeba, czynić sobie odpowiednie doniesienia co do terminu, od którego dopłata uskuteczniona być ma.

9. Wdowy żyjące za granicą, winny obrać sobie pełnomocnika, za którego kwitem wypłata prawnej kompetencyi nastąpić ma. Sprawdzanie ważności plenipotencyi jest rzeczą wypłacającej kasy. Wypłata nastąpić tylko może, gdy pełnomocnik w sposób wiarogodny udowodni, że

würdiger Weise nachweist, daß die betreffende Wittwe sich noch am Leben findet und sich nicht wieder verheirathet hat.

Im Falle der Wiederverheirathung einer solchen Wittwe ist eine Bescheinigung über den Tag der stattgefundenen Eheschließung beizubringen.

10. Zu Geldsendungen in das Ausland oder Correspondenzen mit den im Auslande lebenden Personen sind die diesseitigen Kassen und Behörden nicht verpflichtet. Es ist Sache der betreffenden Personen, durch ihre Bevollmächtigten sich die entsprechenden Beträge und Verfügungen der Behörde übermitteln zu lassen, beziehungsweise durch dieselben den Zahlstellen alle diejenigen Vorlagen machen zu lassen, welche für die Zahlbarmachung der gesetzlichen Bewilligung erforderlich sind.

11. Die Bestimmungen ad 9 und 10 finden auch auf die Wittwen der in den bisherigen Kriegen gebliebenen Militair-Personen Anwendung, deren Anspruch auf den Bezug der gesetzlichen Competenz übrigens wie bisher nur bis zu dem Zeitpunkte ihrer Wiederverheirathung fortdauert.

II. Bewilligungen für Kinder.

12. Die Bestimmungen sub I.: 1, 2, 3, 4, 5, 9 und 10 finden eine entsprechende Anwendung auch auf die den Kindern der im Kriege gebliebenen Militairpersonen der Unterklassen anzuweisenden Bewilligungen, beziehungsweise auf den Anspruch derselben auf diese Bewilligung und deren Zahlbarmachung. Die Bestimmungen sub 9 und 10 finden vorkommendenfalls allgemeine Anwendung auf alle Kinder, denen nach dem bisherigen Gesetz Erziehungsbeihülfen zu gewähren sind.

13. Der nach § 96 des Gesetzes den Kindern der 1870/71 gebliebenen 2c. Militair-Personen der Unterklassen gegen die bisherige Unterstützung anzuweisende Mehrbetrag ist für jedes Kind mit 1 Thlr. pro Monat in derselben Weise nachzuzahlen, wie dies sub 8 für die Wittwen bestimmt ist.

14. Für Doppel-Waisen aus dem Kriege 1870/71 und weiterhin ist die höhere Bewilligung von 5 Thlr. monatlich in bisheriger Weise, unter Vorlegung des Todtenscheins der Mutter, wenn aber für das Kind nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen bereits eine Erziehungsbeihülfe angewiesen ist, nur unter Bezugnahme auf diejenige Liste, mittelst deren die erste Bewilligung erfolgt ist, bei der Abtheilung für das Invaliden-Wesen im Kriegs-Ministerium, von den Königlichen Regierungen resp. dem Königlichen Polizei-Präsidium zu beantragen.

Das Vorhandensein einer Stiefmutter oder eines Stiefvaters schließt von der Berechtigung zum Empfang des für Doppelwaisen normirten Betrages **nicht** aus.

15. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung für Doppelwaisen hat stets an die vormundschaftliche Behörde zu erfolgen.

16. Die Bestimmung ad 10e. und 11 des Er-

odnośna wdowa jeszcze żyje i nie poszła jeszcze za mąż.

Na przypadek za mąż pójścia takiéj wdowy złożyć należy świadectwo co do dnia zawarcia małżeństwa.

10. Do odsyłania pieniędzy za granice lub korespondowania z osobami żyjącemi za granicą nie są kasy i władze tutejsze obowiązane. Właściwych osób raczéj jest rzeczą, kazać sobie przez swych pełnomocników przesyłać odpowiednie kwoty i rozporządzenia władz, względnie kazać przez nich robić te podania, które do wypłaty prawnych użyczeń są potrzebne.

11. Postanowienia pod 9 i 10 stósują się także do wdów po osobach wojskowych, w dotychczasowych wojnach poległych, których prawo do pobierania prawnéj kompetencyi z resztą jak dotąd tylko trwa do chwili ich powtórnego za mąż pójścia.

II. Użyczenia dla dzieci:

12. Postanowienia pod I.: 1, 2, 3, 4, 5, 9 i 10 doznają odpowiedniego zastósowania także do użyczeń mających się zaasygnować dzieciom po poległych na wojnie osobach klas niższych, odnośnie do ich prawa do tego użyczenia i tegoż wypłacalności. Postanowienia pod 9 i 10 doznają, gdy się ten przypadek zdarzy, ogólnego zastósowania do wszystkich dzieci, którym według dotychczasowych praw wspomóżki wychowawcze udzielone być powinny.

13. Zaasygnować się mającą według § 96 prawa sumę wyższą aniżeli dotychczasowe wsparcie wynoszącą dla dzieci po poległych w roku 1870/71 osobach wojskowych etc. klas niższych, należy dopłacić dla każdego dziecka po 1 tal. miesięcznie w ten sam sposób, jak to pod 8 dla wdów jest postanowione.

14. Dla sierot dwojakich z wojny 1870/71 i późniejszych podadzą królewskie rejencye resp. królewskie prezydyum policyjne wniosek dotychczasowym sposobem do wydziału spraw inwalidów w ministeryum wojny o wyższe użyczenie 5 tal. na miesiąc, składając sepulturę matki, a jeśli dla dziecka już jest zaasygnowaną stósownie do dotychczasowych prawnych postanowień wspomóżka wychowawcza, odnosząc się tylko do tego spisu, przez który pierwsze użyczenie nastąpiło.

Od uprawnienia do odebrania kwoty normowanéj dla sierot dwojakich **nie** wyklucza istnienie macochy lub ojczyma.

15. Prawne użyczenie dla sierot dwojakich powinno się zawsze płacić władzy opiekuńczéj.

16. Postanowienie pod 10e. i 11 ustawy

lasses vom 30. März 1867 wird dahin geändert, daß in allen Fällen, in denen Kinder der im Kriege von 1870/71 und weiterhin gebliebenen ꝛc. Militairpersonen der Unterklassen in dem Militair-Waisenhause zu Potsdam, in dem Militair-Mädchen-Waisenhause zu Pretzsch oder auf Kosten des Potsdam'schen großen Militair-Waisenhauses in einer anderen Erziehungs-Anstalt Aufnahme gefunden haben, die Transferirung der betreffenden Bewilligung auf die Militair Pensions-Kasse in Berlin stattzufinden hat; von letzterer wird die Zahlung der bezüglichen Beträge an die Königl. Hauptkasse des Potsdam'schen großen Militair-Waisenhauses in Berlin veranlaßt werden.

### III. Bewilligung für Eltern und Großeltern:

17. Die dem Vater oder Großvater, der Mutter oder Großmutter einer im Kriege von 1870/71 und weiterhin gebliebenen ꝛc. Militair-Personen der Unterklassen mit je 3½ Thlr. monatlich zu zahlenden Beihülfe ist bei nachgewiesener Berechtigung vom 1. desjenigen Monats ab zahlbar, welcher auf den den Anspruch begründenden Todestag folgt.

18. Der Anspruch auf diese Beihülfe wird gemäß § 96 alin. 2 des Gesetzes durch den Nachweis der Hülfsbedürftigkeit, sowie dadurch bedingt, daß der Verstorbene der einzige Ernährer der hinterbliebenen Angehörigen war.

Daß das letztere der Fall gewesen, kann nur dann angenommen werden, wenn der Hinterbliebene mit dem Verstorbenen dieselbe Feuerstelle bewohnt und bei mangelndem eigenen Vermögen und eigener Erwerbsunfähigkeit, alles dasjenige, was zu seinem Unterhalte erforderlich gewesen, von dem Verstorbenen erhalten hat, oder wenn er, ohne dieselbe Feuerstelle mit ihm zu bewohnen, unter gleicher Voraussetzung der Hülfs-Bedürftigkeit, in Geld- oder Natural-Leistungen seinen gesammten Unterhalt von dem Verstorbenen bezogen hat.

Das Vorhandensein anderer nach den gesetzlichen Bestimmungen allgemein zum Unterhalte der betreffenden Hinterbliebenen verpflichteten Personen schließt die Gewährung der Staatsbeihülfen nur dann aus, wenn diese Personen notorisch bemittelt sind und wenn sie bei Lebzeiten des verstorbenen Sohnes oder Enkels eine nähere, jedoch unerfüllt gelassene Verpflichtung zur Unterstützung der hinterbliebenen Eltern oder Großeltern hatten, als der Verstorbene.

In allen anderen Fällen können die hinterbliebenen hülfsbedürftigen Eltern und Großeltern die Gewährung der gesetzlichen Staatsbeihülfe beantragen, ohne zuvor ihre Alimentirung von den sonst dazu verpflichteten Personen gefordert zu haben; nur wenn Letztere ihrer Unterstützungspflicht freiwillig und in dem Maße genügen, daß dadurch die Hülfsbedürftigkeit der Unterstützten in Wegfall kommt, kann dies

z dnia 30. Marca 1867 zmienia się tak dalece, że we wszystkich przypadkach, w których dzieci po poległych na wojnie roku 1870/71 i późniéj osób wojskowych etc. klas niższych przyjęte zostały w domu sierot powojskowych w Poczdamie, w domu dla osierociałych dziewcząt powojskowych w Pretsch, albo na koszt Poczdamskiego wielkiego domu sierot powojskowych w innym zakładzie wychowawczym, transferowanie właściwego użyczenia na kasę pensyjną wojskową w Berlinie nastąpić powinno; ta to kasa zaleci, aby odnośne kwoty królewskiéj kasie głównéj poczdamskiego wielkiego domu sierot powojskowych w Berlinie płacone były.

### III. Użyczenia dla rodziców, dziadków i babek:

17. Płacić się mająca miesięcznie po 3½ tal. wspomóżka ojcu lub dziadkowi, matce lub babce poległéj na wojnie roku 1870/71 i późniéj osobie wojskowéj etc. klas niższych jest, przy udowodnionem uprawnieniu płatną od 1. tego miesiąca, który po dniu śmierci, uzasadniającym pretensyą następuje.

18. Pretensyą do téj wspomóżki czyni się stósownie do § 96 ustępu 2 prawa zawisłą od udowodnienia potrzeby wsparcia, jako też do tego, że nieboszczyk „jedynym" był żywicielem pozostałych pokrewnych.

Że tak się rzecz miała, przyjąć można tylko wtenczas, jeśli pozostały z nieboszczykiem razem mieszkał a nie mając własnego majątku i nie będąc sam zdolny do zarobku, wszystko to od nieboszczyka dostawał, co do jego utrzymania potrzebnem było, albo jeśli nie mieszkając z nim razem, pod równemi przypuszczeniami potrzeby wsparcia, pobierał od nieboszczyka w pieniędzach albo daninach w naturze całe swe utrzymanie.

Istnienie innych osób, obowiązanych według postanowień prawnych powszechnie do utrzymywania odnośnych rodzin pozostałych, wyłącza od udzielenia wspomóżek rządowych tylko wtenczas, jeśli jest wiadomo, że osoby te są zamożne i za życia zmarłego syna lub wnuka bliższy od nieboszczyka miały obowiązek wspierania pozostałych rodziców lub dziadków i babek, takowego jednak nie wypełniły.

W wszystkich innych przypadkach mogą pozostali rodzice, dziadkowie i babki potrzebujący wsparcia, chociażby poprzednio dla siebie alimentacyi od osób do tego obowiązanych nie żądały, podawać wnioski o udzielenie prawnych wspomóżek rządowych; tylko jeśli osoby te obowiązkowi swemu wspierania dobrowolnie i w takiéj mierze zadość czynią, że przez to ustaje

auf die Gewährung der Staatsbeihülfe von Einfluß sein.

19. Die Zahlung der gesetzlichen Bewilligung an die Wittwen und Kinder der im Kriege Gebliebenen ꝛc. schließt die Zahlung der Beihülfen an die Eltern oder Großeltern derselben bei sonstigem Vorhandensein der sub 18 gegebenen Voraussetzungen nicht aus.

20. Die Anträge auf Bewilligungen für Eltern oder Großeltern sind der Abtheilung für das Invaliden-Wesen im Kriegs-Ministerium in derselben Form vorzulegen, wie solche für die Anträge auf Bewilligung der Wittwen-Unterstützungen, nach Vorschrift des Erlasses vom 30. März 1867 üblich gewesen.

Ueber die Bedürftigkeit sowie darüber, daß der Verstorbene der einzige Ernährer des Vaters ꝛc. gewesen, ist unter Beachtung der sub 18 enthaltenen Bestimmungen eine besondere Bescheinigung der Königlichen Landrathsämter ꝛc. beziehungsweise Polizei-Verwaltungen beizubringen.

21. Die Quittungen über die in allen hierher gehörigen Fällen gezahlten Beihülfen sind, wie für die Wittwen aus den bisherigen Kriegen vorgeschrieben, mit dem entsprechenden Vermerk über die Fortdauer der Hülfsbedürftigkeit zu versehen.

Berlin, den 18. October 1871.

Der Kriegs- und Marine-Minister.
(gez.) Graf **v. Roon.**
Der Minister des Innern.
(gez.) Graf **Eulenburg.**
Der Finanz-Minister.
(gez.) **Camphausen.**

Vorstehender Erlaß wird unter Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 29. September 1866 und vom 13. April 1867 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die betheiligten Personen sich mit ihren Gesuchen um die in Rede stehenden Bewilligungen ausschließlich an die Königl. Landrathsämter zu wenden haben.

Bromberg, den 28. October 1871.

Königl. Regierung.

potrzeba wspomagania wspieranych, może to być nie bez wpływu na udzielenie wspomóżki rządowéj.

19. Wypłata prawnego użyczenia wdowom i dzieciom po poległych etc. na wojnie nie wyłącza wypłaty wspomóżek rodzicom albo dziadkom i babkom tychże, byleby zrobione pod 18 przypuszczenia miały miejsce.

20. Wnioski o użyczenia dla rodziców lub dziadków i babek należy wydziałowi spraw inwalidów w ministeryum wojny w téj saméj formie przedkładać, jakiéj do wniosków udzielenie wsparć dla wdów stósownie do przepisu ustawy z dnia 30. Marca 1867 używano.

Co do potrzeby, jako też co do tego, że nieboszczyk jedynym był żywicielem ojca etc., powinno się przy zastósowaniu się do postanowień pod 18 zawartych, osobne złożyć zaświadczenie królewskich urzędów radzców ziemiańskich odnośnie zarządów policyjnych.

21. Kwity na płacone we wszystkich tu należących przypadkach wspomóżki powinny w odpowiednią zaopatrzone być wzmiankę co do dalszego trwania potrzeby wspierania, jaka jest przepisaną dla wdów z dotychczasowych wojen.

Berlin, dnia 18. Października 1871.

Minister wojny i maryny.
**Hr. von Roon.**
Minister spraw wewnętrznych.
**Hr. Eulenburg.**
Minister skarbu.
**Camphausen.**

Powyższą ustawę podaje się przy odniesieniu się do obwieszczeń naszych w dzienniku urzędowym z dnia 29. Września 1866 i z dnia 13. Kwietnia 1867 do powszechnéj wiadomości, z tem nadmienieniem, że interesowane osoby z swemi prośbami o będące w mowie użyczenia, udawać się powinny wyłącznie do królewskich urzędów radzców ziemiańskich.

Bydgoszcz, dnia 28. Października 1871.

Królewska Rejencya.

**813** Bekanntmachung.

Um bei der Ausführung der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung vollständige und zuverlässige Resultate zu erhalten, ist es nöthig, für das Amt der Zähler gehörig qualificirte Personen auszuwählen, welche einige Bekanntschaft mit dem Listenwesen erlangt haben und daneben die Fähigkeit besitzen, sich schnell und leicht mit den Zählungsvorschriften vertraut zu machen.

Bei der Wichtigkeit der statistischen Aufnahme richten wir daher an Personen, welche die oben bezeichneten Eigenschaften zu besitzen vermeinen, namentlich an Lehrer und sonstige im öffentlichen Dienste stehenden Personen die Aufforderung, sich der Uebernahme der Functionen eines Zählers auf den Antrag der Ortsbehörden resp. der Orts-Zählungs-Commissionen sie thunlichst zu unterstützen.

Bromberg, den 30. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**814** Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1872 ab treten die sub Nr. 13 unseres Localtarifs (pag. 24 und 25) enthaltenen Bestimmungen wegen der für gewisse Artikel vorgeschriebenen Normalgewichte außer Kraft und es sind

von dem gedachten Zeitpunkte ab alle zur Beförderung im Ostbahn-Localverkehre aufgegebenen Güter in den Frachtbriefen nur nach Gewicht zu bezeichnen.

Bromberg, den 30. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

815 Bekanntmachung.

Wegen des durch außerordentliche Inanspruchnahme der Transportmittel eingetretenen Wagenmangels sehen wir uns genöthigt, die Be- und Entladefristen bis auf Weiteres dahin abzukürzen, daß:

a) die Selbstbeladung bestellter Güterwagen innerhalb der nächsten 12 Tagesstunden nach Benachrichtigung über Bereitstellung der Wagen,

b) die Selbstentladung angekommener Güterwagen Seitens der Empfänger ebenfalls innerhalb der nächsten 12 Tagesstunden nach Absendung des Avisos,

bewerkstelligt werden muß, wobei indeß in den sub b. bezeichneten Fällen auswärts bis zu 3 Meilen vom Stationsorte wohnenden Empfängern eine Fristverlängerung um 8 Tagesstunden und den mehr als 3 Meilen vom Stationsorte entfernt wohnenden Empfängern eine Fristverlängerung um 12 Tagesstunden zugestanden wird.

Unter dem Ausdruck „Tagesstunden" ist die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends zu verstehen. Bromberg, den 4. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

816 Bekanntmachung.

Zu Mroczen, Kreis Wirsitz, Regierungsbezirk Bromberg, wird am 16. November d. J. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagedienste (cfr. § 4 der Telegraphen-Ordnung) eröffnet werden.

Stettin, den 31. Oktober 1871. Kaiserliche Telegraphen-Direktion.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

817 Der provisorische Lehrer Reinhold Theodor Jähn an der evangelischen Schule zu Uscz, Kreis Chodziesen, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

818 Der provisorische Lehrer Michael Kölm an der evangelischen Schule in Güntergost, Kreis Wirsitz, ist nunmehr in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

819 Der dem Forst-Polizei-Anwalt, Königlichen Oberförster Schilling zu Podanin, Kreis Chodziesen, beigegebene Assistent, Forstkandidat Dühring, ist gleichzeitig zur Wahrnehmung der Geschäfte des Polizei-Anwalts für das Forst-Revier Podanin kommissarisch bestellt worden.

Kandydat do zawodu leśnego Duehring, który królewskiemu nadleśniczemu i prokuratorowi policyjno-leśnemu Schilling w Podaninie, w powiecie Chodzieskim, dodany jest za asystenta, został zarazem komisarycznie ustanowiony dla dopilnowania czynności prokuratora policyjnego na rewir leśny Podanina.

### Königliches Appellations-Gericht.

820 Der Gastwirth Joseph Madalkiewicz in Mogilno ist wiederum für den Bezirk Mogilno I. zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und verpflichtet und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Friedrich in Mogilno bestellt worden.

Dla pierwszego okręgu Mogilnickiego został ponownie oberzysta Józef Madalkiewicz w Mogilnie na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowany rozjemca Friedrich w Mogilnie.

821 Personal-Veränderungen
im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg.

A. Ernannt:

1) Seine Majestät der König haben dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Schöpke zu Bromberg den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen geruht.
2) Der Kreisrichter Lindinger zu Nakel ist zum Rechts-Anwalt bei dem Königlichen Kreis-Gericht zu Schneidemühl und zugleich zum Notar im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Margonin, ernannt worden.
3) Dem Gerichts-Assessor Stamm in Berlin ist die interimistische Verwaltung der in Schneidemühl eröffneten Staats-Anwalts-Gehülfen-Stelle, gleichzeitig für das Königl. Kreis-Gericht zu Lobsens, übertragen worden.

B. Versetzt:

Der Kreisrichter Schmidt zu Schubin in gleicher Amts-Eigenschaft an das Königliche Kreis-Gericht zu Grottkau.

C. Ausgeschieden:

a. Der Appellationsgerichts-Referendarius Dr. jur. von Konierowski zu Lobsens auf Antrag.
b. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Nimz zu Bromberg auf Antrag.

## Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

822 Der Gymnasiallehrer Dr. Adolph du Mesniel aus Ratibor ist als Oberlehrer an das Königliche Gymnasium zu Gnesen berufen worden.

823 **Personal-Veränderungen**
**im Ober-Post-Directions-Bezirke Posen pro Oktober 1871.**

Ernannt: 1) die Postpracticanten: Alberti, Gartzke, Kewisch, Paukonin, beim Eisenbahn-Postamt XI. in Bromberg, zu Post-Sekretairen;
2) die Postexpedienten: Reppert in Bromberg, Jesevius und Speers, beim Eisenbahn-Post-Amte XI. in Bromberg, sowie Schendel in Schneidemühl, zu Post-Sekretairen.

Angestellt: Der Lehrer Rabbatz in Sabke als Post-Agent.

Bestätigt: Der Post-Expediteur Fitting in Inowraclaw und der Post-Gehilfe Plog in Schneidemühl als Post-Amts-Assistenten.

Versetzt: Der Ober-Post-Sekretair Rosenfeld von Gumbinnen nach Bromberg.

## Vermischte Nachrichten.

824 Das dem Herrn Gustav Bischof jun. zu Bonn unter dem 1. September 1870 ertheilte Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Apparat zur Prüfung von Metall-legirungen
ist aufgehoben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 45.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 46. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 17. November 1871. Bydgoszcz, dnia 17. Listopada 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

825 Verordnung,

betreffend die Erweiterung der Drucksachenbeförderung mit der Post.

Auf Grund des § 57 des Gesetzes über das Postwesen vom vom 2. November 1867 wird Folgendes bestimmt:

Von jetzt ab sollen auch Drucksachen über 15 Loth bis 1 Pfund einschließlich zur Versendung unter Band mit der Briefpost zugelassen werden. Dieselben unterliegen ohne Unterschied der Entfernung und des Gewichts einem einheitlichen, vom Absender vorauszubezahlenden Porto von 3 Silbergroschen bz. 11 Kreuzer.

Im Uebrigen finden auf diese Sendungen die für Drucksachen allgemein geltenden Bestimmungen des § 14 des Reglements vom 11. Dezember 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen Anwendung.

Berlin, den 4. November 1871.

Der Reichskanzler. In Vertretung: **Delbrück.**

826 Bekanntmachung.

Packetbeförderung mit der Post.

Das Signiren der Packete per Adresse hat in Folge der von der Postverwaltung gegebenen Anregung bereits bei dem überwiegend größten Theile des Publikums Eingang gefunden und wird in Anerkennung der Vortheile, welche diese Signirungsweise für die sichere Ueberkunft der Sendungen darbietet, schon gegenwärtig nach den angestellten statistischen Ermittelungen bei dem bei Weitem größten Theile der Postgüter von den Absendern in Anwendung gebracht. Es haben sich dabei dieselben vortheilhaften Ergebnisse herausgestellt, welche jenes Verfahren im Feldpost-Päckereiverkehre während des letzten Krieges bereits geliefert hatte. Um die Vortheile des Signirens per Adresse bei der zu erwartenden erheblichen Steigerung des Päckereiverkehrs während der bevorstehenden Weihnachtszeit im Interesse des Publikums schon in vollem Umfange zur Geltung zu bringen, wird bestimmt:

**daß bis auf Weiteres vom 1. Dezember ab bei allen mit der Post zu befördernden Packeten die Bezeichnung (Signatur) die wesentlichen Angaben der Adresse enthalten muß, so daß nöthigenfalls das Packet auch ohne den Begleitbrief bestellt werden kann.**

Berlin, den 6. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

827 Bekanntmachung

wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie V. bezw. IV. und II. zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihen vom Jahre 1855 A., 1859 II. und 1867 D.

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1855 A., der zweiten ($4\frac{1}{2}$ prozentigen) Staatsanleihe vom Jahre 1859 und der Staatsanleihe vom Jahre 1867 D. für die vier Jahre vom 1. Oktober 1871 bis 30. September 1875 nebst Talons werden vom 1. Oktober d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße Nr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Obwieszczenie,

względem wydania nowych kuponów procentowych seryi V. odnośnie IV. i II. do obligów pożyczki państwowych z lat 1855 A., 1859 II. i 1867 D.

Od 1. Października r. b. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj z r. 1855 A., drugiéj ($4\frac{1}{2}$ procentowéj) pożyczki państwowéj z r. 1859 i pożyczki państwowéj z r. 1867 D. na te cztery lata od 1. Października 1871 do 30. Września 1875 wraz z talonami, przed południem od godziny 9téj do 1széj, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel wegen der in Rede stehenden Coupons-Ausreichung kann sich weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung noch die Controle der Staatspapiere einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. von der Königlichen Finanz-Direction zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 18. September 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

**Löwe. Meinecke.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind. Bromberg, den 22. September 1871.

Königliche Regierung.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych gatunków obligów z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na wyższym urzędzie pocztowym bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wóczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójnie zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą względem wydania w mowie będących kuponów nie może się wdawać ani podpisany zarząd główny, ani kontrola papierów rządowych.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien téjże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku obligów. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzony zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie przy wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie rejencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomniane talony zaginęły; w tym razie przesłać należy dokumenta odnośne kontroli papierów rządowych albo którėj z wymienionych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 18. Września 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

**Loewe. Meinecke.**

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do publicznéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 22. Września 1871.

Królewska Regencya.

828 **Bekanntmachung.**

Am 1. Dezember d. J. wird zufolge Beschlusses des Bundesrathes des deutschen Reiches eine allgemeine Volkszählung stattfinden.

Das bei derselben zur Anwendung kommende Verfahren unterscheidet sich von dem bei früheren Volkszählungen zur Anwendung gebrachten hauptsächlich dadurch, daß an Stelle des bisherigen Listensystems die sogenannte Zählkartenmethode treten wird.

Diese Methode besteht im Wesentlichen darin, daß für jede einzelne Person eine Zählkarte bestimmt ist, auf welcher ein jeder Haushaltungsvorstand die auf die betreffende Person seines Hausstandes bezüglichen Angaben einschreibt oder einschreiben läßt. Die über jede einzelne Person geforderten Angaben sind auf den Zählkarten durch Vordruck bemerkt und müssen die Angaben nach den am Vormittage des 1. Dezember vorhandenen thatsächlichen Verhältnissen gemacht werden.

Für jede in der Haushaltung anwesende Person ist eine Zählkarte auszufüllen, mag nun diese Person zur eigentlichen Familie gehören, mag sie bei derselben als Dienstbote, Geselle, Lehrling u. s. w. in Kost und Lohn stehen oder mag sie endlich nur besuchsweise in der Haushaltung sich aufhalten, wenn sie nur in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember anwesend gewesen oder am Vormittage des letzteren Tages daselbst angelangt ist.

Als Haushaltung wird jede besondere Hauswirthschaft angesehen, daher gilt auch jede einzelne Person, welche besondere Hauswirthschaft führt, als besondere Haushaltung. Dagegen wird die einzelne Person, welche keine besondere Hauswirthschaft führt, in derjenigen Haushaltung mittels besonderer Zählkarte mitgezählt, in welcher sie wohnt, wenn auch diese einzelne Person ihre Beköstigung nicht in ihrer Wohnung erhält.

Die Zählkarten werden jedem Haushaltungsvorstande einige Tage vor dem 1. Dezember in einem Converte behändigt, welches außerdem:

1) eine allgemeine Anleitung über das Verfahren bei der Zählung;
2) ein Formular zu einem Verzeichnisse der am 1. Dezember in der Haushaltung Anwesenden;
3) ein Formular zu einer Liste der am Zählungstage aus vorübergehendem Anlasse aus der Haushaltung Abwesenden

enthält.

Das unter Nr. 2 bezeichnete, ebenfalls von dem Haushaltungsvorstande nach Anleitung des Vordrucks auszufüllende Formular soll dazu dienen, eine Uebersicht sämmtlicher einzelner Personen zu geben, über welche in dem betreffenden Haushalte Zählkarten ausgefüllt worden sind, das unter Nr. 3 erwähnte Formular wird dagegen nur im Bedürfnißfalle benutzt, d. h., wenn thatsächlich zu dem Haushalte gehörende Personen aus vorübergehendem Anlasse —

**Obwieszczenie.**

Dnia 1. Grudnia r. b. odbędzie się w skutek uchwały rady związkowéj państwa niemieckiego **powszechny spis ludności.**

Postępowanie, którego się przy tym użyje, różni się od dawniejszego, którego przy spisach ludności używano, głównie tym, że zamiast dotychczasowego systemu listowego użyty będzie sposób za pomocą tak nazwanych **kartek spisowych.**

Metoda ta polega głównie na tem, że dla każdéj pojedyńczéj osoby przeznaczoną jest kartka spisowa, na któréj każda głowa familii zapisze albo zapisać każe odnośne do właściwéj osoby swéj familii podania. Żądane o każdéj pojedyńczéj osobie podania są na kartkach spisowych drukiem wyrażone i powinny te podania tak być zrobione, jak stósunki przed południem dnia 1. Grudnia faktycznie były.

Dla każdéj w familii obecnéj osoby powinna być kartka spisowa wypełniona, bez różnicy, czy osoba ta należy do właściwéj familii, czy u niéj jest na stole i pobiera zasługi jako sługa, czeladnik, uczeń i t. d., albo czy się ostatecznie w familii tylko bawi, byleby tylko w nocy z dnia 30. Listopada na 1. Grudzień była obecną albo ostatniego tego dnia przed południem do niego przybyła.

Za familią uważa się każde osobne gospodarstwo domowe, dla tego znaczy też każda pojedyńcza osoba, co osobne prowadzi gospodarstwo domowe, to, co osobna familia. Przeciwnie zaś policzy się za pomocą osobnéj kartki spisowéj tę pojedyńczą osobę, która nie prowadzi osobnego gospodarstwa domowego, z tą familią razem, u któréj mieszka, chociaż osoba ta pojedyńcza nie stołuje się w tejże mieszkaniu.

Kilka dni przed 1. Grudniem doręczone będą każdéj głowie familii kartki spisowe w kopercie, która oprócz tego zawiera:

1) ogólną wskazówkę co do postępowania przy spisie,
2) formularz do wykazu osób dnia 1. Grudnia w familii obecnych,
3) formularz do listy dla osób w dzień spisu ludności chwilowo w familii nie obecnych.

Wymieniony pod No. 2 formularz, który również przez głowę familii według wskazówki na przodzie wydrukowanéj wypełniony być powinien, ma służyć do tego, aby dać pogląd wszystkich pojedyńczych osób, dla których w odnośnéj familii kartki spisowe wypełnione zostały, formularz zaś pod No. 3 wspomniany użytym będzie tylko w razie potrzeby t. j. jeśli osoby należące faktycznie do téj familii z chwilowego

Reisen und dergl. — aus demselben entfernt sind. Als Abwesende werden nicht eingezeichnet:

a. die im aktiven Militairdienste;
b. die zu ihrer Ausbildung als Studenten, Gymnasiasten, Lehrlinge;
c. die als Dienstboten;
d. die als Gesellen;
e. die als Strafgefangenen

von der Familie zeitweise entfernten Personen.

Die Wiedereinsammlung der Schriftstücke — Convert, Zählkarten, Verzeichniß der Anwesenden und Liste der Abwesenden — erfolgt in der Zeit vom 1. Dezember Mittags bis zum 2. Dezember Abends durch besonders bestellte Zähler, welchen auch die Austheilung der Zählbriefe an die Haushaltungen obliegt. Sollte der Haushaltungsvorstand nicht in der Lage gewesen sein, die Zählkarten und Verzeichnisse selbst auszufüllen oder durch ein Mitglied seines Hausstandes ausfüllen zu lassen, so wird sich der betreffende Zähler bei Gelegenheit der Wiedereinsammlung der Zählungsformulare dieser Mühe unterziehen, nachdem ihm der Haushaltungsvorstand die erforderlichen Angaben über die einzelnen Personen gemacht hat. Als Zähler fungiren selbstständige Ortseinwohner, beziehentlich Beamte, welche vorher von den Behörden, beziehentlich von den zum Behufe der Zählung zusammengetretenen Orts-Zählungs-Commissionen mit der erforderlichen Anleitung versehen worden sind.

Die weitere Zusammenstellung und Verarbeitung der aus den Zählkarten und Verzeichnissen zu gewinnenden Resultate ist Sache der Orts-Zählungs-Commissionen und der Behörden.

Wir hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß alle Einwohner unseres Bezirkes, namentlich aber die Haushaltungsvorstände und die Zähler, mit allen Kräften zur Erreichung des Zweckes der Volkszählung — ein möglichst genau der Wirklichkeit entsprechendes Bild der gesammten Bevölkerung zu geben — hinwirken werden.

Der größte Reichthum eines Staates besteht in seiner Bevölkerung; wie es für jeden guten Haushalter eine Nothwendigkeit ist, den Umfang seiner Kräfte und seines Vermögens genau zu kennen, um danach seine Leistungsfähigkeit zu bemessen, so muß sich der Staat eine genaue Kenntniß seines Gebietes und seiner Bevölkerung verschaffen, denn beide sind die Grundpfeiler, ohne welche der Staat selbst nicht gedacht werden kann. Das hauptsächlichste Mittel für den Staat, sich diese Kenntnisse zu erwerben, sind die Volkszählungen.

Diese aber vermögen nur dann ihren Zweck zu erreichen, wenn jeder Einzelne es als eine patriotische Pflicht ansieht, den für dieselben erforderlichen Aufnahmen und Arbeiten zu wahrheitsgetreuen Resultaten nach Kräften zu verhelfen.

Bromberg, den 9. November 1871.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

dowodu — podróże i t. p. — od familii są oddalone. Jako nieobecnych nie zapisze się osoby:

a) w czynnéj służbie wojskowéj,
b) dla wykształcenia swego jako akademicy, gymnazyaści, ucznie,
c) jako słudzy,
d) jako czeladnicy,
e) jako więźnie

od familii chwilowo oddalone.

Zbieranie tych pism — kopert, kartek spisowych, wykazu obecnych i listy nieobecnych — nastąpi w czasie od 1. Grudnia w południe do 2. Grudnia wieczorem przez ustanowione osobne osoby spisujące, do których także należy rozdanie listów spisowych pomiędzy familie. Gdyby głowa familii nie była miała być w tém położeniu wypełnić sama albo kazać przez członka familii wypełnić kartki spisowe i wykazy, wówczas podejmie się téj pracy właściwa osoba spisująca przy zbieraniu formularzy spisowych po udzieleniu sobie przez głowę famili potrzebych podań co do pojedyńczych osób. Jako osoby spisujące wykonują funkcyą samodzielni mieszkańcy miejscowi odnośnie urzędnicy, których poprzednio władze, odnośnie komisye miejscowe celem spisu ludności zebrane w potrzebną zaopatrzyły informacyą. Dalsze zestawienie i wypracowanie rezultatów mających się powziąść z kartek spisowych i wykazów jest rzeczą komisyów spisu ludności miejscowéj i władz.

Pokładamy to mocne zaufanie, iż wszyscy mieszkańcy naszego obwodu a mianowicie głowy familii i osoby spisujące wszystkich sił dołożą, aby osięgnąć cel spisu ludności przez jak najbardziéj do rzeczywistości zbliżający się obraz całéj ludności.

Największe bogactwo państwa zasadza się na ludności jego, i jak dla każdego dobrego gospodarza dokładna znajomość zasobu swych sił i majątku jest koniecznością, by ocenić według tego swą produktywność, tak winno państwo o dodładną postarać się znajomość swego kraju i ludności, albowiem oba czynniki są to podwalinami, bez których państwa samego wystawić sobie nie można. Najgłówniejszym dla państwa środkiem pozyskania sobie téj znajomości są spisy ludności. Te zaś tylko wtedy zdolają dopiąć swego celu, jeśli każda jednostka ma to sobie za obowiązek patryotyczny, aby potrzebnym do tego zapisom i pracom wedle sił dopomódz do osiągnienia wiarogodnych rezultatów.

Bydgoszcz, dnia 9. Listopada 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

**829** **Schulden-Tilgungs-Plan**
der jüdischen Synagogen-Gemeinde zu Kruschwitz.

Abzuzahlen sind:

1) Das auf dem, der Synagogen-Gemeinde gehörigen Grundstücke zu Stadt Kruschwitz Rubr. III. Nr. 8 hypothezirte Erbstandsgeld von . . . . . . . . . . . 130 Thlr. — Sgr. — Pf.
2) Das Ablösungskapital für den auf diesem Grundstücke mit 3 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf. haftenden Kanon zum zwanzigfachen Betrage desselben von . . . . . . . . . . . . . . . . . . 74 „ 26 „ 8 „

Summa 204 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf.

Beide Posten sind an die Kämmerei-Kasse in Kruschwitz zu zahlen.

| Laufende Nr. | Es werden abgetragen am | Abzutragendes Kapital | | | Es werden verwendet auf | | | | | | | | | Bleibt Kapital | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | 5% Zinsen | | | Kapital | | | zusammen | | | | | | |
| | | Rt. | Sgr. | Pf. | Rt. | Sgr. | Pf. | Rt. | Sgr. | Pf. | Rt. | Sgr. | Pf. | Rt. | Sgr. | Pf. | |
| 1 | 1. Januar 1872 | 204 | 26 | 8 | 10 | 7 | 4 | 39 | 22 | 8 | 50 | — | — | 165 | 4 | — | |
| 2 | 1. Januar 1873 | 165 | 4 | — | 8 | 7 | 8 | 41 | 22 | 4 | 50 | — | — | 123 | 11 | 8 | |
| 3 | 1. Januar 1874 | 123 | 11 | 8 | 6 | 5 | 1 | 43 | 24 | 11 | 50 | — | — | 79 | 16 | 9 | |
| 4 | 1. Januar 1875 | 79 | 16 | 9 | 3 | 29 | 4 | 46 | — | 8 | 50 | — | — | 33 | 16 | 1 | |
| 5 | 1. Januar 1876 | 33 | 16 | 1 | 1 | 20 | 4 | 33 | 16 | 1 | 35 | 6 | 5 | — | — | — | |
| | Summa | — | — | — | 30 | 9 | 9 | 204 | 26 | 8 | 235 | 6 | 5 | — | — | — | |

Vorstehender Tilgungsplan wird hiermit angenommen.

Kruschwitz, den 20. Juli 1871.

Der Vorstand und die Repräsentanten-Versammlung.

**M. Meyer. S. Wilczinski. M. Mamroth.**
**H. Latte. J. Abraham.**

Vorstehender Schulden-Tilgungs-Plan für die jüdische Synagogen-Gemeinde zu Kruschwitz wird hiermit auf Grund des Gesetzes vom 24. Mai 1869 von uns festgesetzt.

Bromberg, den 13. September 1871. Königl. Regierung, Abth. des Innern. **v. Selzer.**

**830** Bekanntmachung.

Der Gymnasiast Salomon Munk in Schneidemühl hat am 15. Juli d. J. den Handlungsgehilfen Moritz Jaffe daselbst vom Tode des Ertrinkens im Küddow-Flusse gerettet.

Wegen dieser mit großem Muthe ausgeführten edlen Handlung wird ꝛc. Munk hierdurch öffentlich belobt. Bromberg, den 3. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**831** Kanalsperre.

Während des Winters 1871/72 werden gesperrt:

a. der Finow-Kanal und seine Verzweigungen vom Eintritt scharfen Frostes, spätestens aber vom 15. Dezember d. J. ab, und, wegen der vielen auszuführenden Bauten, unbedingt wenigstens bis Ende März 1872,

b. die Schleusen zu Himmelpfort und Bredereiche vom 1. Januar bis 15. März 1872.

Im Finow-Kanal dürfen Fahrzeuge nur in den Kanalhaltungen zwischen der Neustädter und Grafenbrücker Schleuse, ferner zwischen der Liebenwalder und Malzer Schleuse und unterhalb derselben überwintern. Potsdam, den 31. Oktober 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**832** Die Kreis-Physikatsstelle des Kreises Rosenberg ist zur Erledigung gekommen. Qualificirte Medicinal-Personen, welche sich um die Stelle bewerben wollen, fordern wir hierdurch auf, sich unter Einreichung der erforderlichen Zeugnisse innerhalb 6 Wochen bei uns zu melden.

Marienwerder, den 2. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**833** Auffündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum 1. April 1872 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf

Wypowiedzenie
listów rentowych prowincyi poznańskiéj.

Przy odbytem dziś publicznem wylosowaniu listów rentowych prowincyi poznańskiéj dnia 1. Kwietnia 1872 r. umorzyć się mających, wyciągnięte zostały w następującym wykazie umieszczone litery i numera, które posiedzicie-

die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, § 41 u. ff. „zum 1. April 1872" mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Koupons Ser. III. Nr. 12 bis 16 und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

..... Thlr.

„buchstäblich ...... Thaler, Valuta für d . „zum 1. ....... 18 . . gekündigten Posener „Rentenbrief . Litt. . . No. .... habe ich aus „der Königlichen Rentenbank-Kasse in Posen baar „gezahlt erhalten.

(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

Posen, den 9. November 1871.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

lom z odwołaniem się do ustawy względem zaprowadzenia banków rentowych z dnia 2. Marca 1850 § 41 i następnych, z dniem 1. Kwietnia 1872 z tem wezwaniem się wypowiadają, ażeby ilość kapitału za kwitem i zwrotem listów rentowych w stanie do kursu usposobionym z należącemi do nich kuponami niepłatnemi Ser. III. No. 12—16 i Talonami, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy w kasie naszéj odebrali.

Wypowiedziane listy rentowe mogą kasie naszéj też pocztą być przesłane, lecz frankowanym sposobem z dołączeniem kwitu podług następującego wzoru:

..... Tal.

wyraźnie .......... Talarów waluty za wylosowanego a dnia 1. ......... 18 . . płatnego listu rentowego prowincyi poznańskiéj. Litt. ..... No. ...... odebrałem z kasy banku rentowego w Poznaniu.

N. .... dnia ............... 18 . .

(podpis)

i wolno wnieść o przesyłkę waluty tą samą drogą, lecz na koszt i ryzyko odbierającego.

Poznań, dnia 9. Listopada 1871.

Królewska dyrekcya
banku rentowego prowincyi poznańskiéj.

## Verzeichniß

der am 9. November 1871 ausgelooſten und am 1. April 1872 fälligen Posener Rentenbriefe.

## Wykaz

na dniu 9. Listopada 1871 wylosowanych, a dnia 1. Kwietnia 1872 płatnych listów rentowych Poznańskich.

Litt. A. zu (na) 1000 Thlr. (tal.) 53 Stück (sztuk): Nr. 85, 86, 196, 412, 576, 603, 640, 724, 968, 1050, 1083, 1135, 1244, 1405, 1466, 1585, 1639, 1763, 1813, 2045, 2252, 2449, 2549, 2645, 3061, 3276, 3984, 3988, 4130, 4209, 4310, 4664, 4910, 4982, 5198, 5205, 5646, 5668, 5781, 6787, 7011, 7303, 7311, 7312, 7501, 7818, 7972, 8386, 8755, 8910, 9082, 9089, 9092.

Litt. B. zu (na) 500 Thlr. (tal.) 17 Stück (sztuk): Nr. 98, 283, 322, 365, 723, 799, 834, 1237, 1313, 1551, 1652, 1770, 1948, 1992, 2067, 2224, 2364.

Litt. C. zu (na) 100 Thlr. (tal.) 50 Stück (sztuk): Nr. 23, 152, 348, 466, 669, 713, 752, 782, 796, 841, 1050, 1061, 1187, 1268, 1566, 1861, 1934, 2134, 2297, 3615, 3772, 3948, 4393, 4630, 4695, 4799, 4825, 4888, 4947, 5106, 5416, 5537, 5806, 6199, 6315, 6706, 7135, 7344, 7582, 7583, 7765, 7834, 7846, 7932, 8027, 8073, 8175, 8189, 8383, 8523.

Litt. D. zu (na) 25 Thlr. (tal.) 45 Stück (sztuk): Nr. 45, 184, 205, 303, 505, 912, 944, 1004, 1158, 1571, 1609, 1659, 1698, 1848, 2044, 2217, 2373, 3061, 3164, 3165, 3289, 3335, 3370, 3440, 3605, 3616, 3677, 3703, 3836, 3900, 3943, 4415, 4653, 4688, 5284, 5290, 5330, 5630, 5631, 5633, 5807, 6000, 6027, 6242, 6249.

Litt. E. zu (na) 10 Thlr. (tal.) 2 Stück (sztuk): Nr. 7292, 7293.

**Anmerkung: Sämmtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1 bis 7293 incl. sind verlooſt, resp. gekündigt.**

**Uwaga: Wszystkie listy rentowe Litt. E. od No. 1 do No. 7293 są wylosowane resp. wypowiedziane.**

**834** Bekanntmachung,

betreffend die Vernichtung der eingelösten Rentenbriefe der Provinz Posen.

Verhandelt im Amtslokale der Königlichen Rentenbank zu Posen, am 9. November 1871.

Nach Vorschrift der §§ 46 und 47 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 sollen die auf Grund planmäßiger Ausloosung gekündigten und der Rentenbank gegen Baarzahlung zurückgegebenen Rentenbriefe vernichtet werden.

Dazu gelangen heute diejenigen Rentenbriefe, welche seit der letzten Vernichtung bis zum 1. d. M. präsentirt worden und mit den nicht fällig gewordenen Zins-Koupons, resp. Talons, in dem bei den Akten befindlichen speciellen Verzeichnisse vom 6. d. Mts. nach Littern, Nummern und Beträgen angegeben sind.

Dieselben bestehen aus: 1. Littr. A zu 1000 Thlr. 53 Stück,
2. „ B „ 500 „ 20 „
3. „ C „ 100 „ 36 „
4. „ D „ 25 „ 23 „
5. „ E „ 10 „ 2 „

Dasselbe Verzeichniß ergiebt demnächst auch diejenigen Koupons, welche bei der früheren Vernichtung der betreffenden Rentenbriefe gefehlt haben, soweit solche nachträglich eingeliefert worden sind.

Zur Vernichtung dieser Papiere war auf heute Termin anberaumt, und der Termin unterm 18. October c. öffentlich bekannt gemacht worden.

Es sind erschienen:

a. als Abgeordnete der Provinzial-Vertretung: Herr Rittergutsbesitzer von Kurnatowski, Herr Justizrath und Stadtverordneten-Vorsteher Nolte,

b. als Notar: Herr Rechts-Anwalt Mützel.

Die oben bezeichneten Dokumente an Rentenbriefen und Koupons, nebst Tolons, welche aus dem verschlossenen Behältnisse herausgegeben worden waren, wurden speciell nachgezählt, mit dem gedachten Verzeichnisse derselben verglichen, damit übereinstimmend befunden und hierauf im Beisein sämmtlicher unterzeichneten Kommissarien durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. **v. Kurnatowski. Nolte. Mützel.**

a. u. s.

gez. **Wegner. Seligo. Hochberger. Beier.**

Vorstehendes Protokoll wird auf Grund des § 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebraucht.

Posen, am 9. November 1871.

Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Posen.

**835** Bekanntmachung.

Für den Transport von **Flachs, Hanf, Heede und Werg** bei Auslieferung in Quantitäten von mindestens 100 Centnern auf einen Frachtbrief von den Stationen der Königlichen Ostbahn östlich von Kreuz nach den Stationen Breslau, Neisse, Oswiencim, Ratibor, Oderberg, Peterwitz, Woynowitz und Leobschütz tritt vom **1. November c.** ab an Stelle der bisherigen Verbandtarife vom 1. April 1862, vom 1. März 1868, vom 1. April 1870, vom 1. Dezember 1870 und vom 16. Januar 1871 ein neuer Tarif in Kraft.

Druckexemplare desselben sind auf den betreffenden Verband-Stationen zum Preise von 1 Sgr. pro Stück käuflich zu haben.

Bromberg, den 31. Oktober 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**836** Bekanntmachung.

Am 15. November d. J. wird die Strecke Flatow-Conitz der Schneidemühl-Dirschauer Eisenbahn und am 20. November d. J. die Strecke Thorn- (Mocker-) Jablonowo der Thorn-Insterburger Eisenbahn dem öffentlichen Verkehre übergeben werden und treten an den genannten Tagen auf den bezeichneten Strecken folgende Fahrpläne in Kraft:

## A. Schneidemühl-Conitz.

| Richtung Schneidemühl-Conitz. | | | | | Richtung Conitz-Schneidemühl. | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stationen. | Gemischter Zug V. U. | M. | Gemischter Zug III. U. | M. | Stationen. | Gemischter Zug IV. U. | M. | Gemischter Zug VI. U. | M. |
| | Morgens. | | Nachmitt. | | | Morgens. | | Abends. | |
| Schneidemühl . . . Abfahrt | 7 | 1 | 5 | 16 | Conitz . . . . . . . . Abfahrt | 8 | 1 | 6 | 16 |
| Krojanke . . . . . . . Abfahrt | 7 | 56 | 6 | 11 | Firchau . . . . . . . Abfahrt | 8 | 29 | 6 | 44 |
| Flatow . . . . . . . Abfahrt | 8 | 24 | 6 | 39 | Linde . . . . . . . . Abfahrt | 9 | 9 | 7 | 24 |
| Linde . . . . . . . . Abfahrt | 9 | 13 | 7 | 28 | Flatow . . . . . . . Abfahrt | 9 | 59 | 8 | 14 |
| Firchau . . . . . . . Abfahrt | 9 | 55 | 8 | 10 | Krojanke . . . . . . Abfahrt | 10 | 22 | 8 | 37 |
| Conitz . . . . . . . . Ankunft | 10 | 20 | 8 | 35 | Schneidemühl . . . Ankunft | 11 | 7 | 9 | 22 |

## B. Thorn- (Mocker-) Jablonowo.

| Richtung Mocker-Jablonowo. | | | | | Richtung Jablonowo-Mocker. | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stationen. | Gemischter Zug I. U. | M. | Gemischter Zug V. U. | M. | Stationen. | Gemischter Zug VI. U. | M. | Gemischter Zug II. U. | M. |
| | Morgens. | | Nachmitt. | | | Vormitt. | | Abends. | |
| Mocker ........ Abfahrt | 8 | 15 | 2 | 45 | Jablonowo ..... Abfahrt | 11 | 27 | 5 | 57 |
| Turzno ........ Abfahrt | 8 | 42 | 3 | 12 | Briesen ........ Abfahrt | 12 | 13 | 6 | 43 |
| Schönsee ....... Abfahrt | 9 | 11 | 3 | 41 | Schönsee ....... Abfahrt | 12 | 45 | 7 | 15 |
| Briesen ........ Abfahrt | 9 | 47 | 4 | 16 | Turzno ........ Abfahrt | 1 | 8 | 7 | 38 |
| Jablonowo ..... Ankunft | 10 | 24 | 4 | 54 | Mocker ........ Ankunft | 1 | 31 | 8 | 1 |

Sämmtliche Züge befördern Personen in allen vier Wagenklassen. — Auf den Stationen sind die speciellen Fahrpläne ausgehängt. — Der seit dem 1. August c. bestehende Fahrplan der Strecke Schneidemühl-Flatow wird am 15. November d. J. aufgehoben.

Bromberg, den 9. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**837** Bekanntmachung.

Bei der Kaiserlichen Telegraphen-Station in Nakel, Kreis Wirsitz, Regierungsbezirk Bromberg, wird vom 13. d. Mts. ab der volle Tagesdienst (cfr. § 4 der Telegraphen-Ordnung) wieder eingeführt.

Stettin, den 10. November 1871. Kaiserliche Telegraphen-Direction.

**838** Bekanntmachung.

Der frühere Predigtamts-Kandidat Herr Ernst Emil Alexander Menz, zuletzt in Wronke, ist im Jahre 1869 zum Pfarrer in Grünfier, Diöces Filehne, berufen und hat sein Amt bereits am 3. Oktober 1869 angetreten.

Posen, den 1. November 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**839** Bekanntmachung.

Der Pfarrverweser Herr Böhme aus Weissensee, Diöces Meseritz, ist zum evangelischen Pfarrer in Gollancz, Diöces Chodziesen, berufen und am 29. Oktober c. in sein neues Amt eingeführt worden.

Posen, den 1. November 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**840** A. Henke als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Bukowiec, im Kreise Wongrowiec, interimistisch angestellt.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**841** Der Seminarlehrer Dr. Kriele zu Bromberg ist Allerhöchsten Orts zum Direktor des Königlichen Schullehrer-Seminars zu Kozmin ernannt worden.

## Vermischte Nachrichten.

**842** Dem Joseph Dillemann zu Rheinfelden ist unter dem 2. November c. ein Patent
auf eine Vorrichtung zum Vorschieben, Pressen und Abtheilen des Tabaks an Cigarren-Wickelmaschinen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,
auf drei Jahre, von jenem Tage angerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

**843** Der vorliegenden Nummer liegt ein Anhang, betreffend die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden-Wesens in der Provinz Posen, bei.

Bromberg, den 15. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 46.

# Anhang

zum

Amtsblatt der Königlichen Regierung

zu Bromberg.

# Dodatek

do

Dziennika urzędowego król. Regencyi

w Bydgoszczy.

## Verordnung

über

die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in der Provinz Posen.

Vom 29. Juli 1871.

**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen *rc.*** verordnen über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in der Provinz Posen, auf Grund des § 28 des Gesetzes vom 8. März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz, nach Anhörung des Provinziallandtages, was folgt:

§ 1. Der für die Provinz Posen bestehende Landarmenverband umfaßt die Regierungsbezirke Posen und Bromberg und wird in seinen gegenwärtigen Grenzen auch ferner beibehalten.

§ 2. Die Verwaltung der Angelegenheiten des Landarmenverbandes mit Einschluß der Korrektionsanstalt zu Kosten wird vom 1. Januar 1872 ab dem Provinzialverbande von Posen übertragen.

Diese Verwaltung wird unter Aufsicht und nach den Beschlüssen des Provinziallandtages von einer besonderen öffentlichen Behörde unter der Bezeichnung „Landarmendirektion der Provinz Posen“ geführt. Die Landarmendirektion hat in der Stadt Posen ihren Sitz und Gerichtsstand und besteht mit Einschluß des vorsitzenden Direktors aus fünf Mitgliedern.

§ 3. Der vorsitzende Direktor ist von dem Provinziallandtage für den Zeitraum von sechs Jahren zu wählen und vom Könige zu bestätigen.

Seine Besoldung wird von dem Provinziallandtage festgesetzt. Er hat seinen Wohnsitz in der Stadt Posen zu nehmen. Er wird vom Oberpräsidenten beeidigt und in sein Amt eingeführt.

In Fällen der Abwesenheit oder Behinderung wird der vorsitzende Direktor durch ein mit Genehmigung des Oberpräsidenten vom Provinziallandtage im Voraus zu bestimmendes anderes Mitglied der Direktion vertreten.

§ 4. Die vier übrigen Mitglieder der Direktion, von welchen wenigstens eins ebenfalls seinen Wohnsitz in der Stadt Posen haben muß, werden gleichfalls durch den Provinziallandtag gewählt.

Die Wahl erfolgt jedesmal für sechs Jahre.

Für jedes der vier Mitglieder wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt, welcher jedoch in der Regel nur

## Rozporządzenie

względem urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych i korygendów w Prowincyi Poznańskiéj.

Z 29. Lipca 1871.

**My Wilhelm, z Bożéj łaski Król Pruski i. t. d.** rozporządzamy względem urządzenia i administracyi spraw co do ubogich krajowych i korygendów w Prowincyi Poznańskiéj, na mocy §. 28. prawa z 8. Marca 1871., dotyczącego wykonania ustawy związkowéj o siedzibie wsparcia, po wysłuchaniu sejmu prowincyalnego, co następuje;

§. 1. Istniejący dla prowincyi Poznańskiéj związek co do ubogich krajowych obejmuje obwody regencyjne Poznański resp. Bydgoski i zatrzymuje się w swych obecnych granicach i nadal.

§. 2. Zarząd sprawami związku co do ubogich krajowych, rachując do tego zakład poprawczy w Kościanie, porucza się od 1. Stycznia 1872. związkowi prowincyalnemu Poznańskiemu.

Zarząd ten pod dozorem i według uchwał sejmu prowincyalnego prowadzi osobna władza publiczna pod nazwą „Dyrekcya co do ubogich krajowych Prowincyi Poznańskiéj.“ Dyrekcya do ubogich krajowych ma w Poznaniu swą siedzibę oraz forum sądowe i składa się z pięciu członków rachując w to dyrektora przewodniczącego.

§. 3. Dyrektor przewodniczy obiera się przez sejm prowincyalny na sześcioletni przeciąg czasu i potwierdza przez Króla.

Płacę jego normuje sejm prowincyalny. Siedzibę swą winien on obrać w mieście Poznaniu. Naczelny Prezes zaprzysięga go i wprowadza w urząd.

W przypadkach nieobecności lub przeszkody dyrektor przewodniczący zastępowanym bywa przez innego członka dyrekcyi, którego sejm prowincyalny z przyzwoleniem Naczelnego Prezesa z góry naznacza.

§. 4. Czteréj drudzy członkowie dyrekcyi, z których przynajmniéj jeden winien mieć również swą siedzibę w mieście Poznaniu, wybierają się tak samo przez sejm prowincyalny.

Wybór na miéjsce każdą razą na sześć lat.

Dla każdego z czterech członków tychże obiera się równocześnie zastępca, który jednakże li na przy-

für den Fall länger dauernder Verhinderung oder des gänzlichen Ausscheidens dessen, für den er eintreten soll, berufen wird und in letzterem Falle dessen Stelle bis zur nächsten Wahl behält. — Die Wahl sowohl des vorsitzenden Direktors als der übrigen Mitglieder der Landarmendirektion ist nicht auf die Mitglieder des Provinziallandtages beschränkt.

§ 5. Der vorsitzende Landarmendirektor führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung. Er bereitet die Beschlüsse der Landarmendirektion vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er vertritt den Landarmenverband nach Außen, verhandelt Namens desselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke. Alle Urkunden, in denen Verpflichtungen für den Landarmenverband übernommen werden, sind außer von dem Vorsitzenden noch von einem zweiten Mitgliede der Landarmendirektion zu zeichnen.

Er führt bei den Berathungen der Landarmendirektion den Vorsitz mit vollem Stimmrechte und giebt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Zur Beschlußfähigkeit der Landarmendirektion ist die Anwesenheit von wenigstens drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden erforderlich.

§ 6. Inwieweit die Landarmendirektion die Verwaltung selbstständig zu führen oder die Beschlußfassung des Provinziallandtages zu erwirken hat, imgleichen die Abgrenzung der Befugnisse des vorsitzenden Landarmendirektors gegenüber denen des Kollegiums der Landarmendirektion im Einzelnen, sowie der Geschäftsgang und die Büreaueinrichtung der Landarmendirektion wird durch ein besonderes von dem Provinziallandtage mit Genehmigung des Ministers des Innern zu erlassendes Reglement festgestellt, in welchem auch das Erforderliche über die den Mitgliedern zu gewährende Entschädigung für Reisekosten zu bestimmen ist.

§ 7. Die Kassenverwaltung des gesammten Landarmenfonds wird bis auf Weiteres von der Provinzial-Institutenkasse zu Posen nach den für letztere bestehenden Bestimmungen geführt.

§ 8. Die Verwaltung der Korrektionsanstalt zu Kosten wird, unter gleichzeitiger Aufhebung des auf Grund des Landtagsabschiedes vom 29. Juni 1835 erlassenen Reglements für die Zwangs- und Besserungsanstalt in Kosten vom 17. Dezember 1835 (Posener Amtsblatt für 1836 S. 33), durch ein von dem Provinziallandtage zu beschließendes und von dem Minister des Innern zu genehmigendes besonderes Reglement geordnet.

§ 9. Die Landarmendirektion hat alljährlich nach dem Rechnungsabschlusse die Resultate der Verwaltung in Beziehung auf die Landarmenpflege und das Korrigendenwesen durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 10. Die ständischen Landarmenbehörden sind

padek dłuższej trwającéj przeszkody lub zupełnego wstąpienia tego, za którego ma wstąpić, się powołuje i w ostatniowspomnionym przypadku jego miéjsce aż do najbliższego wyboru zatrzymuje. — Wybór tak dyrektora przewodniczącego, jak i reszty członków dyrekcyi co do ubogich krajowych nie ogranicza się na członków sejmu prowincyalnego.

§. 5. Przewodniczący dyrektor co do ubogich krajowych prowadzi bieżące interesa zarządu. Przysposabia on uchwały dyrekcyi co do ubogich krajowych i stara się o ich wykonanie.

Reprezentuje on związek co do ubogich krajowych na zewnątrz, znosi się w jego imieniu z władzami i osobami prywatnemi, prowadzi korespondencyą i podpisuje skrypta. Wszelkie dokumenta, w których przejmują się obowiązania związku co do ubogich krajowych, muszą oprócz przez przewodniczącego jeszcze przez drugiego podpisane być członka dyrekcyi co do ubogich krajowych.

Dyrektor przewodniczy na obradach dyrekcyi co do ubogich krajowych z zupełném prawem głosowania i decyduje w razie równości głosów. Do kompletu ku stanowieniu uchwał dyrekcyi co do ubogich krajowych potrzeba obecności przynajmniéj trzech członków, rachując w to przewodniczącego.

§. 6. Jak daleco dyrekcya co do ubogich krajowych ma administracyą prowadzić samodzielnie lub uchwały sejmu prowincyalnego zasięgać jest obowiązaną, podobnież określenie atrybucyi przewodniczącego dyrektora co do ubogich krajowych w obec atrybucyi kolegium dyrekcyi co do ubogich krajowych w pojedyńczych przypadkach, niemniéj tok czynności i urządzenie biórowe dyrekcyi co do ubogich krajowych — ustanawia się osobnym, przez sejm prowincyalny z przyzwoleniem Ministra spraw wewnętrznych wydać się mającym Regulaminem, który zawierać winien oraz i potrzebne postanowienia względem mającéj się członkom przyzwalać remuneracyi za koszta podróży.

§. 7. Zarząd kasowy całego funduszu co do ubogich krajowych prowadzi tymczasowo prowincyalna kasa instytutów wedle postanowień, dla téjże obowiązujących.

§. 8. Administracya instytutu poprawczego w Kościanie, pod równoczesném uchyleniem wydanego na mocy odprawy sejmowéj z 29. Czerwca 1835. — Regulaminu dla instytutu karnego i poprawczego w Kościanie z 17. Grudnia 1835. (Dziennik urzędowy Poznański za r. 1836 str. 33), ureguluje się osobnym Regulaminem, przez sejm prowincyalny uchwalić, a przez Ministra spraw wewnętrznych zatwierdzić się mającym.

§. 9. Dyrekcya co do ubogich krajowych winna corocznie, po zamknięciu rachunków, rezultaty zarządu we względzie pieczy o ubogich krajowych i spraw co do korygendów dziennikami urzędowymi do publicznéj podawać wiadomości.

§. 10. Władze stanowe co do ubogich krajo-

befugt, in Angelegenheiten ihres Geschäftskreises die Kreis- und die Ortsbehörden zu requiriren.

§ 11. Die staatliche Oberaufsicht über die gesammte Verwaltung des Landarmen- und des Korrigendenwesens führt der Oberpräsident.

Derselbe ist befugt, über alle Gegenstände der Verwaltung Auskunft zu erfordern und an den Berathungen der Landarmendirektion entweder selbst oder durch einen zu seiner Vertretung abzuordnenden Staatsbeamten Theil zu nehmen.

Er hat Beschlüsse der Landarmendirektion, welche die Befugnisse derselben überschreiten oder das Staatswohl verletzen, zu beanstanden und, sofern eine das Vorhandensein dieser Voraussetzung begründende schriftliche Eröffnung an die Landarmendirektion fruchtlos geblieben ist, Behufs Entscheidung über deren Ausführung dem Minister des Innern einzureichen. Dem Oberpräsidenten ist demgemäß von den Sitzungen der Landarmendirektion unter Angabe der Berathungsgegenstände durch den Vorsitzenden zeitig Anzeige zu machen; auch ist ihm auf Erfordern Ausfertigung der Direktionsbeschlüsse vorzulegen.

§ 12. Mit dem im § 2. gedachten Zeitpunkte tritt das vorläufige Regulativ über die Verwaltung des Landarmenwesens der Provinz Posen vom 13. Oktober 1843 (Posener Amtsblatt S. 399) außer Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 29. Juli 1871.

(L. S.) **Wilhelm**,

Gr. zu Eulenburg.

wych mają prawo, w interesach zakresu służbowego swego rekwirować władze powiatowe i lokalne.

§. 11. Nadzór rządowy nad całkowitą administracyą spraw co do ubogich krajowych i korygendów prowadzi Naczelny Prezes.

Tenże mocen jest, co do wszelkich przedmiotów zarządu żądać informacyi i w obradach dyrekcyi co do ubogich krajowych już to osobiście, już przez deputowanego ku swemu zastępstwu urzędnika rządowego brać udział.

Uchwały dyrekcyi co do ubogich krajowych, któreby jéj kompetencyą przekraczały lub dobro państwa nadwerężały, winien on zawiesić i, gdyby piśmienna do dyrekcyi co do ubogich krajowych deklaracya, uzasadniająca zachodzenie przypuszczenia tegoż, pozostała bez skutku — przedstawić Ministrowi spraw wewnętrznych celem roztrzygnięcia co ichż wykonania. Tym końcem przewodniczący winien Naczelnemu Prezesowi donosić wcześnie o posiedzeniach dyrekcyi co do ubogich krajowych, za podaniem przedmiotów obrad; niemniéj winna Naczelnemu Prezesowi być na żądanie ekspedycya uchwał dyrekcyi przedkładaną.

§. 12. Z terminem w §. 2. wspomnionym traci moc obowiązującą tymczasowy Regulamin o zarządzie sprawami co do ubogich krajowych Prowincyi Poznańskiéj z 13. Października 1843. (Dziennik urzędowy Poznański str. 399).

W dowód pod naszym własnoręcznym podpisem i Królewską pieczęcią.

Dan u wód w Ems, dnia 29. Lipca 1871.

**(L. S.) Wilhelm.**

Hr. Eulenburg.

---

# Reglement

für

# die Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden-Wesens in der Provinz Posen.

Auf Grund des §. 6 der Allerhöchsten Verordnung über die Einrichtung des Landarmen- und Korrigenden-Wesens in der Provinz Posen vom 29. Juli 1871 (Gesetz-Sammlung für 1871, Seite 329 u. ff.) wird hiermit nachstehendes

## Reglement

erlassen.

### I. Provinzial-Landtag.

§ 1. Der Provinzial-Landtag hat nach Maßgabe der für denselben gültigen Verfassungsgesetze die von der Landarmen-Direktion für den Landarmen-Fonds und für die Korrektions-Anstalt zu Kosten entworfenen

# Regulamin

# tyczący się zarządu spraw ubóstwa krajowego i korygendów w prowincyi poznańskiéj.

Na mocy § 6. Najwyższego rozporządzenia tyczącego się urządzenia spraw ubóstwa krajowego i korygendów z dnia 29. Lipca 1871 (w zbiorze praw za r. 1871 str. 329 i następ.) wydaje się niniejszém następujący

## Regulamin.

### I. Sejm prowincyonalny.

§ 1. Sejm prowincyonalny powinien, stósownie do obowięzujących go praw konstytucyjnych, zaprojektowane przez dyrekcyą ubóstwa krajowego etaty dochodowe i rozchodowe dla funduszu ubóstwa kra-

Einnahme- und Ausgabe-Etats zu prüfen und festzustellen, die von derselben vorzulegenden Jahresrechnungen (§ 3 dieses Reglements) zu dechargiren, die Kostensätze für den Unterhalt in der Korrektions-Anstalt zu bestimmen, und über die Verwendung der Fonds im Allgemeinen, sowie über die Erweiterung oder Veränderung der bestehenden und die Errichtung neuer Anstalten, insbesondere auch über den An- oder Verkauf von Grundstücken zu beschließen.

## II. Landarmen-Direktion.

§ 2. Die Landarmen-Direktion führt die Verwaltung der Angelegenheiten des Landarmen-Verbandes und leitet und beaufsichtigt die Verwaltung der Korrektions-Anstalt nach Maßgabe des hierfür zu erlassenden besonderen Reglements, sie tritt hierbei überall an die Stelle der bisher bei diesen Verwaltungen thätig gewesenen ständischen Kommissionen.

Die Ordnung der Verwaltung und inneren Einrichtung der Korrektions-Anstalt, sowie die Dienstobliegenheiten der bei derselben angestellten Beamten werden durch die Hausordnung und die Dienst-Instruktionen für die Beamten, welche die Landarmen-Direktion mit Genehmigung des Ober-Präsidenten der Provinz zu erlassen hat, geregelt. Insbesondere gehören zu den Geschäften der Landarmen-Direktion:

1) Die Verwaltung des Landarmen-Fonds und der Fonds der Korrektions-Anstalt resp. die Aufsicht über das Kassen- und Rechnungswesen dieser Fonds.

2) Die Festsetzung und Anweisung aller aus dem gesammten Landarmen-Fonds zu bewilligenden fortlaufenden und außerordentlichen Unterstützungen, zu erstattenden Kur- und Verpflegungskosten, zu gewährenden Beihülfen an unvermögende Gemeinden und der zur Unterhaltung der einzelnen Anstalten zu zahlenden Zuschüsse;

3) Die Kontrolle aller dem Landarmen-Fonds und der Korrektions-Anstalt zustehenden Einnahmen;

4) Die Arbitrirung der Beiträge, welche nach Maßgabe des von dem Provinzial-Landtage festgestellten Etats unter Berücksichtigung des in dem einzelnen Jahre etwa nothwendigen Mehrbedarfs von der Provinz zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens beizusteuern sind, und um deren Vertheilung, Ausschreibung und Erhebung der Ober-Präsident der Provinz alljährlich anzugehen ist.

5) Die Aufsicht über die Dienstführung und sittliche Haltung der Beamten der Korrektions-Anstalt, sowie ihrer Bureau- und Subaltern-Beamten nach Maßgabe der denselben ertheilten Dienstanweisungen resp. der gegebenen Hausordnungen.

§. 3. Innerhalb der Grenzen der Totalsumme der vom Provinzial-Landtage festgestellten Verwaltungs-Etats ist die Landarmen-Direktion und innerhalb jedes Etatstitels des Spezial-Etats der Korrektions-Anstalt, die Direktion derselben jedoch mit Beachtung der dabei gefaßten Beschlüsse der Landarmen-Direktion zu verfügen berechtigt. Zur Ueberschreitung einzelner Etatstitel hat die Anstalts-Direktion vorher die Genehmigung

jowego i domu poprawy w Kościanie sprawdzać i ustanawiać, przedłożone mu przez rzeczoną dyrekcyą rachunki roczne (§ 3 niniejszego regulaminu) pokwitować, pojedyńcze kwoty kosztów utrzymania domu poprawy wyznaczać i o użyciu funduszu w ogólności jako też o rozprzestrzenieniu lub odmienieniu istniejących i urządzeniu nowych zakładów, w szczególności też o zakupieniu lub sprzedaży gruntów uchwalać.

## II. Dyrekcya ubóstwa krajowego.

§ 2. Dyrekcya ubóstwa krajowego zarządza sprawami związku ubóstwa krajowego i kieruje i prowadzi dozór nad zarządem domu poprawy stósownie do mającego się wydać w tym celu osobnego regulaminu; wstępuje wszędzie w miejsce komisyi stanowéj, jaka dotychczas tym zarządem się zajmowała.

Porządek zarządu i wewnętrznego urządzenia domu poprawy, oraz obowiązki służbowe ustanowionych w nim urzędników uregulowane zostaną przez regulamin domowy i instrukcye służbowe dla urzędników, które dyrekcya ubóstwa krajowego wyda za przyzwoleniem ministra spraw wewnętrznych.

W szczególności należą do obowiązków dyrekcyi ubóstwa krajowego;

1) zarząd funduszu ubóstwa krajowego i funduszów domu poprawy, odnośnie dozór nad kasowością i rachunkowością tychże funduszów;

2) ustanowienie i asygnowanie wszystkich z ogólnego funduszu ubóstwa krajowego przyzwalać si-mających bieżących i nadzwyczajnych wsparć, wynagradzać się mających kosztów kuracyi i pielęgnowania, udzielać się mających zapomóg gminom niezamożnym i wypłacać się mających dodatków na utrzymanie pójedyńczych zakładów;

3) kontrolowanie wszystkich dochodów do funduszu ubóstwa krajowego i domu poprawy należących;

4) arbitrowanie składek, jakie stósownie do ustanowionego przez sejm prowincyalny etatu przy uwzględnieniu koniecznych w odnośnym roku większych potrzeb przez prowincyą na pokrycie kosztów ubóstwa krajowego złożone być mają i o których repartycyą, rozpisanie i ściagnienie co rok zrobić trzeba wniosek do naczelnego prezesa prowincyi

5) dozór nad sprawowaniem służbowém i kondutą moralną urzędników domu poprawy, również urzędników biórowych i subhalternych, stósownie do udzielonych im instrukcyi służbowych resp. wydanych regulaminów domowych.

§. 3. Dyrekcyi ubóstwa krajowego przysługuje prawo do rozporządzania funduszami, jednakże w zakresie granic sumy ogólnéj objętéj w ustanowionych przez sejm prowincyalny etatach zarządowych, a dyrekcyi zakładowéj w zakresie każdego tytułu etatu specyalnego dla domu poprawy, jednakże przy zastósowywaniu się do wydanych uchwał dyrekcyi ubóstwa krajowego. Do przekroczenia niektórych tytu-

der Landarmen-Direktion einzuholen.

Ueberschreitungen der Totalsumme sind beim Provinzial-Landtage zur Genehmigung vorzulegen. Die Jahresrechnung der Korrektions-Anstalt wird von der Landarmen-Direktion revidirt und dechargirt; die Dechargirung der über die Kassen-Verwaltung der Landarmen-Direktion selbst zu führenden Jahresrechnungen erfolgt durch den Provinzial-Landtag. Die Uebermittelung dieser Rechnungen an den Landtag, denen jene Jahresrechnung der Korrektions-Anstalt, sowie ein für jedes Jahr zu erstattender Rechenschaftsbericht über die Resultate der Verwaltung des Landarmenwesens und der Korrektions-Anstalten in dem verflossenen Jahre beizufügen sind, erfolgt durch den Ober-Präsidenten der Provinz.

§ 4. Von den in den §§. 2 und 3 dieses Reglements gedachten Geschäften unterliegen der Beschlußfassung der versammelten Landarmen-Direktion:

1) Die Bewilligung von fortlaufenden Unterstützungen, sowie von Beihilfen an unvermögende Orts-Armen-Verbände.

2) Die Anstellung, Pensionirung und, sowei dazu kein förmliches Disziplinar-Verfahren erforderlich ist, die Entlassung der Bureaubeamten, sowie der Beamten der Korrektions-Anstalt, jedoch unbeschadet der Befugniß des Vorsitzenden, bis zur nächsten Versammlung der Direktion Beamte auf Probe oder zu einer vorübergehenden Aushilfe zur Beschäftigung anzunehmen.

3) Die Bewilligung von Unterstützungen und außerordentlichen Remunerationen an Beamte der Landarmen-Direktion und der Korrektions-Anstalt aus etwaigen Gehaltsersparnissen und aus den dazu bestimmten besonderen Etatstiteln.

4) Die Genehmigung zu allen in der Korrektionsanstalt für nöthig erachteten neuen organischen Einrichtungen, es mögen dieselben die Räumlichkeiten der Anstalt, oder die Beschäftigung, die Bekleidung oder die Beköstigung ihrer Insassen betreffen.

5) Der Abschluß von Verträgen über den vom Provinzial-Landtage genehmigten An- oder Verkauf von Grundstücken, die Ausleihung von Kapitalien, die Ausstellung von Vollmachten, Schuldurkunden, Pfandentsagungen und Cessionen.

6) Die Anstellung von Prozessen und Armenstreitigkeiten, deren Gegenstand den Werth von funfzig Thalern übersteigt.

7) Die Ertheilung des Zuschlags bei allen Submissionen oder Minus-Lizitationen, welche für Lieferungen an die Anstalt ausgeschrieben werden.

8) Die Berathung des Jahresberichts und der jedesmal für drei Jahre aufzustellenden Etats.

9) Etats-Ueberschreitungen (§ 3 Alinea 2 dieses Reglements.)

§. 5. Zur Erledigung der ihr nach § 4 obliegenden Geschäfte versammelt sich die Landarmen-Direktion regelmäßig alle zwei Monate, bei besonderen Veranlassungen aber auch außer dieser Zeit an dem von dem Vorsitzenden zu bestimmenden Orte, in Posen oder

łów etatowych powinna dyrekcya zakładowa przód wnieść o przyzwolenie do dyrekcyi ubóstwa krajowego.

Względem przekroczenie sumy ogólnéj należy wnieść do sejmu prowincyalnego o zezwolenie. Rachunek roczny domu poprawy winna dyrekcya ubóstwa krajowego zrewidować i pokwitować; pokwitowanie rachunków rocznych o zarządzie kasowym dyrekcyi ubóstwa krajowego saméj nastąpi przez sejm prowincyalny. Przedłożenie owych rachunków sejmowi prowincyalnemu, którym rachunek roczny domu poprawy jako też sprawozdanie z każdego roku o rezultatach zarządu spraw ubóstwa krajowego z domu poprawy załączyć należy, nastąpi przez naczelnego prezesa prowincyi.

§. 4. Z pomiędzy czynności w §§. 2. i 3. niniejszego regulaminu oznaczonych ulegają uchwale zebranéj dyrekcyi ubóstwa krajowego;

1) przyzwalanie bieżących wsparć i zapomóżek niezamożnym związkom ubóstwa miéjscowego;

2) ustanowienie, emerytowanie, i, o ile nie masz potrzeby do wytoczenia formalnego postępowania dyscyplinarnego, oddalenie urzędników biórowych i urzędników domu poprawy z urzędu, nie uwłaczając jednakże prawa przewodniczącego do przyjęcia aż do zebrania się dyrekcyi urzędników na próbę lub tymczasowo do pomocy;

3) udzielanie wsparć i nadzwyczajnych remuneracyi urzędnikom dyrekcyi ubóstwa krajowego i domu poprawy z oszczędzonych pensyi lub przeznaczonych na ten cel tytułów etatowych;

4) udzielanie pozwolenia na wszelkie w domu poprawy za konieczne uznane nowe urządzenia organiczne, bądź, że takowe tyczą się lokalów zakładu, lub zatrudnienia, przyodziania lub żywienia mieszkańców zakładowych;

5) zawieranie kontraktów względem uchwalonego przez sejm prowincyalny zakupna lub sprzedaży gruntów, wypożyczanie kapitałów, wygotowanie plenipotencyi, obligacyi, zrzeczeń zastawu i cesyi;

6) wytoczenie procesów i sporów względem ubogich, jeżeli objekt przewyższa wartość talarów pięćdziesięciu;

7) udzielanie przybicia we wszystkich submisyach lub minus licytacyach wypisanych na dostawy dla zakładu;

8) naradzanie się nad sprawozdaniem roczném i etatami zawsze na trzy lata ułożonemi,

9) przekroczenia etatu (§ 3. ustęp 2. niniejszego regulaminu);

§ 5. W celu załatwienia czynności według § 4 do niéj należących, zbiera się dyrekcya ubóstwa krajowego regularnie co dwa miesiące, w razie szczególnych powodów także i w innym czasie na miejscu przez przewodniczącego wyznaczoném, w Poznaniu

am Orte einer der Anstalten.

In den Versammlungen erfolgen die Beschlüsse nach kollegialischer Berathung durch Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter den Ausschlag. Um einen gültigen Beschluß zu fassen, müssen außer dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mindestens noch zwei Mitglieder der Direktion oder zwei Stellvertreter derselben anwesend sein.

Ueber die gefaßten Beschlüsse wird in jeder Sitzung ein Konferenz-Protokoll geführt.

### III. Landarmen-Direktor.

§ 6. Die Ausführung der in den Sitzungen der Landarmen-Direktion (§ 5) gefaßten Beschlüsse und die von einer Sitzung zur anderen vorkommenden laufenden Geschäfte besorgt der Vorsitzende. (Landarmen-Direktor.)

§ 7. Zu den laufenden Geschäften gehören alle der Beschlußfassung der versammelten Direktion nicht vorbehaltenen Sachen. In diesen Sachen hat der Vorsitzende selbstständig zu entscheiden, insbesondere

1) über die vorschußweise oder definitive Bewilligung außerordentlicher Unterstützungen aus dem Landarmen-Fonds und über die Erstattung der von anderen Armen-Verbänden vorgeschossenen Kur- und Verpflegungskosten für Landarme,

2) über die Anstellung von Prozessen und Armenstreitigkeiten, deren Gegenstand den Werth von fünfzig Thalern nicht übersteigt, sowie über die Stellung von Anträgen bei den Kreiskommissionen auf schiedsrichterliche Entscheidung oder gütliche Vermittelung von Armenstreitsachen,

3) über die Aufnahme von Detinenden in die Korrektions-Anstalt, insoweit hierüber von der Landarmen-Direktion zu bestimmen ist,

4) über die Beurlaubung von Beamten der Anstalt sowie von Subalternbeamten der Landarmen-Direktion bis zu vier Wochen.

Der vorsitzende Landarmen-Direktor kann jedoch auch einzelne der ihm obliegenden Geschäfte anderen Mitgliedern der Direktion zur Bearbeitung überweisen, sofern dieselben nicht ihrer Natur nach einer schleunigen Erledigung bedürfen.

Alle von ihm selbstständig erlassenen Verfügungen, wodurch eine Verpflichtung des Landarmen-Verbandes anerkannt und eine Zahlung bewilligt wird, und alle seit der letzten Sitzung der Direktion erfolgten wichtigen Eingänge, namentlich Erkenntnisse, Reskripte 2c. sind der Landarmen-Direktion bei ihrer nächsten Versammlung nachträglich zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

§ 8. Der vorsitzende Landarmen-Direktor ist befugt und verpflichtet, in allen Fällen, wo die vorherige Beschlußfassung durch die versammelte Direktion einen nachtheiligen Zeitverlust verursachen würde, oder sich auch nicht durch Einholung schriftlicher Vota rechtzeitig ersetzen läßt, die gemäß § 4 dieses Reglements der Beschlußnahme der Direktion unterliegenden Geschäfte vorläufig mit Zuziehung eines der ständischen Mitglie-

albo w miejscu, w którém zakład się znajduje,

Zgromadzenie wydaje uchwały, po wspólnych naradach większością głosów. W razie równości głosów rozstrzyga przewodniczący lub jego zastępca. Do wydania prawoważnéj uchwały potrzebna jest obecność, prócz przewodniczącego lub jego zastępcy, przynajmniéj jeszcze dwóch członków lub dwóch zastępców onychże.

O ustanowionych uchwałach spisuje się na każdem posiedzeniu protokół konferencyjny.

### III. Dyrektor ubóstwa krajowego.

§ 6. Wykonanie uchwał ustanowionych na posiedzeniu dyrekcyi ubóstwa krajowego (§ 5) i obrabianie bieżących czynności zachodzących od jednego posiedzenia do drugiego jest rzeczą przewodniczącego (dyrektora ubóstwa krajowego).

§ 7. Do bieżących czynności należą wszystkie sprawy, które nie były oddane pod uchwałę zebranéj dyrekcyi. W tych sprawach przewodniczący rozstrzyga samodzielnie, a mianowicie:

1) o udzielaniu sposobem zaliczki lub stanowczo nadzwyczajnych wsparć z funduszu ubóstwa krajowego i o wynagrodzeniu zaliczonych przez inne związki ubóstwa krajowego kosztów kuracyi i pielęgnowania ubogich krajowych;

2) o wytoczeniu procesów i sporów, których przedmiot nie przewyższa wartości talarów pięćdziesięciu, również o postawieniu wniosków do komisyi powiatowych o rozstrzygnięcie przez rozjemcę albo o dobrowolne ugodzenie sporów w przedmiocie ubogich;

3) o przyjęciu detynendów do domu poprawy, o ile dyrekcyi ubóstwa krajowego decyzya o tém przysługuje;

4) o udzielaniu urlopu urzędnikom zakładu i urzędnikom subalternym dyrekcyi ubóstwa krajowego aż do czterech tygodni.

Przewodniczący dyrektor może jednakże należące do niego czynności drugim członkom dyrekcyi przekazać do obrabiania, jeżeli takowe wedle ich natury nie wymagają spiesznego załatwienia.

Wszelkie przez niego samodzielnie wydane rozporządzenia, któremi przyznanym został jakikolwiek obowiązek związku ubóstwa krajowego i któremi zezwolono na wypłatę pieniędzy, również wszystkie od ostatniego posiedzenia dyrekcyi nadeszłe ważniejsze skrypta, a mianowicie wyroki, reskrypta itd. należy dyrekcyi ubóstwa krajowego na najbliższém jéj posiedzeniu dodatkowo przedłożyć dla wiadomości.

§ 8. Przewodniczący dyrektor ubóstwa krajowego ma prawo i obowiązek we wszelkich przypadkach, gdzieby z poprzedniéj uchwały zgromadzonéj dyrekcyi szkodliwa wynikła strata czasu, albo, gdzie uchwała przez wotum na piśmie oddane nie da się wcześnie zastąpić, te czynności, które podług § 7. niniejszego regulaminu ulegać mają uchwale dyrekcyi, tymczasowo za przybraniem jednego z stanowych

der der Direktion zu besorgen. In solchen Fällen ist der versammelten Direktion in der nächsten Sitzung Behufs der Bestätigung oder anderweiten Beschlußnahme Vortrag zu halten.

## IV. Büreau-Einrichtungen der Landarmen-Direktion.

§ 9. So lange, als nicht die Kosten zur Beschaffung der Geschäftsräume für die Landarmen-Direktion sowie zur Remunerirung des erforderlichen Subaltern-Personals durch Beschluß des Provinzial-Landtages anderweit etatisirt worden sind, wird zur Bestreitung derselben vom Provinzial-Landtage ein Pauschquantum aus dem Landarmen-Fonds festgesetzt.

Zur Disposition über dasselbe ist die Landarmen-Direktion befugt.

§ 10. Die lebenslängliche Anstellung von Bureau- und anderen Subaltern-Beamten der Direktion kann nur in einer etatsmäßig genehmigten Stelle erfolgen.

Bei Anstellung der Beamten sind die Vorschriften des § 11 des Reglements über die Zivilversorgung und Civilanstellung der Militärpersonen vom 20. Juni 1867 analog in Anwendung zu bringen.

§. 11. Bei der Anstellung der freiwilligen oder unfreiwilligen Dienstentlassung sowie bei der Pensionirung der bei der Direktion angestellten Subalternbeamten sind die wegen der unmittelbaren Staatsbeamten gleicher Kategorie geltenden Vorschriften maßgebend.

Die Pensionen werden beim Mangel eines besonderen Etatstitels aus dem Landarmen-Fonds gezahlt.

## V. Entschädigung für Reisekosten der Mitglieder und Beamten der Landarmen-Direktion.

§ 12. Bei Reisen erhalten die Mitglieder der Landarmen-Direktion die den Mitgliedern der Landeskollegien, die Subalternbeamten die der entsprechenden Kategorie der unmittelbaren Staatsbeamten zustehenden Tagegelder und Reisekosten.

## VI. Transitorische und Schlußbestimmung.

§ 13. Das gegenwärtige Reglement tritt mit dem 1. Januar 1872 in Kraft. Die zur Ausführung desselben erforderlichen Anordnungen trifft der Ober-Präsident.

---

Vorstehendes Reglement wird auf Grund des § 6. der Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden-Wesens in der Provinz Posen vom 29. Juli d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 329 u. ff.) von mir hierdurch genehmigt.

Berlin, den 5. September 1871.

Der Minister des Innern.

Gr. zu **Eulenburg**.

członków dyrekcyi sam załatwić. W takich przypadkach należy zebranéj dyrekcyi na najbliższém posiedzeniu przedmiot zakomunikować celem zatwierdzenia lub innego o nim postanowienia.

## IV. Urządzenia biórowe dyrekcyi ubóstwa krajowego.

§ 9, Póki koszta na potrzebne lokale urzędowe dla dyrekcyi ubóstwa krajowego, również na remuneracye dla potrzebnej służby subalternej uchwałą sejmu prowincyonalnego nie zostaną jeszcze do etatu zamieszczone, ustanowi sejm prowincyalny na pokrycie tychże kosztów sumę ryczałtową z funduszu ubóstwa krajowego.

Dyrekcya ubóstwa krajowego ma prawo dysponowania rzeczoną sumą.

§ 10. Dożywotne ustanowienie urzędników biórowych i innych subalternych przy dyrekcyi może tylko nastąpić na posady etatem zatwierdzone.

Przy ustanowieniu urzędników należy analogicznie zastósować się do przepisów § 11. regulaminu z dnia 20. Czerwca 1867. tyczącego się ustanowienia osób wojskowych na posady służby cywilnéj.

§. 11. W przypadkach dobrowolnego lub niedobrowolnego oddalenia ze służby, również przy emerytowanin ustanowionych w dyrekcyi urzędników subalternych zastósowane być mają przepisy, jakie co do bezpośrednich urzędników rządowych równéj kategoryi są obowiązującemi.

Pensye emerytalne w braku osobnego tytułu etatowego wypłacone zostaną z funduszu ubóstwa krajowego.

## V. Wynagrodzenia za koszta podróży członków i urzędników dyrekcyjnych.

§. 12. W czasie podróży pobierają członkowie dyrekcyi dyety i koszta podróży w téj saméj wysokości, co członkowie kolegiów krajowych, a urzędnicy subalterni w téj saméj wysokości co bezpośredni urzędnicy rządowi odpowiedniéj kategoryi.

## VI. Postanowienie przechodnie i końcowe.

§. 13. Niniéjszy regulamin wstępuje w życie z dniem 1. Stycznia 1872. Rozporządzenie potrzebne do jego wykonania wyda prezes naczelny.

Powyższy regulamin zatwierdzam niniéjszem na zasadzie §. 6. rozporządzenia tyczącego się urządzenia i zarządu spraw ubóstwa krajowego i korygendów w prowincyi Poznańskiéj z dnia 29. Lipca r. b. (w zbiorze praw str. 329 i nast.)

Berlin, dnia 5. Września 1871.

Minister spraw wewnętrznych

podp. Hrabia **Eulenburg**.

Auf Grund des § 8 der Allerhöchsten Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden-Wesens in der Provinz Posen vom 29. Juli 1871 (Gesetz-Sammlung für 1871 Seite 329 u. ff.) wird hiermit unter Aufhebung des bisherigen Reglements für die Zwangs- und Besserungs-Anstalt in Kosten vom 17. Dezember 1835 (Posener Amtsblatt für 1836 Seite 33) das folgende

# Reglement
## für die Korrektions-Anstalt in Kosten

erlassen.

### I. Umfang und Zweck der Anstalt.

§. 1. Die Korrektions-Anstalt zu Kosten ist für den ganzen Umfang der Provinz Posen bestimmt und hat den Zweck, als Arbeitshaus zur Unterbringung der auf Grund der Vorschriften des § 361 Nr. 3 bis 8 und des § 362 des Bundes-Strafgesetzbuches vom 31. Mai 1870 verurtheilten und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesenen Personen zu dienen. Dem Provinzial-Landtage bleibt die Befugniß vorbehalten, jederzeit zu beschließen, daß die Anstalt auch als Armenhaus zur Aufnahme von Landarmen oder Ortsarmen in Gemäßheit des Alin. 2 des § 34 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 benutzt werde.

### II. Aufzunehmende Personen.

§ 2. In die Korrektions-Anstalt sind aufzunehmen die im Bezirke der Provinz Posen festgenommenen auf Grund der Bestimmungen des § 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuches vom 31. Mai 1870 verurtheilten und nach verbüßter Strafe der Landes-Polizeibehörde überwiesenen Personen, welche auf dahin gehenden Beschluß dieser Behörde (§ 362 a. a. O.) in ein Arbeitshaus unterzubringen sind.

§ 3. Außerdem dürfen in die Anstalt aufgenommen werden:

1) jugendliche Personen, welche nach § 56 des Strafgesetzbuches vom 31. Mai 1870 von der Anschuldigung zwar freigesprochen, nach der Bestimmung des richterlichen Urtheils aber in eine Erziehungs- und Besserungs-Anstalt zu bringen sind,

2) jugendliche Personen, welche nach § 57. des Strafgesetzbuches vom 31. Mai 1870 zu Gefängnißstrafen verurtheilt sind, zur Verbüßung dieser Gefängnißstrafen;

5) ungerathene oder verwahrloste Kinder unter väterlicher Gewalt oder Pflegebefohlene, deren Unterbringung in eine Besserungs-Anstalt auf den Antrag des Vaters oder des Vormundes vom Vormundschaftsgerichte bestimmt wird. (§§. 86 bis 91, 98, 99 Titel 2 und §§. 240 bis 242 und 350 Titel 18 Theil II des Allgemeinen Landrechts.)

Die Aufnahme der im § 3 bezeichneten Personen in die Anstalt darf jedoch nur in soweit und so lange geschehen, als der Raum es gestattet und die Landarmen-Direktion, es sei allgemein oder für einzelne

Na mocy §. 8. Najwyższego rozporządzenia z dnia 29. Lipca 1871 tyczącego się urządzenia i zarządu spraw ubóstwa krajowego i korygendów w prowincyi Poznańskiéj (w zbiorze praw za rok 1871 str. 329 i nast.) wydaje się, po zniesieniu dotychczasowego regulaminu dla domu poprawy w Kościanie z dnia 17. Grudnia 1835 (w Poznańskim dzienniku urzędowym za r. 1836 str. 33) następujący

# Regulamin
## dla domu poprawy w Kościanie.

### I. Zakres i cel zakładu.

§. 1. Dom poprawy w Kościanie przeznaczony jest dla całego obwodu prowincyi Poznańskiéj a celem jego jest służyć za dom roboczy na pomieszczenie osób na mocy przepisów §. 361. Nr. 3 do 8 i §. 362. związkowego kodeksu karnego z dnia 31. Maja 1870 osądzonych i po odpokutowaniu kary władzy krajowéj policyjnéj przekazanych. Sejmowi prowincyalnemu zastrzeżone jest prawo uchwalenia każdego czasu, ażeby zakład także użytym był jako dom schronienia dla ubogich krajowych lub miéjscowych stósownie do ustępu 2. §. 34. prawa z dnia 8. Marca 1871 tyczącego się siedliska uprawniającego do pobierania wsparcia.

### II. Umieszczenie osób.

§. 2. Do domu poprawy przyjęte być mają osoby w obwodzie prowincyi Poznańskiéj przytrzymane, na mocy przepisów §. 361. Nr. 3 do 8 kodeksu karnego z dnia 31. Maja 1870. na karę osądzone i po odpokutowaniu kary władzy krajowéj policyjnéj przekazane, które w skutek postanowienia tejże władzy (§. 362. ibidem) do domu roboczego oddane być mają.

§. 3. Prócz tego można przyjąć do zakładu;

1) osoby niedoletnie, które podług §. 56. kodeksu karnego z dnia 31. Maja 1870. od obwinienia wprawdzie uwolnione zostały, lecz w myśl wyroku sądowego do zakładu wychowania i poprawy oddane być mają;

2) osoby niedoletnie, które podług §. 57. kodeksu karnego z dnia 31. Maja 1870. na karę więzienia skazane zostały, w celu odsiedzenia tejże kary więzienia;

3) wyrodne i zaniedbane dzieci będące pod władzą ojcowską, lub wychowańcy, których umieszczenie w domu poprawy na wniosek ojca lub opiekuna przez sąd nadopiekuńczy postanowionem zostało. (§§. 86. do 91. 98. 99. tytułu 2. i §§. 240. do 242. i 350 tytułu 18 części II. powszechnego prawa krajowego.)

Osoby w §. 3. oznaczone mogą jednakże tylko tak dalece i tak długo w zakładzie być umieszczone, jeżeli jest dosyć miejsca i o ile dyrekcya ubogich krajowych, bądź w ogólności, bądź też w szczegóło-

Fälle, ihre Zustimmung zu einer solchen Benutzung der Anstalt zu ertheilen für angemessen findet.

## III. Einlieferung der in die Anstalt aufzunehmenden Personen.

§. 4. Die Einlieferung der in den § 2 und 3 bezeichneten Personen in die Anstalt darf, außer auf Anordnung der Landarmen-Direktion nur erfolgen

zu § 2 auf die schriftliche Requisition eines Landraths der Provinz oder der Polizeibehörde der Städte Posen und Bromberg oder eines Gerichts der Provinz unter Beifügung der gerichtlichen Untersuchungs-Akten, oder auf Anordnung der Regierung zu Posen oder Bromberg,

zu Nr. 1 und 2 des § 3 auf die schriftliche Requisition des Gerichts unter Beifügung des gerichtlichen Urtheils,

zu Nr. 3 des § 3 auf die schriftliche Requisition des Vormundschaftsgerichts, unter Beifügung des die Unterbringung in eine Besserungs-Anstalt und deren Dauer anordnenden Beschlusses.

In dem Falle des § 2 ist die Bestimmung der Bezirks-Regierung, in dem Falle des § 3 zu 1 die der Landarmen-Direktion wegen der Detention und bezw. wegen der Dauer der Detention, in den Fällen des § 3 zu 2 und 3 die Zustimmung der Landarmen-Direktion von der Direktion der Anstalt unverzüglich einzuholen — insofern der letzteren diese Bestimmung beziehungsweise Zustimmung nicht schon vor oder bei der Einlieferung zugegangen oder ertheilt worden.

## IV. Transport.

§. 5. Beim Transport der in die Anstalt einzuliefernden Personen sind die allgemeinen Bestimmungen der Transport-Instruktion zu beobachten.

## V. Kosten des Transports und der Unterhaltung der in die Anstalt aufgenommenen Personen.

§ 6. Die Kosten des Transports der nach §§. 2 und 3 in die Anstalt aufgenommenen Personan, sowie der ihnen etwa behufs dieses Transports zu gewährenden unentbehrlichen Bekleidung werden getragen:

1) für die im § 2 und im § 3 Nr. 1 und 2 bezeichneten Personen vom Staate (zu § 2 vergl. §. 38 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz, vom 8. März 1871.)

2) für verwahrlosete Kinder und Pflegebefohlene (§ 3 Nr. 3) von dem Vater der Detinenden oder anderen zahlungspflichtigen Verwandten desselben, vorbehaltlich der Schlußbestimmung des § 8).

§ 7. Die Kosten der Verpflegung der in die Anstalt aufzunehmenden Personen in der Anstalt, der bei der Entlassung aus dieser wenn nöthig zu gewährenden Bekleidung und entstehenden Falls der Beerdigung, sind, insoweit diese Kosten aus dem eigenen Vermögen und Einkommen der Detinirten oder durch den aufkommenden Arbeitsverdienst nicht gedeckt werden, zu tragen.

1) für die im § 2 bezeichneten Personen von dem Fonds für die Korrektions-Anstalt zu Kosten (§ 38

wych przypadkach, uznaje stósowność zezwolenia na użycie zakładu na takowe cele.

## III. Odstawa osób mających być przyjętemi do zakładu.

§. 4. Odstawa osób w §§. 2. i 3. oznaczonych do zakładu powinna, oprócz z rozporządzenia dyrekcyi ubogich krajowych, tylko nastąpić:

ad §. 2. na rekwizycyą piśmienną któregokolwiek radzcy ziemiańskiego z prowincyi lub władzy policyjnéj w miastach Poznaniu i Bydgoszczy, albo sądu z prowincyi przy załączeniu sądowych akt śledczych, albo z rozporządzenia rejencyi w Poznaniu lub Bydgoszczy,

ad Nr. 1. i 2. §. 3. na rekwizycyą piśmienną sądu, przy załączeniu wyroku sądowego,

ad Nr. 3. §. 3. na rekwizycyą piśmienną sądu nadopiekuńczego przy załączeniu uchwały postanawiającéj umieszczenie w domu poprawy i czas trwania onegoż.

W przypadku §. 2. winna dyrekcya zakładowa bezzwłocznie zasięgnąć postanowienia rejencyi obwodowéj, w przypadku §. 3. ad 1. postanowienia dyrekcyi ubóstwa krajowego, względem detencyi, odnośnie względem czasu trwania detencyi, w przypadkach §. 3. ad 2. i 3. przyzwolenia dyrekcyi ubóstwa krajowego, o ile dyrekcyi zakładowéj to postanowienie odnośnie przyzwolenie poprzednio albo przy odstawieniu nie zostało już nadesłane albo udzielone.

## IV. Transport.

§. 5. Pry transporcie osób mających być odstawionemi do zakładu należy przestrzegać ogólnych przepisów instrukcyi transportowéj.

## V. Koszta transportu i utrzymania osób w zakładzie umieszczonych.

§. 6. Koszta transportu osób podług §§. 2. i 3. w zakładzie umieszczonych, jako też potrzebnego, przyodziewku, jakiby podczas transportu im został udzielonym, mają być poniesione;

1) od osób w § 2. i w § 3 Nr. 1. i 2. oznaczonych przez kasę rządową (do § 2. por. § 38 prawa z dnia 8. Marca 1871 tyczącego się wykonania ustawy związkowéj względem siedliska uprawniającego do pobierania wsparcia);

2) od zaniedbanych dzieci i wychowańców (§ 3. Nr. 3.) przez ojca detynendów lub przez innych do zapłaty obowiązanych krewnych, ze zastrzeżeniem ustępu końcowego § 8.

§ 7. Koszta utrzymania osób do zakładu przyjętych w czasie ich pobytu w zakładzie, koszta przyodziewku udzielonego im przy ich wypuszczeniu z zakładu, jeżeli takowy potrzebny, i w przypadku śmierci koszta pochowania, o ile te koszta z własnego majątku i dochodu detynendów, albo z zebranego zarobku roboczego pokryte być nie mogą, powinny być ponoszone:

1) od osób w § 2. oznaczonych, przez fundusz domu poprawy w Kościanie (§ 38 prawa z dnia 8.

des Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871),

2) für die im § 3 Nr. 1 und 2 bezeichneten jugendlichen Personen vom Staate,

3) für die im § 3 Nr. 3 bezeichneten verwahrlosten Kinder und Pflegebefohlenen:

von dem Vater des Detinenden oder anderen zahlungspflichtigen Verwandten desselben, vorbehaltlich der Schlußbestimmung des § 8.

### VI. Unterhaltungskostensätze.

§ 8. Die Kostensätze für die Unterhaltung der im § 3 ausgeführten, unter Zustimmung der Landarmen-Direktion in die Anstalt aufgenommenen jugendlichen Personen, verwahrloseten Kinder und Pflegebefohlenen werden durch den Provinziallandtag festgesetzt.

Vorerst und so lange keine andere Festsetzung erfolgt, werden diese Kosten auf sieben Silbergroschen pro Tag normirt.

Die Unterhaltungskosten für verwahrlosete Kinder Pflegebefohlenen (§ 3 Nr. 3) können jedoch mit Einschluß der Transportkosten (§ 6 Nr. 2, § 7 Nr. 3) von der Landarmen-Direktion bei unvermögenden Personen je nach den Umständen ermäßigt oder gänzlich auf die Fonds der Anstalt übernommen werden.

### VII. Einnahme der Korrektions-Anstalt.

§ 9. Die eigenthümlichen Einnahmen der Korrektions-Anstalt bestehen vorzugsweise in folgenden Titeln:

1) in den Arbeitsverdienste der Detinirten,

2) in den Einnahmen aus den Nutzungen ihrer Grundstücke und anderer Vermögensobjekte,

3) in den Beiträgen, welche für den Unterhalt der Detinirten aus deren eigenen Einkommen und Vermögen eingezogen werden können, oder von anderen Verpflichteten zu zahlen sind,

4) in den Unterhaltungsgeldern, welche nach den §. 7, Nr. 2. und 3 und § 8 vom Staate oder von Privaten zu entrichten sind.

§ 10. In Beziehung auf den Nachlaß der in der Anstalt Detinirten hat dieselbe kein Erbrecht. Die Anstalt ist jedoch berechtigt, zur Deckung der Unterhaltungskosten der in derselben verstorbenen Detinirten den etwaigen Ueberverdienst derselben und die mitgebrachten baaren Gelder und sonstigen von den Beamten der Anstalt gewissenhaft zu taxirenden Effekten, ohne Verpflichtung zur Einlassung auf gerichtliche Nachlaßregulirung eigenthümlich zurückzubehalten und nur den nach erfolgter Deckung dieser Kosten verbleibenden Ueberrest an die den Nachlaß regulirende Behörde oder die legitimirten Erben auszuliefern, denen auf Verlangen deshalb der erforderliche Nachweis gegeben werden soll.

### VIII. Verwaltung der Korrektions-Anstalt.

§ 11. Für die unmittelbare Leitung aller in Bezug auf die Erreichung des Zwecks der Anstalt in derselben getroffenen Einrichtungen ist eine besondere Behörde eingesetzt, welche den Titel:

**Direktion der Korektions-Anstalt zu Kosten**

Marca 1871);

2) od oznaczonych w § 3. Nr. 1. i 2. osób niedoletnich przez kasę rządową;

3) od oznaczonych w § 3. Nr. 3. zaniedbanych dzieci i wychowańców przez ojca detynenda lub innego do zapłaty obowiązanego krewnego onegoż z zastrzeżeniem postanowienia końcowego w § 8.

### VI. Ilość kosztów utrzymania.

§ 8. Ilość kosztów utrzymania oznaczonych w § 3. za zezwoleniem dyrekcyi ubóstwa krajowego do zakładu przyjętych osób niedoletnich, zaniedbanych dzieci i wychowańców ustanawia sejm prowincyalny.

Dopóki rzeczone koszta nie inaczej normowane zostaną, ustanawiają się takowe na siedm srebrnych groszy dziennie.

Koszta zaniedbanych dzieci i wychowańców (§ 3. Nr. 3) włącznie kosztów transportu (§ 6. Nr. 2. §. 7. Nr. 3) może jednakże dyrekcya ubóstwa krajowego co do osób niezamożnych zniżyć albo całkiem przyjąć na fundusze zakładowe.

### VII. Dochody domu poprawy.

§ 9. Właściwe dochody domu poprawy składają się z następujących tytułów:

1) z zarobku roboczego detynendów,

2) z dochodów z gruntów i innych przedmiotów majątkowych zakładu,

3) z składek, jakie za utrzymanie detynendów z ich własnego dochodu i majątku ściągnięte być mogą albo od innych obowiązanych zapłacone być mają,

4) z kosztów utrzymania, które podług § 7. Nr. 2. i 3. i § 7. przez kasę rządową lub osoby prywatne opłacane być winny.

§ 10. Co się tyczy pozostałości po detynowanych, to zakład nie ma żadnego prawa dziedzictwa. W celu pokrycia kosztów utrzymania osób w zakładzie zmarłych, przysługuje jednakże zakładowi prawo do zatrzymania na własność przewyżki ze zarobku lub wniesionych pieniędzy gotowych jako też i innych przedmiotów, które przez urzędników zakładowych sumiennie otaksowane być powinny, bez obowiązku zezwolenia na sądowe uregulowanie pozostałości i zakład tylko jest obowiązany po pokryciu tychże kosztów, do wydania pozostałéj reszty władzy pozostałość regulującéj albo spadkobiercom ulegitymowanym, którym na żądanie potrzebny wykaz pozostałości ma być udzielonym.

### VIII. Zarząd domu poprawy.

§ 11. Do kierowania wszystkiemi w zakładzie zaprowadzonemi urządzeniami, dla osiągnięcia celu zakładu ustanowiono osobną władzę, która nosi tytuł:

„Dyrekcya domu poprawy w Kościanie"

i która reprezentowaną jest przez urzędnika w oso-

führt und von einem Beamten in der Person des Vorstehers (Ober-Inspektors) repräsentirt wird.

Derselbe ist der Landarmen-Direktion untergeordnet.

§ 12. Das Verwaltungs-Personal soll bestehen:

a. an Ober-Beamten aus:
1) dem Ober-Inspektor,
2) der erforderlichen Anzahl von Inspektoren,
3) dem Sekretair,
4) einem katholischen und
5) einem evangelischen Geistlichen,
6) einem Arzte,
7) einem Lehrer und Erzieher der jugendlichen Detinenden,

b. an Unterbeamten aus
1) einem Hausvater,
2) der erforderlichen Anzahl von Aufsehern und Aufseherinnen einschl. eines Ober-Aufsehers.

Die zur Zeit noch vorhandene Stelle eines besonderen Werkmeisters ist bei dem Abgange des gegenwärtigen Inhabers dieser Stelle nicht wieder zu besetzen.

§ 13. Sämmtliche Anstaltsbeamte werden von der Landarmen-Direktion innerhalb der durch den Etat gesetzten Schranken angestellt. Die Anstellung der Ober-Beamten bedarf jedoch der Bestätigung des Ober-Präsidenten. Bei Anstellung der Beamten sind die Vorschriften des § 11 des Reglements über die Zivilversorgung und Zivilanstellung der Militairpersonen vom 20. Juni 1867 analog in Anwendung zu bringen (vergl. § 12 a. a. O.)

§ 14. Bei der Anstellung der freiwilligen und unfreiwilligen Dienstentlassung, sowie bei der Pensionirung der bei der Anstalt auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten sind die wegen der unmittelbaren Staatsbeamten gleicher Kategorie geltenden Vorschriften maßgebend. Die Pensionen werden aus den Fonds der Anstalt gezahlt.

§ 15. Zur Verwaltung der Spezialkasse der Korrektions-Anstalt wird bei derselben einer der Inspektoren (§ 12) als Rendant angestellt.

Die Verwaltung der Kasse erfolgt nach Vorschrift der Hausordnung für die Anstalt, sowie der für den Anstalts-Ober-Inspektor als selbstständiger Kurator dieser Kasse und für den Rendanten derselben erlassenen besonderen Dienstinstruktionen.

## IX. Revisionen der Korrektions-Anstalt.

§ 16. Der Vorsitzende der Landarmen-Direktion hat die Korrektions-Anstalt von Zeit zu Zeit, mindestens vierteljährlich ein Mal in allen ihren Theilen zu revidiren.

Mindestens zwei Mal jährlich sind diese Revisionen in Gemeinschaft mit den übrigen Direktionsmitgliedern bei Gelegenheit der regelmäßigen oder außerordentlichen Versammlung derselben in Kosten zu bewirken.

§ 17. Die Special-Kasse der Korrektions-Anstalt zu Kosten ist wenigstens ein Mal im Jahre durch den Vorsitzenden der Landarmen-Direktion oder ein

die naczelnika zakładu (nadinspektora). Tenże podwładnym jest dyrekcyi ubóstwa krajowego.

§ 12. Służba administracyjna składać się będzie:

a) z następujących wyższych urzędników:
1. nadinspektora,
2) potrzebnéj ilości inspektorów,
3) sekretarza,
4) duchownego katolickiego,
5) duchownego ewangielickiego,
6) lekarza,
7) nauczyciela do pouczania i wychowania niedoletnich detynendów,

b) z następujących niższych urzędników:
1) szafarza,
2) potrzebnéj ilości dozórców i dozórczyń włącznie jednego naddozórcy.

Istniejąca obecnie jeszcze posada osobnego werkmistrza, po ustąpieniu obecnego dzierzyciela tejże posady już nie będzie obsadzoną.

§ 13. Wszyscy urzędnicy zakładowi ustanowieni zostają przez dyrekcyą ubóstwa krajowego w granicach etatem określonych. Do ustanowienia wyższych urzędników potrzebném jednakże jest zatwierdzenie przez naczelnego prezesa. Przy ustanowieniu urzędników należy zastósowywać analogicznie przepisy § 11. regulaminu z dnia 20. Czerwca 1867 tyczącego się umieszczania osób wojskowych w posadach służby cywilnéj (por. § 12. ibidem.)

§ 14. W przypadkach dobrowolnego lub niedobrowolnego oddalenia ze służby, oraz przy emerytowaniu urzędników ustanowionych w zakładzie dożywotnie z prawem do pobierania pensyi emerytalnéj, stósują się przepisy obowiązujące bezpośrednich urzędników rządowych.

Pensye emerytalne wypłacone zostaną z funduszów zakładowych.

§ 15. Do zarządzania kasą specyalną domu poprawy przeznaczonym zostanie jeden z inspektorów jako rendant (§ 12.)

Zarząd kasy odbywa się podług przepisu regulaminu domowego dla zakładu i podług osobnych instrukcyi służbowych wydanych dla nadinspektora zakładowego, jako samodzielnego kuratora tejże kasy i dla rendanta.

## IX. Rewizye domu poprawy.

§ 16. Przewodniczący dyrekcyi ubóstwa krajowego winien dom poprawy od czasu do czasu przynajmniéj raz w każdym kwartale, we wszystkich jego częściach zrewidować.

Przynajmniéj dwa razy co rok powinny rzeczone rewizye odbywać się wspólnie z drugimi członkami dyrekcyi przy sposobności zwyczajnego albo nadzwyczajnego zebrania się onychże w Kościanie.

§. 17. Kasa specyalna domu poprawy w Kościanie powinna przynajmniéj raz w roku przez przewodniczącego dyrekcyi ubóstwa krajowego albo innego

anderes von demselben damit zu beauftragendes Direktionsmitglied außerordentlich zu revidiren.

Mit der außerordentlichen Kassen-Revision ist eine außerordentliche Revision der Naturalien, Consumtibilien und sonstigen Oekonomie-Bestände, sowie der Bestände an Arbeitsmaterialien und Fabrikaten, an Bekleidung, Wäsche und Lagerungsgegenständen zu verbinden.

**X. Transitorische und Schlußbestimmung.**

§ 18. Das gegenwärtige Reglement tritt mit dem 1. Januar 1872 in Kraft. Die zur Ausführung desselben erforderlichen Anordnungen werden vom Ober-Präsidenten erlassen.

## Uebersicht.



Vorstehendes Reglement wird auf Grund des § 8 der Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens in der Provinz Posen vom 29. Juli d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 329 u. ff.) von mir hierdurch genehmigt.

Berlin, den 5. September 1871.

Der Minister des Innern.

Gr. **Eulenburg.**

przez niego upoważnionego w tym celu członka dyrekcyi nadzwyczajnie być zrewidowaną.

Z nadzwyczajną rewizyą kasy należy połączyć rewizyą zasobów naturaliów, konsumtybiliów i innych zapasów ekonomicznych, również zasobów materyałów roboczych i wyrobów, przyodziewku, bielizny i przedmiotów do spania.

**X. Postanowienie przechodnie i końcowe.**

§. 18. Niniéjszy regulamin staje się obowiązującym z dniem 1. Stycznia 1872. Rozporządzenia potrzebne do jego wykonania wyda prezes naczelny.

## Wykaz.



Powyższy regulamin zatwierdzam niniéjszem na zasadzie § 8. rozporządzenia z dnia 29. Lipca r. b. tyczącego się urządzenia i zarządu spraw ubóstwa krajowego i korygendów w prowincyi Poznańskiéj (w zbiorze praw str. 329 i nast.)

Berlin, dnia 5. Września 1871.

Minster spraw wewnętrzych.

podp. **Hrabia Eulenburg.**

---

Allerhöchster Erlaß vom 16. August 1871, betreffend die Genehmigung des Regulativs für die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen in der Provinz Posen.

Auf Ihren Bericht vom 10. August d. J. will Ich in Gemäßheit des § 51 des Gesetzes vom 27. März 1824, (Gesetz-Sammlung S. 213) dem Antrage des Provinzial-Landtages des Großherzogthums Posen entsprechend, das anliegende

Regulativ, betreffend die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für

Najwyższe rozporządzenie z 16. Sierpnia 1871, tyczące się potwierdzenia Regulaminu co do administracyi instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąkanych, głuchoniemych i niewidomych, jako też ku wspieraniu aplikujących się guwernantek w Prowincyi Pozn.

Na raport Panów z 10. Sierpnia r. b. potwierdzam niniéjszem w miarę §. 51. prawa z 27. Marca 1824 (Zb. Pr. str. 213), stosownie do wniosku sejmu prowincyalnego Wielkiego Księstwa Poznańskiego, dołączony

Regulamin, tyczący się administracyi instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąka-

Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen in der Provinz Posen,

hiermit genehmigen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bad Gastein, den 16. August 1871.

**Wilhelm.**

Gr. zu Eulenburg.

Zugleich für den Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten.

An
die Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern.

# Regulativ,

betreffend

## die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen in der Provinz Posen.

### Provinzialständische Verwaltungskommission.

§ 1. Die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen in der Provinz Posen, wird einem besonderen ständischen Organ übertragen, welches den Namen:

„Provinzialständische Verwaltungskommission"

führt und seinen Sitz in der Stadt Posen hat.

### Zusammensetzung der provinzialständischen Verwaltungkommission.

§ 2. Die provinzialständische Verwaltungskommission besteht mit Einschluß des vorsitzenden Direktors aus fünf Mitgliedern.

Der Direktor ist vom Provinziallandtage für den Zeitraum von 6 Jahren zu wählen und vom Könige zu bestätigen. Er hat seinen Wohnsitz in der Stadt Posen zu nehmen. Er wird von dem Ober-Präsidenten beeidigt und in sein Amt eingeführt.

Wird der Direktor länger als sechs Wochen an der Ausübung seiner Funktion behindert oder scheidet er ganz aus, so wird der Oberpräsident ermächtigt, bis zur Wiederkehr des Direktors, beziehungsweise bis zum nächsten Zusammentritt des Provinziallandtages, auf den Vorschlag der Kommission den Direktor kommissarisch zu bestellen.

Zum Stellvertreter des Direktors für die Fälle der kürzeren Abwesenheit oder Behinderung desselben wird von der Kommission ein Mitglied gewählt; diese Wahl bedarf der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Die vier übrigen Mitglieder der Kommission werden von dem Provinzial-Landtage aus der Zahl seiner Mitglieder gleichfalls auf die Dauer von sechs Jahren

nych, głuchoniemych i niewidomych, jako też ku wspieraniu aplikujących się guwernantek w Prowincyi Poznańskiéj.

Rozporządzenie obecne należy Zbiorem Praw do publicznéj podać wiadomości.

Wody w Gastein, dnia 16. Sierpnia 1871.

**Wilhelm.**

Hr. Eulenburg.

Zarazem za Ministra spraw duchownych i t. d.

Do
Ministrów spraw duchownych, naukowych i lekarskich i spraw wewnętrznych.

# Regulamin,

tyczący się

## administracyi zakładów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąkanych, głuchoniemych i niewidomych, jako też ku wspieraniu aplikujących się guwernantek w Prowincyi Poznańskiéj.

### Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych.

§. 1. Administracya instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąkanych, głuchoniemych i niewidomych, jako też ku wspieraniu aplikujących się guwernantek w Prowincyi Poznańskiéj, porucza się osobnemu organowi stanów, który nosi nazwę:

„Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych"

i ma siedzibę swą w mieście Poznaniu.

### Skład komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnch.

§. 2. Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych składa się z pięciu członków rachując w to przewodniczącego dyrektora.

Dyrektor wybiera się przez sejm prowinyalny na sześć lat i potwierdza przez Króla. Siedzibę swą winien on obrać w mieście Poznaniu. Naczelny Prezes zaprzysięga go i wprowadza w urząd.

Gdyby dyrektora przez dłużéj jak sześć tygodni w wykonywania swych funkcyi zaszła przeszkoda, lub gdyby całkiem wystąpił, Naczelny Prezes ma być mocen, aż do powrotu dyrektora, względnie aż do najbliższego zebrania sejmu prowincyalnego, na propozycyą komisyi postanowić komisarycznie dyrektora.

Na zastępcę dyrektora w przypadkach krótszéj nieobecności lub przeszkody jego wybiera się przez komisyą członek, którego wybór potrzebuje potwierdzenia Naczelnego Prezesa.

Czteréj drudzy członkowie komisyi wybierają się przez sejm prowincyalny z liczby członków jego również na sześcioletni czasu przeciąg.

Dla każdego z czterech członków tychże wybiera się jednocześnie zastępca, który na przypadek dłuż-

gewählt.

Für jedes der vier Mitglieder wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt, welcher für den Fall der länger dauernden Verhinderung oder des gänzlichen Ausscheidens des Mitglieds einberufen wird.

### Kosten der provinzialständischen Verwaltungskommission.

§ 3. Aus provinzialständischen Fonds werden nach der Bestimmung des Provinzial-Landtages gewährt:

a) dem Direktor der Kommission eine angemessene fortlaufende Remuneration und bei den durch seine Funktion bedingten Reisen, die ihm zustehenden Reisekosten und Tagegelder;
b) die Mittel zur Beschaffung der erforderlichen Sekretariats-, Kalkulatur-, Abschreiber- und Botenkräfte, sowie der Bureaubedürfnisse und nöthigenfalls der Büreaulokalität.

Die Mitglieder der Kommission erhalten bei ihrer Einberufung aus dem Landtagskosten-Fonds Reisekosten und Tagegelder nach den vom Provinzial-Landtage festgesetzten Sätzen.

### Wirkungskreis der provinzialständischen Verwaltungskommission.

§ 4. Die provinzialständische Verwaltungskommission hat die Verwaltung der vorbezeichneten provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen unter der Aufsicht und nach den Beschlüssen des Provinzial-Landtages, insbesondere auch in Gemäßheit des von diesem festzustellenden Finanzetats, selbstständig zu führen, und für jede Anstalt und Einrichtung dem Provinzial-Landtage bei dessen regelmäßigem Zusammentritt einen Rechenschaftsbericht zu gestatten.

### Geschäftsgang der provinzialständischen Verwaltungskommission.

§ 5. Die provinzialständische Verwaltungskommission regelt ihren Geschäftsgang durch eine von ihr zu entwerfende, durch Beschluß des nächsten Provinzial-Landtages festzustellende Geschäftsordnung und nimmt die zu ihrem Geschäftsbetriebe erforderlichen Arbeitskräfte an. Für die Geschäftsordnung sind folgende Grundsätze maßgebend:

a) die Beschlüsse werden nach der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Direktors oder seines Stellvertreters;
b) um einen gültigen Beschluß zu fassen, müssen außer dem Direktor mindestens noch zwei Mitglieder anwesend sein;
c) der Direktor führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung. Er bereitet die Beschlüsse der Kommission vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er vertritt die Kommission nach Außen, verhandelt Namens derselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke.

Alle Urkunden, in denen Verpflichtungen für die betreffenden Institute übernommen werden, sind außer

széj przeszkody lub zupełnego wystąpienia członka się powołuje.

### Koszta komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych.

§. 3. Z funduszów stanów prowincyalnych przyzwalają się wedle postanowienia sejmu prowincyalnego:

a) dyrektorowi komisyi stósowna remuneracya bieżąca, a przy podróżach funkcyami jegoż spowodowanych przysługujące muż koszta podróży i dyety;
b) środki ku pryjęciu potrzebnych sekretarzy, kalkulatorów, pisarków, i woźnych, jako też na potrzeby biórowe oraz w razie potrzeby na lokal biórowy.

Członkowie komisyi otrzymują w razie powołania swego z funduszu kosztów sejmowych dyety i koszta podróży wedle pozycyi, przez sejm prowincyalny ustanowionych.

### Zakres działalności komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych.

§. 4. Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych prowadzi administracyę pierw oznaczonych instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych samodzielnie pod dozorem i na mocy uchwał sejmu prowincyalnego, po szczególe też w miarę mającego się przezeń ustanawiać etatu skarbowego; co do każdego instytutu i urządzenia winna ona sejmowi prowincyalnemu przy jego regularném zebraniu sprawodawczy zdawać raport.

### Tok czynności komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych.

§. 5. Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych reguluje swój tok czynności za pomocą Regulaminu czynności, przez nię ułożyć, uchwałą najbliższego sejmu prowincyalnego ustanowić się mającego, i przyjmuje wymagane do swego urzędowania siły robocze. Co do Regulaminu czynności dają miarę następujące zasady:

a) uchwały stanowią się wedle większości głosów obecnych; w razie równości głosów decyduje głos dyrektora lub jego zastępcy;
b) aby ważną postanowić uchwałę musi prócz dyrektora przynajmniéj dwóch jeszcze obecnych być członków;
c) dyrektor prowadzi bieżące interesa administracyi. Przysposabia on uchwały komisyi i stara się o ich wykonanie.

Zastępuje on komisyą na zewnątrz, znosi się w jéj imieniu z władzami i osobami prywatnemi, prowadzi korespondencyą i podpisuje wszelke skrypta.

Wszelkie dokumenta, w których przyjmują się zobowiązania dla odnośnych instytutów, winny oprócz

von dem Vorsitzenden noch von einem zweiten Mitgliede der Kommission zu zeichnen.

**Verhältniß der provinzialständischen Verwaltungskommission zu den einzelnen Anstalten und Einrichtungen.**

§ 6. Die provinzialständische Verwaltungskommission ist die vorgesetzte Behörde aller ihrer Verwaltung anvertrauten Anstalten und Einrichtungen und der bei derselben angestellten Personen.

Im Einzelnen wird dieses Verhältniß durch das von der Kommission für jede Anstalt zu erlassende Verwaltungs-Reglement bestimmt.

Diese Reglements bedürfen der Genehmigung der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern.

**Besondere Geschäfte der provinzialständischen Verwaltungskommission.**

§ 7. Insbesondere gehören zu den Geschäften der provinzialständischen Verwaltungskommission:

a) die Entwerfung der Etats für die provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen zum Zwecke der Beschlußfassung des Provinzial-Landtages, beziehungsweise nach der Ermächtigung desselben innerhalb der von ihm ausgesetzten Pauschquanta die selbstständige Aufstellung des Etats;
b) der Erlaß der Kassen-Ordres an die Provinzial-Institutenkasse;
c) die Prüfung und Dechargirung der Rechnungen;
d) die Genehmigung zur Aufnahme und Entlassung der Angehörigen der Anstalten, sowie die Gewährung von Expektanzen;
e) die Gestattung der Theilnahme am Unterricht in den Anstalten!
f) die Anstellung der Direktoren der Anstalten, sowie der Aerzte, der Lehrer und der höheren Beamten an denselben, vorbehaltlich der im § 8 bezeichneten Ausnahme;
g) die Ausfertigung der Bestallungen für die Angestellten und die Zusicherung augemessener Pensionsansprüche an dieselben gegen die Provinz;
h) der Erlaß der Unterrichtspläne (§ 9.)

**Die Direktionen der Anstalten.**

§ 8. Der dirigirende erste Arzt an der Irrenanstalt zu Owinsk wird vom Könige auf den Antrag des Ministers der geistlichen. Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ernannt, nachdem die provinzialständische Verwaltungskommission mit etwanigen Erinnerungen gegen die Person des Anzustellenden gehört worden ist. Die Anstellung der Direktoren der Taubstummen- und Blinden-Anstalten bedarf der Bestätigung des Oberpräsidenten.

**Befugnisse des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.**

§ 9. Die provinzialständischen Anstalten zum Unterricht und zur Erziehung Taubstummer und Blinder stehen unter der technischen Ober-Aufsicht des Königl. Provinzial-Schulkollegiums.

Dasselbe kann von dem Zustande der Anstalten

przez przewodniczącego jeszcze przez drugiego podpisanego być członka komisyi.

**Stosunek komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych w obec pojedyńczych instytutów i urządzeń.**

§. 6. Komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych jest przełożoną władzą nad wszelkiemi, jéj zarządowi powierzonymi instytutami i urządzeniami, jako też nad ustanowionemi przy nich osobami.

W pojedynczych przypadkach stósunek ten określa się mającym się przez komisyą dla każdego instytutu wydać Regulaminem administracyjnym.

Regulaminy te wymagają potwierdzenia Ministrów spraw duchownych, naukowych i lekarskich oraz spraw wewnętrznych.

**Funkcye szczególne administracyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych.**

§. 7. W szczególności należą do funkcyi komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych:

a) układanie etatu dla zakładów i urządzeń stanów prowincyalnych w celu powzięcia uchwały sejmu prowincyalnego, względnie samodzielnie ustanawianie etatu wśród wyznaczonych przez sejm prowincyalny kwot ryczałtowych wedle upoważnienia tegoż;
b) wydawanie rozkazów kasowych do prowincyalnéj kasy instytutów;
c) rozpatrywanie i deszarżowanie rachunków;
d) zezwalanie na przyjmowanie i dymisyą urzędników instytutów, jako też przyzwalania expektancyi;
e) dozwalanie uczestniczenia w nauce po instytutach;
f) ustanawianie dyrektorów instytutów, jako też lekarzy, nauczycieli i wyższych urzędników przy tychże, z zastrzeżeniem oznaczonego w §. 8. wyjątku;
g) wygotowywanie instalacyi dla urzędników i przyzwalanie im odpowiednich pretensyi emerytalnych w obec prowincyi;
h) wydawanie planów nauki (§ 9.).

**Dyrekcye instytutów.**

§ 8. Dyrygujący pierwszy lekarz przy zakładzie obłąkanych w Owinskach mianuje się przez Króla na wniosek Ministra spraw duchownych, naukowych i lekarskich, po wysłuchaniu jakowych monitów komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych co do osoby ustanowić się mającego. Ustanowienie dyrektorów instytutów głuchoniemych i niewidomych wymaga potwierdzenia Naczelnego Prezesa.

**Atrybucye Królewskiego prowincyalnego kolegium szkólnego.**

§ 9. Instytuty stanów prowincyalnych ku wychowywaniu i nauce głuchoniemych i niewidomych zostają pod technicznym nadzorem Królewskiego prowincyalnego kolegium szkólnego.

Takowe może o stanie instytutów przez komisa-

durch Kommissarien Kenntniß nehmen; es hat von der beabsichtigten Vornahme solcher Revisionen, sowie von dem Revisionsbefunde der provinzialständischen Verwaltungskommission Mittheilung zu machen.

Der Erlaß der Unterrichtspläne (§ 7 h.) bedarf der Zustimmung des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums.

Vor der Anstellung der Lehrer an den in Rede stehenden Anstalten (§ 7 f.) hat die provinzialständische Verwaltungskommission das Gutachten des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums einzuholen.

### Staatliche Oberaufsicht.

§ 10. Die staatliche Ober-Aufsicht über die vorerwähnte ständische Verwaltung führt der Oberpräsident.

Derselbe ist befugt, über alle Gegenstände der Verwaltung Auskunft zu erfordern und an den Berathungen der provinzialständischen Kommission entweder selbst oder durch einen zu seiner Vertretung abzuordnenden Staatsbeamten Theil zu nehmen.

Er hat Beschlüsse der Kommission, welche die Befugnisse derselben überschreiten oder das Staatswohl verletzen, zu beanstanden und, sofern eine das Vorhandensein dieser Voraussetzung begründende schriftliche Eröffnung an die Kommission fruchtlos geblieben ist, Behufs Entscheidung über deren Ausführung dem betreffenden Ressortminister einzureichen.

Dem Oberpräsidenten ist demgemäß von den Sitzungen der Kommission unter Angabe der Berathungsgegenstände zeitig Anzeige zu machen; auch ist ihm auf Erfordern Ausfertigung der Kommissionsbeschlüsse vorzulegen.

rzy się przekonywać; winno ono o zamierzoném przedsięwzięciu rewizyi takich, jako też o rezultacie rewizyi zawiadamiać komisyą zawiadowczą stanów prowincyalnych.

Wydawanie planów nauki (§ 7. h.) wymaga przyzwolenia Królewskiego prowincyalnego kollegium szkólnego.

Przed ustanowieniem nauczycieli przy instytutach w mowie będących (§ 7. f.) komisya zawiadowcza stanów prowincyalnych winna zasięgnąć opinii Królewskiego prowincyalnego kolegium szkólnego.

### Nadzór rządowy.

§ 10. Nadzór rządowy nad pomienioną administracyą stanów prowadzi Naczelny Prezes.

Tenże mocen jest, co do wszelkich przedmiotów zarządu informacyi żądać i w obradach komisyi stanów prowincyalnych już to osobiście już przez delegowanego ku swemu zastępstwu urzędnika rządowego brać udział.

Uchwały komisyi, któreby jéj kompetencye przekraczały lub dobro państwa nadwerężały, winien on zawiesić, i — gdyby uczyniona komisyi deklaracya piśmienna uzasadniająca zachodzenie przypuszczenia tego była pozostała bez skutku — odnośnemu Ministrowi resortowemu celem decyzyi co do ichż wykonania przedłożyć.

Naczelnemu Prezesowi musi zatém o posiedzeniach komisyi robioném być wcześnie doniesienie, za podaniem przedmiotów obrad; niemniéj winna mu na żądanie przedkładać się ekspedycya uchwał komisyi.

Exemplare vorstehender Verordnung sind vorräthig in der Merzbach'schen Druckerei à 2 Sgr.

Egzemplarze powyższego dodatku są do nabycia w drukarni L. Merzbacha w cenie 2 sbr.

Posen, gedruckt bei Louis Merzbach.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 47. Dziennik Urzędowy Królowskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 24. November 1871. Bydgoszcz, dnia 24. Listopada 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

844 **Bekanntmachung.**

Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 16. November d. J., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 27. November d. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 26. November d. J. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr Nachmittags und am 27. November d. J. in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Bureaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 18. November 1871. Der Minister des Innern. **Graf Eulenburg.**

845 **Bekanntmachung,**

betreffend die Ausreichung neuer Dividendenscheine zu den Preußischen Bankantheils-Scheinen.

Zu den Preußischen Bankantheils-Scheinen sollen neue Dividenden-Scheine für die fünf Jahre 1872 bis 1876 einschließlich ausgereicht werden. Die Eigenthümer von Bankantheilsscheinen werden daher aufgefordert, die Talons mit einem doppelten Verzeichnisse derselben, wozu Formulare unentgeldlich ertheilt werden, vom 24. d. Mts. ab bis einschließlich den 20. Dezember d. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr der Haupt-Bank-Kasse zu Berlin oder einer der Provinzial-Bankanstalten zu Breslau, Cöln, Danzig, Königsberg i/Pr., Magdeburg, Münster, Posen, Stettin, Aachen, Altona, Bielefeld, Bromberg, Cassel, Coblenz, Cöslin, Crefeld, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Emden, Essen, Frankfurt a/O., Frankfurt a/M., Flensburg, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a/S., Hannover, Insterburg, Landsberg a/W., Liegnitz, Memel, Metz, Minden, Mühlhausen i/E., Nordhausen, Osnabrück, Siegen, Stolpe, Stralsund, Straßburg i/E., Thorn und Tilsit persönlich oder durch einen Dritten zu übergeben. Das doppelt einzureichende Verzeichniß muß die Nummern der Talons, einzeln nach deren Reihefolge, sowie die Stückzahl enthalten, und von dem Einreicher mit Bemerkung seines Standes und Wohnortes unterschrieben sein. Die Haupt-Bank-Kasse resp. die betreffende Provinzial-Bankanstalt bescheinigt auf dem Duplikat-Verzeichnisse den Empfang der Talons und giebt dasselbe dem Ueberbringer sofort zurück. Die neuen Dividendenscheine und Talons werden dann von der Haupt-Bank-Kasse wo möglich sogleich, bestimmt aber am nächstfolgenden Werktage, von den Provinzial-Bankanstalten spätestens 14 Tage nach Empfang der Talons, gegen Rückgabe des Verzeichniß-Duplikates und die darunter zu setzende Quittung ausgehändigt. Die Bank behält sich das Recht vor, die Gültigkeit der Quittung zu prüfen, übernimmt jedoch keine Verpflichtung dazu.

**Vom 20. Dezember dieses Jahres ab können die Dividendenscheine nur noch bei der Haupt-Bank-Kasse in Empfang genommen werden.**

Berlin, den 18. November 1871. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Direktorium.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

846 **Bekanntmachung.**

Nachdem sämmtliche Darlehnskassen des Norddeutschen Bundes geschlossen sind, hat der Herr Reichskanzler in Gemäßheit des § 18 des Gesetzes vom 21. Juli 1870 (Bundes-Gesetzblatt Seite 499) die Einziehung der auf Grund desselben emittirten Darlehns-Kassenscheine angeordnet.

Die Letzteren werden demgemäß nur noch bis zum 31. Dezember d. J. bei allen Bundeskassen,

**Obwieszczenie.**

Po zamknięciu wszystkich kas pożyczkowych związku północno-niemieckiego, rozporządził pan kanclerz państwa stósownie do § 18 prawa z dnia 21. Lipca 1870 (dziennik praw związkowych strona 499), aby bilety kas pożyczkowych, na mocy tegoż prawa wydane, wycofnięte zostały.

Stósownie więc do tego przyjmowane będą takowe w miejsce płacy jeszcze tylko do

sowie bei allen öffentlichen Kassen in sämmtlichen zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten in Zahlung angenommen.

Die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine erfolgt nicht blos nach Ablauf dieses Jahres, sondern schon von jetzt ab bei der Königlich Preußischen Kontrole der Staatspapiere in Berlin.

Die Darlehns-Kassenscheine zu 10 und zu 5 Thlrn. werden außerdem von allen Bundeskassen, sowie von den durch die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten zu bezeichnenden Staatskassen eingelöst. Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß unlängst falsche Darlehns-Kassenscheine zu 25 Thalern zum Vorschein gekommen sind, weshalb wir empfehlen, bei Annahme dieser Sorte die größte Vorsicht zu beobachten und jedesmal den Einzahler sich zu merken.

Berlin, den 7. November 1871.

Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen.

31. Grudnia r. b., przy wszystkich kasach związkowych, jako też przy wszystkich publicznych kasach w wszystkich państwach, do związku północno-niemieckiego należących.

Wymiana biletów kas pożyczkowych nastąpi nie tylko po upływie tego roku, lecz już od dzisiaj przy królewsko Pruskiéj kontroli papierów państwowych w Berlinie.

Prócz tego uskutecznią wymianę biletów kas pożyczkowych na 10 i 5 tal. wszystkie kasy związkowe, jako też kasy rządowe, które przez rejencye pojedyńczych państw związkowych oznaczone będą. Zwracamy przytem na to uwagę, że pojawiły się niedawno fałszywe bilety kas pożyczkowych na 25 tal., dla czego zalecamy, aby przy przyjmowaniu tego gatunku biletów największą zachowywano ostrożność i każdego razu pamiętano płacącego.

Berlin, dnia 7. Listopada 1871.

Zarząd główny kas pożyczkowych.

**847** Bekanntmachung,

betreffend die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine des Norddeutschen Bundes von 1870.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Darlehnskassen vom 7. und des Herrn Finanz-Ministers vom 8. d. Mts. (Reichs-Anzeiger No. 163 und 165) wegen Einziehung und Einlösung der auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 (B.-G.-Bl. S. 499) emittirten Darlehns-Kassenscheine des Norddeutschen Bundes in Abschnitten zu 25, 10 und 5 Thalern, welche vom 1. August 1870 batirt und auf der Schauseite links mit dem Wappen des Norddeutschen Bundes bedruckt sind, bringen wir mit Hinweisung auf die darin enthaltenen näheren Bestimmungen über die Einziehung und Einlösung jener Darlehns-Kassenscheine überhaupt Folgendes zur öffentlichen Kenntniß:

In Berlin erfolgt die gedachte Einlösung bei der Königl. Preußischen Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße No. 92, täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von Vormittags 9 bis Nachm. 1 Uhr.

Mit den Bundes-Darlehns-Kassenscheinen ist zugleich eine schriftliche Declaration derselben an die Einlösungsstelle einzureichen, welche sich jedoch darauf zu beschränken hat, den Betrag von jedem der einzureichenden Abschnitte und den Gesammtbetrag aller drei Abschnitte anzugeben und aufzurechnen. Dieselbe ist vom Einsender unter genauer Angabe seines Wohnortes mit deutlicher Namensunterschrift zu versehen.

Auf Schriftwechsel mit auswärtigen Privatpersonen kann sich beim Einlösungsgeschäft die Preußische Kontrole der Staatspapiere nur in Ansehung der von ihr ausschließlich einzu-

Obwieszczenie,

względem wymiany biletów kas pożyczkowych związku północno-niemieckiego z roku 1870.

W odwołaniu się do obwieszczeń zarządu głównego kas pożyczkowych z dnia 7. i pana ministra finansów z dnia 8. b. m. (orędownik państwa No. 163 i 165) względem wycofnięcia i wymiany biletów kas pożyczkowych związku północno-niemieckiego, wydanych na mocy prawa z dnia 21. Lipca 1870 (dz. pr. zw. str. 499) w oddziałach po 25, 10 i 5 tal., które z dnia 1. Sierpnia 1870 są datowane i na stronie okazałéj po lewéj ręce noszą wydrukowany herb związku północno-niemieckiego, podajemy do publicznéj wiadomości, odnosząc się do zawartych w nich bliższych postanowień co do ściągania i wymiany owych biletów kas pożyczkowych, co w ogóle następuje.

W Berlinie nastąpi wspomniona wymiana przy Królewsko-Pruskiéj kontroli papierów państwowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92, co dzień z wyjątkiem niedzieli i świąt oraz dni rewizyi kasowych od godziny 9téj przed południem do 1 z południa.

Z biletami kas związkowych pożyczkowych oddać należy przy miejscu wymiany zarazem piśmienną tychże deklaracyą, która wszelako na tem ograniczyć się powinna, że się w niéj kwotę każdego mogącego się podać oddziału i całkowitą sumę wszystkich trzech oddziałów wymieni i zrachuje. Deklaracyą tę winien nadsyłający, miejsce swe zamieszkania dokładnie oznaczając, wyraźnym opatrzyć podpisem.

W korespondencyą z zamiejscowemi osobami prywatnemi podczas wymiany może się kontrola Pruska papierów państwowych tylko wdawać pod względem biletów kas pożyczko-

lösenden Darlehnskassenscheine zu 25 Thlr. einlassen.

Berlin, den 9. November 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen vom 7. d. Mts. und der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 9. d. Mts. werden hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine zu 10 und zu 5 Thalern auch bei unserer Haupt-Kasse erfolgen wird.

Bromberg, den 18. November 1871.

Königliche Regierung.

**848** **Instruction,**

betreffend die Behandlung der Schulversäumnisse im Regierungs-Bezirk Bromberg.

Unter Aufhebung der früheren desfälligen Verordnungen, namentlich der Instruction, betreffend die Behandlung der Schulversäumnisse bei katholischen Schulen vom 7. November 1861, bestimmen wir in Betreff der Behandlung der Schulversäumnisse im diesseitigen Regierungsbezirke Folgendes:

§ 1. Nach Maßgabe unserer Verfügung vom 1. Dezember 1870 (cfr. No. 26 des amtlichen Schulblattes pro 1870) hat jeder Lehrer die Schulbesuchsliste für jedes Semester nach dem ihm mitzutheilenden Formular A. neu anzulegen und bei sich ergebenden Ab- und Zugängen sofort zu berichtigen.

Die Schulbesuchslisten sind sauber auszufüllen und sorgfältig aufzubewahren. Nachlässige Führung und Aufbewahrung wird mit einer Ordnungsstrafe von 1 bis 5 Thalern geahndet werden.

§ 2. In dieser Schulbesuchsliste hat der Lehrer täglich sämmtliche fehlende Kinder, gleichviel ob die Versäumniß entschuldigt ist oder nicht, anzustreichen und zwar in der Art, daß bei vollständig versäumtem Unterrichte das Quadrat des betreffenden Tages in Form eines liegenden Kreuzes (×), also doppelt, bei theilweiser Versäumniß aber nur einfach in diagonaler Richtung durchstrichen wird.

Der Vormittags-Unterricht am Mittwoch und Sonnabend gilt als voller Tagesunterricht und eben so der 3- resp. 2stündige Unterricht täglich zur Zeit der Sommerschule.

Das Versäumen desselben ist also mit einem × anzustreichen.

§ 3. Als entschuldigt gelten nur die Versäumnisse wegen Krankheit, wegen unpassirbaren Zustandes der Schulwege und wegen außerordentlicher Witterungsverhältnisse, welche den Schulbesuch unmöglich machen.

Die Versäumnisse wegen Krankheit sind von den Eltern, Pflegern resp. den Arbeitgebern der Kinder am Tage der Versäumniß oder am nächstfolgenden Tage bei dem Lehrer anzumelden, welcher den Entschuldigungsgrund in der Liste vermerkt und seine eigene Ansicht hinzufügt.

wych na 25 tal., które wyłącznie przez nią wymienione być mają.

Berlin, dnia 9. Listopada 1871.

Zarząd główny długów państwa.

Powyższe obwieszczenie zarządu głównego kas pożyczkowych z dnia 7. b. m. i zarządu głównego długów państwa z dnia 9. b. m. podają się niniejszem do publicznéj wiadomości z tem nadmienieniem, że wymiana biletów kas pożyczkowych na 10 i 5 tal. nastąpi także przy kasie naszéj głównéj.

Bydgoszcz, dnia 18. Listopada 1871.

Królewska Rejencya.

**Instrukcya,**

tycząca się traktowania zamudzeń szkólnych w departamencie Bydgoskim.

Znosząc dawniéjsze, w tym względzie istniejące rozporządzenia, mianowicie instrukcyą, tyczącą się traktowania zamudzeń szkólnych w szkołach katolickich z dnia 7. Listopada 1861, postanawiamy we względzie traktowania zamudzeń szkólnych w departamencie tutéjszym, co następuje:

§ 1. Stósownie do naszego rozporządzenia z dnia 1. Grudnia 1870 (cfr. Nr. 26 pisma szkólnego urzędowego za rok 1870) winien każdy nauczyciel według mającego mu się nadesłać formularza A. nowy ułożyć spis dzieci chodzących do szkoły i zaraz go sprostować, gdy które z nich ubędzie lub przybędzie.

Spisy chodzących do szkoły dzieci należy czysto wypełniać i starannie zachować. Za opieszałe tychże prowadzenie i zachowanie czeka kara porządkowa od 1 do 5 talarów.

§ 2. W tym spisie winien nauczyciel co dzień wszystkie podkreślić dzieci braknące bez różnicy, czy zamudzenie jest uniewinione lub nie i to w ten sposób, że przy zupełnem opuszczeniu lekcyi przekreśli się czworobok dnia właściwego w formie leżącego krzyża (×) a więc podwójno, przy częściowem zaś opuszczeniu tylko pojedyńczo w kierunku przekątnym.

Lekcye w środę i sobotę przed południem znaczą za całodzienną naukę i tak samo 3 resp. 2 godzinne lekcye co dzień podczas szkoły latowéj.

Opuszczenie tychże naznaczy się więc ×.

§ 3. Za uniewinione uchodzą tylko zamudzenia z powodu choroby, nieprzebytych do szkoły dróg i nadzwyczajnych stosunków powietrza, dla których chodzenie do szkoły staje się nie możebném.

Zamudzenia dla choroby winni rodzice, opiekuni resp. dający dzieciom pracę podać nauczycielowi w dzień zmudy albo dnia następnego który powód uniewinienia w spisie zamieści i własne swe zdanie dołączy.

Wer die Anmeldung versäumt, verfällt der Schulversäumnißstrafe (§ 8).

In anderweitigen dringenden Fällen kann der Schul-Inspector Schulkinder auf 3 Tage vom Unterricht entbinden. Die Erlaubniß ist schriftlich zu ertheilen. Die betreffenden Erlaubnißscheine sind bei dem Lehrer abzugeben und von diesem zusammengeheftet aufzubewahren.

§ 4. Mit dem Schlusse jeden Monats hat sich der Lehrer an dem vom Schul-Inspector zu bestimmenden Tage zu diesem mit der Schulbesuchs-Liste zu begeben und demselben auf Grund der angestellten Ermittelungen über die Versäumnisse von Amtswegen verantwortlich Vortrag zu halten, damit der Schul-Inspector darüber entscheide, welche Schulversäumnisse zu entschuldigen und bei welchen die Festsetzung einer Strafe zu beantragen ist, event. in welchen Fällen zunächst mit einer Verwarnung gegen die betroffenen Eltern ꝛc. vorgegangen werden soll. Die Entscheidung des Schul-Inspectors ist sofort in die Schulbesuchsliste einzutragen.

§ 5. Auf Grund der Entscheidung des Schul-Inspectors (§ 4) hat der Lehrer unverzüglich die Schulversäumniß-Strafliste (Straf-Extract) nach dem ihm ebenfalls mitzutheilenden Formular B. in drei Exemplaren aufzustellen, indem die Spalten 1 bis 8 ausgefüllt und in Spalte 9 a. die bei der Polizeibehörde zu beantragende Geldstrafe eingetragen wird (cfr. § 8).

Gehören mehrere Ortschaften zu einer Schule, so sind die Namen der Eltern ꝛc. nach den Ortschaften getrennt aufzuführen und statt des dritten Exemplars für jeden eingeschulten Ort ein besonderer Extract anzufertigen.

§ 6. Bis zum achten Tage jeden Monats sind die Straflisten resp. die Vacat-Bescheinigungen von dem Schul-Inspector bei der Ortspolizei-Behörde (Bürgermeister, Distrikts-Commissarius) einzureichen.

§ 7. Die Verwarnungen ertheilt der Schul-Inspector in der ihm am wirksamsten erscheinenden Weise mündlich oder schriftlich, wobei er sich der Vermittelung des Lehrers und der Schulvorsteher bedienen, auch die Verwarnung vor versammeltem Schulvorstande eintreten lassen kann.

§ 8. Auf Grund der eingereichten Straflisten setzt die Orts-Polizeibehörde unverzüglich nach den bisher üblichen Sätzen die Strafen fest und zwar zunächst durchgängig in Gelde (6 Pfennige pro Tag, welcher Satz bei wiederholter Straffälligkeit bis zu 5 Sgr. pro Tag gesteigert werden darf) event. in Gefängnißstrafe (für 1 bis 5 Sgr. vierstündiges Gefängniß) cfr. § 11.

§ 9. Nach Festsetzung der Schulversäumnißstrafen hat die Orts-Polizeibehörde für deren ungesäumte Vollziehung nach Maßgabe der Exekutions-Ordnung vom 30. Juli 1853 Sorge zu tragen.

§ 10. Die eingezogenen Strafgelder sind sofort an den betreffenden Schulkassen-Rendanten gegen

Kto doniesienia tego zaniedba, ulega karze zamudzenia szkólnego (§ 8).

W innych naglących przypadkach może inspektor szkoły uwalniać dzieci szkolne na 3 dni od lekcyi. Pozwolenie to winno się dawać piśmiennie. Odnośne pozwolenia należy oddać nauczycielowi, który je zeszyje i schowa.

§ 4. Z końcem każdego miesiąca winien nauczyciel w dniu przez inspektora szkoły przeznaczyć się mającym udać się do niego ze spisem dzieci chodzących do szkoły i referować mu na podstawie przedsięwziętych dochodzeń z urzędu pod odpowiedzialnością o zamudzeniach, aby inspektor szkoły rozpoznał, które zamudzenia szkoły są do uniewinienia a przy których o ustanowienie kary wnieść należy, ewentualnie w których przypadkach właściwym rodzicom i t. d. ma być daną przestroga. Decyzyą inspektora szkoły zaraz w spisie dzieci chodących do szkoły zamieścić należy.

§ 5. Na podstawie decyzyi inspektora szkoły (§ 4) winien nauczyciel podług mającego mu się również nadesłać formularza B bezzwłocznie ułożyć listę karną zamudzeń szkolnych (extrakt karny) w trzech exemplarzach, wypełniając łamy (1 do 8), w łamie zaś 9 zapisując karę pieniężną, o którą się do władzy policyjnéj wnieść ma (cfr. § 8). Należy do szkoły więcéj osad, wówczas winny nazwiska rodziców i t. d. według osad osobno być wyszczególnione, w miéjsce zaś trzeciego exemplarza winien być sporządzony osobny extrakt dla każdéj, do szkoły należącéj osady.

§ 6. Do dnia 8. każdego miesiąca winien inspektor szkoły podać listy karne resp. poświadczenia „vacat" władzy policyjnéj miéjscowéj (burmistrzowi, komisarzowi obwodowemu).

§ 7. Przestrogi daje inspektor szkoły w sposób zdaniem jego najskuteczniéjszy, ustnie albo piśmiennie, do czego użyć może pośrednictwa nauczyciela i dozorców szkoły, także może dać tę przestrogę w przytomności zebranego dozoru szkoły.

§ 8. Na podstawie podanych listów karnych ustanowi władza policyjna miéjscowa bezzwłocznie kary w zwykłych dotąd kwotach i to najprzód powszechnie w pieniędzach (6 fenygów za dzień, którą to kwotę przy powtarzającém się przewinieniu aż do 5 sgr. za dzień podwyższyc wolno) ewentualnie w karze więzienia (za 1 do 5 sgr. cztery godziny więzienia) cfr. § 11.

§ 9. Po ustanowieniu kar za opuszczenie szkoły winna władza policyjna miéjscowa w myśl ordynacyi exekucyjnéj z dnia 30. Lipca 1853 starać się o ich bezzwłoczne ściągnienie.

§ 10. Sciągnięte pieniądze z kar szkólnych należy natychmiast oddać właściwemu rendantowi

dessen Quittung auf dem Umschlage der Liste abzuführen und die Listen dann sofort der Orts-Polizei-Behörde zurückzureichen.

§ 11. Gegen diejenigen Eltern ꝛc., bei welchen sich die Exekution als erfolglos erweist, wird mit Gefängnißtrafe eingeschritten (§ 8), was ebenfalls in der Liste zu vermerken ist.

§ 12. Auf Grund der nach § 8 bis 11 erledigten Strafliste sind die beiden andern Exemplare derselben bei der Ortspolizei-Behörde auszufüllen und das eine Exemplar bis zum 20. des auf die Einreichung der Liste folgenden Monats (also die Straf-Liste vom Januar bis zum 20. März, die vom Februar bis zum 20. April ꝛc.) an den Schul-Inspektor zurück zu reichen, welcher die zum Jahres-Prüfungs-Berichte erforderlichen Notizen entnimmt (cfr. Verf. vom 8. Juli 1870 im amtlichen Schulblatt pro 1870 Nr. 20 pag. 125 ad K.) und dann die Strafliste dem Schulkassen-Rendanten als Einnahme-Belag zustellt.

§ 13. Von den andern beiden Exemplaren der Strafliste verbleibt das eine Exemplar bei der Orts-Polizei-Behörde und dient als Grundlage bei der alljährlich vom Distrikts-Kommissarius vorzunehmenden Revision der Schulkassen; das andere Exemplar geht zur Controle des ordnungsmäßigen Verfahrens bei der Behandlung der Schulversäumnisse, und event. zur Niederschlagung der unausführbaren Strafen an das Königl. Landraths-Amt.

§ 14. Wo bisher in den größeren Städten, wie z. B. in Bromberg, die monatlichen Versäumnißlisten von den Rectoren oder Hauptlehrern aufgestellt und unmittelbar an die Schul-Deputation resp. an den Schulvorstand eingereicht worden sind, verbleibt es bei dieser Einrichtung; jedoch haben die Rectoren und Hauptlehrer bei der Aufstellung der Listen nach § 5 dieser Instruktion zu verfahren und sind verpflichtet, die ausgefüllten resp. auszufüllenden Straflisten dem Schul-Inspektor auf Verlangen jederzeit vorzulegen, auch in zweifelhaften Fällen dessen Entscheidung einzuholen, resp. die in den Lehrer-Conferenzen in Betreff der Behandlung der Schulversäumnisse erhaltenen Anweisungen zu beachten. Der Einreichungs-Termin (§ 6) ist auch für die städtischen Schulen genau einzuhalten.

§ 15. Für weit vom Wohnsitze des Schul-Inspektors belegenen Schulorte kann auf Anordnung des Schul-Inspektors bei der Aufstellung der Straflisten (§ 4 und 5) von dem persönlichen Erscheinen des Lehrers Abstand genommen und die Sache schriftlich erledigt werden.

§ 16. Lehrer, welche sich in Erledigung der ihnen nach vorstehender Instruktion obliegenden Geschäfte nachlässig, unzuverlässig oder gar partheiisch erfahren lassen, haben unnachsichtlich ernste Bestrafung zu gewärtigen.

In gleicher Art werden die Nachlässigkeiten und

kasy szkólnéj za tegoż pokwitowaniem na okładce listy i zwrócić potém znowu listy władzy policyjnéj miéjscowój.

§ 11. Przeciw tym rodzicom i t. d., u których exekucya okazała się bezskuteczną, użyje się kary więzienia (§ 8), co również w liście zapisać należy.

§ 12. Na podstawie listy karnéj, według § 8 do 11 załatwionéj, powinny te drugie dwa exemplarze téjże u władzy policyjnéj miéjscowéj być wypełnione i jeden exemplarz do dnia 20. miesiąca tego, który po doręczeniu listy następuje (a więc lista karna od Stycznia do 20. Marca, od Lutego do 20. Kwietnia i t. d.) inspektorowi szkoły znów zwrócony, który notatki potrzebne do sprawozdania rocznego z examinów wyjąwszy (cfr. rozporządzenie z dnia 8. Lipca 1870 w piśmie urzędowém szkólném za rok 1870 Nro. 20 pag. 125 ad K) listę karną potém odda rendantowi kasy szkólnéj jako dowód mianego dochodu.

§ 13. Z drugich dwóch exemplarzy listy karnéj zostanie jeden exemplarz u władzy policyjnéj miéjscowéj i służy za podstawę przy rewizyi kas szkólnych, mającéj się rok rocznie przez komisarza obwodowego przedsiębrać; drugi zaś exemplarz idzie dla kontrolowania postępowania porządnego przy traktowaniu zamudzeń szkoły i ewentualnie dla umożenia kar nie wykonalnych do królewskiego urzędu radzcy ziemiańskiego.

§ 14. Gdzie dotąd w większych miastach, jak n. p. w Bydgoszczy, miesięczne listy zamudzeń układane były przez rektorów albo nauczycieli głównych i podawane bezpośrednio deputacyi szkólnéj resp. dozorowi szkoły, pozostaje przy tém urządzeniu; przecież winni rektorzy i nauczyciele główni przy układaniu list w myśl § 5 téj instrukcyi postępować i są obowiązani wypełnione resp. wypełnić się mające listy karne przedłożyć na żądanie każdego czasu inspektorowi szkoły, także w wątpliwych przypadkach zasięgnąć tegoż decyzyi resp. do odebranych na konferencyach nauczycielskich co do traktowania zamudzeń szkolnych instrukcyów, się zastósować. Terminu wręczania (§ 6) należy także dla szkół miéjskich ściśle dotrzymać.

§ 15. Dla szkół od miéjsca zamieszkania inspektora szkoły daleko odległych, może z rozporządzenia inspektora nauczyciel przy układaniu list karnych (§ 4 i 5) od osobistego przybycia być zwolniony i rzecz ta piśmiennie być załatwioną.

§ 16. Nauczyciele, którzy w załatwieniu czynności, do których instrukcyą niniejszą są obowiązani, okażą się opieszałymi, nie pewnymi a może nawet stronnymi, mogą się bezwzględnie surowego spodziewać ukarania.

W równy sposób karane będą opieszałości i

Vergehen aller andern zur Mitwirkung Berufenen geahndet werden.

Die Königlichen Landräthe sind mit der Ueberwachung der pünktlichen Ausführung dieser Instruktion beauftragt.

Bromberg, den 5. Oktober 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

**849** Bekanntmachung.

Am 1. Dezember d. J. wird zufolge Beschlusses des Bundesrathes des deutschen Reiches eine allgemeine Volkszählung stattfinden.

Das bei derselben zur Anwendung kommende Verfahren unterscheidet sich von dem bei früheren Volkszählungen zur Anwendung gebrachten hauptsächlich dadurch, daß an Stelle des bisherigen Listensystems die sogenannte Zählkartenmethode treten wird.

Diese Methode besteht im Wesentlichen darin, daß für jede einzelne Person eine Zählkarte bestimmt ist, auf welcher ein jeder Haushaltungsvorstand die auf die betreffende Person seines Hausstandes bezüglichen Angaben einschreibt oder einschreiben läßt. Die über jede einzelne Person geforderten Angaben sind auf den Zählkarten durch Vordruck bemerkt und müssen die Angaben nach den am Vormittage des 1. Dezember vorhandenen thatsächlichen Verhältnissen gemacht werden.

Für jede in der Haushaltung anwesende Person ist eine Zählkarte auszufüllen, mag nun diese Person zur eigentlichen Familie gehören, mag sie bei derselben als Dienstbote, Geselle, Lehrling u. s. w. in Kost und Lohn stehen oder mag sie endlich nur besuchsweise in der Haushaltung sich aufhalten, wenn sie nur in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember anwesend gewesen oder am Vormittage des letzteren Tages daselbst angelangt ist.

Als Haushaltung wird jede besondere Hauswirthschaft angesehen, daher gilt auch jede einzelne Person, welche besondere Hauswirthschaft führt, als besondere Haushaltung. Dagegen wird die einzelne Person, welche keine besondere Hauswirthschaft führt, in derjenigen Haushaltung mittels besonderer Zählkarte mitgezählt, in welcher sie wohnt, wenn auch diese einzelne Person ihre Beköstigung nicht in ihrer Wohnung erhält.

Die Zählkarten werden jedem Haushaltungsvorstande einige Tage vor dem 1. Dezember in einem Couverte behändigt, welches außerdem:

1) eine allgemeine Anleitung über das Verfahren bei der Zählung;
2) ein Formular zu einem Verzeichnisse der am 1. Dezember in der Haushaltung Anwesenden;
3) ein Formular zu einer Liste der am Zählungstage aus vorübergehendem Anlasse aus der Haushaltung Abwesenden

enthält.

Das unter Nr. 2 bezeichnete, ebenfalls von dem

przestępstwa wszystkich innych do spółudziału powołanych.

Królewscy radzcy ziemiańscy mają sobie zlecone, aby nad punktualném wykonaniem téj instrukcyi czuwali.

Bydgoszcz, dnia 5. Października 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrnych.

Obwieszczenie.

Dnia 1. Grudnia r. b. odbędzie się w skutek uchwały rady związkowéj państwa niemieckiego powszechny spis ludności.

Postępowanie, którego się przy tym użyje, różni się od dawniejszego, którego przy spisach ludności używano, głównie tym, że zamiast dotychczasowego systemu listowego użyty będzie sposób za pomocą tak nazwanych kartek spisowych.

Metoda ta polega głównie na tem, że dla każdéj pojedyńczéj osoby przeznaczoną jest kartka spisowa, na któréj każda głowa familii zapisze albo zapisać każe odnośne do właściwéj osoby swéj familii podania. Żądane o każdéj pojedyńczéj osobie podania są na kartkach spisowych drukiem wyrażone i powinny te podania tak być zrobione, jak stósunki przed południem dnia 1. Grudnia faktycznie były.

Dla każdéj w familii obecnéj osoby powinna być kartka spisowa wypełniona, bez różnicy, czy osoba ta należy do właściwéj familii, czy u niéj jest na stole i pobiera zasługi jako sługa, czeladnik, uczeń i t. d., albo czy się ostatecznie w familii tylko bawi, byleby tylko w nocy z dnia 30. Listopada na 1. Grudzień była obecną albo ostatniego tego dnia przed południem do niego przybyła.

Za familią uważa się każde osobne gospodarstwo domowe, dla tego znaczy też każda pojedyńcza osoba, co osobne prowadzi gospodarstwo domowe, to, co osobna familia. Przeciwnie zaś policzy się za pomocą osobnéj kartki spisowéj tę pojedyńczą osobę, która nie prowadzi osobnego gospodarstwa domowego, z tą familią razem, u któréj mieszka, chociaż osoba ta pojedyńcza nie stołuje się w tejże mieszkaniu.

Kilka dni przed 1. Grudniem doręczone będą każdéj głowie familii kartki spisowe w kopercie, która oprócz tego zawiera:

1) ogólną wskazówkę co do postępowania przy spisie,
2) formularz do wykazu osób dnia 1. Grudnia w familii obecnych,
3) formularz do listy dla osób w dzień spisu ludności chwilowo w familii nie obecnych.

Wymieniony pod No. 2 formularz, który ró-

Haushaltungsvorstande nach Anleitung des Vordrucks auszufüllende Formular soll dazu dienen, eine Uebersicht sämmtlicher einzelner Personen zu geben, über welche in dem betreffenden Haushalte Zählkarten ausgefüllt worden sind, das unter Nr. 3 erwähnte Formular wird dagegen nur im Bedürfnißfalle benutzt, d. h., wenn thatsächlich zu dem Haushalte gehörende Personen aus vorübergehendem Anlasse — Reisen und dergl. — aus demselben entfernt sind. Als Abwesende werden nicht eingezeichnet:

a. die im aktiven Militairdienste;
b. die zu ihrer Ausbildung als Studenten, Gymnasiasten, Lehrlinge;
c. die als Dienstboten;
d. die als Gesellen;
e. die als Strafgefangenen

von der Familie zeitweise entfernten Personen.

Die Wiedereinsammlung der Schriftstücke — Couvert, Zählkarten, Verzeichniß der Anwesenden und Liste der Abwesenden — erfolgt in der Zeit vom 1. Dezember Mittags bis zum 2. Dezember Abends durch besonders bestellte Zähler, welchen auch die Austheilung der Zählbriefe an die Haushaltungen obliegt. Sollte der Haushaltungsvorstand nicht in der Lage gewesen sein, die Zählkarten und Verzeichnisse selbst auszufüllen oder durch ein Mitglied seines Hausstandes ausfüllen zu lassen, so wird sich der betreffende Zähler bei Gelegenheit der Wiedereinsammlung der Zählungsformulare dieser Mühe unterziehen, nachdem ihm der Haushaltungsvorstand die erforderlichen Angaben über die einzelnen Personen gemacht hat. Als Zähler fungiren selbstständige Ortseinwohner, beziehentlich Beamte, welche vorher von den Behörden, beziehentlich von den zum Behufe der Zählung zusammengetretenen Orts-Zählungs-Commissionen mit der erforderlichen Anleitung versehen worden sind.

Die weitere Zusammenstellung und Verarbeitung der aus den Zählkarten und Verzeichnissen zu gewinnenden Resultate ist Sache der Orts-Zählungs-Commissionen und der Behörden.

Wir hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß alle Einwohner unseres Bezirkes, namentlich aber die Haushaltungsvorstände und die Zähler, mit allen Kräften zur Erreichung des Zweckes der Volkszählung — ein möglichst genau der Wirklichkeit entsprechendes Bild der gesammten Bevölkerung zu geben — hinwirken werden.

Der größte Reichthum eines Staates besteht in seiner Bevölkerung; wie es für jeden guten Haushalter eine Nothwendigkeit ist, den Umfang seiner Kräfte und seines Vermögens genau zu kennen, um danach seine Leistungsfähigkeit zu bemessen, so muß sich der Staat eine genaue Kenntniß seines Gebietes und seiner Bevölkerung verschaffen, denn beide sind die Grundpfeiler, ohne welche der Staat selbst nicht gedacht werden kann. Das hauptsächlichste Mittel

wnież przez głowę familii według wskazówki na przodzie wydrukowanéj wypełniony być powinien, ma służyć do tego, aby dać pogląd wszystkich pojedyńczych osób, dla których w odnośnéj familii kartki spisowe wypełnione zostały, formularz zaś pod No. 3 wspomniany użytym będzie tylko w razie potrzeby t. j. jeśli osoby należące faktycznie do téj familii z chwilowego powodu — podróże i t. p. — od familii są oddalone. Jako nieobecnych nie zapisze się osoby:

a) w czynnéj służbie wojskowéj,
b) dla wykształcenia swego jako akademicy, gymnazyaści, ucznie,
c) jako słudzy,
d) jako czeladnicy,
e) jako więźnie,

od familii chwilowo oddalone.

Zbieranie tych pism — kopert, kartek spisowych, wykazu obecnych i listy nieobecnych — nastąpi w czasie od 1. Grudnia w południe do 2. Grudnia wieczorem przez ustanowione osobne osoby spisujące, do których także należy rozdanie listów spisowych pomiędzy familie. Gdyby głowa familii nie była miała być w tém położeniu wypełnić sama albo kazać przez członka familii wypełnić kartki spisowe i wykazy, wówczas podejmie się téj pracy właściwa osoba spisująca przy zbieraniu formularzy spisowych po udzieleniu sobie przez głowę familli potrzebych podań co do pojedyńczych osób. Jako osoby spisujące wykonują funkcyą samodzielni mieszkańcy miejscowi odnośnie urzędnicy, których poprzednio władze, odnośnie komisye miejscowe celem spisu ludności zebrane w potrzebną zaopatrzyły informacyą. Dalsze zestawienie i wypracowanie rezultatów mających się powziąść z kartek spisowych i wykazów jest rzeczą komisyów spisu ludności miejscowéj i władz.

Pokładamy to mocne zaufanie, iż wszyscy mieszkańcy naszego obwodu a mianowicie głowy familii i osoby spisujące wszystkich sił dołożą, aby osięgnąć cel spisu ludności przez jak najbardziéj do rzeczywistości zbliżający się obraz całéj ludności.

Największe bogactwo państwa zasadza się na ludności jego, i jak dla każdego dobrego gospodarza dokładna znajomość zasobu swych sił i majątku jest koniecznością, by ocenić według tego swą produktywność, tak winno państwo o dokładną postarać się znajomość swego kraju i ludności, albowiem oba czynniki są to podwalinami, bez których państwa samego wystawić sobie nie można. Najgłówniejszym dla państwa środkiem pozyskania sobie téj znajomości

für den Staat, sich diese Kenntnisse zu erwerben, sind die Volkszählungen.

Diese aber vermögen nur dann ihren Zweck zu erreichen, wenn jeder Einzelne es als eine patriotische Pflicht ansieht, den für dieselben erforderlichen Aufnahmen und Arbeiten zu wahrheitsgetreuen Resultaten nach Kräften zu verhelfen.

Bromberg, den 9. November 1871.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

są spisy ludności. Te zaś tylko wtedy zdołają dopiąć swego celu, jeśli każda jednostka ma to sobie za obowiązek patryotyczny, aby potrzebnym do tego zapisom i pracom wedle sił dopomódz do osiągnienia wiarogodnych rezultatów.

Bydgoszcz, dnia 9. Listopada 1871.

Królewska Rejencya, wydział spraw wewnętrznych.

**850** Sperre-Aufhebung.

Der Milzbrand unter dem Rindvieh in Getau, Kreises Inowraclaw, ist erloschen und die Reinigungs-Maßregeln daselbst sind ausgeführt worden, weshalb die am 30. August d. J. verfügte Sperre dieses Orts und seiner Feldmark hierdurch aufgehoben wird.

Bromberg, den 14. November 1871.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Uchylenie kordonu.

W Jaytawach, w powiecie Inowrocławskim, zapalenie śledziony pomiędzy rogatem bydłem ustało i zostały tam środki oczyszczenia użyte, w skutek czego zamknięcie miejsca tego i jego pól dnia 30. Sierpnia r. b. rozporządzone niniejszem się znosi.

Bydgoszcz, dnia 14. Listopada 1871.

Królewska Rejencya, wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**851** Bekanntmachung.

Am 27. November d. J. wird die Strecke Gerdauen-Rothfließ der Thorn-Insterburger Eisenbahn dem öffentlichen Verkehre übergeben werden und tritt am genannten Tage auf der Linie Insterburg-Rothfließ folgender Fahrplan in Kraft:

| Richtung Insterburg-Rothfließ. Stationen. | | Gemischter Zug VI. U. | M. | Gemischter Zug IV. U. | M. | Richtung Rothfließ-Insterburg. Stationen. | | Gemischter Zug V. U. | M. | Gemischter Zug III. U. | M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Vormitt. | | Abends. | | | | Nachmitt. | | Abends. | |
| Insterburg | Abfahrt | 11 | 5 | 8 | — | Rothfließ | Abfahrt | 12 | 10 | 7 | 8 |
| Bokellen | Abfahrt | 11 | 51 | 8 | 46 | Bergenthal | Abfahrt | 12 | 30 | 7 | 28 |
| Klein Gnie | Abfahrt | 12 | 9 | 9 | 4 | Bischdorf | Abfahrt | 1 | 3 | 8 | 1 |
| Gerdauen | Ankunft | 12 | 36 | 10 | 31 | Korschen | Abfahrt | 3 | 30 | 8 | 49 |
| | Abfahrt | 12 | 44 | 5 | — | Dönhofsstädt | Abfahrt | 3 | 47 | 9 | 6 |
| | | | | Morgens. | | Skandau | Abfahrt | 4 | 7 | 9 | 24 |
| Skandau | Abfahrt | 1 | 8 | 5 | 24 | Gerdauen | Ankunft | 4 | 30 | 9 | 47 |
| Dönhofsstädt | Abfahrt | 1 | 24 | 5 | 40 | | Abfahrt | 4 | 38 | 9 | 55 |
| Korschen | Abfahrt | 3 | 25 | 6 | 21 | Klein Gnie | Abfahrt | 5 | 12 | 10 | 27 |
| Bischdorf | Abfahrt | 4 | 1 | 6 | 57 | Bokellen | Abfahrt | 5 | 28 | 10 | 43 |
| Bergenthal | Abfahrt | 4 | 40 | 7 | 36 | Insterburg | Ankunft | 6 | 15 | 11 | 30 |
| Rothfließ | Ankunft | 4 | 58 | 7 | 54 | | | Abends. | | Abends. | |
| | | Nachmitt. | | Morgens. | | | | | | | |

Sämmtliche Züge befördern Personen in allen vier Wagenklassen. — Auf den Stationen sind die speciellen Fahrpläne ausgehängt. — Der seit dem 1. August c. bestehende Fahrplan der Strecke Insterburg-Gerdauen wird vom 27. November d. J. ab aufgehoben.

Bromberg, den 18. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 47.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 47 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Revidirte Hebammen-Ordnung für den Regierungsbezirk Bromberg.

In Erwägung, daß die Ausführung des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 — Bundes-Gesetzblatt S. 55 — und der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 — Bundes-Gesetzbl. Seite 245 — eine Aenderung und Ergänzung der bisherigen Vorschriften über die Stellung der Hebammen erfordert und unsere unter dem 10. September 1827 für den Regierungsbezirk Bromberg erlassene Hebammen-Ordnung in vielen Punkten nicht mehr zutrifft, werden die in Betreff des Hebammenwesens fernerhin maßgebenden Vorschriften und Verwaltungsgrundsätze in den nachfolgenden Paragraphen zusammengestellt und zur Nachachtung öffentlich bekannt gemacht.

### a. Unterricht.

§ 1. Die Sorge für die Ausbildung der Hebammen hat in der Provinz Posen der Staat übernommen, indem er zu diesem Zwecke das in der Stadt Posen befindliche Hebammen-Lehrinstitut eingerichtet hat und unterhält.

Der Unterricht wird in diesem Institute jährlich in einem im Monat Oktober beginnenden, im Monat März endenden Lehrgange und zwar jährlich abwechselnd einmal in deutscher und einmal in polnischer Sprache ertheilt.

Der an die Reihe kommende Lehrkursus wird alljährlich im Monat Mai durch das Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht.

### b. Meldung zum Unterricht.

§ 2. Die Anträge auf Zulassung zu dem jedesmaligen Lehrgange sind bis zum 15. Juli jeden Jahres an die betreffenden Kreis-Landräthe zu richten, welche Behörden dieselben zu prüfen und uns bis zum August jeden Jahres einzureichen haben.

Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

### c. Bedingungen zur Zulassung.

§ 3. Die Zulassung ist in allen Fällen zunächst abhängig von der Beibringung:

1) eines Kreisphysikats-Attestes über die körperliche und geistige Befähigung der Schülerin. Dieses Attest darf nur solchen Schülerinnen ertheilt werden, welche des Lesens und Schreibens kundig sind;

2) eines ortspolizeilichen Attestes über ihren unbescholtenen Ruf;

3) eines Tauf- oder Geburtsscheines.

## Regulamin dla akuszerek w obwodzie rejencyjnym Bydgoskim.

Zważywszy, że wykonanie prawa z dnia 1. Listopada 1867 tyczącego się wolnego przesiedlenia się — w zbiorze praw związkowch stron. 55 — i ordynacyi procederowéj dla związku pólnocno-niemieckiego z dnia 21. Czerwca 1869, w zbiorze praw związkowych str. 245, zmiany i uzupełnienia dotychczasowych przepisów względem stanowiska akuszerek wymaga i ponieważ wydany przez nas pod dniem 10. Września 1827 regulamin dla akuszerek w departamencie Bydgoskim pod wielu względami już się nie zgadza, przeto zestawiliśmy w następujących paragrafach przepisy i zasady administracyjne, które pod względem akuszerek na przyszłość obowiązywać będą, i ogłaszamy je niniéjszém celem zastósowywania się:

### a) Nauka.

§ 1. Staranie o wykształcenie akuszerek w prowincyi Poznańskiéj przyjął rząd na siebie, albowiem założył i utrzymuje w tym celu w mieście Poznaniu instytut pouczania akuszerek.

Nauka udziela się w tymże instytucie co rok w kursie zaczynającym się w Październiku i kończącym się w Marcu, a to na przemian jeden kurs w języku niemieckim, drugi w języku polskim.

Kurs naukowy, na który kolej przypada, ogłasza się co rok w miesiącu Maju w dzienniku urzędowym.

### b) Zgłoszenia się do kursu.

§ 2. Wnioski o przypuszcenie do każdorazowego kursu naukowego powinny być aż do 15. Lipca każdego roku do odnośnych radzców ziemiańskich podane, któröe to władze takowe zbadają i nam aż do 1. Sierpnia każdego roku przesyłają.

Poźniéjsze zgłoszenia się nie mogą być uwzględnionc.

### c) Warunki przyjęcia.

§ 3. Przypuszczenie we wszelkich przypadkach zawisłem jest od złożenia:

1) świadectwa fizyka powiatowego co do fizycznego i umysłowego uzdolnienia uczennicy. Takie świadectwo tylko takim uczennicom može być udzielone, które czytać i pisać umieją;

2) świadectwa miéjscowéj władzy policyjnéj co do ich nieskazitelnéj konduity;

3) świadectwa urodzenia czyli metryki.

Personen, welche jünger als 20 und älter als 35 Jahre sind, finden keine Aufnahme.

§ 4. Aufnahme finden der Reihe nach und zwar:

in erster: solche Personen, welche sich verpflichten, eine denselben von uns zugewiesene Stelle als Bezirks-Hebamme anzunehmen und drei Jahre hinter einander zu verwalten;

in zweiter: solche, welche ein Wahlattest von den Gemeinden eines erledigten Hebammen-Bezirks beibringen;

in dritter: solche auf eigene Meldung und eigene Kosten, insoweit, als es die Verhältnisse des Instituts gestatten.

Personen, welche im Aufnahme-Termin als zu wenig vorgebildet oder als schwanger zurückgewiesen werden, haben keinen Anspruch auf Reisekosten-Entschädigung.

§ 5. Die Kosten betragen für Beschaffung eines Lehrbuches 2 Thaler und für die Verpflegung monatlich $6\frac{1}{2}$ Thaler. Dieselben sind in für die Dauer des jedesmaligen Lehrkursus zu berechnendem vollem Betrage nach erfolgter Annahme an den Hebammen-Instituts-Direktor gegen Quittung sofort baar zu entrichten. Bewilligte Staats-Unterstützungen werden hiervon in Abzug gebracht.

Schülerinnen, welche auf eigene Meldung und eigene Kosten Aufnahme gefunden, haben außerdem noch eine besondere Vergütigung für den ihnen zu ertheilenden Unterricht im Betrage von 10 Thlr. und eine Mieths-Entschädigung im Betrage von $2\frac{1}{2}$ Thlr. monatlich zu zahlen.

§ 6. Sämmtliche Schülerinnen haben sich bei Vermeidung sofortiger Entlassung allen für die Schülerinnen des Instituts bestehenen Anordnungen zu fügen.

d. Bewilligung von Unterstützungen an Schülerinnen.

§ 7. Eine Staatsunterstützung im Betrage von 4 Thalern monatlich wird an die im § 4 in erster Reihe bezeichneten Schülerinnen gezahlt und kann, soweit die Fonds reichen, auch den Schülerinnen der zweiten Reihe verliehen werden. Beide erhalten bei Uebernahme ihres Bezirks einen Bezirks-Hebammen-Hülfsapparat zum zeitweiligen Gebrauche überwiesen, mit der besonderen Verpflichtung, denselben sorgfältig zu schonen, da er auf die Nachfolgerin übergehen muß.

§ 8. Die Empfängerinnen einer Staatsunterstützung haben vor der Aufnahme in's Hebammen-Lehr-Institut, eventuell unter Mitverpflichtung ihres Ehemannes oder Vaters oder Vormundes, einen Schein auszustellen, welcher dieselben zur Zurückzahlung des Unterstützungsbetrages innerhalb 6 Wochen rechtsverbindlich verpflichtet, sobald dieselben die überwiesenen Bezirksstellen entweder gar nicht antreten, oder vor Ablauf der nächsten drei hintereinander folgenden Jahre verlassen.

Osoby nie mające jeszcze lat 20 i mające wyżéj 35 lat wieku nie mogą być przyjęte.

§ 4. Przyjęte zostaną z kolei:

najprzód: takie osoby, które się zobowiązały przyjąć ofiarowaną im przez nas posądę akuszerki obwodowéj i wypełniać na takowéj obowiązki przez trzy następujące lata;

powtóre: takie osoby, które złożyły świadectwo wyborcze od gmin, w których posada akuszerki obwodowéj opróżniona;

po trzecie: osoby zgłaszające się wprost i własnym kosztem, o ile stósunki instytutu to dozwalają.

Osoby, które w terminie przyjęcia z powodu niedostatecznego wykształcenia, albo jako będące w stanie brzemienności oddalone zostały, nie mają żadnéj pretensyi do zwrotu kosztów podróży.

§ 5. Koszta wynoszą za książkę naukową 2 tal. i za utrzymanie miesięcznie $6\frac{1}{2}$ tal. Takowe należy w całkowitéj na cały czas trwania każdorazowego kursu naukowego obliczonéj kwocie po nastąpionem przyjęciu na ręce dyrektora instytutu akuszerek w gotówce natychmiast złożyć. Udzielone wsparcia ze strony rządu zostaną od téj sumy odtrącone.

Uczennice przyjęte na własne zgłoszenie się i na własny koszt obowiązane są oprócz tego złożyć osobne wynagrodzenie za pobieraną naukę w ilości 10 tal. i wynagrodzenie za pomieszkanie w ilości po $2\frac{1}{2}$ tal. miesięcznie.

§ 6. Wszystkie uczennice winny pod uniknieniem natychmiastowego wydalenia z instytutu stósować się do wszystkich rozporządzeń wydanych dla uczennic rzeczonego instytutu.

d) Udzielanie wsparcia uczennicom.

§ 7. Wsparcie rządowe w ilości 4 tal. miesięcznie udziela się uczennicom w § 4. w pierwszéj kolei oznaczonym, i może o ile fundusze wystarczają, także i uczennicom drugiéj kolei być udzielone. Uczennice obydwóch kolei otrzymują przy objęciu obwodu aparat pomocniczy dla akuszerek obwodowych do czasowego użytku z tém wyraźnem zobowiązaniem, aby takowy starannie ochraniały, gdyż i na ich następczynie przejść musi.

§ 8. Osoby wsparcie rządowe pobierające, powinny przed wstąpieniem do instytutu akuszerek, ewentualnie przy współzobowiązaniu swego męża, ojca lub opiekuna wystawić rewers, którym się prawoważnie zobowięzują do zwrócenia w przeciągu sześciu tygodni otrzymanego wsparcia, jeżeli przekazanych im posad obwodowych albo wcale nie obejmują, albo przed upływem najbliższych trzech po sobie następujących lat opuszczają.

e. Hebammen-Prüfung.

§ 9. Zur Prüfung als Hebamme werden solche Personen zugelassen, welche in einem Hebammen-Lehrinstitute einen vollständigen Lehr-Cursus durchgemacht haben.

Die Prüfung selbst erfolgt nach Maßgabe der §§ 82 bis 85 des Reglements vom 1. Dezember 1825.

f. Prüfungszeugniß.

§ 10. Personen, welche diese Prüfung bestanden haben, erhalten hierüber von uns ein Prüfungs-Zeugniß als Hebamme.

g. Gewerbebetrieb und Niederlassung.

§ 11. Alle norddeutschen Hebammen, welche ein Prüfungszeugniß der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde erworben haben, sind innerhalb des Regierungsbezirks zum Gewerbebetriebe als Hebamme zuzulassen und sind die seither in Kraft gewesenen Beschränkungen des Niederlassungsrechts der Hebammen bis auf die nach § 8 übernommenen besonderen Verpflichtungen aufgehoben.

§ 12. Alle Hebammen haben vor Beginn des Gewerbebetriebs der Gemeindebehörde des betreffenden Orts und der zuständigen Polizeibehörde davon Anzeige zu machen und ihre Qualification durch das Prüfungszeugniß nachzuweisen.

**Vorschriften, welche die Bezirks-Hebammen betreffen.**

a. Bildung der Bezirke.

§ 13. Der Regierungs-Bezirk Bromberg ist in bestimmte Hebammen-Bezirke abgegrenzt, die jedoch bei eintretendem Bedürfniß abzuändern uns vorbehalten bleibt.

Bei Bildung eines Bezirks für das platte Land wird an der ungefähren Zahl von 2000 Seelen, wie bisher festgehalten.

Städte unter 3000 Einwohner bilden unter Heranziehung der nächsten ländlichen Gemeinden bis zur erreichten Zahl von ungefähr 3000 Seelen einen gemischten Hebammen-Bezirk.

b. Anstellung.

§ 14. Für jeden Bezirk ist eine geprüfte und vereidigte Hebamme anzustellen.

Dieselbe hat, sofern es nicht bereits früher geschehen, vor dem Antritt der Stelle den Hebammeneid zu leisten und die Verpflichtung, die Entbindung zahlungsunfähiger Personen ihres Bezirks, sowie die erforderliche Pflege derselben und ihrer neugeborenen Kinder zu übernehmen.

Wegen Uebernahme dieser Verpflichtung ist zwischen den Gemeinden des Bezirks und der Hebamme ein Pauschquantum über die Höhe der Entschädigung zu vereinbaren.

c. Wahl.

§ 15. Die Wahl der Bezirks-Hebammen wird in den gemischten und ländlichen Bezirken durch die Vorstände der betheiligten Gemeinden und Gutsbezirke, welche sich deshalb untereinander zu verständigen haben, ausgeübt.

e) Popis akuszerek.

§ 9. Do popisu akuszerskiego przypuszczane bywają takie osoby, które w instytucie akuszerek całkowity kurs naukowy odbyły.

Popis sam odbywa się stósownie do §§ 82—85 regulaminu z dnia 1. Grudnia 1825.

f) Świadectwo popisowe.

§ 10. Osoby, które popis złożyły, otrzymają od nas świadectwo o odbytym popisie jako akuszerka.

g) Praktykowanie i osiedlenie się.

§ 11. Wszystkie w Niemczech północnych mieszkające akuszerki, które uzyskały świadectwo popisowe od władzy podług praw krajowych do tego kompetentnéj, zostają w obrębie obwodu rejencyjnego do praktyki jako akuszerki przypuszczone, a obowięzujące dotychczas ograniczenia prawa osiedlania się akuszerek zniesione zostały, z wyjątkiem przyjętych podług § 8 osobnych zobowiązań.

§ 12. Wszystkie akuszerki powinny przed rozpoczęciem swéj praktyki władzy gminnéj odnośnéj miejscowości i właściwéj władzy policyjnéj o tem donieść i co do swéj kwalifikacyi wykazać się świadectwem popisowem.

**Przepisy tyczące się akuszerek obwodowych.**

a) Tworzenie obwodów.

§ 13. Obwód rejencyjny Bydgoski podzielony jest na pewne obwody akuszerskie, których odmienienie w razie potrzeby sobie zastrzegamy.

Przy utworzeniu obwodu wiejskiego ma, tak jak dotychczas i nadal liczba około 2000 dusz służyć za normę.

Miasta mające niżéj 3000 ludności tworzą z przyłączeniem najbliżéj położonych gmin wiejskich aż do wysokości około 3000 dusz obwód mięszany.

b) Ustanowienie.

§ 14. W każdym obwodzie ma być jedna egzaminowana i przysięgła akuszerka ustanowiona.

Takowa powinna, jeżeli tego poprzednio jeszcze nie uczyniła, przed objęciem posady złożyć przysięgę jako akuszerka i przyjąć na siebie obowiązek do rozwiązania ubogich osób w swym obwodzie i do pielęgnowania takowych jako téż ich nowo narodzonych dzieci.

Względem objęcia tego obowiązku powinna pomiędzy gminami obwodu a akuszerką być zawarta ugoda co do wysokości wynagrodzenia.

c) Wybór.

§ 15. Wybór akuszerek obwodowych odbywa się w obwodach mięszanych i wiejskich przez dozory interessowanych gmin i obwodów dominialnych, które w tym względzie między sobą porozumieć się powinny.

Die getroffene Wahl ist den Kreis-Landräthen anzuzeigen und gleichzeitig das über die Annahme-Bedingungen geführte und von der Hebamme gleichfalls unterschriebene Protokoll einzureichen.

Verabredungen, welche den Gewerbebetrieb frei practizirender Hebammen beeinträchtigen, sind unstatthaft.

Erfolgt die Annahme auf Kündigung, so ist auf Verabredung einer geräumigen Kündigungsfrist Bedacht zu nehmen, um bei dem Eintritt der Kündigung die rechtzeitige Wiederbesetzung des Bezirks sicher zu stellen.

d. Genehmigung der Wahl.

§ 16. Nach erfolgter Prüfung der Wahlprotokolle haben die Kreis-Landräthe, falls die gewählte Hebamme im Besitz eines von einer preußischen Prüfungsbehörde ausgestellten Prüfungszeugnisses, sowie vereidigt und von unbescholtenem Lebenswandel ist, die Wahl zu genehmigen und darüber der Gewählten einen schriftlichen Ausweis nebst einem Verzeichniß der den Bezirk bildenden Ortschaften auszuhändigen, sowie auch nach erfolgter Berichtigung der Listen dem betreffenden Kreisphysikus von der erfolgten Besetzung der Stelle Kenntniß zu geben.

Giebt eine bereits angestellte Bezirks-Hebamme ihren bisherigen Bezirk entweder auf oder vertauscht denselben mit einem Bezirke in einem anderen landräthlichen Kreise, so hat sie sich bei ihrem bisher zuständigen Kreis-Landrathe und Kreis-Physikus abzumelden und darüber bei Antritt der neuen Stelle vor dem ferner zuständigen Kreis-Landrathe schriftlichen Nachweis zu führen.

e. Wiederbesetzung.

§ 17. Wird eine Hebammen-Bezirksstelle durch das Ableben der bisherigen Inhaberin frei, so ist innerhalb sechs Wochen die Wahl einer anderen, bereits geprüften Hebamme oder die Präsentation einer geeigneten Schülerin zu bewirken.

Bei Aufkündigung der Stelle tritt dies Verfahren innerhalb der gleichen Frist nach erfolgter Kündigung ein.

Vacanzen werden von den Landräthen den Kreis-Physikern angezeigt und auch durch die Kreisblätter veröffentlicht.

f. Besetzung vacanter Stellen durch die Regierung.

§ 18. Ist eine erledigte Bezirksstelle drei Monate nach eingetretener Vacanz nicht wieder besetzt, so kann dieselbe durch uns besetzt werden. Zu diesem Zwecke haben die Landräthe uns gleichzeitig mit der Präsentation der Hebammenschülerinnen am 1. August jeden Jahres ein Verzeichniß sämmtlicher bereits drei Monate vacanter Bezirke einzureichen und unter Zuziehung des Kreis-Physikus diejenigen, deren Besetzung im allgemeinen Interesse besonders wünschenswerth erscheinen, mit Angabe der in jedem Bezirk vor-

O odbytym wyborze należy donieść radzcom ziemiańskim i równocześnie przesłać tymże władzom spisany protokół względem warunków przyjęcia posady, który przez akuszerkę także podpisanym być powinien.

Umowy ograniczające praktykę akuszerek wolno praktykujących nie są dozwolone.

Jeżeli przyjęcie nastąpiło pod warunkiem wypowiedzenia, należy umowić dość długi termin wypowiedzenia, aby w razie wypowiedzenia posady zabezpieczyć wczesne obsadzenie opróżnionego obwodu.

d) Zatwierdzenie wyboru.

§ 16. Po sprawdzeniu protokołów wyborczych, powinni radzcy ziemiańscy w razie, że obrana akuszerka jest w posiadaniu świadectwa popisowego przez pruską władzę egzaminującą wystawionego jeśli złożyła przysięgę i beznagannéj jest konduity, wybór zatwierdzić i obranéj udzielić poświadczenie na piśmie wraz z wykazem miejscowości do obwodu należących i po sprostowaniu list odnośnemu fizykowi powiatowemu donieść o obsadzeniu posady.

Jeżeli ustanowiona już akuszerka swój dotychczasowy obwód albo opuszcza, albo na obwód w innym powiecie położony zamienia, wtenczas powinna u swego dotychczasowego radzcy ziemiańskiego i fizyka powiatowego odmeldować się i przy objęciu nowéj posady wykazać się z tego na piśmie u swego nowego radzcy ziemiańskigo.

e) Obsadzenie opróżnionéj posady.

§ 17. W razie opróżnienia posady akuszerki obwodowéj przez śmierć dotychczasowéj dzierzycielki należy w przeciągu sześciu tygodni uskutecznić wybór innéj już aprobowanéj akuszerki albo przedstawić ukwalifikowaną uczennicę.

W razie wypowiedzenia posady postępuje się w równym sposobie w przeciągu tego samego terminu po wypowiedzeniu.

Opróżnione posady powinny radzcy ziemiańscy fizykom powiatowym zakomunikować i przez dzienniki powiatowe ogłosić.

f) Obsadzenie opróżnionych posad przez rejencyą.

§ 18. Jeżeli opróżniona posada akuszerki obwodowéj w trzy miesiące po opróżnieniu nie obsadzoną znów została, wtenczas może takowa przez nas być obsadzoną. W tym celu powinni radzcy ziemańscy równocześnie z przedstawieniem kandydatek do kursu naukowego dnia 1. Sierpnia każdego roku przesyłać wykaz wszystkich od trzech miesięcy już opróżnionych obwodów akuszerskich i wspólnie z fizykiem powiatowym wyszczególnić te posady, których obsadzenie

wiegenden Nationalität näher zu bezeichnen. Beim Mangel von Vacanzen ist Vacatanzeige einzureichen.

g. Wohnort.

§ 19. Jede Bezirks-Hebamme ist verpflichtet, wenn irgend angänglich, in dem Mittelpunkt ihres Bezirks, unter allen Umständen aber in dem Umfange desselben zu wohnen. Alle zur Zeit vorhandenen Bezirks-Hebammen sind in ihren Stellungen nur in soweit zu belassen, als sie dieser Verpflichtung nachkommen; andernfalls haben sie auf den Bezirk zu verzichten.

h. Beaufsichtigung.

§ 20. Die Bezirks-Hebammen stehen unter der Aufsicht der Kreisphysiker, haben ein Tagebuch zu führen, von drei zu drei Jahren eine Nachprüfung abzulegen und sich bei Ausübung ihres Berufs genau nach dem Hebammen-Lehrbuch zu richten. Die Kreis-Physiker haben alljährlich den dritten Theil sämmtlicher Bezirks-Hebammen zu prüfen, den Prüfungstermin den Betreffenden mindestens acht Tage vorher bekannt zu machen, und bei der Auswahl der zu Prüfenden darauf zu achten, daß die Hebammen benachbarter Bezirke nicht gleichzeitig an demselben Tage zur Nachprüfung bestellt werden. Bei weiteren Entfernungen ist eine solche Jahreszeit und Tagesstunde zum Prüfungstermin zu bestimmen, welche die Rückkehr der Hebammen in ihren Bezirk möglichst erleichtern.

Ueber die Nachprüfung ist ein Protokoll in gedrängter Form aufzunehmen, darin der Ausfall der Prüfung zu censiren, der Befund des Tagebuchs, sowie des Instrumenten-Apparats zu bezeichnen, die amtliche und sittliche Führung der Geprüften zu begutachten.

i. Besoldung.

§ 21. Die Art der Aufbringung und Vertheilung der zur Besoldung der Bezirks-Hebammen erforderlichen Mittel bleibt der Einigung der den Bezirk bildenden Gemeinden und Gutsbezirke überlassen.

Ist ein Vertrag in Betreff der Verpflichtung zur Verrichtung geburtshülflicher Leistungen bei armen und zahlungsunfähigen Personen zwischen der Commune und der Bezirks-Hebamme nicht geschlossen worden, so ist dieselbe in den Grenzen des ihr zugewiesenen Bezirks dennoch verpflichtet, in dringenden Fällen und bei mangelnder anderweitiger zweckentsprechender Hülfe jenen Personen den geburtshülflichen Beistand sofort zu leisten.

In weniger dringenden Fällen, oder wenn nach erfolgter Entbindung die Wöchnerin oder ihr neugeborenes Kind einer fortgesetzten Pflege Seitens der Hebammen bedarf, haben die Bezirks-Hebammen zunächst dem Ortsvorstande davon Anzeige zu machen und den Auftrag zur weiteren Hülfsleistung einzuholen. Ertheilt Letzterer derselben diesen Antrag nicht und trifft auch sonst keine geeigneten Maßregeln zur Hülfe, so hat die Hebamme ihre Dienstleistungen zwar fortzusetzen, muß aber der vorgesetzten polizeilichen Be-

w ogólnym interesie szczególnie pożądanem być się wydaje z oznaczeniem narodowości, jaka w każdym obwodzie jest przeważną. W braku opróżnionych posad należy przesłać wakat doniesienie.

g) Miéjsce zamieszkania.

§ 19. Każda akuszerka obwodowa jest obowiązana, jeśli być może, w środku swego obwodu, pod każdym warunkiem w obrębie tegoż obwodu obrać swe mieszkanie. Wszystkie obecnie istniejące akuszerki obwodowe należy zostawić na swych posadach tylko o tyle, o ile tego obowiązku dopełniają, w innym razie winny ustąpić z posady obwodowéj.

h) Dozorowanie.

§ 20. Akuszerki obwodowe pozostają pod dozorem fizyków powiatowych, winny utrzymywać dziennik, co trzy lata składać examen dodatkowy i w wykonywaniu swego powołania ściśle zastósować się do książki naukowéj dla akuszerki. Fizycy powiatowi winni co rok trzecią część wszystkich akuszerek obwodowych egzaminować, na termin egzaminu odnośne akuszerki przynajmniéj 8 dni poprzednio zapozywać, i przy wyborze osób mających być egzaminowane na to zważać, ażeby akuszerki przyległych obwodów nie równocześnie w tym samym dniu na termin egzaminu dodatkowego zapozwane zostały. Przy dalszych odległościach należy obrać taką porę i dobę na termin egzaminu, które powrot akuszerek do swego obwodu ułatwiają.

O popisie dodatkowym należy zwięzły spisać protokół, w nim skrytykować wypadek popisu, zdać sprawę o wypadku rewizyi dziennika i aparatu instrumentów, oraz o sprawowaniu się egzaminantki tak w urzędzie jako też pod względem moralnym.

i) Remuneracya.

§ 21. Co do sposobu zebrania i podzielenia funduszów potrzebnych do remuneracyi akuszerek obwodowych powinny gminy i obwody dominialne należące do odwodu akuszerskiego porozumieć się. Jeżeli pomiędzy gminą a akuszerką obwodową nie została zawartą ugoda względem obowiązku do pomocy akuszerskiéj przy położnicach ubogich i nie będących w możności zapłacenia, to jednak akuszerka w obrębie przekazanego jéj ubwodu jest obowiązaną w razie nagléj potrzeby i w braku innéj odpowiedniéj pomocy, na udzielenie takowym osobom natychmiast swéj pomocy akuszerskiéj.

W przypadkach mniéj naglących, albo jeżeli po rozwiązaniu położnica albo jéj nowo-narodzone dziecko ciągłego potrzebuje pielęgnowania z strony akuszerki, wtenczas akuszerki obwodowe powinny najprzód o tém donieść dozorowi gminnemu i zażądać polecenia do dalszego pielęgnowania. Jeżeli dozór gminny tego

hörde zur weiteren Entscheidung davon sofort Anzeige erstatten.

Für diese geleisteten Dienste stehen der Hebamme die Gebühren nach den niedrigsten Sätzen der unten publicirten und von dem Herrn Minister für Hebammen bestätigten Taxe zu und sind die betreffenden Communen nach Maßgabe der über die Armenpflege bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Zahlung derselben verpflichtet.

k. Unterstützungen.

§ 22. Der Hebammen-Unterstützungsfonds wird ausschließlich zur Unterstützung von Bezirks-Hebammen verwendet und zwar erhalten aus diesem Fonds sämmtliche Bezirks-Hebammen, so lange dieselben die ihnen auferlegten Pflichten erfüllen, alljährlich einmal eine Unterstützung und zwar beim Jahresschlusse.

Die Höhe der Unterstützung hängt zunächst von der Substanz des Fonds ab.

Landbezirks-Hebammen nnd unter diesen wieder vorzugsweise solche, welche einen von der Regierung zugewiesenen Bezirk verwalten, erfahren hierbei einen Vorzug vor den Bezirks-Hebammen der gemischten Bezirke.

Zum Zwecke der Unterstützungsvertheilung haben die Kreisphysiker alljährlich eine Liste sämmtlicher Bezirks-Hebammen ihrer Kreise nebst Angabe des Bezirks, Wohnorts, Alters, des Datums und der Censur der letzten Prüfung, sowie des Befundes des Tagebuchs und Instrumenten-Apparats anzufertigen und auch darin etwaige Umstände, welche in Betreff der Unterstützung eine besondere Berücksichtigung verdienen, aufzunehmen und unter Anschluß der im § 21 bezeichneten Protokolle den Kreis-Landräthen bis zum 15. Oktober jeden Jahres einzureichen.

Letztere Behörden haben diese Listen, namentlich in Betreff ihrer Vollständigkeit, zu prüfen, mit zu vollziehen und uns bis zum 1. November jeden Jahres einzureichen.

§ 23. Anträge auf Bewilligung außerordentlicher Unterstützungen von Bezirks-Hebammen können nur in dem Falle Berücksichtigung finden, wenn denselben sowohl eine Bescheinigung des betreffenden Landraths über das Eintreten eines ungewöhnlichen Nothstandes, sowie eine Bescheinigung des Kreis-Physikus über einen besonderen Grad von Würdigkeit beigefügt sind.

l. Strafen.

§ 24. Bezirks-Hebammen, welche sich eines unordentlichen Lebenswandels schuldig machen, die Pflichten ihres Berufs verletzen, oder bei den Nachprüfungen erhebliche Mängel an den erforderlichen Kenntnissen oder Fertigkeiten zeigen, gehen des Anrechts auf die Unterstützungen verlustig und können von der Königlichen Regierung, ohne Rücksicht auf die bei ihrer Annahme getroffenen Verabredungen, entlassen werden.

Für letzteres Verfahren kommen die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Gewerbe-Ordnung vom 22. Juni 1869 in Anwendung.

polecenia nie udzielił także innych środków do udzielenia pomocy nie rozporządził, wtenczas akuszerka powinna wprawdzie swą pomoc daléj udzielić, lecz o tém natychmiast donieść przełożonéj władzy policyjnéj celem dalszéj decyzyi.

Za taką pomoc należy się akuszerce wynagrodzenie najniższego stopnia oznaczonego w poniżéj ogłoszonej, przez pana ministra zatwierdzonéj taksie dla akuszerek, a odnośne gminy są obowiązane do zapłacenia tego wynagrodzenia w myśl przepisów obowiązujących względem wspierania ubogich.

k) Wsparcia.

§ 22. Fundusz przeznaczony na wsparcia dla akuszerek ma wyłącznie być użytym na wsparcia dla akuszerek obwodowych, a mianowicie otrzymają z tego funduszu wszystkie akuszerki obwodowe, przy końcu każdego roku wsparcia, póki nałożonych im obowiązków dopełniają.

Ilość tego wsparcia zależy od zasobów funduszu.

Akuszerki obwodów wiejskich a z pomiędzy nich znów te, które pełnią obowiązki w przekazanym przez rejencyą obwodzie akuszerskim, mają przytém pierszeństwo przed akuszerkami obwodowemi mięszanych obwodów.

W celu rozdzielenia wsparcia winni fizycy powiatowi ułożyć listę wszystkich akuszerek obwodowych z swych powiatów przy podaniu obwodu, miéjsca zamieszkania, wieku i daty jako też wypadku ostatniego popisu, oraz rezultatu rewizyi dziennika i aparatu instrumentów, także podać jakowe okoliczności, które co do wsparcia na szczególne uwględnienie zasługują i przy załączeniu oznaczonych w § 21 protokółów przesłać rzeczone listy co rok aż do 15. Października radzcom ziemiańskim.

Rzeczone władze powinny owe listy głównie co do ich dokładności przejrzeć, podpisać i nam nadesłać aż do 1. Listopada każdego roku.

§ 23. Wnioski akuszerek obwodowych o udzielenie nadzwyczajnych wsparć mogą tylko być w takim przypadku uwzględnione, jeżeli do wniosku dołączonem zostało świadectwo odnośnego radzcy ziemiańskiego o rzeczywiście zachodzącéj potrzebie, oraz poświadczenie fizyka powiatowego o zachodzących szczególnych powodach uwzględnienia.

l) Kary.

§ 24. Akuszerki obwodowe, które nie moralnie się zachowują, swych obowiązków nie dopełniają, albo przy popisach dodatkowych niedostateczne wiadomości lub zdolności pokazują, utracą prawo do pobierania wsparcia i mogą być przez rejencyą, bez względu na zawartą z niemi umowę, usunięte. W tym ostatnim względzie zastósowane zostaną przepisy §§ 20 i

§ 25. Alle der gegenwärtigen revidirten Hebammen-Ordnung entgegenstehenden Verordnungen sind hiermit aufgehoben.

Bromberg, den 31. Oktober 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

## Taxe für die Bezirks-Hebammen des Regierungs-Bezirks Bromberg.

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat durch Erlaß vom 26. August d. J. auf Grund des § 80 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzblatt S. 245) unter Aufhebung der in dem Regierungs-Bezirk Bromberg bisher gültig gewesenen Vorschriften über die Remunerirung der Verrichtungen der Hebammen festgesetzt, daß in Ermangelung besonderer Verabredung die Bezirks-Hebammen für ihre Verrichtungen nach Maßgabe nachfolgender Taxen zu bezahlen sind:

1) Für eine leichte regelmäßige Entbindung . . . . . 15 Sgr. — 1 Thlr.
2) Für eine natürliche sich verzögernde Entbindung, bei welcher Tag und Nacht zugebracht ist . 25 Sgr. — 1 Thlr. 10 Sgr.
3) Für eine Zwillings-Entbindung . . 22½ Sgr. — 1 Thlr. 5 Sgr.
4) Für eine Fußgeburt oder eine gedoppelte Geburt, welche in eine Fußgeburt verwandelt wurde 25 Sgr. — 1 Thlr. 10 Sgr.
5) Für eine Entbindung durch die Wendung . . . . 1 Thlr. — 2 Thlr.
6) Für den Beistand bei einer Fehlgeburt . . . . . 7½ Sgr. — 15 Sgr.
7) Für die Wiederbelebung eines scheintodt geborenen Kindes . . . . . . . 10 Sgr. — 20 Sgr.
8) Für die Pflege der Wöchnerin und des Kindes täglich 2 Sgr. — 4 Sgr.
Bei Entfernung über eine Viertel-Meile täglich . . 5 Sgr. — 8 Sgr.
9) Für die Untersuchung der inneren Geburtstheile . . 5 Sgr. — 10 Sgr.
Die zu dem Zwecke der Entbindung anzustellenden Untersuchungen werden nicht besonders berechnet.
10) Für die mit Schwierigkeit bewirkte Abnahme der Nachgeburt, mehrere Stunden nach der Entbindung . . 15 Sgr. — 1 Thlr.
Die gewöhnliche gehört zur Entbindung.
11) Für die Reposition eines Mastdarm-, eines Scheiden- oder eines Gebärmutter-Vorfalls . . . . . . . 5 Sgr. — 10 Sgr.

21 ordynacyi procederowéj z dnia 22. Czerwca 1869.

§ 25. Wszelkie przepisy niniejszemu regulaminowi przeciwne znoszą się niniejszem.

Bydgoszcz, dnia 31. Października 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Taksa dla akuszerek obwodowych w obwodzie rejencyjnym Bydgoskim.

Pan Minister spraw duchownych, naukowych i lekarskich postanowił reskryptem z dnia 26. Sierpnia r. b. na mocy ordynacyi procederowéj z dnia 21. Czerwca 1869 (w zbiorze praw związkowych str. 245) — po zniesieniu obowięzujących dotąd w departamencie Bydgoskim przepisów tyczących się remuneracyi akuszerek za udzieloną pomoc położnicom — że w braku osobnéj umowy akuszerki obwodowe za swą pomoc pobierać mają remuneracye podług następującéj taksy:

1) za lekkie, regularne rozwiązanie . . . . . . . 15 sgr. — 1 tal.
2) za naturalne, opóźniające się rozwiązanie, przy którem dzień i noc spędzono 25 sgr. — 1 tal. 10 sgr.
3) za rozwiązanie od bliźniąt 22½ sgr. — 1 tal. 5 sgr.
4) za poród nożny albo podwójny, który się w poród nożny zamienił 25 sgr. — 1 tal. 10 sgr.
5) za rozwiązanie przez obrot 1 tal. — 2 tal.
6) za pomoc przy poronieniu 7½ sgr.—15 sgr.
7) za ocucenie urodzonego, pozornie nieżywego dziecka 10 sgr.—20 sgr.
8) za doglądanie położnicy i dziecka, dziennie . . . 2 sgr. — 4 sgr.
przy odległości przeszło ćwierć mili, dziennie . 5 sgr. — 8 sgr.
9) za zrewidowanie wewnętrznych części rodnych . 5 sgr. — 10 sgr.
Mające się przedsiębrać rewizye celem rozwiązania, osobno obliczane nie będą.
10) za odebranie łożyska z trudnością uskutecznione w kilka godzin po rozwiązaniu . . . . . . . 15 sgr. — 1 tal.
Zwyczajne odebranie należy do rozwiązania.
11) za repozycyą kiszki odchodowéj, pochew lub macicy . . . . . . . . 5 sgr.—10 sgr.

12) Für die Reposition der umgestülpten Gebärmutter . 10 Sgr. — 20 Sgr.
13) Für die Application eines Mutterkranzes, welcher besonders bezahlt wird . . 5 Sgr. — 10 Sgr.
14) Für eine Einspritzung in die Geburtstheile . . . 5 Sgr. — 7½ Sgr.
Für jede folgende innerhalb 24 Stunden die Hälfte.
15) Für das Ansetzen mehrerer Blutegel . . . . . . 7½ Sgr. — 15 Sgr.
16) Für jede Anwendung der Schröpfmaschine . . . 1 Sgr. — 2 Sgr.
17) Für jede Application eines trockenen Schröpfkopfs . . ½ Sgr. — 1 Sgr.
18) Für das Setzen eines Klystirs . . . . . . . . 5 Sgr. — 7½ Sgr.
19) Für die Anlegung des Catheters . . . . . . . . 5 Sgr. — 7½ Sgr.
So oft diese innerhalb 24 Stunden wiederholt wird, die Hälfte dieses Satzes.
20) Für den Beistand bei einem Bade . . . . . . . . 5 Sgr. — 7½ Sgr.
21) Für die Untersuchung einer Amme . . . . . . . . 5 Sgr. — 10 Sgr.
Die Besuche, bei welchem die von 1 — 21 incl. genannten Verrichtungen stattgefunden haben, werden nur dann, wenn sie Nachts gefordert werden oder die Entfernung über eine Viertel-Meile beträgt und zwar zu den Sätzen der Positionen 23, 24 und 25 berechnet.
22) Für einen Besuch am Tage 2 Sgr. — 4 Sgr.
23) Für denselben bei einer Entfernung über ¼ Meile . . 5 Sgr. — 8 Sgr.
24) Für einen Besuch, welcher zur Nachtzeit, d. h. von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, gefordert wird . 4 Sgr. — 6 Sgr.
25) Für denselben bei einer Entfernung über ¼ Meile . 7½ Sgr. — 15 Sgr.
26) Für eine Nachtwache . . . 10 Sgr. — 20 Sgr.
Vermerk: Bei Entfernungen über ¼ Meile von dem Wohnorte der Hebamme steht dieser auch das Recht zu, freie Fuhren zu verlangen.

Der Ansatz der verschiedenen möglichen Sätze innerhalb des gegebenen Spielraums hängt von der Wohlhabenheit u. Stellung der Zahlungspflichtigen ab.

Obige Taxe bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß und bestimmen, daß dieselbe vom 1. November d. J. in Kraft treten soll.

Bromberg, den 31. October 1871.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

12) za repozycyą przewróconéj macicy . . . . . . 10 sgr. — 20 sgr.
13) za aplikacyą krążka macicznego, który osobno zapłacony będzie . . . 5 sgr. — 10 sgr.
14) za wstrzykiwanie w części rodne . . . . . . . 5 sgr. — 7½ sgr.
Za każde powtórzenie w przeciągu 24 godzin połowę.
15) za przystawienie kilku pijawek . . . . . . . 7½ sgr. — 15 sgr.
16) za każde użycie maszyny bańkowéj . . . . . . 1 sgr. — 2 sgr.
17) za każdą aplikacyą suchéj bańki . . . . . ½ sgr. — 1 sgr.
18) za danie enemy . . . 5 sgr. — 7½ sgr.
19) za przyłożenie katetra . 5 sgr. — 7½ sgr.
Za każde powtórzenie w przeciągu dwudziestu czterech godzin, połowę téj kwoty.
20) za pomoc przy kąpieli . 5 sgr. — 7½ sgr.
21) za zrewidowanie mamki 5 sgr. — 10 sgr.
Wizyty, przy których wyrażone od 1—21 incl. czynności się odbywały, obliczone będą tylko wtenczas i to po cenach pozycyi 23, 24 i 25, jeśli żądano je w nocy, albo odległość przeszło ¼ mili wynosi.
22) za wizytę za dnia . . . 2 sgr. — 4 sgr.
23) za takową przy odległości przeszło ¼ mili . . 5 sgr. — 8 sgr.
24) za wizytę, żądaną w nocy t. j. od godziny 10 wieczorem do godziny 6 rano 4 sgr. — 6 sgr.
25) za takową przy odległości ¼ mili . . . . . . 7½ sgr. — 15 sgr.
26) za przesiedzianą noc . . . 10 sgr. — 20 sgr.
Uwaga: Przy odległościach większych aniżeli ¼ mili od mieszkania akuszerki służy tejże prawo żądania wolnéj furmanki.

Ustanowienie rozmaitych możliwych cen w oznaczonym zakresie zależy od zamożności i stanowiska obowiązanych do zapłacenia.

Powyższą taksę podajemy niniejszem do wiadomości publicznéj i postanawiamy, że począwszy od 1. Listopada r. b. zacznie być obowiązującą.

Bydgoszcz, dnia 31. Paździermika 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 48. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 1. Dezember 1871. Bydgoszcz, dnia 1. Grudnia 1871.


Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

852 Das 41. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 709. Gesetz, betreffend die Zurückzahlung der auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 aufgenommenen fünfprozentigen Anleihe. Vom 28. Oktober 1871.

Nr. 710. Gesetz, betreffend die Kontrole des Reichshaushaltes für das 1871. Vom 28. Oktober 1871.

Nr. 711. Bekanntmachung, betreffend die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Vom 18. Oktober 1871.

Nr. 712. Auf Grund der Bestimmung im Artikel 36 der Verfassung des Deutschen Reichs ist, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, den im Großherzogthum Baden belegenen Hauptämtern zu Stühlingen, Thiengen und Randegg, an Stelle des Königlich Preußischen Steuerinspektors Freytag, der bisherige Vereinskontroleur in Kehl, Königlich Preußische Steuerinspektor Katsch, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Waldshut, als Vereinscontroleur bis auf Weiteres beigeordnet worden.

Nr. 713. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, Legationsrath Dr. Karl Albert Julius Hellmuth v. Jasmund zu Alexandrien, zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Aegypten, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Adolph v. Treuer zu Adelaide, Ernst Louis Buchholz zu Auckland (Neuseeland), Johann Heinrich Bandow zu Bassein (Pegu), Armand Theodore Ranniger zu Briesbane (Queensland), Theodor Friedrich Melchior Krämer zu Colomba (Ceylon), Henri Houghton zu Dunedin für die Provinz Otago (Neuseeland), Gustav Dentzelmann zu D'Urban (Port Natal), Wilhelm Alexander Brahe zu Melbourne, Johann Friedrich August Kelling zu Ranzau bei Nelson (Neuseeland), Carlos Krämer-Walter zu Newcastle (Neu-Süd-Wales), Arthur James Walker Arnott zu Port Louis (Insel Mauritius), Frederick Edward Cobb zu Port Stanley

Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 41. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 709. Prawo tyczące się spłacenia pięcioprocentowéj pożyczki, na mocy prawa z 21. Lipca 1870 zaciągnionéj. Z 28. Październikа 1871.

No. 710. Prawo, tyczące się kontroli ekonomii Państwa za rok 1871. Z 28. Października 1871.

No. 711. Obwieszczenie, tyczące się nominacyi pełnomocników do rady związkowéj. Z 18. Października 1871.

No. 712. Na mocy postanowienia w Art. 36. Konstytucyi Państwa Niemieckiego, po wysłuchaniu wydziału Rady związkowéj dla spraw celnych i poborowych, przydzielono tymczasowo położonym we Wielkiem Księstwie Badeńskiem urzędom głównym w Stuehlingen, Thiengen i Randegg, w miejsce Królewsko-Pruskiego inspektora poborów Freytag — dotychczasowego kontrolera związkowego w Kehl, Królewsko-Pruskiego inspektora poborów Katsch w charakterze kontrolera związkowego, z wyznaczeniem mu miejsca siedziby we Waldshut.

No. 713. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego, radcę legacyjnego Dr. Karóla Wojciecha Juliusza Hellmuth v. Jasmund w Alexandryi, mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Egipt, dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Adolfa Treuer w Adelaide, Ernesta Ludwika Buchholz w Auckland (Nowa Zelandya), Jana Henryka Bandow w Bassein (Pegu), Armanda Teodora Ranniger w Brisbane (Queensland), Teodora Fryderyka Melchiora Kraemer w Colombo (Ceylon), Henry Houghton w Dunedin na prowincyą Otago (Nowa Zelandya), Gustawa Dentzelmann w D'Urban (Port Natal), Wilhelma Alexandra Brahe w Melbourne, Jana Fryderyka Augusta Kelling w Ranzau pod Nelson (Nowa Zelandya), Carlos Kraemer-Walter w New-

(Falkland-Inseln), Oscar Mooyer zu Singapore, Siegfried Franck zu Sydney, Matthew Trotter Johnston zu Victoria (Britisch Columbia) und Friedrich August Krull zu Wellington (Neuseeland) zu Konsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

castle (Neu-Sued-Wales), Arthur James Walker Arnott w Port Louis (wyspa Mauritius), Frederick Edward Cobb w Port Stanley (wyspy Falkland), Oscar Mooyer w Singapore, Siegfried Franck w Sydney, Matthew Trotter Johnston we Victoria (Britisch Columbia) i Fryderyka Augusta Krull we Wellington (Nowa Zelandya) konsulami Państwa Niemieckiego.

Nr. 714. Dem bisherigen Britischen Vizekonsul zu Memel, Mr. William Ward, ist zu seiner Ernennung zum Königlich Großbritannischen Konsul für das Gebiet von Bremen, das Großherzogthum Oldenburg, sowie die Häfen und Bezirke von Emden, Leer und Geestemünde, mit der Residenz in Bremen, das Exequatur im Namen des Deutschen Reichs ertheilt worden.

No. 714. Dotychczasowemu wicekonsulowi Brytańskiemu w Klajpedzie, Mr. William Ward, udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na nominacyą jego jako Królewsko-Brytańskiego konsula na terytoryum Bremy, Wielkie Księstwo Oldenburskie, jako też porty i obwody Emden, Leer i Geestemuende — z rezydencyą w Bremie.

Nr. 715. Dem Rentier Carl Eberhard Fichardt ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Generalkonsul des Oranje-Freistaats für das Deutsche Reich, mit der Residenz in Berlin, ertheilt worden.

No. 715. Rentyerowi Karólowi Eberhardowi Fichardt udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na konsula generalnego rzeczpospolitéj Oranje na Państwo Niemieckie, z rezydencyą w Berlinie.

Nr. 716. Dem Advokat-Anwalt Eduard Sternberg zu Aachen ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika ertheilt worden.

No. 716. W. Edwardowi Sternberg adwokatowi i obrońcy w Akwizgranie udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na wicekonsula Stanów Zjednoczonych Ameryki.

Nr. 717. Dem zum Französischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Herrn André Ferdinand Dervien ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur für diese Ernennung ertheilt worden.

No. 717. W. André Ferdinand Dervin, mianowanemu Francuskim konsulem generalnym w Hamburbu, udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na nominacyą tęże.

**853** Das 42. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Oddział 42. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

Nr. 718. Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reichs. Vom 28. Oktober 1871.

No. 718. Prawo tyczące się spraw pocztowych Państwa Niemieckiego. Z 28. Października 1871.

Nr. 719. Gesetz über das Posttarwesen im Gebiete des Deutschen Reichs. Vom 28. Oktober 1871.

No. 719. Prawo tyczące się taksy pocztowéj w obrębie Państwa Niemieckiego. Z 28. Października 1871.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

**854** Das 34. Stück der diesjährigen Gesetzsammlung enthält unter:

Oddział 34. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

Nr. 7898. Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Berlin-Görlitzer Eisenbahngesellschaft bis zum Betrage von 7,281,000 Thalern. Vom 9. Oktober 1871.

No. 7898. Przywiléj względem emisyi obligacyi upierwszonych Towarzystwa kolei żelaznéj Berlińsko-Zgorzelickiéj aż do wysokości 7,281,000 tal. Z 9. Października 1871.

Nr. 7899. Allerhöchster Erlaß vom 14. Oktober 1871, betreffend die Verleihung der Konzession und des Expropriationsrechts für die Ausführung einer Zweigbahn von Borsigwerk zum Anschlusse an die Linie Beuthen-Gleiwitz der Oberschlesischen Eisenbahn.

No. 7899. Najwyższe rozporządzenie z 14. Października 1871, tyczące się nadania koncesyi i prawa ekspropryacyi na wykonanie kolei gałęziowéj od zakładu „Borsigwerk“ ku przyłączeniu do linii Bytomsko-Gliwickiéj kolei żelaznéj Górnoszląskiéj.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

855 Bekanntmachung,
die Postfreimarken betreffend.

Der Verkauf der neuen zum 1. Januar 1872 in Gültigkeit tretenden Postfreimarken wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichs-Postanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franko-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Post-Annahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werths umgetauscht werden.

Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Marken nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebietes statt, in welchem die Ausgabe der Marken erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember hinaus zu bemessen.

Berlin, den 16. Oktober 1871 Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

856 Bekanntmachung.
Packetbeförderung mit der Post.

Das Signiren der Packete **per Adresse** hat in Folge der von der Postverwaltung gegebenen Anregung bereits bei dem überwiegend größten Theile des Publikums Eingang gefunden und wird in Anerkennung der Vortheile, welche diese Signirungsweise für die sichere Ueberkunft der Sendungen darbietet, schon gegenwärtig nach den angestellten statistischen Ermittelungen bei dem bei Weitem größten Theile der Postgüter von den Absendern in Anwendung gebracht. Es haben sich dabei dieselben vortheilhaften Ergebnisse herausgestellt, welche jenes Verfahren im Feldpost-Päckereiverkehre während des letzten Krieges bereits geliefert hatte. Um die Vortheile des Signirens per Adresse bei der zu erwartenden erheblichen Steigerung des Päckereiverkehrs während der bevorstehenden Weihnachtszeit im Interesse des Publikums schon in vollem Umfange zur Geltung zu bringen, wird bestimmt:

**daß bis auf Weiteres vom 1. Dezember ab bei allen mit der Post zu befördernden Packeten die Bezeichnung (Signatur) die wesentlichen Angaben der Adresse enthalten muß, so daß nöthigenfalls das Packet auch ohne den Begleitbrief bestellt werden kann.**

Berlin, den 6. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

857 Bekanntmachung.
Erweiterung der Drucksachenbeförderung mit der Post.

Nachdem die Gewichtsgrenze für Drucksachen unter Band auf 1 Pfund erweitert worden ist, wird den Absendern derartiger Drucksachen empfohlen, zu den Streif- oder Kreuzbänden, welche übrigens die Außenfläche ganz bedecken können, recht festes Papier oder Leinwandstreifen zu benutzen, auch wenn nöthig, eine Bindfaden-Umschnürung anzuwenden, dieselbe muß aber leicht zu lösen sein, um die etwa nöthige Controle zu ermöglichen. Bei Büchersendungen können die, lediglich den Preis der Bücher betreffenden Rechnungen beigeschlossen werden.

Die Taxe von 3 Groschen bz. 11 Kreuzer ist durch Verwendung von Freimarken zu entrichten. Drucksachen über 15 Loth, welche unfrankirt oder unzureichend frankirt eingeliefert werden, oder den sonstigen Bedingungen nicht entsprechen, werden dem Absender zurückgegeben bz. als unbestellbar behandelt.

Berlin, den 6. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

858 Bekanntmachung.
Angabe des Bestimmungsorts auf den nach Frankreich gerichteten Feldpostbriefen.

Da die zur Deutschen Occupations-Armee in Frankreich gehörigen Truppen ihre Standquartiere in nächster Zeit voraussichtlich nur selten wechseln werden, ist es angänglich, die zur Armee gehenden Feldpostbriefe, welche bisher behufs Sortirung nach Truppentheilen auf bestimmte Post-Sammelstellen geleitet wurden, fortan direct, also mit größerer Beschleunigung, an die betreffenden Feldpostanstalten und Feldpostrelais befördern zu lassen. Hierzu ist jedoch erforderlich, daß auf jenen Briefen bei deren Einlieferung zur Post der Standort des Adressaten genau bezeichnet sei. In den meisten Fällen wird dieser Ort den betreffenden Absendern bereits bekannt sein, indem die Occupations-Truppen auf Ersuchen der Postverwaltung durch militairischen Befehl angewiesen worden sind, ihren Angehörigen in der Heimath den Ortsnamen ihres Standquartiers mitzutheilen. Soweit Letzteres nicht geschehen sein sollte, würden die betreffenden Absender den Standort des Adressaten aus dem Militair-Wochenblatt Nr. 121 vom 1. Novbr. ermitteln können, in welchem ein vollständiges Verzeichniß der zur Occupations-Armee gehörigen Truppentheile mit Angabe der Standorte veröffentlicht ist.

Hiernach ergeht an alle Betheiligten das Ersuchen, auf den nach Frankreich gerichteten Feldpost-

briefen neben den sonst erforderlichen Angaben des Truppentheils ꝛc. fortan auch **den Standort** des Adressaten bestimmt zu bezeichnen.

Als Uebergangsstadium wird die Zeit bis Ende dieses Monats gewährt.

Vom 1. Dezember ab müssen aber alle Feldpostbriefe nach Frankreich auf der Adresse mit der Angabe des Bestimmungsorts versehen sein.

Berlin, den 14. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**859** Bekanntmachung.

Bücher-Bestellzettel im Verkehr mit den Süddeutschen Staaten.

Die **Bücher-Bestellzettel** werden von jetzt ab auch zur Beförderung mit der Post nach Bayern, Württemberg und Baden unter denselben Bedingungen angenommen, welche für den Postverkehr in dem Norddeutschen Postgebiete und in Elsaß-Lothringen gelten.

Berlin, den 14. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**860** Auf den Bericht vom 23. October d. J. will Ich, in Folge des von dem 16. Posen'schen Provinzial-Landtage vom 27. Juni d. J. gefaßten Beschlusses, dem beigefügten

zweiten Nachtrage zu dem revidirten Reglement für die Feuersocietät der Provinz Posen vom 9. September 1863

hierdurch Meine Genehmigung ertheilen. Dieser Erlaß ist nebst dem Nachtrage durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 25. October 1871. (gez.) **Wilhelm.**

An den Minister des Innern. (ggez.) **Graf Eulenburg.**

Zweiter Nachtrag

zu dem revidirten Reglement für die Feuer-Societät der Provinz Posen vom 9. September 1863 (Gesetz-Sammlung Seite 577 ff).

Der § 44 des Reglements erhält folgenden Zusatz:

Wenn der Brand eines Gebäudes jedoch zu einer Zeit stattgefunden hat, während welcher an oder in demselben eine bewegliche Dampfmaschine (Locomobile) im Betriebe gewesen ist, und Seitens des Versicherten nicht der Nachweis geführt wird, daß der Brand auf andere Weise als durch die Locomobile entstanden ist, so soll zwar ein Anspruch auf Rückgewähr gegen den Versicherten wegen Verschuldung nicht geltend gemacht werden. Die Direction ist jedoch in solchem Falle berechtigt, von der nach Vorschrift des Abschnittes VIII. des Reglements ermittelten Brandentschädigung einen gewissen Betrag in Abzug zu bringen. Dieser Betrag wird für das abgebrannte Gebäude, an oder in welchem die Locomobile bearbeitet hat, wenn dasselbe mit weicher Bedachung versehen war, auf zwanzig Prozent und wenn dasselbe mit harter Bedachung versehen war, auf zehn Prozent — für andere abgebrannte Gebäude auf demselben Gehöfte hingegen, die von demselben Feuer ergriffen wurden, je nachdem sie weiche oder harte Bedachung hatten, auf zehn resp. fünf Prozent — der Entschädigungssumme hiermit festgesetzt.

Vorstehende Allerhöchste Ordre de dato Berlin den 25. October 1871 und der durch dieselbe genehmigte zweite Nachtrag zu dem revidirten Reglement für die Feuer-Societät der Provinz Posen vom 9. September 1863 werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 13. November 1871. Der Ober-Präsident. **v. Königsmarck.**

**861** Bekanntmachung.

Nachdem, der von dem 16. Provinzial-Landtage der Provinz Posen getroffenen Wahl gemäß, mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 18. September c. der Regierungs-Rath Merleker zu Posen als Direktor der Provinzialständischen Verwaltungs-Kommission der Provinz Posen für eine sechsjährige Amtsdauer bestätigt und in diese Funktion eingeführt worden ist, hat die bezeichnete Kommission auf Grund des Allerhöchsten Orts genehmigten Regulativs vom 16. August d. J. (Ges.-Samml. für 1871 S. 385—389) ihre Geschäftsthätigkeit, betreffend die Verwaltung der provinzialständischen Anstalten und Einrichtungen für Irre, Taubstumme und Blinde, sowie zur Unterstützung angehender Erzieherinnen begonnen.

Posen, den 10. November 1871.

Der Ober-Präsident.

**v. Königsmarck.**

Obwieszczenie.

Ponieważ stósownie do wyboru przez 16 sejm prowincyalny prowincyi Poznańskiéj uczynionego, radzca rejencyjny Merleker z Poznania Najwyższym rozkazem z dnia 18. Września r. b. został dyrektorem komisyi zawiadowczéj stanów prowincyalnych prowincyi Poznańskiéj na sześcioletnie urzędowanie zatwierdzony i w tę funkcyą wprowadzony, więc rozpoczęła nazwana komisya na podstawie uchwalonego Najwyżéj regulatywu z dnia 16. Sierpnia r. b. (zbiór praw za rok 1871 strona 385 — 389) swą czynność urzędową, tyczącą się administracyi instytutów i urządzeń stanów prowincyalnych dla obłąkanych, głuchoniemych i niewidomych, jako tez ku wspieraniu aplikujących się guwernantek.

Poznań, dnia 10. Listopada 1871.

Naczelny prezes.

**Hr. Koenigsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**862** Bekanntmachung.

Nachdem sämmtliche Darlehnskassen des Norddeutschen Bundes geschlossen sind, hat der Herr Reichskanzler in Gemäßheit des § 18 des Gesetzes vom 21. Juli 1870 (Bundes-Gesetzblatt Seite 499) die Einziehung der auf Grund desselben emittirten Darlehns-Kassenscheine angeordnet.

Die Letzteren werden demgemäß nur noch bis zum 31. Dezember d. J. bei allen Bundeskassen, sowie bei allen öffentlichen Kassen in sämmtlichen zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten in Zahlung angenommen.

Die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine erfolgt nicht blos nach Ablauf dieses Jahres, sondern schon von jetzt ab bei der Königlich Preußischen Kontrole der Staatspapiere in Berlin.

Die Darlehns-Kassenscheine zu 10 und zu 5 Thlrn. werden außerdem von allen Bundeskassen, sowie von den durch die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten zu bezeichnenden Staatskassen eingelöst. Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß unlängst falsche Darlehns-Kassenscheine zu 25 Thalern zum Vorschein gekommen sind, weshalb wir empfehlen, bei Annahme dieser Sorte die größte Vorsicht zu beobachten und jedesmal den Einzahler sich zu merken.

Berlin, den 7. November 1871.

Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen.

Obwieszczenie.

Po zamknięciu wszystkich kas pożyczkowych związku północno niemieckiego, rozporządził pan kanclérz państwa stósownie do § 18 prawa z dnia 21. Lipca 1870 (dziennik praw związkowych strona 499), aby bilety kas pożyczkowych, na mocy tegoż prawa wydane, wycofnięte zostały. Stósownie więc do tego przyjmowane będą takowe w miejsce płacy jeszcze tylko do 31. Grudnia r. b., przy wszystkich kasach związkowych, jako też przy wszystkich publicznych kasach w wszystkich państwach, do związku północno-niemieckiego należących.

Wymiana biletów kas pożyczkowych nastąpi nie tylko po upływie tego roku, lecz już od dzisiaj przy królewsko Pruskiéj kontroli papierów państwowych w Berlinie.

Prócz tego uskutecznią wymianę biletów kas pożyczkowych na 10 i 5 tal. wszystkie kasy związkowe, jako też kasy rządowe, które przez rejencye pojedyńczych państw związkowych oznaczone będą. Zwracamy przytem na to uwagę, że pojawiły się niedawno fałszywe bilety kas pożyczkowych na 25 tal., dla czego zalecamy, aby przy przyjmowaniu tego gatunku biletów największą zachowywano ostrożność i każdego razu pamiętano płacącego.

Berlin, dnia 7. Listopada 1871.

Zarząd główny kas pożyczkowych.

**863** Bekanntmachung,
betreffend die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine des Norddeutschen Bundes von 1870.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Darlehnskassen vom 7. und des Herrn Finanz-Ministers vom 8. d. Mts. (Reichs-Anzeiger No. 163 und 165) wegen Einziehung und Einlösung der auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 (B.-G.-Bl. S. 499) emittirten Darlehns-Kassenscheine des Norddeutschen Bundes in Abschnitten zu 25, 10 und 5 Thalern, welche vom 1. August 1870 datirt und auf der Schauseite links mit dem Wappen des Norddeutschen Bundes bedruckt sind, bringen wir mit Hinweisung auf die darin enthaltenen näheren Bestimmungen über die Einziehung und Einlösung jener Darlehns-Kassenscheine überhaupt Folgendes zur öffentlichen Kenntniß:

In Berlin erfolgt die gedachte Einlösung bei der Königl. Preußischen Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße No. 92, täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von Vormittags 9 bis Nachm. 1 Uhr.

Mit den Bundes-Darlehns-Kassenscheinen ist zugleich eine schriftliche Declaration derselben an die Einlösungsstelle einzureichen, welche sich jedoch darauf zu beschränken hat, den Betrag von jedem der

Obwieszczenie,
względem wymiany biletów kas pożyczkowych związku północno-niemieckiego z roku 1870.

W odwołaniu się do obwieszczeń zarządu głównego kas pożyczkowych z dnia 7. i pana ministra finansów z dnia 8. b. m. (orędownik państwa No. 163 i 165) względem wycofnięcia i wymiany biletów kas pożyczkowych związku północno-niemieckiego, wydanych na mocy prawa z dnia 21. Lipca 1870 (dz. pr. zw. str. 499) w oddziałach po 25, 10 i 5 tal., które z dnia 1. Sierpnia 1870 są datowane i na stronie okazałéj po lewéj ręce noszą wydrukowany herb związku północno-niemieckiego, podajemy do publicznéj wiadomości, odnosząc się do zawartych w nich bliższych postanowień co do ściągania i wymiany owych biletów kas pożyczkowych, co w ogóle następuje.

W Berlinie nastąpi wspomniona wymiana przy Królewsko-Pruskiéj kontroli papierów państwowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92, co dzień z wyjątkiem niedzieli i świąt oraz dni rewizyi kasowych od godziny 9téj przed południem do 1 z południa.

Z biletami kas związkowych pożyczkowych oddać należy przy miejscu wymiany zarazem piśmienną tychże deklaracyą, która wszelako na tem ograniczyć się powinna, że się w niéj kwotę

einzureichenden Abschnitte und den Gesammtbetrag aller drei Abschnitte anzugeben und aufzurechnen. Dieselbe ist vom Einsender unter genauer Angabe seines Wohnortes mit deutlicher Namensunterschrift zu versehen.

Auf Schriftwechsel mit auswärtigen Privatpersonen kann sich beim Einlösungsgeschäft die Preußische Kontrole der Staatspapiere nur in Ansehung der von ihr ausschließlich einzulösenden Darlehnskassenscheine zu 25 Thlr. einlassen.

Berlin, den 9. November 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen vom 7. d. Mts. und der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 9. d. Mts. werden hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Einlösung der Darlehns-Kassenscheine zu 10 und zu 5 Thalern auch bei unserer Haupt-Kasse erfolgen wird.

Bromberg, den 18. November 1871.

Königliche Regierung.

każdego mogącego się podać oddziału i całkowitą sumę wszystkich trzech oddziałów wymieni i zrachuje. Deklaracyą tę winien nadsyłający, miejsce swe zamieszkania dokładnie oznaczając, wyraźnym opatrzyć podpisem.

W korespondencyą z zamiejscowemi osobami prywatnemi podczas wymiany może się kontrola Pruska papierów państwowych tylko wdawać pod względem biletów kas pożyczkowych na 25 tal., które wyłącznie przez nią wymienione być mają.

Berlin, dnia 9. Listopada 1871.

Zarząd główny długów państwa.

Powyższe obwieszczenie zarządu głównego kas pożyczkowych z dnia 7. b. m. i zarządu głównego długów państwa z dnia 9. b. m. podają się niniejszem do publicznéj wiadomości z tem nadmienieniem, że wymiana biletów kas pożyczkowych na 10 i 5 tal. nastąpi także przy kasie naszéj głównéj.

Bydgoszcz, dnia 18. Listopada 1871.

Królewska Rejencya.

**864** Den Kassenschluß für das Jahr 1871 betreffend.

Die uns nachgeordneten Behörden und Kassen werden angewiesen, alle auf den bevorstehenden Jahres-Kassenschluß bezüglichen Angelegenheiten prompt zu fördern und zu erledigen.

Besonders ist mit allem Nachdruck auf die vollständige Einziehung der Steuern und Abgaben hinzuwirken, für die rechtzeitige Liquidirung und Begründung der Zu- und Abgänge und der Ausfälle sowie für die Aufräumung der Deposita und Vorschüsse zu sorgen. Wo Anstände sich finden, welche auf dem gewöhnlichen Wege nicht zu beseitigen sein sollten, sind solche ungesäumt bei uns zur Sprache zu bringen.

Die Final-Abschlüsse für das Jahr 1871 sind spätestens bis zum 5. Februar 1872 einzureichen, bis zu welchem Tage unserer Haupt-Kasse auch die Anrechnungen und Deklarationen zugegangen sein müssen.

Es wird von den Verwaltungsbehörden erwartet, daß sie den vollständigen und rechtzeitigen Eingang der Steuern und Abgaben sichern werden.

Bromberg, den 22. November 1871. Königliche Regierung.

**865** Bekanntmachung.

Der frühere Privatsecretair Wilhelm Karst in Strzelno hat die ihm unterm 4. Dezember 1869 ertheilte Konzession zur Führung einer Agentur für das Handlungshaus J. H. P. Schröder in Bremen zur Beförderung von Auswanderern nach Amerika niedergelegt und handelt es sich in Folge dessen um Rückgabe der für den ordnungsmäßigen Betrieb dieser Agentur bestellten Caution.

Indem wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle Diejenigen, welche mit dem ꝛc. Karst als Vertreter des obengenannten Hauses wegen Beförderung nach überseeischen Ländern in Geschäfts-Verbindung gestanden haben und aus letzteren noch Ansprüche an ihn zu haben glauben, hierdurch auf, diese Ansprüche binnen 12 Monaten bei uns anzumelden, widrigenfalls bei dem Ablaufe dieser Frist über diese Kaution anderweitig verfügt werden wird.

Bromberg, den 20. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**866** Diejenigen Personen, welche an die unterzeichnete Königl. Regierung noch Forderungen für Lieferungen aus dem Jahre 1870 zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Liquidationen möglichst bald und spätestens bis zum 10. Januar 1872 zur Feststellung und Anweisung uns einzureichen.

Bromberg, den 30. November 1871.

Königl. Regierung.

Osoby, mające do podpisanéj królewskiéj rejencyi jeszcze pretensye za dostawy z roku 1870, wzywa się niniejszem, aby nam swe likwidacye dla ustanowienia i zaasygnowania jaknajprędzéj a najpóźniéj do 10. Stycznia 1872 nadesłały.

Bydgoszcz, dnia 30. Listopada 1871.

Królewska Rejencya.

**867** Die prompte und vollständige Berichtigung der Steuern und Abgaben betreffend.

Bei dem Herannahen des Jahresschlusses ist die

Względem akuratnego i zupełnego uiszczania poborów i podatków.

Dla zbliżającego się końca roku włożono na

vollständige Aufräumung der Steuer- und Abgaben-Reste den Behörden zur strengsten Pflicht gemacht.

Die Steuer- und Abgabenpflichtigen werden daher aufgefordert, sowohl die etwa rückständigen als auch die laufenden Steuern und Abgaben ungesäumt und vollständig zur Kasse zu entrichten, um sich dadurch vor den Nachtheilen zu bewahren, welche die sonst eintretenden strengen Zwangsmaßregeln herbeiführen würden.

Bromberg, den 22. November 1871.

Königliche Regierung.

władze jaknajściślejszy obowiązek, aby zalegające pobory i podatki całkowicie ściągały.

Obowiązanych więc do płacenia poborów i podatków wzywa się, aby pobory i podatki tak zaległe, jako też bieżące bez zwłoki i całkowicie do kasy płacili, chroniąc się tym sposobem od strat, któreby w przeciwnym razie z środków przymusowych dla nich wynikły.

Bydgoszcz, dnia 22. Listopada 1871.

Królewska Rejencya.

**868** Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz ist das im Hypothekenbuche der einzelnen Aecker und Wiesen in der Herrschaft Filehne mit Nr. 239 bezeichnete Wiesengrundstück von dem Gemeindebezirke Mariendorf abgetrennt und mit dem Stadtbezirke Filehne vereinigt worden.

Bromberg, den 24. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**869** Bekanntmachung.

Die bisherigen Pfarrverweser Herr Gustav Theodor Anklam in Groß Jeziory und Herr Hermann Alexis Braune in Josephowo, Diöces Inowraclaw, sind zu Pfarrern daselbst berufen worden.

Posen, den 10. November 1871. Königl. Konsistorium der Provinz Posen.

**870** Dem Oberlehrer Dr. Ebel am Gymnasium in Schneidemühl ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten der Professortitel verliehen worden.

Posen, den 11. November 1871. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

**871** Bekanntmachung.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 29. September d. J. beschlossen, daß in den Vorschriften des Zollvereinsgesetzes vom Jahre 1868, die Besteuerung des Tabaks betreffend, wie auch in den zu dessen Ausführung ergangenen Bestimmungen, 85 Quadratmeter gleich 6 Quadratruthen (preußisch) gerechnet werden sollen.

Posen, den 17. November 1871.

Der Provinzial-Steuer-Inspector.

Obwieszczenie.

Rada Stanów Związku celnego ustanowiła na posiedzeniu swem z dnia 29. Września r. b. aby w przepisach prawa celno-związkowego z roku 1868 względem upodatkowania tabaki, jaki w przepisach danych do wykonania takowego, 85 metrów kwadratowych zarówne 6 kwadratowym prętom (pruskim) uznano.

Poznań, dnia 17. Listopada 1871.

Prowincyalny Dyrektor Poborów.

**872** Bekanntmachung.

Vom 27. November c. ab findet:

I. ein directer Personen-, Gepäck- und Viehverkehr zwischen den Ostbahn-Stationen Gerdauen, Skandau, Bischdorf, Rothfließ einerseits und Station Königsberg der Ostpreußischen Südbahn andererseits,

II. ein directer Personen- und Gepäck-Verkehr zwischen:
   a. Skandau und Rastenburg,
   b. Rothfließ und Bartenstein,
   c. Gerdauen einerseits und Berlin, Kreuz, Bromberg, Danzig und Elbing andererseits über die Ostpreußische Südbahn,
   d. Pröstken einerseits und Berlin, Kreuz, Bromberg, Danzig, Elbing über die Ostpreußische Südbahn und Insterburg, Gumbinnen, Eydtkuhnen über Gerdauen andererseits

unter den für den directen Verkehr mit der Ostpreußischen Südbahn bestehenden Bedingungen statt.

Der directe Personen- und Gepäck-Verkehr zwischen den Stationen Insterburg, Gumbinnen, Eydtkuhnen einerseits und den Stationen Bartenstein, Rastenburg, Lötzen, Lyck über Königsberg andererseis wird von dem genannten Tage aufgehoben und an Stelle desselben ein solcher Verkehr über die Strecke Insterburg-Gerdauen eingeführt.

Bromberg, den 22. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**873** Bekanntmachung.

Es ist uns das Verzeichniß:

1) der polnischen Pfandbriefe 3. Emission erster Serie des landschaftlichen Creditvereins nebst den 5% und 4% Pfandbriefen erster Serie

Obwieszczenie.

Nadesłany nam wykaz:

1) Polskich Listów Zastawnych Towarzystwa kredytowego Ziemskiego III. Okresu 1wszéj Seryi, oraz Listów 5 i 4 procentowych

des Jahres 1869, die am 20. und 21. September (2. und 3. Oktober) 1871 in öffentlicher Sitzung verlooſt worden ſind und welche im zweiten Semeſter 1871 ausgelöſt werden,

2) derjenigen Pfandbriefe und Coupons, an deren Statt bis zum 19. September (1. Oktober) l. J. Duplicate ausgeſtellt worden ſind,

3) derjenigen Pfandbriefe und Coupons, welche bis zum 19. September (1. Oktober) l. J. quäſtionirt worden und an deren Statt Duplicate gefordert worden ſind,

zugegangen. Dieſe Liſte kann von den dabei Betheiligten während der Dienſtſtunden in unſerm I. Büreau eingeſehen werden.

Bromberg, den 15. November 1871.

Königl. Appellations-Gericht.

Seryi 1wszéj 1869 roku, w dniach 20. i 21. Września (2. i 3. Października) 1871 roku na publicznem posiedzeniu wylosowanych, które w drugiem półroczu 1871 roku zapłacone być mają,

2) wszystkich Listów Zastawnych i kuponów po dzień 19. Września (1. Października) r. b. wywołanych z obiegu, w miejsce których duplikaty już wydane zostały,

3) wszystkich Listów Zastawnych i kuponów zakwestyonowanych, do dnia 19. Września (1 Października) r. b., w miejsce których duplikaty są żądane,

przejrzeć może publiczność w tem interesowana w godzinach służbowych w pierwszem biórze naszem.

Bydgoszcz, dnia 15. Listopada 1871.

Król. sąd apelacyjny.

## Perſonal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung.

**874** Der proviſoriſche Lehrer Wolf Lewor an der jüdiſchen Schule in Fordon, Kreis Bromberg, iſt nunmehr in ſeinem Amte definitiv beſtätigt worden.

**875** Der proviſoriſche Lehrer Adolph Radler an der evangeliſchen Schule in Karczewo Hauland, Kreis Gneſen, iſt nunmehr in ſeinem Amte definitiv beſtätigt worden.

**876** Der proviſoriſche Lehrer Rudolph Kuchlmann an der evangeliſchen Schule in Sadlogosz, Kreis Schubin, iſt nunmehr in ſeinem Amte definitiv beſtätigt worden.

**877** Der proviſoriſche Lehrer Daniel Kempke an der evangeliſchen Schule in Buszkowo, Kreis Schubin, iſt nunmehr in ſeinem Amte definitiv beſtätigt worden.

**878** Dem Lehrer und Küſter Andreas Kubel zu Groß Drenſen iſt von uns die Berechtigung zur Vorbildung von Seminar-Präparanden ertheilt worden.

**879** Der frühere Gutsbeſitzer Julius Haß zu Gneſen iſt zum Kreis-Taxator für den Gneſener Kreis ernannt und in dieſer Eigenſchaft gerichtlich vereidigt worden.

**880** Friedrich Len als Lehrer bei der evangeliſchen Schule zu Breitenſtein, im Kreiſe Schubin, definitiv angeſtellt.

## Vermiſchte Nachrichten.

**881 Deutſcher Reichs-Anzeiger** und **Königlich Preußiſcher Staats-Anzeiger.**

Derſelbe iſt beſtimmt, auf dem Gebiete der Tages-Preſſe als Publikations-Organ für die Behörden des Deutſchen Reichs und des Königlich Preußiſchen Staates zu dienen.

In dem amtlichen Theile werden die Geſetze, Verordnungen und Bekanntmachungen, Ordensverleihungen und Ernennungen publizirt.

Der nichtamtliche Theil enthält eine Zuſammenſtellung der bedeutendſten thatſächlichen Begebenheiten in der Tagespolitik, Referate über die Verhandlungen des Deutſchen Reichs- und des Preußiſchen Landtages, Kunſt- und wiſſenſchaftliche, Gewerbe-, Handels- und ſtatiſtiſche Nachrichten aller Art, den täglichen amtlichen Courszettel der Berliner Börſe ꝛc.

Die Beſonderen Beilagen bringen Aufſätze über deutſche und preußiſche Geſchichte, Landes- und Staatskunde ꝛc.

Der Abonnementspreis für das Quartal beträgt 1 Thlr. 7½ Sgr., der Inſertionspreis einer Druckzeile 2½ Sgr.

Alle Poſtanſtalten nehmen Beſtellungen an.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 48.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# № 49.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 8. Dezember 1871.

Bydgoszcz, dnia 8. Grudnia 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**882** Das 43. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 720. Zusätzliche Uebereinkunft zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 12. Oktober 1871

Nr. 721. Separat-Konvention. Vom 12. Oktober 1871.

Nr. 722. Gesetz über die Einführung des Norddeutschen Bundesgesetzes, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 7. April 1869 in Bayern und Württemberg. Vom 2. November 1871.

Nr. 723. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, Dr. Georg Friedrich Wilhelm Rosen zu Belgrad, zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für Serbien, den bisherigen Konsul des Nordeutschen Bundes, Geheimen Legationsrath und Generalkonsul Georg Friedrich August von Alten zu Jerusalem, zum Konsul des Deutschen Reichs für Palästina, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Generalkonsul Heinrich Ludwig Theodor Weber zu Bairut, zum Konsul des Deutchen Reichs für Syrien, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Generalkonsul Dr. Ernst Otto Friedrich Hermann Blau zu Serajevo, zum Konsul des Deutschen Reichs für Bosnien und Herzegovina sowie die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Justus Ludwig David Theodor Friedländer zu Konstantinopel, Dr. Johannes Lührsen zu Smyrna und Graf Hypolit v. Bothmer zu Trapezunt, zu Konsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Zu Jurisdiktionsbezirken sind bestimmt: dem Generalkonsul von Jasmund zu Alexandrien: Aegypten und Dependenzen, dem Generalkonsul v. Radowitz zu Bukarest: die Walachei, Bulgarien und das Küstenland des Schwarzen Meeres vom Ausflusse der Donau bis Mangalia, dem Generalkonsul Rosen zu Belgrad: das

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 43. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 720. Konwencya dodatkowa do traktatu pokoju pomiędzy Niemcami a Francyą. Z 12. Października 1871.

No. 721. Konwencya odrębna. Z 12. Października 1871.

No. 722. Prawo względem zaprowadzenia w Bawaryi i Wyrtembergii północno-niemieckiéj ustawy związkowéj, środków przeciw pomorowi bydła dotyczącéj, z 7. Kwietnia 1869. Z 2. Listopada 1871.

No. 723. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego, Dr. Jerzego Fryderyka Wilhelma Rosen w Belgradzie, mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na Serbią, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego, radzcę legacyjnego i konsula generalnego Jerzego Fryderyka Augusta Alten w Jerozolimie, konsulem Państwa Niemieckiego na Palestynę, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego, generalnego konsula Henryka Ludwika Teodora Weber w Bairut, konsulem Państwa Niemieckiego na Syryą, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego, konsula generalnego Dr. Ernesta Otona Fryderyka Hermana Blau w Serajewie, konsulem Państwa Niemieckiego na Bośnią i Hercegowinę, tudzież dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Justus Ludwik David Teodor Friedlaender w Konstantynopolu, Dr. Johannes Luehrsen w Smyrnie i Hrabiego Hipolita Bothmer w Trapezundzie, konsulami Państwa Niemieckiego.

Na okręgi jurysdykcyjne przeznaczono: konsulowi generalnemu Jasmund w Aleksandryi: Egipt i Dependencye, konsulowi generalnemu Radowitz w Bukareszcie: Wołoszą, Bułgaryą i pobrzeża morza Czarnego od ujścia Dunaju aż do Mangalia, konsulowi generalnemu Rosen w Belgradzie:

Fürstenthum Serbien, dem Generalkonsul von Alten zu Jerusalem: die drei Paschaliks Jerusalem, Belka-Nablus und Akka, einschließlich ihrer Küstenlande, dem Generalkonsul Weber zu Bairut: das Syrische Küstenland südlich von Tarsus bis zum Ras en Nakura, sowie Cypern, dem Generalkonsul Blau zu Serajevo: Bosnien und Herzegovina, dem Konsul Friedländer zu Konstantinopel: das Küstenland des Schwarzen Meeres von Mangalia bis zum Ausfluß des Kyzyl Irmak, Rumelien, Macedonien und Türkisch Thessalonien mit den dazu gehörigen Inseln, das Anatolische Küstenland längs des Marmora-Meeres, der Dardanellen und des Archipel bis Adramit; Tenedos, endlich das Gebiet von Brussa, dem Konsul Blücher zu Galatz: die Dobrutscha, die Distrikte von Ismael, Covorlius, Braila, Cahul, Tekutsch und Putna, dem Konsul Lührsen zu Smyrna: das Anatolische Küstenland südlich von Adramit bis Tarsus und die dazu gehörigen Inseln, ausschließlich Cypern, sowie Candia, dem Konsul Grafen v. Bothmer zu Trapezunt das Küstenland des Schwarzen Meeres vom Ausflusse des Kyzyl Irmak bis zur Russischen Grenze, dem Vizekonsul Bartels zu Jassy: die Distrikte Dorohoy, Botuschan, Sutschawa, Niamtz, Jassy, Vaslui, Faltschi, Tutowa, Bakau und Roman.

Nr. 724. Namens des Deutschen Reichs ist: dem Kaufmann Henry Fowler zu Memel das Exequatur als Königlich Großbritannischer Vizekonsul, dem Kaufmann Julius Rudolph zu Stettin das Exequatur als Königlich Dänischer Konsul für Pommern ertheilt worden.

Nr. 725. Dem zum Französischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Herrn André Ferdinand Dervieu, dem zum Französischen Generalkonsul in Frankfurt a. M. ernannten Herrn Charles de Hell, dem zum Französischen Konsul in Bremen ernannten Herrn Alexandre Martial Vessillier ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur für diese Ernennungen ertheilt worden.

Księstwo Serbskie, konsulowi generalnemu Alten w Jerozolimie: trzy paszaliki Jerozolimski, Belka-Nablus i Akka włącznie z ichż pobrzeżami, konsulowi generalnemu Weber w Bairucie: pobrzeże Syryjskie na południe od Tarsus aż do Ras en Nakura, jako też Cypryą, konsulowi generalnemu Blau w Serajewie: Bośnią i Hercegowinę, konsulowi Friedlaender w Konstantynopolu: pobrzeża morza Czarnego od Mangalia aż do ujścia Kyzyl Irmak, Rumelią, Macedonią i Turecką Tessalią z przynależnemi wyspami, pobrzeże Anatolskie wzdłuż morza Marmora, Dardanelli i Archipelu aż do Adryamit; Tenedos, wreszcie terytoryum Brussa, konsulowi Bluecher w Galaczu: Dobrudszę, dystrykty Ismael, Covorliu, Braila, Cahul, Tekutsch i Putna, konsulowi Luehrsen w Smyrnie: pobrzeże Anatolskie na południe od Adramit do Tarsus z przynależnemi wyspami, z wyjątkiem Cypryi, jako też Kandyą, konsulowi Hrabiemu Bothmer w Trapezuncie: pobrzeże morza Czarnego od ujścia Kyzyl Irmak aż do granicy Ruskiéj, wicekonsulowi Bartels w Jassach: dystrykty Dorohoy, Botuschan, Sutschawa, Niamtz, Jassy, Vaslui, Faltschi, Totowa, Bakau i Roman.

No. 724. W imieniu Państwa Niemieckiego udzielono: W. Henry Fowler kupcowi w Klajpedzie Exequatur na Królewsko-Brytańskiego wicekonsula, W. Juliuszowi Rudolph w Szczecinie Exequatur na Królewsko-Duńskiego konsula na Pomeranią.

No. 725. Mianowanemu konsulem generalnym Francuskim w Hamburgu W. André Ferdynand Dervieu, mianowanemu konsulem generalnym Francuskim we Frankfurcie n. M. W. Charles de Hell, mianowanemu konsulem Francuskim w Bremie W. Alexandre Martial Vessillier udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na rzeczone nominacye.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**883** Das 35. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7900. Privilegium für die Stadt Kattowitz zur Ausgabe von 80,500 Thalern auf den Inhaber lautender Stadt-Obligationen. Vom 9. Oktober 1871.

Nr. 7901. Statut für den Albersdorf-Teschendorfer Deich- und Entwässerungsverband. Vom 9. Oktober 1871.

Nr. 7902. Statut für den Dollbergen-Catensen-Wiesenverband. Vom 14. Oktober 1871.

Nr. 7903. Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober

### Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 35. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7900. Przywiléj dla miasta Katowic na emisyą 80,500 tal. na dzierzyciela opiewających obligacyi miejskich. Z 9. Października 1871.

No. 7901. Statut dla stowarzyszenia grobelnego Albersdorf-Teschendorf. Z 9. Października 1871.

No. 7902. Statut dla Stowarzyszenia łąk Dollbergen-Catensen. Z 14. Października 1871.

No. 7903. Najwyższe rozporządzenie z 23. Pa-

1871, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu dem Revidirten Reglement für die Feuersozietät des platten Landes des Herzogthums Sachsen vom 21. August 1863.

października 1871, tyczące się potwierdzenia Dodatku do Przejrzanego Regulaminu dla Towarzystwa ogniowego wsi Księstwa Saskiego z 21. Sierpnia 1863.

884 Das 36. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7904. Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie. Vom 16. November 1871.

Nr. 7905. Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober 1871, betreffend den Tarif, nach welchem die Hafenabgaben in Kiel vom 1. Januar 1872 ab bis auf Weiteres zu erheben sind.

Oddział 36. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7904. Rozporządzenie względem zwołania obu izb sejmowych monarchii. Z 16. Listopada 1871.

No. 7905. Najwyższe rozporządzenie z 23. Października 1871, tyczące się Taryfy, według której pobierać się ma tymczasowo portowe w Kilonii od 1. Stycznia 1872 począwszy.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

885 **Bekanntmachung,**
die Postfreimarken betreffend.

Der Verkauf der neuen zum 1. Januar 1872 in Gültigkeit tretenden Postfreimarken wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichs-Postanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franko-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Post-Annahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werths umgetauscht werden.

Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Marken nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebietes statt, in welchem die Ausgabe der Marken erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember hinaus zu bemessen.

Berlin, den 16. Oktober 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

886 **Bekanntmachung.**
Angabe des Bestimmungsorts auf den nach Frankreich gerichteten Feldpostbriefen.

Da die zur Deutschen Occupations-Armee in Frankreich gehörigen Truppen ihre Standquartiere in nächster Zeit voraussichtlich nur selten wechseln werden, ist es angänglich, die zur Armee gehenden Feldpostbriefe, welche bisher behufs Sortirung nach Truppentheilen auf bestimmte Post-Sammelstellen geleitet wurden, fortan direct, also mit größerer Beschleunigung, an die betreffenden Feldpostanstalten und Feldpostrelais befördern zu lassen. Hierzu ist jedoch erforderlich, daß auf jenen Briefen bei deren Einlieferung zur Post der Standort des Adressaten genau bezeichnet sei. In den meisten Fällen wird dieser Ort den betreffenden Absendern bereits bekannt sein, indem die Occupations-Truppen auf Ersuchen der Postverwaltung durch militairischen Befehl angewiesen worden sind, ihren Angehörigen in der Heimath den Ortsnamen ihres Standquartiers mitzutheilen. Soweit Letzteres nicht geschehen sein sollte, würden die betreffenden Absender den Standort des Adressaten aus dem Militair-Wochenblatt Nr. 121 vom 1. Novbr. ermitteln können, in welchem ein vollständiges Verzeichniß der zur Occupations-Armee gehörigen Truppentheile mit Angabe der Standorte veröffentlicht ist.

Hiernach ergeht an alle Betheiligten das Ersuchen, auf den nach Frankreich gerichteten Feldpostbriefen neben den sonst erforderlichen Angaben des Truppentheils rc. fortan auch **den Standort** des Adressaten bestimmt zu bezeichnen.

Als Uebergangsstadium wird die Zeit bis Ende dieses Monats gewährt.

Vom 1. Dezember ab müssen aber alle Feldpostbriefe nach Frankreich auf der Adresse mit der Angabe des Bestimmungsorts versehen sein.

Berlin, den 14. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

887 **Bekanntmachung,**
betreffend die Befreiung der portopflichtigen Dienstbriefe von dem für unfrankirte Briefe zu erhebenden Zuschlagsporto.

Nach § 1 des Gesetzes über das Posttaxwesen im Gebiete des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1871, Nr. 42) werden **portopflichtige Dienstbriefe** mit dem für unfrankirte Briefe festgesetzten Zuschlagporto von 1 Sgr. nicht belegt, wenn die Eigenschaft derselben als Dienstsache durch eine von der Reichs-Postverwaltung festzustellende Bezeichnung auf dem Couvert vor der Postaufgabe erkennbar gemacht worden ist.

In Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmung ist angeordnet worden, daß vom 1. Januar 1872 ab diejenigen portopflichtigen unfrankirten Briefe mit dem Zuschlagsporto von 1 Sgr. nicht zu belegen sind, welche im internen Verkehr Deutschlands, mit Ausschluß des innern Verkehrs Bayerns und des innern Verkehrs Württembergs,

von öffentlichen Behörden, von Beamten sowie von Geistlichen in Ausübung dienstlicher Functionen abgesandt und **vor** der Postaufgabe

a) auf der Adresse mit dem Vermerk **„Portopflichtige Dienstsache"** versehen,

b) mit öffentlichem Siegel oder Stempel verschlossen werden.

Von dem Erforderniß des Verschlusses mittelst eines amtlichen Siegels oder Stempels (zu b.) wird nur dann abgesehen, wenn der Absender sich nicht im Besitze eines amtlichen Siegels oder Stempels befindet und auf der Adresse unter dem Vermerk zu a. „die Ermangelung eines Dienstsiegels" mit Unterschrift des Namens und Beisetzung des Amtscharakters bescheinigt.

Damit der Vermerk „Portopflichtige Dienstsache" gleichmäßig in die Augen falle, ist derselbe **oben links in der Ecke** auf der Adreßseite der portopflichtigen Dienstbriefe niederzuschreiben.

Milde Stiftungen, Privatvereine und Gesellschaften sind zur Anwendung der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache **nicht** berechtigt.

Bei Briefen nach und aus fremden Ländern findet ein Erlaß des Zuschlagportos **nicht** statt.

Berlin, den 28. November 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

**888** Auf den Bericht vom 10. October d. J. will Ich den nach den zurückerfolgenden Anlagen von dem 16. Provinzial-Landtage des Großherzogthums Posen in seiner Sitzung vom 30. Juni d. J. gefaßten, wie folgt, lautenden Beschlüssen:

1) Vom Jahre 1872 ab soll für die Vertheilung sämmtlicher Provinzialbeiträge ein und derselbe Maßstab zur Anwendung kommen.

2) Sämmtliche Provinzialbeiträge zum Straßen-Baufonds, zur Verzinsung und Amortisation der älteren Provinzial-Anleihe, zur Unterhaltung der älteren wie der neu begründeten Provinzial-Institute, ebenso wie die Landarmenbeiträge sollen vom Jahre 1872 ab nach dem im § 29 des Gesetzes vom 8. März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz vorgeschriebenen, im § 70 desselben Gesetzes näher erläuterten Maßstabe der directen Staatssteuern vertheilt werden.

3) Die bereits erfolgte Vertheilung der 1703 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf. wird, wie sie geschehen, genehmigt uno soll es dabei sein Bewenden behalten, für die Zukunft aber werden die Beträge zur Verzinsung und Amortisation der neuen 400,000 Thlr. Provinzial-Obligationen auf die einzelnen Kreise resp. die Stadt Posen nach demselben Maßstabe, wie alle übrigen Provinzialbeiträge, d. h. nach den directen Staatssteuern (cfr. §§ 29 und 70 des Gesetzes vom 8. März 1871) vertheilt,

mit der Maßgabe Meine Bestätigung ertheilen, daß die Provinzial-Landtagskosten nach wie vor in Gemäßheit der Bestimmungen der Verordnung vom 15. Dezember 1830 (Gesetz-Sammlung pro 1832 Seite 9) aufgebracht werden. Dieser Erlaß ist

Na sprawozdanie z dnia 10. Października r. b. chcę udzielić Me potwierdzenie uchwałom, stósownie do zwracających się anexów przez 16 sejm prowincyalny, Wielkiego Xięstwa Poznańskiego na jego posiedzeniu z dnia 30. Czerwca r. b. ustanowionym, które brzmiąc, jak następuje:

1) Od roku 1872 ma przyjść dla rozkładania wszelkich składek prowincyalnych w zastósowanie jedna i ta sama norma.

2) Wszelkie składki prowincyalne do funduszu budowli dróg, do uprocentowania i amortyzacyi starszych pożyczek prowincyalnych, do utrzymywania instytutów prowincyalnych starszych, jako też nowo założonych, tak samo jak składki na ubogich kraju mają od roku 1872 być rozkładane w miarę stałych podatków rządowych, w § 29 prawa z dnia 8. Marca 1871, tyczącego się wykonania ustawy związkowéj co do mieszkania obowiązanego do wsparcia, przepisaną, a w § 70 tegoż samego prawa bliżéj objaśnioną.

3) Uskuteczniony już podział 1703 tal. 6 sgr. 11 fen. jak miał miejsce, przyjmuje się i ma przy tem pozostać, lecz na przyszłość będą składki dla uprocentowania i amortyzacyi nowych 400,000 tal. obligacyi prowincyalnych na pojedyńcze powiaty resp. miasto Poznań, według téj saméj normy rozdzielone, jak wszyskie inne składki prowincyalne t. j. według stałych podatków rządowych (cfr. §§ 29 i 70 prawa z dnia 8. Marca 1871),

stanowiąc wszelako, że koszta sejmu prowincyalnego jak dawniéj, tak i teraz zbierane być mają stósownic do postanowień rozporządzenia z dnia 15. Grudnia 1830 (zbiór praw za rok 1832 strona 9). Rozkaz niniejszy przez dzien-

durch die Amtsblätter der Provinz Posen zu veröffentlichen.

Berlin, den 23. October 1871.

(gez.) **Wilhelm.**

(ggez.) Gr. Itzenplitz. v. Mühler.
Gr. Eulenburg. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizin-Angelegenheiten, den Minister des Innern und den Finanz-Minister.

Vorstehender Allerhöchster Erlaß wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 24. November 1871.

Der Ober-Präsident.
**Gr. v. Königsmarck.**

niki urzędowe prowincyi Poznańskiéj ma być ogłoszony.

Berlin, dnia 23. Października 1871.

(podp.) **Wilhelm.**

(kontrasyg.) Hr. Itzenplitz. v. Müller.
Hr. Eulenburg. Camphausen.

Do Ministra handlu, przemysłu i robót publicznych, Ministra spraw duchownych, oświecenia i spraw lekarskich, Ministra spraw wewnętrznych i Ministra finansów.

Powyższy Najwyższy rozkaz podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości.

Poznań, dnia 24. Listopada 1871.

Naczelny prezes.
**Hr. Koenigsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**889** Nach Maßgabe eines im Jahre 1864 zu Stande gekommenen Tauschvertrages sind mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Posen 359 Morgen 87 □Rth. Areal von dem Gemeindebezirk Szydlowiec im Kreise Gnesen abgetrennt und mit dem Gutsbezirke der Königlichen Oberförsterei Skorzencin daselbst vereinigt, und dagegen ist von diesem Gutsbezirke ein Areal von 317 Mrg. 160 □Rth. abgetrennt und mit dem Gemeindebezirke Szydlowiec vereinigt worden.

Bromberg, den 28. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**890** Bekanntmachung.

Durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 4. November c. ist der Name des im Kreise Inowraclaw belegenen Ritterguts Zagajewitzki in „**Forbach**" umgeändert worden.

Bromberg, den 28. November 1871.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Obwieszczenie.

Najwyższym rozkazem gabinetowym z dnia 4. Listopada r. b., została nazwa włości rycerskiéj Zagajewiczki, w powiecie Inowrocławskim położonéj na „Forbach" zamienioną.

Bydgoszcz, dnia 28. Listopada 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden ꝛc.

**891** Bekanntmachung.

Die von uns nach § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ertheilten Löschungs-Quittungen über die zum 30. September 1871 gekündigten und eingezahlten Ablösungs-Kapitalien für Bankrenten, sind heute den zuständigen Hypotheken-Behörden mit dem Ersuchen übersandt worden, den Vermerk der Rentenpflichtigkeit in den Hypothekenbüchern der betreffenden Grundstücke kostenfrei zu löschen und demnächst die Quittungen den Interessenten auszuhändigen, wovon diejenigen der letztern, welche die Quittungen nicht etwa zu eigenen Händen erbeten und erhalten haben, hierdurch in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 30. November 1871.

Königl. Direction
der Rentenbank für die Provinz Posen.

**892** Bekanntmachung.

Die zur Ausfertigung von Versendungsscheinen ertheilten Erlaubnißscheine werden, soweit nicht eine ausdrückliche Zurücknahme erfolgt, für das Jahr 1872 hiermit verlängert.

Posen, den 1. Dezember 1871.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Obwieszczenie.

Pozwoleństwa udzielone do wystawiania świadectw przechodowych, przedłużają się niniejszem o ile wyraźnie cofniętemi nie zostaną na rok 1872.

Poznań, dnia 1. Grudnia 1871.

Prowincyalny dyrektor poborów.

**893** Bekanntmachung.

Um bei dem gegenwärtigen außergewöhnlichen Verkehrsumfange den Anforderungen des handeltreibenden Publikums auf ausreichende Gestellung von Transportmitteln nach Möglichkeit zu genügen, ist vor allem die thunlichste Beschleunigung der Wagencirculation erforderlich. Zur Erreichung dieses Zieles sehen wir uns genöthigt, eine weitere Herabsetzung der Be- und Entladefristen eintreten zu lassen. Die desfallsigen mittelst unserer Bekanntmachung vom 4. d. M. publicirten Fristen werden demgemäß bis auf Weiteres dahin abgekürzt, daß:

a) die Selbstbeladung bestellter Güterwagen mit Quantitäten von 100 Centnern innerhalb der nächsten vier Tagesstunden, mit Quantitäten über 100 Ctr. innerhalb der nächsten 6 Tagesstunden nach Benachrichtigung über Bereitstellung der Wagen,

b) die Selbstentladung angekommener Güterwagen Seitens der Empfänger ebenfalls innerhalb der nächsten vier resp. sechs Tagesstunden — je nach der Centnerzahl der Ladungen — nach Absendung des Avisos,

bewerkstelligt werden muß, wobei es in den sub b. bezeichneten Fällen keinen Unterschied macht, ob der Adressat am Stationsorte wohnhaft ist oder auswärts wohnt.

Unter dem Ausdruck „Tagesstunden" ist die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends zu verstehen.

Bromberg, den 25. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**894** Unsere Bekanntmachung vom 26. September c., betreffend die Beförderung von Reisegepäck und Gütern ohne Billetlösung auf Gepäckscheine, wird dahin modificirt, daß von jetzt ab mit den **Courier**zügen **nur Reisepäck** ohne Billetlösung zur Gepäckfracht auf Gepäckscheine expedirt wird, die Beförderung von Gütern mit diesen Zügen in der gedachten Art dagegen für die Folge nicht mehr stattfindet.

Unsere vorgedachte Bekanntmachung findet mit der obigen Modification auch auf den directen Gepäckverkehr zwischen der Ostbahn und der Tilsit-Insterburger Eisenbahn Anwendung.

Bromberg, den 25. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

**895** Bekanntmachung.

Vom 27. November c. ab findet:

I. ein directer Personen-, Gepäck- und Viehverkehr zwischen den Ostbahn-Stationen Gerdauen, Skandau, Bischdorf, Rothfließ einerseits und Station Königsberg der Ostpreußischen Südbahn andererseits,

II. ein directer Personen- und Gepäck-Verkehr zwischen:
  a. Skandau und Rastenburg,
  b. Rothfließ und Bartenstein,
  c. Gerdauen einerseits und Berlin, Kreuz, Bromberg, Danzig und Elbing andererseits über die Ostpreußische Südbahn,
  d. Pröstken einerseits und Berlin, Kreuz, Bromberg, Danzig, Elbing über die Ostpreußische Südbahn und Insterburg, Gumbinnen, Eydtkuhnen über Gerdauen andererseits

unter den für den directen Verkehr mit der Ostpreußischen Südbahn bestehenden Bedingungen statt.

Der directe Personen- und Gepäck-Verkehr zwischen den Stationen Insterburg, Gumbinnen, Eydtkuhnen einerseits und den Stationen Bartenstein, Rastenburg, Lötzen, Lyck über Königsberg andererseis wird von dem genannten Tage aufgehoben und an Stelle desselben ein solcher Verkehr über die Strecke Insterburg-Gerdauen eingeführt.

Bromberg, den 22. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

**896** Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Die durch das Ausscheiden des zu einer anderweiten Bestimmung berufenen Regierungs- und Baurath Cronau in der Königlichen Direction der Ostbahn vacant gewordene Stelle des betriebstechnischen Mitgliedes ist dem Regierungs- und Baurath Spielhagen übertragen worden.
2) Die Gerichts-Assessoren von Podewils und Heinsius sind der Königlichen Direction der Ostbahn als Hilfsarbeiter überwiesen.
3) Ernannt sind:
  a. die Betriebs-Secretaire Schütz und Schmidt in Bromberg zu Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Secretairen,
  b. der Werkmeister Lamfried in Bromberg zum Königlichen Eisenbahn-Werkmeister,
  c. der Bahnmeister Fromuth in Nakel zum Königlichen Bahnmeister,
  d. der Kanzlist Fischer in Bromberg zum Königlichen Eisenbahn-Kanzlisten.

---

**897** Dieser Nummer ist eine Bekanntmachung der Königl. General-Kommission zu Posen vom 4. November d. J. beigefügt, betreffend die Reduction der revidirten Normal-Preise für die Provinz Posen auf das neue Maaß und Gewicht.

Bromberg, den 22. November 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 49.

# Außerordentliche Beilage

zu Nr. 49 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Bekanntmachung,

betreffend die Reduction der revidirten Normalpreise für die Provinz Posen auf das neue Maaß und Gewicht.

Mit Rücksicht auf die Vorschrift im Artikel 21 der Maaß- und Gewichts-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 (Bundes-Gesetzblatt S. 473), wonach dieses Gesetz mit dem 1. Januar 1872 in Kraft tritt, ist es für nothwendig erachtet worden, die in Gemäßheit der §§ 67 und folgende des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 festgestellten und auf Grund des Gesetzes vom 19. März 1860 (Gesetz-Sammlung Seite 98) revidirten Normalpreise mit den Bestimmungen der Maaß- und Gewichts-Ordnung in Einklang zu bringen.

Demgemäß werden die in unserer Bekanntmachung vom 25. September 1865 (Anhang zu Nr. 40 des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Posen vom 3. Oktober 1865 und Anhang Nr. 44 des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Bromberg vom 3. November 1865) festgestellten Normalpreise dergestalt reducirt, daß an die Stelle der unter nachstehenden Nummern und auf nachstehenden Seiten der Bekanntmachung festgestellten Preise die folgenden treten:

### I. Distrikt. Seite 467/3.

**Zu D. Natural-Abgaben zc.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 20. 1 Neuschffl. u. 10,544 Kannen (1 Viertel = 17⅝ Berliner Metzen) Hopfen | — | 25 | — |
| Pos. 21. 137,4 Kannen Bier (1 Tonne von 120 Quart) | 2 | — | — |
| Pos. 22. ½ Kilogrm. Butter (1 Berl. Pfund) | — | 6 | — |
| Pos. 23. 1 Mandel Eier | — | 5 | — |
| Pos. 24. 600 Kilogramm (1 Schock = 1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenrichtstroh | 4 | — | — |
| b) Weizen- oder Roggen- od. Gersten- oder Hafer- oder Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vorkommt incl. Spreu und Ueberkehr | 4 | — | — |
| c) Erbsenstroh | 2 | — | — |
| Pos. 25. 50 Kilogr. Heu (1 Centner) | — | 12 | 6 |
| Pos. 26. 1 Stoppelgans mit Federn | — | 20 | — |
| Pos. 27. 1 Kapaun | — | 6 | — |

## Obwieszczenie,

tyczące się redukcyi rewidowanych cen normalnych dla prowincyi Poznańskiéj na nową miarę i wagę.

Ze względu na przepis w artykule 21 regulaminu miar i wag dla Związku północno-niemieckiego z dnia 17. Sierpnia 1868 (zbiór praw związkowych str. 473), podług którego ustawa ta z dniem 1. Stycznia 1872 staje się obowiązującą, uznano za potrzebne, aby pomiędzy cenami normalnemi, stósownie do §§ 67 i następ. prawa ablucyjnego z dnia 2. Marca 1850 ustanowionemi i na zasadzie ustawy z dnia 19. Marca 1860 (zbiór praw str. 98) zrewidowanemi, a postanowieniami regulaminu miar i wag zaprowadzoną była zgodność.

Stósownie więc do tego redukują się ceny normalne w obwieszczeniu podpisanéj Komisyi Jeneralnéj z dnia 25. Września 1865 (dodatek do dziennika urzędowego Królewskiéj Rejencyi w Poznaniu z dnia 3. Października 1865 i dodatek do No. 44. dziennika urzędowego Król. Rejencyi w Bydgoszczy z dnia 3. Listopada 1865) w taki sposób, że w miejsce cen pod niżéj podanemi liczbami i na oznaczonych tamże stronach obwieszczenia ustanowionych, wstępują następujące ceny:

### I. Obwód. Strona 467/3.

**Ad D. Daniny składające się z naturaliów etc.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 20. 1 nowy szefel i 10,544 litrów (1 wiertel = 17⅝ mac berl.) chmielu | — | 25 | — |
| Poz. 21. 137,4 litrów piwa (1 beczka zawierająca 120 kwart) | 2 | — | — |
| Poz. 22. ½ kilogramu masła (1 funt berliński | — | 6 | — |
| Poz. 23. 1 mendel jaj | — | 5 | — |
| Poz. 24. 600 kilogramów (1 kopa = 1200 funtów): | | | |
| a) słomy żytnéj prostéj | 4 | — | — |
| b) słomy pszennéj, lub żytnéj, lub jęczmiennéj, lub owsianéj, lub tatarczannéj, jak się po omłocie zdarza, włącznie z plewami i ze zgoninami | 4 | — | — |
| c) grochowin | 2 | — | — |
| Poz. 25. 50 kilogr. siana (1 centnar) | — | 12 | 6 |
| „ 26. 1 gęś z ścierniska z pierzem | — | 20 | — |
| „ 27. 1 kapłon | — | 6 | — |

| | Rt | Sg | Pf |
|---|---|---|---|
| Pos. 28. 1 Huhn | — | 4 | — |
| Pos. 29. 1 Hahn | — | 4 | — |
| Pos. 30. Mehl pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel): | | | |
| a) von Roggen | 1 | 5 | — |
| b) von Roggen und Gerste gemengt | 1 | — | — |
| Pos. 31. Mühlengetreide pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Schffl.) aus den Mahlmetzen gewonnen: | | | |
| a) von Weizen | 2 | — | — |
| b) von Roggen | 1 | 10 | — |
| c) von Gerste | 1 | 5 | — |
| d) gemengt, hauptsächlich aus Roggen und Gerste | 1 | 2 | 6 |
| Pos. 32. 1,145 Kannen Branntwein (1 Quart) | — | 2 | 6 |
| Pos. 33. 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen Kiehnäpfel (1 Scheffel) | — | 6 | — |
| Pos. 34. Schreibpapier das Ries: | | | |
| a) feines | 1 | 20 | — |
| b) ordinäres | 1 | 5 | — |

**II. Distrikt.** Seite 470/6.

**Zu D. Natural-Abgaben zc.**

| | Rt | Sg | Pf |
|---|---|---|---|
| Pos. 23. Mühlengetreide pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel), wie solches aus den Mahlmetzen gewonnen wird, mit Einschluß des Abzuges nach § 26 des Gesetzes und zwar: | | | |
| a) von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Hirse u. Erbsen, 15 Prozent weniger als der 24-jährige Durchschnitts-Marktpreis dieser Getreidearten, | | | |
| b) gemengtes Getreide, aus Roggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Erbsen, und Wicken, ohne Rücksicht auf das Mengungs-Verhältniß, 25% weniger als der marktgängige Roggen. | | | |
| Pos. 24. Mehl, wie solches die Müller abliefern, pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel): | | | |
| a) Weizen | 1 | 10 | — |
| b) von Roggen, ohne Unterschied der Gattung | — | 20 | — |
| c) Staubmehl | — | 8 | — |
| Pos. 25. Kleie, ohne Rücksicht auf die Getreidegattung, 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) | — | 8 | — |
| Pos. 26. Hirse pro Scheffel 15 Prozent mehr als der Marktpreis des Roggens. | | | |
| Pos. 27. Buchweizen mit dem Preise des Roggens. | | | |
| Pos. 28. Winter-Rips 1 Neuschffl. und 4,962 Kannen (1 Scheffel) | 2 | — | — |
| Pos. 29. Sommer-Rips 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) | 1 | 15 | — |

| | Rt | Sg | Pf |
|---|---|---|---|
| Poz. 28. 1 kokosz (kura) | — | 4 | — |
| „ 29. 1 kogut | — | 4 | — |
| „ 30. mąki za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel): | | | |
| a) żytnéj | 1 | 5 | — |
| b) żytnéj i jęczmiennéj zmięszanéj | 1 | — | — |
| Poz. 31. zboża z młyna za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) z miarek zebranego: | | | |
| a) pszenicy | 2 | — | — |
| b) żyta | 1 | 10 | — |
| c) jęczmienia | 1 | 5 | — |
| d) mieszanego, osobliwie żyta z jęczmieniem | 1 | 2 | 6 |
| Poz. 32. 1,145 litrów wódki (1 kwarta) | — | 2 | 6 |
| Poz. 33. 1 nowy szefel i 4,962 litrów szyszek sosnowych (1 szefel) | — | 6 | — |
| Poz. 34. papieru do pisania, ryza: | | | |
| a) przedniego | 1 | 20 | — |
| b) ordynaryjnego | 1 | 5 | — |

**II. Obwód.** Strona 470/6.

**Do D. Daniny składające się z naturaliów etc.**

| | Rt | Sg | Pf |
|---|---|---|---|
| Poz. 23. zboża z młynów za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel), jak takowe z miarek się zbiera, włącznie z odciągiem według § 26 ustawy, mianowicie: | | | |
| a) pszenicy, żyta, jęczmienia, owsa, tatarki, prosa i grochu, 15 procent mniéj, jak wynosi cena targowa tychże gatunków zboża przez 24letnią średnicę wzięta, | | | |
| b) mieszanego zboża, składającego się z żyta, jęczmienia, owsa, tatarki, grochu i wiki, bez względu na stósunek mieszaniny, 25 procent mniéj jak zwyczajna cena targowa żyta. | | | |
| Poz. 24. mąki, jak ją młynarze dają, za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel): | | | |
| a) pszennéj | 1 | 10 | — |
| b) żytnéj, bez różnicy gatunku | — | 20 | — |
| c) stochmalu | — | 8 | — |
| Poz. 25. otrębów bez względu na gatunek zboża 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) | — | 8 | — |
| Poz. 26. prosa za szefel 15 procent więcéj, jak cena targowa żyta. | | | |
| Poz. 27. tatarka, cena jak żyto. | | | |
| Poz. 28. rzepiu zimowego 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) | 2 | — | — |
| Poz. 29. rzepiku latowego 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) | 1 | 15 | — |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 30. pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel): | | | |
| a) Speisekartoffeln | — | 10 | — |
| b) gewöhnliche Kartoffeln | — | 7 | — |
| Pos. 31. 137,4 Kannen Bier (1 Tonne à 120 Quart) | 2 | — | — |
| Pos. 32. 1,145 Kannen Branntwein (1 Quart) | — | 2 | 6 |
| Pos. 33. ½ Kilogr. Butter (1 Pfund) | — | 6 | — |
| Pos. 34. 1 Mandel Hühnereier | — | 3 | 6 |
| Pos. 35. 1 ausgewachsenes Huhn | — | 3 | — |
| Pos. 36. 1 Kapaun | — | 5 | — |
| Pos. 37. 1 hausbackenes Brod zu 3 Kilogramm (6 Pfund) | — | 3 | — |
| Pos. 38. ½ Kilogr. (1 Pfund) Speck | — | 4 | — |
| Pos. 39. 0,67 Stab Bratwurst (1 Elle), wie solche Geistliche und Schullehrer empfangen | — | 3 | — |
| Pos. 40. 1 Brackschaf: | | | |
| a) ohne Leder und Wolle | — | 15 | — |
| b) mit Leder und Wolle | — | 20 | — |
| Pos. 41. 1 Brackhammel: | | | |
| a) mit Leder und Wolle | 1 | — | — |
| b) ohne Leder und Wolle | — | 25 | — |
| Pos. 42. 1 Gans im Herbste: | | | |
| a) mit Federn | — | 12 | — |
| b) ohne Federn | — | 10 | — |
| Pos. 43. 1 gemästete Gans: | | | |
| a) mit Federn | — | 18 | — |
| b) ohne Federn | — | 16 | — |
| Pos. 44. Sogenannte Wettergarben, wie solche an Kirchenbediente und Schullehrer abgeführt werden, mit Einschluß des Strohwerthes, der Spreu 2c., pro Garbe: | | | |
| a) von Roggen | — | 4 | — |
| b) von Gerste | — | 3 | — |
| c) von Hafer | — | 2 | — |
| d) von Buchweizen | — | 2 | — |
| e) von Erbsen | — | 3 | — |
| Pos. 45. Flachs: | | | |
| a) grüner, 1 Bund mit den Knoten à 10 Kilogramm (20 Pfund) | — | 5 | — |
| b) geschwungener pro ½ Kilogramm (1 Pfund) | — | 3 | — |
| Pos. 46. 600 Kilogr. Stroh (1 Schock = 1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenricht- oder Langstroh | 4 | — | — |
| b) Weizen- oder Roggen- oder Hafer- oder Buchweizenstroh, wie solches nach dem Ausdrusche vorkommt, incl. Spreu und Ueberkehr | 3 | — | — |
| c) Erbsenstroh | 3 | — | — |
| Pos. 47. Wiesenheu pro 50 Kilogr. (1 Ctr.): | | | |
| a) bester Sorte | — | 20 | — |
| b) mittlerer Sorte | — | 15 | — |
| c) schlechter Sorte von sauren und nassen Wiesen | — | 10 | — |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 30. za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel): | | | |
| a) perek do jadła | — | 10 | — |
| b) perek pospolitych | — | 7 | — |
| Poz. 31. 137,4 litrów piwa (1 beczka à 120 kwart) | 2 | — | — |
| Poz. 32. 1,145 litrów wódki (1 kwarta) | — | 2 | 6 |
| „ 33. ½ kilogramu masła (1 funt) | — | 6 | — |
| „ 34. 1 mędel jaj kurzych | — | 3 | 6 |
| „ 35. kokosz dorosła | — | 3 | — |
| „ 36. kapłon | — | 5 | — |
| „ 37. bochenek chleba domowego, ważący 3 kilogramy (6 funtów) | — | 3 | — |
| Poz. 38. ½ kilogramu (1 funt) słoniny | — | 4 | — |
| „ 39. 0,67 metr (sztab) kiełbasy (1 łokieć), jak ją księża i nauczyciele dostają | — | 3 | — |
| Poz. 40. owca wybrakowana: | | | |
| a) bez skóry i wełny | — | 15 | — |
| b) ze skórą i wełną | — | 20 | — |
| Poz. 41. skop wybrakowany: | | | |
| a) ze skórą i wełną | 1 | — | — |
| b) bez skóry i wełny | — | 25 | — |
| Poz. 42. gęś w jesieni: | | | |
| a) z pierzem | — | 12 | — |
| b) bez pierza | — | 10 | — |
| Poz. 43. gęś tuczona: | | | |
| a) z pierzem | — | 18 | — |
| b) bez pierza | — | 16 | — |
| Poz. 44. snopki, jak sługom kościelnym i nauczycielom bywają dawane, włącznie z wartością słomy, plew i t. d., za snopek: | | | |
| a) żyta | — | 4 | — |
| b) jęczmienia | — | 3 | — |
| c) owsa | — | 2 | — |
| d) tatarki | — | 2 | — |
| e) grochu | — | 3 | — |
| Poz. 45. len: | | | |
| a) świeży snopek z główkami, ważący 10 kilogramów (20 funtów) | — | 5 | — |
| b) trzepany, ½ kilogramu (1 funt) | — | 3 | — |
| Poz. 46. 600 kilogramów słomy (kopa = 1200 funtów): | | | |
| a) żytnéj prostéj | 4 | — | — |
| b) pszennéj, lub żytnéj, lub owsianéj, lub tatarczanéj, jak się po wymłocie trafia, wraz z plewami i zgoninami | 3 | — | — |
| c) grochowin | 3 | — | — |
| Poz. 47. siano z łąk 50 kilogramów (1 centnar): | | | |
| a) najlepszego gatunku | — | 20 | — |
| b) średniego | — | 15 | — |
| c) podłego gatunku z łąk kwaśnych i mokrych | — | 10 | — |

Poz. 48. Drzewo opałowe, jako danina w naturze, 3,339 metrów ku-

Rt. Sg. Pf.

Pos. 48. Brennholz, als Naturalabgabe für 3,339 Kubikstab (1 Klafter) mit Einschluß des Schlagens und Rückerlohnes, sowie des Stammgeldes und bei einer festen Holzmasse von 2,318 Kubikstab (75 Kubikfuß), für Kloben 1,855 Kubikstab (60 Kubikfuß), für Knüppel 0,927 Kubikstab (30 Kubikfuß), für Reisig, in welchem letztere sich die Stücke und Zweige von 0,157 Kubikstab (6 Zoll) abwärts befinden:

a) Kiefern oder Ellern:
- Kloben . . . . . . . . . . 3 — —
- Knüppel . . . . . . . . . 1 25 —
- Reisig . . . . . . . . . . 1 — —

b) Birken oder Buchen:
- Kloben . . . . . . . . . . 4 — —
- Knüppel . . . . . . . . . 2 15 —
- Reisig . . . . . . . . . . 1 5 —

c) Eichen:
- Kloben . . . . . . . . . . 4 — —
- Knüppel . . . . . . . . . 2 15 —
- Reisig . . . . . . . . . . 1 5 —

Pos. 49. Raff- und Leseholz, als Naturalabgabe, aus trockenen abgefallenen Aesten und aus Abraum bis zu 0,078 Kubikstab (3 Zoll) Durchmesser am untern Ende bestehend, ohne Unterschied der Holzgattung, nach Abzug der Kosten des Aufsammelns:
- a) für 1 Fuder à 0,618 Kubikstab (20 Kubikfuß) fester Masse . . . — 15 —
- b) für 1 Karre 0,093 Kubikstab (3 Kubikfuß) fester Masse . . . . . — 2 —
- c) für eine Bürde 0,062 Kubikstab (2 Kubikfuß) fester Masse . . . — 1 6

Pos. 50. Nadel- und Laubstreu, als Naturalabgabe nach Abzug der Kosten des Zusammenbringens:
- a) für 50 Kilogramm (1 Centner) Nadelstreu . . . . . . . . . — 2 —
- b) für 50 Kilogramm (1 Centner) Laubstreu . . . . . . . . . — 1 —

Pos. 51. Leuchtkiehn, als Naturalabgabe, ein Fuder oder 1,669 Kubikstab (½ Klafter), ohne Arbeitslohn . . . 3 — —

Pos. 52. Stock- oder Stubbenholz als Naturalabgabe 3,337 Kubikstab (ein Klafter) à 1,237 Kubikstab (40 Kubikfuß) fester Masse, ohne Arbeitslohn . — 20 —

Pos. 53. Schreibpapier das Ries:
- a) feines . . . . . . . . . . 1 20 —
- b) grobes . . . . . . . . . . 1 — —

**Zu C. Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen.**

Pos. 60. Für eine Kuh von 150 Kilogramm (300 Pfund) Gewicht im lebenden Zustande für den Zeitraum vom 1. April bis 11. November, die Be-

Rt. Sg. Pf.

bicznych (1 sążeń) wraz z opłatą za ubicie i za posunięcie na miejsce ustawienia tudzież z opłatą pieńkowego, przyjmując wolumin drzewa na 2,318 metrów kubicznych (75 stóp kubicznych) w kloftach, na 1,855 metrów kubicznych (60 stóp kubicznych) drzewa wałkowego, i na 0,927 metrów kubicznych (30 stóp kubicznych) chrustu, u którego to ostatniego sztuki i odnogi do 0,157 metr kubicznych (6 cali) się znajdują:

a) sosnowego lub olszowego:
- w kloftach . . . . . . . . . 3 — —
- wałkowego . . . . . . . . . 1 25 —
- chrustu . . . . . . . . . . 1 — —

b) brzozowego lub grabowego:
- w kloftach . . . . . . . . . 4 — —
- w gałęziach . . . . . . . . 2 15 —
- chrustu . . . . . . . . . . 1 5 —

c) dębowego:
- w kloftach . . . . . . . . . 4 — —
- w gałęziach . . . . . . . . 2 15 —
- chrustu . . . . . . . . . . 1 5 —

Poz. 49. drzewo zbierane, jako danina w naturze, składające się z suchych odpadłych gałęzi i z odchodu do 0,078 metr kubicznych (3 cali) w średnicę u dolnego końca, bez różnicy gatunku drzewa po odciągnieniu kosztów zbierania:
- a) za 1 furę po 0,618 metr kubicznych (20 stóp kubicznych) woluminu drzewa . . . . . . . — 15 —
- b) za jednę taczkę, 0,093 metr kubicznych (3 stopy kubiczne) woluminu drzewa . . . . . . . — 2 —
- c) za 1 brzemię, 0,062 metr kubicznych (2 stopy kubiczne) woluminu drzewa . . . . . . . — 1 6

Poz. 50. ściółka z iglic i liścia, jako danina w naturze, po odciągnieniu kosztów znoszenia:
- a) za 50 kilogr. (1 centner) iglic — 2 —
- b) za 50 kilogramów (1 centnar) liścia . . . . . . . . . — 1 —

Poz. 51. łuczywa, jako daniny w naturze 1 fura czyli 1,669 metr kubicznych (½ sążnia) bez zapłaty za robotę . . . . . . . . . . 3 — —

Poz. 52. pieńków, jako daniny w naturze 3,337 metr kubicznych (1 sążeń) à 1,237 metr kubicznych (40 stóp kubicznych) woluminu drzewa bez należytości za robotę . . . . — 20 —

Poz. 53. papieru piśmiennego ryza:
- a) przędniego . . . . . . . . 1 20 —
- b) grubego . . . . . . . . . . 1 — —

friedigung des vollen Bedarfs vorausgesetzt:

a) auf raumen Ländereien . . . 2 15 —

b) in Forsten . . . . . . . 2 — —

Der Weidebedarf für anderes Vieh ist auf Kuhweiden reducirt: $^2/_3$ Pferd oder Ochse, 1 überjähriges Fohlen, $1^1/_2$ Ferse oder Stier, 10 Schafe, 5 Zuchtschweine oder Zuchtgänse, soweit nämlich nach der Beschaffenheit der Hütung eine Ausgleichung dieser verschiedenen Viharten zulässig ist.

## III. Distrikt. Seite 476/12.

### Zu D. Natural-Abgaben 2c.

Pos. 22. Mühlengetreide pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel), aus Mahlmetzen gewonnen, nach den Durchschnitts-Marktpreisen unter Beachtung der ad Littr. C. bei einzelnen Bezirken bestimmten Preisermäßigungen, mit einer Ermäßigung im Verhältniß zu jenen Preisen:

a) beim Weizen, Roggen und bei der Gerste von 15 Prozent,

b) bei dem gemengten Mühlengetreide, hauptsächlich aus Roggen und Gerste bestehend, von 25 Prozent des Durchschnitts-Roggenpreises, und zwar außer dem Abzuge nach § 26 des Gesetzes.

Pos. 23. Mehl, wie solches die Müller abliefern, pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel):

a) von Weizen . . . . . . . 1 15 —

b) von Roggen:

feines . . . . . . . . 1 — —

mittleres . . . . . . . — 20 —

grobes . . . . . . . . — 12 —

c) Staubmehl . . . . . . . — 7 6

Pos. 24. Kleie von Roggen oder Weizen pro 1 Neuschffl. und 4,962 Kannen (1 Scheffel) . . . . . . . — 9 —

Pos. 25. Hirse pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) nach dem Weizenpreise, jedoch mit einer Ermäßigung:

a) im Kreise Fraustadt um 3%,

b) im Kreise Kosten um 3%,

c) im Kreise Kröben um 2%.

Pos. 26. Buchweizen, nach dem Preise der Gerste.

Pos. 27. Erbsen nach dem Preise des Roggens.

Pos. 28. Winter-Rips 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) . . . . 2 — —

Pos. 29. Sommer-Rips 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) . . 1 15 —

Pos. 30. Speise-Kartoffeln 1 Neuschffl. und 4,962 Kannen (1 Scheffel) . . — 10 —

### Ad C. Prawa czyli służebności gruntowe przy regulacyach.

Poz. 60. od jednéj krowy ważącéj żywo 150 kilogramów (300 funtów) w czasie od 1. Kwietnia do 11. Listopada, przypuszczając zaspokojenie zupełnéj potrzeby:

a) na gruntach gołych . . . . . 2 15 —

b) w lasach . . . . . . . . . 2 — —

Potrzeba pastwy dla innego bydła, z redukowana na pastwisko krowie, jest $^2/_3$ konia lub wołu, 1 źrebca rok przeszło starego, $1^1/_2$ jałowicy albo byczka, 10 owiec, 5 świń macior albo gęsi do przychowku, o ile dobroć pastwiska wyrównanie tychże rozmaitych gatunków bydła dozwala.

## III. Obwód. Strona 476/12.

### Ad D. Daniny składające się z naturaliów etc.

Poz. 22. zboże z młynów za nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) jak takowe zmiarek się zbiera podług cen targowych, z zachowaniem zniżenia cen w pojedyńczych okręgach ad Litt. C. oznaczonego, ze zniżeniem w stosunku do swych cen.

a) na pszenicy, życie i jęczmieniu 15 procent,

b) z boża mieszanego zmłyna, składającego się szczególniéj z żyta i jęczmienia, 25 procent średniéj ceny żyta, a to oprócz odciągu według § 26 ustawy.

Poz. 23. mąka, jak ją młynarze dają, za nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel)

a) pszennéj . . . . . . . . 1 15 —

b) żytniej:

przedniéj . . . . . . . 1 — —

średniéj . . . . . . . — 20 —

grubéj . . . . . . . . — 12 —

c) stochmalu . . . . . . . . — 7 6

Poz. 24. otręby żytne lub pszenne za nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) — 9 —

Poz. 25. proso za nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) podług ceny pszenicy, jednakże z odciągiem:

a) w powiecie Wschowskim 3 na stu,

b) w powiecie Kościańskim 3 na stu,

c) w powiecie Krobskim 2 na stu.

Poz. 26. tatarka, jak cena jęczmienia,

Poz. 27. groch, jak cena żyta,

Poz. 28. rzep zimowy 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) . . . . 2 — —

Poz. 29. rzep latowy 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) . . . . 1 15 —

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 31. Bier 137,4 Kannen (1 Tonne von 120 Quart) | 2 | — | — |
| Pos. 32. Branntwein 1,145 Kannen (1 Quart) | — | 2 | 6 |
| Pos. 33. Butter ½ Kilogr. (1 Pfund) | — | 6 | — |
| Pos. 34. Hühnereier, die Mandel | — | 2 | 6 |
| Pos. 35. 1 Kapaun | — | 5 | — |
| Pos. 36. 1 Huhn | — | 3 | — |
| Pos. 37. 1 hausbackenes Brod à 3 Kilogramm (6 Pfund) | — | 3 | — |
| Pos. 38. ½ Kilogr. Speck (1 Pfund) | — | 4 | — |
| Pos. 39. 1 geräucherter Schweinevorderschinken, Schweineschulter | — | 20 | — |
| Pos. 40. 1 Brackschaf ohne Leder und Wolle | — | 20 | — |
| Pos. 41. 1 Brackschaf mit Leder und Wolle | 1 | — | — |
| Pos. 42. 1 Brackhammel ohne Leder und Wolle | — | 25 | — |
| Pos. 43. 1 Brackhammel mit Leder und Wolle | 1 | 5 | — |
| Pos. 44. Gänse: | | | |
| a) 1 Herbstgans mit Federn | — | 12 | — |
| b) 1 Herbstgans ohne Federn | — | 10 | — |
| c) 1 gemästete Gans mit Federn | — | 20 | — |
| d) 1 gemästete Gans ohne Federn | — | 17 | 6 |
| Pos. 45. 1 Bürde Wasserrüben | — | 2 | 6 |
| Pos. 46. 1 Wettergarbe von Roggen und Stroh | — | 4 | — |
| Pos. 47. grüner Flachs mit Knoten, 1 Bund à 10 Kilogramm (20 Pfund) | — | 5 | — |
| Pos. 48. geschwungener Flachs pro ½ Kilogramm (1 Pfund) | — | 3 | — |
| Pos. 49. Stroh, das Schock 600 Kilogramm (1 Schock zu 1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenrichtstroh | 4 | — | — |
| b) Weizen- oder Roggen- od. Gersten- oder Hafer- oder Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vorkommt, mit Einschluß von Spreu und Ueberkehr | 3 | — | — |
| c) Erbsenstroh | 3 | — | — |
| Pos. 50. Wiesenheu pro 50 Kilogramm (1 Centner): | | | |
| a) bester Sorte | — | 17 | 6 |
| b) mittlerer Sorte | — | 12 | 6 |
| c) schlechter Sorte von sauren und nassen Wiesen | — | 7 | 6 |

**Zu C. Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 54. Für 1 Kuh von 150 Kilogr. (300 Pfund) Gewicht im lebenden Zustande für den Zeitraum vom 1. April bis zum 11. November, die Befriedigung des vollen Bedarfs vorausgesetzt: | | | |
| a) auf raumen Ländereien | 3 | 15 | — |
| b) in Forsten | 2 | 15 | — |

Im Uebrigen verbleibt es bei den im II. Distrikt sub Nr. 60 enthaltenen Bestimmungen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 30. perki do jadła 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) | — | 10 | — |
| Poz. 31. piwo 137,4 litrow (1 beczka zawierająca 120 kwart) | 2 | — | — |
| Poz. 32. wódka 1,145 litr. (1 kwarta) | — | 2 | 6 |
| Poz. 33. masło ½ kilogramu (1 funt) | — | 6 | — |
| Poz. 34. jaj kurzych mendel | — | 2 | 6 |
| Poz. 35. kapłon | — | 5 | — |
| Poz. 36. kokosz | — | 3 | — |
| Poz. 37. chleba domowego bochenek à 3 kilogramy (6 funtów) | — | 3 | — |
| Poz. 38. ½ kilogramu słoniny (1 funt) | — | 4 | — |
| Poz. 39. szynka wędzona wieprzowa prodkowa (łopatka) | — | 20 | — |
| Poz. 40. owca wybrakowana, bez skóry i wełny | — | 20 | — |
| Poz. 41. owca takaż z skórą i wełną | 1 | — | — |
| „ 42. skop wybrakowany, bez skory i wełny | — | 25 | — |
| Poz. 43. skop takiż, z kórą i wełną | 1 | 5 | — |
| „ 44. gęś jedna: | | | |
| a) jesienna z pierzem | — | 12 | — |
| b) jesienna bez pierza | — | 10 | — |
| c) tuczna z pierzem | — | 20 | — |
| d) tuczna bez pierza | — | 17 | 6 |
| Poz. 45. brzemię rzepy | — | 2 | 6 |
| „ 46. snop żyta z słomą | — | 4 | — |
| „ 47. lnu swieżego z główkami ważący 10 kilogramów (20 funtów) | — | 5 | — |
| Poz. 48. lnu trzepanego ½ kilogramu (1 funt) | — | 3 | — |
| Poz. 49. słomy kopa 600 kilogramów (kopa ważąca 1200 funtów: | | | |
| a) żytniéj prostéj | 4 | — | — |
| b) pszennéj, lub żytniéj, lub jęczmiennéj, lub owsianéj, lub tatarczanéj, jak się po wymłoceniu trafia, wraz z plewami i zgoninami | 3 | — | — |
| c) grochowin | 3 | — | — |
| Poz. 50. siano z łąk, 50 kilogramów (1 centnar): | | | |
| a) najlepszego gatunku | — | 17 | 6 |
| b) średniéj dobroci | — | 12 | 6 |
| c) podłego, z łąk kwaśnych i mokrych | — | 7 | 6 |

**Do C. Prawa czyli służebności gruntowe przy regulacyach.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz 54. Od jednéj krowy ważącéj żywo 150 kilogramów (300 funtów) w czasie od 1 Kwietnia do 11. Listopada, przypuszczając zaspokojenie zupełnéj potrzeby: | | | |
| a) na gruntach gołych | 3 | 15 | — |
| b) w lasach | 2 | 15 | — |

Z resztą posostaje się przy ustanowieniach w II. obwodzie pod Nr. 60 umieszczonych.

**IV. Distrikt.** Seite 480/16.

Zu D. Natural-Abgaben 2c.

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Pos. 20. 114,5 Kannen Bier (1 Tonne à 100 Quart) | 2 | — | — |
| Pos. 21. ½ Kilogramm Butter | — | 6 | — |
| Pos. 22. 1 Mandel Eier | — | 3 | — |
| Pos. 23. 1 lebende Gans zu Martini | — | 10 | — |
| Pos. 24. 1 Kapaun | — | 5 | — |
| Pos. 25. 1 Huhn | — | 3 | — |
| Pos. 26. 1,145 Kannen Branntwein (1 Quart) | — | 2 | 6 |
| Pos. 27. 1 Brackschaf ohne Wolle | — | 25 | — |
| Pos. 28. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen Roggenmehl vom Metzgetreide (1 Schffl.) | — | 20 | — |
| Pos. 29. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen Kiehnäpfel abzuliefern (1 Scheffel) | — | 3 | — |
| Pos. 30. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Asche | — | 4 | — |
| Pos. 31. 50 Kilogramm (1 Ctr.) Heu | — | 15 | — |
| Pos. 32. 1,145 Kannen (ein Quart) Manna oder Schwaden | — | 4 | — |
| Pos. 33. 1 Neuschffl. u. 10,544 Kannen (1 Viertel oder Zober = 17⅝ Berl. Metzen) Speisefische | 5 | 15 | — |

Pos. 34. Metzgetreide:

a) von einer Getreidegattung 10 % weniger, als der Normal-Marktpreis,

b) von gemischten Getreidegattungen, ohne Rücksicht auf das Mischungsverhältniß, 30 Prozent unter dem Normalpreis des Roggens.

Pos. 35. 1 Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund):

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| a) Roggenrichtstroh | 4 | — | — |
| b) vom Weizen | 3 | — | — |
| c) Erbsenstroh | 4 | — | — |
| d) Weizen-, Roggen-, Gersten-, Hafer- und Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vorkommt (Krumm-Stroh) | 3 | — | — |

Pos. 36. Kartoffeln, ein Durchschnittssatz von 10 Sgr. pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel).

Zu E., F. und G. sind Angaben nicht gemacht.

**V. Distrikt.** Seite 483/19.

Zu D. Natural-Abgaben 2c.

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Pos. 18. 114,5 Kannen Bier (1 Tonne à 100 Quart) | 1 | 10 | — |
| Pos. 19. ½ Kilogr. Butter (1 Pfund) | — | 6 | — |
| Pos. 20. 1 Mandel Eier | — | 2 | — |
| Pos. 21. 1 lebende Gans zu Martini | — | 12 | 6 |
| Pos. 22. 1 Kapaun | — | 5 | — |
| Pos. 23. 1 Huhn | — | 3 | — |
| Pos. 24. 1,145 Kannen Branntwein (1 Quart) | — | 2 | — |
| Pos. 25. 1 Bracke (Schaf) ohne Wolle | — | 25 | — |

Pos. 26. 1 Neuschff. u. 4,962 Kannen

**IV. Obwód.** Strona 480/16.

Do D. Daniny składające się z naturaliów etc.

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| Poz. 20. 114,5 litrów piwa (1 beczka zawierająca 100 kwart) | 2 | — | — |
| Poz. 21. ½ kilogramu masła | — | 6 | — |
| „ 22. mędel jaj | — | 3 | — |
| „ 23. gęś żywa na St. Marcin | — | 10 | — |
| „ 24. jeden kapłon | — | 5 | — |
| „ 25. kokosz (kura) | — | 3 | — |
| „ 26. 1,145 litra wódki (1 kwarta) | — | 2 | 6 |
| „ 27. owca wybrakowana bez wełny | — | 25 | — |
| Poz. 28. 1 nowy szefel, i 4,962 litr mąki rzanéj z zboża z miarek (1 szefel) | — | 20 | — |
| Poz. 29. 1 nowy szefel i 4,962 litrów szyszek sosnowych (1 szefel) | — | 3 | — |
| Poz. 30. 1 nowy szefel i 4,962 litrów popiołu (1 szefel) | — | 4 | — |
| Poz. 31. 50 kilogramów (1 centnar) siana | — | 15 | — |
| Poz. 32. 1,145 litr (1 kwarta) manny | — | 4 | — |
| „ 33. 1 nowy szefel i 10,544 litr 1 wiertel czyli ceber = 17⅝ mac (berlinskich) ryb do jadła | 5 | 15 | — |

Poz. 34. zboże z miarek:

a) jednego gatunku zboża 10 procent mniéj jak cena normalna targowa,

b) mięszanych gatunków bez względu na stosunek mięszaniny, 30 procent niżéj jak cena normalna żyta.

Poz. 35. kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów)

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| a) słomy żytnéj prostéj | 4 | — | — |
| b) słomy pszenicznéj | 3 | — | — |
| c) grochowin | 4 | — | — |
| d) słomy pszenicznéj, żytnéj, jęczmiennéj, owsianéj, i tatarczanéj, jak się przy wymłóceniu zdarza (targana słoma) | 3 | — | — |

Poz. 36. kartofle, w przecięciu 10 sgr. za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel)

Do E., F. i G. nie uczyniono żadnych podań.

**V. Obwód.** Strona 483/19.

Do D. Daniny składające się z naturaliów etc.

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| Poz. 18. 114,5 litrów piwa (1 beczka zawierająca 100 kwart) | 1 | 10 | — |
| Poz. 19. ½ kilogramu masła (1 funt) | — | 6 | — |
| „ 20. mędel jaj | — | 2 | — |
| „ 21. gęś żywa na St. Marcin | — | 12 | 6 |
| „ 22. kapłon | — | 5 | — |
| „ 23. kokosz | — | 3 | — |
| „ 24. 1,145 litr wódki (1 kwarta) | — | 2 | — |
| „ 25. owca wybrakowana bez wełny | — | 25 | — |

Thlr. Sgr. Pf.

(1 Scheffel) Roggenmehl vom Metzgetreide . . . . . . . . . . — 20 —
Pos. 27. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Kiehnäpfel abzuliefern . — 2 6
Pos. 28. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Asche . . . . . . . — 3 —
Pos. 29. 50 Kilogramm (1 Ctr.) Heu — 10 —
Pos. 30. Metzgetreide:
a) von einer Getreide-Gattung pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) 5 Sgr. weniger als der Normalmarktpreis,
b) von gemischten Getreidegattungen, ohne Rücksicht auf das Mischungsverhältniß, pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel) 5 Sgr. mehr als der Normalpreis des Hafers.
Pos. 31. 1 Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund):
a) Roggenrichtstroh . . . . . . . 3 — —
b) Weizenrichtstroh . . . . . . . 2 15 —
c) Erbsenstroh . . . . . . . . 2 15 —
d) Weizen-, Roggen-, Gersten-, Hafer- und Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vork. (Krummstroh . . . . . . . . . . 2 — —
Pos. 32. Kartoffeln nach dem 24jährigen Durchschnitts-Marktpreise.
Pos. 33. ½ Kilogramm Rindfleisch (1 Pfund) . . . . . . . . . — 1 6
Pos. 34. ½ Kilogramm Brod (1 Pfd.) — — 8
Pos. 35. 1 fette Gans . . . . . . — 20 —
Pos. 36. ½ Kilogramm Fische (1 Pfd.) — 1 6
Pos. 37. 1 gemästetes Schwein . . . 10 — —
Pos. 38. Die Hälfte eines geschlachteten und zum Schlachten geeigneten Ochsen 6 — —
Pos. 39. 1 Lamm 8 bis 10 Wochen alt — 10 —

Zu E., F. und G. sind Angaben nicht gemacht.

**VI. Distrikt.** Seite 485/21.

**Zu D. Natural-Abgaben ꝛc.**

Thlr. Sgr. Pf.

Pos. 17. 137,4 Kannen Bier (1 Tonne à 120 Quart) . . . . . . . . . 1 20 —
Pos. 18. ½ Kilogr. Butter (1 Pfund) — 5 6
Pos. 19. 1 Mandel Eier . . . . . . — 2 6
Pos. 20. 1 lebende Gans zu Martini . — 12 6
Pos. 21. 1 Kapaun . . . . . . . . — 5 —
Pos. 22. 1 Huhn . . . . . . . . . — 4 —
Pos. 23. 1,145 Kannen Branntwein (1 Quart) . . . . . . . . . . — 2 6
Pos. 24. 1 Bracke (1 Schaf) ohne Leder — 20 —
Pos. 25. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Roggenmehl vom Metzgetreide . . . . . . . . . . -- 21 —
Pos. 26. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Hirse . . . . . . . . 1 10 —
Pos. 27. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Kiehnäpfel . . . . . . — 4 —

Tal. sgr. fen.

Poz. 26. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) mąki żytnéj ze zboża z miarek . . . . . . . . . . . -- 20 —
Poz. 27. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) szyszek sosnowych . . — 2 6
Poz. 28. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) popiołu . . . . . . — 3 —
Poz. 29. 50 kilogramów (1 centnar) siana . . . . . . . . . . . . — 10 —
Poz 30. zboże z miarek:
a) z jednege gatunku zboża za 1 nowy szefel i 4,962 litrów (1 szefel) 5 sgr. mniéj jako normalna cena targowa,
b) z mieszanego gatunku zboża bez względu na stósunek mieszaniny, za 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) 5 sgr. więcéj, jak cena normalna owsa.
Poz. 31. 1 kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów):
a) słomy żytnéj prostéj . . . . . 3 — —
b) słomy pszenicznéj prostéj . . 2 15 —
c) grochowin . . . . . . . . . 2 15 —
d) słomy pszenicznéj, żytnéj, jęczmiennéj owsianéj i tatarczanéj, jak się po omłocie trafia (słoma targana) . . . . . . . . . . 2 — —
Poz. 32. perki według ceny targowéj wziętéj przez 24 letnie przecięcie.
Poz. 33. ½ kilogramu mięsa wołowego (1 funt) . . . . . . . . — 1 6
Poz. 34. ½ kilogramu chleba (1 funt) — — 8
„ 35. gęś tuczona . . . . . . . — 20 —
„ 36. ½ kilogramu ryb (1 funt) . — 1 6
„ 37. wieprz tuczony . . . . . 10 — —
„ 38. pół wołu zabitego, na rzeź zdatnego . . . . . . . . . . . . 6 — —
Poz. 39. jagnię 8 do 10 tygodni stare — 10 —

Ad E., F i G. nie uczyniono żadnych podań.

**VI. Obwód.** Strona 485/21.

**Do D. Daniny składające sie z naturaliów etc.**

Poz. 17. 137,4 litr piwa (1 beczka a 120 kwart) . . . . . . . . . 1 20 —
Poz. 18. ½ kilogramu masła (1 funt) — 5 6
„ 19. mędel jaj . . . . . . . . — 2 6
„ 20. gęś żywa na St. Marcin . . — 12 6
„ 21. kapłon . . . . . . . . . . — 5 —
„ 22. kokosz . . . . . . . . . . — 4 —
„ 23. 1,145 litr wódki (1 kwarta) — 2 6
„ 24. brak (owca) bez skóry . . — 20 —
„ 25. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) mąki żytnéj ze zboża z miarek . . . . . . . . . . . . — 21 —
Poz. 26. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) prosa . . . . . . . . 1 10 —
Poz. 27. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) szyszek sosnowych . . — 4 —

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 28. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Asche | — | 3 | — |
| Pos. 29. 1 Stück feines Garn spinnen ohne Rücksicht auf die Größe der Haspel | — | 4 | — |
| Pos. 30. 1 Stück grobes desgleichen | — | 3 | — |
| Pos. 31. 1 Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenrichtstroh | 4 | — | — |
| b) Weizenrichtstroh | 3 | 7 | 6 |
| c) Weizen-, Roggen-, Gersten-, Hafer- und Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vorkommt (Krummstroh) | 2 | 15 | — |
| d) Erbsenstroh | 3 | 15 | — |
| Pos. 32. 50 Kilogr. (1 Centner) Heu | — | 15 | — |

Pos. 33. Metzgetreide:

a) von einer Getreidegattung 15 % weniger als der Normal-Marktpreis für marktgängiges Getreide,

b) in gemischten Getreide-Gattungen desgleichen 20 % weniger.

Zu E., F. und G. sind Angaben nicht gemacht.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 28. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel popiołu) | — | 3 | — |
| Poz. 29. sztukę przędzy cienkiéj uprząść bez względu na wielkość motowidła | — | 4 | — |
| Poz. 30. sztukę przędzy grubéj podobniesz | — | 3 | — |
| Poz. 31. kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów): | | | |
| a) słomy prostéj rzanéj | 4 | — | — |
| b) słomy prostéj pszennéj | 3 | 7 | 6 |
| c) słomy pszenicznéj, żytnéj, jęczmiennéj, owsianéj i tatarczanéj jak się po wymłóccniu trafia (słomy targanéj) | 2 | 15 | — |
| d) grochowin | 3 | 15 | — |
| Poz. 32. 50 kilogramów (1 centnar) siana | — | 15 | — |

Poz. 33. zboże z miarek:

a) jednego gatunku 15 procent mniéj, jak ceny normalne targowe zboża na targ wożonego

b) mięszanego z różnych gatunków podobnież 20 procent mniéj.

Ad E., F. i G. nie uczyniono żadnych podań.

## VII. Distrikt. Seite 488/24.

### D. Naturalabgaben ꝛc.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 22. Ein Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenrichtstroh | 3 | — | — |
| b) Weizenrichtstroh | 2 | 7 | 6 |
| c) Erbsen- und Wickenstroh | 3 | — | — |
| d) Weizen- und Roggen-Krummstroh, sowie Gersten-, Hafer- und Buchweizenstroh | 2 | — | — |

In diesen Preisen für Stroh aller Arten sind alle Scheuerabgänge nach dem Ausdrusche an Spreu und Ueberkehr inbegriffen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pos. 23. 50 Kilogr. (1 Centner) Heu: | | | |
| a) gutes | — | 12 | 6 |
| b) mittleres | — | 7 | 6 |
| c) schlechtes | — | 5 | — |
| Pos. 24. Eine fette Gans: | | | |
| a) mit Federn | — | 17 | 6 |
| b) ohne Federn | — | 15 | — |
| Pos. 25. 1 Stoppelgans mit Federn | — | 8 | — |
| Pos. 26. 1 Kapaun | — | 4 | — |
| Pos. 27. 1 Huhn | — | 2 | — |
| Pos. 28. 1 Schock Eier | — | 7 | — |
| Pos. 29. 114,5 Kannen (1 Tonne à 120 Quart) Bier | 1 | 15 | — |
| Pos. 30. ½ Kilogr. (1 Pfund) Fische, wie sie bei der Fischerei gewonnen werden, durchschnittlich groß und klein | — | 1 | — |

## VII. Obwód. Strona 488/24.

### D. Daniny składające się z naturaliów etc.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 22. kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów) | | | |
| a) słomy żytnéj prostéj | 3 | — | — |
| b) słomy pszennéj prostéj | 2 | 7 | 6 |
| c) grochowin i wikowin | 3 | — | — |
| d) słomy pszennéj i żytnéj targanéj tudzież jęczmianki, owsianki i tatarczanki | 2 | — | — |

Cenami temi słomy wszelkiego gatunku obięty jest wszelki odchód stodolny po wymłocie, to jest plewy i zgoniny.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Poz. 23. 50 kilogramów (1 centnar) siana: | | | |
| a) dobrego | — | 12 | 6 |
| b) średniego | — | 7 | 6 |
| c) podłego | — | 5 | — |
| Poz. 24. gęś tłusta: | | | |
| a) z pierzem | — | 17 | 6 |
| b) bez pierza | — | 15 | — |
| Poz. 25. gęś z ścierniska z pierzem | — | 8 | — |
| „ 26. kapłon | — | 4 | — |
| „ 27. kokosz | — | 2 | — |
| „ 28. kopa jaj | — | 7 | — |
| „ 29. 114,5 litrów (1 beczka à 100 kwart) piwa | 1 | 15 | — |
| Poz. 30. ½ kilogramu (1 funt) ryb, jak się przy łowieniu natrafiają, wielkich i małych | — | 1 | — |

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| Pos. 31. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Gerstengrütze . . . . | 1 | 10 | — |
| Pos. 32. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Hirsekorn . . . . . | — | 25 | — |
| Pos. 33. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Buchweizen . . . . . | — | 20 | — |
| Pos. 34. 1,145 Kannen (1 Quart) Branntwein . . . . . . . . . . | — | 2 | — |
| Pos. 35. ½ Kilogr. (1 Pfund) Butter | — | 4 | — |

Pos. 36. Mühlengetreibe, wie solches aus den Mahlmetzen gewonnen wird, pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel):

a) Weizen, b) Roggen, c) Gerste: die Martinimarktpreise des betreffenden Kreises nach Abzug der Entfernungsprozente.

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| d) gemengtes Getreide . . . . . | 1 | — | — |
| Pos. 37. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) aus den Mahlmetzen gewonnenes Roggenmehl . . . . . | 1 | — | — |

**Zu 6. Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen.**

Pos. 41. Werth einer Kuhweide:

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| a) in Forsten . . . . . . . . . | 2 | — | — |
| b) auf raumen Ländereien . . . . | 3 | — | — |

Pos. 42. Der Weidebedarf für anderes Vieh, auf Kuhweiden reducirt, ist gleich: ⅔ Pferd oder Ochse, 1 überjähriges Fohlen, 1½ Ferse oder Stier, 10 Schafe, 5 Zuchtschweine, 5 Zuchtgänse mit Brut.

Pos. 43. Werth des Raff- und Leseholzes, im Sinne des Landrechts Theil I. Titel 22 § 215.

Ein im Walde zusammengebrachter Haufen von 0,386 Kubikstab (12,5 Kubikfuß) fester Masse . . . . . . — 5 —
und zwar ohne Abzug der Kosten beim Zusammenbringen, weshalb diese da noch in Abzug kommen müssen, wo ein solcher nach den örtlichen Umständen gerechtfertigt ist.

## VIII. Distrikt. Seite 492/27.

**Zu D. Natural-Abgaben ꝛc.**

Pos. 23. 1 Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund) mit Einschluß von Spreu und Ueberkehr:

| | Rthlr. | Sgr. | Pf. |
|---|---|---|---|
| a) Roggenrichtstroh . . . . . . . | 4 | — | — |
| b) Weizenrichtstroh . . . . . . | 3 | — | — |
| c) Erbsen- und Wickenstroh . . . | 3 | 10 | — |

d) Weizen- und Roggen-Krummstroh,

---

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| Poz. 31. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) kaszy jęczmiennéj . . . | 1 | 10 | — |
| Poz. 32. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) prosa . . . . . . . . | — | 25 | — |
| Poz. 33. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) tatarki . . . . . . . . | — | 20 | — |
| Poz. 34. 1,145 litr. (1 kwarta) wódki | — | 2 | — |
| „ 35. ½ kilograma (1 funt) masła | — | 4 | — |

„ 36. 36. zboże z młyna, jak się takowe z miarek zbiera, za 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel):

a) pszenicy, b) żyta, c) jeczmienia: ceny targowe St. Marcinskie dotyczącego powiatu po potrąceniu proc. za odległości.

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| d) mieszanego zboża . . . . . . | 1 | — | — |
| Poz. 37. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) mąki żytnéj z miarek zebranéj . . . . . . . . . . . . | 1 | — | — |

**Do 6. Prawa czyli służebności gruntowe przy regulacyach.**

Poz. 41. wartość pastwiska jednéj krowy:

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| a) w lasach . . . . . . . . . | 2 | — | — |
| b) na gołych gruntach . . . . | 3 | — | — |

Poz. 42. pastwisko dla innego bydła, zredukowane na pastwisko jednéj krowy, równa się:
⅔ konia lub wołu, 1 zrzebcowi rok przeszło staremu, 1½ jałowicy lub byczkowi, 10 owcom, 5 świniom maciorom, 5 gęsiom z przychowkiem.

Poz. 43. wartość drzewa zbieranego w myśl powszechnego prawa krajowego, części I. tyt. 22 § 215:
stóżek w boru na kupę zniesiony, mający 0,386 metrów kubicznych (12,5 stóp kubicznych) woluminu drzewa . . . . . . . . . . . — 5 —
a to bez odciągnieneia kosztu za znoszenie na kupę, zaczem ten jeszcze tam odciągniony być powinien, gdzie to okoliczności miéjscowe usprawiedliwiają.

## VIII. Obwód. Strona 492/27.

**do D. Daniny składające się z naturaliów etc.**

Poz. 23. kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów) włącznie z plewami i ze zgoninami:

| | Tal. | Sgr. | Fen. |
|---|---|---|---|
| a) słomy żytnéj prostéj . . . . | 4 | — | — |
| b) słomy pszenicznéj prostéj . . | 3 | — | — |
| c) grochowin i wikowin . . . . | 3 | 10 | — |

d) słomy pszennéj i żytnéj targanéj,

sowie Gersten-, Hafer- und Buchweizenstroh . . . . . . . . 3 — —

Pos. 24. 50 Kilogr. (1 Centner) Heu:
a) gutes . . . . . . . . . . . . — 17 6
b) mittleres . . . . . . . . . — 12 6
c) schlechtes . . . . . . . . . — 7 6

Pos. 25. 1 fette Gans:
a) mit Federn . . . . . . . . . — 25 —
b) ohne Federn . . . . . . . . — 20 —

Pos. 26. 1 Stoppelgans mit Federn . — 17 6
Pos. 27. 1 Kapaun . . . . . . . — 6 —
Pos. 28. 1 Huhn . . . . . . . . — 4 —
Pos. 29. 1 Schock Eier . . . . . . — 8 —
Pos. 30. 114,5 Kannen (1 Tonne à 100 Quart) Bier . . . . . . . . 2 — —
Pos. 31. ½ Kilogr. (1 Pfund) Fische, wie sie bei der Fischerei gewonnen werden, durchschnittlich groß und klein — 1 6
Pos. 32. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Gerstengrütze . . . . 1 10 —
Pos. 33. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Hirsekorn . . . . . 1 10 —
Pos. 34. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Buchweizen . . . . . — 20 —
Pos. 35. 1,145 Kannen (1 Quart) Branntwein . . . . . . . . . . — 2 —
Pos. 36. ½ Kilogramm (1 Pfd.) Butter — 6 —
Pos. 37. Mühlengetreide, wie solches aus den Mahlmetzen gewonnen wird, pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen (1 Scheffel):

a) Weizen, b) Roggen, c) Gerste — die Durchschnittsmartinimarktpreise mit den betreffenden Entfernungsabzügen.

d) gemengtes Getreide . . . . . . — 25 —

Pos. 38. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) aus den Mahlmetzen gewonnenes Roggenmehl . . . . . 1 15 —
Pos. 39. 3,435 Kannen (1 Metze) Zwiebeln . . . . . . . . . . . . . — 2 6
Pos. 40. 1 hausbackenes Brod à 3 Kilogramm (6 Pfund) . . . . . . . . — 4 —

**Zu G. Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen. Seite 495.**

Pos. 44. Werth einer Kuhweide:
a) in Forsten . . . . . . . . 1 15 —
b) auf raumen Ländereien . . . . 2 — —

Pos. 45. Der Weidebedarf für anderes Vieh, auf Kuhweiden reducirt, ist gleich: ⅔ Pferd oder Ochse, 1 überjähriges Fohlen, 1½ Ferse oder Stier, 10 Schafe, 5 Zuchtschweine, 5 Zuchtgänse.

Pos. 46. Werth einer Fuhre Raff- und

---

jako też jęczmianki, owsianki i tatarczanki . . . . . . . . 3 — —

Poz. 24. 50 kilogramów (1 centnar) siana:
a) dobrego . . . . . . . . . — 17 6
b) średniego . . . . . . . . — 12 6
c) podłego . . . . . . . . . — 7 6

Poz. 25. gęś tłusta:
a) z pierzem . . . . . . . . — 25 —
b) bez pierza . . . . . . . . — 20 —

Poz. 26. gęś z ścierniska z pierzem — 17 6
„ 27. kapłon . . . . . . . — 6 —
„ 28. kura . . . . . . . . — 4 —
„ 29. kopa jaj . . . . . . . — 8 —
„ 30. 114,5 litrów (1 beczka à 100 kwart) piwa . . . . . . . . . 2 — —
Poz. 31. ½ kilogramu (1 funt) ryb, jak połowione bywają, razem wielkich i małych . . . . . . . . . — 1 6
Poz. 32. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) kaszy jęczmiennéj . . 1 10 —
Poz. 33. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) prosa . . . . . . . 1 10 —
Poz. 34. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) tatarki . . . . . . . — 20 —
Poz. 35. 1,145 litr (1 kwarta) wódki — 2 —
„ 36. ½ kilogramu (1 funt) masła — 6 —
„ 37. zboża z młyna, jak się z macek zbiera, za 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel):

a) pszenicy, b) żyta, c) jęczmienia — średnie ceny targowe Św. Marcinskie z właściwem potrąceniem za odległość,

d) zboża mieszanego . . . . . . — 25 —

Poz. 38. 1 nowy szefel i 4,962 litr (1 szefel) mąki żytnéj z miarek na młynie zebranéj . . . . . . . . 1 15 —
Poz. 39. 3,435 litr. (1 macka) cebuli — 2 6
„ 40. chleba domowego bochen ważący 3 kilogramy (6 funtów) . — 4 —

**Do G. Prawa gruntowe czyli służebności przy regulacyach.**

Poz. 44. wartość pastwiska jednéj krowy:
a) w lasach . . . . . . . . . 1 15 —
b) na gołych gruntach . . . . 2 — —

Poz. 45. pastwisko dla innego bydła, zredukowane na pastwę dla jednéj krowy, równa się:
⅔ konia lub wołu, 1 źrebakowi rok przeszło staremu, 1½ jałowicy lub byczkowi, 10 owcom, 5 maciorom, i 5 gęsiom do przychowku.

Poz. 46. wartość zbieraniny na opał

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Leseholz, im Sinne des Landrechts Theil I. Titel 22 § 215. | | | |
| Ein im Walde zusammengebrachter Haufen von 0,386 Kubikstab (12,5 Kubikfuß) fester Masse . . . . . . . . | — | 6 | — |
| ohne Abzug der Kosten des Zusammenbringens, weshalb diese da noch in Abzug kommen müssen, wo ein solcher nach den örtlichen Verhältnissen gerechtfertigt ist. | | | |
| Pos. 47. Waldstreu im trockenen Zustande: | | | |
| a) 1 Fuder Nadelstreu à 250 Kilogr (5 Centner) . . . . . . . . . | — | 3 | 9 |
| b) 1 Fuder Laubstreu à 250 Kilogr. (5 Centner) . . . . . . . . | — | 2 | 6 |

## IX. Distrikt. Seite 495/31.
### Zu D. Natural-Abgaben rc.

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Pos. 21. 1 Neuschffl. u. 10,544 Kannen (1 Viertel = 17⅝ Mtz.) Hopfen . | — | 12 | — |
| Pos. 22. 114,5 Kilogramm (1 Tonne à 100 Quart) Bier . . . . . . . | 2 | — | — |
| Pos. 23. ½ Kilogr. (1 Pfund) Butter | — | 6 | — |
| Pos. 24. 1 Mandel Eier . . . . . . | — | 3 | 6 |
| Pos. 25. 1 Schock = 600 Kilogramm (1200 Pfund): | | | |
| a) Roggenrichtstroh . . . . . . . | 5 | — | — |
| b) Weizen- oder Roggen- oder Gersten-, oder Hafer- oder Buchweizenstroh, wie es nach dem Ausdrusche vorkommt, incl. Spreu und Ueberkehr | 4 | — | — |
| c) Erbsenstroh . . . . . . . . . | 4 | 10 | — |
| Pos. 26. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Pferdehecksel . . . . | — | 1 | 9 |
| Pos. 27. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Rindviehheckfel . . . . | — | 1 | 3 |
| Pos. 28. 50 Kilogramm (1 Ctr.) Heu | — | 15 | — |
| Pos. 29. 1 gemästete Gans: | | | |
| a) mit Federn . . . . . . . . . | — | 25 | — |
| b) ohne Federn . . . . . . . . . | — | 20 | — |
| Pos. 30. 1 Stoppelgans: | | | |
| a) mit Federn . . . . . . . . . | — | 18 | — |
| b) ohne Federn . . . . . . . . . | — | 15 | — |
| Pos. 31. 1 Kapaun . . . . . . . . | — | 5 | — |
| Pos. 32. 1 Huhn . . . . . . . . . | — | 3 | — |
| Pos. 33. 1 Spickgans (geräucherte Gänsebrust oder Gänseseite) . . . . . . | — | 10 | — |
| Pos. 34. ½ Kilogr. (1 Pfd.) Blutwurst | — | 2 | — |
| Pos. 35. 1 hausbackenes Brod à 3 Kilogramm (6 Pfund) . . . . . . . . | — | 3 | — |
| Pos. 36. Mehl, pro Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel), wie es Müller abliefern: | | | |
| a) von Roggen . . . . . . . . . | — | 22 | 6 |
| b) von Roggen und Gerste gemengt | — | 17 | — |

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| w myśl prawa krajowego części I. tytułu 22 § 215: | | | |
| stóżek w lesie na kupę zniesiony, mający 0,386 metr kubicznych (12,5 stóp kubicznych) woluminu drzewa | — | 6 | — |
| bez odciągnienia kosztu za zniesiesienie na kupę; zaczem ten odciągniony jeszcze być winien tam, gdzie się to okolicznościami miejscowemi usprawiedliwić da. | | | |
| Poz. 47. ściółka leśne wstanie suchym: | | | |
| a) 1 fura iglic ważąca 250 kilogramów (5 centnarów) . . . . . | — | 3 | 9 |
| b) 1 fura liścia ważąca 250 kilogramów (5 centnarów) . . . | — | 2 | 6 |

## IX. Obwód. Strona 495/31.
### Do D. Daniny składające się z naturaliów etc.

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Poz. 21. 1 nowy szefel i 10,544 litr. (1 wiertel = 17⅝ mac) chmielu . | — | 12 | — |
| Poz. 22. 114,5 kilogramów (1 beczka à 100 kwart) piwa . . . . . . | 2 | — | — |
| Poz. 23. ½ kilogramu (1 funt) masła | — | 6 | — |
| „ 24. mędel jaj . . . . . . . . | — | 3 | 6 |
| „ 25. 1 kopa ważąca 600 kilogramów (1200 funtów): | | | |
| a) słomy żytnéj prostéj . . . . | 5 | — | — |
| b) słomy pszenicznéj, lub żytnéj, lub owsianéj, lub tatarczanéj, jak się po wymłóceniu zdarza wraz z plewami i zgoninami . | 4 | — | — |
| c) grochowin . . . . . . . . . | 4 | 10 | — |
| Poz. 26. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) sieczki dla koni . . . | — | 1 | 9 |
| Poz. 27. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) sieczki dla bydła . . . | — | 1 | 3 |
| Poz. 28. 50 kilogramów (1 centnar) siana . . . . . . . . . . . . . | — | 15 | — |
| Poz. 29. gęś tuczona: | | | |
| a) z pierzem . . . . . . . . . | — | 25 | — |
| b) bez pierza . . . . . . . . . | — | 20 | — |
| Poz. 30. gęś z cierniska: | | | |
| a) z pierzem . . . . . . . . . | — | 18 | — |
| b) bez pierza . . . . . . . . . | — | 15 | — |
| Poz. 31. kapłon . . . . . . . . | — | 5 | — |
| „ 32. kura . . . . . . . . . . | — | 3 | — |
| „ 33. półgęsek wędzony (pierś lub bok gęsi . . . . . . . . . . . | — | 10 | — |
| Poz. 34. ½ kilogramu (1 funt) kiszki z juszki . . . . . . . . . . . | — | 2 | — |
| Poz. 35. chleba domowego bochenek ważący 3 kilogramy (6 funtów) . | — | 3 | — |
| Poz. 36. mąki 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) jak ją młynarze dają | | | |
| a) żytnéj . . . . . . . . . . | — | 22 | 6 |
| b) żytnéj z jęczmienną pomieszanéj | — | 17 | — |

Pos. 37. Mühlengetreide pro 1 Neuscheffel und 4,962 Kannen, aus den Mahlmetzen gewonnen:
a) von Weizen }
b) von Roggen } ⅛ unter dem Durchschnitts-Martinimarktpreise,
c) von Gerste }
d) gemengt, hauptsächlich aus Roggen u. Gerste ¼ unter dem nach a., b. und c. zu ermittelnden Preise für den Roggen.

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Pos. 38. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Afterkorn | — | 7 | 6 |
| Pos. 39. 1,145 Kannen (1 Quart) Branntwein | — | 2 | 6 |
| Pos. 40. Flachs, geschwungener, der Stein zu 11 Kilogramm (22 Pfund) | 1 | 20 | — |
| Pos. 41. 1 Neuschffl. u. 4,962 Kannen (1 Scheffel) Kiehnäpfel | — | 5 | — |
| Pos. 42. Schreibpapier das Ries: | | | |
| a) feines | 1 | 20 | — |
| b) grobes | 1 | — | — |
| Pos. 43. 1 Lamm zu Johannis abzuliefern | — | 10 | — |

**Zu G. Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen.**

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Pos. 46. Für 1 Kuh von 150 Kilogr. (300 Pfund) Gewicht im lebenden Zustande für den Zeitraum vom 1. April bis 11. November, die Befriedigung des vollen Bedarfs vorausgesetzt: | | | |
| a) in Forsten | 1 | 22 | — |
| b) auf raumen Ländereien | 2 | 5 | — |

Pos. 47. Der Weidebedarf für anderes Vieh, auf Kuhweiden reducirt, ist gleich: ⅔ Pferd oder Ochse, 1 überjähriges Fohlen, 1½ Ferse od. Stier, 10 Schafe, 5 Zuchtschweine, 5 Zuchtgänse.

Posen, den 4. November 1871.

**Königliche General-Kommission**
für die Provinz Posen.

Poz. 37. zboża z miarek na młynach zbieranego 1 nowy szefel i 4,962 litr:

a) pszenicy }
b) żyta } ⅛ pod średnią ceną targową Św. Marcińską,
c) jęczmienia }
d) mięszanego, osobliwie żyta z jęczmieniem, ¼ pod wypośrodkowaną wedle a. b. i c. cenę za żyto.

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Poz. 38. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) pośladu | — | 7 | 6 |
| Poz. 39. 1,145 litr. (1 kwarta) wódki | — | 2 | 6 |
| „ 40. lnu trzepanego, kamień po 11 kilogramów (22 funtów) | 1 | 20 | — |
| Poz. 41. 1 nowy szefel i 4,962 litr. (1 szefel) szyszek sosnowych | — | 5 | — |
| Poz. 42. papieru piśmiennego ryza: | | | |
| a) cienkiego | 1 | 20 | — |
| b) grubego | 1 | — | — |
| Poz. 43. jagnię na Św. Jan oddane | — | 10 | — |

**Do G. Prawa gruntowe czyli służebności przy regulacyach.**

| | ℛ | ℊ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Poz. 46. od 1 krowy ważącéj żywo 150 kilogramów (300 funtów) za czas od 1. Kwietnia do 11. Listopada, prezumując zaspokojenie zupełnéj potrzeby paszy: | | | |
| a) w lasach | 1 | 22 | — |
| b) na gruntach gołych | 2 | 5 | — |

Poz. 47. potrzeba pastwy dla innego bydła zredukowane na pastwisko jednéj krowy, równa jest: ⅔ konia lub wołu, 1 źrebca przeszło rok starego, 1½ jałowicy lub byczka, 10 owcom, 5 maciorom, 5 gęsiom do przychowku.

Poznań, dnia 4. Listopada 1871.

**Królewska Komisya Jeneralna**
dla prowincyi Poznańskiéj.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg.

# № 50.

# Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 15. Dezember 1871.

Bydgoszcz, dnia 15. Grudnia 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

897. Das 44. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 726. Gesetz, betreffend die Sanct Gotthard-Eisenbahn. Vom 2. November 1871.

Nr. 727. (Uebersetzung.) Uebereinkunft zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz wegen Herstellung und Subventionirung einer Eisenbahn über den St. Gotthard. Vom 28. October 1871.

Nr. 728. (Uebersetzung.) Uebereinkunft zwischen Italien und der Schweiz wegen Herstellung und Subventionirung einer Eisenbahn über den St. Gotthard. Vom 15. October 1869.

Nr. 729. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Louis Will zu Havana zum Generalkonsul des Deutschen Reichs daselbst, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes: Alexander Harmsen zu Alicante, Joaquin Martinez y Ortuno zu Almeria, José Eusebio Rochelt zu Bilbao, Ernst Kropf zu Cadiz, Bartholomäus Spottorno zu Carthagena, José Pastor zu Coruna, José Maria Marina zu Gijon, Jacques Uhler zu Mahon, Adolph Heinrich Pries zu Malaga, Miguel Salvá y Sagunola zu Palma auf Mallorca, Gustav Adolph Lübbers zu Santander, Antoine Merry zu Sevilla, Rafael Sanchez zu Torrevieja, Harald Johan Dahlander zu Valencia, Manuel Barcena y Franco zu Vigo, Moritz August Herrmann zu Manila (Philippinen), Wilhelm Hoffmann zu Matanzas, Rudolph Elvers zu San Juan de Puerto Rico, Juan P. Schwartz zu Santa Cruz de Tenerife, Carl Wilhelm Schumann zu St. Jago de Cuba, den bisherigen Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Manuel Anton Garcia zu Ferrol und den Kaufmann Luis Müller zu Taragona zu Konsuln, sowie die bisherigen Vizekonsuln des Norddeutschen Bundes: Juan Antonio Duarte zu Algeciras, Johann Eduard O'Connor zu Benicarló, Ignacio Medina Moreno zu Adra, José de Sevilla zu Torrox, Juan Colom zu San Lucar de Barrameda, Martin Heinrich Sajat zu Carbenas, Hermann Friedrich Gruner

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 44. tegorocznego zbioru Praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 726. Prawo, tyczące się kolei Św. Gotarda. Z 2. Listopada 1871.

No. 727. (Przekład.) Konwencya pomiędzy Niemcami, Włochami i Szwajcaryą względem zbudowania i zasilania kolei żelaznéj przez górę Św. Gotart. Z 28. Października 1871.

No. 728. (Przekład.) Konwencya pomiędzy Włochami a Szwajcaryą względem zbudowania i zasilania kolei żelaznéj przez górę Św. Gotarda. Z 15. Paźdźiernika 1869.

No. 729. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego: dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Ludwika Will w Hawanie, mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego tamże; dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego: Alexandra Harmsen w Alicante, Joaquin Martinez y Ortuno w Almeryi, José Eusebio Rochelt w Bilbao, Ernesta Kropf w Cadiz, Bartłomieja Spottorno w Karthagena, José Pastor w Coruna, José Maria Marina w Gijon, Jacques Uhler w Mahon, Adolfa Henryka Pries w Maladze, Miguel Salvá y Sagunola w Palma na wyspie Malorca, Gustawa Adolfa Luebbers w Santander, Antoine Merry w Sevilla, Rafała Sanchez w Torrevieja, Harald Jan Dahlander we Valencya, Manuel Barcena y Franco we Vigo, Maurycego Augusta Hermann w Manila (Filipiny), Wilhelma Hoffmann w Matanzas, Rudolfa Elvers w San Juan de Puerto Rico, Juan P. Schwartz w Santa Cruz de Tenerife, Karóla Wilhelma Schumann w St. Jago de Cuba; dotychczasowego wicekonsula Związku północno-niemieckiego Manuel Anton Garcia we Ferrol i Louis Mueller kupca w Tarragonie konsulami, jako też dotychczasowych wicekonsulów Związku północno-niemieckiego: Juan Antonio Duarte w Algeciras, Jana Edwarda O'Connor w Benicarló, Ignacio Megina Moreno w

zu Cienfuegos, Wilhelm Lauten zu Manzanillo, Leopold Krug zu Mayaguez, Julius August Bernhard Eckelmann zu Ponce auf Puerto Rico, den bisherigen Konsular-Agenten des Norddeutschen Bundes Bartolomé Ramon y Zur auf Iviza, und den Bergwerksverwalter Miguel Calzado zu Marbella, zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Adra, José de Sevilla w Torrox, Juan Colom w San Lucar de Barrameda, Marcina Henryka Sosat w Cardenas, Hermana Fryderyka Gruner w Cienfuegos, Wilhelma Lauten w Manzanille, Leopolda Krug w Mayaguez, Juliusza Augusta Bernarda Eckelmann w Ponce na Puerto Rico; dotychczasowego agenta konsularnego Związku północno-niemieckiego Bartolomé Ramon y Zur na Iviza, i administratora kopalni Miguel Calzado w Marbella, wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

898 Das 45. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 730. Gesetz, betreffend die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz in Württemberg und Baden. Vom 8. November 1871.

Nr. 731. Gesetz, betreffend die Einführung der Gewerbe-Ordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 in Württemberg und Baden. Vom 10. November 1871.

Nr. 732. Gesetz, betreffend die Verwendung des Ueberschusses aus dem Bundeshaushalt vom Jahre 1870. Vom 10. November 1871.

Nr. 733. Allerhöchster Erlaß vom 12. November 1871, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 2,020,900 Thlrn.

Nr. 734. Seine Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs: die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes A. J. Jesurun zu Curaçao, Ferdinand Wilhelm Heinrich Leopold v. Abercron zu Makassar, Eduard Kölle zu Paramaribo, Günther v. Bültzingslöwen zu Sourabeya, und den bisherigen Verweser des Konsulats des Norddeutschen Bundes Kaufmann Fr. W. v. Laer zu Samarang zu Konsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Oddział 45. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 730. Prawo, tyczące się wprowadzenia we Wyrtembergii i Badenii prawa Związku północno-niemieckiego z 6. Czerwca 1870 o siedzibie wsparcia. Z 8. Listopada 1871

No. 731. Prawo, tyczące się wprowadzenia we Wyrtembergii i Badenii Ordynacyi procederowéj Związku północno-niemieckiego z 21. Czerwca 1869. Z 10. Listopada 1871.

No. 732. Prawo, tyczące się obrócenia przewyżki z budżetu związkowego z roku 1870. Z 10. Listopada 1871.

No. 733. Najwyższe rozporządzenie z 12. Listopada 1871, tyczące się emisyi uprocentowanych asygnacyi skarbowych w ilości 2,020,900 tal.

No. 734. Najjaśniejszy Cesarz raczył w imieniu Państa Niemieckiego: dotychczasowych konsułów Związku północno-niemieckiego A. J. Jesurun w Curaçao, Ferdynanda Wilhelma Henryka Leopolda Abercron w Macassar, Edwarda Koelle w Paramaribo, Guenthera Bueltzingsloewen w Sourabeya, oraz dotychczasowego administratora konsulatu Związku północno-niemieckiego Fr. W. Laer kupca w Samarang mianować konsulami Państwa Niemieckiego.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

899

### Bekanntmachung.

Bestellgeldsätze für die Abtragung der im Abonnementswege bezogenen Zeitungen rc.

In Folge der zum 1. Januar 1872 in Kraft tretenden Bestimmungen über das Landbriefbestellgeldwesen sind bezüglich der Gebühren für das Austragen der abonnirten Zeitungen, im Interesse der Gleichstellung und einheitlichen Regelung, folgende Festsetzungen getroffen worden.

Die Gebühr beträgt, gleichviel ob das Austragen innerhalb des Ortsbestellbezirks oder innerhalb des Landbestellbezirks erfolgt, für das Jahr:

1) bei Zeitungen, welche wöchentlich einmal oder seltener bestellt werden . . 5 Gr. oder 18 Kr.,
2) „ „ „ zwei- oder dreimal wöchentlich bestellt werden . . . 10 „ „ 35 „
3) „ „ „ mehrmals, aber nicht öfter als einmal täglich bestellt werden . . . . . . . . . . . . . . . . . . 15 „ „ 53 „
4) bei Zeitungen, welche zweimal täglich bestellt werden . . . . 20 Gr. oder 1 Guld. 10 Kr.
5) bei den amtlichen Verordnungs-Blättern . . . . . . . . . . . 5 Gr. oder 18 Kr.

Die vorstehenden Sätze kommen vom 1. Januar 1872 bei sämmtlichen Reichs-Postanstalten zur Erhebung.

Berlin, den 28. November 1871.

Kaiserliches General-Postamt. Stephan.

900 **Bekanntmachung.**
Die Weihnachtssendungen betreffend.

Allem Anschein nach wird der diesjährige Weihnachtsverkehr mit der Post ein ungemein starker werden. Wenn sich die Massen der Packete, welche nach Millionen zählen, in den letzten Tagen vor Weihnachten zusammendrängen, und, wie dies oft der Fall ist, noch schwierige Witterungs- und Wegeverhältnisse hinzutreten: so kann auch bei den umfassendsten Vorbereitungen nicht jede einzelne Sendung mit der sonstigen Pünktlichkeit eintreffen. Eine verspätete Ankunft ist aber gerade bei diesen Sendungen bedauerlich. Das Publikum wird daher im eigenen Interesse ersucht, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Massen sich zertheilen. Auch wird die Vorschrift in Erinnerung gebracht, daß die volle Adresse auf das Packet zu setzen ist.

Berlin, den 2. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

901 **Bekanntmachung.**

Die am 2. Januar 1872 fälligen Zinsen der Staatsschuldscheine, der Staatsanleihen von 1856, 1859, 1867 (C.) und 1868 (A.), sowie der Neumärkischen Schuldverschreibungen und der Anleihe des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1870 können bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranien-Straße 94 unten links, schon vom 15. d. Mts. ab täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags gegen Ablieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden.

Von den Regierungs-Hauptkassen, den Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Luneburg und der Kreiskasse in Frankfurt a. M. werden diese Coupons vom 20. d. Mts. ab, mit Ausnahme der oben bezeichneten Tage, eingelöst werden. Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen und Appoints geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgerechnetes, unterschriebenes und mit Wohnungsangabe versehenes Verzeichniß beigefügt sein.

Es findet ferner vom 15. Dezember c. ab bei der Staatsschulden-Tilgungskasse die Einlösung der durch unsere Bekanntmachung vom 10. Juni d. J. zum 2. Januar 1872 gekündigten Schuldverschreibung der fünfprozentigen Staatsanleihe von 1859 statt.

Die Schuldverschreibung der Art können auch bei den übrigen oben genannten Kassen eingereicht werden, von denen sie vorschriftsmäßig vor der Auszahlung zunächst der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Feststellung übersandt werden müssen.

Berlin, den 6. Dezember 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

**Obwieszczenie.**

Oddając właściwe kupony odbierać można przy kasie umarzającéj długi krajowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94 na dole po lewéj ręce procentu płatne dnia 2. Stycznia 1872 od obligów rządowych, pożyczek krajowych z roku 1856, 1859, 1867 (C.) i 1868 (A.), jako też od obligów Nowomarchijskich i pożyczki związku północno-niemieckiego z roku 1870 już od 15. b. m. co dzień od godziny 9téj przed południem do 1wszéj z południa, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kasy główne rejencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu i kasa powiatowa w Frankfurcie n. M. zamieniać będą te kupony od 20. b. m. z wyjątkiem dni powyż wyrażonych. Kupony podług pojedyńczych gatunków długu i oddziałów powinny być ułożone i powinien im być dołączony wykaz zrachowany i z wyłuszczeniem mieszkania podpisany, liczbę sztuk i kwotę rozmaitych tych oddziałów zawierający.

Daléj zamieniać się będzie od 15. Grudnia r. b. przy kasie umarzającéj długi krajowe obligi i pożyczki krajowéj pięcioprocentowéj z roku 1859, obwieszczeniem naszem z dnia 10. Czerwca r. b. na 2. Stycznia 1872 spowiedziane.

Tego rodzaju obligi wręczać można także u drugich kas powyż wyrażonych, które stósownie do przepisów przesłać je muszą przed wypłatą najprzód kasie umarzającéj długi krajowe dla ustanowienia.

Berlin, dnia 6. Grudnia 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

902 **Bekanntmachung**
wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie IX. zu den Kurmärkischen Schuldverschreibungen.

Die neuen Coupons Serie IX. Nr. 1 bis 8 über die Zinsen der Kurmärkischen Schuldverschreibungen für die vier Jahre vom 1 November 1871 bis dahin 1875 nebst Talons werden vom 1. November d. J. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 93 unten rechts, Vormittags von 9 bis

**Obwieszczenie**
względem wydania nowych kuponów procentowych seryi IX. do obligów Marchii elektoralnéj.

Od 1. Listopada r. b. wydawać będzie kontrola papierów krajowych tu w miejscu, Oranien ulica 93 na dole po prawéj ręce przed południem od godziny 9 do 1, tę nową seryą kuponów IX. No. 1 do 8 na procent od obligów Marchii elektoralnéj za te cztery lata od 1. Listopada 1871

1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons mit einem Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrole unentgeltlich zu haben sind, bei der Letzteren persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzerem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel wegen der in Rede stehenden Coupons-Ausreichung kann sich weder die unterzeichnete Hauptverwaltung noch die Kontrole der Staatspapiere einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 14. October 1871.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreiskassen und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind.

Bromberg, den 23. October 1871.

Königl. Regierung.

**903** Bekanntmachung.

Durch eine Bekanntmachung des Großherzoglich Sächsischen Staats-Ministeriums zu Weimar vom 16. September d. J. ist Behufs vollständiger Einziehung der nach der Bekanntmachung vom 1. November 1859 ausgegebenen und noch im Umlaufe befindlichen Großherzoglich Sächsischen Kassenanwei-

do tego czasu 1875 wraz z talonami, wyjąwszy niedziele i święta oraz i dnie rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne rejencyjne. Życząc sobie pierwsze, należy oddać stare talony z wykazem, do czego przy rzeczonéj kontroli dostać można bezpłatnie formularzy, tejże osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, wówczas potrzeba wręczyć wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą odebrać poświadczenie oddanych talononów. W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą względem wydania w mowie będących kuponów, nie może się wdawać ani podpisany zarząd główny, ani kontrola papierów krajowych.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien tejże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzywszy zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie przy wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez królewskie rejencye w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomnione talony zaginęły; w tym razie przesłać należy dokumenta odnośne kontroli papierów krajowych, albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobnem podaniem.

Berlin, dnia 14. Października 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnéj wiadomości z tem nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie, wyjąwszy kasę powiatową i kasę leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 23. Października 1871.

Król. Regencya.

Obwieszczenie.

Obwieszczeniem ministeryum stanu Wielkiego Xięstwa Saskiego w Weimarze z dnia 16. Września r. b. został końcem zupełnego wycofnięcia z obiegu asygnacyi kasowych Wielkiego Xięstwa Saskiego, według obwieszczenia z dnia 1. Listopada 1859 wydanych a w obiegu

jungen für die Inhaber derselben eine Frist bis einschließlich den 30. April 1873 zum Umtausche dieser Kassenanweisungen gegen dergleichen neue, nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 26. April 1871 angefertigte, anberaumt.

Nach der Bekanntmachung vom 16. September c. können bis zum 1. Februar 1873 die gedachten älteren Kassenanweisungen nach wie vor bei allen öffentlichen Kassen des Großherzogthums Sachsen-Weimar in Zahlung verwendet und außerdem nicht nur bei der Großherzoglichen Haupt-Staats-Kasse, sondern auch bei den Großherzoglichen Rechnungs-Aemtern gegen neue umgetauscht werden, bei letzteren jedoch nur insoweit, als deren jeweilige Vorräthe an neue Kassenanweisungen ausreichen. Während der drei letzten Monate — vom 1. Februar bis einschließlich 30. April 1873 — können die gedachten älteren Kassenanweisungen lediglich bei der Großherzoglichen Haupt-Staatskasse zum Umtausche präsentirt werden.

Mit Eintritt des 1. Mai 1873 werden alle nach der Bekanntmachung vom 1. November 1859 in Gemäßheit des Gesetzes vom 20. April 1859 ausgegebenen Großherzoglich Sächsischen Kassenanweisungen rechtlich werthlos und findet dagegen eine Berufung auf die Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt.

Es sind deshalb durch die vorgedachte Bekanntmachung vom 16. September d. J. die Inhaber solcher Kassenanweisungen zur Vermeidung von Verlusten aufgefordert worden, dieselben spätestens bis zum 30. April 1873 bei den genannten Kassenstellen zum Umtausche zu bringen.

Berlin, den 21. November 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
(gez.) **Graf Itzenplitz.**
Der Finanz-Minister.
(gez.) **Camphausen.**

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 8. Dezember 1871.

Königliche Regierung.

jeszcze zostających, naznaczony dla posiedzicieli tychże czas do włącznie 30. Kwietnia 1873 celem zamiany tych asygnacyi kasowych na tympodobne nowe, które stósownie do obwieszczenia z dnia 26. Kwietnia 1871 wygotowane zostały.

Według obwieszczenia z dnia 16. Września r. b. mogą rzeczone stare asygnacye kasowe do 1. Lutego 1873 jak dawniéj, tak i teraz być użyte do płac przy wszystkich kasach publicznych Wielkiego Xięstwa Sasko-Weimarskiego i oprócz tego zamieniane na nowe nie tylko przy kasie głównéj państwowéj Wielkiego Xięstwa, lecz przy urzędach obrachunkowych tegoż Wielkiego Xięstwa, przy ostatnich wszelako tylko tak dalece, jak im chwilowe zapasy nowych asygnacyi kasowych starczyć będą. Podczas ostatnich trzech miesięcy, od 1. Lutego do włącznie 30. Kwietnia 1873, mogą rzeczone starsze asygnacye kasowe li przy kasie głównéj państwowéj Wielkiego Xięstwa do zamiany być prezentowane.

Z nadejściem 1. Maja 1873 utracą wszystkie asygnacye kasowe Wielkiego Xięstwa Saskiego, według obwieszczenia z dnia 1. Listopada 1859, stósownie do prawa z dnia 20. Kwietnia 1859 wydane, prawnie swą wartość i nie będzie można powoływać się przeciw temu na dobrodziejstwo prawa względem przywrócenia ich do stanu przeszłego. Dla uniknienia więc strat wezwani zostali posiedziciele takich asygnacyi kasowych powyższem obwieszczeniem z dnia 16. Września r. b., aby zamianą tychże najpóźniéj do 30. Kwietnia 1873 przy wyrażonych kasach uskutecznili.

Berlin, dnia 21. Listopada 1871.

Minister handlu, przemysłu i robót publicznych.
(podp.) **Hr. Itzenplitz.**
Minister finansów.
(podp.) **Camphausen.**

Podaje się to do powszechnéj wiadomości.

Bydgoszcz, dnia 8. Grudnia 1871.

Królewska Rejencya.

**904** Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 29. v. Mts. dem für den Zuchtmarkt für edlere Pferde zu Neubrandenburg im Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz zusammengetretenen Comité den Verkauf von Loosen zu einer im nächsten Jahre in Verbindung mit dem Zuchtmarkte zu veranstaltenden Ausspielung von Pferden, Wagen 2c. innerhalb des Preußischen Staates zu gestatten geruht.

Die Königliche Regierung setze ich hiervon mit der Auflage in Kenntniß, dahin Anordnung zu treffen, daß dem Vertriebe der qu. Loose, deren Preis auf 1 Thlr. pro Stück festgesetzt ist, in Ihrem Bezirke überall kein Hinderniß entgegengestellt werde.

Berlin, den 2. Dezember 1871.

Der Minister des Innern.
(gez.) **Graf zu Eulenburg.**

An die Königliche Regierung zu Bromberg. II. 9709.

Vorstehender Erlaß wird hiermit bekannt gemacht.

Bromberg, den 9. Dezember 1871.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**905** Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die §§ 73 und 74 der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 wird hiermit bekannt gemacht, daß der aus den 14 Jahren

Obwieszczenie.

W odwołaniu się do §§ 73 i 74 ordynacyi, tyczącéj się podziału spólności z dnia 7. Czerwca 1821, ogłasza się niniejszem, że cena tar-

1858/71 sich ergebende Martini-Durchschnitts-Marktpreis der hiesigen Stadt für den preußischen Scheffel Roggen 1 Thr. 25 Sgr. 1 Pf. beträgt.

Bromberg, den 5. Dezember 1871.

Königliche Regierung.
Abth. für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

gowa Św. Marcińska miasta tutejszego, z przecięcia lat 14 1858/71 wynikająca, za pruski szefel żyta 1 tal. 25 sgr. 1 fen. wynosi.

Bydgoszcz, dnia 5. Grudnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział poborów stałych, dóbr i lasów.

906 Bekanntmachung.

Auf der Feldmark des Ritterguts Labischin sind zwei neue Vorwerke angelegt, von denen dem beim Vorwerk Oporowo belegenen der Name **„Oporowek"** und dem beim Nebengute Lubostron belegenen der Name **„Klodzin"** beigelegt worden ist.

Bromberg, den 6. Dezember 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

907 Bekanntmachung.

Der frühere Quartaner der hiesigen Realschule, gegenwärtig Schiffsjunge in der Handelsmarine, Arthur Markowsky, hat am 29. Juli v. J. die Tochter des Königlichen Bauinspectors Lademann aus Königsberg, Namens Ida, mit Aufopferung seines eigenen Lebens vom Ertrinken in der Brahe hierselbst gerettet.

Wegen dieser mit großem Muthe ausgeführten edlen Handlung wird der rc. Markowsky hierdurch öffentlich belobt.

Bromberg, den 9. December 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**908** Unsere Bekanntmachung vom 26. September c., betreffend die Beförderung von Reisegepäck und Gütern ohne Billetlösung auf Gepäckscheine, wird dahin modificirt, daß von jetzt ab mit den **Courier**zügen **nur Reisepäck** ohne Billetlösung zur Gepäckfracht auf Gepäckscheine expedirt wird, die Beförderung von Gütern mit diesen Zügen in der gedachten Art dagegen für die Folge nicht mehr stattfindet.

Unsere vorgedachte Bekanntmachung findet mit der obigen Modification auch auf den directen Gepäckverkehr zwischen der Ostbahn und der Tilsit-Insterburger Eisenbahn Anwendung.

Bromberg, den 25. November 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

909 Bekanntmachung.

Wegen des neuerdings erfolgen Auftretens der Rinderpest im Kreise Kowno ist bis auf Weiteres die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen, frischen (auch gefrorenen) Rindshäuten, Hörnern und Klauen, Fleisch, Knochen, Talg, wenn letzteres nicht in Fässern, ungewaschener Wolle, welche nicht in Säcken verpackt ist und Lumpen aus Rußland via Eydtkuhnen mit der Ostbahn untersagt.

Schweine dürfen nur in Etagewagen eingeführt werden.

Bromberg, den 6. Dezember 1871. Königl. Direction der Ostbahn.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliche Regierung.

**910** Karl Schmidt als fünfter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Filehne, im Kreise Czarnikau, interimistisch angestellt.

**911** Karl August Splettstößer als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Samoczyn-Hauland, im Kreise Chodziesen, interimistisch angestellt.

**912** Der Lehrer Anton Majorowicz als dritter Lehrer bei der katholischen Schule zu Strzelno, im Kreise Inowraclaw, definitiv angestellt.

**913** Reinhold Schochow als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Minuthsdorf, im Kreise Inowraclaw, definitiv angestellt.

**914** Der Lehrer Redmann ist bei der evangelischen Schule zu Kowalewko, im Kreise Schubin, definitiv angestellt.

**915** Die Kataster-Kontroleure v. Arnim zu Gnesen, Straßburg zu Czarnikau und Birch zu Chodziesen sind zu Steuer-Inspectoren ernannt worden.

**916** Eduard Bloch als zweiter Lehrer bei der katholischen Schule zu Filehne, im Kreise Czarnikau, interimistisch angestellt.

**917** Hermann Jänich als vierter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Gnesen definitiv angestellt.

**918** Der Lehrer Hugo Baron als vierter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Inowraclaw definitiv angestellt.

**919** Dem kommissarischen Polizei-Distrikts-Kommissarius Janz zu Zolondowo ist die Funktion des Polizei-Anwalts für den Polizei-Distrikt Zolondowo kommissarisch übertragen worden.

Komisarycznemu komisarzowi policyjno-obwodowemu Janz z Żołędowa powierzoną została komisarycznie funkcya prokuratora policyjnego na okręg policyjny Żołędowa.

920 Der Lehrer Carl Otto Hoffmann als zweiter Lehrer bei der evangelischen Schule zu Schokken, im Kreise Wongrowiec, interimistisch angestellt.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

921 Der Diaconus und Schul-Inspector Richard Eduard Vater aus Meseritz ist zum 1. Lehrer an das evangelische Schullehrer-Seminar zu Bromberg berufen worden.

Personal-Veränderungen
im Ober-Post-Directions-Bezirke Posen pro November 1871.

Ernannt: 1) die Postpracticanten: Fitting, beim Eisenbahn-Postamte Nr. XI. in Bromberg, Götz in Gnesen, Tuchscher in Bromberg zu Post-Secretairen;
2) die Post-Expedienten: Gimmler, Mittelstädt, Rohr, Scheithauer in Bromberg; Broneski, Dierfeld, Henke, Jahr, Imm, Kaulfuß, Scheffler, Silber, Stach, Szabelski beim Eisenbahn-Postamt XI. in Bromberg; Schwarzrock in Gnesen; v. Gerlach, Kurz in Inowraclaw; Tominski in Kreuz; Kühn, Lachmann in Nakel; Brühl, Gast, Otter in Schneidemühl zu Post-Secretairen;
3) die Post-Expedienten: Brostowski in Strzelno u. Nedelbach in Wongrowiec zu Secretariats-Assistenten.

Bestätigt: der Postanwärter Bry beim Eisenbahn-Postamte Nr. XI. in Bromberg als Postamts-Assistent;

Versetzt: 1) der Post-Commissarius Komorowski von Bromberg nach Stralsund;
2) der Post-Secretair Tuchscher von Bromberg nach Kempen;
3) der Packetbesteller Mutschall von Exin nach Bromberg;
4) der Packetträger Dickmann von Cierpitz nach Bromberg.

Ausgeschieden: der Packetbesteller Rohde in Bromberg.

Königliches Appellations-Gericht.

922 An Stelle des ausgeschiedenen Schiedsmanns Henschke ist der Gastwirth Leopold Seeling in Labischin für den Bezirk Labischin, Kreis Schubin, zum Schiedsmann gewählt, bestätigt und vereidigt und zu dessen Stellvertreter der Schiedsmann Dräger in Neu Dombie bestellt worden.

Dla okręgu Łabiszyna, powiatu Szubińskiego, został w miejsce rozjemcy Henschke, oberzysta Leopold Seeling z Łabiszyna na rozjemcę obrany, potwierdzony i przysięgą zobowiązany. Zastępcą jego mianowanym jest rozjemca Draeger w nowym Dębie.

923 Personal-Veränderungen
im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Bromberg.

A. Ernannt:
1) der Rechtskandidat Rosenbaum zu Poln. Crone als Referendarius,
2) der Civilsupernumerar Walter zum Bureauassistenten bei dem Königl. Kreis-Gericht zu Bromberg,
3) der Hülfsbote Mabajski zum etatsmäßigen Boten und Exekutor bei dem Königl. Kreis-Gericht zu Lobsens,
4) der Hülfsbote Döricht zum etatsmäßigen Boten und Exekutor bei dem Königl. Kreis-Gericht zu Inowraclaw.

B. Dem Gerichtsassessor Kirschner ist die interimistische Verwaltung der Richterstelle bei der Königl. Kreisgerichts-Commission zu Nakel übertragen.

C. Versetzt:
Der Kreisgerichts-Bureauassistent Dietrich in Schönlanke an die Königl. Kreis-Gerichts-Commission zu Czarnikau.

Telegraphen-Direction.

924 Es sind versetzt: Der Telegraphen-Secretair Mahlo als Telegraphen-Stationsvorsteher von Schneidemühl nach Neisse und der Telegraphen-Secretair Müller in der gleichen Eigenschaft von Thorn nach Schneidemühl.

Es ist ernannt: Der Telegraphist Brauer in Bromberg zum Ober-Telegraphisten.

925 Personal-Veränderungen
im Bezirk der Königlichen Direction der Ostbahn.

1) Dem Eisenbahn-Baumeister Baumert ist die commissarische Verwaltung der für die Strecke Schneidemühl-Conitz der Schneidemühl-Dirschauer Eisenbahn eingerichteten X. Betriebs-Inspection mit dem Sitze in Schneidemühl;
2) dem Maschinen-Ingenieur Klövekorn ist die Maschinenmeister-Stelle in Bromberg übertragen worden.
3) Ernannt sind:
a. die Betriebs-Secretaire Müller und Krüger in Bromberg zu Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Secretairen,

b. der Materialien-Verwalter Weissig in Bromberg zum Königlichen Eisenbahn-Materialien-Verwalter.

## Vermischte Nachrichten.

926 Nach verschiedenen Anzeichen ist anzunehmen, daß der Weihnachtsverkehr mit der Post in diesem Jahre ein ungewöhnlich starker sein wird. Im vorigen Jahre sind in den letzten Tagen vor Weihnachten allein in Berlin täglich über dreißigtausend Packete auf der Post zu behandeln gewesen. Wenn ein solcher Verkehr sich in wenig Tagen zusammendrängt, so ist es unmöglich, daß Alles mit der sonst gewohnten Präcision geht und a tempo eintrifft. Das Publikum wolle daher im eigenen Interesse möglichst frühzeitig mit den Weihnachtsversendungen beginnen, damit die Massen zertheilt werden. Zwar pflegt bei solchen wohlgemeinten Fingerzeigen der Einzelne sich gar zu leicht dem Gedanken hinzugeben, alle Anderen würden den Wink befolgen, und auf sein einzelnes Packet könne es, auch wenn dasselbe erst im letzten Moment zur Post gebracht wird, doch nicht ankommen. Da aber fast jeder Einzelne für sich solche Betrachtung anstellt, so liegt eben die Ausnahme nicht vor.

927 Dem Ingenieur Wilhelm Richter zu Eintrachtshütte bei Schwientochlowitz O.-S. ist unter dem 4. November d. J. ein Patent

auf eine Maschine zum Brechen von Rohschienen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf drei Jahre, von jenem Tage angerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

928 Das den Gebrüdern Bernhard und Moritz Politzer zu Wien unter dem 16. September 1870 ertheilte Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene lithographische und typographische Presse, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

ist aufgehoben.

---

929 **Bekanntmachung.**

Der vorliegenden Nummer des diesseitigen Amtsblatts liegt in einer außerordentlichen Beilage die von der Staats-Regierung genehmigte Abänderung des Statuts der **Imperiale Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in London,** deren Conzessions-Urkunde und Statuten in einer außerordentlichen Beilage zu Nr. 35 des diesseitigen Amtsblatts pro 1868 zur Kenntniß des Publikums gebracht worden sind, bei.

Bromberg, den 8. Dezember 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 50.

# Beilage

zum Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Bromberg.

(Original hat 15 Sgr.-Stempel.)

### Genehmigungs-Urkunde.

I. A. 4532.

Den Abänderungen des Statuts der

**Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Imperial zu London,**

welche durch die in deutscher Uebersetzung hier angeheftete Parlaments-Acte vom Jahre 1869 festgestellt worden sind, wird die in der Konzession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 24. November 1867 vorbehaltene Genehmigung hierdurch ertheilt.

Die Bedingungen dieser Konzession bleiben in Kraft.

Berlin, den 9. Juni 1871.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

In Vertretung:

gez. Bitter.

---

## (32 Vict.) Acte der Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu London, von 1869.

### Capitel XVI.

Eine Parlaments-Acte, um die Actien der Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in kleinere Actien zu theilen und zu andern Zwecken in Betreff der künftigen Verwaltung genannter Gesellschaft. (13. Mai 1869.)

Drum möge es Euer Majestät gefallen:

daß durch Ihre Majestät und mittelst der Berathung und Einwilligung der geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen, die im gegenwärtigen Parlamente versammelt sind, und mit Ermächtigung derselben gesetzlich verfügt werde, wie folgt:

#### Kurzer Titel.

1. Diese Parlaments-Acte kann zu allen Zwecken als „die Imperial fire insurance Acte von 1869" (Reichs-Feuer-Versicherungs-Acte von 1869) bezeichnet werden.

## Firma der Gesellschaft.

2. Theil IV. der Acte von 1863 der Bedingungen der Gesellschaften auf Namens-Veränderungen sich beziehend, soll einen Theil dieser Parlaments-Acte ausmachen, und von nun an und nach Erlaß dieser Parlaments-Acte soll der Gesellschafts-Name sein: „The Imperial-Fire Insurance-Company" (die Reichs-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.)

## Untereintheilung der Actien.

3. Von nun an und nach Erlaß dieser Parlaments-Acte soll jede Actie der Gesellschaft von Fünfhundert Pfund in fünf Actien von je hundert Pfund getheilt werden, und sollen dabei folgende Bestimmungen zur Anwendung kommen:

(1.) Innerhalb dreier Monate nach Erlaß dieser Parlaments-Acte soll vom Directoren-Collegium jedem Actien-Besitzer der Gesellschaft unter seiner in den Gesellschaftsbüchern enthaltenen Adresse brieflich angezeigt werden, daß innerhalb eines näher festzusetzenden Zeitraums an einem näher zu bestimmenden Orte dem erwähnten Actienbesitzer Scheine für fünf Actien von je hundert Pfund, gegen seine ursprüngliche Actie von fünfhundert Pfund kostenfrei ausgehändigt werden sollen.

(2.) Innerhalb des in der Anzeige bestimmten Zeitraums und an den darin genannten Orten, soll die Gesellschaft jedem Besitzer einer Actie über fünfhundert Pfund fünf einzelne Actien von je hundert Pfund kostenfrei verabfolgen. Jede dieser neuen Actien soll ihrem Besitzer das gleiche Stimmrecht in den Versammlungen der Gesellschaft und den Bestimmungen dieser Parlaments-Akte gemäß die gleichen übrigen Rechte, Eigenschaften, Privilegien, Pflichten und Incidentien (incidents) gewähren und der gleichen Einzahlungs-Verpflichtung unterworfen sein, wie sie der durch besagte neue Aktien ersetzten ursprünglichen Original-Actie von Zeit zu Zeit beigelegt und zuertheilt worden sind.

Die Gesellschaft soll nicht verpflichtet sein, den Rechtstitel desjenigen zu untersuchen, dessen Namen in den erwähnten Registern als Actienbesitzer erscheint, sondern es muß jeder Besitzer einer solchen Original-Actie prima facie als deren Eigner und zum Empfang der neuen Actien-Scheine als berechtigt anerkannt werden.

(3.) Jeder Actie von Hundert (100) Pfund soll ein Fünftel (⅕) der ursprünglichen Einzahlung — resp. ⅕ von 50 Pfund auf jede Original-Actie gutgeschrieben werden; desgleichen von Zeit zu Zeit ein verhältnißmäßiger Theil derjenigen Beträge, welche späterhin außer der Summe von Sechszehn Tausend neun und sechzig Pfund achtzehn Schil. und fünf Pence (16069. 18. 5.) der Kapital-Masse noch übertragen, oder letzterer aus dem Gewinne der Gesellschaft hinzugefügt werden, und zwar bis die betreffenden einer jeden Actie creditirten Summen (einschließlich des Fünftels der ursprünglichen Einzahlung) die Hälfte des Betrags der bezüglichen Aktien erreicht haben.

Diese einer jeden Actie creditirten Summen sollen als eine auf die besagte Actie geleistete Einzahlung zur Capital-Masse der Gesellschaft betrachtet werden und den Actienbesitzer bis zum Belauf der besagten Summen von der Verbindlichkeit fernerer Einzahlungen befreien, — unter dem Vorbehalt, daß nichts, was in dieser Parlaments-Acte enthalten ist, und ebensowenig die Summen, welche dieser Section der Parlaments-Akte gemäß irgend einer Actie gutgeschrieben werden, den Besitzer derselben von einer über die Hälfte des Nominal-Betrages der Actie hinausgehenden Verbindlichkeit befreien soll.

(4.) Die Direktoren der Gesellschaft dürfen diejenigen Regeln, Vorschriften und Einrichtungen der Stiftungs-Urkunde der Gesellschaft abändern, welche in Folge der Untereintheilung der Actien für erforderlich gehalten werden.

## Bestimmung behufs Erhaltung der Kapitalmasse.

4. Die Summen, welche gegenwärtig der Kapitalmasse der Gesellschaft zugeschrieben stehen, und Fünf Hundert drei Tausend neun Hundert und dreißig Pfund, ein Schilling und sieben Pence (503,930. 1. 7.) betragen, sowie die künftig der Kapital-Masse der Gesellschaft zu übertragenden resp. hinzuzufügenden Summen sollen nicht an die Actienbesitzer vertheilt werden können, sondern der Gesellschaft verbleiben, um den aus ihren Geschäften an sie entstehenden Forderungen zu genügen. — Jedoch soll keine Bestimmung dieser Parlaments-Acte hindern, die Zinsen oder Dividenden der besagten Kapital-Masse in Gemäßheit der Bestimmungen der Stiftungs-Urkunde und vorerwähnter Parlaments-Acten resp. einer derselben unter die Actien-Inhaber zu vertheilen.

## Registrirung und Beglaubigung der Namen der Actienbesitzer statt der Eintragung.

5. Die 2. und 3. Sektionen der Parlaments-Akte von 1813 (54 Georg 3. Kap. 12.) sind hiermit aufgehoben, und wird an deren Stelle verfügt, wie folgt:

Die Gesellschaft soll im Monat Januar jedes Jahres oder innerhalb 30 Tagen nach stattgefundener Wahl am hohen Kanzleihofe eine Anzeige registriren lassen, welche Namen, Stand und Wohnort jedes neuen Vorsitzenden der Gesellschaft enthält, nebst Angabe, an wessen Stelle derselbe gewählt worden ist.

In gleicher Weise soll die Gesellschaft nach jeder Besitz-Veränderung von Actien in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober oder innerhalb dreier Monate nach der fraglichen Veränderung Namen, Stand und Wohnort der ausscheidenden und neu eintretenden Actionäre registriren lassen.

Diese Angaben dürfen ganz oder theilweise in derselben Anzeige enthalten sein, welche in Form und Inhalt nach dem dieser Parlamentsacte angehängten Schema auszufertigen, von einem der Direktoren resp. Rechnungsführer der Gesellschaft zu unterzeichnen und in Gemäßheit der im 5. Regierungsjahre Wilhelms IV. erlassenen Parlamentsakte durch den Unterzeichnenden zu beglaubigen ist.

Jeder, dessen Name in irgend einer dieser Anzeigen enthalten ist, soll allen gerichtlichen Verfolgungen so lange unterworfen sein, bis derselbe auf Grund einer registrirten neuen Anzeige aufgehört hat, Actienbesitzer zu sein. Jedoch sollen dem ausscheidenden Actienbesitzer alle Rechte und Rechtsmittel gegen den neuen Inhaber gesichert bleiben.

## Directoren.

6. In Bezug auf das Directorium sollen folgende Bestimmungen zur Anwendung kommen:

(1.) In der im Monat Januar Tausend acht hundert siebzig stattfindenden oder in jeder spätern ordentlichen oder außerordentlichen General-Versammlung der Gesellschaft ist jeder ausscheidende Direktor wieder wählbar, ohne ein Jahr lang außer Amt gewesen zu sein.

(2.) In der im Monat Januar Tausend acht hundert siebzig stattfindenden General-Versammlung der Gesellschaft darf die Zahl der Direktoriums-Mitglieder unter Zustimmung der Mehrzahl der persönlich anwesenden Aktienbesitzer nicht über sieben und zwanzig hinaus erhöht werden. Auch soll kein Actienbesitzer, der nicht schon einmal Direktor gewesen ist, zu diesem Amte wählbar sein, bis die Zahl der Direktoren durch Todesfälle, Abdankungen oder auf andere Weise unter vier und zwanzig herabgesunken ist.

(3.) Nachdem die Zahl der Direktoriums-Mitglieder in letzterwähnter Weise auf vier und zwanzig sich vermindert haben wird, soll die Zahl derselben diese Ziffer künftig niemals überschreiten, wovon sechszehn durch die General-Versammlungen der Gesellschaft zu wählen und acht von der Ost- und Westindischen Werft-Gesellschaft zu ernennen sind.

(4.) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Directoriums sollen bei Austritt aus ihren Aemtern als solche wiederum wählbar sein.

(5.) Ein Actienbesitzer soll als Direktor gewählt werden können, wenn er zwei Monate vor der Wahl die Eigenschaften der Wählbarkeit erlangt hatte.

(6.) Ein Actienbesitzer, welcher gewählt wird, um einen ausgeschiedenen oder ausscheidenden Direktor zu ersetzen, soll nur so lange im Amte bleiben, als der Ausgeschiedene noch würde zu fungiren gehabt haben.

## Auditoren.

7. In der im Monat Januar Tausend acht hundert siebzig abzuhaltenden General-Versammlung der Gesellschaft soll die Zahl der Auditoren, falls deren mehr als vier vorhanden sind, durch Ausloosung unter sich auf vier vermindert werden.

Ein ausscheidender Auditor soll wieder wählbar sein, ohne daß er ein Jahr lang außer Amt war. Jeder Actionär soll als Auditor gewählt werden können, wenn er zwei Monate vor der Wahl die Eigenschaften der Wählbarkeit hatte.

Jeder Auditor, welcher bestimmt ist, um einen ausgeschiedenen Auditor zu ersetzen, soll nur für die noch nicht abgelaufene Amtsdauer des letzteren gewählt werden.

## Kuratoren.

8. Die Bestimmungen ad. 6. und 7. in Betreff der Wählbarkeit und Amtsdauer der Direktoren und Auditoren soll auch auf die Wahl der Kuratoren Anwendung finden.

## Dividenden auf die Actien verstorbener Inhaber.

9. Kein Vertreter eines verstorbenen Actien-Besitzers soll das Recht haben, mehr als eine nach dem Tode des Letzteren festgestellte Dividende resp. Gewinn-Quote auf eine Actie des Verstorbenen zu beanspruchen, — und zwar bis Jemand in Gemäßheit der Stiftungs-Urkunde, sowie der Neben-Verordnungen und Verschriften der Gesellschaft rechtsgültiger Besitzer der betreffenden Actie geworden ist.

## Gerichtliche Maaßregeln gegen die Actien-Besitzer.

10. Dem Inhalte der Bestimmungen ad 56 der Stiftungs-Urkunde entgegen soll die Gesellschaft berechtigt sein, im Namen des zeitigen Vorsitzenden oder eines Actien-Besitzers eine Klage oder ein anderes Rechtsverfahren gegen irgend einen anderen Actien-Inhaber anzustellen und fortzuführen und zwar in derselben Weise, wie sie gegen Nichtactionäre eingeleitet und fortgeführt werden können, wenn gleich die nach Inhalt der Stiftungs-Urkunde vertragsmäßig ernannten Kuratoren zur Zeit schon gestorben sein mögen, oder wenn etwa gar ein solcher Vertrag überhaupt nicht abgeschlossen worden ist.

Weder der Tod, noch die Abdankung, Absetzung oder andere Handlungen des Vorsitzenden oder Actienbesitzers sollen eine solche Klage oder anderes Rechtsverfahren aufheben.

## Anstellung von Local-Directoren.

11. Das Directorium darf eine oder mehrere Personen — sowohl Actien-Inhaber wie Nichtinhaber als Local-Directoren, Verwaltungs-Ausschüsse oder Agenten im vereinigten Königreiche, den Colonien oder abhängigen Staaten von Groß-Britannien, sowie in irgend einem fremden Lande anstellen, und mit den von ihm zu entwerfenden Vollmachten zum Betriebe der Geschäfte der Gesellschaft versehen, — oder auch die ertheilten Mandate zurücknehmen und annulliren.

Das Directorium darf nicht minder vermittelst einer vom Vorsitzenden und zwei Directoren unter deren Siegel vollzogenen General-Vollmacht, (zu deren Ausstellung sie durch das Sitzungs-Protokoll des Directoriums zu autorisiren sind) genannte Local-Directoren, Verwaltungs-Ausschüsse und Agenten ermächtigen, Versicherungs-Urkunden gegen Feuers-Gefahr zu unterzeichnen und auszuhändigen, sowie Prämien und Gebühren für dieselbe in Empfang zu nehmen. —

Alles was solche Local-Directoren, Ausschüsse und Agenten in Betreff der Ausfertigung von Versicherungs-Urkunden gesetzmäßig thun werden, soll für die Gesellschaft bindend sein, mit dem Vorbehalt, daß die ad 23 der Stiftungs-Urkunde enthaltenen oder von dem Directorium bestimmten Einschränkungen in Betreff der Höhe des auf ein Risiko zu versichernden Betrages für erwähnte Directoren, Ausschüsse und Agenten bindend sein sollen.

Auch sollen diese Local-Directoren, Verwaltungs-Ausschüsse und Agenten an die Neben-Verordnungen, Regeln und Vorschriften der Gesellschaft, sowie an solche Bestimmungen der Stiftungs-Urkunde gebunden sein, wie sie auf die ihnen selbst gewährten Versicherungen Anwendung finden.

## Dauer dieser Parlaments-Acte.

12. Die in dieser Parlaments-Acte enthaltenen Bestimmungen sollen für genannte Gesellschaft oder Genossenschaft „Imperial Fire insurance Company (Reichs-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft)“ Geltung haben, und so lange als gültig betrachtet werden, als dieselbe währt, möge sie periodisch aus allen oder nur aus einigen ursprünglichen Mitgliedern oder Theilneh-

mern bisher bestanden haben, oder künftig bestehen; — sei es auch, daß sie jetzt oder in Zukunft theilweise aus ursprünglichen, theilweise aus andren Personen — oder gar ausschließlich aus neuen Mitgliedern und Theilnehmern zusammengesetzt ist.

### Die Gesellschaft wird durch diese Parlaments-Acte nicht corporirt.

13. Vorbehalten bleibt, daß der Inhalt dieser Parlaments-Acte nicht die Wirkung habe, die Gesellschaft zu incorporiren, oder als dahin geltend betrachtet werde. Ebensowenig soll dieser Inhalt die Gesellschaft oder irgend welche Zeichner und Mitglieder derselben von solchen Verantwortlichkeiten, Verbindlichkeiten, Contracten, oder sonstigen Verpflichtungen entbinden, welche denselben gesetzmäßig jetzt oder künftig obliegen werden, — mögen solche entweder zwischen der Gesellschaft und dritten Personen — oder zwischen einzelnen oder mehreren Mitgliedern derselben und anderen — oder unter sich — oder in irgend welcher andren Weise bestehen; — — ausgenommen, in sofern dieselbe von den Bestimmungen der gegenwärtigen Parlaments-Acte und deren wahren Sinn und Zweck betroffen wird.

### Kosten der Parlaments-Acte.

14. Die anläßlich des Erlasses dieser Parlaments-Acte entstandenen directen und indirecten Kosten, Anrechnungen und Ausgaben sollen von der Gesellschaft getragen werden.

# Schema.

## Form der Anzeige.

Namens-Anzeige vom ten 18

des neugewählten Vorsitzenden der Imperial Fire insurance Company (Reichs-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft) und desjenigen an dessen Stelle er ernannt worden;
fernerweit derjenigen, welche aufgehört haben, Actienbesitzer der genannten Gesellschaft zu sein, und
der in Gemäßheit der Imperial-Feuer-Versicherungs-Acte von 1869 registrirten neuen Actien-Besitzer.

---

Name des neugewählten Vorsitzenden sowie desjenigen, an dessen Stelle er ernannt worden:
A. B. aus . . . . . an Stelle von C. D. aus . . . . .
Namen derjenigen, welche aufgehört haben, Actien-Besitzer zu sein:
E. F. aus . . . . . . & G. H. aus . . . . . .
Namen der neuen Actien-Besitzer:
J. K. aus . . . . . . & L. M. aus . . . . . .

---

## Erklärung zur Beglaubigung der Anzeige.

Ich A. B. aus . . . . . . , einer der Directoren (Rechnungsführer) der besagten Gesellschaft, erkläre hiermit feierlich und aufrichtig, daß obige Anzeige den Namen des neuen Vorsitzenden der Gesellschaft, sowie desjenigen enthält, an dessen Stelle derselbe ernannt worden; — daß dieselbe ebenfalls die Namen der Personen, welche seit der letzten Registrirung aufgehört haben, Actien-Besitzer der besagten Gesellschaft zu sein, sowie die Namen der neuen Actien-Besitzer enthält, wie sie in den bezüglichen Registern der Gesellschaft verzeichnet sind.

Diese feierliche Erklärung gebe ich in dem gewissenhaften Glauben ab, daß dieselbe wahr sei, sowie in Gemäßheit der Bestimmungen einer im sechsten Regierungsjahre Wilhelms IV. entworfenen und erlassenen Parlaments-Acte betitelt:
„Parlaments-Acte um eine während der gegenwärtigen Session des Parlamentes erlassene Parlaments-Acte mit Titel:
„Parlaments-Acte behufs der vollständigeren Abschaffung der in verschiedenen Staats-Departements üblichen Eides-
„leistung und gerichtlichen Erklärungen und deren Ersetzung durch Declarationen, sowie auch behufs der vollkommeneren Unterdrückung von freiwilligen und außergerichtlichen Eidesleistungen und eidlichen Aussagen; enthaltend auch
„andere Bestimmungen hinsichtlich der Abschaffung von unnöthigen Eidesleistungen, aufzuheben."

---

Vorstehende Acte wird hiermit auf Grund der Concessions-Bedingungen ad 2 vorschriftsmäßig veröffentlicht.

Berlin, den 1. September 1871.

*M. J. Dünnwald*,
General-Bevollmächtigter der „Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft",
Poststraße No. 31, Berlin

# Extra-Blatt

zu Nr. 50 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1871.

## Bekanntmachung,

betreffend die Kündigung der fünfprozentigen Staatsanleihe vom Jahre 1859 zur Rückzahlung am 1. Juli 1872.

Auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 28. Mai 1859 (Ges.-S. S. 277), nach welchem dem Staate das Recht vorbehalten ist, den Tilgungsfonds der fünfprozentigen Staatsanleihe von 1859 vom 1. Januar 1870 ab zu verstärken, werden hierdurch die sämmtlichen bisher noch nicht zur Einlösung gelangten Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Preußischen Staatsanleihe vom Jahre 1859 zur Einlösung durch Baarzahlung des Nominalbetrages am 1. Juli 1872 hiermit gekündigt.

Die durch diese Schuldverschreibungen verbrieften Kapitalbeträge sind vom 1. Juli 1872 ab täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags bei der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen, erst nach dem 1. Juli 1872 fällig werdenden Zinscoupons Serie IV. Nr. 3 bis 8 und Talons baar in Empfang zu nehmen.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei den Königlichen Regierungs- und Bezirks-Hauptkassen, sowie bei der Königlichen Kreis-Kasse zu Frankfurt a/M. bewirkt werden. Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst Coupons und Talons einer dieser Kassen einzureichen, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung zu besorgen hat.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Kapitale zurückbehalten.

Mehrere Schuldverschreibungen der Art sind den Kassen mittelst doppelter Verzeichnisse vorzulegen, hinsichts deren Aufstellung, Aufrechnung und Unterzeichnung das bisher bei Einlösung solcher Obligationen übliche Verfahren stattfindet.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabreicht.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Berlin, den 21. Dezember 1871.

**Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.**

## Obwieszczenie,

tyczące się wypowiedzenia pięcioprocentowéj pożyczki państwowéj z roku 1859 ku opłacie dnia 1. Lipca 1872.

Na zasadzie Najwyższego rozkazu z dnia 28. Maja 1859 (zb. pr. str. 277), w którym państwu zastrzeżonem jest prawo powiększenia od 1. Stycznia 1870 funduszu amortyzacyjnego państwowéj pożyczki pięcioprocentowéj z roku 1859, wypowiada się niniejszem dla wymiany przez wypłatę kwoty nominalnéj gotówką dnia 1. Lipca 1872, wszystkie obligi pięcioprocentowéj pożyczki państwa Pruskiego z roku 1859, które dotąd jeszcze wymienione nie zostały.

Odbierać więc należy od 1. Lipca 1872 w gotówce sumy kapitałowe, przez obligi te zapisane, co dzień przy kasie umarzającéj długi państwowe tu w miejscu, Oranien ulica No. 94, od godziny 9téj przed południem do 1széj z południa, niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych wyjąwszy, za kwitem i zwrotem obligów z kuponami procentowemi, doń należącemi, płatnemi dopiero po 1. Lipcu 1872 seryą IV. No. 3 do 8 i talonami.

Wymianę obligów uskutecznić także można przy Królewskich kasach głównych rejencyjnych i okręgowych, jako też przy Królewskiéj kasie powiatowéj w Frankfurcie n. M. W tym celu wypada podać obligi z kuponami i talonami jednéj z tych kas, która je dla sprawdzenia winna przedłożyć kasie umarzającéj długi państwowe a po ustanowieniu starać się o wypłatę.

Za brakujące przypadkiem kupony procentowe, które bezpłatnie razem odesłać należy, zatrzyma się z mającego się wypłacić kapitału odpowiednią kwotę.

Więcéj tego rodzaju obligów powinno się przedłożyć kasom z podwójnemi wykazami, pod względem których to włożenia, zrachowania i podpisania użyte dotąd postępowanie przy wymianie takich obligów się zastósuje.

Formularzy do kwitów udzielą rzeczone kasy bezpłatnie.

W korespondencyą z posiedzicielami obligów kasa umarzająca długi państwowe co do wypłaty wdawać się nie może.

Berlin, dnia 21. Grudnia 1871.

**Zarzad główny długów państwowych.**

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 51. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 22. Dezember 1871. Bydgoszcz, dnia 22. Grudnia 1871.


## Bekanntmachungen höherer Behörden.

930 **Bekanntmachung.**

Die Weihnachtssendungen betreffend.

Allem Anschein nach wird der diesjährige Weihnachtsverkehr mit der Post ein ungemein starker werden. Wenn sich die Massen der Packete, welche nach Millionen zählen, in den letzten Tagen vor Weihnachten zusammendrängen, und, wie dies oft der Fall ist, noch schwierige Witterungs- und Wegeverhältnisse hinzutreten, so kann auch bei den umfassendsten Vorbereitungen nicht jede einzelne Sendung mit der sonstigen Pünktlichkeit eintreffen. Eine verspätete Ankunft ist aber gerade bei diesen Sendungen bedauerlich. Das Publikum wird daher im eigenen Interesse ersucht, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Massen sich zertheilen. Auch wird die Vorschrift in Erinnerung gebracht, daß die volle Adresse auf das Packet zu setzen ist.

Berlin, den 2. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. **Stephan.**

931 **Bekanntmachung.**

Signirung der Packete nach Berlin und anderen größeren Städten.

Um die Möglichkeit zu sichern, die mit der Post beförderten Packete auch beim Fehlen der Begleitbriefe richtig zu bestellen, ist erforderlich, daß, wenn die Packete nach größeren Städten, namentlich nach Berlin, gerichtet und nicht für größere Firmen oder allgemein bekannte Personen bestimmt sind, die Wohnung des Adressaten nach Straße und Hausnummer nicht nur auf dem Begleitbriefe, sondern auch auf dem Packete selbst genau bezeichnet werde.

Berlin, den 15. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

932 **Bekanntmachung.**

Einführung neuer Freimarken, Franco-Couverts und gestempelter Streifbänder.

Mit Ende dieses Jahres werden die bisherigen Norddeutschen Freimarken, Franco-Couverts und gestempelten Streifbänder außer Gebrauch gesetzt. An ihre Stelle treten neue Postwerthzeichen mit dem Deutschen Reichsadler und der Bezeichnung Deutsche Reichspost in folgenden Werthsorten:

a. in den in der Thalerwährung rechnenden Gebietstheilen, mit Einschluß von Elsaß-Lothringen: Freimarken zu $^1/_4$, $^1/_3$, $^1/_2$, 1, 2 und 5 Groschen, Franco-Couverts zu 1 Groschen und gestempelte Streifbänder zu $^1/_3$ Groschen,

b. in den in der Süddeutschen Guldenwährung rechnenden Gebietstheilen, einschließlich des Großherzogthums Baden, dessen Postwesen vom 1. Januar k. J. von der Deutschen Reichspostverwaltung mit übernommen wird: Freimarken zu 1, 2, 3, 7 und 18 Kreuzern, Franco-Couverts zu 3 Kreuzern und gestempelte Streifbänder zu 1 Kreuzer.

In den Farben stimmen die neuen Postwerthzeichen mit den bisherigen überein.

Dienstfreimarken werden vom 1. Januar 1872 ab nicht mehr ausgegeben.

Die neuen Deutschen Freimarken werden von den Postanstalten zu dem Nennwerthe des Stempels an das Publikum abgelassen. Für Franco-Couverts ist außer dem Nennwerthe des Stempels (1 Gr. bz. 3 Kr.) eine Herstellungsgebühr, und zwar bei den Couverts zu 1 Gr. von 1 Pfennig pro Stück, bei den Couverts zu 3 Kr. von 1 Kr. für je 3 Stück zu entrichten. Gestempelte Streifbänder kommen nur bei den größeren Postanstalten in Partien zu 100 Stück zum Verkauf; 100 Streifbänder à $^1/_3$ Gr. kosten 1 Thlr. 6 Gr. 10 Pf., 100 Streifbänder à 1 Kr. kosten 1 Gulden 53 Kr.

Der Verkauf der neuen Postwerthzeichen wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichspostanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Verwendbar werden die neuen Postwerthzeichen aber überall erst mit dem 1. Januar 1872.

Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franco-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Postannahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werthes umgetauscht werden. Der Umtausch

findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Postwerthzeichen nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebiets statt, in welchem die Ausgabe der umzutauschenden Postwerthzeichen erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen, und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken rc. der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember d. J. hinaus zu bemessen.

Berlin, den 12. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**933** Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 19. Juni 1857 am 30. September 1871 vorschriftsmäßig erfolgten Ausloosung der im Jahre 1872 planmäßig zu amortisirenden 5 pCt. Posener Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Litt. A. über 500 Thlr. 40, 169, 204, 208, 249, 273, 277, 279, 281, 295, 327, 392, 435, 442, 505, 578, 637, 677, 734, 740, 750, 788, 801, 816, 819, 841, 868, 904, 936, 958; dreißig Stück zusammen 15,000 Thlr.

Litt. B. über 200 Thlr. 2, 9, 80, 104, 124, 158, 191, 209, 293, 299, 337, 373, 426, 437, 456, 472, 480, 501, 529, 623, 627, 635, 695, 696, 734, 796, 819, 877, 918, 922, 926, 956, 1000, 1019, 1169, 1215, 1258; sieben und dreißig Stück zusammen 7400 Thlr.

Litt. C. über 100 Thlr. 11, 68, 92, 97, 123, 161, 177, 337, 349, 358, 376, 385, 415, 446, 465, 466, 476, 494, 638, 657, 676, 689, 693, 720, 770, 813, 817, 846, 862, 943, 978, 1011, 1125, 1158, 1197, 1219, 1317, 1434, 1445, 1533, 1628, 1695, 1714, 1718, 1727, 1733, 1737, 1743, 1783, 1803, 1806, 1814, 1833, 1875, 1900, 1964, 2020, 2147, 2159, 2238, 2246, 2303, 2307, 2336, 2363, 2419, 2425, 2480, 2587, 2619, 2724, 2773, 2828, 2835, 2927, 2930, 2984, 3052, 3057, 3060, 3080, 3113, 3140, 3198, 3332, 3352; sechs und achtzig Stück zusammen 8600 Thlr.

Die mit vorstehenden Nummern bezeichneten Provinzial-Obligationen werden hiermit gekündigt und die Inhaber derselben werden aufgefordert, den Nennwerth gegen Rückgabe der Obligationen in coursfähigem Zustande bei der Provinzial-Instituten-Kasse hierselbst, bei dem Schlesischen Bankverein zu Breslau, oder bei dem Bankhause Hirschfeldt et Wolff in Berlin vom 1. Juli 1872 ab, bei Letzterem jedoch nur bis zum 31. December 1872 in Empfang zu nehmen.

Von den bereits früher verloosten Provinzial-Obligationen sind die Nummern

Litt. B. Nr. 213 und Litt. C. Nr. 2934,

deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1869,

Litt. A. Nr. 179, Litt. B. Nr. 144 und Litt. C. Nr. 380, 1348,

deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1870,

Litt. A. Nr. 761, 898, 922, Litt. B. Nr. 118, 377, 378, 997,

Litt. C. Nr. 404, 553, 1045, 1148, 2850,

deren Verzinsung mit dem 1. Juli 1871 aufgehört hat, bis jetzt nicht eingeliefert worden.

Posen, den 6. December 1871. Der Ober-Präsident der Provinz Posen **v. Königsmarck.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**934** Bekanntmachung.

Nach einer von dem Großherzoglich Hessischen Ministerium der Finanzen unter dem 10. November d. J. erlassenen Bekanntmachung ist genehmigt worden, daß die Einlösung der Grundrentenscheine bei der Großherzoglichen Staatsschulden-Tilgungskasse, welche nach Ablauf der in der Bekanntmachung vom 8. März 1870 festgesetzten Präklusivfrist seit dem 1. Januar 1871 nicht mehr stattfinden konnte, noch nachträglich binnen einer zu bestimmenden Frist gestattet werde. Demgemäß ist die Großherzogliche Staatsschulden-Tilgungskasse zu Darmstadt ermächtigt und beauftragt worden, Großherzoglich Hessische Grundrentenscheine, welche bis zum Schlusse des Monats Februar 1872 bei ihr präsentirt werden, nachträglich einzulösen. Vom 1. März 1872 an hört diese Ermächtigung auf, und verbleibt es bei der Bestimmung, wonach eine Einlösung jener Scheine nicht mehr zulässig ist.

Das betheiligte Publikum machen wir hierdurch auf die vorstehenden Bestimmungen aufmerksam.

Bromberg, den 15. Dezember 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden rc.

**935** Pfandbriefs-Aufkündigung.

In Folge heute statutenmäßig bewirkter Ausloosung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Wypowiedzenie listów zastawnych.

W skutek wykonanego dziś stósownie do statutu wylosowania, wypowiadają się poniżej oznaczone listy zastawne nowego ziemskiego Towarzystwa Kredytowego dla Prowincyi Poznańskiéj:

Serie I. à 1000 Thlr. Nr. 3, 123, 142, 538, 566, 863, 878, 884, 937, 962, 1062, 1082, 1274, 1296, 1473, 1657, 1955, 2168, 2221, 2331, 2437, 2513, 2770, 2790, 2909, 2943, 3153, 3306, 3574,

3838, 3946, 4141, 4342, 4589, 4833, 4842, 4936, 4983, 5330, 5349, 5740, 5817, 5937, 6030, 6212, 6238, 6258, 6344, 6561, 6594, 6650, 6756, 6768, 6931, 6953, 7017, 7655, 7758, 7879, 7926, 7969, 8009, 8048, 8069, 8218, 8511, 8561, 8572, 8583, 8612, 8644, 8725, 8820, 9237, 9334, 9457, 9483, 9598, 9623, 9959, 10,095, 10,152, 10,183, 10,252, 10,417, 10466, 10,968, 10,986, 11,078, 11,128, 11,180, 11,205, 11,273, 11,340, 11,349, 11,366, 11,409, 11,491, 11,503, 11,530, 11,598, 11,682, 11,820, 11,884, 11,915, 11,917, 11,927, 11,959, 11,997.

Serie II. à 200 Thlr. Nr. 96, 230, 245, 299, 319, 356, 399, 594, 654, 681, 700, 882, 955, 1275, 1480, 1592, 1734, 1767, 1819, 1953, 2013, 2306, 2479, 2501, 2511, 2532, 2565, 2764, 2901, 3007, 3052, 3275, 3292, 3453, 3923, 3971, 4090, 4283, 4339, 4373, 4415, 4603, 4643, 4818, 5074, 5171, 5259, 5282, 5305, 5344, 5348, 5391, 5575, 5598, 5811, 5935, 6155, 6209, 6350, 6637, 6758, 6824, 6920, 7038, 7139, 7332, 7397, 7412, 7453, 7492, 7696, 7713, 7763, 7783, 7791, 7808, 7855, 7923, 7927, 7940, 7984, 8572, 8716, 8823, 8874, 8901, 8959, 8991, 9044, 9099, 9165, 9189, 9506, 9510, 9524, 9677, 9773, 10,059, 10,138, 10,327, 10,397, 10,418, 10,507, 10,624, 10,748, 10,980, 10,988, 11,493, 11,680, 11,749, 11,855, 11,964, 12,025, 12,203, 12,413, 12,471, 12,515, 12,527, 13,068, 13,104, 13,115, 13,232, 13,384, 13,425, 13,612, 13,824, 13,863, 13,976, 14,286, 14,288, 14,339, 14,405, 14,638, 14,778, 14,789, 14,925 15,005, 15,061, 15,096, 15,147, 15,231, 15,238, 15,424, 15,456, 15,781, 15,852, 15,869, 16,144, 16,173, 16,396, 16,470, 16,539, 16,631, 16,820, 16,907, 16,984, 17,063, 17,243, 17,247, 17,287, 17,498, 17,502, 17,808, 17,891, 18,096, 18,193, 18,357, 18,608, 18,705, 18,811, 19,035, 19,079, 19,080, 19,085, 19,283, 19,319, 19,596, 19,650, 19,665, 19,706.

Serie III. à 100 Thlr. Nr. 60, 88, 100, 113, 124, 223, 260, 287, 501, 564, 566, 658, 703, 731, 765, 775, 844, 845, 898, 1108, 1113, 1189, 1323, 1497, 1592, 1725, 1780, 1836, 1841, 1931, 1960, 2164, 2268, 2290, 2307, 2471, 2577, 2610, 2616, 2670, 2671, 2705, 2928, 2976, 2986, 3159, 3173, 3256, 3266, 3608, 3659, 3737, 3785, 3872, 4033, 4148, 4161, 4424, 4625, 4683, 4791, 4878, 5464, 5502, 5680, 5878, 5882, 5979, 6207, 6219, 6282, 6574, 6773, 7192, 7459, 7474, 7826, 7903, 8255, 8471, 8652, 8799, 8922, 8967, 8997, 8998, 9154, 9499, 9522, 9526, 9914, 10,124, 10,193, 10,739, 10,864, 11,180, 11,309, 11,375, 11,554, 11,853, 11,915, 11,935, 11,984, 11,996, 12,087, 12,100, 12,112, 12,167, 12,267, 12,330, 12,583, 12,686, 12,888, 12.939, 12,940, 12,957, 13,269, 13,322, 13,336, 13,543, 13,810, 13,898, 13,955, 14,022, 14,069, 14,183, 14,284, 14,286, 14,287, 14,307, 14,508, 14,548, 14,783, 14,842, 14,905, 14,939, 14,940.

Serie V. à 500 Thlr. Nr. 17, 24, 162, 280, 341, 355, 490, 628, 669, 686, 724, 791, 862, 1115, 1167, 1294, 1394, 1531, 1662, 1717, 1718, 1726, 1813, 1861, 1941, 2217, 2337, 2448, 2476, 2537, 2785, 2951, 3226, 3323, 3570, 3620, 3675, 3728, 3752, 3891, 3945, 3964, 4201, 4268, 4479, 4634, 4669, 4741, 5050, 5052, 5213, 5386, 5485, 5571, 5617, 5774, 5813, 5895, 6192, 6311, 6613, 6683.

Serie VI. à 1000 Thlr. Nr. 243, 303, 335, 620, 1200, 1249, 2065, 2087, 2355, 2473, 3157, 3463, 3808, 3820, 3829, 4249, 4251, 4590, 5265, 5699, 5774, 5979, 5990, 6214, 6283, 6601, 6715, 7026, 8009, 8150, 8271, 8326, 8592, 9049, 9471, 9896, 9897, 10,014, 10,025, 10,117, 10,118.

Serie VII. à 500 Thlr. Nr. 425, 763, 806, 1373, 1637, 1888, 2283, 2316, 3128, 3551, 3693, 4034, 4047, 4069, 4107, 4696, 5184, 5306, 5410, 5480.

Serie VIII. à 200 Thlr. Nr. 200, 682, 963, 1210, 1370, 1647, 1779, 1796, 2951, 2976, 3405, 3923, 4065, 4090, 4264, 4479, 4517, 4518, 4727, 4777, 5007, 5084, 6269, 6385, 6749, 6756, 7152, 7464, 7632, 7703, 7958, 8244, 10,029, 10,128, 10,301, 10,580, 10,774, 10,823, 10,926, 10,948, 11,009.

Serie IX. à 100 Thlr. Nr. 5, 180, 208, 209, 239, 738, 751, 1135, 1619, 1707, 1955, 2324, 2523, 3085, 3583, 3648, 3665, 3908, 4371, 4420.

den Inhabern zum 1. Juli 1872 hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hierselbst Vormittags zwischen 9 und 1 Uhr baar in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst dem Talon in kursfähigem Zustande eingeliefert werden.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingesendet werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta möglichst mit umgehender Post

ich posiadaczom na dzień 1. Lipca 1872 z tem wezwaniem, ażeby kwotę kapitałową, od wspomnionego dnia wypowiedzenia począwszy, z kasy naszéj tu, przed południem między 9tą i 1szą godziną w gotowiźnie odebrali.

Wypowiedziane listy zastawne powinny być składane z talonem w stanie do kursu usposobionym.

Dla wygody publiczności jest dozwolonem, że wypowiedziane listy zastawne wraz z talonami kasie naszéj i pocztą, ale franko przesłane być mogą, w którym to przypadku nastąpi przesyłanie w zamian gotowizny, ile być można od-

unfrankirt ohne Anschreiben und unter Declaration des vollen Werths erfolgen soll.

Die Verzinsung der gekündigten Pfandbriefe hört mit dem 30. Juni 1872 auf. Fehlt der Talon, so kann die Einlösung eines Pfandbriefes nicht stattfinden.

Kupons sind mit den gekündigten Pfandbriefen diesmal nicht abzuliefern, indem die verabreichte Serie der ersteren mit dem 1. Juli 1872 abläuft. Da aber dieses Ablaufs wegen die Valuta aller bis dahin gekündigten und nicht eingegangenen Pfandbriefe spätestens bis **zum 1. October 1872** an das Königliche Kreisgericht hierselbst, welches die Amortisation solcher Pfandbriefe auf Kosten der Inhaber nach § 21 des Statuts vom 13. Mai 1857 zu veranlassen hat, eingezahlt werden wird, so liegt es im Interesse der Inhaber gekündigter Pfandbriefe, die letzteren diesmal schleunigst und noch vor dem 1. October 1872 bei unserer Kasse zur Einlösung zu präsentiren, indem eine jede spätere Einlösung bei dem genannten Gerichte nachgesucht werden müßte und mit Kosten verknüpft sein würde.

Posen, den 14. Dezember 1871.

Königliche Direction
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

wrotną pocztą nie frankowane bez osobnego pisma, przy deklaracyi całkowitéj wartości.

Opłata prowizyi za wypowiedziane listy zastawne ustaje z dniem 30. Czerwca 1872. W razie nie złożenia talonu, zamiana listu zastawnego nie może nastąpić.

Kupony tym razem nie mogą być do wypowiedzianych listów zastawnych dołączone dla tego, iż wydana serya tychże z dniem 1. Lipca 1872 się kończy. Ponieważ zaś dla kończącéj się tejże seryi waluta za wszystkie dotąd wypowiedziane a nie zrealizowane listy zastawne najpóźniéj aż do **1. Października 1872** w tutejszym królewskim sądzie powiatowym złożoną będzie, który amortyzacyą podobnych listów zastawnych stósownie do § 21 statutu z dnia 13. Maja 1857 na koszt dzierzycieli tychże listów rozporządzi, przeto leży w interesie dzierzycieli wypowiedzianych listów zastawnych, ażeby takowe tym razem spiesznie a to przed dniem 1. Października 1872 do kasy naszéj celem wypłaty złożyli, gdyż o każdą późniejszą realizacyą trzeba wnieść do rzeczonego sądu, coby z kosztami było połączone.

Pznań, dnia 14. Grudnia 1871.

Król. Dyrekcya nowego
Towarzystwa Ziemstwa Kredytowego
dla Prowincyi Poznańskiéj.

**936** Bekanntmachung und Verfügung
des Ober-Staats-Anwalts an die Herren Polizei- und Forstpolizei-Anwalte des Departements.

In Folge einer Beschwerde hat das Königliche Ober-Tribunal zu Berlin einem Beschlusse vom 30. October d. J. den Grundsatz ausgesprochen:

„Für die von Kindern unter 12 Jahren begangenen Diebstähle an Holz- und anderen Waldproducten haften die im § 10 des Holzdiebstahls-Gesetzes vom 2. Juni 1852 (Gesetz-Sammlung S. 305) bezeichneten Personen in Gemäßheit des § 11 daselbst unmittelbar."

Die Herren Polizei- und Forstpolizei-Anwalte wollen hiervon Kenntniß nehmen und ihre Forst-Straf-Listen und Anträge darnach regeln.

Bromberg, den 16. Dezember 1871. Der Königl. Ober-Staats-Anwalt.

**937** Aufforderung
an die Herren Polizei- und Forst-Polizei-Anwalte des Departements.

Nach § 76 der Instruction für die Polizei-Anwalte vom 24. November 1852 hat jeder Polizei-Anwalt in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember jeden Jahres dem Ober-Staats-Anwalt eine Uebersicht seiner Geschäfte einzureichen.

Diejenigen Herren Polizei- und Forst-Polizei-Anwalte, welche mit dieser Uebersicht noch im Rückstande sind, fordere ich daher auf, der vorstehenden Bestimmung der Instruction für die Polizei-Anwalte schleunigst nachzukommen und künftighin die Einrichung der Uebersicht nicht über den 15. Dezember hinaus zu verzögern, dabei auch meine Circular-Verfügung vom 28. April 1866 (Amtsblatt pro 1866 S. 135) zu befolgen.

Bromberg, den 15. Dezember 1871. Der Königl. Ober-Staats-Anwalt.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 51.

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg. № 52. Dziennik Urzędowy Królewskiéj Regencyi w Bydgoszczy.

Bromberg, den 29. Dezember 1871. Bydgoszcz, dnia 29. Grudnia 1871.


## Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

938 Das 46. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 735. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zu dem Haushalts-Etat des Deutschen Reichs für das Jahr 1871. Vom 22. November 1871.

Nr. 736. Gesetz, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Vom 22. November 1871.

Nr. 737. Gesetz, betreffend die Einführung der Maaß- und Gewichts-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 in Baiern. Vom 26. November 1871.

Nr. 738. Gesetz über die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867 in Baiern. Vom 24. November 1871.

Nr. 739. Gesetz, betreffend die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes vom 8. April 1868 über die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Ersatzreserve in Baden. Vom 22. November 1871.

Nr. 740. Gesetz, betreffend die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868 in Baden. Vom 22. November 1871.

Nr. 741. Verordnung, betreffend die Einführung des preußischen Militair-Strafrechts in Baden. Vom 24. November 1871.

Nr. 742. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs: den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Dr. jur. Johannes Rösing zu New-York zum Generalkonsul des Deutschen Reichs für die Vereinigten Staaten von Amerika, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Königlich baierischen, Königl. württembergischen, Großherzoglich badischen und Großherzoglich hessischen Konsul Werner Dresel zu Baltimore (Maryland), die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Johann Heinrich Goßler zu Boston (Massachusets) und Charles Otto Witte

## Treść Zbioru Praw Państwa Niemieckiego.

Oddział 46. tegorocznego Zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 735. Prawo, tyczące się ustanowienia dodatku do etatu Państwa Niemieckiego na rok 1871. Z 22. Listopada 1871.

No. 736. Prawo, tyczące się nadzwyczajnéj potrzeby pieniężnéj na koleje żelazne Państwa w Alzacyi i Lotaryngii. Z 22. Listopada 1871.

No. 737. Prawo, tyczące się wprowadzenia w Bawaryi Regulaminu miar i wag dla Związku północno-niemieckiego z 17. Sierpnia 1868. Z 26. Listopada 1871.

No. 738 Prawo względem zaprowadzenia w Bawaryi prawa Związku północno-niemieckiego, tyczącego się obowiązku do służby wojskowéj, z 9. Listopada 1867. Z 24. Listopada 1871.

No. 739. Prawo, tyczące się zaprowadzenia w Badenii prawa Związku północno-niemieckiego z 8. Kwietnia 1868 o wspieraniu ubogich familii powołanych do służby żołnierzy rezerwy kompletowéj. Z 22. Listopada 1871.

No. 740. Prawo, tyczące się zaprowadzenia w Badenii prawa Związku północno-niemieckiego z 25. Czerwca 1868 o dawaniu inkwaterunku dla siły zbrojnéj podczas stanu pokojowego. Z 22. Listopada 1871.

No. 741. Rozporządzenie, tyczące się zaprowadzenia w Badenii Pruskiego wojskowego prawa karnego. Z 24. Listopada 1871.

No. 742. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego: dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Dr. jur. Johannes Roesing w Nowym Yorku mianować konsulem generalnym Państwa Niemieckiego na stany zjednoczone Ameryki, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Królewsko-Bawarskiego, Królewsko-Wyrtemberskiego, Wielko-Księsko-Badeńskiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Werner Dresel w Baltimore (Maryland), dotychczasowych konsulów Związ-

zu Charleston (Süd-Carolina), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich badischen Konsul Heinrich Clausenius zu Chicago (Illinois), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Adolph Seinecke zu Cincinnati (Ohio), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich hessischen Konsul Johann Wilhelm Jokusch zu Galveston (Texas), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Carl Theodor Ferdinand Schwartz zu Louisville (Kentucky), den bisherigen Königlich baierischen, Königlich württembergischen, Großherzoglich badischen und Großherzoglich hessischen Konsul Freiherrn L. v. Baumbach zu Milwaukee (Wisconsin), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich hessischen Konsul Johannes Kruttschnitt zu New-Orleans (Louisiana), den bisherigen Großherzoglich hessischen Konsul Heinrich Möser zu Pittsburg (Pennsylvanien), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Friedrich Wilhelm Hanewinckel zu Richmond (Virginia), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich hessischen Konsul Carl A. C. Duisenberg zu San Francisco (Californien), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Jacob Rauers zu Savannah (Georgia), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Königlich baierischen, Königlich württembergischen, Großherzoglich badischen und Großherzoglich hessischen Konsul Robert Barth zu St. Louis (Missouri), den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Ferdinand Willius zu St. Paul (Minnesota) und den bisherigen Vizekonsul bei dem Generalkonsulate des Norddeutschen Bundes Friedrich Wilhelm Zach zu New-York zu Konsuln des Deutschen Reichs, den bisherigen Vizekonsul bei dem Generalkonsulate des Norddeutschen Bundes Dr. jur. Erwin Stammann zu New-York zum Vizekonsul des Deutschen Reichs, den Kaufmann P. de Bruyne zu Middelburg (Niederlande) zum Konsul des Deutschen Reichs, den bisherigen Großherzoglich badischen Konsul Dr. jur. Meinard Tydemann zu Tiel, den bisherigen Konsular-Agenten des Norddeutschen Bundes F. L. Pollen zu Scheveningen zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs, den früheren Konsul des Norddeutschen Bundes J. Michaelsen zu Bordeaux zum Konsul des Deutschen Reichs, den früheren Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Heinrich Winter daselbst zum Vizekonsul des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

zku północno-niemieckiego Jana Henryka Gossler w Bostonie (Massachusets) i Charles Otto Witte w Charleston (Południowa Carolina), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego i Wielko-Księsko-Badeńskiego konsula Henryka Clausenius w Chicago (Illinois), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Adolfa Seinecke w Cincinnati (Ohio), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Jana Wilhelma Jockusch w Galveston (Texas), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Teodora Ferdynanda Schwartz w Louisville (Kentucky), dotychczasowego Królewsko-Bawarskiego, Królewsko-Wyrtemberskiego, Wielko-Księsko-Badeńskiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Barona L. Baumbach w Milwaukee (Wisconsin), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego i konsula Wielko-Księsko-Heskiego Johannes Kruttschnitt w New-Orleans (Louisiana), dotychczasowego Wielko-Księsko-Heskiego konsula Henryka Moeser w Pittsburg (Pennsylvanien), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Fryderyka Wilhelma Hanewinckel w Richmond (Virginia), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego i konsula Wielko-Księsko-Heskiego Karóla A. C. Duisenberg w San Francisco (Kalifornia), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Jakóba Rauers w Savannah (Georgia), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego, Królewsko-Bawarskiego, Królewsko-Wyrtemberskiego, Wielko-Księsko-Badeńskiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Roberta Barth w St. Louis (Missouri), dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Ferdynanda Willius w St. Paul (Minnesota) i dotychczasowego wicekonsula przy konsulacie generalnym Związku północno-niemieckiego Fryderyka Wilhelma Zach w Nowym Yorku konsulami Państwa Niemieckiego, dotychczasowego wicekonsula przy konsulacie generalnym Związku północno-niemieckiego Dr. jur. Erwin Stammann w Nowym Yorku wicekonsulem Państwa Niemieckiego, W. P. de Bruyne kupca w Middelburg (Niderlandya) konsulem Państwa Niemieckiego, dotychczasowego Wielko-Księsko-Badeńskiego konsula Dr. jur. Meinard Tydemann w Tiel, dotychczasowego agenta konsularnego Związku północno-niemieckiego F. L. Pollen w Scheveningen, wicekonsulami Pań-

Nr. 743. Dem Herrn Emil v. Oppenfeld zu Berlin ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Königlich belgischer Vizekonsul in Berlin ertheilt worden.

**939** Das 47. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 744. Gesetz, betreffend die Bildung eines Reichskriegsschatzes. Vom 11. November 1871.

Nr. 745. Gesetz, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen. Vom 4. Dezember 1871.

**940** Das 48. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetz-Blattes enthält unter:

Nr. 746. Gesetz, betreffend den Ersatz der den bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reserve- und Landwehr-Mannschaften gewährten oder noch zu gewährenden gesetzlichen Unterstützungen. Vom 4. Dezember 1871.

Nr. 747. Bekanntmachung, betreffend die Abänderung der unter dem 1. Juli d. J. zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Juni d. J. über die Inhaberpapiere mit Prämien erlassenen ergenzenden Vorschriften (Reichsgesetzbl. S. 460). Vom 4 Dezember 1871.

Nr. 748. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs: die bisherigen Generalkonsuln des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich badischen Konsuln Hermann Otto Heinrich Leupold zu Genua und Friedrich Stolte zu Neapel, sowie den bisherigen Generalkonsul des Norddeutschen Bundes Christian Franz Appelius zu Livorno zu Generalkonsuln, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Hermann v. Bremen zu Ancona, Nikolaus Fiorentino zu Cagliari, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Großherzoglich badischen und Großherzoglich hessischen Konsul Carl Schmitz zu Florenz, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich badischen Konsul Johann David Mack zu Mailand, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Giulio Ewald Jaeger zu Messina, Georg Kopp zu Palermo und Adolph v. Kunkler zu Venedig zu Konsuln, ferner die bisherigen Vizekonsuln des Norddeutschen Bundes Christian Joseph Schirbach zu Carloforte, Joseph Peratoner zu Catania, Francesco Morello zu Licata, Friedrich Alexander Marstaller zu Bari, Luigi Marincola S. Floro del fu Orazio zu Catanzaro, Cavaliere Emmanuele Alcalá zu Pizzo, Nicola Corato zu Tarant, dem bisherigen Königlich preußischen Vizekonsul Giovanni Ficarrotta zu

stwa Niemieckiego, byłego konsula Związku północno-niemieckiego J. Michaelsen w Bordeaux, konsulem Państwa Niemieckiego, byłego wicekonsula Związku północno-niemieckiego Henryka Winter tamże wicekonsulem Państwa Niemieckiego.

No. 743. W. Panu Emil Oppenfeld w Berlinie udzielono w imieniu Państwa Niemieckiego Exequatur na królewsko-Belgijskiego wicekonsula w Berlinie.

Oddział 47. tegorocznego zbioru praw Państwa niemieckiego zawiera pod:

No. 744 Prawo, tyczące się utworzenia skarbu wojennego Państwa. Z 11. Listopada 1871.

No. 745. Prawo, tyczące się wybicia złotych monet Państwa Z 4. Grudnia 1871.

Oddział 48. tegorocznego zbioru praw Państwa Niemieckiego zawiera pod:

No. 746. Prawo, tyczące się zwrotu zapomóżek prawnych, użyczonych lub użyczyć się jeszcze mających ubogim familiom powołanych do służby rezerwistów i landwerzystów. Z 4. Grudnia 1871.

No. 747. Obwieszczenie, tyczące się modyfikacyi przepisów uzupełniających, wydanych pod dniem 1. Lipca r. b. ku wykonaniu ustawy związkowéj z 8. Czerwca r. b. o papierach na dzierzyciela z premiami (Zb. Pr. Pań. Niem. str. 460). Z 4. Grudnia 1871.

No. 748. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego: dotychczasowych konsulów generalnych Związku północno-niemieckiego i Wielko-Księsko-Badeńskich konsulów Hermana Otona Henryka Leupolda w Genewie i Fryderyka Stolte w Neapolu, jako też dotychczasowego konsula generalnego Związku północno-niemieckiego Krystyana Franciszka Appelius w Livorno mianować konsulami generalnymi, dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Hermana Bremen w Anconie, Mikołaja Fiorentino w Cagliari, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego, Wielko-Księsko-Badeńskiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Karóla Schmitz we Florencyi, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego i Wielko-Księsko-Badeńskiego konsula Jana Dawida Mack w Medyolanie, dotychczasowych konsulów Związku północno-niemieckiego Giulio Ewald Jaeger w Messina, Jerzego Kopp w Palermo i Adolfa Kunkler we Wenecyi konsulami, daléj dotychczasowych wicekonsulów Związku północno-niemieckiego Krystyana Józefa Schirbach w Carloforte, Józefa Peratoner w Catania, Francesco Morello w Licata, Fryderyka Alexandra

Trapani, den Kaufmann Heinrich Ludwig Kayser zu Girgenti, den bisherigen Königlich bayerischen, Großherzoglich badischen und Großherzogl. hessischen Konsul Carl Stöß zu Liverpool zu Vizekonsuln des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

Marstaller w Bari, Luigi Marincola S. Floro del fu Orazio w Catanzaro, Cavaliere Emmanuele Alcalá w Pizzo, Nicola Corato w Tarant, dotychczasowego Królewsko-Pruskiego wicekonsula Giovanni Ficarotta w Trapani, Henryka Ludwika Kayser, kupca w Girgenti, dotychczasowego Królewsko-Bawarskiego, Wielko-Księsko-Badeńskiego i Wielko-Księsko-Heskiego konsula Karóla Stoess w Liwerpolu wicekonsulami Państwa Niemieckiego.

Nr. 749. Seine Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs: den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Johann Friedrich Berger zu Hammerfest zum Konsul, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes Karl Aberg zu Borga zum Konsul, den Kaufmann Robert Spies zu Moskau zum Konsul, den bisherigen Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Arnt Nikolai Brodtkorb zu Vardö zum Vizekonsul, den Kaufmann und Agenten Luis Olleros y Mansilla zu Badajoz zum Vizekonsul, den bisherigen Königl. württembergischen Vizekonsul G. Hauff zu St. Petersburg zum Vizekonsul des Deutschen Reichs zu ernennen geruht.

No. 749. Najjaśniejszy Cesarz i Król raczył w imieniu Państwa Niemieckiego: dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Jana Fryderyka Berger w Hammerfest mianować konsulem, dotychczasowego konsula Związku północno-niemieckiego Karóla Aberg w Borga kosulem, kupca Roberta Spies w Moskwie konsulem, dotychczasowego wicekonsula Związku północno-niemieckiego Arnt Nikolai Brodtkorb w Vardoe wicekonsulem, kupca i agenta Luis Olleros y Mansilla w Badajoz wicekonsulem, dotychczasowego Królewsko-Wyrtemberskiego wicekonsula G. Hauff w Petersburgu wicekonsulem Państwa Niemieckiego.

Nr. 750. Namens des Deutschen Reichs ist dem Kaufmann Gustav Levin das Exequatur als Konsul der Republik Bolivia zu Berlin und dem zum Königlich dänischen Vizekonsul in Lübeck ernannten Kaufmann Carl Hornung Petit das Exequatur für diese Ernennung ertheilt worden.

No. 750. W imieniu Państwa Niemieckiego udzielono kupcowi Gustawowi Lewin Exequatur na konsula Rzeczpospolitéj Bolivia w Berlinie a mianowanemu Królewsko-Duńskim wicekonsulem w Lubece kupcowi Karólowi Hornung Petit Exequatur na nominacyą tęże.

## Inhalt der Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten.

**941** Das 37. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 7906. Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober 1871, betreffend den Tarif, nach welchem die Hafenabgaben zu Apenrade, im Kreise Apenrade, Regierungs-Bezirks Schleswig, vom 1. Januar 1872 ab bis auf Weiteres zu entrichten sind.

Nr. 7907. Allerhöchster Erlaß vom 25. Oktober 1871, betreffend die Genehmigung eines zweiten Nachtrages zu dem Revidirten Reglement für die Feuersozietät der Provinz Posen vom 9. September 1863.

Nr. 7908. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypothekenbriefe der National-Hypotheken-Kreditgesellschaft, eingetragene Genossenschaft zu Stettin. Vom 30. Oktober 1871.

## Treść Zbioru praw państwa Pruskiego.

Oddział 37. tegorocznego zbioru praw zawiera pod:

No. 7906. Najwyższe rozporządzenie z 23. Października 1871, tyczące się Taryfy, na mocy któréj opłacać się ma tymczasowo portowe w Apenrade, w powiecie Apenrade, w obwodzie regencyjnym Schleswickim, od 1. Stycznia 1872 począwszy.

No. 7907. Najwyższe rozporządzenie z 25. Października 1871, tyczące się potwierdzenia drugiego dodatku do Przejrzanego Regulaminu dla Towarzystwa ogniowego Prowincyi Poznańskiéj z 9. Września 1863.

No. 7908. Przywiléj względem emisyi na dzierzyciela opiewających listów hypotecznych Towarzystwa narodowego kredytowego hypotecznego, spółka zapisana w Szczecinie. Z 30. Października 1871.

## Bekanntmachungen höherer Behörden.

**942** Bekanntmachung.

Nach der Bestimmung im § 1 des fernerweiten

Obwieszczenie.

Według postanowienia w paragrafie 1 prawa

Gesetzes vom 20. d. Mts., betreffend die Konsolidation Preußischer Staatsanleihen, erlischt mit dem 15. Januar 1872 die dem Finanz-Minister im § 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 ertheilte Ermächtigung, die Einlösung derjenigen Verschreibungen der im § 1 unter I. daselbst aufgeführten 4½prozentigen Anleihen, welche von den Inhabern dazu angeboten werden, in der Art bewirken zu lassen, daß die Verschreibungen dieser Anleihen gegen Ueberlassung von Verschreibungen der konsolidirten Anleihe im gleichen Nennbetrage erworben werden.

In Verfolg der Bekanntmachungen vom 3. März und 25. Mai 1870 werden die Besitzer von Schuldverschreibungen der 4½prozentigen Anleihen aus den Jahren 1848, 1854, 1855A., 1856, 1857, 1859II., 1864, 1867A., 1867C., 1867D., 1868B., hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß danach der Umtausch dieser Verschreibungen gegen Verschreibungen der konsolidirten 4½prozentigen Staatsanleihe nur noch bis zum 15. Januar 1872 einschließlich bei den in jenen Bekanntmachungen bezeichneten Annahmestellen stattfindet, später eingehende diesfällige Anträge aber ohne Ausnahme nicht mehr berücksichtigt werden können.

Berlin, den 21. Dezember 1871.

Der Finanz-Minister.

**Camphausen.**

dalszego z dnia 20. b. m., tyczącego się konsolidaryi pożyczek państwa Pruskiego, ubiega z 15. Styczniem 1872 udzielone, ministrowi finansów w § 4 prawa z dnia 19. Grudnia 1869, upoważnione do przedsiębrania zamiany tych obligów pożyczek 4½ procentowych, w § 1 pod I. tamże wyszczególnionych, które posiedziciele w tym celu ofiarują, w ten sposób, iż za odstąpieniem obligów pożyczki konsolidowanéj nabywa się obligi tych pożyczek w równéj ilości nominalnéj.

W dalszym ciągu obwieszczeń z dnia 3. Marca i 25. Maja 1870 są posiedziciele obligów pożyczek 4½ procentowych z lat 1848, 1854, 1855A., 1856, 1857, 1859II., 1864, 1867A., 1867C., 1867D., 1868B. o tem uwiadomieni z tem nadmienieniem, że stósownie do tego wymiana tych obligów na obligi pożyczki państwowéj 4½ procentowéj konsolidowanéj będzie się jeszcze odbywała tylko do 15. Stycznia 1872 włącznie na miejscach w owych obwieszczeniach wyrażonych jako przyjmujące, lecz że nadchodzące w tym względzie późniéj wnioski bez wyjątku uwzględnione już być nie mogą.

Berlin, dnia 21. Grudnia 1871.

Minister finansów.

**Camphausen.**

**943** Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Maaß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (Bundes-Gesetzblatt Seite 473) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Uebergangsabgabe vom Branntwein, welche bisher für die Preußische Ohm bei 50 Prozent Alkohol nach Tralles 6 Thaler betragen hat, vom 1. Januar 1872 ab für das Hektoliter bei 50 Prozent Alkohol nach Tralles, d. i. für 5000 Alkohol-Literprozente, mit 4 Thaler 11 Sgr. zu entrichten ist.

Berlin, den 9. Dezember 1871.

Der Finanz-Minister.

**Camphausen.**

Obwieszczenie.

Ze względu na ustanowienia regulaminu miar i wag z dnia 17. Sierpnia 1868 (Dziennik prawa związkowego str. 473) podaje się niniejszem do publicznéj wiadomości, że podatek przechodowy od wódek, który dotychczas od pruskiéj beczki (ohm zwanéj) 50 procentowego alkoholu według Trallesa 6 tal. wynosił, od 1. Stycznia 1872 począwszy, za hektoliter 50 procentowego alkoholu według Tralesa, t. j. za 5000 alkoholo-litrowych procentów 4 tal. 11 sgr. zapłacić potrzeba.

Berlin, dnia 9. Grudnia 1871.

Minister skarbu.

**Camphausen.**

**944** Bekanntmachung.

Signirung der Packete nach Berlin und anderen größeren Städten.

Um die Möglichkeit zu sichern, die mit der Post beförderten Packete auch beim Fehlen der Begleitbriefe richtig zu bestellen, ist erforderlich, daß, wenn die Packete nach größeren Städten, namentlich nach Berlin, gerichtet und nicht für größere Firmen oder allgemein bekannte Personen bestimmt sind, die Wohnung des Adressaten nach Straße und Hausnummer nicht nur auf dem Begleitbriefe, sondern auch auf dem Packete selbst genau bezeichnet werde.

Berlin, den 15. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

**945** Bekanntmachung.

Einführung neuer Freimarken, Franco-Couverts und gestempelter Streifbänder.

Mit Ende dieses Jahres werden die bisherigen Norddeutschen Freimarken, Franco-Couverts und gestempelten Streifbänder außer Gebrauch gesetzt. An ihre Stelle treten neue Postwerthzeichen mit dem Deutschen Reichsadler und der Bezeichnung Deutsche Reichspost in folgenden Werthsorten:

a. in den in der Thalerwährung rechnenden Gebietstheilen, mit Einschluß von Elsaß-Lothringen: Freimarken zu ¼, ⅓, ½, 1, 2 und 5 Groschen, Franco-Couverts zu 1 Groschen und gestempelte Streifbänder zu ⅓ Groschen,

b. in den in der Süddeutschen Guldenwährung rechnenden Gebietstheilen, einschließlich des Großherzogthums Baden, dessen Postwesen vom 1. Januar k. J. von der Deutschen Reichspostverwaltung mit übernommen wird: Freimarken zu 1, 2, 3, 7 und 18 Kreuzern, Franco-Couverts zu 3 Kreuzern und gestempelte Streifbänder zu 1 Kreuzer.

In den Farben stimmen die neuen Postwerthzeichen mit den bisherigen überein.

Dienstfreimarken werden vom 1. Januar 1872 ab nicht mehr ausgegeben.

Die neuen Deutschen Freimarken werden von den Postanstalten zu dem Nennwerthe des Stempels an das Publikum abgelassen. Für Franco-Couverts ist außer dem Nennwerthe des Stempels (1 Gr. bz. 3 Kr.) eine Herstellungsgebühr, und zwar bei den Couverts zu 1 Gr. von 1 Pfennig pro Stück, bei den Couverts zu 3 Kr. von 1 Kr. für je 3 Stück zu entrichten. Gestempelte Streifbänder kommen nur bei den größeren Postanstalten in Partien zu 100 Stück zum Verkauf; 100 Streifbänder à $1/3$ Gr. kosten 1 Thlr. 6 Gr. 10 Pf., 100 Streifbänder à 1 Kr. kosten 1 Gulden 53 Kr.

Der Verkauf der neuen Postwerthzeichen wird bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Baden in den letzten Tagen des Monats Dezember d. J., bei allen übrigen Deutschen Reichspostanstalten schon Mitte Dezember d. J. beginnen. Verwendbar werden die neuen Postwerthzeichen aber überall erst mit dem 1. Januar 1872.

Die am 1. Januar 1872 in den Händen des Publikums verbleibenden Freimarken, Franco-Couverts und gestempelten Streifbänder der bisherigen Art können bis einschließlich 15. Februar 1872 bei den Postannahmestellen gegen neue Postwerthzeichen gleichen Werthes umgetauscht werden. Der Umtausch findet je nach der Münzwährung der zurückzuliefernden Postwerthzeichen nur bei den Postanstalten desjenigen Münzgebiets statt, in welchem die Ausgabe der umzutauschenden Postwerthzeichen erfolgt ist.

Vom 16. Februar 1872 ab werden die bisherigen Postwerthzeichen zum Umtausch nicht mehr angenommen, und verlieren ihren Werth. Es empfiehlt sich, schon jetzt beim Ankauf von Marken ꝛc. der bisherigen Art den Bedarf thunlichst nicht über den 31. Dezember d. J. hinaus zu bemessen.

Berlin, den 12. Dezember 1871. Kaiserliches General-Postamt. J. V. **Wiebe.**

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**946** Bekanntmachung wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons Serie V. bezw. IV. und II. zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihen vom Jahre 1855 A., 1859 II. und 1867 D.

Die Zinscoupons zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1855 A., der zweiten ($4\frac{1}{2}$ prozentigen) Staatsanleihe vom Jahre 1859 und der Staatsanleihe vom Jahre 1867 D. für die vier Jahre vom 1. Oktober 1871 bis 30. September 1875 nebst Talons werden vom 1. Oktober d. J. ab von der Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße Nr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der Kassen-Revisionstage, ausgereicht werden.

Die Coupons können bei der Controle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirkshauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer das Erstere wünscht, hat die alten Talons für jede der gedachten Schuldengattungen mit einem besonderen Verzeichnisse, zu welchem Formulare bei der gedachten Controle und in Hamburg bei dem Ober-Postamte unentgeltlich zu haben sind, bei der Controle persönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist jedes Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle

Obwieszczenie, względem wydania nowych kuponów procentowych seryi V. odnośnie IV. i II. do obligów pożyczki państwowych z lat 1855 A., 1859 II. i 1867 D.

Od 1. Października r. b. wydawać będzie kontrola papierów rządowych tu w miejscu, Oranien ulica No. 92 na dole po prawéj ręce kupony procentowe do obligów pożyczki państwowéj z r. 1855 A., drugiéj ($4\frac{1}{2}$ procentowéj) pożyczki państwowéj z r. 1859 i pożyczki państwowéj z r. 1867 D. na te cztery lata od 1. Października 1871 do 30. Września 1875 wraz z talonami, przed południem od godziny 9téj do 1széj, wyjąwszy niedziele i święta oraz dni rewizyi kasowych.

Kupony odbierać można z saméj kontroli albo sprowadzać je przez kasy główne regencyjne, kasy główne okręgowe w Hanowerze, Osnabruku i Luneburgu lub kasę powiatową w Frankfurcie n./M. Życząc sobie pierwsze, oddać należy stare talony dla każdego z wyrażonych gatunków obligów z osobnym wykazem, do czego formularzy w rzeczonéj kontroli a w Hamburgu na wyższym urzędzie pocztowym bezpłatnie dostać można, w kontroli osobiście albo przez osobę ku temu upoważnioną.

Wystarczyćby miała oddawcy marka numerowana za dowód wręczenia, w wóczas potrzeba wręczyć każdy wykaz tylko pojedyńczo, podwójno zaś przedłożyć go powinni ci, co sobie życzą piśmiennego świadectwa na oddane talony.

erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder die Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Coupons zurückzugeben.

In Schriftwechsel wegen der in Rede stehenden Coupons-Ausreichung kann sich weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung noch die Controle der Staatspapiere einlassen.

Wer die Coupons durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse für jede Schuldengattung einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen resp. von der Königlichen Finanz-Direction zu Hannover in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es zur Erlangung der neuen Coupons nur dann, wenn die erwähnten Talons abhanden gekommen sind, in diesem Falle sind die betreffenden Dokumente an die Controle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 18. September 1871.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

**Löwe. Meinecke.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen sowohl bei unserer Hauptkasse, als auch bei den Kreis- und Forstkassen des Departements, mit Ausschluß der Kreiskasse und der Forstkasse in Bromberg, zu haben sind. Bromberg, den 22. September 1871.

Königliche Regierung.

**947** Bekanntmachung,

betreffend die Ersatzleistung für die präkludirten Kassenanweisungen von 1835 und Darlehnskassenscheine.

Durch unsere wiederholt veröffentlichten Bekanntmachungen sind die Besitzer von Kassenanweisungen von 1835 und von Darlehnskassenscheinen von 1848 aufgefordert, solche Behufs der Ersatzleistung an die Controle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße Nr. 92, oder an eine der Königlichen Regierungs-Hauptkassen einzureichen.

Da dessenungeachtet ein großer Theil dieser Papiere nicht eingegangen ist, so werden die Besitzer derselben nochmals an deren Einreichung erinnert.

Zugleich werden diejenigen Personen, welche dergleichen Papiere nach dem Ablaufe des auf den 1. Juni 1855 festgesetzt gewesenen, durch das Gesetz vom 15. April 1857 unwirksam gemachten Präklu-

W ostatnim razie zwróci się zaraz oddawcom jeden egzemplarz, zaopatrzony w świadectwo odebrania. Przy wydawaniu nowych kuponów zwrócić należy markę lub dowód wręczenia.

W korespondencyą względem wydania w mowie będących kuponów nie może się wdawać ani podpisany zarząd główny, ani kontrola papierów rządowych.

Ktoby kupony przez którąkolwiek z powyż wyrażonych kas prowincyalnych chciał sprowadzić, winien téjże nadesłać stare talony z podwójnym wykazem dla każdego gatunku obligów. Ten jeden wykaz w świadectwo odebrania opatrzony zaraz się zwróci, lecz przy wydawaniu nowych kuponów znów go oddać należy. Formularzy do tychże wykazów dostać można bezpłatnie przy wspomnianych kasach prowincyalnych i innych, przez Królewskie rejencye resp. przez Królewską Dyrekcyą finansów w Hanowerze w dziennikach urzędowych oznaczyć się mających.

Same obligi wręczyć trzeba dla uzyskania nowych kuponów tylko wtedy, kiedy wspomniane talony zaginęły; w tym razie przesłać należy dokumenta odnośne kontroli papierów rządowych albo któréj z wymienionych kas prowincyalnych z osobném podaniem.

Berlin, dnia 18. Września 1871.

Zarząd główny długów krajowych.

**Loewe. Meinecke.**

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszém do publicznéj wiadomości, z tém nadmienieniem, iż formularzy do wykazów dostać można tak przy kasie naszéj głównéj, jako też przy kasach powiatowych i leśnych w departamencie wyjąwszy kasę powiatową i leśną w Bydgoszczy.

Bydgoszcz, dnia 22. Września 1871.

Królewska Regencya.

Obwieszczenie,

tyczące się wynagrodzenia za przedawnione asygnacye kasowe z roku 1835 i za bilety kasy pożyczkowéj.

Obwieszczeniami naszemi powtórnie ogłoszonemi wezwano posiadaczy asygnacyów kasowych z roku 1835 i biletów kasy pożyczki z roku 1848, aby dla wynagrodzenia takowe wręczali kontroli papierów rządowych tu w miejscu (Oranien ulica 92) albo któréj Królewskiéj kasie głównéj regencyjnéj.

Ponieważ wielka część tych papierów mimo to nie nadeszła, przypomina się więc posiadaczom tychże raz jeszcze, aby je nadesłali.

Również zaleca się powtórnie osobom, które tym podobne papiery odesłały do nas, do kontroli papierów rządowych lub do kas prowincyalnych, powiatowych lub miejscowych po upłynieniu ter-

fivtermins an uns, die Controle der Staatspapiere oder die Provinzial-, Kreis- oder Lokal-Kassen abgeliefert und den Ersatz dafür noch nicht empfangen haben, wiederholt veranlaßt, solchen bei der Controle der Staatspapiere oder bei einer der Regierungs-Hauptkassen gegen Rückgabe der ihnen ertheilten Empfangsscheine oder Bescheide in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 9. Juni 1868.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Bromberg, den 16. Juni 1868.

Königl. Regierung.

**948** Die Bestimmung des § 43 der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 (Gesetz-Sammlung 1810, Seite 101 folg.),

wonach bei dem Landgesinde die Antrittszeit des Dienstes desselben zunächst auf ausdrücklicher Uebereinkunft bei der Vermiethung beruht und, wo diese nicht stattgefunden hat, auf den 2. April, beziehungsweise in dem Falle auf den diesem Tage unmittelbar vorhergehenden Werktag festgesetzt ist, wenn der 2. April auf einen Sonn- oder Festtag fällt,

wird hierdurch mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß gemäß dieser Bestimmung das ländliche Gesinde, insofern die Dienst-Antrittszeit desselben nicht auf ausdrücklicher Uebereinkunft beruht, fortan auch im diesseitigen Regierungsbezirk dazu angehalten werden wird, im Falle eines Dienstwechsels an dem gedachten, gesetzlich vorgeschriebenen Tage, statt wie seither vielfach am 23. April, den Ab- resp. Anzug vorzunehmen.

Bromberg, der 16. Dezember 1871.

Königl. Regierung.
Abtheilung des Innern.

minu przedawniającego, na dzień 1. Czerwca 1855 ustanowionego, prawem z dnia 15. Kwietnia 1857 unieważnionego a wynagrodzenia za nie jeszcze nie odebrały, aby takowe wynagrodzenie odbierały z kontroli papierów rządowych albo z którėj kasy głównėj regencyjnėj zwracając dane im certyfikaty lub rezolucye.

Berlin, dnia 9. Czerwca 1868.

Zarząd główny długów krajowych.

Powyższe obwieszczenie podaje się niniejszem do powszechnėj wiadomomości.

Bydgoszcz, dnia 16. Czerwca 1868.

Królewska Rejencya.

Przypomina się niniejszem postanowienie § 43 ordynacyi czeladnėj z dnia 8. Listopada 1810 (zbiór praw 1810 strona 101 następ.),

według którėj u czeladzi wiejskiėj czas wstąpienia jėj w służbę zależy najprzód na wyraźnėj przy zgodzie umowie, a gdzie takowa nie zaszła, ustanowiony jest na 2. Kwietnia, odnośnie na dzień ów bezpośrednio poprzedza, w tym razie, jeśli 2. Kwiecień na niedzielę lub święto przypada,

z tem nadmienieniem, że stósownie do tego postanowienia czeladź wiejska, jeśli czas wstąpienia jėj w służbę nie zasadza się na wyraźnėj ugodzie, i w tutejszym departamencie nadal przytrzymaną będzie, aby w razie zmiany służby wstępowała w służbę lub z niėj wychodziła zamiast dnia 23. Kwietnia, jak się to częstokroć dotychczas działo, dnia rzeczonego, prawnie przepisanego.

Bydgoszcz, dnia 16. Grudnia 1871.

Królewska Rejencya,
wydział spraw wewnętrznych.

## Vermischte Nachrichten.

**949** Dem Herrn Otto Küster zu Brederfeld ist unter dem 4. December d. J. ein Patent

auf eine rotirende Dampfmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemanden in Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,

auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preuß. Staats ertheilt worden.

**950** Das dem Nähmaschinen-Fabrikanten Julius Gutmann zu Berlin unter dem 15. August 1867 auf die Dauer von 5 Jahren für den Umfang des Preuß. Staats ertheilte Patent

auf eine durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Nähmaschine, ohne Jemanden in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

ist um fernere zwei Jahre, also bis zum 15. August 1874, verlängert worden.

**951** Der vorliegenden Nummer ist eine Beilage beigefügt, betreffend die Concession und das Statut der „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" in der Stadt New-York.

Bromberg, den 27. Dezember 1871. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 52.

# Beilage

zum Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Bromberg.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin,

die Concession und das Statut der in der Stadt New-York domicilirten Actien-Gesellschaft „Manhattan, Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" betreffend.

Nr. 41.

Nachdem der unter der Firma

„Manhattan, Lebens-Versicherungs-Gesellschaft",

in der Stadt New-York domicilirten Actien-Gesellschaft die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preußischen Staaten ertheilt worden ist, wird in der Anlage:

1) die für die Gesellschaft ausgefertigte Concession,
2) das Statut (Freibrief),
3) die Nebengesetze und
4) der Nachtrag

hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß die Hauptniederlassung für Preußen in Berlin begründet und der Kaufmann Hugo Wollheim hierselbst, Unter den Linden 68a., zum General-Agenten der Gesellschaft ernannt worden ist.

Berlin, den 1. November 1871. Königliches Polizei-Präsidium.

Der unter der Firma:

„Manhattan, Lebens-Versicherungs-Gesellschaft",

in der Stadt New-York domicilirten Actien-Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preußischen Staaten auf Grund des Statuts vom Jahre 1850, der dazu gehörenden Nebengesetze und des am 12. September 1871 dazu beschlossenen Nachtrages hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1) Jede Veränderung des bei der Zulassung gültigen Statutes und der Nebengesetze muß bei Verlust der Concession angezeigt und, ehe nach derselben verfahren werden darf, von der Preußischen Staats-Regierung genehmigt werden.
2) Die Veröffentlichung der Concession, des Statuts, der Nebengesetze und des Nachtrages, sowie der etwaigen Aenderungen derselben und der bezüglichen Genehmigungs-Urkunden erfolgt in den Amtsblättern resp. amtlichen Publications-Organen derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
3) Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Hauptniederlassung mit einem Geschäftslocale und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen. Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte, der Generalbilanz und der Abrechnung der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verflossenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen und zu gleicher Zeit nachzuweisen, daß die Bilanz, der Rechnungsabschluß und die gedachte Uebersicht durch den Preußischen Staatsanzeiger bekannt gemacht worden sind. — In der erwähnten Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Activum von dem übrigen Activum gesondert aufzuführen. — Für die Richtigkeit der Bilanz, des Rechnungs-Abschlusses und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preußischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen 2c. zur Einsicht vorlegen.
4) Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit Preußischen Unterthanen abzuschließen. — Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungspolice ausdrücklich auszusprechen. — Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmanns, Preußische Unterthanen sein.

Die vorliegende Concession kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preußischen Staats-Regierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden. — Im Uebrigen ist durch dieselbe die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preußischen Staaten nicht ertheilt. Zu solchem Erwerbe bedarf es vielmehr der in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchenden landesherrlichen Erlaubniß.

(L. S.)

Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preußischen Staaten für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Manhattan" in New-York.

Der Minister des Innern.
In Vertretung:
gez. Bitter.

Wir die Unterzeichner haben unter und in Befolg der Akte der Legislatur des Staats New-York, betitelt: „Eine Akte, festgesetzt für die Incorporation von Versicherungs-Gesellschaften", passirt am 10. April 1849, eine geschlossene Gesellschaft zur Lebens-Versicherung, ferner gegen Unfälle auf Reisen zur Uebernahme irgend welcher hierher gehöriger und hiermit verbundener Risicos und zur Bewilligung dem Kaufe und dem Verkaufe von Jahres-Renten gegründet; und Wir erklären hiermit, daß Nachstehendes eine Copie unseres vorgeschlagenen und angenommenen Freibriefes (Charters) ist:

### Freibrief (Statut) der „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" in der Stadt New-York.

§ 1. Der Name der Gesellschaft soll „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" und der Ort des Geschäftes die Stadt New-York sein.

§ 2. Das Geschäft der Gesellschaft soll sein, das Leben von Individuen und gegen Unglücksfälle auf Reisen zu versichern und alle sonstigen mit solchen Versicherungen verknüpften oder mit solchen Risicos verbundenen Versicherungen zu machen, Jahresrenten zu bewilligen, zu kaufen und zu verkaufen.

§ 3. Das Bürgschafts-Capital soll wenigstens Ein Hundert Tausend Dollars betragen, getheilt in Actien von je Funfzig Dollars; diese sollen persönliches Eigenthum und übertragbar in den Büchern der Gesellschaft sein, gemäß den Nebengesetzen derselben.

§ 4. Die vollziehende Gewalt in der Gesellschaft soll in der Hand eines Directoriums ruhen und von demselben und solchen Beamten und Agenten, als dasselbe ernennt, ausgeübt werden.

§ 5. Das Directorium soll aus sechs und dreißig Personen bestehen, von denen die Majorität Bürger des Staats New-York und wenigstens die Hälfte Eigenthümer von mindestens zehn Actien des Bürgschaftskapitals und die andere Hälfte entweder Versicherer von nicht weniger als Ein Hundert Dollars jährlich Prämium bezahlenden Lebens-Policen, oder Personen, welche zu einer Jahresrente von mindestens Ein Hundert Dollars per annum berechtigt sein müssen.

§ 6. Folgende Personen sollen das erste Directorium bilden:
E. D. Morgan, David Austin, Caleb S. Woodhull, A. A. Alvord, Eleazar Parmle, D. H. Haight, David S. Mills, Dr., Denton Pearsall, John P. Ware, L. C. Carter, J. B. Herrick, Jas. Van Norden, Jas. C. Baldwin, D. Burnett, George Webb, Wm. J. Valentine, J. F. Conklin, Chas. M. Mead, Mindert Van Schalck, Ambrose C. Kingsland, E. J. Brown, Silas C. Herring, Enoch Dean, Math. G. Bradford, John S. Harris, George Hastings, Edward Haight, E. J. Anderson, Humphrey Phelps, Wm. K. Strong, J. S. Williams, H. Stokes, Wm. Burger, E. K. Bussing, Jas. McLean, Thos. Greenleaf,
und sollen im Amte bleiben, bis ihre Nachfolger ernannt sind.

§ 7. Das Directorium soll sich in drei Klassen von je zwölf theilen; der Amts-Termin der ersten Klasse soll nach Ablauf von zwei Jahren, vom

zweiten Dienstag im Monat Mai 1850 an gerechnet, zu Ende gehen; der der zweiten Klasse nach Ablauf von drei Jahren und der der dritten Klasse nach Ablauf von vier Jahren, von genanntem Tage und an und nach dem ersten Dienstag des Monats Mai 1852, sollen jährlich zwölf Directoren mit dem Amtstermin von drei Jahren, oder bis ihre Nachfolger ernannt sind, gewählt werden. Directoren können wieder erwählt werden und zwischen den Wahlen eintretende Vacanzen mögen durch das Directorium besetzt werden. — Die Wahl der Directoren soll mittelst Ballotage geschehen und die Mehrzahl der Stimmen erwählt. Drei Inspectoren, um der nächsten Wahl vorzustehen, sollen zur selben Zeit und in derselben Weise gewählt werden.

§ 8. Directoren-Wahl soll jährlich am zweiten Dienstag des Monats Mai in dem Bureau der Gesellschaft abgehalten werden und das Directorium soll wenigstens in zwei in hiesiger Stadt erscheinenden Zeitungen zehn Tage Notiz hiervon geben.

§ 9. Jeder Actionair soll bei der Directoren-Wahl zu einer Stimme berechtigt sein für jede Actie des Stamm-Capitals, welche in seinem Namen in den Büchern der Gesellschaft eingetragen ist, und Jedermann, welcher eine Versicherung fürs ganze Leben besitzt und eine Prämie von wenigstens [illegible] Siebenzig Dollars jährlich dafür bezahlt, oder der zu einer Jahresrente [illegible] nigstens Fünf und Siebenzig Dollars berechtigt ist, soll gleicherweise zu einer Stimme berechtigt sein und es soll für jedes stimmberechtigte Mitglied der Gesellschaft gesetzmäßig sein, durch einen schriftlich bevollmächtigten Stellvertreter zu stimmen.

§ 10. Sieben Directoren sind beschlußfähig bei Geschäftsverhandlungen; aber eine geringere Anzahl möge sich versammeln und von Zeit zu Zeit vertagen, bis eine beschlußfähige Anzahl anwesend ist.

§ 11. Das Directorium soll unmittelbar nach der Organisation der Gesellschaft und hiernach alljährlich einen aus ihrer Mitte zum Präsidenten der Gesellschaft wählen, welcher Bürger dieses Staates sein muß.

§ 12. Das Directorium ist befugt, Neben-Gesetze, Regeln und Vorschriften festzustellen, zur Richtschnur der Beamten und Agenten der Gesellschaft und für den Geschäftsbetrieb derselben, welche nicht gegen die Constitution und Gesetze dieses Staats verstoßen. Keine Veränderung und kein Zusatz zu den ursprünglichen Nebengesetzen kann gemacht werden, außer bei einer Majorität des Gesammt-Directoriums. Das Directorium soll zu diesem Zwecke durch eine Benachrichtigung jedes einzelnen Directors, enthaltend die vorgeschlagenen Veränderungen, Amendements oder Zusätze, berufen werden und die Ja und Nein sollen bei jeder einzelnen Frage genommen und im Book of Minutes verzeichnet werden.

§ 13. Das Directorium soll den Betrag der Prämien und die Art und Weise von deren Zahlung festsetzen.

§ 14. Das Directorium soll dieselben Befugnisse haben, welche gewöhnlich ein Directorium hat und welche nicht gegen diesen Freibrief oder gegen die Constitution oder die Gesetze dieses Staats verstoßen.

§ 15. Das Capital der Gesellschaft kann durch Anhäufung von Gewinnsten unbegrenzt vergrößert werden, mit Ausnahme der nachfolgenden Bestimmungen. Das angehäufte Capital wird durch Dividenden-Scheine vertreten, welche von Zeit zu Zeit an Policen-Eigenthümer vertheilt werden.

§ 16. Die Eigenthümer des Bürgschafts-Capitals sind zu jährlichen Zinsen, Sieben Procent nicht übersteigend, berechtigt. Die erste Bezahlung dieser Zinsen soll nach Ablauf eines Jahres, vom Datum der ersten von der Gesellschaft ausgegebenen Police an gerechnet, stattfinden. Die Eigenthümer von Dividenden-Scheinen sind zu Zinsen daran, sechs Procent jährlich nicht übersteigend, berechtigt, vorausgesetzt, daß zu diesem Zwecke von den Einnahmen der Gesellschaft, nach Bezahlung der laufenden Ausgaben und Verluste und nach Abzug einer angemessenen Provision für ausstehende Policen, genug verbleibt. Im Falle in irgend einem Jahre von den Einnahmen der Gesellschaft, nach Bezahlung der Verluste und Ausgaben und nach Abzug der Provision für ausstehende Policen, nicht genug verbleiben sollte, um die in diesem Paragraphen festgestellten Zinsen zu bezahlen, sollen zuerst die Zinsen des Bürgschafts-Capitals bezahlt und der Ueberschuß, wenn solcher vorhanden, soll pro rata an die Eigenthümer von Dividenden-Scheinen vertheilt werden.

§ 17. Nachdem die laufenden Ausgaben, Verluste und die im vorigen Paragraphen bestimmten Zinsen und eine angemessene Provision für ausstehende Policen für jedes Jahr festgestellt, soll ein Achtel des Gewinns an die Eigenthümer des Bürgschafts-Capitals bezahlt werden. Die verbleibenden Sieben Achtel sollen ein Mal alle drei Jahre mittelst Dividenden-Scheine an alle Eigenthümer von Policen vertheilt werden, deren Policen wenigstens ein Jahr vor der Vertheilung gültig und zur Zeit der Vertheilung nicht erloschen waren. Für den Fall des Ablebens einer versicherten Person, sollen deren gesetzmäßige Vertreter bei der nächsten Dividenden-Erklärung der verhältnißmäßigen, seit der letzten Dividenden-Erklärung bis zum Tode derselben erwachsenen Antheil an dem Dividenden-Gewinnst der Gesellschaft in Dividenden-Scheinen erhalten. Die erste Ausgabe von Dividenden-Scheinen soll am 1. Januar 1854 oder innerhalb von dreißig Tagen danach stattfinden und die zweite und alle folgenden Ausgaben von Dividenden sollen drei Jahre nach dem 1. Januar des Jahres stattfinden, an welchem die letzten Dividenden erklärt würden, oder erklärt worden wären, im Falle der Gewinn der Gesellschaft es gestattet hätte, oder innerhalb von dreißig Tagen danach, jedoch soll in Ausgaben von Dividenden-Scheinen kein Theil eines Jahres berechnet werden. Nachdem der Gewinn der Gesellschaft die Summe von Fünf Hundert Tausend Dollars beträgt, mögen die Directoren nach Gutdünken weitere Gewinne zur Bezahlung ausgegebener Dividenden-Scheine verwenden und es soll für die Gewinne jeden Jahres neue Dividenden-Scheine ausgegeben werden.

§ 18. Die Dividenden-Scheine müssen bei Bezahlung der Verpflichtungen der Gesellschaft erschöpft sein, ehe das Bürgschafts-Capital angegriffen wird und alle Dividenden-Scheine sollen zu diesem Zwecke die Clausel enthalten: Im Falle die Verluste irgend eines Jahres die gemachten Gewinnste übersteigen, sollen die gesammten ausstehenden Dividenden-Scheine zum Betrag besteuert und deren betreffende Eigenthümer belastet werden. Zinsen sollen danach zu Sechs Procent jährlich für den durch diese Besteuerung reducirten Betrag bezahlt werden (ausgenommen hierin anderweitig bestimmt), bis der Betrag durch Verluste noch weiter reducirt oder bis die Dividenden-Scheine durch Gewinnste eingelöst werden.

§ 19. Jede in dieser Gesellschaft versicherte Person, welche unterläßt, die Prämien zu zahlen, oder irgendwelche der Gesellschaft zukommenden periodischen Zahlungen zu machen, verwirkt dadurch alle Ansprüche, zu welchen ihn seine Police berechtigt und alle vorher von ihr gemachten Zahlungen, ausgenommen Ansprüche in Folge früher ausgegebener Dividenden-Scheine, welche durch solche Verwirkung nicht berührt werden.

§ 20. Das Directorium mag, zum Besten der Gesellschaft, alle Versicherungs-Policen und andere von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen aufkaufen und mag ebensowohl durch Auskauf alle in Folge von erklärten oder aufgelaufenen Gewinnsten entstandenen Ansprüche und Forderungen der Eigenthümer von Policen löschen.

§ 21. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft soll am 1. Januar anfangen und am 31. December jeden Jahres enden.

E. J. Brown, Geo. Hastings, J. B. Herrick, A. A. Alvord, M. Van Schaick, Louis B. Loder, Henry Stokes, L. C. Carter, A. C. Kingsland, Dan'l. Kingsland, John P. Ware, H. Leland, Jonas F. Concklin, Lewis Beach, Silas C. Herring, C. J. Woodhull, Enoch Dean, N. G. Bradford, D. Pearsall, James Harper, Wm. J. Valentine, Edmon K. Bussing, E. D. Morgan, J. Wal Norden, J. C. Baldwin, T. W. Dick, Jacob Miller, Jno S. Williams, D. Austin Muir, J. S. Harris, Wm. A. Mead, E. Parmly.

General-Staats-Anwalts-Bureau Albany, Mai 29. 1850.

Ich bestätige hiermit, daß ich den vorstehenden Freibrief geprüft habe und, daß derselbe in Uebereinstimmung ist mit der Acte, betitelt „Eine Acte festgesetzt für die Incorporation von Versicherungs-Gesellschaften", passirt am 10. April 1849, und daß derselbe nicht gegen die Constitution und Gesetze dieses Staates verstößt. L. S. Chatfield, General-Staats-Anwalt.

Controleurs-Bureau Albany, den 16. Juli 1850.

Nachdem David L. Haight, Ephraim Holbrook und George W. Hatch von mir am 3. Juni 1850 ernannt, um Capital, Sicherheiten und Geschäfte der hierin genannten „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" laut Section 11, Capitel 308 der Gesetze von 1849, zu prüfen, einen beschworenen Bericht gemacht haben, aus welchem hervorgeht, daß die genannte Gesellschaft die Summe von Ein Hundert Tausend Dollars wirklich empfangen hat, und in deren Besitz ist, und daß diese Summe in sechsprocentigen Vereinigten Staaten-Schuldscheinen angelegt ist, in Befolg von und laut der 6. Section des genannten Capitels bestätige ich hiermit, daß die genannte Gesellschaft in Besitz von dem, in der 6. Section des genannten Capitels vorgeschriebenen Capital ist. Philip Phelps, Stellvertretender Controleur.

Staat New-York. Versicherungs-Departement.

Ich George W. Miller, Superintendent des Versicherungs-Departements des Staats New-York, bestätige hiermit, daß ich vorstehende Copie der Erklärung und des Freibriefs der „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" mit dem Certificat des General-Staats-Anwalts und dem schließlichen Certificat des Controleurs daran, mit den in diesem Bureau deponirten Originalen verglichen habe und daß dieselben getreue Abschriften davon sind. Und ich bestätige ferner, daß die genannte „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" zu keiner Zeit ein Gesuch eingereicht hat, um unter den Vorschriften der im Jahre 1853 passirten Acte Geschäfte zu machen.

Zur Bestätigung habe ich hierunter meine Unterschrift und mein Amtssiegel gesetzt in der Stadt Albany am zehnten Mai A. D. Ein Tausend Acht Hundert und Ein und Siebenzig.

(L. S.) Georg B. Church. Stellvertretender Superintendent.

Vereinigte Staaten von Amerika, Stadt, Grafschaft und Staat New-York rc.

Der Unterzeichnete, ein öffentlicher Notar des Staats New-York, wohnhaft in der Stadt New-York, bestätigt hiermit, daß er vorstehendes Document mit dem englisch ausgefertigten Originale gehörig verglichen und daß dasselbe eine genaue wortgetreue Uebersetzung des Originals ist.

New-York, am 20. Mai 1871.

(L. S.) Hugo v. Brandenstein, öffentlicher Notar.

Nr. 1931. Gesehen im General-Consulate des Norddeutschen Bundes zur Beglaubigung vorstehender Unterschrift des hiesigen öffentlichen Notars, Herrn Hugo v. Brandenstein.

New-York, den 23. Mai 1871.

(L. S.) Der Vice-Consul. Erwin Stammann.

# Neben-Gesetze der „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" in New-York.

§ 1. Die Beamten der Gesellschaft bestehen aus einem Präsident, einem Vicepräsidenten, einem Secretair, einem Hilfs-Secretair oder Actuar, oder beiden, und einem oder mehreren Aerzten, nebst solchen Rechtsbeiständen, Gehülfen und Agenten, wie die Interessen der Gesellschaft sie erheischen mögen.

§ 2. Der Präsident, oder in dessen Abwesenheit der Vice-Präsident; oder in der Abwesenheit Beider, ein von der Majorität einer stimmfähigen Versammlung erwähltes Mitglied des Verwaltungsrathes soll bei jeder Sitzung des Verwaltungsrathes den Vorsitz führen.

§ 3. Der Präsident, Vice-Präsident, Secretair, Hilfs-Secretair, Actuar und die übrigen Beamten sollen ihre resp. Aemter nach Gutdünken des Verwaltungsrathes und bis zur Ernennung eines permanenten oder zeitweiligen Nachfolgers behalten.

§ 4. Der Verwaltungsrath soll am zweiten Dienstag eines jeden Monats in dem Bureau der Gesellschaft eine regelmäßige Sitzung abhalten. Außerordentliche Sitzungen können durch den Präsidenten oder auf Antrag eines der stehenden Comité's oder dreier Mitglieder des Verwaltungrathes durch den Secretair berufen werden; bei solcher Berufung soll das zu verhandelnde Geschäft genannt werden.

§ 5. Am ersten Mittwoch nach jeder jährlichen Wahl soll eine Sitzung des Verwaltungsrathes im Bureau der Gesellschaft abgehalten werden, in welcher ein Präsident, ein Vice-Präsident und vier stehende Comité's durch Ballotage gewählt werden sollen; der Präsident ist ex officio Mitglied eines jeden dieser Comité's; — diese sind

1) ein Finanz-Comité,
2) ein Comité für Ansprüche,
3) ein Comité für Gesuche um Versicherung und Agenturen,
4) ein Prüfungs-Comité.

Ein jedes dieser Comité's soll in einem eigens dafür zu beschaffenden Buche ein genaues Protocoll über seine Verhandlungen führen; diese Protocolle müssen bei jeder Monats-Sitzung des Verwaltungs-Rathes vorgelesen werden. — Alle übrigen Comité's, mit Ausnahme des Dividenden-Comité's, werden vom Präsidenten ernannt, wenn nicht vom Verwaltungsrathe anders beschlossen ist. — Wenn ein Mitglied irgend eines der genannten Comité's drei aufeinanderfolgende Comité-Sitzungen versäumt, ohne dem Verwaltungs-Rathe bei dessen nächster Sitzung genügende Entschuldigung für seine Abwesenheit vorzulegen, so soll die Stelle dieses Mitgliedes in seinem Comité für vacant erklärt werden, und soll der Verwaltungs-Rath sofort zur Besetzung dieser Vacanz mittels Ballotage schreiten.

## Pflichten der Comité's.

§ 6. Es soll die Pflicht des Finanz-Comité's sein, sich in seiner ersten Sitzung nach seiner Erwählung zu organisiren durch die Wahl eines Vorsitzers, welcher bei Abwesenheit des Präsidenten, wegen Krankheit oder anderer Ursachen, alle Pflichten des Präsidenten in der Controle, der Bewachung und der Leitung der Finanzen der Gesellschaft übernehmen soll. Das Comité soll eine allgemeine Aufsicht über die Fonds und das Eigenthum der Gesellschaft ausüben, die Rechnungen, Fonds, Sicherheits-Papiere, Eigenthum und Cassa-Bestand halbjährlich oder öfter, je nach Gutbefinden prüfen, und bei der nächsten regelmäßigen Sitzung des Verwaltungsrathes darüber berichten, sowie alle Capital-Anlagen und Ausleihungen machen und einziehen. Einer dieser Berichte soll ein Jahresbericht sein und in der regelmäßigen Sitzung im Juli vorgelegt werden, der andere in der regelmäßigen Sitzung im Januar. Bei Ausleihungen auf Grundstücke, auf welchen Gebäulichkeiten stehen, sind Feuer-Versicherungs-Policen, die dem Präsidenten genügend erscheinen, erforderlich und müssen solche an die Gesellschaft zahlbar gemacht oder übertragen werden.

§ 7. Das Comité für Ansprüche soll alle Beweise und Documente prüfen, welche sich auf Ansprüche durch Ableben beziehen, und bei jeder regelmäßigen Sitzung des Verwaltungsrathes den Betrag der schwebenden oder festgestellten Ansprüche, wenn vorhanden, berichten, nebst solchen Thatsachen, wie es das Comité für gut befinden mag.

§ 8. Das Comité für Gesuche um Versicherung und Agenturen soll sich mit den Beamten der Gesellschaft verständigen, über die Form der zu ertheilenden Policen und Renten-Obligationen, sowie über die zu übernehmenden Risico's, und soll befugt sein, Agenturen zu errichten, die Agenten der Gesellschaft anzustellen, abzusetzen und zu beaufsichtigen, und die Art und den Betrag ihrer Remuneration zu bestimmen.

§ 9. Das Prüfungs-Comité hat die Pflicht, alle Rechnungen, sowie die laufenden Ausgaben der Gesellschaft wenigstens zwei Mal jährlich zu prüfen.

§ 10. Alle stehenden Comité's sollen dem Verwaltungsrath in den regelmäßigen Sitzungen im Januar und Juli, oder öfter, je nach eigenem Ermessen, über den genauen Stand ihrer Departements berichten und irgend welche Andeutungen geben, welche sie für den guten Bestand der Gesellschaft für geeignet halten. Diese Berichte sind schriftlich einzureichen, versehen mit den Unterschriften der damit übereinstimmenden Mitglieder.

§ 11. Die stehenden Comité's können vom Präsidenten oder, in dessen Abwesenheit, vom Secretair auf Ansuchen dreier Mitglieder des Verwaltungs-Rathes berufen werden.

## Pflichten des Präsidenten.

§ 12. Es ist die Pflicht des Präsidenten, eine allgemeine Aufsicht und Leitung aller Angelegenheiten und Geschäfte der Gesellschaft auszuüben und in jeder regelmäßigen Sitzung des Verwaltungsraths einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft abzustatten, und zwar in einem eigens dafür bestimmten Buche, welches jederzeit der Einsicht der Mitglieder des Verwaltungsrathes offen liegen und bei jeder Sitzung ihnen vorgelegt werden soll. Er soll, mit Beistimmung des Finanz-Comité's, mit der Aufbewahrung aller Certificate von Actien, Schuldscheinen, Hypotheken, Cassa-Bestand, Wechseln und andern Werthpapieren, des Corporations-Siegels der Gesellschaft und der beglaubigten Abschrift des Freibriefes betraut sein. Auch kann er Werthpapiere, welche als Capital-Anlagen oder als Sicherheits-Papiere gehalten werden, übertragen, im Falle der Zahlung Tilgung von Hypotheken erklären, Anlagen machen und einziehen, und alle Documente, welche das Siegel der Gesellschaft erfordern, ausstellen.

§ 13. Der Präsident und der Secretair haben die Befugniß, Versicherungen anzunehmen, gemäß den Berichten des Arztes der Gesellschaft, oder, nach Gutbefinden, auf Ansuchen irgend einer Agentur, gemäß dem Berichte eines von der Gesellschaft bestallten Arztes. Sie dürfen irgend einen durch Ableben eines Versicherten entstandenen Anspruch bezahlen oder abmachen unter schriftlicher Zustimmung des Comité's für Ansprüche. Jahresrenten können vom Präsidenten mit Zustimmung des Secretairs (oder Actuars) gewährt werden.

## Pflichten des Vice-Präsidenten.

§ 14. Es ist die Pflicht des Vice-Präsidenten, in Abwesenheit des Präsidenten alle Befugnisse des letzteren auszuüben, ausgenommen in den in diesem Statut vorgesehenen Fällen. Er soll eine allgemeine Aufsicht über die Agenturen ausüben und dieselben zu diesem Zwecke von Zeit zu Zeit besuchen, und Reisen machen, um dieselbe zu verbessern und neue zu errichten und überhaupt etwaige vom Verwaltungs-Rathe ertheilte Aufträge auszuführen.

## Pflichten des Secretärs.

§ 15. Der Secretair hat alle nöthigen und geeigneten Rechnungsbücher zu beschaffen und dieselben zu beaufsichtigen; er hat darauf zu sehen, daß richtige genaue und correcte Cassa-Bank-Anweisungs-, Bank-Depositen- und andere nöthige Bücher gehalten werden, besonders über alle empfangenen, deponirten, gezogenen und ausbezahlten Gelder, für was und von wem empfangen, für was und an wen ausbezahlt und über die Registrirung und Annullirung von Policen, und über alle Anlagen, Sicherheiten, Activa und Rechnungen, welche nöthig sind zu einer klaren und deutlichen Darlegung der Geschäfte der Gesellschaft, und welche jederzeit während der Geschäftsstunden, der Einsicht des Verwaltungsrathes oder irgend eines Mitgliedes desselben offen liegen müssen. Er muß bei allen Sitzungen des Verwaltungs-Rathes zugegen sein (wenn nicht anders vom Rathe beschlossen) und genaues Protocoll über die Verhandlungen desselben führen und solches in einem eigens zu diesem Zwecke geführten Buche sorgfältig niederschreiben. Er hat alle Sitzungen des Verwaltungsrathes, sowie die der stehenden und Special-Comité's, welche in den Neben-Gesetzen oder sonst wie verlangt werden, schriftlich anzukündigen. Er hat dem Vorsitzer des resp. Comité's eine Abschrift irgend eines einen Auftrag enthaltenden Beschlusses mit dem Namen des Comité's an dem Tage einzuhändigen, an welchem ein solcher Beschluß durchging; und er hat überhaupt solche Verpflichtungen zu übernehmen, welche der Verwaltungsrath oder der Präsident erheischen mag.

## Pflichten des Hilfs-Secretärs.

§ 16. Alle Pflichten des Secretairs gehen in dessen Abwesenheit oder im Falle der Verhinderung desselben auf den Hilfs-Secretair über; und hat derselbe außerdem alle sonstigen vom Verwaltungsrathe ihm auferlegten Pflichten zu übernehmen.

## Pflichten des Actuars.

§ 17. Der Actuar hat dem Verwaltungsrathe in der regelmäßigen Sitzung im Februar eines jeden Jahres einen Bericht über den Stand der Angelegenheiten der Gesellschaft am 1. Januar desselben Jahres zu liefern; dieser Bericht muß auf einer actuarischen Schätzung aller ausstehenden Verbindlichkeiten der Gesellschaft durch Versicherungs-Policen, Renten-Obligationen, Versorgungs-Policen u. s. w. basirt sein; ebenso über die Activa, ob ausstehend oder im Besitze der Gesellschaft. Er hat alle zum Gebrauche der Gesellschaft erforderlichen Raten-Tabellen anzufertigen (wenn aufgefordert, allen Comité's bei ihren Arbeiten Hilfe zu leisten) und überhaupt alle im gewöhnlichen Geschäftsgange von einem Actuar verlangten Obliegenheiten, sowie die durch die Neben-Gesetze oder den Verwaltungsrath vorgeschriebenen Dienstleistungen zu erfüllen.

## Pflichten der ständigen Aerzte.

§ 18. Es ist die Pflicht der ständigen Aerzte, oder eines derselben, täglich zu festgesetzter Zeit im Bureau der Gesellschaft anwesend zu sein, zum Behuf persönlicher Untersuchung von Personen, die um Versicherung nachsuchen, sei es im Bureau der Gesellschaft oder in der Wohnung der Applicanten und den Beamten einen schriftlichen Bericht über jeden Fall abzustatten und Rath zu ertheilen, bei allen Gesuchen um Versicherung von außen her, sowie bei allen Documenten, welche zu Gunsten eines Anspruchs, im Falle des Ablebens eines Versicherten präsentirt werden.

§ 19. Alle von der Gesellschaft empfangenen Gelder sollen in einer oder mehreren vom Finanz-Comité zu bezeichnenden Banken deponirt werden. Depositen sollen täglich zu Gunsten der Corporation gemacht werden, so oft die vorhandene Summe Zwei Hundert Dollars übersteigt.

§ 20. Alle Anweisungen auf Banken, in welchen Depositen gemacht worden sind, müssen vom Präsidenten und Secretair unterzeichnet und vom Actuar gegengezeichnet und an die Ordre der zum Empfang des Geldes berechtigten Person zahlbar gemacht werden.

§ 21. Der Präsident und Secretair haben alle durch das Gesetz verlangten Berichte über die Geschäfte der Gesellschaft zu machen, welche Berichte der Prüfung irgend eines Mitgliedes der Gesellschaft, während der üblichen Geschäftsstunden für die Dauer von dreißig Tagen nach Ausfertigung des Berichtes offen stehen.

§ 22. Alle Policen und Renten-Obligationen müssen vom Präsidenten unterzeichnet und vom Secretair beglaubigt sein.

§ 23. Kein Beamter oder Gehülfe der Gesellschaft darf, direct oder indirect, die Gelder der Gesellschaft entleihen oder dieselben irgendwie zu Privat-Zwecken benutzen. — Kein Beamter, Gehülfe oder Angestellter dieser Gesellschaft darf für ein die Gesellschaft betreffendes Geschäft irgend welche andere Vergütung empfangen, sei es in Form von Gebühren oder Commissionen, direct oder indirect, als die vom Verwaltungs-Rathe festgesetzten. — Die Beamten und andere für das Geschäft der Gesellschaft engagirte Personen sollen eine solche Remuneration erhalten, wie sie vom Verwaltungs-Rathe bestimmt wird.

§ 24. Einen Monat vor der Versammlung, in welcher die jährliche Dividende gewöhnlich erklärt wird, soll durch Ballotage ein Dividenden-Comité erwählt werden, bestehend aus vier Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes, von denen keines zur Zeit Mitglied irgend eines der stehenden Comité's sein darf, dessen Pflicht es ist, die Rechnungen, Fonds, Sicherheiten und das Eigenthum der Gesellschaft zu prüfen und darüber vor der Erklärung der Jahres-Dividende zu berichten.

§ 25. In der regelmäßigen monatlichen Versammlung im Monat April soll durch den Verwaltungs-Rath ein Comité von Fünfen ernannt und durch Ballotage gewählt werden, dessen Pflicht es ist, eine Wahlliste des Verwaltungs-Rathes vorzubereiten, über welche bei der jährlichen Wahl im folgenden Monat abgestimmt werden mag. Diese Wahlliste muß mindestens fünf Tage vor der Wahl im Bureau der Gesellschaft angeschlagen sein.

§ 26. Bei der ersten Versammlung des Verwaltungs-Rathes im Monat Mai soll von demselben mittelst Ballotage ein Comité von Fünfen erwählt werden, dessen Pflicht es ist, die verschiedenen stehenden Comité's für das Jahr vorzuschlagen, welche in derselben Versammlung erwählt werden können.

§ 27. Mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungs-Rathes müssen Policen-Inhaber oder Annuitanten der Gesellschaft sein, wie vorgeschrieben in § 5 des Freibriefes.

## Geschäfts-Ordnung.

§ 28. Folgendes ist die Geschäfts-Ordnung:

1) Aufruf der Mitglieder-Liste.
2) Vorlesung des Protocolls der letzten Sitzung.
3) Vorlesung der Protocolle der verschiedenen stehenden Comité's.
4) Bericht des Präsidenten.
5) Bericht des Finanz-Comité's.
6) Bericht des Comité's für Ansprüche.
7) Bericht des Comité's für Gesuche um Versicherung und Agenturen.
8) Bericht des Prüfungs-Comité's.
9) Berichte von Special-Comité's.
10) Mittheilungen, Beschlüsse, Ankündigungen u. s. w.
11) Unerledigte Geschäfte.

Vereinigte Staaten Nord-Amerikas.
Stadt County und Staat New-York 2c.

Der Unterzeichnete, ein öffentlicher Notar des Staats New-York, wohnhaft in der Stadt New-York, bestätigt hiermit, daß er die vorstehenden Neben-Gesetze der „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" in New-York mit den in englischer Sprache verfaßten Originalen sorgfältig verglichen und daß er dieselben als eine getreue Uebersetzung der Originale befunden hat.

Geschehen zu New-York, am 23. Februar 1871.

(L. S.) Hugo v. Brandenstein, Notar.

Nr. 670. Gesehen im General-Consulate des Norddeutschen Bundes zur Beglaubigung der vorstehenden Unterschrift des hiesigen öffentlichen Notars, Herrn Hugo von Brandenstein.

New-York, den 24. Februar 1871.

(L. S.) Der Vice-Consul Erwin Stammann.

• • •

Staat New-York, Versicherungs-Abtheilung.

Da die „Manhattan Lebens-Versicherungs-Gesellschaft" in der Stadt New-York um Concession in Preußen Geschäfte zu machen, eingekommen ist und der Verwaltungsrath in einer am zwölften September 1871 abgehaltenen Sitzung für diesen Zweck Beschlüsse gefaßt hat, wie folgt:

Beschlossen:

1) in den Policen der Gesellschaft für die deutsche Agentur die Bedingung hinzuzufügen, daß die Policen erst an dem Platze und zu der Zeit in Kraft treten, an welchem und zu welcher der General-Bevollmächtigte der Gesellschaft dieselben durch seine Unterschrift vollzogen haben wird, desgleichen für solche Vollziehungen der Policen der Gesellschaft durch den General-Bevollmächtigten den Policen eine Executiv-Clausel in blanco beizufügen;
2) die dem General-Bevollmächtigten unterm 8. Mai ertheilte Vollmacht zu bestätigen.

Deshalb bescheinige ich Georg W. Miller, Superintendent der Versicherungs-Abtheilung des Staates New-York, hierdurch, daß die obigen Beschlüsse gesetzlich und gültig sind und daß dieselben dem Freibrief und den Nebengesetzen der gedachten Gesellschaft, sowie der Constitution und den Gesetzen des Staates New-York und der Vereinigten Staaten nicht widersprechen.

Zum Zeugniß dessen habe ich meine Unterschrift hinzugesetzt und mein Amtssiegel beigefügt in doppelter Ausfertigung in der Stadt Albany am Tage und im Jahre wie oben angegeben.

(L. S.) gez. Geo. B. Church, Stellvertretender Superintendent.

Vereinigte Staaten von Amerika: Stadt, Grafschaft und Staat New-York 2c.

Der Unterzeichnete, ein öffentlicher beeidigter Notar des Staates New-York, wohnhaft in der Stadt New-York, bestätigt hiermit amtlich, daß er vorstehendes Document mit dem in englischer Sprache verfaßten Original verglichen hat und daß dasselbe eine getreue Uebersetzung des Originals ist.

Geschehen in New-York am 26. September 1871.

(L. S.) Hugo v. Brandenstein, öffentlicher Notar.

Nr. 3684. Gesehen im General-Consulate des Norddeutschen Bundes zur Beglaubigung vorstehender Unterschrift des hiesigen öffentlichen Notars Herrn Hugo von Brandenstein.

New-York, den 26. September 1871.

(L. S.) Der Vice-Consul Erwin Stammann.

---

Druck von Otto Elsner in Berlin, am Moritzplatz 58a.

# Sach-Register

zum

# Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg pro 1870.

## A.



## B.



## C.



## D.



## E.



## F.

## G.



## H.



## J.



## K.



## L.



## M.



## N.

## P.



## R.



## S.



## T.

## U.



## V.



## W.



## Z.